

Kury/Obergfell-Fuchs/Würger
Gemeinde und Kriminalität

Helmut Kury, Prof. Dr., ist Referent der Forschungsgruppe Kriminologie am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br.

Joachim Obergfell-Fuchs, Dipl.-Psych., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br.

Michael Würger, Pädagoge, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kury, Helmut:

Gemeinde und Kriminalität: eine Untersuchung in Ost- und Westdeutschland/
Kury, Helmut; Obergfell-Fuchs, Joachim & Würger, Michael. – Freiburg im
Breisgau: Ed. iuscrim, Max-Planck-Inst. für Ausländisches und Internat. Straf-
recht 2000

(Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für Aus-
ländisches und Internationales Strafrecht; Bd. 57)

ISBN 3-86113-000-9

© 2000 edition iuscrim

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht,
Günterstalstraße 73, D-79100 Freiburg i. Br.

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany/Imprimé en Allemagne

Herstellung: BARTH · medien-haus GmbH
77955 Ettenheim
Telefax 0 78 22/44 47-28

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
A. Untersuchungsrahmen – Planung und Durchführung der Studie	7
1. Einleitung	7
2. Opferbefragungen, deren Bedeutung und Probleme	15
3. Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten – eine Herausforderung für die kriminologisch-viktimologische Forschung	29
4. Kriminologie kommunaler Gemeinwesen	43
4.1 Einleitung	43
4.2 Entwicklung der Kriminologie kommunaler Gemeinwesen	44
4.3 Neuere Forschungsthemen	48
4.4 Deutsche Untersuchungen	51
4.5 Neuere Ansätze der Kriminologie kommunaler Gemeinwesen	53
5. Das Bild der offiziell registrierten Kriminalität in Freiburg und Jena (Baden-Württemberg und Thüringen)	59
5.1 Die Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR	59
5.2 Kriminalität(sentwicklung) in Freiburg und Jena im Vergleich zum jeweiligen Bundesland sowie weiteren Landesstädten	66
6. Methode und Durchführung der empirischen Untersuchung. Demographie der Befragten	79
6.1 Durchführung der empirischen Untersuchung	79
6.1.1 Hintergrund der Untersuchung	79
6.1.2 Das Erhebungsinstrument	79
6.1.3 Stichprobenzugang und Durchführung der Untersuchung	84
6.1.4 Rücklauf der Fragebögen und Ausfallquoten	85
6.2 Repräsentativität der Stichproben aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen	88
6.2.1 Geschlecht	88
6.2.2 Alter	89
6.2.3 Familienstand	90
6.2.4 Schulabschluß	90
6.2.5 Haushaltsgröße	92
6.2.6 Derzeitige berufliche Stellung	93

6.3	Vergleich der Stichprobenzusammensetzungen in den fünf Befragungsorten (West: Freiburg, Emmendingen, Löffingen; Ost: Jena, Kahla) – Demographie der Befragten	94
6.3.1	Geschlecht	95
6.3.2	Alter	95
6.3.3	Familienstand	97
6.3.4	Anzahl der Kinder	98
6.3.5	Schulabschluß	100
6.3.6	Haushaltsgröße	101
6.3.7	Stellung des Befragten im Haushalt	105
6.3.8	Nettohaushaltseinkommen	107
6.3.9	Ausbildungsabschluß	109
6.3.10	Derzeitige Erwerbssituation	111
6.3.11	Umfang der derzeitigen Tätigkeit	114
6.3.12	Berufliche Stellung	115
6.4	Methodische Aspekte der Datenauswertung	117
6.5	Zusammenfassung	119
B.	Untersuchungsergebnisse	123
7.	Variablenbereiche des Fragebogens und deren Zusammenhänge	123
8.	Viktimisierung, Anzeigeverhalten und Konsequenzen aus der Tat im Ost-West-Vergleich (Regionalanalyse)	131
8.0	Vorbemerkung	131
8.1	Opferquoten insgesamt	133
8.2	Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl	140
8.3	Moped-/Motorrad-Diebstahl	153
8.4	Fahrraddiebstahl	167
8.5	Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen	181
8.6	Vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW)	197
8.7	Versuchter Einbruch in Wohnräume	214
8.8	Einbruch in Wohnräume	224
8.9	Raub	234
8.10	Diebstahl persönlichen Eigentums	244
8.11	Betrug/Täuschung	257
8.12	Tätlicher Angriff (ohne Waffen)	272
8.13	Tätlicher Angriff (mit Waffen)	284
8.14	Sexuelle Belästigung	293
8.15	Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung	306
8.16	Sonstige Delikte	314

8.17 Zusammenfassung und Diskussion der Befunde	316
8.17.1 Viktimisierungen	316
8.17.1.1 Viktimisierungsquoten der untersuchten Kommunen im Vergleich	316
8.17.1.2 Mehrfachviktimisierungen durch unterschiedliche Delikte bzw. Deliktsbereiche, getrennt nach den fünf Kommunen	319
8.17.2 Einteilung der Opfer in übergeordnete Deliktsgruppen	324
8.17.3 Ort der Viktimisierung	329
8.17.4 Anzeigeverhalten	339
8.17.4.1 Die Form der Anzeigeerstattung (unter Einbeziehung der Nennungen aller Opfer, getrennt nach den fünf Kommunen)	344
8.17.4.2 Die Gründe für Nichtanzeigen (unter Einbeziehung aller Opfer, getrennt nach den fünf Kommunen)	350
8.17.5 Konsequenzen nach Viktimisierung	361
9. Kriminalgeographie	371
9.0 Vorbemerkung	371
9.1 Kriminalgeographie Freiburgs	372
9.1.1 Stadtgeschichtliche Ausgangssituation	372
9.1.2 Gliederung des Freiburger Stadtgebietes	379
9.1.3 Soziale Strukturmerkmale der Freiburger Stadtteile auf Grundlage der beschriebenen Studie	380
9.1.3.1 Alter	381
9.1.3.2 Haushaltsgröße	382
9.1.3.3 Kinder	382
9.1.3.4 Schulabschluß	382
9.1.3.5 Haushaltsnettoeinkommen	383
9.1.3.6 Wohnmobilität	384
9.1.4 Strukturmerkmale und generelle Opferbelastung	386
9.1.4.1 Generelle Opferbelastung, differenziert nach Geschlecht und Alter der befragten Personen	389
9.1.4.2 Regionale Differenzierung der Opferanteile nach Deliktsschweregruppen bzw. Einzeldelikten	391
9.1.4.3 Das subjektive Sicherheitsempfinden der Befragten in den Freiburger Stadtgebieten	404
9.2 Kriminalgeographie Emmendingens	409
9.2.1 Emmendingens stadtgeschichtliche Ausgangssituation	409
9.2.2 Opferquoten des Kernortes Emmendingen sowie seiner Teilorte Kollmarsreute, Maleck, Mundingen, Wasser sowie Windenreute	411

9.2.3	Strukturmerkmale und generelle Opferbelastung des Kernortes Emmendingen und seiner Teilorte Kollmarsreute, Maleck, Mundingen, Wasser sowie Windenreute	413
9.2.4	Unterschiede in der Deliktsbelastung, getrennt nach den Deliktskategorien Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte	419
9.3	Kriminalgeographie Löffingens	424
9.3.0	Vorbemerkung	424
9.3.1	Löffingens stadtgeschichtliche Ausgangssituation	424
9.3.2	Generelle Opferbelastung des Kernortes Löffingens und seiner umliegenden Teilortschaften	427
9.4	Kriminalgeographie Jenas	428
9.4.1	Jenas stadtgeschichtliche Ausgangssituation	428
9.4.2	Historische und soziale Strukturierung	430
9.4.3	Strukturmerkmale und generelle Opferbelastung	431
9.4.4	Unterschiede in der Deliktsbelastung, getrennt nach den Deliktskategorien Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte	434
9.5	Zusammenfassung	436
10.	Eine problemorientierte, räumliche Differenzierung von Freiburg, Emmendingen und Löffingens	443
10.1	Freiburg	443
10.1.1	Die Stadt und ihre Wahrnehmung	443
10.1.2	Die sozial-räumliche Differenzierung	450
10.1.3	Abschließende Betrachtung	454
10.2	Die subjektive, problemorientierte Wahrnehmung von Emmendingen und Löffingens	455
10.2.1	Emmendingen	456
10.2.2	Löffingens	458
10.3	Zusammenfassung	460
11.	Berufstätigkeit, Lebensziele, Einstellungen	465
11.1	Erleben der eigenen Berufstätigkeit	465
11.2	Einschätzung der Bedeutung eigener Lebensziele	474
11.3	Allgemeine Lebenseinstellungen	488
11.4	Zusammenfassung	506
11.4.1	Beschreibung und Erleben der eigenen Berufstätigkeit	506
11.4.2	Einschätzung der Bedeutung eigener Lebensziele	508
11.4.3	Allgemeine Lebenseinstellungen	509
12.	Subjektive Kriminalitätseinschätzung und deren Hintergrund	513
12.1	Kriminalitätsanstieg und dessen Ursache	513
12.2	Einflußfaktoren auf die Einstellung zu Kriminalität und Strafe	528

12.3 Zusammenfassung	536
13. Verbrechensfurcht und Sicherheitsgefühl	543
13.1 Zum Diskussionsstand	543
13.2 Sicherheitsgefühl	544
13.2.1 Unsicherheit nachts allein in der Wohnung	544
13.2.2 Unsicherheit nachts allein in der Wohngegend – Standarditem	550
13.3 Eingeschätzte Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung	555
13.4 Auswirkung der Verbrechensfurcht auf die Lebensgewohnheiten	566
13.5 Die Abhängigkeit der einzelnen Dimensionen der Verbrechensfurcht von demographischen, Einstellungs- und Persönlichkeitsvariablen	567
13.6 Zusammenfassung	570
13.6.1 Sicherheitsgefühl	571
13.6.2 Eingeschätzte Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung	572
13.6.3 Auswirkungen der Verbrechensfurcht auf die Lebensgewohnheiten	574
13.6.4 Dimensionen der Verbrechensfurcht und Einstellungs-/ Persönlichkeitsvariablen	574
14. Konsequenzen einer Viktimisierung	577
14.1 Ergebnisse zum Ost-West-Vergleich und zur Abhängigkeit von demographischen Variablen	577
14.2 Zusammenfassung	587
15. Aufgaben der Polizei	589
15.1 Einstellungen zu Polizei und Justiz	591
15.2 Bewertung polizeilicher Aufgaben	593
15.3 Zusammenfassung	604
16. Erfahrungen und Einstellungen im Zusammenhang mit illegalen Rauschmitteln	607
16.1 Einleitung in die Problemstellung	607
16.2 Darstellung der Untersuchungsergebnisse	613
16.2.1 Vergleich der fünf Befragungsstädte Freiburg, Emmendingen, Löffingen, Jena und Kahla	613
16.2.2 Zusammenhänge zwischen Einstellungen zu und Konsum von Rauschgift und demographischen Variablen	618
16.2.3 Zusammenhänge zwischen Einstellungen zu und Konsum von Rauschgift sowie Anomie	624
16.3 Zusammenfassung	629
17. Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse	633
18. Literatur	663
19. Anhang	692
Erhebungsinstrument	694

Vorbemerkung

Eines der gesellschaftlich bedeutsamsten Ereignisse der letzten Jahrzehnte, das zahlreiche Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Bedingungen in Ost- und Westdeutschland hatte, war der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten, die Wiedervereinigung der früheren DDR und der BRD, ein Prozeß, der Ende 1989 begann und offiziell am 3. Oktober 1990 besiegelt wurde. Diese Wiedervereinigung kam für die Bevölkerung sehr rasch und unerwartet. Die anfängliche Euphorie, in der man auch durch politische Vorgaben noch glaubte, die mit der Zusammenführung beider Staaten verbundenen Probleme und Aufgaben relativ leicht lösen zu können, verflog bald. Die Westdeutschen einerseits merkten, daß der Zusammenschluß mit höheren Kosten verbunden ist als anfangs angenommen. Die finanziellen Belastungen wirkten sich für den einzelnen etwa in der „Solidaritätsabgabe“ aus, ferner in weiteren zusätzlichen steuerlichen Belastungen. Krisenmeldungen über „Etatdefizite“, die „Unbezahlbarkeit der Renten“ oder des Gesundheitswesens, eine steigende Arbeitslosenquote u.ä. gehörten bald zum Alltag. Die Ostdeutschen andererseits wurden bald nach der Wiedervereinigung durch steigende Arbeitslosenquoten in Zusammenhang mit dem „Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft“ beunruhigt, ein Problem, das sie vorher kaum kannten, durch steigende Mietpreise, aber auch durch eine deutlich steigende offizielle Kriminalitätsbelastung.

Diese Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten muß in ihren Auswirkungen selbstverständlich auch im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ – dem Zusammenbruch und Auseinanderfallen des kommunistischen Ostblocks der Sowjetunion – gesehen werden. In diesem Zusammenhang sind die Grenzen der einzelnen Länder durchlässiger geworden, was die Migration erheblich gesteigert hat. Die mit den enormen Veränderungen in Zusammenhang zu sehenden Verunsicherungen haben etwa auch die Strafverfolgungsbehörden beeinflusst, die vielfach in begründeten und nun offen geäußerten Verdacht geraten sind, bei der früheren Unterdrückung der Bevölkerung eine wesentliche Rolle gespielt zu haben. All das hat verständlicherweise mit dazu beigetragen, daß die Kriminalitätsbelastung in den einzelnen früheren Ostblockländern im Laufe der Jahre nach dem politischen Wandel erheblich zugenom-

men hat. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß das Kriminalitätsniveau in diesen Ländern, zumindest was den Umfang der offiziell polizeilich registrierten Straftaten betrifft, deutlich unter demjenigen westlicher Industrieländer wie etwa auch der Bundesrepublik Deutschland lag. Auch nach dem Anstieg liegt die offiziell registrierte Kriminalitätsbelastung immer noch mehr oder weniger deutlich unter derjenigen westlicher Länder, wobei allerdings die neuen Bundesländer eine Ausnahme bilden. Hier hat die Kriminalitätsbelastung inzwischen Westniveau erreicht.

Von (sozial)wissenschaftlicher Seite wurde zu Recht auf die Bedeutung der Begleitforschung dieses „Großexperimentes“ hingewiesen. Gerade auch für die Kriminologie boten sich durch den Zusammenschluß der ehemaligen sozialistisch-planwirtschaftlich geführten DDR mit der demokratisch-marktwirtschaftlich geführten BRD zahlreiche Forschungsmöglichkeiten, vor allem auch, was die Entwicklung der Kriminalitätsbelastung unter den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und im Zusammenhang mit dem Wandel der DDR-Gesellschaft betrifft. Oft wurde in diesem Zusammenhang von einem „natürlichen Experiment“ gesprochen, das es durch (sozialwissenschaftliche) Forschung zu begleiten gilt, von einer „einmaligen Gelegenheit“, gerade auch zur Überprüfung sozialwissenschaftlicher Theorien. Entsprechend wurden von verschiedenen, gerade auch kriminologischen Forschungsgruppen und Organisationen empirische Projekte in Angriff genommen, insbesondere auch Opferstudien etwa zum Ausmaß und zum Wandel der Kriminalität in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung, vor allem auch im Hinblick auf die Kriminalitätsentwicklung der Jahre nach der Wiedervereinigung. Durch diese unterschiedlichen Projekte hat die Kriminologie weitgehend ihr sich bietende Forschungschancen genutzt.

An dieser kriminologischen Forschung im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsprozeß hat sich die Forschungsgruppe Kriminologie des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (MPI) maßgeblich beteiligt. So erkannte man hier die einmalige Forschungschance und führte bereits in der zweiten Jahreshälfte 1990 in Zusammenarbeit mit der kriminalistisch-kriminologischen Forschungsgruppe des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden die erste großangelegte Opferstudie nach der Wiedervereinigung durch. Nachdem das MPI bereits 1989 im Rahmen der ersten International Crime Survey (ICS) die erste bundesweite Opferstudie durchgeführt hatte, bei welcher mittels telefonischer Interviews 5.000 per Zufall ausgewählte Bundesbürger ab dem

14. Lebensjahr befragt worden waren, wurde ein Jahr später die erste gesamtdeutsche Opferstudie in beiden Teilen Deutschlands durchgeführt, bei welcher mittels persönlicher Interviews in den neuen Bundesländern 5.000 und in den alten Bundesländern weitere 2.000 per Zufall ausgewählte Personen ab dem 14. Lebensjahr befragt wurden. Durch diese erste deutsch-deutsche Opferstudie von 1990 (DD90) konnte die Situation relativ kurzfristig nach Grenzöffnung und am Beginn des Wiedervereinigungsprozesses erfaßt werden. Es war somit das Problem des Wandels und dessen Einflusses auf die Kriminalitätsentwicklung aktuell zu erfassen und zu beschreiben (vgl. *Kury* u.a. 1992). Durch die Opferstudie von 1989 (ICS 89), die kurz vor der „Wende“ durchgeführt wurde, stehen Opferinformationen größeren Umfangs zur Zeit vor und nach dem Wendeprozess zur Verfügung.

Großangelegte Opferstudien wie die ICS 89 sowie die DD 90 haben den Vorteil, daß sie einen Überblick, in diesen Fällen über die Opfersituation in der BRD vor der Wiedervereinigung und Deutschlands danach, geben können, haben dagegen den Nachteil, daß sie differenzierte Analysen auf „Mikroebene“ kaum erlauben. Dafür kann einerseits in der Regel die Variablendefinition zu wenig spezifisch vorgenommen werden, andererseits ist selbst bei großangelegten bundesweiten Untersuchungen die Stichprobengröße für regional kleinere Bereiche wiederum zu klein, um differenzierte Berechnungen durchführen zu können. Vor diesem Hintergrund entschlossen wir uns, ergänzend zu den bundesweiten Opferstudien vertiefende regionale Untersuchungen durchzuführen, die zusätzliche Informationen über die Zusammenhänge zwischen Kriminalität(entwicklung), gesellschaftlichen Bedingungen, Einstellungsmustern u.ä. liefern sollen. Aufgrund der bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen der Forschungsgruppe Kriminologie des MPI und dem Juristischen Fachbereich der Universität Jena (Prof. Dr. Kräupl) wählten wir für diesen Teil unserer Opferforschung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung die beiden Städte Jena und Freiburg aus. Grund hierfür war auch die relative Vergleichbarkeit beider Städte, insbesondere aber die gute und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen beiden Forschungsgruppen. Gemeinsam wurde in Anlehnung an die ICS 89 und die DD 90 ein standardisiertes Erhebungsinstrument entwickelt, das in gleicher Form in einer schriftlichen Umfrage in Freiburg und Jena eingesetzt wurde. Aus methodischen Gründen wurde in Jena eine kleinere Substichprobe mündlich befragt. Lediglich wenige Items, die sich auf Spezifika der einzelnen Städte bezogen, unterschieden sich zwischen

den beiden Fragebogenversionen, so daß die gewonnenen Informationen nahezu vollständig vergleichbar sind. In Jena wurde zur Erfassung der Persönlichkeitsstruktur der Befragten einem Teil der Stichprobe zusätzlich das Freiburger Persönlichkeitsinventar – FPI (vgl. *Fahrenberg* u.a. 1984) vorgegeben. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte jeweils per Zufall aus dem Einwohnermelderegister. Die Datenerhebung wurde in beiden Städten in der 2. Jahreshälfte 1991 durchgeführt.

Bereits 1993 legten die Kollegen aus Jena Auswertungsergebnisse der dortigen Umfrage vor (vgl. *Kräupl & Ludwig* 1993). Hierbei wurde auf den Vergleich zwischen den beiden Städten verzichtet. Der vorliegende Band enthält nun die wichtigsten Ergebnisse der Freiburger Studie sowie einen Vergleich zwischen Freiburg und Jena. Hierbei haben wir allerdings einzelne Fragestellungen aufgrund ihrer Bedeutsamkeit ausgeklammert und werden diese separat im Jahre 2000 in einem Sonderband veröffentlichen (vgl. *Kury* u.a. 2000). Das betrifft insbesondere die wichtige und auch kriminalpolitisch außerordentlich interessante und aktuelle Frage der Sanktionseinstellungen der Bürger (Punitivität). Die damit verbundenen umfangreichen Berechnungen bilden auch den Hintergrund für diese später erfolgende Vorlage dieses Bandes.

Um den Verlauf der Kriminalitätsentwicklung sowie Änderungen in den Einstellungsbereichen zu erfassen, führten wir gemeinsam wiederum mit der Universität Jena Ende 1995 in beiden Städten eine Wiederholungsuntersuchung durch. Es wurde mit geringfügigen Veränderungen erneut derselbe Fragebogen eingesetzt, um den Vergleich der Datensätze zu gewährleisten. Was Freiburg betrifft, beteiligte sich die Forschungsgruppe Kriminologie des MPI seit 1992 zusätzlich an der vom Innenminister des Landes Baden-Württemberg ins Leben gerufenen Forschungsinitiative zur kommunalen Kriminalprävention und führte in diesem Zusammenhang in dieser Stadt 1994 eine weitere Opferstudie durch. Diese weiteren Daten sollen in diesem Band noch keine Berücksichtigung finden, sondern werden in einer weiteren Veröffentlichung präsentiert (vgl. *Obergfell-Fuchs* 2000).

Abschließend danken wir den Kollegen aus Jena, Herrn Prof. Dr. G. Kräupl sowie Frau Prof. Dr. H. Ludwig, für die kooperative Zusammenarbeit im Rahmen dieser und auch der folgenden Untersuchungen. Die Zusammenarbeit war stets sehr kooperativ und unterstützend. Von der Forschungsgruppe Kriminologie wurden wir bei der Durchführung der Auswertung der Studie tatkräftig unterstützt. Unser Dank gilt in diesem Zusammenhang insbesondere Frau Daniela Kirstein für die Mithilfe bei der

Zusammenstellung der Ergebnisse, Frau cand. phil. Alexandra Heneka für die Unterstützung bei der Datenauswertung, Frau cand. phil. Gunda Wösner und Frau Andrea Weiß für die Mithilfe bei der Tabellenerstellung sowie der Anfertigung der Grafiken, schließlich für das Korrekturlesen des Textes. Nicht zuletzt danken wir besonders Frau Gaby Löffler für die Textfassung und für die Anfertigung der druckreifen Manuskriptvorlage für den Verlag sowie dem Verlag BARTH medien-haus GmbH für den Druck des Werkes.

Freiburg, im Juni 2000

Helmut Kury
Joachim Obergfell-Fuchs
Michael Würger

A. Theoretische Überlegungen: Untersuchungsrahmen – Planung und Durchführung der Studie

KAPITEL 1

Einleitung

Die Viktimologie, ein Begriff, der *Wertham* (1948) zugeschrieben wird, ist in den letzten Jahrzehnten zu einem der wesentlichen Bereiche kriminologischer, insbesondere auch empirisch-kriminologischer Forschung geworden. Seit Anfang der 70er Jahre werden auch in der Bundesrepublik Deutschland vermehrt Opferstudien durchgeführt (vgl. zusammenfassend *Kury u.a.* 1996, S. 3 ff.).

Nach *Jung* (1993, S. 582) wird die Viktimologie überwiegend betrachtet „als jene Teildisziplin der Kriminologie, der es darum zu tun ist, die Perspektive des Verbrechenopfers zur Geltung zu bringen“. Das Opfer ist in der kriminologischen Forschung bis zu Beginn der Opferbewegung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre etwa im Vergleich zur Täterforschung sehr vernachlässigt worden. Auch in der Rechtsprechung ist das Opfer von Straftaten im wesentlichen lediglich als Zeuge instrumentalisiert worden, seine Belange sind weitgehend unberücksichtigt geblieben, es ist vollkommen ihm überlassen worden, sich für entstandenen Schaden und/oder Verletzungen im Privatklageverfahren einen Ausgleich zu erkämpfen.

Ab den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich jedoch die Viktimologie zu einer der bedeutendsten Disziplinen empirischer Kriminologie entwickelt. Der kometenhafte Aufstieg des Faches ist nicht frei von Modeerscheinungen, die zweifellos zu Recht kritisiert werden. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß diese Wiederentdeckung des Opfers sowohl für Wissenschaft als auch Praxis eine Bereicherung und ausgewogenere Sichtweise der Kriminalitätsproblematik mit sich gebracht hat. Schließlich bringt die neue Bewegung auch für die Opfer, zumindest von schweren Straftaten, in vielen Ländern, so auch der Bundesrepublik, eine rechtliche und tatsächliche Besserstellung (vgl. etwa *M. Kaiser* 1992).

Allerdings bedeutet die Schwerpunktlegung auf viktimologische Fragestellungen auch eine Abkehr von täterorientierten Ansätzen. Eine Verbin-

dung beider Bereiche war und ist bislang äußerst selten geblieben. So wies z.B. *Ellenberger* (1954) auf den bis heute nur ansatzweise untersuchten Aspekt hinsichtlich der Täter-/Opferbeziehung hin, daß nämlich Täter in der Regel auch Opfer (gewesen) sind. „Man ist nacheinander Täter oder Opfer oder umgekehrt ... Untersucht man die Lebensgeschichten schwerer Verbrecher, so erfährt man in erschreckender Häufigkeit von Mißhandlungen, Ausbeutung, Verwahrlosung, die sie selbst als Kinder erlebt haben“. Er weist besonders auf die soziale Isolation als viktimogene Situation hin (vgl. zusammenfassend *Schneider* 1987, S. 752). *Schuh* (1986, S. 31) betont: „Ein absoluter Gegensatz zwischen Täter und Opfer besteht eigentlich selten, da es sich beim Verbrechen nur allzu oft um ein reziprokes Geschehen handelt“ (vgl. a. *Fattah* 1971). In einer neueren empirischen Untersuchung an in einer deutschen Jugendstrafanstalt inhaftierten männlichen jugendlichen Straftätern kann *Brandenstein* (1999) zeigen, daß nicht weniger als 79,8% der befragten 168 Insassen angegeben haben, bisher mindestens einmal Opfer einer vielfach schweren Straftat geworden zu sein. Hierbei handelt es sich etwa um Diebstahl, Erpressung, körperliche Bedrohung, körperliche Mißhandlung oder sexuellen Mißbrauch.

In einer ersten Phase der Viktimologie hat die Frage der Abgrenzung von der Kriminologie, sei es in Form der Bildung eines eigenständigen Wissenschaftszweiges oder aber der Integration in die Kriminologie, noch eine wichtige Rolle gespielt. Während z.B. *Mendelsohn* (1956; 1963) für eine eigenständige Lehre vom Opfer eingetreten ist, die sich nicht nur mit Opfern von Straftaten, sondern mit Opfern insgesamt beschäftigen sollte (z.B. Opfer von Naturkatastrophen), und *Šeparović* (1985) und *Elias* (1986) eine Viktimologie der Menschenrechte gefordert haben, hat *von Hentig* (1941; 1948) die Viktimologie als Teildisziplin der Kriminologie gesehen, die sich „mit der Interaktion zwischen Täter und Opfer in Kriminalitätentstehungs- und -kontrollprozessen befaßt“ (*Schneider* 1993, S. 304). Noch auf dem 3. Internationalen Symposium für Viktimologie, das 1979 in Münster und damit erstmals in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hat, hat die Frage der Abgrenzung bzw. Integration von Kriminologie und Viktimologie eine, wenn auch nur untergeordnete, Rolle gespielt (vgl. *Schneider* 1982).

Heute hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß die Viktimologie als Teilbereich der Kriminologie anzusehen ist, entsprechend wird sie auch in den gängigen kriminologischen Lehrbüchern abgehandelt (vgl. etwa *Kaiser* 1996). Auch *Amelunxen* (1970, S. 34) betont, daß, wenn man „richtiger-

weise die Kriminologie als Lehre nicht nur vom Verbrecher, sondern vom Verbrechen auffaßt“, sich dann ergebe, „daß die Viktimologie keine gänzlich eigenständige Disziplin, sondern nur ein Zweig der Kriminologie sein kann – ein Zweig, der innerhalb des weiteren kriminologischen Forschungsfeldes eben speziell nicht dem Täter, sondern dem Opfer zugewandt ist“.

Einer der Gründe für den raschen Aufschwung der Viktimologie dürfte in der stimulierenden Wirkung der Opferbefragungen, die ein zunehmend informationsreicheres Bild vom Verbrechensoffer, aber auch vom Verbrechensgeschehen insgesamt gezeichnet haben, liegen (vgl. *Jung* 1993, S. 583). „Die Entwicklung dürfte aber auch mit dem gestiegenen Engagement für den sozial Schwachen zusammenhängen, das im Grunde auch die Strafvollzugsreform vorangetrieben hat“. Hinzu kommt, wie der Autor zu Recht betont, eine verstärkte Sensibilisierung für das Phänomen Gewalt, vor allem auch, was Kindes- und Frauenmißhandlung betrifft. In diesem Zusammenhang hat die sogenannte Frauenbewegung zweifellos bis heute eine wichtige Schubkraft für die Fortentwicklung des Opfergedankens gebracht.

Auch *Kaiser* (1993 S. 533) betont, daß es für die neue Blickschärfung für Opferbelange viele Gründe gegeben hat. Vor allem das Bewußtsein steigender Kriminalität und die damit zusammenhängende Verbrechenstfurcht, aber auch das wachsende Interesse der kriminologischen Forschung am Anzeigeverhalten der Bevölkerung, Fragen der Selbsthilfe und Selbstkontrolle, wobei insbesondere die strategische Rolle des Opfers bei der Definition und Selektion des Straftäters in seiner Funktion für die strafrechtliche Sozialkontrolle betont wird. Das neuentwickelte Forschungsinstrument der Opferbefragung hat sich in dieser Hinsicht zu einem tauglichen und nützlichen Mittel der Erkenntnisgewinnung entwickelt, das sowohl Fragen im Rahmen der Kriminalitätsmessung – in Ergänzung zu der Polizeilichen Kriminalstatistik – besser zu beantworten hilft als auch im engeren Sinne Unterstützung bei der Lösung viktimologischer Probleme verspricht.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Früchte viktimologischer Forschung die Kriminologie wesentlich bereichert und aus einer einseitigen Sichtweise des Kriminalitätsphänomens herausgeführt haben. Das ergibt sich auch aus dem von *Kaiser u.a.* (1991) für das 7. Symposium der World Society of Victimology in Rio de Janeiro vorgelegten mehrbändigen Sammelwerk, das wichtige Aspekte internationaler viktimologischer Forschung enthält. Hierbei handelt es sich um die bisher umfangreichste internationale Zusammenstellung (empirischer) viktimologischer Forschung.

Nach Jung (1993, S. 584) lassen sich heute folgende thematische Schwerpunkte viktimologischen Forschens erkennen: der Viktimisierungsprozeß, Opferbefragungen, Opferbehandlungs- und Entschädigungsprogramme ferner die Stellung des Opfers in der Strafrechtspflege. Heute wundert man sich, wie lange es gedauert hat, bis man die Bedeutung der Opferforschung in der Kriminologie erkannt hat.

Inzwischen sind in zahlreichen Staaten gesetzliche Bestimmungen zum Schutz und zur Entschädigung von Verbrechenopfern in Kraft gesetzt worden. So wird in Österreich bereits 1972 ein „Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfsleistungen an Opfer von Verbrechen“ verabschiedet, in den Vereinigten Staaten 1982 das „Bundesgesetz über den Schutz des Verbrechenopfers und des Zeugen“ (Victim and Witness Protection Act of 1982). 1983 nimmt der Ministerrat des Europarates in Straßburg die „Europäische Konvention über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten“ an (Council of Europe 1983; 1984; Tsitsoura 1984). 1985 werden Empfehlungen über die Verbesserung der Rechtsstellung des Opfers im Strafrecht verabschiedet, die sich an Vorschläge der Vereinten Nationen anlehnen. Weiterhin werden Vorschläge über den Ausbau von Opferhilfe- und Behandlungsprogrammen erarbeitet. 1985 beschließt die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Declaration of Basic Principles of Justice for Victims of Crime and Abuse of Power“, die vom „7. United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders“, der im Jahre 1985 in Mailand stattgefunden hat, vorbereitet worden ist. Die Vereinten Nationen bemühen sich sehr um die Einführung informeller Ausgleichs- und Schlichtungsverfahren, die Täter und Opfer möglichst in die Lage versetzen sollen, ihren Konflikt selbst zu regeln (vgl. Schneider 1995, S. 183). Das „European Committee on Crime Problems“ des Europarates hat 1988 die Bildung eines Sonderausschusses über Verbrechenopfer sowie Kriminal- und Sozialpolitik beschlossen.

In der Bundesrepublik Deutschland (einschl. Berlin West) tritt im Jahre 1976 das „Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten“ (Opferentschädigungsgesetz OEG) in Kraft (BGBl. I, S. 1181-1183). 1987 tritt das „Erste Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren“ (Opferschutzgesetz) in Kraft (vgl. zu dessen Umsetzung Kaiser 1992; Kury u.a. 1996; siehe auch Schneider & Bussmeyer 1980).

In vielen Ländern, auch der Bundesrepublik Deutschland, haben sich Opferhilfeorganisationen, wie in der BRD der „Weisse Ring“, zur finanziellen und psychischen Unterstützung von Opfern vor allem von schweren

Verbrechen sowie zur Durchsetzung und zum Ausbau der Opferrechte gebildet. Der „Weisse Ring“ führt seit 1989 regelmäßig wissenschaftliche Kolloquien zu Fragen und Problemen des Ausbaus der Opferrechte sowie zur Durchführung wirksamer Opferhilfsmaßnahmen durch (vgl. etwa die Veröffentlichungen in der Reihe des Weissen Rings „Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsopfern“; *Weisser Ring* 1990; 1993; 1994; 1996).

Nicht nur die Viktimologie, auch die Beschäftigung mit Fragen der Kriminalität auf kommunaler Ebene hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten einen deutlichen Aufschwung erfahren, wobei diese Entwicklungen nicht unabhängig voneinander sind. So sind Konzepte wie „Community Service“, „Community Treatment“, „Community Policing“ oder „Community Crime Prevention“, die insbesondere von den USA ausgegangen sind, inzwischen zu weltweiten Ansätzen des Umgangs mit Kriminalität insbesondere Jugendlicher geworden, wenn auch die dahinterstehenden Konzepte vielfach wenig klar umrissen sind und von daher zwangsläufig erheblich voneinander abweichen.

Ab den 80er Jahren hat der in der Bundesrepublik zunehmend an Boden gewinnende Diversionsgedanke (vgl. *Kury & Lerchenmüller* 1980) die Aufmerksamkeit ebenfalls auf kleinräumige städtische Gemeindestrukturen gelenkt, ist es doch zentral darum gegangen, für (jugendliche) Straftäter spezifische Alternativen für eine formelle Verurteilung bzw. Sanktion (Inhaftierung) zu finden, zur Vermeidung von Stigmatisierungsprozessen, die zwangsläufig von offiziellen Strafverfahren ausgehen. Die Angebote für gemeinnützige Arbeitsleistungen sind in aller Regel gemeindespezifisch auszuwählen und zur Verfügung zu stellen gewesen. Der Gedanke, daß Kriminalität dort am besten vorgebeugt werden kann, wo sie entsteht, da dort gezieltere, auf die spezifischen Bedingungen besser abgestellte Programme möglich sind, hat zunehmend Bedeutung erhalten. In Kriminologie und Kriminalpolitik haben vermehrt spezifische, regional begrenzte und auf die Kriminalitätsspezifika eingegrenzter Räume abgestellte Präventionsmaßnahmen und -programme an Bedeutung gewonnen (vgl. ausführlich Kap. 4; s. auch *Obergfell-Fuchs* 2000).

Kommunale Kriminalprävention ist inzwischen als „community crime prevention“ zu einer weltweiten Bewegung geworden. Neben Modeerscheinungen, die hier sicher eine Rolle spielen dürften, ist die Bewegung insbesondere durch die weltweit festzustellende zunehmende Verstädterung und die damit verbundenen Probleme angeregt worden. Besonders in Entwicklungsländern ziehen immer mehr Menschen in die Großstädte und las-

sen diese ins Unüberschaubare und oft auch kaum noch Regierbare anwachsen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen (*United Nations* 1994, S. 10) haben 1950 17% der Erdbevölkerung in städtischen Gebieten gelebt. Für das Jahr 2025 wird davon ausgegangen, daß 61% der Bevölkerung in Großstädten leben. Bereits heute lebt nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Regionen (vgl. zusammenfassend *Kury* 1995). „While almost half of the world's population is already urban, by the first quarter of the century the majority of the world's inhabitants will live in urban settlements, with an increasing share of the world's poor inhabiting rapidly growing urban agglomerations“ (*United Nations* 1994, S. 190, 1993).

Daß in einer solchen Megapolis nicht nur die Zahl der Einwohner steigt, sondern auch die Probleme gerade bezüglich Kriminalität und sozialer Auffälligkeit zunehmen, überrascht nicht, weiß man doch aus der kriminologischen Forschung, gerade aus Dunkelfeld- und Opferstudien, recht genau, daß mit zunehmender Urbanisierung in der Regel die Probleme der Einwohner zunehmen (z.B. auch die Furcht, Opfer einer Straftat zu werden). Dies kann als Hintergrund für die ebenfalls zunehmende Kriminalitätsbelastung gesehen werden (vgl. etwa *Kury u.a.* 1996).

1995 hat in Kairo/Ägypten der 9. UN-Kongreß „Prevention of Crime and Treatment of Offenders“ stattgefunden. Ein zentraler Themenblock hat sich mit „Crime prevention strategies in particular as related to crime in urban areas and juvenile and violent criminality, including the question of victims: assessment and new perspectives“ beschäftigt. In einem vorbereiteten Arbeitspapier wird besonders betont (*United Nations* 1993, S. 17): „Increasingly complex crime problems in most parts of the world are primarily seen in an urban context, likely to be further exacerbated by factors such as the continuing growth of cities, mobility and economic disparities, both between and within cities and countries“. Es wird eine wissenschaftlich begründbare Datenbasis für die anstehenden Entscheidungen bezüglich größerer Sicherheit in den Städten gefordert (*United Nations* 1995, S. 5). „Specific initiatives can have a positive effect if they are part of a coherent strategy guided by a solid information-base and on growing evaluations. Different methods for developing such an information-base have been devised. The trend is increasingly towards local studies and problem-identification but they are likely to be more meaningful if carried out against the background of national crime and victimization-studies, and of global trends, given the growing internationalization of crime“. Auch hier spielen somit Opferstudien eine zentrale Rolle.

Zur Vorbereitung der Kairoer Konferenz sind in aller Welt „Preparatory meetings“ der einzelnen zusammengeschlossenen Landesgruppen durchgeführt worden. Beispielsweise in dem Bericht der europäischen Vorbereitungsgruppe (*United Nations* 1994a, S. 22) wird darauf hingewiesen, daß auch in Europa eine wachsende Verstärkung zu beobachten sei „with parallels in terms of family-solidarity, employment, housing, pollution and immigration, all of which were posing serious challenges for service delivery systems, public institutions and public policy. Migrant movement and those of refugees and displaced persons because of ethnic conflicts of war-created difficulties in the recipient countries“ (vgl. a. *United Nations* 1994b, S. 19; 1994c, S. 19 ff.; 1994d, S. 18 ff.; 1994e, S. 24 f.).

Inzwischen liegen international mehr und mehr regional begrenzte (Opfer-)Studien zur Kriminalitäts- und Problementwicklung in den einzelnen Großstädten vor (vgl. hierzu *Alvazzi del Frate & Goryainow* 1993). Dabei werden die Probleme oft unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeiten effizienterer Kriminalprävention betrachtet (vgl. etwa *Clarke* 1992; *Home Office* 1993; *European Forum for Urban Safety* 1992; *Graham* 1990; *Waller* 1989; *National Research Council* 1993): Ein „European Forum for Urban Safety“ ist gegründet worden, das zusammen mit der „Federation of Canadian Municipalities and the United States Conference of Mayors“ mehrere internationale Treffen durchführte und Programme und Maßnahmen zur Kriminalprävention insbesondere in Großstädten erarbeitet hat. Auf den Treffen in Montreal (1989) und Paris (1991) haben die Teilnehmer mehr präventive Maßnahmen zur Reduzierung der (Kriminalitäts-)Probleme in Großstädten gefordert. An den Tagungen haben Bürgermeister, Polizeiverantwortliche, Richter, Regierungsexperten und Vertreter aus insgesamt 65 Ländern teilgenommen. 1994 ist in Kanada unter maßgeblicher Initiative von I. Waller das „International Center for the Prevention of Crime (ICPC)“ gegründet worden. Ziel des Instituts ist die Unterstützung und Implementation von Kriminalitätspräventionsprogrammen, ausgehend von den UN-Bemühungen.

Ausgangspunkt verschiedener kriminalpräventiver Programme in den alten und in den neuen Bundesländern sind lokale Untersuchungen zur Kriminalitätslage. Kleinräumige, etwa auf einzelne Städte bezogene Opferstudien bieten die Möglichkeit, ergänzend zu überregionalen Victim Surveys, spezifische Zusammenhänge zwischen regionalen Gegebenheiten, die das Wohnumfeld betreffen, sowie der Kriminalitätsbelastung, Einstellungen zu Kriminalität und gesellschaftlichen Bedingungen herauszuarbeiten.

Auch vor diesem Hintergrund haben wir ergänzend zu den bundesweiten Opferstudien des Max-Planck-Instituts Vergleichsuntersuchungen zwischen Freiburg und Jena durchgeführt, um dadurch den Ost-West-Vergleich der Kriminalitätsentwicklung, der Einstellung der Bevölkerung zu Straffälligkeit, Verbrechensfurcht u.ä. ergänzen und fundieren zu können.

KAPITEL 2

Opferbefragungen, deren Bedeutung und Probleme

Empirische Opferbefragungen sind mit dem internationalen Aufblühen der Viktimologie in den 70er Jahren fest verbunden. Die Befragung von Opfern in Victim Surveys zählt seit der (Wieder-)Entdeckung des Opfers von Straftaten zu einem festen Bestandteil kriminologisch-viktimologischer Forschung. *Jung* (1993, S. 585) zufolge kann die „Entwicklung der Opferbefragungen ... als Gradmesser des Fortschritts für die Viktimologie gelten. Opferbefragungen haben, ganz allgemein gesehen, unser Wissen um die Verbrechenwirklichkeit auf eine differenziertere Grundlage gestellt“. Nach *Wolf* (1976, S. 85; vgl. *Wolf & Hauge* 1975) soll die erste Opferbefragung bereits 1730 im dänischen Aarhus in Zusammenhang mit einem dort begangenen Diebstahl durchgeführt worden sein. War die dort angewandte Methodologie noch recht einfach, hat sich die Opferforschung insbesondere in den letzten zehn Jahren methodisch enorm weiterentwickelt.

Vor dem Hintergrund der aufblühenden Dunkelfeldforschung wurde die offizielle Kriminalstatistik, in der nur ein Teil der tatsächlich begangenen Straftaten erfaßt wird, in den 70er Jahren vermehrt einer kritischen Prüfung unterzogen (vgl. etwa *Collmann* 1973; *Graff* 1975; *Kerner* 1973; *Heinz* 1975). Gleichzeitig wurde jedoch zu Recht darauf hingewiesen, daß trotz aller Kritik die Kriminalstatistik nach wie vor eine Fülle wichtiger Informationen enthält (vgl. *Pilgram* 1976). Bis heute ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) die zentrale Informationsquelle über Kriminalität und Kriminalitätsentwicklung, trotz aller Mängel hinsichtlich der Validität der erfaßten Daten, insbesondere etwa, was internationale Vergleiche betrifft. Gerade in den letzten Jahren wurde vor dem Hintergrund der inzwischen international zahlreich vorliegenden Opferstudien und der darin enthaltenen Informationen zum Anzeigeverhalten, aber auch neuere Untersuchungen zum polizeilichen Registrierverhalten (vgl. *Kürzinger* 1978) begründet vermutet, daß das Dunkelfeld der Kriminalität wesentlich größer sein wird als die oft angenommenen und behaupteten 50%.

Oba (1908, S. 28) bezeichnete zu Beginn des Jahrhunderts die nicht bekanntgewordene Kriminalität als „Dunkelziffer“. *Von Hentig* (1964, S. 18) sprach bezüglich der unbekannteren Straftaten vom „Dunkelfeld“ (vgl. zu den unterschiedlichen Arten von Dunkelziffern etwa *Opp* 1974, S. 53 ff.).

Bekannt war das Phänomen des Dunkelfeldes selbstverständlich schon früher.

Bereits *Quetelet* (1838), einer der ersten Kriminalstatistiker, der auch differenzierte Untersuchungen zur Regionalverteilung der (offiziell registrierten) Kriminalitätsbelastung in Frankreich durchführte, machte sich Gedanken über Hell- und Dunkelfeld. Er ging von einem festen Verhältnis zwischen Hell- und Dunkelfeld aus und formulierte vor diesem Hintergrund sein „Gesetz der konstanten Verhältnisse“. Er nahm hierbei gleichbleibende Relationen zwischen Hell- und Dunkelfeld an, die auch über die Zeit und unterschiedliche Delikte hinweg konstant bleiben (vgl. *Quetelet* 1921; *Guerry* 1833). Selektionsprozesse auf dem Weg zur offiziellen Registrierung von Straftaten wurden vernachlässigt, da sie als unerheblich galten. Die Annahme von den konstanten Verhältnissen zwischen Hell- und Dunkelfeld wurden bis weit in unser Jahrhundert hinein tradiert (vgl. z.B. *Wadler* 1908; zusammenfassend *Schwind* 1983, S. 216 f.). Auch *Hellmer* (1974, S. 103), der sich intensiv mit der Frage der Regionalverteilung der Kriminalitätsbelastung in Deutschland beschäftigte, vertrat noch die Ansicht, daß das Dunkelfeld „überall gleich“ sei und daher bei seinen regionalen Vergleichen nicht berücksichtigt werden müsse.

Vor dem Aufblühen der Umfrageforschung, insbesondere in den 60er Jahren, war man hinsichtlich des Ausmaßes des Dunkelfeldes auf grobe Schätzungen bzw. Erfahrungen etwa von Polizeibeamten angewiesen. Diese Schätzungen waren zwangsläufig sehr fehlerhaft (vgl. zusammenfassend *Schwind* 1983, S. 217 ff.). Erst das Aufkommen der Dunkelfeldforschung und die in diesem Zusammenhang durchgeführten systematischen Umfragen brachten validere Informationen zum Ausmaß des Dunkelfeldes und entsprechend zu den Fehlerquellen der offiziellen Kriminalstatistiken. Zu Recht warf der Sozialpsychologe *Allport* (1941, S. 37) im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Gewinnung zuverlässiger Informationen über Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung insbesondere auch im psychologischen Bereich die Frage auf: „Why not ask them?“

In den USA wurden Self-report-Untersuchungen ab Anfang der 40er Jahre durchgeführt (vgl. *Wallerstein & Weyle* 1947), nachdem bereits in den 30er Jahren Sozialwissenschaftler die kritische Frage diskutiert hatten „Can delinquency be measured?“ (*Robinson* 1936). Die ersten Dunkelfeldstudien waren vor allem Täter- bzw. Informandenbefragungen, Opferbefragungen kamen erst später hinzu (vgl. unten; siehe auch *Kaiser* 1978, S. 17 ff.). So führte *Porterfield* (1943) die erste empirische Untersuchung

zur Häufigkeit verübter, aber nicht bekanntgewordener, also im Dunkelfeld verbliebener Delikte durch (vgl. *Amelang* 1986, S. 101). Er befragte hierbei College-Studenten, die auf einem Fragebogen angeben sollten, ob sie eine oder mehrere der in Kurzform beschriebenen Straftaten schon einmal begangen hatten, ein Vorgehen, daß bis heute praktiziert wird. Die mittlere Häufigkeit der zugegebenen Delikte betrug bei den männlichen Befragten 17,4 und bei den weiblichen 4,7. Keiner der Studenten war von den Strafverfolgungsbehörden für die angegebenen Taten belangt worden, auch nicht für die schwerwiegenderen, die allerdings relativ selten vorkamen (vgl. *Porterfield* 1946; *Murphy u.a.* 1946). Die wesentlichen Resultate *Porterfields* konnten, wie wir inzwischen wissen, in späteren Untersuchungen immer wieder bestätigt werden.

Mit den Arbeiten von *Short & Nye* (1957; 1958) in den 50er Jahren etablierte sich in den USA ein Typ von Dunkelfeldbefragung, der sich mehr und mehr als bessere Alternative zu den offiziellen Kriminalstatistiken verstand. Die Autoren bezweifelten die Aussagekraft und die Validität der offiziellen Statistiken und wollten mit den Täterbefragungen ein Instrument schaffen, das einen direkten Zugriff auf delinquentes Verhalten ermöglicht und die Selektionsprozesse vermeidet, welche die Angaben der offiziellen Statistiken beeinträchtigen. Über empirische Untersuchungen in den skandinavischen Ländern (vgl. *Elmhorn* 1965; *Christie u.a.* 1965) fand die Dunkelfeldforschung schließlich Eingang in die bundesdeutsche Kriminologie.

Insbesondere die polizeilich registrierte Gewaltkriminalität hatte in den USA seit Mitte der 60er Jahre stark zugenommen. Dieser Kriminalitätsanstieg war der wesentliche Motor für das anwachsende Interesse an kriminologischen bzw. viktimologischen empirischen Untersuchungen. Die *US-President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice* (1967) vertraute zunächst bei der Lösung der großen Kriminalitätsprobleme in den Vereinigten Staaten auf die Uniform Crime Reports (UCR) und betonte ausdrücklich, daß "the survey-technique has a great untapped potential as a method of providing additional information about the nature and extent to our crime-problem and the relative effectiveness of different programs to control crime" (1967, S. 20). Auf Anregung der Kommission wurde bald ein Programm von Victim Surveys eingeleitet, das mit Veränderungen bis heute andauert (vgl. zusammenfassend *Sparks* 1981b).

Bahnbrechende Untersuchungen, insbesondere auch, was die Methodologie dieses relativ neuen Forschungsbereiches betrifft, wurden zu Beginn dieses Forschungsprogrammes vor allem von *Bidermann u.a.* (1967), *Reiss*

(1967) und *Ennis* (1967b) durchgeführt. Es handelt sich hierbei um drei Voruntersuchungen zu den folgenden großen National Crime Surveys (NCS), die bereits Mitte 1972 in ihrem vollen Programm auf nationaler und städtischer Ebene begannen (vgl. *Bidermann u.a.* 1967). *Sparks* (1981b, S. 4 f.), der eine gute zusammenfassende Darstellung der Entwicklung der US-amerikanischen empirischen Opferforschung gibt, bezeichnet diese Voruntersuchungen zum amerikanischen Opferforschungsprogramm gerade auch wegen ihrer methodologischen Qualität zu Recht als "landmarks in the study of crime" und betont ihren "substantial impact on academic criminology". Seiner Ansicht nach wurden die NCS jedoch mit ungebührlicher Hast eingeführt, woraus Schwierigkeiten resultierten, die auch heute noch das amerikanische Verbrechenprogramm beeinträchtigten. Diese Victim Surveys in den USA zählen bis heute zu den größten, aber auch teuersten Datenerhebungen in der Kriminologie.

In den USA, aber auch in Holland und England werden seit Anfang der 70er Jahre solche regelmäßigen Surveys durchgeführt, die systematisch die Daten der offiziellen Kriminalstatistiken ergänzen sollen (vgl. *U.S. Department of Justice* 1976; *Hindelang* 1976; *Buikhuisen* 1977, *van Dijk & Steinmetz* 1979; *Hough & Mayhew* 1983; vgl. zum Überblick über die Dunkelfeldforschung *Stein-Hilbers* 1975; *Müller* 1978; *Schneider* 1987).

Ziel von Opferbefragungen (Victim Surveys) sind in der Regel:

1. Erfassung des Ausmaßes und der Struktur der Kriminalität.

Insbesondere zu Beginn der Opferstudien wurden diese vor allem als Mittel zur Messung der Kriminalität im Sinne von Dunkelfelduntersuchungen angesehen, da, wie oben erwähnt, zunehmend die Schwächen der Polizeilichen Kriminalstatistik offenkundig wurden und man einsehen mußte, daß diese nicht nur unvollständig, sondern auch verfälscht sind (vgl. *Sparks* 1981b, S. 7).

2. Beschreibung der Schäden einer Viktimisierung beim Opfer.

Zunehmend wurde hierbei auch die Erfassung der Opferfurcht ein wesentlicher Bestandteil von Victim Surveys.

3. Erfassung des Risikos einer Viktimisierung und schließlich

4. Beschreibung der Arbeitsweise und Wirksamkeit des Kriminaljustizsystems und Erfassung von Bedingungen des Anzeigeverhaltens der Bevölkerung (*Schneider* 1987, S. 208).

Darüber hinaus interessiert sich die Viktimologie in ihren Umfragen für das Opfer selbst, die Bedingungen einer Viktimisierung, deren Ausmaß,

Möglichkeiten der Schadensbegrenzung (Prävention) und Wiedergutmachung (*Amelunxen* 1970, S. 34 f.).

In der Zwischenzeit liegt aus zahlreichen Ländern der ganzen Welt eine nahezu unüberschaubare Fülle von größeren und kleineren Untersuchungen zur Viktimisierung vor. In den USA werden, wie erwähnt, seit 1972 regelmäßig viktimologische Erhebungen größeren Stils durchgeführt, die vergleichbare Untersuchungen in anderen Ländern inhaltlich und insbesondere auch methodisch stark beeinflusst haben (vgl. z.B. *Hindelang* 1982; *Block & Block* 1984; *Gottfredson* 1984; 1986). Eine breite Diskussion um Möglichkeiten, Vorteile und Grenzen von Victim Surveys kam in Gang und dauert nach wie vor an (vgl. beispielsweise *Sparks* 1981b; *Skogan* 1982a; *Waller* 1982; *Kaiser* 1986; *Lurigio u.a.* 1990; *Skogan u.a.* 1990; *Sveri* 1991).

Ein Vorteil der Opfer- gegenüber Täterbefragungen ist, daß bei Opfern von Straftaten weniger Hemmungen bestehen dürften, erlittene Opfersituationen zuzugeben, während bei Täterbefragungen angenommen werden muß, daß die Straffälligen weniger bereit sind, eigene bisher unentdeckte Straftaten in der Befragung anzugeben, insbesondere wenn es sich um schwerwiegendere Taten handelt (vgl. *Schwind u.a.* 1975, S. 22ff). *Amelang* (1986, S. 102) betont in diesem Zusammenhang zu Recht: „Befragungen zur Häufigkeit erlittener Straftaten gewährleisten schon deshalb eine bessere Vergleichsmöglichkeit mit der Kriminalstatistik, weil deren Ansatz oder Ausgangspunkt nahezu identisch ist insofern, als hier wie dort das Erlebnis der erfahrenen Schädigung die Grundlage für eine Mitteilung an die Polizei bzw. den Interviewpartner bildet. Auch läßt sich vermuten, daß die Befragungspersonen im allgemeinen eine niedrigere Hemmschwelle dafür empfinden, solche Delikte anderen gegenüber zu berichten, die sie als Opfer („passiv“) erlitten haben, da im Falle von Gesetzesübertretungen, die als Täter („aktiv“) begangen wurden, einer Mitteilung vielleicht Schuld- und Schamgefühle, vor allem aber die selten vollständig ausräumbare Furcht entgegenstehen, für entsprechende Taten doch noch zur Rechenschaft gezogen zu werden“.

Seit dem ersten Kongreß der Internationalen Gesellschaft für Viktimologie (World Society of Victimology, WSV) werden hier Forschungsergebnisse von Opferstudien, inzwischen aus aller Welt, vorgetragen und diskutiert (vgl. *Schneider* 1982; *Miazawa & Ohya* 1986). Die wohl umfassendste Darstellung gegenwärtiger empirisch-viktimologischer Forschung wurde aus Anlaß des VIIth International Symposium on Victimology der World Society of Victimology, das im August 1991 in Rio de Janeiro/Brasilien

stattfand, von H. Kury angeregt und in der Forschungsgruppe Kriminologie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht 1991 in vier englischen Sammelbänden mit über 100 Einzelbeiträgen von Viktimologen aus aller Welt verwirklicht (*Kaiser u.a.* 1991). In den Beiträgen dieser Bände zeigt sich deutlich das inzwischen außerordentlich breite und facettenreiche Bild empirischer Forschung, die sich mittlerweile über die ganze Welt erstreckt.

In Deutschland etablierte sich die Methode der Opferbefragung ab Beginn der 70er Jahre (vgl. *Kaiser* 1979; *Kiefl & Lamnek* 1986), und gerade in den vergangenen Jahren ist vor dem Hintergrund einzelner Untersuchungen zur Methodologie von Victim Surveys erfreulicherweise auch eine dringend notwendige und intensive Diskussion zur Validität und Aussagekraft der erhobenen Daten in Gang gekommen (vgl. *Kury* 1993; 1994; 1995; *Kreuzer & Schneider* 1992; *Kreuzer u.a.* 1993; siehe auch *Reuband & Blasius* 1996; *de Leeuw* 1992).

Insbesondere in der Forschungsgruppe Kriminologie des Freiburger Max-Planck-Instituts für Strafrecht wurden systematisch experimentelle empirische Untersuchungen zur Validität von in Opferstudien gesammelten Daten durchgeführt, etwa zur Frage des Einflusses der Befragungsart auf die Ergebnisse von Surveys (vgl. *Kury & Würger* 1993) oder zur Gestaltung des Erhebungsinstrumentes und deren Auswirkungen auf das Antwortverhalten (vgl. *Kury & Würger* 1993; *Kury* 1994). Während in der psychologischen Forschung, insbesondere innerhalb der Psychodiagnostik und Sozialpsychologie, eine Fülle von Ergebnissen zu diesen Fragen vorliegt, hat in der empirischen Kriminologie eine intensivere Diskussion dieser Methodenprobleme gerade auch im Zusammenhang mit Opferstudien, zumindest in Deutschland, erst allmählich begonnen.

Bemühungen zu Validierungen von Dunkelfelderergebnissen stoßen an enge Grenzen. So betont beispielsweise *Amelang* (1986, S. 151): „Eines der spezifischen Charakteristika oder nachgerade das Bestimmungsstück von Befragungen zum Dunkelfeld strafbarer Handlungen besteht darin, daß die fraglichen Verhaltensweisen kaum sichtbar sind ...“. In der Zwischenzeit liegt insbesondere aus der psychologischen und soziologischen Forschung eine Fülle von Ergebnissen zu möglichen, die Aussagekraft der Resultate von Dunkelfeld-/Opferstudien einschränkenden Einflüssen vor.

Ein grundsätzliches Problem von Dunkelfeld- bzw. Opferbefragungen besteht darin, daß die Grenzen dieser Methodik dort erreicht scheinen, „wo es sich um Delikte handelt, die kein oder kein persönliches Opfer haben,

die vom Opfer nur selten wahrgenommen werden, die ihm nicht als solche bewußt sind, die unsichtbar oder folgenlos bleiben, an denen das Opfer durch eigene Anstöße, Beiträge oder Interessen oder Milieuverquickungen beteiligt ist“ (Kreuzer 1975, S. 230; 1976, S. 149; vgl. zu Einschränkungen der Aussagekraft von Opferstudien auch Hood & Sparks 1970; Blankenburg & Feest 1975; Heinz 1977).

Sack (1993, S. 104 ff.) kritisiert an der Dunkelfeld- und insbesondere der Opferforschung zu Recht, daß moderne Kriminalitätsarten wie Wirtschafts-, Umwelt-, organisierte Kriminalität sowie Kriminalität der Mächtigen ausgeklammert würden. Dagegen würde die traditionelle Straßenkriminalität überbewertet. Der Forschungsansatz sei vor diesem Hintergrund lückenhaft und anachronistisch. Dunkelfeld- und Opferbefragungen richten sich seiner Ansicht nach auf „leichte Straftaten und auf Personen leichter Interviewzugänglichkeit (Jugendliche, Schüler, Studenten, Soldaten, Lehrlinge)“. Noch bedenklicher sei die Bevorzugung solcher Straftaten durch Opferbefragungen, „die dem Grundmodell einer individuell konstituierten Täter-/Opferbeziehung entsprechen, also diejenigen Straftaten ganz oder tendenziell ausblenden, die als opferlose und/oder konzentrierte Delikte zu betrachten sind, die sich gegen nichtindividuelle Opfer richten, die sog. Rechtsgüter der Allgemeinheit betreffen und die ein deliktbedingtes geringes (Opfer-)Entdeckungsrisiko auszeichnet. Angesichts der Struktur und Organisation moderner Gesellschaften, angesichts weiter der Tendenzen des modernen Strafrechts zum Ausbau des Schutzes von Rechtsgütern der Allgemeinheit und zu Gefährungsdelikten mutet das auf die ‚klassische Kriminalität‘ oder das ‚street-crime‘-orientierte Instrument der Opferbefragung als methodisches Verfahren sehr lückenhaft und anachronistisch an. Seine Beliebtheit in der Terminologie spiegelt deshalb wohl eher eine kriminalpolitisch motivierte Reorientierung und Grundprioritätensetzung im gesellschaftlichen Umgang mit Kriminalität wider“.

Die Einschränkung der Dunkelfeld- bzw. Opferforschung auf die Erfassung „klassischer“ bzw. „Straßenkriminalität“ ist zweifellos ein Handicap dieses Forschungsansatzes. Es muß Aufgabe kriminologischer Forschung sein, vermehrt auch weniger zugängliche Kriminalitätsbereiche zu erforschen und sich nicht nur auf die mittels Bevölkerungsumfragen relativ leicht erfaßbaren Delikte zu beschränken. Andererseits wird ein Forschungsansatz allein dadurch, daß er nur einen Teilbereich der Problematik abdeckt, nicht obsolet. Wie enorm schwierig es jedoch ist, durch Opferbefragungen bestimmte Deliktsbereiche, wie beispielsweise Gewalt in der

Familie, Kindesmißhandlung, Vergewaltigung oder, in einem anderen Bereich, Schutzgelderpressung zu erfassen, um nur einige zu nennen, zeigen entsprechende Projekte oder letztlich gescheiterte Bemühungen, wesentlich neue Informationen zu erhalten. Der methodische Aufwand, um diese zu erhalten, ist enorm. Die üblich angewandten Fragebogentechniken, postalisch oder in mündlichen (auch fernmündlichen) Interviews präsentiert, führen hier kaum weiter.

Die Kritik von *Sack* trifft in dieser Form sicher nur auf einen eingeschränkten Bereich der Dunkelfeld- bzw. Opferforschung zu. So wurden etwa bei den Gießener Delinquenzbefragungen (vgl. *Kreuzer u.a.* 1993) Studenten befragt, was die Verallgemeinerbarkeit der gewonnenen Resultate erheblich einschränkt, da es sich um eine hoch selegierte Gruppe handelt. Andererseits wurden in den großen neueren Opferstudien etwa des MPI stets repräsentative Stichproben der Bevölkerung untersucht (vgl. z. B. *Kury u.a.* 1996). Allerdings ist damit das Problem nicht völlig gelöst, da bei aller Repräsentativität der Ausgangsstichproben aufgrund von Verweigerungen u.ä. stets nur eine mehr oder minder selegierte Gruppe von Antwortenden bleibt, in welcher bestimmte Bevölkerungskreise über- (höheres Bildungsniveau) bzw. unterrepräsentiert sind (Wohnsitzlose, Angehörige der unteren sozialen Schicht, Ausländer, Heimbewohner u.ä.).

Neben solchen grundsätzlichen Einwänden gegenüber dem Forschungsansatz der Dunkelfeld- bzw. Opferbefragungen wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine Fülle methodischer Probleme der Umfrageforschung auch in diesem speziellen Bereich der empirischen Sozialforschung diskutiert. *Amelang* (1986, S. 112) weist darauf hin: „... interindividuell verschiedene Präferenzen zu großen oder kleinen Zahlen ... Auffassungen der von den Probanden in Fragebogen zum Dunkelfeld gelieferten Häufigkeitsangaben ließen jedenfalls erkennen, daß ‚runde‘ Zahlen wie 5, 10 oder 15 ungleich häufiger genannt werden als die dazwischenliegenden Größen“. Auch die teilweise eingesetzten Lügen- bzw. Validitätsskalen können nur wenig Hinweise auf die Validität der Daten liefern, da hohe Werte etwa einerseits auf eine Lügentendenz hindeuten können, aber auch auf ein stark normkonformes Verhalten (*Amelang* 1986, S. 109 f.). Nach *Amelang* (1983) sollte bei Dunkelfeldstudien darauf geachtet werden, validitätserhöhende Situationsfaktoren zu berücksichtigen.

Immer wieder wurde auf die Problematik des in den Studien erfaßten Referenzzeitraumes hingewiesen. Je länger die Tat zurückliegt, um so weniger dürften sich die Befragten, insbesondere wenn es sich um leichtere Strafta-

ten ohne größeren Schaden handelt, an die Tat bzw. an deren Zeitpunkt erinnern. Es ist von daher davon auszugehen, daß, wenn z.B. Viktimisierungen innerhalb der letzten fünf Jahre abgefragt werden, es neben Vergessenseffekten auch zu falschen zeitlichen Zuordnungen kommen kann (Telescoping-Effekte). *Elliot und Huizinga* (1989) weisen vor dem Hintergrund ihrer Forschungserfahrungen im Rahmen des National Youth Surveys in den USA darauf hin, daß es auch zu Mehrfacherfassungen von Delikten in Umfragen kommen kann. Das dürfte besonders dann der Fall sein, wenn die erfaßten Deliktsbereiche wenig klar umschrieben und die Referenzzeiträume groß sind. Die Autoren schlagen vor diesem Hintergrund einen Bezugszeitraum von maximal 12 Monaten vor.

Hindelang u.a. (1981, S. 218) gehen im Rahmen von Täterbefragungen dagegen von einer relativ großen Stabilität delinquenten Verhaltens über die Zeit hinweg aus und kommen zum Schluß: "The best measures of delinquency appear to be those that consider a wide range of delinquent acts committed over a long span of time". Auch *Kreuzer* (1978, S. 136 f.) problematisiert die Frage des Referenzzeitraums bei Delinquenzbefragungen und weist darauf hin, daß eine Beschränkung des Erinnerungsintervalls bei Dunkelfeldstudien von vielen Befragten nicht berücksichtigt wird und ferner kurze Referenzzeiträume v.a. bei seltenen Ereignissen wie schweren Viktimisierungen und kleinen Stichproben zu wenig aussagekräftigen Ergebnissen führen. Es bietet sich daher die parallele Verwendung zweier Bezugszeiträume („letztes Jahr vor der Befragung“ und „gesamte vorangegangene Zeit“) als sinnvolles Frageschema an.

Ein weiteres Problem bei Dunkelfeld- bzw. Opferstudien ist die Schwierigkeit, der für einen Laien verständlichen und nachvollziehbaren Umschreibung der zu erfassenden Straftatsbestände. Die Befragten sind in der Regel keine Juristen. Daher müssen die juristisch definierten Straftatsbestände in Alltagssprache umgesetzt werden, wobei es in aller Regel aufgrund der beschränkten Länge des Fragebogens auf eine kurze Umschreibung ankommt, was wiederum Probleme der eindeutigen Verständlichkeit mit sich bringt (vgl. z.B. *Villmow* 1977). Bereits *Ennis* (1967, S. 102-107) stellte beispielsweise fest, daß sich bei nachträglicher juristischer Überprüfung der in der Umfrage berichteten Delikte eine erhebliche Beurteilerdivergenz hinsichtlich deren Strafbarkeit ergab. *Gold* (1970, S. 25) schloß für 28% der in einer Umfrage als Straftaten berichteten Geschehnisse aus, daß sie eine Strafverfolgung hätten veranlassen können. Gleichzeitig konnte er zeigen, daß zumindest bei Täterbefragungen im Bereich leichterer Delin-

quenz das Zugeben von Straftaten schichtabhängig ist. Bei detaillierterer Befragung war der Anteil des Eingestehens zufälliger oder unerheblicher Sachbeschädigungen unter den Befragten aus einer wohlhabenden Gruppe deutlich höher als unter den Befragten aus einer ärmeren Gruppe (Gold 1966, S. 30). Eisenberg (1995, S. 167) äußert die Vermutung, „daß Verhalten, das sich in der sozialen Gruppe eines Befragten als gewohnt oder zumindest als sozial verständlich darstellt, weniger häufig als kriminell identifiziert wird als anderes Verhalten“. Weiterhin betont er (S. 167 f.), daß „das erfragte Verhalten eher ein Indikator für die Meinung oder Einstellung der Befragten sein“ könnte. Die Problematik einer klaren Definition und Umschreibung der zu erfassenden Variablen ergibt sich nicht nur hinsichtlich Deliktstatbeständen, sondern betrifft viele in der sozialwissenschaftlichen Forschung berücksichtigte Bereiche. So sind z.B. auch Arbeitslosigkeit oder Schichtzugehörigkeit keineswegs klar definierte und meßbare Variablen (vgl. zur Operationalisierungsproblematik der Schichtzugehörigkeit Albrecht & Howe 1992; Tittel & Meier 1990).

Was die Stichprobengewinnung betrifft, spielt die Repräsentativität der getroffenen Auswahl eine zentrale Rolle (vgl. oben). Die letztlich befragten Personen sind zumindest bei großen Untersuchungen nie hundertprozentig repräsentativ, es muß davon ausgegangen werden, daß die nicht erreichten und die Verweigerer stets eine Verzerrung mit sich bringen (zu Vor- und Nachteilen von Haushalts- bzw. Individualbefragungen vgl. *Organization for Economic Co-operation and Development* 1976, S. 18).

Während beispielsweise in der psychologischen Forschung, insbesondere in der Testdiagnostik, eine Fülle von Untersuchungen zur Frage vorliegt, wie weit Merkmale der Testsituation (Interviewereinfluß u.ä.) bzw. des Erhebungsinstrumentes (Fragenkontext u.ä.) einen Einfluß auf die Untersuchungsergebnisse haben, sind vergleichbare Untersuchungen bei Dunkelfeld- und Opferbefragungen zumindest im deutschsprachigen Raum bisher erst ansatzweise durchgeführt worden. In der deutschen Kriminologie erfolgte bislang eine Beschränkung der Methodenfragen im wesentlichen auf das Problem der Repräsentativität der Stichprobe sowie die Adäquatheit statistischer Auswertungsverfahren. Wie weit etwa die Art der Datenerhebung oder das Erhebungsinstrument selbst einen Einfluß auf die gefundenen Resultate einer Dunkelfeld- bzw. Opferbefragung hat, wurde demgegenüber vernachlässigt.

Kreuzer (1978, S. 134 f.) überprüfte den Einfluß der Sitzordnung (lockere versus enge Sitzordnung) beim Ausfüllen eines Delinquenzfragebogens

bei Gruppenuntersuchungen an Studierenden und fand eine Auswirkung auf die Bearbeitungsdauer und den Lärmpegel, jedoch keinen bemerkenswerten Effekt hinsichtlich der Qualität der Antworten. In einer weiteren Untersuchung (Kreuzer u.a. 1992; vgl. Kreuzer & Schneider 1992) ging er der Frage nach, wie weit sich unterschiedliche Befragungsarten (postalische Einzelbefragung, schriftliche Befragung in einer Gruppensituation) bzw. verschiedene Datenschutzzinstruktionen auf das Antwortverhalten der Untersuchten auswirken. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß die postalische Einzelbefragung und die schriftliche Befragung in einer Gruppensituation sich hinsichtlich des Antwortverhaltens nicht wesentlich voneinander unterscheiden (Kreuzer u.a. 1992, S. 92 ff.). Selbst die im hessischen Datenschutzgesetz vorgesehene Erfordernis einer schriftlichen Einwilligung der Befragten führte nach den Autoren zwar zu einer deutlichen Reduktion der Rücklaufquote bei einer Befragung, nicht jedoch zu einer zurückhaltenderen Beantwortung auch „heikler“ Fragen (S. 95 ff.). Bereits Hinde-lang u.a. (1981, S. 117 ff.) hatten anonym und nichtanonym durchgeführte schriftliche und mündliche Befragungen miteinander verglichen und gefunden, daß die interne Konsistenz und Re-Test-Reliabilität der Delinquenzitems von der Befragungsform unabhängig waren.

In neueren, differenzierten experimentellen Untersuchungen konnte Kury (1993; 1994) sowohl einen erheblichen Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse zeigen als auch einen Einfluß von Merkmalen des Erhebungsinstrumentes. Bereits aus der Literatur ergibt sich ein Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Resultate von Umfragen derart, daß bei mündlichen Umfragen in stärkerem Umfange mit der Wirkung sozial erwünschter Verhaltenstendenzen zu rechnen ist als bei schriftlicher Befragung. Die Ergebnisse der Studie bestätigten diese Ausgangshypothese: Bei schriftlicher Datenerhebung wurden deutlich weniger sozial erwünschte Antworten gegeben als bei mündlicher, und zwar nicht nur in einem selbst entwickelten Opferfragebogen, sondern ebenso im standardisierten Persönlichkeitsinventar (Freiburger Persönlichkeitsinventar – FPI; vgl. Fahrenberg u.a. 1984). Was die Opferfragen betrifft (Viktimisierungen innerhalb des letzten Jahres vor der Befragung), gaben die schriftlich Befragten bei leichteren Viktimisierungen mehr Opfersituationen an als die mündlich Interviewten. Die gefundenen Effekte waren zwar meist statistisch signifikant, wenngleich nicht allzu groß. Das weist auf einen konstanten, jedoch moderaten Einfluß der Datenerhebungsart auf die Ergebnisse von Umfragen auch von Opferstudien hin (vgl. ausführlich Kury 1994; vgl. Kury & Würger 1993).

In einer weiteren Studie konnte *Kury* (1995; vgl. *Kury* 1994) einen Einfluß der Charakteristika eines Erhebungsinstrumentes auf die Ergebnisse von Opferstudien zeigen. Anhand einer experimentellen Studie in Freiburg, bei welcher das zentrale Item zur Schadenswiedergutmachung der Hamburger Opferstudie von *Sessar* (1992) in verschiedenen Versionen vorgegeben wurde (Änderungen der Reihenfolge der Antwortalternativen, Einbettung einzelner Antwortalternativen in ein größeres Reaktionsspektrum), konnte die deutliche Abhängigkeit der Hamburger Ergebnisse von der Fragenformulierung und dem Kontext des Items nachgewiesen werden. Allein die Umstellung der Reihenfolge der vorgegebenen Antwortalternativen führte zu wesentlich anderen Resultaten auf dieselbe Frage (vgl. auch *Sutterer* 1994).

Wenn *Allport* bereits 1941 (S. 37) hinsichtlich der Informationsgewinnung über menschliches Verhalten den Vorschlag machte: "Why not ask them" (vgl. oben), so übte *Nettler* (1978, S. 107) Jahre später bezüglich der Dunkelfeldforschung gerade an diesem Vorgehen Kritik: "Asking people questions about their behaviour is a poor way of observing it". Vor dem Hintergrund des inzwischen vorliegenden Ertrages dieser Studien ist diese Kritik, wenn überhaupt, nur teilweise berechtigt. *Kaiser* (1993, S. 222 f.) weist im Zusammenhang mit der Kritik an Opferbefragungen zu Recht darauf hin, daß sich „auch keine Alternativen zu den benutzten Techniken (finden), wenn man nicht auf die totale Beobachtung bzw. auf die teilnehmende Beobachtung ausweichen kann oder will“, wobei man sich eine solche totale bzw. teilnehmende Beobachtung bei vielen Opfersituationen nur schwer vorstellen kann. Allerdings gilt es, den Forschungsansatz und die Instrumente zu verfeinern und weiterzuentwickeln und dabei gleichzeitig im Auge zu behalten, daß, wie *Sack* (1993) betonte, damit nur ein Ausschnitt aus der Kriminalität erfaßt werden kann, man also „den Rest“ nicht vergessen darf, vor allem auch deshalb nicht, weil dieser „Rest“ die Gesellschaft enorm schädigendes Verhalten beinhaltet, die „Kriminalität der Mächtigen“, politische Kriminalität, die gerade in Deutschland in den letzten Monaten im Zusammenhang mit den diversen „Spendenskandalen“ außerordentlich aktuell ist. Hierbei ist immer auch zu beachten, daß diese Mächtigen wesentlich bessere Möglichkeiten haben, ihre Straftaten zu vertuschen, bzw. im Fall einer Strafverfolgung, sich gegen diese zu wehren, als die Täter der „Straßenkriminalität“, die mehr dem allgemeinen „Täterbild“ entsprechen als „Weiße-Kragen-Täter“.

Trotz aller inhaltlicher und methodischer Probleme von Dunkelfeld und Opferbefragungen kann nicht daran gezweifelt werden, daß dieser Forschungsansatz eine Fülle von wesentlichen Informationen zum Kriminalitätsgeschehen gebracht hat. Auch wenn in den Opferstudien herkömmlicher Art vor allem die „Alltagskriminalität“ erfaßt wird, so ist es doch diese, welche die Menschen beunruhigt und ängstigt. Es muß von daher auch Aufgabe der Kriminologie sein, dieses Kriminalitätsgeschehen zu untersuchen und Präventionsstrategien zu entwickeln sowie Aufklärung zu betreiben, um etwa der Verbrechenfurcht und deren negativen Effekten auf das Verhalten entgegenzuwirken.

Anhand der Opferstudien konnte auch mehr Licht hinter Bestimmungsvariablen des Anzeigeverhaltens der Bevölkerung gebracht werden, das für die Aufnahme einer Straftat in die offizielle Kriminalstatistik eine wesentliche Rolle spielt (vgl. *Skogan* 1976; 1981; *McClintock* 1969; *Kury u.a.* 1999; zusammenfassend *Eisenberg* 1995, S. 302 ff.). Vor mehr als 10 Jahren betonte bereits *Amelang* (1986, S. 151): „Der Gesamtfundus an vorliegenden Ergebnissen formiert sich zu einem hinreichend konsistenten Bild, das die Feststellung rechtfertigt, daß die erhobenen Informationen hinsichtlich meßtheoretischer Anforderungen und unter Validitätserwägungen durchaus befriedigen können, sie im weiteren eine Fülle von theoretisch wie praktisch bedeutsamen Detailaussagen erlauben, die ohne das Instrument der direkten Befragung kaum verfügbar gewesen wären, und die insofern unseren Wissensstand ganz erheblich erweitert haben“. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß das Instrument der Dunkelfeld- bzw. Opferbefragung weiterentwickelt werden muß. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, ein für Grundbefragungen einheitliches Erhebungsinstrument zu entwickeln, das vergleichbare Daten über längere Zeiträume liefern kann. Gleichzeitig könnte ein solches standardisiertes Erhebungsinstrument besser nach testtheoretischen Gütekriterien entwickelt und überprüft werden. Erste Ansätze zur Entwicklung eines solchen Basiserhebungsbogens wurden von der Arbeitsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg geleistet (vgl. *Kury & Oberfell-Fuchs* 2000).

KAPITEL 3

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten – eine Herausforderung für die kriminologisch- viktinologische Forschung

Der Beitritt der neuen Länder (hier und folgend werden die Begriffe neue und alte Bundesländer – NBL und ABL – sowie Ost- und Westdeutschland synonym verwandt. Sie beziehen sich ebenso wie die allgemeinen Bezeichnungen „im Osten“ bzw. „im Westen“ auf die ehemaligen Landesteile der DDR bzw. BRD), die Wiedervereinigung Deutschlands, ist ein so einmaliges und für die Bevölkerung insbesondere des Gebietes der früheren DDR so tiefgreifendes gesellschaftliches wie auch privates Ereignis, daß es nicht verwundert, daß insbesondere Sozialwissenschaftler, darunter vor allem auch Kriminologen, nicht wiederkehrende Forschungsmöglichkeiten sehen (vgl. *Kury u.a.* 1996, S. 9 ff.; *Kury* 1992; *Boers u.a.* 1994). So betonen *Allerbeck u.a.* (1991, S. 6) im Rahmen eines Forschungsprogramms zu „Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft“, daß dieser Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten „ein historisch einmaliger und herausragender Vorgang (ist). Damit verbunden sind die Selbstauflösung eines Staates und einer Gesellschaft und Sozialordnung und die Prozesse der Demokratisierung, der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung, des Neuaufbaus nahezu der gesamten Institutionen, die Veränderung der politischen Kultur und der öffentlichen Meinung, des induzierten und letztlich Wertewandels, die Anpassung des Verhaltens an diese Änderungen, also die rasche und tiefgreifende Reorganisation einer ganzen Gesellschaft“.

In zahlreichen Beiträgen wird inzwischen die Einmaligkeit und das Außergewöhnliche dieses Ereignisses der Wiedervereinigung gesehen (vgl. *Arnold* 1992, S. 291 ff.). *Hartmann* (1991) spricht von einem „Gesellschaftsexperiment“, *Scheuch* (1991) von einem „ungeplanten Experiment“, *Offe* (1991) von einem „natürlichen Experiment“, *Giesen und Leggewie* (1991) vom „Experiment Vereinigung“ sowie von einem „sozialen Großversuch“. Nach *Kräupl* (1992, S. 1) findet in den neuen Bundesländern eine „Umwälzung aller Lebensverhältnisse“ statt, wobei der Umwälzungsvorgang in „unerhörter zeitlicher Kürze, innerer Dichte und Intensität“ abläuft.

Korfes (1994, S. 218) zufolge bedeutet der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten für die ostdeutsche Bevölkerung „einen plötzlichen Wechsel von einem politischen Modell, in dem die staatliche Regulierung aller Lebensbereiche mit der Identität von Staat und Volk legitimiert wurde hin zu einem Modell, für dessen Legitimität ein völlig anderes Grundverständnis von Gesellschaft konstituierend ist, nämlich die Existenz und Austragung von heterogenen Gruppeninteressen“. *Giesen* und *Leggewie* (1991, S. 8) führen aus, daß die „gesamte Zunft der Sozialwissenschaftler ... aufgerufen (ist), das soziale Live-Experiment des ‚Zusammenwachsens‘ genau zu beobachten“. *Arnold* (1992, S. 291) betont ebenfalls die „historische Einmaligkeit und Außerordentlichkeit“ des Wiedervereinigungsprozesses, weist jedoch gleichzeitig auf die „immense Komplexität“ des Forschungsfeldes hin.

Kräupl und *Ludwig* (1993, S. IX) stellen fest, daß die Wiedervereinigung und der damit verbundene gesellschaftliche Wandel eine Zeit gesellschaftlicher Umwälzungen für die Betroffenen eröffnete, „wie sie in der Geschichte kaum umfassender, radikaler und dichter zu finden ist. Sie bietet Gelegenheit, gleichsam im Zeitraffer den Zusammenhang von sozioökonomischen, politischen, moralischen, geistigen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen und dem Verhalten großer Menschengruppen zu beobachten. Selten eröffnet sich dem Sozialwissenschaftler eine solche quasi Laborsituation ..., um Theorien dieser Dimension prüfen zu können.“ *Schubarth* (1991, S. 208) sieht den Umbruch in Ostdeutschland als „kritisches Lebensereignis ..., dessen Bewältigung die Mobilisierung aller Kräfte verlangt“. *Arnold* (1992, S. 308) pointiert in diesem Zusammenhang, daß „eine Betrachtung der Ereignisse, Umstände und Bedingungen im Bereich der ehemaligen DDR/neuen Bundesländer im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung ... aus viktimologischer Sicht unvollständig (wäre) (und bliebe ebenfalls aus rechtlicher wie sozialwissenschaftlicher Perspektive unbefriedigend), wenn das ‚Gesamtereignis‘ nicht in viktimologischen Kategorien eingefangen würde. So ist der gesellschaftliche Umbruch insgesamt als critical-life-event für viele eher Lebenskatastrophe als Alltagsärgernis, wie auch die funktionalen Strukturen der Macht/Herrschaft in der ehemaligen DDR geeignet sind, in ihrer Qualität und Wirkung – in viktimologischer Terminologie – als ‚strukturelle Gewalt‘ bzw. in Kategorien als Viktimisierungsereignis oder ‚strukturelle Viktimisation‘ interpretiert zu werden ...“. Der Autor spricht in diesem Zusammenhang auch von „Opfern viktimogener gesellschaftlicher Strukturen“ (S. 309).

Hier geht es auch darum, wieweit die Bevölkerung der DDR insgesamt „Opfer“ des dort praktizierten sozialistischen Systems geworden ist. Auf dem ersten internationalen Symposium über Viktimologie in Jerusalem im September 1973 ist unterstrichen worden, daß „Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen, Nationen und Gesellschaften zu Opfern“ werden können (vgl. *Kirchhoff & Sessar* 1979, S. 497). Zu Recht wird jedoch darauf hingewiesen, daß eine zu große Ausdehnung des Opferbegriffs diesen bedeutungslos werden läßt, denn: „wo jeder Opfer ist, ist niemand Opfer, jedenfalls unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten“ (*Kirchhoff & Sessar* 1979, S. 4). Hierauf weist auch *Kaiser* (1979, S. 485; 1989, S. 289) hin, der warnt, daß sich das Interesse an der Viktimologie bei einer zu großen Ausdehnung des Opferbegriffs eher reduziert denn verstärkt.

Der gesellschaftliche Wandel im Rahmen des Umbruchs in den Ostblockländern bezog sich natürlich nicht nur auf die ehemalige DDR, sondern auf alle Länder des früheren Ostblocks. Allerdings verlief der Wandel auf dem Gebiet der neuen Bundesländer aufgrund des Zusammenschlusses mit Westdeutschland und der von dort ausgehenden Einflußnahme besonders schnell und radikal. Die ehemalige DDR wurde der Bundesrepublik angeschlossen, und von dort gingen die Direktiven aus. Nach *Häder & Nowossadek* (1993, S. 20 f.) wurde die DDR „abgewickelt“ und das bundesdeutsche Gesellschaftssystem implementiert. Zu Recht wird darauf hingewiesen, daß der zentralistische Sozialismus gegenüber der bundesdeutschen Gesellschaft neben „Modernisierungsdefiziten“ durchaus auch „Modernisierungsvorsprünge“ aufzuweisen hatte, die jedoch kaum eine Chance zur Übernahme hatten. *Geissler* (1993, S. 64) weist z.B. auf den Gleichstellungsvorsprung der Frau sowie auf die „bessere Versorgung mit beruflichen Grundqualifikationen“ hin; *Gutsche* (1994, S. 175) betont die größere soziale Sicherheit der Bürger sowie die deutlichere Trennung von Kirche und Staat in der früheren DDR. Bezüglich kriminologischer Fragestellungen im engeren Sinne ist die Wiedereingliederung entlassener Strafgefangener, vor allem in den Arbeitsprozeß, in der früheren DDR wirksamer geregelt gewesen als noch heute in Deutschland, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die massiven Veränderungen in den neuen Bundesländern führten bei der Bevölkerung Ost- und Westdeutschlands anfangs zu einer euphorischen Stimmung, die vor allem mit dem Erlebnis des Mauerfalls, der größeren Reisemöglichkeiten und der dadurch empfundenen größeren Freiheiten in Zusammenhang zu sehen sind. Die Euphorie hielt allerdings nur kurze Zeit

an, da bald mit der Wiedervereinigung verbundene gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme auftauchten. Besonders die bald und deutlich steigende Arbeitslosenquote, die steigenden Mietpreise und das Abrutschen beachtlicher Bevölkerungsteile in die Armut, um nur einige Problempunkte zu nennen, führten zu einer wachsenden Ernüchterung. Der enorme gesellschaftliche Wandel mußte Brüche mit sich bringen, die zu anomischen Situationen führten. So betont *Gutsche* (1994, S. 190 f.): „Die anomische Situation in Ostdeutschland stellt sich inzwischen ... komplexer dar, als nur durch Normenverlust oder durch Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Werten und der Sozialstruktur gekennzeichnet“. Sie ist im wesentlichen durch drei Momente gekennzeichnet: „Erstens Identitätsverlust durch den Zusammenbruch des alten Wertesystems (Wegfall bisheriger ideologischer oder kultureller Leitbilder, vor allem aber Infragestellung von Werten, die bisher zentrale Bedeutung hatten, wie Arbeit, Kollektiv und Zusammenleben mit Kindern), zweitens Deprivation durch die zumindest sehr eingeschränkte Möglichkeit, nach den Werten des implementierten neuen Gesellschaftssystems leben und entsprechende Bedürfnisse befriedigen zu können (demonstrativer Wohlstand, Leistungsverhalten, expressives Ausleben, vielfältige Freizeit, Freizügigkeit, moderne Bildung), drittens Orientierungsprobleme vor dem Hintergrund einer gewissen aktuellen Zufriedenstellung, aber unklaren bzw. schlechten Zukunftsaussichten und dadurch stark eingeschränkte Möglichkeiten der Lebensplanung“ (vgl. *Hradil* 1992). Nach *Gutsche* (1994, S. 198) ist es unmittelbar einleuchtend, daß der gewaltige soziale Umbruch zu Einschnitten im sozialen Netz und in den persönlichen Beziehungen des Einzelnen führt.

Die im Rahmen der Umbruchssituation in den ehemaligen Ostblockländern entstehenden anomischen Situationen und die erheblichen Verunsicherungen in der Bevölkerung sind als Hintergrund für steigende Kriminalitätsbelastung sowie erheblich zunehmende Verbrechensfurcht zu sehen. Die Kriminalitätsbelastung lag in den früheren sozialistischen Ländern deutlich unter derjenigen der westlichen Industrieländer, in der früheren DDR betrug sie offiziell etwa 10% derjenigen Westdeutschlands. Das hing sowohl mit der teilweise unterschiedlichen Straftatenerfassung und -registrierung zusammen als auch mit den verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen (vgl. *Freiburg* 1981; *von der Heide & Lautsch* 1991a; 1991b; *von der Heide* 1993).

Sessar (1992; S. 133) weist auf das nahezu lückenlose Kontrollnetz hin, z.B. auf die informelle Kontrolle in Hausgemeinschaften, die mangelnden

Gelegenheitsstrukturen und die vorhandene Kollektivmoral. Auch die festen sozialen Beziehungen in Familien, Nachbarschaften und selbst Gemeinden dürften kriminalitätsreduzierend gewirkt haben. „Die Situation nach der Wende war von einer neuen ‚Gelegenheitsstruktur‘ bestimmt ...“ (Sessar 1992, S. 134), welche auch die Kriminalität begünstigte. Die Lebensstile – Lebensstil verstanden als „relativ stabiles Muster der Organisation des Alltags im Rahmen gegebener Lebenslagen, verfügbarer Ressourcen und getroffener Lebensplanung“ (Zapf 1987, S. 14; vgl. Kaiser 1990) – waren bei der ost- und westdeutschen Bevölkerung zu DDR-Zeiten deutlich verschieden. Der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten veränderte und verändert beide Landesteile, forderte jedoch von den Bewohnern der neuen Bundesländer deutlich größere Anpassungsleistungen (vgl. Zapf 1990, S. 9).

Der erwartete deutliche Kriminalitätsanstieg in den neuen Bundesländern nach dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten ist zwar eingetreten, wenn auch zunächst nicht in dem teilweise befürchteten Umfang. Ewald (1992, S. 539) versucht dies vor dem Hintergrund der Analyse von Lebensstilen zu erklären. „Hypothetisch kann davon ausgegangen werden, daß das Leben in der DDR gerade dazu geführt hat, den Umgang mit solchen anomischen Situationen zu lernen. Dauernder Bedürfnisverzicht, Doppelmoral, das Auseinanderfallen der offiziellen Lebens- und Wertemaximen und Ziele gegenüber den Individuen mußte zwangsläufig zu Lebenskonsequenzen und Verhaltenstechniken führen, die dazu befähigen, in anomischen Zuständen zurechtzukommen, Konfliktlagen in bestehenden sozialen Netzen kommunikativ zu bewältigen. Damit ist nicht gemeint, daß DDR-Lebensstile unmittelbar ein höheres Maß an ‚Leidensfähigkeit‘ bedeuten. Viel eher kann angenommen werden, daß die Weise der sozialen Verarbeitung solcher Konflikte durch Kommunikation innerhalb sozialer Beziehungen (Familien, Bekannte etc.) Moment aktiver Lebensbewältigung ist und sich deshalb weniger in aggressiven Konfliktformen äußert“ (vgl. Harre 1990).

Bereits zu DDR-Zeiten ist in Ostdeutschland ein Anstieg der Kriminalität und offensichtlich auch eine Zunahme weiterer sozialer und gesellschaftlicher Probleme zu beobachten gewesen. So berichtet beispielsweise Barsch (1989), daß mindestens seit 1960 in der früheren DDR ein Anstieg des Alkoholkonsums feststellbar ist. Wie Kräupl und Ludwig (1993, S. 7) feststellen, hat sich die DDR-Jugend schon vor der Wende dem Westen zugewandt. Westliche Jugendkultur und Mentalität hatte schon vor der

Grenzöffnung über die Medien einen Einfluß auf die Ostjugend. *Kräupl* (1992) zeigt, daß das Gewaltpotential bei Jugendlichen in der DDR schon in den 80er Jahren gewachsen ist und nicht erst nach der Grenzöffnung anstieg.

Neben der Veränderung der Gelegenheitsstruktur nach der Wiedervereinigung und der damit verbundenen Erosion sozialer Strukturen muß berücksichtigt werden, daß ein beachtlicher Teil der in den neuen Bundesländern registrierten Kriminalität importiert sein dürfte, d.h., daß die Straftäter keine DDR-Bürger sind, sondern Westdeutsche oder Ausländer, die in dem Landesteil Straftaten begehen, sei dies aufgrund der günstigeren Gelegenheitsstrukturen oder der zunächst beeinträchtigten Strafverfolgung.

Auch in der Geschichte ergaben sich immer wieder Phasen vergleichbarer „konfliktreicher Individualisierungsschübe“, z.B. im Verfall feudaler Verhältnisse oder in der Zeit der industriellen Revolution (*Kräupl & Ludwig* 1993, S. 5). In diesen Zeiten der Neuorientierung gesellschaftlicher Verhältnisse war die Kriminalität stets zunächst massiv angestiegen, wobei die Gewaltkriminalität meist am stärksten wuchs (vgl. *Shelley* 1981, S. 26 ff.). Das kann als ein Beleg des anomietheoretischen Ansatzes betrachtet werden. Zur Erklärung des Kriminalitätsanstiegs können aber auch andere theoretische Ansätze, wie etwa die Kontrolltheorie von *Hirschi* (1969), die Theorie unterschiedlicher Gelegenheitsstrukturen sowie, insbesondere bezogen auf Jugendkriminalität, Subkulturtheorien oder bezüglich der unterschiedlichen Sozialisation, wie bereits erwähnt, die Lebensstiltheorie herangezogen werden (vgl. hierzu *Sessar* 1994, S. 9).

Im Zuge des politischen Wandels Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zeigt sich ein deutlicher Kriminalitätsanstieg nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern teilweise noch deutlicher in den früheren Ostblockstaaten. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Kriminalitätsanstieg relativ zur früheren Kriminalitätsbelastung zu sehen ist und daß selbst danach die offizielle Kriminalitätsbelastung der meisten Länder noch unter derjenigen westlicher Industriestaaten, wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland, liegt (vgl. *Korinek* 1994, S. 102 für Ungarn; zusammenfassend *Kury u.a.* 2000). Allerdings muß, was die „tatsächliche“ Kriminalitätsbelastung betrifft, davon ausgegangen werden, daß aufgrund des schlechteren Funktionierens der Strafverfolgungsorgane in den früheren Ostblockländern im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten das Dunkelfeld deutlich höher liegt als im Westen (vgl. *Kury* 2000. Vergleicht man die gefundenen Opferbelastungen internationaler Opferstudien, schrumpfen

die Unterschiede zwischen Ost und West vielfach deutlich zusammen (vgl. *van Dijk & Mayhew* 1993; *Kury u.a.* 2000)

Irk (1994) und *Korinek* (1994) berichten einen solchen Kriminalitätsanstieg für Ungarn, *Bienkowska* (1994) für Polen, *Valkova* (1994, S. 15) für die Tschechische Republik (S. 15: „Seit dem Jahre 1990 ist in der CSFR ein steiler Anstieg der registrierten Kriminalität zu verzeichnen“) und *Ivanov* (1994) für Rußland. In diesen Ländern hat jedoch die Kriminalität auch schon vor der „Wende“ zugenommen, ein deutliches, „beispielloses Anwachsen“ (*Korinek* 1994, S. 95) ist jedoch erst nach dem Zusammenbruch des Sozialismus erfolgt.

In den früheren sozialistischen Staaten ist nach dem gesellschaftlichen Umbruch nicht nur die Kriminalitätsbelastung angestiegen, sondern insbesondere die Verbrechensfurcht (vgl. *Korinek* 1994, S. 101; 998). Gleiches gilt für die neuen Bundesländer (vgl. zusammenfassend *Kury u.a.* 1996, S. 223 ff.). In den sozialistischen Ländern, so auch der früheren DDR, war Kriminalität weitgehend tabu. Sie wurde als Zeichen der noch nicht optimal gelungenen Umsetzung eines real existierenden Sozialismus angesehen. Deswegen wurde sie auch in den Medien relativ behandelt (vgl. *Bienkowska* 1994, S. 27). Somit hatten diese Länder nach der Auflösung des sozialistischen Blocks nicht nur einen deutlichen Kriminalitätsanstieg zu verkraften, sondern mußten auch lernen, mit den intensiven und oft „reißerischen“ Presseberichten umzugehen.

Diese breite Kriminalberichterstattung, verbunden mit dem realen Anstieg der Straftaten, dürfte wesentlich zu der Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen haben (vgl. zum Einfluß der Medienberichterstattung auf das Sicherheitsgefühl *Reichert & Misterek* 1996, S. 13).

Die stark gestiegene Kriminalitätsfurcht in den ehemaligen sozialistischen Ländern, die mit einer – jedoch weniger deutlich gestiegenen – Furcht vor Straftaten in westlichen Ländern korrespondiert, muß auch im Zusammenhang gesellschaftlicher Veränderungen gesehen werden. Zwar sind in den früheren Ostblockländern die gesellschaftlichen Strukturen oft als einengend empfunden worden, andererseits haben sie aber auch Halt und Sicherheit vermittelt. So hat der Zusammenbruch zu einer Steigerung der Angst nicht nur hinsichtlich Kriminalität, also der Furcht, Opfer einer Straftat zu werden geführt, sondern auch zu einer Beunruhigung bezüglich drohender Arbeitslosigkeit, zunehmender Umweltverschmutzung, wachsender finanzieller Nöte, Unsicherheit der Renten, Unbezahlbarkeit der Mieten, Wohnungsverlust u.ä.

Kräupl und *Ludwig* (1993, S. 3) weisen in Anlehnung an *Beck* (1986) darauf hin, daß in der modernen „Risikogesellschaft“ eine „Individualisierung von Lebenslagen und Lebenswegen (stattfindet), wozu wesentlich eine Auflösung kollektiver sozialer Identifizierung gehört, so daß individuelle Konflikte aus dem Versagen neuer Identitätsbildung erklärbar werden“ (vgl. *Heitmeyer* 1989, S. 63 ff.). Nach *Beck* (1986, S. 65) muß die steigende Verunsicherung in den westlichen Industrieländern auch in einem historischen Prozeß gesehen werden. Das Wertesystem einer „‘ungleichen’ Gesellschaft“ ist durch dasjenige einer „‘unsicheren’ Gesellschaft“ abgelöst worden. „Traditionale und institutionelle Formen der Angst und Unsicherheitsbewältigung in Familie, Ehe, Geschlechtsrollen, Klassenbewußtsein und darauf bezogenen politischen Parteien und Institutionen verlieren an Bedeutung. Im gleichen Ausmaße wird deren Bewältigung den Subjekten abverlangt. Aus diesen wachsenden Zwängen zur Selbstverarbeitung von Unsicherheit dürften über kurz oder lang auch neue Anforderungen an die gesellschaftlichen Institutionen in Ausbildung, Therapie und Politik entstehen“ (*Beck*, 1986, S. 101 f.). *Beck* geht davon aus, „daß wir Augenzeugen eines Gesellschaftswandels der Moderne sind, in dessen Verlauf die Menschen aus den Sozialformen der industriellen Gesellschaft – Klasse, Schicht, Familie, Geschlechtsrollen von Männern und Frauen – freigesetzt werden, ähnlich, wie sie im Laufe der Reformation aus der weltlichen Herrschaft der Kirche in die Gesellschaft ‚entlassen‘ wurden.“ Es hat sich in den westlichen Industrieländern, und hier besonders in der Bundesrepublik Deutschland, in der Modernisierung nach dem Zweiten Weltkrieg „ein gesellschaftlicher Individualisierungsschub von bislang unbekannter Reichweite und Dynamik vollzogen (und zwar bei weitgehend konstanten Ungleichheitsrelationen)“. Die Menschen wurden „in einem historischen Kontinuitätsbruch aus traditionellen Klassenbedingungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen“ (*Beck*, 1986, S. 116).

Diese theoretischen Analysen *Becks* können auch die in den westlichen Ländern vermehrte Angst und Verunsicherung der Bürger erklären. Gleichzeitig machen sie deutlich, daß Mitglieder der Gesellschaft, die in Schwierigkeiten kommen, etwa Opfer von Straftaten, auch weniger in ein soziales Netz eingebunden sind, das in Zeiten der Not auch Hilfe und Unterstützung geben kann. Das Wissen um diesen Mangel, das Gefühl, mehr oder weniger auf sich alleine gestellt zu sein, dürfte Teil des Ursachenbündels für die

Verunsicherung selbst sein. Diese Bedingungsfaktoren können nicht nur als Hintergrund für die gestiegene Verbrechensfurcht, sondern teilweise auch für die gestiegene Kriminalität selbst gesehen werden.

Die gestiegene Kriminalität wird von einigen Autoren als typisches Risiko moderner Gesellschaften angesehen (vgl. *Boers* 1994, S. 69; *Blinkert* 1988). Das weist auf den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Bedingungen und Kriminalität hin (vgl. *Kury u.a.* 1995). Wieweit jedoch in früheren historischen Phasen die Kriminalitätsbelastung nicht höher war als heute, bleibt dabei offen. Die in den letzten Jahren und Jahrzehnten steigende Kriminalitätsbelastung in den westlichen Industrieländern hat offensichtlich mit den geänderten Lebensbedingungen zu tun, die sich nicht nur in steigenden Kriminalitätsraten auswirken, sondern auch in anderen Bereichen.

Die raschen gesellschaftlichen Veränderungen durch den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten und den Umbruch in den früheren Ostblockländern durch den Zusammenbruch des Sozialismus führten zu einer Fülle sozialwissenschaftlicher, auch kriminologischer Untersuchungen und theoretischer Abhandlungen. Probleme der „Integration und der Identifikation“ wurden ebenso diskutiert (*Muszynski* 1991) wie die „Kriminalität nach der Wende“ (*Ewald* 1993) oder das „Opfererleben in den neuen Bundesländern“ (*Ewald u.a.* 1994). So bot der Umbruch, wie bereits oben erwähnt, die Möglichkeit zahlreiche kriminologische Theorien anhand der Entwicklung in den neuen Bundesländern zu überprüfen (vgl. *Dölling* 1992, S. 526f).

Die empirische Kriminologie beteiligte sich von Anfang an rege an der Forschung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung. So nutzten vielfach gemeinsame Forschungsgruppen aus west- und ostdeutschen Wissenschaftlern die Chance, gesellschaftliche Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse und deren Auswirkungen an diesem Beispiel mitzuverfolgen und zu erfassen. Am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht – Forschungsgruppe Kriminologie – in Freiburg (MPI) wurde bereits 1989 im Rahmen der 1. International Crime Survey (ICS 89), damals noch ausschließlich in den alten Bundesländern der früheren Bundesrepublik Deutschland, eine erste bundesweite Opferbefragung an 5.000 per Zufall ausgewählten Bürgern durchgeführt. Diese Untersuchung bildete die westdeutsche Situation kurz vor der Wende ab.

Anfang 1990 wurde vom MPI in Zusammenarbeit mit der kriminalistisch-kriminologischen Forschungsgruppe des Bundeskriminalamts (BKA) die

erste Opferstudie im wiedervereinten Deutschland durchgeführt. In Ostdeutschland wurden 5.000 und in Westdeutschland 2.000 per Zufall ausgewählte Bürger ab dem 14. Lebensjahr in mündlichen Interviews mit einem standardisierten Erhebungsinstrument befragt (vgl. *Kury u.a.* 1996).

Das kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) führte 1991 ein Projekt „Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen“ durch (vgl. *Bilsky u.a.* 1992; vgl. auch *Wetzels u.a.* 1995). Eine Forschungsgruppe bestehend aus Hamburger, Tübinger und Berliner Kollegen hat ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt „Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern“ durchgeführt. „In dem Vorhaben soll mittels Täter- und Opferbefragung der Frage nachgegangen werden, inwieweit Prozesse des sozialen Wandels in den neuen Bundesländern die Begehung von und die Erfahrung mit Straftätern fördern, bzw. inwieweit Bedingungen in der Gesellschaftsstruktur der ehemaligen DDR ganz im Gegenteil der erwarteten explosionsartigen Entwicklung von Kriminalität möglicherweise entgegenstehen ... Zur Forschung gehört im weiteren die Kriminalität als neues soziales Problem in der Rezeption der Bewohner der ehemaligen DDR, also deren Einstellungen zur Kriminalität z.B. in Form persönlicher Bedrohung (Kriminalitätsfurcht, Risikoeinschätzung), zu den Instanzen der Verbrechenskontrolle und zur Strafe. Ergänzend soll der Kontrollbereich vor und nach der Wende durch eine Expertenbefragung im Bereich der Justiz, Polizei, Rechtsanwaltschaft, Schule und Jugendarbeit untersucht werden“ (*Sessar* 1994, S. 11; vgl. *Kerner u.a.* 1990). Schließlich führte eine Gießener Forschungsgruppe Ende 1990/Anfang 1991 in Gießen, Jena und Potsdam eine Opferbefragung bei Studierenden durch (vgl. *Kreuzer & Schneider* 1992; *Kreuzer u.a.* 1993).

Ergänzend zu den zahlreichen weiteren empirischen Untersuchungen, wurden wissenschaftliche Veranstaltungen, Kolloquien und Kongresse zum Thema Wiedervereinigung durchgeführt. So veranstaltete die Forschungsgruppe Kriminologie des Freiburger Max-Planck-Instituts zusammen mit dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Jena bereits Mitte 1991 in Jena ein kriminologisches Kolloquium zu der Thematik „Probleme und Perspektiven kriminologischer Forschung in den neuen Bundesländern“ (vgl. *Kury* 1992). Die Neue Kriminologische Gesellschaft – NKG widmete ihre Jahrestagung Ende 1991 dem Thema „Politisch-gesellschaftlicher Umbruch, Kriminalität, Strafrechtspflege“ (vgl. *Kaiser & Jehle* 1993). Auf internationaler Ebene wurde der 11. Internationale Kriminolo-

gische Kongreß, der im August 1993 in Budapest stattfand, unter das Thema gestellt „Sozialer und politischer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung – eine Herausforderung auf dem Wege ins 3. Jahrtausend“ (vgl. zusammenfassend auch *Kreuzer u.a.* 1993, S. 9).

In den letzten Jahren ist jedoch mehr und mehr Kritik am Ablauf des Wiedervereinigungsprozesses geübt worden. So ist nach Ansicht von *Dümcke* und *Vilmar* (1995) die ehemalige DDR von Westdeutschland aus „kolonialisiert“ worden. Die Autoren gehen von der Grundthese aus, daß die Ostdeutschen vom Regen in die Traufe geraten seien. Die Chance einer selbständigen Neuorientierung der Ex-DDR sei vertan worden. Statt Wiedervereinigung sei es zu einer Vereinnahmung durch die BRD gekommen. Nach *Korte* (1994) sei es für die überwiegende Mehrheit der Menschen bei der Wiedervereinigung nicht so sehr um politische Fragen gegangen als vielmehr um ein besseres Warenangebot, bessere Dienstleistungen, mehr Reisemöglichkeiten – letztlich um den westlichen Wohlstand. Enttäuschungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung haben auf beiden Seiten nicht ausbleiben können. Soziologische Untersuchungen zum Verlauf des Zusammen- und Umbruchs in den neuen Bundesländern haben Problemfelder aufgezeigt, welche die Struktur sozialer Widersprüche und Spannungen erkennbar gemacht haben (vgl. *Adler & Kretschmar* 1990; *Friedrich* 1990; *Friedrich & Förster* 1991; *Landau u.a.* 1991).

Vergleichende Befragungen von Schülern und Jugendlichen zwischen Ost- und Westdeutschland, wie etwa die Jugendstudie des Jugendwerks der deutschen Shell, zeigen allerdings, daß Vermutungen derart, daß die jungen Ostdeutschen durch ihre anderen Sozialisationsbedingungen wesentlich beengter, unsicherer und autoritätsanfälliger seien, so nicht stimmen. So kommt *Zinnecker* (1992, S. 26) zum Ergebnis, daß „die großen und dramatischen Unterschiede zwischen den jüngeren Generationen in den neuen und alten Bundesländern schlichtweg ausblieben“. Bei den Jugendlichen herrsche überwiegend die Zuversicht, in dieser Gesellschaft die eigene Zukunft beherrschen zu können. Allerdings stünden dem „Gewinn im Politischen und Ökonomischen deutliche Verluste im Sozialen und im Arbeitsbereich gegenüber“ (*Zinnecker* 1992, S. 32; vgl. *Jugendwerk der Deutschen Shell* 1990; 1992; *Förster & Schubarth* 1991). Andere Untersuchungen zeigen bei den ostdeutschen Jugendlichen deutlich konservative Einstellungen (vgl. z.B. *Obergfell-Fuchs & Fuchs* 1993; 1997; *Kury & Obergfell-Fuchs* 1995). So findet *Barsch* (1994, S. 121) bezüglich illegalen Drogenkonsums „Vorstellungen von einer eher repressiv angelegten Be-

wältigungsstrategie von Drogenproblemen“. *Kilchling* (1995, S. 11) weist jedoch anhand einer westdeutschen Untersuchung nach, daß die Reaktions-erwartungen betroffener Opfer nach bisherigen Erkenntnissen „viel zu komplex (sind), um sie schematisch nach dichotomischen Kategorien wie etwa punitiv/non-punitiv oder Strafe/keine Strafe einordnen zu können“. *Sessar* (1994, S. 252) weist darauf hin, daß „Strafeinstellungen und Strafbedürfnisse ... Teil der ‚Stimmungslage der Nation‘ (sind) und ... daher einen hohen rechts- und kriminalpolitischen Stellenwert (besitzen), da sie z.B. in der Gesetzgebung die Legitimationsmasse für eine Generierung oder Verschärfung von Strafnormen abgeben können“. Er geht davon aus, „daß solche Einstellungen nicht gleichsam ‚urwüchsig‘ existieren, sondern vom Staat und seinem Strafrecht in hochmanipulativen Prozessen hergestellt werden, um Legitimation für den eigenen systemischen Strafanspruch zu schaffen“.

Auch auf forschungsmethodischer Seite weisen einzelne Autoren auf die Schwierigkeiten und Probleme vergleichender Untersuchungen in Ost- und Westdeutschland hin. So ergibt sich beispielsweise aufgrund der unterschiedlichen industriellen Entwicklung der beiden deutschen Staaten das „methodologisch diffizile Problem, ob Bevölkerungen, die lange unter vollkommen anderen Bedingungen leben und über zwei Generationen faktisch voneinander abgekapselt waren, mit den Mitteln der Umfrageforschung unter Verwendung ganz überwiegend westlicher Theorie- und Sprachkonzepte überhaupt in einem strikten Sinne miteinander verglichen werden können“ (*Bauer* 1991, S. 434). Dieses Problem stellt sich jedoch nicht nur in der deutsch-deutschen Forschung, sondern taucht immer dann auf, wenn Gruppen unterschiedlicher Sozialisation und Herkunft miteinander verglichen werden sollen, also beispielsweise auch, wenn in westdeutschen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen Bewohner ländlicher Gegenden mit solchen aus großstädtischen Ballungszentren verglichen werden sollen. Noch mehr zeigt sich dieses Problem bei internationalen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, wie etwa der International Crime Survey (ICS 89 bzw. ICS 92 oder ICS 96), ohne daß es bei diesen weltweiten Opferstudien bisher in besonderem Maße diskutiert und berücksichtigt worden ist. In diesem Zusammenhang weisen *Ewald u.a.* (1994, S. 90) darauf hin, daß „das Resultat von Opferbefragungen ... nur eine Rekonstruktion sozialer Ereignisse sein (könne), die nicht als Opfererfahrung in einem objektiven, der Realität nahen Sinne verstanden werden können, sondern die das subjektive Erleben der Befragten als Opfer ausdrücken ... Die mit Victim-

Surveys zu beantwortende Frage kann also nicht lauten, welches Ausmaß an Viktimisierungen als tatsächlich geschehene Ereignisse in einer Gesellschaft vorliegt. Die Frage nach krimineller Viktimisierung kann nur darauf gerichtet sein, welche Menschen sich als Opfer krimineller Viktimisierungen erleben, und im weiteren, von welchen Umständen in der spezifischen Situation des Umbruchs dieses Erleben abhängt“.

Da die Umbruchssituation von den Ostdeutschen anders erlebt werden mußte als von den Westdeutschen, ist nicht auszuschließen, daß sich diese unterschiedliche subjektive Erfahrung und Einschätzung der Realität auch auf die Ergebnisse von Opferbefragungen auswirkt. Das weist darauf hin, daß die Resultate solcher Studien zurückhaltend zu interpretieren sind.

Zutreffend wurde von Anfang an, was die gesamtdeutsche Vergleichsforschung betrifft, vor vorschnellen und zuwenig geplanten Forschungsprojekten gewarnt. So spricht *Heitmeyer* (1991, S. 249) von den „Risiken von einfachen und schnellen Vergleichsuntersuchungen“. Auch er sieht die einzigartigen Forschungsmöglichkeiten und die Gelegenheiten für vergleichende Untersuchungen, betont jedoch gleichzeitig, daß „genau diese Einzigartigkeit ... auch einzigartige Schwierigkeiten (mit sich bringt), denen man nicht mit ‚alten‘ Forschungsdesigns oder durch aufschlußreiche Forschung begegnen kann“.

Auch von strafrechtlicher Seite wurde nach der Wiedervereinigung die Erwartungshaltung ausgedrückt, daß sich „die Kriminologen herausgefordert fühlen müssen (...), den Ursachen und Erscheinungsformen bereits erkennbarer Kriminalitätsveränderung nachzuspüren ...“ (*Eser* 1991, S. 266 f.).

Auf einen wesentlichen Aspekt gesamtdeutscher Untersuchungen weisen *Jaufmann* und *Kistler* (1991, S. 108) hin. Sie betonen die Bedeutung von Informationen über „Einstellungen und Verhalten der Bürger der DDR in den vierzig Jahren vor der Wiedervereinigung“. Es geht hier um die „Zurverfügungstellung von dringend notwendigem Interventionswissen“. Forschungsergebnisse, etwa aus Victim Surveys aus den NBL, können letztlich nur vor dem Hintergrund solchen Interventionswissens über die Entwicklung der DDR und der Situation der Bürger in den heutigen NBL adäquat interpretiert werden. Diese Erkenntnis ist der entscheidende Grund dafür gewesen, daß wir bei der Durchführung unserer viktimologischen Vergleichsuntersuchungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern jeweils mit Kollegen aus den neuen Bundesländern (Jena) zusammengearbeitet haben. Zu Recht weist *Dölling* (1992, S. 528) darauf hin, daß die komplexen Fragestellungen sachgerecht nur durch eine intensive Zusam-

menarbeit von Forschern aus den Neuen und Alten Bundesländern angegangen werden können. So kritisiert *Ewald* (1992, S. 539 f.), daß die Darstellung der Problemfelder in den Neuen Bundesländern vorwiegend durch westdeutsche Bewertungsmuster geprägt wird. „Es ist das westdeutsche Bild von der ‚Lage‘ der ehemaligen DDR. Diese Definition der Realität ‚von außen‘ zieht dann entsprechende Reaktionen nach sich. Die ‚Bedrohungen‘ erscheinen größer als sie real sind, das Verhalten orientiert sich jedoch an der empfundenen (vermittelten) Bedrohung. Die – bei aller Bedrohlichkeit – überhöhte Darstellung der Gewaltproblematik ist ein Beispiel für diesen Vorgang. Insgesamt gesehen und verglichen mit anderen Erscheinungen ist dieses Phänomen bei weitem nicht so dramatisch“.

Durch intensive Kooperation mit ostdeutschen Kollegen aus der ehemaligen DDR kann der Gefahr der einseitigen Darstellung und Interpretation von Forschungsergebnissen begegnet werden.

KAPITEL 4

Kriminologie kommunaler Gemeinwesen

4.1 Einleitung

Der Kriminalitätsvergleich zwischen Städten oder Regionen, wie in unserem Falle zwischen Freiburg und Jena sowie umliegenden kleineren (ländlichen) Regionen, spricht auch kriminologische Fragen hinsichtlich kommunaler Gemeinwesen an. Hierzu gibt es eine lange Forschungstradition, auf die an dieser Stelle jedoch nur kurz eingegangen werden soll (vgl. ausführlich *Obergfell-Fuchs* 2000).

Die kriminologische Betrachtung der Kommune kann als eine Teildisziplin der Kriminalgeographie verstanden werden. Diese definiert *Hellmer* (1972, S. 13) als „Wissenschaft von der regionalen Verteilung der Kriminalität und der Kriminalitätsfaktoren und von den regionalen Unterschieden in der Kriminalitätsbekämpfung“. Er bestimmt ihren Gegenstand durch:

1. den Umfang und die Struktur der Kriminalität sowie ihre Entwicklung in einem umgrenzten geographischen Bereich,
2. die Faktoren der örtlichen Kriminalitätshintergründe sowie ihren Zusammenhang zu weiteren Gegebenheiten (natürlich, psychologisch, sozial, wirtschaftlich, kulturell) und
3. die Daten über die Bekämpfung der Kriminalität in umgrenzten geographischen Bereichen.

Die Größe der untersuchten regionalen Einheit spielt keine Rolle, es kann sich um einen Erdteil, um ein Land oder nur ein Wohnviertel oder einen Wohnblock handeln. Ziel, so *Hellmer*, ist es, „durch ein möglichst exaktes Bild der Kriminalitätsverteilung Aufschlüsse über Schwerpunkte der Kriminalitätsbildung und damit über mögliche Ursachen der Kriminalität als Massenerscheinung sowie über die Wirkung von Bekämpfungsmaßnahmen zu erhalten ...“ (S. 13). *Herold* (1977, S. 290) spricht von der Kriminalgeographie als der „Wissenschaft von den Beziehungen, die zwischen der spezifischen Struktur eines Raumes und der in ihm örtlich und zeitlich anfallenden Kriminalität bestehen“.

Während nach *Frehsee* (1978, S. 26) eine großräumige Analyse „fast ausschließlich auf statistisches Material behördlicher Zählungen angewie-

sen ist, können in den kleineren Bereichen von Stadtgröße an abwärts darüber hinaus durch eigene Erhebungen Primärdaten gesammelt werden (Feldstudie), die Einstellungen und Verhalten der Menschen unmittelbar betreffen, lokale Funktionsbereiche und die infrastrukturelle Ausstattung erkennen lassen und ein differenziertes Kriminalitätsbild ergeben“. Darüber hinaus bietet dieser Ansatz durch raumbezogene Identifizierung kriminogener Faktoren die Möglichkeiten der Entwicklung gezielter kriminalpräventiver Ansatzpunkte.

Bereits 1925 betonte *Park* (6. Auflage 1970, S. 106): „It is in this community with its various organizations and its rational, rather than traditional, schemes of control, and not elsewhere, that we have delinquency. Delinquency is, in fact, in some sense the measure of the failure of our community organizations to function.“ Daß die Kommune – hierunter wird in fast allen Arbeiten zur Kriminalgeographie die Stadt, sehr oft die Großstadt, verstanden – den „eigentlichen“ Ursprungsort von Kriminalität darstellt, d.h. daß Täter und Opfer häufig aus demselben eng umgrenzten regionalen Umfeld kommen und damit sowohl die Entstehungsbedingungen wie auch die Folgen der Straftat räumlich eng umgrenzt bleiben, darauf wiesen bereits *Shaw* und *McKay* (1942, S. 315) in aller Deutlichkeit hin: „Delinquency – particularly group delinquency, which constitutes a preponderance of all officially recorded offenses by boys and young men – has its roots in the dynamic life of the community“ (vgl. auch *Albrecht* 1992, S. 33 f.)

4.2 Entwicklung der Kriminologie kommunaler Gemeinwesen

Erste überregionale kriminalstatistische Ansätze sowie stadtgeographische Arbeiten liegen bereits aus dem 19. Jahrhundert vor, so z.B. von *Parent-Duchâtelet* (1836) in Paris oder *Mayhew* (1862) in London. Zu den am häufigsten zitierten Arbeiten in der kriminologischen Betrachtung kommunaler Gemeinwesen gehören die Resultate der „Chicagoer Schule“ (*Shaw & McKay* 1929; 1931; 1942; vgl. die prägnante Darstellung bei *Albrecht* 1993, S. 228 f.). Diese am soziologischen Institut in Chicago – dem ersten Institut für Soziologie in den USA – durchgeführten empirischen Untersuchungen waren von außerordentlicher Bedeutung für die Theorieentwicklung zur regionalen Verteilung der Kriminalität.

Shaw (1929) beobachtete, daß die Kriminalität von den Außenbezirken zum Stadtzentrum hin zunimmt, und ermittelte in diesem Zusammenhang

sogenannte „delinquency areas“, in denen eine hohe Kriminalitätsbelastung mit ungünstiger Sozialstruktur einherging. Diese „delinquency areas“ zeichneten sich vor allem durch ein geringes Maß an informeller sozialer Kontrolle und wenigen sozialen Bindungen aus und waren in der Regel mit Stadtgebieten deckungsgleich, die im Verlauf des Städtewachstums entstanden waren („natural areas“). Sie wiesen besondere geographische, soziale oder kulturelle Strukturen auf, die sie von anderen Stadtbezirken abgrenzten. Eine Ausweitung der Untersuchungen auf weitere nordamerikanische Städte (Philadelphia, Boston, Cincinnati, Cleveland und Richmond) kam zu ähnlichen Ergebnissen (*Shaw & McKay* 1942).

Kennzeichen dieser Gebiete waren hohe Raten an Säuglingssterblichkeit und Tuberkuloseerkrankungen, Überbevölkerung, eine hohe Anzahl von Familien, die von staatlicher Unterstützung leben, geringe Freizeitangebote und hohe Mobilität. Der Anteil an zerfallenen Häusern war hoch, in diese wurden besonders sozial Schwache abgedrängt, welche keine Möglichkeit hatten, den zunehmenden Verfall der Wohngegend aufzuhalten. Meist schlossen sich diese Gebiete ringförmig um die Industrie- und Geschäftszentren der Innenstädte an; diese wiederum waren umgeben von den Stadtvierteln der Arbeiter; es folgten die Wohngebiete des Bürgertums und schließlich der Pendler.

Nach Ansicht von *Shaw* und *McKay* ist die Kriminalität diesen Gebieten inhärent (vgl. zur „Zonentheorie“ ausführlich *Burgess* 1925), es bildet sich eine gewisse „Tradition“, daß Kinder in diesen Gebieten durch Kontakte mit und Sozialisation durch kriminelle Gruppen bereits früh das Stehlen erlernen (vgl. die Theorie des differentiellen Lernens *Sutherland & Cressey* 1978). Dabei wird von seiten des Straffälligen selbst sein Verhalten in der spezifischen Umgebung als angepaßt und gut organisiert erlebt. Eine solche Ausbildung einer Subkultur der Gewalt in Großstädten kann eine soziale Integration Jugendlicher in die Gesellschaft verhindern (*Wolfgang & Ferracuti* 1967; vgl. *Curtis* 1975).

Ausgangspunkt in dem von *Liska* (1987) entwickelten Modell der Kriminalitätsentwicklung in Großstädten, das sich an die Arbeiten der Chicagoer Schule und deren Ergebnissen anlehnt, ist die durch die wachsende Industrialisierung steigende Nachfrage nach (ungelernten) Arbeitskräften, die in die städtischen Zentren einwandern. Eine stärkere Arbeitsteilung und -spezialisierung geht mit der Industrialisierung einher und erzeugt neue Gruppen. Diese bilden spezifische, manchmal im Konflikt zueinander stehende, kulturelle Normen.

Durch die größere Mobilität werden Primärbeziehungen erschwert und seltener; es wird schwieriger, stabile soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die steigende soziale Desorganisation bewirkt einen Rückgang sowohl der internen als auch der externen sozialen Kontrolle, hierdurch steigen die Chancen für die Herausbildung abweichenden Verhaltens. Diese Prozesse sind vor allem in Stadtgebieten zu beobachten, mit einer hohen Frequenz des Wohnungswechsels, vielen verschiedenen Kulturen und einer hohen Anzahl zerbrochener Familien (vgl. *Wirth* 1938).

Mit Beginn der Postindustrialisierung schwindet der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften. Die sozialen Strukturen der Unterschicht brechen auf, vor allem unqualifizierte Jugendliche werden marginalisiert. Fehlende soziale Integration geht mit einer Gewalthäufung sowohl in der Familie als auch außerhalb einher (s. *Wilson* 1987, vgl. *Wahl* 1989).

Weitere kriminalgeographische Studien in dieser Tradition liegen z.B. von *Peyrefitte* (1977) vor, der Probleme in Großstädten auf die mangelnde Wohn- und Lebenskultur zurückführt. Diese resultiert aus dem schnellen, unharmonischen Wachstum der Städte. *Gibbs* und *Erickson* (1976) führen die Häufung von Gewaltdelikten auf die größere Wohndichte zurück, sie erhöht vor allem die Wahrscheinlichkeit eines Zusammentreffens von potentiellen Tätern und Opfern (siehe auch *Cohen & Felson* 1979; *McClinck & Wikström* 1992); *Fowler* (1987) konnte z.B. für verschiedene Stadtviertel Torontos zeigen, daß bei hoher Vielfalt der Raumnutzung und großer Heterogenität der Gebäude von den Bewohnern eine niedrigere Kriminalitätsbelastung berichtet wird als in monotonen Stadtteilen.

Durkheim (1983) beschreibt diese Prozesse als Folgen gesellschaftlicher Modernisierung. Er geht zwar davon aus, daß Gesellschaften im Verlaufe des Modernisierungsprozesses neue Formen der sozialen Integration finden können, postuliert jedoch, daß es zumindest periodisch zu Auflösungserscheinungen kommen kann, die er als Anomie, als Regellosigkeit, bezeichnet. Anomie zeige sich vor allem in Großstädten als Folge der dort größeren Anonymität und Zufälligkeit der sozialen Kontakte (1988; vgl. *Szabo* 1968; *Ortmann* 2000).

Die in Chicago und anderen Städten der USA gewonnenen Ergebnisse hinsichtlich der Zonentheorie sind nicht vollständig auf andere, vor allem europäische Verhältnisse zu übertragen (vgl. *Rolinski* 1981). Zum einen ist hier, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein solch hoher Urbanisierungsgrad kaum feststellbar, zum anderen haben sich die Randlagen der Innenstädte nicht selten um einen historischen mittelalterlichen Stadtkern herum

entwickelt und stellen durch ihre Nähe zu den Geschäftszentren ein bevorzugtes Wohn- bzw. Gewerbegebiet für freie Berufe (Ärzte, Anwälte u.ä.) dar. Viele europäische Städte sind auch nicht, wie z.B. Chicago, um ein Zentrum herum gewachsen, sondern durch Eingemeindungen bzw. Übernahme von außerhalb der Kernstadt liegenden Industrieansiedlungen entstanden, so daß konzentrische Zonen im Sinne von *Shaw* und *McKay* gar nicht erst entstehen konnten. In westeuropäischen Kommunen treten Verwahrlosungserscheinungen eher in den „künstlichen Satellitenstädten“ im Einzugsbereich der Großstädte auf (vgl. z.B. zu Paris *Dubet & Lapeyronnie* 1994).

Albrecht (1993) geht intensiv und differenziert auf die Kritik an den aus der Chicagoer Schule resultierenden Beobachtungen zur Kriminalgeographie ein. Dabei stehen methodische Probleme im Vordergrund, so sei das Problem des ökologischen Fehlschlusses nicht beachtet worden, d.h. in einer Vielzahl von Untersuchungen sei von der Ebene aggregierter Daten auf individuelle Zusammenhänge geschlossen worden. Daneben seien Indikatoren, die zur Operationalisierung der unabhängigen Variablen dienen, mit den abhängigen Variablen zum Teil identisch, damit wäre die Argumentation zirkulär (vgl. hierzu *Lander* 1954).

Schneider (1979) faßt die zentralen Ergebnisse der kriminalgeographischen Forschungsansätze und Studien dahingehend zusammen, daß in Großstadtgebieten die meisten Verbrechen mehr oder weniger proportional mit der Entfernung zum Stadtzentrum abnehmen, welches als Hauptgeschäftsviertel einen Raum darstellt, der nach Laden- und Dienstschluß von erheblicher Bevölkerungsentleerung gekennzeichnet ist, während er zu Werkzeiten die „höchste Konzentration wirtschaftlicher, kultureller und administrativer Funktionen“ aufweist“ (S. 183). Dabei spielen zum einen die enorme Gelegenheitsstruktur wie auch die erhöhte Anonymität eine wichtige Rolle für das Auftreten von Kriminalität.

Problematisch für die Kriminalitätsentstehung, so *Schneider*, sind daneben Übergangsbereiche, die sich aus Wohnvierteln in Industriegebiete wandeln und daher von sozio-ökonomisch stärkeren Bewohnern verlassen werden, was den Nachzug sozial und ökonomisch belasteter Personen zur Folge hat, die durch einen Mangel an stabilen sozialen Institutionen und zwischenmenschlichen Beziehungen täter- und auch opferanfälliger sind (S. 183). Im Gegensatz hierzu sind Wohngebiete an der Peripherie der Stadt oder auch in Vorstädten weniger durch Kriminalität belastet, „guter sozialer Zusammenhalt, hoher Berufsstatus, gute Schulbildung der Bewoh-

ner, ihr stark ausgeprägtes Familienleben und eine einwandfrei integrierte Nachbarschaft sind für diese Räume mit niedriger Kriminalitätshäufigkeit charakteristisch. Demgegenüber häufen sich in Verbrechensgebieten die Sozialprobleme: Kindersterblichkeit, Schulschwänzen, Fortlaufen aus dem Elternhaus, Alkoholismus der Eltern, Stadtstreicherei, Tuberkulose und Geisteskrankheit, niedriges Einkommen, niedriger beruflicher, familiärer und ökonomischer Status. Die verwahrlosten und zerstörten Wohnungen und Gebäude sind überbelegt. Die Mobilität und der Prozentsatz unverheirateter, arbeitsloser Männer sind hoch“ (S. 183 f.).

4.3 Neuere Forschungsthemen

Die Verknüpfung sozialer und struktureller Merkmale des Raumes mit der Kriminalitäts- oder auch Täterbelastung ist auf internationaler Ebene und in der sich vor allem in den USA rasch weiterentwickelnden kriminalgeographischen Forschung immer noch aktuell, so daß heute eine Fülle an Forschungsarbeiten vorliegt. Es soll daher nur cursorisch auf einige Arbeiten eingegangen werden.

In einer neueren Studie geht *Eisner* (1993; 1997) auf die Gewaltkriminalität in Schweizer Städten ein und berücksichtigt hierbei auch die räumliche Strukturierung der Gesellschaft. Er kommt in der längsschnittlichen Analyse der von ihm untersuchten Daten zu dem Ergebnis, daß „der öffentliche Raum der Städte und besonders der Stadtzentren jenes Milieu (ist), in welchem während der vergangenen 30 Jahre das Ausmaß der Gewalt am stärksten zugenommen hat“ (S. 135). Auch in der Schweiz ist es seit Mitte der 60er Jahre, insbesondere in den Großstädten, zu einem deutlichen Anstieg vor allem der Gewaltkriminalität gekommen. Die Ursachen hierfür sieht *Eisner* in der zunehmenden Zentrumsbildung der Innenstädte mit einer Konzentration im Unterhaltungs- und Vergnügungsbereich und einer damit einhergehenden Verringerung privaten Verantwortungsgefühls. Außerdem hat durch Abwanderung von Wohlhabenderen die soziale Entmischung in einzelnen Stadtbezirken eingesetzt, so daß es zu einer Häufung gesellschaftlicher Problemlagen kommt.

Eine besondere Rolle spielen in den letzten Jahren, gerade auch in der Schweiz, die wachsenden Probleme mit der Drogenkriminalität und in diesem Zusammenhang die Beschaffungsstraftaten. Intensive Beachtung gebührt, so *Eisner*, dem urbanen Raum als Interaktionsort einer Gesellschaft,

wo latente Konflikte und Spannungen sich in individueller Gewalt äußern können.

Daß auf lokaler Ebene belastende Bedingungen für die Bürger oft weniger im Kriminalitätsbereich als vielmehr im Rahmen von Ordnungsstörungen zu finden sind, zeigt eine neuere Wiener Untersuchung (*Hammerschick u.a.* 1996). Als wesentliches Ergebnis des Projekts zeigt sich, daß 72% der berichteten eigenen Erfahrungen "disorder-Probleme" gewesen sind und lediglich 28% kriminelle Ereignisse. „Insgesamt ist festzuhalten, daß selbsterlebte problematische Erfahrungen im öffentlichen Raum sich zu rund drei Viertel auf Ereignisse beziehen, die nichtkrimineller Natur sind, ein Viertel der Ereignisse hingegen als Kriminaldelikte unterschiedlicher Schwere zu qualifizieren sind“ (*Stangl* 1996a, S. 58; vgl. auch *Stangl* 1996b).

Dies bedeutet, daß Unsicherheitsgefühle der Bürger nur zum Teil über Kriminalität, z.B. selbsterfahrene Straftaten, vermittelt werden. Verwahrlosungserscheinungen in den Städten und gesamtgesellschaftliche Bedingungen bilden einen wesentlichen Hintergrund für die Entwicklung von Unsicherheitsgefühlen und Verbrechensfurcht (vgl. *Stangl u.a.* 1996; *Karazman-Morawetz* 1996; *Hanak* 1996). „For most people, crime is not at the forefront of their social concern, which tend instead to be dominated by what the people would term ‚grief‘. Noisy neighbours, kids kicking a ball against the side of their house, unemployment, environmental mess, transport, poor local facilities – these are the stuff of every-day life“ (*McConville & Shepherd* 1992, S. 61; vgl. auch *Shapland & Vagg* 1988). *Skogan* (1988; 1990) spricht von „disorder“, was die Leute beunruhigt, *Hunter* (1978; vgl. *Lewis & Salem* 1986) von „incivility“ (vgl. zusammenfassend *Boers* 1991).

Ein Kritikpunkt *Albrechts* (1993) an den auf Deliktstraten bezogenen Untersuchungen in der Nachfolge der „Chicagoer Schule“ ist die fehlende Berücksichtigung der Tatgelegheitsstruktur. Dieser wird jedoch in zahlreichen Forschungsansätzen der 70er Jahre Rechnung getragen und deren Zusammenhang zur Stadtstruktur im Mikro- und Makrobereich untersucht (z.B. Flächennutzungsmuster, Wohnviertelgestaltung, Lebensstile und Aktivitäten der Bewohner).

Ein zentraler Punkt ist hierbei die Analyse von Faktoren der Kriminalitätsentstehung innerhalb eng umgrenzter Gebiete, besonders der Zusammenhang zwischen Wohnhausarchitektur und Kriminalitätsentstehung und -kontrolle. So nehmen viele nachfolgende Untersuchungen ihren Aus-

gangspunkt in den Ergebnissen der New Yorker Forschungsgruppe um Oscar Newman und dem Konzept des „defensible space“ (Newman 1971; 1972). Die deutlich höhere Kriminalitätsbelastung von Wohnblocks mit zahlreichen Hochhäusern gegenüber kleineren Mehrfamilienhaus-Siedlungen wird vor allem auf die hohe Anonymität des Wohnens, das Gefühl der Isolation und der mangelnden Verantwortlichkeit gegenüber dem Umfeld zurückgeführt (vgl. hierzu Schneider 1979). Kernpunkt des „defensible space“ ist die Forderung nach Gestaltung der baulichen Umwelt derart, daß eine adäquate Einteilung des Wohnumfeldes beim Bewohner Territorialitätsansprüche und damit Verantwortlichkeit hervorrufen soll, daß es den Bewohnern möglich ist, den öffentlichen und auch halbprivaten Raum einzusehen, daß eine Stigmatisierung durch eine bestimmte „Einfachbauweise“ verhindert wird und daß die Sicherheit des umgebenden Raums durch intensive Nutzung kommunaler Einrichtungen erhöht wird.

Dieser Zusammenhang zwischen Städtebau und Kriminalität hat Ende der 70er Jahre auch seinen Niederschlag in Europa gezeigt. Ende 1978 fand ein internationales Symposium zu diesem Thema im Bundeskriminalamt in Wiesbaden statt (Bundeskriminalamt 1979). In dessen Rahmen sind neben der Darstellung der aktuellen Situation auch Lösungsvorschläge aus unterschiedlichem Blickwinkel erarbeitet worden. Kaiser (1979) weist jedoch kritisch darauf hin, daß „ein empirisch brauchbares Konzept, nach dem man Verbrechen ausschließlich durch bestimmte Formen des Städte- und Wohnungsbaus erklären könnte, ... nicht ersichtlich (ist)“ (S. 225). Er geht hierbei nachdrücklich auf die zentrale Bedeutung der Sozialstruktur ein; so wird „Kriminalität (oder andere Formen sozial abweichenden Verhaltens) dann auftreten, wenn Bewohner mit hochgradigen Sozialisationsdefekten und Mehrebenen-Konflikten im sozialen Nahraum sich in einer Phase der Einsamkeit, der Bindungs- und Orientierungslosigkeit befinden sowie in einem Nachbarschaftsbereich mit geringer informeller Sozialkontrolle leben und formelle Kontrollstrukturen fehlen oder nicht ausreichend greifen“ (S. 227).

Kritik am Konzept des „defensible space“ findet sich auch bei Rolinski (1980), der in einer Analyse in den Städten Regensburg und München keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Baustruktur und Kriminalität nachweisen konnte. Vielmehr wird in der Interaktion zwischen Täter und Opfer bzw. in persönlichkeitspezifischen, sozialpsychologischen und soziologischen Variablen eine Erklärung für die Kriminalitätsentstehung gesehen. Wenngleich eine, wenn auch nur geringe, kriminalitätsreduzierende

Wirkung dem „defensible space“-Ansatz nicht abgesprochen werden kann, scheint, so *Kube* (1982), die Bedeutung der baulichen Gestaltungsmerkmale überschätzt zu werden. Außerdem ist diesem Ansatz auch die Gefahr einer „Feindhaltung“ (S. 59) gegenüber Fremden immanent. Trotzdem ist in neuer Zeit im Rahmen der Kriminalprävention die Diskussion um die Rolle des Städtebaus bzw. sogar der „gated communities“ neu entstanden (vgl. *Kube* 1998).

4.4 Deutsche Untersuchungen

Auch in Deutschland sind bereits in den 30er Jahren kriminalgeographische Untersuchungen kommunaler Gemeinwesen durchgeführt worden (*Seibert* 1937; *Walther* 1936). Vor allem in den 60er und in den 70er Jahren erlebte dieser Ansatz eine erhebliche Blüte. Zu nennen sind dabei die Untersuchungen von *Heitmann* (1963) in Hamburg-Bergedorf, der Kriminalitätsbelastung anhand von Gerichtsakten untersucht hat und Zusammenhänge zwischen sozial und kriminell belasteten Gebieten feststellt, von *Opp* (1968) in Köln, der Zusammenhänge zwischen sozio-demographischen und Delinquenzvariablen im Hinblick auf die von ihm verwendete Anomie-theorie beobachtet hat, sowie von *Herold* (1968) und *Helldörfer* (1974), welche Ergebnisse der Zonentheorie in Deutschland repliziert haben.

Ältere kriminalgeographische Untersuchungen haben in der Regel auf offiziellen Statistiken basiert. In den 70er Jahren hat sich auch in Deutschland die Methode der Bevölkerungsbefragung im Hinblick auf kriminologische Fragestellungen entwickelt (vgl. Kapitel 2). Zu den ersten umfangreichen Städtestudien unter Einsatz dieser Methodik, wenngleich kriminalgeographische Gesichtspunkte im Hintergrund standen, gehören die Untersuchung von *Schwind u.a.* (1975) in Göttingen und die Stuttgarter Opferbefragung von *Stephan* (1976). Während diese Studien eher auf eine Beschreibung der Opfercharakteristika bzw. Einstellungen der Bevölkerung im Hinblick auf kriminalitätsrelevante Themenbereiche abgezielt haben, hat sich die von *Frehsee* (1978) in Kiel durchgeführte Untersuchung auf kriminalgeographische Zusammenhänge gerichtet. Es hat sich gezeigt, daß zwar der Innenstadtbereich am stärksten belastet ist, die Wohnsitzverteilung der Täter jedoch einen Schwerpunkt in anderen Stadtbezirken hat. Die Innenstadt stellt aufgrund der hohen Gelegenheitsstruktur und der Funktionsvielfalt ein typisches Attraktionsgebiet für Straftäter dar. Die Delinquenzbelastung Heranwachsender weist eine deutliche Schichtbezogen-

heit auf, für die Jugenddelinquenz spielen eine mindere soziale Stabilität und Kontinuität sowie sozialer Organisations- und Integrationsmangel eine wichtige Rolle. Auch die Organisationsstruktur des Stadtteils erweist sich als relevant.

Zu den umfassendsten deutschsprachigen Studien gehört die Dunkelfelduntersuchung von *Schwind u.a.* (1978) in Bochum aus dem Jahr 1975 und ihre Replikation von 1986/87 (*Schwind u.a.* 1989), in welcher neben offiziell registrierten Straftaten anhand einer Bevölkerungsbefragung auch Daten zum Dunkelfeld erhoben worden sind. Die Resultate der Untersuchung haben keinen weiteren Beleg der Zonentheorie ergeben, es zeigen sich vielmehr verschiedene stärker belastete Zentren, welche den Kernen der früheren eingemeindeten Kommunen entsprechen. Gleichwohl übt vor allem die City die größte Anziehungskraft für Täter aus. *Schwind u.a.* (1978) zeigen, daß ein Großteil der Delikte im Nahbereich der Täterwohnung (bis 2 km) begangen wird und daß dort, wo das Hellfeld hoch liegt, auch hohe Zahlen für das Dunkelfeld zu verzeichnen sind, wenngleich die jeweiligen Relationen zueinander unterschiedlich ausfallen. Es ergibt sich ein Zusammenhang zwischen Wohnstruktur und Kriminalitätsbelastung derart, daß in Gebieten, in denen vermehrt soziale Randgruppen (Unterschichtsangehörige, Gastarbeiter, Sozialhilfeempfänger) und Personen mit niedriger Schulbildung leben, die Tatverdächtigenrate am höchsten ist, in gutbürgerlichen Wohngebieten dagegen am niedrigsten. Besonders in Sanierungsgebieten fielen Täterwohnsitz und Tatort oft zusammen, hier richtet sich die Kriminalität nach „innen“, was besonders deshalb ein Problem darstellt, „da es sich bei den Bewohnern dieser Gebiete sowieso schon um solche in einer extremen gesellschaftlichen Randlage befindlichen handelt“ (*Schwind u.a.* 1978, S. 244). Die 1975 gefundenen Ergebnisse werden durch die Replikationsstudie der Bochumer Dunkelfelduntersuchung von *Schwind u.a.* (1989) weitgehend bestätigt, die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß die Belastung der Kriminalitätsballungsräume in der Stadt zwischenzeitlich weiter zugenommen hat und zudem andere Kriminalitätszentren hinzugekommen sind.

Plate u.a. (1985) haben in einer Untersuchung der Kriminalitätsstrukturen in Solingen anhand eines pfadanalytischen Modells zur Hellfeldverteilung bestätigen können, daß neben der informellen sozialen Kontrolle und der Bebauungsstruktur auch die Sozialstruktur eine erhebliche Erklärungskraft für den Faktor Kriminalität aufweist. So sind Wohnbezirke mit hoher Täterwohnsitzdichte in der Regel durch große Wohneinheiten mit zahlrei-

chen sozial schwachen Familien gekennzeichnet. Wie in Bochum sind anhand der Dunkel- und Hellfeldanalysen verschiedene stärker belastete Regionen identifiziert worden, Solingen-Mitte liegt jedoch immer an der Spitze der Verteilungen. Etwa drei Viertel der Opfer werden innerhalb des eigenen Wohngebietes viktimisiert, eine Ausnahme bildet die Körperverletzung, hier findet bei etwa der Hälfte der Fälle die Viktimisierung außerhalb des eigenen Wohnviertels statt. Eine wichtige Rolle spielte der Faktor Wohneigentum, so zeigten *Plate u.a.*, daß Wohngebiete, in denen die Bewohner „wenig ‚soziales Interesse‘ an ihrer ‚Behausung‘ und an ihren Nachbarn“ haben und „demzufolge auch nicht an sozialer Kontrolle ... interessiert“ sind (S. 130) höhere Dunkelziffern aufweisen als Stadtteile, in denen der Faktor „Wohneigentum“ ein stärkeres Interesse an sozialer Kontrolle bedingt.

Mitte der 80er Jahre untersuchte *Friedrichs* (1985) den Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Struktur und Kriminalität in Großstädten. Anhand der statistischen Daten von 62 deutschen Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern zeigt er einerseits eine negative Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität auf, andererseits stellt er keine Zusammenhänge zwischen der Kriminalitätsrate und der Rate der Ausländer fest. Dagegen haben sich hohe Korrelationen zur Pro-Kopf-Verschuldung und damit auch zur Höhe der Ausgaben für Sozialhilfe sowie zur Migrationsrate als einem Indikator mangelnder soziale Kontrolle, der Rate der Ehescheidungen und der Armut, erhoben über die Zahl der Sozialhilfeempfänger und der Sozialausgaben pro Einwohner, ergeben. *Friedrichs* schlußfolgert, „daß aufgrund schlechter ökonomischer Bedingungen eine selektive Abwanderung besteht, die zu einem höheren Anteil an Sozialhilfeempfängern führt. Unter diesen Bedingungen erhöht sich die Kriminalität“ (S. 61).

4.5 *Neuere Ansätze der Kriminologie kommunaler Gemeinwesen*

Während bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Sicherheit der Bürger, v.a. in den Großstädten, oft selbst organisiert wurde, setzte, nicht zuletzt aufgrund mangelnder „Bürgerpflicht“ (vgl. *Mumford* 1963, S. 320), ein zunehmender Trend der Professionalisierung der Sicherheitsgewährleistung ein (vgl. *Schlör* 1991; siehe auch 1992). Die Polizei übernahm mehr und mehr vor allem den nächtlichen Schutz der Bewohner. So wurden bis Ende

des 19. Jahrhunderts in nahezu allen Metropolen die Nachtwächter durch professionelle Schutzleute ersetzt. Dennoch rissen die Klagen über die mangelnde Sicherheit nie ab, das Verbrechen war in der öffentlichen Diskussion ständig anwesend (vgl. *Pick* 1990). Entsprechend drohten die Bürger immer wieder, den Schutz ihrer Stadt (wieder) selbst in die Hand zu nehmen, wenn nichts getan würde (*Blasius* 1978).

Göschel (1994, S. 1334) betont, daß die „Geschichte der modernen Stadt ... unauflöslich verbunden (ist) mit dem Gewaltproblem. Ob als sozialreformerische Kritik an der Industriestadt, ob als Mythos vom ‚Großstadt-dschungel‘, ob als Ursprung des Kriminalromans, der die Bedrohung in der anonymen und unüberschaubaren Nähe der Großstadt sieht – ‚Stadt‘ und ‚Gewalt‘ scheinen zueinander zu gehören, seit im Industriezeitalter die Idee ‚Stadtleben macht frei‘ sich in ihr Gegenteil zu verkehren schien.“

Nach einer Zeit der weitgehenden Spezialisierung und Professionalisierung kommunaler Sicherheit kann man heute teilweise einen „Rückwärtstrend“ beobachten. So betont etwa *Stenson* (1996, S. 103) für Großbritannien: „If we examine the new discourses of crime and communal security emerging in Britain during the last fifteen years, certain discursive shifts are apparent. It is striking that references to the social and to the state have given way increasingly to the emphasis on community, the individual and partnership between statutory agencies, commercial enterprises and voluntary groups (...) in the fight against crime.“ Kommunale Kriminalprävention unter Einbezug des Bürger wurde in den letzten 15 Jahren zu einem der meistdiskutierten Themen der Kriminologie (*Hope & Shaw* 1988). *Stenson* (1996, S. 120) spricht diesbezüglich geradezu von einer „explosion of research and policy discourse since the late 1970’s“ (vgl. *Kube* 1987; *Ammer* 1993; *Landeskriminalamt Baden-Württemberg* 1993; *Feltes* 1995).

Auch in Deutschland „boomen“ kommunale kriminalpräventive Ansätze unter dem Schlagwort „Prävention ist Bürger(meister)pflcht“ (*Jäger*, nach *Burghard* 1993, S. 104). Der Vorteil der kriminologischen Analyse in diesem eng umgrenzten Feld liegt, so *Schneider* und *Stock* (1995, S. 12), nicht zuletzt darin begründet, daß hier die politischen Prozesse transparenter sind als auf Landes- oder gar Bundesebene. Zugleich ist die Diskussion über dieses Thema in aller Regel ein Abbild der bundesweiten Diskussion.

Von seiten der Politik wird zunehmend eine auf kommunale Gegebenheiten gestützte Kriminalitätsbekämpfungs- und -präventionsstrategie verfolgt. So ist z.B. in Baden-Württemberg 1993 das Modellprojekt „Kommunale Kriminalprävention“ ins Leben gerufen worden, welches hochrangig

in der Kommunalverwaltung ausgewählter Projektstädte verankert und wissenschaftlich begleitet worden ist. Ziel ist es, die Kriminalität durch die Zusammenarbeit von Polizei, Bürgern und Interessengruppen dort zu bekämpfen, wo sie entsteht, nämlich in den einzelnen Kommunen (vgl. *Teufel* 1995, *Birzele* 1995; ausführlich *Obergfell-Fuchs* 2000). Weiterhin werden seit 1994 regelmäßig Deutsche Präventionstage unter Beteiligung Bundes- und Landespolitiker sowie Vertreter der Polizei und der Wissenschaft abgehalten (vgl. *Kerner u.a.* 1998).

Den hohen internationalen Stellenwert der Diskussion um Konzepte kommunaler Kriminalprävention verdeutlicht die 1991 bereits zum zweiten Mal stattfindende Internationale Konferenz über Sicherheit in Städten, Drogen und Kriminalitätsverhütung in Paris (*Waller* 1992; die erste Konferenz hat 1989 in Montreal stattgefunden). „Die Zielrichtung dieser Konferenz besteht darin, Gemeinden in aller Welt vor Kriminalität sicherer zu machen“ (S. 4). Nach Ansicht der Konferenz sollte die Grundlage einer Kriminalprävention in den Städten eine aktive Vorbeugungspolitik sein, die sowohl auf persönlicher wie gemeinschaftlicher Verantwortung, auf der Verringerung der Tatgelegenheiten und auf der sozialen und gemeinschaftlichen Entwicklung gegründet sein sollte. Die Sicherheit der Kommunen sollte durch die Mobilisierung der auf örtlicher Ebene Verantwortlichen (z.B. Bürgermeister, leitende Polizeibeamte), durch öffentliche Unterstützung der Ansätze und durch weltweite Zusammenarbeit verbessert werden. Auch im Rahmen des 1996 in Istanbul unter großem öffentlichen Interesse abgehaltenen Weltkongresses „Habitat II“ – United Nations Conference on Human Settlement standen kommunaler Problemanalysen und Bewältigungsansätze im Vordergrund (*Korten* 1995; *N'Dow* 1995).

Noch Mitte der 90er Jahre sind trotz intensiver Diskussion um das Konzept der kommunalen Kriminalprävention von der Vielzahl der Städte keine gesonderten Bemühungen unternommen worden, sei es weil der öffentliche Druck gefehlt hat, keine finanziellen Mittel vorhanden gewesen sind oder daß die Verantwortungsübernahme von als staatlich angenommenen Aufgaben abgelehnt worden ist (vgl. *Witte* 1995; 1995a; *Kury* 1997; zusammenfassend von *Kodolitsch* 1997). Nur kurze Zeit später kommen *Babl* und *Bässmann* (1998) in ihrer Synopse kriminalpräventiver Aktivitäten in Deutschland zu einer kaum überschaubaren Fülle von Initiativen. Allerdings entsteht bei vielen der beschriebenen Projekte der Eindruck, daß der betriebene Aufwand nur minimal ist und es den meldenden Kommunen eher darum gegangen ist, möglichst viele Aktivitäten anzugeben, um deut-

lich zu machen, daß man nicht hinten anstehen wolle. Entsprechend dürftig sind in den meisten Fällen die zu erwartenden Resultate, wenn solche aufgrund in der Regel mangelnder oder fehlender Erfolgskontrolle überhaupt jemals zu erwarten sind (vgl. ausführlich *Obergfell-Fuchs* 2000).

Neben aller herrschenden Euphorie am Konzept der Kommunalen Kriminalprävention werden zunehmend gerechtfertigte Kritikpunkte deutlich. So weist beispielsweise *von Kodolitsch* (1997) darauf hin, daß Kommunen in aller Regel nur dann in dieser Richtung tätig werden, wenn sie zum einen bereit sind, diese Aufgabe überhaupt zu übernehmen, und zum anderen, wenn die jeweilige kommunale Problemlage ein Eingreifen erfordert. Selbst wenn von seiten der Kommune der Wille zur Übernahme von Verantwortung besteht, so sind ihre Möglichkeiten jedoch angesichts der in aller Regel knappen Finanzlage sehr beschränkt.

Ein weiteres Problem besteht in einer adäquaten Zieldefinition: So stellt zwar die soziale Prävention – zumindest in Deutschland – die zentrale Strategie der Kommune dar, inwieweit dann aber die verschiedenen geforderten Ansätze von Sozialarbeit bis harter Sanktionierung erfolgversprechend sind, ist für kommunale Entscheidungsträger kaum zu überschauen, und auch eine städtebauliche Prävention stellt aufgrund des Eingriffs in die bestehende Sozialstruktur einen massiven und auch finanziell belastenden Schritt dar.

Nicht zuletzt bedeuten auch der Kooperationswille und die -fähigkeit der in das Konzept der Kommunalen Kriminalprävention einbezogenen Beteiligten ein mögliches Hindernis für ein Projekt.

Auch *Lurigio* und *Rosenbaum* (1986) kritisieren, daß Ziele und Maßnahmen kommunaler Kriminalprävention häufig nur mangelhaft definiert und operationalisiert werden, daß die gewählten Untersuchungsdesigns unzureichend sind und so die Evaluation keine Aussagen darüber zuläßt, ob die beobachteten Ergebnisse auf die Maßnahmen selbst zurückzuführen sind. Zudem ist eine Replizierbarkeit der Ergebnisse aufgrund der unklaren möglichen intervenierenden Variablen kaum möglich, und letztlich ist die Messung der Kriteriumsvariablen unreliabel, eine statistische Analyse unterbleibt oder wird nicht adäquat durchgeführt. Angesichts dieser Mängel und unter Berücksichtigung der Schwierigkeit der Messung in diesem Feld sowie unter Anerkennung des Versuchs der Entwicklung konsequenter Designs, Messungen und Analysen kommen sie zu dem Ergebnis: „These sobering conclusions must necessarily cast some doubt on the credibility of reported effectiveness“ (S. 42).

Als Fazit zur Kriminologie kommunaler Gemeinwesen kann man feststellen, daß sich die Bedeutung der Variablen „Sozialstruktur“ innerhalb der Kommune oder aber des Stadtteils gewissermaßen als eine Art roter Faden durch die Erklärungsansätze zur Kriminalitätsentstehung und -kontrolle im Nahraum zieht. Ist es zu Beginn des Jahrhunderts die Betrachtung unterschiedlich stark belasteter Zonen gewesen, die in sich jeweils eine bestimmte Sozialstruktur aufweisen, so hat auch die Fokussierung auf die architektonische Gestaltung einzelner Wohnblöcke im Konzept des „defensible space“ letztlich einen engen Bezug zur Sozialstruktur der in den Untersuchungseinheiten lebenden Personen.

Auch der – zumindest in Deutschland – neu in den Blickpunkt des Interesses gerückte Trend der Kommunalen Kriminalprävention zeigt trotz der oft geringen Anbindung an kriminologische Theorien und des vielfach vorherrschenden Aktionismus immer wieder Bezüge zur Sozialstruktur bestimmter Kommunen oder Stadtteile. Dieser Fokus mag der Betrachtung der Kommune, die in sich ein soziales Gemeinwesen darstellt, inhärent sein. Er birgt jedoch das Problem, daß durch ausschließliche Konzentration auf diesen Aspekt andere, die Kriminalität ebenfalls bedingende Faktoren außer acht gelassen werden, beispielsweise Gelegenheitsstruktur, Persönlichkeit und Verhaltensweisen von Täter und Opfer, Sanktionierung und Verfolgung von abweichenden Handlungen oder aber auch makrosoziale Variablen, wie sie durch die Grenzöffnung zu den ehemaligen sozialistischen Staaten und das damit verbundene „Aufeinanderprallen“ unterschiedlicher Wirtschaftssysteme und Kulturen gegeben sind.

Um zu einer möglichst weitreichenden Erklärung von Entstehungsweisen und Unterschieden in Kriminalitäts- und Delinquenzstrukturen zu gelangen und so letztlich effiziente Strategien zur Prävention und Bekämpfung erarbeiten zu können, sollte es das Ziel sein, nicht nur einzelne Variablen „wie Rosinen aus dem Kuchen zu picken“ und umfassend zu beschreiben. Vielmehr müssen die verschiedenen Interdependenzen weitreichend erfaßt werden, um zu einer systemischen Sichtweise von Kriminalität auch im kommunalen Nahraum zu gelangen. *Kräupl* (1997) gibt einen ersten Hinweis auf die möglichen Vernetzungen der Aspekte Sozialisation, Resozialisation und Situation und der jeweils die einzelnen Ebenen bestimmenden Faktoren.

Eine solche Vernetzung kann in der vorliegenden Untersuchung nur ansatzweise geleistet werden, vielmehr soll die Beschreibung und der Vergleich der Untersuchungsergebnisse in den fünf erfaßten Gemeinden im

Vordergrund stehen. Durch den Einbezug zahlreicher differenzierender Variablen, angefangen mit der unterschiedlichen Größe der Kommunen und der unterschiedlichen Sozialisation der Einwohner (Ost vs. West) bis hin zur Erfassung „weicher“ Variablen wie bspw. Anomie und der Einbeziehung weiterer externer Datenquellen in das vorliegende Untersuchungsdesigns, eröffnet sich jedoch die Möglichkeit weiterer zukünftiger intensiver Zusammenhangsanalysen. Damit kann man dem Anspruch einer systembezogenen Betrachtungsweise etwas näher kommen.

KAPITEL 5

Das Bild der offiziell registrierten Kriminalität in Freiburg und Jena (Baden-Württemberg und Thüringen)

5.1 Die Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR

Bevor die Ergebnisse der eigenen Opferstudie berichtet werden, sollen zunächst einige Informationen zur offiziell registrierten Kriminalitätsbelastung in den beiden Projektstädten Freiburg und Jena dargestellt werden. Neben der Frage des Vergleichs der beiden Städte dient dies auch der Präsentation von Hintergrunddaten, welche für die Interpretation der Opferdaten wichtig sind. Insbesondere sollen die Positionen der beiden Städte hinsichtlich der offiziellen Kriminalitätsbelastung im Vergleich zum jeweiligen Bundesland (Baden-Württemberg bzw. Thüringen) bzw. vergleichbaren Städten in demselben Bundesland beschrieben werden (Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe hinsichtlich Baden-Württemberg bzw. Erfurt, Gera und Eisenach hinsichtlich Thüringen). Da die registrierte Kriminalität erheblichen Schwankungsbreiten unterliegt, werden nicht nur das Untersuchungsjahr 1992, sondern mehrere Jahre dargestellt. Dies erlaubt zudem einen Überblick über die zeitliche Entwicklung der Kriminalität.

Die Kriminalität ist in den westlichen Industrieländern, auch in der Bundesrepublik Deutschland, in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich angestiegen. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß erheblich mehr als die Hälfte der Straftaten im Dunkelfeld verbleibt, d.h. polizeilich nicht registriert wird, und somit keinen Eingang in die Polizeiliche Kriminalstatistik findet. Dieses Dunkelfeld variiert verständlicherweise erheblich, abhängig von der Straftat. Trotz dieser Ungenauigkeiten besteht aber von wissenschaftlicher Seite über den genannten Kriminalitätsanstieg kein Zweifel.

So betrug die Häufigkeitsziffer (HZ, polizeilich registrierte Straftaten pro 100.000 der Wohnbevölkerung) für alle Straftaten in der Bundesrepublik etwa 1970 3.924, 1980 lag sie bei 6.198, 1989 schließlich ist sie weiter gestiegen auf 7.031. 1994 lag der Wert für das wiedervereinigte Deutschland immerhin bei 8.038.

Für die frühere DDR zeigt sich dagegen, was die offiziell registrierte Kriminalität betrifft, ein weitgehend anderes Bild: Die Häufigkeitsziffern, wie sie die frühere DDR-Kriminalstatistik auswies, beliefen sich 1970 auf 640, 1980 auf 772. 1989, dem letzten erfaßten Jahr für die DDR, lag sie bei 601, 1987 war sie noch bei 690 gelegen. Insgesamt betrug somit die offiziell registrierte Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR ca. 10% derjenigen Westdeutschlands.

Freiburg (1985) weist jedoch darauf hin, daß auch in der früheren DDR die Zahl der registrierten jungen Rechtsbrecher während der Nachkriegsjahrzehnte erheblich zugenommen hat. Insgesamt bleibt allerdings das Faktum einer deutlich niedrigeren offiziellen Kriminalitätsbelastung in der ehemaligen DDR. DDR-Kriminologen sehen die Hauptursachen hierfür in einem Interessengegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft, der, grob skizziert, in der Herausbildung von Privateigentum begründet sei (vgl. *Lekschas u.a.* 1983, S. 72). Mit der Abschaffung des kapitalistischen Systems sei in der DDR die wichtigste Ursache für die Kriminalität weggefallen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine allmähliche und beharrliche Zurückdrängung der Kriminalität wäre gegeben (*Lekschas u.a.* 1983, S. 135).

Sowohl eine Tendenz zur quantitativen Abnahme als auch qualitativen Entschärfung der Schwere der Taten in den Jahrzehnten der Existenz der DDR wurde propagiert (*Lekschas & Kosewähr* 1988, S. 37). *Buchholz* (1987, S. 33; vgl. *Lekschas & Kosewähr* 1988) sah die Wahrscheinlichkeit für die Begehung von Straftaten in der sozialistischen DDR als um so geringer an, je weiter die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft vorangeschritten sei. „Das postulierte, aber noch auszubauende System der Verbrechensbekämpfung hat die vollständige Überwindung der Kriminalität zum Ziel. Die noch immer vorhandenen Erscheinungen des Verbrechens werden vornehmlich als Überbleibsel kapitalistischen Denkens oder als ‚Einwirkung bürgerlicher Ideologie‘ gedeutet“ (*Kaiser* 1996, S. 139; *Lekschas u.a.* 1983, S. 317 ff.).

Von westlicher Seite ist die niedrige Kriminalitätsbelastung der DDR stets angezweifelt worden. Wie sich inzwischen zeigt, zu Recht: So weisen *von der Heide* und *Lautsch* (1991) darauf hin, daß einzelne Straftaten, beispielsweise das Massendelikt Fahrraddiebstahl, anders gezählt wurden als im Westen. Es wurde zwischen Fahrraddiebstahl und Fahrradverlust unterschieden, wobei die Zuordnung mehr oder weniger willkürlich erfolgte und

lediglich der Fahrraddiebstahl als Straftat in die Polizeiliche Kriminalstatistik einging.

Trotz der quantitativen Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung kann man feststellen, daß den „Studien der sozialistischen Kriminologie zu entnehmen (ist), daß es gleichartige kriminologische Erscheinungen wie im Westen und offenbar so etwas wie systemübergreifende Kriminalitätsfaktoren gibt. Anders wohl lassen sich die Ähnlichkeiten bei der Altersverteilung der Straffälligen, dem Anteil der Frauen an der Delinquenz, den Phänomenen der Raub-, Sittlichkeits-, Verkehrs- und Wirtschaftsdelikte, den charakteristischen Merkmalen der Täterpersönlichkeit, den Gruppenproblemen bei der Kriminalität, insbesondere bei sogenannten rowdyhaften Handlungen, nicht erklären“ (*Kaiser* 1996, S. 144/ 145). Auch *Hellmer* (1981, S. 39) betont, daß zumindest bis Ende der 70er Jahre „die Kriminalität beider Staaten ... in ihrem Ausmaß und ihrer Entwicklung verschieden (sei), in ihrer Struktur dagegen (noch) sehr ähnlich“.

Eine Dunkelfeldforschung, die wichtige, die Kriminalstatistik ergänzende Informationen zur Kriminalitätsbelastung hätte bringen können, gab es in der früheren DDR so gut wie nicht (*Freiburg* 1981, S. 24) – im Gegensatz zum ebenfalls sozialistischen Polen, wo bereits früh methodisch aussagekräftige Dunkelfeldstudien durchgeführt wurden (vgl. zusammenfassend *Jasinsky* 1989 a& b). Die einzige bekannte Opferbefragung in der früheren DDR, die sich auf die Dunkelziffer bei sexuellen Straftaten bezog, wurde von *Rennert* (1965) durchgeführt. Befragungen erfolgten in der DDR zwar bei verurteilten Personen, nicht aber bei unbescholtenen Bürgern. Dunkelfeldstudien hätten die DDR-Ideologen wohl auch zu sehr der Gefahr ausgesetzt, erkennen zu müssen, daß auch in einem sozialistischen Land Kriminalität eine Alltagserscheinung ist und zu jeder Gesellschaft als „Normalität“ hinzugehört (vgl. hierzu *Kreuzer u.a.* 1993, S. 46).

Während die Methode der Bevölkerungsbefragung von DDR-Kriminologen als nützliches Instrument in der sozialistischen Kriminologie gesehen wurde, wurde die Vernachlässigung der Dunkelfeldforschung in der DDR damit begründet, daß die „Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaft und der Kriminaltechnik ‚zur permanenten Verhinderung des unbekanntes Teiles der Kriminalität‘ und schließlich zur Angleichung der statistischen Werte an die insgesamt vorkommende Delinquenz führen würde“ (*Harrland u.a.* 1968, S. 28).

Heute geht man davon aus, daß die Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR zwar tatsächlich deutlich niedriger war als in der BRD, allerdings

nicht in dem offiziell behaupteten Ausmaß (vgl. *Kube* 1993, S. 23 ff.). Es wird bei aller Ungenauigkeit solcher Hochrechnungen angenommen, daß die Kriminalitätsbelastung in der DDR etwa ein Drittel derjenigen der BRD betrug. *Kerner* (1997, S. 347) kommt hinsichtlich des Kriminalitätsvergleichs Ost-Westdeutschland zu dem Resultat, daß die Unterschiede noch geringer gewesen sein könnten: „In zusammenfassender Würdigung erscheint es nicht überzogen davon auszugehen, daß die Kriminalitätsbelastung der DDR im ‚potentiellen Hellfeld‘, also unter analoger Zählung und Gewichtung nach BRD-Verhältnissen, gegen Ende ihrer Existenz ungefähr die Hälfte der Kriminalitätsbelastung in der alten Bundesrepublik betrug“ (vgl. auch *Sessar* 1993, S. 231 ff.; vgl. unten). Einige Autoren fordern zur besseren Abschätzung der Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR die Offenlegung der Arbeitsstatistiken der DDR-Kriminalpolizei. Diese sind der Ansicht, daß bei schweren Straftaten wie Raub, Tötung und Vergewaltigung eher Vergleiche zwischen DDR und BRD möglich sind als bei leichteren, massenhaft begangenen Delikten, da erstere aufgrund deren Schwere zwangsläufig genauer registriert werden mußten.

Die verbleibenden Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung sind plausibel und können theoretisch begründet werden (vgl. etwa *Kerner* 1997). Kriminalität ist von gesellschaftlichen Bedingungen abhängig, und diese unterschieden sich in der früheren sozialistischen DDR erheblich von denen in der marktwirtschaftlich orientierten BRD. So ist die niedrigere Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR im Zusammenhang mit der dort wesentlich größeren formellen und informellen Kontrolle des Verhaltens der Bürger zu sehen – z.B. durch die größere Präsenz der Volkspolizei im Nahraum oder den „Abschnittsbeauftragten“ –, den wesentlich reduzierten Gelegenheitsstrukturen (z.B. durch das geringere Warenangebot), dem geschlossenen Staatssystem, das Wanderungsbewegungen erheblich reduzierte, aber auch den konservativeren Erziehungsmustern und den engeren familiären sowie nachbarschaftlichen Bindungen (vgl. *Kerner* 1997, S. 347).

Adler (1983) untersuchte zehn Staaten, die, verglichen mit anderen Ländern, eine relativ niedrige Kriminalitätsbelastung aufweisen. Die frühere DDR wurde hierbei neben Bulgarien als Vertreter sozialistischer Länder berücksichtigt. Als wesentliche Ursachen für die niedrigere Kriminalitätsbelastung sieht sie die materielle Absicherung der Bürger, die gründliche Einbindung in die sozialistische Gesellschaft, die weitreichende Partizipation der DDR-Bevölkerung am strafrechtlichen System, ferner die Bedeu-

tung präventiver Maßnahmen, vor allem bezüglich der Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft.

Es war in der früheren DDR weniger lohnend, Straftaten zu begehen, andererseits aber auch riskanter (*Walter & Fischer* 1991). Die Kontrolle war größer und damit die Entdeckungswahrscheinlichkeit höher, aber auch die Strafen waren strenger. Nach *Hellmer* (1981, S. 39) liegen „die Verschiedenheiten in Ausmaß und Entwicklung (der Kriminalität in beiden Teilen Deutschlands) nicht allein – und vielleicht sogar nicht einmal überwiegend – am unterschiedlichen gesellschaftlichen System (dann würde wahrscheinlich auch die Struktur eine verschiedene sein), sondern an der unterschiedlichen Intensität der Bekämpfung; d.h. der stärkeren sozialen Kontrolle in der DDR. Man kann aber auch sagen: mitmenschliche und gesellschaftliche Hilfe statt bloßer Strafverfolgung durch Polizei und Justiz. Denn das ist die Kehrseite des hohen Anteils der Jugendkriminalität und der um so geringeren Erwachsenenkriminalität in der DDR: daß es ihr gelingt, den Prozeß des zunehmenden sozialen Substanzverlusts in der horizontalen und vertikalen Entwicklung zu stoppen.“ Heute weiß man, daß ihr das – wenn überhaupt – nur begrenzt gelungen ist, und das nur durch wesentliche Einschränkung und Beeinflussung der Bürger.

Kreuzer (1981) weist darauf hin, daß die niedrigere Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR teilweise auch damit zusammenhängen dürfte, daß die DDR-Behörden in einer Vielzahl von Fällen „gewöhnliche“ Rückfalltäter als angeblich politische Häftlinge auf dem Wege des „Freikaufs“ in die BRD abgeschoben hätten. Das hätte dem Lande einerseits Devisen gebracht und gleichzeitig die Kriminalitätsrate gesenkt.

Was die Kriminalitätsentwicklung nach der Wiedervereinigung, also seit Anfang der 90er Jahre, betrifft, so bestätigte sich der angenommene Kriminalitätsanstieg auf dem Gebiet der früheren DDR, den heutigen neuen Bundesländern (NBL), sowohl anhand der PKS als auch auf Grundlage verschiedener Dunkelfeldstudien (vgl. z.B. *Kury u.a.* 1996).

Im Rahmen des Projekts Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (vgl. *Feltes* 1995) wurde Ende 1995 eine weitere repräsentative bundesweite Untersuchung bei 20.000 Bürgern ab dem 16. Lebensjahr beider deutscher Landesteile durchgeführt. In Anlehnung an frühere Opferuntersuchungen des MPI wurden Viktimisierungen innerhalb der letzten zwölf Monate in den folgenden Deliktsbereichen erfaßt: Kfz- bzw. Fahrraddiebstahl, Kfz-Beschädigung, Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen, Zerstörung von sonstigem Eigentum, Wohnungseinbruch bzw. ver-

suchter Wohnungseinbruch, Raub bzw. versuchter Raub, Diebstahl persönlichen Eigentums, tätlicher Angriff, sexueller Angriff, sexuelle Belästigung und Betrug.

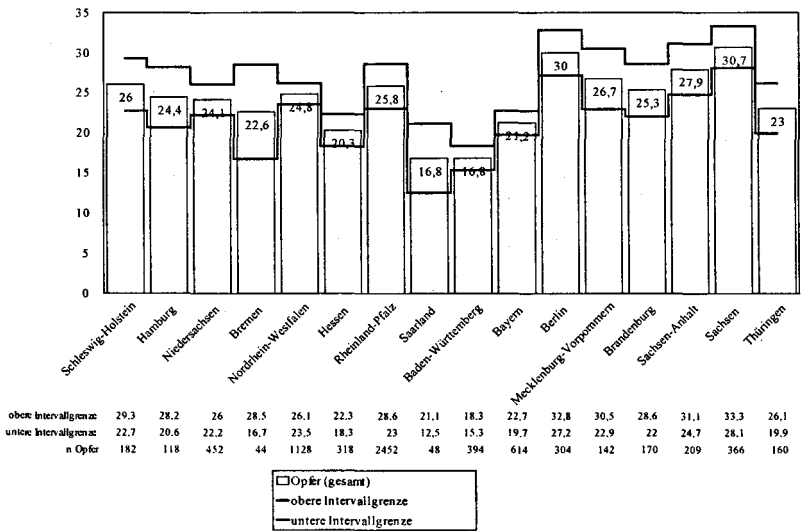
Die Ergebnisse zeigen deutlich eine inzwischen in den NBL durchschnittlich höhere Kriminalitätsbelastung als in den ABL. So gaben beispielsweise in Schleswig-Holstein 26,0% der Befragten an, zumindest in einem der erfaßten Delikte innerhalb des letzten Jahres mindestens einmal Opfer geworden zu sein. In allen anderen westlichen Bundesländern lagen die Opferquoten niedriger, in Rheinland-Pfalz beispielsweise bei 25,8%, in Nordrhein-Westfalen bei 24,8%, in Hamburg bei 24,4%, in Bayern bei 21,2%, in Baden-Württemberg und im Saarland als den beiden Ländern mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung bei 16,8%. Für Berlin als dem Bundesland, das östliche und westliche Landesteile beinhaltet, ergab sich ein Wert von 30% (vgl. Abbildung 5.1). In der Mehrzahl der östlichen Bundesländer lagen die Werte dagegen deutlich darüber und erreichten den höchsten Wert in Sachsen mit 30,7%. Für Sachsen-Anhalt ergab sich ein Wert von 27,9%, für Brandenburg von 25,3% und für Mecklenburg-Vorpommern von 26,7% für Thüringen, dem östlichen Bundesland mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung von 23,0%.

Die Gründe, weshalb die Belastung der neuen Bundesländer über derjenigen der alten liegt, dürften einerseits in den ungünstigeren Lebensbedingungen sowie der höheren anomischen Situation liegen, andererseits auch in den günstigeren Gelegenheitsstrukturen aufgrund schlechterer Sicherheitsmaßnahmen etwa von Wohnungen und Geschäften. Ein Teil der Kriminalität in den NBL dürfte „importiert“ sein, d.h., daß die Täter aus Westdeutschland oder aus den früheren Ostblockstaaten zur Begehung von Straftaten einreisen und nach der Tatbegehung das Land wieder verlassen. Das dürfte insbesondere für Kriminalität in Zusammenhang mit Fahrzeugen, vor allem Autos, gelten. Aufgrund des deutlichen Wohlstandgefälles zwischen den NBL und Ländern wie Polen oder Rußland ist der Anreiz für (potentielle) Täter, in diesem Teil Deutschlands Straftaten zu begehen, besonders groß. Unterstützt wird dies dadurch, daß die Grenzkontrollen oft wenig effizient sind. Das zeigt sich beispielsweise in den letzten Jahren zunehmend in bezug auf den Zigarettenschmuggel an der deutsch-polnischen Grenze, wo die Polizei teilweise geradezu in eine „Zuschauerrolle“ gedrängt wird.

Zu Recht weisen jedoch verschiedene Autoren darauf hin, daß bei aller Deutlichkeit der Zunahme der Kriminalität in den NBL nicht von einer

Kriminalitätswelle oder gar einer Überflutung durch Straftaten gesprochen werden könne (vgl. *Dörmann 1991; Lehnert & Schuhmacher 1991; Ulbrich 1991*). Nicht nur in der Presse, sondern teilweise auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen wurde die Kriminalitätsentwicklung zu sehr dramatisiert, ein Phänomen, das jedoch nicht nur für die Kriminalität in den NBL gilt, sondern das auch in den ABL festzustellen ist, insbesondere was die Jugend- bzw. die Sexualkriminalität (v.a. Kindesmißbrauch) betrifft (vgl. kritisch zur Kriminalitätsbelastung und Entwicklung bei Jugendlichen in neuerer Zeit *Steffen 1995*).

Abbildung 5.1: Verteilung der Opferwerdungen über die Bundesländer (DD 95 – Opfer (gesamt) und Darstellung der 95%-igen Konfidenzintervalle



Für die beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Thüringen sowie für die Projektstädte Freiburg und Jena zeigt sich eine ähnliche Kriminalitätsentwicklung, wie sie oben für die neuen und alten Bundesländer beschrieben wurde. Insofern sind diese kleineren Einheiten ein Abbild der großräumigen Veränderungen der letzten Jahre.

5.2 Kriminalität (sentwicklung) in Freiburg und Jena im Vergleich zum jeweiligen Bundesland sowie weiteren Landesstädten

Im folgenden soll die Kriminalitätsentwicklung sowie die gegenwärtige Kriminalitätsbelastung von Freiburg und Jena gegenübergestellt werden. Um zu prüfen, wie weit die beiden Projektstädte hier eine Sonderrolle spielen, werden die Ergebnisse mit weiteren Großstädten der beiden Bundesländer verglichen sowie den Kriminalitätsbelastungsziffern Baden-Württembergs und Thüringens gegenübergestellt. Gleichzeitig wird für Freiburg bzw. Baden-Württemberg ein Längsschnittvergleich der Daten über die letzten 15 Jahre (1980 bis 1994) und für Jena bzw. Thüringen über die letzten vier Jahre (1991 bis 1994), also seit der Wende, durchgeführt, wobei das Jahr 1990 aufgrund von Meßungenauigkeiten bei der Datenerfassung im Zusammenhang mit den Umstellungen im Rahmen des Zusammenschlusses beider Staaten unberücksichtigt blieb.

Freiburg liegt, was die Kriminalitätsbelastung, wie sie in der PKS ausgewiesen wird, betrifft, in Baden-Württemberg neben der Landeshauptstadt Stuttgart sowie Mannheim und Karlsruhe an der Spitze (vgl. Tab. 5.1).

Tabelle 5.1: Polizeilich registrierte Kriminalität in Baden-Württemberg (1980 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Stuttgart	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Ba.Wü.
1980	7.610	11.328	8.184	12.164	5.065
1981	8.379	11.076	10.123	14.094	5.465
1982	9.145	11.963	11.566	14.622	5.803
1983	9.568	11.305	11.357	12.982	5.863
1984	8.145	9.085	8.943	10.769	4.799
1985	8.991	12.538	11.199	12.959	5.548
1986	9.436	14.345	10.328	12.584	5.664
1987	10.785	12.151	10.691	13.444	5.652
1988	11.649	11.482	10.055	12.615	5.464
1989	11.321	10.811	9.639	12.195	5.269
1990	10.961	10.546	9.461	11.335	5.240
1991	10.806	11.593	9.944	11.282	5.330
1992	11.983	12.892	11.285	11.225	5.863
1993	11.785	12.842	10.245	12.853	6.103
1994	10.572	12.892	9.994	12.735	5.701

Quelle: PKS 1980 – 1994.

In den untersuchten 15 Jahren von 1980 bis 1994 hatte Freiburg nicht weniger als in elf Jahren den Spitzenwert in der Gesamtkriminalitätsbelastung. Insbesondere anfangs der 80er Jahre übertraf die Kriminalitätsbelastung Freiburgs deutlich diejenige von Stuttgart, Mannheim oder Karlsruhe. Anfang der 90er Jahre ging die Kriminalitätsbelastung der Stadt etwas zurück, um allerdings 1993 wieder anzusteigen. Auch 1990 und 1993 hatte Freiburg (geringfügig) den höchsten Wert, im letzten erfaßten Jahr lag die Stadt hinsichtlich der Straftatenbelastung an 2. Stelle, geringfügig unter Mannheim. So betrug die HZ (Häufigkeitsziffer) für alle registrierten Straftaten 1994, dem letzten erfaßten Jahr für Freiburg, 12.735. Im Vergleich dazu lag lediglich Mannheim mit 12.892 darüber, während Stuttgart nur einen Wert von 10.529 und Karlsruhe von 9.994 erreichte. Die Häufigkeitsziffer für Baden-Württemberg insgesamt lag dagegen lediglich bei 5.701. Im Vergleich mit anderen baden-württembergischen Großstädten ist somit die Gesamtkriminalitätsbelastung in Freiburg relativ hoch und übersteigt erwartungsgemäß auch den Wert des Bundeslandes.

Die hohe Gesamtkriminalitätsbelastung Freiburgs verliert allerdings an Dramatik, wenn man sich die Kriminalitätsstruktur näher anschaut. Spitzenreiter ist Freiburg insbesondere bei den Delikten Zweiraddiebstahl (vgl. Tab. 5.2) sowie Ladendiebstahl (vgl. Tab. 5.3). In allen von uns berücksichtigten Jahren übertrifft die Häufigkeitsziffer Freiburgs für Zweiraddiebstahl deutlich diejenige Mannheims, Karlsruhes oder Stuttgarts. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt hat die südbadische Stadt teilweise eine mehr als 5fach höhere Belastung. So lag die HZ für Zweiraddiebstahl für 1994 bei 2.347, für Mannheim dagegen lediglich bei 1.128, für Karlsruhe bei 1.111 und für Stuttgart bei 287. Stuttgart rangierte somit beim Zweiraddiebstahl noch unter dem Landesdurchschnitt von 435.

Die Entwicklung des Zweiraddiebstahls kann auch durch versicherungsrechtliche Bedingungen und Änderungen in diesem Bereich moderiert werden, ferner durch den Umstand, daß in den letzten Jahren zunehmend teure Fahrräder (Mountainbikes u.ä.) gekauft wurden, die auch einen erhöhten Anreiz für einen Diebstahl bieten.

Die Differenzen müssen in Zusammenhang mit unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen gesehen werden. Freiburg verstand sich in den letzten Jahren zunehmend als „Ökohauptstadt“, machte sehr viel Werbung für Umweltschutz, insbesondere hinsichtlich einer Reduzierung der Luftverschmutzung durch vermehrte Verwendung von Fahrrädern statt Motorfahrzeugen. In diesem Zusammenhang wurden Radwege ausgebaut, um die

Nutzung des Fahrrades als Verkehrsmittel zu erleichtern. Auch vor dem Hintergrund des Umstandes, daß ca. jeder 5. Einwohner Freiburgs Studierender ist, begründet sich die relativ intensive Nutzung von Fahrrädern. Freiburg als „Fahrradstadt“ bietet somit wesentlich mehr Tatgelegenheiten für Fahrraddiebstähle als beispielsweise Stuttgart, das allein aufgrund seiner hügeligen Lage weniger fahrradfreundlich ist. Hinzu dürften auch Einflüsse der naheliegenden Autoindustrie kommen.

Tabelle 5.2: Polizeilich registrierter Zweiraddiebstahl in Baden-Württemberg (1980 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Stuttgart	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Ba.-Wü.
1980	383	1.306	–	2.449	531
1981	378	1.319	–	3.186	586
1982	400	1.575	–	3.324	616
1983	464	1.575	–	2.256	619
1984	278	1.033	–	1.888	452
1985	282	1.226	1.338	2.280	484
1986	295	1.338	1.127	1.980	461
1987	259	1.082	1.172	2.120	434
1988	293	969	1.137	1.926	410
1989	277	999	1.209	2.012	408
1990	294	1.045	1.090	1.907	417
1991	357	1.136	1.032	1.694	430
1992	380	1.200	1.222	1.703	473
1993	313	1.102	1.110	1.803	456
1994	287	1.128	1.111	2.347	435

Quelle: PKS 1980-1994; Polizei im Rückspiegel 1992, 1993; bei fehlenden Angaben lagen keine Zahlen aus der Statistik vor.

Der Vergleich zwischen den einzelnen Städten bezüglich eines weiteren Massendelikt, nämlich Ladendiebstahl, zeigt ergänzend, daß Freiburg auch hier sehr hohe Werte aufweist (vgl. Tab. 5.3). So zeigt die Stadt von den berücksichtigten vier Jahren von 1991 – 1994 in drei Jahren den jeweils höchsten Wert. Die HZ für Ladendiebstahl betrug für 1994 für Freiburg 1.670, für Mannheim dagegen 1.485, für Karlsruhe 1.210 und für

Stuttgart 1.137. Der Wert für das ganze Bundesland lag bei 640, also wiederum deutlich darunter. Der hohe Wert für Ladendiebstähle in Freiburg dürfte mit der großen Zahl junger Menschen in der Stadtbevölkerung (viele Studenten, Schüler) zusammenhängen, aber auch mit dem hohen Tourismusaufkommen sowie der Grenzlage der Stadt. Einen Einfluß auf die Zahl der registrierten Ladendiebstähle dürfte auch der Einsatz von privaten City-Detektiven durch einige Innenstadtgeschäfte Freiburgs Anfang der 90er Jahre haben (vgl. den hohen Wert für Ladendiebstähle in Freiburg von 1993, HZ = 1.877). Inzwischen haben einige Geschäfte wiederum Abstand vom Einsatz solcher Privatdetektive genommen, interessanterweise ist die Zahl der Ladendiebstähle 1994 (HZ = 1.670) wiederum deutlich zurückgegangen. Ein Zusammenhang ist hier durchaus anzunehmen.

Tabelle 5.3: Polizeilich registrierter Ladendiebstahl in Baden-Württemberg (1991 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Stuttgart	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Ba.-Wü.
1991	1.223	1.462	1.258	1.474	576
1992	1.456	1.601	1.489	1.498	682
1993	1.352	1.571	1.290	1.877	758
1994	1.137	1.485	1.210	1.670	640

Quelle: PKS 1991-1994.

Bereinigt man die Häufigkeitsziffern für die Gesamtkriminalität um die beiden Massendelikte Fahrraddiebstahl und Ladendiebstahl, so zeigt ein Vergleich der dann verbleibenden HZ (abzüglich Fahrrad- und Ladendiebstahl) ein deutlich anderes Bild (vgl. Tab. 5.4). Freiburg rückt nun, was den Städtevergleich betrifft, aus der Spitzenposition heraus und hat 1992 von den verglichenen baden-württembergischen Großstädten sogar deutlich den niedrigsten Wert. Für 1994 liegt Freiburg an dritthöchster Stelle und zeigt im Vergleich zu Mannheim und Stuttgart eine erheblich niedrigere Kriminalitätsbelastung. Liegt die HZ für Mannheim bei 10.279 und für Stuttgart bei 9.392, so erreicht Freiburg 8.718 und Karlsruhe 7.673. Der Wert für das gesamte Bundesland liegt bei 4.626.

Tabelle 5.4: Polizeilich registrierte Kriminalität abzüglich Ladendiebstahl ohne erschwerende Umstände und Zweiraddiebstahl in Baden-Württemberg (1991 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Stuttgart	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Ba.-Wü.
1991	9.234	8.995	7.654	8.114	4.324
1992	10.158	10.091	8.574	8.024	4.708
1993	10.128	10.169	7.845	9.173	4.889
1994	9.392	10.279	7.673	8.718	4.626

Quelle: PKS 1991-1994.

Aus diesem differenzierten Vergleich geht hervor, daß die Spitzenstellung Freiburgs in der Gesamtkriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg wesentlich durch relativ leichte Eigentumsstraftaten (Zweirad- und Ladendiebstahl) bewirkt wird, bei denen (insbesondere beim Zweiraddiebstahl) die südbadische Stadt eine erheblich höhere Kriminalitätsquote als vergleichbare Städte aufweist.

Tabelle 5.5: Polizeilich registrierte Körperverletzungen in Baden-Württemberg (1980 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Stuttgart	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Ba.-Wü.
1980	549	832	–	379	249
1981	536	745	–	374	257
1982	526	699	–	511	260
1983	527	566	–	490	260
1984	500	418	–	369	223
1985	541	682	483	498	262
1986	525	686	424	660	276
1987	572	568	402	687	256
1988	640	619	357	585	258
1989	644	616	386	565	257
1990	578	604	372	541	257
1991	588	605	370	510	253
1992	559	594	363	462	251
1993	509	497	335	492	241
1994	455	484	355	512	237

Quelle: PKS 1980-1994; bei fehlenden Angaben lagen keine Zahlen aus der Statistik vor.

Das bedeutet allerdings nicht, daß Freiburg bei schwerwiegenderen Straftaten eine relativ niedrigere Kriminalitätsbelastung hätte. Im Gegenteil, auch hier liegt Freiburg, jedoch zusammen mit den übrigen drei berücksichtigten Großstädten, an der Spitze. So hat die Stadt beispielsweise bei Körperverletzung in den berücksichtigten 15 Jahren (1980 – 1994) zweimal den Spitzenwert, neben 1987 auch 1994. So betrug hier die HZ 512, erreichte für Mannheim 484, Stuttgart 455 und Karlsruhe 355 sowie für das gesamt Bundesland 237. In der Regel rangiert Freiburg bei diesem Delikt nach Mannheim und Stuttgart an 3. Stelle (vgl. Tab. 5.5).

Was Diebstahl unter erschwerenden Umständen in/aus Wohnräumen betrifft, sieht die Situation ähnlich aus, wobei hier Freiburg wiederum eine vergleichsweise höhere Kriminalitätsbelastung zeigt. Von den verglichenen 15 Jahren besitzt Freiburg viermal den höchsten Wert (1982, 1983, 1985 und 1993). 1994 liegt die Stadt nach Mannheim (HZ = 258) an zweiter Stelle (210; Stuttgart = 185; Karlsruhe = 180; Ba-Wü = 134; vgl. Tab. 5.6).

Tabelle 5.6: Polizeilich registrierter Diebstahl unter erschwerenden Umständen in/aus Wohnräumen in Baden-Württemberg (1980 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Stuttgart	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Ba.-Wü.
1980	115	247	103	232	81
1981	124	206	138	201	86
1982	134	254	205	297	100
1983	176	234	225	301	112
1984	179	245	189	186	101
1985	175	276	223	325	109
1986	195	422	216	310	128
1987	196	412	225	313	138
1988	227	381	245	263	134
1989	188	257	187	197	109
1990	189	232	216	172	106
1991	186	213	162	154	105
1992	217	236	237	230	129
1993	212	234	202	283	129
1994	185	258	180	210	134

Quelle: PKS 1980-1994; Polizei im Rückspiegel 1992; bei fehlenden Angaben lagen keine Zahlen aus der Statistik vor.

Ein ähnliches Bild zeigt sich für Raub, räuberische Erpressung und räuberischen Angriff auf Kraftfahrer (vgl. Tab. 5.7). Freiburg liegt zweimal an der Spitze (1981 und 1983) und zeigt 1994 nach Mannheim (HZ = 136) und Stuttgart (115) den dritthöchsten Wert (111; Karlsruhe = 79; Ba-Wü = 40).

Tabelle 5.7: Polizeilich registrierter Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer in Baden-Württemberg (1980 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Stuttgart	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Ba.-Wü.
1980	81	112	76	71	33
1981	99	121	62	124	34
1982	103	126	87	91	36
1983	97	109	115	118	38
1984	93	94	91	85	33
1985	92	125	81	113	37
1986	98	178	67	108	36
1987	101	111	76	90	33
1988	104	121	84	61	33
1989	120	123	86	82	34
1990	111	103	75	98	34
1991	125	122	75	119	38
1992	152	128	84	76	41
1993	132	126	95	94	45
1994	115	136	79	111	40

Quelle: PKS 1980-1994.

Freiburg zeigt somit im Vergleich zum Landesdurchschnitt Baden-Württemberg eine deutlich höhere Kriminalitätsbelastung, was jedoch aufgrund des Urbanisierungsgrades nicht anders zu erwarten war. Baden-Württemberg ist ein Flächenland mit vielfach dörflicher und kleinstädtischer Struktur. Die Kriminalität konzentriert sich im wesentlichen auf die Großstädte, zu denen auch Freiburg zählt.

Was das Kriminalitätsbild Jenas betrifft, können wir aufgrund mangelnder Informationen und nicht zur Verfügung stehender statistischer Daten nur wenige Vergleiche durchführen. Hinzu kommt, daß durch die Wendesituation die statistischen Daten für die ersten Jahre nach dem Zusam-

menschluß wenig valide sein dürften. Es stehen lediglich Daten für den Bereich der Polizeidirektion Jena zur Verfügung, deren Erfassungsbereich das Stadtgebiet überschreitet. Am ehesten dürfte hiermit der Regierungsbezirk Freiburg vergleichbar sein. Wir haben deshalb die entsprechenden Daten in Tab. 5.8 berücksichtigt.

Tabelle 5.8: Polizeilich registrierte Kriminalität in Freiburg-Stadt; Regierungsbezirk Freiburg; Baden-Württemberg sowie Polizeidirektion Jena und Thüringen (1991 – 1994): Häufigkeitszahlen

		1991	1992	1993	1994
Freiburg-Stadt	Straftaten gesamt	11.282	11.225	12.853	12.735
	Rohheitsdelikte	833	726	799	873
	Diebstahl gesamt	7.338	7.547	8.416	8.109
Regierungsbezirk Freiburg	Straftaten gesamt	5.373	5.791	6.483	6.267
	Rohheitsdelikte	396	393	403	427
	Diebstahl gesamt	2.968	3.368	3.707	3.370
Baden-Württemberg	Straftaten gesamt	5.330	5.863	6.103	5.701
	Rohheitsdelikte	408	407	397	390
	Diebstahl gesamt	2.871	3.359	3.413	3.114
Polizeidirektion Jena	Straftaten gesamt	3.948	6.975	8.340	8.276
	Rohheitsdelikte	–	524	688	645
	Diebstahl gesamt	2.449	4.822	5.421	5.608
Thüringen	Straftaten gesamt	3.668	4.701	6.322	6.486
	Rohheitsdelikte	287	371	555	567
	Diebstahl gesamt	2.337	3.016	3.834	3.977

Quellen: PKS 1992, 1994; PKS Baden-Württemberg 1992, 1994; PKS Freiburg 1992, 1994; PKS Thüringen 1992, 1994; Polizei im Rückspiegel 1992, 1994.

Tab. 5.8 zeigt, daß bezogen auf die Freiburger Situation die relativ hohe Kriminalitätsbelastung lediglich für die Stadt Freiburg, nicht aber für den Regierungsbezirk Freiburg gilt. Für letzteren liegen die HZ in der Höhe der Landeswerte, überschreiten diese jedoch in den Jahren 1993 und 1994, den beiden letzten erfaßten Jahren, zunehmend. Man kann annehmen, daß die relativ hohe Kriminalitätsbelastung der Stadt zunehmend Auswirkungen auf das Umland hat.

Was die Situation für das Gebiet Polizeidirektion Jena im Vergleich zum Bundesland Thüringen betrifft, zeigt Jena 1991 nur eine geringfügig höhere

Kriminalitätsbelastung als Thüringen insgesamt. Lag die HZ für alle erfaßten Straftaten im Bereich der PD Jena bei 3.948, betrug sie für das Bundesland Thüringen 3.668. Ab 1992 rücken die Werte einerseits deutlich auseinander und andererseits steigen beide erheblich an. Dieser Anstieg wird allerdings 1994 gebremst, für Jena zeigt sich sogar eine tendenziell rückläufige Kriminalitätsbelastung. So betrug die HZ für Straftaten insgesamt für Jena 1992 6.975 (Thüringen = 4.701), für 1993 8.340 (6.322) und für 1994 8.276 (6.486). Das Gebiet der PD Jena zeigt somit im Vergleich zum gesamten Bundesland Thüringen eine deutlich höhere Kriminalitätsbelastung, was aufgrund des relativ höheren Urbanisierungsgrades zu erwarten war. Thüringen ist ähnlich wie Baden-Württemberg ein Flächenland mit einer im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern relativ niedrigen Kriminalitätsbelastung, was entsprechend für Baden-Württemberg im Vergleich zu den meisten übrigen ABL gilt (vgl. ausführlich *Kury u.a.* 1994; 1995).

Parallelen zwischen Freiburg und Jena zeigen sich auch hinsichtlich der zwischen Stadt und Bundesland unterschiedlichen Deliktsstruktur. Die zunehmenden Unterschiede zwischen Jena und Thüringen in der Kriminalitätsbelastung gehen offensichtlich vor allem auf die Diebstahlskriminalität zurück. Diese entwickelt sich zwischen städtischem Einzugsbereich und Bundesland deutlicher auseinander als die Rohheitsdelikte (vgl. Tab. 5.8). Die höhere Kriminalitätsbelastung Jenas im Vergleich zu Thüringen ist somit ähnlich wie in Freiburg offensichtlich vorwiegend auf Diebstahlsdelikte zurückzuführen. Das dürfte mit den zwischen städtischem und ländlichem Gebiet unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen, der Zusammensetzung der Bevölkerung (mehr junge Leute in Jena, Universitätsstadt), aber auch erhöhten Anreizen zur Deliktsbegehung in der Stadt zusammenhängen.

Was den Vergleich Freiburg-Jena bzw. Baden-Württemberg und Thüringen betrifft, fällt für die verglichenen Jahre 1991 bis 1994, also die Zeit nach der Wende, zunächst die wesentlich deutlichere Kriminalitätssteigerung für Jena bzw. Thüringen im Vergleich zu Freiburg bzw. Baden-Württemberg auf (vgl. Tab. 5.8). Die Zahl der registrierten Straftaten insgesamt (HZ) entwickelte sich im Bereich der PD Jena von 3.948 (1991 = 100%) auf 8.276 (1994 = 210%), was einer Steigerung um über das Doppelte entspricht. In Thüringen stieg die HZ für die Straftaten insgesamt von 3.668 (1991 = 100%) auf 6.486 (1994 = 177%). Die Steigerung für das gesamte Bundesland verlief somit moderater als für Jena. (vgl. oben). Insgesamt ergibt sich hieraus jedoch eine deutliche Steigerung der Gesamt-

riminalität für beide Regionen in den NBL; dies bestätigt frühere Ergebnisse zur Kriminalitätsbelastung in den neuen Bundesländern (vgl. *Kury u.a.* 1992; *Kury & Obergfell-Fuchs* 1996; siehe auch *Wetzels u.a.* 1995).

Was einzelne Deliktsbereiche (Rohheitsdelikte bzw. Diebstahl gesamt) betrifft, bestätigen sich die Steigerungsraten erwartungsgemäß. Die HZ für Rohheitsdelikte lag im Bereich der Polizeidirektion 1992 (der Wert für 1991 war nicht ermittelbar) bei 524 (= 100%) und stieg bis 1994 auf 645 (= 123%). Da das Jahr 1991 aufgrund fehlender Werte ausgeklammert werden muß, kann die Steigerungsrate nur als grobe Schätzung betrachtet werden. Sie dürfte in Wirklichkeit wesentlich höher liegen, wie schon der Wert für Thüringen insgesamt zeigt. Ferner ergibt sich auch bei anderen Vergleichen für die NBL insbesondere zwischen 1991 und 1992 eine deutliche Kriminalitätszunahme. Für Thüringen insgesamt verdoppelte sich die HZ für Rohheitsdelikte von 287 (1991 = 100%) auf 567 (1994 = 198%). Auch bei den Diebstahlsstraftaten fallen die Steigerungsraten sehr deutlich aus. Für die PD Jena stieg die HZ von 2.449 (1991 = 100%) auf 5.608 (1994 = 229%), für Thüringen von 2.337 (1991 = 100%) auf 3.977 (1994 = 170%). Die Steigerungsrate für Diebstahlskriminalität verlief im städtischen Bereich um Jena erwartungsgemäß deutlicher als im gesamten Bundesland Thüringen.

Was Freiburg bzw. Baden-Württemberg betrifft, zeigt sich hier eine wesentlich geringere Kriminalitätssteigerung. Die HZ für Straftaten insgesamt lag im Regierungsbezirk Freiburg, der am ehesten mit dem Bereich Polizeidirektion Jena vergleichbar ist, 1991 bei 5.373 (= 100%; Freiburg-Stadt = 11.282). Der Wert stieg bis 1994 auf 6.267 (= 117%; Freiburg-Stadt: 12.735 = 113%). Für das gesamte Bundesland Baden-Württemberg stieg die HZ von 5.330 (1991 = 100%) auf 5.701 (1994 = 107%). Bei den Rohheitsdelikten ergab sich für den Regierungsbezirk Freiburg eine Steigerung der HZ von 396 (1991 = 100%; Freiburg-Stadt: 833) auf 427 (1994 = 108%; Freiburg-Stadt: 873 = 105%), für das gesamte Bundesland fiel der Wert von einer HZ von 408 (1991 = 100%) auf 390 (1994 = 96%). Die Kriminalitätsbelastung bei Diebstahl insgesamt stieg im Regierungsbezirk Freiburg von einer HZ von 2.968 (1991 = 100%; Freiburg-Stadt: 7.338) auf einen Wert von 3.370 (1994 = 114%; Freiburg-Stadt: 8.198 = 111%). Für das gesamte Bundesland Baden-Württemberg entwickelte sich die Belastung von einer HZ von 2.871 (1991 = 100%) auf eine solche von 3.114 (1994 = 108%). Sehr deutlich wird bei diesem Vergleich die erheblich stärkere Kriminalitätszunahme in den NBL, hier dargestellt am Beispiel der Polizeidirektion Jena bzw. des Landes Thüringen.

Um die Position Jenas hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung innerhalb des Bundeslandes Thüringen besser abschätzen zu können, verglichen wir die HZ für vergleichbare größere Städte dieses Bundeslandes im Hinblick auf unterschiedliche Deliktsbereiche miteinander (vgl. Tab. 5.9). Hierbei zeigt sich, daß Jena nicht die „Spitzenposition“ hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung einnimmt, wie es für Freiburg im Vergleich zu anderen baden-württembergischen Großstädten der Fall ist (vgl. oben). Das mag damit zusammenhängen, daß für Jena stets die Werte der gesamten Polizeidirektion herangezogen werden mußten, welche das Stadtgebiet geringfügig überschreitet, da für die Stadt Jena selbst keine Informationen zur Kriminalitätsbelastung vorlagen.

Tabelle 5.9: Polizeilich registrierte Kriminalitätsbelastung insgesamt und in ausgewählten Delikten in Baden-Württemberg und Thüringen (1992 – 1994): Häufigkeitszahlen

	Jahr	Stutt- gart	Mann- heim	Karls- ruhe	Frei- burg	Ba.- Wü.	Erfurt	Gera	Eise- nach	Jena	Thü- ring.
Strafta- ten ge- samt	1992	11.983	12.892	11.285	11.225	5.863	6.378	5.607	11.550	9.157	4.701
	1993	11.785	12.842	10.245	12.853	6.103	9.659	8.021	13.757	11.044	6.322
	1994	10.529	12.892	9.994	12.735	5.701	11.719	7.387	9.385	10.704	6.486
	1995	9.606	12.553	10.378	12.242	5.640	15.107	8.861	11.452	12.280	7.425
Raub, räub. Er- press/ Angriff	1992	152	128	84	76	41	81	52	–	69	34
	1993	132	126	95	94	45	125	96	126	101	50
	1994	115	136	79	111	40	119	104	119	22	50
	1995	115	142	83	115	41	114	93	103	70	54
Körper- verlet- zung	1992	559	594	363	462	251	305	–	–	–	227
	1993	509	497	335	492	241	425	498	471	557	339
	1994	455	484	355	512	237	508	398	461	110	346
	1995	441	465	335	456	244	743	555	649	560	426
Dieb- stahl von Krafträ- dern	1992	38	83	88	154	48	179	–	–	–	117
	1993	37	73	67	235	43	190	229	222	209	123
	1994	34	54	75	180	44	154	173	220	49	122
	1995	29	62	83	–	44	193	183	263	181	135

Quellen: PKS Baden-Württemberg 1992, 1994; PKS Freiburg 1992, 1994; PKS Thüringen 1992, 1994; Polizei im Rückspiegel 1992, 1994.

Jena liegt, was die Gesamtkriminalitätsbelastung betrifft, im Vergleich zu den thüringischen Städten Erfurt (Landeshauptstadt), Gera und Eisenach im Bereich des „oberen Drittels“. Gera hat durchweg eine niedrigere Kriminalitätsbelastung, während die Landeshauptstadt Erfurt in den letzten beiden Jahren eine erhebliche Kriminalitätssteigerung zeigt und inzwischen deutlich an der Spitze liegt. Im Vergleich zum gesamten Bundesland besitzt Jena erwartungsgemäß – wie auch die anderen Städte – eine erheblich höhere Kriminalitätsquote. Was die anderen verglichenen Deliktsbereiche betrifft (Raub und räuberische Erpressung/Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung, Diebstahl von Kraftfahrzeugen), bestätigt sich das Bild im wesentlichen (vgl. Tab. 5.9). Auffallend sind jeweils die Werte für Jena für das Jahr 1994, die durchweg deutlich niedriger ausfallen als für die anderen Jahre und mit Erfassungsproblemen bei der Polizei in Zusammenhang gebracht werden müssen.

Der Vergleich zeigt somit deutlich, daß beide Städte, Freiburg und Jena, im jeweiligen Bundesland eine erheblich überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung aufweisen, was mit dem Urbanisierungsgrad und den veränderten Wohn- und Lebensbedingungen in Zusammenhang zu sehen ist. Freiburg hat für Baden-Württemberg eine etwas exponiertere Stellung als Jena für Thüringen, allerdings liegt auch Jena im Vergleich mit anderen thüringischen Städten bezüglich der Kriminalitätsbelastung mit an der Spitze. Während die Kriminalitätsbelastung in Freiburg und in Baden-Württemberg in den letzten Jahren relativ gleichmäßig verlief, wenngleich sie insgesamt anstieg, zeigte sich in Jena und in Thüringen in der Zeit nach der Wende eine erhebliche Kriminalitätszunahme von teilweise mehr als dem Doppelten des Ausgangswertes. Diese rasche enorme Veränderung in der Kriminalitätsbelastung wird sich verständlicherweise auch auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und deren Einstellungen auswirken (vgl. hierzu unten).

KAPITEL 6

Methode und Durchführung der empirischen Untersuchung Demographie der Befragten

6.1 Durchführung der empirischen Untersuchung

6.1.1 Hintergrund der Untersuchung

Aus der Zusammenarbeit mit dem damaligen Lehrstuhl für Kriminologie der Juristischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität in Jena (Prof. G. Kräupl, Prof. H. Ludwig) im Rahmen der ersten deutsch-deutschen Opferstudie (vgl. oben) resultierten Überlegungen eines gemeinsamen Projekts zu Viktimisierungserfahrungen, Einstellungen zu Instanzen der sozialen Kontrolle sowie zu Besonderheiten der sich rasch und grundlegend wandelnden gesellschaftlichen Struktur in den neuen Bundesländern. Daneben sollte der Frage nachgegangen werden, inwieweit kommunale Gemeinwesen verschiedener Größenordnung durch Kriminalität oder auch Kriminalitätsfurcht unterschiedlich belastet sind. Zur Realisierung dieses Projekts wurde zur Jahreswende 1991/92 eine Befragung einer zufällig ausgewählten Einwohnerstichprobe mit Hilfe eines postalisch versandten Fragebogens durchgeführt. Einbezogen wurden die westdeutschen Städte Freiburg (Großstadt im Drei-Länder-Eck Deutschland-Frankreich-Schweiz mit ca. 200.000 Einwohnern), Emmendingen (Kleinstadt, ca. 20 km nördlich von Freiburg mit ungefähr 20.000 Einwohnern) und Löffingen (dörfliche Gemeinde im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald mit ca. 7.000 Einwohnern) sowie die ostdeutschen Kommunen Jena (thüringische Großstadt mit ca. 100.000 Einwohnern) und Kahla (Industrievorort, 15 km vor Jena mit weniger als 10.000 Einwohnern).

6.1.2 Das Erhebungsinstrument

Der Fragebogen ist aus Gründen der Vergleichbarkeit der Resultate an denjenigen der beiden vorangegangenen Studien, der International Crime Survey 1989 und der ersten deutsch-deutschen Opferstudie 1990, angelehnt. Bei der Konstruktion des Instruments ist allerdings versucht worden, der Besonderheit der kommunal begrenzten Studie wie auch dem Aspekt

des gesellschaftlichen Wandels Rechnung zu tragen. Insgesamt setzt sich das Instrument aus acht Bereichen zusammen:

1. Fragen zur persönlichen Situation (Familie, Bildung, Wohnsituation bzw. Arbeitsplatzsituation)

Hierunter fallen soziodemographische Fragen zum Geschlecht, zum Alter, zum Familienstand und zur Kinderzahl, zum Schulabschluß, zur Haushaltsgröße und -stellung, zum Einkommen, zum Berufsabschluß und zur Erwerbssituation.

Hinzu kommen Angaben zur konkreten Lebens-, Wohn- und Arbeitssituation in den drei Kommunen, z.B. Fragen zur Beschreibung der beruflichen Tätigkeit, zum Erleben etwaiger Arbeitslosigkeit, zu Sozialkontakten allgemein und in der konkreten Nachbarschaft sowie zu Bindung und Problemen der jeweiligen Stadt bzw. des Stadtteils.

2. Lebensziele, Einstellungen

Im zweiten Abschnitt des Untersuchungsinstruments werden mehrere, zum Teil selbst konstruierte Skalen eingesetzt, die stärker psychologische Variablen wie Einstellungen und Werthaltungen erfassen sollen. So ist eine Skala zur Erfassung von Lebenszielen aus dem Gießener Delinquenzfragebogen von 1990 übernommen (vgl. *Kreuzer u.a.* 1994), in einigen Formulierungen leicht verändert (27.1, 27.2, 27.3, 27.4, 27.5, 27.6, 27.7, 27.9, 27.13, 27.14; die Numerierungen beziehen sich auf den Freiburger Fragebogen, der komplett im Anhang abgedruckt ist) und um Items zu „zufriedenstellender Arbeit“, „Engagement in Parteien, Berufs- oder Interessenverbänden“, „für Familie sorgen“, „familiäres Leben pflegen“ und „sparen für größere Anschaffung“ ergänzt worden.

In einer weiteren Skala werden Einstellungen der Befragten zu politischen und sozialen Themen erfaßt. In diesem Rahmen sind zum einen sechs Items (28.1, 28.2, 28.4, 28.6, 28.13 und 28.14) der Anomie-Skala von *Fischer, Lippert und Zoll* (vgl. *Fischer & Kohr* 1980) aufgenommen worden, ebenso eine weitere Frage (28.3) zum Vorliegen anomischer Situationen aus der Baden-Württemberger Kriminalitätsbefragung von *Arnold* (1986) und ein Item (28.7) aus der „Skala zur Messung der Reaktionsbereitschaft des politischen Systems“ der Forschungsgruppe Political Action (vgl. *Barnes u.a.* 1979), die leicht modifiziert worden sind. Diesen insgesamt acht übernommenen Items sind sechs weitere zur Erfassung aktueller

und befragungsspezifischer Themen beigeordnet („Gewalt gegen Ausländer“, „Ausländerzuzugsbeschränkung“, „Mitwirkung an städtischen bzw. überregionalen Entscheidungen“, „Gewalt als Mittel der Politik“, „Toleranz gegenüber Diebstahl aufgrund von Notlagen“).

3. Einstellungen zur Kriminalität

Dieser Fragenkomplex erfaßt Motive für eventuellen Rauschgiftkonsum – hier sind 11 der insgesamt 12 Items aus der Gießener Delinquenzbefragung übernommen worden, eines (29.3) entstammt der ersten deutsch-deutschen Opferstudie (vgl. *Kury u.a.* 1996) – sowie eine Frage zum eigenen Rauschgiftgebrauch. Ein Schwerpunkt dieses Abschnitts bilden Einstellungen und Einschätzungen zur Kriminalität und deren Folgen. Aufbauend auf der Frage, ob sich die Kriminalität in den vergangenen beiden Jahren in der Stadt verändert habe (angelehnt an die Stuttgarter Opferbefragung; vgl. *Stephan* 1976), wird die subjektive Einschätzung der Befragten für eine mögliche Kriminalitätssteigerung erfaßt. Diese Frage lehnt sich an die Opferbefragung von *Arnold* aus dem Jahre 1981 an (32.1 - 32.9) und ist um die Variablen „Verlockung durch reichhaltiges Warenangebot“, „Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen“ und „Zunahme des Ausländeranteils“ ergänzt worden.

4. Verbrechensfurcht

Dem Aspekt der Verbrechensfurcht wird durch die Frage nach der Furcht nachts allein in der Wohnung (angelehnt an *Arnold*) und nachts allein in der Wohngegend (angelehnt an *Stephan*) – dem sogenannten „Standarditem“ – Rechnung getragen. Darauf aufbauend werden die Probanden gefragt, ob diese Furcht Auswirkungen auf ihre Lebensgewohnheiten habe. Um das Ausgehverhalten der Probanden näher zu erfassen, wird danach gefragt, wie häufig die Betroffenen in ihrer Freizeit Freunde und Bekannte besuchen bzw. wie oft sie abends ausgehen (angelehnt an die deutsche Version der International Crime Survey 1989). Zusätzlich werden die Probanden gebeten, zur Frage Stellung zu nehmen, inwieweit sie eine Viktimisierung in den nächsten 12 Monaten im Rahmen einer Straftat, aber auch eines Verkehrsunfalls für wahrscheinlich halten (vgl. *Arnold*) und wie häufig sie daran denken, Opfer einer Straftat zu werden (vgl. DD 90).

Abgeschlossen wird der dritte Abschnitt des Fragebogens durch eine Skala, auf welcher die Befragten angeben sollen, wovon ihre Haltung zu

Kriminalität und Strafe beeinflusst sei. Neben Bild- und Schriftmedien (38.1, 38.2, 38.3, 38.4 angelehnt an *Arnold*) wurden auch eigene Erfahrungen, Gespräche mit anderen (vgl. *Arnold*) und die eigene persönliche Weltanschauung berücksichtigt.

5. Viktimisierungen

Kernbestandteil des Fragebogens bildet der Teil des Instrumentes, der die Fragen nach möglicherweise erlittenen Viktimisierungen und den damit verbundenen Korrelaten wie Ort der Viktimisierung und Anzeigebereitschaft enthält. Der abgefragte Deliktskatalog ist aus Gründen der Vergleichbarkeit an die bereits durchgeführten großen Dunkelfeldstudien (International Crime Survey 1989 – ICS'89 – und erste deutsch-deutsche Opferstudie 1990 – DD'90 –; vgl. *Kury u.a.* 1996) angelehnt. Folgende Delikte bzw. Deliktsbereiche werden vor diesem Hintergrund erfaßt:

- a) Diebstahl von Mopeds/Motorrädern
- b) Diebstahl von Autos
- c) Diebstahl von Fahrrädern
- d) Diebstahl aus dem Auto oder von Autoteilen
- e) Beschädigung des Autos
- f) versuchter Wohnungseinbruch
- g) erfolgreicher Wohnungseinbruch
- h) Raub
- i) Diebstahl persönlichen Eigentums.

Gegenüber den beiden vorangegangenen Studien werden die Delikte tätlicher Angriff und sexueller Angriff etwas differenzierter erfaßt, und zwar

- j) tätlicher Angriff ohne Waffen
- k) tätlicher Angriff mit Waffen
- l) sexueller Angriff/Belästigung
- m) Vergewaltigung.

Zusätzlich aufgenommen ist der Betrug (wirtschaftlich), ebenso wird in einem offenen Item die Möglichkeit gegeben, weitere, nicht abgefragte Delikte, deren Opfer man geworden ist, anzugeben.

Zu jedem Delikt werden die Probanden gefragt, ob ihnen ein solcher Vorfall im Laufe des vergangenen Jahres (d.h. ab November 1990) einmal, mehrmals oder noch nie passiert sei. Auch wurden die Befragten gebeten,

bei bestimmten Delikten eine mögliche Viktimisierung von Haushaltsmitgliedern anzugeben (s. Kapitel 8). Diejenigen, die eine Viktimisierung angeben, werden gebeten, weitere Fragen nach dem Ort der Viktimisierung (außer bei Einbruch), nach der Anzeigerstattung bei der Polizei oder anderen Instanzen bzw. nach Gründen für die Unterlassung einer Anzeige sowie nach den möglichen Konsequenzen im Sinne eines Bestrafungswunsches oder Wiedergutmachungsvorschlags zu beantworten.

6. Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaft

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Fragebogenteils richtet sich auf die Einstellungen der Probanden zu den offiziellen Instanzen sozialer Kontrolle. So wird nach der subjektiven Bedeutung bestimmter Polizeiaufgaben, nach der Einschätzung der Qualität der momentanen Polizeiarbeit (vgl. *Arnold* 1986), nach der Zustimmung zur Aussage, daß die Polizisten freundlich und verständnisvoll seien (vgl. DD'90), sowie nach der Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften (vgl. *Arnold* 1986) gefragt.

7. Punitivität (Strafeinstellungen)

Breiten Raum nimmt die Erfassung der Sanktionsvorstellungen der Befragten hinsichtlich verschiedenartiger Straftaten bzw. Handlungsweisen ein. So sollen die Probanden angeben, ob und wenn ja, welche staatliche Sanktionsform sie bei vorgegebenen Delikten am ehesten befürworten würden. In diesen Bereich fällt auch die letzte Frage des Erhebungsinstrumentes nach der Befürwortung der Todesstrafe, und wenn ja, für welche Straftaten.

8. Anzeigeverhalten

Ein kriminalpolitisch wesentlicher Bereich betrifft das Anzeigeverhalten. Hierdurch bestimmen die Bürger entscheidend mit, welche und vor allem wie viele Straftaten von der Polizei registriert werden, wie hoch sich somit etwa die Kriminalitätsbelastung eines Landes offiziell darstellt. Das Anzeigeverhalten wird im Viktimisierungsteil im Anschluß an alle angegebenen Opferwerdungen erfaßt (s. Punkt 5). Zunächst wird jeweils erfragt, was die Opfer nach der Viktimisierung unternommen haben, ob sie Anzeige erstattet haben oder nicht. Wenn sie es nicht getan haben, wird nach den Gründen für die Inaktivität gefragt. Die im Kapitel 7 dargestellte Abbildung 7.1 gibt einen schematischen Überblick über die im Fragebogen erfaßten acht inhaltlichen Themenbereiche.

Insgesamt setzt sich das Instrument aus 121 Fragen zusammen, wobei ein Großteil der Items nur von Opfern betreffender Delikte zu beantworten sind. Graphisch gestaltete „Sprungbefehle“ dienen zum „Durchleiten“ des Probanden durch den Fragebogen. In der Jenaer Version (vgl. *Kräupl & Ludwig* 1993) ist zusätzlich das Freiburger Persönlichkeits-Inventar FPI-R (*Fahrenberg u.a.* 1984) vorgegeben worden; in der Freiburger Version ist dies nicht der Fall.

6.1.3 Stichprobenzugang und Durchführung der Untersuchung

Zur Durchführung der Untersuchung wurden in den Projektorten Freiburg, Emmendingen, Jena und Kahla Zufallsstichproben aus den jeweiligen Einwohnermeldedateien gezogen. Dabei erfolgte die Ziehung in den westdeutschen Städten über das Rechenzentrum des Amts für Statistik und Einwohnerwesen in Freiburg, in Jena und Kahla dagegen über das zentrale Einwohnerregister der Neuen Bundesländer in Berlin. Folgende Vorgaben wurden gegenüber den Ämtern bezüglich der Ziehung gemacht: Mindestalter der Personen 14 Jahre, Hauptwohnsitz am jeweiligen Befragungsort, deutsche Staatsangehörigkeit, repräsentative Trennung anhand des Geschlechts.

Was die Löffinger Stichprobe anbelangt, so konnte keine Zufallsstichprobe gezogen werden, sondern es mußte auf das Adreßbuch des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald zurückgegriffen werden. Der Grund für diese Vorgehensweise lag darin, daß zunächst eine fernmündliche Einverständniserklärung des Bürgermeisters der Stadt Löffingen vorlag, eine Stichprobe aus dem kommunalen Melderegister ziehen zu lassen. Von seiten der örtlichen Verwaltungsbehörde wurde dann jedoch nach einiger Zeit die Genehmigung zurückgezogen. Die Begründung hierfür war allerdings zweifelhaft: So wurde in Frage gestellt, ob dem Max-Planck-Institut aus rechtlichen Gründen Adressen zur Verfügung gestellt werden dürften, auch wurde unterstellt, daß es sich bei dem vorliegenden Projekt um Drittmittelforschung handle und das MPI nicht bereit sei, seinen Auftraggeber zu nennen. Hinweise auf die Bereitschaft der beiden anderen Kommunen Freiburg und Emmendingen zur Kooperation wurden von der Löffinger Gemeindeverwaltung ignoriert. Es wurde angedeutet, daß eine Prüfung der Angelegenheit sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde und eine Einwilligung generell zweifelhaft sei. Da allerdings das Projekt aufgrund der Vorarbeiten und insbesondere auch der Terminabsprachen mit den anderen Gemeinden rasch durchgeführt werden mußte, konnte eine solche Entscheidung nicht abgewartet werden. Hinzu kam, daß der Eindruck entstand,

daß eine Gruppe Löffinger Bürger bzw. Bürgerinnen intensiv gegen die Untersuchung „Stimmung machte“ und sich von uns kaum ansprechen ließ. Deren Argumente, etwa hinsichtlich Datenschutzbedenken, konnten, obwohl sie unbegründet waren, von uns nicht zerstreut werden. Es wurde deshalb der Weg gewählt, anhand des o.g. Adreßbuches selbst eine Zufallsauswahl von 1.000 Löffinger Einwohnern zu treffen, d.h. jeder 7. Name wurde in die Stichprobe aufgenommen. Es muß an dieser Stelle bemerkt werden, daß in das Adreßbuch zum einen nur Personen ab 18 Jahre eingehen und der Eintrag auf Antrag des Betroffenen gelöscht werden kann, so daß diese beiden Kriterien hinsichtlich der Repräsentativität der Bruttostichprobe für Löffingen zu berücksichtigen sind. Einschränkend muß ebenfalls gesagt werden, daß nach Beginn der Datenerhebung sich zwei „Lager“ in Löffingen bildeten, eines, das die Untersuchung befürwortete, und eine weitere Gruppe, die zum Boykott aufrief. Es fanden während dieser Zeit auch Ortsversammlungen zu diesem Thema statt, und die regionale Presse berichtete über die Studie. Diese Vorkommnisse müssen bei der nachfolgenden Interpretation der Löffinger Ergebnisse mit berücksichtigt werden, sie schränken sicherlich die Aussagekraft der Löffinger Daten ein, unseres Erachtens allerdings nicht wesentlich. Deswegen sollen die Resultate dieses Ortes, zumindest ausschnitthaft, dargestellt werden, die Interpretation der Ergebnisse muß jedoch zurückhaltend erfolgen.

Insgesamt fand die Projektdurchführung in allen fünf Städten im Zeitraum zwischen November/Dezember 1991 und Januar/Februar 1992 statt. In den drei westdeutschen Kommunen wurden sämtliche Fragebögen postalisch versandt, in Jena wurden 3.000 Fragebögen per Post an die jeweiligen Zieladressen verschickt, weitere 1.000 Personen wurden persönlich aufgesucht und mit Hilfe desselben standardisierten Instruments interviewt. In Kahla wurden die insgesamt 556 Fragebögen ebenfalls postalisch an die betreffenden Personen geschickt. Alle westdeutschen Befragten erhielten in jeweils ca. vierwöchigem Abstand zwei Erinnerungspostkarten mit der Bitte um Rücksendung des ausgefüllten Fragebogens zugesandt, alle ostdeutschen Probanden lediglich eine Erinnerungspostkarte.

6.1.4 Rücklauf der Fragebögen und Ausfallquoten

Was den Rücklauf der Fragebögen anbelangt, zeigt Tabelle 6.1 die Ausschöpfungsquoten im Überblick. In Jena werden im folgenden die schriftlich Befragten nicht von den mündlich Interviewten getrennt, eine differen-

ziertere Analyse zu diesem Sachverhalt findet sich bei *Kräupl* und *Ludwig* (1993; vgl. *Kury* 1994).

Tabelle 6.1: Stichprobenzugang: "Record of Contact" getrennt nach Befragungsorten

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	N	%	n	%	n	%	n	%
Bruttostichprobe	6.120	100	2.626	100	1.132	100	4.000	100	556	100
- verzogen	74	1,2	19	0,7	4	0,4	161	4,0	14	2,5
- verstorben	3	0,0	–	–	1	0,1				
- Alter, Krankheit, Sprachprobleme	115	1,9	22	0,8	4	0,4	–	–	–	–
Stichprobenneutrale Ausfälle	192	3,1	41	1,6	9	0,8	161	4,0	14	2,5
Bereinigte Bruttostichprobe	5.928	100	2.585	100	1.123	100	3.839	100	542	100
Verweigerung (aktiv)	153	2,6	50	1,9	17	1,5	1.877	48,9	311	57,4
keine Antwort	3.431	57,9	1.705	66,0	817	72,8				
Auswertbare Fragebögen	2.344	39,5	830	32,1	289	25,7	1.962	51,1	231	42,6

Die Angaben für Jena und Kahla sind dem Band von *Kräupl* und *Ludwig* (1993) entnommen.

Betrachtet man zunächst die sogenannten „stichprobenneutralen Ausfälle“, d.h. diejenigen Ausfälle von denen begründet angenommen werden kann, daß sie nicht die Repräsentativität der Stichprobe beeinflussen, liegen die Schwerpunkte in den drei westlichen Kommunen in der Kategorie „verzogen, verstorben“ – dies trifft in Freiburg auf 1,2% der ursprünglich Angesprochenen zu, in Emmendingen auf 0,7% und in Löffingen auf 0,5% –, und in der Kategorie „Alter, Krankheit, Sprachprobleme“ (Freiburg: 1,9%, Emmendingen: 0,8%, Löffingen: 0,4%). Die letztgenannte Kategorie wurde in Jena und Kahla nicht gesondert erfaßt. Unter Abzug dieser stichprobenneutralen Ausfälle ergaben sich folgende bereinigte Bruttostichproben: Freiburg 5.928 Personen, Emmendingen 2.585 Personen, Löffingen 1.123 Personen, Jena 3.839 Personen und Kahla 542 Personen. Die jeweiligen Befragtenzahlen wurden als 100% gesetzt, auf sie beziehen sich die Angaben zur Rücklaufquote.

Unter die sogenannten systematischen Ausfälle lassen sich zum einen die aktiven Verweigerer fassen, das sind solche Befragte, die direkt mitteilten, daß sie den Fragebogen nicht ausfüllen möchten (Freiburg $n = 153$ Personen, 2,6% bezogen auf bereinigte Bruttostichprobe; Emmendingen $n = 50$, 1,9% und Löffingen $n = 17$, 1,5%), zum anderen diejenigen Probanden – und dies stellt das Gros dar –, von denen keinerlei Rückantwort erfolgte. Dieser Anteil ist, bezogen auf Westdeutschland, in Freiburg relativ am geringsten und beträgt 3.431 Personen (57,9% bezogen auf die bereinigte Bruttostichprobe), er liegt in Emmendingen ($n = 1.705$, 66,0%) und besonders in Löffingen ($n = 817$, 72,8%) deutlich höher. Dies mag damit zusammenhängen, daß das Max-Planck-Institut bei den Freiburgern eine weitgehend bekannte Institution ist und damit eher Vertrauen in die Seriosität der Befragung gesetzt wird. Für die hohe Zahl der Löffinger „Verweigerer“ können die bereits oben angegebenen Gründe geltend gemacht werden.

In den beiden ostdeutschen Kommunen liegen die Anteile der Verweigerer etwas niedriger als im Westen (Jena $n = 1.877$, 48,9%; Kahla: $n = 311$, 57,4%), eine Unterscheidung in „aktive Verweigerer“ und „keine Antwort“ konnte nicht vorgenommen werden. Diese geringeren Ausfallquoten mögen damit zusammenhängen, daß die ostdeutschen Bürger 1991/92 noch nicht in dieser Weise einer Vielzahl von unterschiedlichen Fragebogenaktionen ausgesetzt waren wie die Westdeutschen und daher noch eher motiviert waren, an der Befragung teilzunehmen. Was den relativ hohen Anteil „keine Antwort“ betrifft, beinhaltet diese Gruppe zweifellos Probanden, die verzogen, verstorben o.ä. sind, die eigentlich unter die stichprobenneutralen Ausfälle einzuordnen sind. In solchen Fällen haben die Angehörigen offensichtlich die Briefe behalten und zumindest teilweise vernichtet, ohne uns zu benachrichtigen. Diese Vermutung wird dadurch erhärtet, daß nach den Mahnaktionen relativ viele Angehörige anriefen und uns dies dann mitteilten. Das dürfte die „Dunkelziffer“ dieser Gruppe allerdings nur teilweise aufgehellt haben. Von daher dürfte die Rubrik „keine Antwort“ in Wirklichkeit (deutlich) niedriger besetzt sein. Das wiederum deutet auf eine in Wirklichkeit höhere Antwortquote unter den Angeschriebenen, die wir tatsächlich erreichten, hin.

Insgesamt, nach Abzug dieser Ausfälle, ergaben sich somit für die fünf Kommunen folgende Rücklaufquoten (vgl. Tabelle 6.1): Freiburg $n = 2.344$, 39,5%; Emmendingen $n = 830$, 32,1%; Löffingen $n = 289$, 25,7%; Jena $n = 1.962$, 51,1% und Kahla $n = 231$, 42,6%. Diese Prozentwerte sind

für die beiden größeren westdeutschen Kommunen, Freiburg und Emmendingen, zufriedenstellend und liegen im Rahmen vergleichbarer schriftlicher Fragebogenuntersuchungen (vgl. *Kury u.a.* 1996, S. 29 ff. und 478 ff.). Rechnet man bei solchen umfangreichen Fragebogenuntersuchungen im Schnitt mit einer Antwortquote zwischen 30 und 40 Prozent, so muß die Ausschöpfung der ostdeutschen Stichproben als sehr gut gelten. So konnte in Jena die 50%-Marke sogar überschritten werden, und auch in der kleinen Kommune Kahla ist der Rücklauf mit 42,6% sehr zufriedenstellend. In den letzten Jahren sind die Rücklaufquoten bei solchen Umfragen eher noch zurückgegangen.

6.2 *Repräsentativität der Stichproben aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen*

Von zentraler Bedeutung für die Aussagekraft von Untersuchungsergebnissen, die mit Hilfe von Bevölkerungsbefragungen ermittelt wurden, ist die Repräsentativität der Stichprobe. Allgemein gilt: Je besser die Stichprobe in ihrer demographischen Zusammensetzung ein repräsentatives Bild der Erhebungsgesamtheit, in diesem Falle der Kommunen, darstellt, desto eher können die Resultate, die anhand der Stichprobe erfaßt wurden, auf das gesamte Gemeinwesen übertragen werden. Im Folgenden sollen einige zentrale demographische Merkmale der Stichproben aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen dargestellt und mit offiziellen Bevölkerungsstatistiken verglichen werden. Die Prüfung der Repräsentativität der Jenaer und der Kahlaer Stichproben wird an dieser Stelle nicht vertieft, für ausführlichere Informationen sei hier auf den Band von *Kräupl* und *Ludwig* (1993) verwiesen. Eine vergleichende Darstellung der demographischen Merkmale aller fünf Stichproben erfolgt im nachfolgenden Kapitel 6.3.

6.2.1 *Geschlecht*

Hinsichtlich der Repräsentativität der Geschlechtsverteilung in den einzelnen Stichproben ergibt sich folgendes Bild.

In Freiburg entspricht die Geschlechtsverteilung weitgehend der Statistik (Bevölkerungsstatistik der Stadt Freiburg vom 1.1.1992) bis auf ca. 2 Prozentpunkte: weiblich 52,4% (Statistik 54,7%); männlich 47,6% (Statistik 45,3%). 11 Personen machten keine Angaben. In Emmendingen kann ebenfalls von einer in Bezug auf das Merkmal Geschlecht weitgehend repräsentativen Stichprobe ausgegangen werden: 50,5% der Probanden sind hier

weiblich (Statistik 53,6%) und 49,5% männlich (Statistik 46,4%); acht Personen machten keine Geschlechtsangabe. Die Löffinger Stichprobe zeigt hinsichtlich des Merkmals Geschlecht – trotz der bereits beschriebenen Probleme bei der Stichprobenrekrutierung – die wohl größte Repräsentativität: weiblich 51,2% (Statistik 52%), entsprechend männlich 48,8% (Statistik 48%). Nur zwei Personen gaben ihr Geschlecht nicht an. (Der Vergleich der Emmendinger und Löffinger Ergebnisse mit der Bevölkerungsstatistik erfolgte anhand der Volkszählungsdaten vom 25.5.1987.)

6.2.2 *Alter*

Die maximale prozentuale Häufigkeit pro Altersgruppe beträgt 15%. Deswegen haben wir eine Abweichung von 2,5% als stichprobenrelevant definiert. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Studie in Freiburg mit einer Ausnahme repräsentativ: Die Altersgruppe 75 und älter ist deutlich unterrepräsentiert (6,0%; Statistik 9,3%). Nach unserer Definition nicht relevant, aber auffällig, ist der gehäufte Anteil junger Einwohner, vor allem der 20- bis 29jährigen (28,4%; Statistik 25,7%). Dieses Ergebnis liegt jedoch nahe, da Freiburg eine Universitätsstadt ist und außerdem die geburtenstarken Jahrgänge der 60er und frühen 70er in diesem Alter sind.

Eine ähnliche Häufung läßt sich auch in Emmendingen beobachten. Hier ist der Anteil der 20- bis 29jährigen allerdings stichprobenrelevant mit +2,8% überrepräsentiert (22,6%; Statistik 19,8%). Abgesehen von diesem erhöhten Anteil sind auch in Emmendingen die 75jährigen und älter stark unterrepräsentiert (3,8%; Statistik 8,2%). Trotz dieser Unterschiede kann man in Emmendingen – wie zuvor in Freiburg – von einer weitgehend repräsentativen Stichprobe ausgehen.

In Löffingen müssen größere Abstriche gemacht werden, was weitgehend auf die weiter oben bereits ausgeführten Hindernisse bei der Stichprobenauswahl zurückzuführen ist. Die 20- bis 29jährigen sind mit +7,0% überrepräsentiert (28,4%; Statistik 21,4%), 40- bis 44jährige sind ebenfalls überrepräsentiert (9,4%; Statistik 5,9%), 55-59 jährige sind mit -2,5% unterrepräsentiert (4,7%; Statistik 7,2%), ebenso die 75jährigen und älteren mit -5,8% (2,2%; Statistik 8,0%).

Auffallend ist, daß vor allem die älteste Befragtengruppe (75 Jahre und älter) in allen drei Gemeinden unterrepräsentiert ist. Hier dürfte die Ursache einerseits darin zu sehen sein, daß der umfangreiche Fragebogen hinsichtlich der Bearbeitung eine gewisse Belastung darstellte, andererseits, daß gerade in dieser Altersgruppe nicht wenige Personen unter Betreuung

stehen, so daß der Fragebogen unter Umständen den Zielprobanden gar nicht erreichte. In diesen Fällen wurden unsere Fragebogen möglicherweise von den Betreuungspersonen – wie auch zahlreiche Anrufe zeigten – nicht an die Adressaten weitergeleitet. Ein ebenfalls nicht außer acht zu lassender Grund liegt darin, daß von Seiten der Polizei besonders ältere Menschen vor „Haustürgeschäften“ sowie vor leichtsinnigem Unterschreiben bzw. Ausfüllen von Briefsendungen oder Fragebögen gewarnt werden, so daß eventuell bei dieser Gruppe eine gewisse Verunsicherung durch den Fragebogen mit seinen relativ „intimen“ Fragen entstand.

Insgesamt fällt auf, daß die Befragten in Freiburg im Schnitt älter sind (0 = 42,2 Jahre) als die Befragten in Emmendingen (0 = 41,8 Jahre) bzw. in Löffingen (0 = 40,9 Jahre). Dies mag daran liegen, daß hier im Vergleich zu den anderen Städten ältere Probanden eher bereit waren, an der Untersuchung teilzunehmen.

6.2.3 Familienstand

Ein Vergleich zwischen Studie und Statistik bezüglich des Familienstandes ist kaum möglich. In die Studie gehen Personen ab 14 Jahren ein, das heißt, im Gegensatz zur Statistik wird der Anteil der Ledigen unterschätzt. Weiter wird die Zahl der Geschiedenen überschätzt, da für die Statistik nur das rechtliche Kriterium der Scheidung zählt, in der Studie aber auch die getrennt Lebenden erfaßt werden. Drittens unterscheidet die Studie zwischen „verheiratet“ und „in Lebensgemeinschaft lebend“. In letztere Gruppe gehen sowohl Ledige als auch Verwitwete und Geschiedene ein. Angesichts dieser Punkte überrascht es nicht, daß die Unterschiede zwischen Studie und Statistik zwischen 8% und 14% liegen.

6.2.4 Schulabschluß

Der höchste erreichte Schulabschluß stellt bezüglich der Repräsentativität der Stichprobe immer eine kritische Variable dar. Ein Phänomen, das als „middle-class bias“ bezeichnet wird (Scheuch 1953; vgl. auch Erbslöh & Koch 1988; Hartmann 1990), tritt besonders – allerdings nicht nur – in schriftlichen Umfragen auf. Niedrigere Bildungsschichten sind unterdurchschnittlich vertreten, höhere überdurchschnittlich. Vergleicht man die Ergebnisse der Studie mit denen der offiziellen Bevölkerungsstatistik (Freiburg, Emmendingen und Löffingen, Stand: Volkszählung vom 25.5.1987), so bestätigt sich diese Feststellung auch anhand der vorliegenden Studie für alle drei Befragungsorte.

Berücksichtigt werden hier zwangsläufig nur die in der Bevölkerungsstatistik vertretenen Kategorien der drei allgemeinbildenden Schulabschlüsse (die gesamte Information zu den Schulabschlüssen findet sich in Kapitel 6.3.5). Zudem gelten die Angaben in der Studie für alle Altersgruppen ab 14 Jahren (in Löffingen ab 18 Jahren), in die Statistik finden dagegen nur die Altersgruppen von 15 bis 65 Jahre Eingang.

Erwartungsgemäß stellen in Freiburg die „Hochgebildeten“ mit 55,9% (Statistik 27,7%) den größten Anteil. Damit sind sie deutlich überrepräsentiert. Entsprechend sind Hauptschulabsolventen zu gering vertreten (Studie 23,7%; Statistik 49,9%). Der Anteil der Realschulabsolventen hingegen entspricht etwa der Statistik (20,3% zu 22,4%). Das Bild in Emmendingen entspricht den Verhältnissen in Freiburg. (Fach-) Hochschulreife: Studie 36,9% zu Statistik 15,6%; Hauptschulabschluß: 37,8% zu 61,1% in der Statistik; Realschulabschluß: 5,3% zu 23,3%. Eine erhebliche Stichprobenverzerrung zugunsten des sogenannten „Mittelschicht-Bias“ findet sich ebenfalls in Löffingen. „Abitur/FHS-Reife“ ist fast dreimal so stark vertreten wie in der Statistik (25,3% zu 8,7%). Aber auch die Realschulabsolventen sind deutlich überrepräsentiert (26,7% zu 19,6%). Dies geht eindeutig zu Lasten des Hauptschulkontingentes: 48,0% in der Studie stehen 71,1% in der Bevölkerungsstatistik gegenüber.

Eine der Hauptursachen für die erhebliche Verzerrung der Stichproben dürfte darin zu sehen sein, daß bei Personen mit niedrigem Schulabschluß die Bereitschaft, einen langen, schriftlichen Fragebogen zu lesen und auszufüllen, eher gering ist, da sie im Umgang mit schriftlichem Material weniger geübt sind, was die Hürde einen solchen Fragebogen anzugehen erhöht. Es ist ebenso zu berücksichtigen, daß gerade in niedrigeren sozialen Schichten andere, „gravierendere“, Probleme Vorrang vor einer ca. einstündigen Beschäftigung mit einem Fragebogen haben, dessen Sinn für diese Gruppe nur schwer durchschaubar ist. Zudem ist damit zu rechnen, daß eine Befragung durch ein „Strafrechtinstitut“ Assoziationen zur Polizei erweckt, mit der man „lieber nichts zu tun haben möchte“.

Eine Verzerrung dieser Größenordnung dürfte auch inhaltliche Effekte zeigen: So kann man mit einer Unterschätzung der Opfer von – in niedrigeren sozialen Schichten häufiger auftretender – Gewaltkriminalität rechnen. Ferner ist von Einflüssen auf Einstellungsvariablen auszugehen, so sind möglicherweise die durchschnittliche Punitivität sowie die Verbrennsfurcht insgesamt unterschätzt.

6.2.5 Haushaltsgröße

Beim Vergleich der Stichprobe mit der Bevölkerungsstatistik hinsichtlich der Haushaltsgröße müssen zwei Faktoren berücksichtigt werden: 1) Bei gleichzeitiger Befragung mehrerer Personen in einem Haushalt sind alle Nennungen berücksichtigt worden, und 2) der Modus der zum Vergleich herangezogenen Volkszählung von 1987 sah vor, daß nur Personen, die gemeinsam wirtschaften, Mitglieder eines Mehrpersonenhaushaltes sind. Dies kann erklären, daß Mehrpersonenhaushalte in unserer Studie überrepräsentiert sind, Einpersonenhaushalte dagegen unterrepräsentiert.

In Freiburg geben 25,3% der Befragten an, in einem Einpersonenhaushalt zu leben (Statistik 53,7%). Der Zweipersonenhaushalt zeigt dagegen den höchsten prozentualen Anteil in der Studie (33,2%; Statistik 22,6%). Auffallend ist zudem, daß große Haushalte mit vier und mehr Personen sehr stark vertreten sind (23,5%; Statistik 12,1%). Hier dürften größere Wohngemeinschaften einen bedeutenden Faktor darstellen. Diese sind im studentischen Milieu Freiburgs nicht selten.

Die gleichen Vorbehalte (außer dem studentischen Milieu) gelten auch für Emmendingen und Löffingen. Dort sind ähnliche Tendenzen zu erkennen: In Emmendingen (Studie 13,7%; Statistik 32,5%) sind wie auch in Löffingen (Studie 11,7%; Statistik 21,7%) die Einpersonenhaushalte deutlich unterrepräsentiert. Anders als in Freiburg sind dagegen die Zwei- und Dreipersonenhaushalte in Emmendingen und Löffingen annähernd repräsentativ vertreten (Zweipersonenhaushalte: Emmendingen: Studie 33,3%, Statistik 27,6%, Löffingen: Studie 23,7%, Statistik 25,3%; Dreipersonenhaushalte: Emmendingen: Studie 18,3%, Statistik 18,1%, Löffingen: Studie 21,6%, Statistik 18,0%). Die stärkste Kategorie in den beiden kleineren Befragungsorten stellen die Haushalte dar, in denen vier und mehr Personen leben (Emmendingen 34,8%; Löffingen 43,1%). Diese sind deutlich überrepräsentiert (Emmendingen Statistik 21,8%), wenngleich für Löffingen die Bevölkerungsstatistik diese Kategorie ebenfalls als die stärkste ausweist (34,9%).

Ein Grund hierfür dürfte sein, daß im ländlichen Raum ein eher enger Familienzusammenhalt besteht, so daß Kinder später (höheres Durchschnittsalter) „das Haus verlassen“ als in der Stadt, oder daß der Familie aufgrund einer möglicherweise konservativeren Werthaltung im ländlichen Raum ein höherer Status zukommt und daher mehr Kinder vorhanden sind bzw. die (Groß-)Elterngeneration im Sinne der klassischen ländlichen Großfamilie im Haushalt der Kinder/Enkel mitlebt. Trotz dieser Faktoren

ist jedoch nicht eindeutig zu klären, ob es sich bei den bis zu 30% betragenden Differenzen um ein Artefakt subjektiver Zuordnung der Befragten handelt (z.B. Wohngemeinschaften als Mehrpersonenhaushalte) oder ob systematische Verzerrungen vorliegen.

6.2.6 *Derzeitige berufliche Stellung*

Ein letzter Vergleich der soziodemographischen Variablen mit offiziellen Bevölkerungsstatistiken ergibt sich anhand der Frage nach der derzeitigen beruflichen Stellung. Hierzu wurden die Antwortkategorien der Fragen nach der derzeitigen Erwerbssituation (Frage 11) sowie nach der beruflichen Stellung (Frage 16) zusammengefaßt. Eine genauere Darstellung der beiden Items, einschließlich der entsprechenden Fehlwerte, findet sich im Kapitel 6.3 beim Vergleich mit den beiden ostdeutschen Kommunen.

Bezüglich der Kategorien Angestellte (Studie 46,7%, Statistik 41,2%) und Beamte (Studie 12,8%, Statistik 12,0%) wird durch die Freiburger Stichprobe ein weitgehend repräsentatives Abbild der Bevölkerung dargestellt. Deutlich unterrepräsentiert sind jedoch sozio-ökonomisch schlechter Gestellte – dies ist aufgrund der Ergebnisse bzgl. des Schulabschlusses zu erwarten. So ist der Anteil der Arbeiter in der Studie nur halb so groß (11,0%) wie in der allgemeinen Bevölkerung (22,6%), und auch der Anteil der Arbeitslosen ist in der Studie deutlich geringer (4,2%) als in der Bevölkerung (9,1%). Unterrepräsentiert sind weiterhin Auszubildende (3,6%; Statistik 6%). Selbständige sind überrepräsentiert (13,4%; Statistik 8,2%), ebenso die mithelfenden Familienangehörigen (8,2%; Statistik 0,9%). Letztere fallen vermutlich durch die Maschen der Statistik, da im Fragebogen Selbstdefinitionen abgefragt werden, während bei der Volkszählung nur offiziell gemeldete Helfer erfaßt wurden.

In Emmendingen zeigt sich ein ähnlicher Trend: Angestellte (42,0%, Statistik 38,7%) und Beamte (12,0%, Statistik 9,9%) sind annähernd repräsentativ vertreten. Arbeiter sind gegenüber der Statistik in der Studie erheblich geringer vertreten (13,7% vs. 29,4%), Selbständige (11,1%; Statistik 7,5%) und mithelfende Familienangehörige (10,3%, Statistik 1,2%) sind wiederum deutlich überrepräsentiert. Der Anteil der Arbeitslosen (5,0%; Statistik 6,4%) und der Auszubildenden (5,9%; Statistik 6,8%) entspricht – im Gegensatz zu Freiburg – in etwa der bevölkerungsstatistischen Verteilung.

In Löffingen ergibt sich ein etwas anderes Bild: Weitgehend repräsentativ vertreten sind Selbständige (9,5%; Statistik 10,0%), Beamte (7,5%; Sta-

tistik 6,6%), Auszubildende (6,5%; Statistik 8,0%) und Arbeitslose (3,0%; Statistik 2,4%). Deutlich unterrepräsentiert sind nur Arbeiter (22,1%; Statistik 44,1%), überrepräsentiert dagegen mithelfende Familienangehörige (9,0%; Statistik 3,3%) und vor allem Angestellte (42,2%; Statistik 25,6%).

Daß in allen Orten die Arbeiter unterrepräsentiert sind, entspricht dem oben dargestellten „middle-class bias“, wobei als „Gegenpol“ eine deutliche Überrepräsentation Beamter und Angestellter (bis auf Löffingen) ausbleibt. Stichprobenbeeinflussende Faktoren können somit nicht ausgeschlossen werden.

Es ist zusammenfassend die kritische Frage zu stellen, wieweit die Daten der Bevölkerungsstatistik ein valides Abbild der „Realität“ zeichnen. Zweifellos ist auch bei den Bevölkerungsstatistiken mit einem nicht unerheblichen Fehlereinfluß zu rechnen, etwa aufgrund von Falschzuordnungen, beispielsweise hinsichtlich der Kategorie „mithelfende Familienangehörige“. Hinzu kommt – wie oben ausgeführt – eine nicht selten unterschiedliche Eingruppierung eines Sachverhaltes in der Bevölkerungsstatistik sowie in den Umfragen, in denen die Probanden sich selbst einstufen. Der Vergleich zwischen Studie und Statistik darf vor diesem Hintergrund nicht überinterpretiert werden. Treten Unterschiede auf, ist die Frage durchaus erlaubt, welche Angaben valider sind und ob nicht die Statistik, etwa hinsichtlich der Haushaltsgröße (vgl. oben), ihrerseits ein verzerrtes Bild zeichnet.

Der von uns durchgeführte Vergleich kann nur Hinweise auf mögliche Verzerrungen unserer Daten liefern. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die erfaßte Stichprobe im wesentlichen ein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung in den Städten darstellt. Einschränkungen sind vor allem hinsichtlich des Bildungsniveaus zu machen.

6.3 Vergleich der Stichprobenzusammensetzungen in den fünf Befragungsorten (West: Freiburg, Emmendingen, Löffingen; Ost: Jena, Kahla): Demographie der Befragten

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Repräsentativität der westdeutschen Stichproben durch einen Vergleich der Ergebnisse der eigenen Studie mit entsprechenden Daten aus der Bevölkerungsstatistik überprüft worden ist, sollen nun alle fünf Befragungsorte nebeneinandergestellt und miteinander verglichen werden. Dabei ist zum einen der „interne“ Vergleich zwischen den Kommunen unterschiedlicher Größenklassen interessant, zum anderen auch die Betrachtung der Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zwischen den Stichproben aus West- und Ostdeutschland.

6.3.1 Geschlecht

Betrachtet man die Geschlechtsverteilung in Tabelle 6.2, so zeigt sich nahezu durchweg das bekannte und, wie schon unter Punkt 6.2.1 dargestellte, repräsentative Bild, daß Frauen etwas stärker vertreten sind als Männer. Dies trifft v.a. auf die Jenaer Stichprobe zu; hier beträgt der Unterschied zwischen beiden Geschlechtern nahezu 10%. Die Prozentuierung bezieht sich hierbei und in den nachfolgenden Darstellungen auf die Gesamtzahl der vorliegenden Antworten zur jeweiligen Frage.

Tabelle 6.2: *Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten: Geschlechtsverteilung Ost-West (VI)*

Geschlecht	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	N	%	N	%	n	%	n	%	n	%
männlich	1.110	47,6	407	49,5	140	48,8	886	45,4	116	50,7
weiblich	1.223	52,4	415	50,5	147	51,2	1.066	54,6	113	49,3
Gesamt	2.333	100	822	100	287	100	1.952	100	229	100
fehl. Ang.	11	0,5	8	1,0	2	0,7	10	0,5	2	0,9
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

Eine Ausnahme stellt die Stadt Kahla in Thüringen dar, hier sind die Männer (50,7%), wenn auch nur geringfügig, stärker vertreten als die Frauen (49,3%). Inwieweit dies daran liegt, daß in der ländlichen Region Thüringens evtl. stärker traditionelle Rollenstereotype vorhanden sind und der Mann als „Haushaltsvorstand“ für die Familie antwortet oder ob durch verstärkte Industrieansiedlung in Kahla (z.B. Kahlaer Porzellan) vermehrt (alleinlebende) Männer dort wohnen, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden.

6.3.2 Alter

Bei der Darstellung der Altersvariablen im Vergleich der fünf Befragungsorte werden die Altersangaben zu insgesamt sechs Gruppen zusammengefaßt (vgl. Tabelle 6.3). Dabei zeigt sich über alle Orte hinweg eine weitgehend ähnliche Verteilung. Es wird deutlich, daß in allen Befragungsorten ein hoher Anteil der vorliegenden Fragebögen von jungen Leuten bis 35 Jahre ausgefüllt worden ist. Dieser Anteil ist in Freiburg mit 46,4% am größten, die beiden anderen westdeutschen Kommunen Emmendingen (42,8%) und Löffingen (44,6%) sowie die ostdeutsche Kleinstadt Kahla

(43,1%) liegen in einem vergleichbaren Rahmen darunter. Schlußlicht bildet Jena, hier sind mit 39,1% die Befragten bis 35 Jahre am geringsten vertreten.

Tabelle 6.3: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Alter Ost-West (V2)

Alter (in Jahren)	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	N	%	N	%	n	%	n	%	n	%
14-25	500	22,0	167	20,9	55	19,8	358	18,5	40	17,8
26-35	553	24,4	175	21,9	69	24,8	399	20,6	57	25,3
36-45	320	14,1	138	17,3	54	19,4	373	19,3	57	25,3
46-55	306	13,5	131	16,4	39	14,0	376	19,4	42	18,7
56-65	238	10,5	81	10,1	32	11,5	224	11,6	12	5,3
66 u.m.	351	15,5	107	13,4	29	10,4	206	10,6	17	7,6
Gesamt	2.268	100	799	100	278	100	1.936	100	225	100
fehl. Ang.	76	3,2	31	3,7	11	3,8	26	1,3	6	2,6
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

Leichte Abweichungen zwischen den einzelnen Orten sind dahingehend erkennbar, daß in Freiburg die jüngste Altersgruppe (14 bis 25 Jahre) relativ stark vertreten ist; dies mag an der hohen Zahl der Studenten liegen, die sich zum Großteil in dieser Altersspanne befinden dürften. Jedoch tritt in Jena – ebenfalls eine Universitätsstadt – diese Altersgruppe weit seltener auf. Die Altersverteilungen in Jena entsprechen weitgehend der allgemeinen Zusammensetzung der dort lebenden Wohnbevölkerung (vgl. Kräupl & Ludwig 1993, S. 23 f.). Abweichungen ergeben sich v.a. für die Antwortpopulation aus Kahla; hier ist der Anteil der 36- bis 45jährigen mit 25,3% deutlich stärker vertreten als in den anderen vier Kommunen; dagegen sind die älteren Befragten ab dem 56. Lebensjahr (12,9%) erheblich geringer repräsentiert als in der ostdeutschen Kommune Jena (22,2%) oder den drei westdeutschen Städten Freiburg (26,0%), Emmendingen (23,5%) und Löffingen (21,9%). Da die Alterszusammensetzung der Kahlaer Stichprobe repräsentativ ist (vgl. Kräupl & Ludwig 1993, S. 25 f.), spiegelt diese den industriellen Schwerpunkt Kahlas wider: Voll erwerbstätige Altersgruppen (26-35 Jahre; 36-45 Jahre) sind stark vertreten, ältere Personen und damit

solche, die aus dem Erwerbsleben bereits ausgeschieden sind, oder solche, die bei betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen ein hohes Risiko tragen, als erste gekündigt zu werden, sind nur zu einem vergleichsweise geringen Anteil repräsentiert.

6.3.3 Familienstand

Sind die beiden vorangegangenen Variablen Geschlecht und Alter zwischen allen fünf Befragungsorten weitgehend gleich verteilt, so zeigt der Familienstand besonders im Ost-West-Vergleich erhebliche Unterschiede (vgl. Tabelle 6.4). Während sich in den Kategorien „in Lebensgemeinschaft lebend“, „verwitwet“ und „geschieden“ kaum Unterschiede zwischen den west- und den ostdeutschen Kommunen ergeben (die Überrepräsentation der in Lebensgemeinschaft Lebenden in Kahla (9,5%) und der geringe Anteil der Geschiedenen (2,2%) sollte angesichts der kleinen Fallzahlen nicht überinterpretiert werden), sind in Jena und Kahla mit jeweils 19,0% erheblich weniger Ledige zu verzeichnen als in Freiburg (36,3%), Emmendingen (27,4%) und auch Löffingen (27,2%). Dem steht im Osten ein hoher Prozentsatz Verheirateter gegenüber (Jena 65,7%, Kahla 64,1%), der im Westen nur in der weitgehend katholischen Landgemeinde Löffingen eine annähernd vergleichbare Höhe aufweist (61,7%). Die Anteile der Verheirateten in Freiburg (47,3%) und Emmendingen (57,1%) liegen deutlich, bis nahezu 20%, niedriger.

Dies weist darauf hin, daß in Ostdeutschland zur Jahreswende 1991/92 der Familienstand „verheiratet“ (noch) einen erheblich höheren Stellenwert besaß als im Westen. Hierfür dürften einerseits materielle Gesichtspunkte eine wichtige Rolle spielen. So war es zu DDR-Zeiten für Verheiratete leichter, eine gemeinsame Wohnung zu bekommen, als für unverheiratet zusammenlebende Paare, so daß der begehrte knappe Wohnraum als ein Motiv für eine „rasche“ Eheschließung gewertet werden kann. Auch wurden in der ehemaligen DDR-Familienpolitik Familiengründungen bei jungen Paaren besonders unterstützt und gefördert. Andererseits dürfte, ähnlich wie in Löffingen allerdings ohne den konfessionellen Hintergrund, eine konservativere, traditionelle Werthaltung mit dazu beigetragen haben, daß mehr Ehen geschlossen werden und die in westlichen Industrieländern einsetzende „Krise der Familie“, zumindest die Diskussion darüber, weitgehend spurlos an der DDR vorbeigegangen ist, sogar vom Apparat tabuisiert wurde.

Tabelle 6.4: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Familienstand Ost-West (V3)

Familien- stand	Freiburg		Emmen- dingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	N	%	n	%	n	%	N	%
ledig	845	36,3	225	27,4	78	27,2	371	19,0	44	19,0
Lebensge- meinschaft	133	5,7	36	4,4	8	2,8	94	4,8	22	9,5
verheiratet	1.101	47,3	469	57,1	177	61,7	1.282	65,7	148	64,1
verwitwet	111	4,8	47	5,7	9	3,1	112	5,7	12	5,2
geschieden	137	5,9	44	5,4	15	5,2	92	4,7	5	2,2
Gesamt	2.327	100	821	100	287	100	1.951	100	231	100
fehl. Ang.	17	0,7	9	1,1	2	0,7	11	0,6	0	0
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

6.3.4 Anzahl der Kinder

Die Befragten sind ebenfalls gebeten worden anzugeben, wieviele Kinder sie haben. Dabei ergeben sich Probleme dahingehend, daß Kinder oft nicht im Sinne des Alters, sondern im Hinblick auf die familiäre Beziehung verstanden worden sind. So kann eine 80jährige sehr wohl drei Kinder angeben, diese können aber ebenfalls bereits 50 oder 60 Jahre alt sein und ihrerseits wiederum Kinder bzw. Enkel haben. Weiterhin war nicht immer eine eindeutige Zuordnung zu treffen: So machten bei dieser offenen Frage nicht wenige Probanden einen Strich; dabei blieb unklar, ob sie sich nicht äußern möchten oder ob sie keine Kinder haben. Daher wurden nur die Probanden in die Auszählung aufgenommen, von denen eine eindeutige Antwort vorlag, d.h. daß sie mindestens ein Kind angaben. Mit dieser Vorgehensweise ist zwar ein erheblicher Verlust an Personen verbunden, es erschien uns jedoch als die Möglichkeit, bei welcher das Risiko einer Fehlinterpretation der Resultate am geringsten ist.

Die Darstellung in Tabelle 6.5, zeigt erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen: So ist die Zahl der Familien, die nur ein Kind haben, in Freiburg (32,4%) erheblich größer als in den beiden ländlicheren Gemeinden (Emmendingen 28,2%, Löffingen 20,9%); demgegenüber ist auf dem Land eine hohe Zahl kinderreicher Familien zu beobachten (Löff-

fingen: 3 Kinder 22,1%, 4 Kinder 12,2%; Emmendingen: 14,3%, 5,9%; Freiburg: 18,9%, 4,9%). Einen „Ausreißer“ stellt die Kategorie „2 Kinder“ dar: Während in Freiburg (39,8%) und in Löffingen (39,0%) der Anteil weitgehend vergleichbar ist, fällt Emmendingen mit 49,4% deutlich „aus dem Rahmen“. Dieses Ergebnis könnte – abgesehen von einem „Ausreißer“ – dahingehend interpretiert werden, daß Emmendingen als kleine Kreisstadt im näheren Einzugsbereich Freiburgs ein bevorzugtes Wohngebiet von Familien darstellt, die zwar in Freiburg arbeiten, dort aber aufgrund der Wohnungsnot oder hoher Mieten keine adäquate Familienwohnung finden. Das festzustellende Stadt-Land-Gefälle zwischen Freiburg und Löffingen läßt sich durch die eher wertkonservativen, ländlich-bäuerlichen Strukturen Löffingens erklären.

*Tabelle 6.5: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Anzahl der Kinder Ost-West (V4)*

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	N	%	n	%	n	%	N	%
1 Kind	375	32,4	138	28,2	36	20,9	527	35,8	58	33,5
2 Kinder	461	39,8	242	49,4	67	39,0	671	45,6	87	50,3
3 Kinder	219	18,9	70	14,3	38	22,1	190	12,9	18	10,4
4 Kinder	57	4,9	29	5,9	21	12,2	60	4,1	8	4,6
5 u. mehr Kinder	46	4,0	11	2,2	10	5,8	24	1,6	2	1,2
Gesamt	1.158	100	490	100	172	100	1.472	100	173	100

Vergleicht man die Zahlen der drei westdeutschen Gemeinden mit Jena und Kahla, fällt auf, daß im Osten ein höherer Anteil der Befragten maximal zwei Kinder angibt (z.B. Freiburg 72,2%, Emmendingen 77,6%; Jena 81,4%; Löffingen 59,9%, Kahla 83,8%). Die Gründe hierfür dürften vielschichtig sein: Zum einen galt die ehemalige DDR als sehr familienfreundlich; so hatten berufstätige Eltern problemlos die Möglichkeit, ihre Kinder in Horten oder Kinderkrippen unterzubringen, auf der anderen Seite boten jedoch die wenigen verfügbaren und sehr knapp, vielfach standardisiert zugeschnitten Wohnungen kaum die Möglichkeit, mehr als zwei Kinder altersgerecht aufzuziehen. Ein Stadt-Land-Gefälle wie im Westen ist hierbei nicht festzustellen.

6.3.5 Schulabschluß

Betrachtet man die erzielten Schulabschlüsse der Befragten in den fünf Stichproben, so kann man, wie bereits oben gesagt, einen erheblichen „Mittelschicht-Bias“ feststellen, d.h. Absolventen höherer Schulen sind überdurchschnittlich stark vertreten.

Bezüglich der Kategorien „in Ausbildung“, „kein Abschluß“ und „Sonderschule/Hilfsschule“ lassen sich keine erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Orten feststellen, wenngleich die Kategorie „in Ausbildung“ in Emmendingen, Jena und Kahla stärker besetzt ist als in Freiburg und Löffingen. Neben der Verzerrung in Richtung höhere Schulabschlüsse in den westlichen Kommunen ergibt sich ein Stadt-Land-Gefälle dahingehend, daß mit abnehmendem Urbanisierungsgrad die Zahl der Personen mit (Fach-)Hochschulreife sinkt und entsprechend die Zahl der Personen mit Hauptschulabschluß steigt (Hochschulreife: Freiburg 53,4%, Emmendingen 34,4%, Löffingen 24,5%; Hauptschulabschluß: Freiburg 22,5%, Emmendingen 35,0%, Löffingen 46,5%). Ein Grund für diese Unterschiede dürfte darin liegen, daß Freiburg eine Universitätsstadt mit ca. 30.000 Studenten ist, für die eine Hochschulreife zwingende Voraussetzung darstellt. Dies kann in begrenzter Weise auch für Emmendingen geltend gemacht werden, da der Ort im näheren Einzugsbereich Freiburgs liegt.

Für die ostdeutschen Kommunen ist zu berücksichtigen, daß in der ehemaligen DDR die Polytechnische Oberschule (POS) quasi die Regelschulbildung darstellte und der Abgang mit der 10. Klasse allgemein üblich war. Ein Ausscheiden mit der 8. Klasse POS war dagegen in früheren Jahren häufiger anzutreffen, so daß besonders ältere Befragte in diese Kategorie fallen. Daneben gab es auch die Erweiterte Oberschule (EOS); diese war dem westdeutschen Abitur in etwa äquivalent. Diesen Schulabschluß strebten jedoch nur diejenigen an, bei denen ein späteres Studium vorgesehen war. Hier ist zu berücksichtigen, daß ein Hochschulstudium in der ehemaligen DDR nicht zu denselben gesteigerten finanziellen Verdienstmöglichkeiten führte wie in der ehemaligen BRD und zudem von „politischen“ Voraussetzungen abhängig war.

Ein Vergleich der ostdeutschen Kommunen mit den westdeutschen zeigt ebenfalls das bereits erwähnte Stadt-Land-Gefälle. Ähnlich wie im Extremvergleich Freiburg-Löffingen geben auch in Jena deutlich mehr Befragte (35,0%) als in Kahla (21,6%) an, daß sie über einen EOS-Abschluß verfügen (daß Jena Universitätsstadt ist, muß hierbei berücksichtigt wer-

den). Dies geht zu Lasten der niedrigeren Schulabschlüsse; so verfügen in der Jenaer Stichprobe 36,8% über einen Abschluß 10. Klasse POS, in Kahla sind dies 44,1%, und auch der niedrigste Abschluß, die 8. Klasse POS, ist in Kahla mit 26,0% stärker vertreten als in Jena (20,2%). Vergleicht man die Kommunen Freiburg und Jena sowie Löffingen und Kahla miteinander, so fällt allerdings auf, daß im Westen eher eine Tendenz zu den Extrempolen (Hauptschule, Hochschulreife) besteht, wohingegen in den Ost-Kommunen eine deutliche Mitte-Tendenz erkennbar ist, ein Ergebnis das sicherlich durch die strenge staatliche Reglementierung der Schulausbildung in der ehemaligen DDR bedingt war.

Tabelle 6.6: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Allgemeiner Schulabschluß Ost-West (V5)

Schul- abschluß	Freiburg		Emmen- dingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	N	%	n	%	n	%	n	%
in Ausbildung	86	3,8	45	5,6	8	2,8	99	5,1	13	5,7
Kein Abschluß	21	0,9	13	1,6	1	0,4	39	2,0	4	1,8
Sonderschule/ Polyt. Hilfs- schule	4	0,2	2	0,2	-	-	15	0,8	2	0,9
Hauptschule/ 8. Klasse POS	516	22,5	281	35,0	131	46,5	392	20,2	59	26,0
Realschule/ 10. Klasse POS	441	19,2	186	23,2	73	25,9	713	36,8	100	44,1
Abitur/EOS/ FHSreife	1.223	53,4	276	34,4	69	24,5	678	35,0	49	21,6
Gesamt	2.291	100	803	100	282	100	1.936	100	227	100
Fehl. Ang.	53	2,3	27	3,3	7	2,4	26	1,3	4	1,7
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

6.3.6 Haushaltsgröße

Tabelle 6.7 zeigt die Resultate zu den in der Stichprobe vertretenen Haushaltsgrößen im Überblick. Man kann feststellen, daß die Haushaltsgrößen der ostdeutschen Kommunen im Mittel kaum von denen der drei westdeutschen Städte abweichen. Auch hier liegt der Mittelwert im ländlichen Kahla (0 = 3,0) etwas höher als in Jena (0 = 2,8). Dies ist allerdings nicht ganz so deutlich wie der Vergleich Freiburg (0 = 2,5) - Löffingen (0 = 3,2).

Betrachtet man die einzelnen dargestellten Kategorien, fällt auf, daß in den ostdeutschen Kommunen die Ein-Personen-Haushalte nur gering vertreten sind. Der prozentuale Anteil liegt in der Großstadt Jena mit 10,4% noch unter dem der ländlichen Kommune Löffingen (11,7%) im Westen, im Vergleich zu Freiburg (25,3%) ist der Wert nicht einmal halb so hoch.

Dies mag darin begründet liegen, daß der Wohnraum in der ehemaligen DDR knapp war und selbst viele Paare oder Kleinfamilien nur mühsam eine Wohnung fanden, und für Alleinlebende galt dies erst recht. Da allerdings die Befragung ca. zwei Jahre nach der Grenzöffnung und ein Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung durchgeführt wurde, dürfte sich dieser Anteil bereits in Richtung Westniveau angenähert haben. Während sich in der Kategorie „2 Personen“ kaum Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Kommunen ergeben, sind in Ostdeutschland die Drei-Personen-Haushalte sehr stark vertreten. So liegen die Prozentwerte für Jena (28,7%) und Kahla (26,5%) deutlich über denen der drei westlichen Städte, mit einer leichten Einschränkung in bezug auf Löffingen (21,6%). Auch die großen Haushalte mit vier und mehr Personen sind im Osten stark vertreten, allerdings ist hier der Unterschied zum Westen nicht so deutlich.

Tabelle 6.7: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten: Haushaltsgröße (V6) Ost-West

Haushaltsgröße	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	N	%	n	%	N	%	N	%
eine Person	584	25,3	112	13,7	33	11,7	202	10,4	19	8,4
2 Personen	765	33,2	273	33,3	67	23,7	615	31,7	59	26,1
3 Personen	413	17,9	150	18,3	61	21,6	557	28,7	60	26,5
4 und mehr Personen	545	23,5	285	34,8	122	43,1	568	29,2	88	38,9
Gesamt	2.307	100	820	100	283	100	1.942	100	226	100
0/s*	2,5	1,4	2,9	1,3	3,2	1,5	2,8	1,1	3,0	1,1
fehl. Ang.	37	1,6	10	1,2	6	2,1	20	1,0	5	2,2
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

*0 = durchschnittliche Anzahl der Personen aller Haushalte (Mittelwertsangabe); s = Standardabweichung

Insgesamt fällt auf, daß ein extremes Stadt-Land-Gefälle bei den großen bzw. den Ein-Personen-Haushalten, wie es im Westen festgestellt werden

konnte, im Osten nicht zu beobachten ist, wobei sich allerdings dieselbe Tendenz wie im Westen zeigt.

Neben der Frage nach der Haushaltsgröße wurde auch die Alterszusammensetzung der Haushalte erfaßt. Es wurden drei Alterskategorien erstellt: „Personen unter 14 Jahre“, „Personen von 14 bis unter 18 Jahre“ und „Personen 18 Jahre und älter“. Dabei erwies sich die letztgenannte Kategorie, d.h. die Anzahl der Erwachsenen im Haushalt, als nicht interpretierbar. Hier ergaben sich v.a. Mißverständnisse bei den Probanden (die Angabe sollte unter Berücksichtigung der eigenen Person erfolgen). Daher soll nachfolgend nur auf die beiden ersten Kategorien bezüglich der Kinder und der Jugendlichen eingegangen werden.

Da es in vielen Fragebögen unklar blieb, ob im Haushalt des Befragten Kinder leben oder ob zu dieser Frage keine Angaben gemacht wurden, entschieden wir uns, nur solche Ergebnisse darzustellen, die eine eindeutige Zuordnung ermöglichen. Das heißt, es wurden nur Fälle aufgenommen, bei denen mindestens eine Person der entsprechenden Alterskategorie angegeben wurde. Aussagen und Vergleiche sind deshalb nur über die Zahl der Personen innerhalb der entsprechenden Alterskategorie möglich.

Betrachtet man zunächst die Verteilungen bezüglich im Haushalt lebender Personen unter 14 Jahre, so zeigt Tabelle 6.8, daß in Freiburg in den meisten Fällen nur ein Kind angegeben wurde (56,2%). In rund einem Drittel der Fälle (31,5%) sind es zwei Kinder. Dies entspricht in etwa auch den Zahlen Löffingens; hier entfallen auf ein Kind 57,0% der Nennungen, auf zwei Kinder 33,3%. In Emmendingen dagegen ist das Verhältnis zwischen ein (49,6%) und zwei (42,0%) im Haushalt lebenden Kindern weitgehend ausgeglichen. Drei oder mehr Kinder unter 14 Jahren spielen in den drei westlichen Kommunen kaum eine Rolle; in Freiburg sind es insgesamt 12,3%, in Emmendingen 8,4% und in Löffingen 9,7%.

Zwischen den beiden östlichen Befragungsstädten sind die Prozentwerte nahezu identisch. 65,0% geben in Jena an, daß es sich um ein Kind handelt, in Kahla sind es 63,6%. Das zeigt im Vergleich zu den drei westdeutschen Städten, daß im Osten Haushalte mit einem Kind unter 14 Jahren häufiger sind als im Westen. Dies geht besonders zu Lasten der Haushalte mit drei oder mehr Kindern. Tendenziell weist es darauf hin, daß die Kinderzahl in den ostdeutschen Kommunen etwas geringer ist als in den westdeutschen. Im Osten scheint ein stärkerer Trend in Richtung Ein- bzw. maximal Zwei-Kind-Familie vorzuherrschen. Allerdings sollten diese Resultate angesichts der o.g. Auswertungsprobleme nicht überinterpretiert werden.

*Tabelle 6.8: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Anzahl der im Haushalt lebenden Personen unter 14 Jahren
Ost-West (V6A)*

Personen unter 14 im Haushalt	Freiburg		Emmen- dingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1 Person	261	56,2	111	49,6	53	57,0	455	65,0	63	63,6
2 Personen	146	31,5	94	42,0	31	33,3	214	30,6	31	31,3
3 Personen	50	10,8	16	7,1	9	9,7	21	3,0	3	3,0
4 Personen	4	0,9	2	0,9	–	–	8	1,1	1	1,0
5 u. mehr Personen	3	0,6	1	0,4	–	–	2	0,3	1	1,0
Gesamt	464	100	224	100	93	100	700	100	99	100

Daß dieses Ergebnis weitgehend stabil ist, geht aus den Angaben der Tabelle 6.9 hervor. Betrachtet man die Zahl der im Haushalt lebenden Personen zwischen 14 und 18 Jahren, d.h. der Jugendlichen, so stellt man fest, daß die drei westdeutschen Kommunen bezüglich den Kategorien eine bzw. zwei Person in der genannten Altersgruppe weitgehend homogen

*Tabelle 6.9: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Anzahl der im Haushalt lebenden Personen zwischen 14
und 18 Jahren Ost-West (V6B)*

Personen 14 bis un- ter 18 im Haushalt	Freiburg		Emmen- dingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1 Person	185	80,4	105	82,7	35	83,3	328	87,7	40	88,9
2 Personen	42	18,3	20	15,7	7	16,7	41	11,0	5	11,1
3 u. mehr Personen	3	1,3	2	1,6	–	–	5	1,3	–	–
Gesamt	230	100	127	100	42	100	374	100	45	100

sind (Freiburg: 1 Person 80,4%, 2 Personen 18,3%; Emmendingen: 82,7%, 15,7%; Löffingen: 83,3%, 16,7%). In den beiden ostdeutschen Städten dagegen geben mehr Befragte an, daß nur ein Jugendlicher mit im Haushalt

lebt (Jena 87,7%, Kahla 88,9%). Dies dürfte angesichts der bereits diskutierten Probleme in Ostdeutschland zu DDR-Zeiten bezüglich der Wohnungsvergabe v.a. darauf zurückzuführen sein, daß schon zu Zeiten der DDR im wesentlichen nur ein Kind im Haushalt großgezogen wurde. Dies korrespondiert mit den in Abschnitt 6.3.4 festgestellten Zahlen bezüglich der Kinderzahl der Befragten (auch hier gaben mehr als 80% der Befragten aus Jena und Kahla an, nur ein bzw. zwei Kinder zu haben), auf der anderen Seite ist es jedoch denkbar, daß in den ostdeutschen Kommunen gerade ältere Kinder – angesichts der knappen und kleinen Wohnungen – bei Verwandten, z.B. den Großeltern, aufwuchsen. Allerdings läßt das Zahlenmaterial keine umfassende und erschöpfende Diskussion zu.

6.3.7 *Stellung des Befragten im Haushalt*

In das Untersuchungsinstrument ist die Frage zur Stellung des Befragten im Haushalt aufgenommen worden. Mögliche Angaben sind hierbei: Haushaltsvorstand (in der Definition des-/derjenigen, der/die meisten geschäftlichen Verpflichtungen des Haushalts verantwortet), dessen Ehepartner bzw. Lebensgefährte, Kind, Verwandter und sonstiger Mitbewohner. Eine Übersicht über die Verteilung der Antwortkategorien in den Kommunen gibt Tabelle 6.10.

Betrachtet man die prozentualen Verteilungen, so kann man – zumindest tendenziell – ein Stadt-Land-Gefälle feststellen. So sieht sich zwar mit Abstand der größte Anteil der Befragten in der Rolle des Haushaltsvorstandes, eine Bezeichnung, die sicher etwas „antiquiert“ wirkt, die jedoch in soziodemographischen Merkmalerhebungen durchaus Verwendung in der hier benutzten Form findet. Der Anteil in Freiburg ist mit 54,6% jedoch deutlich größer als in Emmendingen (47,3%) oder in Löffingen (46,8%). Parallel hierzu wird die Angabe „Frau/Mann des Haushaltsvorstandes“ in Freiburg deutlich seltener gemacht (28,3%) als in Emmendingen (32,5%) oder in Löffingen (32,1%). Dies dürfte zum einen auf die höhere Zahl der Einpersonenhaushalte in der Freiburger Stichprobe zurückzuführen sein – der/die dort Lebende ist zwangsläufig Haushaltsvorstand –, zum anderen könnte auch hier eine konservativere Sichtweise der in ländlichen Gemeinden Lebenden im Sinne einer traditionellen Rollenteilung wirksam werden.

Betrachtet man die restlichen drei Kategorien zur Stellung des Befragten im Haushalt, zeigt sich, daß der Status „Kind“ vor allem in Löffingen (17,5%) und in Emmendingen (16,5%) genannt wird, während er in Freiburg mit 9,9% deutlich schwächer vertreten ist. Dies ist besonders für die

Löffinger Stichprobe bemerkenswert, da hier nur Personen ab 18 Jahren befragt wurden, und weist darauf hin, daß ein großer Anteil junger Erwachsener in der ländlichen Gemeinde noch im elterlichen Haushalt lebt. Während die Kategorie „Verwandter“ in allen drei Orten nur sehr gering besetzt ist (Freiburg 0,5%; Emmendingen 1,5% und Löffingen 0,4%), geben in Freiburg 6,7% an, ein „sonstiger Mitbewohner“ zu sein. Dies dürften – vor allem, weil diese Kategorie in Emmendingen (2,2%) und in Löffingen (3,2%) deutlich schwächer besetzt ist – Bewohner von Wohngemeinschaften oder Untermieter von einzelnen Zimmern sein, Wohnformen, die sich als „studentisch“ bezeichnen lassen.

Tabelle 6.10: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten: Stellung des Befragten im Haushalt Ost-West (V7)

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	N	%	n	%	n	%
Haushaltsvorstand	1.202	54,6	373	47,3	131	46,8	944	49,4	97	43,7
Frau/Mann des Hvorstands	622	28,3	256	32,5	90	32,1	708	37,1	98	44,1
Kind	217	9,9	130	16,5	49	17,5	227	11,9	23	10,4
Verwandte(r)	12	0,5	12	1,5	1	0,4	15	0,8	2	0,9
sonstiger Mitbewohner	148	6,7	17	2,2	9	3,2	16	0,8	2	0,9
Gesamt	2.201	100	788	100	280	100	1.910	100	222	100
fehl. Ang.	143	6,1	42	5,1	9	3,1	52	2,7	9	3,9
Gesamt	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

Ein ähnliches Stadt-Land-Gefälle findet sich auch in den beiden ostdeutschen Gemeinden; so geben in Jena 49,4% der Befragten an, Haushaltsvorstand zu sein, in Kahla dagegen nur 43,7%; hier wiederum bezeichnen sich 44,1% – und damit die größte Kategorie – als Lebenspartner des Haushaltsvorstands, in Jena sind dies nur 37,1%. Dennoch ist in den ostdeutschen Kommunen die Antwortkategorie „Frau/Mann des Haushaltsvorstands“ deutlich stärker besetzt als in den westdeutschen. Dies deutet darauf hin, daß eine solche vorgegebene (traditionelle) Rollenteilung – trotz vielleicht anders lautender Parolen des früheren DDR-Regimes – noch stärker (in den Köpfen) ausgeprägt ist als selbst in der konservativen länd-

lichen Westgemeinde. Die Kategorie „Kind“ ist in Jena und in Kahla etwa gleich stark vertreten (11,9% bzw. 10,4%), sie liegt jedoch in der Größenordnung der Stadt Freiburg und damit deutlich niedriger als in Emmendingen oder Löffingen. Dies kann als ein weiteres Indiz dafür gewertet werden, daß in Ostdeutschland eher wenige Kinder in der Familie vorhanden waren bzw. dort lebten.

6.3.8 *Nettohaushaltseinkommen*

Die Probanden wurden gebeten anzugeben, wie hoch ungefähr das monatliche Nettoeinkommen ihres Haushalts in DM sei. Dabei sollten alle Einkommen der Haushaltsmitglieder addiert werden. Um einerseits die Einschätzung und andererseits bei dieser – zumindest im deutschsprachigen Raum – sehr „intimen“ Frage die Antwortbereitschaft zu erleichtern, wurden zehn Kategorien vorgegeben, in welche sich die Befragten einordnen sollten. Tabelle 6.11 gibt einen Überblick über die Verteilungen.

Vergleicht man die westdeutschen Stichproben untereinander, so fällt auf, daß in Freiburg geringe Einkommen unter 1.000 DM relativ stark vertreten sind (13,5%; Emmendingen 7,7%, Löffingen 6,4%). Ein Grund hierfür dürfte im hohen Anteil der Studenten an der Stichprobe zu sehen sein, gerade in diesen unteren Einkommensgruppen „verbergen“ sich hauptsächlich BaföG-Empfänger und „Jobber“. In den nachfolgenden Einkommensgruppen bis unter 2.000 DM dominiert leicht die Löffinger Stichprobe (20,2%; Freiburg 16,1%, Emmendingen 13,5%), allerdings sind die Unterschiede bei getrennter Betrachtung der beiden Kategorien nicht sehr deutlich.

Erhebliche Unterschiede finden sich in den Einkommensgruppen 2.500 bis unter 3.000 DM: 17,0% der Löffinger Befragten geben ein Einkommen dieser Höhe an; dieser Anteil ist um ca. 5% größer als in Freiburg oder Emmendingen. In der Kategorie 3.000 bis unter 4.000 DM ist der Anteil der Emmendinger (22,0%) um ca. 6% höher als in Freiburg (16,7%) oder Löffingen (16,3%). Insgesamt zeigt sich, daß die Emmendinger im statistischen Durchschnitt über das höchste Nettohaushaltseinkommen verfügen (0 = 7,2; d.h. Kategorie 7: 2.500 bis unter 3.000 DM), es folgen die Löffinger (0 = 7,0), am „unteren“ Ende befindet sich die Freiburger Stichprobe (0 = 6,8). Dies dürfte an dem bereits erwähnten hohen Anteil der Studierenden liegen. Ein möglicher Grund für das relativ hohe Einkommen in Emmendingen mag darin liegen, daß Emmendingen im näheren Einzugsbereich Freiburgs als ein bevorzugter Wohnsitz von Pendlern gewählt wird,

aber auch darin, daß für junge Geringverdienende (z.B. Studenten) Emmendingen aufgrund der schwächeren Infrastruktur im Vergleich zu Freiburg weniger attraktiv ist als die Großstadt.

*Tabelle 6.11: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Monatliches Nettoeinkommen des Haushalts in DM – Ost-West (V8)*

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	N	%
(1) unter 500 DM	73	3,3	12	1,5	7	2,5	30	1,6	3	1,4
(2) 500 bis unter 750 DM	81	3,7	23	3,0	5	1,8	89	4,7	8	3,7
(3) 750 bis unter 1.000 DM	144	6,5	25	3,2	6	2,1	110	5,8	19	8,7
(4) 1.000 bis unter 1.500 DM	142	6,4	46	5,9	21	7,4	267	14,0	34	15,6
(5) 1.500 bis unter 2.000 DM	216	9,7	59	7,6	36	12,8	342	18,0	47	21,6
(6) 2.000 bis unter 2.500 DM	236	10,6	87	11,2	27	9,6	326	17,1	41	18,8
(7) 2.500 bis unter 3.000 DM	270	12,2	92	11,8	48	17,0	315	16,5	29	13,3
(8) 3.000 bis unter 4.000 DM	370	16,7	171	22,0	46	16,3	296	15,5	28	12,8
(9) 4.000 bis unter 5.000 DM	308	13,9	115	14,8	41	14,5	95	5,0	7	3,2
(10) über 5.000 DM	376	17,0	148	19,0	45	16,0	35	1,8	2	0,9
Gesamt	2.216	100	778	100	282	100	1.905	100	218	100
0/s*	6,8	2,5	7,2	2,2	7,0	2,3	5,8	2,0	5,5	1,9
fehl. Ang.	128	5,5	52	6,3	7	2,4	57	2,9	13	5,6
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

*0 = durchschnittliche Einkommenskategorie (Mittelwertsangabe)

s = Standardabweichung

Diesen Trend bestätigt eine vom Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Jahr 1995 durchgeführte Analyse (Badische Zeitung, 9.1.1996, Der „Speckgürtel“ unter der Lupe. LOK 04). Das Amt kommt hierbei zu dem Ergebnis, daß junge und einkommensstarke Familien v.a. aufgrund des günstigeren und großzügigeren Wohnraumangebots in Nachbargemeinden ziehen, während viele junge Menschen im Ausbildungsalter in die Stadt Freiburg kommen. Für Löffingen können solche Gründe kaum geltend gemacht werden, hier zeigt sich allerdings auch eine sehr breite und gleichmäßige Streuung der Prozentwerte ab 2.500 DM.

In den beiden ostdeutschen Kommunen ist das Nettoeinkommen erwartungsgemäß niedriger als in den westdeutschen Städten, der Mittelwert ist um gut einen Punkt geringer als in Westdeutschland. So liegt das durchschnittliche Einkommen in Jena wie in Kahla in der Kategorie 1.500 bis 2.000 DM (Jena 0 = 5,8; Kahla 0 = 5,5). Zwischen den beiden ostdeutschen Städten ergeben sich zudem leichte Unterschiede in den einzelnen prozentualen Verteilungen. Faßt man die Einkommensgruppen bis zu 2.000 DM zusammen, so geben 44,1% der Jenaer an, in eine dieser Kategorien zu fallen, in Kahla ist der Anteil um ca. sieben Prozent höher (51,0%). Dies spiegelt sich auch im Mittelwert wider und bedeutet zugleich, daß in Jena mehr als die Hälfte der Befragten über ein Nettoeinkommen von mehr als 2.000 DM monatlich verfügen. Damit ist in Ostdeutschland zum Erhebungszeitpunkt 1991/92 noch kein „Stadt-Land-Gefälle“ dahingehend festzustellen, daß im näheren Einzugsbereich von Großstädten (Kahla) vermehrt finanziell „Bessergestellte“ anzutreffen sind, wie dies im Westen der Fall ist.

6.3.9 *Ausbildungsabschluß*

Um den beruflichen Status der Befragten einschätzen zu können, wurde nach dem jeweils höchsten erreichten Ausbildungsabschluß gefragt. Dabei unterscheiden sich die ost- und westdeutschen Fragebogenversionen in der Weise, daß nach der Kategorie „Lehre mit Abschluß“ in Jena und in Kahla nicht gefragt wurde. Diese westliche Qualifikation entspricht in etwa dem Facharbeiter. Betrachtet man die Darstellung der Verteilungen der drei westdeutschen Kommunen (vgl. Tabelle 6.12), so fällt auf, daß der Anteil derjenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden, in Freiburg (24,4%) und in Emmendingen (23,5%) deutlich höher ist als in Löffingen (17,6%). Der hierunter fallende hohe Anteil der in Freiburg sowie in der Nachbarstadt Emmendingen lebenden Schüler und Studenten dürfte die Unterschiede von sechs bzw. sieben Prozentpunkten erklären. Ansonsten zeigt sich

erneut die bereits unter Punkt 6.2.4 (Schulabschluß) erwähnte und diskutierte unterschiedliche Bevölkerungsstruktur der Universitätsgrößtadt Freiburg, der sich in ihrem Einzugsbereich befindlichen Kleinstadt Emmendingen und des ländlich-schwach strukturierten Löffingen. Erneut ist der sogenannte „Mittelschicht-Bias“ festzustellen. Während in Freiburg 25,6% der Befragten als höchsten Ausbildungsabschluß „Lehre mit Abschluß“ angeben, sind dies in Emmendingen 33,4% und in Löffingen sogar 38,6%, d.h. 13% mehr als in Freiburg. Ebenso sind die handwerklichen bzw. industriellen Weiterbildungsabschlüsse Teilfacharbeiter, Facharbeiter und Meister in Löffingen deutlich stärker repräsentiert (insgesamt 21,7%) als in Emmendingen (insgesamt 12,5%) oder in Freiburg (insgesamt 9,3%). Während es in der Kategorie „Fachschule“ (einer schulischen Weiterbildung) kaum Unterschiede zwischen den Orten gibt, ist mit 27,5% der Hochschulabschluß in Freiburg die am häufigsten genannte Kategorie. Bereits im näheren Einzugsbereich, in Emmendingen, ist der Anteil mit 18,2% deutlich niedriger, und in Löffingen (9,2%) beträgt die Zahl der sich in der Stichprobe befindlichen Hochschulabsolventen gerade ein Drittel verglichen mit Freiburg. Diese deutlichen Unterschiede sind, wie bereits erwähnt, darauf zurückzuführen, daß in der Universitätsstadt Freiburg viele „ehemalige“ Studenten ein neues Zuhause finden und auch nach ihrem Studienabschluß in der Stadt bleiben bzw. in Nachbargemeinden (wie z.B. Emmendingen) umziehen. Entsprechend dürfte die Verzerrung in Richtung Mittelschicht deutlich stärker zum Tragen kommen, weil in Freiburg erheblich mehr Hochgebildete als im Landesdurchschnitt leben.

Vergleicht man die Ergebnisse der ostdeutschen Stichproben, so zeigt sich, daß der Anteil der sich in Ausbildung befindlichen Befragten in Jena (11,8%) und in Kahla (9,3%) deutlich geringer ist als in den drei westdeutschen Orten. Dies mag damit zusammenhängen, daß die Stichproben in Jena und Kahla generell etwas älter sind als die westdeutschen. Ein Schwerpunkt der Nennungen ergibt sich in der Kategorie „Facharbeiter“; diesen Ausbildungsabschluß geben in Jena 39,1% und in Kahla sogar 52,0% der Befragten an. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich hierbei um den „Regelabschluß“ in der ehemaligen DDR handelte. Auf der anderen Seite lassen sich jedoch Parallelen zu den westdeutschen Kommunen aufzeigen. So ist der Anteil der Hochschulabsolventen in der Stichprobe aus der Universitätsstadt Jena (20,7%) mehr als doppelt so hoch wie in Kahla (9,3%). Hierfür können, wie schon im Vergleich Freiburg - Löffingen, ähnliche Gründe geltend gemacht werden.

Tabelle 6.12: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Beruflicher Ausbildungsabschluß (V10)

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	N	%	N	%	n	%
noch in Schule/Ausbildung; keine abgeschl. Berufsausbildung	551	24,4	186	23,5	48	17,6	229	11,8	21	9,3
Lehre mit Abschluß	579	25,6	265	33,4	105	38,6	–	–	–	–
Teilfacharbeiter	38	1,7	7	0,9	9	3,3	29	1,5	4	1,8
Facharbeiter	106	4,7	58	7,3	30	11,0	758	39,1	117	52,0
Meister	66	2,9	34	4,3	20	7,4	89	4,6	16	7,1
Fachschule	298	13,2	99	12,5	35	12,9	433	22,3	46	20,4
Hochschule/Univ.	622	27,5	144	18,2	25	9,2	402	20,7	21	9,3
Gesamt	2.260	100	793	100	272	100	1.940	100	225	100
fehl. Ang.	84	3,6	37	4,5	17	5,9	22	1,1	6	2,6
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

6.3.10 Derzeitige Erwerbssituation

Hinsichtlich der Angabe der Erwerbssituation ergab sich in den westdeutschen Kommunen die Möglichkeit der Mehrfachantworten. Wenn ein Befragter mehr als eine Angabe machte, z.B. Hausfrau/-mann und Rentner/Pensionär, so wurde dies jeweils gesondert aufgenommen. In den beiden ostdeutschen Gemeinden wurde diese Möglichkeit nicht im Datensatz berücksichtigt. Hierdurch ergibt sich für Freiburg, Emmendingen und Löffingen das Problem, daß sowohl eine fallbezogene Auswertung (Summe der befragten Personen = 100%; Tabelle 6.13) als auch eine antwortenbezogene Auswertung (Summe der Antworten = 100%) erfolgen kann. Um die Ergebnisse mit den ostdeutschen Kommunen vergleichbar zu machen, erfolgte eine Beschränkung auf die fallbezogene Auswertung. Das heißt, es wurden nur Personen berücksichtigt, die eine und damit eindeutige Antwort gaben. Personen die mehr als eine Form der Erwerbstätigkeit nannten, wurden als „nicht eindeutige Fälle“ ausselegiert. In Freiburg traf dies auf 280 Personen zu, in Emmendingen auf 112 und in Löffingen auf 39 Personen (vgl. Tabelle 6.13).

Tabelle 6.13: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
 Erwerbssituation, nur "Einfachantworten" (VIIA-VIIK)

Erwerbssituation	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	N	%	N	%
Erwerbstätig (auch selbstständig)	905	45,0	330	47,3	130	52,8	1.089	57,0	134	62,0
Arbeitslos	42	2,0	23	3,3	5	2,0	175	9,2	28	13,0
Hausfrau/-mann	219	10,9	94	13,5	41	16,7	36	1,9	8	3,7
Rentner/Pensionär	358	17,8	127	18,2	39	15,9	316	16,5	23	10,6
Vorruhestand	10	0,5	1	0,1	1	0,4	73	3,8	5	2,3
Schüler, Student	409	20,3	86	12,3	13	5,3	149	7,8	15	6,9
Auszubildender	42	2,0	25	3,6	9	3,7	52	2,7	3	1,4
Wehr-, Zivil- dienst	7	0,3	10	1,4	4	1,6	10	0,5	–	–
Sonstiges	21	1,0	1	0,1	4	1,6	11	0,6	–	–
Gesamt	2.013	100	697	100	246	100	1.911	100	216	100
Fehl. Ang.	51	2,2	21	2,5	4	1,4	51	2,6	15	6,5
nicht eindeutige Fälle	280	11,9	112	13,5	39	13,5	–	–	–	–
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

Im Hinblick auf die westdeutschen Stichproben kann man feststellen, daß der höchste prozentuale Anteil der Befragten in allen drei Orten auf die Kategorie „erwerbstätig“ entfällt; allerdings ist der Anteil in Freiburg (45,0%) etwas geringer als in Emmendingen (47,3%) und um ca. acht Prozent niedriger als in Löffingen (51,8%). Dies ist v.a. auf die Kategorie „Schüler/Student“ zurückzuführen: Während in Freiburg 20,3% der Befragten sich hier einordnen, sind es in Emmendingen mit 12,3% deutlich weniger, und in Löffingen beträgt der Anteil von 5,3% gerade ein Viertel des Freiburger Wertes. Auffallend ist zudem die unterschiedliche Verteilung der Kategorie „Hausfrau/-mann“. Während in Freiburg 10,9% der Befragten diese angeben, sind es in Emmendingen 13,5% und in Löffingen bereits 16,7%. Hierfür dürfte das Stadt-Land-Gefälle verantwortlich gemacht werden; in der ländlichen Gemeinde Löffingen dürften stärker als im akademisch geprägten Freiburg wertkonservative Einstellungen anzutreffen

sein. So kann man in ländlichen Regionen eher von einer traditionellen Rollenverteilung dahingehend ausgehen, daß Frauen ausschließlich den Haushalt versorgen und entsprechend Männer der Berufstätigkeit nachgehen. Auffallend ist der geringe Anteil Arbeitsloser in allen drei Kommunen. So geben lediglich 2,0% (Freiburg und Löffingen) bzw. 3,3% (Emmendingen) der Befragten an, daß sie ausschließlich arbeitslos sind. Hierfür könnte möglicherweise eine gewisse „Verweigerungshaltung“ der Arbeitslosen verantwortlich sein, die zur Beantwortung der Fragebögen weniger bereit waren, zum anderen handelt es sich um eine Selbstdefinition von Arbeitslosigkeit, d.h. eine Frau, die evtl. vor mehreren Jahren ihren Arbeitsplatz verloren hat und seitdem als „Hausfrau“ tätig ist, wird sich evtl. nicht (mehr) der Kategorie arbeitslos zuordnen, da sie sich (gezwungenermaßen) mit ihrer „neuen“ Rolle mittlerweile identifiziert hat.

Betrachtet man die ostdeutschen Verteilungen, so fallen einige Diskrepanzen zum Westen auf: Ähnlich wie in Westdeutschland ist zwar der Anteil der Erwerbstätigen in der Kleinstadt Kahla etwas größer (62,0%) als in der Universitätsstadt Jena (57,0%), im Vergleich zum Westen sind jedoch die Prozentwerte insgesamt deutlich größer. Dies bedeutet, daß von den Befragten der Stichprobe in Ostdeutschland erheblich mehr als in Westdeutschland einem Beruf nachgehen bzw. zu der Zeit der Befragung nachgingen. Dieser Unterschied geht vor allem zu Lasten der Kategorie „Hausfrau/-mann“, hier sind die Prozentwerte um ca. Faktor 5 geringer (Jena 1,9%, Kahla 3,7%) als in den vergleichbaren westlichen Kommunen. Dies mag daran liegen, daß in der ehemaligen DDR Frauen sehr oft berufstätig waren und die Möglichkeit hatten, ihre Kinder bereits in jungem Alter in Kindertagesstätten zu geben.

Ein weiterer auffälliger Unterschied ergibt sich in der Kategorie „arbeitslos“. Es sind mehr als viermal so viele Befragte in Jena (9,2%) bzw. in Kahla (13,0%) arbeitslos wie in den westlichen Gemeinden. Dabei scheint die Kleinstadt Kahla, die allerdings durch Industrieansiedlungen dominiert wurde, besonders stark von der im Zuge der Wiedervereinigung in Ostdeutschland entstandenen Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. In diesem Zusammenhang dürfte auch der im Vergleich zum Westen hohe Anteil an sich im Vorruhestand befindlichen Befragten (Jena 3,8%; Kahla 2,3%) zu sehen sein. Dies dürften v.a. ältere Befragte sein, die auf dem eng gewordenen Arbeitsmarkt in den neuen Ländern kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz-erhalt mehr haben. Überraschend ist der geringe Unterschied zwischen Jena und Kahla hinsichtlich der Kategorie „Schüler, Student“. Während der

Unterschied im Westen zwischen der Universitätsstadt Freiburg und der ländlichen Gemeinde Löffingen 15% beträgt, geben in Jena nur 0,9% mehr Befragte (7,8%) als in Kahla (6,9%) an, in diese Kategorie zu fallen. Dies ist für die Universitätsstadt Jena etwas überraschend, da, wie Tabelle 6.6 zeigte, ca. 14% mehr Befragte als in Kahla über einen EOS-Schulabschluß verfügten. Möglicherweise war in Jena die studentische Population weit weniger als in Freiburg bereit, an der Untersuchung teilzunehmen. Das relativ hohe Schulbildungsniveau in Jena läßt sich daher eher mit einem hohen Anteil an Akademikern oder Berufstätigen mit EOS-Abschluß erklären.

6.3.11 Umfang der derzeitigen Tätigkeit

Neben der Frage nach genereller Erwerbstätigkeit wurde den Probanden die Frage gestellt, in welchem Umfang sie zur Zeit tätig sind. Dabei wurde in der Auswertung nicht nach solchen Befragten getrennt, die explizit angaben erwerbstätig zu sein, sondern es wurden alle Angaben berücksichtigt. Hintergrund dieser Überlegung war, daß z.B. Studenten, Schüler oder Rentner vielfach stundenweise, z.T. auch halb- oder gar ganztags einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sich aber in der vorangegangenen Frage (vgl. Kap. 6.3.10) nicht als erwerbstätig bezeichnet hatten. Die Darstellung der Ergebnisse findet sich in Tabelle 6.14.

Zwischen den drei westdeutschen Kommunen gibt es Verteilungsunterschiede dahingehend, daß mit geringer werdendem Urbanisierungsgrad die Zahl der Vollzeit-Erwerbstätigen zunimmt. In Freiburg geben 72,5% der Befragten an, ganztags erwerbstätig zu sein, in Emmendingen (74,9%) und besonders in Löffingen (79,8%) ist der Wert deutlich größer. Demgegenüber findet man in Freiburg den höchsten Anteil an stundenweise Tätigen (14,0%), in Emmendingen (11,1%) und Löffingen (10,1%) sind es weniger. Dies dürfte auf die genannten Gruppen der nebenbeschäftigten Studenten, Schüler und Rentner zurückzuführen sein. Auf der anderen Seite ist in den größeren Kommunen – dies trifft auf Freiburg, zum Teil aber auch auf Emmendingen im Freiburger Einzugsbereich zu – das Angebot an Teilzeitbeschäftigungsstellen erheblich größer als in einer ländlichen Gemeinde.

In den beiden ostdeutschen Kommunen sind im Vergleich zum Westen etwas mehr, im Vergleich Freiburg-Jena sogar 10% mehr, Befragte ganztags erwerbstätig (Jena 82,8%; Kahla 80,6%). Demgegenüber ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erheblich niedriger als im Westen. Während in den drei westlichen Orten Kurzarbeit sowie die sogenannte „Null-Stunden-

Kurzarbeit“ – ein ostdeutsches Spezifikum, das im Zuge der Abwicklung vieler Betriebe entstand – keine Rolle spielt, geben in Jena 2,6% der Befragten an, als Kurzarbeiter tätig zu sein, in Kahla sind es 3,9%. Deutlich größer ist der Anteil der „Null-Stunden-Kurzarbeiter“, dieser beträgt in Jena 6,3% und in Kahla sogar 10,3%. Wiederum fällt auf, daß die Vorortgemeinde Kahla, in welcher zu DDR-Zeiten rege Industrie vorherrschte, offensichtlich stärker von der wirtschaftlichen Umstrukturierung im Zuge der Wiedervereinigung betroffen ist als Jena.

Tabelle 6.14: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten: Umfang der derzeitigen Tätigkeit, Ost-West (V14)

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
ganztags	1.148	72,5	417	74,9	166	79,8	1.038	82,8	125	80,6
halbtags	210	13,3	76	13,6	21	10,1	69	5,5	6	3,9
Stundenweise	221	14,0	62	11,1	21	10,1	35	2,8	2	1,3
als Kurzarbeiter	5	0,3	2	0,4	–	–	32	2,6	6	3,9
als Null-Stunden Kurzarbeiter	–	–	–	–	–	–	79	6,3	16	10,3
Gesamt	1.584	100	557	100	208	100	1.253	100	155	100
Fehl. Ang.	760	32,4	273	32,9	81	28,0	709	36,1	76	32,9
Gesamt N	2.344	100	830	100	289	100	1.962	100	231	100

Die hohe Zahl derjenigen, die bei dieser Frage keine Angaben machten, dürfte auf diejenigen zurückgehen, die „tatsächlich“ nicht erwerbstätig sind.

6.3.12 Berufliche Stellung

Abschließend soll der Frage nach der beruflichen Stellung der antwortenden Personen nachgegangen werden. Im Gegensatz zur vorangegangenen Frage hinsichtlich des Umfangs der Tätigkeit werden hier nur solche Personen aufgenommen, die in Frage 11 des Untersuchungsinstruments (vgl. Kap. 6.3.10) eine Erwerbstätigkeit angegeben hatten. Es ist zwar denkbar, daß auch Schüler oder Rentner in ländlichen Regionen wie z.B. Löffingen als Helfer in der Landwirtschaft eingesetzt werden und sich daher als „mit-helfende Familienangehörige“ bezeichnen, die in Tabelle 6.15 dargestellten

Kategorien legen jedoch die Ausübung einer eigenständigen Berufstätigkeit nahe.

Betrachtet man die in Tabelle 6.15 dargestellten Verteilungen in bezug auf die westdeutschen Kommunen, kann man ein deutliches Stadt-Land-Gefälle feststellen. So ist in der Freiburger Stichprobe, v.a. im Vergleich zu Löffingen, die Zahl der Selbständigen (13,3%; Emmendingen 13,2%; Löffingen 8,9%), der Angestellten (57,1%; Emmendingen 52,9%; Löffingen 51,6%) und der Beamten (16,1%; Emmendingen 14,9%; Löffingen 8,3%) deutlich größer. Auf der anderen Seite überwiegt in der ländlichen Gemeinde Löffingen neben der Zahl der mithelfenden Familienmitglieder (die jedoch angesichts der kleinen Fallzahlen kaum interpretiert werden können) der Anteil der Arbeiter (Löffingen 26,8%; Emmendingen 16,2%; Freiburg 11,5%). Diese Verteilungen sind aufgrund der unterschiedlichen Strukturen der Orte verständlich, so wird das Zentrum Freiburg stark durch den Dienstleistungs- und Verwaltungssektor bestimmt, während in Löffingen, neben einem kleineren Kurbetrieb, besonders Landwirtschaft und Handwerk bestimmend sind.

*Tabelle 6.15: Demographische Variablen, getrennt nach Befragungsorten:
Derzeitige berufl. Stellung (nur Erwerbstätige) Ost-West (V 16)*

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Selbständiger	138	13,3	52	13,2	14	8,9	40	3,8	5	3,8
mithelf. Fam.mitglied	21	2,0	11	2,8	7	4,5	13	1,2	–	–
Arbeiter	119	11,5	64	16,2	42	26,8	240	22,6	65	49,2
Angestellter	593	57,1	209	52,9	81	51,6	764	71,9	61	46,2
Beamter	167	16,1	59	14,9	13	8,3	5	0,5	1	0,8
Gesamt	1.038	100	395	100	157	100	1.062	100	132	100
fehl. Ang.	27	2,5	14	3,4	2	1,3	27	2,5	2	1,5
Gesamt N	1.065	100	409	100	159	100	1.089	100	134	100

Ähnliche Verteilungsspezifika zeigen sich in den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla. So ist der Anteil der Angestellten in Jena (71,9%) deutlich größer als in Kahla (46,2%), dort wiederum überwiegt die Zahl der Arbeiter (49,2%; Jena 22,6%). Dieses Ergebnis bestätigt die oben gemachten Darstellungen hinsichtlich Kahlas als einem durch Industrie bestimmten

Vorort. Die Kategorie „Selbständiger“ spielte zum Zeitpunkt der Befragung 1991/92 noch kaum eine Rolle, selbständige Betriebe gab es zu Zeiten der DDR kaum bzw. nicht, und ein Jahr nach der Wiedervereinigung dürften erst in geringem Maße Betriebsneugründungen erfolgt sein. Ebenso ist die Kategorie „Beamter“ nahezu nicht besetzt, dies liegt v.a. daran, daß die Bediensteten der staatlichen Einrichtungen, wie z.B. die Polizei, bis zu ihrer endgültigen „Stasi-Überprüfung“ als „Quasi-Angestellte“ ihren Dienst versahen und (noch) nicht in ein Staatsbediensteten-Arbeitsverhältnis aufgenommen waren.

6.4 *Methodische Aspekte der Datenauswertung*

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die Repräsentativität der Stichproben geprüft worden und eine eingehende Beschreibung demographischer Variablen erfolgt ist, soll an dieser Stelle kurz auf die weiteren folgenden statistischen Auswertungsschritte eingegangen werden. Im Vordergrund dieses Berichtsbandes steht die (deskriptive) Darstellung der Resultate aus den fünf Projektstädten. Damit verbunden ist zum einen der Stadt-Land-Vergleich anhand der unterschiedlichen Gemeindegrößen, zum anderen der Vergleich zwischen den westdeutschen Kommunen und den ostdeutschen Städten ein Jahr nach der Wiedervereinigung. Daneben werden in den einzelnen Kapiteln bivariate Vergleiche durchgeführt bei denen in der Regel die demographischen Variablen, wie Geschlecht, Alter, Schulbildung, aber auch die in Kapitel 8 ermittelte Variable Opferwerdung die unabhängigen Variablen darstellen. Diese Analysen werden nahezu ausschließlich für die beiden Großstädte Jena und Freiburg durchgeführt, da aus statistischen Gründen eine relativ hohe Probandenzahl notwendig ist.

Da der Fragebogen eine Vielzahl von Einstellungsisems enthält, die jeweils inhaltlichen Themenbereichen zugeordnet sind, versuchen wir, aus einer Reihe dieser Fragestellungen homogene Skalen zu bilden. Zur statistischen Absicherung der Skalenbildung bieten sich Faktoren- sowie Reliabilitätsanalysen an.

Als übliches Verfahren der Faktorenanalyse wurde in unserem Fall die sogenannte „Hauptkomponentenanalyse“ eingesetzt. Diese geht davon aus, daß sich voneinander unabhängige Faktoren extrahieren lassen, die sukzessiv eine maximale Varianz der Variablen erklären. Damit bilden in graphischer Vorstellung die extrahierten Faktoren einen n-dimensionalen Raum, in welchem sie jeweils senkrecht zueinander stehen. Ziel der Analyse ist es jeweils, daß eine Variable möglichst hoch mit nur einem Faktor korreliert

(auf ihm hoch lädt) und entsprechend nur geringe, bestenfalls „Null“-Korrelationen zu den anderen Faktoren aufweist („Einfachstruktur“). Ein weiteres Ziel ist eine möglichst hohe Aufklärung der Variablen durch möglichst wenige Faktoren. Hierzu werden die extrahierten Faktoren im gedachten n -dimensionalen Raum rotiert, eingesetztes Verfahren ist die Varimax-Rotation.

Ein zentrales Problem der Faktorenanalyse liegt in der Zahl der zu extrahierenden Faktoren. Ein weit verbreitetes Verfahren ist hierbei der Scree-Test, bei dem die Eigenwerte der Faktoren der Größe nach geordnet graphisch aufgetragen werden. Dabei zeigt sich in der Regel ein „Knick“ in der so erhaltenen Kurve derart, daß wenn man von rechts nach links (beginnend mit den niedrigen Eigenwerten) eine Gerade durch die Punkte legt, ab einem gewissen Eigenwert die Kurve „sprunghaft“ ansteigt. Der letzte Punkt links dieses „Knicks“ gilt als Kriterium für die Zahl der zu extrahierenden Faktoren. Daneben ist es ebenfalls üblich, als Abbruchkriterium den Eigenwert 1 anzusetzen, d.h. nur solche Faktoren werden interpretiert, deren Eigenwert größer als 1 ist. Letztlich gibt es jedoch keine allgemein anerkannte und universal gültige Methode zur Bestimmung der Faktorenzahl (vgl. *Überla* 1971, S. 123; *Pawlik* 1973).

In der vorliegenden Untersuchung wurden acht Itemblöcke einer Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation sowie einer nachfolgenden Reliabilitätsanalyse unterzogen. Da die Analysen eine möglichst universelle Geltung haben und die gefundenen Faktorenstrukturen möglichst stabil und verallgemeinbar sein sollten, wurden alle fünf Befragungsorte in diese Analysen miteinbezogen, d.h. die Datensätze wurden für die entsprechenden Variablen zusammengeführt. Ein Vergleich der Skalenwerte zwischen den einzelnen Orten findet sich an späterer Stelle.

1. Beschreibung der Arbeitssituation (Frage 18; Numerierung des Freiburger Fragebogens). Diese Frage setzt sich aus eher materiellen Aspekten der Arbeitsbeschreibung, aus Einstellungsfragen und aus Variablen zum sozialen Anteil beruflicher Tätigkeit zusammen. Die Merkmalskombination läßt darauf schließen, daß es evtl. möglich ist, aus den 10 Einzelitems drei Skalen zu bilden und so die Datenmenge um Faktor drei zu reduzieren.
2. Ein weiterer Fragenkomplex, der einer Faktoren- und Reliabilitätsanalyse unterzogen wurde, ist die Bedeutung von Lebenszielen (Frage 27 Freiburg). In den insgesamt 17 Einzelvariablen werden heterogene Aspekte wie Karriere, Luxus, politisches Engagement sowie Familienleben und altruistisches Verhalten erfaßt.

3. Faktoren- und Reliabilitätsanalysen wurden für Frage 28 (Freiburg) durchgeführt: Diese Variablen erfassen Einstellungen zu aktuellen politischen und sozialen Problemen sowie zum Themenkomplex Anomie.
4. Die Befragten wurden in Frage 32 (Freiburg) um ihre Einschätzung gebeten, was ihrer Ansicht nach eine Rolle bei der Zunahme der Kriminalität in der eigenen Stadt spielt. Die 12 vorgegebenen Einzelitems decken unterschiedliche Bereiche wie Polizei/Justiz, Ökonomie, sowie Moral ab, so daß auch hier übergeordnete, in sich homogene Gruppen gebildet werden sollen.
5. Es wurde in Frage 38 (Freiburg) erfaßt, was die persönliche Haltung zu Kriminalität und Strafe beeinflusst. Neben Bild- und Printmedien waren soziale Aspekte sowie die eigene Weltanschauung Bestandteil der Fragestellung.
6. Auch die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit einer möglichen Viktimisierung innerhalb der nächsten 12 Monate (Frage 113, Freiburg) wurde einer Faktoren- und Reliabilitätsanalyse unterzogen; Ziel war es, mögliche Furchttypen zu extrahieren.
7. Bei den Fragen zu Einstellungen zur Arbeit der Polizei handelt es sich um die Bewertung möglicher Aufgabenfelder der Polizei (Frage 116 Freiburg), wie „traditionelle“ Polizeiaufgaben (z.B. Fahndung nach Straftätern), aber auch um Streitschlichtung, Prävention bzw. soziale Aufgaben.
8. Eine weitere Faktorenanalyse wurde bezüglich der Variablen zu den Konsequenzen für den Täter durchgeführt (Frage 15 Freiburg), Ziel war es hier festzustellen, welche Gruppen von Befragten sich beispielsweise sanktionsorientierter zeigten und welche mehr Wert auf Schadenwiedergutmachung bzw. Hilfe für den Täter legen.

6.5 Zusammenfassung

Zum Jahresende 1991 wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht und dem Lehrstuhl für Kriminologie der Juristischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena in den drei baden-württembergischen Gemeinden Freiburg, Emmendingen und Löffingen sowie in den thüringischen Kommunen Jena und Kahla eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den Themenbereichen Opferwerdung, Einstellungen zu Normen und Lebenszielen, zur Kriminalitätsfurcht, zur Polizeiarbeit und zu Sanktionseinstellungen durchgeführt. Dabei wurden in Freiburg 6.120 Personen ab 14 Jahren ange-

schrrieben. Von diesen lagen nach Abschluß der Erhebungsphase 2.344 auswertbare Fragebögen vor, was einer Rücklaufquote von 39,5% entsprach, in Emmendingen und in Löffingen waren die Rücklaufquoten etwas geringer (Emmendingen: 32,1%, Brutto-N = 2.626, Netto-N = 830; Löffingen: 25,7%, Brutto-N = 1.132, Netto-N = 289).

Von den insgesamt 4.000 kontaktierten Jenaern wurde ein Teil mündlich interviewt, das Gros, wie in den westlichen Orten, schriftlich befragt. Insgesamt lagen hier 1.962 Fragebögen vor, die Rücklaufquote betrug 51,1%. In Kahla antworteten 231 der insgesamt 556 angeschriebenen Personen (Rücklaufquote 42,6%).

Die Prüfung der Repräsentativität der westdeutschen Stichproben erfolgte anhand der Variablen Geschlecht, Alter, Familienstand, Schulabschluß, Haushaltsgröße und derzeitige berufliche Stellung. Ein Abgleich der ostdeutschen Daten war bereits durch *Kräupl* und *Ludwig* (1993) durchgeführt worden.

Eine optimale Übereinstimmung zwischen der Studie und den Bevölkerungsstatistiken ergab sich hinsichtlich des Merkmals Geschlecht; in Bezug auf das Alter konnte nur in Freiburg eine nahezu vollständige Repräsentativität festgestellt werden, in Emmendingen ergaben sich leichte, in Löffingen deutlichere Einschränkungen. Unterrepräsentiert war in allen Gemeinden die älteste Befragtengruppe (75 Jahre und älter). Der Grund hierfür mag eine verringerte Erreichbarkeit oder auch eine allgemein höhere Unsicherheit im Umgang mit schriftlichen Befragungen bei älteren Menschen sein. Bezüglich des Familienstandes konnte aufgrund methodischer Erfassungsunterschiede eine abschließende Prüfung nicht erfolgen.

Erhebliche Unterschiede zwischen der Zusammensetzung der Studie und der Bevölkerung konnte in Bezug auf den höchsten erreichten Schulabschluß gefunden werden: So waren in der Stichprobe die höheren Schulabschlüsse überproportional häufig vertreten, ein Resultat, das auch unter dem Begriff des „Mittelschicht-Bias“ diskutiert wurde. Entsprechend waren auch statushöhere Berufsgruppen stärker vertreten als statusniedrige.

Inwieweit eine Verzerrung im Hinblick auf den Schulabschluß und die berufliche Stellung die Validität der Daten auf der inhaltlichen Ebene beeinflusst, kann letztlich nur geschätzt werden. Solche Verzerrung treten in nahezu allen – zumindest schriftlich durchgeführten – Befragungen auf.

Wie schon beim Familienstand so ist auch im Hinblick auf die Haushaltsgröße nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit zwischen Studie und Statistik möglich (hauptsächliches Problem ist die Erfassung der Wohnge-

meinschaften), so daß über die Unterschiede nur wenig ausgesagt werden kann.

Insgesamt kann man hinsichtlich der Repräsentativität der erfaßten Stichprobe sagen, daß trotz der genannten Abweichungen die strukturelle Zusammensetzung der Stichprobe mit der Grundgesamtheit der Bevölkerung der jeweiligen Kommune gut vergleichbar ist. Daneben muß auch berücksichtigt werden, daß die Daten der offiziellen Statistiken nicht als uneingeschränkt valide zu betrachten sind, sondern daß auch hier mit zum Teil erheblich verzerrten Angaben zu rechnen ist.

Neben der Frage der Repräsentativität der westdeutschen Stichproben erfolgte eine Überprüfung der Zusammensetzung der Stichproben im Hinblick auf die Stadt-Land- sowie auf die Ost-West-Unterschiede. Es zeigte sich, daß nur die beiden Variablen Geschlecht und Alter weitgehend ähnlich verteilt waren. Bereits die Variable Familienstand erbrachte Unterschiede dahingehend, daß im Westen ein deutliches Stadt-Land-Gefälle auftrat. So war in der ländlichen Gemeinde Löffingen der Anteil der Verheirateten deutlich höher und der Anteil der Geschiedenen deutlich geringer als in den beiden anderen Kommunen, ein Ergebnis, das auf die eher konservativ-ländliche Struktur Löffingens zurückgeführt werden kann. Der hohe Anteil der Verheirateten in Jena und Kahla ergab Hinweise auf die spezifische Situation der ehemaligen DDR, in welcher Wohnraum eine begehrte „Ware“ war, welche v.a. über strukturelle Eigenschaften wie z.B. „Familie“ erlangt werden konnte.

Insgesamt ergaben sich in nahezu allen soziodemographischen Variablen Unterschiede zwischen den drei westlichen Befragungsorten dahingehend, daß Löffingen die charakteristische Struktur einer konservativ-ländlichen Gemeinde aufwies: So war der Ausbildungsstand niedriger als in den beiden anderen Orten, die Zahl der Arbeiter, der Personen im Haushalt und der Kinder dagegen höher. Freiburg andererseits wies die „typischen“ Merkmale einer Universitätsgrößtadt mit zahlreichen Studenten, hohem Bildungsniveau, wenig Kindern und vergleichsweise geringem Einkommen (bedingt durch Studenten) auf. Die Verteilungen in Emmendingen deuteten darauf hin, daß es sich um eine durch Berufspendler bestimmte große Vorortsiedlung Freiburgs handelt, die, und dies bestätigten Erhebungen des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg aus dem Jahr 1995, in hohem Maße durch jüngere, relativ gutverdienende Familien bestimmt wird, die in der Großstadt Freiburg selbst keine adäquaten, bezahlbaren Wohnungen finden konnten.

Zwischen den beiden thüringischen Kommunen waren die Unterschiede geringer als zwischen den drei baden-württembergischen, allerdings wies Kahla, das zu DDR-Zeiten stark durch Gewerbe und Industrie bestimmt wurde, eine ungünstigere sozio-ökonomische Situation auf als Jena. So lebten hier mehr Männer, erwerbstätige Altersgruppen waren stärker vertreten, ebenso war die Schulbildung geringer und – als Folge der Wende und der damit verbundenen wirtschaftlichen Umstrukturierung – die Zahl der Arbeitslosen deutlich höher.

Der Ost-West-Vergleich selbst zeigte „typische“ Spezifika der früheren DDR-Situation bzw. der Folgen der Wiedervereinigung: So waren in den NBL die Einkommen 1991/92 noch deutlich geringer als im Westen, die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter höher, die Anzahl der Familien – aufgrund der Wohnungsknappheit – größer. So konnte in unserer Studie festgestellt werden, daß zwar häufig Kinder vorhanden waren, meist lebte, gerade bei älteren Kindern, nur eines, maximal zwei, im Haushalt. Dies dürfte mit dem Zuschnitt der z.T. „genormten“ Wohnungen zusammenhängen, die größere Familienverbände kaum zuließen. Was den Schul- und Ausbildungsabschluß anbelangt, war eine deutliche Uniformität festzustellen, von der „Regelschule“ abweichende Abschlüsse oder aber Berufsgruppen wie z.B. „Selbständige“ waren zum Zeitpunkt der Befragung, zwei Jahre nach der Wende und ein Jahr nach dem Zusammenschluß der beiden früheren deutschen Staaten, nur in geringem Umfang festzustellen.

Abschließend wurde auf die weitere statistisch-methodische Konzeption der Datenauswertung eingegangen und besonders die Bedeutung der Faktorenanalyse zur Datenreduktion hervorgehoben, die verbunden mit einer sich anschließenden Reliabilitätsanalyse in einigen inhaltlichen Variablengruppen zur Bildung von Skalen führte.

B. Untersuchungsergebnisse

KAPITEL 7

Variablenbereiche des Fragebogens und deren Zusammenhänge

Die einzelnen Items des Fragebogens können, wie oben dargestellt (vgl. Kap. 6; Abb. 7.1), nach inhaltlichen, aber auch theoretischen Gesichtspunkten zu Themenkomplexen zusammengefaßt werden. Es handelt sich hierbei um die Themenbereiche:

1. Persönliche Situation
2. Lebensziele, Einstellungen
3. Einstellungen zur Kriminalität
4. Verbrechensfurcht
5. Viktimisierungen
6. Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaft
7. Punitivität
8. Anzeigeverhalten

Die Auswertung des umfangreichen Datenmaterials hat sich im wesentlichen an diesen Themenbereichen orientiert. Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der eigenen Berechnungen dargestellt, wobei aufgrund der Fülle des Materials eine Auswahl getroffen werden muß und manche Einzelfragestellungen nicht behandelt werden können. Diese werden bzw. wurden in separaten (Zeitschriften-)Veröffentlichungen zugänglich gemacht. Insbesondere bleiben in diesem Band die Ergebnisse zum Bereich Punitivität/Strafeinstellungen unberücksichtigt, da diese in einer separaten Buchveröffentlichung dargestellt werden (vgl. *Kury u.a.* 2000). Daher sind die Pfeile zum Bereich Punitivität in der Abbildung 7.1 nur angedeutet.

In diesem Band liegt der Schwerpunkt auf dem Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland anhand der Vergleiche zwischen Freiburg, Emmendingen und Löffingen einerseits und Jena und Kahla andererseits. Die Prüfung der Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Variablenbereichen wird

mit der Darstellung der Resultate der Nachfolgeuntersuchung Freiburg-Jena-2 erfolgen. Durch die Kombination der beiden Studien mit fast identischen Fragebögen ist eine Kreuzvalidierung der Resultate möglich ist.

Vor dem Hintergrund theoretischer und empirischer Ergebnisse aus der Literatur sowie eigener Überlegungen sind inhaltlich homogene Variablenblöcke gebildet und deren jeweilige Interdependenzen zu anderen Variablenbereichen in Abbildung 6.1 dargestellt worden. Hierbei ist zu beachten, daß einzelne Variablen verschiedenen Blöcken hätten zugeordnet werden können. Insgesamt erscheint das vorgeschlagene Modell stringent, die einzelnen Bereiche sind relativ klar voneinander zu trennen.

Bei den aufgezeigten und beschriebenen Zusammenhängen wird allerdings nicht davon ausgegangen, daß es sich um die einzigen Einflußvariablen auf die verschiedenen Bereiche handelt. Einzelne Variablenbereiche können ebenso von weiteren, in der Untersuchung nicht erfaßten Faktoren beeinflußt werden. Diese finden keinen Eingang in das Modell, da sie nicht erhoben worden sind.

Persönliche Situation (1)

Der Komplex „Persönliche Situation“ umfaßt vor allem sozialisationsgeprägte Einstellungs- und Erlebensbereiche, welche die Lebensweise und Denkmuster erheblich beeinflussen dürften. Daher ist ein Einfluß auf alle anderen Bereiche zu erwarten.

- **Einfluß auf Lebensziele und Einstellung (2)**

Die persönliche Situation hat einen Einfluß auf die Lebensziele und Einstellungen: So dürften die eigenen Lebensziele deutlich von Vorgaben der Herkunftsfamilie bzw. dortigen Vorbildern geprägt worden sein. Je nachdem, welche Lebensziele dort gepflegt werden, welche den heranwachsenden Kindern als erstrebenswert vorgegeben werden, dürften diese ihre eigenen Ziele im Laufe der eigenen Entwicklung definiert haben. Hinzu kommt ein Einfluß des erreichten Bildungsabschlusses.

- **Einfluß auf die Einstellung zur Kriminalität (3)**

Weiterhin dürfte die persönliche Situation sich auf die Einstellung zur Kriminalität auswirken, z.B. auf die Einschätzung zum Drogengebrauch bzw. eigenem Konsum illegaler Drogen, auf die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung sowie die vermuteten Hintergründe einer Kriminalitätszunahme. Das eigene Interesse am Gebrauch (illegaler) Drogen wird beeinflußt von Haltungen anderer Familienangehöriger, insbeson-

dere der Eltern, gegenüber Drogen. Die gesehenen Hintergründe einer vermuteten Kriminalitätszunahme in der eigenen Stadt dürften vom erreichten Bildungsstand moderiert werden. Weiterhin ist davon auszugehen, daß der eigene Bildungsstand Einfluß auf die Informationsquellen zum persönlichen Wissen über Kriminalität hat.

- Einfluß auf Verbrechensfurcht (4)

Auch die erlebte Verbrechensfurcht dürfte von der persönlichen Situation beeinflusst werden. Ob jemand Furcht allein in der Wohnung oder nachts draußen hat, wie sich diese Furcht auf sein Leben auswirkt, wie er seine eigene weitere Opferwahrscheinlichkeit einschätzt und wie oft er an eine eigene mögliche Viktimisierung denkt, dürfte entscheidend von der Lebenssituation abhängen. So dürften sich Alleinstehende im allgemeinen als verletzlicher erleben als in größere funktionierende Lebensgemeinschaften (Familie) Eingebundene. Ferner zeigt die bisherige Forschung, daß der erreichte Bildungsstand bzw. das Einkommen einen Einfluß auf die Verbrechensfurcht hat (besser Gebildete bzw. besser Verdienende haben weniger Angst).

- Einfluß auf erlebte Viktimisierung (5)

Auch die erlebten Viktimisierungen hängen zumindest teilweise von der Lebenssituation ab. So wird die Art der Viktimisierung vom Lebensalter und sich beispielsweise daraus ergebender spezieller Vorsichtsmaßnahmen beeinflusst, vor dem Hintergrund der eigenen Einkommenssituation können u.U. besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, das Bildungsniveau wirkt sich auf die Auswahl von Freizeitaktivitäten aus und hat damit einen Einfluß auf die Viktimisierungswahrscheinlichkeit.

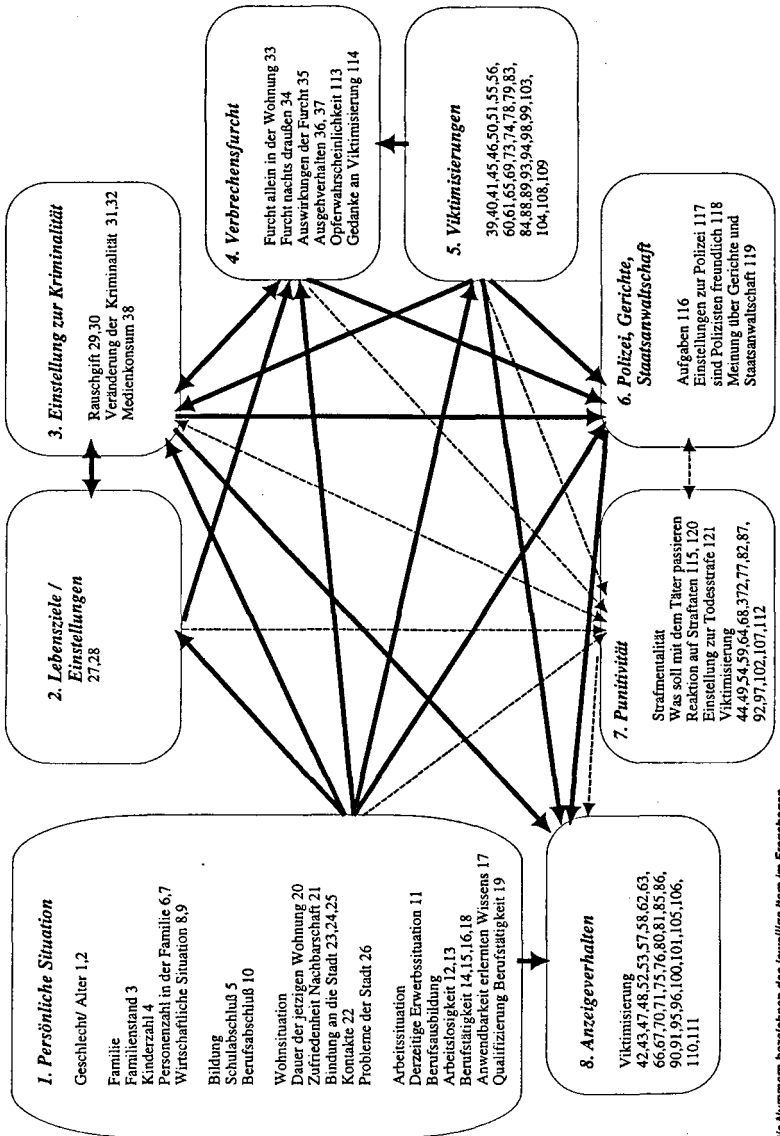
- Einfluß auf Punitivität etc. (6 + 7)

Nicht zuletzt wirkt sich die persönliche Situation auf die Sichtweise von Polizei, Gericht bzw. Staatsanwaltschaft sowie auf die Punitivität aus. Die der Polizei zugeschriebenen Aufgaben dürften vom Bildungsstand, Geschlecht, aber auch Alter beeinflusst werden, ebenso die Einschätzung der Qualität der von den Strafverfolgungsorganen geleisteten Arbeit. Dasselbe gilt für die Strafeinstellungen. Diese werden erheblich vom Bildungsstand und Alter moderiert.

- Einfluß auf das Anzeigeverhalten (8)

Das Anzeigeverhalten dürfte ebenfalls vom Bildungsstand, aber auch der sozialen Lebenssituation beeinflusst werden.

Abbildung 7.1: Inhaltliche Themenbereiche des Fragebogens



Die Nummern bezeichnen das jeweilige Item im Fragebogen

Lebensziele/Einstellungen (2)

Dieser Variablenbereich wird durch zwei komplexe Einzelitems definiert. So wird zum einen die Bedeutung von insgesamt 17 vorgegebenen Lebenszielen erfaßt, zum anderen wird eine Stellungnahme zu 14 verschiedenen Aussagen zur gegenwärtigen Lebenssituation erbeten. Beide Items sind zur Feststellung der enthaltenen Dimensionen einer Faktorenanalyse unterzogen worden (vgl. unten).

- **Einstellung zur Kriminalität (3)**

Lebensziele bzw. Einstellungen dürften auch die speziellere Einstellung zur Kriminalität beeinflussen. So dürfte z.B. das Rauschgiftverhalten, die Sichtweise hinsichtlich einer Veränderung der Kriminalität bzw. der präferierte Medienkonsum von der Art der Lebensziele und Einstellungen abhängen.

- **Verbrechensfurcht und Punitivität (4 + 7)**

Es ist davon auszugehen, daß ein Einfluß auf die Verbrechensfurcht sowie auf die Strafeinstellungen (Punitivität) gegeben ist. Der Einstellungsbereich umfaßt u.a. Variablen zur Lebensunsicherheit, erlebten Möglichkeiten der Einflußnahme auf Entscheidungsprozesse sowie den Glauben an moralische Grundsätze.

Einstellung zur Kriminalität (3)

Dieser Variablenbereich umfaßt mit 5 Fragen relativ wenige Einzelitems, darunter angenommenen Rauschgiftkonsum, eigenen Drogengebrauch, die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in der eigenen Stadt und deren Ursachen sowie Einflüsse auf die eigene Haltung zur Kriminalität.

- **Einflußbereiche (2 + 4 + 6 + 7 + 8)**

Die Einstellung zur Kriminalität dürfte einen Einfluß auf die (allgemeinen) Lebensziele und Einstellungen, auf die Verbrechensfurcht, die Einstellung zu Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaft, die Strafmoralität (Punitivität) und letztendlich auf das Anzeigeverhalten haben.

Verbrechensfurcht (4)

Der Bereich Verbrechensfurcht umfaßt zum einen die erlebte Furcht allein in der Wohnung bzw. nachts draußen alleine, zum anderen die Auswirkung

gen der Furcht, z.B. auf das Ausgehverhalten, ferner Gedanken an eine Viktimisierung bzw. die eingeschätzte Opferwahrscheinlichkeit.

- Einflußbereiche (3 + 6 + 7)

Es werden von der Verbrechensfurcht Auswirkungen erwartet auf Einstellungen zur Kriminalität, auf die Einstellung und Meinung zu Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaften und auf die Punitivität. So dürften ängstlichere Menschen eher eine Steigerung der Kriminalität annehmen, die offiziellen Kontrollorgane eher negativ einschätzen und für härtere Sanktionen plädieren als weniger ängstliche.

Viktimisierungen (5)

Dieser Bereich umfaßt alle (erinnerten und angegebenen) Viktimisierungen innerhalb des letzten Jahres in den 14 abgefragten Einzeldelikten sowie darüber hinausgehende Opferwerdungen des letzten Jahres (vgl. Kapitel 5).

- Einflußbereiche (3 + 4 + 6 + 7 + 8)

Vom Ausmaß der Opferwerdung wird ein Einfluß erwartet auf die Einstellung zur Kriminalität, auf die Verbrechensfurcht, die Einstellung zu den staatlichen Sanktionsorganen, auf die Strafmentalität (Punitivität) und schließlich auf das Anzeigeverhalten. So dürften Befragte, die relativ häufig und vor allem auch schwer Opfer geworden sind, eher einen Anstieg der Kriminalität annehmen, mehr Verbrechensfurcht zeigen, eine negativere Einstellung zu den offiziellen Sanktionsorganen haben, eine härtere Strafmentalität vertreten und eher zu einer Anzeige der Tat bei der Polizei neigen, als solche, die relativ selten oder nur leicht viktimisiert worden sind. Allerdings sind manche dieser Annahmen in der kriminologischen Literatur umstritten, und es liegen zum Teil kontroverse Ergebnisse vor. Jedoch stützen die Ergebnisse eigener Untersuchungen sowie in der Fachliteratur dargestellte Resultate die betroffenen Annahmen.

Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaft (6)

Der Komplex umfaßt eine Definition der Aufgabenschwerpunkte der Polizei nach 12 vorgegebenen Themenbereichen, die Frage nach der Einschätzung der Arbeit der Polizei und deren Freundlichkeit, ferner eine Bewertung der Strafverfolgungsaufgaben von Gerichten und Staatsanwaltschaften.

- Einflußbereiche (7 + 8)

Es wird von Einflüssen dieses Bereichs auf die Strafmentalität (Punitivität) und das Anzeigeverhalten ausgegangen. Befragte, welche die Strafverfolgungsorgane eher negativ einschätzen, vor allem, wenn sie der Meinung sind, daß diese ihren Strafverfolgungsaufgaben nicht voll gerecht werden, dürften punitiver eingestellt sein, d.h. sie sprechen sich für härtere Strafen aus. Gleichzeitig zeigt diese Gruppe eine niedrigere Anzeigemotivation auf eigene Viktimisierungen.

Punitivität (7)

Wie oben erwähnt, erfolgt die Darstellung der Ergebnisse zu diesem auch politisch wichtigen Bereich in einem gesonderten Band (vgl. *Kury u.a.* 2000). Deshalb sind die Verbindungslinien in Abbildung 6.1 nur gestrichelt angedeutet. Der Faktor wird gebildet von Items, welche die vorgeschlagenen Reaktionen nach einer Opferwerdung erfassen, ferner die Einstellung zur Todesstrafe.

- Einflußbereiche (3 + 6 + 8)

Es ist ein Einfluß unterschiedlicher Ausprägungen der Strafmentalität auf die Einstellung zur Kriminalität, auf die Sichtweise von Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaft, ferner auf das Anzeigeverhalten zu erwarten. Befragte, die für härtere Sanktionen eintreten, dürften eher von einer Zunahme der Kriminalität ausgehen, ferner davon, daß die Strafverfolgungsorgane ihre Aufgaben eher schlecht erfüllen. Weiterhin dürften sie bei einer eigenen Viktimisierung eher Strafanzeige erstatten als Probanden mit einer liberaleren Strafeinstellung.

Anzeigeverhalten (8)

Dieser Komplex erfaßt die Reaktionen der Opfer nach einer der angegebenen Viktimisierungen. Ist keine Anzeige bei der Polizei erstattet bzw. nichts unternommen worden, wird gleichzeitig nach den Gründen hierfür gefragt. Wir erwarten keine wesentlichen Einflüsse von seiten des Anzeigeverhaltens auf die anderen Variablenbereiche. Das bedeutet nicht, daß keine Interaktionen zu anderen Bereichen angenommen werden können, allerdings dürften diese nicht wesentlich sein. Andererseits dürfte das Anzeigeverhalten – wie oben beschrieben – seinerseits von mehreren anderen Bereichen beeinflusst werden.

Die angegebenen Abhängigkeiten und erwarteten gegenseitigen Beeinflussungen der Variablenbereiche umfassen nur die wichtigsten vermuteten Interaktionen, soweit sie anhand eigener früherer Untersuchungen bzw. aus der Literatur sowie aufgrund theoretischer Überlegungen erwartet werden können.

Da es in dem hier vorgelegten Band jedoch vor allem um den Vergleich der ost- und westdeutschen Kommunen geht, können die hier erläuterten, vermuteten Zusammenhänge nur ansatzweise überprüft werden.

KAPITEL 8

Viktimisierung, Anzeigeverhalten und Konsequenzen aus der Tat im Ost-West-Vergleich (Regionalanalyse)

8.0 Vorbemerkung

Im folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung zur Opferwerdung dargestellt. Es geht hier insbesondere um eine deskriptive Darstellung der wesentlichen Resultate der Opferstudie. Die Größe der Untersuchung und die Fülle der Einzelvariablen erlauben an dieser Stelle keine umfassende Auswertung der einzelnen Variablen, gerade auch, was eine multivariate Datenauswertung betrifft. Einzelergebnisse zu speziellen Fragestellungen wurden bzw. werden in diversen Aufsätzen veröffentlicht. Es werden hier die vorgefundenen Viktimisierungsraten insgesamt und getrennt nach den 14 von uns erhobenen Deliktsbereichen vergleichend für die fünf Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen einerseits sowie Jena und Kahla andererseits mitgeteilt, wobei diese jeweils für den erfaßten 1-Jahres-Zeitraum berechnet worden sind.

Weiterhin werden die Ergebnisse zum Anzeigeverhalten im Hinblick auf die erfaßten Delikte wiedergegeben. Fünf Antwortmöglichkeiten beziehen sich in diesem Fragenkomplex darauf, ob und in welcher Form Anzeige bei der Polizei bzw. an anderer Stelle erfolgte (1. „mit einem Brief bei der Polizei Anzeige erstattet“, 2. „bei der Polizei persönlich Anzeige erstattet“, 3. „persönlich bei der Polizei, bzw. einem Polizisten auf der Straße Anzeige erstattet“, 4. „versucht, bei der Polizei Anzeige zu erstatten, wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt“, 5. „bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?“). Weitere neun Antwortmöglichkeiten beziehen sich auf Gründe für den Fall, daß die vom Delikt betroffene Person, das Opfer, nichts unternommen, also keine Anzeige erstattet hat (1. „nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche“, 2. „habe es selbst geregelt, Täter war mir bekannt“, 3. „Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei“, 4. „ich war nicht versichert“, 5. „die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise“, 6. „die Polizei hätte auch nichts dagegen getan“, 7. „habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben“, 8. „habe mich nicht getraut (Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)“, 9. „ich hatte andere Gründe. Welche?“).

Zusätzlich zur Darstellung der Viktimisierungsraten und des Anzeige- verhaltens werden die Ergebnisse kriminalgeographischer Auswertungen dargestellt, wobei der Ort der Viktimisierung in fünf Kategorien unterteilt wurde (1. „zu Hause oder in der Nähe“, 2. „im Stadtteil“, 3. „anderswo in der Stadt“, 4. „anderswo im Inland“, 5. „im Ausland“). Diese Informationen sind vor dem Hintergrund der Diskussion zur (stadt-)geographischen Verteilung von Kriminalität erhoben worden, die den Ort einer Viktimisierung im Zusammenhang mit der Art von Delikten und anderen Variablen als Merkmal regionaler Besonderheiten bei der Erfassung und Untersuchung verschiedener Kriminalitätsphänomene in den Mittelpunkt stellt (vgl. *Schwind u.a.* 1975; 1978; 1989; *Eisner* 1993; *Wikström* 1991).

Außerdem werden die Ergebnisse einer weiteren Frage zu den Konsequenzen der Tat für das Opfer dargestellt. Inhaltlich reichen die nach der Tat für das Opfer vorgegebenen acht Alternativen der Frage von der Wichtigkeit der Ermittlung des Täters über die Bedeutung dessen Bestrafung (Punitivität) bis zu Möglichkeiten im Bereich persönlicher Entschädigung/Wiedergutmachung. Ein letztes Item dieses Abschnitts fragt ergänzend nach der Einschätzung der Wichtigkeit von Betreuung und Versorgung des Täters im Sinne von Straffälligenhilfe bzw. Resozialisierung. Die Bedeutsamkeit der jeweiligen Alternative wurde von den Befragten auf einer vierstufigen Skala von „unwichtig“ über „eher unwichtig“ bzw. „eher wichtig“ bis „wichtig“ eingeordnet.

Die Darstellung der Ergebnisse lehnt sich aus Gründen der Vergleichbarkeit wesentlich an eine in vorangehenden Untersuchungen gewählte Form der Präsentation an (*Kury u.a.* 1996). Abweichend ist die Zahl der erhobenen Delikte, da in der vorliegenden Befragung zusätzlich zu den Erhebungsinstrumenten vorangegangener Untersuchungen, die nach dem Muster der ersten International Crime Survey von 1989 (*van Dijk u.a.* 1990) gestaltet waren, Fragen nach der Viktimisierung durch Betrug (wirtschaftlich) sowie Angaben zu nicht einzeln aufgeführten und somit abgefragten Delikten aufgenommen worden sind („Sind Sie seit November 1990 Opfer irgendeines anderen, nicht genannten Delikts geworden? Welches?“). Gegenüber den vorangegangenen Studien werden die Delikte „tätlicher Angriff“ sowie „sexueller Angriff“ etwas differenzierter erfaßt (tätlicher Angriff ohne/mit Waffen, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung).

Bei den folgenden Darstellungen der Ergebnisse ist die Unterscheidung der Bezugsgrößen bei der Präsentation der Angaben zu Viktimisierungen und Kriminalität von besonderer Bedeutung. Generell unterschiedliche Be-

zugsgrößen hierbei sind Inzidenz- und Prävalenzraten (vgl. z.B. *Biderman & Lynch* 1991; *Tracy* 1990).

Im Zusammenhang mit Opferbefragungen (wie z.B. der International Crime Survey, ICS) beschreiben *van Dijk u.a.* (1990) Prävalenzraten bezüglich krimineller Viktimisierung als „den Prozentsatz derer (...), die ein- oder mehrmals Opfer eines bestimmten Verbrechens wurden“. Inzidenzraten dagegen „(...) geben die Anzahl der einzelnen Delikte an, die der Stichprobe als Gesamtes zugefügt wurden, dabei werden alle Vorfälle gezählt“. (*van Dijk u.a.* 1990, S.13, Übers. d. Verf.). Dies bedeutet somit, daß Prävalenzraten personen- oder haushaltsbezogen sind. Es wird die Anzahl der Opfer pro 100 Befragte/Haushalte für einen bestimmten Zeitraum erfaßt, ohne Rücksicht darauf, wie häufig jemand Opfer einer Straftat wurde.

Inzidenzraten dagegen sind strafatbezogen, d.h. hier wird die Anzahl der Delikte innerhalb eines bestimmten Zeitraumes unabhängig von der Anzahl der Opfer gezählt und auf eine Referenzzahl umgerechnet (z. B. 100000, wie bei der HZ der PKS). Die sich ergebende Ziffer ist die Inzidenzrate. Sie gibt z.B. an, daß auf 100 Personen 40 Diebstähle innerhalb eines Jahres entfallen. Diese Zahl sagt jedoch nichts über die Anzahl der Opfer aus. Diese ist, aufgrund von Mehrfachviktimisierungen, in der Regel geringer. Solche Inzidenzraten werden in Form der Häufigkeitsziffern in der Polizeilichen Kriminalstatistik berichtet. Deshalb werden Inzidenzraten von Opferstudien häufig auch mit den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik verglichen, etwa um die Dunkelziffer der Kriminalität zu ermitteln. (vgl. z.B. *Schwind u.a.* 1975; 1978; 1989a).

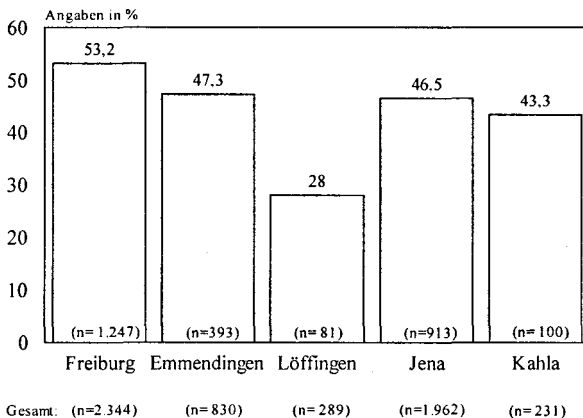
Im weiteren Verlauf der Darstellung beziehen sich die mitgeteilten Ergebnisse auf Opferquoten (Prävalenzen), da diese vor allem im Zusammenhang mit Erinnerungseffekten eine robustere Grundlage weiterer Auswertungen darstellen als Inzidenzen. Bei der Kenntnisnahme der Ergebnisse ist daher zu berücksichtigen, daß ein direkter Vergleich mit Zahlen aus Polizeilichen Kriminalstatistiken nur sehr begrenzt möglich ist bzw. sich weitgehend verbietet; alle Aussagen beziehen sich auf viktimisierte Personen/Haushalte (Opfer), nicht auf die absolute Zahl der in den Stichproben genannten Viktimisierungshandlungen bzw. -situationen im einzelnen.

8.1 Opferquoten insgesamt

Für die erfaßten 14 Delikte bzw. Deliktsbereiche werden nachfolgend die Opferquoten der fünf untersuchten Kommunen Freiburg, Emmendingen, Löffingen, Jena und Kahla mitgeteilt. Zum Bereich „Verkehrsmittel- bzw.

Fahrzeugdelikte“ (Moped-/Motorrad-Diebstahl, PKW-Diebstahl, Fahrrad-Diebstahl, PKW-Teile-Diebstahl, PKW-Beschädigung) wurde in allen Kommunen sowohl die Deliktsbelastung der befragten Person selbst als auch die ihrer (möglichen) Haushaltsmitglieder erfragt. Dieses geschah aus Gründen der Vergleichbarkeit mit bereits durchgeführten Dunkelfeldstudien (International Crime Survey 1989; Erste Deutsch-Deutsche Opferstudie 1990; vgl. *Kury u.a.* 1996). Die Viktimisierungsquoten für alle erfaßten 14 Delikte sind in Abbildung 8.1 und Abbildung 8.2 dargestellt.

Abb. 8.1: *Viktimisierungsquoten für alle erfaßten 14 Delikte insgesamt, getrennt für die fünf Kommunen (mit Haushaltsviktimisierungen im Bereich „Fahrzeugdelikte“)*



Wie aus Abbildung 8.1 zu ersehen ist, unterscheiden sich die Gesamt-Viktimisierungsquoten für alle zusammengefaßten Delikte der in Größe und Einwohnerzahl vergleichbaren Gemeinden Freiburg bzw. Jena sowie Löffingen und Kahla erheblich. In Freiburg und Jena geben 53,2% ($n = 1.247$) bzw. 46,5% ($n = 913$) der befragten Personen (Gesamt- n Freiburg = 2.344; n Jena = 1.962) an, daß sie selbst bzw. Mitglieder ihres Haushaltes innerhalb des Befragungszeitraumes von ca. einem Jahr mindestens einmal Opfer eines der erfaßten 14 Delikte wurden. Die Freiburger Befragten bzw. deren Haushalte sind durch die erfaßten Delikte, im Vergleich zu Jena, statistisch signifikant stärker belastet ($\chi^2 = 18.98$, $df = 1$, $p < .001$).

Im Vergleich der Kommunen Löffingen und Kahla zeigt sich ein anderes Bild. Während in Kahla in dem erfragten Zeitraum von ca. einem Jahr insgesamt 43,3% (n = 100) aller Befragten (n = 231) angaben, daß sie selbst bzw. ihre Haushaltsmitglieder mindestens einmal Opfer eines der erfragten Delikte geworden sind, waren es in Löffingen mit 28,0% (n = 81) aller befragten Personen (n = 289) 15,3%-Punkte weniger. Dieser Unterschied ist statistisch hochsignifikant ($\text{Chi}^2 = 13.17$; $\text{df} = 1$; $p < .001$). In Emmendingen gaben 47,3% (n = 393) aller Befragten (n = 830) an, Opfer zumindest eines der erfragten Delikte geworden zu sein. Die Unterschiede zwischen den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen sind statistisch (hoch)signifikant (Freiburg/Emmendingen: $\text{Chi}^2 = 8.40$, $\text{df} = 1$, $p < .01$; Freiburg/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 45.46$, $\text{df} = 1$, $p < .001$; Emmendingen/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 32.77$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Die berichteten Viktimisierungsquoten aus Jena (46,5%) und Kahla (43,3%) unterscheiden sich dagegen statistisch nicht bedeutsam. Die Wahrscheinlichkeit, innerhalb eines Jahres selbst Opfer eines der erfaßten Delikte zu werden bzw., daß bezüglich Fahrzeugdelikten auch ein Familienmitglied betroffen wird, ist in Freiburg, Jena, Kahla und Emmendingen jeweils etwa 1:2, in Löffingen dagegen lediglich etwa 1:4, somit deutlich geringer.

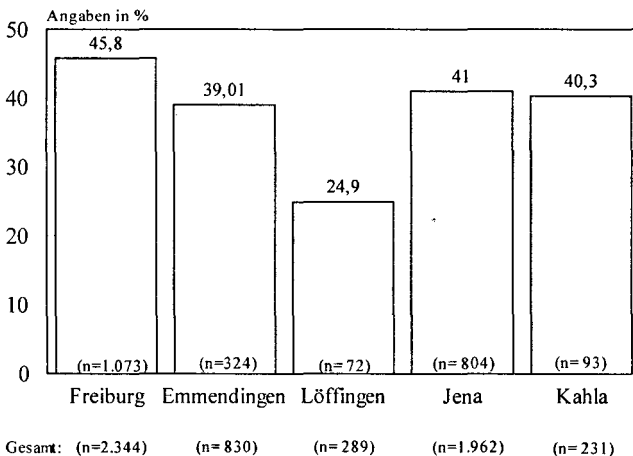
Zwischen den Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen zeigt sich eine erwartete Stadt-Land-Differenzierung hinsichtlich der Gesamt-Viktimisierungsquote. Emmendingen und vor allem Löffingen als deutlich ländlichere Gemeinde haben eine wesentlich niedrigere Opferbelastung als Freiburg. Die Viktimisierungsquoten aus Jena und Kahla hingegen sind nahezu identisch; die befragten Personen aus Kahla bzw. deren Haushaltsmitglieder sind mit 43,3% im Vergleich zu 46,5% in Jena etwas niedriger belastet. Das Stadt-Land-Gefälle der Straftatenbelastung zeigt sich somit deutlich in den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen, tendenziell auch im ostdeutschen Jena und Kahla. Mit Abnahme der Einwohnerzahl und einem zunehmend ländlichen Gepräge sinkt die Kriminalitätsbelastung.

Besonders deutlich ist der Unterschied zwischen Emmendingen und Löffingen. Während in Emmendingen im vergangenen Jahr nahezu die Hälfte (47,3%) der befragten Einwohner Opfer mindestens eines der erfaßten Delikte wurde, waren dies in Löffingen lediglich etwas mehr als ein Viertel (28,0%). Das dürfte mit der ländlichen Struktur Löffingens zu tun haben, einer Gemeinde, die relativ abgeschieden am Rande des Schwarzwalds liegt, während Emmendingen eher eine kleinstädtische Struktur hat und

zudem im Einzugsbereich Freiburgs liegt. Diese Unterschiede zwischen den Städten dürften dafür verantwortlich sein, daß z.B. Kahla eine höhere Kriminalitätsbelastung hat als Löffingen. Bezüglich der Einwohnerzahl ähneln sich die beiden Städte, Kahla liegt jedoch im Einzugsbereich Jenas, ist stärker industriell geprägt als Löffingen und hatte, wie Kapitel 6 zeigte, bereits zum Untersuchungszeitraum (1991/92) erhebliche Probleme hinsichtlich Arbeitslosigkeit und sozialer Schwierigkeiten der Einwohner. Vor allem war durch den politischen Umbruch in einer mehr industriell geprägten Region wie Kahla die Unsicherheit der Bürger sicherlich enorm groß, während in Löffingen eine traditionelle, seit Jahrzehnten geprägte Struktur vorherrscht, die durch den politischen Wandel kaum berührt worden sein dürfte. Daher ist es verständlich, daß Kahla eine deutlich höhere Kriminalitätsbelastung zeigt als Löffingen.

In Abbildung 8.2 wird ausschließlich die persönliche, individuelle Opferbelastung der Befragten durch mindestens eines der erfragten 14 Delikte dargestellt. Berichtete Vorfälle aus dem Bereich der „Verkehrsmitteldelikte“, durch die Haushaltsmitglieder der befragten Personen betroffen waren, wurden in der Berechnung dieser Viktimisierungsquote ausgeschlossen. Die Viktimisierungsquoten sind dementsprechend niedriger.

Abb. 8.2: Viktimisierungsquoten für alle erfaßten 14 Delikte insgesamt, getrennt für die fünf Kommunen (ohne Haushaltsviktimisierungen im Bereich „Fahrzeugdelikte“)



So gaben in Freiburg und Jena 45,8% bzw. 41,0% der Befragten an, im Erhebungszeitraum mindestens einmal direkt persönlich Opfer eines der erfaßten Delikte geworden zu sein. Dieser Unterschied ist statistisch hochsignifikant ($\text{Chi}^2 = 13.21$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Aus Kahla und Löffingen berichteten 40,3% bzw. 24,9% der befragten Personen von zumindest einer Viktimisierung ($\text{Chi}^2 = 13.22$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). 39,0% der Befragten aus Emmendingen wurden persönlich Opfer mindestens eines der erfaßten Delikte. Die Unterschiede der Viktimisierungsquoten aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen sind wiederum statistisch hochsignifikant (Freiburg/Emmendingen: $\text{Chi}^2 = 11.30$, $\text{df} = 1$, $p < .001$; Freiburg/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 38.34$, $\text{df} = 1$, $p < .001$, Emmendingen/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 18.69$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Die befragten Personen aus Jena und Kahla sind mit jeweils ca. 40% dagegen etwa vergleichbar belastet.

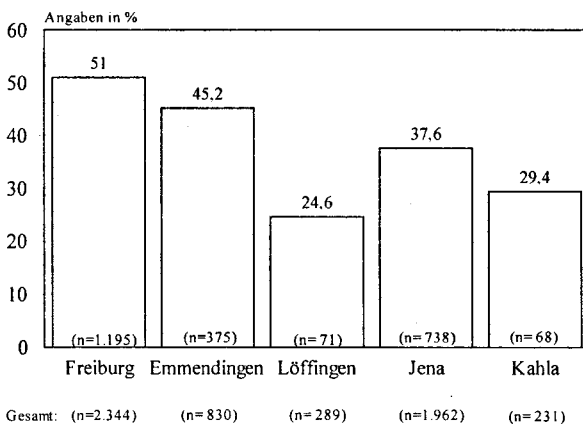
Entsprechend den in Abb. 8.1 dargestellten Viktimisierungsquoten (Viktimisierungen von Haushaltsmitgliedern im Verkehrsmittelbereich wurden mit einbezogen) zeigen sich hier Unterschiede zwischen den Kommunen in nahezu ähnlicher Weise. Wie dargestellt bleiben die Kriminalitätsunterschiede zwischen den Gemeinden auch bei Ausschluß der Haushaltsviktimisierungen im Bereich Verkehrsmitteldelikte weitgehend konstant. Die relative Reduzierung der Deliktsbelastung in den größeren Gemeinden Freiburg, Emmendingen und Jena ist jedoch größer als in den kleinen Kommunen Löffingen und Kahla. Während unter Ausschluß der Haushaltsviktimisierungen die Gesamtopferquote in Freiburg um 13,9% zurückgeht, in Emmendingen gar um 17,5% und in Jena um 13,3%, beträgt der Rückgang in Löffingen dagegen lediglich 11,1% und in Kahla 8,1%.

Bei den durchgeführten Vergleichen hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung in den von uns erfaßten Delikten bzw. Deliktsbereichen in ost- und westdeutschen Kommunen ist zu berücksichtigen, daß die Datenerhebung relativ kurz nach der Wiedervereinigung stattgefunden hat, d.h. in einer Phase extremer Veränderung und Neuorientierung, die sich auch auf die Kriminalitätsentwicklung ausgewirkt hat (vgl. Kapitel 3). Somit dürften negative Erlebnisse, teilweise auch finanzielle Verluste und eine möglicherweise damit verbundene Verunsicherung der ostdeutschen Befragten, das Antwortverhalten beeinflusst haben. Im Vorgriff auf das Delikts-Kapitel 8.11 (Betrug/Täuschung) ist festzustellen, daß die ostdeutschen Befragten aus Jena und Kahla, in Relation zu den anderen erfragten Deliktsbereichen sowie im Gegensatz zu den westdeutschen Befragten, entsprechend überdurchschnittlich häufig angaben, Opfer von Betrug bzw. Täuschung (im

wirtschaftlichen Sinne) geworden zu sein. Neben den nach der Wiedervereinigung gehäuft auftretenden Betrugsdelikten im Osten Deutschlands spiegelt sich in diesem Ergebnis möglicherweise die subjektive Befindlichkeit, Verunsicherung und damit verbunden eine hohe Sensibilität ostdeutscher Bürger relativ kurz nach der deutschen Wiedervereinigung, in einer Hochphase des wirtschaftlichen Umbruchs und der Neuorientierung, wider.

Dieses von den übrigen Opferquoten abweichende Ergebnis nahmen wir zum Anlaß, in einem zweiten Schritt die Gesamt-Viktimisierungsquote ohne den Deliktsbereich „Betrug/Täuschung“ zu berechnen. Wie aus Abb. 8.3 zu ersehen ist, sind bei Ausschluß des Delikts „Betrug/Täuschung“ die Viktimisierungsquoten der Befragten aus Jena (37,6%) und Kahla (29,4%) zumindest ca. 10%-Punkte niedriger (Jena 8,9%-, Kahla 13,9%-Punkte Differenz; vgl. auch Abb. 8.1). Die berechneten Viktimisierungsquoten („mit bzw. ohne „Betrug/Täuschung“) als auch die Differenz zwischen Jena und Kahla (37,6% bzw. 29,4%) unterscheiden sich statistisch signifikant ($\chi^2 = 42.41$, $df = 1$, $p < .01$).

Abb. 8.3: *Viktimisierungsquoten für alle erfaßten Delikte mit Ausnahme des Deliktsbereichs „Betrug/Täuschung“, getrennt für die fünf Kommunen, (mit Haushaltviktimisierungen im Bereich der „Fahrzeugdelikte“)*

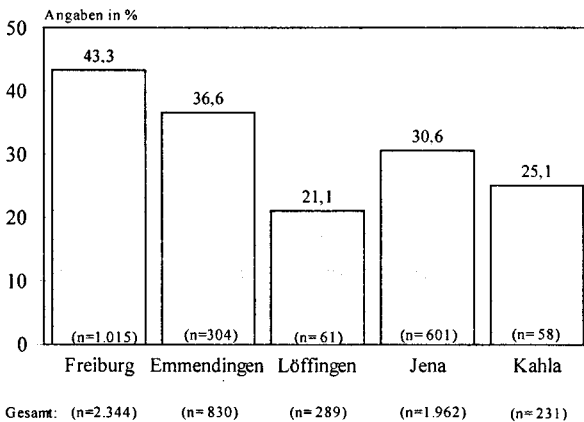


Die Ergebnisse der westdeutschen Kommunen zeigen dagegen nur geringfügige, nicht signifikante Veränderungen (Freiburg, Emmendingen, Löffingen: Opferquote mit Betrug/Täuschung 53,2%, 47,3% sowie 28,0%; ohne

diesen Deliktsbereich 51,0%, 45,2% sowie 24,6%). Die Unterschiede zwischen Freiburg und Jena sind hochsignifikant ($\text{Chi}^2 = 20.54$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). In Kahla (29,4%) ist, im Vergleich zu Löffingen (24,6%), dagegen nur noch eine tendenziell höhere (nicht signifikante) Viktimisierungsquote zu verzeichnen.

Ein vergleichbares, eher noch deutlicher ausgeprägtes Bild zeigt Abbildung 8.4 mit den Viktimisierungsquoten ohne Haushaltviktimisierungen im Bereich der „Verkehrsmitteldelikte“. Die Wahrscheinlichkeit, innerhalb eines Jahres Opfer eines der erfaßten Delikte ohne Berücksichtigung der Haushaltviktimisierungen bei den „Fahrzeugdelikten“ und ohne den Deliktsbereich „Betrug/Täuschung“ zu werden, beträgt in Freiburg ca. 1:2, in Emmendingen und Jena 1:3, in Kahla 1:4 und in Löffingen lediglich 1:5.

Abb. 8.4: *Viktimisierungsquoten für alle erfaßten Delikte mit Ausnahme des Deliktsbereichs „Betrug/Täuschung“, getrennt für die fünf Kommunen, (ohne Haushaltviktimisierungen im Bereich der „Fahrzeugdelikte“)*



Auch unter Ausschluß des Deliktsberichts „Betrug/Täuschung“ bleiben die Relationen zwischen den fünf Kommunen weitgehend identisch. Es zeigt sich durchgehend eine Abnahme der Deliktsbelastung mit der Abnahme der Einwohnerzahl der Gemeinden (Urbanisierungsgrad). Weiterhin ergibt sich bei allen Vergleichen 1991/92 im Westen noch eine insgesamt höhere Deliktsbelastung als im Osten, das wird insbesondere bei den Vergleichen Freiburg bzw. Emmendingen mit Jena deutlich, weniger bei dem Vergleich

Löffingen mit Kahla, was allerdings wie oben ausgeführt auf die unterschiedliche Struktur und insbesondere bezüglich Kahlas mit der Anbindung an Jena zu tun haben dürfte. Wie wir aufgrund neuerer Untersuchungen zeigen konnten (vgl. *Kury & Oberfell-Fuchs* 1996), übertrifft die Kriminalitätsbelastung Ostdeutschlands inzwischen, d.h. Ende 1995, allerdings deutlich diejenige der alten Bundesrepublik, ein Ereignis, das vor dem Hintergrund theoretischer Überlegungen nicht überrascht, sondern zu erwarten war.

8.2 Kraftfahrzeug(PKW) - Diebstahl

Viktimisierung

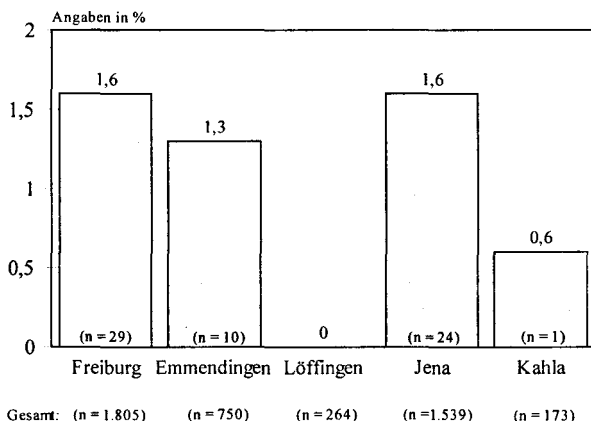
Auf die Frage nach einer Viktimisierung durch Kraftfahrzeug (PKW)-Diebstahl (die Frage im Erhebungsinstrument, nach vorgeschalteter Filterfrage zum Besitz von Verkehrsmitteln im Haushalt („Verfügen Sie oder Mitglieder Ihres Haushaltes über folgende Fahrzeuge: Auto?“ ...), lautete: „Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushaltes seit November 1990 ein Auto gestohlen worden?“) berichteten in Freiburg 1,6% der insgesamt (n = 1.805) befragten Personen, deren Haushalt im Besitz mindestens eines Kraftfahrzeuges war, daß sie selbst bzw. ein Mitglied des Haushaltes einmalig oder auch mehrfach im Befragungszeitraum (ein Jahr) von diesem Delikt betroffen waren. In Emmendingen gaben 1,3% der Befragten an, daß sie selbst bzw. ein Haushaltsmitglied Opfer von Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl wurden – in Löffingen war dieses Delikt unter den befragten Personen nicht zu verzeichnen (vgl. Abb. 8.5).

In Jena gaben bei gleicher Fragestellung ebenfalls 1,6% der Befragten an, daß sie selbst bzw. ein Mitglied ihres Haushaltes seit November 1990 von diesem Delikt betroffen waren. In Kahla beträgt die Viktimisierungsquote 0,6% (Befragte: n = 173). Die Angaben der Befragten aus den drei Städten Freiburg, Emmendingen und Jena unterscheiden sich im χ^2 -Test statistisch nicht signifikant voneinander.

In Freiburg stand zum Befragungszeitpunkt 77% aller befragten Personen oder Haushalte mindestens ein Auto zur Verfügung. Jena und Kahla unterscheiden sich hiervon mit 78,4% bzw. 75,0% nur geringfügig. Diejenigen Personen bzw. Haushalte in Freiburg, Jena und Kahla, die überhaupt einen PKW besitzen, verfügen durchschnittlich über 1,3 Autos. In Emmendingen und Löffingen lag dieser Wert mit 1,5 bzw. 1,7 höher. Gleichzeitig verfügten in Emmendingen mit 90,4% und in Löffingen mit 91,3% deutlich

mehr Personen bzw. Haushalte in der gesamten befragten Stichprobe über mindestens einen PKW. Damit hat in Emmendingen und Löffingen nicht nur ein größerer Anteil der befragten Personen mindestens einen PKW, sondern diejenige Gruppe, die ein Fahrzeug besitzt, besitzt gleichzeitig durchschnittlich auch mehr PKWs als in den anderen Kommunen. Diese höheren Zahlen begründen sich wohl überwiegend auf Notwendigkeiten von Berufspendlern, deren Anzahl in diesen Gemeinden deutlich größer sein dürfte.

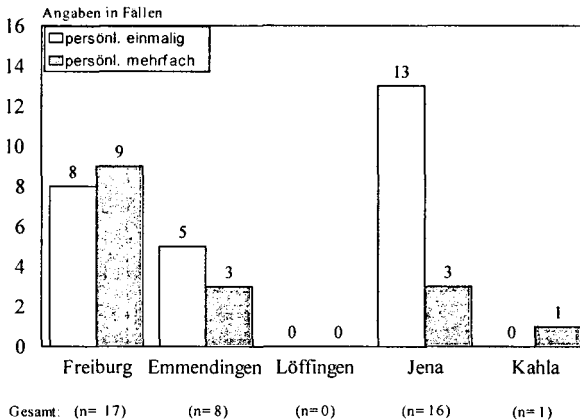
Abb. 8.5: *Viktimisierungsraten für Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl, bezogen auf die Autobesitzer in den fünf Kommunen*



Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde angegeben, ob der Vorfall „ihnen persönlich passierte“ bzw. „einem Haushaltsmitglied passiert“ ist. Ferner wurde nachgefragt, ob die befragte Person oder ein Mitglied des Haushaltes bereits mehrfach Opfer eines Autodiebstahls wurde. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde hier nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in den Abbildungen 8.6 und 8.7.

In Freiburg berichteten die betroffenen Befragten in insgesamt 35 Fällen von Viktimisierungen (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl. Hiervon wurden in 17 Fällen die Befragten direkt persönlich betroffen (Abb. 8.6), in 18 Fällen wurden Haushaltsmitglieder der befragten Personen Opfer der betreffenden Viktimisierung (Abb. 8.7). In 6 Fällen wurde sowohl der be-

Abb. 8.6: *Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl, bezogen auf die Autobesitzer in den fünf Kommunen: Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*

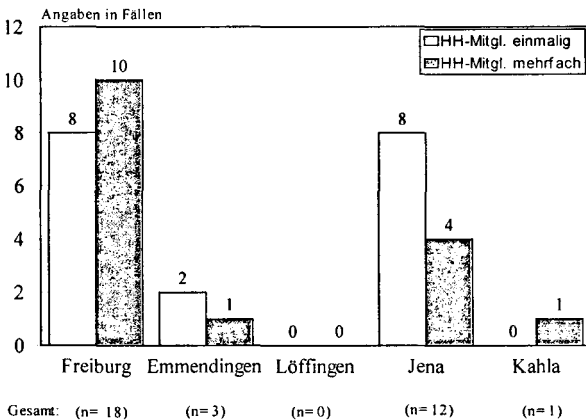


fragten Person als auch einem anderen Mitglied ihres Haushaltes einmal bzw. mehrfach ein Auto gestohlen. Hieraus ergibt sich die oben für Freiburg berichtete Viktimisierungsrate von insgesamt $n = 29$ Einzelpersonen/Haushalten, die durch Autodiebstahl betroffen waren. In Emmendingen traten insgesamt 11 Fälle von berichteter Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl auf. In 8 Fällen waren die Befragten persönlich betroffen, in 3 Fällen andere Haushaltsmitglieder. In einem Fall war hier sowohl die befragte Person als auch ein Mitglied ihres Haushaltes einmalig bzw. mehrfach durch dieses Delikt belastet.

Aus Jena wurde in insgesamt 28 Fällen von Autodiebstahl berichtet. Hier war die befragte Person in 16 Fällen selbst Opfer eines Autodiebstahles, andere Haushaltsmitglieder in 12 Fällen. Auch hier ergeben sich Überschneidungen der Art, daß in 4 Fällen sowohl die befragte Person und gleichzeitig eine andere im Haushalt lebende Person Opfer eines Autodiebstahles geworden ist. In Kahla wurde sowohl eine betroffene, befragte Person als auch ein Haushaltsmitglied mehrfach Opfer dieses Deliktes. Im Vergleich zu Jena und Emmendingen (in Löffingen und Kahla ist Autodiebstahl ein eher seltenes bzw. nicht berichtetes Delikt) ist für Freiburg bemerkenswert, daß die Angaben zu „ist mir persönlich mehrfach passiert“

und „ist einem Haushaltsmitglied mehrfach passiert“ deutlich höher liegen. Jeweils mehr als die Hälfte der vom Autodiebstahl betroffenen Personen aus Freiburg gibt an, daß sie selbst und/oder andere Haushaltsmitglieder nicht nur einmal Opfer dieses Deliktes innerhalb des Referenzzeitraumes geworden sind, sondern mehrmals. In Jena sind die Opfer von Autodiebstahl nicht in dem Maße wie in Freiburg mehrfach von diesem Delikt betroffen. Die Unterschiede sollten jedoch mit großer Zurückhaltung interpretiert werden, da die absoluten Zahlen erwartungsgemäß sehr klein sind (vgl. Kury u.a. 1996, S. 51ff.).

Abb. 8.7: *Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl, bezogen auf die Autobesitzer in den fünf Kommunen: Angaben zu: „Ist einem Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach passiert“*



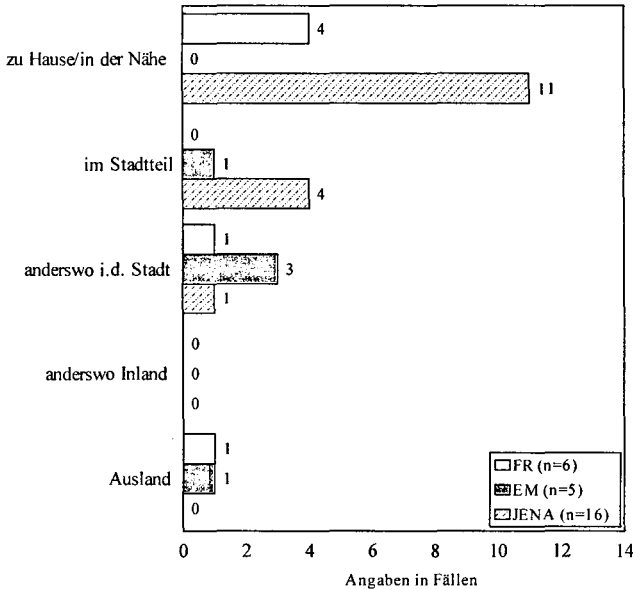
Ort der Viktimisierung

Die persönlich betroffenen Personen wurden gebeten anzugeben, wo ihnen das Auto gestohlen wurde (vgl. Abb. 8.8). Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezieht sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls.

Beantwortet wurde diese Frage in Freiburg von $n = 6$ persönlich betroffenen Personen (insgesamt $n = 17$ Opfer), in Emmendingen von $n = 5$ Personen ($n = 8$ Opfer). Ein großer Teil der Opfer von Autodiebstahl aus Frei-

burg und Emmendingen hat somit zum Viktimisierungsort keine Angaben gemacht. In Jena nahmen alle persönlich betroffene Personen zum Ort des Vorfalls Stellung. Die betroffene Person in Kahla hat sich zum Viktimisierungsort nicht geäußert.

Abb. 8.8: *Persönliche Viktimisierung durch Kraftfahrzeug (PKW)-Diebstahl: Ort der Viktimisierung*



Erwartungsgemäß liegt der Schwerpunkt der Autodiebstähle in der unmittelbaren Wohnumgebung bzw. im Stadtgebiet. Autodiebstähle im übrigen Inland wurden nicht angegeben, im Ausland wurde aus Freiburg und Emmendingen jeweils einer Person das Kraftfahrzeug gestohlen.

Anzeigeverhalten

Zum Anzeigeverhalten wurde gefragt, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die Viktimisierung erfolgte. Diese Frage wurde wiederum nur den persönlich betroffenen Personen gestellt. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.1 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen hierzu waren in den Erhebungen Frei-

burg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtet sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“). Falls eine Person mehrfach von Autodiebstahl betroffen war, beziehen sich die Angaben zum Anzeigeverhalten jeweils auf den letzten Vorfall.

In Freiburg gaben 15 von insgesamt 17 persönlich betroffenen Personen Informationen zum Anzeigeverhalten. Alle berichteten persönlichen Viktimisierungen wurden, in der Regel persönlich, zur Anzeige bei der Polizei gebracht. In Emmendingen gaben alle 8 Opfer an, ob Anzeige erstattet wurde oder nicht. Eine Anzeige erfolgte in 6 der insgesamt 8 Viktimisierungen durch Autodiebstahl (persönlich betroffen) bei der Polizei – eine Person gab an, sowohl telefonisch als auch persönlich bei der Polizei die Anzeige erstattet zu haben (deshalb insgesamt 7 Nennungen). Die Möglichkeit der Anzeigerstattung „an anderer Stelle“ wurde nicht genannt. Diese Kategorie fragt nach Meldung der Viktimisierung bei anderen Stellen, wie z.B. Versicherungen und Hilfsstellen.

Tabelle 8.1: Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl: Anzeigerstattung

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löff- fingen*		Jena		Kahla	
	(n = 15)		(n = 6)		(n = 6)		(n = 12)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	0	0,0	0				0	0,0		
2. Telefonisch bei der Polizei	3	20,0	3				3	25,0		
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	12	80,0	4				8	66,7		
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	0	0,0	0				1	8,3		
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	0	0,0	0				nicht erhoben			
Gesamt	15	100	7				12	100		

* Mehrfachantworten möglich

In Jena wurden zu 15 von insgesamt 16 Vorfällen Angaben zum Anzeigeverhalten gemacht. 11 Vorfälle konnten bei der Polizei angezeigt werden,

in einem Fall wurde die Anzeige jedoch von der Polizei abgewiesen, in drei Fällen wurde keine Anzeige erstattet (vgl. Tabellen 8.1 und 8.2). Aus Jena und Kahla hat jeweils eine betroffene Person keine Angaben zum Anzeigeverhalten gemacht.

Tabelle 8.2: *Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl: Gründe für Nichtanzeige*

	Freiburg*		Emmendingen*		Löf- fingen*		Jena		Kahla	
	(n = 0)		(n = 2)		(n = 0)		(n = 3)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche			0				1			
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt			0				0			
3. Polizei war unnötig			0				2			
4. Ich war nicht versichert			0				0			
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können			0				0			
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan			1				0			
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben			1				0			
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)			0				0			
9. Andere Gründe			0				0			
Gesamt			2				3			

* Mehrfachantworten möglich

Gründe für die Nichtanzeige eines Autodiebstahles wurden in Freiburg nicht angegeben. In Emmendingen wurden von den nichtanzeigenden Opfern eines Autodiebstahles (n=2) als Gründe Vorbehalte gegenüber der Polizei („die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“ bzw. „ich wollte mit der Polizei nichts zu tun haben“) als Nichtanzeigegründe genannt. Die nichtanzeigenden persönlich vom Delikt betroffenen Personen in Jena (n=3) gaben als Gründe „nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinder-

streiche“ sowie „Polizei war unnötig, kein Fall für die Polizei“ an (vgl. Tabelle 8.2). Diese Gründe für Nichtanzeige sind unter Umständen darauf zurückzuführen, daß das gestohlene Kraftfahrzeug innerhalb kürzerer Zeit wieder aufgefunden wurde bzw. beim Opfer wieder abgegeben und die Angelegenheit privat geregelt wurde.

Konsequenzen nach Viktimisierung

Von den persönlich betroffenen Personen konnte die Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung eingestuft werden. Folgende mögliche Konsequenzen waren vorgegeben, die Einstufung erfolgte von „unwichtig“ (1) über „eher unwichtig“ (2), „eher wichtig“ (3) bis zu „wichtig“ (4):

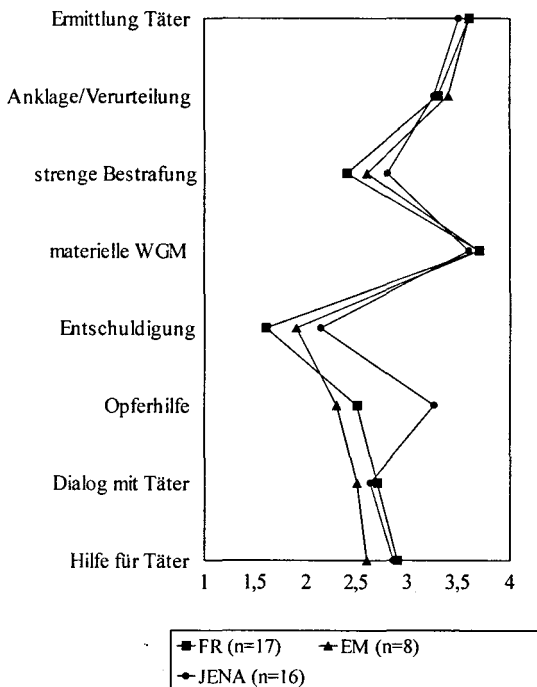
1. „daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden“
2. „daß der Täter angeklagt wird“
3. „daß der Täter auch streng bestraft wird“
4. „daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht“
5. „daß der Täter sich entschuldigt“
6. „daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter dazu nicht in der Lage ist“
7. „daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann“
8. „daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern“ (vgl. Abb. 8.9).

Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch Autodiebstahl machten in Freiburg, Emmendingen und Jena alle persönlich vom Delikt betroffenen Befragten. In Kahla waren zu dieser Variablen keine Angaben zu erhalten.

Die Einschätzung der für notwendig befundenen Konsequenzen durch die Betroffenen entspricht der Schwere des Deliktes. Täterermittlung, Anklage und Verurteilung und vor allem aber die materielle Wiedergutmachung eines in der Regel beträchtlichen Schadens steht deutlich im Vordergrund. Die Einschätzung der Betroffenen ist über die drei Gemeinden relativ identisch. Den Bereich der staatlichen Opferhilfe sehen die Betroffenen aus Jena allerdings als wichtiger an als vergleichbar die in Freiburg und Emmendingen wohnenden Opfer eines Autodiebstahls. Auch eine Entschuldigung des Täters beim Opfer wird von den Betroffenen in Jena als

bedeutender eingestuft als etwa von denjenigen in Emmendingen und Freiburg. Die betroffenen Personen aus Freiburg, aber auch aus Jena und Emmendingen sehen auch eine mögliche „Hilfe für den Täter“ als „eher wichtig“ an.

Abb. 8.9: *Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



Im Vordergrund der erfassten Konsequenzen steht neben der Täterermittlung sowie dessen Anklage und Verurteilung eindeutig die finanzielle Regulierung des Vorfalles, sei es über die Täterermittlung (und damit eventuell verbunden das Auffinden des gestohlenen Kraftfahrzeuges) oder die materielle Wiedergutmachung. Was die Strafmoralität betrifft, deutet sich

hier bereits ein Ergebnis an, das sich auch bei anderen Deliktsbereichen bestätigen läßt, daß die Bürger der Neuen Bundesländer, in diesem Falle Jena, sich für härtere Strafen aussprechen als die vergleichbaren westdeutschen Bürger. So sehen bei Autodiebstahl (vgl. Abb. 8.9) die Befragten aus Jena eine strenge Bestrafung als tendenziell wichtiger an als die Bewohner Freiburgs oder Emmendingens, einer kleineren Stadt, in welcher ausgeprägtere Strafmoralitäten zu erwarten sind als in einer Großstadt. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind jedoch die geringen Fallzahlen zu beachten (vgl. Abbildungen 8.9 - 8.12).

Von weitergehendem Interesse ist ein Vergleich der Einschätzungen möglicher Konsequenzen im einzelnen Deliktsbereich (siehe oben) mit den Einschätzungen aller persönlich betroffenen Opfer, jeweils getrennt nach den fünf Kommunen, die zur Frage der Konsequenzen nach der Tat Angaben machten. Der Grad einer möglichen Abweichung der Einschätzungen zu Konsequenzen für Täter und Geschädigte im einzelnen Delikt kann, im Vergleich zu den Einstellungen aller Opfer (jeweils getrennt nach den fünf Kommunen), auf mögliche Besonderheiten spezifischer Opferwerdungen hinweisen.

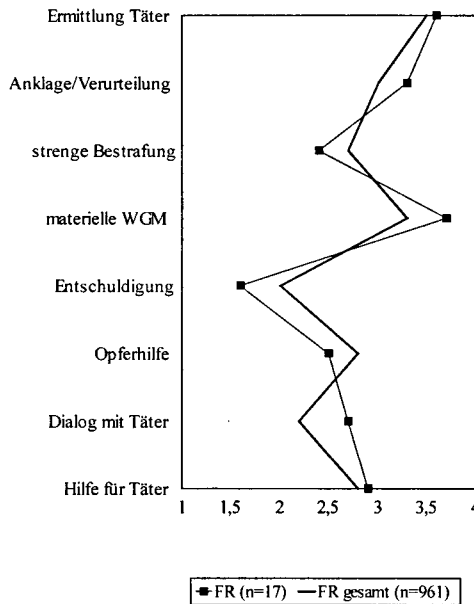
Aus diesem Grund wurden die Mittelwerte der Items, bezogen auf sämtliche Opfer, die zu dieser Fragestellung Angaben machten, für die einzelnen Kommunen errechnet und aus Vergleichsgründen als Liniendiagramm dargestellt. Dieses Diagramm spiegelt die „durchschnittlichen“ Einstellungen aller Opfer zu den Konsequenzen nach der Tat wider. Insgesamt gaben in Freiburg $n = 961$ (89,6%), in Emmendingen und Löffingen $n = 292$ (90,1%) bzw. $n = 61$ (84,7%) sowie in Jena $n = 585$ (74,0%) persönlich Betroffene ihre Einstellungen zu Konsequenzen für Täter und Geschädigte an. Die Einstufungen der Opfer insgesamt zu Konsequenzen nach der Tat, getrennt nach Kommunen, sind in Kapitel 8.16 (Zusammenfassung) vergleichend dargestellt. Aufgrund der geringen Nennungen zu diesem Fragenkomplex konnten die Angaben aus Kahla nicht mit berücksichtigt werden.

Generell sind bei der Interpretation von Unterschieden bei den einzelnen Mittelwerten in den verschiedenen Delikten die teilweise sehr geringen Fallzahlen zu beachten. Signifikanzprüfungen konnten aus diesem Grund nicht in jedem Fall durchgeführt werden.

Die Einstellungen von durch Autodiebstahl betroffenen Personen zu den Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena, sind somit – im Vergleich zu den Angaben der Opfer insgesamt – in den Abbildungen 8.10, 8.11 und 8.12 dargestellt.

Wie in den Abbildungen 8.10 sowie 8.11 ersichtlich ist, sehen die durch PKW-Diebstahl Betroffenen aus Freiburg und Emmendingen (hier ist die geringe Fallzahl von $n = 8$ zu beachten) vor allem die materielle Wiedergutmachung als wichtiger an als vergleichsweise die von Viktimisierung betroffenen Personen aus Freiburg und Emmendingen insgesamt. Dieses ist vor dem Hintergrund eines in der Regel beträchtlichen Schadens aufgrund eines Autodiebstahls verständlich. Eine Entschuldigung des Täters bzw. die Inanspruchnahme einer staatlichen Opferhilfe werden hingegen, im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt, als eher unwichtig eingestuft.

Abb. 8.10: *Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes ($n=17$) sowie der Opfer insgesamt ($n=961$)*



Ein teilweise anderes Bild zeigt Abbildung 8.12. Die durch PKW-Diebstahl betroffenen Personen aus Jena sehen ebenfalls eine materielle Wiedergutmachung entstandener Schäden als überdurchschnittlich wichtig an. Die Entschuldigung durch den Täter bzw. die Unterstützung des Opfers durch

eine staatliche Hilfsstelle werden hingegen ähnlich den Einstellungen der Opfer insgesamt bewertet. In allen drei Kommunen wird eine strenge Bestrafung des Täters als (tendenziell) weniger wichtig, ein Dialog mit dem Täter dagegen als durchschnittlich wichtiger angesehen. Eine Anklage und Verurteilung wird als (tendenziell) wichtiger betrachtet, was vor dem Hintergrund der Deliktsschwere nicht überrascht. Die materielle Wiedergutmachung steht bei diesem Delikt eindeutig im Vordergrund. Die Entschuldigung des Täters bzw. die Hilfe für das Opfer werden in den westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen, jeweils im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt, längst nicht in dem Maße akzeptiert bzw. gewünscht wie von den durch Autodiebstahl betroffenen Personen aus Jena.

Abb. 8.11: Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n=8) sowie der Opfer insgesamt (n=292)

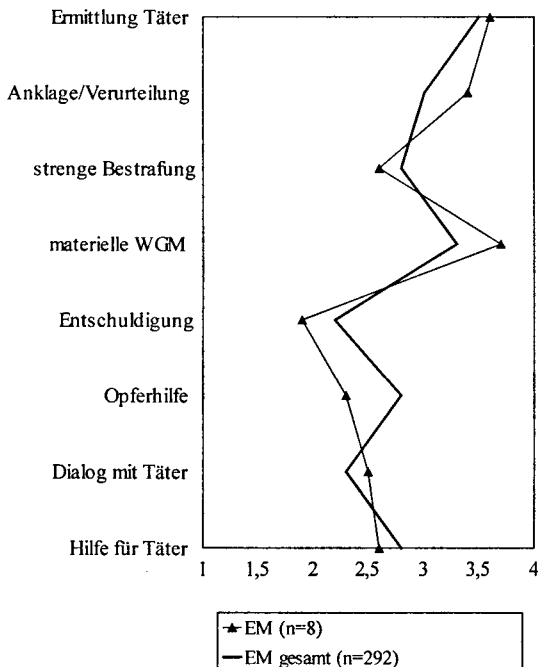
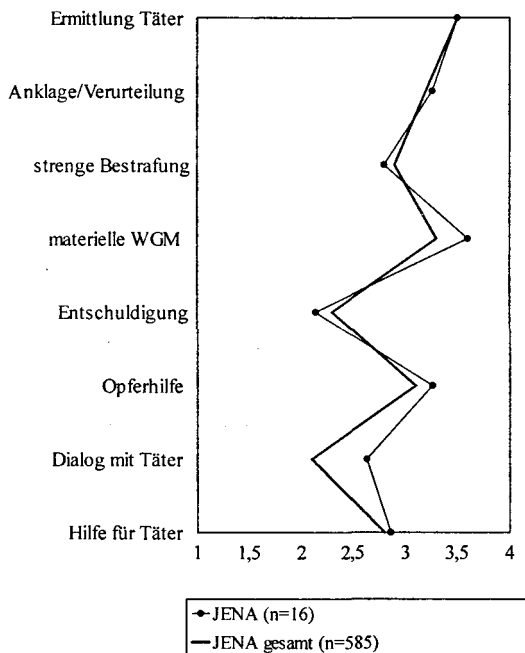


Abb. 8.12: *Viktimisierung durch Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n=16) sowie der Opfer insgesamt (n=585)*



Zusammenfassend ist zu sagen, daß Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl in den fünf Gemeinwesen erwartungsgemäß ein eher seltenes Ereignis ist. Verständlicherweise sind vor allem die befragten Personen aus den kleinen Kommunen Löffingen und Kahla nicht bzw. nur sehr gering von diesem Delikt betroffen. Auffällig ist für Freiburg, daß die betroffenen Personen oder ihre Haushaltsmitglieder deutlich öfter Mehrfachopfer eines Autodiebstahles wurden als die direkt persönlich Betroffenen bzw. deren Haushaltsmitglieder in Emmendingen und Jena. Beachtenswert ist die zwar geringe, aber identische Viktimisierungsrate von 1,6% in Freiburg und Jena. Es ist anzunehmen, daß, bedingt durch die hohe PKW-Nachfrage in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, auch in Jena bereits zum Befragungszeitpunkt für Diebe genügend lohnende Objekte vorhanden waren.

Die hohe Anzeigequote in Freiburg, Emmendingen und Jena (nahezu alle Vorfälle werden zur Anzeige bei der Polizei gebracht) entspricht der Deliktsschwere durch in der Regel hohen finanziellen Verlust sowie den formellen Anforderungen einer Versicherungsleistung. Die Versicherung übernimmt in der Regel nur nach erfolgter Anzeige bei der Polizei die Schadensregulierung.

Was die Konsequenzen der Tat betrifft, steht sowohl in Freiburg und Emmendingen als auch in Jena die Ermittlung des Täters sowie die Wiedergutmachung des entstandenen Schadens im Vordergrund; beides dürfte nicht unabhängig voneinander sein: Bei Ermittlung des Täters ist nach Ansicht der Opfer wohl eher mit einem Wiederauffinden des Kraftfahrzeugs zu rechnen. Es wird allerdings auch auf Anklage und Verurteilung Wert gelegt. Für die Befragten Jenas spielt weiterhin die Opferhilfe durch staatliche Institutionen (Schadensausgleich) eine bedeutende Rolle. Relativ wenig Wert legen die Opfer aller drei Kommunen dagegen auf eine Entschuldigung durch den Täter, überdurchschnittlichen Wert – im Vergleich zu allen Opfern – eher auf einen Dialog mit diesem, vielleicht, um ihm hierbei das Unrecht seiner Tat deutlich zu machen bzw. dem eigenen Ärger über den Verlust Luft machen zu können.

8.3 Moped-/Motorrad - Diebstahl

Viktimisierung

Auf die Frage nach einer Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl (die Frage im Erhebungsinstrument, nach vorgeschalteter Filterfrage zum Besitz von Verkehrsmitteln im Haushalt („Verfügen Sie oder Mitglieder Ihres Haushaltes über folgende Fahrzeuge: Moped und/oder Motorrad?“), lautete: „Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushaltes seit November 1990 ein Moped oder Motorrad gestohlen worden?“) berichteten in Freiburg 28,5% (n = 87) der befragten Personen, deren Haushalt im Besitz mindestens eines Mopeds oder Motorrades war (n = 305), daß sie selbst bzw. ein anderes Mitglied des Haushaltes einmalig oder auch mehrfach seit November 1990 von diesem Delikt betroffen waren. In Emmendingen gaben 21,3% (n = 27) der Befragten, die über ein Krafrad verfügen (n = 127), an, daß sie selbst bzw. ein anderes Haushaltsmitglied Opfer eines Moped-/Motorrad-Diebstahls wurden, in Löffingen waren dagegen nur 4,7% (n = 3) der befragten Personen mit Krafradbesitz (n = 64) selbst bzw. Mitglieder ihres Haushaltes von diesem Delikt betroffen.

In Jena und Kahla gaben bei gleicher Fragestellung 12,4% ($n = 44$) bzw. 9,5% ($n = 7$) der Befragten mit Krafradbesitz ($n = 356$ bzw. $n = 74$) an, daß sie selbst bzw. ein Mitglied ihres Haushaltes seit November 1990 von diesem Delikt betroffen waren. Von Moped-/Motorrad-Diebstahl sind die Befragten der westdeutschen größeren Kommunen Freiburg und Emmendingen deutlich stärker betroffen als die Befragten aus Jena. Die Angaben unterscheiden sich statistisch hochsignifikant bzw. signifikant voneinander (Freiburg/Jena: $\chi^2 = 27.01$, $df = 1$, $p < .001$; Emmendingen/Jena: $\chi^2 = 5.91$, $df = 1$, $p < .05$). Erwartungsgemäß zeigt sich auch hier eine Stadt-Land-Differenzierung zwischen städtischen Kommunen (Freiburg, Emmendingen) und ländlichen Bereich Löffingen (Freiburg/Löffingen: $\chi^2 = 16.29$, $df = 1$, $p < .001$).

Die Angaben der ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla unterscheiden sich statistisch nicht signifikant voneinander, wenngleich das Stadt-Land-Gefälle tendenziell sichtbar wird. Ergänzend ist zu sagen, daß in den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla Krafräder eine größere Verbreitung besitzen als in Freiburg oder Emmendingen. Im am höchsten durch dieses Delikt belasteten Freiburg verfügen ca. 13% der insgesamt befragten Personen oder Mitglieder ihres Haushaltes über eines oder mehrere Kraftäder (Emmendingen 15,3%; Löffingen 22,1%). In Jena und Kahla besitzen dagegen 18,1% bzw. 32,0% der Befragten bzw. andere Haushaltsmitglieder ein Krafrad. Daß Befragungsperson oder Mitglieder ihres Haushaltes über mehrere Krafräder verfügen, ist eher die Ausnahme, die Unterschiede sind statistisch nicht bedeutsam.

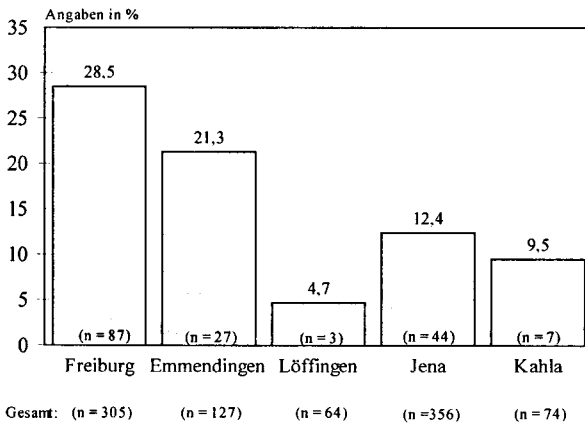
Obwohl die Gelegenheitsstrukturen aufgrund der größeren Verbreitung von Mopeds bzw. Krafrädern in den kleineren Gemeinden höher sind, ist die Kriminalitätsbelastung bei niedrigerer Einwohnerzahl erheblich geringer. Das relativiert die Bedeutung der Gelegenheitsstruktur und weist darauf hin, daß es im wesentlichen andere lebensumweltliche Faktoren sein müssen, welche die höhere Kriminalitätsbelastung zumindest in diesem Deliktsbereich bei größerem Urbanisierungsgrad trotz eher ungünstiger Gelegenheit bewirkt.

Die höhere Verbreitung von Krafrädern in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland konnte bereits in der ersten deutsch-deutschen Opferstudie von 1990 festgestellt werden (vgl. *Kury u.a.* 1996, S. 77). Bereits damals fanden wir, bezogen auf Ost- bzw. Westdeutschland, daß in den NBL Krafräder offensichtlich eine größere Rolle spielten; mehr Haushalte als im Westen besaßen ein solches Fahrzeug. In der vorliegenden Städte-

studie sind die Unterschiede zwischen westdeutschen Haushalten (zwischen 13% in Freiburg und 22,1% in Löffingen) und ostdeutschen (18,1% in Jena und 32,0% in Kahla) ebenfalls deutlich.

Die im Vergleich zur DD'90 höheren Werte der drei westdeutschen Kommunen dürften mit regionalspezifischen Faktoren zusammenhängen. So ist Freiburg eine „Studentenstadt“ mit vielen jungen Menschen, die eher Moped bzw. Motorrad fahren als ältere Bürger. Schließlich dürften Witterungsbedingungen einen Einfluß haben. Die höheren Durchschnittstemperaturen in Süddeutschland reizen mehr zum Motorradfahren als die hierzu ungünstige Witterung Norddeutschlands. Weiterhin dürften aber auch Einkommensunterschiede zwischen Süd- und Norddeutschland von Bedeutung sein (vgl. hierzu *Kury u.a.* 1995), insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die Anschaffungskosten für Motorräder in der Regel sehr hoch sind.

Abb. 8.13: *Viktimisierungsraten für Moped-/Motorrad-Diebstahl, bezogen auf die Moped-/Motorrad-Besitzer, für die fünf Kommunen*

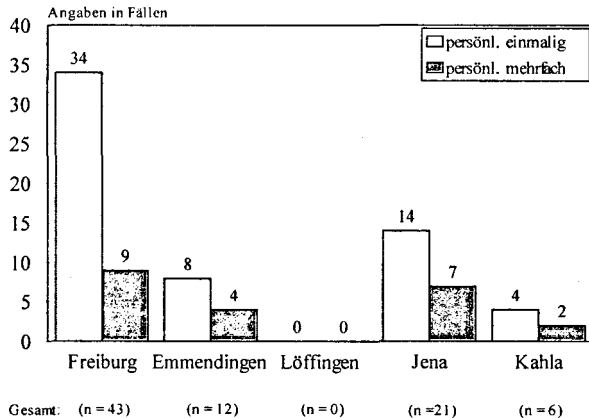


In Freiburg, Emmendingen, Jena und Kahla verfügen die befragten Personen mit Kraftradbesitz im Haushalt über durchschnittlich 1,1 Krafträder und Befragte aus Löffingen über durchschnittlich 1,4 Mopeds oder Motorräder. Die Verteilung der Deliktsquoten von Moped-/Motorrad-Diebstahl über die fünf Kommunen verhält sich wie oben erwähnt invers der tatsächlichen Verbreitung der Fahrzeuge innerhalb der Stichproben. In

den Gemeinden, in denen die Verbreitung der Fahrzeuge größer ist, ist gleichzeitig die Viktimisierungsquote niedriger. Aufgrund der Gelegenheitsstrukturen wäre das Gegenteil zu erwarten, offensichtlich ist aber der Einfluß des Stadt-Land-Gefälles in der Straftatenbegehung (Urbanisierungsgrad) bzw. der damals noch bestehenden Ost-West-Unterschiede derart, daß zum Befragungszeitpunkt im Osten die Kriminalitätsquote (noch) niedriger ist als im Westen.

Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde wiederum erfragt, ob der Vorfall „ihnen persönlich passierte“ bzw. „einem Haushaltsmitglied passiert“ ist. Ferner wurde erfaßt, ob die befragte Person oder ein Mitglied des Haushaltes bereits mehrfach Opfer eines Moped-/Motorrad-Diebstahls wurde. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde hier nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in den Abbildungen 8.14 und 8.15.

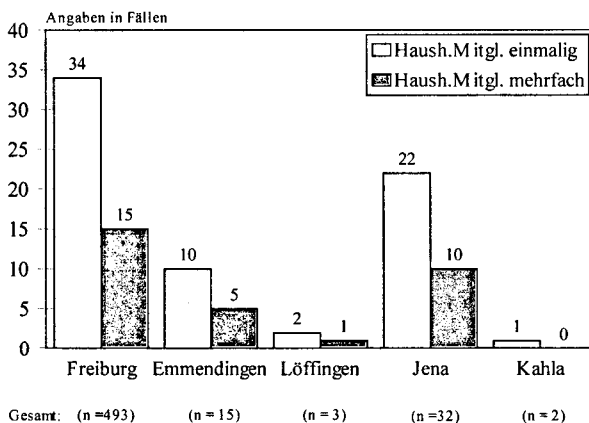
Abb. 8.14: Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl, bezogen auf die Moped-/Motorradbesitzer in den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“



Die in Freiburg befragten Personen mit Kraffradbesitz berichteten insgesamt 92 Fälle einer Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Moped-/Motorrad-Diebstahl. In 43 Fällen waren die Befragten direkt persönlich betroffen, in 49 Fällen wurden

Haushaltsmitglieder der befragten Personen Opfer der betreffenden Viktimisierung. In 5 Fällen wurde in Freiburg sowohl der befragten Person als auch einem anderen Mitglied ihres Haushaltes einmal bzw. mehrfach ein Kraftrad gestohlen. Hieraus ergibt sich die für Freiburg berichtete Viktimisierungsquote von insgesamt $n = 87$ Einzelpersonen/Haushalten, die durch Kraftraddiebstahl betroffen waren. In Emmendingen ergaben sich insgesamt 27 Fälle von berichteter Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Moped-/Motorrad Diebstahl. In 12 Fällen waren die Befragten persönlich betroffen, in 15 Fällen andere Haushaltsmitglieder. Der Fall, daß die befragte Person und ein Mitglied des Haushaltes vom Delikt betroffen war, wurde in Emmendingen nicht verzeichnet. In Löffingen waren die befragten Personen nicht direkt betroffen, sondern jeweils ein Mitglied des Haushaltes.

Abbildung 8.15: Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl, bezogen auf die Moped-/Motorradbesitzer in den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist einem Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach passiert“



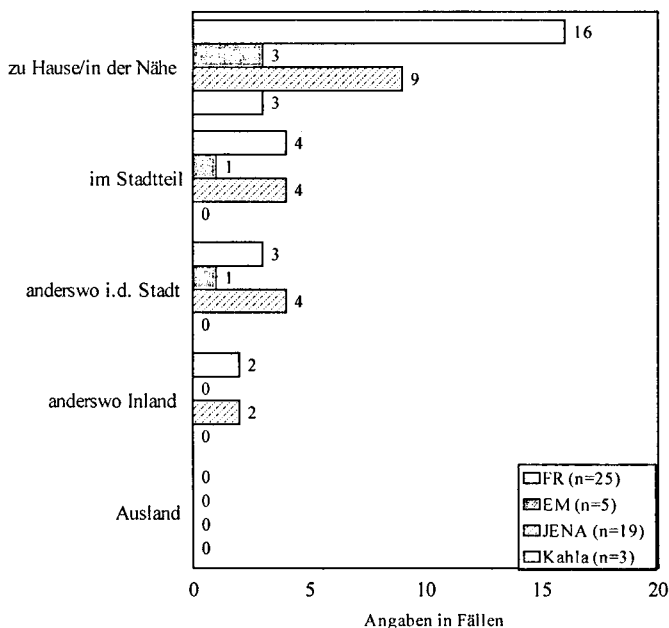
Aus Jena wurde in insgesamt 53 Fällen von Krad Diebstahl berichtet. Hier waren die befragten Personen in 21 Fällen selbst Opfer dieses Deliktes, andere Haushaltsmitglieder in 32 Fällen. Es ergeben sich Überschneidungen der Art, daß in 9 Fällen sowohl die befragte Person als gleichzeitig auch eine andere im Haushalt lebende Person Opfer eines Kraftraddiebstahles

geworden sind. In Kahla wurde über 7 Fälle von Viktimisierung durch Moped-/Motorrad Diebstahl berichtet. Hier war in 6 Fällen die befragte Person selbst das Opfer, in einem Fall ein anderes Haushaltsmitglied. In Emmendingen und Jena sind jeweils ein Drittel der persönlich betroffenen Personen zusätzlich auch mehrfach Opfer von Krafraddiebstahl geworden, in Freiburg ca. ein Fünftel. Ein vergleichbares Bild zeigt sich in den Fällen der Viktimisierung von Haushaltsmitgliedern der befragten Personen. In den Kommunen (mit Ausnahme von Kahla) wurden ca. 1/3 der betroffenen Haushaltsmitglieder auch mehrfach Opfer von Krafraddiebstahl.

Ort der Viktimisierung

Die vom Delikt persönlich betroffenen Personen wurden ergänzend gefragt, wo ihnen das Moped oder Motorrad gestohlen wurde. Als Vorgaben wurden wiederum genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo i.d. Stadt“, „anderswo Inland“, „Ausland“.

Abb. 8.16: *Persönliche Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl: Ort der Viktimisierung*



derswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezog sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls.

Angaben zu dieser Frage machten in Freiburg $n = 25$ (58%) der vom Delikt persönlich betroffenen Personen, in Emmendingen und Kahla gaben etwa die Hälfte der persönlich betroffenen Befragten den Ort des Diebstahles an. Ein Großteil der persönlich betroffenen Opfer von Kraddiebstahl aus Freiburg und Emmendingen haben zum Viktimisierungsort jedoch keine Angaben gemacht. In Löffingen war die befragte Person nicht direkt persönlich betroffen – hier wurde der Ort des Diebstahles nicht erfaßt. In Jena wurden von nahezu allen persönlich Betroffenen (19 von 21 Personen) Angaben zum Ort des Vorfalls gemacht.

Der Schwerpunkt der Kraddiebstähle liegt in allen Kommunen erwartungsgemäß in der unmittelbaren Wohnumgebung. Krafraddiebstähle innerhalb Deutschlands (Antwortkategorie „anderswo im Inland“) wurden in Freiburg und Jena lediglich mit jeweils $n = 2$ angegeben. Ein Diebstahl im Ausland war nicht zu verzeichnen.

Anzeigeverhalten

Den persönlich betroffenen Opfern wurde die Frage gestellt, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die erlittene Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.3 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragungen in Jena und Kahla verzichteten sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“). Falls eine Person mehrfach von Krafraddiebstahl betroffen war, beziehen sich die Angaben zum Anzeigeverhalten jeweils auf den letzten Vorfall.

In Freiburg äußerten sich 27 vom Kraddiebstahl persönlich Betroffene zum Anzeigeverhalten. Acht Opfer meldeten den Vorfall nicht (vgl. Tab. 8.4), 19 Personen erstatteten bei der Polizei, in der Regel persönlich (und auch zusätzlich telefonisch oder schriftlich) Anzeige (bedingt durch Mehrfachangaben erfolgten insgesamt 22 Nennungen; vgl. Tab. 8.3). Dies entspricht einer Anzeigequote von ca. 70%. In Emmendingen gaben 8 persönlich betroffene Personen Informationen zum Anzeigeverhalten. 5 Personen erstatteten persönlich bei der Polizei Anzeige, 3 weitere meldeten den Vorfall nicht. Diese Werte entsprechen in etwa der Anzeigequote in Freiburg. Die Möglichkeit der Anzeigerstattung „an anderer Stelle“ wurde nicht ge-

nannt. Diese Kategorie fragt nach Meldung der Viktimisierung bei anderen Stellen wie z.B. Versicherungen und Opfer-Hilfsstellen.

Tabelle 8.3: Persönliche Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl: Anzeigerstattung

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 19)		(n = 5)		(n = 0)		(n = 19)		(n = 3)	
	n	%	N	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	2	9,1	0				1	5,3		
2. Telefonisch bei der Polizei	1	4,5	0				4	21,0		
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	19	86,4	5				13	68,4		
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	0	0,0	0				1	5,3		
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	0	0,0	0				nicht erhoben			
Gesamt	22	100	5				19	100		

* Mehrfachantworten möglich

In Jena äußerten sich alle 21 persönlich vom Delikt Betroffenen zum Anzeigeverhalten. 18 Vorfälle (ca. 86%) wurden bei der Polizei angezeigt, in einem Fall wurde die Anzeige jedoch von der Polizei abgewiesen (vgl. Tabelle 8.3). Aus Kahla äußerten sich zur Fragestellung 5 der 6 vom Delikt direkt betroffenen Personen. Hier wurden 3 Vorfälle bei der Polizei angezeigt.

Sofern die Straftat gemeldet wurde, was beim Großteil der Vorfälle erwartungsgemäß zutrifft, wurde meist bei der Polizei Anzeige erstattet. Das hat einerseits mit der Schwere der Straftat, dem erlittenen Schaden und insbesondere versicherungsrechtlichen Bedingungen zu tun.

Gründe für Nichtanzeige

Insgesamt wurden in Freiburg 14 Gründe für die Nichtanzeige eines Krad-diebstahles zu 8 Vorfällen angegeben. Der Schwerpunkt der Gründe für die

Nichtanzeige eines Deliktes liegt bei fehlendem Versicherungsschutz und der Aussage, daß „die Polizei nichts hätte machen können“, sowie bei Vorbehalten gegenüber der Polizei („die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“). In Emmendingen wurden von den nichtanzeigenden Opfern eines Kraddiebstahls vergleichbare Gründe angeführt – auch hier wurde fehlender Versicherungsschutz genannt. Als Nichtanzeigegründe wurden in Jena „Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei“ (n = 2), in Kahla „Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“ (n = 2) genannt (vgl. Tabelle 8.4).

Tabelle 8.4: *Persönliche Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl: Gründe für Nichtanzeige*

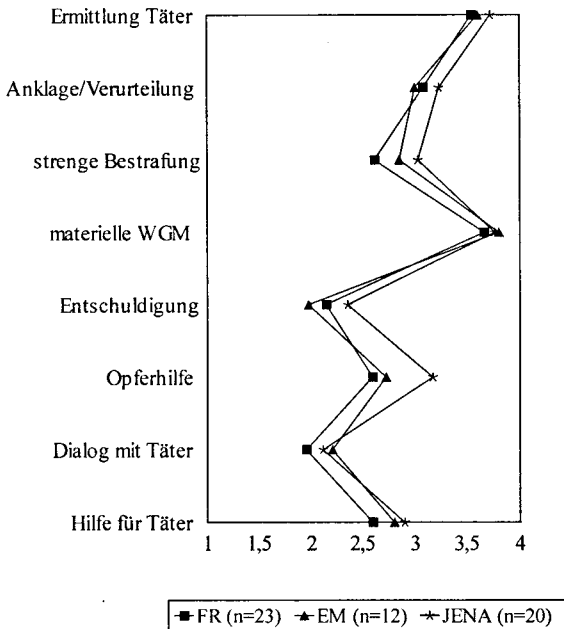
	Freiburg* (n = 8)		Emmendingen* (n = 3)		Löffingen* (n = 0)		Jena (n = 2)		Kahla (n = 2)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	2		0				0		0	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	1		0				0		2	
3. Polizei war unnötig	0		0				2		0	
4. Ich war nicht versichert	4		2				0		0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	3		1				0		0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	3		0				0		0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	1		0				0		0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	0		0				0		0	
9. Andere Gründe	0		0				0		0	
Gesamt	14		3				2		2	

* Mehrfachantworten möglich

Konsequenzen nach der Viktimisierung

Von den persönlich betroffenen Opfern konnte eine persönliche Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung vorgenommen werden (vgl. Kap. 8.2).

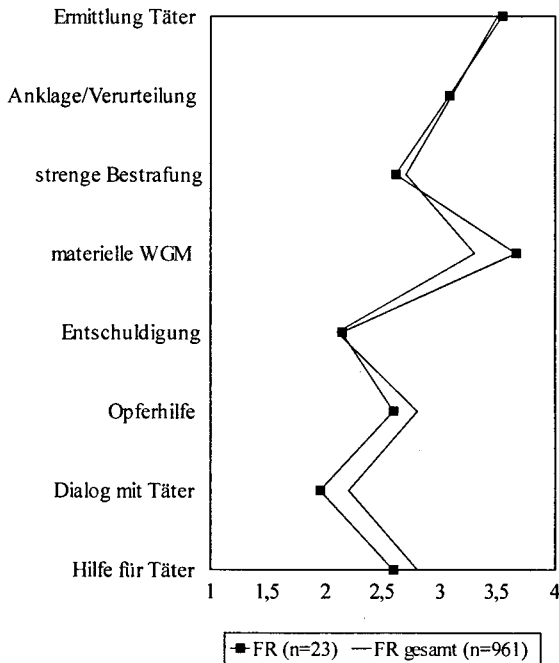
Abb. 8.17: *Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch Kraddiebstahl machten in Freiburg $n = 23$, in Emmendingen $n = 12$ und in Jena $n = 20$ persönlich vom Delikt betroffene Befragte. In Kahla äußerten sich lediglich 3 Personen; auf eine graphische Darstellung wurde deshalb verzichtet. In der Einschätzung der möglichen Konsequenzen unterscheiden sich die betroffenen Befragten nur wenig. Nach der materiellen Wie-

dergutmachung entstandener Schäden stehen in allen Kommunen Täterermittlung sowie Anklage und Verurteilung im Vordergrund. Die Möglichkeit einer staatlichen Opferhilfe wird von den befragten Opfern aus den ostdeutschen Kommunen Jena (und auch Kahla; nicht abgebildet) als „eher wichtig“ bis „wichtig“ erachtet.

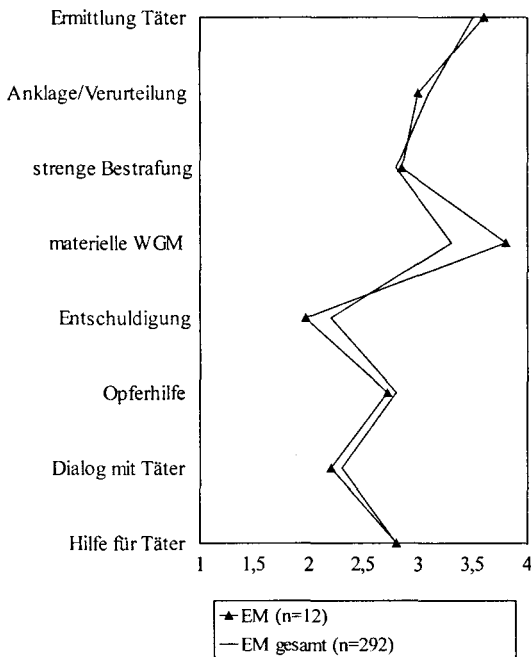
Abb. 8.18: *Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 23) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Auch bei diesem Delikt (vgl. oben Autodiebstahl) steht im ostdeutschen Jena die staatliche Entschädigung des Opfers durch Opferhilfe deutlicher im Vordergrund als in den westdeutschen Kommunen. In allen drei Gemeinden wird als relativ unwichtig angesehen, daß sich der Täter beim Opfer entschuldigt oder daß das Opfer Gelegenheit bekommt, mit dem Täter die Folgen seiner Tat zu besprechen, um ihn zur Wiedergutmachung zu

veranlassen. Wiederum fällt auf, daß eine strenge Bestrafung vor allem die Bürger aus Jena wünschen, die somit am punitivsten sind. Die geringen Fallzahlen legen jedoch eine vorsichtige Interpretation der Ergebnisse nahe.

Abb. 8.19: *Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 12) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*

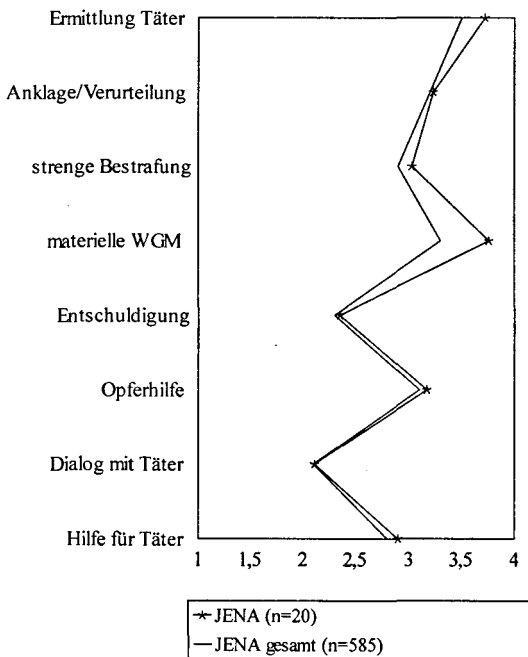


Die Einstellungen von durch Moped- bzw. Motorrad-Diebstahl betroffenen Personen zu den Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena sind – wiederum im Vergleich zu den Angaben der Opfer insgesamt (vgl. hierzu Kapitel 8.2 „PKW-Diebstahl“) – in den Abbildungen 8.18, 8.19 sowie 8.20 dargestellt.

Wie aus den Abbildungen 8.18, 8.19 sowie 8.20 zu erschen ist, wird von den Betroffenen aller drei Kommunen die materielle Wiedergutmachung

als überdurchschnittlich wichtig angesehen. Die in Freiburg von Moped- bzw. Motorrad-Diebstahl betroffenen Personen schätzen die Opferhilfe, den Dialog mit dem Täter sowie eine mögliche Hilfe für den Täter – im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt – tendenziell als eher unwichtiger ein. Betroffene aus Jena legen auf die Ermittlung des Täters einen überdurchschnittlich höheren Wert. In diesen Fällen ist möglicherweise an eine Wiederbeschaffung des gestohlenen Zweirades gedacht worden. Im übrigen orientieren sich die Einstellungen der von diesem Delikt betroffenen Personen im wesentlichen an den Einschätzungen der Opfer insgesamt.

Abb. 8.20: *Viktimisierung durch Moped-/Motorrad-Diebstahl in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 20) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



Zusammenfassend ist zur Deliktskategorie „Diebstahl von Moped/Motorrad“ zu sagen, daß die Häufigkeit dieses Delikts, insbesondere in Freiburg,

aber auch in den anderen beiden größeren Kommunen Emmendingen und Jena, überrascht. Die befragten Personen der westdeutschen Städte Freiburg und Emmendingen sind, obwohl hier deutlich weniger Befragte oder deren Haushaltsmitglieder – im Vergleich zu den übrigen Orten – über ein Krafrad verfügen, wesentlich höher belastet als die Befragten aus Jena. Die absolute Anzahl von Krafradbesitz kann nicht ursächlich sein. Die geringsten Viktimisierungsquoten finden sich im ländlichen Bereich Löffingens (4,7%) sowie Kahlas (9,5%), obwohl hier im Unterschied zu Freiburg, Emmendingen und Jena prozentual deutlich mehr befragte Personen bzw. deren Haushaltsmitglieder eines oder mehrere Krafräder besitzen.

Der überwiegende Teil der Diebstähle wurde bei der Polizei angezeigt. Dieses ist vor dem Hintergrund verständlich, daß ohne die Bestätigung über eine Strafanzeige ein versicherungsrechtlicher Ausgleich in der Regel nicht möglich ist. In Freiburg und Emmendingen wurde als Nichtanzeigegrund die Aussage „Ich war nicht versichert“ entsprechend mehrfach angegeben. Hier besteht die Möglichkeit, daß evtl. saisonbedingt nicht angemeldete Mopeds oder Motorräder, für die meist kein Versicherungsschutz besteht, entwendet wurden. Als Viktimisierungsort wurde in diesen Fällen die unmittelbare Wohnumgebung genannt. Als Gründe für eine Nichtanzeige wurde auch die Geringfügigkeit der Straftat angegeben bzw. daß das Opfer „die Angelegenheit selbst geregelt“ habe und die Tat „kein Fall für die Polizei“ gewesen sei. Hierbei ist an die Möglichkeit von Fällen unbefugter Ingebrauchnahme zu denken. Ob die betroffenen Personen ihr Krafrad zurückerhalten haben, wurde nicht erfaßt. Auch ist in Anbetracht der hohen Viktimisierungsquoten zu berücksichtigen, daß die befragten Personen neben der Entwendung von Motorrädern und Kleinkrafrädern (Mopeds) unter Umständen auch Diebstähle von Mofas genannt haben.

Was die Konsequenzen nach einer Viktimisierung betrifft, zeigt sich auch hier, wie etwa schon beim Autodiebstahl (vgl. oben), daß die betroffenen Opfer vor allem auf die Ermittlung des Täters, auf eine materielle Wiedergutmachung, aber auch auf eine Anklage und Verurteilung des Täters Wert legen. Staatliche Opferhilfe wurde von den Bürgern Ostdeutschlands (Jena) als wichtiger erachtet als von den westdeutschen. Das mag mit der finanziell angespannteren Situation im Osten des Landes zu tun haben, aber auch damit, daß hier der Staat zu DDR-Zeiten insgesamt mehr als verantwortlich angesehen wurde und auch diese Verantwortung stärker übernahm als im Westen. Eine Entschuldigung des Täters sowie ein Dialog mit ihm wird dagegen in allen Kommunen als weniger wichtig angesehen.

8.4 Fahrraddiebstahl

Viktimisierung

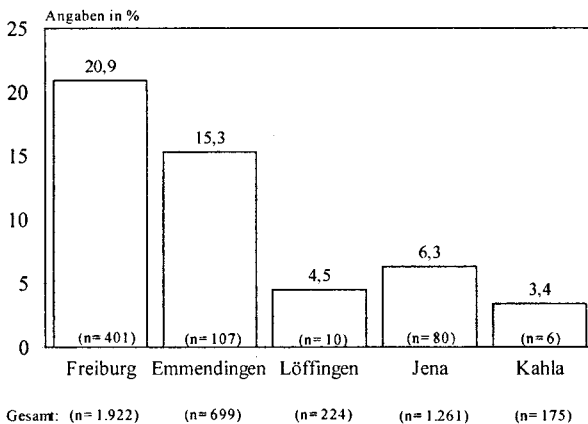
Auf die Frage nach einer Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl (die Frage im Erhebungsinstrument, nach vorgeschalteter Filterfrage zum Besitz von Verkehrsmitteln im Haushalt („Verfügen Sie oder Mitglieder Ihres Haushaltes über folgende Fahrzeuge: Fahrrad?“), lautete: „Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushaltes seit November 1990 ein Fahrrad gestohlen worden?“) berichteten in Freiburg 20,9% (n = 401) der befragten Personen, deren Haushalt im Besitz mindestens eines Fahrrades war (n = 1.922), daß sie selbst bzw. ein anderes Mitglied des Haushaltes einmalig oder auch mehrfach seit November 1990 von diesem Delikt betroffen waren. 15,3 % (n = 107) der Befragten aus Emmendingen (n=699) gaben an, daß sie selbst bzw. ein anderes Haushaltsmitglied im genannten Zeitraum Opfer des Deliktes Fahrraddiebstahl wurden, in Löffingen waren dies 4,5% (n = 10) der befragten Personen (n = 224) bzw. Mitglieder ihres Haushaltes (vgl. Abb. 8.21).

In Jena bzw. Kahla gaben bei gleicher Fragestellung 6,3% (n = 80) bzw. 3,4% (n = 6) der Befragten (n = 1.261 bzw. n = 175) an, daß sie selbst bzw. ein Mitglied ihres Haushaltes seit November 1990 mindestens einmal Opfer eines Fahrraddiebstahls wurden. Durch Fahrraddiebstahl sind die Befragten der westdeutschen größeren Kommunen Freiburg und Emmendingen wiederum deutlich höher belastet als die befragten Personen und deren Haushalte aus Jena. Die Angaben unterscheiden sich statistisch hochsignifikant voneinander (Freiburg/Jena: $\text{Chi}^2 = 125.13$, $\text{df} = 1$, $p < .001$; Emmendingen/Jena: $\text{Chi}^2 = 41.86$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Der Unterschied Freiburg/Emmendingen ist ebenfalls statistisch signifikant ($\text{Chi}^2 = 10.12$, $\text{df} = 1$, $p < .01$).

Wie oben ausgeführt (vgl. Kapitel 5), zeigt Freiburg im Vergleich mit Baden-Württemberg, aber auch anderen größeren Städten dieses Bundeslandes eine überdurchschnittliche Belastung beim Fahrraddiebstahl. In West- und in Ostdeutschland ergaben sich wiederum deutliche Unterschiede zwischen den städtischen Kommunen (Freiburg, Emmendingen, Jena) und den eher ländlichen Bereichen Löffingen und Kahla (Freiburg/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 34.84$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Die Angaben der Befragten aus Jena und Kahla unterscheiden sich statistisch ebenfalls signifikant voneinander ($\text{Chi}^2 = 48.45$, $\text{df} = 1$, $p < .05$). Ein statistisch bedeutsamer Unterschied zwischen Löffingen und Kahla ist nicht vorhanden.

Mit abnehmendem Urbanisierungsgrad nimmt gleichzeitig die Verfügbarkeit von Fahrrädern ab. In den westdeutschen Kommunen, vor allem Freiburg und Emmendingen, verfügen mehr Befragte über zumindest ein Fahrrad als vergleichsweise in Jena oder Kahla. So gaben in Freiburg 82,0% (n = 1.922) der Befragten an, daß ihnen persönlich oder anderen Haushaltsmitgliedern mindestens ein Fahrrad zur Verfügung steht. In Emmendingen und Löffingen besitzen 84,2% (n = 699) bzw. 77,5% (n = 224) der befragten Personen oder Haushalte mindestens ein Fahrrad. In Jena und Kahla verfügen 64,3% (n = 1.261) bzw. 75,8% (n = 175) der Befragten bzw. deren Haushalte über zumindest ein Fahrrad. Dies spricht erneut gegen die These der Gelegenheitsstruktur und bestätigt die Bedeutung des Faktors Urbanisierungsgrad. Mit zunehmender Größe der Gemeinde nimmt die Zahl der gestohlenen Fahrräder zu (vgl. aber unten).

Abb. 8.21: *Viktimisierungsraten für Fahrrad-Diebstahl, bezogen auf die Fahrrad-Besitzer, in den fünf Kommunen*

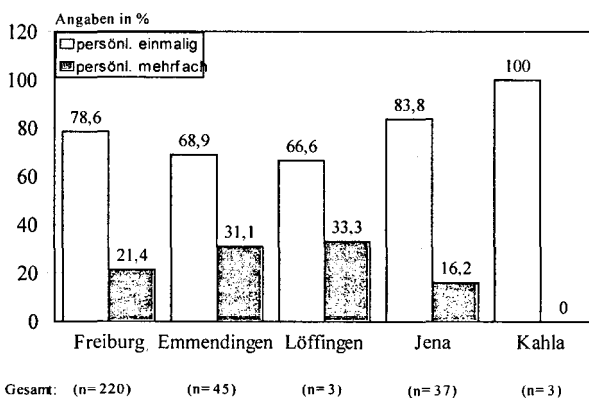


In den beiden Kommunen Emmendingen und Löffingen besitzen die befragten Personen bzw. Haushalte, die Fahrradbesitz angegeben haben, im Gegensatz zu Freiburg, Jena und Kahla auch insgesamt deutlich mehr Fahrräder. Durchschnittlich verfügen die Befragten in Emmendingen und Löffingen über 2,8 bzw. 2,7 Fahrräder, in den übrigen Kommunen besitzen die Befragten durchschnittlich 2,4 Fahrräder. Die Unterschiede im Fahrradbesitz können jedoch die wesentlich höheren Viktimisierungsquoten in Freiburg und Emmendingen – im Gegensatz zu den übrigen Kommunen – nicht

erklären. Es ist zu vermuten, daß in Freiburg und Emmendingen einerseits höherwertigere Fahrräder vorhanden sind, deren Diebstahl lohnender sein kann, andererseits die Diebstahlmöglichkeiten durch situative Gelegenheiten in Verbindung mit einem eventuell häufigeren Alltagsgebrauch erleichtert werden. Das wiederum würde die These der Gelegenheitsstrukturen stärken.

Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde angegeben, ob der Vorfall „ihnen persönlich passierte“ bzw. „einem Haushaltsmitglied passiert“ ist. Ferner wurde gefragt, ob die jeweilige Person oder ein Mitglied des Haushaltes bereits mehrfach Opfer eines Fahrraddiebstahles wurde. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde hier nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildungen 8.22 und 8.23.

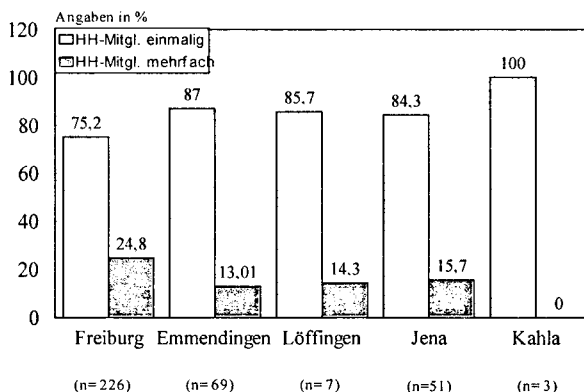
Abb. 8.22: Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl, bezogen auf die Fahrradbesitzer in den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“



Die Freiburger Befragten berichteten in insgesamt 446 Fällen von Viktimisierungen (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Fahrraddiebstahl. In 220 Fällen waren die Befragten direkt persönlich betroffen, in 226 Fällen wurden Haushaltsmitglieder der befragten Personen als Opfer eines Fahrraddiebstahles genannt. In 45 Fällen wurde in Freiburg sowohl der befragten Person als auch einem anderen Mitglied ihres Haushaltes einmal bzw. mehrfach ein Fahrrad gestohlen. Hieraus ergibt sich die oben für Freiburg berichtete Viktimisierungsquote

durch Fahrraddiebstahl von 20,9% ($n = 401$). In Emmendingen traten insgesamt 114 Fälle von berichteter Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Fahrraddiebstahl auf. In 45 Fällen waren die Befragten persönlich betroffen, in 69 Fällen andere Haushaltsmitglieder, in 7 Fällen wurde sowohl die befragte Person als auch ein Mitglied ihres Haushaltes Opfer dieses Deliktes. Hieraus ergibt sich für Emmendingen die Viktimisierungsquote von 15,3% ($n = 107$). In Löffingen gaben in 3 Fällen die befragten Personen an, selbst Opfer gewesen zu sein, in 7 Fällen waren es jeweils Haushaltsmitglieder der befragten Person.

Abb. 8.23: *Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl, bezogen auf die Fahrradbesitzer in den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist einem Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach passiert“*



Aus Jena wurde in insgesamt 88 Fällen von Fahrraddiebstahl berichtet. Hier war die befragte Person in 37 Fällen selbst Opfer dieses Deliktes, andere Haushaltsmitglieder in 51 Fällen. Hier ergeben sich Überschneidungen der Art, daß in 8 Fällen sowohl die befragte Person als auch eine andere im Haushalt lebende Person Opfer eines Fahrraddiebstahles geworden ist (Viktimisierungsquote 6,3%, $n = 80$). In Kahla wurde in 6 Fällen von Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl berichtet. Dabei waren jeweils in 3 Fällen die befragte Person bzw. andere Haushaltsmitglieder Opfer der betreffenden Viktimisierung.

Die befragten Personen bzw. deren Haushaltsmitglieder waren im Befragungszeitraum von einem Jahr teilweise mehrfach von Fahrraddiebstahl betroffen: In Freiburg und Emmendingen gaben 21,4% (n = 47) bzw. 31,1% (n = 14) der persönlich betroffenen Befragten an, mehrfach Opfer innerhalb des Befragungszeitraumes geworden zu sein. Diese Werte unterscheiden sich deutlich von den Angaben aus Jena (16,2%, n = 6). In Freiburg sind auch Haushaltsmitglieder der befragten Personen häufiger Opfer eines Fahrraddiebstahles geworden. Die Angaben aus Löffingen und Kahla wurden aus Vergleichsgründen ebenfalls prozentuiert dargestellt, Aussagen lassen sich aufgrund der niedrigen Fallzahl jedoch nur mit Vorbehalt machen.

Fahrraddiebstahl ist ein Delikt, von dem die Befragten angeben, daß es einem Haushaltsmitglied öfter als ihnen persönlich passiert ist. So führten – wie erwähnt – 220 der Freiburger Befragten an, daß sie persönlich Opfer geworden sind, und 226, daß ein Haushaltsmitglied Opfer wurde (Emmendingen: 45 : 69; Löffingen: 3 : 7; Jena: 37 : 51; Kahla: 3 : 3). Das überrascht nicht, ist doch die Zahl der Haushaltsmitglieder durchschnittlich größer als 2 und damit die Wahrscheinlichkeit, daß ein anderes Haushaltsmitglied Opfer wird, recht groß.

Ort der Viktimisierung

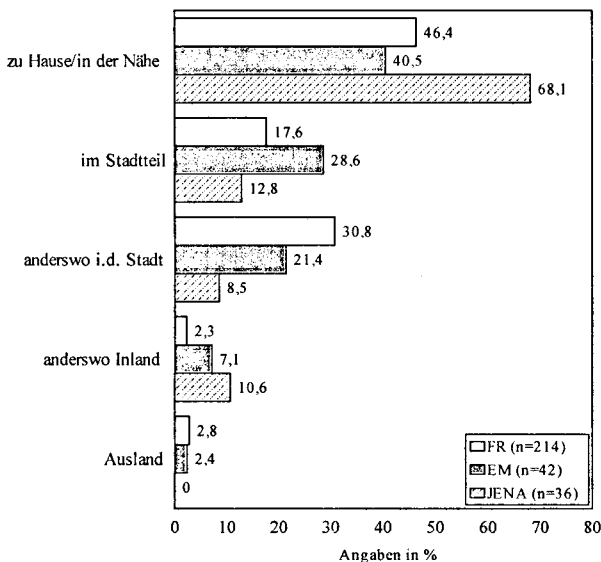
Die vom Delikt persönlich betroffenen Personen wurden gebeten anzugeben, wo ihnen das Fahrrad gestohlen wurde (vgl. Abb. 8.24). Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezog sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls.

Angaben zu dieser Frage machten in Freiburg nahezu alle (n = 214; 97,3%) der vom Delikt persönlich betroffenen Personen; in Emmendingen gaben n = 42 (93,3%) Personen den Ort des Vorfalles an. Aus Löffingen und Kahla berichteten jeweils n = 3 persönlich betroffene Befragte den Ort des Diebstahles; diese Angaben wurden aufgrund der geringen Fallzahl nicht in die graphische Darstellung übernommen. In Jena wurden ebenfalls von nahezu allen persönlich Betroffenen (36 = 97,3%) Angaben zum Ort des Vorfalls gemacht.

Daß ihr Fahrrad „zu Hause/in der Nähe“ gestohlen wurde, berichteten in Freiburg 46,4% der persönlich betroffenen Personen (vgl. Abb. 8.24). Die Angabe „im Stadtteil“ nannten 17,6% der Befragten, 30,8% nannten als

Diebstahlsort „anderswo in der Stadt“. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Emmendingen. So wurde hier in 40,5% der berichteten Fälle das Fahrrad „zu Hause/oder in der Nähe“ der Wohnung gestohlen. Die übrigen Fälle verteilen sich im wesentlichen auf das Stadtgebiet. Es ist in diesen beiden Orten davon auszugehen, daß in deutlich mehr als der Hälfte der berichteten Fälle die Fahrräder während des Gebrauchs (siehe Angaben „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“) entwendet wurden, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die erste Kategorie „zu Hause/in der Nähe“ beinhaltet, daß ein Teil derjenigen, die diese Rubrik angekreuzt haben, ebenfalls mit dem Fahrrad unterwegs waren.

Abb. 8.24: Fahrraddiebstahl (persönlich betroffen): Ort der Viktimisierung



Für Jena zeigen sich etwas andere Resultate. Hier wurden in 68,1% der berichteten Fälle, in denen die Befragungsperson persönlich Opfer wurde, die Fahrräder „zu Hause“ oder „in der Nähe“ entwendet. Hier ist unter Umständen ein Hinweis auf günstigere Sicherungsmöglichkeiten der Abstellorte von Fahrrädern bei Nichtgebrauch in den westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen, im Gegensatz zu Jena, zu finden. Aus Löffingen und Kahla wurde als Diebstahlsort in den berichteten Fällen die Antwortmöglichkeit „zu Hause/in der Nähe“ genannt.

Anzeigeverhalten

Den persönlich Betroffenen wurde die Frage gestellt, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die erlittene Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.5 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragungen in Jena und Kahla verzichteten sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“). Falls eine Person mehrfach von Fahrraddiebstahl betroffen war, beziehen sich die Angaben zum Anzeigeverhalten jeweils auf den letzten Vorfall.

In Freiburg gaben nahezu alle ($n = 219$) von Fahrraddiebstahl persönlich betroffenen Personen ($n = 220$) Informationen zum Anzeigeverhalten. 144 Betroffene haben Anzeige erstattet, 75 dagegen nicht. Abgewiesen wurde die Anzeige von der Polizei in 3,4% ($n = 5$ Fälle). Das Delikt wurde somit in $n = 139$ Fällen erfolgreich zur Anzeige gebracht; dieses entspricht einer Anzeigequote von 63,4%. Der überwiegende Teil der Anzeigen (87,7%) wurde persönlich bei der Polizei erstattet (vgl. Tabelle 8.5). Zwei Mehrfachnennungen erklären sich dadurch, daß das Opfer sowohl persönlich als auch schriftlich bei der Polizei angezeigt hatte. Anzeigerstattung an anderer Stelle wurde in Freiburg nahezu nicht genannt (0,7%). In Emmendingen gaben $n = 40$ Personen (von insgesamt $n = 45$ persönlich Betroffenen) Informationen zum Anzeigeverhalten. In $n = 29$ Fällen wurde direkt persönlich bei der Polizei angezeigt (90,6%). Die Möglichkeit der Anzeigerstattung „an anderer Stelle“ wurde in $n = 3$ Fällen (9,4%) als Mehrfachangabe genutzt – hier ist an eine gleichzeitige Benachrichtigung der Versicherung zu denken. Die Anzeigequote bei Fahrraddiebstahl beträgt somit in Emmendingen 72,5%. Diese Quote liegt deutlich höher als vergleichsweise die Anzeigequote in Freiburg. Aus Löffingen und Kahla liegen keine Informationen zum Anzeigeverhalten vor.

In Jena äußerten sich 35 der 37 persönlich vom Delikt Betroffenen zum Anzeigeverhalten. 21 Vorfälle (91,3% der Nennungen, Anzeigequote 60,0%) wurden erfolgreich persönlich bei der Polizei angezeigt. In $n = 2$ Fällen (8,7%) wurde die Anzeige von der Polizei abgewiesen (vgl. Tab. 8.5). Sowohl in Freiburg ($n = 5$; 3,4%) als auch Jena ($n = 2$; 8,7%) wurden Anzeigen von Fahrraddiebstählen von der Polizei abgewiesen, vermutlich dann, wenn die Ermittlung des Täters aussichtslos erschien und/oder der Schaden relativ gering war, etwa bei einem alten Fahrrad. Durch diese polizeiliche

Vorgehensweise, vor allem aber durch die Nichtanzeige des Delikts durch die Opfer – mehr als 1/3 (36,6%) haben in Freiburg keine Anzeige erstattet – sind die Zahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik deutlich reduziert. Es ist somit davon auszugehen, daß die für Freiburg bereits sehr hohe Kriminalitätsbelastung durch Fahrraddiebstahl (s.o.) noch erheblich unterschätzt ist, der wahre Wert dürfte um etwa ein Drittel höher liegen.

In Freiburg wurden insgesamt 123 Gründe (Mehrfachnennungen) für die Nichtanzeige eines Fahrraddiebstahles in n = 75 Fällen angegeben. Schwerpunkte liegen bei der Aussage, daß „die Polizei nichts hätte machen können“, dem fehlenden Versicherungsschutz, geringfügigem Schaden sowie bei Vorbehalten gegenüber der Polizei („die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“). Mehrfachnennungen verteilen sich vor allem über die Aussagen „ich war nicht versichert“ und daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“. In Emmendingen wurden von den nichtanzeigenden Opfern eines Fahrraddiebstahles im wesentlichen vergleichbare Gründe angeführt (vgl. Tabelle 8.6). In Jena wurde als Nichtanzeigegrund zum einen fehlender Versicherungsschutz genannt, aber auch über eine Geringfügigkeit des Schadens berichtet. Offensichtlich hatten zum Befragungszeitpunkt in Jena noch weniger Bürger ihr Fahrrad versichert als in Freiburg. Dies ist plausibel, da Versicherungen in der früheren DDR weniger üblich waren als im Westen.

Tab. 8.5: *Persönliche Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl: Anzeigerstattung*

	Freiburg*		Emmendingen*		Löfflingen*		Jena		Kahla	
	(n = 144)		(n = 29)		(n = 0)		(n = 23)		(n = 0)	
	N	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	5	3,4	0	0,0			0	0,0		
2. Telefonisch bei der Polizei	7	4,8	0	0,0			0	0,0		
3. Persönlich bei der Polizei/ bei einem Polizisten auf der Straße	129	87,7	29	90,6			21	91,3		
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	5	3,4	0	0,0			2	8,7		
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	1	0,7	3	9,4			Nicht erhoben			
Gesamt	147	100	32	100			23	100		

* Mehrfachantworten möglich

Tabelle 8.6: Persönliche Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl: Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg (n = 75)		Emmendingen (n = 11)		Löffingen (n = 0)		Jena (n = 12)		Kahla (n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	N	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	18	14,6	3	17,6			4	33,3		
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	3	2,4	1	5,9			0	0,0		
3. Polizei war unnötig	7	5,7	1	5,9			2	16,7		
4. Ich war nicht versichert	30	24,4	6	35,3			6	50,0		
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	37	30,1	4	23,5			0	0,0		
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	16	13,0	2	11,7			0	0,0		
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	1	0,8	0	0,0			0	0,0		
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	1	0,8	0	0,0			0	0,0		
9. Andere Gründe	10	8,1	0	0,0			0	0,0		
Gesamt	123	100	17	100			12	100		

* Mehrfachantworten möglich

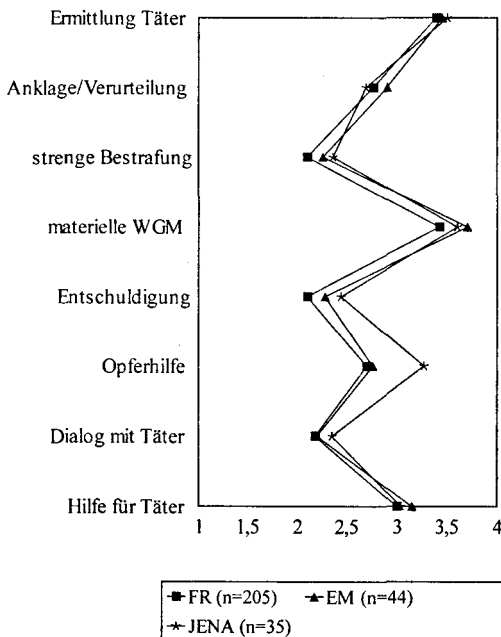
Konsequenzen nach Viktimisierung

Durch die Befragten wurde eine persönliche Einschätzung der Konsequenzen der Viktimisierung vorgenommen. Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl machten in Freiburg $n = 205$ (93,2%), in Emmendingen $n = 44$ (97,8%) sowie in Jena $n = 35$ (94,5%) persönlich vom Delikt betroffene Befragte. Der überwiegende Teil der Opfer aus diesen Kommunen hat somit auf diese Fragestellung geantwortet. Die Betroffenen aus Löffingen und Kahla haben zu dieser Variablen keine Informationen gegeben. In den Angaben über mögliche Konsequenzen unterscheiden sich die Befragten nur wenig. Die Täterermittlung und die materielle Wiedergutmachung stehen als Reaktion auf das Delikt

im Vordergrund. Eine „strenge Bestrafung“ wird in der Tendenz als eher unwichtig angesehen, allerdings wird eine Anklage bzw. Verurteilung tendenziell als eher wichtig betrachtet. Bei der Forderung nach einer strengen Bestrafung haben die Befragten aus Jena wiederum den höchsten Wert, zeigen auch hier ansatzweise die schärfste Strafmentalität.

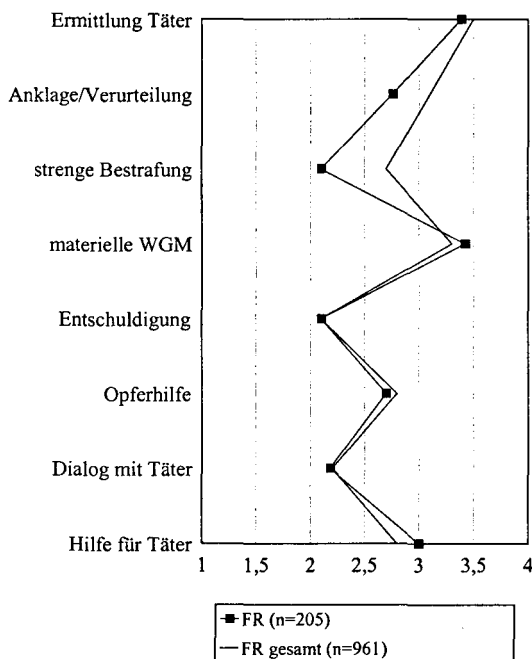
Bemerkenswert ist, daß die befragten Opfer aus Jena eine mögliche staatliche Opferhilfe als deutlich wichtiger ansehen als vergleichsweise die Opfer von Fahrraddiebstahl aus Freiburg und Emmendingen. Diese Werte unterscheiden sich statistisch signifikant (Freiburg/Jena t-Test $p < .01$). Die Entschuldigung des Täters ist den Opfern von Fahrraddiebstahl aus Jena eher wichtig als vergleichsweise den Betroffenen aus Freiburg bzw. Emmendingen. Die „Hilfe für den Täter“, daß sich also Hilfsstellen um die Lebensumstände des Täters kümmern, wird in allen drei Kommunen als „eher wichtig“ angesehen.

Abb. 8.25: Viktimisierung durch Fahrraddiebstahl: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Übersichtsgründen erfolgte eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)



Es bleibt festzustellen, daß in allen drei Befragungsorten der Ausgleich des entstandenen finanziellen Verlustes (in Jena nach Möglichkeit auch durch den Einsatz staatlicher Opferhilfsmaßnahmen) oder die mögliche Wiederbeschaffung des Fahrrades, unter Umständen durch die Ermittlung des Täters, im Vordergrund stehen. Im Vergleich dazu als wesentlich unwichtiger wird eine strenge Bestrafung des Täters, seine Entschuldigung beim Opfer sowie ein Dialog zwischen Täter und Opfer eingestuft. Mit Ausnahme der Opferhilfe bei den Jenaer Befragten weichen die Einschätzungen der Opfer von Fahrraddiebstahl in den drei Kommunen nur unwesentlich voneinander ab (vgl. Abb. 8.25).

Abb. 8.26: *Viktimisierung durch Fahrrad-Diebstahl in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 205) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*

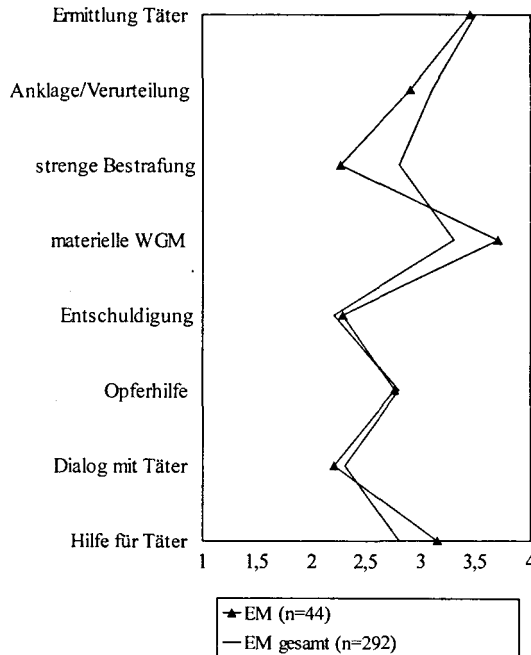


Auch zu diesem Deliktsbereich wurden die Einstellungen von betroffenen Personen zu den Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die

Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena – im Vergleich zu den Angaben der Opfer insgesamt (vgl. hierzu Kapitel 8.2 „PKW-Diebstahl“) – dargestellt (vgl. Abb. 8.26, 8.27, 8.28).

Die betroffenen Personen aus Freiburg, Emmendingen und Jena sehen die Anklage und Verurteilung des Täters sowie dessen strenge Bestrafung, im Vergleich zu den Einschätzungen der Opfer insgesamt, als eher weniger

Abb. 8.27: *Viktimisierung durch Fahrrad-Diebstahl in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 44) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*

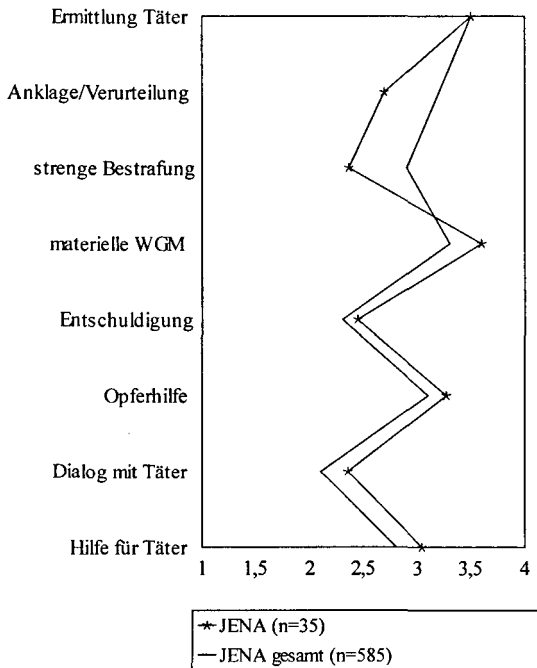


wichtig an. Die Täterermittlung hingegen wird von den Betroffenen aller drei Kommunen vergleichbar der Einstufung der Opfer insgesamt bewertet. Von Fahrrad-Diebstahl betroffene Personen aller drei Kommunen sehen vor allem eine strenge Bestrafung des Täters, im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt, als hochsignifikant (t-Test: $p < .001$) weniger

wichtig an. Die materielle Wiedergutmachung des entstandenen Schadens wird lediglich von Betroffenen aus Emmendingen und Jena als überdurchschnittlich wichtiger bewertet.

Im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt zeigt sich für die von Fahrrad-Diebstahl betroffenen Personen aus Jena, daß eine Entschuldigung des Täters, Hilfe für die Opfer sowie ein Dialog mit dem Täter als vergleichsweise eher wichtiger bis wichtig bewertet wurden. Die Hilfe für den Täter, daß sich z.B. Hilfsstellen um dessen Lebensumstände kümmern, wird von den Betroffenen aller drei Kommunen als überdurchschnittlich wichtig angesehen.

Abb. 8.28: *Viktimisierung durch Fahrrad-Diebstahl in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 35) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



Im Ergebnis ist festzuhalten, daß die durch dieses Delikt betroffenen Personen vergleichsweise zur Bewertung aller Opfer die Verurteilung und eine

strenge Bestrafung des Täters als eher weniger wichtig ansehen. Das ist im Zusammenhang mit dem relativ leichten Delikt des Fahrraddiebstahls zu sehen. Eine mögliche Prävention, z.B. in Form einer Hilfe für den (evtl. meist jugendlichen) Täter, wird von allen Befragten als überdurchschnittlich wichtig erachtet. Die Kurvenverläufe aller drei Gemeinden verlaufen gleichförmig, auch im Vergleich mit den jeweiligen Gesamtkurven (vgl. Abb. 8.26, 8.27 und 8.28).

Zusammenfassend ist zu berichten, daß Fahrräder in allen berücksichtigten Kommunen dem Großteil der Befragten und ihren Haushaltsmitgliedern zur Verfügung stehen. Die starke Verbreitung von Fahrrädern, der nachhaltige Trend zu immer hochwertigeren, wertvolleren, damit den Diebstahlsanreiz erhöhenden Produkten und die eher wenigen und eingeschränkten Sicherungsmöglichkeiten legten schon im Vorfeld der Untersuchung eine relativ hohe Diebstahlsquote nahe. Für die Kommunen Freiburg und Emmendingen hat sich diese Annahme bestätigt. In Freiburg berichten 20,9%, also ein Fünftel der befragten Personen, die über mindestens ein Fahrrad verfügen, daß sie oder ein Mitglied ihres Haushaltes innerhalb des Referenzzeitraums von etwas mehr als einem Jahr von diesem Delikt betroffen waren. Auch in Emmendingen zeigt sich eine hohe Viktimisierungsquote von 15,3%. Der seit Jahren bestehende Fahrrad-Boom ist gerade in Freiburg ungebrochen. Ein spezialisierter und teilweise exklusiver Einzelhandel bietet seit Ende der 80er Jahre hochwertigste Fahrrad-Technik an und meldet gute Verkaufsergebnisse. Diese mit „Mountain-Bike“-Technik versehenen Räder werden überdurchschnittlich häufig von einer jüngeren Käuferschicht erworben und bieten für Diebe noch zusätzliche Anreize. Löffingen und Kahla sind hingegen als ländliche Gebiete erwartungsgemäß weniger von diesem Delikt betroffen. Die Viktimisierungsquote in Jena von 6,3% liegt deutlich unter den Vergleichswerten aus Freiburg und Emmendingen. Es ist in Jena davon auszugehen, daß im Befragungszeitraum die eher lohnenden Diebstahlobjekte, d.h. die hochwertigeren und wertvolleren Fahrräder, noch nicht in dem Maße vorhanden waren, wie in den westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen. Eventuell kann auch eine intensivere Fahrradnutzung, damit verbunden ein größeres Diebstahlsrisiko, in sehr stark Fahrrad-orientierten Städten wie z.B. Freiburg mit Ursache einer höheren Viktimisierungsquote sein.

Angezeigt wurden in Freiburg und Jena etwas weniger als 2/3 der berichteten Viktimisierungen (63,4% bzw. 60,0%). In Emmendingen betrug die Anzeigequote 72,5%. Die Anzeigen erfolgten in nahezu allen Fällen bei

der Polizei. Als Gründe für Nichtanzeige wurden vor allem ein fehlender Versicherungsschutz sowie die Auffassung genannt, daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“. Hier zeigt sich, daß die Betroffenen bei dem häufig berichteten Delikt des Fahrraddiebstahles der polizeilichen Aufklärungsarbeit und einer eventuellen Wiederbeschaffung durch die Polizei eher wenig Chancen einräumen. In Freiburg wurde, bezogen auf die Anzahl der Nennungen von Nichtanzeigegegründen, in ca. 22% eine Geringfügigkeit des Schadens bzw. die Kenntnis des Täters genannt. In Emmendingen und Jena treffen Angaben dieser Art in noch höherem Maße zu (in Jena entfallen hierauf die Hälfte der Nichtanzeigegegründe). Gründe hierfür dürften ein evtl. geringerer Wert des gestohlenen Fahrrades oder auch ein „Gebrauchsdiebstahl“ (die betroffene Person hat das Fahrrad innerhalb kürzerer Zeit wieder zurückerhalten) sein.

Die von den betroffenen Personen genannten möglichen Konsequenzen auf die Tat beschreiben vor allem den Wunsch nach einer materiellen Wiedergutmachung des entstandenen Schadens sowie die Notwendigkeit der Ermittlung des Täters, weniger nach einer Anklage und Verurteilung desselben. Wie bei anderen Delikten wird vor allem von den betroffenen Personen aus Jena der Wunsch nach einer staatlichen Opferhilfe und einem Ausgleich des materiellen Schadens durch den Staat, falls der Täter hierzu nicht in der Lage ist, hervorgehoben. Der Hintergrund hierfür dürfte die ungünstigere finanzielle Situation der ostdeutschen Bevölkerung sein sowie die hier nach der Wiedervereinigung eingetretene Verunsicherung im finanziellen Bereich.

8.5 Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen

Viktimisierung

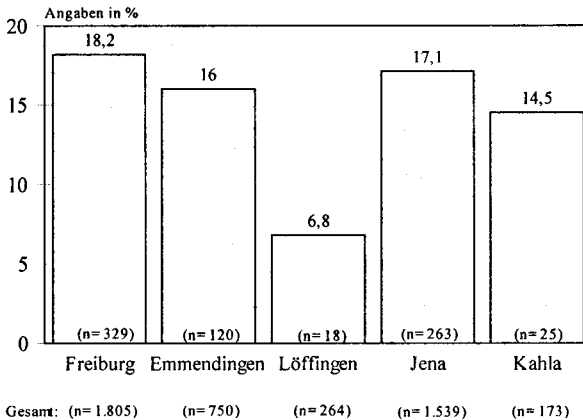
Diebstähle aus dem Auto (durch Aufbruch des Wagens die Entwendung z.B. von Radios oder nicht mit dem Fahrzeug verbundener Wertsachen) bzw. von Autoteilen (z.B. Seitenspiegel, Scheibenwischerblätter, Felgen, Reifen etc.) sind relativ verbreitete Delikte. Auf die Frage nach einer entsprechenden Viktimisierung (die Frage im Erhebungsinstrument, nach vorgeschalteter Filterfrage zum Besitz von Verkehrsmitteln im Haushalt („Verfügen Sie oder Mitglieder Ihres Haushaltes über folgende Fahrzeuge: Auto?“), lautete: „Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushaltes seit November 1990 etwas aus Ihrem Auto gestohlen worden oder wurden Teile davon entwendet?“) gaben in Freiburg 18,2% (n = 329), also nahezu

ein Fünftel der befragten Personen, die selbst oder deren Haushalt im Besitz mindestens eines Autos waren ($n = 1.805$), an, daß sie selbst bzw. ein anderes Mitglied des Haushaltes einmalig oder auch mehrfach seit November 1990, also innerhalb eines Jahres, von diesem Delikt betroffen waren (vgl. Abb. 8.29). In Emmendingen und Jena nannten 16,0% ($n = 120$) bzw. 17,1% ($n = 263$) der Befragten ($n = 750$ bzw. $n = 1.539$), daß sie selbst oder Haushaltsmitglieder im Befragungszeitraum Opfer dieses Deliktes wurden. In Löffingen liegt bei gleicher Fragestellung die Viktimisierungsquote dagegen nur bei 6,8% ($n = 18$, insgesamt $n = 264$ Befragte), in Kahla beträgt sie 14,5% ($n = 25$, insgesamt $n = 173$ Befragte).

Die Angaben aus den größeren Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena unterscheiden sich statistisch nicht signifikant voneinander. Erwartungsgemäß zeigt sich in der Viktimisierungsquote von Freiburg und Löffingen wiederum eine Stadt/Land-Differenzierung; diese Werte unterscheiden sich statistisch hochsignifikant (Freiburg/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 21.47$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Vergleichsweise viele Befragte aus Kahla gaben an, daß sie selbst oder ein Haushaltsmitglied Opfer eines Diebstahles aus dem Auto bzw. von Autoteilen wurden. Die Angaben zwischen den beiden ländlichen Kommunen Löffingen und Kahla unterscheiden sich signifikant (Kahla/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 41.86$, $\text{df} = 1$, $p < .01$). Der Unterschied der Angaben aus den ostdeutschen Kommunen Jena (17,1%) und Kahla (14,5%) ist statistisch nicht bedeutsam. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß ein größerer Anteil der in Emmendingen und Löffingen befragten Personen (bzw. deren Haushalte), im Vergleich zu den übrigen Kommunen, über zumindest einen PKW verfügen. Auch die Anzahl verfügbarer Kraftfahrzeuge pro Befragungsperson bzw. Haushalt ist in den Kommunen Emmendingen und Löffingen insgesamt höher (vgl. hierzu Kapitel 8.1 „Autodiebstahl“). Das dürfte durch den relativ großen Anteil von Berufspendlern zu den nahegelegenen größeren Städten bzw. zu den außerörtlichen Arbeitsstellen bedingt sein.

Das Risiko, Opfer dieses Deliktes zu werden, liegt in den genannten Gemeinden – ausschließlich gemessen am Kraftfahrzeugbesitz – zumindest theoretisch höher als in den übrigen Kommunen. Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen ist in den größeren Kommunen Freiburg, Emmendingen, Jena – in diesem Falle aber auch in Kahla – ein relativ häufig berichtetes Delikt. Offensichtlich hat die Variable Urbanisierungsgrad und die damit verbundenen kriminalitätsbegünstigenden Faktoren einen größeren Einfluß auf die Viktimisierungswahrscheinlichkeit als das Ausmaß der Gelegenheitsstrukturen.

Abb. 8.29: *Viktimisierungsraten für Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen, bezogen auf die Autobesitzer, getrennt nach den fünf Kommunen*

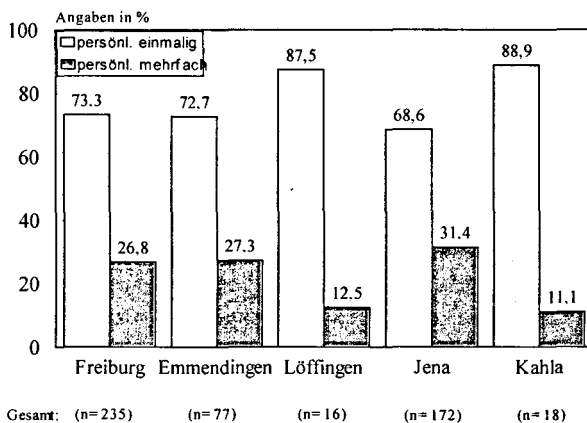


Von den durch eine Viktimisierung betroffenen Personen wurde wiederum angegeben, ob der Vorfall „ihnen persönlich passierte“ bzw. „einem Haushaltsmitglied passiert“ ist. Ferner wurde nachgefragt, ob die befragte Person oder ein Mitglied des Haushaltes bereits mehrfach Opfer eines Diebstahles aus dem Auto bzw. von Autoteilen wurde. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildungen 8.30 und 8.31.

Die in Freiburg befragten Personen gaben in insgesamt 352 Fällen eine Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen an. Hier waren in 235 Fällen die Befragten persönlich betroffen, in 117 Fällen wurden andere Haushaltsmitglieder Opfer eines Diebstahles von Autoteilen. In 23 Fällen waren in Freiburg sowohl die befragten Personen als auch Mitglieder ihres Haushaltes einmal bzw. mehrfach von diesem Delikt betroffen. Hieraus ergibt sich die oben für Freiburg genannte Viktimisierungsquote von 18,2% (n = 329). In Emmendingen traten insgesamt 130 Fälle einer berichteten Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch Diebstahl aus dem Auto/Autoteilediebstahl auf. In 77 Fällen waren die Befragten persönlich betroffen, in 53 Fällen andere Haushaltsmitglieder. In 10 Fällen wurden sowohl die

befragten Personen als auch Mitglieder ihres Haushalts Opfer. Die sich hieraus ergebende oben genannte Viktimisierungsquote für Emmendingen beträgt 16,0% (n = 120). Für Löffingen gaben in 16 Fällen die befragten Personen an, selbst einmalig oder mehrfach Opfer geworden zu sein, in 3 Fällen waren es jeweils Haushaltsmitglieder der befragten Personen (in einem Fall wurde sowohl die befragte Person als auch ein Haushaltsmitglied Opfer). Hier beträgt die Viktimisierungsquote somit 6,8% (n = 18).

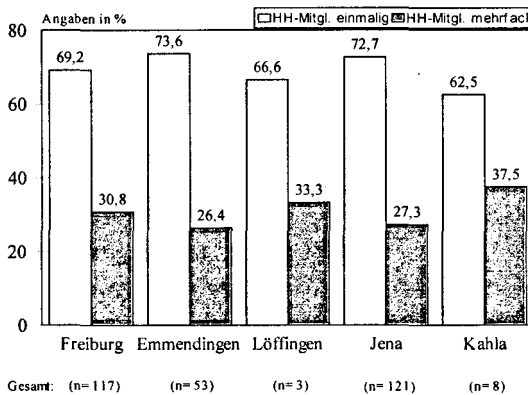
Abb. 8.30: *Viktimisierungsraten für Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen, bezogen auf die Autobesitzer, getrennt nach den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*



Aus Jena wurde in insgesamt 293 Fällen von Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilediebstahl berichtet. In 172 Fällen waren die befragten Personen selbst Opfer dieses Deliktes, andere Haushaltsmitglieder in 121 Fällen. Hieraus ergeben sich Überschneidungen der Art, daß in 30 Fällen sowohl die befragten Personen als auch im Haushalt lebende Personen einmalig oder mehrfach Opfer geworden sind (Viktimisierungsquote 17,1%, n = 263). Die Befragten aus Kahla berichteten in 26 Fällen von einer Viktimisierung durch dieses Delikt. Hier waren in 18 Fällen die befragten Personen, in 8 Fällen andere Haushaltsmitglieder Opfer der betreffenden Viktimisierung (in einem Fall wurde sowohl die befragte Person als auch ein

Haushaltsmitglied Opfer). Im Befragungszeitraum wurden die betroffenen Personen bzw. deren Haushaltsmitglieder teilweise mehrfach Opfer.

Abb. 8.31: Viktimisierungsraten für Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen, bezogen auf die Autobesitzer, getrennt nach den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist einem Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach passiert“



In Freiburg, Emmendingen und Jena gab jeweils mehr als 1/4 der Befragten an, daß sie persönlich oder auch ihre Haushaltsmitglieder mehrfach von diesem Delikt betroffen waren (vgl. Abb. 8.30 bzw. 8.31). Dieses Ergebnis deutet, neben den Gesamtviktimisierungsquoten, darauf hin, daß die Befragten bzw. deren Haushalte aus den drei größeren Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena in etwa vergleichbar durch Diebstahl aus dem Auto bzw. Autoteilediebstahl belastet sind. Die Ergebnisse aus Löffingen und Kahla wurden aus Vergleichsgründen ebenfalls prozentuiert dargestellt, hier sind jedoch die geringen Fallzahlen zu beachten. Insbesondere Löffingen fällt durch die geringe Opferquote heraus.

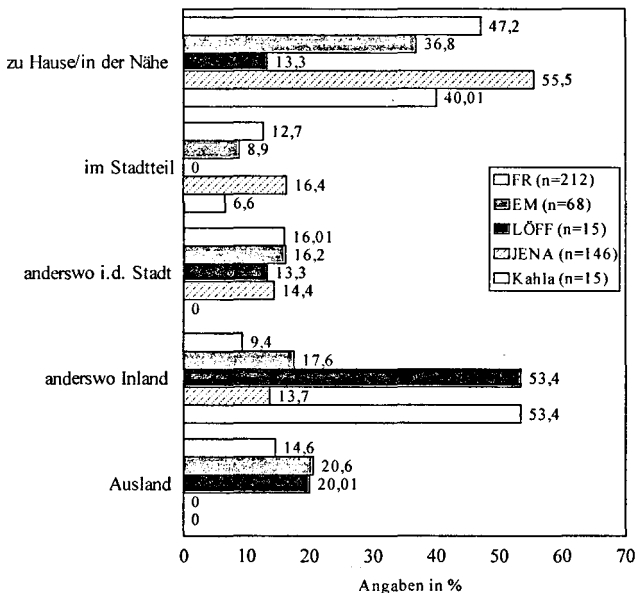
Ort der Viktimisierung

Die von der Straftat persönlich betroffenen Personen wurden ergänzend gefragt, wo sie Opfer des betreffenden Delikts wurden. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo im Stadtgebiet“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befrag-

ten Personen mehrfach Opfer wurden, bezog sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls.

Zu dieser Frage äußerten sich in den fünf Kommunen nahezu alle persönlich betroffenen Befragten mit Kraftfahrzeugbesitz. Angaben machten in Freiburg $n = 212$ (90,2%), in Emmendingen $n = 68$ (88,3%) Personen den Ort des Vorfalles an. In Jena wurden von $n = 146$ (84,9%) Personen Angaben zum Ort der Viktimisierung gemacht. Aus Löffingen und Kahla berichteten jeweils $n = 15$ Personen (von $n = 16$ bzw. $n = 18$ persönlich Betroffenen) zu dieser Fragestellung.

Abbildung 8.32: Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen: Ort der Viktimisierung



Aus Freiburg und Emmendingen nannten 59,9% bzw. 45,6% der Betroffenen als Ort des Deliktes die unmittelbare Wohnumgebung („zu Hause/in der Nähe“ oder „im Stadtteil“). In Jena wurden ca. 72%, in Kahla etwa die Hälfte der berichteten Delikte in unmittelbarer Wohnungsnähe bzw. im Stadtteil verübt. Dies spricht dafür, daß z.B. über Nacht abgestellte Fahrzeuge aufgebrochen, Wertsachen gestohlen bzw. äußere Teile entwendet

wurden. Die Angaben zu „anderswo in der Stadt“ deuten, zumindest in den größeren Kommunen, auf eine Tatverübung während der Ingebrauchnahme des Kraftfahrzeuges hin, z.B. bei vorübergehend in Tiefgaragen oder auf Parkmöglichkeiten abgestellten Fahrzeugen. Im Unterschied zu übrigen Kraftfahrzeug-Delikten wurden bei dem hier geschilderten Deliktsbereich mehr Nennungen in der Antwortkategorie, daß die Tat „anderswo im Inland“ geschah, festgestellt. Vor allem für die Gemeinden Löffingen und Kahla trifft dies in hohem Maße zu (genannt wurde diese Antwortmöglichkeit mit 53,4% von jeweils mehr als der Hälfte der persönlich betroffenen Personen). Es ist zu vermuten, daß die betroffenen Personen aus Löffingen und Kahla Opfer in durch Delikte dieser Art stärker belasteten, größeren Gemeinden wurden, z.B. während Einkaufsfahrten in den Raum Freiburg bzw. nach Jena. Im Vergleich zu den übrigen Fahrzeugdelikten gaben insgesamt mehr betroffene Personen, allerdings ausschließlich aus den westdeutschen Kommunen, als Viktimisierungsort das Ausland an. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß die finanzielle Situation der ostdeutschen Befragten im Untersuchungszeitraum eine größere Reisetätigkeit noch nicht erlaubt hat bzw. auch noch eingefahrene Gewohnheitsstrukturen eine größere Reise ins Ausland verhinderten.

Anzeigeverhalten

Den persönlich Betroffenen wurde die Frage gestellt, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die erlittene Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.7 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragungen in Jena und Kahla verzichteten sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“). Falls eine Person mehrfach vom Delikt Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen betroffen war, beziehen sich die Angaben zum Anzeigeverhalten jeweils auf den letzten Vorfall.

Nahezu alle ($n = 220$, 93,6%) in Freiburg persönlich vom Delikt des Autoteilediebstahles betroffene Befragte ($n = 235$) berichteten, ob die Tat angezeigt wurde, und nannten auch die Gründe für eine evtl. Nichtanzeige. Insgesamt gaben in Freiburg $n = 135$ Personen an, in welcher Form und wo die Anzeige erstattet wurde. Bedingt durch mögliche Mehrfachnennungen wurden 139 Angaben zum Anzeigeverhalten abgegeben (vgl. Tab. 8.7). Ein geringer Teil (2,9% der Nennungen, $n = 4$) ist von der Polizei abgewiesen

worden, d.h. die Anzeige wurde nicht aufgenommen. Insgesamt wurden somit in Freiburg 59,5% (n = 131) der berichteten Fälle erfolgreich zur Anzeige gebracht. Der überwiegende Teil der Anzeigeerstattung erfolgte bei der Polizei, vor allem persönlich (79,1% der Nennungen) oder auch schriftlich bzw. telefonisch. In 3,6% der Nennungen wurde nicht bei der Polizei Anzeige erstattet – hier ist an die Möglichkeit einer direkten Versicherungsmitteilung zu denken, Angaben wurden hierzu allerdings nicht gemacht.

In Emmendingen teilten ebenfalls fast alle (n = 75, 97,4%) persönlich Betroffenen (n = 77) mit, ob Anzeige erstattet wurde. Insgesamt gaben n = 38 Personen, in der Regel persönlich, aber auch telefonisch (Mehrfachnennungen), bei der Polizei erfolgreich die Anzeige auf, was einer Anzeigequote von 50,7% entspricht. Auch in Emmendingen wurden Anzeigeerstattungen (8,7% der Nennungen, n = 4) von der Polizei abgelehnt. In einem Fall wurde zusätzlich zur polizeilichen Anzeigeerstattung der Schaden auch an anderer Stelle angezeigt. In Löffingen wurden zum Anzeigeverhalten von allen persönlich Betroffenen Angaben gemacht. In 6 von 16 Vorfällen (Anzeigequote 37,5%) wurde bei der Polizei angezeigt. Mehrfachnennungen ergaben sich nicht.

Tabelle 8.7: *Viktimisierung durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen: Anzeigeerstattung*

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 135)		(n = 42)		(n = 6)		(n = 58)		(n = 6)	
	N	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	6	4,3	2	4,4	0		7	12,1	0	
2. Telefonisch bei der Polizei	14	10,1	8	17,3	1		12	20,7	2	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	110	79,1	31	67,4	5		34	58,6	4	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	4	2,9	4	8,7	0		5	8,6	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	5	3,6	1	2,2	0		Nicht erhoben			
Gesamt	139	100	46	100	6		58	100	6	

* Mehrfachantworten möglich

Aus Jena wurde in 147 Fällen (85,4% der persönlichen Viktimisierungen) zum Anzeigeverhalten berichtet. In 53 Fällen wurde die Anzeige hier bei der Polizei aufgenommen (Anzeigequote: 36,0%), 5 Anzeigeerstattungen (8,6%) wurden von der Polizei abgelehnt und somit nicht aufgenommen. Auch der überwiegende Teil (n = 16) der persönlich vom Delikt betroffenen Personen aus Kahla (n = 18) beantwortete die Frage zum Anzeigeverhalten. Hier wurden 6 Vorfälle (Anzeigequote: 37,5%) zur Anzeige bei der Polizei gebracht.

Die dargestellten Anzeigequoten zeigen, daß nur ein Teil der Delikte zur Anzeige gebracht wird. Mit Ausnahme der persönlich Betroffenen aus Freiburg werden von den befragten Opfern der übrigen Kommunen die Hälfte- bzw. deutlich weniger- aller Vorkommnisse angezeigt (vgl. Tabelle 8.7). Es fällt vor allem auf, daß die Anzeigequote in Jena und Kahla deutlich unter derjenigen von Freiburg bzw. Emmendingen liegt. Das mag mit der unterschiedlichen Häufigkeit entsprechender Versicherungen zu tun haben oder auch mit einer anderen Einstellung zur Polizei, schließlich aber auch mit der Geringfügigkeit des Schadens (vgl. unten). Nicht ursprünglich mit dem Kraftfahrzeug verbundene gestohlene Wertsachen (z.B. Fotokameras, Handtaschen etc.) werden durch eine Versicherung in der Regel nicht ersetzt. Eine mögliche Versicherungsleistung (z.B. bei Diebstahl eines Autoradios) setzt die Anzeige der Tat bei der Polizei voraus. Es gelten jedoch versicherungsrechtliche Einschränkungen. Standardversicherungsverträge sehen die Erstattung eines finanziellen Schadens durch Diebstahl oftmals nur ab einer im Vertrag festgelegten Schadenshöhe vor. Ist der entstandene finanzielle Schaden jedoch geringer, so ist der Versicherungsnehmer verpflichtet, entsprechend einer sogenannten Selbstbeteiligungsklausel, den Verlust selber zu tragen. Es ist davon auszugehen, daß es sich bei einem erheblichen Teil der berichteten Vorkommnisse um eher geringe Schäden gehandelt hat, die von Versicherungen nicht übernommen worden wären. Eine Anzeige bei der Polizei ist in diesen Fällen somit nicht zwingend notwendig gewesen.

Die betroffenen Personen aus Freiburg, die angaben, daß die Tat nicht zur Anzeige gebracht wurde (n = 85), und hierfür Gründe nannten, haben die Möglichkeit der Mehrfachnennung von Nichtanzeige Gründen stark genutzt (insgesamt wurden 126 Nennungen angegeben; vgl. Tabelle 8.8). Der Schwerpunkt der Antworten auf die Frage, warum die Tat nicht angezeigt wurde, bezieht sich auf einen eher geringfügigen Schaden (42,1% der Nennungen) sowie die Aussage, daß „die Polizei auch nichts hätte machen

können“ (29,3%) bzw. „doch nichts dagegen getan hätte“ oder „unnötig“ war (jeweils 11,1%). Die Mehrfachangaben finden sich vor allem in der Aussage über die Geringfügigkeit des Schadens in Verbindung mit der Angabe, daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“ bzw. „doch nichts getan hätte“.

Tabelle 8.8: *Viktimisierung durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen: Gründe für Nichtanzeige*

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 85)		(n = 33)		(n = 10)		(n = 89)		(n = 10)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	53	42,1	11	22,0	4		36	40,4	6	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	0	0,0	1	2,0	0		3	3,4	0	
3. Polizei war unnötig	14	11,1	3	6,0	1		14	15,7	0	
4. Ich war nicht versichert	5	4,0	3	6,0	1		2	2,2	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	37	29,3	19	38,0	5		22	24,7	3	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	14	11,1	8	16,0	2		4	4,5	1	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	0	0,0	0	0,0	0		0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	0	0,0	2	4,0	0		3	3,4	0	
9. Andere Gründe	3	2,4	3	6,0	0		5	5,6	0	
Gesamt	126	100	50	100	13		89	100	10	

* Mehrfachantworten möglich

Vergleichbar zu Freiburg sind die Angaben aus Emmendingen (n = 33, 50 Nennungen) und Löffingen (n = 10, 13 Nennungen). Auch hier wird geringfügiger Schaden und verstärkt eine relative „Machtlosigkeit“ der Poli-

zei hervorgehoben. Die Mehrfachnennungen verteilen sich ähnlich der Antworten von Betroffenen aus Freiburg. Die Befragten in den westdeutschen Kommunen hatten zusätzlich die Möglichkeit, von den Vorgaben des Fragebogens abweichende Gründe der Nichtanzeige eines Deliktes zu nennen. In Freiburg und Emmendingen wurde hiervon Gebrauch gemacht (2,4% bzw. 6,0% der Nennungen). Die Betroffenen berichteten hier ausschließlich von mangelnder Kenntnis darüber, welche Maßnahmen sie nach Feststellung der Tat hätten ergreifen müssen.

Mehr als die Hälfte (59,5%) der betroffenen Personen aus Jena, die das Delikt nicht angezeigt haben, nennen als Gründe hierfür die Geringfügigkeit des Schadens (Bagatellfälle) sowie, daß die Inanspruchnahme der Polizei nicht notwendig gewesen sei. In 24,7% der Fälle gaben die Befragten an, daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“. In 5 Fällen (5,6%) wurde in Jena die Antwortmöglichkeit „andere Gründe“ genutzt, die Gründe selbst wurden jedoch nicht angegeben. Die Angabe der Nichtanzeigegründe aus Kahla sind in ihrer Gewichtung denen aus Jena vergleichbar. Hier nannten 6 von 10 Personen als Grund die Geringfügigkeit des Schadens.

Konsequenzen nach Viktimisierung

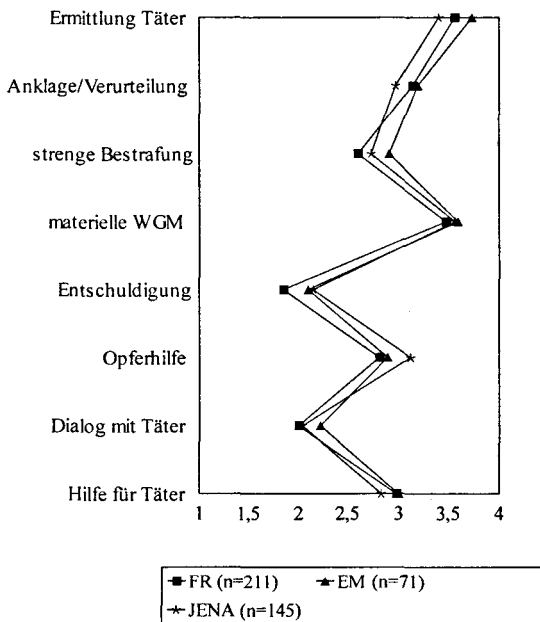
Es konnte zudem eine persönliche Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen vorgenommen werden.

Zu den möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch Autoteilediebstahl äußerten sich in Freiburg $n = 211$ (89,8%), in Emmendingen $n = 71$ (92,2%) sowie in Jena $n = 145$ (84,3%) persönlich vom Delikt betroffene Befragte. Die Betroffenen aus Löffingen und Kahla haben zu dieser Variablen in 3 bzw. in 5 Fällen Auskunft gegeben, die Ergebnisse können aufgrund der geringen Fallzahl nicht interpretiert werden und wurden nicht in die Abbildung 8.33 übernommen.

Wie auch bei anderen auf Kraftfahrzeuge bzw. Fahrräder bezogenen Delikten stehen die Täterermittlung, dessen Anklage und Verurteilung und insbesondere die materielle Wiedergutmachung des Schadens im Vordergrund möglicher Konsequenzen Betroffener aus Freiburg, Emmendingen und Jena. Die Angaben aus den drei Städten unterscheiden sich nicht signifikant voneinander (Überprüfung durch t-Test) und sind auffallend ähnlich. Lediglich für die Befragten aus Jena wird tendenziell der größere Wunsch nach einer Möglichkeit staatlicher Opferhilfe deutlich. Eine Entschuldi-

gung des Täters bzw. ein Gespräch mit ihm wird von den Befragten aus allen drei Kommunen als „eher unwichtig“ angesehen. Eine mögliche Hilfe für den Täter, daß sich Hilfsstellen z.B. um seine Lebensumstände kümmern, wird von den Betroffenen hingegen als „eher wichtig“ erachtet. Auch

Abb. 8.33: *Viktimisierung durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Übersichtsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*

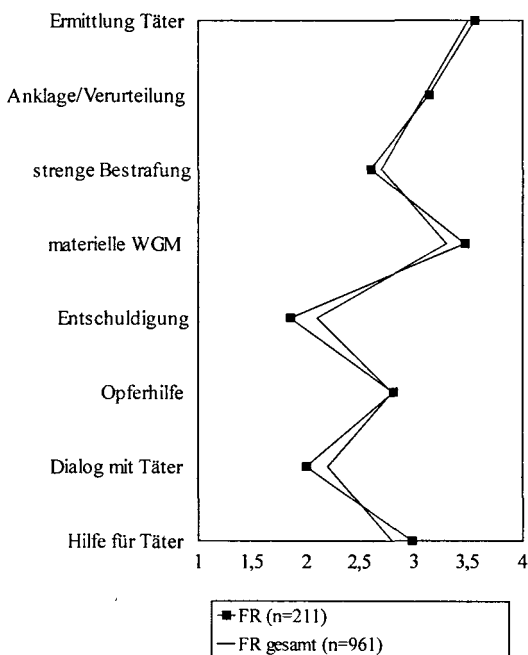


eine strenge Bestrafung des Täters wird vor allem von den Emmendinger Befragten, weniger von den Freiburgern als „eher wichtig“ eingestuft. Hierbei ist zu beachten, daß diese Antwortalternative auf die „Strenge“ der Bestrafung abhob, also relativ extrem formuliert war. Die Jenaer Befragten liegen hier zwischen den beiden westdeutschen Kommunen.

Wiederum werden die Einstellungen von durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen betroffener Personen zu den Konsequenzen für Täter

und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena – im Vergleich zu den Angaben der Opfer insgesamt (vgl. hierzu Kapitel 8.2 „PKW-Diebstahl“) – dargestellt (vgl. Abbildungen 8.34, 8.35, 8.36).

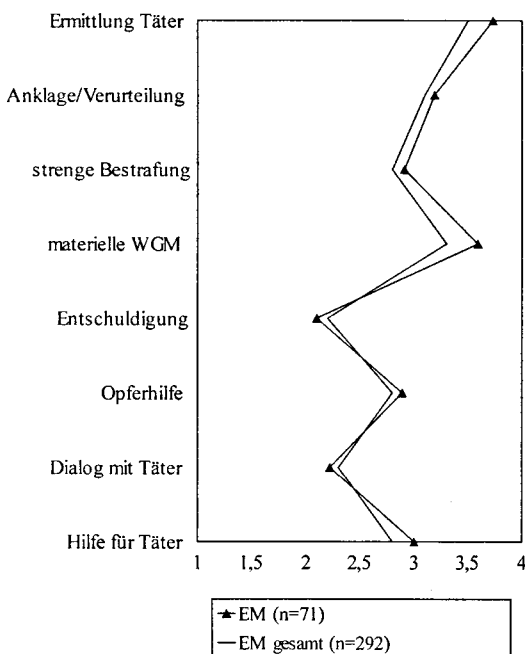
Abb. 8.34: *Viktimisierung durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 211) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Die betroffenen Personen aus Freiburg, Emmendingen und Jena sehen die materielle Wiedergutmachung entstandener Schäden bzw. des Verlusts, im Vergleich zur Einschätzung der Opfer insgesamt, als tendenziell wichtiger an (vgl. Abb. 8.34, 8.35, 8.36). Die Entschuldigung des Täters oder ein Gespräch mit ihm werden insbesondere von den Freiburger Betroffenen, im Vergleich zur Einstellung der Opfer insgesamt, in diesem Deliktsbereich eher abgelehnt. Für die von Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen

betroffenen Personen aus Jena stehen in diesem Deliktsbereich, im Vergleich zu den Einschätzungen der Opfer insgesamt aus dieser Kommune, die Anklage und strenge Bestrafung weniger im Vordergrund möglicher Konsequenzen. Überdurchschnittlich wichtig ist den Betroffenen aller Kommunen der Ersatz des entstandenen Schadens. Tendenziell zeigen die durch diesen Deliktsbereich betroffenen Personen aus Jena, im Verhältnis zur Einschätzung aller Opfer, weniger punitive Einstellungen. Im Gegen-

Abb. 8.35: *Viktimisierung durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 71) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*



satz dazu ist die Einstellung der Emmendinger Bevölkerung im Vergleich zu den Durchschnittswerten punitiver. Hier wird für dieses Delikt mehr Wert auf Täterermittlung, Anklage/Verurteilung sowie strenge Bestrafung

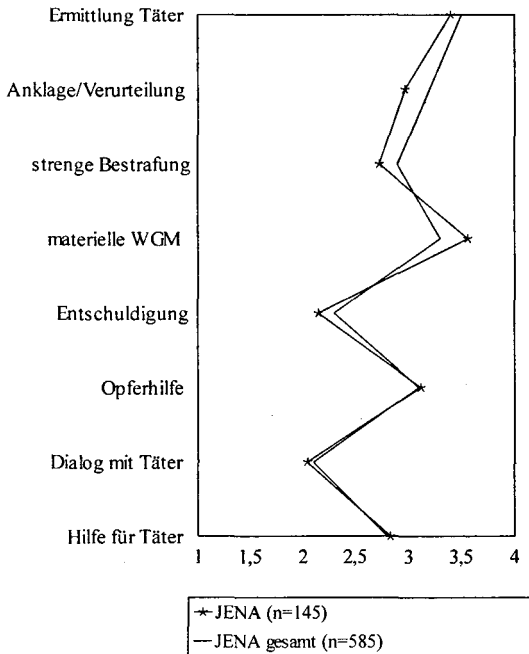
gelegt. Die Werte für Freiburg bewegen sich im Bereich der Gesamtkurve. Da es sich bei der Straftat vorwiegend um die Zufügung eines materiellen Schadens handelt, ist verständlich, daß die Opfer vor allem eine Schadenswiedergutmachung wünschen.

Zusammenfassend ist zum Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen zu sagen, daß es sich hier (schon 1991/92) um ein auch in den untersuchten ostdeutschen Kommunen weit verbreitetes Delikt handelt. Signifikante Unterschiede in der Deliktsbelastung der Befragten aus den größeren Gemeinwesen Freiburg (18,2%), Emmendingen (16,0%) und Jena (17,1%) ergaben sich nicht. Durch die erste Deutsch-Deutsche Opferstudie von 1990 (vgl. *Kury u.a.* 1996, S. 57 ff.) konnte festgestellt werden, daß die Befragten in Westdeutschland stärker als vergleichsweise Befragte aus Ostdeutschland durch dieses Delikt belastet waren.

Die vorliegende Untersuchung zeigt dieses Ergebnis auf kommunaler Ebene nicht mehr, was auf eine Zunahme der Straftaten in Ostdeutschland in diesem Deliktsbereich hindeutet. Jeweils z.T. deutlich mehr als ein Viertel der Betroffenen aus Freiburg, Emmendingen und Jena gaben an, daß entweder sie selbst oder auch andere Mitglieder des Haushaltes mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden. Auch in Kahla führten die Befragten relativ häufig an (14,5%), Opfer eines Diebstahl aus dem Auto oder von Autoteilen geworden zu sein. Eine Ausnahme bilden die Befragten aus Löffingen mit einer Viktimisierungsquote von lediglich 6,8%. Die Befragten aus den kleineren Kommunen Löffingen und Kahla gaben an, daß ein überwiegender Teil der Diebstähle nicht am Wohnort selbst, sondern „anderswo im Inland“ verübt wurde. Sicherlich ist als Ort der Viktimisierung hierbei auch an die in der Nähe liegenden größeren Städte Freiburg bzw. Jena zu denken.

Was die Schwere des Deliktes betrifft, ist zu berücksichtigen, daß es sich bei einem beachtlichen Teil der Straftaten wahrscheinlich um Bagatellen handelte. Dies spiegeln die relativ niedrigen Anzeigequoten wider. Bis auf die Befragten aus Freiburg zeigten in allen Kommunen deutlich weniger als die Hälfte der Betroffenen die Tat bei der Polizei oder anderen Stellen an. Zwei wesentliche Gründe sind hierfür in nahezu allen Kommunen zu beobachten: Einerseits wird der Schaden oftmals als zu gering angesehen, andererseits werden der Möglichkeit einer Aufklärung des Falls durch die Polizei eher wenig Chancen zugestanden. Hier wird bei einem Massendelikt die Überforderung der Polizei deutlich, in jedem Einzelfall entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Es ist jedoch davon auszugehen, daß

Abb. 8.36: *Viktimisierung durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 145) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



die schwerwiegenden Fälle von Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen bei der Polizei angezeigt wurden. Hier sind mögliche Leistungen der Versicherung an eine Anzeige gebunden, wobei zu beachten ist, daß durch neuerliche Regelungen nur ein geringer Teil des bei diesem Delikt möglichen Diebesguts über eine Versicherung erstattet werden kann.

Die Einstellung der Betroffenen zu möglichen Konsequenzen aufgrund der Viktimisierung deutet im wesentlichen auf den Ersatz des finanziellen Verlustes hin; eine etwas deutlichere punitive Einstellung zeigt sich in Emmendingen im Vergleich zu Jena, die Möglichkeit von Hilfsmaßnahmen für Opfer und Täter werden von den betroffenen Befragten eher unterstützt. Hierbei darf allerdings nicht übersehen werden, daß in allen drei größeren Kommunen (Freiburg, Emmendingen und Jena) eine Anklage bzw. Ver-

urteilung des Täters von den Opfern dieses Delikts als „eher wichtig“ eingestuft und ebenso eine strenge Bestrafung als „eher wichtig“ betrachtet wird.

8.6 *Vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW)*

Viktimisierung

Vorsätzliche Beschädigungen an Kraftfahrzeugen sind, neben den Diebstahlsdelikten (mit Ausnahme des Autodiebstahles), in den untersuchten fünf Kommunen von den erfaßten Straftaten am weitesten verbreitet. Unter den Begriff der „vorsätzlichen Beschädigung von Kraftfahrzeugen“ fallen Straftaten wie zum Beispiel die mutwillige Zerstörung an Fahrzeugen angebrachter Teile (Antennen, Spiegel, Scheibenwischer), das Zerstechen von Reifen oder die Beschädigung von Karosserie und Lackierung. Die Frage nach einer Viktimisierung durch diesen Deliktsbereich (im Erhebungsinstrument wurde wiederum die Filterfrage zum Besitz von Verkehrsmitteln im Haushalt vorgeschaltet: „Verfügen Sie oder Mitglieder Ihres Haushaltes über folgende Fahrzeuge: Auto?“), lautete: „Von Diebstählen abgesehen, ist seit November 1990 ein Auto Ihres Haushaltes absichtlich demoliert oder beschädigt worden?“.

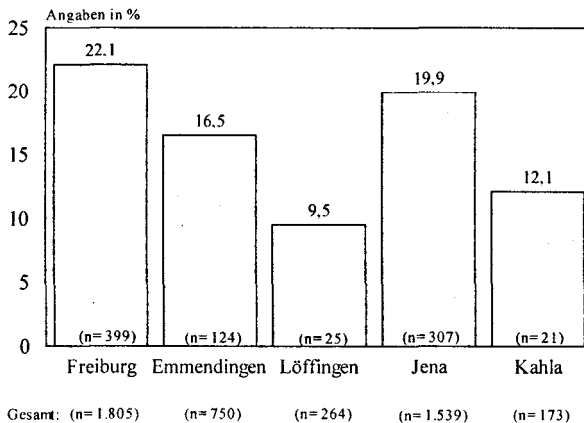
Bezogen auf den Befragungszeitraum von ca. einem Jahr, gaben in Freiburg 22,1% (n = 399) der befragten Personen, die selbst oder deren Haushalt im Besitz mindestens eines Autos waren (n = 1.805), an, daß ihr Fahrzeug bzw. das eines anderen Haushaltsmitgliedes einmalig oder auch mehrfach vorsätzlich beschädigt wurde (vgl. Abb. 8.37). In Emmendingen und Jena gaben 16,5% (n = 124) bzw. 19,9% (n = 307) der Befragten mit Kraftfahrzeugbesitz (n = 750 bzw. n = 1.539) an, daß sie selbst oder Haushaltsmitglieder im Befragungszeitraum Opfer dieses Delikts wurden. Für Löffingen stellt die vorsätzliche Beschädigung von Kraftfahrzeugen von allen erfragten Delikten das am häufigsten genannte dar (9,5%, n = 25, n = 264 Befragte). In Kahla teilten 12,1% (n = 21) der Befragten (n = 173) entsprechende Vorfälle mit.

Die Angaben aus den zwei größeren Kommunen Freiburg und Jena unterscheiden sich, wie auch die genannten Viktimisierungsquoten aus den kleineren Gemeinden Löffingen und Kahla, statistisch nicht signifikant voneinander. Die berichtete Belastung der Befragten durch Kfz-Beschädigungen zeigt in vergleichbaren Gemeinwesen aus West- und Ostdeutschland keine statistisch bedeutsamen Unterschiede. Als statistisch signifikant

bzw. hochsignifikant haben sich die Unterschiede in der Deliktsbelastung der Befragten zwischen Freiburg und Emmendingen sowie erwartungsgemäß zwischen Freiburg und Löffingen, aber auch zwischen Jena und Kahla ergeben (Freiburg/Emmendingen: $\text{Chi}^2 = 10.10$, $\text{df} = 1$, $p < .01$; Freiburg/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 22.56$, $\text{df} = 1$, $p < .001$; Jena/Kahla: $\text{Chi}^2 = 21.24$, $\text{df} = 1$, $p < .001$).

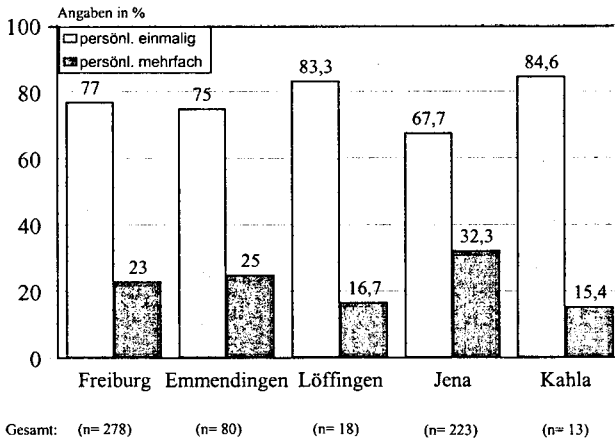
Insgesamt deutet sich an, daß die Befragten aus den in Größe und Einwohnerzahl ähnlichen Kommunen in West- und Ostdeutschland vergleichbar durch dieses Delikt belastet sind, wenn auch die Werte zum Befragungszeitpunkt in Ostdeutschland noch niedriger waren als im Westen. Erwartungsgemäß zeigt sich dagegen ein deutlicher Unterschied zwischen städtischen und eher ländlichen Gemeinwesen. Für Freiburg und Jena ist zu vermuten, daß die hohe Fahrzeugdichte der innerstädtischen Kernbereiche sowie die vorhandenen Parkhäuser und Tiefgaragen Tätern eher Gelegenheiten für eine Kfz-Beschädigung (Vandalismus) bieten. Festzustellen ist auch, daß aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Teil der Befragten sogenannte „Parkschäden“ (Blech- und Lackschäden mit in der Regel unbekanntem Verursacher) ebenfalls zur Fragestellung „vorsätzlicher Beschädigung an Kraftfahrzeugen“ angegeben wurden. Die Befragten der größeren Kommunen dürften hiervon häufiger betroffen gewesen sein.

Abb. 8.37: *Viktimisierungsraten für vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW), bezogen auf die Autobesitzer in den fünf Kommunen*



Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde wiederum erfragt, ob der Vorfall „ihnen persönlich passierte“ bzw. „einem Haushaltsmitglied passiert“ ist. Zudem wurde erhoben, ob die befragte Person oder ein Mitglied ihres Haushaltes mehrfach Opfer einer vorsätzlichen Kfz-Beschädigung wurde. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erfasst. Die Angaben der befragten Personen finden sich in den Abbildungen 8.38 und 8.39.

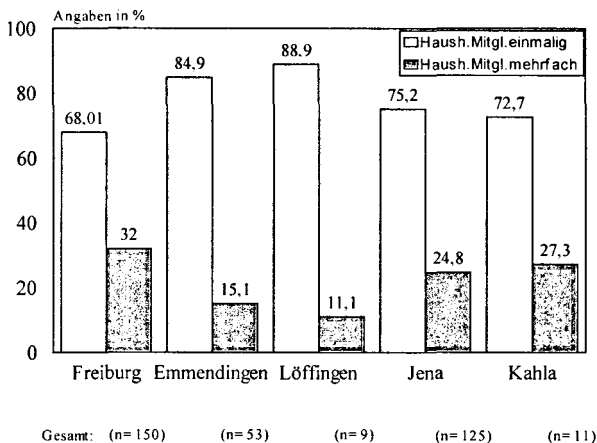
Abb. 8.38: *Viktimisierung durch vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW), bezogen auf die Autobesitzer in den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*



Aus Freiburg gaben die befragten Personen in insgesamt 399 Fällen eine Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch vorsätzliche Kfz-Beschädigung an. In 278 Fällen waren die Befragten hiervon direkt persönlich betroffen, andere Haushaltsmitglieder wurden in 150 Fällen (einmalig oder auch mehrfach) Opfer dieses Deliktes. In 29 Fällen war in Freiburg sowohl die befragte Person als auch ein Mitglied ihres Haushaltes einmal bzw. mehrfach von vorsätzlicher Kfz-Beschädigung betroffen. Hieraus resultiert die für Freiburg bereits genannte Viktimisierungsquote von 22,1% (n = 399). Durch die Angaben der befragten Personen aus Emmendingen ergaben sich insgesamt 133 Fälle von berichteter Viktimisierung (persönlich einmalig/mehrfach – Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach) durch vorsätzliche Kfz-Beschädigung. Hier wa-

ren in 80 Fällen die Befragten persönlich betroffen, in 53 Fällen Haushaltsmitglieder. In 9 Fällen gab die befragte Person an, daß sowohl sie selbst als auch ein Haushaltsmitglied Opfer dieses Deliktes wurde. Die sich hieraus ergebende oben genannte Viktimisierungsquote der Befragten aus Emmendingen beträgt 16,5% (n = 124).

Abb. 8.39: *Viktimisierung durch vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW), bezogen auf die Autobesitzer in den fünf Kommunen – Angaben zu: „Ist einem Haushaltsmitglied einmalig/mehrfach passiert“*



Für Löffingen und seine eingemeindeten umliegenden Ortschaften gaben in 18 Fällen die befragten Personen an, selbst einmalig oder mehrfach Opfer dieses Deliktes gewesen zu sein, in 9 Fällen waren es jeweils Haushaltsmitglieder der befragten Person (in 2 Fällen wurden hier sowohl die befragte Person als auch ein Haushaltsmitglied Opfer einer Kfz-Beschädigung). Die ebenfalls oben dargestellte Viktimisierungsquote beträgt somit im Bereich Löffingen 9,5% (n = 25).

Die Befragten aus Jena berichteten in insgesamt 348 Fällen von vorsätzlicher Kfz-Beschädigung. In 223 Fällen war die befragte Person selbst Opfer dieses Deliktes, andere Haushaltsmitglieder waren es in 125 Fällen. In 41 Fällen wurde sowohl die befragte Person als auch eine andere im Haushalt lebende Person einmalig oder mehrfach von diesem Delikt betroffen.

Die Viktimisierungsquote der befragten Einzelpersonen/Haushalte beträgt, wie bereits dargestellt, somit 19,9% (n = 307). Aus Kahla berichteten die Befragten in 24 Fällen von einer Viktimisierung durch Kfz-Beschädigung. Hier wurde in 13 Fällen die befragte Person, in 11 Fällen wurden Haushaltsmitglieder durch dieses Delikt betroffen. In 3 Fällen waren sowohl die befragte Person als auch Haushaltsmitglieder Opfer (Viktimisierungsquote: 12,1%, n = 21).

Ein Teil der von vorsätzlicher Kfz-Beschädigung betroffenen Personen bzw. deren Haushaltsmitglieder wurde mehrfach innerhalb des Befragungszeitraumes Opfer dieses Delikts. In Jena wurde von ca. einem Drittel (32,3%) der direkt persönlich Betroffenen angegeben, daß sie innerhalb eines Jahres mehrfach durch dieses Delikt belastet wurden. In Freiburg und Emmendingen wird die Mehrfachbelastung von ca. einem Viertel der Befragten angeführt (23,0% bzw. 25,0%). Die Nennungen der persönlich mehrfach von Kraftfahrzeugbeschädigung betroffenen Befragten aus Löffingen und Kahla ergaben vergleichbare Werte (16,7% bzw. 15,4%). Haushaltsmitglieder der befragten Personen wurden in Freiburg häufiger Opfer (32,0%) als in Emmendingen (15,1%) bzw. in Jena (24,8%). 27,3% der Haushaltsmitglieder der befragten Personen aus Kahla wurden mehrfach Opfer. Dieser Wert unterscheidet sich erheblich von den Angaben der Befragten aus Löffingen (11,1% der Haushaltsmitglieder waren hier durch dieses Delikt mehrfach betroffen).

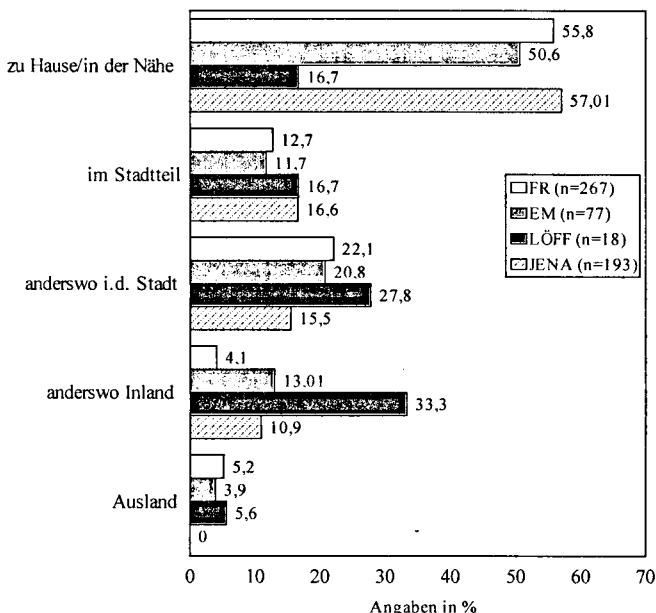
Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, daß vor allem in Jena und Freiburg, in geringerem Maße auch in Emmendingen und Kahla, die betroffenen Personen bzw. deren Haushaltsmitglieder während des Befragungszeitraumes in hohem Maße, z.T. mehrfach, durch vorsätzliche Kfz-Beschädigungen belastet wurden. Vergleichbar zum Autoteilediebstahl ist auch bei diesem Delikt von einer gemessen am Befragungszeitraum von ca. einem Jahr hohen absoluten Belastung (die tatsächliche Anzahl der Straftaten wurde nicht erfragt) der Haushalte zumindest in den größeren Kommunen auszugehen. Der durch vorsätzliche Beschädigung von Kraftfahrzeugen entstandene finanzielle Schaden dürfte insgesamt recht hoch liegen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß ein Großteil der Einzelfälle sich im Bagatellbereich bewegen dürfte.

Ort der Viktimisierung

Die vom Delikt persönlich betroffenen Personen wurden gebeten anzugeben, wo ihr Kraftfahrzeug beschädigt wurde. Als Vorgaben standen in

der Untersuchung zur Verfügung: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezog sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalles.

Abb. 8.40: *Persönlich erfahrene vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW): Ort der Viktimisierung*



Angaben zum Ort des Schadens wurden vom überwiegenden Teil der persönlich Betroffenen gemacht. Hier deutet sich an, daß der Schaden in einem Großteil der Fälle wahrscheinlich direkt bemerkt wurde. Aus Freiburg und Emmendingen berichteten $n = 267$ (96,0%) bzw. $n = 77$ (96,2%) Personen den Ort des Vorfalles; in Jena machten hierzu $n = 193$ (86,5%) persönlich betroffene Personen Angaben (vgl. Abb. 8.40). Aus Löffingen und Kahla berichteten alle ($n = 18$) bzw. ca. die Hälfte ($n = 7$) der betroffenen Befragten zu dieser Fragestellung. Die Angaben aus Kahla wurden wegen der geringen Fallzahl nicht in Abbildung 8.40 übernommen.

In Freiburg, Emmendingen und Jena liegt der Schwerpunkt der Antworten zur Frage nach dem Viktimisierungsort bei der Angabe „zu Hause/in der Nähe“. Die Befragten aus Freiburg und Emmendingen gaben diese Antwort in 55,8% bzw. 50,6%, die Betroffenen aus Jena in 57,0% der Fälle. Unter Ergänzung der Nennungen, daß die Tat „im Stadtteil“ (Freiburg: 12,7%, Emmendingen: 11,7%, Jena: 16,6%) passiert sei, zeigt sich für die drei größeren Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena, daß die Tat in etwa zwei Drittel der Fälle, im näheren Wohnumfeld der betroffenen Personen verübt wurde. Eine typische Situation dürfte die Beschädigung über Nacht abgestellter Fahrzeuge sein. Die Beschädigungen, die von den Betroffenen unter der Antwortkategorie „anderswo in der Stadt“ genannt wurden (vgl. Abb. 8.40), weisen auf Taten während der Ingebrauchnahme des Fahrzeuges hin (Beschädigungen z.B. in Parkhäusern und Tiefgaragen). Hervorzuheben ist wiederum, daß die Befragten aus Löffingen und Kahla vergleichsweise öfter (33,3%, n = 6 bzw. in 5 von 7 Fällen – in den verbleibenden 2 Fällen nannten die Betroffenen aus Kahla als Viktimisierungsort „zu Hause/in der Nähe“) angaben, daß die Beschädigung „anderswo im Inland“ erfolgte. Möglicherweise wurden die Fahrzeuge während eines Aufenthalts in den nahe gelegenen Großstädten Freiburg bzw. Jena beschädigt. In geringem Maße wurde von den Betroffenen der westdeutschen Kommunen als Viktimisierungsort das Ausland angegeben (Freiburg: 5,2%, Emmendingen: 3,9%, Löffingen 5,6%). Aus Jena wurden keine Vorfälle im Ausland genannt.

Anzeigeverhalten

Den persönlich Betroffenen wurde wiederum die Frage gestellt, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die erlittene Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.9 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragungen in Jena und Kahla verzichteten sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“). Falls eine Person mehrfach vom Delikt der vorsätzlichen Beschädigung an Kraftfahrzeugen betroffen war, beziehen sich die Angaben zum Anzeigeverhalten jeweils auf den letzten Vorfall.

In Freiburg berichteten nahezu alle (n = 275, 98,9%) persönlich betroffenen Befragten (n = 278), ob das Delikt zur Anzeige gebracht wurde, und gaben für eine eventuelle Nichtanzeige der Tat auch Gründe hierfür an.

Insgesamt berichteten aus Freiburg $n = 87$ Personen, in welcher Form und wo die Anzeige erstattet wurde. Bedingt durch die möglichen Mehrfachnennungen, wurden 89 Angaben zum Anzeigeverhalten abgegeben. Ein Teil der Anzeigerstattungen ($n = 7, 7,9\%$) ist von der Polizei abgewiesen worden (Gründe hierfür wurden im Erhebungsinstrument nicht erfragt), der Vorfall wurde von der Polizei nicht bearbeitet. Somit wurden in Freiburg 29,1% ($n = 80$) der berichteten Fälle erfolgreich zur Anzeige gebracht. Der überwiegende Teil (73,0% der Nennungen) der Anzeigen wurde persönlich bei der Polizei aufgegeben. Eine Anzeigerstattung an anderer Stelle wurde aus Freiburg, ebenso aus Emmendingen, kaum genannt (Freiburg 3,4% bzw. Emmendingen 6,5%). In diesen wenigen Fällen wird der Schaden eventuell an eine Versicherung gemeldet worden sein.

Tabelle 8.9: *Persönlich erfahrene vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW): Anzeigerstattung*

	Freiburg*		Emmendingen*		Löfflingen*		Jena		Kahla	
	(n = 87)		(n = 30)		(n = 6)		(n = 61)		(n = 6)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	7	7,9	0	0,0	0		1	1,6	0	
2. Telefonisch bei der Polizei	7	7,9	4	12,9	2		12	19,7	2	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	65	73,0	23	74,1	4		41	67,2	4	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	7	7,9	2	6,5	0		7	11,5	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	3	3,4	2	6,5	0		nicht erhoben			
Gesamt	89	100	31	100	6		61	100	6	

* Mehrfachantworten möglich

In Emmendingen teilten fast alle ($n=79$) persönlich Betroffenen mit, ob Anzeige erstattet wurde. In 2 Fällen (6,5% der Nennungen) wurde die Anzeige von der Polizei abgewiesen. Somit gaben in Emmendingen $n = 28$ Personen, in der Regel persönlich, in einem Fall zusätzlich auch telefonisch, bei der Polizei erfolgreich die Anzeige auf; dies entspricht einer Anzeigquote

von 35,4%. In Löffingen wurden 6 (33,3%) von den insgesamt 18 Vorfällen (Opfer persönlich betroffen) ausschließlich bei der Polizei angezeigt.

Aus Jena wurde in 194 Fällen (87,0%) zum Anzeigeverhalten berichtet. Die Quote erfolgreich erstatteter Anzeigen beträgt 27,8% (n = 54). In 11,5% (n = 7) der Fälle wurde die Anzeigenbearbeitung von der Polizei abgelehnt. Die von vorsätzlicher Kfz-Beschädigung persönlich betroffenen Personen aus Kahla gaben in 12 von insgesamt 13 Vorfällen Informationen zu ihrem Anzeigeverhalten. Die Hälfte der Taten (n = 6) wurde bei der Polizei angezeigt.

Eine Analyse dieser Ergebnisse zeigt, daß der weitaus größte Teil der Kfz-Beschädigungen von den Betroffenen weder bei der Polizei noch an anderer Stelle angezeigt wurde, daß also meistens vom Opfer nichts unternommen wurde. Das deutet auf die Bagatellhaftigkeit der verursachten Schäden hin. Vorsätzliche Kraftfahrzeug-Beschädigungen werden in der Regel nicht von Versicherungen übernommen. Lediglich Schäden durch Diebstahl am Fahrzeug angebrachter Teile können – allerdings auch nur mit Einschränkungen – von Versicherungen erstattet werden (vgl. Kapitel 8.5). Da die Täter in aller Regel unbekannt gewesen sein dürften, sahen die Opfer auch die geringen Chancen einer Aufklärung der Straftat und damit einer Schadenswiedergutmachung.

In Freiburg wurden von n = 188 Personen, die angaben, daß die Tat nicht angezeigt wurde, und hierfür die Begründungen nannten, insgesamt 284 Nennungen zu Gründen angegeben. Aus Emmendingen nannten n = 49 Personen insgesamt 87 Gründe für die Nichtanzeige, in Löffingen gaben n = 12 persönlich betroffene Personen 25 Nichtanzeige Gründe an. Zu den Nichtanzeige Gründen äußerten sich aus Jena und Kahla n = 133 bzw. n = 6 Personen (vgl. Tabelle 8.10). Ein Schwerpunkt der Äußerungen auf die Frage, warum keine Anzeige erfolgte, bezieht sich in allen Kommunen auf einen eher geringfügigen Schaden (in Freiburg 36,9%, Emmendingen 31,0%, Löffingen 36,0%, Jena 38,3%, in Kahla nannten diesen Grund n = 4 Personen). Aus Jena gab im Vergleich zu Freiburg zudem ein Fünftel der Betroffenen (21,1%) an, daß der Fall von ihnen selbst geregelt wurde bzw. daß die Benachrichtigung der Polizei nicht notwendig gewesen sei.

Daß die Polizei „auch nichts hätte machen können“ bzw. „doch nichts dagegen getan hätte“, stellt für die Betroffenen aus den westdeutschen Kommunen dagegen den überwiegenden Teil der Gründe für die Nichtanzeige des Deliktes dar (Freiburg 44,0%, Emmendingen 47,2%, Löffingen 52,0%). In Jena gaben diese Antwortmöglichkeiten deutlich weniger

(31,6%) Befragte an. Fehlender Versicherungsschutz als Nichtanzeigegrund wurde in allen Kommunen relativ selten genannt. Die Angabe „andere Gründe“ (in Freiburg, Löffingen und Jena gab es nur wenige Nennungen) beinhaltet Aussagen wie z.B. „eigenes Verschulden“, „Schaden durch befreundete Familie passiert“ sowie, daß der Schaden zu spät bemerkt wurde.

Tabelle 8.10: *Persönlich erfahrene vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW): Nichtanzeigegründe*

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 188)		(n = 49)		(n = 12)		(n = 133)		(n = 6)	
	n	%	n	%	N	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	105	36,9	27	31,0	9	36,0	51	38,3	4	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	8	2,8	3	3,4	0	0,0	9	6,8	1	
3. Polizei war unnötig	27	9,5	12	13,8	1	4,0	19	14,3	1	
4. Ich war nicht versichert	10	3,5	2	2,3	0	0,0	2	1,5	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	95	33,5	28	32,3	10	40,0	30	22,6	0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	30	10,5	13	14,9	3	12,0	12	9,0	0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	3	1,1	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	1	0,4	2	2,3	0	0,0	5	3,8	0	
9. Andere Gründe	5	1,9	0	0,0	2	8,0	5	3,8	0	
Gesamt	284	100	87	100	25	100	133	100	6	

* Mehrfachantworten möglich

Die Mehrfachangaben der Befragten aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen beziehen sich vor allem auf die Kombination der Aussagen, daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“ bzw. „doch nichts getan hätte“, und auf den geringen erlittenen Schaden. In Freiburg, Emmendingen und Löffingen zeigt sich in ca. einem Drittel der Nennungen von Nichtanzeige-

gründen eine Geringfügigkeit des Schadens. Der Aufwand einer Schadensanzeige sowie die geäußerten Einschätzungen zu den geringen Möglichkeiten der Polizei bei der Täterermittlung dürfte für einen Großteil der Betroffenen ein Grund dafür gewesen sein, keine Anzeige zu erstatten. In den ostdeutschen Kommunen wurde von den nichtanzeigenden Personen der entstandene Schaden insgesamt ebenfalls als gering angesehen, eine Anzeige wurde vielfach aus diesem Grund nicht erstattet.

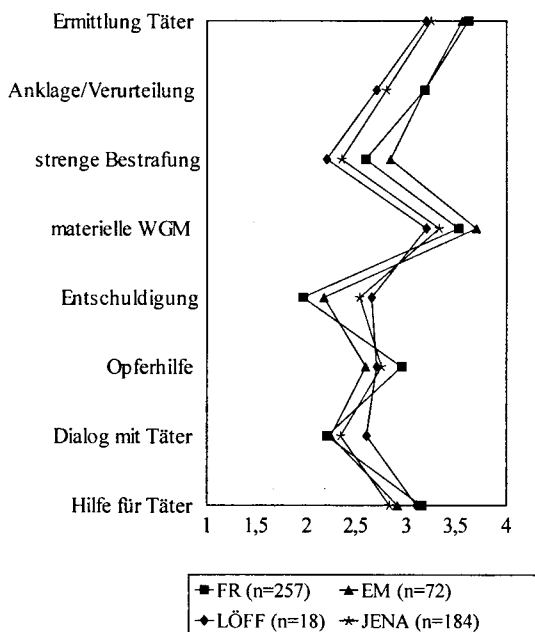
Konsequenzen nach einer Viktimisierung

In Freiburg äußerten sich auf die Frage nach den persönlichen Konsequenzen der Viktimisierung $n = 257$ (92,4% der persönlich betroffenen Opfer), in Emmendingen $n = 72$ (90,0%) und in Jena $n = 184$ (82,5%). In Löffingen haben alle Betroffenen ($n=18$), in Kahla $n = 6$ betroffene Befragte Einschätzungen gegeben. Aufgrund der geringen Fallzahl wurden die Angaben aus Kahla nicht in Abbildung 8.41 übernommen, die Einschätzungen der Betroffenen aus Löffingen können ebenfalls aufgrund geringer Fallzahlen nur mit Vorbehalt interpretiert werden.

Für die Befragten aus Freiburg und Emmendingen steht vor allem die Täterermittlung und die materielle Wiedergutmachung des entstandenen Schadens im Vordergrund möglicher Konsequenzen. Betroffene aus Jena und aus Löffingen sehen im Vergleich zu den Angaben aus Freiburg und Emmendingen weniger die Notwendigkeit der Täterermittlung sowie des Schadensausgleichs, allerdings stehen diese beiden Gesichtspunkte auch hier vergleichsweise im Vordergrund. Zwischen Jena und Freiburg/Emmendingen unterscheiden sich die Angaben statistisch nicht signifikant (nach t-Test). Für die Befragten aus Jena und Löffingen ist eine Entschuldigung des Täters als Wiedergutmachungsleistung relativ wichtiger als vergleichsweise für die Freiburger und Emmendinger. Die Befragten aus Kahla (in Abb. 8.41 nicht dargestellt) sehen in den wenigen berichteten Fällen ebenfalls eher von materieller Wiedergutmachung ab – zugunsten einer Entschuldigung durch den Täter. Diese Angaben sprechen möglicherweise dafür, daß ein Teil der durch dieses Delikt in den erwähnten Kommunen entstandenen Schäden eher gering gewesen ist. Diese Annahme korrespondiert mit den speziell aus Jena angegebenen Gründen für die Nichtanzeige des Delikts. Die betroffenen Personen aus Freiburg sehen im Vergleich zu den Betroffenen aus den übrigen Kommunen eine staatliche Opferhilfe als eher wichtig an. Unter Umständen ist in diesem Ergebnis die Reaktion auf eine Überhandnahme des Deliktsbereichs zu erkennen. Insgesamt

samt schildern sich die Befragten aus Freiburg und vor allem Emmendingen bei diesem Delikt als punitiver als diejenigen aus Jena und insbesondere Löffingen. Letztere sprechen sich weniger für eine Täterermittlung, für dessen Anklage bzw. Verurteilung und für eine strenge Bestrafung aus. Gleichzeitig befürworten sie eine Entschuldigung des Täters beim Opfer in stärkerem Ausmaße. In Löffingen ist die Deliktsbelastung im Vergleich vor allem zu Freiburg, aber auch Emmendingen deutlich niedriger.

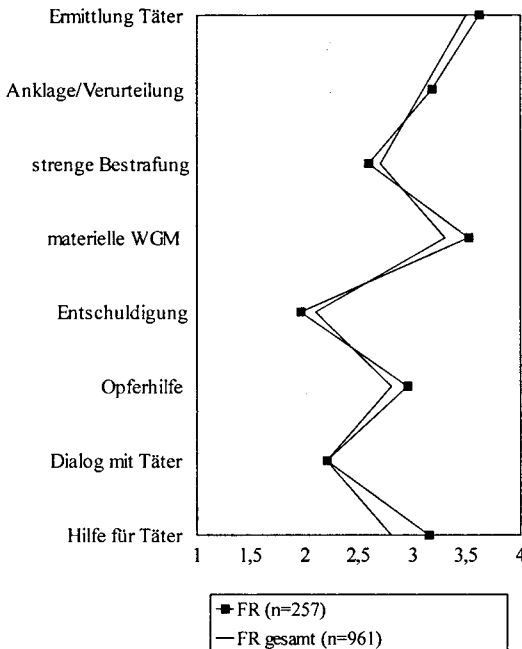
Abb. 8.41: *Persönlich erfahrene Viktimisierung durch vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW): Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Übersichtsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



Die Einstellungen von durch vorsätzliche Beschädigungen an Kraftfahrzeugen betroffenen Personen zu den Konsequenzen für Täter und Geschädigte wurden – bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen, Löffingen und Jena – den Angaben der Opfer insgesamt gegenübergestellt (vgl. hierzu Kapitel 8.2).

Die durch vorsätzliche Beschädigung betroffenen Personen aus Freiburg und Emmendingen sehen, im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer dieser zwei Kommunen insgesamt, eine materielle Wiedergutmachung des entstandenen Schadens als überdurchschnittlich wichtiger an. Für die Opfer aus Emmendingen ist dieser Unterschied statistisch hochsignifikant (t-Test: $p < .001$).

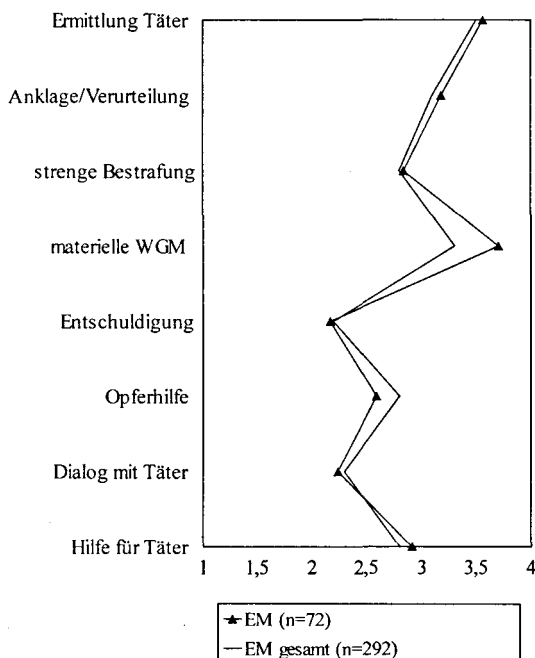
Abb. 8.42: *Persönliche Viktimisierung durch Vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW) in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 257) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Die von diesem Delikt betroffenen Personen aus Freiburg stufen, wiederum im Vergleich zu allen Opfern dieser Kommune, die Hilfe für den Täter als signifikant wichtiger ein (t-Test: $p < .01$; vgl. Abbildungen 8.42, 8.43). Im übrigen orientieren sich die Einstellungen von diesem Deliktsbereich Be-

troffener aus den Kommunen Freiburg und Emmendingen im wesentlichen an den Angaben der Opfer insgesamt.

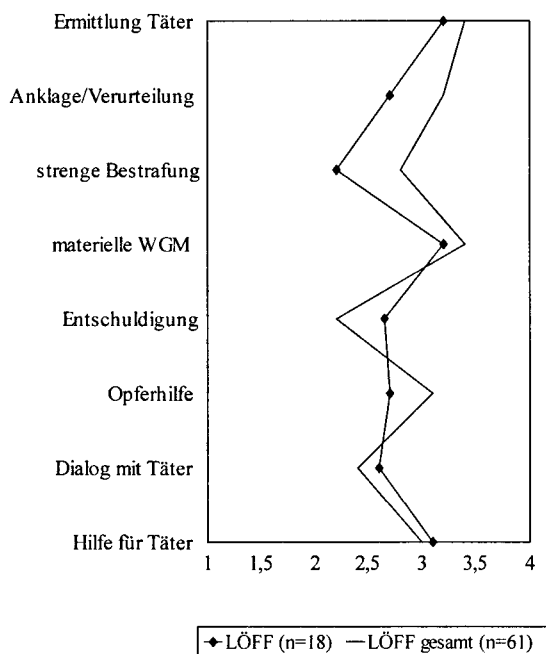
Abb. 8.43: Persönliche Viktimisierung durch Vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW) in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 72) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)



Ein weitgehend anderes Bild zeigen die Einschätzungen Betroffener zu Konsequenzen für Täter und Geschädigte in Löffingen sowie in Jena (vgl. Abbildungen 8.44, 8.45). In beiden Kommunen wird auf die Täterermittlung, die Anklage und Verurteilung des Täters sowie dessen strenge Bestrafung, im Vergleich zur Einstellung der Opfer insgesamt sowie im Vergleich zu den beiden anderen Kommunen, eher weniger Wert gelegt. Statistisch hochsignifikant (t-Test: $p < .001$) zeigen sich in beiden Kommunen die Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung zu „Anklage/Verurteilung“ sowie „strenge Bestrafung“. Die materielle Wiedergutmachung wird von Be-

troffenen aus Jena eher durchschnittlich bewertet bzw. von Opfern aus Löffingen als vergleichsweise weniger wichtig angesehen. Die Entschuldigung sowie auch das Gespräch mit dem Täter stufen die durch dieses Delikt Betroffenen aus Löffingen und Jena, im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt sowie im Vergleich zu den beiden anderen Gemeinden, als überdurchschnittlich wichtiger ein. Auf die Hilfe für das Opfer wird in beiden Kommunen eher weniger Wert gelegt.

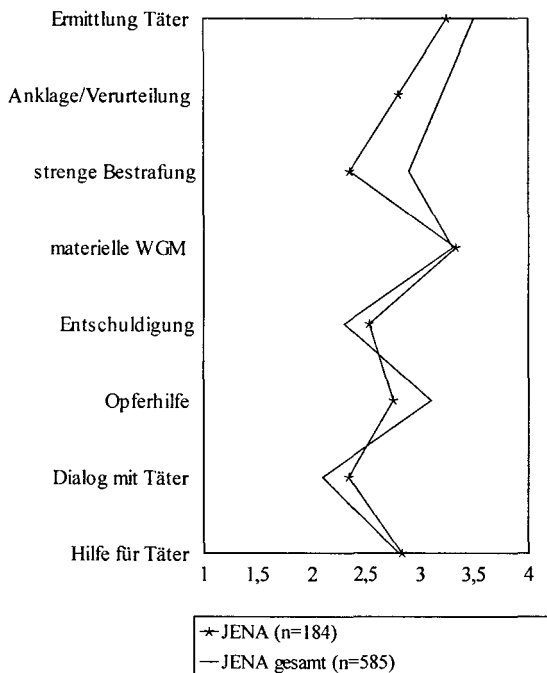
Abb. 8.44: *Persönliche Konsequenzen durch Vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW) in Löffingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 184) sowie der Opfer insgesamt (n = 61)*



Bei der Beurteilung der Einschätzungen von betroffenen Personen aus Löffingen ist jedoch die geringe Fallzahl zu beachten (n = 18). Es zeigt sich bei diesem Delikt somit in Löffingen, aber auch in Jena, eine deutlich niedrige-

re Punitivität im Vergleich zu den Opfern der übrigen erfaßten Delikte. Vermutlich hängt das mit dem geringen Vorkommen solcher Taten in Löffingen zusammen bzw. mit dem weniger gravierend erlebten Schaden in Jena, vor dem Hintergrund des Besitzes weniger teurer Autos zur damaligen Zeit relativ kurz nach der Wende. So gaben als Grund für die Nichtanzeige in Jena 52,6% an, daß der Schaden „nicht schwerwiegend genug“ war bzw. daß die „Polizei unnötig“ gewesen sei.

Abb. 8.45: *Persönliche Viktimisierung durch Vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW) in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 184) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



Zusammenfassend ist zum Deliktsbereich Beschädigung am Kraftfahrzeug (PKW) zu sagen, daß die befragten Personen aller fünf Kommunen durch dieses Delikt in ähnlicher Weise stark belastet sind. Unterschiede in der

Viktimisierungsquote zwischen vergleichbaren Orten in West- und Ostdeutschland finden sich statistisch nicht. Erwartungsgemäß zeigt sich eine geringere Belastung der Personen in den kleineren Orten Löffingen und Kahla. Im Vergleich zu anderen in der vorliegenden Untersuchung erfragten Delikten ist jedoch auch in diesen Gemeinden eine relativ hohe Viktimisierungsquote erkennbar. In den größeren Kommunen Freiburg und Jena, aber auch in Emmendingen, zeigt sich, daß sowohl die Befragten selbst als auch deren Haushaltsmitglieder im Befragungszeitraum zu einem relativ hohen Prozentsatz z.T. mehrfach Opfer vorsätzlicher Kfz-Beschädigungen wurden. In diesem Zusammenhang ist nochmals auf den Referenzzeitraum von nur ca. einem Jahr hinzuweisen.

Der überwiegende Teil der berichteten Vorkommnisse wurde nicht bei der Polizei oder an anderer Stelle angezeigt. Die Angaben zum Anzeigeverhalten lassen bei den Befragten aus den ostdeutschen Kommunen vermuten, daß es sich bei den Delikten zu einem beachtlichen Teil um Bagatellen handelte. Tendenziell scheinen die Betroffenen aus Jena vor allem aufgrund des eher geringen Schadens nicht angezeigt zu haben, während die Befragten aus Freiburg und Emmendingen verstärkt wegen der als gering erachteten Möglichkeiten der Polizei bei der Verfolgung der Täter keine Anzeige erstatteten. Eine Anzeige hätte sich somit nicht gelohnt. Umfassende Einschränkungen der Übernahme entstandener Schäden durch die Versicherungen dürften für die geringen Anzeigequoten ebenfalls verantwortlich sein.

Die Angaben der Betroffenen zum Ort des Vorfalles ergaben, daß ein überwiegender Teil der Beschädigungen, zumindest in den größeren Gemeinden, wohl an in Wohnungsnahe der Opfer abgestellten Fahrzeugen erfolgte. Relativ häufig werden erfahrungsgemäß z.B. in Freiburg die Lackierungen nachts auf offener Straße bzw. in Tiefgaragen abgestellter Fahrzeuge zerkratzt. Auch sogenannte „Parkschäden“ (z.B. Beschädigungen von fremden PKWs durch das Öffnen von Fahrzeugtüren) dürften von Opfern aus allen Kommunen angegeben worden sein. Die materielle Wiedergutmachung, also der Ersatz entstandener Schäden, wird von Opfern aller fünf untersuchten Kommunen als wichtig angesehen, ebenso allerdings die Täterermittlung sowie eine Anklage und Verurteilung. Die Freiburger und Emmendinger Befragten legten hierbei mehr Gewicht auf die Ermittlung des Täters, seine Anklage bzw. Verurteilung sowie strenge Bestrafung. Gleichzeitig ist ihnen eine Entschuldigung durch den Täter weniger wichtig. Tendenziell zeigen somit die Freiburger und Emmendinger Befragten

punitivere Tendenzen als die übrigen beiden Gruppen. Alle Befragten betonten gleichzeitig die Bedeutung der Hilfe für den Täter. Insbesondere Betroffene aus Jena, Kahla und Löffingen wünschen zudem öfters eine Entschuldigung durch den Täter.

8.7 Versuchter Einbruch in Wohnräume

Viktimisierung

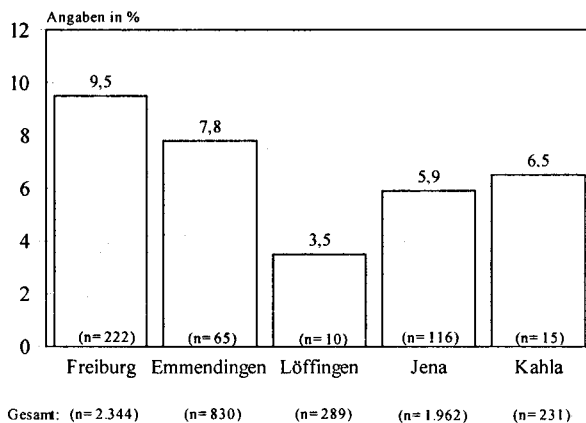
Die bisher dargestellten fünf Delikte bzw. Deliktsbereiche behandelten Opfersituationen im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen (Pkw, Krafträder) bzw. Fahrrädern. Im folgenden werden die Resultate zu weiteren neun erfaßten Delikten bzw. Deliktsbereichen dargestellt. Zunächst werden die Ergebnisse zu versuchtem Einbruch in Wohnräume berichtet. Die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Haben Sie Anzeichen bemerkt, daß jemand erfolglos versuchte, in Ihre Wohnräume einzudringen? Das heißt, haben Sie einmal bemerkt, daß ein Schloß oder eine Tür aufgebrochen, eine Fensterscheibe eingeschlagen, oder daß die Tür um das Schloß zerkratzt war?“. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß mit dieser Fragestellung ausschließlich der versuchte Einbruch in Wohnräume, also nicht in Geschäftsräume, Keller, Gartenhäuser, Garagen etc. erfaßt werden sollte. Zudem wurde bei diesem Delikt, wie bei allen nachfolgenden Deliktsbereichen, in der Fragestellung nicht mehr – wie bisher – zwischen Befragungsperson bzw. Haushaltsmitgliedern unterschieden.

Aus Abbildung 8.46 geht hervor, daß 9,5% ($n = 222$) der in Freiburg befragten Personen ($n = 2.344$) angaben, im letzten Jahr einmalig oder mehrfach einen versuchten Wohnungseinbruch festgestellt zu haben. In Emmendingen und Löffingen erinnerten sich 7,8% ($n = 65$) bzw. 3,5% ($n = 10$) der Befragten (Emmendingen: $n = 830$; Löffingen: $n = 289$) mindestens eines entsprechenden Vorfalles. Aus Jena und Kahla gaben 5,9% ($n = 116$) bzw. 6,5% ($n = 15$) der Befragten (Jena: $n = 1.962$; Kahla: $n = 231$) an, Anzeichen eines versuchten Einbruches bemerkt zu haben. Für die westdeutschen Kommunen zeigt sich wiederum das erwartete Stadt/Land-Gefälle. Obwohl die Angaben um 1,7 Prozentpunkte differieren, ist der Unterschied zwischen Freiburg und Emmendingen statistisch nicht signifikant ($\text{Chi}^2 = 2.13$, $\text{df} = 1$, $p = .157$). Statistisch bedeutsam zeigen sich dagegen die Unterschiede in der Belastungsquote von Freiburg bzw. Emmendingen und Löffingen ($\text{Chi}^2 = 11.56$, $\text{df} = 1$, $p < .001$ bzw. $\text{Chi}^2 = 18.35$, $\text{df} = 1$, $p < .01$).

Die Unterschiede der Angaben von Befragten aus den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla sind statistisch nicht bedeutsam. Der Vergleich

der Städte Freiburg und Jena hingegen zeigt einen hohen signifikanten Unterschied (Freiburg/Jena: $\text{Chi}^2 = 18.69$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Die Unterschiede zwischen Emmendingen und Jena sind statistisch nicht signifikant ($\text{Chi}^2 = 3.54$, $\text{df} = 1$, $p = .059$). Signifikant sind dagegen die berichteten Unterschiede zwischen den eher ländlichen Gemeinden Löffingen und Kahla ($\text{Chi}^2 = 12.36$, $\text{df} = 1$, $p < .05$) dahingehend, daß aus Kahla eine höhere Viktimisierungsquote berichtet wurde (6,5% im Vergleich zu 3,5%).

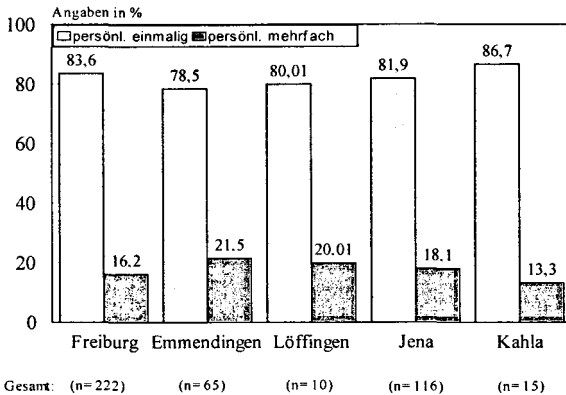
Abb. 8.46: Viktimisierungsraten für versuchten Wohnungseinbruch für die fünf Kommunen



Im Ergebnis zeigt sich somit, daß vor allem mehr Befragte aus Freiburg, im Vergleich zu den übrigen Orten, angaben, Anzeichen eines versuchten Wohnungseinbruches einmalig oder mehrfach festgestellt zu haben. Wie bei anderen berichteten Delikten sind die befragten Personen aus Kahla stärker belastet als die Befragten aus Löffingen. Insgesamt sind aber die westdeutschen größeren Gemeinden deutlich stärker belastet als die ostdeutschen Kommunen.

Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde erfragt, ob sie mehrfach Anzeichen eines versuchten Wohnungseinbruchs festgestellt haben. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildung 8.47.

Abb. 8.47: *Viktimisierung durch versuchten Wohnungseinbruch – Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*



Die betroffenen Befragten aus Freiburg ($n = 222$), Emmendingen ($n = 65$) und Löffingen ($n = 10$) berichteten in 16,2% ($n = 36$), 21,5% ($n = 14$) bzw. 20,0% ($n = 2$) der Fälle, daß sie in dem untersuchten Jahr bereits mehrfach Anzeichen eines versuchten Wohnungseinbruchs festgestellt haben (vgl. Abb. 8.47). Die Betroffenen in Jena ($n = 116$) und Kahla ($n = 15$) berichteten zu 18,1% ($n = 21$) bzw. 13,3% ($n = 2$) von mehrmals versuchtem Wohnungseinbruch. Die Angaben unterscheiden sich statistisch nicht bedeutsam voneinander. Für die Befragten aller fünf Kommunen ist festzustellen, daß die Betroffenen in dem Befragungszeitraum von einem Jahr, wenn überhaupt, in der Regel einmalig Anzeichen eines versuchten Wohnungseinbruchs registriert haben. Etwa ein Achtel bis ein Fünftel stellte mehrfach solche Anzeichen eines versuchten Einbruchs fest bzw. definierte festgestellte Veränderungen beispielsweise bei Türen oder Fenstern als Versuch eines Wohnungseinbruchs.

Anzeigeverhalten

Beantwortet wurde die Frage, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.11 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen hierzu waren in Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

Tabelle 8.11: Viktimisierung durch versuchten Wohnungseinbruch: Anzeigeerstattung

	Freiburg* (n = 107)		Emmendingen (n = 33)		Löfflingen (n = 5)		Jena (n = 26)		Kahla (n = 4)	
	n	%	n	%	n	%	N	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	2	1,8	1	2,9	0		1	3,8		
2. Telefonisch bei der Polizei	64	57,6	27	79,4	3		13	50,0	3	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	33	29,7	3	8,8	2		11	2,3	1	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	5	4,5	1	2,9	0		1	2,8	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	7	6,3	2	5,9	0		nicht erhoben			
Gesamt	111	100	34	100	5		26	100	4	

* Mehrfachantworten möglich

In den westdeutschen Kommunen berichteten nahezu alle Personen (Freiburg n = 216, 97,3%; aus Emmendingen und Löfflingen jeweils alle Opfer n = 65 bzw. n = 10), die angaben, Anzeichen von versuchtem Wohnungseinbruch festgestellt zu haben, ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.11). Abzüglich der Fälle, in denen eine Anzeigeerstattung versucht wurde, die Polizei die Aufnahme der Anzeige jedoch ablehnte, ergibt sich für Freiburg eine Anzeigequote von 47,2%; in Emmendingen beträgt die Anzeigequote 49,2%, in Löfflingen sind 5 von 10 Vorfällen angezeigt worden. Die Anzeigen wurden nahezu ausschließlich bei der Polizei aufgegeben, die Anzeigeerstattung erfolgte in Freiburg und Emmendingen in 57,6% bzw. 79,4% der Nennungen telefonisch. Für Freiburg und Emmendingen wurde in 6,3% bzw. 5,9% der Nennungen angegeben, daß Anzeige auch an anderer Stelle erstattet wurde. Es ist anzunehmen, daß hier eine Meldung an eine Versicherung weitergeleitet wurde.

In Jena und Kahla machten lediglich n = 67 (57,7%) bzw. n = 10 Personen (von insgesamt n = 15 Opfern) Angaben zum Anzeigeverhalten. Die hieraus errechnete Anzeigequote beträgt in Jena, abzüglich eines Falles erfolgloser Anzeigeerstattung, 39,4%. In Kahla wurde von n = 4 Personen der Vorfall angezeigt. Die Anzeigeerstattung bei der Polizei erfolgte in den meisten Fällen telefonisch und auch direkt persönlich.

Tabelle 8.12: Viktimisierung durch versuchten Wohnungseinbruch: Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löffin- gen*		Jena		Kahla	
	(n = 109)		(n = 31)		(n = 5)		(n = 41)		(n = 6)	
	n	%	n	%	n	%	N	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	55	32,2	13	26,0	1		19	46,3	4	
2. Habe es selbst geregelt /Täter war mir bekannt	7	4,1	4	8,0	0		3	7,3	0	
3. Polizei war unnötig	18	10,5	5	10,0	1		3	7,3	2	
4. Ich war nicht versichert	4	2,3	0	0,0	0		2	4,9	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	54	1,6	15	30,0	4		7	17,1	0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	21	12,3	9	18,0	2		2	4,9	0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei /wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	1	0,6	0	0,0	0		0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	1	0,6	1	2,0	0		3	7,3	0	
9. Andere Gründe	10	5,8	3	6,0	0		2	4,9	0	
Gesamt	171	100	50	100	8		41	100	6	

* Mehrfachantworten möglich

Die Befragten aus den westdeutschen Kommunen gaben in etwa der Hälfte der Vorfälle an, eine Anzeige, in der Regel bei der Polizei, erstattet zu haben. Es ist einerseits zu vermuten, daß angerichtete Schäden zur Weiterleitung an eine Versicherung polizeilich angezeigt wurden. Andererseits dürfte eine mögliche Beunruhigung der Betroffenen, auch bei eventuell geringerem Schaden, eine Anzeigerstattung unterstützt haben. In Jena und Kahla haben vergleichsweise zu den westdeutschen Kommunen weniger Betroffene eine Anzeige aufgegeben.

In Freiburg informierten n = 109 betroffene Personen (siehe Tabelle 8.12) über die Gründe nicht erfolgter Anzeige (durch Mehrfachangaben erfolgten insgesamt 171 Nennungen). Ein Drittel (32,2%) der Nennungen

bezieht sich auf einen geringfügigen Schaden als Nichtanzeigegrund, ein weiteres Drittel (31,6%) darauf, daß die Polizei auch nichts hätte machen können. Der überwiegende Teil der Mehrfachangaben nennt diese zwei Gründe in Kombination. Die Angaben der Befragten aus Emmendingen und Löffingen zeigen ein vergleichbares Bild. Vom versuchten Wohnungseinbruch betroffene Personen aus Jena und Kahla gaben vor allem einen geringfügigen Schaden als Nichtanzeigegrund an (nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche) (46,4% bzw. 4 von 6 Fälle). Die häufige Nennung dieser Kategorie, vor allem in den beiden Kommunen Ostdeutschlands könnte auch auf eine andere Definition von versuchtem Wohnungseinbruch in Ostdeutschland bzw. auf eine größere Sensibilität gegenüber Anzeigen hierfür hindeuten. Aufgrund der damals noch rasch steigenden Verbrechensfurcht in Ostdeutschland waren die Bürger u.U. gegenüber Anzeigen einer Straftat gerade auch bei Wohnungseinbruch besonders sensibilisiert.

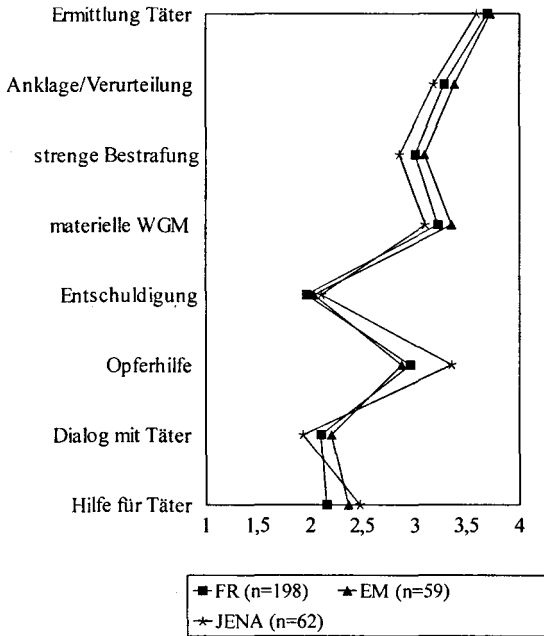
Konsequenzen nach Viktimisierung

Es wurde die persönliche Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen erfragt.

Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch versuchten Wohnungseinbruch machten in Freiburg $n=198$ (89,1%), in Emmendingen $n=59$ (90,7%) sowie in Jena $n=62$ (53,4%) betroffene Personen. Aus Löffingen und Kahla antworteten $n = 2$ bzw. $n = 4$ Personen auf diese Frage. Aufgrund der geringen Fallzahlen werden die Angaben zu diesen beiden Gemeinden zu der Fragestellung nicht interpretiert.

Wie im Profil (vgl. Abb. 8.48) zu sehen ist, werden in allen drei verbleibenden Kommunen die Ermittlung des Täters, eine Anklage und Verurteilung, eine strenge Bestrafung, die materielle Wiedergutmachung, aber – insbesondere in Jena – auch die Hilfe für die Opfer als „eher wichtig“ bis „wichtig“ angesehen. Insbesondere die Ermittlung des Täters wird in allen drei Gemeinden einhellig als „wichtig“ betrachtet. Entschuldigung, Dialog mit dem Täter sowie Hilfe für den Täter werden hingegen als „eher unwichtig“ beurteilt. Ein statistischer Mittelwertsvergleich (t-Test) ergab keine signifikant bedeutsamen Unterschiede zwischen den einzelnen Orten. Das tendenziell geringere Strafbedürfnis in Jena dürfte damit zu tun haben, daß, wie wir oben gesehen haben, nahezu die Hälfte der betroffenen Bürger den angerichteten Schaden als nicht bedeutend einstufen und deshalb auch keine Anzeige erstatteten.

Abb. 8.48: *Viktimisierung durch versuchten Wohnungseinbruch: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*

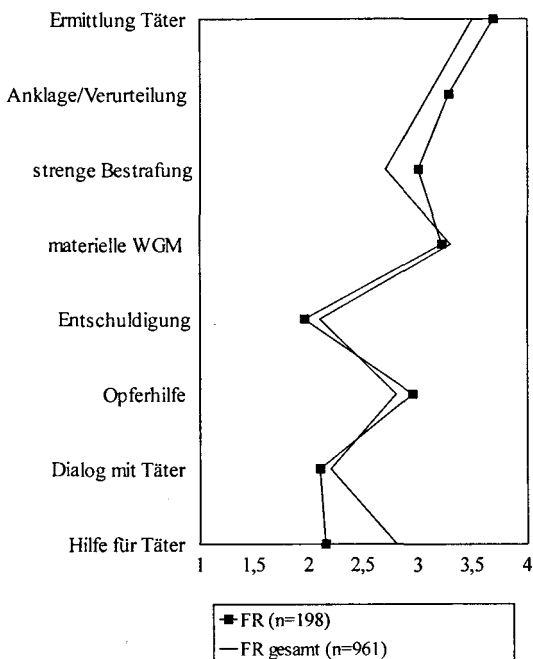


Die Einstellungen der von versuchtem Wohnungseinbruch betroffenen Personen zu den möglichen Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena, sind – im Vergleich zu den Angaben aller Opfer der jeweiligen Kommunen (vgl. hierzu Kapitel 8.2) – nachfolgend in den Abbildungen 8.49, 8.50 sowie 8.51 differenzierter dargestellt.

Die Einschätzungen möglicher Konsequenzen durch Opfer eines versuchten Wohnungseinbruchs sind, im Vergleich zu den Einschätzungen der Opfer insgesamt, im wesentlichen den Ergebnissen hierzu in Kapitel 8.8 „Einbruch in Wohnräume“ vergleichbar. Im vorliegenden Deliktsbereich stufen die Betroffenen aus Freiburg und Emmendingen, im Gegensatz zu

den Opfern aus Jena, die Täterermittlung, dessen Anklage bzw. Verurteilung sowie eine strenge Bestrafung, im Vergleich zu den Einstufungen der Opfer dieser Kommunen insgesamt, als überdurchschnittlich wichtiger ein

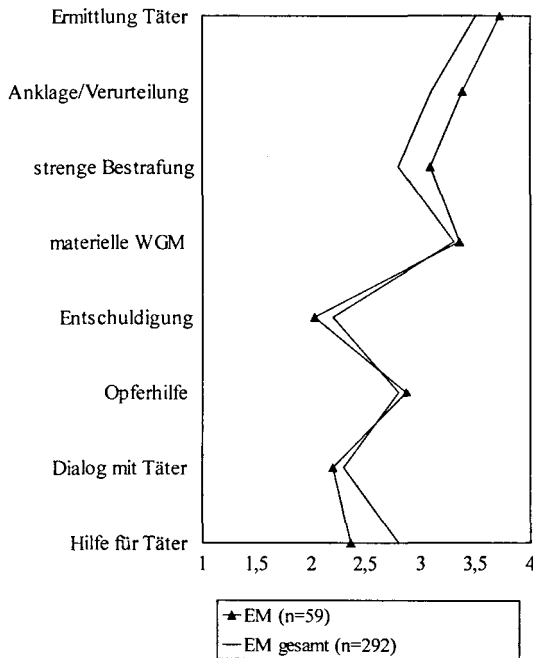
Abb. 8.49: *Viktimsierung durch versuchten Wohnungseinbruch in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 198) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



(vgl. Abb. 8.49, 8.50, 8.51). Eine Entschuldigung des Täters, ein Dialog mit dem Täter bzw. vor allem eine Hilfe für ihn werden von Betroffenen aller drei Kommunen, wiederum im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt, als eher weniger wichtig angesehen. Statistisch hochsignifikant zeigt sich in Freiburg und Emmendingen die unterschiedliche Bewertung des Items „Hilfe für den Täter“ (t-Test: $p < .001$). Diese wird von den Opfern bei Tätern, die einen versuchten Einbruch begingen, als eher weniger wichtig angesehen als bei den restlichen Tätern. Die materielle

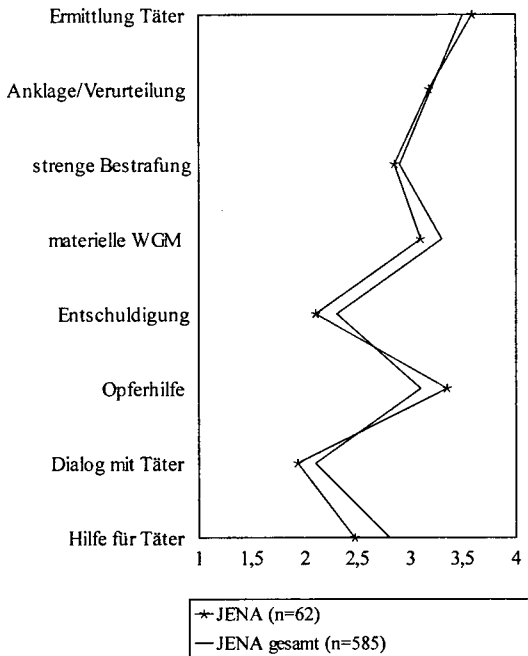
Wiedergutmachung wird von Betroffenen aus Jena, im Vergleich zur Bewertung der Opfer insgesamt, eher weniger gefordert.

Abb. 8.50: *Viktimisierung durch versuchten Wohnungseinbruch in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 59) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*



Zusammenfassend ist zu sagen, daß versuchter Einbruch in Wohnräume in Anbetracht der zur Tatausführung notwendigen kriminellen Energie und der Beunruhigung bei den Betroffenen, zumindest in den drei größeren Städten, relativ häufig berichtet wurde. Die Befragten aus Freiburg (9,5%) und Emmendingen (7,8%) sind durch dieses Delikt stärker belastet als vergleichsweise die Befragten in Jena (5,9%). In den westdeutschen Kommunen werden ca. die Hälfte der berichteten Vorfälle zur Anzeige bei der Polizei gebracht, in Jena deutlich weniger (39,4%). Die höhere Anzeigequote

Abb. 8.51: Viktimisierung durch Wohnungseinbruch in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 62) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)



in den westdeutschen Kommunen kann möglicherweise mit durch den Einbruchversuch angerichteten Schäden an z.B. Türen und Schlössern zusammenhängen. Es ist zu vermuten, daß im Vergleich zu Jena in Freiburg bzw. Emmendingen zum Befragungszeitpunkt noch mehr für Täter „lohnende“ und damit evtl. aufwendiger gesicherte Wohnräume vorhanden waren. Entstandene Schäden an Schließanlagen oder Fenstern waren hier vermutlich nur mit höherem finanziellen Aufwand wieder zu beseitigen.

Die Befragten aus Jena nannten in 46,3% der Nichtanzeige Gründe, daß der entstandene Schaden geringfügig war bzw. kein Schaden entstanden sei. In Freiburg, Emmendingen und Löffingen bezieht sich ein hoher Anteil der Nennungen von Nichtanzeige Gründen darauf, daß die Polizei auch nichts hätte machen können, die Anzeige hätte sich nicht gelohnt. Offen-

sichtlich handelt es sich hierbei um Bagatellen. Der Einbruchversuch in Wohnräume kann für die betroffenen Personen im Einzelfall ein relativ schweres Delikt darstellen und zu hoher Verunsicherung führen. Die westdeutschen betroffenen Personen zeigen bei der Frage zu möglichen Konsequenzen nach der Tat im Vergleich zu anderen Delikten eine deutlich punitivere Einstellung. Täterermittlung, Anklage bzw. Verurteilung und Bestrafung sowie eine materielle Wiedergutmachung und auch Opferhilfe werden als wichtig angesehen. Die befragten Opfer eines versuchten Wohnungseinbruchs aus Jena zeigen im Vergleich zu allen Opfern keine höhere Punitivität. Ansonsten ähneln die Einstellungen denen der Westdeutschen, wobei sie sich wiederum deutlicher für eine Opferhilfe aussprechen.

8.8 Einbruch in Wohnräume

Viktimisierung

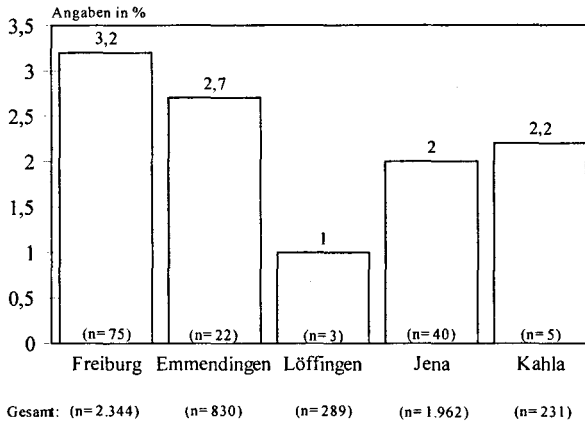
Im folgenden werden die Ergebnisse zum Delikt Wohnungseinbruch dargestellt. Im Unterschied zum versuchten Wohnungseinbruch handelt es sich hier um Vorfälle, in denen ein oder mehrere Täter tatsächlich in den Wohnbereich des Opfers eingedrungen sind. Ein Einbruch in Nebenräume, z.B. in Keller oder in Geschäftsräume, wurde nicht erfaßt. Die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Ist es seit November 1990 vorgekommen, daß jemand ohne Ihre Erlaubnis in Ihre Wohnräume eingedrungen ist und dort etwas gestohlen hat oder zu stehlen versucht hat?“.

Aus Abbildung 8.52 geht hervor, daß bei 3,2% (n = 75) der in Freiburg befragten Personen (n = 2.344) einmalig oder auch mehrfach innerhalb des Befragungszeitraumes von ungefähr einem Jahr eingebrochen wurde. In Emmendingen und Löffingen gaben 2,7% (n = 22) bzw. 1,0% (n = 3) der befragten Personen (Emmendingen: n = 830; Löffingen: n = 289) an, Opfer eines Wohnungseinbruchs geworden zu sein.

In Jena und Kahla liegt die Viktimisierungsquote bei 2,0% (n = 40) bzw. 2,2% (n = 5) der Befragten (Jena: n = 1.962; Kahla: n = 231). Die Unterschiede zwischen Freiburg/Emmendingen und Löffingen sowie Freiburg und Jena sind statistisch bedeutsam (Freiburg/Löffingen: $\chi^2 = 5.53$, $df = 1$, $p = .05$; Emmendingen/Löffingen: $\chi^2 = 3.86$, $df = 1$, $p < .05$; Freiburg/Jena: $\chi^2 = 4.18$, $df = 1$, $p < .05$). Die übrigen Angaben unterscheiden sich statistisch nicht signifikant voneinander.

Einbruch in Wohnräume ist in der Regel ein schweres Delikt, was die Betroffenen in hohem Maße beeinträchtigen und verunsichern kann. Es ist

Abb. 8.52: Viktimisierungsraten für Wohnungseinbruch in den fünf Kommunen



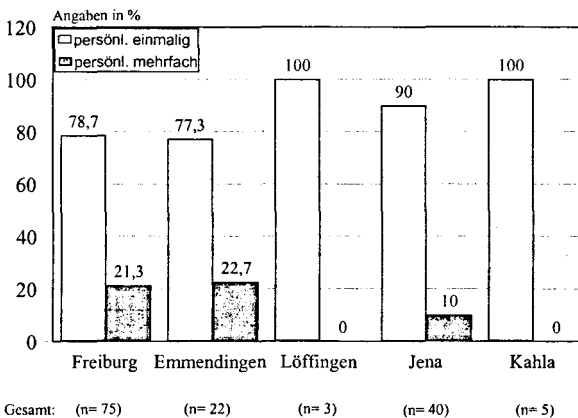
aber auch festzustellen, daß es sich in allen fünf untersuchten Kommunen um ein eher seltenes Delikt handelt. Für die westdeutschen Kommunen trifft zu, daß erwartungsgemäß die Befragten aus größeren Gemeinden (Freiburg, Emmendingen) stärker belastet sind als befragte Personen aus dem ländlichen Raum (Löffingen). Ein vergleichbarer Unterschied zeigt sich in den Angaben aus Jena und Kahla allerdings nicht. Die in Freiburg befragten Personen sind durch Wohnungseinbruch höher belastet als die Befragten aus Jena. Das umgekehrte Verhältnis zeigt sich bei den ländlichen Kommunen Löffingen und Kahla, hier gaben die Befragten der ostdeutschen Gemeinde häufiger das Delikt Wohnungseinbruch an.

Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde zusätzlich angegeben, ob im Befragungszeitraum mehrfach in ihre Wohnung eingebrochen wurde. Die absolute Anzahl möglicher Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildung 8.53.

Die betroffenen Befragten aus Freiburg ($n = 75$) und Emmendingen ($n = 22$) berichteten in 21,3% ($n = 16$) bzw. 22,7% ($n = 5$) der Fälle, daß sie im Befragungszeitraum mehrfach Opfer eines Wohnungseinbruchs wurden (vgl. Abb. 8.53). In Jena registrierten hingegen nur 10,0% ($n = 4$) der Betroffenen, daß mehrmals bei ihnen eingebrochen wurde. In Löffingen und

Kahla waren die Betroffenen jeweils nur einmal mit diesem Delikt konfrontiert. Die Angaben zur Mehrfachviktimsierung von Opfern aus Freiburg, Emmendingen und Jena unterscheiden sich signifikant (Freiburg/Jena: $\chi^2 = 7.34$, $df = 1$, $p < .05$; Emmendingen/Jena: $\chi^2 = 6.23$, $df = 1$, $p < .05$). Es zeigt sich, daß die Einwohner der größeren westdeutschen Gemeinden (Freiburg und Emmendingen) nicht nur eine höhere Wahrscheinlichkeit als diejenigen ostdeutscher Gemeinden besitzen, Opfer eines Wohnungseinbruches zu werden, sondern darüber hinaus erwartungsgemäß auch öfter mehrfach viktimisiert wurden.

Abbildung 8.53: Viktimisierung durch Wohnungseinbruch – Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“



Anzeigeverhalten

Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.13 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

In den westdeutschen Kommunen berichteten nahezu alle Personen, die angaben, Opfer eines Wohnungseinbruchs geworden zu sein (Freiburg $n = 72$, 96%; aus Emmendingen und Löffingen jeweils alle Opfer), ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.13). Abzüglich der

Fälle, in denen eine Anzeigerstattung versucht wurde, die Polizei die Aufnahme der Anzeige jedoch ablehnte und damit nicht bearbeitete (Freiburg $n = 3$, Emmendingen $n = 1$), ergibt sich für Freiburg eine Anzeigequote von 56,9%; in Emmendingen beträgt die Anzeigequote gar 68,1%, im Bereich Löffingen wurde in einem von drei Vorfällen angezeigt.

Die Anzeigen wurden ausschließlich bei der Polizei entweder direkt persönlich oder auch – und das deutlich öfter – telefonisch aufgegeben. Mehrfachnennungen beziehen sich auf persönlichen und telefonischen Kontakt mit der Polizei sowie auf die Angabe, daß sowohl die Polizei als auch eine Versicherung informiert wurde.

Tabelle 8.13: Viktimisierung durch Wohnungseinbruch: Anzeigerstattung

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 44)		(n = 16)		(n = 1)		(n = 18)		(n = 3)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	5	10,8	1	5,0	0		1	5,6	0	
2. Telefonisch bei der Polizei	22	47,8	13	65,0	1		6	33,3	1	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	13	28,2	4	20,0	0		11	61,0	2	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	3	6,6	1	5,0	0		0	0,0	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	3	6,6	1	5,0	0		nicht erhoben			
Gesamt	46	100	20	100	1		18	100	3	

* Mehrfachantworten möglich

In Jena und Kahla machten $n = 31$ (77,5%) bzw. sämtliche ($n = 5$) betroffenen Personen Angaben zum Anzeigeverhalten. Die Anzeigequote beträgt in Jena 58,1%. In Kahla wurde von $n = 3$ Personen der Vorfall angezeigt. Die Anzeigerstattung bei der Polizei erfolgte in der Regel persönlich, aber auch – seltener – telefonisch. Die Anzeigequoten liegen in den größeren Kommunen niedriger als gerade bei diesem Delikt zunächst erwartet. In Freiburg und Jena zeigte in etwa ein vergleichbarer Anteil der Betroffenen den Wohnungseinbruch an.

In Freiburg gaben $n = 28$ betroffene Personen (siehe Tabelle 8.14) die Gründe für eine nicht erfolgte Anzeige bei Wohnungseinbruch an (bedingt

durch Mehrfachangaben ergaben sich insgesamt 36 Nennungen). 27,7% der Nennungen beziehen sich auf einen geringfügigen Schaden als Nichtanzeigegrund, 30,5% darauf, daß die Polizei auch nichts hätte machen können, die Anzeige also nichts gebracht hätte. Mehrfachangaben nennen vor allem diese zwei Gründe in Kombination. Die Angaben der Befragten aus Emmendingen und Löffingen sind vergleichbar.

Tabelle 8.14: Viktimisierung durch Wohnungseinbruch: Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 28)		(n = 6)		(n = 2)		(n = 3)		(n = 2)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	10	27,7	2		1		4	30,8	2	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	4	11,2	0		0		2	15,4	0	
3. Polizei war unnötig	5	13,9	0		0		1	7,7	0	
4. Ich war nicht versichert	1	2,8	0		0		0	0	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	11	30,5	4		1		2	15,4	0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	3	8,4	0		1		1	7,7	0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	0	0,0	0		0		0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	0	0,0	0		0		2	15,4	0	
9. Andere Gründe	2	5,5	0		0		1	7,7	0	
Gesamt	36	100	6		3		13	100	2	

* Mehrfachantworten möglich

Vom Wohnungseinbruch betroffene Personen aus Jena und Kahla gaben vor allem einen geringfügigen Schaden als Nichtanzeigegrund an (zu 30,8% bzw. in den zwei genannten Fällen). Zwei Befragte in Jena nannten als Grund für die Nichtanzeige, daß sie sich nicht getraut hätten aus Angst

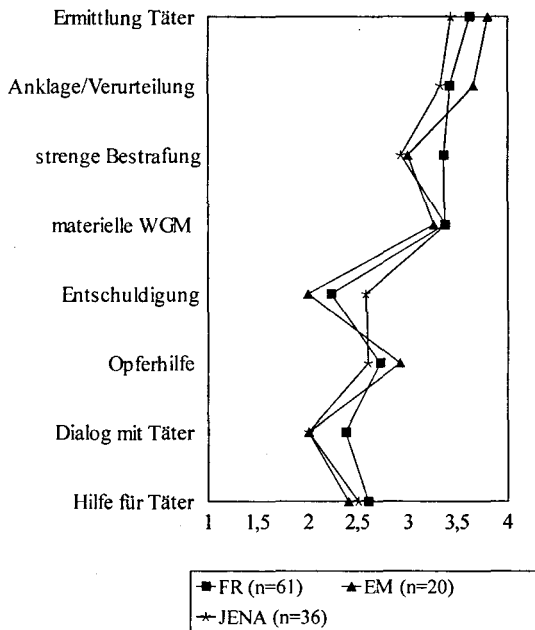
vor einer Vergeltung oder Rache. Obwohl der Täter in die Wohnräume des Opfers eingedrungen ist, wurde in Freiburg und Jena in nur ca. 60% der Fälle die Polizei informiert, in Emmendingen wurden zwei Drittel der Vorfälle zur Anzeige gebracht. Unerheblicher Schaden bzw. überhaupt kein Schaden wird in Freiburg und Jena als Grund einer nicht erfolgten Anzeige häufig genannt. Auch bei diesem Delikt sind in Freiburg Nennungen zu „daß die Polizei auch nichts hätte machen können“ im Vergleich zu den entsprechenden Nennungen der Befragten aus Jena stärker vertreten. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß bei diesem zunächst als schwer erscheinenden Delikt immerhin ein Viertel bis nahezu ein Drittel der Opfer die Tat als nicht schwerwiegend genug einschätzen, um Anzeige zu erstatten. Teilweise war der Täter bekannt oder die Polizei unnötig. Hieraus geht hervor, daß allgemein das Etikett „Wohnungseinbruch“ offensichtlich wenig über die angerichteten materiellen oder psychischen Schäden aussagt. Die genauere Betrachtung der Einstufung durch die Opfer entdramatisiert einen erheblichen Teil der Taten.

Konsequenzen nach einer Viktimisierung

Es wurde weiterhin eine persönliche Einschätzung der Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen vorgenommen.

Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch Wohnungseinbruch machten in Freiburg $n = 61$ (81,3%), in Emmendingen $n = 20$ (91%) sowie in Jena $n = 36$ (90%) betroffene Personen. Aus Löffingen und Kahla antworteten $n = 1$ (von $n = 3$ Betroffenen) bzw. $n = 2$ (von $n = 5$) Personen auf diese Frage. Diese Angaben wurden nicht interpretiert und blieben in Abbildung 8.54 unberücksichtigt. Vergleichsweise zu den Einschätzungen der durch versuchten Wohnungseinbruch (vgl. oben) betroffenen Personen zeigt sich bei diesem Delikt, daß von den befragten Opfern insbesondere die Täterermittlung, Anklage bzw. Verurteilung, Bestrafung und materielle Wiedergutmachung als wichtig angesehen werden. Was eine (strenge) Bestrafung des Täters betrifft, wird diese insbesondere von den Freiburger befragten Opfern gefordert. Die Befragten aus Jena fordern am wenigsten intensiv eine Bestrafung. Eine Entschuldigung durch den Täter bzw. ein Dialog mit diesem wird als relativ unwichtig angesehen. Die Jenaer Befragten erwarten am ehesten eine Entschuldigung, legen jedoch mit am wenigsten Wert auf einen Dialog mit dem Täter.

Abb. 8.54: *Viktimisierung durch Wohnungseinbruch: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*

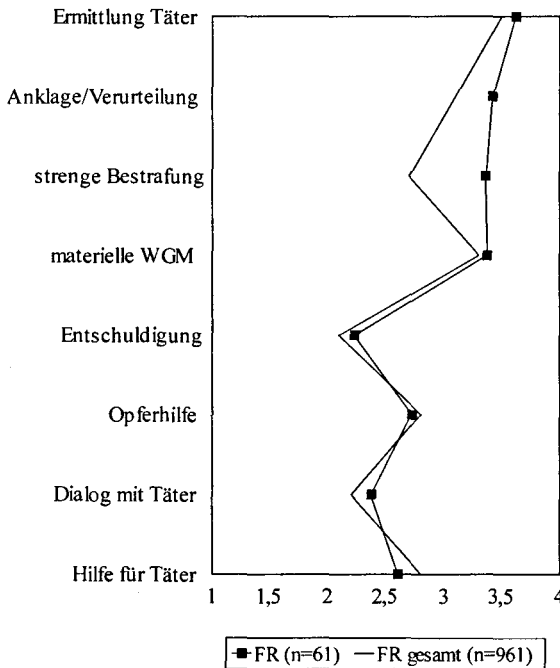


Die Einstellungen von durch Einbruch in ihre Wohnräume betroffenen Personen zu den möglichen Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena, sind – wiederum im Vergleich zu den Angaben aller Opfer der jeweiligen Kommunen (vgl. hierzu Kapitel 8.2) – in den Abbildungen 8.55, 8.56 sowie 8.57 dargestellt.

Die Schwere des Deliktes ließ vermuten, daß die betroffenen Personen hinsichtlich der möglichen Konsequenzen für den Täter, im Vergleich zu den Einschätzungen der Opfer insgesamt, überdurchschnittlich punitiver eingestellt sind. Für die durch Wohnungseinbruch Betroffenen aus Freiburg und Emmendingen trifft diese Vermutung tendenziell zu (vgl. Abb. 8.55,

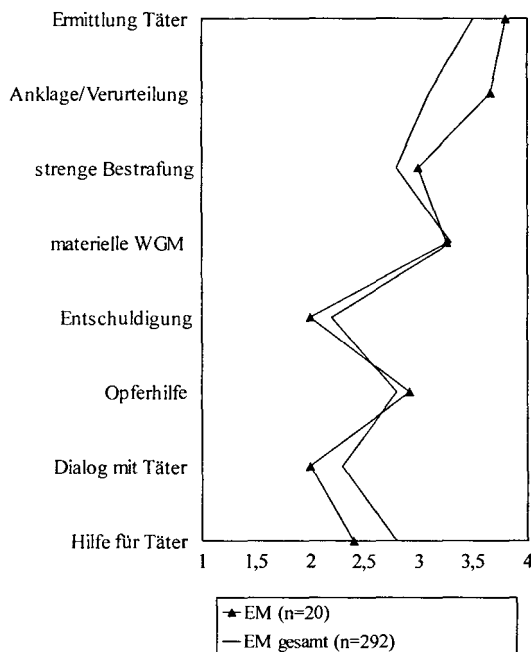
8.56). Die Täterermittlung, seine Anklage und Verurteilung und auch dessen strenge Bestrafung werden als überdurchschnittlich wichtig eingeschätzt.

Abb. 8.55: *Viktimisierung durch Wohnungseinbruch in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 61) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Eine Entschuldigung des Täters, der Dialog mit dem Täter bzw., daß sich Hilfsstellen um ihn kümmern, wird insbesondere von betroffenen Personen aus Emmendingen als vergleichsweise eher unwichtig angesehen. Die Einstellungen der Freiburger Betroffenen weichen nahezu kaum von den Einstellungen der Opfer insgesamt ab.

Abb. 8.56: *Viktimisierung durch Wohnungseinbruch in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 20) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*

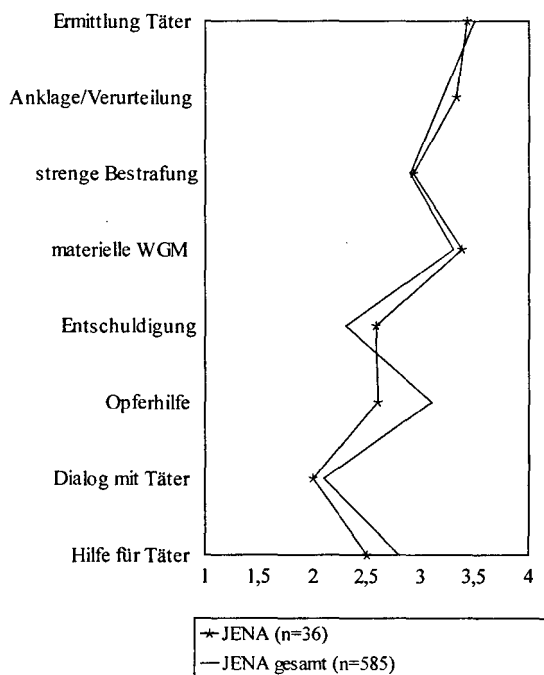


Die Einschätzungen der von Wohnungseinbruch betroffenen Personen aus Jena hinsichtlich der Täterermittlung, seiner Anklage und Verurteilung sowie einer strengen Bestrafung sind im wesentlichen den Einstellungen der Opfer insgesamt vergleichbar. Die Entschuldigung des Täters wird als überdurchschnittlich wichtig angesehen, eine Hilfe für das Opfer, der Dialog mit dem Täter oder mögliche Hilfe für den Täter werden im Vergleich zu den Einschätzungen der Opfer insgesamt als weniger wichtig betrachtet. Für die Kommunen Emmendingen und Jena ist in diesem Deliktsbereich auf die relativ niedrige Fallzahl hinzuweisen.

Zusammenfassend ist zum Wohnungseinbruch zu sagen, daß es sich um ein aus den fünf Kommunen erwartungsgemäß eher selten berichtetes Delikt handelt. Eine Stadt-Land-Differenzierung ist bei den westdeutschen

Kommunen zu beobachten, für Jena und Kahla trifft dieses nicht zu. Die höhere Viktimisierungsquote in Freiburg läßt, zumindest noch für den Befragungszeitraum, vermuten, daß attraktiver ausgestattete Einbruchziele vorhanden waren als vergleichsweise in Jena. Die durch den Einbruch entstandenen Schäden (evtl. durch Aufbruch bzw. Diebstahl) wurden nicht erfaßt. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die von einem höheren finanziellen Schaden betroffenen Personen in der Regel bei der Polizei angezeigt haben. Falls eine diese Fälle regulierende Versicherung vorhanden war und in Anspruch genommen werden sollte, ist eine Anzeige bei der Polizei notwendig.

Abb. 8.57: Viktimisierung durch Wohnungseinbruch in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes ($n = 36$) sowie der Opfer insgesamt ($n = 585$)



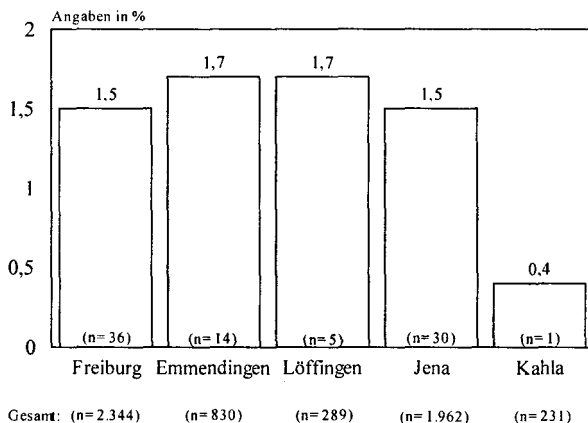
Die Anzeigequoten sind niedriger als bei der Schwere des Deliktes erwartet, bei einem Teil der Vorfälle wurde allerdings kein bzw. nur geringfügiger Schaden angegeben. Offensichtlich handelt es sich teilweise um relativ leichte Fälle. Einbruchopfer sind, zumindest in Freiburg und Emmendingen, nicht aber in Jena, punitiver eingestellt als das jeweilige „Durchschnittsopfer“ pro Ort. So sprechen sie sich mehr für eine Ermittlung des Täters, Anklage und Verurteilung sowie eine strenge Bestrafung (vor allem in Freiburg) aus.

8.9 Raub

Viktimisierung

Auf die Frage, ob sie innerhalb des Befragungszeitraumes Opfer eines Raubs geworden sind (die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Ist Ihnen seit November 1990 passiert, daß jemand mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt Ihnen etwas entrisen (z.B. die Tasche) oder zu entreißen versucht hat?“), gaben 1,5% ($n = 36$) der befragten Personen aus Freiburg ($n = 2.344$) an, von diesem Delikt einmalig oder mehrmals betroffen gewesen zu sein (vgl. Abb. 8.58). In Emmendingen und Löffingen

Abbildung 8.58: Viktimisierungsraten für Raub für die fünf Kommunen



nannten jeweils 1,7% ($n = 14$ bzw. $n = 5$) der Befragten ($n = 830$ bzw. $n = 289$) einen solchen Vorfall. Aus Jena und Kahla waren 1,5% ($n = 30$) bzw.

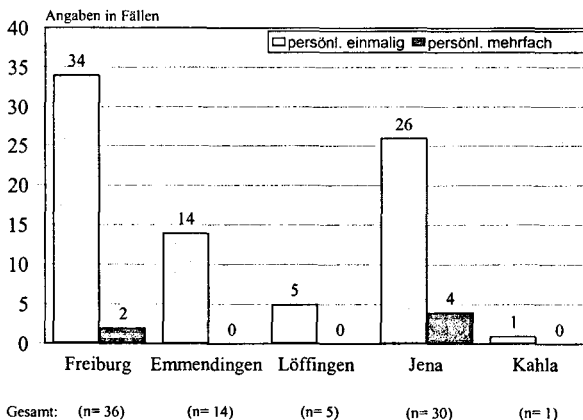
0,4% (n = 1) der befragten Personen (Jena: n = 1.962, Kahla: n = 231) durch dieses Delikt betroffen.

Die Viktimisierungsquoten zeigen bei einer tendenziellen Stadt-Land-Differenzierung zwischen Jena und Kahla keine bedeutsamen Unterschiede zwischen den untersuchten Kommunen. Die Befragten aus den vergleichbaren größeren Städten Freiburg und Jena sind in gleicher Höhe durch Raub belastet. Nur geringfügig höher, ebenfalls mit gleichem Prozentanteil, gaben die Befragten aus Emmendingen und Löffingen an, Opfer dieses Deliktes innerhalb des Befragungszeitraumes geworden zu sein. In allen Kommunen handelt es sich erwartungsgemäß um ein relativ selten berichtetes Delikt. Aufgrund der geringen Fallzahlen müssen die Unterschiede zurückhaltend interpretiert werden.

Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde erfragt, ob sie innerhalb des Befragungszeitraumes mehrmals Opfer von Raub geworden sind. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildung 8.59.

Lediglich die betroffenen Befragten aus Freiburg (n = 36) und Jena (n = 30) berichten in n = 2 (5,6%) bzw. n = 4 (13,3%) der Fälle, daß sie innerhalb eines Jahres persönlich mehrmals Opfer eines Raubes wurden (vgl. Abb. 8.59). Für Emmendingen, Löffingen und Kahla wurden mehrmalige Vorfälle nicht genannt. Trotz der relativ geringen absoluten Zahlen zeigt

Abb. 8.59: Viktimisierung durch Raub Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“

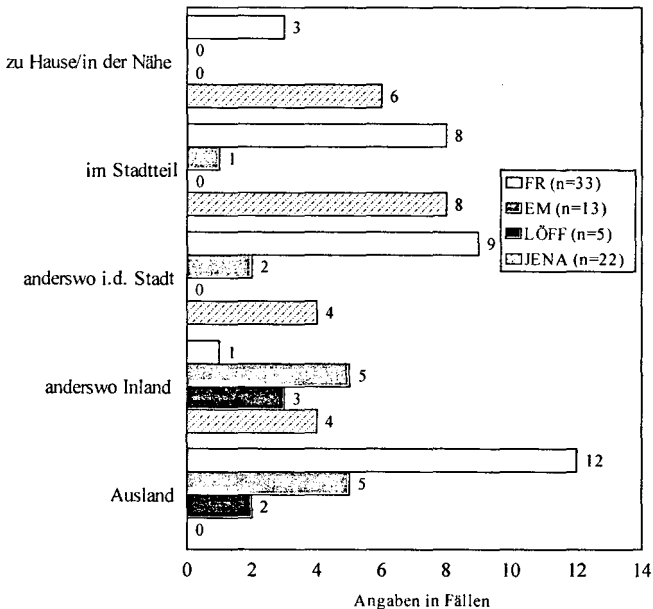


sich, daß die befragten Personen aus Jena möglicherweise insgesamt stärker belastet sein könnten. Hier wurden Befragte häufiger auch mehrfach Opfer dieses Deliktes. Die geringen Fallzahlen erlauben jedoch nur vorläufige Aussagen.

Ort der Viktimisierung

Die betroffenen Personen wurden gebeten anzugeben, wo der Raub verübt wurde. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezieht sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls (Abb. 8.60).

Abb. 8.60: *Persönliche Viktimisierung durch Raub: Ort der Viktimisierung*



Zum Ort des Vorfalles äußerten sich in Freiburg $n = 33$ (von insgesamt $n = 36$ Betroffenen), in Emmendingen und Löffingen $n = 13$ ($n = 14$ Opfer) bzw. $n = 5$ (alle Betroffenen) Personen. Wie aus Abbildung 8.60 zu erken-

nen ist, gaben die Freiburger Betroffenen als Viktimisierungsort in ca. der Hälfte der Fälle den eigenen Stadtteil sowie die Antwortkategorie „anderswo in der Stadt“ an (n = 17). In drei Fällen wurde die Tat im direkten Wohnumfeld des Opfers verübt (Angabe „zu Hause/in der Nähe“). Eine relativ hohe Anzahl von Vorfällen fand auch im Ausland statt (n = 12). Die Befragten aus Emmendingen berichteten ebenfalls vergleichsweise häufig, daß sie „anderswo im Inland“ (n = 5) bzw. im Ausland (n = 5) Opfer dieser Tat wurden. Im Stadtgebiet selber wurde nur ein geringerer Teil der Raubüberfälle verübt (n = 3). Ähnlich sind die Angaben aus Löffingen.

Die betroffenen Personen aus Jena (22 von 30 Opfern äußerten sich zum Ort des Vorfalles) wurden in der Regel (n = 18) im Stadtgebiet Opfer dieser Straftat. Die betreffende Person in Kahla machte zur Fragestellung keine Angaben. Es ist zu vermuten, daß gerade die Befragten der westdeutschen Kommunen, im Vergleich zu Jena, durch möglicherweise stärkere Reisetätigkeit eher auch im Ausland Opfer entsprechender Vorfälle wurden.

Anzeigeverhalten

Den betroffenen Personen wurde die Frage gestellt, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.15 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

In den westdeutschen Kommunen Freiburg berichteten n = 34 von Raub betroffene Personen (insgesamt n = 36 Opfer), in Emmendingen und Löffingen alle Betroffenen (n = 14 bzw. n = 5), ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.15). Die Anzeigequote beträgt für Freiburg (in 4 Fällen wurde die Anzeigerstattung von der Polizei abgewiesen) 29,4%, 10 Opfer erstatteten erfolgreich Anzeige. In Emmendingen wurde die Straftat in 5 von 14 Fällen (35,7%) angezeigt. Betroffene aus Löffingen erstatteten in 3 von 5 Fällen Anzeige. Die Anzeigerstattung erfolgte in der Regel persönlich bei der Polizei. Von n = 2 betroffenen Personen aus Emmendingen wurde die Anzeige bei einem Konsulat erstattet – ein Hinweis auf Vorfälle im Ausland. Mehrfachnennungen beziehen sich vor allem darauf, daß die Tat sowohl telefonisch als auch persönlich bei der Polizei angezeigt wurde.

Tabelle 8.15: Persönliche Viktimisierung durch Raub: Anzeigerstattung

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 14)		(n = 5)		(n = 3)		(n = 12)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	0	0,0	0		0		1			
2. Telefonisch bei der Polizei	5	31,2	0		1		2			
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	7	43,7	4		3		6			
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	4	25,0	0		0		3			
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	0	0,0	2		0		nicht erhoben			
Gesamt	16	100	6		4		12			

* Mehrfachantworten möglich

Aus Jena berichteten von insgesamt $n = 30$ betroffenen Personen 21 Opfer über ihr Anzeigeverhalten. Die Anzeigequote beträgt (in 3 Fällen wurde die Anzeige von der Polizei abgewiesen) 42,8%. In Kahla wurde zur Fragestellung nicht geantwortet. Angesichts dieser eher schwerwiegenden Straftat überraschen die relativ niedrigen Anzeigequoten in den größeren Kommunen.

In Freiburg gaben $n = 20$ betroffene Personen (siehe Tabelle 8.16) Gründe für eine nicht erfolgte Anzeige bei Raub an (bedingt durch Mehrfachangaben ergaben sich insgesamt 30 Nennungen). Der überwiegende Teil ($n = 12$, d.h. 40,0% der Nennungen) bezieht sich auf die Aussagen, daß die Polizei auch nichts hätte machen können bzw. nichts getan hätte (die Mehrfachnennungen beziehen sich hauptsächlich auf diese Kombination). Auch Angst vor Vergeltung oder Rache wurde von Betroffenen aus Freiburg als Nichtanzeigegrund genannt ($n = 6$, d.h. 20,0%). Als „andere Gründe“ ($n = 4$, 13,3% der Nennungen) für die Nichtanzeige des Deliktes wurden Sprachprobleme angegeben, der Vorfall hat sich im Ausland ereignet. Die Angaben der Betroffenen aus Emmendingen ergeben einen vergleichbaren Eindruck, auch hier wurde vom Opfer die Angst vor Vergeltung und Rache als Grund für die Nichtanzeige genannt (in 5 Nennungen). Von Opfern aus

Jena wurde vor allem wegen Unerheblichkeit der Tat ($n = 4$), aber auch aus Angst vor möglicher Rache ($n = 2$) nicht angezeigt.

Tabelle 8.16: Persönliche Viktimisierung durch Raub: Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg*		Emmen- dingen		Löffin- gen		Jena		Kahla	
	(n = 20)		(n = 9)		(n = 2)		(n = 9)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	2	6,7	1	8,3	0		4			
2. Habe es selbst geregelt/ Täter war mir bekannt	3	10,0	0	0,0	0		1			
3. Polizei war unnötig	3	10,0	0	0,0	0		1			
4. Ich war nicht versichert	0	0,0	0	0,0	0		0			
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	7	23,3	4	33,3	2		1			
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	5	16,7	2	16,7	0		0			
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	0	0,0	0	0,0	0		0			
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	6	20,0	5	41,7	0		2			
9. Andere Gründe	4	13,3	0	0,0	0		0			
Gesamt	30	100	12	100	2		9			

* Mehrfachantworten möglich

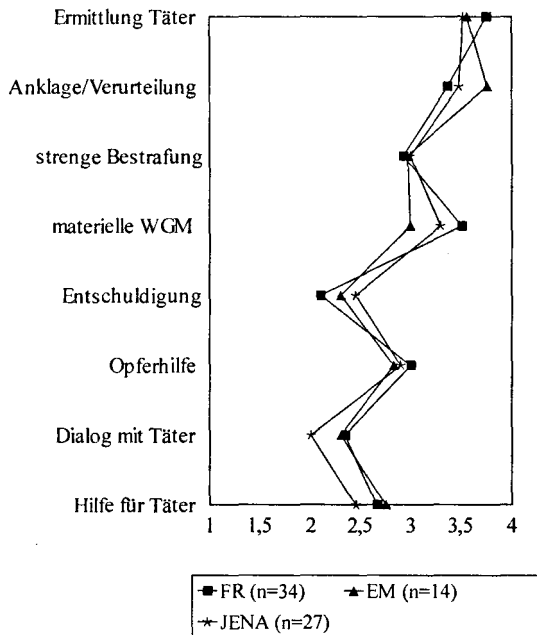
Es ist davon auszugehen, daß die wenigsten der im Ausland erfolgten Straftaten zur Anzeige gebracht wurden. Damit läßt sich unter Umständen die relativ geringe Anzeigequote, zumindest in Freiburg und Emmendingen, erklären. Bedeutsam ist, daß in Freiburg, Emmendingen und Jena Angst vor Vergeltung und Rache in relativ hohem Maße als Grund für eine nicht erfolgte Anzeige genannt wurden. Die Überprüfung ergab, daß es sich in diesen Fällen um in der Regel jüngere Opfer handelt – die Täter dürften in diesen Fällen eventuell aus dem näheren Umfeld der Opfer stammen, eine Anzeige der Tat wäre für das Opfer möglicherweise mit schwerwiegenden Konsequenzen verbunden. Die bisher oft genannte Kategorie

„Nicht schwerwiegend genug“ wird bei diesen Delikten nur in wenigen Fällen als Grund für die Nichtanzeige angeführt, was darauf hindeutet, daß dieses Delikt insgesamt als schwerer erlebt wird.

Konsequenzen nach Viktimisierung

Es wurde weitergehend die persönliche Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen erhoben.

Abbildung 8.61: *Persönliche Viktimisierung durch Raub: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*

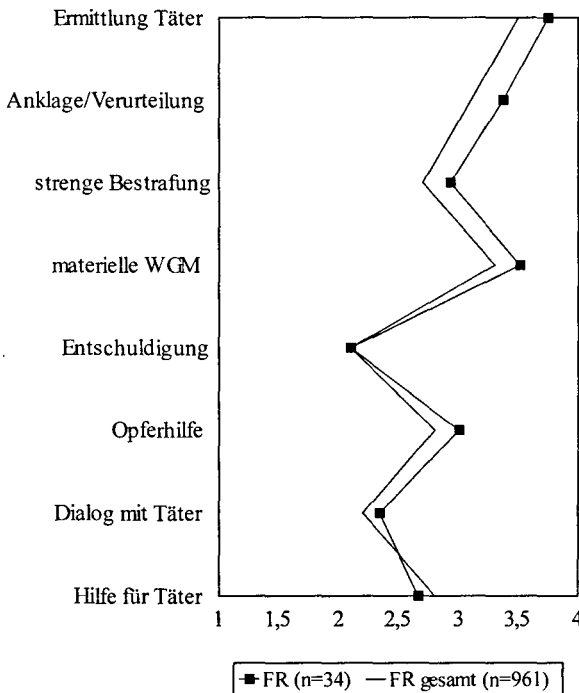


Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch Raub machten in Freiburg $n = 34$ (von insgesamt $n = 36$ Betroffenen), in Emmendingen alle Betroffenen ($n = 14$) sowie in Jena 27 von $n = 30$ betroffenen Personen. Aus Löffingen antworteten alle Opfer ($n = 5$) auf diese

Fragestellung (hier wurde aufgrund der geringen Fallzahl auf eine Darstellung in Abb. 8.61 verzichtet), in Kahla wurde diese Frage nicht beantwortet.

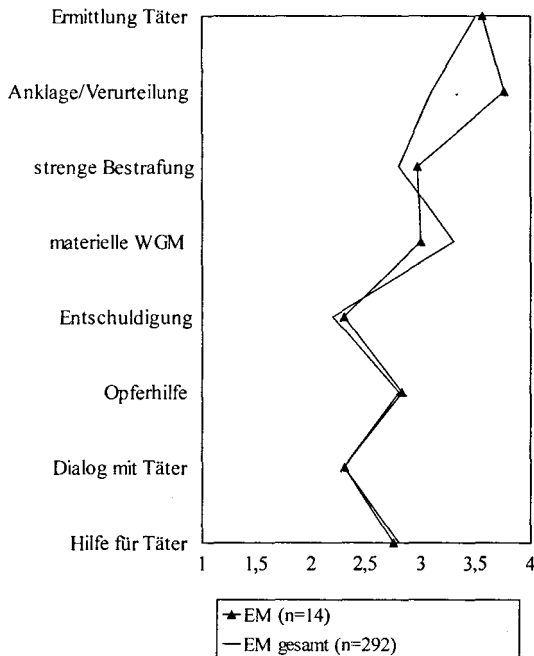
Entsprechend der Schwere des Deliktes stehen Täterermittlung, Anklage und Verurteilung sowie strenge Bestrafung und die materielle Wiedergutmachung deutlich im Vordergrund. Mehr zum Täter hin orientierte Konsequenzen wie die Entschuldigung bzw. das Gespräch mit ihm werden eher als unwichtig angesehen. Der Wunsch nach staatlicher Opferhilfe wird von Opfern der untersuchten Kommunen wiederum als eher wichtig erachtet. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse sind jedoch die insgesamt geringen Fallzahlen zu beachten.

Abb. 8.62: *Persönliche Viktimisierung durch Raub in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 34) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Die Einstellungen von durch Raub betroffenen Personen zu den möglichen Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena, sind – wiederum im Vergleich zu den Angaben aller Opfer der jeweiligen Kommunen (vgl. hierzu Kapitel 8.2) – in den Abbildungen 8.62, 8.63 sowie 8.64 dargestellt.

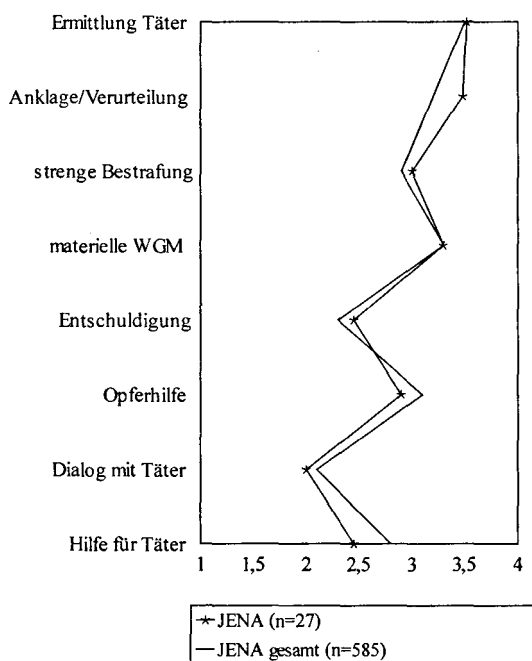
Abb. 8.63: *Persönliche Viktimisierung durch Raub in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 14) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*



Die von Raub betroffenen Personen aus Freiburg bewerten die mit der Bestrafung des Täters zu verbindenden Konsequenzen (Täterermittlung, Anklage/Verurteilung sowie strenge Bestrafung), im Vergleich zur Bewertung der Opfer insgesamt, als überdurchschnittlich wichtiger, d.h. sie stellen sich hinsichtlich dieses Deliktes als punitiver als die entsprechenden „Durchschnittsopfer“ dar (vgl. Abb. 8.62). Auch die materielle Wiedergutmachung

sowie die (mögliche) Hilfe für das Opfer werden als vergleichbar wichtiger angesehen. Die Betroffenen aus Emmendingen stufen hingegen lediglich die Anklage und Verurteilung des Täters, diese allerdings deutlich, als überdurchschnittlich wichtiger ein (vgl. Abb. 8.63). Die Einschätzung zur strengen Bestrafung des Täters weicht jedoch nur geringfügig von der Bewertung der Opfer insgesamt ab. Eine materielle Wiedergutmachung wird, gemessen an der Einstellung aller Opfer, als eher weniger wichtig angesehen. Bei Interpretation dieser Ergebnisse ist jedoch auf die niedrige Fallzahl ($n = 14$) hinzuweisen.

Abb. 8.64: *Persönliche Viktimisierung durch Raub in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes ($n = 27$) sowie der Opfer insgesamt ($n = 585$)*



Auch die von Raub betroffenen Personen aus Jena sehen die Anklage und Verurteilung des Täters als vergleichsweise überdurchschnittlich wichtiger an; als weniger wichtig erscheinen, im Vergleich zu den Einschätzungen

der Opfer insgesamt, die Hilfe für Opfer und Täter sowie der Dialog mit dem Täter (vgl. Abb. 8.64). Insgesamt gesehen wird von den Betroffenen der drei Kommunen, entsprechend der Schwere des Deliktes, die Anklage und Verurteilung des Täters, teilweise auch dessen strenge Bestrafung und – zwangsläufig – Ermittlung als überdurchschnittlich wichtiger angesehen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es sich bei Raub um ein relativ schweres Delikt handelt. Auch in Fällen von eher geringem materiellen Schaden dürfte bei diesem Delikt der durch Drohung und Gewalt verursachte immaterielle Schaden die Opfer belasten. Die berichteten Viktimisierungsquoten der befragten Personen aus den fünf Kommunen sind weitgehend identisch (im Bereich 1,5% bis 1,7%, die Ausnahme bildet Kahla mit 0,4%). Tendenziell häufiger gaben die Betroffenen aus Jena an, daß sie mehrmals im Befragungszeitraum von ca. einem Jahr Opfer von Raub wurden. Die Anzeigequoten sind, gemessen an der Schwere des Deliktes, relativ niedrig (Freiburg 29,4%, Emmendingen 35,7%, Jena 42,8%). Ein hoher Anteil der Befragten aus den westdeutschen Kommunen war von dem Delikt im Ausland betroffen. Es ist anzunehmen, daß in diesen Fällen möglicherweise eher von einer Anzeige abgesehen wurde (umständliche Formalitäten, Sprachschwierigkeiten, eingeschränkte Aufklärungschance, weniger Erwartungen der Opfer bezüglich Unterstützung und Hilfe). Die Betroffenen aus Jena gaben mehrfach eine geringere Tatschwere an.

Korrespondierend zu den vermuteten starken psychischen Belastungen berichteten die Opfer auch von ihrer Angst vor Vergeltung und Rache (als Grund für die Nichtanzeige eines Vorfalles). Die möglichen Konsequenzen nach der Tat zeigen deutlich punitivere Einstellungen dieser Opfer im Vergleich zu den Durchschnittswerten.

8.10 Diebstahl persönlichen Eigentums

Viktimisierung

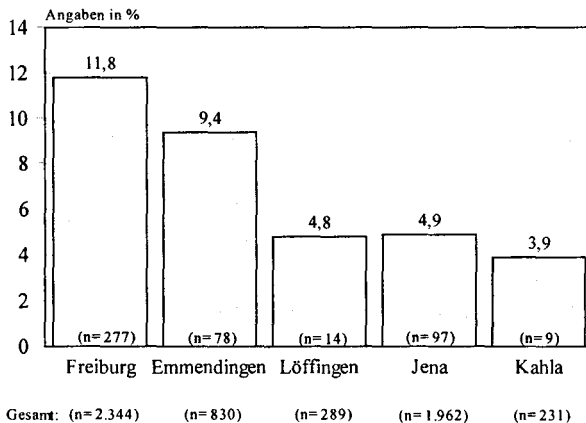
In der vorliegenden Untersuchung wurde neben Diebstahlsdelikten im Fahrzeugbereich erhoben, ob den befragten Personen anderes persönliches Eigentum gestohlen worden sei. Auch zu diesem Delikt gaben die befragten Personen an, ob sie selbst einmalig oder mehrmals im Befragungszeitraum Opfer wurden. Die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Es gibt viele Arten von Diebstahl persönlichen Eigentums wie beispielsweise Taschendiebstahl, Diebstahl von Geldbörsen, Brieftaschen, Kleidungsstücken, Schmuck oder Sportartikeln, sei es am Arbeitsplatz, in Schulen, Gaststätten

oder auf der Straße. Sind Sie seit November 1990 Opfer eines solchen Diebstahles geworden?“

Die Nennungen zu einer kriminellen Viktimisierung durch Diebstahl weisen deutliche Unterschiede in den Häufigkeitsangaben aus den Befragungsorten auf. Aus Abbildung 8.65 geht hervor, daß 11,8% ($n = 277$) der aus Freiburg befragten Personen ($n = 2.344$) angaben, ihnen sei einmalig oder mehrmals im Befragungszeitraum persönliches Eigentum gestohlen worden. Opfer dieser Straftat wurden, einmalig oder mehrmals, in Emmendingen und Löffingen 9,4% ($n = 78$) bzw. 4,8% ($n = 14$) der Befragten ($n = 830$ bzw. $n = 289$). In Jena und Kahla gaben die befragten Personen ($n = 1.962$ bzw. $n = 231$) den Diebstahl persönlichen Eigentums in 4,9% ($n = 97$) bzw. 3,9% ($n = 9$) der Fälle an.

Für die westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen ist eine Stadt/Land-Differenzierung deutlich erkennbar. Die Unterschiede zwischen diesen Gemeinden sind insgesamt statistisch signifikant bzw. hochsignifikant (Freiburg/Emmendingen: $\text{Chi}^2 = 3.61$, $\text{df} = 1$, $p < .05$; Freiburg/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 12.72$, $\text{df} = 1$, $p < .001$; Emmendingen/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 7.31$, $\text{df} = 1$, $p < .01$). Die Angaben der Befragten aus den ostdeutschen Gemeinden Jena und Kahla unterscheiden sich statistisch nicht bedeutsam ($\text{Chi}^2 = 11.38$, $\text{df} = 1$, $p = .34$), tendenziell sind durch Diebstahl persönlichen Eigentums in Jena jedoch mehr Befragte betroffen. Durch

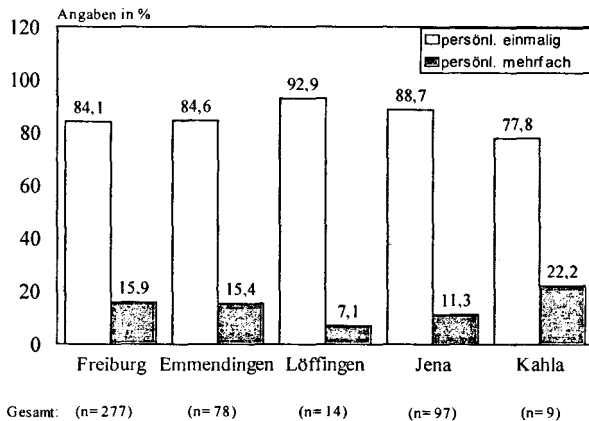
Abb. 8.65: Viktimisierungsraten für Diebstahl persönlichen Eigentums für die fünf Kommunen



Diebstahl persönlichen Eigentums sind in Freiburg und in Emmendingen deutlich mehr Personen belastet als vergleichsweise in Jena. Diese Unterschiede sind statistisch hochsignifikant (Freiburg/Jena: $\text{Chi}^2 = 63.62$, $\text{df} = 1$, $p < .001$; Emmendingen/Jena: $\text{Chi}^2 = 19.69$, $\text{df} = 1$, $p < .001$). Die eher ländlichen Kommunen Löffingen und Kahla unterscheiden sich statistisch nicht bedeutsam. Das Ergebnis zeigt, daß die Befragten aus Jena und Kahla, im Befragungszeitraum relativ kurz nach der deutschen Wiedervereinigung, durch dieses Delikt vergleichsweise noch gering belastet sind.

Von den durch Diebstahl persönlichen Eigentums betroffenen Personen konnte zudem angegeben werden, ob sie mehrfach Opfer des Delikts geworden sind. Die absolute Anzahl möglicher Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildung 8.66.

Abb. 8.66: *Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums - Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*



Die betroffenen Befragten aus Freiburg ($n = 277$), Emmendingen ($n = 78$) und Löffingen ($n = 14$) gaben in 15,9% ($n = 44$), 15,4% ($n = 12$) bzw. 7,1% ($n = 1$) der Fälle an, daß ihnen im Befragungszeitraum mehrmals persönliches Eigentum gestohlen wurde (vgl. Abb. 8.66). Die Betroffenen in Jena ($n = 97$) und Kahla ($n = 9$) berichteten zu 11,3% ($n = 11$) bzw. in 2 Fällen von mehrmaligem Diebstahl. Aus Vergleichsgründen wurden die Angaben

aus Löffingen und Kahla ebenfalls prozentuiert dargestellt. Die Angaben der in Größe und Einwohnerzahl vergleichbaren Kommunen unterscheiden sich statistisch nicht bedeutsam voneinander. Für die Befragten aller fünf Kommunen ist festzustellen, daß die Betroffenen in der Regel im Befragungszeitraum, wenn überhaupt, dann nur einmalig Opfer wurden, tendenziell wurde den Opfern aus den einzelnen Kommunen auch mehrmals persönliches Eigentum gestohlen; diese Mehrfachviktimisierungen belaufen sich auf einen Anteil an allen entsprechenden Opfersituationen von etwa einem Zehntel bis einem Fünftel.

Ort der Viktimisierung

Die von Viktimisierung betroffenen Personen wurden gebeten anzugeben, wo sie Opfer des betreffenden Delikts wurden. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer wurden, bezog sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls.

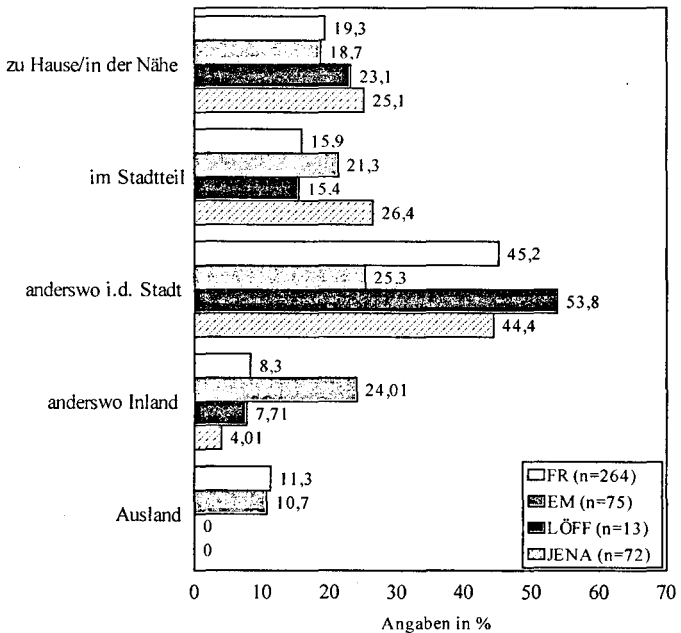
Angaben zum Ort des Diebstahls konnten vom überwiegenden Teil der Betroffenen gemacht werden. Aus Freiburg und Emmendingen berichteten $n = 264$ (95,3%) bzw. $n = 75$ Personen (96,1%) den Ort des Vorfalls, in Jena machten hierzu $n = 72$ Betroffene (74,2%) Angaben (vgl. Abb. 8.67). Aus Löffingen und Kahla beantworteten $n = 13$ bzw. $n = 5$ Personen, denen einmalig oder mehrmals Eigentum gestohlen wurde, diese Frage. Die Angaben aus Kahla wurden aufgrund der geringen Fallzahl nicht mit in die graphische Darstellung der Ergebnisse übernommen.

Wie aus Abbildung 8.67 zu ersehen ist, gab der überwiegende Teil der Betroffenen, mit Ausnahme der Opfer aus Emmendingen, als Ort des Diebstahles die Antwortmöglichkeit „anderswo in der Stadt“ an (Freiburg 45,2%, $n = 120$; Emmendingen 25,3%, $n = 19$; Löffingen 53,8%, $n = 7$; Jena 44,4%, $n = 32$).

24,0% ($n = 18$) der Betroffenen aus Emmendingen nannten als Tatort „anderswo im Inland“. Es ist zu vermuten, daß ein Großteil der Straftaten z.B. während Einkäufen (Taschendiebstahl), dem Besuch von Schulen/Universitäten oder Freizeitaktivitäten, wo die Betroffenen für Täter „lohnendes“ Diebesgut mit sich führten und Situationen möglicherweise einen Diebstahl erleichterten, begangen wurden. In geringerem Maß wurde in allen fünf untersuchten Kommunen als Viktimisierungsort die unmittelbare Wohnumgebung („zu Hause oder in der Nähe“) angegeben (der

höchste Anteil ist hier bei den Betroffenen aus Jena zu finden: Ein Viertel der Opfer (n = 18) nannte diese Antwortmöglichkeit). Die Befragten aus Kahla gaben als Viktimisierungsort ausschließlich „anderswo im Inland“ an. Ein geringer Teil der Taten wurde im Ausland verübt (Freiburg 11,3%, n = 30; Emmendingen 10,7%, n = 8).

Abb. 8.67: Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums: Ort der Viktimisierung



Anzeigeverhalten

Beantwortet wurde die Frage, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.17 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

Tabelle 8.17: Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums: Anzeigerstattung

	Freiburg* (n = 99)		Emmen- dingen (n = 31)		Löff- fin- gen (n = 5)		Jena (n = 32)		Kahla (n = 5)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	1	0,9	0	0,0	0		2	6,2	0	
2. Telefonisch bei der Polizei	13	12,7	5	16,1	5		5	15,6	3	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	62	60,8	14	45,2	0		20	62,5	2	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	5	4,9	2	6,5	0		5	15,6	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	21	20,7	10	32,2	0		nicht erhoben			
Gesamt	102	100	31	100	5		32	100	5	

* Mehrfachantworten möglich

In den westdeutschen Kommunen berichtete der überwiegende Teil der Opfer (Freiburg n = 268; 96,7%; Emmendingen (n = 76; 97,4%); Löfflingen (n = 14, sämtliche Opfer)), ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.17). Abzüglich der Fälle, in denen eine Anzeigerstattung versucht wurde, die Polizei die Aufnahme der Anzeige jedoch ablehnte (Freiburg n = 5, 4,9% der Nennungen; Emmendingen n = 2; 6,5%), ergibt sich, daß in Freiburg bzw. Emmendingen 35,1% bzw. 38,1% der Vorfälle angezeigt wurden. Vergleichbar wurden in Löfflingen 5 (35,7%) von 14 Diebstählen angezeigt. In nur relativ wenigen Fällen, geringfügig mehr als einem Drittel, wurde das Delikt zur Anzeige gebracht. Der überwiegende Teil der Anzeigen wurde in Freiburg, Emmendingen und Löfflingen persönlich bei der Polizei aufgegeben (60,8% und 45,2% der Nennungen). Weitere 12,7% der Anzeigen erfolgten in Freiburg telefonisch bei der Polizei, in Emmendingen waren dies 16,1%, in Löfflingen wurden alle fünf Fälle telefonisch angezeigt. Die durch Diebstahl betroffenen Personen aus Freiburg und Emmendingen gaben zudem in 20,7% bzw. 32,2% der Nennungen an, daß die Anzeige an „anderer Stelle“ (nicht bei der Polizei) erstattet wurde. Diese „anderen Stellen“ wurden genannt, es handelte sich hierbei um Nachfragen und Meldungen z.B. in Schulen, Fundbüros, Kauf-

häusern, Betrieben und Hausverwaltungen. Möglicherweise wurde der Verlust vom Betroffenen nicht sofort als Diebstahl angesehen. In diesen Fällen haben die betroffenen Personen wahrscheinlich in stärkerem Maße als vergleichsweise bei polizeilicher Anzeigenerstattung gehofft, das abhanden gekommene Eigentum ganz oder zumindest teilweise zurückzuerhalten.

In Jena und Kahla machten $n = 71$ (73,2%) bzw. 7 von $n = 9$ betroffenen Personen Angaben zum Anzeigeverhalten. Die sich ergebende Anzeigquote beträgt in Jena, abzüglich von $n = 5$ Fällen (15,6%) abgelehnter Anzeigenerstattung, 38,0%. In Kahla wurde von $n = 5$ Personen (ca. der Hälfte der Betroffenen) der Vorfall angezeigt. Die Anzeigenerstattung in Jena erfolgte zu 62,5% persönlich, aber auch telefonisch (15,6%) bei der Polizei,

Tabelle 8.18: Diebstahl persönlichen Eigentums - Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löffin- gen*		Jena		Kahla	
	(n = 169)		(n = 45)		(n = 9)		(n = 39)		(n = 2)	
	n	%	n	%	N	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	76	31,9	19	28,8	4		10	25,6	1	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	12	5,0	7	10,6	1		3	7,7	0	
3. Polizei war unnötig	18	7,6	7	10,6	1		4	10,3	1	
4. Ich war nicht versichert	16	6,7	2	3,0	1		2	5,1	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	95	40,0	23	34,9	5		19	48,7	0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	15	6,3	4	6,1	0		1	2,6	0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	1	0,4	0	0,0	0		0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	1	0,4	1	1,5	0		0	0,0	0	
9. Andere Gründe	4	1,7	3	4,5	0		0	0,0	0	
Gesamt	238	100	66	100	12		39	100	2	

* Mehrfachantworten möglich

ein vergleichbares Bild zeigt sich in Kahla. In den untersuchten Kommunen bringt ein vergleichbar großer Anteil der Betroffenen den Verlust des Eigentums zur Anzeige (mit Ausnahme der berichteten Nennungen aus Kahla). Eine mögliche Anzeigerstattung bzw. Meldung an „anderer Stelle“ wurde in Jena und Kahla nicht erhoben.

In Freiburg informierten $n = 169$ betroffene Personen (siehe Tabelle 8.18) über die Gründe nicht erfolgter Anzeige (durch relativ häufig gegebene Mehrfachantworten erfolgten insgesamt 238 Nennungen). 31,9% der Nennungen beziehen sich auch hier auf einen geringfügigen Schaden bzw. keinen Schaden als Nichtanzeigegrund, 40,0% der Nennungen darauf, daß die Polizei auch nichts hätte machen können, die Anzeige sich somit nicht gelohnt hätte. Der überwiegende Teil der Mehrfachangaben nennt diese zwei Gründe auch in Verbindung mit (vermuteter) Untätigkeit der Polizei („die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“, 6,3% der Nennungen). Die Angaben der Befragten aus Emmendingen und Löffingen sind den Angaben aus Freiburg vergleichbar. Als Angabe zur Antwortkategorie „andere Gründe“ wurde in Freiburg und Emmendingen z.B. „Unkenntnis“, „eigene Schuld“ und „zu spät bemerkt“ genannt. Von den ostdeutschen Betroffenen aus Jena wird an erster Stelle (48,7% der Fälle) ebenfalls auf die geringen Möglichkeiten der Polizei, in solchen Fällen etwas machen zu können, hingewiesen („die Polizei hätte doch nichts machen können“/„keine Beweise“). Geringfügiger bzw. kein Schaden wurde in immerhin 25,6% der Fälle genannt.

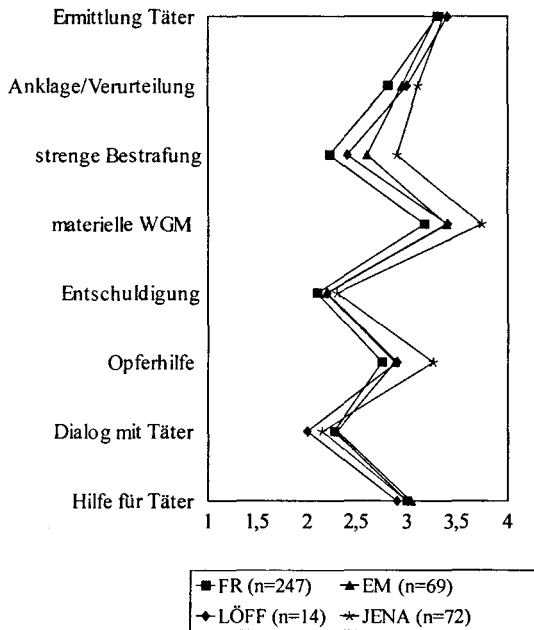
Konsequenzen nach Viktimisierung

Es wurde eine persönliche Einschätzung der Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen vorgenommen. Angaben hierzu machten in Freiburg $n = 247$ (89,2%), in Emmendingen $n = 69$ (88,5%) sowie in Jena $n = 72$ (74,2%) betroffene Personen. Aus Löffingen und Kahla antworteten $n = 14$ (alle Betroffenen) bzw. $n = 4$ Personen (von insgesamt $n = 9$ Opfern) auf diese Frage. Aufgrund der geringen Fallzahl werden die Angaben aus Kahla nicht näher dargestellt.

Wie aus Abbildung 8.68 zu ersehen ist, werden in allen vier Kommunen die Ermittlung des Täters sowie eine Anklage und Verurteilung als „eher wichtig“ bis „wichtig“ angesehen. Allerdings unterscheiden sich die Einschätzungen beim Merkmal Anklage bzw. Verurteilung relativ deutlich zwischen den einzelnen Gemeinden, um hinsichtlich der Beurteilung einer strengen Bestrafung noch deutlicher auseinanderzugehen. Statistisch signi-

fikant höher, im Vergleich zu Freiburg, sehen die Befragten aus Jena die Bedeutsamkeit von strenger Bestrafung (t-Test $p < .01$), materieller Wiedergutmachung (t-Test $p < .05$) sowie Opferhilfe (t-Test $p < .01$). Die übrigen Unterschiede, auch zwischen anderen Kommunen, sind nicht statistisch bedeutsam.

Abb. 8.68: *Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*

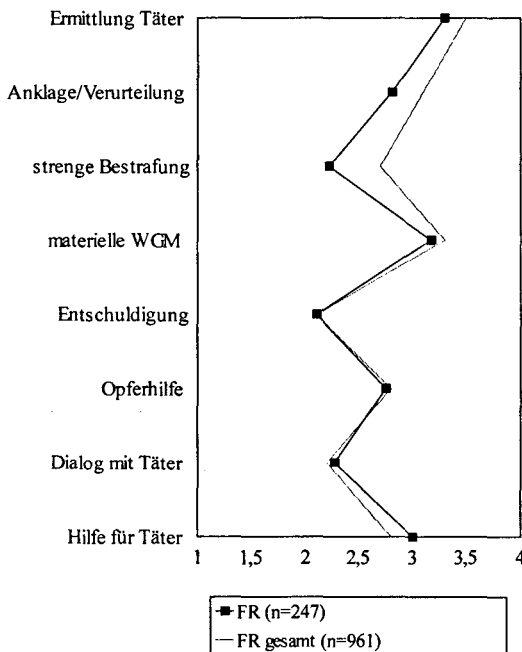


Insgesamt werden eine Entschuldigung bzw. ein Dialog mit dem Täter als „eher unwichtig“ beurteilt, die Hilfe für den Täter hingegen wiederum als „eher wichtig“ angesehen. Wie bei anderen Delikten wünschen sich insbesondere die ostdeutschen Betroffenen die Möglichkeit von Opferhilfe bzw. eine materielle Wiedergutmachung. Die Befragten aus Jena zeigten beim Diebstahl persönlichen Eigentums etwas punitivere Einstellungen als ver-

gleichsweise die westdeutschen Befragten, wobei sich hier insbesondere die Freiburger Probanden als relativ wenig punitiv darstellten, was mit dem Bildungsniveau zusammenhängen kann (Universitätsstadt; vgl. hierzu ausführlicher oben).

Die Einstellungen von durch Diebstahl persönlichen Eigentums betroffene Personen zu den erfragten Konsequenzen für Täter und Geschädigte wurden, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen, Löffingen und Jena – wiederum aus Vergleichsgründen den Angaben der Opfer insgesamt gegenübergestellt (vgl. hierzu Kapitel 8.2).

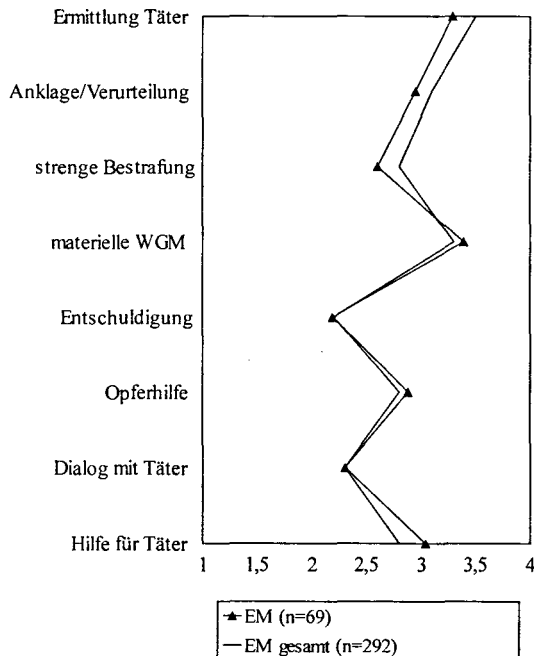
Abb. 8.69: *Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 247) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Die durch Diebstahl persönlichen Eigentums betroffenen Personen aus Freiburg und Emmendingen sehen, im Vergleich zu den Einstellungen der

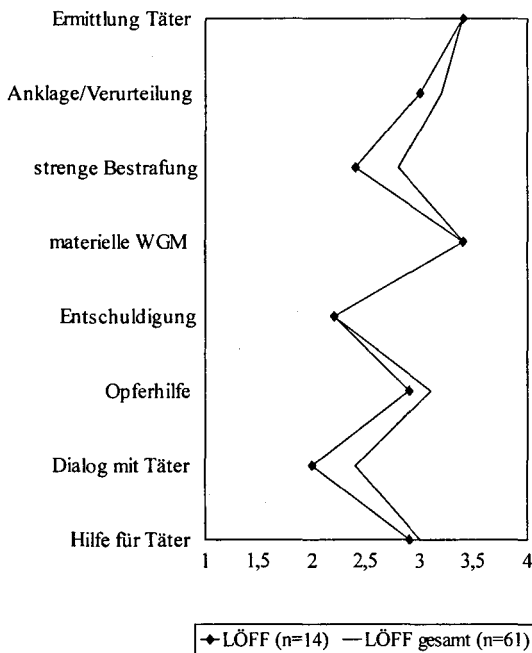
Opfer dieser Kommunen insgesamt, die zu einer Bestrafung des Täters führenden Konsequenzen (Täterermittlung, Anklage und Verurteilung sowie eine strenge Bestrafung) als weniger wichtig an (vgl. Abbildungen 8.69, 8.70). Statistisch hochsignifikant ist der Unterschied bei den Freiburger Befragten (Opfer dieses Deliktes/Opfer insgesamt) zur Einschätzung der „strengen Bestrafung“ des Täters (t-Test: $p < .001$). Eine mögliche Hilfe für den Täter wird von Betroffenen dieser zwei Kommunen als überdurchschnittlich wichtiger angesehen. Die betroffenen Personen aus Löffingen sind, im Vergleich zu den Einstufungen der Opfer dieser Kommune insgesamt, eher weniger punitiv eingestellt (Anklage, Verurteilung und strenge Bestrafung des Täters; vgl. Abb. 8.71) – hier ist jedoch die geringe Fallzahl zu berücksichtigen ($n = 14$).

Abb. 8.70: *Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes ($n = 69$) sowie der Opfer insgesamt ($n = 292$)*



Einen etwas anderen Eindruck ergeben die Einstufungen der Betroffenen aus Jena (vgl. Abb. 8.72). Diese sind im wesentlichen denen der Opfer insgesamt vergleichbar – mit Ausnahme des deutlicheren Wunsches nach materieller Wiedergutmachung. Der finanzielle Ersatz des Verlustes wird, im Gegensatz zu den betroffenen Personen der westdeutschen Kommunen, überdurchschnittlich und statistisch hochsignifikant als wichtiger angesehen (t-Test: $p < .001$). Die Jenaer Befragten erleben den Diebstahl persönlichen Eigentums offensichtlich als gravierender als die westdeutschen Befragten, äußern sich deshalb punitiver und legen mehr Wert auf Anklage, Verurteilung bzw. strenge Bestrafung.

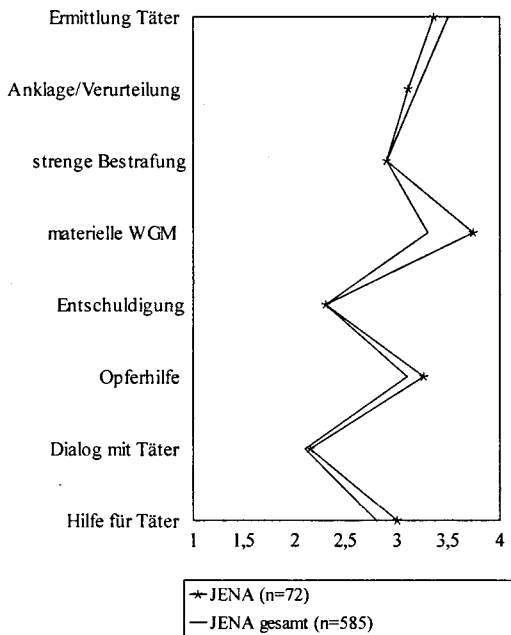
Abb. 8.71: *Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums in Löffingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 14) sowie der Opfer insgesamt (n = 61)*



Zusammenfassend ist zum Delikt „Diebstahl persönlichen Eigentums“ zu sagen, daß die Befragten aus den westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen im Befragungszeitraum 1990/91 erheblich höher durch die-

ses Delikt belastet waren (11,8% bzw. 9,4%) als vergleichsweise die Befragten aus Jena (4,9%). Daß dieses Ergebnis mit eher lohnendem Diebesgut in den westdeutschen Städten zusammenhängen könnte, ist zu vermuten. Angaben zur Schadenshöhe wurden nicht erfragt. Die Betroffenen aus Freiburg fügten im Fragebogen mehrfach handschriftlich hinzu, daß es sich bei dem gestohlenen Eigentum um Kleidung gehandelt habe. Die Befragten aus Jena, Löffingen und Kahla waren im Vergleich eher wenig von diesem Delikt betroffen.

Abb. 8.72: *Viktimisierung durch Diebstahl persönlichen Eigentums in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 72) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



Ein relativ geringer Teil der Vorfälle wurde angezeigt. Die Anzeigequote beträgt in den größeren Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena 35,1%, 38,1% sowie 38,0%. Möglicherweise bewegte sich ein größerer Teil der Diebstähle, zumindest aus materieller Sicht, im Bagatellbereich. Die Befragten aus Freiburg und Emmendingen gaben in 20,7% bzw. 32,2%

der zur Anzeigerstattung abgegebenen Nennungen an, daß der Vorfall „bei einer anderen Stelle“ (nicht bei der Polizei) gemeldet wurde. Im Vergleich zu anderen Deliktsbereichen wurden in diesem Fall relativ häufig in z.B. Schulen, Fundämtern, Kaufhäusern und Betrieben nach abhanden gekommenem Eigentum nachgefragt. Die Erhebung in Jena und Kahla berücksichtigte diese Antwortmöglichkeit nicht. Als Nichtanzeigegrund wurde in allen Kommunen an erster Stelle auf die geringen Möglichkeiten der Polizei („die Polizei hätte auch nichts machen können“/„keine Beweise“) hingewiesen. An zweiter Stelle wurde ein eher geringer Schaden bzw. kein Schaden angeführt.

Die Angaben zum Ort der Viktimisierung machen insgesamt deutlich, daß es sich zu einem größeren Teil um Straftaten handelte, die den Betroffenen außerhalb der unmittelbaren Wohnumgebung zugestoßen sind (z.B. in Schulen, Betrieben, Kaufhäusern etc.). Als Konsequenzen nach der Tat stehen Täterermittlung (evtl. Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes), Anklage/Verurteilung und materielle Wiedergutmachung, vor allem bei den Betroffenen aus Jena, im Vordergrund. Wiederum wünschen sich deutlich mehr betroffene Personen aus Jena Möglichkeiten staatlicher Opferhilfe, was u.a. auf die ungünstigere wirtschaftliche Situation der ostdeutschen Befragten hinweisen mag. Die ostdeutschen Befragten aus Jena sprechen sich deutlich mehr für eine strenge Bestrafung des Täters aus, schildern sich als insgesamt punitiver gegenüber Dieben persönlichen Eigentums.

8.11 Betrug/Täuschung

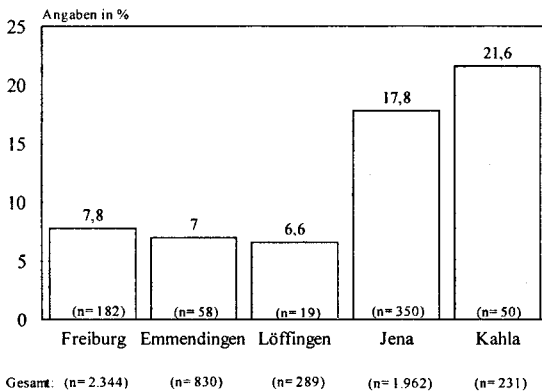
Viktimisierung

Das Spektrum der Betrugs- und Täuschungsdelikte ist vielfältig. Die Bandbreite reicht von alltäglichen Bagatellen bis hin zu Betrügereien und Täuschungen mit für die Opfer möglicherweise weitreichenden persönlichen und finanziellen Konsequenzen. Gerade bei diesem Deliktsbereich ist es wahrscheinlich, daß ein Teil der Befragten, die angaben, betrogen worden zu sein, dies nicht im juristischen Sinne wurden, sondern beispielsweise mehr oder weniger unfaire, aber durchaus legale Geschäfte als Betrug erlebten und entsprechend einstufen. Da die früheren DDR-Bürger hinsichtlich finanziell verpflichtender Absprachen, etwa im Versicherungsbereich, wenig bis überhaupt keine Erfahrungen hatten, ist davon auszugehen, daß ihnen nicht selten in teilweise unverschämter Weise Geschäfte angedient wurden. Sie, unerfahren in diesem Bereich, ließen sich auf Verträge ein, die

sich später für sie als wenig vorteilhaft herausstellten, weswegen sie sich betrogen fühlten. Die Frage im Erhebungsinstrument zu diesem Deliktsbereich lautete: „Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand getäuscht hat, um etwas mehr Geld zu bekommen, als der Gegenstand wert war?“. Im folgenden wird für Vorfälle dieser Art der Begriff Betrug verwendet. Der möglicherweise durch den Vorfall entstandene materielle Schaden wurde nicht erfragt.

Die Angaben der Befragten weisen erhebliche Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Kommunen auf. Wie aus Abbildung 8.73 zu ersehen ist, gaben aus Freiburg und Emmendingen 7,8% ($n = 182$) bzw. 7,0% ($n = 58$) der befragten Personen ($n = 2.344$ bzw. $n = 830$) an, im Befragungszeitraum einmalig oder mehrmals Opfer von Betrug geworden zu sein. Aus Löffingen gaben 6,6% ($n = 19$) der Befragten ($n = 289$) an, betrogen worden zu sein. Die Angaben der Befragten aus den westdeutschen Orten unterscheiden sich nicht statistisch signifikant voneinander und liegen relativ dicht beisammen (von 6,6% bis 7,8%).

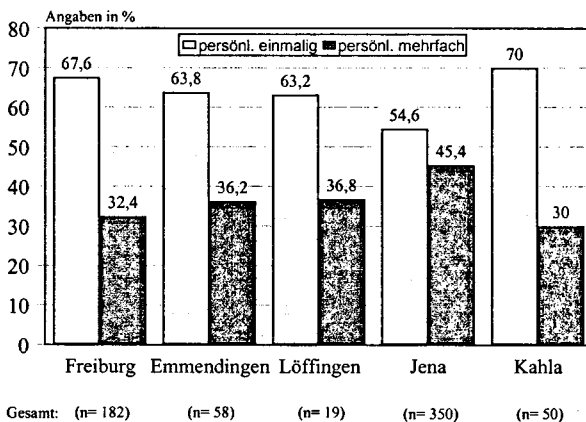
Abb. 8.73: *Viktimisierungsraten für Betrug für die fünf Kommunen*



Ein völlig anderes Bild zeigt sich in den ostdeutschen Kommunen: Kein anderes Delikt zeigt solch deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Aus Jena und Kahla gaben 17,8% ($n = 350$) bzw. 21,6% ($n = 50$) der Befragten ($n = 1.962$ bzw. $n = 231$) an, einmalig oder mehrmals im Befragungszeitraum betrogen oder getäuscht worden zu sein; im Vergleich zum Westen mehr als doppelt so viele. Die Unterschiede zwischen den Größe und Einwohnerzahl vergleichbaren Orten Freiburg und Jena bzw.

Löffingen und Kahla sind statistisch hochsignifikant (Freiburg/Jena: $\chi^2 = 100.10$, $df = 1$, $p < .001$; Löffingen/Kahla: $\chi^2 = 55.03$, $df = 1$, $p < .001$; vergleichsweise Emmendingen/Jena: $\chi^2 = 75.45$, $df = 1$, $p < .001$). Die Angaben der Befragten aus den ostdeutschen Gemeinwesen Jena und Kahla unterscheiden sich statistisch nicht bedeutsam ($\chi^2 = 21.38$, $df = 1$, $p = .08$). Diese enormen Unterschiede in den Viktimisierungsraten zwischen Ost- und Westdeutschen dürften mit auf die oben genannten Gründe zurückzuführen sein. Es muß allerdings davon ausgegangen werden, daß Nicht-DDR-Bürger, vor allem Westdeutsche, sehr schnell nach der Wende erkannten, daß die Ostdeutschen, unerfahren in Vertragsgestaltungen hinsichtlich finanzieller Geschäfte und Verpflichtungen, relativ leicht „über den Tisch zu ziehen“ sind.

Abb. 8.74: Viktimisierung durch Betrug - Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“



Von den durch diese Viktimisierung betroffenen Personen wurde angegeben, ob sie mehrfach Opfer eines Betruges wurden. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde hier nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildung 8.74.

Die von Betrug betroffenen Befragten aus Freiburg ($n = 182$), Emmendingen ($n = 58$) und Löffingen ($n = 19$) führten in 32,4% ($n = 59$), 36,2% ($n = 21$) und 36,8% ($n = 7$) der Fälle an, daß sie im Befragungszeitraum mehrmals betrogen wurden (vgl. Abb. 8.74). Die von solchen Vorfällen

berichtenden Personen aus Jena ($n = 350$) und Kahla ($n = 50$) gaben in 45,4% ($n = 159$) bzw. in 30,0% ($n = 15$) der Fälle an, mehrfach Opfer von Betrug geworden zu sein. Die von Vorfällen dieser Art betroffenen Personen aus Jena kreuzten demnach, im Vergleich zu Freiburg, statistisch signifikant häufiger an, daß sie im Befragungszeitraum mehrmals betrogen wurden (Freiburg/Jena: $\text{Chi}^2 = 48,21$, $\text{df} = 1$, $p < .01$). Auch die Angaben der Betroffenen aus den übrigen westdeutschen Orten unterscheiden sich signifikant bedeutsam von den Angaben der betroffenen Personen aus Jena. Befragte aus Jena gaben im Vergleich zu Kahla häufiger an, mehrmals betrogen worden zu sein ($\text{Chi}^2 = 23,47$, $\text{df} = 1$, $p < .01$). Der prozentuale Anteil der mehrfach betroffenen Opfer aus Kahla (30,0%) und aus den westdeutschen Kommunen unterscheidet sich nicht wesentlich. Insbesondere in Jena wurden somit nicht nur relativ viele Personen Opfer eines Betruges, diese wurden darüber hinaus auch relativ häufig mehrfach Opfer dieses Deliktes.

Ort der Viktimisierung

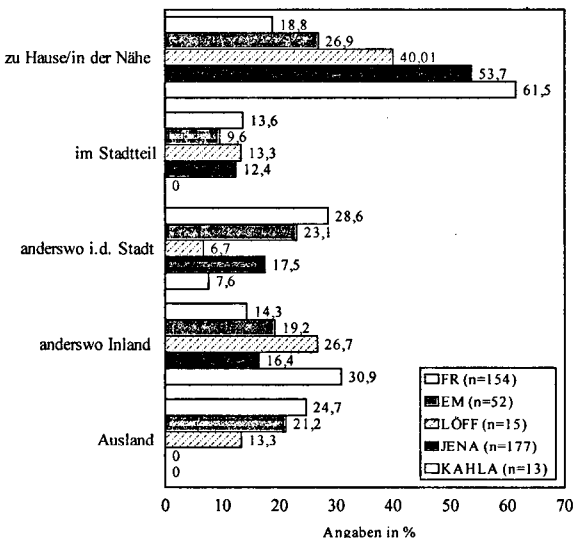
Die von Viktimisierung betroffenen Personen konnten angeben, wo sie Opfer eines Betrugs wurden. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer von Betrug wurden, bezog sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalles.

Aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen nannten $n = 154$ (84,6%), $n = 52$ (89,6%) und $n = 15$ (78,9%) von Betrug betroffene Personen den Ort des Vorfalles. Angaben zu dieser Frage machten aus Jena und Kahla $n = 177$ (50,6%) bzw. $n = 13$ (26,0%) der Personen, die angaben, einmalig oder mehrfach betrogen worden zu sein.

Wie aus Abbildung 8.75 zu ersehen ist, liegt der Schwerpunkt der Angaben aus den ostdeutschen Gemeinden Jena und Kahla auf der Antwortmöglichkeit, daß der Vorfall „zu Hause oder in der Nähe“ passiert ist (53,7% bzw. 8 von 13 Fällen; 61,5%). Die Betroffenen aus Löffingen gaben als Ort des Betruges in 6 von 15 Fällen (40,0%) ebenfalls „zu Hause oder in der Nähe“ an, 4 Vorfälle (26,7%) geschahen „anderswo im Inland“. Die befragten Personen aus Freiburg und Emmendingen gaben zu 24,7% ($n = 38$) sowie 21,2% ($n = 11$) als Tatort das Ausland an. In den ostdeutschen Gemeinden waren unter dieser Antwortmöglichkeit keine Angaben zu verzeichnen. Die Opfer aus den westdeutschen Kommunen waren, im Ver-

gleich zu den ostdeutschen Betroffenen, häufiger im Ausland von diesem Delikt betroffen. Hier ist möglicherweise wiederum an eine stärkere Reisetätigkeit der westdeutschen Befragten zum Erhebungszeitpunkt zu denken. Aus Vergleichsgründen wurden die Angaben aus Löffingen und Kahla, trotz niedriger Fallzahlen, prozentuiert dargestellt. Zudem ist darauf hinzuweisen, daß aus Jena und Kahla lediglich etwa die Hälfte (50,6%) bzw. ca. ein Viertel (26,0%) der betroffenen Personen Angaben zum Ort des Vorfalls machten. Diese niedrigen Antwortquoten sind für die vorliegende Untersuchung ungewöhnlich. Die hohe Angabe des Tatortes „zu Hause/in der Nähe“ bei den ostdeutschen Befragten läßt vermuten, daß es sich hierbei um Betrügereien bzw. um so von den Betroffenen eingestufte Geschehnisse im Rahmen von Haustürgeschäften handelt.

Abb. 8.75: Viktimisierung durch Betrug: Ort der Viktimisierung



Anzeigeverhalten

Beantwortet wurde die Frage, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.19 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen hierzu waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzich-

tete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

In den westdeutschen Kommunen berichtete der überwiegende Teil der Opfer (Freiburg $n = 158$, 86,8%; Emmendingen $n = 52$, 89,6%; Löffingen $n = 15$, 78,9%), ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.19, Mehrfachantworten wurden nicht gegeben). In Freiburg wurden lediglich 5,1% ($n = 8$), in Emmendingen und Löffingen 7,7% ($n = 4$) bzw. 6,6% ($n = 1$) der Vorfälle angezeigt. Der überwiegende Teil der wenigen Anzeigen erfolgte hier nicht bei der Polizei, sondern an „anderer Stelle“. Als Nennung wurden hier in jedem Fall Rechtsanwälte angegeben.

Tabelle 8.19: Viktimisierung durch Betrug: Anzeigenerstattung

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 8)		(n = 4)		(n = 1)		(n = 38)		(n = 7)	
	N	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	2		1		0		4	10,5	1	
2. Telefonisch bei der Polizei	1		0		0		14	36,8	1	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	0		0		0		15	39,5	3	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	0		0		0		5	13,2	2	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	5		3		1		nicht erhoben			
Gesamt	8		4		1		38	100	7	

* Mehrfachantworten möglich

Angaben zum Anzeigeverhalten machten in Jena $n = 167$ (47,7%) sowie aus Kahla $n = 22$ (44,0%) von Betrug betroffene Personen. Es ist erneut darauf hinzuweisen, daß nur ein Teil der Betroffenen auf diese Frage geantwortet hat. Die Quote erfolgreich zur Anzeige gebrachter Vorfälle beträgt in Jena und Kahla (in Jena wurde in $n = 5$ Fällen die Anzeigenerstattung von der Polizei abgewiesen, in Kahla in $n = 2$ Fällen) 19,7% ($n = 33$) bzw. 22,7% ($n = 5$). Diese Anzeigen wurden in der Regel telefonisch oder

persönlich bei der Polizei aufgegeben. Anzeigeerstattung an „anderer Stelle“ wurde in Jena und Kahla nicht erfragt. Im Ergebnis zeigt sich, daß insgesamt gesehen der überwiegende Teil der Vorfälle nicht angezeigt wurde. Die Betroffenen aus Jena und Kahla brachten dennoch in höherem Maße Fälle von Betrug zur Anzeige als betroffene Personen in westdeutschen Kommunen. Ein Großteil der westdeutschen Befragten hat offensichtlich die erlittenen Betrugsfälle als eher zivilrechtliche und weniger strafrechtliche Angelegenheit eingestuft, was dazu führte, daß man, wenn man überhaupt etwas unternahm, sich an einen Rechtsanwalt wandte.

Tabelle 8.20: Viktimisierung durch Betrug - Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg*		Emmen- dingen		Löf- fin- gen		Jena		Kahla	
	(n = 150)		(n = 48)		(n = 14)		(n = 129)		(n = 15)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	74	32,9	16	22,5	7	33,3	41	31,8	2	13,3
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	46	20,4	16	22,5	4	19,0	16	12,4	4	26,7
3. Polizei war unnötig	35	15,5	12	16,9	6	28,6	22	17,1	4	26,7
4. Ich war nicht versichert	4	1,8	1	1,4	0	0,0	4	3,1	0	0,0
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	25	11,1	12	16,9	2	9,5	27	20,9	3	20,0
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	18	8,0	9	12,7	1	4,7	9	7,0	2	13,3
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	1	0,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	2	0,9	1	1,4	0	0,0	4	3,1	0	0,0
9. Andere Gründe	20	8,9	4	5,6	1	4,8	6	4,7	0	0,0
Gesamt	225	100	71	100	21	100	129	100	15	100

* Mehrfachantworten möglich

Aus Freiburg gaben n = 150 betroffene Personen (siehe Tabelle 8.20) Gründe einer nicht erfolgten Anzeige (durch relativ häufig gegebene Mehrfachantworten erfolgten insgesamt 225 Nennungen) an. 32,9% der Nen-

nungen beziehen sich auf einen geringfügigen Schaden bzw. keinen Schaden als Nichtanzeigegrund; 35,9% der Nennungen darauf, daß das Opfer den Vorfall selbst geregelt habe („habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“) bzw. daß die Polizei unnötig war („Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei“). In 19,1% der Nennungen wurde angegeben, daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“ bzw. daß „die Polizei doch nichts dagegen getan hätte“. Die Angaben der Befragten aus Emmendingen und Löffingen sind den Angaben aus Freiburg vergleichbar (siehe Tabelle 8.20). Hier berichteten $n = 48$ (durch Mehrfachantworten 71 Nennungen) bzw. $n = 14$ (21 Nennungen) betroffene Personen, warum sie den Betrug nicht angezeigt haben. Der überwiegende Teil der Mehrfachantworten der Betroffenen aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen bezieht sich auf die Angabe der Gründe „nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche“, „habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“ sowie „Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei“.

Die von Betrug betroffenen Personen aus Jena gaben vergleichbar zu Freiburg ebenfalls in ca. einem Drittel (31,8%) der Fälle an ($n = 129$), daß der Schaden nur geringfügig gewesen bzw. kein Schaden entstanden sei. Auch wird auf die geringen Möglichkeiten der Polizei, in solchen Fällen „etwas machen zu können“ bzw. auf eine (vermutete) Untätigkeit derselben hingewiesen (20,9% bzw. 7,0%). Der Schwerpunkt der Angaben aus Kahla bezieht sich ebenfalls auf diese Gründe. Von einem Teil der Betroffenen wurden noch andere, nicht als Antwortkategorie vorgegebene Gründe einer Nichtanzeige genannt (in Freiburg 8,9%; $n = 20$, Emmendingen 5,6%; $n = 4$; Löffingen 4,8%; $n = 1$ der Nennungen, aus Jena 4,7%; $n = 6$ der Fälle). Als Gründe wurden hier z.B. „eigene Schuld“, „eigenes Risiko“, „Sprachprobleme“, „Mitleid mit Täter“ genannt.

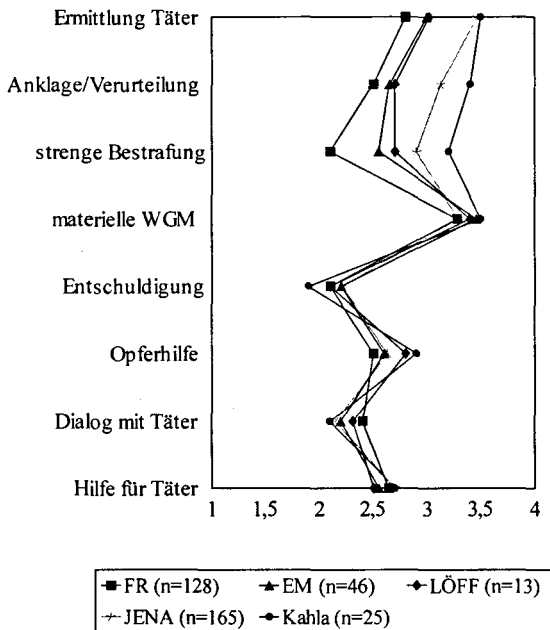
Bei Betrachtung der insgesamt geringen Anzeigequoten sowie der Gründe für nicht erfolgte Anzeigen ist zu vermuten, daß es sich bei einem überwiegenden Teil der Fälle um Bagatellen gehandelt hat bzw. daß das Opfer sich auf ein Risiko eingelassen hat und nachfolgend die Schuld zumindest teilweise bei sich suchte. Der materielle Schaden dürfte größtenteils eher gering gewesen sein. Es muß jedoch bedacht werden, daß aus den ostdeutschen Gemeinden nur ein Teil der Betroffenen sich zum Anzeigeverhalten geäußert hat. Auffallend ist der relativ hohe Anteil der Opfer, die angaben, die Sache „selbst geregelt“ zu haben bzw. daß „der Täter bekannt“ war. Damit korrespondiert der ebenfalls relativ hohe Anteil von Opfern, die angaben, daß „die Polizei unnötig“ war.

Konsequenzen nach Viktimisierung

Erneut konnte eine persönliche Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen vorgenommen werden.

Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch Betrug machten in Freiburg $n = 128$ (70,3%), in Emmendingen $n = 46$ (79,3%) sowie in Jena $n = 165$ (47,1%) betroffene Personen. Aus Löffingen und Kahla antworteten $n = 13$ (68,4%) bzw. $n = 34$ (68,0%) Personen auf diese Frage. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind die geringen Fallzahlen aus Löffingen zu beachten.

Abb. 8.76: *Viktimisierung durch Betrug: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



Wie aus Abbildung 8.76 zu ersehen ist, bewerteten von Betrug betroffene Befragte in den einzelnen Kommunen die Reaktionen für den Täter sehr

unterschiedlich. So stellen sich die ostdeutschen Gemeinden Jena und Kahla im Vergleich zu den westdeutschen als deutlich punitiver dar. In keinem anderen Bereich sind die Unterschiede so deutlich und prägnant. In Jena sowie Kahla wird eine Täterermittlung, die Anklage und Verurteilung sowie eine strenge Bestrafung als vergleichsweise deutlich wichtiger angesehen als in Freiburg bzw. Emmendingen und Löffingen. Die Unterschiede erwiesen sich als signifikant (Freiburg/Jena, t-Test: $p < .05$; Emmendingen/Jena $p < .01$; Löffingen/Jena $p < .01$). Eine materielle Wiedergutmachung wurde von allen Betroffenen als „eher wichtig“ bis „wichtig“ angesehen. Für die westdeutschen Befragten ist diese materielle Wiedergutmachung der wichtigste Aspekt. Die übrigen Konsequenzen, insbesondere eine Entschuldigung des Täters bzw. ein Gespräch mit ihm, wurden insgesamt vergleichsweise als eher unwichtig bewertet.

Abb. 8.77: *Viktimisierung durch Betrug in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 128) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*

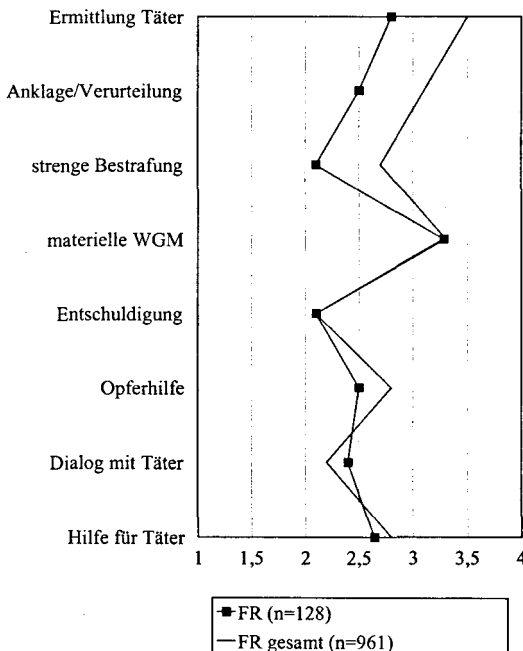
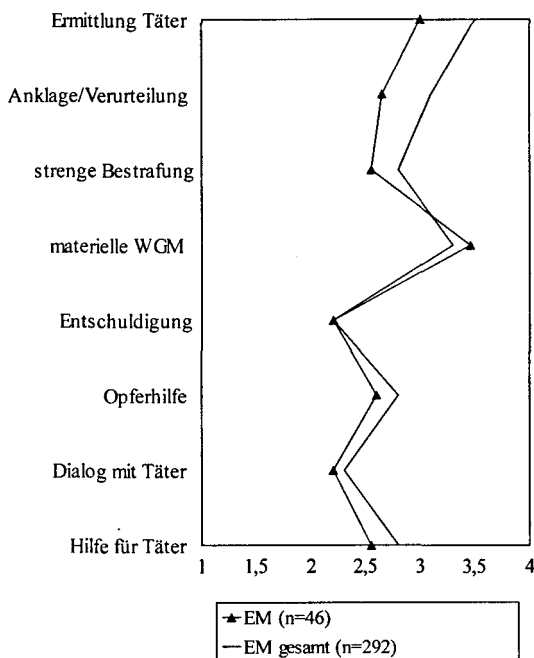
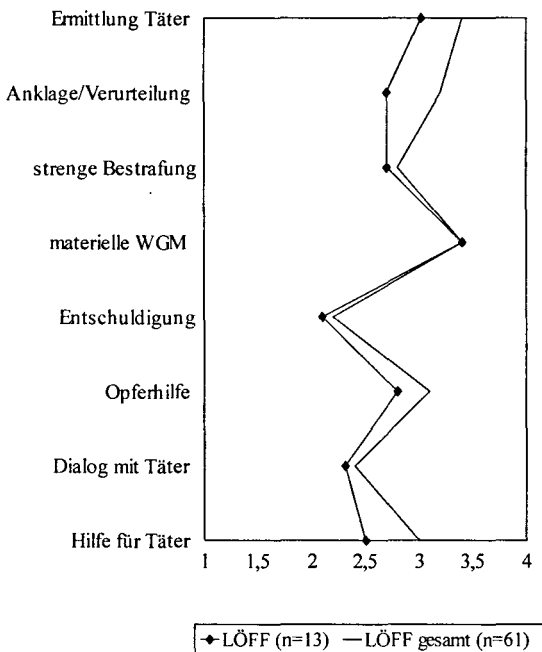


Abb. 8.78: *Viktimisierung durch Betrug in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 46) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*



Die deutlich höhere Punitivität der ostdeutschen Befragten bei diesem Delikt ist in Zusammenhang mit der ebenfalls höheren Viktimisierungsquote zu sehen (vgl. oben). Die ostdeutschen Befragten erleben sich offensichtlich in erheblichem Maße als Opfer von Betrügereien und fordern vor diesem Hintergrund als Reaktion des Staates die Ermittlung der Täter, deren Verurteilung und harte Bestrafung. Gleichzeitig erwarten sie, und hier stimmen sie mit den westdeutschen Befragten überein, eine materielle Wiedergutmachung des entstandenen Schadens. Ein Grund für die deutlich höhere Punitivität der Ostdeutschen gerade bei diesem Delikt dürfte in der Unerfahrenheit dieser Bürger im Umgang mit Vertragsgestaltungen hinsichtlich finanzieller Verpflichtungen zu sehen sein und dem Gefühl, in dieser Hinsicht von den Westdeutschen bzw. Ausländern „hereingelegt worden“ zu sein.

Abb. 8.79: *Viktimisierung durch Betrug in Löffingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 13) sowie der Opfer insgesamt (n = 61)*

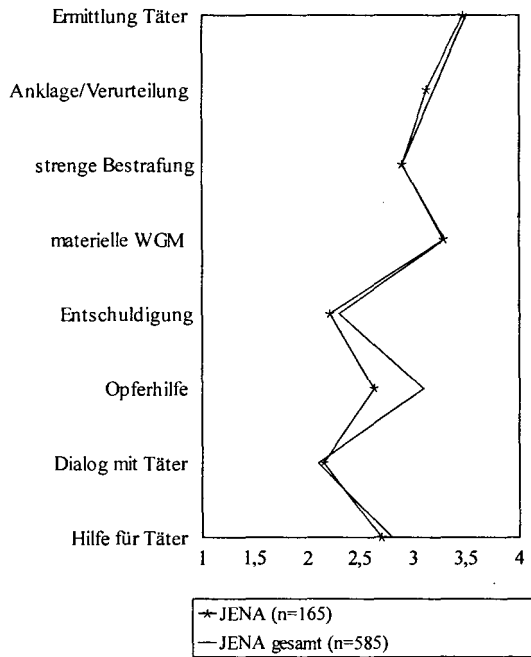


Die Einschätzungen von durch Betrug betroffenen Personen zu den erfragten Konsequenzen für Täter und Geschädigte wurden, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen, Löffingen und Jena, den Angaben der Opfer insgesamt gegenübergestellt (vgl. hierzu Kapitel 8.2). Gemessen an der Einschätzung der Opfer insgesamt, getrennt nach den fünf Kommunen (die Resultate zu Kahla werden aufgrund der geringen Fallzahlen graphisch nicht dargestellt), beurteilen die Betroffenen aus den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen die zu einer Bestrafung des Täters führenden Konsequenzen (Täterermittlung, Anklage und Verurteilung sowie eine strenge Bestrafung) als weniger wichtig (vgl. Abb. 8.77, 8.78, 8.79). Für Freiburg und Emmendingen sind diese Unterschiede statistisch hochsignifikant (Freiburg: „Ermittlung Täter“, „Anklage/Verurteilung“, „strenge Bestrafung“, t-Test: $p < .001$; Emmendingen: „Ermittlung

Täter“, „Anklage/Verurteilung“, t-Test: $p < .001$). Die Notwendigkeit der Verurteilung und Bestrafung des Täters wird von Betroffenen dieses Deliktes in den westdeutschen Kommunen, im Vergleich zu den Einstufungen sämtlicher Opfer, eher als weniger wichtig angesehen. Eine mögliche Opferhilfe bzw. Hilfen für den Täter kommen ebenfalls vergleichsweise tendenziell weniger in Betracht.

Die Einschätzungen der von Betrug betroffenen Personen aus Jena orientieren sich im wesentlichen an den Einschätzungen der Opfer insgesamt. Die Verurteilung und Bestrafung des Täters wird, im Gegensatz zu den westdeutschen Befragten, im eher durchschnittlichen Rahmen eingestuft (vgl. Abb. 8.80). Das weist darauf hin, daß die ostdeutschen Befragten „durchschnittlich“ punitiver auf eine Viktimisierung durch Betrug bzw. Täuschung reagieren. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen kommen dadurch zustande, daß die westdeutschen Befragten im Vergleich zur durchschnittlichen Reaktion auf alle erfragten Delikte deutlich weniger punitiv auf eine entsprechende Viktimisierung reagieren. Das trifft insbesondere für die Freiburger Befragten zu. Das könnte damit zusammenhängen, daß die westdeutschen Befragten in Bezug auf entsprechende Betrugs-situationen erfahrener sind, auch über die Presse auf solche Situationen mehr hingewiesen wurden als die ostdeutschen. Die Westdeutschen haben sich unter Umständen mehr oder weniger bewußt in Risikosituationen begeben, in denen sie hinterher feststellten, daß sie betrogen wurden. Darauf deutet auch hin, daß einige Befragte unaufgefordert angaben, daß sie keine Anzeige erstattet hätten, weil sie eine „eigene Schuld“ und ein „eigenes Risiko“ sähen. Diese Gründe wurden zwar auch in Ostdeutschland für eine Nichtanzeige aufgeführt, es ist jedoch zu vermuten, daß die ostdeutschen Befragten aufgrund geringerer Erfahrung mit solchen Situationen sich eher „über den Tisch gezogen“ gefühlt haben dürften als die westdeutschen und hieraus eine größere Verärgerung und damit deutlich punitivere Einstellung als bei den Westdeutschen resultieren. In diese Richtung deuten die geringeren Unterschiede zwischen Einschätzung der Reaktion auf Betrug bzw. Täuschung im Vergleich zur Durchschnittskurve bezüglich des Merkmals „strenge Bestrafung“ in Löffingen (vgl. Abb. 8.79). Auch die in der ländlichen Region Löffingen wohnenden Bürger dürften sich einem solchen Delikt gegenüber als hilfloser erleben als in der Großstadt lebende Befragte. Dieser Erklärungsansatz für die festgestellten prägnanten Unterschiede erscheint plausibel, hat jedoch aufgrund der geringen Stichprobengrößen hypothetischen Charakter.

Abb. 8.80: *Viktimisierung durch Betrug in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 165) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



Zum Deliktsbereich „Betrug/Täuschung“ ist zusammenfassend zu sagen, daß durch die Fragestellung Vorfälle unterschiedlicher Art angesprochen werden konnten. Parameter zu einer möglicherweise strafrechtlichen Relevanz des Vorfalles wurden nicht erhoben – das Spektrum der hier erfaßten Betrügereien bzw. Täuschungen ist möglicherweise weit gefaßt, wenn es sich denn überhaupt in jedem Fall um einen konkreten strafbaren Vorfall gehandelt haben mag. Zentrales Ergebnis ist die wesentlich höher angegebene Deliktsbelastung der ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla. Die Befragten dieser Orte gaben immerhin mehr als doppelt so häufig an, daß sie innerhalb des Befragungszeitraumes betrogen wurden, als befragte Personen der in Größe und Einwohnerzahl vergleichbaren westdeutschen Kommunen (Freiburg 7,8%; Jena 17,8%; Löffingen 6,6%; Kahla 21,6%).

Eine auf den ersten Blick sich anbietende Interpretation könnte sein, daß den befragten ostdeutschen Personen tatsächlich vermehrt in betrügerischer Absicht begegnet wurde, sie häufiger getäuscht wurden als Befragte aus westdeutschen Kommunen. Die hohe Differenz in der Belastung durch Betrug bzw. Täuschung zwischen ost- und westdeutschen Gemeinden kann jedoch vielfältige Gründe haben. Spiegelt sich im berichteten Ergebnis unter Umständen die subjektive Befindlichkeit, Verunsicherung und höhere Sensibilität ostdeutscher Bürger kurz nach der deutschen Wiedervereinigung wider, im Gegensatz zu den möglicherweise im Alltag eher mit Täuschungen und Betrügereien rechnenden und demnach auch eher unter einem gewissen „Gewöhnungseffekt“ stehenden Befragten der westdeutschen Kommunen? Möglicherweise sind hier Konsequenzen des wirtschaftlichen Umbruchs zu finden, dessen Neuerungen die ostdeutschen Befragten innerhalb kürzester Zeit erlebten. Hintergründe dieser Art können durch die Fragestellung zu Vorfällen in dieser Richtung allerdings nicht belegt, sondern nur vermutet werden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß selbst in der Presse viel über die Betrügereien an den „unerfahrenen“ ostdeutschen Bürgern berichtet wurde, daß man hier nicht selten erfahren konnte, daß diese „hereingelegt“ wurden. Das kann bei den Betroffenen zu einem Gefühl des Betrogenwordenseins beigetragen haben.

In den westdeutschen Kommunen wurden weit unter 10% der Vorfälle angezeigt, in der Regel bei einem Rechtsanwalt. Die Anzeigequote in Jena und Kahla liegt etwas höher, ca. 20% der Fälle, in denen über das Anzeigeverhalten berichtet wurde, werden zur Anzeige bei der Polizei gebracht. Grund für einen nicht angezeigten Vorfall ist in allen Kommunen an erster Stelle ein geringer bzw. kein entstandener (materieller) Schaden. Es dürfte sich bei einem überwiegenden Teil der Vorfälle um Bagatellen gehandelt haben. Die Polizei wird in der Regel bei diesem Deliktsbereich nicht zur Verfolgung und Klärung der Vorfälle von den Betroffenen in Anspruch genommen. In der Einschätzung möglicher Konsequenzen gaben die ostdeutschen Befragten eine deutlich mehr an einer Sanktionierung des Täters orientierte Einstellung an als vergleichsweise Betroffene aus westdeutschen Kommunen. Ein Vergleich mit den ortsspezifischen Durchschnittskurven zur Einstellung hinsichtlich Konsequenzen nach der Tat zeigt jedoch, daß die ostdeutschen Befragten im Durchschnittsbereich der Punitivität liegen, während die Westdeutschen bei diesem Delikt eine deutlich geringere Punitivität zeigen im Vergleich zu den Einstufungen bei allen Delikten. Das könnte darauf zurückzuführen sein, daß die westdeutschen Befragten sich

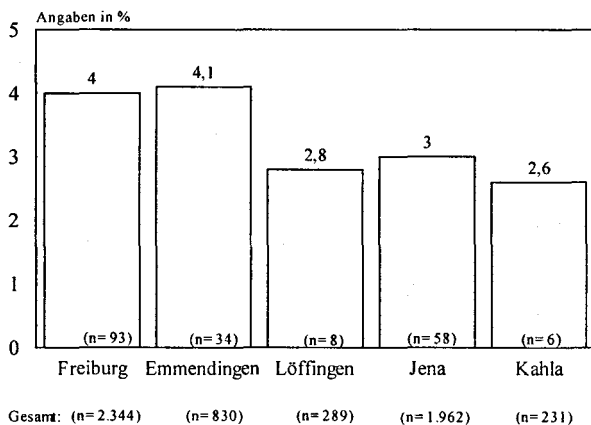
bewußter auf ein Risiko eingelassen haben und hinterher, nachdem sie sich betrogen fühlten, einen deutlicheren eigenen Anteil an dem Geschehen erlebten, während die ostdeutschen Probanden sich wahrscheinlich eher überumpelt gefühlt haben und sich wehrloser dem Geschehen ausgeliefert fühlten. Ein weiterer Grund für die Unterschiede kann darin gesehen werden, daß die ostdeutschen Befragten das Delikt als schwerer einschätzten als die im Umgang mit solchen Geschehnissen eher geübten Westdeutschen.

8.12 Tätlicher Angriff (ohne Waffen)

Viktimisierung

In den folgenden Deliktsbereichen dürften die Opfer – mit Ausnahme der sexuellen Belästigung –, wie auch bei Raub, teilweise massiver direkter körperlicher Gewalt ausgesetzt gewesen sein. Es handelt sich hierbei eher um (sehr) schwere Straftaten – gerade hinsichtlich der Folgen für das Opfer. Zuerst werden die Ergebnisse der Untersuchung zum Deliktsbereich „Tätlicher Angriff (ohne Waffen)“ dargestellt.

Abb. 8.81: *Viktimisierungsraten für tätlichen Angriff (ohne Waffen) für die fünf Kommunen*

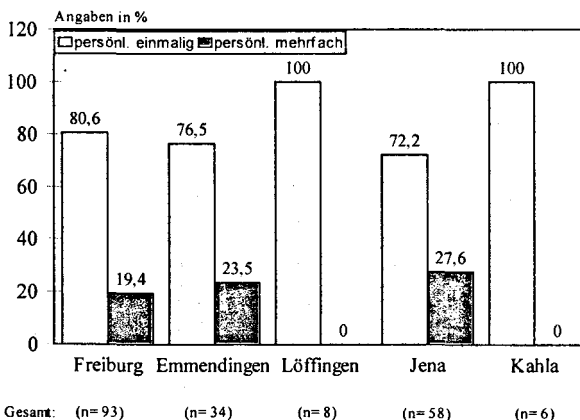


Auf die Frage, ob sie innerhalb des Befragungszeitraumes Opfer eines tätlichen Angriffs geworden sind (die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand mit Fäusten oder

Fußritten, aber ohne Waffen angegriffen und dabei verletzt hat oder verletzen wollte?“), nannten 4,0% ($n = 93$) der befragten Personen aus Freiburg ($n = 2.344$), von diesem Delikt einmalig oder mehrmals betroffen gewesen zu sein (vgl. Abb. 8.81). 4,1% ($n = 34$) der Befragten aus Emmendingen ($n = 830$) bzw. 2,8% ($n = 8$) der befragten Personen aus Löffingen ($n = 289$) gaben an, daß sie Opfer von tätlichem Angriff (ohne Waffen) wurden. Aus Jena und Kahla waren 3,0% ($n = 58$) bzw. 2,6% ($n = 6$) der befragten Personen ($n = 1.962$, $n = 231$) durch dieses Delikt, einmalig oder mehrmals, betroffen. Die Viktimisierungsquoten zeigen innerhalb ost- und westdeutscher Kommunen keine statistisch signifikanten Unterschiede. Insgesamt handelt es sich um ein relativ selten berichtetes Delikt. Der Schweregrad des tätlichen Angriffs wurde in der vorliegenden Untersuchung nicht erfaßt.

Die durch diese Viktimisierung betroffenen Personen wurden ferner gebeten, Angaben darüber zu machen, ob sie innerhalb des Befragungszeitraumes mehrmals Opfer von tätlichem Angriff (ohne Waffen) geworden sind. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildung 8.82.

Abb. 8.82: Viktimisierung durch tätlichen Angriff (ohne Waffen) Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“

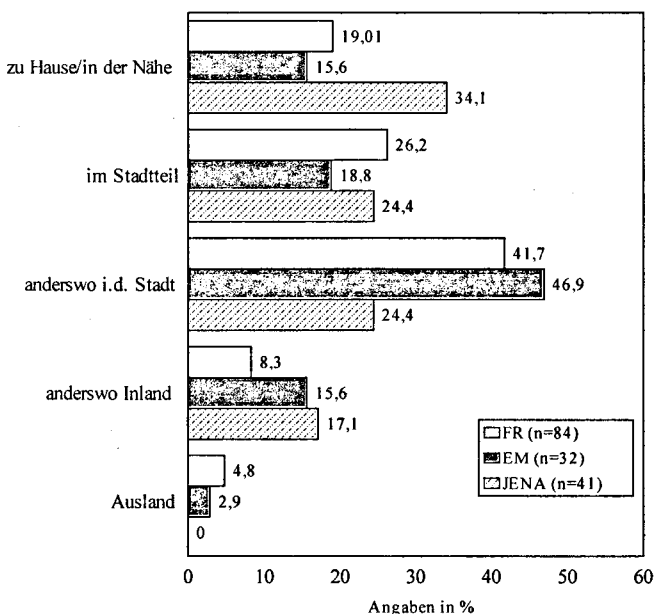


Die betroffenen Befragten aus Freiburg ($n = 93$), Emmendingen ($n = 34$) und Jena ($n = 58$) berichteten in 19,4% ($n = 18$), 23,5% ($n = 8$) bzw. 27,6%

(n = 16) der Fälle, daß sie mehrmals Opfer von tätlichem Angriff (ohne Waffen) wurden. Für Löffingen und Kahla wurden mehrmalige Vorfälle nicht genannt. Bezüglich der Mehrfachviktimisierung unterscheiden sich nur die Angaben der Befragten aus Freiburg und Jena statistisch signifikant voneinander ($\chi^2 = 5.22$, $df = 1$, $p < .01$). Es ist somit festzuhalten, daß die von tätlichem Angriff (ohne Waffen) Betroffenen aus Jena innerhalb des Befragungszeitraumes überdurchschnittlich häufiger mehrmals Opfer dieses Deliktes wurden als vergleichsweise die betroffenen Personen aus Freiburg.

Ort der Viktimisierung

Abb. 8.83: *Persönliche Viktimisierung durch tätlichen Angriff (ohne Waffen): Ort der Viktimisierung*



Die betroffenen Personen wurden in einer zusätzlichen Frage gebeten anzugeben, wo der tätliche Angriff (ohne Waffen) verübt wurde. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die

befragten Personen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezieht sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls (Abb. 8.83).

Zum Ort des Vorfalles äußerten sich in Freiburg $n = 84$ (90,3%), in Emmendingen und Löffingen $n = 32$ (94,1%) bzw. $n = 4$ von insgesamt $n = 8$ betroffenen Personen. Aus Jena und Kahla berichteten $n = 41$ (70,7%) bzw. $n = 3$ (insgesamt $n = 6$) von diesem Delikt betroffene Personen den Ort des Vorfalls. Die Angaben aus Löffingen und Kahla wurden aufgrund der sehr geringen Fallzahlen nicht in Abbildung 8.83 übernommen. Im Vergleich zu Freiburg und Emmendingen gaben deutlich mehr Opfer aus Jena an (34,1%), daß die Tat in der unmittelbaren Wohnumgebung geschehen sei („zu Hause oder in der Nähe“). Die Angaben aus den westdeutschen Kommunen liegen hier bei 19,0% bzw. 15,6%. Es ist nicht auszuschließen, daß die Befragten in Jena in größerem Umfang als die westdeutschen auch Familienstreitigkeiten und dabei erfolgte Viktimisierungen angaben. Die Betroffenen aus Freiburg und Emmendingen berichteten im überwiegenden Teil der Fälle (41,7% bzw. 46,9%), daß die Tat „anderswo in der Stadt“, also nicht im direkten Wohnumfeld, passiert sei. Die Opfer aus Löffingen und Kahla (nicht dargestellt) nannten im wesentlichen die Antwortmöglichkeit „anderswo im Inland“ als Viktimisierungsort ($n = 4$ bzw. $n = 2$). Vorfälle im Ausland wurden in geringer Nennung (4,8% bzw. 2,9%) lediglich aus Freiburg, Emmendingen und (in 3 von insgesamt 8 Fällen) auch aus Löffingen angegeben.

Anzeigeverhalten

Beantwortet wurde von den durch tätlichen Angriff betroffenen Personen die Frage, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.21 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

In den westdeutschen Kommunen berichteten nahezu alle von tätlichem Angriff betroffenen Personen (Freiburg $n = 92$; 98,9%; Emmendingen $n = 33$; 97,0%; in Löffingen alle acht Opfer), ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.21). Mehrfachantworten wurden nahezu nicht gegeben.

Die Anzeigequote beträgt für Freiburg 21,7%, in $n = 3$ Fällen wurde die Anzeigerstattung von der Polizei abgewiesen. In Emmendingen wurde die Anzeige in $n = 2$ Fällen von der Polizei abgelehnt, hier wurde ein Drittel der Vorfälle erfolgreich zur Anzeige gebracht (33,3%). Betroffene aus Löffingen erstatteten zu zwei von insgesamt acht Vorkommnissen Anzeige. Die Anzeigerstattung erfolgte in der Regel persönlich bei der Polizei (Freiburg 65,2% bzw. Emmendingen 9 von 13 Nennungen). Von einem geringen Teil der betroffenen Personen aus Freiburg (13,1%, $n = 3$) und Emmendingen ($n = 3$, 21,4%) wurde bei einer anderen Stelle (nicht bei der Polizei) Anzeige erstattet – in allen diesen Fällen sind die Vorkommnisse Rechtsanwälten gemeldet worden.

Aus Jena und Kahla berichteten $n = 41$ (70,7%) bzw. alle sechs betroffenen Personen, ob und bei welcher Stelle eine Anzeige erfolgte. 39,0% der vom Delikt betroffenen Befragten aus Jena, die Angaben zu ihrem Anzeigeverhalten machten, erstatteten nach dem Vorfall zum überwiegenden Teil persönlich bei der Polizei Anzeige. In 15,8% ($n = 3$) der aus Jena berichteten Fälle wurde die Anzeige von der Polizei nicht aufgenommen. In Kahla wurde von $n = 3$ Personen Anzeige erstattet.

Tabelle 8.21: *Persönliche Viktimisierung durch tätlichen Angriff (ohne Waffen): Anzeigeverhalten*

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 23)		(n = 13)		(n = 2)		(n = 19)		(n = 3)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	1	4,3	0	0,0	0		2	10,5	1	
2. Telefonisch bei der Polizei	1	4,3	0	0,0	0		4	21,0	0	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	15	65,2	9	64,3	2		10	52,6	2	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	3	13,1	2	14,3	0		3	15,8	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	3	13,1	3	21,4	0		nicht erhoben			
Gesamt	23	100	14	100	2		19	100	3	

* Mehrfachantworten möglich

Insgesamt gesehen wird von den Betroffenen aus den fünf Kommunen nur ein eher geringer Teil der Vorfälle bei der Polizei angezeigt bzw. an einen Rechtsanwalt gemeldet. Die durch tätlichen Angriff betroffenen Personen aus Jena und Kahla erstatteten jedoch häufiger Anzeige als vergleichsweise die Opfer aus den westdeutschen Kommunen.

In Freiburg und Emmendingen gaben $n = 69$ bzw. $n = 20$ durch tätlichen Angriff betroffene Personen (siehe Tabelle 8.22) Gründe für eine nicht erfolgte Anzeige an (bedingt durch Mehrfachnennungen ergaben sich insgesamt 97 bzw. 30 Nennungen zu Gründen). Daß der Vorfall nicht schwerwiegend genug war bzw. kein Schaden entstanden sei („Nicht schwerwiegend/kein Schaden/Kinderstreiche“), gaben die Betroffenen aus Freiburg und Emmendingen in 20,6% ($n = 20$) bzw. 20,0% ($n = 6$) der Nennungen an. 19,6% ($n = 19$) bzw. 30,0% ($n = 9$) der Angaben von Gründen Betroffener aus Freiburg und Emmendingen beziehen sich darauf, daß der Fall selbst geregelt wurde bzw. daß der Täter bekannt war („Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“). Opfer aus Freiburg wiesen in 16,5% ($n = 16$) der Nennungen auf die geringen Möglichkeiten der Polizei, in solchen Fällen etwas machen zu können, hin („Die Polizei hätte doch nichts machen können/keine Beweise“). Abneigung gegenüber der Polizei bzw. Angst vor Rache („Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte mit Polizei nichts zu tun haben“; „Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung und Rache)“) wurde von Freiburger Betroffenen in 3,1% ($n = 3$) bzw. in 6,2% ($n = 6$) der Nennungen von Gründen angegeben. Die Antwortmöglichkeit „andere Gründe“ wurde im Vergleich zu anderen Deliktsbereichen häufiger genutzt. In Freiburg entfallen 13,4% ($n = 13$), in Emmendingen 20,0% ($n = 6$) der Nennungen auf diese Antwortkategorie. Angeführt wurde beispielsweise: „eigene Schuld“, „Unkenntnis“ sowie „Passanten haben mir geholfen“. Die Mehrfachantworten der Betroffenen aus Freiburg und Emmendingen beziehen sich im wesentlichen auf die Kombination der Aussagen „Nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche“ und „Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“ sowie „Die Polizei hätte doch nichts machen können/keine Beweise“ und „Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“.

Aus Jena und Kahla wurde von $n = 22$ bzw. $n = 3$ betroffenen Personen angegeben, warum die Tat nicht zur Anzeige gebracht wurde. In Jena gaben die Betroffenen an erster Stelle (27,3%, $n = 6$) an, daß sie den Vorfall selbst geregelt haben („Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“). Auf eine Geringfügigkeit („Nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kin-

derstreiche“) bzw. eine vermutete Untätigkeit der Polizei („Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“) wiesen jeweils 18,2% (n = 4) der Betroffenen hin. Auch in Jena wurde aus Angst vor Vergeltung und Rache die Tat nicht angezeigt (9,1%, n = 2). Ein weiterer Grund der Nichtanzeige bezieht sich in Jena auf die Angabe, daß die Tat innerhalb der Familie passiert sei (Rubrik „andere Gründe“). Die Betroffenen aus Kahla gaben jeweils an, den Vorfall selbst geregelt zu haben.

Tabelle 8.22: Persönliche Viktimisierung durch tätlichen Angriff (ohne Waffen): Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg* (n = 69)		Emmen- dingen* (n = 20)		Löffin- gen* (n = 6)		Jena (n = 22)		Kahla (n = 3)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	N	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	20	20,6	6	20,0	2		4	18,2	0	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	19	19,6	9	30,0	4		6	27,3	3	
3. Polizei war unnötig	12	12,4	3	10,0	0		2	9,1	0	
4. Ich war nicht versichert	1	1,0	0	0,0	1		1	4,5	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	16	16,5	3	10,0	1		2	9,1	0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	7	7,2	3	10,0	0		4	18,2	0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	3	3,1	0	0,0	0		0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	6	6,2	0	0,0	1		2	9,1	0	
9. Andere Gründe	13	13,4	6	20,0	0		1	4,5	0	
Gesamt	97	100	30	100	9		22	100	3	

* Mehrfachantworten möglich

Die relativ hohen Anteile von Opfern, die den Fall „selbst geregelt haben/Täter war mir bekannt“ deuten darauf hin, daß es sich hier wohl um Straftaten im Bekanntenkreis gehandelt hat. Das dürfte ein wesentlicher

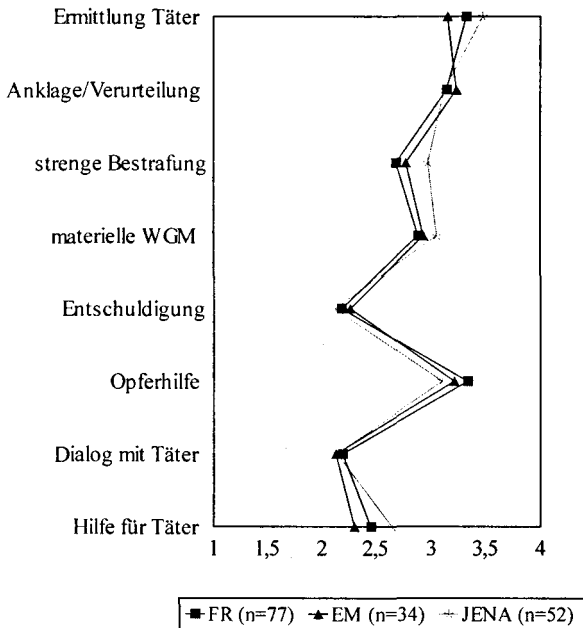
Grund für die Nichtanzeige gewesen sein. Es ist erstaunlich, daß selbst bei einem Delikt, das als relativ schwer eingestuft wird, lediglich in 21,7% (Freiburg) bzw. 33,3% (Emmendingen) der Fälle erfolgreich bei der Polizei Anzeige erstattet wird. Auch in Jena ist die Anzeigequote mit 39,2% relativ niedrig.

Konsequenzen nach Viktimisierung

Wiederum wurde eine persönliche Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen vorgenommen. Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch tätlichen Angriff machten in Freiburg $n = 77$ (82,8%), in Emmendingen $n = 34$ (sämtliche Opfer) sowie in Jena $n = 52$ (89,6%) betroffene Personen. Aus Löffingen antwortete die Hälfte der Opfer ($n = 4$) auf diese Fragestellung, in Kahla wurde diese Frage ebenfalls von der Hälfte ($n = 3$) der betroffenen Personen beantwortet. Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die Angaben aus Löffingen und Kahla nicht in Abbildung 8.84 übernommen.

Als „eher wichtig“ bis „wichtig“ werden von allen Betroffenen die Täterermittlung sowie dessen Anklage und Verurteilung angesehen. Von allen drei Gemeinden legen hier die Befragten aus Jena wiederum den höchsten Wert auf eine strenge Bestrafung, allerdings sind die Unterschiede statistisch nicht signifikant. Im Vergleich zu anderen Deliktsbereichen wird der materiellen Wiedergutmachung ein deutlich geringerer Stellenwert eingeräumt – ein materieller Schaden wurde in diesem Deliktsbereich wahrscheinlich nicht in jedem Fall verursacht. Die Möglichkeit einer staatlichen Opferhilfe wird von den Betroffenen aus den drei Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena jedoch wiederum als „eher wichtig“ betrachtet. Offensichtlich kommt es den Opfern nicht nur auf eine materielle Schadenswiedergutmachung, sondern auch auf eine immaterielle Unterstützung an. Das dürfte damit zu tun haben, daß die Viktimisierungen gerade im Familien- oder Bekanntenkreis auf Probleme im sozialen Nahraum hinweisen, die weniger finanziell als mehr durch psychologische Hilfe bei der Konfliktregelung gelöst werden könnten. Zum Täter hin orientierte Konsequenzen („Entschuldigung“, „Dialog mit Täter“, „Hilfe für Täter“) werden von den Opfern der untersuchten Kommunen eher als unwichtig eingeschätzt. Die angegebenen Mittelwerte unterscheiden sich zwischen den drei Kommunen nicht signifikant voneinander.

Abb. 8.84: *Persönliche Viktimisierung durch tätlichen Angriff (ohne Waffen): Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



Die Einstellungen von durch tätlichen Angriff (ohne Waffen) betroffenen Personen zu den möglichen Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena, sind – wiederum im Vergleich zu den Angaben hierzu aller Opfer der jeweiligen Kommunen (vgl. hierzu Kapitel 8.2) – in den Abbildungen 8.85, 8.86 sowie 8.87 dargestellt.

Für die von einem tätlichen Angriff (ohne Waffen) betroffenen Personen aus Freiburg und Emmendingen kommt der Hilfe für das Opfer eine überdurchschnittliche Bedeutung zu (vgl. Abb. 8.85, 8.86). Die Unterschiede in der Bewertung zwischen den Opfern dieses Deliktes und den Opfern der jeweiligen Kommune insgesamt sind für Freiburg und Emmendingen jeweils statistisch signifikant (t -Test: $p < .01$). Eine Hilfe für den Täter wird

in beiden Kommunen als vergleichsweise eher unwichtig betrachtet. Die materielle Wiedergutmachung des möglicherweise entstandenen Schadens wird eher unterdurchschnittlich bewertet – der seelische bzw. körperliche Schaden dürfte in der Regel beträchtlicher gewesen sein und zu einer überdurchschnittlichen Einstufung der immateriellen Opferhilfe geführt haben (vgl. oben). Die von tätlichem Angriff ohne Waffengewalt betroffenen Personen aus Jena unterscheiden sich in ihrer Einstellung zu den Konsequenzen nach der Tat im wesentlichen nicht zu den Einschätzungen der Opfer insgesamt (vgl. Abb. 8.87).

Abb. 8.85: *Persönliche Viktimisierung durch Tätlichen Angriff (ohne Waffen) in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 77) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*

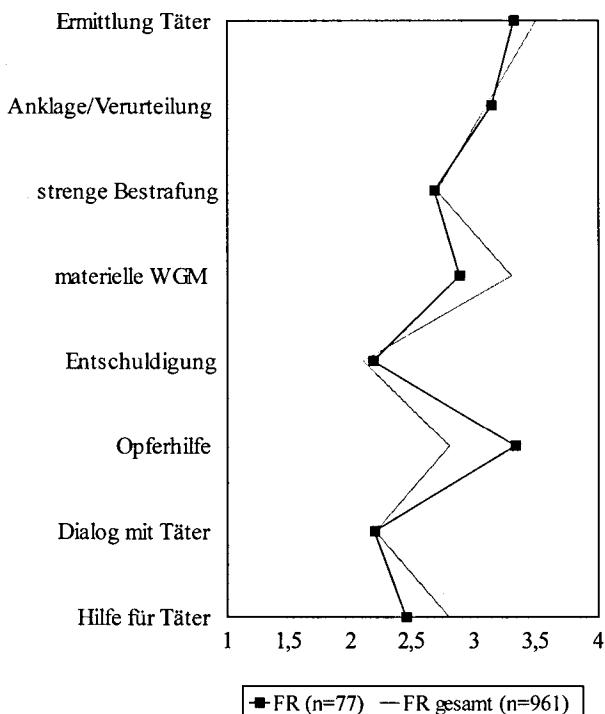
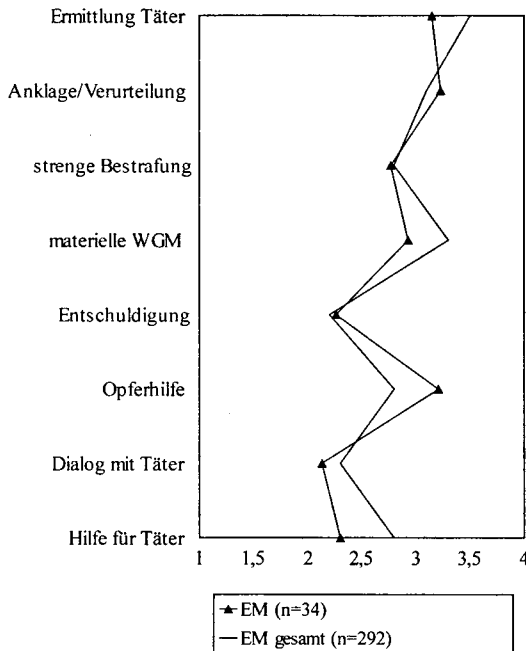


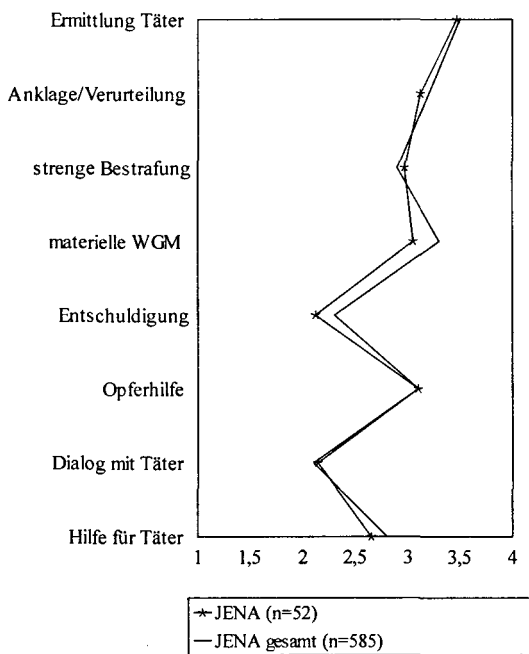
Abb. 8.86: *Persönliche Viktimisierung durch Tötlichen Angriff (ohne Waffen) in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 34) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*



Zusammenfassend ist festzuhalten, daß der behandelte Deliktsbereich des „Tötlichen Angriffs (ohne Waffen)“ hinsichtlich der Tatfolgen für das Opfer schwer einzuschätzen ist. Die Fragestellung weist zwar deutlich auf eine Verletzungsabsicht des Täters hin, trotzdem kann sich das Spektrum der Vorfälle zwischen eher harmlosen Vorfällen und Straftaten mit für das Opfer schwerwiegenden Folgen bewegen. Unterschiede in der Viktimisierungsquote zwischen den ost- und westdeutschen Kommunen sind prozentual vorhanden, jedoch statistisch nicht bedeutsam (Freiburg 4,0%; Jena 3,0%; Löffingen 2,8%; Kahla 2,6%). Eine Stadt-Land-Differenzierung ist in Ost- und Westdeutschland tendenziell erkennbar. Angezeigt wurden in Freiburg und Emmendingen 21,7% bzw. 33,3%, in Jena 39,2% der Vorfälle. Auch die Betroffenen aus Löffingen zeigten den überwiegenden Teil der

Taten nicht an. Die Befragten aus Kahla bildeten die Ausnahme, hier wurde die Hälfte der Vorfälle zur Anzeige gebracht (in den zwei kleineren Orten sind die niedrigen Fallzahlen zu beachten).

Abb. 8.87: *Persönliche Viktimisierung durch Tötlichen Angriff (ohne Waffen) in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 52) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



Unter Berücksichtigung, daß ein größerer Teil der betroffenen Personen angaben, den Fall selbst geregelt zu haben („Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“) bzw. daß sie Angst vor Vergeltung oder Rache hatten („Habe mich aus Angst vor Vergeltung oder Rache nicht getraut“), verwundert die relativ niedrige Anzeigequote für ein solches unter Umständen schweres Delikt nicht. Als weitere Gründe für eine nicht erfolgte Anzeige gaben die Betroffenen aus den fünf Kommunen (in etwa gleicher Ver-

teilung) an, daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“ bzw. „nichts dagegen getan hätte“ sowie, daß der Vorfall nicht schwerwiegend genug gewesen sei. Markante Unterschiede zwischen den Kommunen ergaben sich nicht. Als Ort des tätlichen Angriffs gaben die Betroffenen aus Jena (34,1%), im Vergleich zu den Opfern aus Freiburg (19,0%) und Emmendingen (15,6%), vermehrt an, daß die Tat im engeren Wohnbereich („zu Hause oder in der Nähe“) geschehen sei. Betroffene aus Freiburg und Emmendingen hingegen wurden zum überwiegenden Teil „anderswo in der Stadt“ Opfer eines tätlichen Angriffs (41,7% bzw. 46,9%).

Die vom Opfer als wichtig erachteten Konsequenzen nach der Tat orientieren sich sowohl an der Täterermittlung und Verurteilung als auch an Hilfen für das Opfer. Die Betroffenen aus den westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen sehen – im Vergleich zu anderen Deliktsbereichen – Opferhilfe als einen eher wichtigen Aspekt an. Der vom Täter angerichtete materielle Schaden dürfte in einem Großteil der Vorfälle möglicherweise gering gewesen sein, die materielle Wiedergutmachung nimmt innerhalb möglicher Konsequenzen einen vergleichsweise niedrigen Stellenwert ein. Offensichtlich kommt es einem erheblichen Teil der Opfer mehr auf eine immaterielle Schadenswiedergutmachung an, etwa eine psychologische Hilfe bei der Konfliktregelung.

8.13 Tätlicher Angriff (mit Waffen)

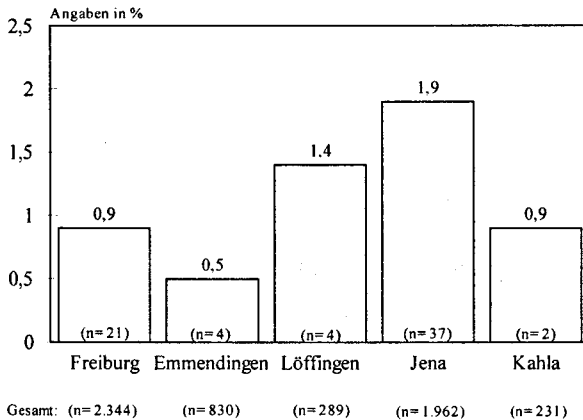
Nachfolgend werden die Ergebnisse zum Deliktsbereich „Tätlicher Angriff“ (vergleichend siehe Deliktskapitel 8.12) dargestellt. Die Opfer wurden bei der hier erfragten Straftat in jedem Fall durch Waffen bedroht oder möglicherweise auch verletzt. Die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand mit Waffen (z.B. Schußwaffen, Messer, Stock, Werkzeuge etc.) angegriffen und Sie dabei verletzt hat oder verletzen wollte?“. Angaben zur Art der Waffe und zur Schwere des Vorfalls wurden nicht erhoben.

Aus Freiburg berichteten 0,9% (n = 21) der befragten Personen (n = 2.344), daß sie einmalig oder auch mehrfach innerhalb des Befragungszeitraumes von ca. einem Jahr Opfer von tätlichem Angriff mit Waffengewalt wurden (vgl. Abb. 8.88). Aus Emmendingen und Löffingen gaben 0,5% (n = 4) bzw. 1,4% (n = 4) der Befragten (n = 830, n = 289) an, von dieser Straftat betroffen gewesen zu sein.

Die Befragten aus Jena (n = 1.962) und Kahla (n = 231) nannten zu 1,9% (n = 37) bzw. 0,9% (n = 2), daß sie, einmalig oder mehrmals, Opfer von

tätlichem Angriff mit Waffeneinsatz wurden. Die in Freiburg und Emmendingen befragten Personen waren im Erhebungszeitraum 1990/91 statistisch signifikant geringer durch diese Straftat belastet als vergleichsweise die Befragten aus Jena (Freiburg/Jena: $\text{Chi}^2 = 7,87$, $\text{df} = 1$, $p < .01$; Emmendingen/Jena: $\text{Chi}^2 = 7,94$, $\text{df} = 1$, $p < .01$). Eine erwartete Stadt-Land-Differenzierung zeigt sich zwischen den westdeutschen Gemeinwesen derart, daß die Befragten aus dem eher ländlichen Bereich Löffingen im Vergleich zu den befragten Personen aus Freiburg und Emmendingen z.T. signifikant stärker durch diese Straftat belastet wurden (Freiburg/Löffingen $\text{Chi}^2 = 1,34$, $\text{df} = 1$, $p < .89$; Emmendingen/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 7,45$, $\text{df} = 1$, $p < .01$). Der Unterschied zwischen den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla ist, entsprechend einem Stadt-Land-Gefälle, statistisch bedeutsam (Jena/Kahla: $\text{Chi}^2 = 5,46$, $\text{df} = 1$, $p < .01$). In den fünf untersuchten Gemeinwesen waren die Befragten jedoch eher selten von dieser Straftat betroffen. Die Fallzahlen sind erwartungsgemäß klein, was die Interpretation der Ergebnisse beeinträchtigt.

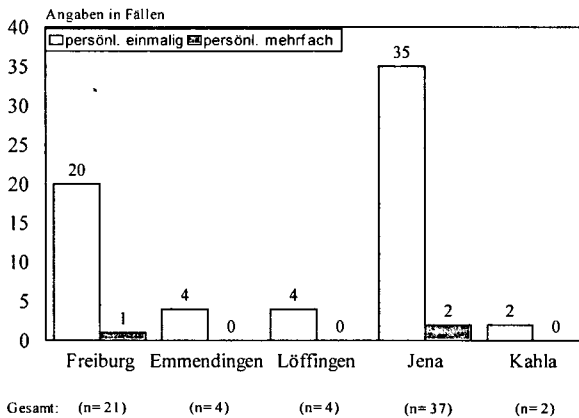
Abb. 8.88: Viktimisierungsraten für tätlichen Angriff (mit Waffen) für die fünf Kommunen



Von den durch die Viktimisierung betroffenen Personen wurde erfaßt, ob sie innerhalb des Befragungszeitraumes mehrmals Opfer von tätlichem Angriff (mit Waffen) geworden sind. Die absolute Anzahl der möglichen

Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der befragten Personen finden sich in Abbildung 8.89. Wie aus der Abbildung hervorgeht, wurden die betroffenen Personen im Befragungszeitraum in der Regel lediglich einmalig Opfer dieser Straftat. Nur in Freiburg und Jena gab ein geringer Teil der Opfer an (4,8% n = 1 bzw. 5,4% n = 2), mehrmals durch dieses Delikt betroffen gewesen zu sein.

Abb. 8.89: *Viktimisierung durch tätlichen Angriff (mit Waffen) - Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*

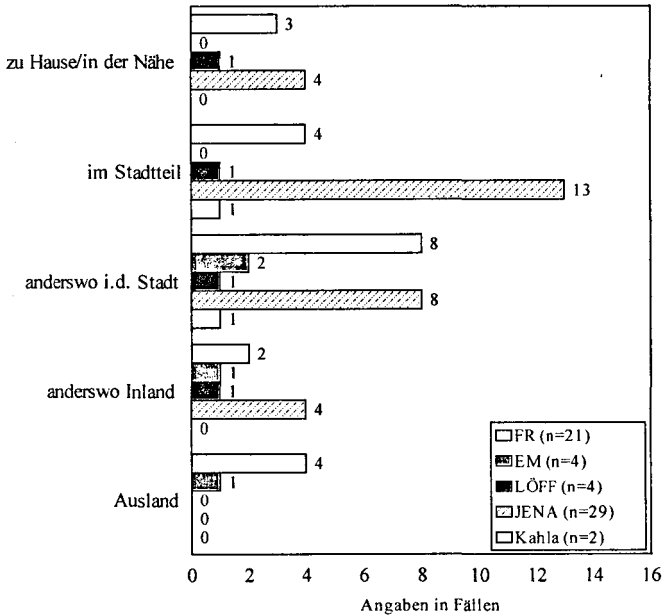


Ort der Viktimisierung

Den betroffenen Personen wurde im Erhebungsbogen der Untersuchung die Frage gestellt, wo der tätliche Angriff (mit Waffen) verübt wurde. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Personen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezieht sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalles (Abb. 8.90).

Zum Ort des Vorfalles äußerten sich in den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen sämtliche betroffenen Personen (Freiburg n = 21, Emmendingen und Löffingen jeweils n = 4). Aus Jena und Kahla berichteten n = 29 (78,3%) bzw. alle (n = 2) von diesem Delikt Betroffenen den Ort des Vorfalles. Aufgrund der insgesamt geringen Anzahl wurde auf eine prozentuale Darstellung verzichtet. In Abbildung 8.90 wird

Abb. 8.90: Tätlicher Angriff mit Waffen: Ort der Viktimisierung



die Verteilung der Fälle wiedergegeben. Die Befragten aus Jena gaben in $n = 13$ Fällen an, daß sie „im Stadtteil“ Opfer dieser Straftat wurden. Der Schwerpunkt von Nennungen betroffener Personen aus Freiburg liegt bei der Angabe, daß der Vorfall „anderswo in der Stadt“ passiert sei. Die übrigen Nennungen, auch die der Betroffenen aus Emmendingen, Löffingen und Kahla, verteilen sich im wesentlichen über die im Erhebungsbogen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten. Insgesamt sind bei der Interpretation wiederum die geringen Fallzahlen zu beachten.

Anzeigeverhalten

Beantwortet wurde von den Opfern eines tätlichen Angriffs mit Waffengewalt die Frage, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf die Viktimisierung erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.23 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen hierzu waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löff-

fingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

Tabelle 8.23: Tätlicher Angriff (mit Waffen): Anzeigerstattung

	Freiburg*		Emmendingen*		Löfflingen*		Jena		Kahla	
	(n = 11)		(n = 2)		(n = 1)		(n = 16)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	0	0,0	0		0		1	6,2		
2. Telefonisch bei der Polizei	3	27,3	0		0		5	31,2		
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	7	63,6	2		1		8	50,0		
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	1	9,1	0		0		2	12,5		
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	0	0,0	0		0		nicht erhoben			
Gesamt	11	100	2		1		16	100		

* Mehrfachantworten möglich

In den westdeutschen Kommunen berichteten nahezu alle von tätlichem Angriff mit Waffengewalt betroffenen Personen (Freiburg n = 20 von insgesamt 21 Opfern, Emmendingen n = 4, sämtliche Opfer, Löfflingen n = 3 von insgesamt 4 Opfern), ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.23). Mehrfachantworten wurden nicht gegeben. In Freiburg und Emmendingen wurden jeweils die Hälfte (10 von 20 bzw. 2 von 4 Vorfällen) der Taten erfolgreich bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Betroffene aus Löfflingen erstatteten lediglich in einem Fall Anzeige. In Jena wurden 14 Vorfälle (n = 31 Opfer; 83,8% dieses Deliktes berichteten über ihr Anzeigeverhalten) erfolgreich bei der Polizei angezeigt (45,2%). In Freiburg und Jena wurde die Anzeigerstattung in n = 1 bzw. n = 2 Fällen von der Polizei abgewiesen. Die Anzeigerstattung erfolgte in der Regel persönlich bei der Polizei. Angaben zum Anzeigeverhalten der Betroffenen aus Kahla liegen nicht vor. Obwohl es sich hier wohl um ein relativ schweres Delikt gehandelt haben mag, wurden von den betroffenen Personen in

den ost- sowie in westdeutschen Kommunen nur ca. die Hälfte der Vorfälle angezeigt.

Tab. 8.24: *Tätlicher Angriff (mit Waffen): Gründe für Nichtanzeige*

	Freiburg [*]		Emmen- dingen [*]		Löffin- gen [*]		Jena		Kahla	
	(n = 9)		(n = 2)		(n = 2)		(n = 15)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/ kein Schaden/ Kinderstreich	1		1		1		2	13,3		
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	4		1		2		5	33,3		
3. Polizei war unnötig	0		0		1		1	6,7		
4. Ich war nicht versichert	0		0		0		0	0,0		
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	2		0		0		3	20,0		
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	2		0		0		3	20,0		
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	0		0		0		0	0,0		
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	0		0		0		1	6,7		
9. Andere Gründe	1		0		0		0	0,0		
Gesamt	10		2		4		15	100		

* Mehrfachantworten möglich

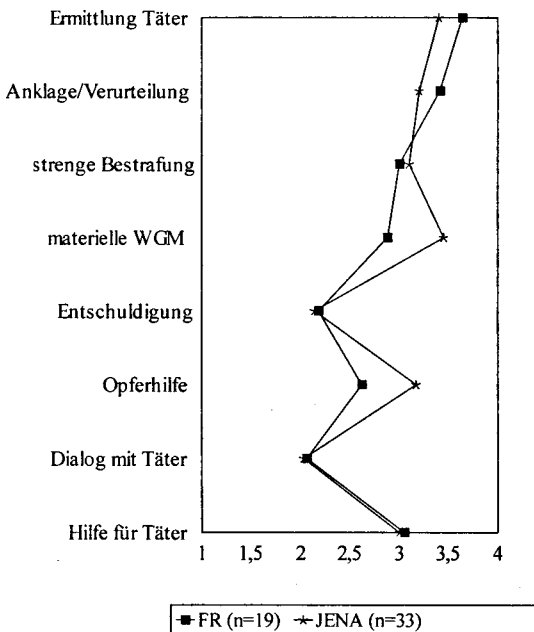
Wie aus Tabelle 8.24 zu ersehen ist, wurde von Betroffenen aus Freiburg und Jena in n = 5 Nennungen bzw. in n = 7 Fällen als Grund der nicht erfolgten Anzeige eine Geringfügigkeit der Tat oder, daß die betroffene Person den Vorfall selbst geregelt habe bzw. der Täter ihr bekannt war, genannt („Nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreich“ bzw. „Habe es selbst geregelt/Täter war mit bekannt“). Die Angaben aus Emmendingen und Löffingen nennen ebenfalls diese Gründe. Übrige Angaben weisen auf die geringen Möglichkeiten der Polizei, in solchen Fällen etwas machen zu können („Die Polizei hätte doch nichts machen können/Keine Beweise“) bzw. auf (vermutete) Untätigkeit der Polizei („Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“), hin. Aus Angst vor Vergeltung und Rache zeigte lediglich in Jena eine betroffene Person die Tat nicht an.

Konsequenzen nach Viktimisierung

Wiederum wurde eine persönliche Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung von den persönlich betroffenen Personen vorgenommen.

Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Viktimisierung durch tätlichen Angriff mit Waffen machten aus Freiburg $n = 19$ (von $n = 21$ Opfern) bzw. aus Jena $n = 33$ (89,2%) Betroffene. Aus Emmendingen und Löffingen beantwortete jeweils eine betroffene Person diese Frage (keine Angaben in Abb. 8.91). Aus Abbildung 8.91 ist zu ersehen, daß Täterermittlung, Anklage bzw. Verurteilung, strenge Bestrafung, aber auch Hilfe für den Täter von den Betroffenen aus Freiburg und Jena als „eher wichtig“ bis „wichtig“ angesehen werden. Materielle Wiedergutmachung und eine

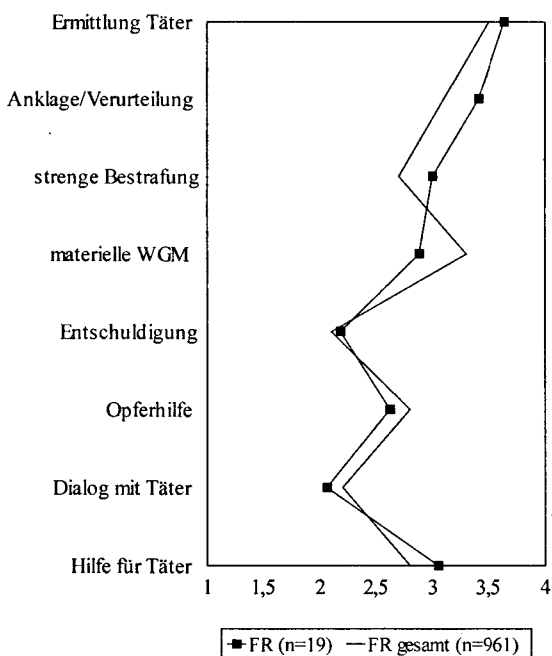
Abb. 8.91: *Viktimisierung durch tätlichen Angriff (mit Waffen): Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer dieses Deliktes (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



mögliche staatliche Opferhilfe wird von Betroffenen aus Jena vergleichsweise eher als wichtig angesehen als von Opfern aus Freiburg. Die Bewertung der möglichen Konsequenzen entspricht der Schwere des Deliktes. Die Jenaer Befragten plädieren bei diesem Delikt wiederum etwas mehr für eine strenge Bestrafung als die Freiburger Probanden.

Die Einstellungen der von tätlichem Angriff (mit Waffen) betroffenen Personen zu den möglichen Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg und Jena, sind – im Vergleich zu den Angaben sämtlicher Opfer der jeweiligen Kommunen (vgl. hierzu Kapitel 8.2) – in den Abbildungen 8.92 und 8.93 dargestellt.

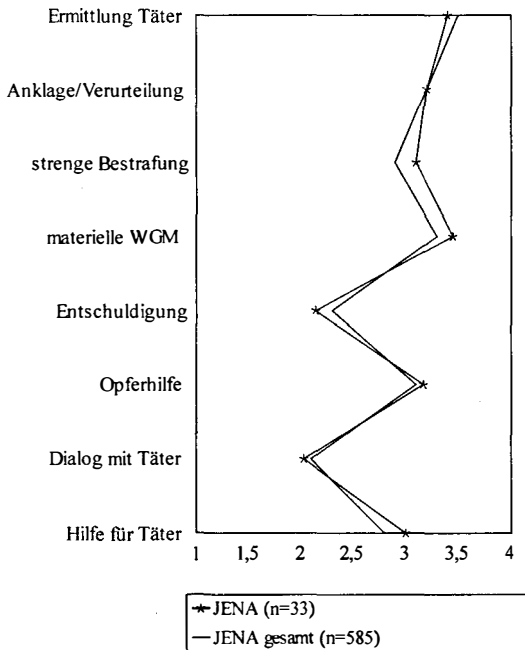
Abb. 8.92: *Viktimisierung durch tätlichen Angriff (mit Waffen) in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 19) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Die von einem tätlichen Angriff (mit Waffen) betroffenen Personen aus Freiburg sehen insbesondere eine Anklage und Verurteilung des Täters so-

wie dessen strenge Bestrafung als überdurchschnittlich wichtig an (vgl. Abb. 8.92). Tendenziell befürworten auch die Betroffenen aus Jena, im Vergleich zu den Einschätzungen der Opfer dieser Kommune insgesamt, eine strenge Bestrafung des Täters (vgl. Abb. 8.93). Im wesentlichen unterscheiden sich die Einstellungen der von tätlichem Angriff mit Waffengewalt betroffenen Personen aus Freiburg und Jena jedoch nur geringfügig von den Einstellungen der Opfer insgesamt zu den Konsequenzen nach der Tat. In beiden Kommunen ist auf die geringe Fallzahl hinzuweisen.

Abb. 8.93: *Viktimisierung durch tätlichen Angriff (mit Waffen) in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der Opfer dieses Deliktes (n = 33) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*



Zusammenfassend ist zum Deliktsbereich „Tätlicher Angriff mit Waffengewalt“ zu sagen, daß die Befragten aller untersuchten fünf Kommunen erwartungsgemäß eher selten durch dieses Delikt betroffen waren. Die Ge-

fahr, Opfer eines tätlichen Angriffs mit Waffengewalt zu werden, ist in der ostdeutschen Kommune Jena, vergleichsweise zu den übrigen Gemeinwesen, geringfügig höher. Im Vergleich zu Freiburg (0,9%) gaben in Jena (1,9%) mehr als doppelt so viele der Befragten an, von diesem Delikt innerhalb des Befragungszeitraumes von ca. einem Jahr betroffen gewesen zu sein. Auch die Befragten aus Löffingen waren durch diese Straftat im Verhältnis zu den westdeutschen städtischen Kommunen Freiburg (0,9%) und Emmendingen (0,5%) stärker belastet (1,4%).

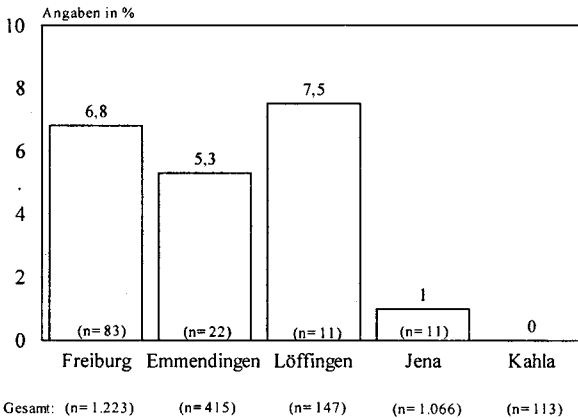
Aussagen über die Schwere der Vorkommnisse können nur ansatzweise gemacht werden. Lediglich in etwa der Hälfte der berichteten Vorfälle zeigten die Betroffenen, ausnahmslos bei der Polizei, an. Als Grund der nicht erfolgten Anzeige nannten die Opfer vor allem, die Angelegenheit selbst geregelt zu haben bzw. daß der Täter ihnen bekannt war („Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“). Die betroffenen Personen aus Jena sehen im Bereich der Punitivitätseinstellungen die materielle Wiedergutmachung des Schadens und wiederum die Möglichkeit einer staatlichen Hilfe für Opfer als wichtiger an als im Vergleich die Betroffenen aus Freiburg. Ost- und Westdeutsche stufen die Ermittlung des Täters, dessen Anklage und Verurteilung sowie die strenge Bestrafung als „eher wichtig“ bis „wichtig“ ein. Es entsteht der Eindruck, daß ein Teil der Taten im sozialen Nahraum bzw. im Bekanntenkreis geschah, ein anderer Teil von mehr oder weniger fremden Tätern ausgeübt wurde. Der erste Teil der Straftaten wurde weitgehend ohne Polizei geregelt, während der zweite Teil eher angezeigt wurde. Gerade solch schwere Straftaten sind bekanntermaßen oft Beziehungstaten.

8.14 Sexuelle Belästigung

In die Auswertungen zum Bereich der sexuellen Belästigung wurden nur weibliche Befragte einbezogen. Wenige angegebene sexuelle Angriffe gegen Männer (n = 3) wurden bei der Frage nach einem tätlichen Angriff (ohne Waffen) erfaßt. Die Angaben in der nachfolgenden Darstellung beziehen sich ausschließlich auf weibliche Befragte. Die Deliktskategorie dürfte hinsichtlich der Schwere der erfaßten sexuellen Übergriffe vielfältig sein. Sie kann von sexueller Nötigung bis zu anzüglichem Verhalten unterschiedliche Sachverhalte erfassen, wobei der Vorfall nicht zwangsläufig im rechtlichen Sinne strafbar gewesen sein muß. Insgesamt ist davon auszugehen, daß die meisten hier erfaßten Vorfälle eher leichteren Ausmaßes sind.

Auf die Frage, ob sie innerhalb des Befragungszeitraumes Opfer von sexueller Belästigung geworden sind (die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Ist es Ihnen seit November 1990 vorgekommen, daß Sie jemand in sexueller Absicht auf unverschämte Art gepackt oder betastet hat?“), gaben 6,8% (n = 83) der weiblichen Befragten aus Freiburg (n = 1.223) an, von diesem Delikt einmalig oder mehrmals betroffen gewesen zu sein. In Emmendingen und Löffingen nannten jeweils 5,3% (n = 22) bzw. 7,5% (n = 11) der befragten Frauen (n = 415 bzw. n = 147) einen solchen Vorfall. Aus Jena waren 1,0% (n = 11) der Befragten (n = 1.066) durch sexuelle Belästigung betroffen. Aus Kahla wurden von den weiblichen Befragten (n = 113) keine Vorfälle sexueller Belästigung angegeben.

Abb. 8.94: *Viktimisierungsraten für sexuelle Belästigung für die fünf Kommunen*



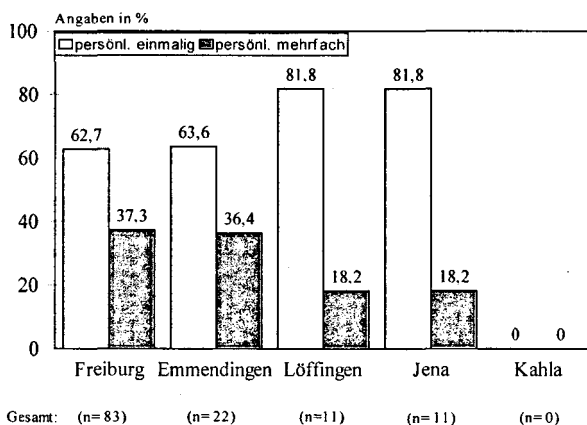
Wie aus Abbildung 8.94 zu ersehen ist, gaben die weiblichen Befragten der westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen in wesentlich höherem Maße entsprechende Vorfälle an als im Vergleich die ostdeutschen befragten Frauen aus Jena und Kahla (keine Nennung). Der Unterschied zwischen in Größe und Einwohnerzahl vergleichbaren Kommunen wie Freiburg und Jena bzw. Löffingen und Kahla ist auffällig und statistisch hochsignifikant (Freiburg/Jena: $\chi^2 = 47.89$, $df = 1$, $p < .001$). Statistisch bedeutsame Unterschiede zwischen den westdeutschen Kommunen finden sich nicht, nach der aus Abbildung 8.94 ersichtlichen prozentualen Verteilung sind jedoch die befragten Frauen aus dem Bereich Löffin-

gen tendenziell eher mehr von Vorfällen dieser Art betroffen als im Vergleich Befragte aus Freiburg und Emmendingen. Im Ost-West-Vergleich nannten die befragten westdeutschen Frauen wie erwähnt deutlich häufiger Vorfälle sexueller Belästigung als die ostdeutschen Befragten.

Diese Unterschiede können, zumindest teilweise, durch verschiedene Reaktionsweisen Betroffener auf Sexualstraftaten allgemein bzw. sexuelle Belästigungen zurückzuführen sein. Das Thema sexuelle Gewalt gegen Frauen wurde von westdeutschen Medien, insbesondere von der „Frauenbewegung“, seit Jahren aufgegriffen und diskutiert, was möglicherweise sowohl bei Betroffenen als auch in der Öffentlichkeit zu mehr Sensibilität für das Erniedrigende bzw. Verletzende von Übergriffen dieser Art geführt hat.

Vor diesem Hintergrund ist es wahrscheinlich, daß sich Frauen in Westdeutschland mehr gegen sexuelle Belästigung bzw. sexuelle Gewalt zur Wehr setzen, Vorkommnisse dieser Art nicht mehr akzeptieren und darin bestärkt wurden, sich über entsprechende Vorfälle zu äußern bzw. Hilfe zu suchen. Zudem wurden für Opfer mehr und mehr Beratungs- und Hilfsstellen eingerichtet.

Abb. 8.95: *Viktimisierung durch sexuelle Belästigung - Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*



Geht man davon aus, daß diese Umstände dazu beitragen, daß von Frauen aus westdeutschen Kommunen mehr Fälle sexueller Belästigung genannt

wurden als vergleichsweise in Jena bzw. Kahla, so würde die Öffentlichmachung von Vorkommnissen dieser Art bei den ostdeutschen befragten Frauen noch einen Tabubereich darstellen.

Eine weitere mögliche Erklärung der Unterschiede könnte sich auf die gesellschaftliche Stellung der Frauen in Ostdeutschland beziehen. Schulische und insbesondere berufliche Ausbildung und Tätigkeit waren in der ehemaligen DDR weit weniger an einer Geschlechterrolle orientiert als in Westdeutschland. Z.B. die berufliche Situation der Frauen konnte sich, aufgrund besonderer Maßnahmen und Förderung (Kinderbetreuung etc.), mit der von Männern vergleichen. Es ist zu vermuten, daß ein höheres Maß an tatsächlich verwirklichter Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern auch Übergriffe dieser Art zurückgedrängt hat.

Durch diese Vorfälle betroffene Frauen wurden gebeten anzugeben, ob sie innerhalb des Befragungszeitraumes mehrmals Opfer von sexueller Belästigung geworden sind. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimsierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der Befragten finden sich in Abbildung 8.95.

Wie zu ersehen ist, gaben von den betroffenen Frauen aus Freiburg (n = 83) und Emmendingen (n = 22) 37,3% (n = 31) bzw. 36,4% (n = 8) an, mehrmals von Vorkommnissen dieser Art betroffen gewesen zu sein. Aus Löffingen und Jena berichteten jeweils 18,2% (n = 2 bzw. n = 11) der Betroffenen von mehrmaligen Vorfällen. Die von sexueller Belästigung betroffenen Frauen aus Freiburg und Emmendingen gaben an, im Vergleich zu Jena auch häufiger mehrmals Opfer von Übergriffen dieser Art geworden zu sein. Die tatsächliche Anzahl der Vorkommnisse wurde nicht erfaßt.

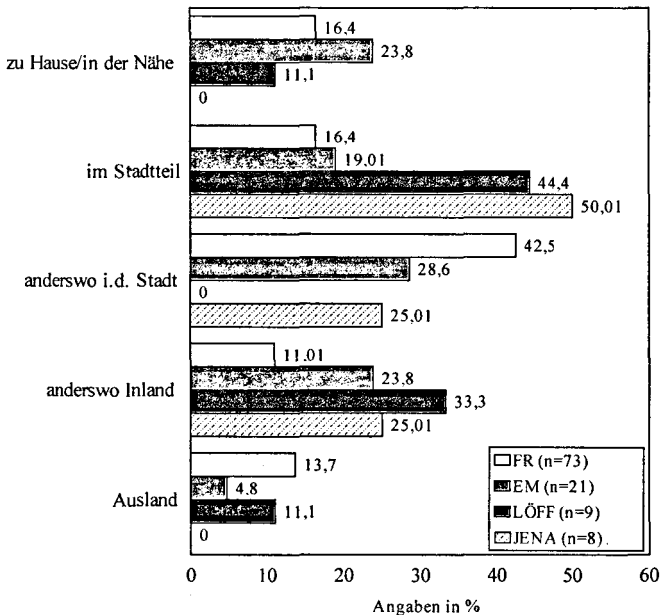
Ort der Viktimisierung

Die betroffenen Frauen wurden gebeten anzugeben, wo sie Opfer von sexueller Belästigung wurden. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“, sowie „im Ausland“. Falls die befragten Frauen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezieht sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls (Abb. 8.96).

Zum Ort des Vorfalles äußerten sich in Freiburg n = 73 (87,9%), in Emmendingen und Löffingen n = 21 (von insgesamt 22 Opfern) bzw. n = 9 (von 11) betroffenen Frauen. Wie aus Abbildung 8.96 ersichtlich ist, gab der überwiegende Teil der Freiburger Betroffenen als Viktimisierungsort die Antwortkategorie „anderswo in der Stadt“ an (42,5%, n = 31). Die üb-

rigen genannten Vorfälle aus Freiburg verteilen sich im wesentlichen auf die Antwortmöglichkeiten. In jeweils ca. einem Viertel der Fälle wird von betroffenen Frauen aus Emmendingen als Ort des Vorkommnisses „zu Hause oder in der Nähe“, „anderswo in der Stadt“ bzw. „anderswo im Inland genannt“. Der Schwerpunkt der Angaben aus Löffingen liegt bei den Antwortkategorien „im Stadtteil“ bzw. „anderswo im Inland“. Aus Jena äußerten sich n = 8 betroffene Frauen (von insgesamt 11 Opfern) zum Ort des Vorfalls. Die Hälfte dieser Vorkommnisse geschah „im Stadtteil“. Bis auf die Angaben aus Freiburg sind in den übrigen Kommunen die sehr geringen Fallzahlen zu beachten.

Abb. 8.96: Sexuelle Belästigung: Ort der Viktimisierung



Anzeigeverhalten

Beantwortet wurde von den durch Vorkommnisse dieser Art betroffenen Frauen die Frage, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf den Vorfall erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Ta-

belle 8.25 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

In Freiburg, Emmendingen und Löffingen berichteten $n = 72$ (86,7%), $n = 19$ (von 22) bzw. alle ($n = 11$) betroffenen Frauen, ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.25). Die Anzeigequote beträgt für Freiburg (in 2 Fällen wurde hier die Anzeigerstattung von der Polizei abgewiesen) 8,3%. In Emmendingen und Löffingen wurden $n = 2$ bzw. ein Vorfall anderen Stellen (Arbeitgeber, Rechtsanwalt) gemeldet bzw. bei der Polizei angezeigt. Mehrfachantworten ergaben sich nicht. Aus Jena berichteten von insgesamt $n = 11$ Betroffenen 8 Frauen über ihr Anzeigeverhalten. Hier wurden 2 Vorkommnisse der Polizei gemeldet. Nahezu alle von Vorfällen dieser Art betroffenen Frauen, die zu dieser Frage Angaben machten, verzichteten auf eine Anzeigerstattung.

Tabelle 8.25: Sexuelle Belästigung: Anzeigerstattung

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 8)		(n = 2)		(n = 1)		(n = 2)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	0		0		0		0			
2. Telefonisch bei der Polizei	3		0		1		0			
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	1		0		0		2			
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	2		0		0		0			
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	2		2		0		nicht erhoben			
Gesamt	8		2		1		2			

* Mehrfachantworten möglich

In Freiburg und Emmendingen gaben $n = 64$ bzw. $n = 17$ Frauen (siehe Tabelle 8.26) Gründe für eine nicht erfolgte Anzeige an (bedingt durch Mehr-

fachangaben ergaben sich 94 Nennungen bzw. 23 Nennungen). Aus Löffingen wurden von $n = 10$ betroffenen Frauen Gründe der Nichtanzeige angegeben. Von einem erheblichen Teil der Betroffenen wurde dem Vorfall keine große Bedeutung („Nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche“) zugemessen (Freiburg 23,4% der Nennungen, $n = 22$; Emmendingen 30,4%, $n = 7$, Löffingen $n = 3$) bzw. daß der Vorfall selbst geregelt wurde („Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“, 17,0%, 21,7% bzw. $n = 2$). Diese zwei Gründe wurden auch in Verbindung (Mehrfachangaben) genannt. Des weiteren wiesen die betroffenen Frauen darauf hin, daß die Polizei nichts hätte machen können bzw. Ermittlungen nicht aufgenommen hätte („Die Polizei hätte doch nichts machen können/keine Beweise“ bzw. „Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“). Diese Gründe wurden mehrfach in Kombination genannt.

Tabelle 8.26: Sexuelle Belästigung: Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche	22	23,4	7	30,4	3		2			
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	16	17,0	5	21,7	3		2			
3. Polizei war unnötig	8	8,5	4	17,4	2		0			
4. Ich war nicht versichert	0	0,0	0	0,0	0		0			
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	22	23,4	0	0,0	4		0			
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	12	12,8	3	13,0	0		0			
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	5	5,3	0	0,0	0		0			
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	6	6,4	1	4,5	0		1			
9. Andere Gründe	3	3,2	3	13,0	0		1			
Gesamt	94	100	23	100	12		6			

* Mehrfachantworten möglich

In Freiburg entfallen auf diese Antworten 23,4% (n = 22) bzw. 12,8% (n = 12) der Nennungen. Vergleichbar sind die Angaben aus Emmendingen und Löffingen. 11,7% (n = 11) der Betroffenen aus Freiburg geben als Grund der Nichtanzeige Angst vor Vergeltung und Rache bzw. Mißtrauen der Polizei gegenüber an. Die wenigen Angaben aus Jena (n = 6) beziehen sich auf eine geringe Schwere des Vorfalls bzw. auf Angst vor Vergeltung sowie „andere Gründe“.

Von den betroffenen Frauen aus den ost- und westdeutschen Kommunen werden im wesentlichen drei Hauptgründe für eine Nichtanzeige bei sexueller Belästigung angeführt: Zum einen wird der Vorfall als nicht so schwerwiegend erachtet, daß die Einschaltung z.B. der Polizei als notwendig angesehen wurde. Des weiteren wird von den Frauen auf eine Selbstregulation des Vorfalls sowie auf die geringen Erfolgsaussichten der Anzeigerstattung hingewiesen. Unsere Vermutung, daß es sich bei dieser Deliktskategorie insgesamt um eher leichtere Straftaten handelt, wenn überhaupt straffälliges Verhalten gegeben war, konnte somit bestätigt werden.

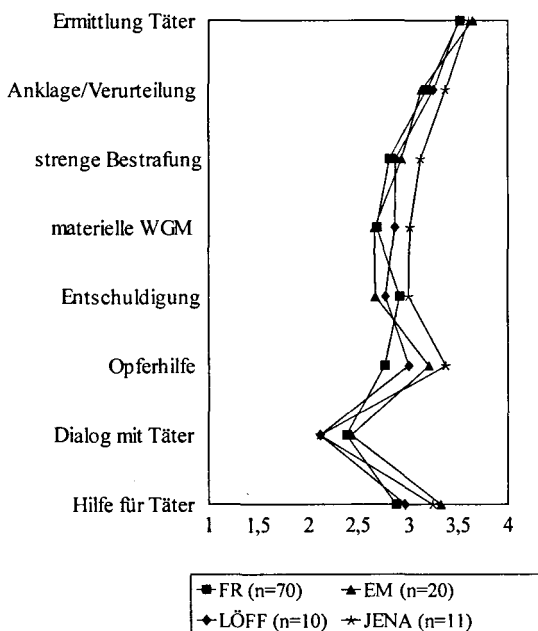
Konsequenzen nach Viktimisierung

Durch die persönlich betroffenen Personen konnte eine Einschätzung der Konsequenzen auf die Viktimisierung vorgenommen werden. Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer sexuellen Belästigung machten in Freiburg n = 70 (84,3%), in Emmendingen n = 20 (von n = 22 betroffenen Frauen), in Löffingen n = 10 (von insgesamt n = 11 Betroffenen) sowie in Jena alle n = 11 betroffenen Personen. Die Angaben aus Löffingen und Jena wurden aufgrund der niedrigen Fallzahlen lediglich aus Vergleichsgründen in Abbildung 8.97 übernommen.

Einerseits ist aus den Angaben zur Fragestellung von betroffenen Frauen aller vier Kommunen eine sanktionsorientierte Einstellung ersichtlich: „Täterermittlung“; „Anklage/Verurteilung“ stehen im Vordergrund. Andererseits wird die Entschuldigung als Wiedergutmachungsleistung in höherem Maße akzeptiert als im Vergleich zu anderen Deliktsbereichen, ein „Dialog mit dem Täter“ wird hingegen in der Mehrzahl der Fälle abgelehnt. Tendenziell fordern mehr betroffene Frauen aus Jena eine strengere Bestrafung als Betroffene aus den übrigen Kommunen. Hilfe für Opfer und Täter werden von den Betroffenen, insbesondere den Frauen aus Jena, als gleichermaßen wichtig angesehen. Die höhere Punitivität der Jenaer Opfer wird einmal mit den in Ostdeutschland damals noch härteren Strafeinstellungen der Bevölkerung zu tun haben, kann aber zusätzlich dadurch mitbe-

dingt sein, daß in Jena die Viktimisierungsrate deutlich niedriger ist als in den westdeutschen Kommunen, was u.U. damit zusammenhängt, daß in Jena störendes Verhalten mit sexuellem Hintergrund weniger schnell als sexuelle Belästigung eingestuft wird als von den westdeutschen Frauen (vgl. oben). Das würde gleichzeitig bedeuten, daß die als Viktimisierungen betrachteten und definierten Fälle in Ostdeutschland gravierender sind als in Westdeutschland.

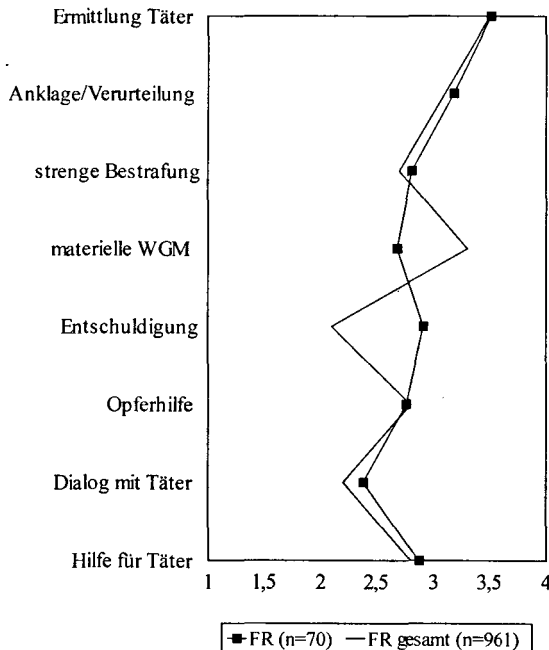
Abb. 8.97: *Viktimisierung durch sexuelle Belästigung: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der weiblichen Opfer dieser Vorfälle (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



Die erfragten Einschätzungen der durch sexuelle Belästigung betroffenen Frauen zu den erfragten Konsequenzen für Täter und Geschädigte wurden, bezogen auf die Kommunen Freiburg, Emmendingen, Löffingen und Jena, den Angaben zu den Konsequenzen der Opfer insgesamt gegenübergestellt (vgl. hierzu Kapitel 8.2).

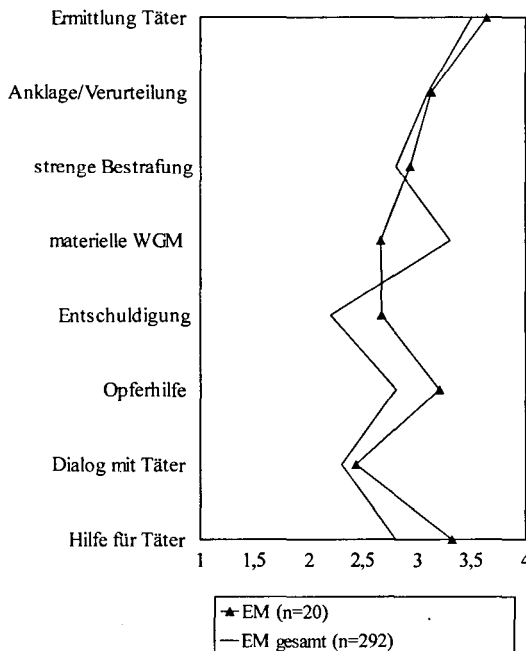
Gemessen an der Einschätzung aller Opfer, getrennt nach den fünf Kommunen, orientieren sich die Angaben der Betroffenen aus den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen im wesentlichen an den Einschätzungen der Opfer insgesamt (vgl. Abbildungen 8.98, 8.99, 8.100), allerdings mit zwei deutlichen Abweichungen: Die materielle Wiedergutmachung wird als eher unwichtiger und die Entschuldigung des Täters als eher wichtiger im Vergleich zu den Angaben der Opfer insgesamt eingeschätzt. Ein materieller Schaden ist in diesem Deliktsbereich in der Regel nicht zu erwarten. Die Entschuldigung des Täters, in Emmendingen aber auch die Hilfe für Opfer und Täter, werden als eher überdurchschnittlich wichtiger eingestuft, sicherlich auch deshalb, weil dadurch die psychische Beeinträchtigung durch die Tat reduziert werden kann.

Abb. 8.98: *Viktimisierung durch sexuelle Belästigung in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der weiblichen Opfer dieses Deliktes (n = 70) sowie der Opfer insgesamt (n = 961)*



Für die betroffenen Frauen aus Jena (vgl. Abb. 8.101) ist ebenfalls eine Entschuldigung des Täters sowie die Hilfe für Opfer und Täter überdurchschnittlich wichtiger. Im Gegensatz zu den westdeutschen Kommunen werden die zu einer Bestrafung des Täters führenden Konsequenzen (Täterermittlung, Anklage und Verurteilung sowie eine strenge Bestrafung), im Vergleich zu den Einstellungen der Opfer insgesamt, als eher wichtiger bewertet. Die geringen Fallzahlen in Emmendingen, Löffingen und Jena sind jedoch bei der Interpretation dieser Ergebnisse zu beachten.

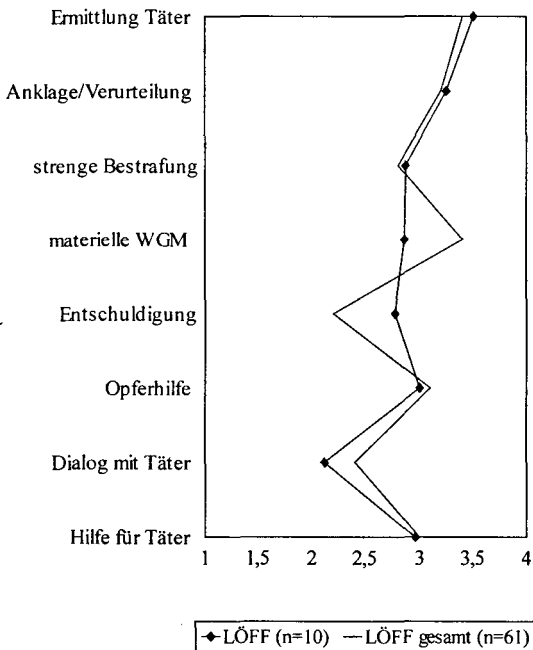
Abb. 8.99: *Viktimisierung durch sexuelle Belästigung in Emmendingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der weiblichen Opfer dieses Deliktes (n = 20) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*



Zusammenfassend ist zu sagen, daß Vorkommnisse sexueller Belästigung von befragten Frauen in allen fünf untersuchten Kommunen relativ selten genannt worden sind. Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Angabequoten vergleichbarer west- bzw. ostdeutscher Gemeinden (z.B. Freiburg

6,8% – Jena 1,0%; Löffingen 7,5% – Kahla 0,0%). Die von sexueller Belästigung betroffenen Frauen aus Freiburg und Emmendingen berichteten zudem, daß sie häufiger mehrmals Übergriffen dieser Art ausgesetzt waren. Es muß zudem davon ausgegangen werden, daß möglicherweise nicht alle von Vorfällen dieser Art betroffenen Frauen hierüber berichtet haben.

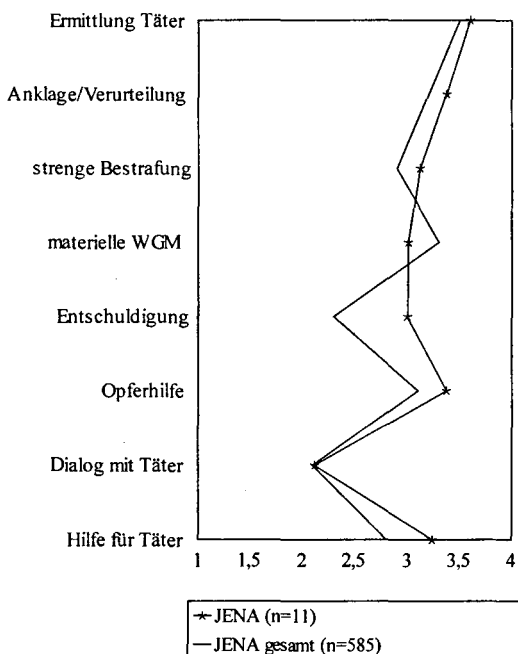
Abb. 8.100: *Viktimisierung durch sexuelle Belästigung in Löffingen: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der weiblichen Opfer dieses Deliktes (n = 10) sowie der Opfer insgesamt (n = 61)*



Nur äußerst wenige Vorkommnisse wurden der Polizei oder anderen Stellen gemeldet (ca. 10%). Als Gründe für die Nichtanzeige wurde auf die Geringsfügigkeit des Vorfalls und eine Selbstregulation hingewiesen sowie darauf, daß eine Anzeige wenig erfolgversprechend gewesen wäre. Als Konsequenzen nach dem Vorkommnis sahen die Betroffenen die Sanktionierung des Täters sowie Hilfe für Opfer und Täter als eher wichtig an. Überdurchschnittlich häufig wird von den betroffenen weiblichen Opfern

eine Entschuldigung des Täters als wichtig angesehen. Das dürfte vor allem in solchen Fällen wichtig sein, in denen Täter und Opfer sich (gut) kennen. Die Frauen legen somit bei diesem Delikt überdurchschnittlich großen Wert auf eine Entschuldigung durch den Täter, was auch darauf hinweist, daß es sich bei den Vorkommnissen eher um weniger gravierendes lästiges Verhalten gehandelt haben mag. Der Dialog mit dem Täter wird jedoch eher abgelehnt, wie auch bei den übrigen Viktimisierungen. Das ist plausibel, da der Dialog eine Konfrontation mit dem Täter beinhalten würde. Hinzu kommt, daß die Möglichkeit eines Dialoges unter Anleitung einer Fachperson wie etwa eines Sozialarbeiters aufgrund geringerer Erfahrung hiermit und weniger Aufklärung über diese Möglichkeit der Konflikt- und Schadensschlichtung in der Öffentlichkeit eher abgelehnt werden dürfte.

Abb. 8.101: *Viktimisierung durch sexuelle Belästigung in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der weiblichen Opfer dieses Deliktes (n = 11) sowie der Opfer insgesamt (n = 585)*

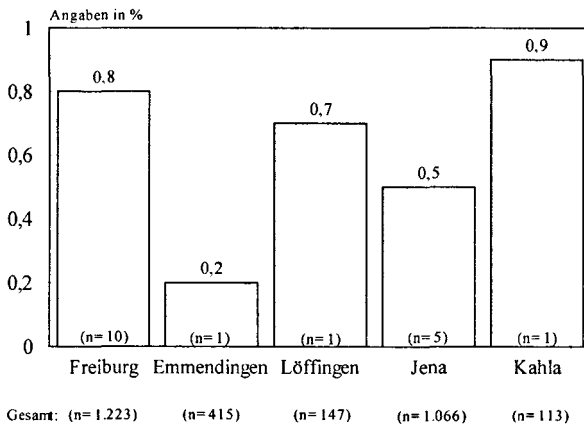


8.15 Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung

Viktimisierung

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Untersuchung zu Vergewaltigung bzw. versuchter Vergewaltigung dargestellt. Die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Ist Ihnen seit November 1990 passiert, daß jemand Sie vergewaltigt hat bzw. versucht hat, Sie zu vergewaltigen?“. Die Ergebnisse beziehen sich wiederum ausschließlich auf weibliche Befragte. In Freiburg gaben 0,8% (n = 10) der weiblichen Befragten (n = 1.223) an, daß sie einmalig oder mehrmals innerhalb des Befragungszeitraumes von ca. einem Jahr Opfer dieses Deliktes wurden (vgl. Abb. 8.102). Befragte Frauen aus Emmendingen (n = 415) und Löffingen (n = 147) gaben zu 0,2% (n = 1) bzw. 0,7% (n = 1) an, daß sie Opfer einer Vergewaltigung bzw. versuchten Vergewaltigung geworden sind. Die befragten Frauen aus Jena (n = 1.066) und Kahla (n = 113) nannten zu 0,5% (n = 5) bzw. 0,9% (n = 1), durch dieses Delikt betroffen gewesen zu sein.

Abb. 8.102: Viktimisierungsraten der weiblichen Befragten für Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung für die fünf Kommunen

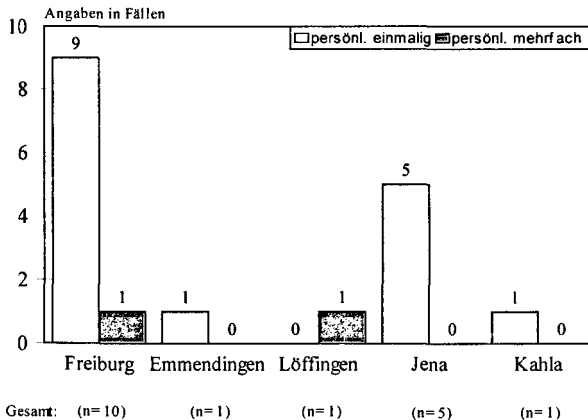


Die durch Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung betroffenen Frauen wurden gebeten anzugeben, ob sie innerhalb des Befragungszeit-

raumes mehrmals Opfer von Vergewaltigung bzw. versuchter Vergewaltigung geworden sind. Die absolute Anzahl der möglichen Mehrfachviktimisierungen wurde nicht erhoben. Die Angaben der Befragten finden sich in Abbildung 8.103.

Wie aus Abbildung 8.103 (Angabe der Fälle) zu ersehen ist, war in Freiburg und Löffingen jeweils eine Frau mehrmals durch Straftaten dieser Art betroffen. In den übrigen Kommunen handelte es sich – im Befragungszeitraum – um einmalige Vorfälle. Bei den mehrmaligen Vorfällen ist nicht auszuschließen, daß es sich um Vergewaltigungen durch einen bekannten Mann, evtl. sogar durch den Ehemann (Vergewaltigung in der Ehe) handelte.

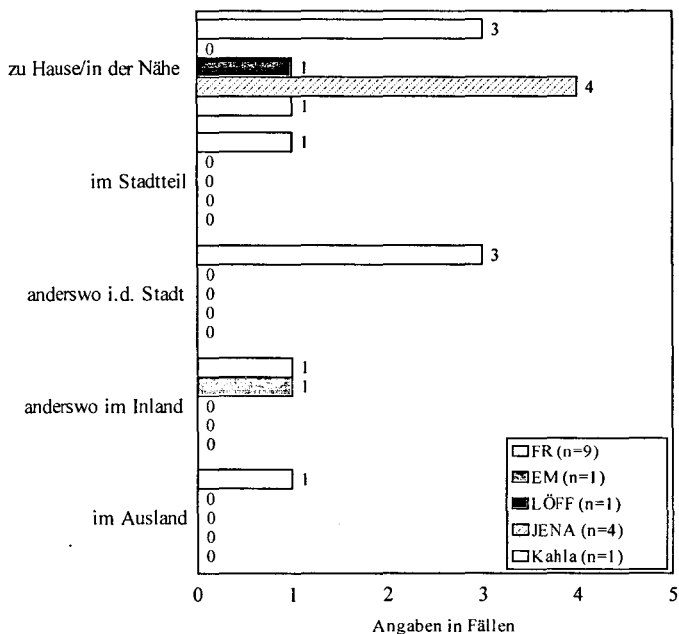
Abb. 8.103: *Viktimisierung durch Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung - Angaben zu: „Ist mir persönlich einmalig/mehrfach passiert“*



Ort der Viktimisierung

Die betroffenen Frauen wurden gebeten anzugeben, wo sie Opfer von Vergewaltigung bzw. versuchter Vergewaltigung wurden. Als Vorgaben wurden genannt: „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“. Falls die befragten Frauen mehrfach Opfer dieses Deliktes wurden, bezieht sich die Angabe auf den Ort des letzten Vorfalls (Abb. 8.104).

Abb. 8.104: Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung: Ort der Viktimisierung



Bis auf jeweils eine Person aus Freiburg und Jena äußerten sich alle durch Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung Betroffenen zum Ort des Vorfalls. Sämtliche durch diese Straftat belasteten Frauen aus Löffingen (n = 1), Jena (n = 4) und Kahla (n = 1) gaben an, daß die Tat im Wohnumfeld („zu Hause oder in der Nähe“) geschehen sei. Die berichteten Vorfälle aus Freiburg (n = 9) geschahen entweder auch „zu Hause oder in der Nähe“ (n = 3), im übrigen Stadtgebiet („im Stadtteil“ (n = 1) sowie „anderswo in der Stadt“ (n = 3)) zudem „anderswo im Inland“ (n = 1) oder „im Ausland“ (n = 1). Die betroffene Frau aus Emmendingen gab als Ort des Vorfalls „anderswo im Inland“ an. Von den hier erfaßten Straftaten geschah ein Hauptteil im näheren Umfeld der Wohnung bzw. in der Wohnung des Opfers. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, daß tatsächlich ein Teil der (versuchten) Vergewaltigungen in der Ehe bzw. Beziehung geschahen.

Anzeigeverhalten

Beantwortet wurde von den betroffenen Frauen die Frage, ob und in welcher Form eine Anzeige als Reaktion auf den Vorfall erfolgte. Gefragt wurde, ob bei einer oder mehreren der in Tabelle 8.27 aufgeführten Stellen Anzeige erstattet wurde (Mehrfachnennungen waren in den Erhebungen Freiburg, Emmendingen und Löffingen möglich, die Befragung in Jena und Kahla verzichtete sowohl auf Mehrfachangaben als auch auf die Antwortmöglichkeit „Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“).

Tabelle 8.27: Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung: - Anzeigerstattung

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	(n = 4)		(n = 0)		(n = 0)		(n = 2)		(n = 0)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	0						0			
2. Telefonisch bei der Polizei	1						0			
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	1						2			
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	2						0			
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	0						nicht erhoben			
Gesamt	4						2			

* Mehrfachantworten möglich

In Freiburg, Emmendingen und Löffingen berichteten alle betroffenen Frauen, ob und in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.27). Lediglich in Freiburg wurden 2 von 10 Vorfällen erfolgreich bei der Polizei angezeigt. Zwei betroffene Frauen versuchten, Anzeige zu erstatten, wurden jedoch von der Polizei abgewiesen („Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen“). Die Betroffenen aus Emmendingen, Löffingen und Kahla erstatteten keine Anzeige. In Jena wurden von durch Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung betroffenen Frauen 2 von 5 Vorfällen zur Anzeige bei der Polizei gebracht.

Tabelle 8.28: Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung: Gründe für Nichtanzeige

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löffin- gen*		Jena		Kahla	
	(n = 6)		(n = 1)		(n = 1)		(n = 3)		(n = 1)	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	0		0		0		0		0	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	0		0		0		0		0	
3. Polizei war unnötig	0		0		0		0		0	
4. Ich war nicht versichert	0		0		0		0		0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	4		0		0		0		0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	1		0		0		0		0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	0		0		0		0		0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	2		1		0		3		1	
9. Andere Gründe	1		0		1		0		0	
Gesamt	8		1		1		3		1	

* Mehrfachantworten möglich

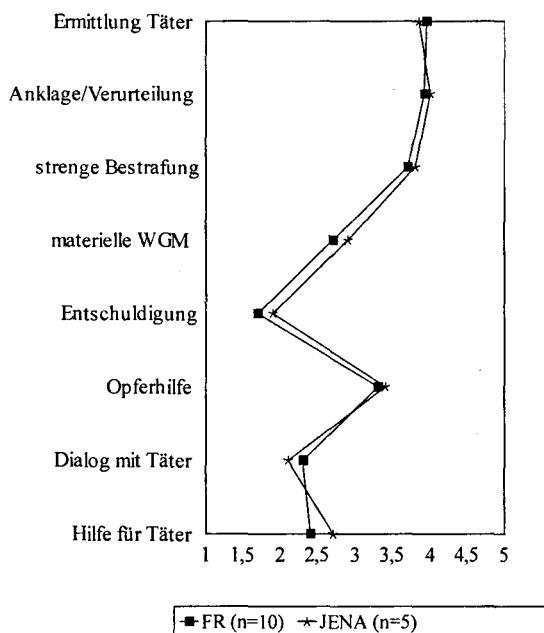
Als Nichtanzeigegrund (vgl. Tabelle 8.28) wurde von Betroffenen aus Freiburg in n = 5 Nennungen angegeben, daß die Polizei im betreffenden Fall auch nichts hätte machen können bzw. den Vorfall auch nicht verfolgt hätte („Die Polizei hätte auch nichts machen können/keine Beweise“ / „Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“). In Freiburg und Emmendingen beziehen sich Opfer in n = 2 bzw. einer Nennung darauf, Angst vor Vergeltung und Rache gehabt zu haben („Habe mich nicht getraut, aus Angst vor Vergeltung, Rache“). Mehrfachangaben in Freiburg nennen Angst vor Vergeltung und die geringen Möglichkeiten der Polizei in Kombination. Die betroffene Frau aus Löffingen gab als Nichtanzeigegrund (zusätzlich schriftlich) an, daß die Tat durch ein Familienmitglied verübt wurde.

Opfer aus Jena und Kahla nannten ebenfalls ihre Angst vor dem Täter als Grund nicht erfolgter Anzeige ($n = 3$ bzw. $n = 1$). Das läßt darauf schließen, daß der Täter aus dem sozialen Nahraum des Opfers stammt, was wiederum auf ein Sexualdelikt in der Ehe bzw. in der Beziehung hinweisen kann (siehe oben).

Konsequenzen nach Viktimisierung

Durch die persönlich betroffenen Frauen konnte eine Einschätzung von Konsequenzen auf die Viktimisierung vorgenommen werden.

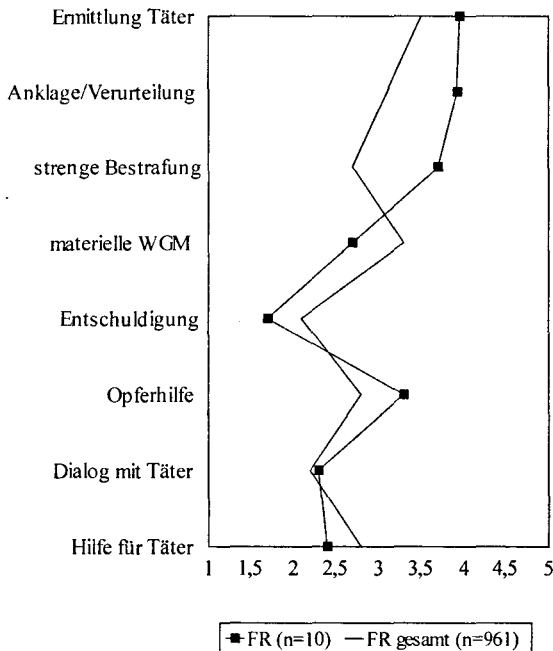
Abb. 8.105: *Viktimisierung durch Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der durch dieses Delikte betroffenen Frauen (aus Vergleichsgründen erfolgt die Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)*



Angaben zu möglichen Konsequenzen nach einer Vergewaltigung bzw. versuchten Vergewaltigung machten nur die betroffenen Frauen aus Frei-

burg und Jena ($n = 10$ bzw. $n = 5$). Aufgrund der sehr geringen Fallzahlen sind die für Abbildung 8.105 errechneten Werte sicherlich nicht unproblematisch und mit äußerster Zurückhaltung zu interpretieren. Aus Vergleichsgründen zu anderen Deliktsbereichen soll dennoch auf eine Darstellung nicht verzichtet werden. Die von Vergewaltigung bzw. versuchter Vergewaltigung betroffenen Frauen drücken in dieser Fragestellung durch ihre Einschätzungen ein hohes Maß an Verletztheit, vergleichbar mit keinem anderen erfragten Delikt, aus.

Abb. 8.106: *Viktimisierung durch Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung in Freiburg: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der weiblichen Opfer dieses Deliktes ($n = 10$) sowie der Opfer insgesamt ($n = 961$)*



Die Verlaufskurve unterscheidet sich deutlich von denen der übrigen Delikte. Die massive Sanktionierung des Täters (Ermittlung, Anklage, Verur-

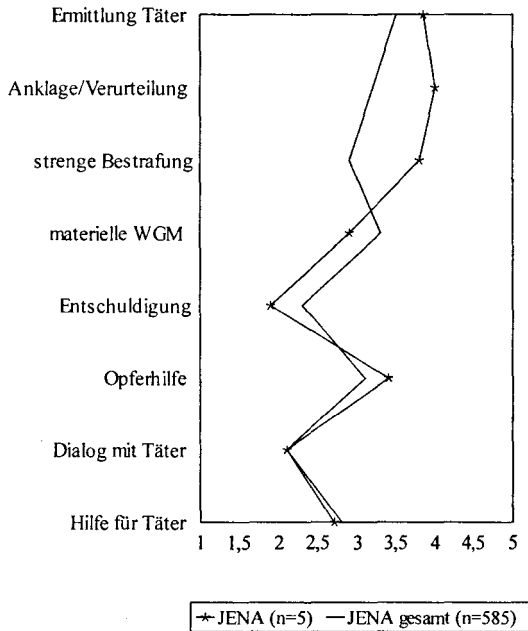
teilung, strenge Bestrafung) wie auch die persönliche Hilfe („Opferhilfe“) stehen deutlich im Vordergrund möglicher Konsequenzen nach der Tat. Entschuldigung durch den Täter bzw. ein Dialog mit diesem werden eher abgelehnt. Auch die Hilfe für den Täter tritt, mehr als bei anderen Delikten, in den Hintergrund. Es geht den Opfern somit naheliegenderweise bei einer so gravierenden Viktimisierung mit in der Regel enormen Spätfolgen und Schädigungen vorwiegend und zentral um eine punitive Reaktion dem Täter gegenüber.

Ebenfalls wurden die Einschätzungen der durch Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung betroffenen Frauen zu den erfragten Konsequenzen für Täter und Geschädigte, bezogen auf die Kommunen Freiburg und Jena, den Angaben zu den Konsequenzen der Opfer insgesamt gegenübergestellt (vgl. hierzu Kapitel 8.2). Die geringen Fallzahlen sind bei der Interpretation der Darstellungen zu berücksichtigen, auf eine Gegenüberstellung zu den Angaben der Opfer insgesamt sollte jedoch auch bei diesem Deliktsbereich aus Vergleichsgründen nicht verzichtet werden.

Wie aus den Abbildungen 8.106 bzw. 8.107 zu ersehen ist, werden von den Betroffenen sowohl in Freiburg als auch Jena in überraschend übereinstimmender Weise dieselben Einstellungen hinsichtlich Reaktionen nach der Tat geäußert. Die Opfer beider Kommunen sehen die Ermittlung, Anklage und Verurteilung des Täters, dessen strenge Bestrafung sowie auch die Opferhilfe für vergewaltigte Frauen als überdurchschnittlich wichtiger an als die „Durchschnittsopfer“. Eine materielle Wiedergutmachung bzw. die Entschuldigung des Täters und eine mögliche Hilfe für ihn werden als unwichtig eingestuft. Diese deutlichen Abweichungen von den Einstellungen der Opfer insgesamt sind bei der Schwere des hier vorliegenden Deliktes verständlich. Einhellig sprechen sich die Opfer für eine Anklage und Verurteilung, aber auch eine strenge Bestrafung des Täters aus.

Zusammenfassend ist zu berichten, daß Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung von den befragten Frauen aller fünf Kommunen erwartungsgemäß sehr selten angegeben wurden. Hier wird sicherlich zu Recht ein hohes Dunkelfeld vermutet, das durch solche allgemeinen Opferbefragungen, wenn überhaupt, nur unwesentlich aufgeklärt werden kann. Angeführt werden muß, daß wahrscheinlich mehr Frauen von Delikten dieser Art betroffen waren, daran jedoch aufgrund schwerer Traumatisierungen nicht erinnert werden wollten bzw. aus anderen Gründen keine Angaben machten. Eine Interpretation der dargestellten weiteren Ergebnisse zu diesem Deliktsbereich ist aufgrund der geringen Nennungen nur eingeschränkt mög-

Abbildung 8.107: *Viktimisierung durch Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung in Jena: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der weiblichen Opfer dieses Deliktes (n = 5) sowie der Opfer insgesamt (n = 292)*



lich, dennoch spiegeln sie ansatzweise die schweren Probleme und Belastungen wider, denen Frauen durch diese Straftaten ausgesetzt werden. Die Taten erfolgten zu einem großen Teil zu Hause bzw. in der Nähe der Wohnung, was auf Beziehungstaten schließen lässt. Wenn angezeigt wurde, dann bei der Polizei. In der Mehrzahl der Fälle wurde keine Anzeige erstattet. Die Opfer sprechen sich einhellig für eine Anklage und Verurteilung der Täter sowie eine strenge Bestrafung aus.

8.16 Sonstige Delikte

Die befragten Personen hatten die Möglichkeit, weitere, nicht erfragte Delikte bzw. Deliktsbereiche, durch welche sie im Befragungszeitraum Opfer wurden, anzugeben. Die Frage im Erhebungsinstrument lautete: „Sind Sie

seit November 1990 Opfer irgendeines anderen, nicht genannten Deliktes geworden? Welches?“ Von den betroffenen Befragten wurde das entsprechende Delikt (bzw. auch unterschiedliche Delikte) im Erhebungsinstrument angegeben. Diese Antwortmöglichkeit wurde von befragten Personen aller fünf Kommunen jedoch eher selten genutzt.

Ein Hauptteil der berichteten Vorfälle konnte den abgefragten 14 Deliktskategorien nachträglich zugeordnet werden. In der Regel war es in diesen Fällen den Betroffenen nicht möglich gewesen, selbständig den entsprechenden Vorfall einer bereits erfragten Deliktskategorie zuzuordnen. So konnte beispielsweise die Angabe „Diebstahl am Fahrrad (Sattel)“ als „Diebstahl persönlichen Eigentums“ in die Untersuchung mit einbezogen werden.

Als zusätzliche Antwortschwerpunkte konnten die Themenbereiche „Beleidigung/Nötigung“ (z.B. Angabe „Belästigung und Beleidigung auf der Straße“, „Beleidigung durch Nachbarn“) sowie „Straßenverkehrsgefährdung“ (z.B. Angabe „Verletzung von Verkehrsregeln“) aus vorhandenen Nennungen neu gebildet werden. In Freiburg, Emmendingen und Löffingen wurden von $n = 25$, $n = 8$ bzw. $n = 4$ befragten Personen Angaben zum Bereich „Beleidigung/Nötigung“ gegeben. Vorkommnisse im Bereich „Straßenverkehrsgefährdung“ nannten aus Freiburg und Emmendingen jeweils $n = 11$ Befragte. Aus Jena und Kahla gaben $n = 17$ bzw. $n = 9$ Befragte an, von Beleidigung oder Nötigung betroffen gewesen zu sein. „Straßenverkehrsgefährdung“ wurde von befragten Personen aus Jena und Kahla in $n = 12$ bzw. $n = 7$ Fällen angegeben. Diese Angaben wurden in die Berechnung der oben dargestellten Gesamt-Opferquoten nicht mit einbezogen; die kurze Darstellung an dieser Stelle soll der Vollständigkeit der Auswertungen dienen. Bei der unten aufgeführten Gesamtviktimisierungsrate für den erfaßten Einjahreszeitraum wurden diese zusätzlichen Viktimisierungen, die über die vorgegebenen Deliktskategorien hinausgehen, jedoch berücksichtigt.

Da unter Einbeziehung dieses Items in der Untersuchung zumindest theoretisch ein Bild der Gesamtviktimisierung innerhalb des letzten Jahres vor der Datenerhebung gewonnen werden kann, überrascht es, daß bei diesen „sonstigen Viktimisierungen“ so wenig Angaben gemacht wurden. Daraus kann geschlossen werden, daß zu den einzelnen abgefragten Deliktsbereichen wohl kaum weitere schwere Viktimisierungen hinzukommen dürften, da diese vermutlich nicht vergessen und entsprechend genannt worden wären.

8.17 Zusammenfassung und Diskussion der Befunde

8.17.1 Viktimisierungen

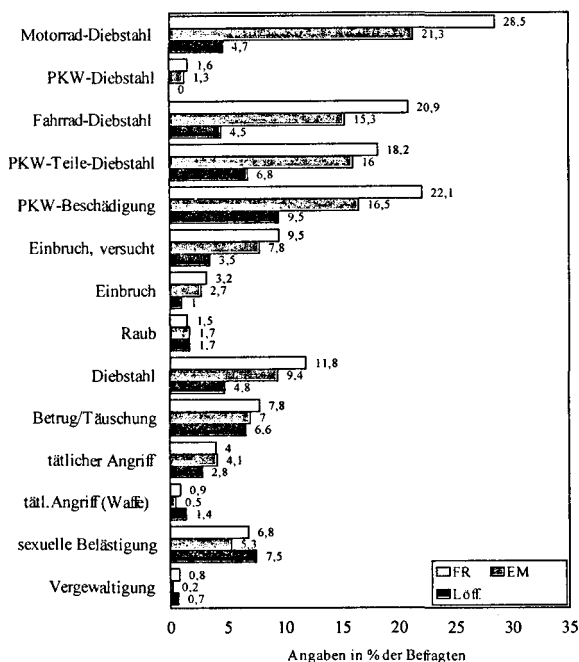
8.17.1.1 Viktimisierungsquoten der untersuchten Kommunen im Vergleich

Nachfolgend werden die Viktimisierungsquoten aller erfaßten Delikte bzw. Deliktsbereiche der fünf untersuchten Kommunen vergleichend dargestellt. Die Nennungen zum Bereich „sonstige Delikte“ (vgl. Kapitel 8.16) wurden in die Berechnung mit einbezogen. Ergänzend ist zu sagen, daß alle Personen, die in dieser „Sammelkategorie“ Nennungen gemacht haben, im Befragungszeitraum auch zumindest in einem der 14 unterschiedlichen Deliktsbereiche Opfer geworden sind. Abbildung 8.108 zeigt die Viktimisierungsquoten der drei untersuchten westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen im Vergleich (Signifikanzprüfungen vgl. in den einzelnen Deliktskapiteln).

Eine Stadt-Land-Differenzierung zeigt sich in deutlicher Ausprägung bei den „Verkehrsmitteldelikten“ (Motorrad-Diebstahl, PKW-Diebstahl, Fahrrad-Diebstahl, PKW-Teile-Diebstahl und PKW-Beschädigung), Einbruchdelikten (versuchter Einbruch, Einbruch) sowie Diebstahlsdelikten (Diebstahl persönlichen Eigentums). Das Risiko, Opfer eines oder mehrerer dieser Delikte zu werden, ist aufgrund der Gelegenheitsstrukturen in den größeren Städten (Freiburg, Emmendingen) nachvollziehbar erheblich höher als in ländlichen Bereichen (Löffingen).

In Bezug auf die eher schwereren Delikte kann nur teilweise von einer Stadt-Land-Differenzierung gesprochen werden. Die Befragten aus Löffingen sowie teilweise auch aus Emmendingen sind durch Delikte wie Raub, tätlichen Angriff mit Waffe sowie Vergewaltigung (nur weibliche Befragte) im Vergleich zu den Befragten aus Freiburg ähnlich belastet, ansatzweise sogar höher. Hier ist besonders in Löffingen auf den jeweiligen Ort der Vorfälle hinzuweisen (siehe Deliktskapitel), der häufiger nicht dem Wohnort der befragten Person entsprach. Die Wohnsituation in einer ländlichen Gemeinde bedingt zur Versorgung oder z.B. zur Freizeitgestaltung ein höheres Maß an Mobilität. Es ist zu vermuten, daß der Ort dieser Viktimisierungen hiermit in Zusammenhang zu bringen ist. Gerade bei diesen Delikten sind jedoch die teilweise geringen Fallzahlen zu berücksichtigen. Die weiblichen Befragten aus Löffingen gaben, im Vergleich zu Freiburg und Emmendingen, häufiger an, Opfer sexueller Belästigung geworden zu sein.

Abb. 8.108: Viktimisierungsquoten für Freiburg, Emmendingen und Löffingen im Vergleich

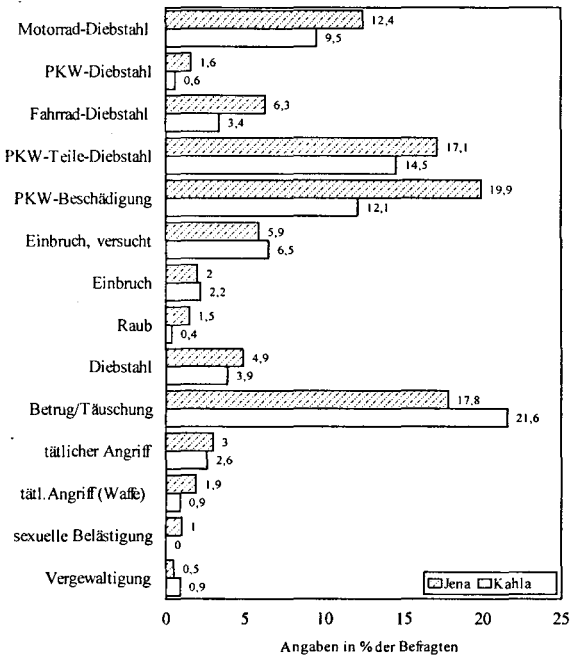


Ein teilweise vergleichbares Bild zeigen die Ergebnisse für die ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla (Abb. 8.109, Signifikanzprüfungen siehe in den einzelnen Deliktskapiteln).

Im Vergleich zu Kahla gaben in Jena mehr Befragte an, Opfer von Verkehrsmitteldelikten geworden zu sein. Die Befragten aus Kahla gaben in höherem Maße an, durch versuchten Einbruch, Einbruch sowie Vergewaltigung viktimisiert worden zu sein. Kahla ist im Vergleich zu Jena offensichtlich nicht so deutlich wie Löffingen im Vergleich zu Emmendingen und besonders Freiburg weniger urban. Trotz einer insgesamt ländlichen Prägung zeigen sich in dieser Kommune, bedingt vor allem durch die geographische Nähe zu Jena und zu einem relativ großen Industriebezirk, eher „typische Großstadtprobleme“ als vergleichsweise in Löffingen. Das dürfte der Hintergrund für die teilweise nur geringen Unterschiede zwischen Jena

und Kahla hinsichtlich der Deliktsbelastung sein. Im Vergleich zu Löffingen zeigt Kahla auch bei den meisten der erfaßten Delikte eine höhere Belastung.

Abb. 8.109: Viktimisierungsquoten für Jena und Kahla im Vergleich



Vergleicht man die in Abbildung 8.108 und 8.109 dargestellten Viktimisierungsquoten der in Größe und Einwohnerzahl am ehesten vergleichbaren Städte Freiburg und Jena, so zeigt sich, daß diese bei den Befragten aus Jena im Befragungszeitraum 1991/92 (noch) niedriger liegen als in Freiburg – mit Ausnahme der Deliktsbereiche „Betrug/Täuschung“ sowie „tätlicher Angriff mit Waffe“. Die Viktimisierungsquoten für PKW-Diebstahl und Raub sind in beiden Städten hingegen identisch. Insgesamt gesehen sind die westdeutschen Befragten aus Freiburg jedoch häufiger zumindest einmalig durch einen oder auch mehrere der erfragten Deliktsbereiche viktimi-

siert worden (siehe unten). Bemerkenswert für die Ergebnisse aus Jena ist, daß die Opferquoten der schweren Delikte (PKW-Diebstahl, Raub, tätlicher Angriff mit Waffe, Vergewaltigung) mit denen aus Freiburg vergleichbar sind, wobei in beiden Kommunen die geringen Fallzahlen zu berücksichtigen sind.

Bei einem Vergleich der kleinen Kommunen Löffingen und Kahla kann man feststellen, daß die ostdeutschen Befragten durch „Verkehrsmitteldelikte“ und Einbruchsdelikte höher belastet sind. Zudem gaben die Befragten, im Vergleich zu Löffingen, wesentlich häufiger an, durch Betrug und Täuschung viktimisiert worden zu sein. Schwere Straftaten wie Raub und tätlicher Angriff mit Waffengewalt wurden vermehrt in Löffingen genannt. Die weiblichen Befragten aus Kahla gaben in keinem Fall an, Opfer sexueller Belästigung geworden zu sein.

8.17.1.2 Mehrfachviktimisierungen durch unterschiedliche Delikte bzw. Deliktsbereiche, getrennt nach den fünf Kommunen

Die befragten Personen bzw. deren Haushaltsmitglieder wurden innerhalb des Befragungszeitraumes teilweise auch in verschiedenen Deliktsbereichen Opfer. Die Abbildungen 8.110 bis 8.114 zeigen diese Verteilungen sowohl getrennt nach den fünf Kommunen als auch mit bzw. ohne Haushaltsviktimisierungen (im Bereich der Verkehrsmittel delikte).

Es handelt sich hierbei um Prävalenzraten (vgl. Kapitel 8.0), d.h. die angegebenen Werte geben nur bedingt Aufschluß über die Gesamtzahl der von den befragten Personen bzw. deren Haushaltsmitgliedern innerhalb des Befragungszeitraumes erlebten Viktimisierungen. Sie zeigen insbesondere die Belastung durch Mehrfachviktimisierungen der befragten Personen/Haushalte über die erfaßten unterschiedlichen Deliktsbereiche auf (beispielsweise wurde eine Befragungsperson Opfer von Fahrraddiebstahl und Raub – in diesem Fall werden zwei Viktimisierungen gezählt. Ein möglicherweise angegebener mehrfacher Fahrraddiebstahl wurde nur einmal erfaßt). Viktimisierungen in insgesamt fünf und mehr Deliktsbereichen wurden in einem Wert zusammengefaßt (in den Abbildungen: „5x und mehr“).

Die Anzahl von Viktimisierungen der Befragungspersonen bzw. deren Haushalten durch unterschiedliche Delikte zeigen sowohl zwischen den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen als auch vergleichsweise zwischen Freiburg und Jena Unterschiede (vgl. Abbildungen 8.110-8.114). Im folgenden wird aufgrund des umfangreichen Zahlenmaterials im wesentlichen auf die Unterscheidung einmaliger bzw. mehrfa-

cher Viktimisierung durch unterschiedliche Delikte eingegangen. Alle nachfolgend angegebenen Werte sind aus den Darstellungen ersichtlich. In den Abbildungen 8.110-8.114 sind die Häufigkeiten der Viktimisierungen differenziert dargestellt (1-, 2-, 3-, 4-, 5- und mehrmalige Viktimisierung).

Abb. 8.110: Häufigkeit der Viktimisierung durch die unterschiedlichen Deliktsbereiche: Freiburg

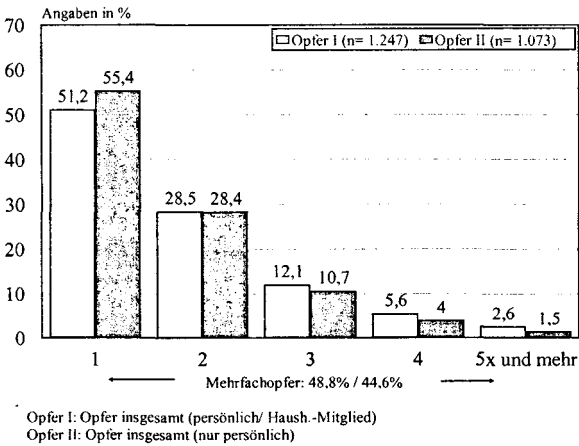


Abb. 8.111: Häufigkeit der Viktimisierung durch die unterschiedlichen Deliktsbereiche: Emmendingen

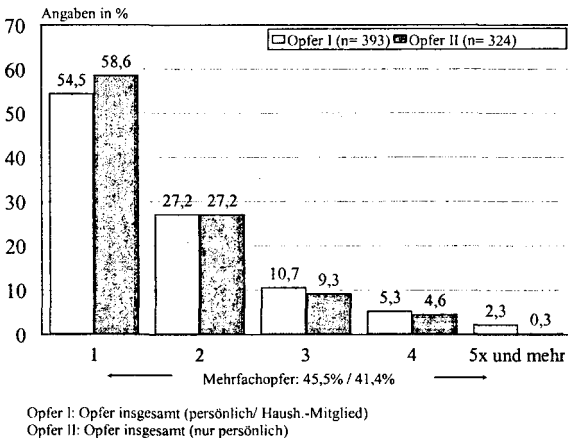


Abb. 8.112: Häufigkeit der Viktimisierung durch die unterschiedlichen Deliktsbereiche: Löffingen

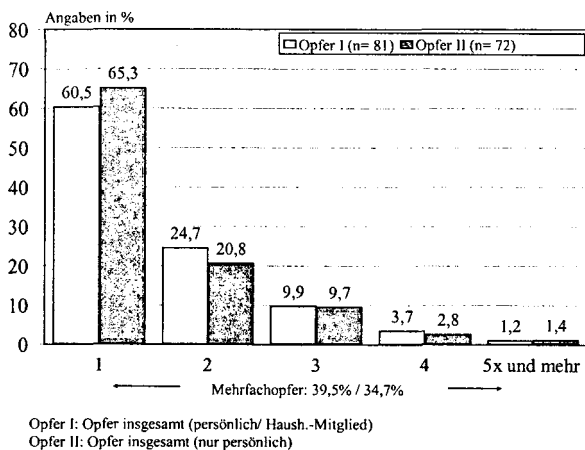
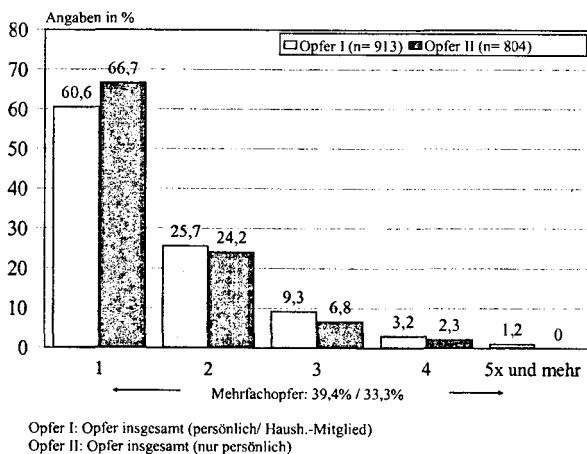


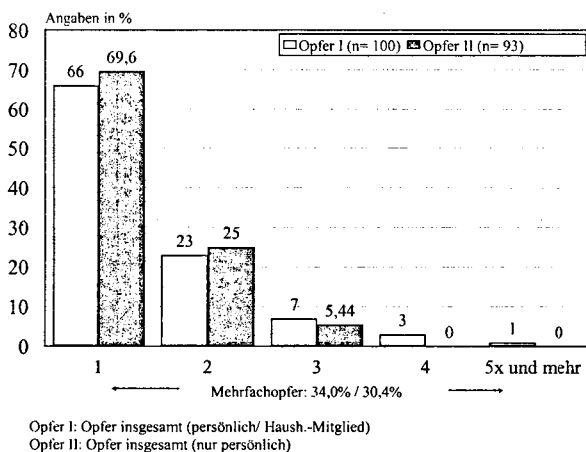
Abb. 8.113: Häufigkeit der Viktimisierung durch die unterschiedlichen Deliktsbereiche: Jena



So wurden beispielsweise 48,8% (n = 608) der Opfer aus Freiburg (mit Haushaltsviktimisierungen) im Befragungszeitraum 1991/92 in unterschiedlichen Deliktsbereichen Opfer, 51,2% (n = 639) der Betroffenen gaben an, innerhalb nur eines Deliktsbereiches Opfer geworden zu sein (vgl. Abb. 8.110). Mögliche Mehrfachviktimisierungen innerhalb der Deliktsbereiche wurden hier nicht erfaßt.

In Emmendingen bzw. Löffingen fällt der Anteil von durch unterschiedliche Delikte viktimsierten Opfern mit 45,5% (n = 179) bzw. 39,5% (n = 32) deutlich geringer aus (vgl. Abb. 8.111, 8.112).

Abb. 8.114: Häufigkeit der Viktimisierungen durch die unterschiedlichen Deliktsbereiche: Kahla



Dieser Unterschied ist zwischen Freiburg und Löffingen statistisch hochsignifikant ($\chi^2 = 23.56$, $df = 4$, $p < .001$). Der Anteil der durch mehr als zwei unterschiedliche Deliktsbereiche belasteten Befragungspersonen bzw. Haushalte ist in Freiburg vergleichsweise höher als in Emmendingen bzw. in Löffingen. Ein Stadt-Land-Gefälle zeigt sich in den westdeutschen Kommunen derart, daß die Befragten (bzw. deren Haushaltsmitglieder) aus Emmendingen und Löffingen weniger durch unterschiedliche Delikte belastet wurden als die befragten Personen bzw. deren Haushalte aus Frei-

burg. Die Quoten der ausschließlich persönlich betroffenen Opfer dieser drei Kommunen (vgl. Abb. 8.110-8.112) zeigen Unterschiede in derselben Richtung. Die Unterschiede zwischen Opferraten unter Einbeziehung der Mehrfachviktimisierungen in verschiedenen Deliktsbereichen und der nur persönlichen Viktimisierungen sind relativ geringfügig. Der Anteil der mehrfachviktimisierten Personen ist durch ausschließliche Bezugnahme auf die persönlich betroffenen Opfer insgesamt geringer.

In Jena bzw. Kahla wurden lediglich 39,4% (n = 360) bzw. 34,0% (n = 34) der befragten Personen/Haushalte durch die erfaßten Deliktsbereiche mehr als einmal in verschiedenen Deliktsbereichen viktimisiert (vgl. Abb. 8.113, 8.114). Die Unterschiede zwischen Jena und Kahla sind statistisch nicht signifikant. Der Anteil der mehr als einmal durch unterschiedliche Delikte belasteten Personen bzw. Haushalte aus Jena ist den Ergebnissen aus der westdeutschen ländlichen Kommune Löffingen vergleichbar (39,5% der Opfer wurden in Löffingen mehrfach durch unterschiedliche Delikte viktimisiert, vgl. Abb. 8.112). Die Viktimisierungsquoten der ausschließlich persönlich betroffenen Opfer zeigen auch in Jena bzw. Kahla keine wesentlichen Abweichungen von den dargestellten Ergebnissen der Opfer insgesamt (vgl. Abb. 8.113, 8.114).

Im Vergleich zu Freiburg sind die Befragten aus Jena bzw. deren Haushalte im Befragungszeitraum 1991/92 (noch) hochsignifikant niedriger von Viktimisierung durch unterschiedliche Delikte belastet (Freiburg/Jena: $\chi^2 = 18.95$, $df = 3$, $p < .001$).

Als Erklärung der geringeren Mehrfachviktimisierung durch unterschiedliche Delikte von Befragten aus Jena und Kahla wäre, im Vergleich zu den westdeutschen Kommunen, an umfassendere und wirksamere Präventionsmaßnahmen in den ostdeutschen Kommunen nach einer ersten Viktimisierung zu denken. Eine Viktimisierung dürfte von den ostdeutschen Betroffenen, in Anbetracht der niedrigeren Kriminalitätsrate in der ehemaligen DDR, zumindest noch zum Befragungszeitpunkt (relativ kurz nach der deutschen Wiedervereinigung), als einschneidender und beunruhigender erlebt worden sein als vergleichsweise von Betroffenen in Westdeutschland. Das könnte zu intensiveren Schutzmaßnahmen und einer höheren Sensibilität der ostdeutschen Bürger gegenüber wiederholter Opferwerdung geführt haben.

Für die westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen festigt sich mit diesen Ergebnissen im Vergleich zu Löffingen bzw. zu den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla das Bild einer relativ hohen Vikti-

misierungsbelastung. Im folgenden soll die absolute Belastung der Befragten aus den fünf Kommunen durch Viktimisierungen dargestellt werden.

8.17.2 Einteilung der Opfer in übergeordnete Deliktsgruppen

Um die Anzahl der möglichen statistischen Vergleiche zu reduzieren und dadurch die Übersichtlichkeit der Darstellung einzelner Ergebnisse zu erhöhen, werden nachfolgend die in der Untersuchung erfaßten Delikte bzw. Deliktsbereiche in drei übergeordneten Gruppen zusammengefaßt. Hierbei haben wir uns von der durch die Viktimisierung zu erwartenden (psychischen) Beeinträchtigung und Schädigung des Opfers leiten lassen. Wir haben die einzelnen Delikte bzw. Deliktsbereiche nach der Schwere der vermuteten Schädigung des Opfers eingestuft und kamen zu den folgenden drei übergeordneten Deliktsgruppen. Von mehrfacher Viktimisierung betroffene Befragte können in allen drei unterschiedlichen Deliktskategorien vertreten sein.

Nichtkontaktdelikte:

Hierbei handelt es sich um Straftaten, bei welchen – zumindest in aller Regel – kein direkter und unmittelbarer Kontakt des Opfers mit dem Täter stattfindet und bei welchen der Täter auch nicht in den Privatbereich des Opfers direkt eindringt. Wir gehen davon aus, daß dadurch die (psychische) Schädigung des Opfers geringer ist. Zu dieser Gruppe zählen folgende Einzeldelikte bzw. Deliktsbereiche: Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl, Moped-/Motorrad-Diebstahl, Fahrraddiebstahl, Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen, vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen sowie Diebstahl persönlichen Eigentums. Den Deliktsbereich „Betrug/Täuschung“ haben wir ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet.

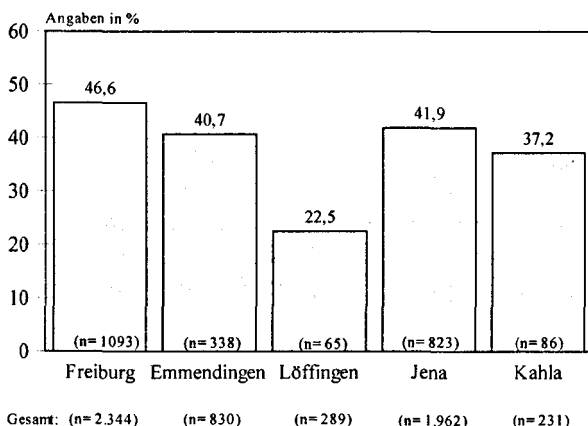
Innerhalb der Kategorie der Nichtkontaktdelikte wurde differenziert nach:

1. Nichtkontaktdelikte – mit Einberechnung von Haushaltsviktimisierungen im Bereich der Verkehrsmitteldelikte
2. Nichtkontaktdelikte – ohne Einberechnung von Haushaltsviktimisierungen im Bereich der Verkehrsmitteldelikte

Aus den Abbildungen 8.115 sowie 8.116 ist zu ersehen, daß die höchste Belastung durch Nichtkontaktdelikte auf die Freiburger Befragten entfällt. Bezüglich der Opferquoten (mit Haushaltsviktimisierungen, vgl. Abb. 8.115) gaben beispielsweise nahezu die Hälfte (46,6%, n = 1.093) der in

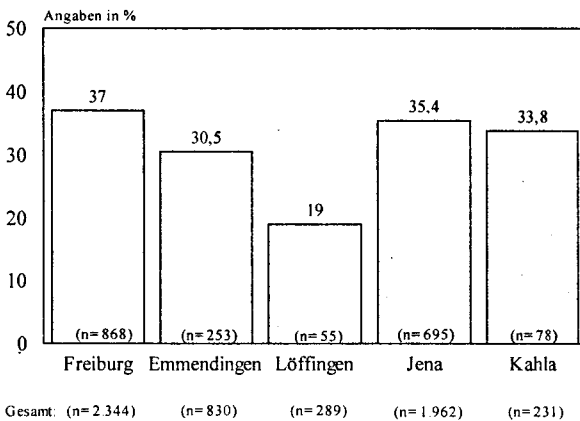
Freiburg befragten Personen ($n = 2.344$) an, daß sie selbst bzw. ein Mitglied ihres Haushaltes innerhalb des Befragungszeitraumes Opfer mindestens eines Nichtkontaktdelikts wurden. Auch in dieser Zusammenfassung von Deliktsbereichen zum übergeordneten Begriff der Nichtkontaktdelikte ist im Vergleich der westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen ein Stadt-Land-Gefälle deutlich erkennbar. Aus Emmendingen bzw. aus Löffingen gaben 40,7% ($n = 338$) bzw. lediglich 22,5% ($n = 65$) der Befragten an, daß sie selbst bzw. ein Haushaltsmitglied im Befragungszeitraum Opfer mindestens eines Nichtkontaktdelikts wurden. Die Befragten aus Jena bzw. deren Haushaltsmitglieder sind durch Nichtkontaktdelikte ebenfalls relativ hoch belastet (41,9%, $n = 823$). Ein zu den westdeutschen Kommunen vergleichbares Stadt-Land-Gefälle zwischen Jena und Kahla (37,2%, $n = 86$) zeigt sich allerdings deutlich weniger ausgeprägt. Die Unterschiede erweisen sich (bezogen auf die Opferquoten der Nichtkontaktdelikte mit Haushaltsviktimisierungen, vgl. Abb. 8.115) zwischen den untersuchten Kommunen als statistisch signifikant bzw. hochsignifikant verschieden (Freiburg/Jena: $\text{Chi}^2 = 32.21$, $\text{df} = 1$, $p < .01$; Freiburg/Löffingen: $\text{Chi}^2 = 13.24$, $\text{df} = 1$, $p < .001$; Jena/Kahla: $\text{Chi}^2 = 45.21$, $\text{df} = 1$, $p < .05$). Zu berücksichtigen ist in dieser Kategorie der relativ hohe Anteil der ostdeutschen Befragten im Deliktsbereich Betrug/Täuschung (vgl. Kapitel 8.11).

Abb. 8.115: *Viktimisierung. Verteilung der Kategorie „Nichtkontaktdelikte“ über die fünf Kommunen (mit Haushaltsviktimisierungen)*



Die Opferquoten der ausschließlich von Befragten persönlich erlebten Viktimisierungen im Bereich der Nichtkontaktdelikte (vgl. Abb. 8.116) zeigen insgesamt ein vergleichbares Ergebnis (durch die Beschränkung auf die Befragungsperson ergeben sich insgesamt niedrigere Viktimisierungsquoten).

Abb. 8.116: *Viktimisierung. Verteilung der Kategorie „Nichtkontaktdelikte“ über die fünf Kommunen (ohne Haushaltsviktimisierungen)*



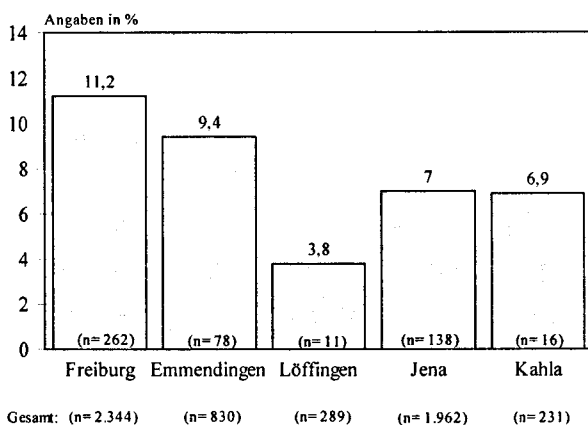
(Versuchter) Einbruch:

Hierbei handelt es sich um Straftaten, bei welchen in der Regel ebenfalls kein direkter Kontakt zwischen Täter und Opfer stattfindet, obwohl dieser möglich ist. Allerdings dringt der Täter in den persönlichen Wohnbereich des Opfers ein bzw. versucht dieses. Wir ließen uns hierbei von dem Gedanken leiten, daß hierdurch die (psychische) Verunsicherung und somit Schädigung des Opfers deutlich größer ist. Zu dieser Gruppe zählen die beiden Deliktskategorien Einbruch in Wohnräume bzw. versuchter Einbruch in Wohnräume.

Auch in dieser Deliktskategorie sind in Freiburg die höchsten Werte zu verzeichnen. 11,2% (n = 262) der Befragten (n = 2.344) gaben in Freiburg an, daß in ihre Wohnung innerhalb des Befragungszeitraumes von ca. einem Jahr eingebrochen worden sei bzw. dieses versucht wurde. In Jena liegt die Opferquote im Vergleich zu Freiburg statistisch hochsignifikant

niedriger (7,0%, n = 138; Freiburg/Jena: $\chi^2 = 34.23$, $df = 1$, $p < .001$). Das Stadt-Land-Gefälle ist zwischen den westdeutschen Kommunen Freiburg (11,2%), Emmendingen (9,4%) und Löffingen (3,8%) – im Vergleich zu Jena und Kahla – deutlich ausgeprägt (vgl. Abb. 8.117). In Kahla gaben, den Angaben aus Jena vergleichbar, 6,9% (n = 16) der Befragten mindestens einen Einbruch bzw. versuchten Einbruch in ihre Wohnräume an.

Abb. 8.117: Verteilung der Kategorie „Einbruch“ über die fünf Kommunen



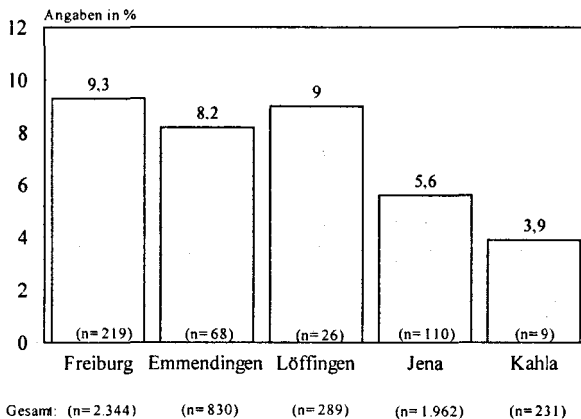
Kontaktdelikte:

In die Kategorie der Kontaktdelikte gruppieren wir solche Straftaten bzw. Vorfälle ein, bei denen ein direkter und unmittelbarer Kontakt zwischen Täter und Opfer stattfand. Wir gehen davon aus, daß durch die hierdurch erfolgte Bedrohung bzw. durch den Angriff des Täters beim Opfer eine relativ starke (psychische) Verunsicherung und Schädigung ausgelöst werden kann. Zu dieser dritten Kategorie zählen Raub, tätlicher Angriff ohne und mit Waffengewalt, sexuelle Belästigung sowie Vergewaltigung bzw. versuchte Vergewaltigung (nur bei Frauen).

Wie aus Abbildung 8.118 zu ersehen ist, zeigen die Opferquoten zu dieser Deliktskategorie in den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen relativ ähnliche Werte. So gaben z.B. in Freiburg 9,3% (n = 219) der befragten Personen an, im Befragungszeitraum Opfer

mindestens eines Kontaktdeliktes geworden zu sein. In Löffingen waren dies mit 9,0% ($n = 26$) in Relation nur unerheblich weniger Befragte. Die Unterschiede zwischen den westdeutschen Kommunen sind statistisch nicht signifikant. Die befragten Personen aus Jena bzw. aus Kahla sind durch Vorfälle der Kategorie Kontaktdelikte deutlich niedriger belastet (5,6%, $n = 110$ bzw. 3,9%, $n = 9$; Freiburg/Jena: $\chi^2 = 24.67$, $df = 1$, $p < .001$). Die Unterschiede zu den westdeutschen Kommunen dürften vor allem auf die in Jena und Kahla wesentlich geringere Anzahl angegebener Vorfälle aus dem Bereich sexuelle Belästigung bzw. Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung zurückzuführen sein (vgl. Kapitel 8.14, 8.15).

Abb. 8.118: Verteilung der Kategorie „Kontaktdelikte“ über die fünf Kommunen



Es ist nochmals darauf hinzuweisen, daß Befragte sowohl in einer Deliktskategorie mehrfach als auch in unterschiedlichen Deliktskategorien Opfer geworden sein können (vgl. hierzu Kapitel 8.17.1.2 „Mehrfach-Opfer“ der unterschiedlichen Deliktsbereiche, Darstellung der Prävalenzraten).

Wie erwähnt, gehen wir von einer zunehmenden Schwere der Viktimisierung von den Nichtkontaktdelikten über Einbruchsdelikte bis hin zu den Kontaktdelikten aus und damit auch von einer zunehmenden Schädigung bzw. Beeinträchtigung des Opfers. Diese Einteilung kann Einzelfälle nicht berücksichtigen, die Validität und Praktikabilität dieser Zusammenfassung wurde jedoch in bereits mehreren von uns durchgeführten Studien bestätigt (vgl. z.B. Kury u.a. 1996).

8.17.3. Ort der Viktimisierung

Auch der Frage nach dem Ort der Viktimisierung kam in der vorliegenden Studie Bedeutung zu. Innerhalb 12 einzelner Delikte bzw. Deliktsbereiche wurden die von Viktimisierung betroffenen Personen gebeten anzugeben, wo die entsprechende Tat verübt wurde. Insgesamt fünf Angabemöglichkeiten wurden, auf das jeweilige Delikt bezogen, zur Beantwortung im Erhebungsinstrument vorgegeben („zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“, „anderswo in der Stadt“, „anderswo im Inland“ sowie „im Ausland“). Falls eine Person im Befragungszeitraum mehrmals durch das betreffende Delikt viktimisiert worden ist, bezog sich die Angabe des Tatortes jeweils auf den letzten Vorfall innerhalb dieses Deliktsbereiches. In den Viktimisierungskapiteln 8.1-8.15 ist die Verteilung der Nennungen zum Tatort der Vorfälle, jeweils nach den fünf Kommunen getrennt, deliktsbezogen angegeben sowie analysiert worden.

Im folgenden sollen die Angaben persönlich betroffener Personen zum Viktimisierungsort unter bestimmten Fragestellungen nochmals aufgegriffen und sowohl nach den Einzeldelikten als auch zusammengefaßt in den Kategorien „Opfer (persönlich betroffen, insgesamt)“, „Opfer, Nichtkontaktdelikte“ bzw. „Opfer, Kontaktdelikte“ vergleichend dargestellt werden.

Auf den Tatort von Einbruchsdelikten braucht nicht eingegangen zu werden, da in der vorliegenden Untersuchung ausschließlich nach Einbrüchen in die Wohnräume der betreffenden Personen gefragt wurde.

Angaben zu den Antwortkategorien, daß die Viktimisierung „zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“ stattfand, kennzeichnen Delikte, die im unmittelbaren Wohnumfeld des Opfers begangen wurden bzw. denen die befragte Person in ihrer Wohnung bzw. in deren direkter Nähe zum Opfer gefallen ist. Eine umfassende Darstellung dieser stadt- bzw. ortsteilbezogenen Viktimisierungsquoten erfolgt für die Kommunen Freiburg, Emmendingen, Löffingen und Jena im Kapitel 9 (Kriminalgeographie).

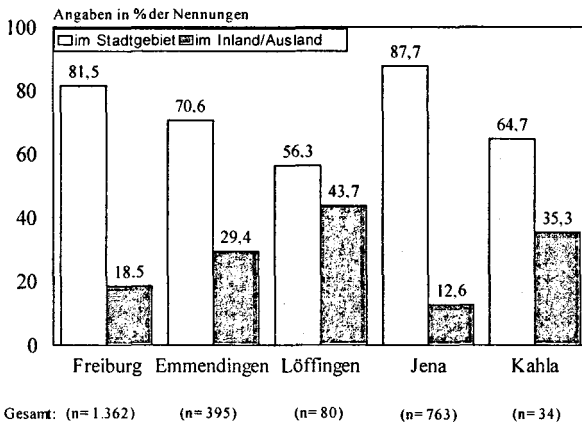
Von Bedeutung ist die Überprüfung der Frage, zu welchem Anteil die von den Opfern angegebenen Viktimisierungen im Stadt-/Ortsgebiet der jeweiligen Kommune bzw. anderswo im Inland oder auch im Ausland verübt wurden. Die Berechnung dieser Angaben, getrennt nach den fünf Kommunen, ergibt Hinweise auf den Anteil der Befragten, die angaben, innerhalb ihrer Gemeinde Opfer geworden zu sein. Diese Form der Auswertung soll dazu dienen, der Frage nachzugehen, in welchem Maß der Tatort mit dem Wohnort (Kommune) der betroffenen Personen identisch ist. In dieser die Kommunen vergleichenden Studie kann eine solche Diffe-

renzung mit dazu beitragen, das tatsächliche „Kriminalitätslagebild“ der einzelnen Gemeinden zu präzisieren.

In einem ersten Schritt sollen die Ergebnisse zu dieser Fragestellung dargestellt werden. Nachfolgend wird die Verteilung der Angaben zu den einzelnen Viktimisierungsarten (wie oben beschrieben), getrennt nach den fünf Kommunen, sowohl bezogen auf die Gesamtanzahl der persönlich betroffenen Opfer als auch auf die Opfer von Nichtkontakt- bzw. Kontaktdelikten, die zu dieser Fragestellung Angaben machten, beschrieben sowie diskutiert (Tabellen 8.31, 8.32, 8.33; vgl. unten).

Durch eine Zusammenfassung der Nennungen, daß die Tat „zu Hause oder in der Nähe“, „im Stadtteil“ bzw. „anderswo in der Stadt“ passiert sei, bildeten wir die Gesamtkategorie „Viktimisierung im Stadtgebiet“, jeweils unterteilt für die persönlich betroffenen Opfer insgesamt, Opfer von Nichtkontakt- und Kontaktdelikten. Die Antwortkategorien „anderswo im Inland“ bzw. „im Ausland“ wurden zu der übergeordneten Gruppe „im Inland/Ausland“ zusammengefaßt (Abb. 8.119).

Abb. 8.119: Viktimisierung innerhalb bzw. außerhalb des Stadt- bzw. Ortsgebietes, getrennt nach den fünf Kommunen, Opfer insgesamt (Nennungen der persönlich betroffenen Befragten)



Wie aus Abbildung 8.119 zu ersehen ist, differenziert sich der Anteil der im Stadt- bzw. Ortsgebiet erlittenen Viktimisierungen nach dem Urbanisierungsgrad der untersuchten Kommunen. Opfer aus Freiburg gaben in ins-

gesamt $n = 1.362$ Nennungen den Tatort des Vorfalles bzw. der Vorfälle an. 81,5% ($n = 1.110$) der Nennungen entfallen auf die Angabe, daß die Tat (bzw. bei Mehrfachviktimisierungen die Taten) innerhalb des Stadtgebietes verübt wurden. In Emmendingen bzw. Löffingen entfallen auf diese Kategorie 70,6% ($n = 279$) bzw. lediglich 56,3% ($n = 45$) der Nennungen. In den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla zeigt sich ein vergleichbares Bild. Auch hier gaben die von Viktimisierung betroffenen Befragten aus der größeren Kommune Jena zu einem deutlich höheren Anteil (87,4%, $n = 667$) an, daß die Tat innerhalb des Stadtgebietes verübt wurde, als vergleichsweise die Betroffenen aus Kahla mit 64,7% ($n = 22$) der Nennungen.

Diese Ergebnisse zeigen, daß die Belastung der Bewohner von Mittel- (Emmendingen) bzw. Unterzentren (Löffingen, Kahla) durch Kriminalität, im Gegensatz zu den Bewohnern der größeren städtischen Kommunen wie Freiburg und Jena (Oberzentren), in hohem Maße von der jeweils notwendigen Mobilität (z.B. Arbeitsplatz-Pendler, Versorgung, Freizeit) abhängig sein dürfte. Ein größerer Anteil der von den Opfern aus den kleineren Kommunen berichteten Taten wurde somit nicht innerhalb der Wohngemeinden selbst verübt. Beispielsweise ist daran zu denken, daß ein hoher Anteil der Vorkommnisse, deren Tatort von den befragten Personen als „anderswo im Inland“ angegeben wurde, während Versorgungsfahrten z.B. nach Freiburg (dies betrifft die Betroffenen aus Emmendingen bzw. Löffingen) oder nach Jena (Betroffene aus Kahla) vorgefallen ist. Auch der alltägliche Pendlerverkehr zu außerhalb gelegenen Arbeitsstätten dürfte hier, beispielsweise für die Einwohner aus Löffingen bzw. Kahla, eine nicht geringe Rolle spielen.

Aus den nachfolgenden Tabellen ist die Verteilung der Angaben (Viktimisierung innerhalb bzw. außerhalb des Stadt-/Ortgebietes) für die erfragten Delikte bzw. unterschiedlichen Deliktskategorien ersichtlich. Trotz sehr geringer Angaben zum Ort der Viktimisierung werden die Nennungen aus Kahla ebenfalls dargestellt.

Im Bereich der Kraftfahrzeug(PKW)-Delikte zeigt sich, daß aus Freiburg bzw. Jena berichtete Delikte dieser Art im wesentlichen innerhalb des Stadtgebietes verübt wurden (vgl. Tabelle 8.29). Betroffene dieser Delikte aus Emmendingen und insbesondere Löffingen nannten zu einem erheblich höheren Anteil, daß die Tat außerhalb des Ortes verübt wurde. So entfallen beispielsweise in Freiburg bzw. Jena auf die Nennung, daß der PKW außerhalb des Stadtgebietes („anderswo im Inland“ oder „im Ausland“) beschädigt worden sei, 9,4% bzw. 10,9% der Angaben – in Emmendingen und

Tabelle 8.29: *Viktimisierung innerhalb bzw. außerhalb des Stadt- bzw. Ortsgebietes, bezogen auf die Delikt-kategorie „Nichtkontaktdelikte“, getrennt nach den fünf Kommunen*

		PKW-Diebstahl		Diebstahl aus PKW		PKW-Beschädigung		Krad-Diebstahl	
		n	%	n	%	n	%	n	%
Freiburg	Stadt	5	83,3	161	75,9	242	90,6	23	92,0
	In-/ Ausland	1	16,7	51	24,1	25	9,4	1	8,0
	gesamt	6	100	212	100	267	100	25	100
Emmendingen	Stadt	4	80,0	42	61,8	64	83,1	5	100
	In-/ Ausland	1	20,0	26	38,2	13	16,9	0	0
	gesamt	5	100	68	100	77	100	5	100
Löffingen	Stadt	-	-	4	26,7	11	61,1	-	-
	In-/ Ausland	-	-	11	73,3	7	38,9	-	-
	gesamt	-	-	15	100	18	100	-	-
Jena	Stadt	16	100	126	86,3	172	89,1	17	89,5
	In-/ Ausland	0	0	20	13,7	21	10,9	2	10,5
	gesamt	16	100	146	100	193	100	19	100
Kahla	Stadt	-	-	7	46,7	-	-	3	100
	In-/ Ausland	-	-	8	53,3	-	-	0	0
	gesamt	-	-	15	100	-	-	3	100
		Fahrad-diebstahl		Diebstahl pers. Eigentums		Betrug		Summe	
		n	%	n	%	n	%	n	%
Freiburg	Stadt	203	94,9	212	80,3	94	82,3	940	82,3
	In-/ Ausland	11	5,1	52	19,7	60	17,7	202	17,7
	gesamt	214	100	264	100	154	100	1142	100
Emmendingen	Stadt	38	90,5	49	65,3	31	71,9	233	71,9
	In-/ Ausland	4	9,5	26	34,7	21	28,1	91	28,1
	gesamt	42	100	75	100	52	100	324	100
Löffingen	Stadt	-	-	12	92,3	9	59,0	36	59,0
	In-/ Ausland	-	-	1	7,7	6	41,0	25	41,0
	gesamt	-	-	13	100	15	100	61	100
Jena	Stadt	32	88,9	69	95,8	148	88,0	580	88,0
	In-/ Ausland	4	11,1	3	4,2	29	12,0	79	12,0
	gesamt	36	100	72	100	177	100	659	100
Kahla	Stadt	-	-	-	-	9	61,3	19	61,3
	In-/ Ausland	-	-	-	-	4	38,7	12	38,7
	gesamt	-	-	-	-	13	100	31	100

Tabelle 8.30: Viktimisierung innerhalb bzw. außerhalb des Stadt- bzw. Ortsgebietes, bezogen auf die Deliktstategorie „Kontaktdelikte“, getrennt nach den fünf Kommunen

		Raub		Tätl. Angriff ohne Waffen		Tätl. Angriff mit Waffen	
		n	%	n	%	n	%
Freiburg	Stadt	20	60,6	73	86,9	15	71,4
	In-/ Ausland	13	39,4	11	13,1	6	28,6
	gesamt	33	100	84	100	21	100
Emmendingen	Stadt	3	23,1	26	81,3	2	50,0
	In-/ Ausland	10	76,9	6	18,7	2	50,0
	gesamt	13	100	32	100	4	100
Löffingen	Stadt	0	0,0	-	-	3	75,0
	In-/ Ausland	5	100	-	-	1	25,0
	gesamt	5	100	-	-	4	100
Jena	Stadt	18	81,8	34	82,5	25	86,2
	In-/ Ausland	4	18,2	7	17,1	4	13,8
	gesamt	22	100	41	100	29	100
Kahla	Stadt	-	-	-	-	2	100
	In-/ Ausland	-	-	-	-	0	0,0
	gesamt	-	-	-	-	2	100
		Sexuelle Belästigung		Vergewaltigung		Summe	
		n	%	n	%	n	%
Freiburg	Stadt	55	75,3	7	77,8	170	77,3
	In-/ Ausland	18	24,7	2	22,2	50	22,7
	gesamt	73	100	9	100	220	100
Emmendingen	Stadt	15	71,4	0	0,0	46	64,8
	In-/ Ausland	6	28,6	1	100	25	35,2
	gesamt	21	100	1	100	71	100
Löffingen	Stadt	5	55,6	1	100	9	47,4
	In-/ Ausland	4	44,4	0	0,0	10	52,6
	gesamt	9	100	1	100	19	100
Jena	Stadt	6	75,0	4	100	87	83,7
	In-/ Ausland	2	25,0	0	0,0	17	16,3
	gesamt	8	100	4	100	104	100
Kahla	Stadt	-	-	1	100	3	100
	In-/ Ausland	-	-	0	0,0	0	0
	gesamt	-	-	1	100	3	100

Löffingen beträgt diese Quote hingegen 16,9% bzw. 38,9% (aus Kahla wurden zum Tatort keine Angaben gemacht).

Motorräder bzw. Fahrräder hingegen wurden, im wesentlichen aufgrund der Art ihrer Nutzung, in allen Kommunen nahezu ausschließlich innerhalb der Wohngemeinde der Betroffenen entwendet. Motorräder stehen weniger im alltäglichen Gebrauch (mit unterschiedlichen Abstellorten) als PKWs. Fahrräder werden in der Regel nur innerhalb des Stadt- bzw. Ortsgebietes genutzt.

In den Deliktsbereichen Diebstahl persönlichen Eigentums sowie Betrug/Täuschung ist die Differenzierung zwischen den größeren bzw. kleineren Gemeinwesen weniger deutlich sichtbar. Durch Diebstahl betroffene Befragte aus Emmendingen gaben jedoch in geringerem Maße (65,3%) als Tatort das Stadtgebiet an als betroffene Personen aus Freiburg (80,3%; vgl. Tabelle 8.29) oder in diesem Falle auch aus Löffingen (92,3%; die geringe Fallzahl (n = 13) ist hier zu berücksichtigen).

Opfer eines Betrugs führten in allen westdeutschen Kommunen als Viktimisierungsort zu ca. 60% das Stadt- bzw. Ortsgebiet an. Die westdeutschen Befragten aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen nannten zu einem erheblichen Anteil, daß sie im Ausland Opfer von Betrug bzw. Täuschung wurden. Hier dürfte eine, jedenfalls noch zum Befragungszeitpunkt 1991/92, verstärkte Reisetätigkeit der westdeutschen Befragten die möglichen Unterschiede verwischen. In diesem Deliktsbereich ist lediglich zwischen den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla eine Differenzierung zu erkennen (Tatort im Stadtgebiet: 83,6% bzw. 69,2% der Vorfälle).

Bezogen auf die Gesamtzahl der Nichtkontaktdelikte (vgl. Summenbildung in Tabelle 8.29) lag der Tatort in Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen zu 82,3%, 71,9% bzw. 59,0% innerhalb der jeweiligen Kommunen. In Jena bzw. Kahla wurde im Bereich der Nichtkontaktdelikte zu 88,0% bzw. 61,3% der Nennungen angegeben, daß die Tat im Stadt- bzw. Ortsgebiet verübt wurde.

Auch berichteten die von Raubüberfällen betroffenen Personen (vgl. Tabelle 8.30) aus den kleineren Kommunen Emmendingen und Löffingen überwiegend - im Vergleich zu Betroffenen aus Freiburg -, daß die Tat nicht am Wohnort selbst stattfand (Tatort im Stadtgebiet: Freiburg: 60,6%, Emmendingen: 23,1%, in Löffingen gaben alle betroffenen Personen (n = 5) an, daß die Tat außerhalb des Ortes verübt wurde; vgl. Tabelle 8.30).

Die Angaben zu tätlichem Angriff mit bzw. ohne Waffengewalt zeigen vergleichbare Ergebnisse, wenn auch aufgrund der sehr geringen Fallzahlen

bzw. fehlenden Angaben zum Tatort von Betroffenen aus Löffingen bzw. Kahla nur beschränkte Aussagen gemacht werden können.

Ähnliche Ergebnisse zeigen die Angaben der von sexueller Belästigung betroffenen Frauen aus Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen. Im Gegensatz zu Freiburg (75,3%) fand in Löffingen die sexuelle Belästigung nur in ca. der Hälfte der Vorfälle im Ort selber statt.

Die Angaben des Tatortes der oben beschriebenen Vorfälle, in denen Täter und Opfer in direktem Kontakt standen (Kontaktdelikte), beziehen sich in Jena, vergleichbar zu Freiburg, ebenfalls im wesentlichen darauf, daß die Tat im Stadtgebiet verübt wurde. Ein Vergleich mit Kahla ist aufgrund niedriger Fallzahlen bzw. fehlender Nennungen des Viktimisierungsortes nicht möglich.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Kontaktdelikte (vgl. Summenbildung Tabelle 8.30) zeigt sich für Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen, daß sich 77,3%, 64,8% bzw. lediglich 47,4% der Nennungen auf einen Tatort innerhalb der jeweiligen Kommunen beziehen. Aus Jena beziehen sich hierauf 83,7% der Nennungen. Die Angaben aus Kahla sind aufgrund der geringen Fallzahl nicht zu berücksichtigen.

Die berichteten Ergebnisse relativieren die in den Kapiteln 8.1-8.15 dargestellten Viktimisierungsquoten der fünf Kommunen dahingehend, daß Befragte der kleineren Kommunen (Emmendingen, Löffingen bzw. Kahla) in wesentlich höherem Maße als vergleichsweise Befragte aus Freiburg bzw. Jena außerhalb ihres Wohnortes Opfer von Viktimisierung wurden. Jeweils ca. ein Drittel der Nennungen aus Emmendingen und Kahla sowie nahezu die Hälfte der Nennungen aus Löffingen beziehen sich auf einen Tatvorfall außerhalb der Gemeinden (vgl. Abb. 8.119). Die für Bewohner dieser Orte oftmals notwendige Mobilität im beruflichen sowie privaten Sektor birgt ein gewisses Opferrisiko in sich. Dieser Aspekt ist bei der Interpretation der teilweise ohnehin geringen Opferquoten der kleineren Kommunen relevant.

Die Verteilung der Nennungen zu einzelnen Viktimisierungsorten soll nachfolgend, getrennt nach den fünf Kommunen, für die Gesamtanzahl der persönlich betroffenen Opfer, die zum Tatort Angaben machten bzw. nach den Angaben von Opfern der Kategorien Nichtkontakt-/Kontaktdelikte dargestellt werden.

Wie aus Tabelle 8.31 zu ersehen ist, nimmt in den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen der Anteil von Viktimisierungen, deren Tatort von den Betroffenen als „zu Hause oder in der Nähe“

angegeben wurde, mit höherem Urbanisierungsgrad zu. So wurde in der ländlichen Kommune Löffingen in 21,3% der Vorfälle die Tat im direkten Wohnumfeld der Opfer verübt, in Emmendingen bzw. Freiburg hingegen zu 30,9% bzw. 35,6%. In Jena bzw. Kahla ist dieser Anteil nahezu gleich (49,3% bzw. 52,9%; vgl. Tabelle 8.31).

In den westdeutschen Kommunen wurde der Stadtteil als Tatort in jeweils ca. 15% der Vorfälle genannt – vergleichbar in Jena zu 19,0%, in Kahla hingegen lediglich zu 5,9% der Nennungen.

Tabelle 8.31: Ort der Viktimisierung, getrennt nach den fünf Kommunen, Opfer insgesamt (Nennungen der persönlich betroffenen Befragten)

Viktimisierungs- ort	Freiburg		Emmen- dingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Zu Hause/ in der Nähe	485	35,6	122	30,9	17	21,3	376	49,3	18	52,9
Im Stadtteil	213	15,6	61	15,4	12	15,0	145	19,0	2	5,9
Anderswo in der Stadt	412	30,3	96	24,3	16	20,0	146	19,1	2	5,9
Anderswo im Inland	101	7,4	70	17,7	26	32,5	96	12,6	12	35,3
Im Ausland	151	11,1	46	11,7	9	11,2	0	0,0	0	0,0
Gesamt	1362	100	395	100	80	100	763	100	34	100

Eine Zunahme nach dem Urbanisierungsgrad der jeweiligen Kommunen zeigen wiederum die Angaben zur Antwortkategorie, daß die Tat „anderswo in der Stadt“ verübt worden sei (vgl. 8.31). Diese Ergebnisse sind plausibel, da neben der größeren geographischen Ausdehnung auch die strukturellen Gegebenheiten der größeren Kommunen (z.B. Parkhäuser, Freizeiteinrichtungen) ein höheres Viktimisierungsrisiko aufweisen.

Wie schon beschrieben, berichteten die Opfer der kleineren Kommunen (Emmendingen, Löffingen bzw. Kahla) im Vergleich zu Betroffenen aus Freiburg bzw. Jena zu einem erheblich höheren Anteil, daß die Taten „anderswo im Inland“ bzw. „im Ausland“ verübt wurden. In Tabelle 8.31 sind die Angaben zu diesen Antwortkategorien getrennt dargestellt. Daß die Tat „anderswo im Inland“ verübt wurde, berichteten Opfer aus Freiburg in 7,4% der Nennungen, aus Löffingen hingegen mit 32,5% zu einem wesentlich höheren Anteil. In den ostdeutschen Kommunen zeigt sich ein vergleichbares Verhältnis (Jena: 12,6%, Kahla: 35,3%).

Die Befragten aus den westdeutschen Kommunen gaben mit jeweils ca. 11% der Nennungen an, daß sie im Ausland Opfer wurden. Eine möglicherweise unterschiedliche Reisetätigkeit der Befragten aus Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen dürfte für die oben berichteten Unterschiede mit verantwortlich sein. Die Befragten aus Jena und Kahla gaben in keinem Fall an, daß ihnen die Tat im Ausland zugestoßen sei (vgl. Tabelle 8.31). Die materiellen Voraussetzungen im Befragungszeitraum 1991/92, kurz nach der deutschen Wiedervereinigung, ließen wahrscheinlich nur in den wenigsten Fällen Auslandsaufenthalte der ostdeutschen Befragten zu.

Die aus den Tabellen 8.32 bzw. 8.33 ersichtlichen Unterschiede zwischen den Kommunen spiegeln im wesentlichen die in Tabelle 8.31 (vgl. oben) dargestellten Ergebnisse, getrennt nach den durch Nichtkontaktdelikte bzw. Kontaktdelikte betroffenen befragten Personen, wider.

Im Bereich der Nichtkontaktdelikte (vgl. Tabelle 8.32) gaben die Befragten aus Freiburg in ca. 40% der Nennungen als Tatort das unmittelbare Wohnumfeld an. Hierfür dürften vor allem Vorfälle wie Diebstahl aus abgestellten Kraftfahrzeugen bzw. Beschädigungen an Kraftfahrzeugen verantwortlich sein. Dieser Anteil reduziert sich in den kleineren Kommunen (Emmendingen bzw. Löffingen) auf 34,6% bzw. 23,0% der Nennungen.

Tabelle 8.32: Ort der Viktimisierung, getrennt nach den fünf Kommunen, Nennungen der persönlich betroffenen Opfer von Nichtkontaktdelikten

Viktimisierungs- ort	Freiburg		Emmen- dingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Zu Hause/ in der Nähe	448	39,2	112	34,6	14	23,0	348	52,8	17	54,9
Im Stadtteil	166	14,5	50	15,4	7	11,5	110	16,7	1	3,2
Anderswo in der Stadt	326	28,6	71	21,9	15	24,6	122	18,5	1	3,2
Anderswo im Inland	82	7,2	53	16,4	19	31,1	79	12,0	12	38,7
Im Ausland	120	10,5	38	11,7	6	9,8	0	0,0	0	0,0
Gesamt	1142	100	324	100	61	100	659	100	31	100

Opfer aus Jena und Kahla gaben in jeweils ca. der Hälfte aller Nennungen im Bereich der Nichtkontaktdelikte das unmittelbare nähere Wohnumfeld an (52,8% bzw. 54,9%). Ein hoher Anteil der Nennungen zum Tatort von Nichtkontaktdelikten bezieht sich für Opfer aus den kleineren Kommunen,

im Vergleich zu Freiburg und Jena, wiederum auf Vorfälle außerhalb ihres Wohnortes (vgl. Tabelle 8.32).

Tabelle 8.33: Ort der Viktimisierung, getrennt nach den fünf Kommunen, Nennungen der Opfer von Kontaktdelikten

Viktimisierungs- ort	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Zu Hause/in der Nähe	37	16,8	10	14,1	3	15,8	28	26,9	1	33,4
Im Stadtteil	47	21,4	11	15,6	5	26,3	35	33,7	1	33,4
Anderswo in der Stadt	86	19,1	25	35,2	1	5,3	24	23,1	1	33,4
Anderswo im Inland	19	8,6	17	24,0	7	36,8	17	16,3	0	0,0
Im Ausland	31	14,1	8	11,1	3	15,8	0	0,0	0	0,0
Gesamt	220	100	71	100	19	100	104	100	3	100

Die von Kontaktdelikten betroffenen Opfer aus Emmendingen (vgl. Tabelle 8.33) gaben in jeweils ca. einem Drittel der Nennungen als Tatort an, daß der Vorfall in unmittelbarer Wohnumgebung („zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“), „anderswo in der Stadt“ bzw. „anderswo im Inland/im Ausland“ passiert sei. Etwa die Hälfte (52,6%) der Nennungen aus Löffingen bezieht sich auf einen Tatort außerhalb der Gemeinde. Jeweils ca. 40% (38,2% bzw. 39,1%; vgl. Tabelle 8.33) der Nennungen zu Kontaktdelikten aus Freiburg betreffen einen Tatort im näheren Wohngebiet („zu Hause/in der Nähe“, „im Stadtteil“) bzw. in anderen Teilen der Stadt (39,1%).

Die Schwerpunkte der Nennungen beziehen sich demnach im Bereich der Kontaktdelikte in Freiburg auf das Stadtgebiet selbst (77,3%), in Emmendingen bzw. Löffingen zu einem beträchtlichen (35,1%) bzw. überwiegenden (52,6%) Anteil auf Tatorte außerhalb der Gemeinden.

Ein hoher Anteil der Vorfälle, gerade im Bereich der Kontaktdelikte, dürfte den betroffenen Personen im Rahmen allgemeiner Freizeit- bzw. kultureller Veranstaltungen (z.B. abendliche Sportstätten-, Diskotheken- bzw. Theaterbesuche) zugestoßen sein, die beispielsweise in der größeren Kommune Freiburg in höherem Maße angeboten werden als in Emmendingen oder Löffingen. Ein geringeres kulturelles bzw. Freizeitangebot in den kleineren Kommunen dürfte mit dafür verantwortlich sein, daß befragte Personen aus Emmendingen und Löffingen bei Besuchen o.a. Veranstaltungen möglicherweise in Freiburg Opfer von Kontaktdelikten wurden.

Die Nennungen aus Jena (vgl. Tabelle 8.33) belegen, daß lediglich ein geringer Anteil der Kontaktdelikte (16,3%) außerhalb des Stadtgebietes verübt wurde. In einem wesentlich höheren Maße als in den westdeutschen Kommunen wurde als Tatort die Wohnung des Opfers bzw. deren unmittelbare Nähe oder der Stadtteil (26,9% bzw. 33,7% der Nennungen) von den Betroffenen angegeben. Die Angaben aus Kahla können aufgrund der geringen Nennungen nicht berücksichtigt werden.

8.17.4 Anzeigeverhalten

Im folgenden sollen zum einen die Anzeigequoten der einzelnen Deliktsbereiche bewertet werden, zum anderen soll über alle Opfer bzw. die Opfer der unterschiedlichen Deliktskategorien (Nichtkontaktdelikte, Einbruchdelikte, Kontaktdelikte) der betreffenden Kommunen hinweg dargestellt werden, in welcher Form eine Anzeige erfolgte bzw. welche Gründe für eine Nichtanzeige des Deliktes ausschlaggebend waren. Grundlage dieser Darstellung sind die Nennungen der persönlich betroffenen Opfer aus Freiburg (n = 1.073), Emmendingen (n = 324), Löffingen (n = 72), Jena (n = 804) sowie Kahla (n = 93), die zu ihrem Anzeigeverhalten Angaben machten.

Die Entscheidung des Opfers zur Anzeige bzw. Nichtanzeige des Deliktes wird durch unterschiedlichste Gründe und Einflüsse bestimmt. In jedem Fall steht in der Regel die Schwere und Art des Deliktes im Vordergrund. Die Anzeigequoten der persönlich betroffenen Opfer aus den fünf Kommunen werden zum direkten Vergleich nochmals dargestellt. Nachfolgend wird zudem die Verteilung der Nennungen zur Form der Anzeigerstattung bzw. zu den Gründen einer Nichtanzeige insgesamt betrachtet und bewertet.

Tabelle 8.34 faßt nochmals die in den Viktimisierungskapiteln 8.1-8.15 berichteten Anzeigequoten zusammen. Hierdurch werden direkte Vergleiche der Unterschiede im Anzeigeverhalten der betroffenen Personen aus den fünf Kommunen deutlich. Bei der Interpretation von Tabelle 8.34 sind – insbesondere in den Deliktsbereichen Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl, Raub, tätlicher Angriff mit Waffen sowie Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung – die teilweise sehr niedrigen Fallzahlen zu berücksichtigen. Nochmals muß betont werden, daß sich die Angaben zu den übrigen Delikten aus Löffingen und Kahla ebenfalls auf eher niedrige Fallzahlen beziehen.

Bei Betrachtung der in Tabelle 8.34 dargestellten Anzeigequoten liegt die Vermutung nahe, daß eine Anzeigerstattung im wesentlichen von zwei

Voraussetzungen abhängig ist: Zum einen dürfte die tatsächliche Schwere der Tat und das Ausmaß des angerichteten Schadens einen Einfluß auf die Anzeigerstattung haben; zum anderen erscheint relevant, ob der entstandene materielle Schaden dem Opfer ersetzt werden kann (z.B. über eine Versicherung). Versicherungsleistungen setzen in der Regel eine Anzeigerstattung voraus. Kraftfahrzeuge (PKWs, Moped/Motorräder) sind durch die Zulassung zum Straßenverkehr im Rahmen der obligatorischen Haftpflicht-/Kaskoversicherung auch gegen Diebstahl versichert. Auf diese kann somit vom Betroffenen in jedem Fall ohne Einschränkungen zurückgegriffen werden. Auch bedingt der mit dem Diebstahl verbundene Verlust der Fahrzeugkennzeichen die Meldung bei der Polizei. Die Anzeigequoten im Bereich der Kraftfahrzeug-Diebstähle (PKW, Moped/Motorrad) zeigen damit die höchsten Werte insgesamt, der materielle Verlust dürfte in nahezu jedem Fall durch die Kfz-Versicherung zu regeln sein. Fahrzeuge (PKWs bzw. Motorräder), deren Diebstahl nicht zur Anzeige gebracht wurde, sind möglicherweise nach einem „Gebrauchsdiebstahl“ wieder aufgefunden worden, der Besitzer hat sie zurückerhalten, oder sie waren (möglicherweise saisonbedingt) nicht angemeldet (z.B. Motorräder).

Tabelle 8.34: Anzeigequoten, getrennt nach Kommunen

Art des Deliktes	Anzeigequote nach Kommune (in %)				
	FR	EM	Löff.	Jena	Kahla
PKW- Diebstahl	100	75,0	k.A.	73,7	k.A.
KRAD- Diebstahl	70,3	62,5	k.A.	85,7	60,0
Fahrraddiebstahl	63,5	72,5	k.A.	60,0	k.A.
Diebstahl aus PKW	59,5	50,7	37,5	36,0	37,5
PKW- Beschädigung	29,1	35,4	33,3	27,8	50,0
Versuchter Wohnungseinbruch	56,9	68,1	33,3	58,1	60,0
Wohnungseinbruch	47,2	49,2	50,0	39,4	40,0
Raub	29,4	35,7	60,0	42,8	k.A.
Diebstahl	35,1	38,1	35,7	38,0	55,0
Betrug/ Täuschung	5,1	7,7	6,6	19,7	22,7
Tätlicher Angriff (ohne Waffen)	21,7	33,3	25,0	39,0	50,0
Tätlicher Angriff (mit Waffen)	50,0	50,0	33,3	45,2	k.A.
Sexuelle Belästigung	8,3	10,5	9,1	25,0	0,0
Vergewaltigung/ versuchte Vergewaltigung	20,0	0,0	0,0	40,0	0,0

Die Anzeigequoten zum Deliktsbereich Fahrraddiebstahl sind, zumindest in Freiburg und Jena, deutlich niedriger als die oben dargestellten Anzeigequoten von Kraftfahrzeug-Diebstählen. Es ist anzunehmen, daß nur ein geringerer Teil der gestohlenen Fahrräder durch eine (in der Regel relativ teure) Diebstahlsversicherung ersetzt werden kann – möglicherweise hoffen die Betroffenen durch die Anzeigerstattung vielmehr auf eine Wiederbeschaffung des Fahrrades durch die Polizei. Auch wird die Anzeigerstattung bei Fahrraddiebstahl von der Polizei unterstützt (z.B. durch den sog. „Fahrradpaß“ bzw. durch Berichte über Erfolge bei Fahndungsmaßnahmen nach gestohlenen Fahrrädern, z. B. durch routinemäßige Überprüfung von Rahmennummern abgestellter Fahrräder).

Schäden durch Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen sowie die vorsätzliche Beschädigung von Kraftfahrzeugen werden nur noch unter bestimmten – sehr eingeschränkten – Voraussetzungen von der Versicherung übernommen. Der entstandene Schaden durch Diebstahl von mit dem Kraftfahrzeug fest verbundenen Teilen (z.B. Autoradios) wird in der Regel von Versicherungen ersetzt, die z.B. aus dem Auto gestohlene Fotokamera hingegen nicht. Vor allem Schäden durch vorsätzliche Beschädigungen am PKW (z.B. Lackschäden, abgebrochene Scheibenwischer etc.) werden von Versicherungen nur in seltenen Ausnahmefällen übernommen. Diese Bedingungen und ein möglicherweise eher geringerer Schaden und die mit einer Anzeige verbundenen Umstände spiegeln sich in den Anzeigequoten wider. Die Anzeigequoten von Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen sind in nahezu allen Kommunen erheblich niedriger als die oben berichteten Quoten zum Kraftfahrzeugdiebstahl – eine Schadensregulierung dürfte hier in einigen Fällen jedoch noch möglich gewesen sein.

Vorsätzliche Beschädigungen von Kraftfahrzeugen werden in nahezu allen Kommunen, mit Ausnahme von Kahla, nur bis zu maximal einem Drittel der Vorfälle angezeigt. Die versicherungsrechtlichen Bestimmungen sowie die tatsächliche Schadenshöhe und relativ geringe Aufklärungsmöglichkeiten durch die Polizei dürften auf diese niedrigen Anzeigequoten einen hohen Einfluß gehabt haben (vgl. unten 8.17.4.2 „Gründe für Nichtanzeige“).

Der Einbruch in Wohnräume stellt ein eher schweres Delikt dar. Die Anzeigequoten zu diesem Deliktsbereich sind in den fünf Kommunen, mit Ausnahme von Löffingen, vergleichsweise hoch. In nahezu allen Kommunen wird teilweise über ein Drittel der Vorfälle von den Betroffenen nicht angezeigt. Hier dürften insbesondere die Schwere und näheren Umstände

der Tat ausschlaggebend gewesen sein. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die wirklich schwerwiegenden Fälle angezeigt wurden.

Delikte mit dem Hintergrund eines direkten körperlichen Angriffs gegen Personen (Raub, tätlicher Angriff, Vergewaltigung/versuchte Vergewaltigung) zeigen, bis auf die Ergebnisse zum Deliktsbereich „tätlicher Angriff mit Waffeneinsatz“, in Anbetracht der vermeintlichen Schwere vergleichsweise niedrige Anzeigequoten. Die Hintergründe hierzu dürften vielschichtig sein und werden in den betreffenden Viktimisierungskapiteln diskutiert. Möglicherweise sind auch minder schwere Fälle für die eher niedrigen Anzeigequoten in diesen Deliktsbereichen mitverantwortlich.

Delikte wie „Betrug/Täuschung“ bzw. sexuelle Belästigung dürften oftmals nicht strafrechtlich relevant gewesen sein. Die Anzeigequoten liegen in nahezu allen westdeutschen Kommunen teilweise deutlich unter 10%. In den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla hingegen wird jeweils ca. ein Viertel bis ein Fünftel dieser Vorfälle zur Anzeige gebracht. Diese Unterschiede begründen sich vermutlich auf verschiedenen Einstellungen zu Vorfällen dieser Art (vgl. Kapitel 8.11 bzw. 8.14). Der Deliktsbereich „Betrug/Täuschung“ ist im Mittelbereich zwischen reinen Eigentumsdelikten ohne Täter/Opfer-Kontakt sowie anderen Delikten anzusiedeln, in welchen Täter und Opfer miteinander in Kontakt getreten sind. Möglicherweise stellen Betrug und Täuschung eher schwer faßbare Delikte dar. Die höheren Anzeigequoten in den ostdeutschen Kommunen könnten Indikator für einen zumindest zum Befragungszeitpunkt 1991/92 noch größeren Sensibilisierungsgrad der Ostdeutschen gegenüber diesen Delikten sein.

Sexuelle Belästigung gilt in gesellschaftlichen Kreisen meist als „heikles, delikates“ Geschehen, und die Angst des Opfers vor Gesichtsverlust und negativen Reaktionen des sozialen Umfeldes, sei es am Arbeitsplatz oder im Familien- oder Bekanntenkreis, ist möglicherweise groß. Die Anzeige sexueller Belästigung z.B. am Arbeitsplatz bringt viele Unannehmlichkeiten mit sich (Spott oder Gerede der Kollegen; die Beweislast liegt bei der Frau) und kann für das Opfer nicht selten zum Verlust des Arbeitsplatzes bzw. zu Schwierigkeiten an diesem führen.

Übrige Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Kommunen hinsichtlich der Höhe der Anzeigequoten dürften vor allem mit der Schwere des Deliktes in Zusammenhang zu bringen sein (vgl. unten 8.17.4.2 „Gründe für Nichtanzeige“).

Zusammenfassend ist zu sagen, daß anhand der Angaben zum Anzeigeverhalten die Tendenz ersichtlich wird, daß – wenn überhaupt – die Bereit-

schaft zur Anzeige dann zunimmt, je weniger die körperliche Integrität des Opfers angegriffen wurde. So werden vor allem Delikte zur Anzeige gebracht, die in Zusammenhang mit Gegenständen aus dem Besitz des Opfers stehen, wogegen Delikte, die sich auf das Opfer als Person beziehen, in deutlich weniger Fällen angezeigt werden. Es scheint leichter zu fallen, das Recht auf Besitz einzuklagen als das Recht auf einen unversehrten Körper. Diebstähle lassen sich leichter benennen als z.B. Vergewaltigungen. Eigentumsdelikte sind konkreter faßbar und bringen weder das Opfer noch die Anzeigen entgegennehmende Stelle in Verlegenheit. Delikte, die sich auf Gegenstände im Besitz des Opfers beziehen, machen auch eher Hoffnung auf adäquate Wiedergutmachung. Das verlorene Gut kann nachträglich wiedererworben werden. Fraglich ist jedoch, inwiefern z.B. Schmerzensgeld die durch eine Tat erlittenen physischen bzw. psychischen Einwirkungen zu kompensieren vermag.

Bei Betrachtung der Anzeigequoten der 14 Delikte bzw. Deliktsbereiche ergibt sich eine weitere Frage: Mit Ausnahme der Viktimisierungen in Fahrzeugbereich liegen die Anzeigequoten nahezu ausnahmslos unter 50%. Es fallen hier lediglich der Wohnungseinbruch und der tätliche Angriff mit Waffe heraus. Gerade bei Massendelikten wie Diebstahl persönlichen Eigentums (Anzeigequote in den westdeutschen Städten zwischen 35,1% und 38,1%) liegt die Anzeigequote erheblich unter 50%. Es entsteht somit der Eindruck, daß bei der großen Zahl der Straftaten deutlich weniger als 50% erfolgreich angezeigt werden (vgl. hierzu *Kürzinger* 1978). Auch bei Straftaten, die sich nicht gegen ein individuelles Opfer richten, wie beispielsweise Ladendiebstahl, dürfte die Zahl der bei der Polizei angezeigten Delikte wesentlich unter 50% liegen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, ob das von kriminologischer Seite vielfach auf etwa 50% geschätzte Dunkelfeld der Kriminalität insgesamt nicht deutlich unterschätzt ist, ob also nicht von einem wesentlich höheren Dunkelfeld der Kriminalität ausgegangen werden muß. In dieses Dunkelfeld fallen – von einzelnen Ausnahmen wie etwa Straftaten im sozialen Nahbereich, insbesondere Vergewaltigungen, abgesehen – naheliegenderweise vorwiegend leichtere Straftaten, aber zweifellos nicht nur. Offensichtlich haben die Opfer vielfach nicht nur deshalb nicht angezeigt, weil sie die Angelegenheit als nicht gravierend einstufen bzw. sie selbst geregelt haben, sondern auch, weil sie die Möglichkeiten der Polizei, die Sache aufzuklären und für das Opfer etwas Positives unternehmen zu können, als minimal einschätzten.

8.17.4.1 Die Form der Anzeigerstattung (unter Einbeziehung der Nennungen aller Opfer, getrennt nach den fünf Kommunen)

Die durch Viktimisierung betroffenen Personen aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen gaben insgesamt jeweils 741 (n = 718), 234 (n = 218) bzw. 32 (n = 31) Nennungen zur Fragestellung ab, in welcher Form eine Anzeige erfolgte (vgl. Tabelle 8.35).

Die persönlich betroffenen Opfer aus Jena und Kahla nahmen insgesamt in n = 338 bzw. n = 37 Fällen zur Fragestellung, in welcher Form die Anzeige erfolgte. Mehrfachangaben zur Form der Anzeigerstattung waren ausschließlich in den westdeutschen Kommunen vorgesehen, in Jena und Kahla stand den Betroffenen nur jeweils eine Antwortmöglichkeit zur Verfügung. Somit beziehen sich die Prozentuierungen zu den Angaben aus den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen auf die jeweilige Gesamtanzahl der Nennungen, die Angaben aus Jena und Kahla beziehen sich hingegen auf die jeweilige Gesamtanzahl der Fälle.

Wie aus Tabelle 8.35 zu erkennen ist, steht die persönliche Anzeigerstattung bei der Polizei („persönlich bei der Polizei / bei einem Polizisten auf der Straße“) deutlich – mit teilweise mehr als der Hälfte der Angaben – im Vordergrund der Nennungen. So entfallen beispielsweise in Freiburg 64,0% der Nennungen auf diese Kategorie. In Emmendingen und Löffingen sind es ca. 10% weniger, zugunsten einer telefonischen Anzeigerstattung bei der Polizei (25,6% bzw. 43,8%). Auch in der ostdeutschen Kommune Jena wurde von den Betroffenen in ca. 60% der Fälle genannt, daß persönlich bei der Polizei angezeigt wurde. In Kahla hingegen ähnelt die Verteilung der Angaben eher der von Löffingen. Auch hier bezieht sich ein relativ hoher Anteil auf die Möglichkeit der telefonischen Anzeigerstattung bei der Polizei (32,4%). Es ist gerade für die ländlichen Kommunen (Löffingen und Kahla) zu vermuten, daß eine eher formelle Angelegenheit wie die Erstattung einer Anzeige durch einen möglicherweise direkteren Kontakt der Bürger dieser Kommunen mit der Polizei – in diesen Fällen durch ein Telefonat – somit auch für die Betroffenen einfacher zu regeln ist. Hierfür spricht, daß Nennungen zu einer schriftlichen Anzeigerstattung („mit einem Brief bei der Polizei“), zumindest in Löffingen, von den Betroffenen nicht abgegeben wurden. Über sämtliche Kommunen hinweg gesehen wird von der Form einer schriftlichen Anzeigerstattung erwartungsgemäß eher selten Gebrauch gemacht. Der Aufwand einer schriftlichen Anzeigerstattung dürfte vielen Betroffenen zu hoch gewesen sein

bzw. sie befürchteten Verzögerungen in der Bearbeitung der Anzeige, z.B. durch den Postweg.

Tabelle 8.35: Form der Anzeigerstattung; Nennungen aller Opfer, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löff- ingen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	31	4,2	5	2,1	0	0,0	21	6,2	2	5,4
2. Telefonisch bei der Polizei	145	19,6	60	25,6	14	43,8	80	23,7	12	32,4
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	474	64,0	128	54,7	17	53,1	202	59,8	21	56,8
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	41	5,5	12	5,1	0	0,0	35	10,4	2	5,4
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	50	6,8	29	12,4	1	3,1	nicht erhoben			
Gesamt	741	100	234	100	32	100	338	100	37	100

* Mehrfachantworten möglich

Bedeutung kommt den Nennungen zu, die sich darauf beziehen, daß vom Opfer eine Anzeigerstattung versucht wurde, diese jedoch von der Polizei abgewiesen wurde und der Fall somit nicht zur Bearbeitung durch die Polizei kam („es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen“). Die Gründe einer Ablehnung der Anzeige durch die Polizei sind nicht bekannt. Möglicherweise handelte es sich um weniger schwerwiegende Fälle, deren weitere Behandlung im Gespräch des Opfers mit der Polizei geklärt wurde. Es ist davon auszugehen, daß Vorfälle in nahezu jedem Fall von der Polizei aufgenommen wurden, was die Zahlen im wesentlichen belegen. Aus Löffingen beziehen sich keine Nennungen auf diese Kategorie; hier wurden alle Anzeigen, die von den Betroffenen erstattet wurden, von der Polizei aufgenommen. Auch aus den übrigen Kommunen bezieht sich, mit Ausnahme von Jena, ein eher geringerer Teil (jeweils ca. 5%) der Nennungen insgesamt auf diese Antwortkategorie. 10,4% der Angaben aus Jena beziehen sich darauf, daß die Anzeige von der Polizei abgewiesen und somit nicht bearbeitet wurde. Speziellen Deliktsbereichen

waren diese Nennungen nicht zuzuordnen. Eine mögliche Erklärung des im Vergleich zu den übrigen Kommunen in Jena relativ hohen Anteils dieser Antwortmöglichkeit an den Angaben insgesamt wäre, daß durch die Umbruchsituation in den neuen Ländern zu Beginn der 90er Jahre und einer daraus erwachsenden Kriminalität die Polizei evtl. nicht die Möglichkeiten hatte bzw. aufgrund mangelnder Ressourcen nicht dazu in der Lage war, jeden einzelnen Fall zu bearbeiten. Dieses stellt jedoch lediglich eine Vermutung dar. Mit einer entsprechenden Folgestudie, die wir 1995 in Freiburg und Jena durchführten, kann dieser Befund überprüft werden.

Die Anzeigerstattung an einer anderen Stelle („es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet“) wurde nur in den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen erhoben. Mit 12,4% der Nennungen wurde diese Antwortkategorie in Emmendingen am häufigsten genutzt. Diese Form der Anzeigerstattung ist stark vom jeweiligen Delikt abhängig und im Inhalt sehr heterogen (vgl. beispielsweise Kapitel 8.10 „Diebstahl persönlichen Eigentums“). Hierunter subsumieren sich z.B. die Einschaltung eines Rechtsanwaltes, die Weitergabe eines Schadensfalles an die Versicherung oder die Nachfrage beim Fundbüro.

Insgesamt zeigt sich, daß insbesondere der persönliche Kontakt zur Polizei bei der Anzeigerstattung den Opfern einer Straftat wichtig ist. Im Fall der umfassenden Anzeigerstattung ist zudem die Unterschrift des Opfers im Anzeigeprotokoll notwendig. Es ist allerdings daran zu denken, daß Opfer durch ein persönliches Erscheinen bei der Polizei ihrer Betroffenheit durch den Vorfall Ausdruck geben wollen und somit möglicherweise auch ein Einfluß auf die (zügige) Bearbeitung der Anzeige erfolgen soll. Es ist weiter davon auszugehen, daß die telefonische Anzeigerstattung im wesentlichen eine Information der Polizei zum Geschehen darstellen kann – mit dem Hintergrund, die Ordnungsbehörde auf den Vorfall aufmerksam gemacht zu haben. Anzeigerstattungen werden nur in relativ wenigen Fällen von der Polizei abgelehnt. Was wir nicht überprüft haben, ist, wie weit die Angaben der Befragten, Anzeige erstattet zu haben, wirklich zutreffen. So ist möglich, daß ein erheblicher Teil derjenigen, die angaben, telefonisch oder persönlich bei der Polizei Anzeige erstattet zu haben, dies letztlich etwa nach einem Gespräch mit der Polizei förmlich doch nicht getan hat, das Gespräch selbst aber als „Anzeigerstattung“ erlebte.

Im folgenden soll die Form der Anzeigerstattung getrennt nach den drei Deliktskategorien Nichtkontaktdelikte, Einbruchsdelikte sowie Kontaktdelikte dargestellt werden.

Die von Viktimisierung durch Nichtkontaktdelikte (persönlich), Einbruchsdelikte bzw. Kontaktdelikte betroffenen Personen, die Anzeige erstattet haben (aus Freiburg (n = 507, n = 151, n = 60), Emmendingen (n = 147, n = 49, n = 22) bzw. Löffingen (n = 18, n = 6, n = 7)), gaben insgesamt 522 / 156 / 18 (Nichtkontaktdelikte), 157 / 54 / 6 (Einbruchsdelikte) bzw. 62 / 24 / 8 (Kontaktdelikte) Nennungen zur Fragestellung ab, in welcher Form eine Anzeige erfolgte (siehe unten Tabellen 8.36, 8.37, 8.38).

Durch Nichtkontaktdelikte (persönliche Viktimisierung), Einbruchsdelikte bzw. Kontaktdelikte betroffene Opfer aus Jena und Kahla, die eine Anzeige erstattet haben, gaben in n = 243 / 44 / 51 (Jena) bzw. n = 27 / 44 / 3 Fällen (Kahla) an, in welcher Form die Anzeigerstattung erfolgte. In den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen bestand, wie schon oben beschrieben, für die Betroffenen die Möglichkeit, Mehrfachangaben bezüglich der Anzeigeform (z.B. die Anzeigerstattung erfolgte telefonisch und schriftlich bei der Polizei) anzugeben. In den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla bestand diese Möglichkeit nicht.

Tabelle 8.36: Form der Anzeigerstattung; Nennungen der Opfer von Nichtkontaktdelikten, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	23	4,4	3	1,9	0	0,0	15	6,2	1	3,7
2. Telefonisch bei der Polizei	46	8,8	20	12,8	8	44,4	50	20,6	8	29,6
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	397	76,1	106	68,0	9	50,0	152	62,6	16	59,3
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	21	4,0	8	5,1	0	0,0	26	10,7	2	7,4
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	35	6,7	19	12,2	1	5,6	nicht erhoben			
Gesamt	522	100	156	100	18	100	243	100	27	100

* Mehrfachantworten möglich

Aus Tabelle 8.36 ist zu ersehen, daß der weitaus größte Teil von Nennungen der durch Nichtkontaktdelikte betroffenen Personen aus Freiburg und

Emmendingen sich darauf bezieht, daß die Anzeige direkt bei der Polizei aufgegeben wurde (76,1% bzw. 68,0%). Auch die Angaben von Betroffenen aus Jena belegen, daß Anzeigen mit dem Hintergrund eines Nichtkontaktdeliktens überwiegend persönlich bei der Polizei aufgegeben worden sind (62,6%). In den kleineren Gemeinden Löffingen und Kahla wurde in höherem Maße wiederum auch telefonisch eine Anzeige erstattet (44,4% bzw. 29,6%). In Einzelfällen dürfte die Anzeigerstattung in diesen Gemeinden möglicherweise, im Vergleich zu den größeren Kommunen, informeller gehandhabt worden sein. In den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla wurde in dieser Deliktskategorie in 10,7% bzw. 7,4% der Fälle die Anzeige von der Polizei nicht aufgenommen. In den westdeutschen Kommunen wurde von den Betroffenen eine vergebliche Anzeigerstattung bei Nichtkontaktdelikten deutlich weniger genannt (Freiburg: 4,0%; Emmendingen: 5,1% bzw. keine Nennung hierzu aus Löffingen).

In dieser Deliktskategorie handelt es sich überwiegend um Diebstahl- bzw. Sachbeschädigungsdelikte mit einer für die Betroffenen teilweise hohen materiellen Schädigung. Auch dürften in dieser Deliktskategorie Versicherungsleistungen (z.B. im Bereich der Kraftfahrzeug-Delikte) in hohem Maße in Anspruch genommen worden sein, die wiederum an eine ordnungsgemäße Anzeigerstattung gebunden sind.

Tabelle 8.37: Form der Anzeigerstattung; Nennungen der Opfer von Einbruchsdelikten, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	7	4,5	2	3,7	0		2	4,6	0	
2. Telefonisch bei der Polizei	86	54,8	40	74,1	4		19	43,2	4	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	46	29,3	7	13,0	2		22	50,0	3	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	8	5,1	2	3,7	0		1	2,3	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	10	6,4	3	5,6	0		nicht erhoben			
Gesamt	157	100	54	100	6		44	100	7	

* Mehrfachantworten möglich

Ein teilweise anderes Bild ergibt die Betrachtung der Nennungen zur Form der Anzeigerstattung in der Deliktskategorie „Einbruch“ (vgl. Tabelle 8.37). In nahezu allen Kommunen wurde ein überwiegender Teil der Vorfälle telefonisch der Polizei gemeldet (Freiburg: 54,8%; Emmendingen: 74,1%; Jena: 43,2%). Möglicherweise handelt es sich hier teilweise auch um weniger schwere Vorfälle mit keinem bzw. nur geringem Schaden (z.B. versuchter Einbruch), in denen es den Betroffenen vor allem darauf ankam, die Polizei über die Vorkommnisse zu informieren, damit z.B. weitere Einbrüche durch präventive Maßnahmen der Polizei verhindert werden können. Oft dürfte jedoch nach Feststellung der Tat die erste Handlung ein Anruf bei der Polizei sein, welcher von den Befragten bereits als Anzeige gewertet wurde. Der Anteil von der Polizei abgewiesener Anzeigerstattungen ist in den west- bzw. ostdeutschen Kommunen in dieser Deliktskategorie sehr gering (Freiburg: 5,1%; Emmendingen: 3,7%; Jena: 2,3%; in Löffingen bzw. Kahla wurden alle Anzeigen von der Polizei aufgenommen; vgl. Tabelle 8.37).

Tabelle 8.38: Form der Anzeigerstattung; Nennungen der Opfer von Kontaktdelikten, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Mit einem Brief bei der Polizei	1	1,6	0	0,0	0		4	7,8	1	
2. Telefonisch bei der Polizei	13	21,0	0	0,0	2		11	21,6	0	
3. Persönlich bei der Polizei/bei einem Polizisten auf der Straße	31	50,0	15	62,5	6		28	55,0	2	
4. Es wurde versucht, Anzeige zu erstatten, diese wurde aber abgewiesen	12	19,4	2	8,3	0		8	15,7	0	
5. Es wurde bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet	5	8,1	7	29,2	0		nicht erhoben			
Gesamt	62	100	24	100	8		51	100	3	

* Mehrfachantworten möglich

Aus Tabelle 8.38 sind die Nennungen zur Form einer Anzeigerstattung bei Kontaktdelikten ersichtlich. In den größeren Kommunen Freiburg, Emmendingen und Jena wurde die Anzeigerstattung in dieser Deliktskatego-

rie, im Vergleich zu Nichtkontakt- bzw. Einbruchsdelikten, in einem relativ hohen Maße von der Polizei abgelehnt, d.h. die Anzeige wurde nicht bearbeitet (Freiburg: 19,4%; Emmendingen: 8,3%; Jena: 15,7%. Wie schon oben genannt, wurden von uns die Hintergründe der Anzeigeablehnung nicht erfaßt. Es ist zu vermuten, daß es sich hier um Straftaten im Zusammenhang mit Konflikten im sozialen Nahbereich handelt, bei deren Lösung sich die Polizei überfordert sah bzw. nicht zuständig fühlte. An „anderer Stelle“ wurde – diese Antwortkategorie stand nur in den westdeutschen Erhebungen zur Verfügung – insbesondere von Betroffenen dieser Deliktskategorie aus Emmendingen angezeigt (29,2%). Hier dürfte in der Regel ein Rechtsanwalt beauftragt worden sein. Im übrigen wurden in allen Kommunen zumindest die Hälfte der Vorfälle aus dem Bereich der Kontaktdelikte direkt persönlich bei der Polizei angezeigt.

8.17.4.2 Die Gründe für Nichtanzeigen (unter Einbeziehung aller Opfer, getrennt nach den fünf Kommunen)

Die persönlich betroffenen Opfer aus Freiburg, Emmendingen und Löffingen gaben insgesamt 1456 (n = 980), 420 (n = 278) bzw. 110 (n = 73) Nennungen zu Nichtanzeigegegründen ab (vgl. Tabelle 8.39). Von durch Viktimisierung betroffenen Personen aus Jena und Kahla wurden zu 516 bzw. 47 Vorfällen Gründe für die Nichtanzeige von Delikten genannt. Die Möglichkeit von Mehrfachangaben zu Gründen der Nichtanzeige eines Deliktes stand ausschließlich den westdeutschen befragten Personen zur Verfügung.

Bei Betrachtung der Tabelle 8.39 fallen zwei in allen Kommunen identische Schwerpunkte innerhalb der Nennungen für Nichtanzeigen auf. Ein überwiegender Anteil der Angaben bezieht sich darauf, daß die Tat entweder nicht schwerwiegend genug gewesen bzw. daß kein Schaden entstanden sei oder es sich um „Kinderstreiche“ gehandelt habe. In Freiburg und Jena ist diese Kategorie mit ca. einem Drittel der Nennungen (30,1% bzw. 34,5%) belegt. 25,2% bzw. 29,1% der Nennungen aus Emmendingen und Löffingen entfallen auf diese Kategorie. Mit 40,4% der Nennungen wird diese Antwortmöglichkeit in Kahla mit Abstand am häufigsten genutzt. Angaben hierzu können natürlich in hohem Maße vom Delikt abhängig sein. So wurde diese Antwortmöglichkeit überdurchschnittlich häufig in den Deliktskategorien Beschädigung am Kraftfahrzeug (vgl. Kapitel 8.6), versuchter Einbruch in Wohnräume (vgl. Kapitel 8.8), Betrug/Täuschung (vgl. Kapitel 8.11) sowie sexuelle Belästigung (vgl. Kapitel 8.14) genannt.

Zu bemerken ist, daß in allen untersuchten Kommunen ein größerer Anteil der Delikte von den Betroffenen als eher weniger schwerwiegend eingestuft wurde, ein Ergebnis, das in Anbetracht von derzeit vor allem in den Medien oft wiedergegebenen „Horrorszenarien“ zur Kriminalitätsbelastung der Bürger vieles entdramatisiert. Ein weiterer, hoher Anteil der Nennungen zu den Nichtanzeige Gründen bezieht sich darauf, daß die Polizei quasi „machtlos“ gewesen wäre („die Polizei hätte auch nichts machen können“). In den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen entfallen hierauf ca. 30% der Nennungen insgesamt (28,0%, 26,9% bzw. 30,9%). Die Angaben in den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla zeigen hingegen bei dieser Antwortkategorie ein anderes Bild. Hier beziehen sich nur 21,9% (Jena) bzw. 12,8% (Kahla) der Angaben darauf, daß die Polizei „auch nichts hätte machen können“. Ursächlich hierfür dürften in den westdeutschen Kommunen vor allem die eher als gering erachteten Aufklärungsmöglichkeiten der Polizei bei sogenannten „Massendelikten“ sein. In den ostdeutschen Kommunen werden der Polizei im Befragungszeitraum 1991/92 auch bei häufiger anzutreffenden Delikten offensichtlich noch mehr Handlungsmöglichkeiten zum Vorfall eingeräumt als vergleichsweise von Betroffenen der westdeutschen Kommunen.

Daß der Vorfall von den betroffenen Personen selbst geregelt wurde bzw. daß der Täter bekannt war („habe es selbst geregelt, Täter war mir bekannt“), trifft vor allem auf die kleineren Gemeinden Löffingen (12,7%) und Kahla (21,3%), aber auch auf Emmendingen (11,2%) zu. Der Anteil der Nennungen zu dieser Antwortkategorie liegt in den größeren städtischen Kommunen Freiburg und Jena vergleichsweise deutlich niedriger (8,5% bzw. 9,7%). In den eher ländlichen Kommunen Löffingen und Kahla dürfte in einigen Fällen auch die spezifische soziale Situation einer kleinen Gemeinde zur Täterermittlung geführt haben bzw., daß Täter und Opfer von vornherein miteinander bekannt waren. Auch mag hier die Bereitschaft des Opfers, den Vorfall, möglicherweise zum Teil weitgehend unabhängig von der Schwere der Tat, selbst zu regeln, höher sein als in den anonymen städtischen Räumen. Hinter diesen Straftaten dürfte ein großer Anteil von Beziehungstaten stehen. Daß die Polizei nach Ansicht der Befragten zur Klärung des Falles oft unnötig war („Polizei war unnötig“), belegen vor allem die höheren Nennungen in den ostdeutschen Kommunen Jena (14,2%) und Kahla (17,0%) sowie aus Löffingen (14,8%).

In den westdeutschen städtischen Kommunen Freiburg und Emmendingen entfallen auf diese Antwortkategorie deutlich weniger Nennungen

(10,1% bzw. 11,2%). Möglicherweise wird von den betroffenen Personen aus den kleineren Gemeinden, aber auch von den Opfern aus Jena, auf eine informellere Regelung des Vorfalls mehr Wert gelegt. Die Verbindung der Nennung, daß „die Polizei unnötig war“, mit der Angabe, der Vorfall sei nicht schwerwiegend genug gewesen bzw. es sei kein Schaden entstanden oder es habe sich um „Kinderstreiche“ gehandelt, zeigt, daß ein erheblicher Anteil der Delikte von den Betroffenen wohl als minder schwer eingeschätzt wurde. In Freiburg, Emmendingen und Löffingen zeigen ca. 40%, 36% bzw. 44% der Nennungen zu Nichtanzeigegegründen diesen Hintergrund. In den ostdeutschen Kommunen ist der Anteil dieser Angaben noch

Tabelle 8.39: Gründe für Nichtanzeigen; Nennungen aller Opfer, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	438	30,1	106	25,2	32	29,1	178	34,5	19	40,4
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	123	8,5	47	11,2	14	12,7	50	9,7	10	21,3
3. Polizei war unnötig	147	10,1	47	11,2	13	14,8	73	14,2	8	17,0
4. Ich war nicht versichert	75	5,2	16	3,8	3	2,7	19	3,7	0	0,0
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	408	28,0	113	26,9	34	30,9	113	21,9	6	12,8
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	147	10,1	54	12,9	9	8,2	36	7,0	3	6,4
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	16	1,1	1	0,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	26	1,8	14	3,3	1	0,9	26	5,0	1	2,1
9. Andere Gründe	76	5,2	22	5,2	4	3,6	21	4,1	0	0,0
Gesamt	1456	100	420	100	110	100	516	100	47	100

* Mehrfachantworten möglich

erheblich höher (Jena: ca. 50%; Kahla: ca. 57% der Nennungen). Berücksichtigt man die drei Kategorien „nicht schwerwiegend genug“, „habe es selbst geregelt“ und „Polizei war unnötig“, faßt somit diejenigen Ereignisse zusammen, die entweder Bagatellen waren oder bei denen das Opfer die Angelegenheit selbst geregelt hat – hier dürfte es sich bei einem erheblichen Teil der Taten um leichtere Vorkommnisse handeln –, so ergeben sich teilweise wesentlich über 50% der Nennungen für die Nichtanzeige einer Tat: In Freiburg fallen 48,7% hierunter, in Emmendingen 47,6%, in Löffingen 56,6%, in Jena 58,4% und in Kahla gar 78,7%. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der Diskussion um die steigende Kriminalitätsbelastung bedeutsam. Unabhängig von der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ist offensichtlich, daß ein erheblicher Teil der Ereignisse nicht zur Anzeige kommt, weil die Taten leicht sind, u.U. sogar gar keine Straftaten sind oder weil die Betroffenen die Angelegenheit, vor allem, wenn es sich um Beziehungskonflikte im näheren sozialen Umfeld handelt, selbst regeln. Im letzteren Falle ist jedoch nicht auszuschließen, daß es sich auch um schwerere Beeinträchtigungen des Opfers handeln kann. Ob der Opferschaden bzw. die Situation des Opfers in diesen Fällen jedoch durch eine Strafanzeige und den Versuch einer justitiellen Lösung reduziert bzw. verbessert werden kann, bleibt dahingestellt.

Fehlender Versicherungsschutz („ich war nicht versichert“) hat in allen Kommunen nur einen sehr geringen bis keinen Anteil an den Nennungen der Gründe von nicht erfolgter Anzeige.

Auf eine vermutete mangelnde Handlungsbereitschaft der Polizei („daß die Polizei doch nichts dagegen getan hätte“) entfallen in allen Kommunen relativ wenige Nennungen. In den westdeutschen Gemeinden Freiburg, Emmendingen und Löffingen wird diese Antwortmöglichkeit höher bewertet (10,1%, 12,9% bzw. 8,2% der Nennungen) als vergleichsweise in den ostdeutschen Gemeinden Jena und Kahla (7,0% bzw. 6,4% der Fälle). Innerhalb dieser Werte ist zudem ein Stadt-Land-Gefälle dahingehend erkennbar, daß der Polizei in den kleineren Gemeinden mehr Handlungsbereitschaft zugestanden wird. Dieses Ergebnis korrespondiert im wesentlichen mit den Angaben zur Antwortkategorie, „daß die Polizei auch nichts hätte machen können“.

Nennungen von Gründen einer Nichtanzeige, die sich auf Angst vor der Polizei bzw. darauf beziehen, daß das Opfer nichts mit der Polizei zu tun haben wollte, ergaben sich ausschließlich zu 1,1% in Freiburg bzw. zu 0,2% in Emmendingen – ein Ergebnis, das für die ostdeutschen Kommunen

Jena und Kahla vor dem Hintergrund der Funktion, Aufgaben und des eher negativen Ansehens der Polizei in der ehemaligen DDR bedeutsam ist und auf eine positive Entwicklung des Bildes der Polizei in der ostdeutschen Öffentlichkeit hinweist.

Ebenfalls ein geringer Anteil der Nennungen zu Nichtanzeigegegründen entfällt in allen Kommunen auf die Antwortkategorie „ich habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung oder Rache)“. In Freiburg, Emmendingen bzw. in Jena entfallen hierauf beispielsweise 1,8%, 3,3% bzw. 5,0% der Nennungen insgesamt. Es handelt sich hier überwiegend um Nennungen aus den Deliktsbereichen Raub, tätlicher Angriff sowie sexuelle Belästigung (vgl. hier Kapitel 8.1-8.15). Es dürfte sich hier um Einzelfälle handeln. Andere Gründe einer nicht erfolgten Anzeige wurden teilweise vielfältig genannt, dienten jedoch als Mehrfachangaben im wesentlichen der Ergänzung der vorgegebenen Antwortkategorien.

Die Gründe der Nichtanzeige eines Deliktes sollen im folgenden ebenfalls zusammengefaßt nach den drei Deliktskategorien (Nichtkontakt-, Einbruchs- sowie Kontaktdelikte) dargestellt werden. Die von Viktimisierung in den unterschiedlichen Deliktskategorien betroffenen Personen aus den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen, die Gründe der Nichtanzeige nannten (Nichtkontaktdelikte: n = 679, n = 191 bzw. n = 45; Einbruchsdelikte: n = 137, n = 38, n = 7; Kontaktdelikte: n = 168, n = 49, n = 21), gaben insgesamt 1010 / 296 / 71 Nennungen zu Nichtkontaktdelikten, 207 / 56 / 11 Nennungen zu Einbruchsdelikten bzw. 239 / 68 / 28 Nennungen zu den Gründen einer Nichtanzeige bei Kontaktdelikten ab (vgl. Tabellen 8.40, 8.41, 8.42). In den westdeutschen Kommunen waren Mehrfachangaben von Nichtanzeigegegründen möglich.

Die Betroffenen aus den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla äußerten sich innerhalb der Kategorie „Nichtkontaktdelikte“ in n = 407 bzw. n = 35 Fällen zu den Gründen einer Nichtanzeige, innerhalb der Kategorie „Einbruchsdelikte“ in n = 54 bzw. n = 8 Fällen sowie in der Kategorie „Kontaktdelikte“ zu Gründen einer Nichtanzeige des Vorkommnisses in n = 55 bzw. n = 4 Fällen (vgl. Tabellen 8.40, 8.41, 8.42).

Aufgrund möglicher Mehrfachangaben beziehen sich die Prozentuierungen für die westdeutschen Kommunen auf die Gesamtanzahl der Nennungen im jeweiligen Deliktsbereich, in den ostdeutschen Kommunen handelt es sich um eine fallbezogene Prozentuierung.

Die Opfer von Nichtkontaktdelikten (vgl. Tabelle 8.40) aus allen fünf Kommunen gaben in der Regel zu ca. einem Drittel der Nennungen an, daß

der Vorfall für eine Anzeige bei der Polizei nicht schwerwiegend genug gewesen bzw. daß kein Schaden entstanden sei oder es sich um „Kinderstreiche“ gehandelt habe (Freiburg/Emmendingen bzw. Löffingen: 32,5%, 25,7%, 33,8% der Nennungen; Jena/Kahla: 35,1% bzw. 37,1% der Fälle). Unter Einbeziehung der Angaben, daß „die Polizei unnötig war“, zeigt sich innerhalb der Kategorie „Nichtkontaktdelikte“, daß ein erheblicher Anteil der Vorfälle von den Betroffenen als eher minderschwer eingestuft wurde bzw. daß der Aufwand einer Anzeigeerstattung (und die möglicherweise geringen Erfolgsaussichten der Ergreifung des Täters) in keinem Verhältnis zur (subjektiv eingeschätzten) Tatschwere stand. Die vorsätzliche Beschädigung der Lackierung des Autos (Kratzer) wird wohl nur von einem sehr geringen Teil der Betroffenen bei der Polizei angezeigt. Es handelt sich hier, zumindest in größeren Kommunen, um ein alltägliches Delikt. Es ist zu vermuten, daß von Betroffenen Schäden dieser Art inzwischen eher notgedrungen hingenommen, aber wenig beachtet werden, nicht zuletzt, da die Beseitigung des Schadens, die wohl nur in wenigen Fällen tatsächlich durchgeführt wird, einen in der Regel sehr hohen finanziellen Aufwand darstellt (Nachlackierung des Fahrzeuges). Die Erfolgsaussichten der Ergreifung des Täters sind, gerade in Fällen solcher Beschädigungen, zudem sehr gering. Auch ersetzt die Versicherung den entstandenen Schaden in der Regel nicht. Es ist zu vermuten, daß solche Vorfälle bei den in die Kategorie „Nichtkontaktdelikte“ mit einbezogenen Kraftfahrzeug-Delikten in die Antwortkategorien „nicht schwerwiegend genug“, „Polizei war unnötig“ bzw. daß „die Polizei hätte auch nichts machen können“ in nicht geringer Anzahl mit eingeflossen sind. Hinzu kommt der privat- bzw. strafrechtlich nur schwer faßbare Deliktsbereich „Betrug/Täuschung“.

Die Antwortmöglichkeit, daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“, wird in den westdeutschen Kommunen ebenfalls in knapp einem Drittel der Nennungen angegeben (Freiburg: 28,9%, Emmendingen 29,4% bzw. Löffingen 31,0%), in Jena und Kahla deutlich geringer zu 24,1% bzw. 17,1% (vgl. Tabelle 8.40). Im Hintergrund stehen möglicherweise vor allem „Massendelikte“. Den bezüglich dieser Delikte eher (zumindest noch zum Erhebungszeitpunkt 1991/92) unter einem gewissen Gewöhnungseffekt stehenden westdeutschen Betroffenen dürften vor allem die geringen Erfolgsaussichten einer Anzeigeerstattung in solchen Fällen deutlich gewesen sein. Hiermit korrespondieren die Angaben einer vermuteten mangelnden Handlungsbereitschaft der Polizei („die Polizei hätte doch nichts dagegen getan“). Die Nennungen erweisen sich in allen Kommunen allerdings

als gering. Vergleichsweise entfallen jedoch in Freiburg mehr Nennungen auf diese Antwortkategorie (9,5%) als in Jena (6,4%).

Die nach Urbanisierungsgrad (städtische/ländliche Kommune) unterschiedlichen Nennungen zu einer informellen Regelung des Vorfalles bzw., daß der Täter dem Opfer bekannt war („habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“) und aus diesem Grund keine Anzeige erfolgte, wird, bei der Eingrenzung auf Nichtkontaktdelikte, lediglich in den Angaben aus Jena und Kahla (7,6% bzw. 20,0%) deutlich. In den westdeutschen Kommunen ist diese Differenzierung – z.B. zwischen Freiburg und Löffingen (6,9% bzw. 7,0% der Nennungen) – nicht vorhanden.

Tabelle 8.40: Gründe von Nichtanzeigen; Nennungen der Opfer von Nichtkontaktdelikten, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmendingen*		Löffingen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	328	32,5	76	25,7	24	33,8	143	35,1	13	37,1
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	70	6,9	28	9,5	5	7,0	31	7,6	7	20,0
3. Polizei war unnötig	102	10,0	35	11,8	9	12,7	65	16,0	6	17,1
4. Ich war nicht versichert	69	6,8	16	5,4	2	2,8	16	3,9	0	0,0
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	292	28,9	87	29,4	22	31,0	98	24,1	6	17,1
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	96	9,5	37	12,5	6	8,5	26	6,4	3	8,6
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	7	0,7	1	0,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	5	0,5	6	2,0	0	0,0	12	3,0	0	0,0
9. Andere Gründe	42	4,2	10	3,4	3	4,2	16	3,9	0	0,0
Gesamt	1011	100	296	100	71	100	407	100	35	100

* Mehrfachantworten möglich

Im Bereich der Nichtkontaktdelikte wurde Angst bzw. Abneigung gegenüber der Polizei oder auch Angst vor Rache und Vergeltung durch den Täter (erhöht in Jena zu 3,0%) nahezu nicht genannt.

Tabelle 8.41: Gründe von Nichtanzeigen; Nennungen der Opfer von Einbruchsdelikten, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löff- fin- gen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kinderstreiche	65	31,4	15	26,8	2		23	42,6	6	
2. Habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt	11	5,3	4	7,1	0		5	9,3	0	
3. Polizei war unnötig	23	11,1	5	8,9	1		4	7,4	2	
4. Ich war nicht versichert	5	2,4	0	0,0	0		2	3,7	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	65	31,4	19	33,9	5		9	16,7	0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	24	11,6	9	16,1	3		3	5,6	0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	1	0,5	0	0,0	0		0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)	1	0,5	1	1,8	0		5	9,3	0	
9. Andere Gründe	12	5,8	3	5,4	0		3	5,5	0	
Gesamt	207	100	56	100	11		54	100	8	

* Mehrfachantworten möglich

Die in Tabelle 8.41 dargestellten Angaben zu Gründen einer Nichtanzeige des Deliktes innerhalb der Deliktskategorie „Einbruch“ sind insgesamt den Nennungen zur Kategorie "Nichtkontaktdelikte" vergleichbar. Bei der Interpretation sind die relativ niedrigen Fallzahlen in Löffingen (11 Nennungen) und Kahla (n = 8) zu berücksichtigen. Auch hier bezieht sich ein relativ hoher Anteil der Angaben (insbesondere aus den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla) darauf, daß der Vorfall „nicht schwerwiegend genug“ gewesen bzw. „kein Schaden“ entstanden sei (Freiburg: 31,4%; Emmen-

dingen: 26,8% bzw. Jena: 42,6% sowie aus Kahla in 6 von insgesamt 8 Fällen (75,0%)). Als Erklärung kann lediglich angeführt werden, daß durch einen Einbruchversuch, vor allem in den ostdeutschen Kommunen, vermutlich keine bzw. nur geringe Schäden an Türen oder Fenstern angerichtet wurden bzw. keine Schäden durch Entwendung entstanden sind (die Wohnung wurde, ohne Erfolg, beispielsweise nur auf Geld bzw. Schmuck durchsucht). Obwohl im Erhebungsinstrument nicht vorgesehen, sind möglicherweise von Betroffenen aus den ostdeutschen Kommunen auch Einbrüche z.B. in Gartenlauben, Keller und andere Nebenräume genannt worden (vgl. hierzu auch Kapitel 8.7, 8.8). Daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“ bzw. daß „die Polizei doch nichts getan hätte“ wird wiederum von den westdeutschen Betroffenen zu einem höheren Anteil genannt (z.B. Freiburg: 31,4% bzw. 11,6%; Jena: 16,7% bzw. 5,6%). Hierin spiegelt sich möglicherweise die Einsicht, insbesondere der westdeutschen Betroffenen, in die Tatsache, daß durch Einbruch entwendete Wertgegenstände nur in den seltensten Fällen wieder aufzufinden sind bzw. daß sich die Verfolgung der Täter in der Regel sehr schwierig gestaltet. Eine informelle Regelung des Einbruchsdeliktes („habe es selbst geregelt“) bzw., daß der Täter bekannt war, wird vergleichsweise häufiger von Betroffenen aus Jena genannt (Freiburg: 5,3%; Jena: 9,3%).

Bemerkenswert ist, daß die von Einbruchsdelikten betroffenen Personen aus Jena zu einem relativ hohen Anteil (9,3%) ihre Angst vor Vergeltung und Rache als Nichtanzeigegrund angeben. In Verbindung mit den Angaben zur Antwortkategorie „habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“ (Mehrfachnennungen waren hier nicht möglich) gibt demnach nahezu ca. ein Fünftel (18,6%) der Opfer aus Jena die Kenntnis des Täters bzw. der Täter an. Einbruch zeigt sich in Jena nicht in dem Maße als „anonymes“ Delikt wie in den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen. In einem nicht geringen Teil der Fälle waren in Jena vermutlich Täter und Opfer miteinander bekannt.

Die Verteilung der Nichtanzeigegründe zur Kategorie „Kontaktdelikte“ zeigt ein deutlich anderes Bild (vgl. Tabelle 8.42). Auch hier sind die relativ geringen Fallzahlen in Löffingen (28 Nennungen, $n = 21$) sowie in Kahla ($n = 4$) zu berücksichtigen.

Ein weitaus geringerer Teil der Betroffenen, im Vergleich zu den Angaben der Opfer von Nichtkontakt- bzw. Einbruchsdelikten, stuft die Tat als „nicht schwerwiegend genug“ für eine Anzeigeerstattung bei der Polizei ein bzw. gibt an, daß „kein Schaden“ entstanden sei. Beispielsweise gaben

die Opfer von Nichtkontakt- bzw. Einbruchsdelikten in Freiburg diese Antwortkategorie in 32,5% bzw. 31,4% der Nennungen an, Opfer von Kontaktdelikten hingegen lediglich zu 18,8%. Die Werte aus Jena zeigen ein vergleichbares Bild („nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/Kinderstreiche“: Nichtkontakt-/Einbruchsdelikte: 35,1% bzw. 42,6%; Kontakt-delikte: 21,8%; vgl. Tabelle 8.42).

Tabelle 8.42: Gründe von Nichtanzeigen; Nennungen der Opfer von Kontaktdelikten, getrennt nach den fünf Kommunen

	Freiburg*		Emmen- dingen*		Löffin- gen*		Jena		Kahla	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1. Nicht schwerwiegend genug/Kein Schaden/Kin- derstreiche	45	18,8	15	22,1	6	21,4	12	21,8	0	
2. Habe es selbst geregelt/ Täter war mir bekannt	42	17,6	15	22,1	9	32,1	14	15,5	3	
3. Polizei war unnötig	23	9,6	7	10,3	3	10,7	4	7,3	0	
4. Ich war nicht versichert	1	0,4	0	0,0	1	3,6	1	1,8	0	
5. Die Polizei hätte auch nichts machen können	51	21,3	7	10,3	7	25,0	6	10,9	0	
6. Die Polizei hätte doch nichts dagegen getan	27	11,3	8	11,8	0	0,0	7	12,7	0	
7. Habe Angst/Abneigung gegenüber der Poli- zei/wollte nichts mit der Polizei zu tun haben	8	3,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	
8. Habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergel- tung, Rache)	20	8,4	7	10,3	1	3,6	9	16,4	1	
9. Andere Gründe	22	8,2	9	13,2	1	3,6	2	3,6	0	
Gesamt	239	100	68	100	28	100	55	100	4	

* Mehrfachantworten möglich

Die Angaben zur Antwortmöglichkeit „die Polizei war unnötig“ bzw., daß „die Polizei doch nichts dagegen getan hätte“, sind in dieser Deliktskategorie den Angaben der Kategorien Nichtkontakt- bzw. Einbruchsdelikte vergleichbar.

In die Kategorie der Kontaktdelikte wurden solche Straftaten bzw. Vorfälle gruppiert, bei denen ein direkter Kontakt zwischen Täter und Opfer stattfand und das Opfer somit den oder die Täter in der Regel benennen

oder zumindest beschreiben kann. Ein größerer Teil der Delikte dürfte zudem von Personen aus dem direkten sozialen Umfeld der Opfer verübt worden sein. Diese Annahme bestätigt sich durch die Angaben der von Kontaktdelikten Betroffenen zur Antwortkategorie „habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“. In weitaus höherem Maße als vergleichsweise bei den Nichtkontakt- bzw. Einbruchsdelikten wurde von durch Kontakt-delikte Betroffenen aller fünf Kommunen die Selbstregulation des Vorfalls und damit verbunden auch die Kenntnis des Täters genannt. In Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen wurde diese Antwortmöglichkeit in 17,6%, 22,1% sowie 32,1% der Nennungen insgesamt angegeben; in Jena bzw. Kahla traf dies auf 25,3% bzw. auf 3 von insgesamt 4 Vorfälle zu. Es zeigt sich in diesen Angaben, daß sich Opfer und Täter, vor allem in den kleineren Kommunen (Löffingen und Kahla), aber auch in den städtischen Kommunen Freiburg und Jena, zum Teil kannten und somit möglicherweise verstärkt eine informelle Regelung und Klärung des Vorfalles, verbunden mit dem Absehen des Opfers von einer Anzeige, stattfinden konnte.

Die Angaben zur Antwortkategorie „habe mich nicht getraut (aus Angst vor Vergeltung, Rache)“ zeigen, im Vergleich zu den Angaben bei Nichtkontakt- bzw. Einbruchsdelikten, deutlich höhere Nennungen, was aus den oben beschriebenen Gründen auch plausibel ist. Die ostdeutschen Befragten aus Jena und Kahla gaben diesen Grund der Nichtanzeige des Deliktes zudem in einem weit höheren Maße an als vergleichsweise die von Kontaktdelikten Betroffenen aus Freiburg bzw. Löffingen (Freiburg/Jena: 8,4% bzw. 16,4%; Löffingen/Kahla: 3,6% bzw. in einem von vier Vorfällen). In Verbindung mit der Antwortkategorie, daß der Täter dem Opfer bekannt war („habe es selbst geregelt/Täter war mir bekannt“), gaben in den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla ca. 42% bzw. alle Kontaktdelikts-Opfer an, den oder die Täter wahrscheinlich gekannt zu haben. In den westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen stellt die Summe dieser Angaben („Täter war mir bekannt“ / „habe mich nicht getraut (aus Angst vor Rache)“) 26,0%, 32,4% bzw. 35,7% der Nennungen dar.

Daß „die Polizei auch nichts hätte machen können“ wird, im Vergleich zu den Nichtkontakt- bzw. Einbruchsdelikten, von den Kontaktdelikts-Opfern aller fünf Kommunen in wesentlich geringerem Umfang genannt. Es ist zu vermuten, daß – auch ohne Berücksichtigung der Fälle, in denen Opfer und Täter sich kannten –, Opfer dieser Deliktskategorie polizeilicher Kompetenz und den damit verbundenen Aufklärungsmöglichkeiten eine höhere Bedeutung zumessen.

8.17.5 Konsequenzen nach Viktimisierung

Nachfolgend werden die Einschätzungen von Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht der persönlich betroffenen Opfer (der jeweiligen Kommune), die zu dieser Fragestellung Angaben machten, vergleichend dargestellt. In einem weiteren Schritt sollen dann die Einstellungen der durch Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte betroffenen Personen der fünf Kommunen verglichen werden.

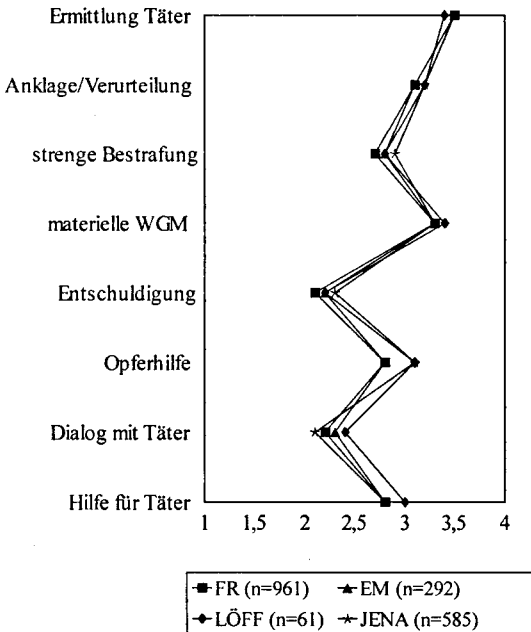
Insgesamt gaben in Freiburg 89,6% (n = 961), in Emmendingen und Löffingen 90,1% (n = 292) bzw. 84,7% (n = 61) sowie aus Jena 74,0% (n = 585) der persönlich betroffenen Opfer ihre Einstellungen zu Konsequenzen für Täter und Geschädigte an. Aufgrund der geringen Nennungen zu diesem Fragenkomplex konnten die Angaben aus der ostdeutschen Kommune Kahla nicht mitberücksichtigt werden. In den Viktimisierungskapiteln wurden die Angaben der von dem jeweiligen Einzeldelikt betroffenen Personen den Angaben der Opfer insgesamt, getrennt nach den fünf Kommunen, bereits gegenübergestellt (vgl. Kapitel 8.2 – 8.15).

Wie aus Abbildung 8.120 zu ersehen ist, werden von den durch Viktimisierung persönlich betroffenen Personen die Ermittlung, Anklage und Verurteilung der Täter sowie eine materielle Wiedergutmachung des eventuell entstandenen Schadens durch den Täter als eher wichtig bis wichtig angesehen. Statistisch signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen ergeben sich nicht. Es ist nachvollziehbar und verständlich, daß die Ermittlung des Täters sowie ein finanzieller Ausgleich des Schadens von den Opfern insgesamt als wichtigste Konsequenzen angesehen werden. Die Bedeutung der Opferhilfe (daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter hierzu nicht in der Lage ist) wird von den durch Viktimisierung Betroffenen hingegen eher unterschiedlich bewertet.

Opfer aus Löffingen und Jena (vgl. Abb. 8.120) stufen die Opferhilfe als wichtiger ein als betroffene Personen aus Freiburg und Emmendingen. Diese Unterschiede in der Bewertung sind statistisch hochsignifikant (t-Test: Freiburg/Jena $p < .001$; Freiburg/Löffingen $p < .001$; Emmendingen/Jena $p < .001$; Emmendingen/Löffingen $p < .001$). Diese unterschiedliche Einschätzung der Bedeutung von Opferhilfe mag verschiedene Hintergründe haben. Es ist zu vermuten, daß Institutionen, die sich zwar um die materielle, mehr jedoch um eine psychosoziale Versorgung der Opfer von Straftaten bemühen, in den städtischen Räumen der alten Bundesländer eher vorhanden sind (z.B. Anlaufstellen für Opfer von Sexualstraftaten,

Hilfsstellen für Jugendliche), in der Bevölkerung möglicherweise bekannter sind und auch stärker genutzt werden als im ländlichen Raum (z.B. Löffingen) bzw. zum Befragungszeitpunkt in den neuen Bundesländern. In städtischen Räumen (z.B. Freiburg) mag durch mehr Information (Anzeigen, Hinweise in Tageszeitungen) eine konkretere Vorstellung der Möglichkeiten institutionalisierter Opferhilfe bestehen. Vor diesem Hintergrund wäre zu vermuten, daß die geschilderten Unterschiede auch einen Spiegel des Kenntnisstandes über die Aufgaben und Arbeit von Opferhilfsstellen

Abb. 8.120: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus der Sicht aller Opfer der betreffenden Kommunen (aus Vergleichsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)



darstellen könnten (siehe Kury u.a. 1996). In der Fragestellung wurde insbesondere auf die Möglichkeiten der materiellen Entschädigung durch staatliche Opferhilfsstellen hingewiesen. Die zum Befragungszeitpunkt

1991/92 eher angespannte finanzielle Situation des überwiegenden Teils der ostdeutschen Befragten kann somit für die Bewertung und Einschätzung der Opferhilfe ausschlaggebend gewesen sein. Der finanzielle Schaden durch die Tat dürfte für Opfer in Jena zum Befragungszeitpunkt vergleichsweise größere Auswirkungen gehabt haben, der Möglichkeit einer materiellen Opferhilfe könnte somit vor diesem Hintergrund ein höherer Stellenwert eingeräumt worden sein.

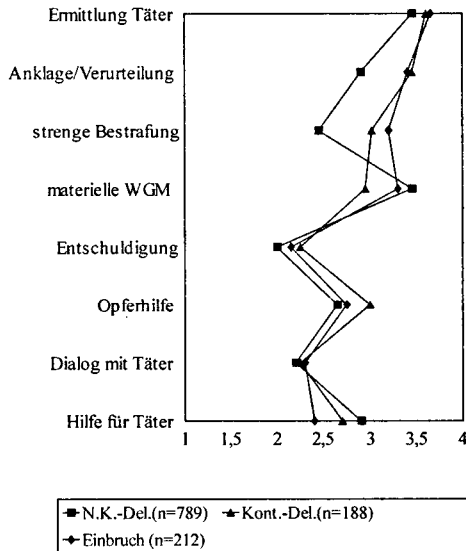
Für die ostdeutschen Befragten bestand im Staatssystem der DDR die Möglichkeit, Straftaten und Streitigkeiten, sofern der Täter bekannt war, außerhalb polizeilicher Anzeigen informell zu regeln. Die Inanspruchnahme sogenannter „Schlichtungsstellen“ (z.B. in Firmen und Betrieben) konnte einem z.B. privat- oder strafrechtlichen Verfahren zur Klärung und Schlichtung des betreffenden Falles vorgeschaltet werden. Schlichtungsstellen wurden in hohem Maße in Anspruch genommen (vgl. *Lautsch* 1991), möglicherweise wurden diese Stellen von den ostdeutschen Befragten zum Befragungszeitpunkt 1991/92 teilweise noch mit den Aufgaben der (staatlichen) Opferhilfe in Verbindung gebracht. Die mit einer allgemeinen Umbruchssituation in den neuen Ländern einhergehenden materiellen Konsequenzen (vgl. z.B. Kapitel 8.11 Betrug/Täuschung), Verunsicherungen und psychischen Belastungen verstärken möglicherweise ebenfalls das Bedürfnis nach mehr Hilfe für geschädigte Personen außerhalb des Einflusses von Polizei und Justiz.

Insgesamt zeigt sich, daß die ostdeutschen Befragten aus Jena sowie die Befragten aus der westdeutschen Kommune Löffingen konkrete Hilfen für das Opfer, in welcher Form auch immer, als signifikant wichtiger ansehen als vergleichsweise die Befragten aus Freiburg und Emmendingen.

Korrespondierend hierzu zeigen sich möglicherweise die Einstellungen der Befragten zu einer Entschuldigung des Täters. Die befragten Opfer aus Jena stufen die Entschuldigung des Täters als wichtiger ein als die von Viktimisierung betroffenen Personen westdeutscher Kommunen. Die unterschiedliche Bewertung dieser Frage in Freiburg und Jena ist statistisch hochsignifikant (t-Test: Freiburg/Jena $p < .001$). Möglicherweise verbergen sich hinter diesem Ergebnis nochmals die Aufgaben der sogenannten Schlichtungsstellen in der ehemaligen DDR, deren Ziel es in der Regel war, im Falle einer (geringfügigen) Straftat eine einvernehmliche Lösung zwischen Opfer und Täter zu erzielen (s.o.). Insgesamt wird jedoch die Entschuldigung des Täters wie auch das Gespräch mit ihm (vgl. Abb. 8.120) von Opfern aller Kommunen eher als unwichtig angesehen. Dieser „Dialog

mit dem Täter“ dürfte zudem nur für einen Teil der Opfer von Straftaten in Betracht kommen. Mit dem Täter über die Folgen seiner Tat zu reden und ihn zudem zur Wiedergutmachung zu bewegen, dürfte – zumindest ohne

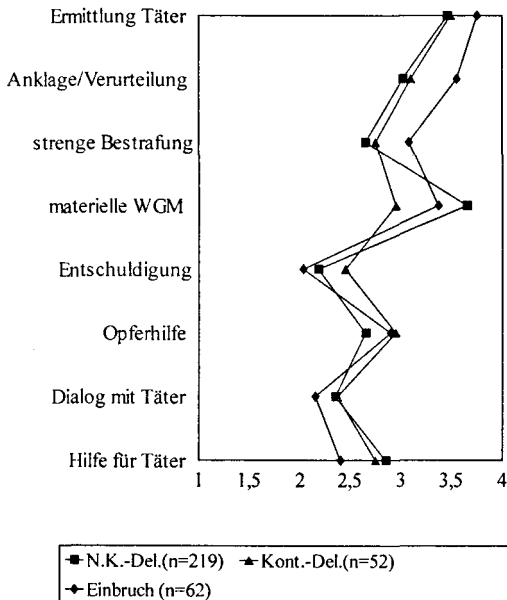
Abb. 8.121: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer von Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikten aus Freiburg (aus Vergleichsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)



Vorbereitung und Hilfe – für die meisten Opfer eine zu hochschwellige Anforderung darstellen. Eine Hilfe für den Täter hingegen, daß sich z.B. Hilfsstellen um seine Lebensumstände kümmern und daß er so möglicherweise in Zukunft von der Begehung von Straftaten ferngehalten werden kann, wird von durch Viktimisierung betroffenen Personen aller Kommunen, hier insbesondere von Opfern aus Löffingen, als eher wichtig eingestuft. Für die Opfer der westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen nimmt die Hilfe für den Täter zudem einen der Hilfe für das Opfer vergleichbaren Stellenwert ein. Obwohl eine Entschuldigung bzw. ein Gespräch des Opfers mit dem Täter von den Betroffenen eher als unwichtig eingestuft werden, gelten institutionalisierte Hilfen für den Täter als eher wichtig.

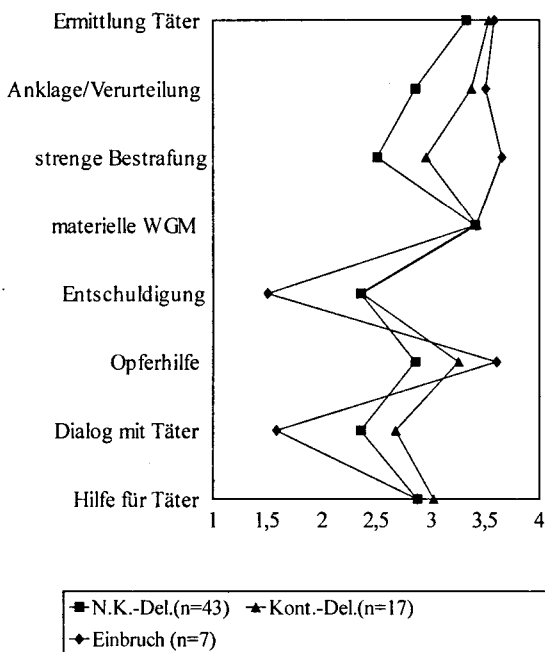
Die Einstellungen der durch Viktimisierung betroffenen Personen zu den dargestellten Konsequenzen sind von unterschiedlichsten Merkmalen abhängig (z.B. Tatschwere, Tathergang, Persönlichkeit des Opfers, äußere Umstände etc.). Die vorliegende Zusammenfassung kann somit nur ein vorsichtig zu interpretierendes Bild der Einstellungen von Opfern zu Konsequenzen nach der Tat für Täter und Geschädigte leisten. Insgesamt wurde dargestellt, daß es nach Ansicht eines überwiegenden Teiles der Opfer wichtiger ist, den Täter zu ermitteln und einem Strafverfahren zuzuführen als ihn einer strengen Bestrafung zu unterziehen. Die finanzielle Wiedergutmachung entstandener Schäden sowie die Hilfe für Opfer und Täter ist für die Betroffenen aller hier aufgeführten Kommunen von Bedeutung. Was wir bei einem Großteil der Einzeldelikte bereits fanden, daß nämlich die Bewohner Jenas (für Kahla waren die Zahlen meist zu gering) sich deutlicher für eine strenge Bestrafung des Täters aussprachen, kann in die-

Abb. 8.122: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer von Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikten aus Emmendingen (aus Vergleichsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)



ser Zusammenfassung gezeigt werden. Die in Jena Befragten sprachen sich am meisten für eine strenge Bestrafung des Täters aus, zeigen somit den höchsten Wert an Punitivität; allerdings sind die Unterschiede statistisch nicht signifikant. Im folgenden sollen nun die Einstellungen von Opfern der unterschiedlichen Deliktskategorien (Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte) dargestellt und diskutiert werden.

Abb. 8.123: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer von Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikten aus Löffingen (aus Vergleichsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)



Wie aus den Abbildungen 8.121, 8.122 sowie 8.123 zu ersehen ist, zeigen die von Einbruchsdelikten betroffenen Opfer aus Freiburg (n = 212), Emmendingen (n = 62) bzw. Löffingen (n = 7), im Vergleich zu den Einschätzungen von Betroffenen der übrigen Deliktskategorien, die höchsten punitiven Einstellungen im Bereich der Täterermittlung, Anklage sowie Bestrafung. Der Einbruch bzw. auch versuchte Einbruch stellt, möglicherweise

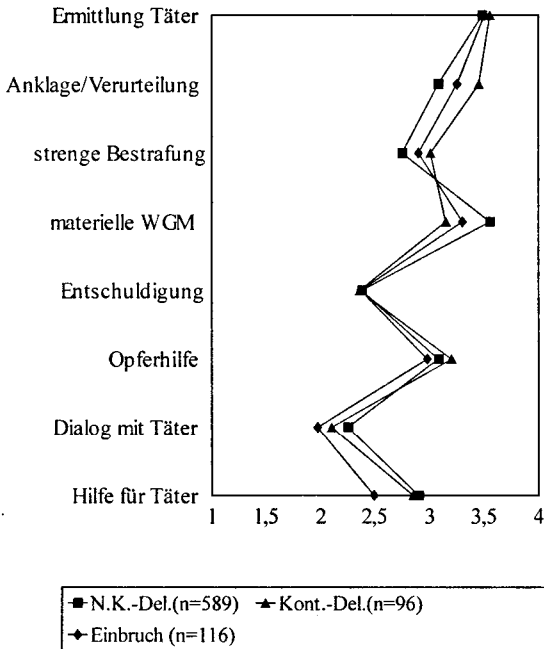
auch wenn der angerichtete Schaden bzw. der Verlust von Wertgegenständen durch Diebstahl in einigen Fällen eher gering gewesen sein sollte bzw. kaum Schaden angerichtet wurde (vgl. hierzu Kapitel 8.7, 8.8), für den überwiegenden Teil der Betroffenen eine Straftat dar, die zu einer hohen Verunsicherung und möglicherweise zu einer psychischen Beeinträchtigung des Opfers führen kann. Dementsprechend wird von Betroffenen aller Kommunen wenig Wert auf die Entschuldigung des Täters, ein Gespräch mit ihm bzw. die Hilfe für den Täter gelegt.

Gerade in der ländlichen Schwarzwaldgemeinde Löffingen werden Entschuldigung durch den Täter sowie der Dialog mit diesem deutlich abgelehnt. Das mag mit eher konservativen Einstellungsstrukturen zu tun haben. Auch bei den anderen Deliktsbereichen erfolgt eher eine Ablehnung dieser Formen der Konfliktregelung und Schlichtung. Allerdings gilt dies auch für die anderen ost- und westdeutschen Gemeinden. Entschuldigung und Dialog mit dem Täter sind die beiden Punkte, die in der Regel am deutlichsten abgelehnt werden (vgl. Abbildungen 8.121, 8.122, 8.123 (in Löffingen ist die geringe Fallzahl zu beachten)). Die materielle Wiedergutmachung des durch Diebstahl bzw. Beschädigung angerichteten Schadens wird, ebenso wie staatliche Hilfe für das Einbruchsoffer selbst, als wichtig zur Bewältigung des Vorfalles angesehen.

Auch die durch Einbruchsdelikte belasteten Opfer aus Jena (vgl. Abb. 8.124) zeigen im Bereich der Täterermittlung und Strafverfolgung („Anklage/Verurteilung“, „strenge Bestrafung“) höhere punitive Einstellungen, die allerdings in dieser Kommune noch von den Opfern der Kontaktdelikte übertroffen werden.

Den Opfern von Nichtkontaktdelikten der hier dargestellten vier Kommunen (Freiburg: $n = 789$; Emmendingen: $n = 219$; Löffingen: $n = 43$; Jena: $n = 589$; vgl. Abb. 8.121 – 8.124) ist die Ermittlung und Bestrafung des Täters weniger wichtig als vergleichsweise Opfern der Kategorien Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte. Ein Teil der Vorfälle ist sicherlich als Bagatelldelinquenz zu bewerten und wurde von Betroffenen auch als solche angesehen – im Gegensatz zu den Opfern der Kategorien Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte dürfte den Opfern von Nichtkontaktdelikten jedoch in wohl nahezu jedem Fall ein möglicherweise eher geringer finanzieller Schaden entstanden sein. Das Spektrum der Schäden reicht in dieser Deliktskategorie beispielsweise von einer geringfügigen Beschädigung eines Fahrzeuges (kleinere Lackschramme) über Fahrraddiebstahl bis hin zum Verlust des Kraftfahrzeuges durch Diebstahl.

Abb. 8.124: Konsequenzen für Täter und Geschädigte aus Sicht der Opfer von Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikten aus Jena (aus Vergleichsgründen erfolgt eine Darstellung diskreter Mittelwerte als Profil)



Dementsprechend legen Opfer dieser Deliktskategorie besonderen Wert auf die finanzielle Wiedergutmachung des angerichteten Schadens. Versicherungsleistungen konnten von den Betroffenen sicherlich nur in einem Teil der Vorfälle in Anspruch genommen werden (vgl. hierzu insbesondere Kapitel 8.5, 8.6).

Eine mögliche staatliche Opferhilfe wird von den durch Nichtkontaktdelikte betroffenen Personen der westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen bzw. Löffingen als eher weniger wichtig angesehen (vgl. Abbildungen 8.121, 8.122, 8.123), die betroffenen Personen aus Jena hingegen schätzen die staatliche Opferhilfe als eher wichtig ein, möglicherweise auch noch vor dem Hintergrund einer informellen Schlichtungsinstanz („Schlichtungsstellen“ in der ehemaligen DDR, vgl. oben). Dieser Unter-

schied zeigt sich im Vergleich zu Freiburg statistisch signifikant (t-Test: $p < .01$). Eine Hilfe für den in dieser Deliktskategorie möglicherweise oftmals jugendlichen Täter wird von Betroffenen aller Kommunen, auch im Vergleich zu den übrigen Deliktskategorien, als eher wichtig eingestuft.

Die Einstellungen der von Kontaktdelikten betroffenen Opfer, die zu diesem Fragenkomplex (Konsequenzen für Täter und Geschädigte) Angaben machten (Freiburg: $n = 188$; Emmendingen: $n = 52$; Löffingen: $n = 17$; Jena: $n = 96$; vgl. Abb. 8.121 – 8.124), weisen in allen Kommunen vor allem den Wunsch nach Ergreifung des Täters, dessen Verurteilung und Bestrafung auf. Die Opferhilfe wird von Betroffenen dieser Deliktskategorie am höchsten bewertet. Hierbei dürften die Betroffenen nicht nur an materielle Hilfe, sondern insbesondere auch an psychologische Unterstützung denken.

Zusammenfassend betrachtet, weisen die Profile der Einstellungen von durch Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikten belasteten Personen hinsichtlich der Konsequenzen für Täter und Geschädigte in den west- bzw. ostdeutschen Kommunen relativ identische Verläufe auf. In diesen Vergleich sollte die Darstellung der Angaben aus Löffingen (Abb. 1.123) nur zurückhaltend mit einbezogen werden, da es sich hier um sehr geringe Fallzahlen handelt.

In den westdeutschen Kommunen Freiburg und Emmendingen zeigen sich zwischen den Deliktskategorien vor allem im Bereich der Strafverfolgung des Täters bzw. der Täter (Täterermittlung, Anklage bzw. Bestrafung) sowie der materiellen Wiedergutmachung Differenzen (vgl. Abb. 8.121, 8.122). Wie aus Abbildung 8.124 zu ersehen ist, trifft dieses auch auf Jena zu, jedoch in einem geringeren Maße. Im Gegensatz zu den Betroffenen aus Jena dürften von den westdeutschen Opfern zahlreiche Vorfälle, vor allem im Bereich der Nichtkontaktdelikte, als „Alltagsdelikte“ gewertet worden sein – dieser Gewöhnungseffekt dürfte möglicherweise zu der insgesamt geringeren punitiven Einstellung der westdeutschen Nichtkontakt-delikts-Opfer mit beigetragen haben.

KAPITEL 9

Kriminalgeographie

9.0 Vorbemerkung

Im Zusammenhang mit der Grenzöffnung zur ehemaligen DDR im Jahr 1989 und der im Jahr darauf vollzogenen Wiedervereinigung der früheren beiden deutschen Staaten stand der kriminalgeographische Ansatz auf Landesebene im Sinne eines Ost-West-Vergleichs im Vordergrund. Erst Mitte der 90er Jahre erlebte, wie bereits in Kapitel 4 dargestellt, aufgrund des einsetzenden Booms der Kommunalen Kriminalprävention die kleinräumige kriminalgeographische Betrachtungsweise einen neuen Aufschwung. Vielerorten wurden im Vorfeld kriminalpräventiver Maßnahmen regionale Kriminalitätslagebilder erstellt (vgl. Koch 1992), die jedoch auf eine verfeinerte Auswertung der örtlichen Polizeilichen Kriminalstatistik begrenzt waren. Methodisch einwandfreie Dunkelfeldstudien blieben jedoch, nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen Kosten und der notwendigen technischen und personellen Ausstattung, vergleichsweise selten.

In der vorliegenden Studie wurden die befragten Personen gebeten anzugeben, in welcher Gegend bzw. in welchem Ortsteil der betreffenden Kommune sie wohnen. Eine solche Differenzierung war in den Erhebungen von Freiburg, Emmendingen, Löffingen sowie in Jena möglich. In den westdeutschen Kommunen erfolgten die Angaben innerhalb einer sogenannten Freiantwort – diese Nennungen wurden erfaßt und den entsprechenden Stadt- bzw. Ortsteilen zugeordnet (vgl. Kapitel 9.1-9.3). Die Angaben der Befragten in Jena zum Wohnbezirk erfolgten in standardisierter Form auf der Basis historisch-soziologischer Überlegungen (vgl. Kapitel 9.4). In Kahla wurde die Frage nach der Wohngegend nicht gestellt, da sich diese Kommune nicht in formale bzw. umgangssprachliche Bezirke differenzieren läßt.

Die persönlich von Viktimisierung betroffenen Personen wurden im Erhebungsinstrument gebeten, den Ort der Viktimisierung entsprechend fünf vorgegebenen Kategorien anzugeben (vgl. Kapitel 8.0). Eine deliktsbezogene ausführliche Darstellung zum Ort der Viktimisierung findet sich jeweils in den Deliktskapiteln (Kapitel 8.2-8.15) bzw. in der Zusammenfassung (Kapitel 8.17).

Die folgenden Darstellungen beziehen sich ausschließlich auf die Personen, die angaben, daß sie in ihrem näheren Wohnumfeld viktimisiert wurden („zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadt-/Ortsteil“). Mitgeteilt und beschrieben werden somit die Anteile der Befragten des jeweiligen Stadt- bzw. Ortsteiles, die angaben, daß sie im Erhebungszeitraum von ungefähr einem Jahr (1991/92) in „ihrem“ Stadtteil Opfer wurden.

Die vorliegende Untersuchung war in ihrer Konzeption sowie in der Durchführung im wesentlichen nicht für kriminalgeographisch kleinräumige Analysen ausgelegt. Die eher geringe Anzahl befragter Personen der unterschiedlichen Stadt- bzw. Ortsteile, die zeitlich eingeschränkte Fragestellung (Viktimisierungszeitraum ca. 1 Jahr) sowie die spezifische Form der deliktsbezogenen Abfragen des Viktimisierungsortes (bei Angabe, daß die Tat „anderswo in der Stadt“ passiert sei, wurde das entsprechende Stadtgebiet nicht abgefragt) schränken ein und lassen detaillierte Analysen nicht zu. Trotzdem soll mit den vorhandenen Möglichkeiten und Ergebnissen der Versuch unternommen werden, Kriminalität, in diesem Fall definiert durch den Anteil befragter Personen, die in umgrenzten Bezirken der jeweiligen Kommunen Opfer geworden sind, deliktsspezifisch sowie zusammengefaßt nach Deliktskategorien (vgl. Kapitel 8.17), unter Berücksichtigung örtlicher Spezifika sowie sozialer Gegebenheiten, darzustellen sowie zu analysieren. Diese Betrachtung nimmt für die Freiburger Teilstudie einen größeren Raum ein als für die Studien aus Emmendingen (vor allem aufgrund nicht eindeutiger Stadtgebiets-Differenzierung) und Löffingen (wegen sehr geringer Fallzahlen) bzw. aus Jena (hier waren Zuordnungsmöglichkeiten aufgrund der Erhebungsdurchführung teilweise nicht gegeben).

9.1 *Kriminalgeographie Freiburgs*

9.1.1 Stadtgeschichtliche Ausgangssituation

Freiburg ist mit rund 200.000 Einwohnern als Oberzentrum der Region die viertgrößte Stadt des Landes Baden-Württemberg nach Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und die drittgrößte Stadt im Dreiländereck am südlichen Oberrhein nach Straßburg und Karlsruhe. Nachfolgend soll kurz auf die Stadtgeschichte unter Einbeziehung historisch/soziologischer Entwicklungen eingegangen werden.

Im Jahre 1120 wurde Freiburg von den Zähringern als Markttort am Fuße der damals auf dem Schloßberg befindlichen Zähringer Burg gegründet. In

dieser Zeit entstanden zwei sich kreuzende Marktstraßen, die heutige Kaiser-Joseph-Straße und die Salzstraße, die das für den Grundriß der Freiburger Altstadt typische „Zähringer Kreuz“ bildeten. Diese Marktstraßen mündeten an ihren Ausläufern in zwei wichtige Handelswege, die Freiburg zum einen mit dem Elsaß, Schwaben und dem Bodensee, zum anderen mit Frankfurt und Basel verbanden. Anstelle von Fernhandel kam es im Mittelalter jedoch nur zu regionalem Handel. Freiburgs Wirtschaft fußte auf Landwirtschaft, Handwerk, Handel sowie bis ins 15. Jahrhundert auf dem Silberbergbau im Schwarzwald.

Der auf die wirtschaftliche Blüte folgende Bevölkerungsanstieg (nun ca. 9.000 Einwohner) führte im 15. Jahrhundert zur ersten Gründung von Vorstädten. Im Dreißigjährigen Krieg wurde Freiburg unter französischer Herrschaft zur Festungsstadt ausgebaut, die ehemaligen Vorstädte wurden aufgegeben. Folglich ging um 1700 die Bevölkerungszahl wieder auf ca. 5.000 Einwohner zurück. Erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts stieg die Bevölkerungszahl wieder in etwa auf das Niveau des 14. Jahrhunderts (8.000 Einwohner) an. Entscheidend war hierfür auch die Eingemeindung der Witznauergemeinde Herdern 1810 und des Dorfes Wiehre 1825.

Mit der Industrialisierung ab 1860 setzte dann wieder ein rasches Bevölkerungswachstum ein. Bedeutend sind hierbei der Beitritt Badens zum Zollverein (1835), die Aufhebung des Zunftzwangs (1862), der Bau der Eisenbahnlinien von Freiburg nach Offenburg (1845), Breisach (1871) und Neustadt (1887), welche die wirtschaftliche Entwicklung in Schwung brachten. Zahlreiche Betriebsgründungen entlang der Bahnlinien lösten Wanderungsbewegungen der Arbeiterschaft nach Freiburg aus, so daß die Einwohnerzahl im Jahre 1880 auf 36.500 anstieg. 1895 waren ca. 5% der Einwohner Freiburgs in der Landwirtschaft tätig, 53% fanden ihre Anstellung im sekundären Sektor und 42% im tertiären. 1882 arbeiteten fast 7.000 Personen in der gewerblichen Wirtschaft, davon 40% in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Um 1895 waren für den produzierenden Sektor mittel- und kleingewerbliche Betriebe charakteristisch, nur 1,4% aller Betriebe entfielen auf Großbetriebe, die 31% der Beschäftigten Arbeit boten. Von den 12 Großbetrieben jener Zeit, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigten, entfielen drei auf die Textil- und Bekleidungsindustrie, drei auf die Holzverarbeitungsbranche, zwei auf das Baugewerbe und jeweils einer auf die Papier-, Stein- und Nahrungsmittelindustrie. Der unterdurchschnittlich niedrige Prozentsatz der in der Industrie Beschäftigten verweist darauf, daß sich Freiburg nicht zu einer Industriestadt herangebildet hat.

Das Hauptgewicht der Freiburger Wirtschaft lag seit dem Mittelalter im administrativen und kulturellen Bereich. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewann Freiburg aufgrund seiner klimatischen und landwirtschaftlichen Gunstfaktoren sowie seiner hohen universitären Attraktivität auch als Fremdenverkehrsort sowie als Alters- und Ruhesitz an Bedeutung. Überdurchschnittlich viele pensionierte Beamte, Offiziere, Industrielle und vermögende Witwen kamen in die Breisgaustadt, bis im Jahre 1907 der Anteil der Rentner und Pensionäre 12,6% der Gesamtbevölkerung ausmachte.

Mit dem Übergang ins 20. Jahrhundert findet ein rasches Bevölkerungswachstum Freiburgs statt. So expandierte der westlich an der Bahnlinie entstandene Stadtteil Stühlinger zwischen den Jahren 1875 und 1910 von 600 auf über 17.000 Einwohner, die sich v.a. aus Arbeitern und mittleren Beamten zusammensetzten. Im Stühlinger wurden zu jener Zeit und damit zum ersten Mal in Deutschland Häuser im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus erstellt. Herdern wuchs von 2.000 Einwohnern im Jahre 1875 auf 9.000 im Jahre 1905, die Wiehre im selben Zeitraum von 5.000 auf 20.000 Einwohner an. Die Kernstadt vergrößerte sich im Vergleich zu den anderen Stadtvierteln nur langsam von 22.700 Einwohnern im Jahre 1875 auf 29.000 im Jahre 1905. In Folge der Expansion der Stadt an ihrer Peripherie kam es zur raschen Aufeinanderfolge von Eingemeindungen der Dörfer Haslach und Günterstal (1890), Zähringen (1906), Betzenhausen (1908) und Littenweiler (1914). Durch Zuwanderung und Eingemeindung verdoppelte sich somit die Einwohnerzahl Freiburgs zwischen den Jahren 1880 und 1914 auf 89.000 Einwohner.

Um die Jahrhundertwende zeigte Freiburg folgende Sozialstruktur auf: 1896 zählten der Bahnhofsbereich (zwischen den Stadtvierteln Altstadt und Stühlinger gelegen), die Stephanien-, Dreisam-, Ludwig- und Kaiserstraße, die Gerberau, der Straßenzug Oberlinden-Salzstraße-Jesuitengasse sowie der Karlsplatz zu den homogenen und exklusiven Wohngebieten der oberen Schicht innerhalb der Altstadt. Der Anteil der Oberschicht (Bourgeoisie, höhere Angestellte, Beamte, freie Berufe) machte im Jahre 1864 5,9% der Gesamtbevölkerung Freiburgs aus. Als Wohngebiete der unteren Schicht galten bestimmte Teile der Innenstadt und die Außenquartiere Wiehre und Herdern. Die unteren Schichten (agrарische Unterschicht, ungelernete, gelernte und angelernte Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte) waren mit einem Anteil von 72,3% im Jahre 1864 die zahlenmäßig am stärksten vertretene Bevölkerungsgruppe Freiburgs. Die Mittelschicht des kaufmännischen und gewerblichen Bürgertums, der mittleren Angestellten und Be-

amten machte mit 21,8% weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Die Verteilung der beruflichen Schichten auf die Freiburger Stadtviertel im Jahre 1864 ergibt folgendes Bild: Das produzierende Gewerbe sowie das Textilgewerbe und die Lederverarbeitung konzentrierten sich im westlichen Teil der Altstadt zwischen Edelgasse und Unterlinden sowie um Oberlinden und die Schustergasse. Städtische Bedienstete ließen sich mit Vorliebe im Nordwesten Freiburgs nieder. Die Kaufmannschaft bevorzugte die Kaiser- und Salzstraße und den Münsterplatz. Landwirte bewohnten Herdern und die Wiehre. Der Anteil der Pensionäre und Witwen machte ca. ein Drittel aller Innenstadtbewohner aus. Die Verteilung der Altersstruktur auf die Stadtviertel Freiburgs ergibt um 1905 folgendes Bild: Insgesamt stellte Freiburg, trotz des Zuzugs älterer Pensionäre und Privatiers, eine „junge“ Stadt dar, in der überwiegend jüngere Arbeiter lebten. Die Vororte und der Stühlinger erwiesen sich als Wohnorte der jungen Bevölkerung, bei dem der Anteil der Kinder bis 14 Jahre 36,5% ausmachte. Die Ober- und Unterstadt sowie Herdern waren mit 16,5%, 17,8% und 18,9% eher kinderarm. Die konfessionelle Zusammensetzung Freiburgs hatte sich von 1871 bis 1905 von einer fast rein katholischen Stadt zu einer konfessionell diversifizierteren Stadt mit 27,9% Protestanten und ca. 1.100 jüdischen Einwohnern entwickelt. Die Verteilung der Gläubigen auf die Stadtviertel zeigte ein Übergewicht der evangelischen Bevölkerung in den Vierteln Herdern und Wiehre, wogegen die katholische Bevölkerung in überdurchschnittlich hohem Anteil in der Innenstadt, dem Stühlinger und in den Vororten wohnte. Etwa die Hälfte aller in Freiburg ansässigen Juden waren in der Unterstadt (südlicher Altstadtbereich) in der Nähe der Synagoge wohnhaft.

Ab 1920 verlangsamte sich das Flächen- und Bevölkerungswachstum Freiburgs. Der Schwerpunkt städtebaulicher Entwicklung verlagerte sich in das westlich der Eisenbahnlinie gelegene Gemarkungsgebiet. 1925 lebten 90.400 Menschen in Freiburg, nach der Eingemeindung von St. Georgen (1938) im Jahre 1939 bereits 108.500. Der Prozentsatz der evangelischen Bevölkerung stieg 1933 auf ein Drittel.

Die sozialräumliche Differenzierung verfestigte sich in den zwanziger und dreißiger Jahren. Die städtische Siedlungsgesellschaft und einige Wohnungsbaugenossenschaften kümmerten sich um die Bereitstellung günstigen Wohnraums für arbeitslose und einkommensschwache Einwohner. Daneben entstanden am Loretto-(Stadtteil Mittelwiehre) und Schloßberg (Altstadt) sowie in Günterstal Villen für die einkommensstärkeren Schichten.

Zwischen 1921 und 1930 entwickelten sich die Haslacher Gartenstadt und die Mooswaldsiedlung. Die einzelnen Stadtteile waren schichtenspezifisch relativ heterogen, und ihre Bevölkerungsstruktur befand sich in ständigem Wandel. In der Altstadt wurde die Wohnfunktion zunehmend von gewinnträchtigeren Nutzungen verdrängt. Der Stühlinger blieb ein Stadtteil der Arbeiter, der selbständigen und unselbständigen Handwerker und der Beamten des unteren und mittleren Dienstes und wuchs bis 1933 auf 13.500 Einwohner (ohne den Stadtbezirk Beurbarung) an. Die Wiehre und die westlich des Sternwalds entstandenen Villen boten Wohnraum für den gehobenen Mittelstand, Rentner, Kaufleute und Professoren. Die Mittelwiehre zeichnete sich im wesentlichen durch bürgerlichen Mietwohnungsbau aus. An den ruhigen Querstraßen abseits der Schwarzwald- und Hansjakobstraße (Stadtbezirk Waldsee) ließen sich Vertreter des Mittelstandes und der Oberschicht nieder. Ende der dreißiger Jahre entstanden in Herdern Neubauquartiere für das Großbürgertum der Privatiere, Kaufleute, Ingenieure und Professoren. Das produzierende Gewerbe und Wohnungen der Landwirte konzentrierten sich im alten Kern Herderns. Haslach vergrößerte sich von 2.100 Einwohnern im Jahre 1919 auf 9.000 im Jahre 1939. Das ursprüngliche Bauern- und Tagelöhnerdorf entwickelte sich zunehmend zum Arbeiterwohngebiet, in dem die Arbeiterschaft 1939 61,3% der Einwohner ausmachte. Die Vororte Littenweiler, Günterstal, Zähringen und Betzenhausen verzeichneten in den Jahren zwischen 1919 und 1939 nur geringes Bevölkerungswachstum. Im Zentrum Littenweilers wohnten vorwiegend Handwerker und Arbeiter, die aus der ehemaligen Bauernschaft hervorgegangen waren. Günterstal galt als reizvoller Wohnsitz der gehobenen Schichten. Das neu eingemeindete St. Georgen zeichnete sich durch überwiegend dörfliche Strukturen und einen hohen Prozentsatz von Landwirten und Winzern aus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sank die Bevölkerungszahl Freiburgs infolge der Zerstörungen von 108.487 Einwohnern im Jahre 1939 auf 93.075 im Jahre 1946. In den Jahren des Wiederaufbaus zwischen 1945 und 1955 begann eine Phase des Wachstums und der Expansion. 1950 bewohnten bereits 110.000 Menschen Freiburg. Weitere Bau-, Siedlungs- und Verkehrsflächen wurden ausgewiesen und die technische und soziale Infrastruktur ausgebaut. Schließlich wuchs die Einwohnerzahl von 145.000 Einwohnern im Jahre 1961 auf 162.000 im Jahre 1970 an. Die Erhöhung der Einwohnerzahl ergab sich in den sechziger Jahren aus den Zuzügen aus dem Umland, in den siebziger Jahren aus den positiven Bilanzen der Fern-

wanderung. Die Bevölkerung wuchs vor allem durch Stadterweiterung an der Peripherie Freiburgs und nahm in den inneren Stadtbezirken ab.

Die funktionale Differenzierung der Viertel zeichnete sich immer deutlicher ab. Demnach dienten die jüngeren Stadtviertel am Rande Freiburgs vor allem als Wohnorte, die innenstadtnahen Bezirke waren eher vom Dienstleistungssektor und die Oberau, Brühl und Haslach eher gewerblich-industriell geprägt. 1970 betrug der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung Freiburgs 30,6%, der Angestellten 46,7%, der Beamten 12,1%, der Selbständigen 10,6%. Die sozialräumliche Gliederung der Wohnbevölkerung ergab folgende Aufteilung, die im wesentlichen auch noch heute ihre Gültigkeit hat: Die Viertel mit dem höchsten Arbeiteranteil waren Brühl (67,6%), Haslach-Haid und -Schildacker, Mooswald und Stühlinger-Beurbarung (jeweils mehr als 40%). Als typische Wohnviertel der Angestellten galten Landwasser, Stühlinger, Neuburg, Wiehre, Waldsee und Herdern (jeweils über 50%). Die Gruppe der Beamten, Richter und Pensionäre bevorzugten die östlichen Stadtbezirke Waldsee, Zähringen und Herdern, wo sich ebenso die Selbständigen mit Vorliebe niederließen. Als Wohngebiete des prozentual geringfügigen Anteils der Landwirte erwiesen sich die dörflichen Randbezirke Günterstals, Haslach-Haids, Alt-Betzenhausens und St. Georgens. Der Grad der Schulbildung wies ein deutliches Ost-West-Gefälle auf (vgl. *Heinrichsmeier* 1986). So besaßen in den Bezirken westlich der Hauptbahnlinie mehr als zwei Drittel der Einwohner nur Volksschulabschluß. Im Osten der Stadt befanden sich die Bezirke, in denen mehr als 10% der Einwohner einen Hochschulabschluß besaßen. 1971 gab es eine eindeutige Differenzierung in Familienwohngebiete und solche, in denen Singlehaushalte dominierten. So waren im Westen der Stadt vorwiegend Familien ansässig, wogegen sich die Ledigen und Geschiedenen eher in den zentralen Bezirken Altstadt, Neuburg und Wiehre niederließen. In den übrigen Stadtgebieten fanden sich beide Haushaltstypen wieder. Die östlichen Stadtbezirke wiesen einen überdurchschnittlichen Anteil älterer Menschen auf. Diese Tendenzen behielten bis heute ihre Gültigkeit.

Die beobachtete Differenzierung des Stadtgebietes nach Sozialgruppen hat, wie bereits angesprochen, verschiedene Gründe. Besonders wichtig war die Ausweitung des Stadtgebietes Mitte der sechziger Jahre in den Freiburger Westen. In diesen aus Gebieten mit ehemals dörflichem Charakter völlig neugeschaffenen urbanen Wohnquartieren (z.B. Bischofslinde, Haslach-Weingarten, Landwasser) wurde in verstärktem Maße Wohnraum

für eher einkommensschwächere Familien mit Kindern geschaffen. Andererseits sind die Ursachen einer innerstädtischen Differenzierung wohl vor allem in der Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts zu suchen. Die Entstehung von reinen Wohngebieten war damals in aller Regel mit einer strikten Trennung der sozialen Gruppen verbunden. Die Oberschichten besetzten die klimatisch und topographisch günstig gelegenen Viertel im Osten und Norden der Stadt (vgl. oben). Untere soziale Schichten kamen in Stadtgebiete, die für die Oberschichten ohne Interesse waren – überwiegend in den Freiburger Westen jenseits der Bahnlinie. Um 1900 gab es in Freiburg – wie auch in anderen Städten – eine starre und nahezu perfekte Trennung der Sozialschichten (ab 1895 wohnten die Unterschichten fast nur noch westlich der Bahnlinie). Diese drastische Schichtentrennung kann heute nicht mehr beobachtet werden. Gleichwohl zeigen sich noch deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung der Bewohner der verschiedenen Stadtviertel, die letztlich auf die Differenzierung des Stadtgebietes im 19. Jahrhundert zurückgehen.

In den Jahren zwischen 1970 und 1990 hat sich in den grundlegenden Dimensionen städtischer Differenzierung nur wenig geändert. Im Gegensatz zu anderen deutschen Städten, die von 1970 bis 1990 eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen hatten, erhöhte sich die Einwohnerzahl Freiburgs von ca. 179.000 im Jahre 1970 auf ca. 200.000 im Jahre 1990, was einer Wachstumsrate von ca. 12% entspricht.

In diesen zwei Jahrzehnten nahm die wirtschaftliche Bedeutung Freiburgs für den regionalen Arbeitsmarkt zu, was auch zu einer weiteren Verdrängung des Wohnraums zugunsten betrieblicher Nutzung führte. Von den ca. 110.000 Beschäftigten in Freiburgs Arbeitsstätten pendeln täglich über ein Drittel, ca. 40.000 bis 45.000, aus dem Umland in die Stadt. Der Einzpendleranteil ist damit überaus hoch. Die städtische Wirtschaftsstruktur war und ist charakterisiert durch einen gewerblich-industriellen Westen (noch verstärkt durch die Ausweisung neuer Industriegebiete) und einen dienstleistungsbezogenen Osten. Die Stadt fördert eine weitere Entwicklung durch die Erschließung von Flächenreserven und durch den Ausbau der Infrastruktur.

Die Stadtentwicklungspolitik konzentrierte sich auf Sanierungsprojekte (verbunden mit einer verstärkten Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen) sowie die Umstrukturierung der Altstadt in eine Fußgängerzone.

Der Bevölkerungsschwerpunkt verlagerte sich zunehmend auf den Westen Freiburgs, im Osten der Stadt lebten 1986 1.024 Menschen weniger als

1970, im Westen dagegen 10.568 mehr (*Heinrichsmeier* 1986). Die Abwanderung der Bevölkerung aus dem Osten in den Westen der Stadt könnte das Ergebnis eines Verdrängungsprozesses sein: Die Entwicklung des östlichen Teils Freiburgs zu einem qualitativ volleren und teureren Wohnen könnte die Abwanderung sozial Schwächerer ausgelöst haben. Der Anteil von Erwerbstätigen aus den unteren Berufsgruppen ist im Osten um einiges niedriger als im Westen der Stadt. Das strukturelle Ost-West Statusgefälle war somit auch noch in den 80er Jahren wirksam, hat aber dadurch an Stärke verloren, daß die westlichen Teile der Wiehre und St. Georgens an Status zugenommen haben. Diese Veränderung ist dadurch zu erklären, daß die Zahl der unteren Berufspositionen sich zunehmend verringert hat, die der gehobenen dagegen stetig angewachsen ist (*Heinrichsmeier* 1986). Auf diese Weise hat in den letzten Jahren eine Statusaufwertung der Bezirke im allgemeinen stattgefunden.

9.1.2 Gliederung des Freiburger Stadtgebietes

Der städtische Raum Freiburgs gliedert sich in klar umgrenzte, überwiegend „gewachsene“ Stadtteile bzw. Stadtbezirke (vgl. Kapitel 9.1.1) auf. In der vorliegenden Untersuchung wurden die in Freiburg befragten Personen ($n = 2.344$) gebeten, ihre Wohngegend anzugeben („In welcher Gegend Freiburgs wohnen Sie?“). Von insgesamt $n = 2.335$ Befragten (99,6% der Gesamtstichprobe) lagen entsprechende Informationen vor, die den jeweiligen Freiburger Stadtteilen zugeordnet werden konnten.

Das Stadtgebiet Freiburgs wurde in insgesamt 27 Stadtteile differenziert. Als Basis der Zuordnungen und Berechnungen sowie als Kartengrundlage der graphischen Aufbereitung diente die vom Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg herausgegebene offizielle Gliederung des Stadtgebietes (nach dem Stand vom 1. Januar 1983, relevante Neuerungen hatten sich bis zum Zeitpunkt der Durchführung der Studie nicht ergeben).

Im Stadtbereich „Mitte“ liegen die Stadtteile Altstadt (in unserer Erhebung konnten hier $n = 124$ Personen befragt werden; vgl. hierzu Abbildung 9.1) sowie Neuburg ($n = 23$). Der Stadtbereich „Nord“ gliedert sich auf in die Stadtteile Herdern ($n = 176$), Zähringen ($n = 116$), Brühl ($n = 48$) und Hochdorf ($n = 39$). Den Stadtbereich „Ost“ bilden die Stadtteile Waldsee ($n = 62$), Littenweiler ($n = 97$), Ebnet ($n = 33$) sowie Kappel ($n = 35$). Im Stadtbereich „Süd“ liegen die Stadtteile Oberau ($n = 79$), Wiehre ($n = 329$) und Günterstal ($n = 27$). Der Stadtteil Wiehre wurde in der vorliegenden Untersuchung kleinräumiger in die Bezirke Oberwiehre ($n = 111$), Mittel-

wiehre (n = 65) sowie Unterwiehre (n = 153) unterteilt. Diese Differenzierung entspricht den räumlichen und strukturellen Gegebenheiten dieses Stadtteiles im Süden Freiburgs. Den Stadtbereich „West“ bilden die Stadtteile Stühlinger (n = 203), Mooswald (n = 69), Betzenhausen (n = 97), Landwasser (n = 100) sowie Lehen/Mundenhof (n = 40). Der Stadtbereich „Südwest“ setzt sich aus den Stadtteilen Haslach (n = 309) und St. Georgen (n = 133) zusammen. Für den Stadtteil Haslach wurde ebenfalls eine Differenzierung nach Unterbezirken vorgenommen, die sich nach strukturellen Gegebenheiten richten (Haslach-Egerten n = 74; Haslach-Gartenstadt /Schildacker n = 74, Haslach-Haid n = 45; Haslach-Weingarten n = 116). Die ehemals selbständigen, 1978 eingemeindeten Ortschaften Munzingen, Opfingen, Tiengen und Waltershofen (im Westen bzw. Südwesten der Stadt am Tuniberg gelegen) wurden für die vorliegende Untersuchung als Tuniberg-Stadtteile (n = 117) zusammengefaßt.

Diese Einteilung der Stadt Freiburg in Stadtteile entspricht der offiziellen sowie umgangssprachlichen Gliederung des Stadtgebietes. Eine weitere, kleinräumigere Differenzierung der Stadtteile in untergeordnete Stadtbezirke ist innerhalb der Gliederung des Stadtgebietes zwar möglich, aufgrund zu geringer Fallzahlen wurde in der vorliegenden Untersuchung – mit Ausnahme der Stadtteile Haslach und Wiehre (vgl. oben) – auf eine weitere Differenzierung verzichtet.

9.1.3 Soziale Strukturmerkmale der Freiburger Stadtteile auf Grundlage der beschriebenen Studie

Es gibt vielfältige Gesichtspunkte, unter denen die Strukturen einer Stadt bzw. ihrer Stadtbezirke zu beschreiben sind. In jedem Fall beziehen sie sich auf die Menschen und deren Lebenssituation in der Stadt, die sich durch Alter, Familienstand, Beruf und Einkommen charakterisieren läßt, aber auch durch Probleme wirtschaftlicher und sozialer Natur, denen die Bürger ausgesetzt sind. Die strukturellen Gegebenheiten der Stadtviertel (z. B. die Art ihrer Bebauung, Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung, kulturelle/soziale Einrichtungen, Freizeitangebote etc.) bilden Merkmale, die die Wahrnehmung des Stadtbezirks innerhalb der Bevölkerung prägen und möglicherweise Einflüsse auch auf kriminologische Sachverhalte haben (vgl. hierzu Kapitel 10 „Eine problemorientierte, räumliche Differenzierung von Freiburg“). Im folgenden sollen, in Ergänzung zu Kapitel 9.1.1 (vgl. oben), in welchem insbesondere die stadtgeschichtliche Ausgangssituation geschildert wurde, örtliche Spezifika sowie soziale Gege-

benheiten der Freiburger Stadtviertel – vor allem bezogen auf die Stichprobe der vorliegenden Untersuchung – dargestellt und beschrieben werden.

9.1.3.1 Alter

Die Altersangaben der befragten Personen wurden in Zehnerschritten zu sechs Kategorien zusammengefaßt (14-25 Jahre alt, 26-35 Jahre, 36-45 Jahre, 46-55 Jahre, 56-65 Jahre, 66 Jahre und älter). Die Alterstruktur der Freiburger Stadtviertel, auf Grundlage der hier beschriebenen Studie, ergibt demnach folgendes Bild: Für die Stadtbezirke läßt sich hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung ein leichtes Ost-West Gefälle ausmachen. Demnach liegen in östlich der Bahnlinie gelegenen Stadtgebieten Zentren mit einem relativ hohen Anteil älterer Wohnbevölkerung. So macht der Anteil der über 66jährigen im Stadtteil Günterstal ca. ein Drittel der Befragten insgesamt aus. Auch im zentrumsnahen Stadtteil Mittelwiehre stellt diese Altersgruppe mit 23,8% einen überdurchschnittlich hohen Anteil dar. In Zusammenfassung der Altersgruppen „56-65 Jahre“ sowie „66 Jahre und älter“, ergeben sich auch für die östlich gelegenen Stadtbezirke Waldsee und Littenweiler sowie für Herden erhöhte Werte (36,1% bzw. 34,7%). Demgegenüber stellt diese Altersgruppe in den westlich gelegenen Stadtbezirken Betzenhausen, Haslach-Haid, Haslach-Gartenstadt, Hochdorf, Mooswald sowie den Tuniberg-Stadtteilen mit jeweils ca. 20% nur einen geringen Anteil dar.

Als Wohngebiete der eher jungen Befragten ergeben sich die zentral gelegenen Stadtbezirke Oberau und Altstadt, wobei der Stadtteil Oberau mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der 14- bis 35jährigen Befragten (63,5%) insgesamt das „jüngste“ Stadtviertel in der vorliegenden Untersuchung darstellt. Weitere hohe Werte dieser Altersgruppe (14- bis 35jährige Befragte) lassen sich in den Stadtteilen Mooswald (57,5%), Stühlinger (53,1%), Lehen (52,7%) sowie in Hochdorf, Haslach-Weingarten, Brühl, Betzenhausen bzw. Bischofslinde mit jeweils ca. 45-50% finden. Die hier angegebene altersbedingte Ost-West-Differenzierung wird durch Befragte der östlich gelegenen Stadtteile Kappel und Ebnet etwas relativiert. Im Gegensatz zur oben dargestellten Tendenz lassen sich in diesen Stadtvierteln mit einem Anteil von 55,9% bzw. 53,2% der 14- bis 35jährigen überdurchschnittlich viele jüngere Befragte ausmachen (14- bis 35jährige Personen). In Ergänzung der Ausführungen zur allgemeinen Stichprobensummensetzung (vgl. Kapitel 6) ist zu erkennen, daß vor allem junge Erwachsene das Gros der Befragten bilden.

9.1.3.2 Haushaltsgröße

Bei Betrachtung der Haushaltsgröße fällt die Konzentration der „Single“-Haushalte in den zentralen Stadtteilen auf. So hat die Freiburger Altstadt mit 42,1% der befragten Personen den höchsten Wert in dieser Kategorie aufzuweisen, gefolgt von den Stadtteilen Oberau (39,2%), Mittelwiehre (37,1%) und Neuburg (34,8%). In diesen Stadtgebieten sind somit mehr als ein Drittel der Befragten alleinstehend und – wie eine Überprüfung ergab – überwiegend im jüngeren Alter. Die Zwei-Personen-Haushalte überwiegen in 16 der insgesamt 27 Freiburger Stadtteile, Brühl zeigt mit 53,2% den höchsten Wert in dieser Kategorie. Die Haushalte, die mindestens drei Mitglieder umfassen, befinden sich überwiegend in den Tuniberg-Stadtteilen (65,5%) sowie in den Stadtgebieten Kappel (54,3%) und St. Georgen (52,7%). Weitere Stadtteile, in denen dieser Haushaltstyp dominiert, sind im Westen der Stadt Bischofslinde, Haslach-Haid, Haslach-Weingarten, Hochdorf, Landwasser, Lehen und Mooswald, im Osten Freiburgs dagegen lediglich Ebnet und, wie bereits geschildert, Kappel. Bei einer genaueren Betrachtung der Mehrpersonenhaushalte liegen die höchsten Werte bei den Haushalten mit mindestens vier Mitgliedern in den Tuniberg-Stadtteilen (43,1%) sowie Haslach-Haid (40,5%).

9.1.3.3 Kinder

Im Zusammenhang mit der Haushaltsgröße ist die Frage nach Kindern von Interesse. Auch bei diesem Item zeigen sich („keine Kinder/Kinder“) für die Stadtteile Tuniberg (65,0% der befragten Personen haben ein Kind bzw. Kinder), Landwasser (63,0%), St. Georgen (61,7%), Haslach-Haid (60,0%), Haslach-Weingarten (59,5%) sowie Hochdorf (53,8%) die höchsten Werte. Bei kombinierter Betrachtung von Haushaltsgröße und der Frage nach Kindern (mit einhergehender Überprüfung des Alters) lassen sich die oben genannten Stadtteile als Gebiete beschreiben, in denen verhältnismäßig viele Familien leben. Demgegenüber finden sich zu der Kategorie „keine Kinder“ in den innerstädtischen Bezirken Neuburg (65,2%), Oberau (63,3%) und Altstadt (61,3%) die meisten Nennungen. Das sind wiederum die zuvor aufgeführten Gebiete mit einem überwiegenden Anteil von Ein-Personen-Haushalten mit in der Regel jüngeren Befragten. Als „familienreich“ sind vor allem die westlich gelegenen Freiburger Stadtteile zu beschreiben.

9.1.3.4 Schulabschluß

Bezüglich der höchsten Ausbildungsabschlüsse (vgl. hierzu Kapitel 6) zeichnet sich erneut eine Ost-West-Differenzierung Freiburgs ab. So ist der Anteil

unter den Befragten, die ausschließlich eine Lehre abgeschlossen haben, vor allem in den westlichen Stadtteilen Brühl (45,5%), Lehen (39,5%), Haslach-Egerten (36,6%), Haslach-Gartenstadt (32,0%) sowie in den Tuniberg-Stadtbezirken mit ca. 33% überdurchschnittlich hoch. Demgegenüber dominiert in den östlichen Stadtgebieten der Anteil von Befragten mit Hochschulabschluß, welcher in der Mittel- (43,3%) bzw. Oberwiehre (38,9%), in Littenweiler (43,2%) und Günterstal (37,0%) insgesamt die höchsten Werte erreicht. Auch in den Bezirken der Stadtmitte ist der Anteil von Befragten mit Hochschulabschluß vergleichsweise hoch, so in den Stadtteilen Altstadt (35,8%), Neuburg (34,8%) und Herdern (34,3%). Tendenziell läßt sich an diesen Werten, bezogen auf die Stichprobe der vorliegenden Untersuchung, eine Differenzierung Freiburgs in bezug auf die Bildung seiner Einwohner ablesen, bei der die westlich gelegenen Bezirke der Stadt den Wohngebieten einer in Freiburg schwach ausgebauten Arbeiter- bzw. Handwerkerschicht entsprechen, während in den innenstadtnahen Gebieten und vor allem im Ostteil der Stadt ein überwiegender Anteil der Befragten mit einem akademischen Abschluß wohnt. Der Anteil noch in der Ausbildung befindlicher Befragter zeigt sich besonders hoch in innenstadtnahen Bereichen, so z.B. im Stadtteil Stühlinger (32,7%), einem typischen Wohnquartier Studierender. Insgesamt gesehen entsprechen diese Verteilungen im wesentlichen den tatsächlichen Gegebenheiten innerhalb des Freiburger Stadtgebietes. Diese ehemals wesentlich stärker ausgeprägte Differenzierung ist – mit entsprechenden Verwischungen – immer noch vorhanden (vgl. oben).

9.1.3.5 Haushaltsnettoeinkommen

Die befragten Personen wurden gebeten, ihr Haushaltsnettoeinkommen anzugeben. Insgesamt standen im Erhebungsinstrument zehn Antwortkategorien zur Verfügung (im Spektrum von „unter 500 DM“ bis „über 5000 DM“). Diese Einkommensangaben wurden in sechs Kategorien reduziert (bis 750 DM; – 1.500 DM; – 2.500 DM; – 4.000 DM; – 5.000 DM; über 5.000 DM).

Die Interpretation der Angaben ist nicht ganz unproblematisch, da die Gesamtsumme des Haushaltsnettoeinkommens abhängig ist von der Anzahl der Personen, die hierzu beitragen. Im wesentlichen dürfte diese Variable jedoch einen Indikator der sozialen Situation der befragten Personen darstellen.

Bei einer Zusammenfassung der ersten beiden Einkommenskategorien (Haushaltseinkommen bis zu 1.500 DM) zeigen sich die Stadtteile mit den höchsten Anteilen unter den Befragten in zentraler Lage bzw. im Westteil der Stadt gelegen (Oberau: 32,0%; Altstadt: 26,7%; Stühlinger: 23,6% bzw.

Haslach-Egerten: 31,4%; Bischofslinde: 24,7%; sowie Haslach-Weingarten: 23,1%). Hierbei handelt es sich allerdings nur teilweise um Stadtgebiete mit einem hohen Anteil noch in Ausbildung Befindlicher, deren Einkommen dementsprechend niedrig sind (vgl. oben).

Bei Betrachtung der beiden oberen Kategorien, die Einkommen über 4.000 DM angeben, ist die Konzentration in den östlichen Stadtgebieten und peripher gelegenen Stadtteilen Freiburgs auffällig. Der Anteil Befragter über dieser Einkommensgrenze zeigen in Hochdorf (47,4%) bzw. in Kappel (45,5%) insgesamt die höchsten Werte. Weitere überdurchschnittlich hohe Anteile lassen sich in Günterstal (41,7%), Zähringen (41,4%), Littenweiler (41,2%), Neuburg sowie in den Tuniberg-Stadtteilen finden (jeweils 40,0%). Bei ausschließlicher Berücksichtigung von Haushaltsnettoeinkommen über 5.000 DM sind es vor allem die Befragten aus Kappel (27,3%), Zähringen (36,6%), Unterwiehre (26,6%) sowie aus Littenweiler (23,7%), die ein entsprechendes Einkommen angegeben haben. Es ergibt sich im wesentlichen somit folgendes Bild: Der Anteil Befragter mit höheren Haushaltseinkommen ist besonders in den östlichen sowie südlich der Innenstadt gelegenen bzw. äußeren, peripheren westlichen Stadtteile (dem sogenannten Freiburger „Speckgürtel“) vergleichsweise am höchsten. Niedrige bis mittlere Einkommen sind vor allem im Kernbereich sowie im direkt daran angrenzenden übrigen Westteil der Stadt anzutreffen. Diese Verteilung entspricht im wesentlichen der Verteilung der Bildungsabschlüsse unter den befragten Personen (vgl. oben).

9.1.3.6 Wohnmobilität

Ein häufiger Wechsel von Teilen der Einwohnerschaft kann Hinweise auf eine mögliche soziale Instabilität eines Stadtviertels geben. In dieser instabilen Situation können auch Ursachen erhöhter Kriminalität im jeweiligen Stadtteil begründet liegen. Allein die durch häufige Wohnungsnutzerwechsel erwachsene Anonymität könnte möglicherweise die Begehung verschiedener Straftaten begünstigen. So dürfte beispielsweise die Begehung von Einbruchsdelikten in einem Nachbarschaftsbereich mit nur geringer informeller Sozialkontrolle bzw. fehlenden und nicht ausreichenden anderen Kontrollstrukturen eher noch unterstützt werden (vgl. hierzu die theoretischen Ausführungen in Kapitel 4).

In der vorliegenden Studie wurden die befragten Personen gebeten, die Wohndauer in ihrer jetzigen Wohnung anzugeben („Wie lange wohnen Sie

ungefähr schon in Ihrer jetzigen Wohnung?“). Als Antwortkategorien waren vorgegeben: „bis zu 3 Monate“, „bis zu 2 Jahren“, „mehr als 2 Jahre“, „seit meiner Geburt“. Für eine Gegenüberstellung sind vor allem die beiden mittleren Antwortkategorien („bis zu 2 Jahren“ bzw. „über 2 Jahre“) interessant. Die Antwortmöglichkeit, die den Zeitraum zwischen 3 Monaten und 2 Jahren umfaßt, dürfte noch ein Zeichen für einen erhöhten Wohnungsnutzerwechsel darstellen. Angaben zu dieser Kategorie konzentrieren sich vor allem in der Freiburger Altstadt (36,1%), Hochdorf (33,3%), Betzenhausen (30,9%) sowie in den Stadtteilen Neuburg (27,3%) und Oberau (25,6%). Unter Berücksichtigung der Angaben zu „bis zu 3 Monate“ erhöhen sich die Werte in diesen angegebenen Stadtgebieten nochmals beträchtlich und zeigen auch in Haslach-Egerten, im Stühlinger bzw. in den Wiehre-Stadtteilen Werte über 25% der Befragten. In diesen Stadtgebieten leben demnach zumindest ein Viertel der Befragten erst maximal 2 Jahre in der jetzigen Wohnung. In den Stadtbezirken Hochdorf und Betzenhausen ist allerdings zu berücksichtigen, daß hier in hohem Maße Neubauviertel entstanden sind, d.h., es ist davon auszugehen, daß die Wohnmobilität im Zusammenhang mit Wohnraumschaffung zu sehen ist, was für die zentralen Lagen Freiburgs (Altstadt, Neuburg, Stühlinger, Oberau, Wiehre) im wesentlichen nicht zutrifft. Diese hohe Mobilitätsrate für die Innenstadtgebiete ist mit der hier dominierenden Haushaltsgröße von „Single“-Haushalten (vgl. oben) deckungsgleich und läßt eine große Flexibilität der Befragten vermuten.

Als in Bezug auf Wohnungsnutzerwechsel insgesamt stabilere Stadtviertel („mehr als 2 Jahre“) zeigen sich vor allem Landwasser (83,0%), Kappel (80,0%) sowie Haslach-Gartenstadt (80,8%) und Haslach-Weingarten (78,3%). Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Angabe „seit meiner Geburt“ leben zumindest 80% der Befragten aus 10 (die oben Genannten sowie Brühl, Haslach-Haid, Littenweiler, Mooswald, St. Georgen, Tuniberg-Stadtgebiete) der insgesamt 27 Freiburger Stadtteile schon über einen längeren Zeitraum in ihrer jetzigen Wohnung bzw. in ihrem Stadtbezirk. Insgesamt gesehen deuten die Ergebnisse auf relativ häufige Wohnungswechsel der in Freiburg befragten Personen hin.

Die aus diesem Item in Zusammenhang mit der Viktimisierungsbelastung (vgl. unten) der befragten Personen gewonnenen Ergebnisse dürfen nicht überbewertet werden. Wenn sich allerdings, beispielsweise aufgrund einer gewissen Anonymität des näheren Wohnumfeldes, niemand verantwortlich fühlt und alle „wegschauen“, so kann und wird es vermehrt zu

Straftaten kommen. Dieser Umstand ist nicht unbedingt abhängig von städtebaulichen Strukturen – er trifft auf vielstöckige Hochhäuser ebenso zu wie auf die scheinbare Idylle historischer Stadtviertel.

Berücksichtigt werden muß in diesem Zusammenhang allerdings, daß Freiburg eine Stadt mit relativ vielen Studenten ist. Von den 200.000 Einwohnern sind ca. 40.000, d.h. etwa ein Fünftel, Studierende. Da diese zu einem Großteil nicht aus Freiburg kommen, zu ihrem Studium hierher gezogen sind und die Stadt während desselben bzw. danach wieder verlassen, wird alleine hierdurch eine gewisse Mobilität erzeugt.

9.1.4 Strukturmerkmale und generelle Opferbelastung

Betrachtet man die Verteilung der Opferanteile (Opfer insgesamt; vgl. Abbildung 9.1; Tabelle 9.1) über die Stadt Freiburg, so zeigt sich, daß der Stadtteil Altstadt sich mit deutlichem Abstand hervorhebt. Insgesamt 49,2% der dort befragten Bürger gaben an, daß sie innerhalb des Referenzzeitraumes von einem Jahr innerhalb ihres Stadtteiles Opfer mindestens eines der 14 erfragten Delikte bzw. Deliktsbereiche (vgl. Kapitel 8.2-8.15) wurden.

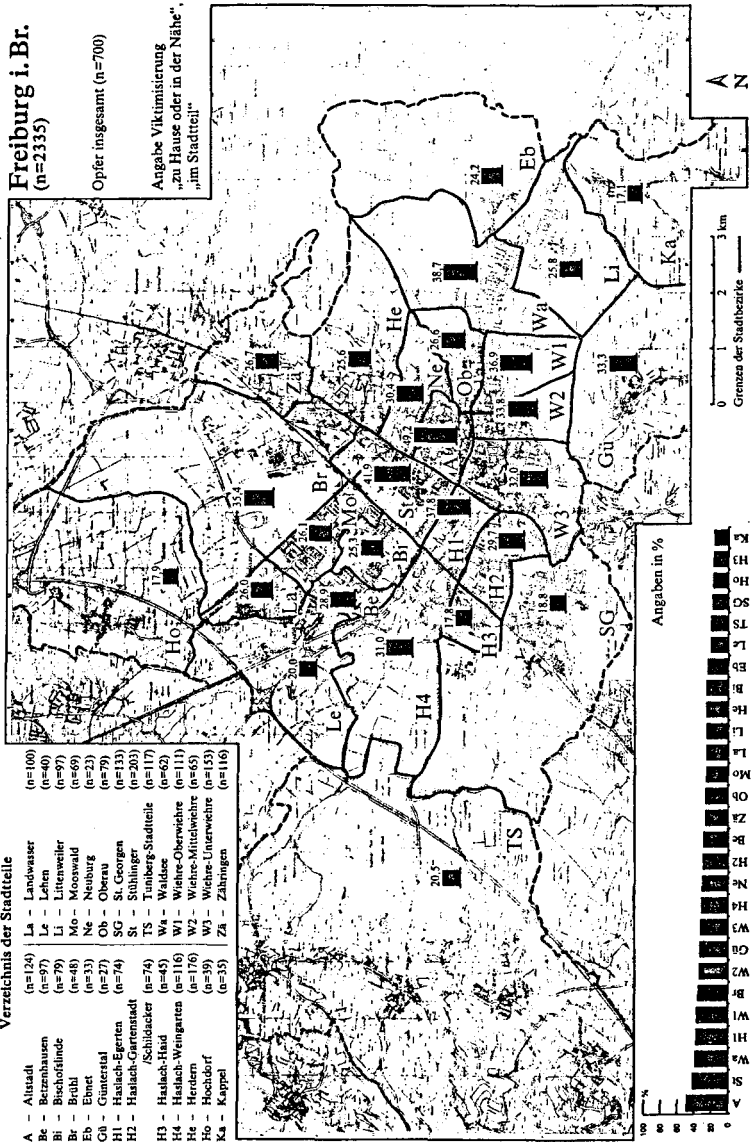
Eine ebenfalls erhöhte Viktimisierungsquote findet sich in dem an die Altstadt nach Westen angrenzenden Stadtteil Stühlinger. Hier gaben 41,9% der Befragten an, in ihrem Stadtteil während des Befragungszeitraumes Opfer von Viktimisierung geworden zu sein. Die hohe Opferkonzentration in diesen beiden sehr komprimiert bebauten und dicht bewohnten Stadtgebieten dürfte möglicherweise auch durch die Lage der beiden Stadtteile entlang der sogenannten „Bahnhofsachse“ begründet sein. Dieses Gebiet war gerade zum Befragungszeitpunkt 1991/92 zum einen durch massive bauliche Umstrukturierungen gekennzeichnet, was, bedingt durch eine Unübersichtlichkeit des Raumes, möglicherweise zu einer erheblichen Verbesserung der Tatgelegenheitsstrukturen geführt haben könnte. Der Altstadtbereich stellt darüber hinaus das geschäftliche und kulturelle Zentrum Freiburgs dar, so daß durch ein hohes Aufkommen von Passanten und Touristen die Gelegenheitsstrukturen, insbesondere für Diebstahlskriminalität und Sachbeschädigungen, wie die hier vorgestellte Studie ergeben hat (vgl. Kapitel 8.2-8.6, 8.10, 8.11), günstig sind. Entsprechend weisen auch die Anwohner ein erhöhtes Opferrisiko auf.

Vergleichsweise hohe Opferanteile zeigen sich unter den Befragten der Stadtteile Waldsee (38,7%), Haslach-Egerten (37,8%), Oberwiehre (36,9%), Brühl (35,4%), Mittelwiehre (33,8%), Günterstal (33,3%), Has-

Tabelle 9.1: Opferprävalenzraten in den Freiburger Stadtteilen

Stadtteile	N	Opfer insgesamt (n= 700)		Nichtkontakt- delikte (n= 476)		Einbruchs- delikte (n= 260)		Kontakt- delikte (n= 77)	
		n	%	n	%	n	%	n	%
Altstadt	124	61	49,2	42	33,9	27	21,8	9	7,3
Betzenhausen	97	28	28,9	18	18,6	9	9,3	4	4,1
Bischofslinde	79	20	25,3	13	16,5	6	7,6	4	5,1
Brühl	48	17	35,4	12	25,0	5	10,4	3	6,3
Ebnet	33	8	24,2	6	18,2	3	9,1	1	3,0
Günterstal	27	9	33,3	5	18,5	4	14,8	0	0,0
Haslach-Egerten	74	28	37,8	23	31,1	7	9,5	5	6,8
Hasl.-Gartenst.	74	22	29,7	19	25,7	3	4,1	4	5,4
Haslach-Haid	45	8	17,8	6	13,3	3	6,7	0	0,0
H.-Weingarten	116	36	31,0	23	19,8	14	12,1	7	6,0
Herdern	176	45	25,6	32	18,2	16	9,1	2	1,1
Hochdorf	39	7	17,9	6	15,4	1	2,6	0	0,0
Kappel	35	6	17,1	5	14,3	1	2,9	0	0,0
Landwasser	100	26	26,0	20	20,0	5	5,0	2	2,0
Lehen	40	8	20,0	2	5,0	7	17,5	1	2,5
Littenweiler	97	25	26,1	12	12,4	16	16,5	1	1,0
Mooswald	69	18	25,8	12	17,4	9	13,0	1	1,4
Neuburg	23	7	30,4	5	21,7	2	8,7	3	13,0
Oberau	79	21	26,6	18	22,8	5	6,4	2	2,5
St. Georgen	133	25	18,8	12	9,0	12	9,0	4	3,0
Stühlinger	203	85	41,9	64	31,0	23	11,3	9	4,4
Tuniberg-St.	117	24	20,5	15	12,8	11	9,4	1	0,9
Waldsee	62	24	38,7	11	17,7	11	17,7	5	8,1
Oberwiehre	111	41	36,9	27	24,3	20	18,0	1	0,9
Mittelwiehre	65	22	33,8	15	23,1	9	13,8	1	1,5
Untervehre	153	49	32,0	33	21,6	21	13,7	3	2,0
Zähringen	116	31	26,7	21	18,1	10	8,6	4	3,4

Abbildung 9.1: Opferquoten der Freiburger Stadtteile (gesamt, in %)



lach-Weingarten (31,0%) sowie Neuburg (30,4%). Während es sich beim Stadtteil Brühl um einen sozial schwachen, an das nördliche Industriegebiet Freiburgs angrenzenden Stadtteil handelt und Neuburg eng an den nördlichen Altstadtbereich angrenzt und daher zu erwarten ist, daß eine Verwischung zum Altstadtviertel hin stattfindet, stellen die Stadtteile Waldsee, Haslach-Egerten, Oberwiehre, Mittelwiehre, Günterstal und Haslach-Weingarten reine Wohngebiete unterschiedlichster baulicher Strukturierung dar (wie bereits beschrieben). Haslach-Weingarten ist ein durch Hochhäuser dominiertes Wohnviertel mit hoher Wohndichte, das entgegen der subjektiven Ansicht zahlreicher Bürger Freiburgs (vgl. hierzu auch Kapitel 10) auf der Grundlage der beschriebenen Studie jedoch keinen Spitzenplatz in der Kriminalitätsbelastung einnimmt.

Vergleichsweise geringe Kriminalitätsbelastungen finden sich in Freiburg vor allem in den eingemeindeten peripheren Stadtteilen, d.h. solchen, bei denen zum Teil ein noch funktionierender dörflicher Ortskern vorhanden ist, so z.B. Kappel (17,1), Hochdorf (17,9%), St. Georgen (18,8%), Lehen (20,0%) bzw. die Tunibergstadtteile (20,5%). Diese zum Teil bewahrten dörflichen Strukturen dürften auch innerhalb der in diesen Stadtbezirken entstandenen Neubaugebiete hinsichtlich des Ausmaßes der informellen sozialen Kontrolle erheblich wirksamer sein als Wohnformen in komprimierten Siedlungen, stark studentisch geprägten Wohngebieten mit einer relativ hohen Fluktuation (z.B. Altstadt, Stühlinger; vgl. oben) oder als die durch kulturelle Einrichtungen, touristische Sehenswürdigkeiten, Ladengeschäfte und Lokale dominierte Altstadt.

Zu beachten ist allerdings, daß die niedrige offizielle Kriminalitätsbelastung in den ländlicheren Randgebieten Freiburgs mit unterschiedlichen Definitionen von Kriminalität zu tun haben könnte, etwa derart, daß Straftaten, wie beispielsweise körperliche Auseinandersetzungen, nicht primär als strafbare Handlungen definiert und gesehen werden, sondern als etwas, das man in der „Ingroup“ selbst regelt. Das kann sich auch auf das Anzeigeverhalten auswirken.

9.1.4.1 Generelle Opferbelastung, differenziert nach Geschlecht und Alter der befragten Personen

Im folgenden soll auf die Alters- bzw. Geschlechtsverteilung der Befragten, die in ihrem Stadtteil viktimisiert wurden, in Abhängigkeit zur Verteilung innerhalb der Stichprobe eingegangen werden. Diese Differenzierung ist lediglich für die „Gesamtopfer“-Variable (Angabe: Opfer wurde „zu Hause

oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“ viktimisiert) möglich, in der Unterscheidung bzw. Aufgliederung nach Deliktkategorien und Einzeldelikten (vgl. unten) reduzieren sich die Fallzahlen in einem zu hohen Maße.

Der Anteil weiblicher bzw. männlicher Befragter zeigt, bezogen auf die einzelnen Freiburger Stadtteile, eine relativ identische Verteilung (jeweils ca. 50%; vgl. hierzu Kapitel 6). Vergleicht man den Anteil der Frauen und Männer an den „Gesamtopfern“ in den einzelnen Freiburger Stadtteilen, so fällt zunächst ein zahlenmäßiges Gleichgewicht von jeweils 10 Stadtteilen mit überwiegend männlichen bzw. weiblichen Opfern auf. Es läßt sich bei diesen Stadtteilen, die eine geschlechtsspezifische Opferquote aufweisen, keine geographisch deutliche Fixierung oder Tendenz ausmachen. Diesen Stadtvierteln stehen 7 Stadtgebiete gegenüber, in denen sich kein prozentuales Übergewicht männlicher bzw. weiblicher Opfer darstellen läßt. Die Stadtgebiete, in denen überdurchschnittlich viele Frauen Opfer wurden, sind die Unter- und Mittelwiehre mit einem weiblichen Opferanteil von 67,3% bzw. 63,6%. Weitere hohe weibliche Opferanteile zeigen sich in Littenweiler (64,0%), Neuburg bzw. Kappel (71,4% bzw. 83,3%; hier sind die insgesamt geringen Opferanzahlen ($n = 7 / n = 6$) zu berücksichtigen). Die Stadtteile Mooswald, Haslach-Haid, Betzenhausen und Haslach-Egerten weisen geringfügig höhere Opferanteile für Frauen zwischen 57% und 61% auf.

Die Opferquoten der Männer liegen tendenziell höher als die der Frauen. Stadtteile mit den höchsten männlichen Opferanteilen sind Lehen (87,5%), Hochdorf (85,7%), Brühl (76,5%) und Günterstal (66,7%). Insgesamt sind hier jedoch ebenfalls die sehr geringen Fallzahlen zu berücksichtigen. Stadtviertel mit geringfügiger erhöhten männlichen Opferanteilen (ca. 60%) stellen Zähringen, Oberwiehre, Tuniberg-Stadtteile und Herdern dar.

Aufgrund der geringen Fallzahlen müssen die Ergebnisse zurückhaltend interpretiert werden. Die geschlechtsspezifische Opferverteilung kann durch die Geschlechtsverteilung insgesamt in den einzelnen Stadtbezirken beeinflusst werden. Ein interpretierbares Muster, etwa derart, daß sich in Stadtteilen mit einer bestimmten geografischen Lage oder Struktur eine einheitliche geschlechtsspezifische Opferverteilung finden läßt, kann nicht ausgemacht werden.

Bei einem Vergleich des Alters der Opfer, die in ihrem Stadtteil viktimisiert wurden, fällt auf, daß die Altersverteilung der Opfer eines Stadtviertels in der Regel der Alterstruktur des jeweiligen Stadtgebietes innerhalb der Stichprobe entspricht. Demnach fallen in den „jungen“ Stadtvierteln

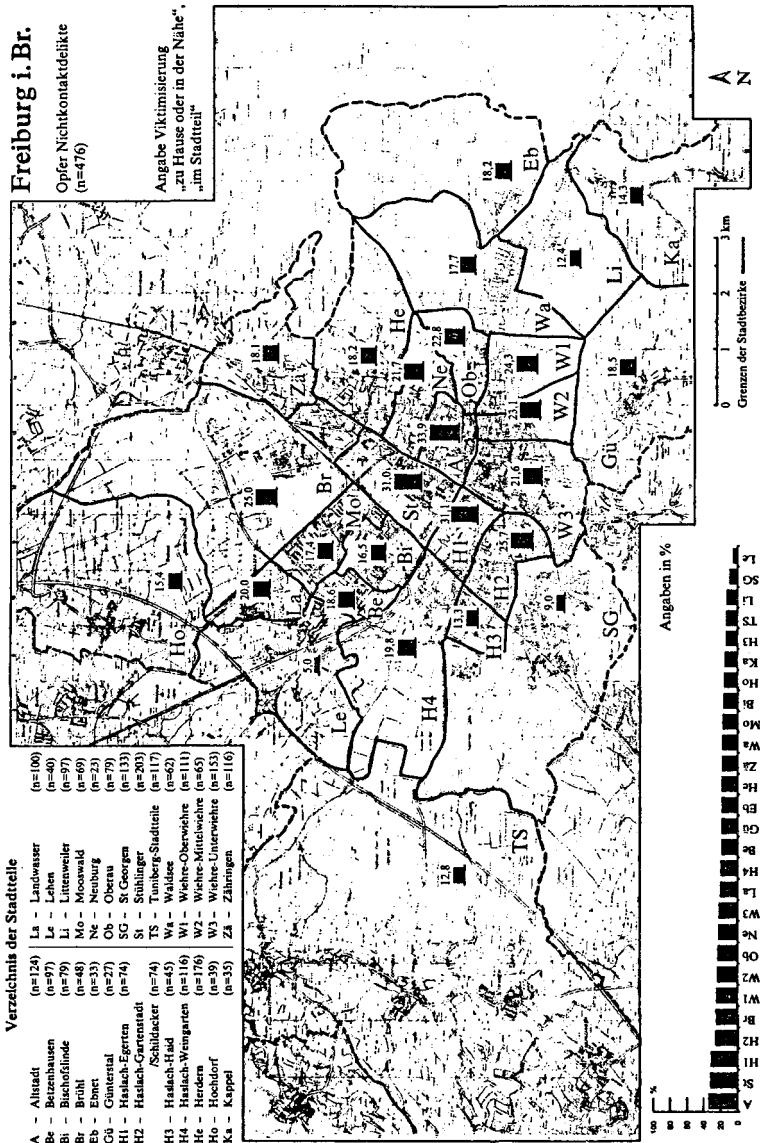
Freiburgs auch überdurchschnittlich viele jüngere Befragte den verschiedenen Delikten zum Opfer. Dieses gilt insbesondere für die Stadtteile Oberau, Mooswald, Kappel und Ebnet, in denen sich als Wohngebiete (innerhalb der vorliegenden Untersuchung) einer insgesamt jüngeren Bevölkerung die höchsten Opferquoten der 14- bis 25jährigen aufzeigen lassen. An vorderer Stelle stehen hierbei die Stadtteile Oberau und Mooswald mit einem Opferanteil innerhalb dieser Altersgruppe von 45,0% bzw. 44,4%. Faßt man die Alterskategorien der 14- bis 25jährigen und 26- bis 35jährigen befragten Personen zusammen, so bestätigt sich die oben genannte Tendenz: Wiederum stellt beispielsweise der Stadtteil Oberau mit 80,0% den höchsten Opferanteil der 14- bis 35jährigen befragten Personen, die in ihrem Stadtteil Opfer wurden. Tendenziell rekrutieren sich allerdings auch in den Stadtteilen mit überdurchschnittlich viel älteren befragten Personen (56 Jahre und älter: Herdern, Littenweiler, Mittelwiehre) die meisten Opfer aus der Altersgruppe der jüngeren Befragten. Entsprechend der Stichprobe der vorliegenden Untersuchung wurden in Freiburg verhältnismäßig mehr junge als ältere Befragte in ihrem Stadtteil Opfer von Straftaten.

9.1.4.2 Regionale Differenzierung der Opferanteile nach Deliktsschweregruppen bzw. Einzeldelikten

Nichtkontaktdelikte:

Unterscheidet man die Kriminalitätsbelastung nach Deliktsschweregruppen (vgl. Kapitel 8.17.2), so ist festzustellen, daß auch in Bezug auf die im eigenen Stadtteil erlebten Nichtkontaktdelikte Bewohner des Altstadtbereiches eine relativ hohe Opferbelastung aufweisen. 33,9% der dort befragten Personen sind im Laufe des Referenzzeitraumes von ca. einem Jahr in ihrem Stadtteil Opfer von Straftaten aus dieser Deliktskategorie geworden (vgl. Abbildung 9.2; vgl. Tabelle 9.1). Ebenfalls durch Nichtkontaktdelikte höher belastet sind die Befragten des westlich an den Altstadtbereich angrenzenden Stadtteiles Stühlinger (31,0%) sowie die Befragten des südwestlich gelegenen Stadtteiles Haslach-Egerten (31,1%). Jeweils ca. ein Viertel der Befragten (mit Ausnahme des Stadtteiles Mittelwiehre) aus den übrigen ringförmig um die Altstadt liegenden Stadtgebiete wurden im Befragungszeitraum Opfer von Nichtkontaktdelikten innerhalb ihres Stadtbezirkes (Neuburg: 21,7%; Oberau: 22,8%; Oberwiehre: 24,3%; Mittelwiehre: 23,1%; Unterwiehre: 21,6%). Der Opferanteil in den übrigen Stadtteilen zeigt sich vergleichbar (Haslach-Gartenstadt: 25,7%; Brühl: 25,0%; Land-

Abbildung 9.2: Opferquoten bei Nichtkontaktdelikten in Freiburger Stadtteilen



wasser: 20,0%) bzw. liegt um nur wenige Prozentwerte niedriger (z.B. Haslach-Weingarten 19,8%; Zähringen: 18,1%; Betzenhausen: 18,6%; Waldsee: 17,7%, Günterstal: 18,5%).

Die deutlichen Parallelen zwischen der Opferbelastung insgesamt und der Gruppe der Nichtkontaktdelikte zeigen sich auch am unteren Ende der Verteilung – wiederum sind es die aus dörflichen Gemeindekernen gewachsenen Stadtteile wie z.B. St. Georgen (9,0%), Lehen (5,0%) bzw. die Tuniberg-Stadtteile (12,8%), deren Opferanteil innerhalb der Nichtkontaktdelikte (bezogen auf Tatvorfälle im Stadtteil) eher gering ist.

Im folgenden sollen die in der Kategorie „Nichtkontaktdelikte“ zusammengefaßten Einzeldelikte differenzierter betrachtet werden. Diese Deliktskategorie setzt sich zusammen aus den Fahrzeugdelikten – Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl, Moped-/Motorrad-Diebstahl, Fahrraddiebstahl, Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen, vorsätzliche Kraftfahrzeug-Beschädigung (PKW) – sowie Diebstahl persönlichen Eigentums und Betrug/Täuschung (vgl. Kapitel 8.2-8.6, 8.14, 8.15, 8.16). Die Darstellung von Opferanteilen aus dem Bereich der Fahrzeugdelikte (vgl. oben) bezieht sich ausschließlich auf Personen, die angaben, im Befragungszeitraum ein entsprechendes Fahrzeug (Auto, Moped/Motorrad, Fahrrad) zur Verfügung gehabt zu haben – d.h. wo Diebstahl bzw. Beschädigung überhaupt möglich waren. Die oben bereits dargestellte Opferquote der Nichtkontaktdelikte unterschätzt demnach in Teilen die tatsächliche Viktimisierungsquote, da sich aufgrund möglicher Mehrfachangaben innerhalb der Deliktskategorie sowie unterschiedlicher Besitzverhältnisse die Prozentuierung auf die Gesamtanzahl aller Befragten beziehen muß. Nachfolgend werden, bei Fahrzeugdelikten entsprechend den tatsächlichen Besitzverhältnissen, die Opferanteile hinsichtlich der Einzeldelikte – bezogen auf die Befragten der jeweiligen Stadtteile – dargestellt.

Kraftfahrzeug(PKW)-Diebstahl:

Autodiebstähle wurden von den Befragten, denen ein Fahrzeug zur Verfügung stand, in nur sehr geringer Anzahl genannt (n = 17). Hiervon gaben lediglich n = 6 Opfer den Ort des Diebstahles an. Dieser lag in n = 4 Fällen im Stadtteil des befragten Opfers (vgl. Kapitel 8.2). Dabei handelt es sich um befragte Personen aus den Stadtteilen Unterwiehre (n = 2, 1,8%), Bischofslinde und Mooswald (jeweils n = 1, 1,8% bzw. 1,9%), die von Autodiebstahl in ihrem Stadtteil betroffen waren.

Moped-/Motorrad-Diebstahl:

Lediglich die Hälfte der von Moped- bzw. Motorrad-Diebstahl betroffenen Befragten (denen ein entsprechendes Fahrzeug zur Verfügung stand) gab den Ort des Diebstahles an (vgl. Kapitel 8.3). Hiervon konnten $n = 19$ Vorfälle den Freiburger Stadtteilen zugeordnet werden. Diese Nennungen verteilen sich im wesentlichen über das südliche bzw. westliche Stadtgebiet. Im Bereich Moped-/Motorrad-Diebstahl bzw. auch Autodiebstahl wurde von den Befragten (die zum Ort der Tat Angaben machten) zu einem überwiegenden Teil genannt, daß das Fahrzeug in ihrem Stadtteil gestohlen wurde.

Fahrraddiebstahl:

Zum Deliktsbereich Fahrraddiebstahl ergibt sich folgendes Bild: 15,6% der Befragten aus dem Stadtbezirk Oberau, in deren Haushalt zumindest ein Fahrrad zur Verfügung stand, wurden im Referenzzeitraum 1991/92 mindestens einmalig persönlich Opfer eines Fahrraddiebstahles (vgl. Kapitel 8.4). Einen nur geringfügig niedrigeren Opferanteil bei Fahrraddiebstahl – innerhalb ihres Stadtviertels – zeigen die Befragten der Stadtteile Stühlinger (13,0%), Mittelwiehre (12,7%), Altstadt (12,6%) sowie Brühl (12,2%). Es handelt sich bei diesen Stadtteilen, mit Ausnahme von Brühl, um Stadtgebiete nahe der Altstadt mit in der Regel komprimierter, mehrstöckiger Bebauung und zahlreichen, insbesondere kleineren Wohnungen. Es ist zu vermuten, daß hier Stell- und Sicherungsmöglichkeiten für Fahrräder (Garagen, Keller etc.) aufgrund der vorhandenen räumlichen Enge nicht immer in ausreichender Form vorhanden sind. Als Abstellort für Fahrräder dient oftmals der Eingangsbereich des Hauses bzw. ein eher leicht zugänglicher Hinterhof. Die Tatgelegenheitsstrukturen dürften hier in zahlreichen Fällen den Diebstahl erleichtert haben. Auch handelt es sich bei diesen Stadtgebieten um Wohnviertel mit einer insgesamt jüngeren Bevölkerung (z.B. Studierende; vgl. oben) und somit möglicherweise einer verstärkten alltäglichen Fahrradnutzung. Auch ist daran zu denken, daß unter der jüngeren Bevölkerung in diesen Stadtteilen hochwertigere Fahrräder (z.B. „Mountain-Bikes“) möglicherweise zu einem höheren Anteil vorhanden sind. Diese Fahrräder bieten wiederum einen größeren Diebstahlsanreiz.

Mit Ausnahme von Landwasser (10,3%) liegen die Opferanteile in den übrigen Stadtbezirken teilweise deutlich unter 10% – keine Nennungen bzw. die geringsten Opferanteile (Diebstahl des Fahrrades im Stadtteil)

sind in den peripheren Stadtgebieten zu finden (z.B. Lehen: 0,0%; Tuniberg-Stadtteile: 4,9%; St. Georgen: 1,8%; Günterstal: 0,0%; Kappel: 3,6%; Ebnet: 3,4%; Zähringen: 4,7%). Das mag mit einer dort niedrigeren Fahrradnutzung bzw. besseren Sicherungsmöglichkeiten (z.B. Garagen) zu tun haben. Es ist zu vermuten, daß unter Einbeziehung sämtlicher Vorfälle die Fahrrad-Diebstahlsquote sich im Kernbereich Freiburgs noch deutlich erhöhen könnte, während das Diebstahlsrisiko in den peripher gelegenen Stadtgebieten möglicherweise relativ konstant bleibt (die Angabe des Diebstahlortes wurde in der vorliegenden Untersuchung bei der Nennung, daß die Tat „anderswo in der Stadt geschah“, allerdings nicht erfaßt).

Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen:

Tatgelegenheiten für Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen (vgl. Kapitel 8.5) dürften sich vor allem an Orten ergeben, wo Fahrzeuge leicht zugänglich sowie schwer einsehbar abgestellt sind, die Kontrolle durch deren Besitzer bzw. andere Anwohner eher gering ist und die Situation den Tätern somit ein möglichst geringes Entdeckungsrisiko verspricht. Hierzu zählen beispielsweise Tiefgaragen in ihrer anonymen Atmosphäre, größere öffentliche bzw. private Parkplätze sowie die hohe Anzahl auf öffentlichen Straßen nachts abgestellter Fahrzeuge in dicht bebauten Wohnvierteln. Ein geringeres Diebstahlsaufkommen dürfte vor allem an Orten anzutreffen sein, an denen Abstellmöglichkeiten zugleich eine gewisse Sicherung des Fahrzeuges bedeuten bzw. die informelle Kontrolle durch Anwohner erhöht ist (z.B. weniger dicht bebaute Stadtgebiete mit ausreichenden, besser kontrollierbaren PKW-Stellmöglichkeiten, Einfahrten auf privatem Grund, Garagen etc.).

Im wesentlichen spiegeln sich diese räumlichen Gegebenheiten in den Opferanteilen bezüglich Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen über die Freiburger Stadtteile wider. So weisen die Befragten aus den dichter bebauten, oftmals anonymen und aufgrund der baulichen Strukturen teilweise mit zahlreichen Tiefgaragen, großräumigen Parkplätzen bzw. eher verdichteten und unkontrollierten Abstellmöglichkeiten für PKWs versehenen Stadtviertel in diesem Deliktsbereich ein höheres Opferrisiko in ihrem Stadtteil auf, als vergleichsweise die befragten Personen der übrigen, weniger komprimierten Stadtbezirke. So wurden 20,5% der Befragten aus der Freiburger Altstadt („die über ein Auto verfügten,“) in ihrem Stadtviertel Opfer von Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen. Auch sind die Op-

feranteile in den Gebieten der Wiehre (Oberwiehre: 12,3%; Mittelwiehre: 8,5%; Unterwiehre: 8,8%) bzw. im Stadtteil Stühlinger (10,9%) vergleichsweise hoch. Es handelt sich hier um sehr dicht bebaute Wohnviertel, deren Grundriß und Bausubstanz zu einem überwiegenden Teil aus der Jahrhundertwende stammt. Hiermit verbunden sind die in der Regel unzureichenden sowie unkontrollierten Abstellmöglichkeiten für Fahrzeuge der Bewohner dieser Stadtgebiete (vgl. hierzu Kapitel 10).

Die Stadtteile Landwasser und Haslach-Weingarten sind geprägt durch hoch- bzw. mehrgeschossige Wohnbebauung mit zahlreichen Tiefgaragen und größere, durch Grünbereiche schwer einsehbare Parkplätzen. Der Opferanteil liegt hier bei 8,4% bzw. 9,1% der befragten Personen. Ebenfalls einen höheren Opferanteil weisen die Befragten des Stadtteiles Haslach-Gartenstadt/-Schildacker auf (12,3%). Es handelt sich um ein sozial schwächeres Wohngebiet (vgl. oben), das im südlichen Bereich von zahlreichen Gewerbe- bzw. Industrieanlagen durchsetzt ist.

Eine Ausnahme in den beschriebenen Zusammenhängen bilden die im Süden bzw. Osten der Stadt gelegenen bevorzugten Freiburger Stadtteile Günterstal und Ebnet. Der Opferanteil bei Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen beträgt hier 21,7% bzw. 10,3%. In diesen Stadtgebieten ist jedoch die niedrige Anzahl der Befragten zu beachten.

In den übrigen Stadtteilen Freiburg zeigt sich der Opferanteil unter den befragten Personen, die durch diesen Deliktsbereich betroffen waren, als eher gering.

Vorsätzliche Beschädigung an Kraftfahrzeugen (PKW):

Die vorsätzliche Beschädigung von Kraftfahrzeugen (z.B. Abknicken oder Abbrechen äußerer Fahrzeugteile, Zerkratzen der Fahrzeuglackierung) stellt in Freiburg unter den befragten Personen ein verbreitetes Delikt dar (vgl. Kapitel 8.6). Ähnlich dem Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen (vgl. oben) dürfte der räumliche Schwerpunkt solcher Vorkommnisse vor allem in Stadtteilen mit verdichtetem Fahrzeugaufkommen bei unzureichenden Abstell-/Sicherungsmöglichkeiten von PKWs auf der Straße bzw. in Gebäuden liegen (Tiefgaragen etc.). Gleichzeitig stellt eine solche Beschädigung – im Gegensatz zum Diebstahl von Autoteilen bzw. aus dem Auto – im allgemeinen für den Täter keinen größeren zeitlichen Aufwand dar – eine Fahrzeuglackierung kann auch im Vorbeigehen, ohne daß der Täter auffällt, beschädigt werden. Es ist zu vermuten, daß die Hemmschwelle bei Delikten dieser Art, für die möglicherweise meist jugendli-

chen Täter, deutlich niedriger als in übrigen Deliktsbereichen liegt. Ähnlich dem Deliktsbereich „Autoteilediebstahl“ (vgl. oben) ist der Opferanteil bei vorsätzlicher Kraftfahrzeugbeschädigung unter den befragten Personen der Stadtteile mit einem erheblichen Kraftfahrzeug-Aufkommen im zentralen Bereich Freiburgs besonders hoch (Altstadt: 22,9% der befragten Personen mit Kraftfahrzeugbesitz (PKW) wurden Opfer dieses Deliktes; Haslach-Egerten: 19,6%; Mittelwiehre: 19,1%; Stühlinger: 16,3%; Neuburg: 12,5%, Unterwiehre: 12,3%. Aber auch vom Kernbereich der Stadt eher abgelegene Stadtteile weisen in diesem Deliktsbereich höhere Opferanteile aus (Betzenhausen: 12,2%, Brühl/Zähringen 11,8%; Herdern: 11,4%; Kappel 10,3%. Die Befragten aus dem Kernbereich Freiburgs bilden den stärksten Opferanteil, die niedrigsten Opferanteile finden sich wiederum in Stadtteilen mit ehemals selbständigen dörflichen Kernen (St. Georgen: 2,8%; Lehen: 2,9%; Tuniberg-Stadtteile: 3,7%; Günterstal: 4,3%). Andererseits zeigt der komprimiert bebaute, im Nordwesten Freiburgs gelegene Stadtteil Landwasser ebenfalls den sehr geringen Opferanteil von 3,8%. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Delikte dieser Art möglicherweise stark von situativen Gegebenheiten und Zufällen abhängig sind, die nicht in jedem Falle eindeutig bestimmten Spezifika einzelner Stadtviertel zuzuordnen sind. Auch ist davon auszugehen, daß von den Betroffenen (beispielsweise aus dem Kernbereich Freiburgs) möglicherweise in einem hohen Maße „Parkschäden“ (durch andere Verkehrsteilnehmer verursachte Beschädigungen des PKWs) angegeben wurden.

Diebstahl persönlichen Eigentums:

In der vorliegenden Studie wurden unterschiedliche Diebstahlsdelikte erfragt. Neben Straftaten dieser Art im Fahrzeugbereich (Diebstahl PKW, Motorrad, Fahrrad) konnte den befragten Personen auch anderes persönliches Eigentum gestohlen worden sein. Die Bandbreite der Möglichkeiten des Diebstahls persönlichen Eigentums ist groß; die Art des Diebesgutes bzw. der entstandene Schaden wurde nicht erfragt (vgl. Kapitel 8.10).

Am höchsten zeigt sich der Opferanteil bei Diebstahl persönlichen Eigentums im Stadtteil Neuburg. Hier waren in ihrem Stadtbezirk 13,0% der befragten Personen betroffen. Einschränkend ist jedoch auf die insgesamt geringe Fallzahl von $n = 23$ Befragten in diesem Stadtteil hinzuweisen. Es handelt sich hier um einen nordöstlich an die Freiburger Altstadt grenzenden, bevorzugten Stadtbezirk in aufgelockerter Bebauung mit größeren

Grünflächen (z.B. Stadtgarten) sowie zahlreichen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen (z.B. Landratsamt, medizinische Ämter, Institute der Universität, Kliniken).

Vergleichsweise höhere Opferanteile zeigen auch die Befragten der Stadtteile Waldsee (8,1%) sowie Oberau (7,6%). In dem ebenfalls aufgelockert bebauten, mit Grünflächen durchsetzten Stadtgebiet Waldsee könnten möglicherweise die Benutzer und Besucher der zahlreichen Sportstätten (Leichtathletik-/Fußballstadien, öffentliche Schwimmbäder) Opfer von Diebstahlsdelikten geworden sein.

Die Befragten der Freiburger Altstadt waren, ähnlich den befragten Personen der Stadtteile Haslach-Gartenstadt (6,8%), Haslach-Egerten (6,8%), Brühl (6,3%) sowie Stühlinger (5,4%), in ihrem Stadtteil vergleichsweise gering durch Diebstähle persönlichen Eigentums betroffen (6,5%). Die Opferanteile unter den Befragten der übrigen Stadtbezirke sind zu diesem Deliktsbereich insgesamt sehr niedrig.

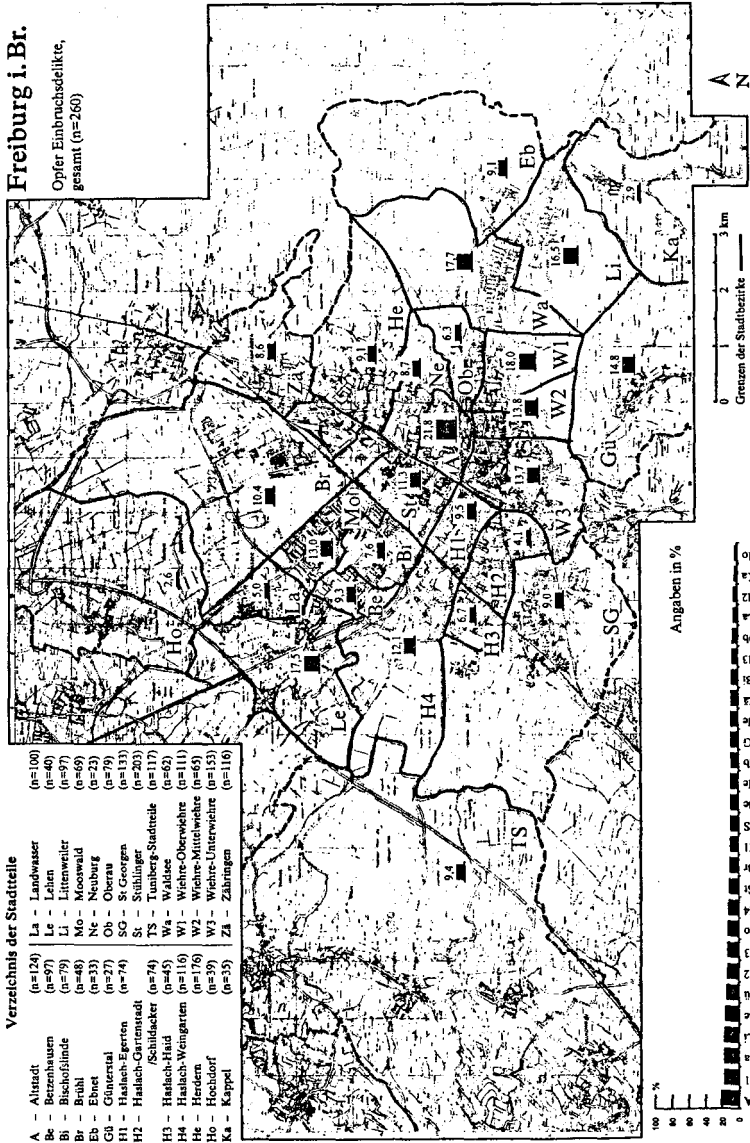
Betrug/Täuschung:

Das Spektrum der Betrugs- bzw. Täuschungsdelikte ist vielfältig. Die Bandbreite reicht hier von alltäglichen Betrügereien bis hin zu Straftaten mit für das Opfer weitreichenden Folgen (vgl. Kapitel 8.11). Vorkommnisse und Delikte dieser Art sind wohl nur in den wenigsten Fällen an örtliche Spezifika gebunden. Eine Darstellung der Anteile von Befragten pro Stadtgebiet, die in ihrer unmittelbaren Umgebung betrogen wurden bzw. sich betrogen fühlten, kann entfallen, da die Nennungen insgesamt gering sind.

Einbruchsdelikte:

Auch im Hinblick auf Einbruchsdelikte (Deliktskategorie „Einbruch“, vgl. Kapitel 8.17.2) dominiert die Altstadt. 21,8% der befragten Bewohner dieses Stadtteiles wurden innerhalb des Befragungszeitraumes Opfer von Wohnungseinbruch bzw. versuchtem Wohnungseinbruch (vgl. Abbildung 9.3; Tabelle 9.1). Für den Altstadtbereich liegt der Hauptgrund der relativ hohen Opferquote möglicherweise in der dortigen Konzentration vielfältiger wertintensiver Einrichtungen, die „lohnende“ Einbruchsziele (z.B. Ladengeschäfte etc.) darstellen. Wie auch in anderen Städten zu beobachten, veränderte sich ebenfalls im Altstadtbereich Freiburgs durch umfassende Sanierungen die Nutzung der vorhandenen Gebäude von privatem Wohnen hin zu einer Ausweitung gewerblicher, unbewohnter Einrichtungen (als Beispiel sei hier die Sanierung und damit verbundene soziale Umstrukturi-

Abbildung 9.3: Opferquoten bei Einbruchsdelikten in Freiburger Stadtteilen



rierung der Konviktsstraße im östlichen Altstadtbereich zu nennen). Als typisches und innerhalb der Altstadt vielfach anzutreffendes Sanierungsmodell gelten mehrgeschossige Häuser mit überwiegend gewerblicher Nutzung der unteren Etagen und darüberliegenden Eigentumswohnungen mit einem relativ hohen Anteil von Wohngelegenheiten für Einzelpersonen (vgl. oben).

In der vorliegenden Untersuchung wurde zwar ausschließlich nach Einbrüchen in private Wohnräume gefragt – im Zuge einer breiteren Einbruchskriminalität im Altstadtbereich dürften jedoch auch Einbrüche in Wohnungen nicht ausbleiben. Eine informelle Kontrolle durch die Bewohner wird möglicherweise oftmals durch soziale Strukturen (z.B. hohe Fluktuation) erschwert (vgl. oben; Kapitel 9.1.3.6).

Die östlich des Stadtzentrums gelegenen Stadtteile Oberwiehre und Waldsee weisen ebenfalls höhere Opferbelastungen durch Einbruchsdelikte (18,0% bzw. 17,7%) auf. Vergleichbar den Befragten der Altstadt gab in diesen Stadtbezirken nahezu jede fünfte befragte Person an, daß in ihre Wohnräume eingebrochen bzw. dieses versucht wurde. Im Osten bzw. Süden des Stadtgebietes sind die Opferanteile in den bevorzugten Stadtteilen Littenweiler (16,5%), den übrigen Bezirken der Wiehre (Mittelwiehre 13,8%; Unterwiehre 13,7%) sowie Günterstal (14,8%) ebenfalls vergleichsweise hoch. Es handelt sich hierbei insgesamt um Wohngebiete, die durch einen hohen Sozialstatus (vgl. oben) möglicherweise eher attraktive Einbruchsziele darstellen. Die Bebauung dieser Stadtbezirke ist sehr unterschiedlich. Während es sich bei den Stadtteilen Günterstal, Oberwiehre, Waldsee und auch Littenweiler um Gebiete mit eher aufgelockerten Wohnbebauungen handelt (in der Regel Einfamilienhäuser bzw. niedriggeschossige Gebäude auf oftmals relativ großen Grundstücken), ist in den Stadtbezirken der Unter- bzw. Oberwiehre in der Regel eine dichtere, mehrgeschossige Bauweise anzutreffen.

Die Opferquote im Bereich der Einbruchsdelikte im westlich der Altstadt angrenzenden Stadtteil Stühlinger beträgt 11,3%. In diesem Stadtviertel überwiegt eine komprimierte Wohnbebauung. Die ebenfalls westlich des Stadtzentrums gelegenen Stadtteile Mooswald und Lehen zeigen jeweils eine relativ hohe Opferquote von 13,0% bzw. 17,5%. Hier handelt es sich um Gebiete in gemischter Bauweise mit Auflockerungen durch Grünzonen und zahlreichen Einfamilienhaussiedlungen.

In den Stadtteilen Landwasser, Haslach-Weingarten, Betzenhausen und Bischofslinde befindet sich der überwiegende Teil aller Wohnungen in Ge-

bäuden, die in den 60er/70er Jahren erbaut wurden. In diesen Gebieten gibt es praktisch keinen Bestand an historisch gewachsenen Stadtstrukturen. Es überwiegen moderne Bauten, bei denen die Funktionalität im Vordergrund steht: nüchterne Fassaden, hochgeschossige Bauweise, Gebäude aus der gleichen Bauperiode und im gleichen Stil. Obwohl die Planungen von Beginn an eine Auflockerung durch Grünzonen und eine gemischte Bauweise vorsahen, ist eine stilistische Uniformität nicht zu übersehen. Es handelt sich im wesentlichen um familienreiche, „jüngere“ Stadtgebiete, was auch in der vorliegenden Untersuchung bestätigt werden konnte (vgl. oben). Entgegen einer breiten öffentlichen Meinung in Freiburg ist die Deliktsquote der Kategorie Einbruch (wie auch in den übrigen Deliktskategorien bzw. Deliktsbereichen) in diesen Stadtvierteln jedoch, auch gemessen an der hier hohen Verdichtung von Wohnmöglichkeiten und damit potentiellen Einbruchzielen, eher gering (Landwasser: 5,0%; Haslach-Weingarten: 12,1%; Betzenhausen: 9,3%; Bischofslinde: 7,6%).

Bei Betrachtung der Differenzierung nach versuchtem Einbruch bzw. tatsächlich erfolgtem Einbruch (vgl. Kapitel 8.7, 8.8) ist zu erkennen, daß die betroffenen Befragten der westlichen Stadtteile Freiburgs überwiegend Einbruchsversuche angegeben haben. Erfolgreiche Einbrüche mit möglicherweise einer hohen Schädigung des Opfers durch Diebstahl sind nahezu ausschließlich in der Altstadt (8,1%) sowie in den südlich bzw. östlich gelegenen Stadtvierteln Günterstal (7,4%), Littenweiler (7,2%), Waldsee (6,5%), Oberwiehre (6,3%) sowie Neuburg (4,3%) zu beobachten – mit einem vergleichsweise geringeren Opferanteil auch in der Oberau (3,8%), Unter-/Mittelwiehre (3,9% bzw. 3,1%) sowie in St. Georgen (3,8%). In den westlichen urbaneren Stadtvierteln liegen zum tatsächlich stattgefundenen Einbruch nahezu keine Nennungen der Befragten vor.

Zusammenfassend ist für Freiburg festzustellen, daß Einbruchsdelikte, vom direkten Stadtkern (Altstadt) abgesehen, überwiegend in Stadtvierteln mit gelockerter Bebauung und einem insgesamt höheren Sozialstatus ihrer Bewohner verübt wurden (Günterstal, Lehen, Littenweiler, Mooswald, Waldsee, Wiehre-Stadtteile). Die Betroffenen der westlichen Stadtgebiete berichteten überwiegend von Einbruchsversuchen (bei denen der Täter möglicherweise gestört wurde), die Betroffenen der östlichen Stadtteile wurden in einem vergleichsweise höheren Maße Opfer von tatsächlich verübten Einbrüchen, d.h. der Täter verschaffte sich in diesen Fällen Zugang zu den Wohnräumen des Opfers.

In der vorliegenden Erhebung wurden mögliche durch Einbruchsdelikte verursachte finanzielle Schäden nicht erhoben; es ist jedoch zu berücksichtigen,

daß sowohl bei einem versuchten als auch bei einem tatsächlich erfolgten Einbruch die materielle und psychische Schädigung des Opfers hoch sein kann.

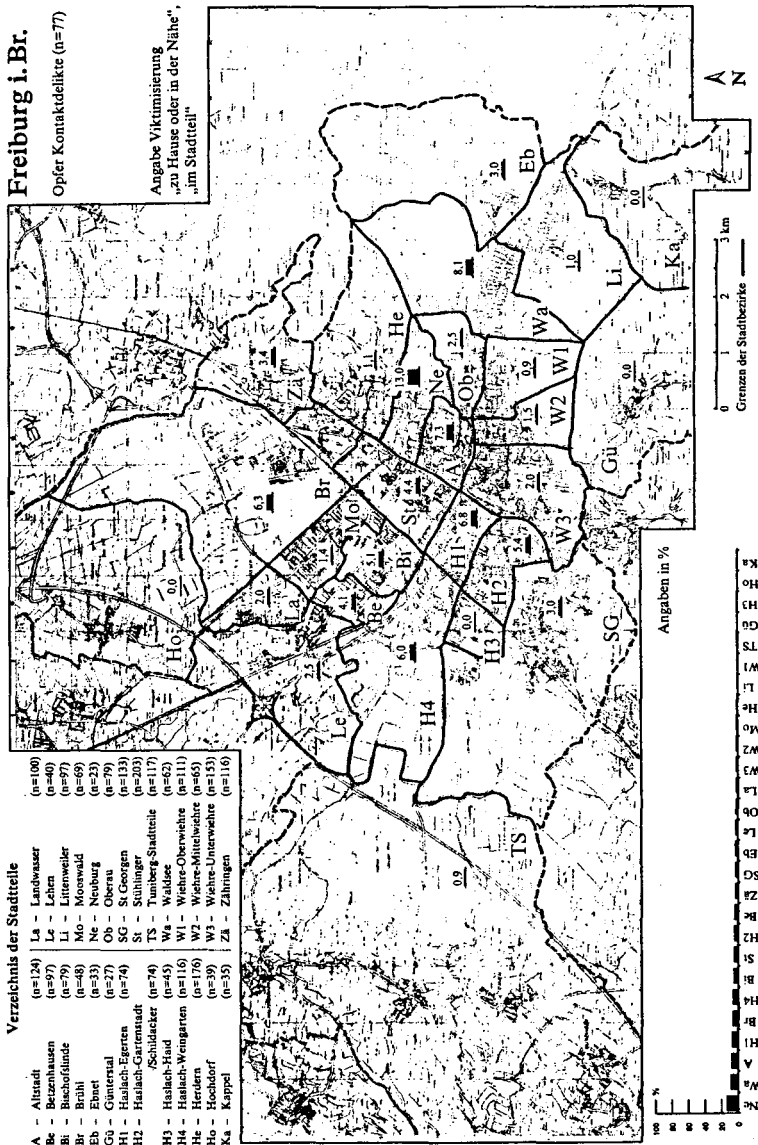
Kontaktdelikte:

Was Delikte bzw. Deliktsbereiche der Kategorie „Kontaktdelikte“ (vgl. hierzu Kapitel 8.17.2) anbelangt, so dominiert hier nicht, wie anzunehmen wäre, der Altstadtbereich (7,3% der hier Befragten wurden Opfer zumindest eines Kontaktdelikttes innerhalb des Stadtteiles; vgl. Abbildung 9.4; Tabelle 9.1), sondern, neben den Stadtbezirken Haslach-Egerten (6,8%), Haslach-Weingarten (6,0%) und Brühl (6,3%), dominieren insbesondere die Stadtteile Neuburg und Waldsee. Hier berichteten 13,0% bzw. 8,1% der Befragten, daß sie im eigenen Stadtteil innerhalb des Befragungszeitraumes von ca. einem Jahr Opfer eines Kontaktdelikttes wurden. Ein möglicher Grund hierfür dürfte darin liegen, daß beide Stadtteile eine eher lockere Bebauung, unterbrochen durch Parkanlagen, größere Grünflächen und Wald aufweisen, die verstärkt Möglichkeiten der Begehung entsprechender Taten zulassen könnten. Innerhalb des Stadtteiles Waldsee liegen zudem großflächig angelegte Sportstätten (z.B. Leichtathletik- und Fußballstadien, Schwimmbäder) mit regelmäßigen überregionalen Veranstaltungen. Möglicherweise sind die Grünzonen des Schloßberges und Stadtgartens (im Stadtteil Neuburg) häufig Tatort sexueller Belästigungen (8,3% der weiblichen Befragten dieses Stadtteiles gaben an, in ihrem Stadtteil sexuell belästigt worden zu sein; vgl. hierzu Kapitel 8.14).

Bei einem vergleichsweise schweren Delikt wie „Raub“ (vgl. Kapitel 8.9) findet sich im Stadtteil Neuburg, welcher nördlich an die Altstadt Freiburgs angrenzt, im Vergleich zu allen übrigen Stadtbezirken ebenfalls der höchste Opferanteil (4,3%). Auch im Deliktsbereich „Tätlicher Angriff ohne Waffen“ (vgl. Kapitel 8.12) sind die Befragten der Stadtteile Neuburg und Waldsee – neben der Altstadt (4,8%) und dem Stadtbezirk Brühl (6,3%) – ebenfalls vergleichsweise höher belastet (4,3% bzw. 4,8%). Insgesamt gesehen sind die Fallzahlen allerdings sehr gering. „Tätlicher Angriff mit Waffengewalt“ bzw. Vergewaltigung (auch versuchte Vergewaltigung) wurden von den Freiburger Befragten nur in einem sehr geringen Maße genannt (vgl. Kapitel 8.13 bzw. Kapitel 8.15). Hiervon geschah wiederum nur ein Anteil im Wohngebiet des Opfers. Die Fallzahlen sind demnach sehr gering. Eine Interpretation der Verteilung ist nicht möglich.

Strukturen – wie beispielsweise konzentrische Lagen bzw. Verdichtungen von höheren Opferanteilen in Stadtvierteln um den Altstadtbereich her-

Abbildung 9.4: Opferquoten bei Kontaktdelikten in Freiburger Stadtteilen



um – sind im Bereich der Kontaktdelikte auf Grundlage unserer Studie nicht zu erkennen. So sind Opferanteile im Bereich der Kontaktdelikte für ebenfalls im Kernbereich der Stadt gelegene Bezirke vergleichsweise gering (Oberau 2,5%; Oberwiehre 0,9%; Mittelwiehre 1,5%; Unterwiehre 2,0%; vgl. Abbildung 9.4; Tabelle 9.1). Nur tendenziell läßt sich sagen, daß die Befragten der westlichen urbaneren Stadtteile (Haslach, Brühl, Bischofslinde und Stühlinger) in einem eher vergleichbaren Anteil durch Kontaktdelikte betroffen waren als Befragte der übrigen Stadtbezirke. In den peripheren Stadtteilen Kappel, Littenweiler, Günterstal, St. Georgen, Tuniberg-Stadtteile und Hochdorf gab kein bzw. ein nur sehr geringer Anteil der Befragten an, in ihrem Stadtviertel durch Kontaktdelikte betroffen gewesen zu sein.

Die Fallzahlen und prozentualen Unterschiede innerhalb der Kategorie Kontaktdelikte sind – eine Ausnahme kann der Stadtteil Neuburg bilden – insgesamt gering, eine Überinterpretation der gewonnenen Ergebnisse sollte demnach vermieden werden. Über den Schweregrad der einzelnen Vorfälle können wir in der vorliegenden Untersuchung keine Aussagen machen – insgesamt gesehen ist der Opferanteil von durch Kontaktdelikte belasteten befragten Personen auf Grundlage der vorliegenden Studie in Freiburg jedoch eher niedrig und hat ein allgemeines großstädtisches Niveau (noch) nicht erreicht (vgl. auch Kapitel 8.17.2).

9.1.4.3 Das subjektive Sicherheitsempfinden der Befragten in den Freiburger Stadtgebieten

Von besonderem Interesse ist im Zusammenhang mit der Betrachtung von Opferanteilen der jeweiligen Freiburger Stadtbezirke das subjektive Sicherheitsgefühl der in den jeweiligen Stadtgebieten befragten Personen. In der vorliegenden Untersuchung wurden Fragen zur Kriminalitätsfurcht bzw. nach Unsicherheitsgefühlen gestellt (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 13). Im folgenden sollen kurz die Ergebnisse zur Fragestellung „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen?“ insgesamt sowie getrennt nach weiblichen und männlichen Befragten, bezogen auf die Freiburger Stadtteile, dargestellt werden. Vorgegeben war im Erhebungsinstrument zur Fragestellung ein 4stufiges Rating (ich fühle mich: sehr unsicher, etwas unsicher, ziemlich sicher, sehr sicher). Eine weitere Differenzierung nach Opferwerdung (im eigenen Stadtteil) ist aufgrund der geringen Fallzahlen innerhalb der vorliegenden Untersuchung nicht möglich.

Die Angaben der Befragten aus den Freiburger Stadtteilen zeigen insgesamt erhebliche Schwankungen zwischen einer großen Unsicherheit bzw. einem ebenso großen Sicherheitsgefühl. Die Antwortkategorien, die bei dieser Fragestellung gewählt werden konnten (vgl. oben), wurden in einem ersten Schritt in den Gegensätzen „unsicher“ bzw. „sicher“ zusammengefaßt, d.h., vier Antwortkategorien wurden zu einem übersichtlicheren Vergleich auf zwei Kategorien reduziert.

In einer allgemeinen Betrachtung ist festzustellen, daß zumindest jeweils ca. 40% der befragten Personen aus 19 von insgesamt 27 Freiburger Stadtteilen sich dahingehend äußerten, daß sie sich „sehr unsicher“ bzw. „unsicher“ fühlen, wenn sie nachts draußen alleine in ihrer Wohngegend unterwegs sind. Dieses Ergebnis deutet auf ein allgemein breites Unsicherheitsempfinden der Freiburger Bevölkerung hin (vgl. Kapitel 13).

Stadtteile, in denen die dort wohnhaften Befragten in hohem Maße Unsicherheit des Nachts auf der Straße empfanden, sind die verschiedenen Gebiete von Haslach, wobei in Haslach-Weingarten mit 75,5% (vgl. Tabelle 9.2; Abb. 9.5) sowie in Haslach-Egerten mit 62,2% von den dort befragten Personen insgesamt vergleichsweise die meisten Angaben zu den Antwortkategorien „sehr unsicher“ bzw. „unsicher“ gemacht wurden. Auch in den Stadtteilen Stühlinger (59,9%), Oberau (53,2%), Bischofslinde (51,9%), Lehen (48,7%) sowie Landwasser (48,0%) herrscht unter den Befragten ein höheres Unsicherheitsgefühl als vergleichsweise in anderen Stadtteilen. Auffallend bei der Verteilung der Angaben zu diesem Item ist das vergleichsweise geringe Unsicherheitsgefühl der Befragten in den meisten zentrumsnahen Gebieten wie z.B. den Wiehre-Stadtteilen (Oberwiehre, Mittelwiehre), Waldsee oder Neuburg bzw. in der Freiburger Altstadt selbst – obwohl diese Stadtteile die insgesamt höchsten Opferanteile unter den befragten Personen aufweisen.

Während die Unsicherheit in bestimmten Gebieten vor allem im Westteil der Stadt bedeutend ist, dominiert im Gegensatz dazu das Sicherheitsgefühl in verschiedenen anderen Stadtteilen. Hochdorf wird im Empfinden seiner Bewohner als überaus sicher bewertet (82,1% in der Zusammenfassung „ziemlich sicher“ / „sehr sicher“). Ebenso werden andere, ebenfalls aus ehemaligen dörflichen Kernen erwachsene Stadtbezirke, wie beispielsweise die Tuniberg-Stadtteile (72,6%) oder Kappel (71,4%), von dem überwiegenden Teil der Befragten als insgesamt sicher beurteilt – mit der Einschränkung, daß allerdings auch hier immerhin noch ca. ein Drittel der befragten Personen Unsicherheitsgefühle äußert.

Tabelle 9.2: Sicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend – insgesamt sowie getrennt nach Geschlecht

Stadtteile	Gesamt				Männer				Frauen			
	unsicher		sicher		unsicher		sicher		unsicher		sicher	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Altstadt	57	47,1	64	52,9	21	31,8	45	68,2	34	64,2	19	35,8
Betzenhausen	45	46,4	52	53,6	13	18,9	32	71,1	32	61,5	20	38,5
Bischofslinde	41	51,9	38	48,1	4	11,4	31	88,6	36	83,7	7	16,3
Brühl	16	34,0	31	66,0	6	21,4	22	78,6	10	52,6	9	47,4
Ebnet	14	42,4	19	57,6	2	13,3	13	86,7	12	66,7	6	33,3
Günterstal	11	40,7	16	59,3	2	15,4	11	84,6	9	64,3	5	35,7
Hasl.-Egerten	46	62,2	28	37,8	17	53,1	15	46,9	29	69,0	13	31,0
Hasl.-Gartenst.	36	48,6	38	51,4	10	28,6	25	71,4	26	68,4	12	31,6
Haslach-Haid	21	47,7	23	52,3	7	29,2	17	70,8	13	68,4	6	31,6
H.-Weingarten	86	75,5	28	24,6	35	66,0	18	34,0	51	85,0	9	15,0
Herdern	72	41,9	100	58,1	16	19,5	66	80,5	56	62,2	34	37,8
Hochdorf	7	17,9	32	82,1	2	10,0	18	90,0	5	26,3	14	73,7
Kappel	10	28,6	25	71,4	2	11,1	16	88,9	8	47,1	9	52,9
Landwasser	48	48,0	52	52,0	12	24,5	37	75,5	36	70,6	15	29,4
Lehen	19	48,7	20	51,3	6	30,0	14	70,0	13	68,4	6	31,6
Littenweiler	42	43,3	55	56,7	9	23,1	30	76,9	33	56,9	25	43,1
Mooswald	31	44,9	38	55,1	5	17,9	23	82,1	26	63,4	15	36,6
Neuburg	8	36,4	14	63,6	1	9,1	10	90,9	7	63,6	4	36,4
Oberau	42	53,2	37	46,8	9	27,3	24	72,7	33	71,7	13	28,3
St. Georgen	52	39,4	80	60,6	9	14,5	53	85,5	43	61,4	27	38,6
Stühlinger	121	59,9	81	40,1	32	32,3	67	67,7	87	86,1	14	13,9
Tuniberg-St.	32	27,4	85	72,6	8	13,8	50	86,2	24	40,7	35	59,3
Waldsee	24	38,7	38	61,3	5	16,7	25	83,3	19	59,4	13	40,6
Oberwiehre	36	32,4	75	67,6	6	10,0	54	90,0	30	58,8	21	41,2
Mittelwiehre	23	36,5	40	63,5	3	11,1	24	88,9	20	55,6	16	44,4
Unterwiehre	76	50,0	76	50,0	14	24,1	44	75,9	62	66,0	32	34,0
Zähringen	42	36,2	74	63,8	12	19,7	49	80,3	29	53,7	25	46,3

Die Angaben unterscheiden sich, getrennt nach dem Geschlecht der befragten Personen, erheblich. So fühlen sich die männlichen Befragten des Nachts auf der Straße in ihrem Wohngebiet insgesamt erheblich sicherer als die weiblichen Befragten der vorliegenden Untersuchung (vgl. Tabelle 9.2). In der Tendenz ihrer Beurteilung stimmen jedoch Frauen und Männer im wesentlichen überein. Unsicherheit nachts auf der Straße in ihrer Wohngegend (Zusammenfassung der Antwortkategorien „sehr unsicher“, „etwas unsicher“) empfanden vor allem die befragten Männer der Stadtteile Haslach-Weingarten (66,0%) sowie Haslach-Egerten (53,1%). Von diesen beiden Stadtbezirken abgesehen, fühlen sich zumindest ca. 70% der befragten Männer der übrigen Stadtteile nachts auf der Straße in ihrer Wohngegend ziemlich bzw. sehr sicher.

Die weiblichen Befragten aller Freiburger Stadtgebiete äußerten Unsicherheit zu einem wesentlich höheren Anteil. Unsicher fühlt sich der überwiegende Teil der befragten Frauen aus dem Stühlinger (86,1%), Haslach-Weingarten (85,0%), Bischofslinde (83,7%), Oberau (71,7%) sowie Landwasser (70,6%). Mit wenigen Ausnahmen (Hochdorf, Kappel, Tuniberg-Stadtteile) fühlten sich in den übrigen Stadtbezirken z.T. weniger als ein Drittel der befragten Frauen nachts auf der Straße in ihrer Wohngegend sicher.

Bei Analyse der Ergebnisse stellt sich die Frage, ob möglicherweise städtebauliche Strukturen das subjektive Sicherheitsempfinden des einzelnen beeinflussen. Dieser Verdacht drängt sich auf, da gerade in den Freiburger Stadtgebieten mit teilweise großer stilistischer Uniformität, hochgeschossiger Bauweise, zahlreichen Tiefgaragen und Unterführungen sowie einer nicht zu verleugnenden nüchternen Ausstrahlung (z.B. Haslach-Weingarten, Haslach-Egerten, Bischofslinde) insbesondere die weiblichen, aber auch die männlichen Befragten überdurchschnittlich hoch Unsicherheitsgefühle äußerten – obwohl das Opferrisiko, auf Grundlage der beschriebenen Untersuchung, hier teilweise deutlich geringer ist als vergleichsweise in anderen Freiburger Stadtgebieten (z.B. der Freiburger Altstadt; vgl. oben). Andererseits scheinen historisch gewachsene Strukturen bzw. optisch ansprechendere Stadtgebiete Unsicherheitsgefühle, auch wenn sie hier sogar berechtigt wären (Altstadtbereich, Neuburg, Waldsee, Wiehre-Stadtteile), möglicherweise zu verdrängen. Die architektonische und landschaftliche Gestaltung eines Raums, hier bezogen auf die Freiburger Stadtteile, hat, wahrscheinlich auch unabhängig von konkreten Opfererfahrungen, einen erheblichen Einfluß auf das subjektive Sicherheitsempfinden seiner Bewohner (vgl. hierzu auch Kapitel 10).

9.2 *Kriminalgeographie Emmendingens*

9.2.1 Emmendingens stadtgeschichtliche Ausgangssituation

Name und Lage der Stadt Emmendingen deuten auf eine alemannische Gründung der Siedlung hin. 1091 wurde Emmendingen zum ersten Mal urkundlich erwähnt. 1418 erhielt die Gemeinde als Mittelpunkt einer Hachbergischen Vogtei das Marktrecht zur Stützung des regionalen Handels und wurde im Anschluß von den Markgrafen zu einem ummauerten Marktflücken ausgebaut. 1590 verlieh Markgraf Jakob I Emmendingen das Stadtrecht. In Folge der Einführung einer Handels- und Gewerbefreiheit unter dem Markgrafen Jakob III. vollzog sich Emmendingens Wandel von einer Ackerbürger- zu einer Handels- und Handwerksstadt. Diese Entwicklung wurde zunächst durch die Folgen des Dreißigjährigen Krieges gebremst, welcher eine weitgehende Zerstörung des Ortes und den Rückgang der Bevölkerung um 80% mit sich brachte, zeichnete sich aber ab 1757 mit der Grundrißerweiterung des Ortes in Richtung Nieder-Emmendingen und dem damit einhergehenden Aufschwung der lokalen Wirtschaft und dem Einwohnerzuwachs deutlicher ab. Die Bevölkerungszahl verdoppelte sich zwischen 1716 und 1768 von 450 Einwohner auf 1.000. Unter der Amtszeit von Johann Georg Schlosser kam es 1784 zur Ansiedlung von Industriebetrieben zur Verarbeitung der einheimischen Rohstoffe Flachs, Hanf und Tabak. Handwerk und Landwirtschaft blieben jedoch die Haupterwerbsquellen, auf denen die industrielle Entwicklung basierte. 1802 entstand in Nieder-Emmendingen die Papierfabrik Sonntag und 1837 die erste mechanische Hanfspinnerei Süddeutschlands (die spätere RAMIE). Emmendingens Vertriebsradius vergrößerte sich mit dem Anschluß an die Eisenbahnstrecke Mannheim-Basel um die Nord-Süd-Achse. Die Industrialisierung schlug sich in Stadtbild und Sozialstruktur Emmendingens nieder: Die Eingemeindung des bis dahin selbständigen Nieder-Emmendingen im Jahre 1883 und die Neuansiedlung zahlreicher Betriebe aus Handel und Gewerbe zwischen 1880 und 1914, darunter 1889 das später eine monopolartige Stellung in Deutschland einnehmende Textilunternehmen "Erste Deutsche Ramie Gesellschaft", verursachten einen Bevölkerungszuwachs von 3.530 Einwohnern im Jahr 1883 auf 8.326 im Jahr 1910, deren überwiegende Mehrheit (80%) evangelisch und der Rest zu gleichen Anteilen (jeweils 10%) katholischen oder jüdischen Glaubens war. Die Infrastruktur wurde ausgebaut und die Elektrifizierung und Erweiterung des

Verkehrswegenetzes eingeleitet. Mit der Eröffnung der "Landes-Heil- und Pfllegeanstalt" (des heutigen Psychiatrischen Landeskrankenhauses) im September 1889 kam Emmendingen eine weitere zentrale Versorgungseinrichtung zu. Es entstanden die Arbeiterwohnstätten für die neue Sozial-schicht der Industriearbeiter sowie auch Stadtvillen der Fabrikanten. Die Zahl der Voll- und Nebenerwerbsbauern verringerte sich derart, daß um 1900 bereits 60% aller Erwerbstätigen im nichtagrarischen Sektor beschäftigt waren. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation Emmendingens. Infolge des Eintreffens von Flüchtlingen aus den ehemaligen westlichen Reichsgebieten (Elsaß-Lothringen) kam es zu Arbeitsplatz- und Wohnungsmangel. In der Folge wurden Arbeiterwohnsiedlungen gebaut und Notunterkünfte geschaffen. Die sozialen Spannungen verschärfen sich. Der Zweite Weltkrieg forderte viele Todesopfer und verursachte Zerstörungen zahlreicher Betriebe (darunter die größte Fabrik Emmendingens, die RAMIE) und Wohnhäuser.

1949 erfuhren Emmendingens Einzelhandel, Gastronomie und Textilindustrie einen leichten wirtschaftlichen Aufschwung, der die Verwirklichung eines Generalbebauungsplanes ermöglichte. Es ging um die Erschließung von Industriegelände (vor allem im Süden der Stadt), die Vollendung der Altstadtsanierung und größere Wohnungsbauprojekte, mit denen die seit 1946 durch die Eingliederung von Umsiedlern verschärfte Wohnungssituation entspannt werden sollte, sowie um die Erweiterung einer Arbeiterwohnsiedlung. Zu Beginn der 50er Jahre konnten an der Peripherie der Stadt weitere zahlreiche Wohnungen gebaut werden.

1950 gehörten ca. 50% der Bevölkerung Emmendingens der Arbeiterschicht aus dem industriellen und gewerblichen Sektor an, ca. 30% waren Beamte und Angestellte und etwa ein Zehntel Selbständige. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen sank im Vergleich zu der Vorkriegszeit weiter ab. Durch die Vertreibung der Juden während des Zweiten Weltkriegs, dem Zustrom von Flüchtlingen und der Auswirkungen der bereits während des Krieges begonnenen Wanderungsbewegungen wandelte sich die konfessionelle Struktur Emmendingens von der eines traditionell rein evangelischen Ortes zu der einer überwiegend katholischen Gemeinde mit 55% Katholiken.

Das Jahr 1952 brachte für Emmendingen einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich vor allem auf den Wohnungsbau positiv auswirkte. Um die Siedlungen „Bleiche“ und „Bürkle“ entstanden neue Wohneinheiten, und die Wohnungszwangsbewirtschaftung konnte gelockert werden.

1980 waren ca. zwei Drittel (65,5%, 5.954 Personen) aller in Emmendingen Beschäftigten in Industrie, Handel oder Gewerbe, 31% (2.823 Personen) im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich und noch 3,4% (312 Personen) in Land- und Forstwirtschaft tätig.

1971 wurden die bis dahin eigenständigen Gemeinden Kollmarsreute, Maleck und Windenreute, 1974 Mündingen und 1975 Wasser eingemeindet.

In diesen Ortsteilen wurden in der Folge zahlreiche neue Wohngebiete mit preiswertem Wohnraum geschaffen, deren Bewohner sowohl aus dem Bereich Emmendingen stammen als auch aus der nahe gelegenen Stadt Freiburg.

Heute zeigt sich Emmendingen (ca. 20.000 Einwohner) als das Oberzentrum des nördlichen Breisgaus mit zahlreichen Industrie- bzw. Handwerksbetrieben sowie einer größeren Anzahl von Verwaltungs-, Pflege-, Bildungs-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen. Ein Teil der erwerbstätigen Bewohner aus dem Kernort selbst sowie aus den eingemeindeten Teilorten pendelt zu Arbeitsstätten im ca. 15 km entfernt gelegenen Freiburg bzw. in den Kernort selbst. Die Pendlerzahlen der Gesamtkommune Emmendingen zeigten 1990 ein Gleichgewicht zwischen Einpendlern und Auspendlern.

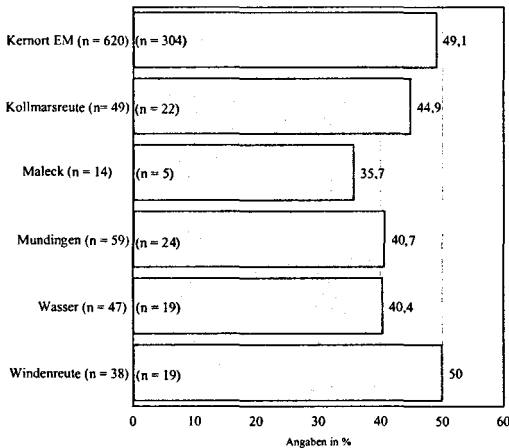
9.2.2 Opferquoten des Kernortes Emmendingen sowie seiner Teilorte Kollmarsreute, Maleck, Mündingen, Wasser sowie Windenreute

Im folgenden sollen die Gesamt-Opferquoten des Kernortes Emmendingen und seiner ehemals selbständigen Ortsteile (mit bzw. ohne Haushaltsviktimisierungen im Bereich der Fahrzeugdelikte, in Ergänzung zu Kapitel 8.1) kurz dargestellt werden. Da es sich bei den Teilorten zwar um in Emmendingen eingemeindete Ortschaften handelt, ihre baulichen und sozialen Strukturen – insbesondere von Maleck, Mündingen und Wasser – jedoch eher noch geschlossen sind (Kollmarsreute und Windenreute sind als Wohnsiedlungen nahezu übergangslos mit Emmendingen zusammengewachsen), soll an dieser Stelle (unter Berücksichtigung der geringen Fallzahlen) auf die Beschreibung der Viktimisierungsquoten dieser Ortschaften nicht verzichtet werden.

Wie aus Abbildung 9.6 zu ersehen ist, wurden im Erhebungszeitraum von ca. einem Jahr 49,1% (n = 304) der befragten Personen (n = 620) bzw. deren Haushaltsmitglieder aus dem Kernort Emmendingen persönlich Opfer von Viktimisierung (vgl. Kapitel 8.1). Im Teilort Windenreute (Entfernung

zum Stadtzentrum ca. 1,5 km) gab die Hälfte ($n = 19$) der befragten Personen ($n = 38$) an, daß sie selbst bzw. Mitglieder ihres Haushaltes im Befragungszeitraum Opfer mindestens eines der erfragten Delikte bzw. Deliktsbereiche wurden (vgl. 8.2-8.15). Der Opferanteil liegt in den übrigen Teilorten Kollmarsreute, Mundingen bzw. Wasser bei 44,9% ($n = 22$), 40,7% ($n = 24$) bzw. 40,4% ($n = 19$). Im Teilort Maleck gaben $n = 5$ von $n = 14$ Befragten an, daß sie selbst bzw. andere Haushaltsmitglieder im Jahreszeitraum Opfer mindestens eines der erfragten Delikte bzw. Deliktsbereiche wurden. Die dem Kernort nahezu direkt angegliedert liegenden Teilorte Kollmarsreute sowie Windenreute zeigen einen dem Gemeindegemeindekern Emmendingens vergleichbaren Opferanteil.

Abb. 9.6: *Viktimisierungsquoten für alle erfaßten 14 Delikte insgesamt, getrennt nach dem Gemeindegemeindekern Emmendingen und Teilortschaften (mit Haushaltsviktimisierungen)*

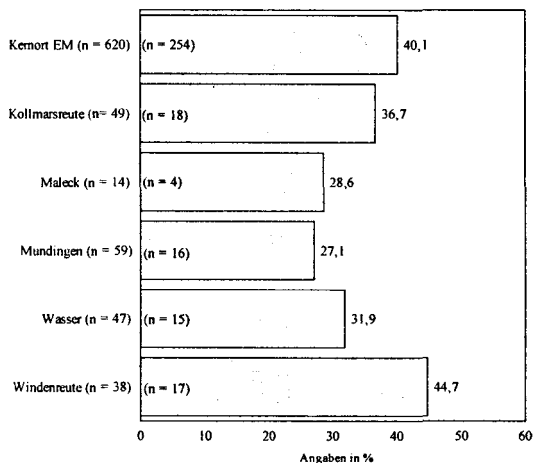


Befragte Personen aus dem Kernort entfernter liegenden, teilweise noch ländlich geprägten Ortschaftsteilen (Maleck, Mundingen und Wasser) gaben in geringerer Zahl an, im Befragungszeitraum von Viktimisierung betroffen gewesen zu sein.

Die Opferanteile der ausschließlich persönlich betroffenen Befragten (vgl. Abbildung 8.20) sind aufgrund der einschränkenden Fragestellung geringer (vgl. Kapitel 7), zeigen jedoch ein vergleichbares Bild. Auch hier sind die Op-

feranteile der Befragten aus den Teilorten Kollmarsreute und Windenreute (zu berücksichtigen sind die insgesamt geringen Fallzahlen von $n=49$ bzw. $n=38$ befragten Personen) vergleichbar dem des städtischen Kernortes Emmendingen.

Abb. 9.7: *Viktimisierungsquoten für alle erfaßten 14 Delikte insgesamt, getrennt nach dem Gemeindekern Emmendingen und Teilortschaften (ohne Haushaltviktimisierungen)*



9.2.3 Strukturmerkmale und generelle Opferbelastung des Kernortes Emmendingen und seiner Teilorte Kollmarsreute, Maleck, Mundingen, Wasser sowie Windenreute

Die kartographische Unterteilung des Gemeindekerns von Emmendingen bereitete Schwierigkeiten: Eine formelle Aufteilung des städtischen Raums Emmendingen besteht nicht, wie auch auf Nachfrage von der Stadtverwaltung bestätigt wurde.

Im allgemeinen Sprachgebrauch der Bevölkerung wird die Stadt jedoch in 5 Bezirke unterteilt: Stadtmitte, Unterstadt, Oberstadt (diesen Bezirk konnten wir noch differenzieren in Oberstadt I bzw. Oberstadt II sowie die Neubaugebiete (vgl. hierzu Abbildung 9.8)). Diese „inoffiziellen“ Stadtbezirke – bzw. kleinere Teilgebiete hiervon – wurden von den befragten Personen im Erhebungsinstrument auf die Frage nach der Wohngegend („In

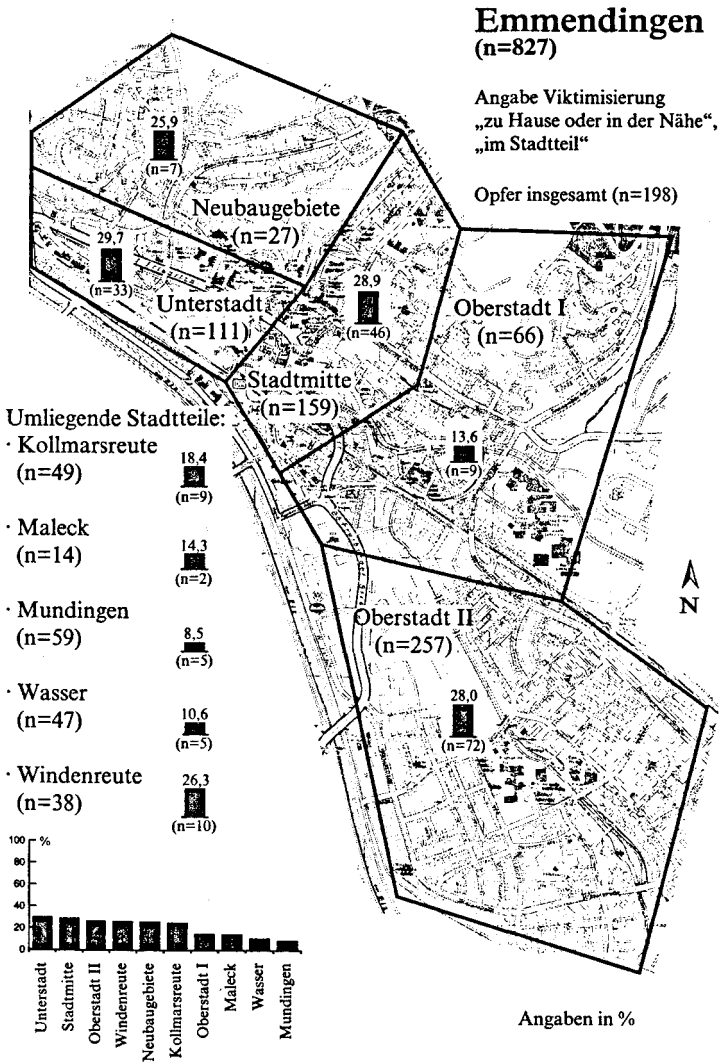
welcher Gegend Emmendingens wohnen Sie?“) in der Regel angegeben. Eine eindeutige, sich beispielsweise an Straßenzügen orientierende räumliche Zuordnung dieser Stadtgebiete – wie in Freiburg – besteht für Emmendingen nicht. Die Grenzen dieser Bezirke sind fließend, verwischen sich und können nicht genau definiert werden. In Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung Emmendingens haben wir uns dennoch dazu entschlossen, ein diesen umgangssprachlichen Stadtbezirken angenähertes Raster zu entwickeln und graphisch umzusetzen. Obwohl diese Vorgehensweise Unschärfen beinhaltet, soll auf die Darstellung von Angaben der befragten Personen nicht verzichtet werden. 827 der insgesamt 830 befragten Personen aus Emmendingen gaben Informationen zu ihrem Wohnort innerhalb der Kommune an.

Die Stadtmitte Emmendingens (vgl. Abb. 9.8) beinhaltet im wesentlichen den historischen Kern der Stadt mit in den letzten Jahren sanierter mehrstöckiger Altbaustruktur, Geschäftsneubauten, dem Bahnhofsbereich sowie zahlreichen Ladengeschäften und Gaststätten innerhalb der Fußgängerzone. Wie auch für übrige Stadtbezirke zutreffend, finden sich innerhalb der Stadtmitte, außerhalb des historischen Kernes, ebenfalls Anlagen mittelständischer Industrie und kleinerer Gewerbebezweige.

An diesen Stadtkern schließen sich nach Nordosten Erholungsgebiete (Stadtgarten), Einrichtungen der Infrastruktur und Verwaltung (Schulungszentren, Krankenhaus, Landratsamt) sowie eine lockere, gehobene Wohnbebauung am Rande größerer Grünflächen (Friedhofsbereich) an. In dem Bereich der Stadtmitte konnten in unserer Erhebung $n = 159$ Personen befragt werden. Hiervon sind überdurchschnittlich viele Personen jüngeren Alters – nahezu die Hälfte der Befragten (46,3%), die ihr Alter angaben ($n = 151$), ist unter 35 Jahre alt. Das Haushaltsnettoeinkommen der befragten Personen aus dem Bereich der Stadtmitte gliedert sich im wesentlichen in drei Hauptgruppen: jeweils ca. ein Drittel der Befragten (36,3%, $n = 54$) bzw. 31,5% ($n = 47$), die hierzu Angaben machten ($n = 149$), gaben Einkommen von bis zu DM 2.500 bzw. bis zu DM 4.000 pro Monat an. 32,3% ($n = 48$) der befragten Personen nannten höhere Einkommen (bis DM 5.000 bzw. darüber). In überdurchschnittlich hohem Maße wurden von Befragten der Stadtmitte Haushaltseinkommen von über DM 5.000 angegeben (24,2%, $n = 36$).

28,9% ($n = 46$) der in diesem Stadtviertel befragten Personen berichteten, daß sie im Erhebungszeitraum von ca. einem Jahr in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld („zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“) Opfer

Abbildung 9.8: Opferquoten in Emmendingen und Ortsteilen (gesamt, in %)



zumindest eines der erfragten Delikte bzw. Deliktsbereiche (vgl. Kapitel 8.2-8.15) wurden.

Die sich in nordwestlicher Lage dem Stadtzentrum angliedernde Unterstadt ist im wesentlichen zweigeteilt. Der südlichere Bereich ist dicht geprägt durch teilweise ältere Industrie- bzw. Gewerbeanlagen sowie in jüngster Zeit geschaffene Freizeiteinrichtungen (Gaststätten, Diskotheken etc.). Eine flächenhafte Wohnbebauung ist hier nahezu nicht vorhanden.

Im nördlichen Bereich überwiegen ältere, maximal dreistöckige Wohnhäuser in dichter Bebauung sowie vereinzelt Neubauten (Einfamilien- bzw. Mehrfamilienhäuser). Innerhalb des Bezirkes „Unterstadt“ konnten durch die Befragung insgesamt $n = 111$ Personen erfaßt werden, die, vergleichbar zur Stadtmitte, im wesentlichen ebenfalls jüngeren Alters sind (50,0% unter 35 Jahren). Das Haushaltsnettoeinkommen der Befragten zeigt sich, im Vergleich zu demjenigen der Stadtmitte und der übrigen Stadtteile, insgesamt geringer (43,2% unter DM 2.500).

Von den $n = 111$ befragten Personen der Unterstadt gaben 29,7% ($n = 33$) an, im Erhebungszeitraum Opfer von Viktimisierung im näheren Wohnumfeld bzw. im Stadtteil geworden zu sein.

Kennzeichnend für die Bereiche Stadtmitte und Unterstadt ist im wesentlichen eine konzentrierte Wohnbebauung mit allen Einrichtungen der Infrastruktur sowie umliegenden stark industriell und gewerblich geprägten Flächen. Der Opferanteil unterscheidet sich zwischen diesen Stadtbezirken lediglich um ca. 1% (Stadtmitte: 28,9%; Unterstadt: 29,7%). Die Grenzen dieser Stadtgebiete sind jedoch, wie schon oben beschrieben, fließend und können nicht präzise definiert werden.

Der Stadtteil „Neubaugebiete“ ist im Verlauf der vergangenen 30 Jahre stetig aus dem Bezirk der Unterstadt in nördlicher Ausdehnung herausgewachsen. Dieses ist an den baulichen Strukturen erkennbar. Während nahe der Unterstadt noch Mehrfamilienhäuser, ältere Einfamilienhäuser sowie kleinere Ladengeschäfte in relativ geschlossener Bebauung das Bild prägen, stellen die Neubaugebiete nach Norden hin ein gehobenes Wohnviertel Emmendingens dar. Im Gebiet des „Schloßberges“ am nördlichen Rand dieses Stadtgebietes überwiegen neuere anspruchsvolle Einfamilienhäuser in lockerer Bebauung auf relativ großen Grundstücken. Im Bereich der Neubaugebiete konnten lediglich $n = 27$ Personen befragt werden. Diese sind durchschnittlich älter als in den übrigen Stadtgebieten des Kernortes Emmendingen, das Haushaltsnettoeinkommen ist, bezogen auf die fünf Stadtgebiete, insgesamt am höchsten.

Der Opferanteil (im direkten Wohnumfeld bzw. im Stadtviertel) beträgt in diesem Stadtbezirk – nur geringfügig niedriger als vergleichsweise zur Stadtmitte bzw. zur Unterstadt – 25,9% (n = 7).

Die sich dem Stadtzentrum Emmendingens östlich angliedernde „Oberstadt“ (Oberstadt I) stellt, ähnlich der Stadtmitte, ebenfalls im nördlichen Bereich ein gehobeneres Wohnviertel mit älterer Bebauung zwischen größeren Grünflächen dar. Nach Süden hin schließen sich Straßenzüge mit Einfamilien- bzw. Mehrfamilienhäusern an. Der gesamte weitere südliche Bereich ist im Schwerpunkt durchsetzt mit industriellen bzw. gewerblichen Anlagen, einem räumlich aufwendigen Straßenbau, Einrichtungen der deutschen Bahn, nur vereinzelt Mehrfamilienhäusern (älteren ehemaligen Arbeitersiedlungen der dort ansässigen Industriebetriebe) sowie einem größeren Schulzentrum. Das Alter der Befragten verteilt sich hier eher ausgewogen über die sechs Kategorien. Die Einkommensstruktur deutet auf mittlere Einkommensschichten hin. Die unteren Einkommensgruppen (bis DM 1.500) sind eher gering vertreten (8,1%).

13,6% (n = 9) der in diesem Stadtbezirk befragten Personen (n = 66) wurden im Befragungszeitraum von ungefähr einem Jahr innerhalb „ihres“ Stadtviertels Opfer. Das ist, bezogen auf die übrigen Stadtgebiete des Kernortes Emmendingen, der geringste Opferanteil.

Der südlich gelegene Stadtbezirk Oberstadt II hat sich im wesentlichen in der Nachkriegszeit aus den bereits vorhandenen kleineren Siedlungen „Bürkle“ und „Bleiche“ entwickelt. In der ursprünglichen Form als Eigenheimsiedlung entstanden, erweiterte sich dieser Stadtbezirk in relativ dichter Bebauung um Einfamilien- sowie (maximal 4-stöckige) Mehrfamilienhäuser, außerdem durch Hochhäuser im Kern dieses Stadtgebietes. Ein Schulzentrum, Einkaufszentren sowie Einrichtungen zur Freizeitgestaltung geben diesem Stadtteil eine eigene gehobene Infrastruktur. Durch größere Industrie- und Gewerbeanlagen, die den gesamten nördlichen Bereich der Oberstadt II abdecken, kennzeichnet sich die Lage dieses Stadtviertels als relativ isoliert von den übrigen Stadtgebieten Emmendingens. In unserer Erhebung konnten aus der Oberstadt II insgesamt n = 257 Personen befragt werden.

Die ersten vier Altersgruppen (14-25; 26-35; 36-45; 46-55 Jahre) sind mit jeweils ca. 20% der Befragten, die zu ihrem Alter Angaben machten (n = 251), in unserer Befragung vergleichbar besetzt. Ältere Personen (56 Jahre und älter) sind in diesem Stadtbezirk, auch im Vergleich zu den übrigen Stadtteilen des Kernortes Emmendingen, am geringsten vertreten. Die Einkommensstrukturen sind denen der Befragten aus dem Stadtgebiet „Oberstadt I“ vergleichbar.

28,0% (n = 72) der hier Befragten (n = 257) gaben an, Opfer „zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“ geworden zu sein. Dieser Opferanteil ist vergleichbar mit dem der zentralen Lagen Emmendingens (Stadtmitte: 28,9%; Unterstadt: 29,7%).

Insgesamt betrachtet sind die Opferanteile in den Stadtbezirken Stadtmitte, Unterstadt, Neubaugebiete sowie Oberstadt II, bei möglicherweise unterschiedlichen Tatgelegenheitsstrukturen und Delikten, nahezu identisch. Lediglich der Opferanteil des Stadtteiles „Oberstadt I“ zeigt sich als deutlich geringer. In Kapitel 9.2.4 (vgl. unten) soll auf mögliche Unterschiede in der Viktimisierungsbelastung der Befragten (Art der Delikte) eingegangen werden.

Eine hohe Wohnmobilität kann zur Destabilisierung eines Stadtviertels und infolgedessen zu höherer Kriminalität (z.B. durch Anonymität) beitragen. Ein relativ stabiles Umfeld innerhalb der Einwohnerschaft und die persönliche Kenntnis der Nachbarn können einen erheblichen Beitrag zur Kriminalprävention leisten.

Im Erhebungsinstrument wurden die Befragten gebeten, die Wohndauer in ihrer jetzigen Wohnung anzugeben („Wie lange wohnen Sie ungefähr schon in Ihrer jetzigen Wohnung?“). Als Antwortkategorien waren vorgegeben: „bis zu 3 Monaten“, „bis zu 2 Jahren“, „mehr als 2 Jahre“, „seit meiner Geburt“. Es zeigen sich unter den Befragten der Stadtbezirke des Kernortes Emmendingens hinsichtlich der Wohndauer in ihrer jetzigen Wohnung nur geringe Unterschiede. Lediglich befragte Personen aus dem Bereich der Stadtmitte gaben in ca. 20% der Fälle an, weniger als 2 Jahre in ihrer derzeitigen Wohnung zu leben. In den übrigen Stadtbezirken lebt der überwiegende Anteil der Befragten seit mehr als 2 Jahren in der jetzigen Wohnung.

In den Ortsteilen Emmendingens (Kollmarsreute, Maleck, Mündingen, Wasser sowie Windenreute) berichteten die Befragten teilweise von einer kürzeren Wohndauer. Dies erklärt sich vor allem durch die starke Bautätigkeit in den letzten Jahren und durch Zuzug insbesondere jüngerer Familien. Insgesamt gesehen verfügen die Stadtbezirke und umliegenden Ortsteile Emmendingens jedoch über eine relativ stabile Einwohnerschaft. 88,0% (n = 696) der n = 819 in Emmendingen befragten Personen leben in ihrer derzeitigen Wohnung schon zumindest 2 Jahre – eine erhöhte Wohnmobilität konnte somit nicht festgestellt werden.

Die Befragten aus den Teilorten Kollmarsreute (n = 49) und Windenreute (n = 38) gaben zu 18,4% (n = 9) bzw. 26,3% (n = 10) an, im Befragungszeitraum Opfer von Verbrechen in ihrem Ortsteil geworden zu sein. Der

Opferanteil im Teilort Windenreute ist somit im Vergleich zur Stadtmitte Emmendingens (28,9%) nur geringfügig niedriger. Möglicherweise ist durch die unmittelbare Lage an der Peripherie des Kernortes in diesen Teilorten das Risiko, Opfer zu werden, deutlich höher als in den übrigen, entfernter liegenden Teilorten Maleck, Mündingen und Wasser (Opferanteil in Maleck: 14,2%; Mündingen: 8,5%; Wasser: 10,6%).

9.2.4 Unterschiede in der Deliktsbelastung, getrennt nach den Deliktskategorien Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte

Im folgenden sollen die Opferanteile der beschriebenen Stadtgebiete bzw. Teilorte – bezogen auf unterschiedliche Deliktskategorien – dargestellt werden (vgl. hierzu Kapitel 8.17.2). Es handelt sich wiederum ausschließlich um die im näheren Wohnumfeld („zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“) erlebte Viktimisierung. Auf die Darstellung von Opferanteilen der 14 unterschiedlichen Deliktsbereiche pro Stadtgebiet bzw. Teilort wurde aufgrund insgesamt geringer Nennungen verzichtet – zur Ergänzung der folgenden Beschreibung wurden diese Informationen jedoch herangezogen.

21,8% (n = 56) der im Stadtbezirk Oberstadt II befragten Personen (n = 257) gaben an, daß sie persönlich innerhalb des Befragungszeitraumes von ca. einem Jahr Opfer von Nichtkontaktdelikten wurden (vgl. Abbildung 9.9). Es handelte sich hierbei im wesentlichen um Fahrraddiebstahl, Kraftfahrzeug-Beschädigung, Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen bzw. Diebstahl persönlichen Eigentums (vgl. Kapitel 8.2-8.15). Hierfür sind möglicherweise vor allem tatsituative Gründe verantwortlich. Die sich im Kern dieses Stadtgebietes befindlichen infrastrukturellen Einrichtungen (Einkaufszentrum, Festhalle, Schulzentrum, Sportstätten etc.) dürften zu einer Konzentration von Diebstahls- bzw. Beschädigungsobjekten (PKWs, Fahrräder etc.) führen. In Mehrfamilienhäusern bzw. den vorhandenen Hochhäusern sind möglicherweise schwach gesicherte Zu- bzw. Eingänge zu Kellerräumen und Tiefgaragen für Diebstähle und Beschädigungen verantwortlich.

Ähnlich, insgesamt etwas niedriger im Vergleich zur Oberstadt II, zeigen sich die Opferanteile bei Nichtkontaktdelikten im unmittelbaren Stadtzentrum: Stadtmitte: 17,1% (n = 29); Unterstadt: 18,2% (n = 19). Ursache hierfür dürften vergleichbar zum Stadtteil „Oberstadt II“ gelagerte Gründe sein.

Insbesondere wurden von Betroffenen der Stadtmitte Beschädigungen an Kraftfahrzeugen genannt. Das Spektrum reicht von geringeren „Parkschäden“ bis hin zu mutwilligen Zerstörungen an des Nachts abgestellten Fahrzeugen auf der Straße. Die Opferanteile (Nichtkontaktdelikte) der Stadtbezirke Neubaugebiete (11,1%, n = 3) bzw. Oberstadt I (9,1%, n = 6) sind, im Vergleich zu den übrigen Stadtteilen, insgesamt deutlich geringer.

Kennzeichnend für die Stadtbezirke Stadtmitte, Unterstadt sowie Oberstadt II ist eine relativ geschlossene, teilweise mehrgeschossige Bebauung, vielfältige infrastrukturelle Einrichtungen (vgl. oben) sowie damit verbunden eine hohe Frequentierung zumindest einzelner Teile dieser Stadtbezirke – auch während der Nacht. Die Neubaugebiete sowie der Stadtbezirk „Oberstadt I“ weisen im wesentlichen eine lockere Wohnbebauung mit möglicherweise höherer informeller Kontrolle bei geringerer Frequentierung bzw. Durchgangsverkehr auf. Gerade für Vorfälle aus dem Bereich der Nichtkontaktdelikte dürfte dieser Unterschied entscheidend sein.

Die Anteile der im unmittelbaren Wohnumfeld von Nichtkontaktdelikten betroffenen Befragten aus den umliegenden Teilorten Emmendingens sind relativ gering. Lediglich Befragte aus Windenreute gaben in 15,8% (n = 6) der Fälle an, in „ihrem“ Ortsteil Opfer von Straftaten der Kategorie „Nichtkontaktdelikte“ geworden zu sein.

Einbruchsdelikte (vgl. Abbildung 9.10) wurden insbesondere von Befragten der Neubaugebiete angegeben (18,5%, n = 5). Wie schon oben beschrieben, konzentrieren sich in den Hanglagen „lohnende“ Objekte. Im Vergleich zu den übrigen Stadtgebieten ist dies, bezogen auf Einbruchsdelikte, der höchste Opferanteil – zu berücksichtigen ist allerdings die sehr geringe Fallzahl von n = 27 Befragten.

12,6% (n = 14) bzw. 13,2% (n = 21) der Befragten der Stadtteile Unterstadt (n = 111) bzw. der Stadtmitte (n = 159) wurden Opfer von versuchtem Einbruch bzw. Einbruch. Deutlich geringere Opferanteile finden sich in den Bezirken Oberstadt I bzw. II (4,5%, n = 3 bzw. 7,0% n = 18).

Die Emmendingen direkt angegliedert liegenden Ortsteile Kollmarsreute bzw. Windenreute weisen im Vergleich zum Kernort eine relativ hohe Belastung der Befragten durch Einbruchsdelikte auf (12,2%, n = 6; 10,5%, n = 4). Hier stellen möglicherweise Neubausiedlungen in bevorzugter Lage das Ziel von Einbruchsdelikten dar. 36,7% (n = 18) der Befragten aus Kollmarsreute (n = 49) gaben ein Haushaltseinkommen von über DM 5.000 an. Die Opferanteile (Einbruchsdelikte) in den übrigen Teilorten Maleck (7,1%), Mundingen (5,1%) sowie Wasser (6,4%) sind insgesamt geringer,

Abbildung 9.9: Opferquoten bei Nichtkontaktdelikten in Emmendingen

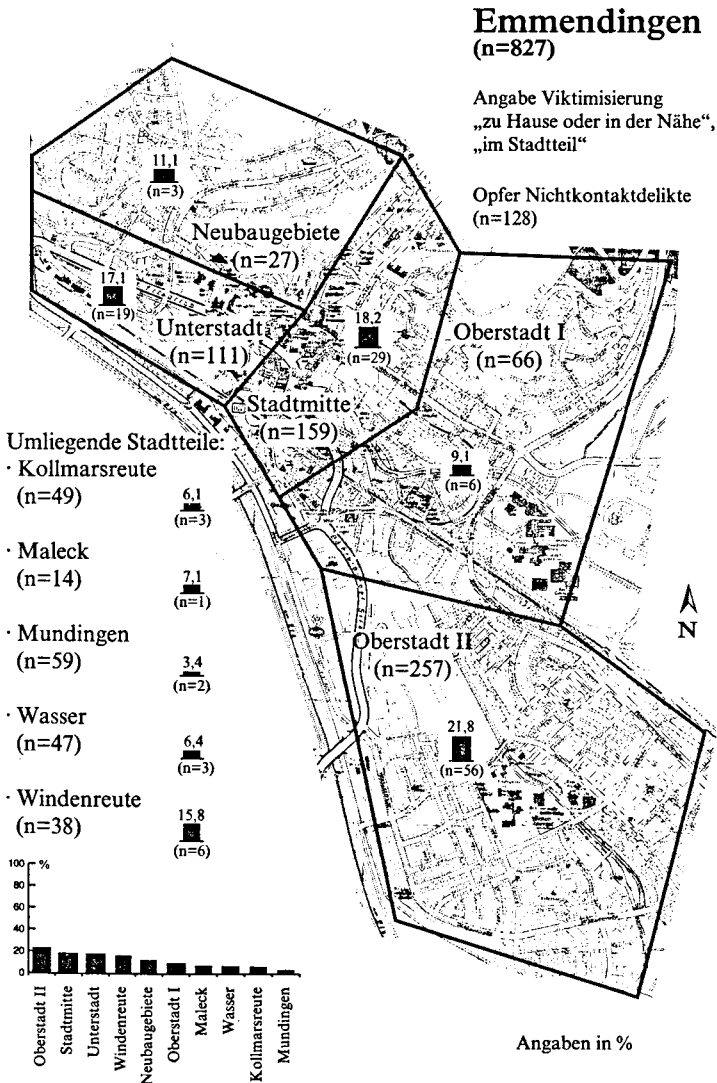


Abbildung 9.10: Opferquoten bei Einbruchsdelikten in Emmendingen

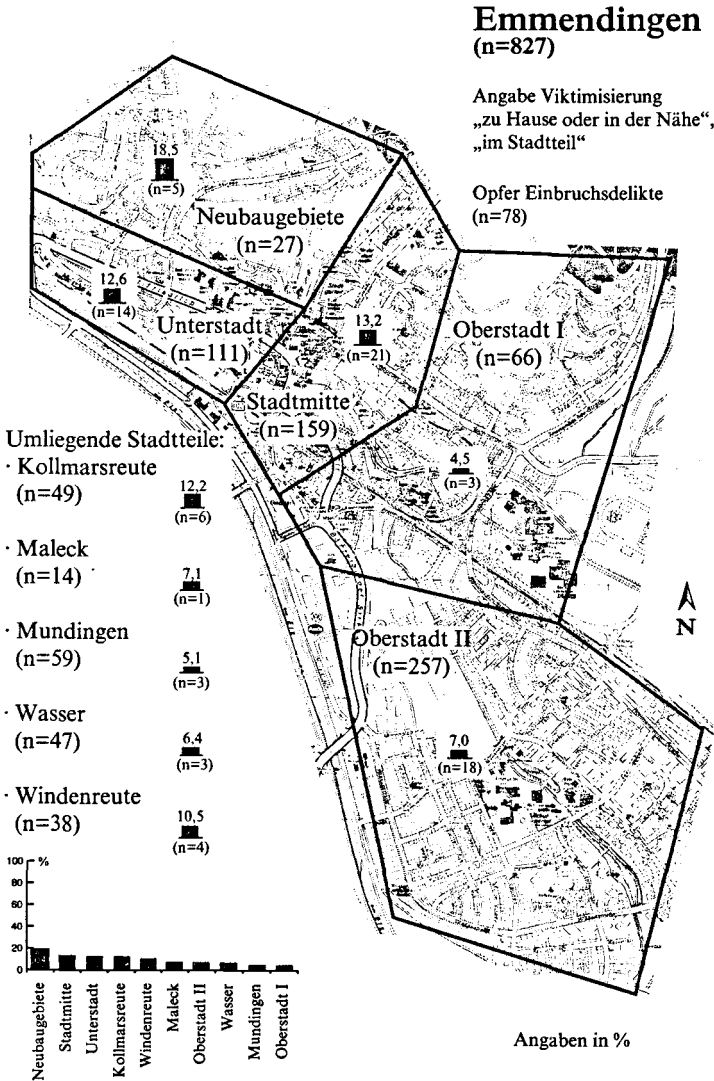
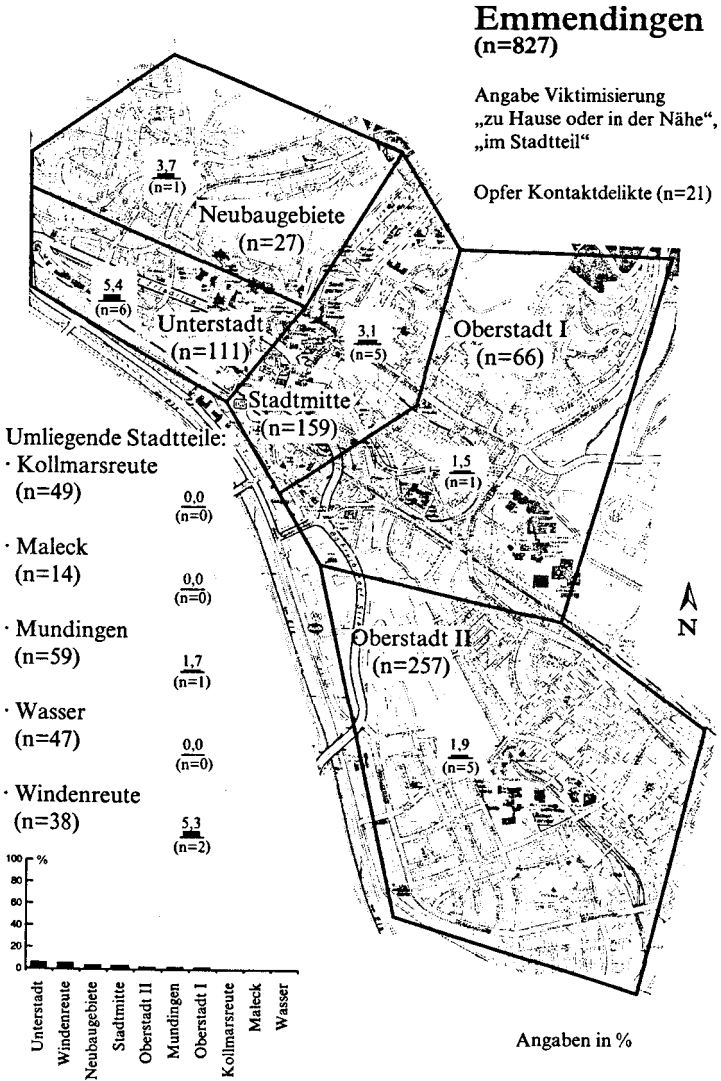


Abbildung 9.11: Opferquoten bei Kontaktdelikten in Emmendingen



unterscheiden sich jedoch im wesentlichen nur unerheblich von den Quoten der Stadtbezirke Oberstadt I und II.

Der Anteil von Befragten, die angaben, im näheren Wohnumfeld bzw. in der Wohnung Opfer von Vorfällen der Rubrik „Kontaktdelikte“ geworden zu sein, ist insgesamt gering (vgl. Abbildung 9.11). Mit einem Opferanteil von 5,4% (n = 6) zeigen sich in der Unterstadt Emmendingens die höchsten Werte. Hierfür dürfte möglicherweise die dortige Konzentration von Freizeiteinrichtungen (Gaststätten, Diskotheken etc.) verantwortlich sein. In den übrigen Stadtbezirken ist dieser Anteil deutlich geringer. Lediglich Windenreute bildet wiederholt eine Ausnahme: 5,3% (n = 2) der insgesamt n = 38 Befragten gaben an, in ihrer Ortschaft Opfer von Kontaktdelikten geworden zu sein.

9.3 *Kriminalgeographie Löffingens*

9.3.0 Vorbemerkung

Die Kommune Löffingen gliedert sich auf in den Kernort und die umliegenden, früher selbständigen, inzwischen Löffingen eingemeindeten Ortschaften Bachheim, Dittishausen, Göschweiler, Reiselfingen, Seppenhofen sowie Unadingen (vgl. Abbildung 9.12). Im folgenden soll begrenzt auf die Viktimisierungen eingegangen werden, die den in dieser Gemeinde befragten Personen im unmittelbaren Wohnumfeld bzw. im Ortsteil zugestoßen sind. Da die Kommune Löffingen sich differenziert zwischen Kernort und umliegenden eingemeindeten Ortsteilen, soll auf eine kurze Darstellung nicht verzichtet werden.

9.3.1 Löffingens stadtgeschichtliche Ausgangssituation

Löffingen war ursprünglich eine römische Siedlung, in der sich in der Folgezeit auch die Alemannen niederließen. Im Jahre 819 wurde Löffingen zum ersten Mal urkundlich genannt. Bereits zu jener Zeit kam Löffingen eine lokal überragende Stellung zu, wie die frühe Existenz der St. Martinskirche bezeugt. Zur Zeit der Fürstenberger um 1218 erhielt Löffingen als günstigst gelegener Ort an der Grenze des Altsiedellandes die bedeutende Rolle eines Vorposten und Etappenortes. Aus jener Zeit stammt die typisch zähringische Bauweise des Mauerrings, des Straßenkreuzes und der Stadttore. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts verlor Löffingen seinen Einfluß an Neustadt, den Mittelpunkt des neuen Verwaltungsbezirks des Vogtes, und

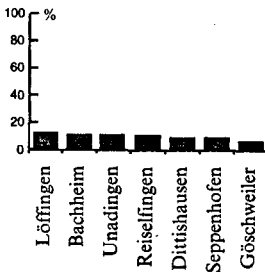
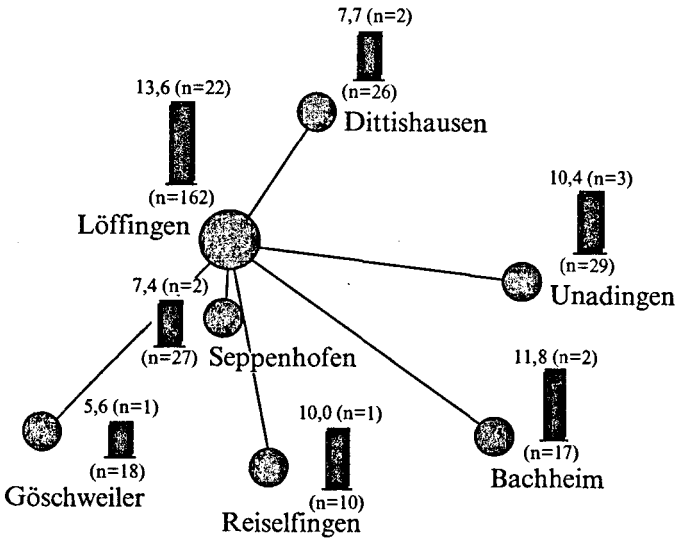
Abbildung 9.12: Opferquoten in Löffingen (gesamt, in %)

Löffingen

(n=289)

Angabe Viktimisierung
„zu Hause oder in der Nähe“,
„im Ortsteil“

Opfer insgesamt (n=33)



Angaben in %

erhielt sich nurmehr den Status eines einfachen Amtsortes mit 650 Einwohnern. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts kennzeichneten wohlhabendes Bauerntum und Handel Löffingens Erwerbsstruktur. Landwirtschaft und Getreidehandel boten für die dort ansässige Bevölkerung eine ausreichende Lebensgrundlage. Im 19. Jahrhundert erfuhr die regionale Bedeutung Löffingens als lokales Handelszentrum eine Minderung, als der Ort einen sofortigen Anschluß an die 1873 fertiggestellte Bahnlinie Offenburg-Konstanz verpaßte. (Löffingen wurde erst 1896 angeschlossen). Löffingens Status schmälerte sich fortan zu dem eines reinen Agrarortes. Die Bevölkerungszahl stagnierte und wuchs bis 1890 lediglich auf 1.136 Einwohner an. Der Ort wuchs nur geringfügig. Bei den Neubauten in Richtung Norden handelte es sich um die Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe aus dem Stadtkern. Dieses sich nordwestlich an den alten Stadtkern anschließende Gebiet blieb auch in der Folgezeit als Hauptwohngebiet der ländlichen Bevölkerung der am stärksten landwirtschaftlich geprägte Teil Löffingens. Der Bedarf an neuen Wohnhäusern für den kleinen Prozentsatz der von der Agrarwirtschaft unabhängigen Bevölkerung war sehr gering. So wurden die ehemals landwirtschaftlich genutzten Häuser des Stadtkerns in Wohnhäuser für Händler, kleine Handwerker und die restlichen nichtausgesiedelten Kleinbauern umgewandelt. Hier im historischen Stadtkern befand sich das kommerzielle Zentrum mit wenigen Ladengeschäften und Handwerksbetrieben sowie das Wohngebiet der nichtlandwirtschaftenden Bevölkerung.

In der Zwischenkriegszeit kam es in Löffingen lediglich zu baulichen Erweiterungen wie der Errichtung von Wohnhäusern, einer Schule und einer Festhalle.

Von den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges blieb Löffingen weitgehend verschont.

Auch in der Nachkriegszeit behielt die Landwirtschaft in Löffingen ihren hohen Stellenwert. Zwar bot die in den fünfziger Jahren in Löffingen neu angesiedelte Textil- und Elektroindustrie vielen aus der Landwirtschaft abwandernden Personen einen neuen Arbeitsplatz, aber bis 1970 waren noch ca. 12% aller in Löffingen Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, ebenso viele wie im Handel der Stadt. Zahlen- und flächenanteilmäßig dominierten mittelgroße Familienbetriebe unter 20 ha. Die für eine städtische Gesellschaft kennzeichnende Entmischung der Berufe und das Aufkommen des tertiären Sektors vollzog sich in Löffingen zwischen 1960 und 1970.

Das zunächst planlose Anwachsen der Industrie und der Dienste ließ Löffingen bis 1970 zu einem Gewerbe- und Industrieort heranwachsen.

Löffingen wird heute von zwei Industrievierteln im Westen und Osten eingeschlossen. Die zweite Industrialisierung Löffingens hatte bedeutende Auswirkungen auf seine Bevölkerungsentwicklung. Nahm die Einwohnerzahl Löffingens von 1900 bis 1950 nur um 33% zu, so wuchs sie in den folgenden Jahrzehnten schneller an: bis 1960 um 16% und bis 1970 um weitere 50%. Infolge der Industrialisierung konnte Löffingen den gesteigerten Arbeitskräftebedarf nicht vor Ort decken, was zu Einpendlerbewegungen führte. Löffingen erfuhr vor allem den Zuzug junger Menschen der unteren Sozialkategorien.

Heute differenziert sich Löffingens Stadtkern in eine Geschäftsstraße im Zentrum und Handwerkerstraßen zur Peripherie hin. Das Handwerk nimmt neben dem Gaststättengewerbe und dem Lebensmitteleinzelhandel noch immer die meiste Nutzfläche ein. Anzahl und flächenmäßiger Anteil der Betriebe des tertiären Sektors sind gering. Das historische Stadtzentrum stellte 1972 immer noch ein gehobenes Stadtviertel dar. Als beste Wohnlage der Stadt galten die nach Süden ansteigenden Hänge des Neubauviertels nördlich des Stadtkerns. Das sich nordwestlich an den Stadtkern anschließende Gebiet ist Hauptwohngebiet der ländlichen Bevölkerung.

Die sozialräumliche Differenzierung Löffingens ist in ihren Strukturen größtenteils vom Erbe der Vergangenheit bestimmt. Da Löffingens innere Differenzierung noch nicht abgeschlossen ist und es an zentralen und kulturellen Einrichtungen sowie an nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen mangelt, wird Löffingen (mit heute ca. 7.000 Einwohnern) als „werdende Kleinstadt“ klassifiziert.

Die umliegenden, stark landwirtschaftlich geprägten Ortschaften Bachheim, Dittishausen, Göschweiler, Reiselfingen, Seppenhofen sowie Unadingen wurden im Zuge der Kreisgebietsreform Anfang der 80er Jahre dem Kernort Löffingen eingemeindet.

9.3.2 Generelle Opferbelastung des Kernortes Löffingen und seiner umliegenden Teilortschaften

An unserer Erhebung nahmen aus dem alten Gemeindekern Löffingens $n = 162$ Personen teil. In den umliegenden Ortsteilen konnten insgesamt $n = 127$ Personen befragt werden (vgl. Abb. 9.12). Über den Kernort und seine Ortsteile hinweg gaben insgesamt $n = 33$ Befragte an, daß sie Opfer zumindest eines der erfragten Delikte (vgl. Kapitel 8.2-8.15) in ihrem Wohnumfeld („zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Ortsteil“) wurden.

13,6% (n = 22) der befragten Personen aus dem Kernort Löffingen (n = 162) gaben an, Opfer von Viktimisierung am Ort geworden zu sein. Die Gesamtviktimisierungsquote mit bzw. ohne Haushaltsviktimisierungen beträgt im Kernort Löffingen 29,6% (n = 48) bzw. 26,5% (n = 43).

Insgesamt waren die Bewohner der Löffingen umgebenden Teilorte in unterschiedlichem Maße im Erhebungszeitraum innerhalb ihrer Ortschaft durch Viktimisierung belastet. Im Gemeindekern Löffingens wurde von ca. der Hälfte (n = 22) aller persönlich betroffenen Opfer (n = 43) zumindest eine Viktimisierung im unmittelbaren Wohnumfeld angegeben (vgl. Abb. 9.12).

Die hier berichteten Fallzahlen sind insgesamt sehr gering, eine Überinterpretation der gewonnenen Ergebnisse darf auch aufgrund der räumlichen Einengung in dieser kleinen Kommune nicht stattfinden. Auf die Darstellung der Differenzierung nach den unterschiedlichen Deliktskategorien wurde aufgrund der geringen Nennungen verzichtet.

9.4 *Kriminalgeographie Jenas*

9.4.1 Jenas stadtgeschichtliche Ausgangssituation

Im folgenden soll kurz auf die stadtgeschichtliche Entwicklung Jenas eingegangen werden (vgl. *Kräupl & Ludwig* 1993, S. 14ff).

Jena gehörte bereits zu Beginn seiner 800jährigen Stadtgeschichte zu den größeren gewerblichen Zentren des Thüringer Raums. Eine Gewerbevielfalt, überregionale Handelsbeziehungen, geistige Aktivitäten durch Klöster und ein städtisches Schulwesen bereits im 13. Jahrhundert sowie eine frühe und relativ hohe bürgerlich-städtische Selbstbestimmung bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts charakterisierten das ursprüngliche Potential sozialer Verflechtungen. So wurden beispielsweise bereits im 14. Jahrhundert seitens der Stadt Versuche unternommen, Armut unter der Bevölkerung durch kommunale Arbeitsangebote und Sozialeinrichtungen abzufangen.

Mitte des 16. Jahrhunderts wurde die Friedrich-Schiller-Universität gegründet, die seitdem wesentlich die allgemeine weltanschauliche Atmosphäre der Stadt mitbestimmt.

Kennzeichnend blieb für Jena in seiner nachfolgenden Geschichte, daß die Stadt sich nur eher zögernd veränderte. Sieht man von den Auswirkungen der drei großen Kriege seit dem Dreißigjährigen Krieg ab (die jeweils für die Stadt einen Verlust an Bewohnern bedeuteten und für z.T. erhebliche Schäden und Zerstörungen an Gebäuden sorgten), wurde diese Kom-

mune von sozialen Konflikten nahezu nicht erschüttert. Daraus erklärt sich eine überdauernde relative Stabilität der sozialen Strukturen.

Zweifellos beengte die politisch-administrative Aufspaltung Thüringens seit dem 16. bis ins 18. Jahrhundert auch die Entfaltung Jenas. Daraus hat sich bis heute eine starke regionale Verwurzelung seiner Bewohner erhalten. Aufklärerische Bestrebungen der jeweiligen Landesherren und der Universität waren ursächlich verantwortlich für den Aufstieg der Kultur der Region Jena/Weimar zur Klassik. Dieser Hintergrund hat sich bis heute prägend erhalten, verbunden mit einer starken historischen Orientierung des Geisteslebens. Das öffentliche Bewußtsein und die kulturellen Gegebenheiten der Stadt sind hiervon spürbar beeinflusst.

Die industrielle Revolution setzte sich in Thüringen zögerlicher und erst zu den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts hin durch – noch vor Jena in den anderen städtischen Zentren des Landes. Im späteren Verlauf ermöglichten dann jedoch die Gegebenheiten Jenas die Ansiedlung anspruchsvoller und zur großen Industrie expandierender Verbindungen zwischen optischem Handwerk, Feinmechanik und Wissenschaft sowie einer industriellen Glaschemie. Dies erfolgte innerhalb der Stadt, auf engem Raum, eingebunden in kleinere und mittlere Handwerksbetriebe, so daß starke Zuwanderungen fremder Arbeitskräfte (vergleichbar den Industrievieren des Ruhrgebietes) weiterhin nicht, jedenfalls nicht in explosiver Form stattfanden. Die Urbanisierung der Stadt setzte sich weiterhin eher zögerlich fort. Die Einwohnerzahl der Stadt betrug 1871 8.300 Bewohner, im Jahre 1890 13.500 Bewohner. Die Zeiss-Werke (Optische Industrie) waren entstanden und sollten die Stadtgeschichte fortan prägen. Erst ab der Jahrhundertwende setzte eine intensivere Zuwanderung ein (1900: 20.000 Einwohner, 1914: 49.000 Einwohner, davon waren ca. 11.000 bei den Zeiss-Werken beschäftigt). Die Probleme dieses Zustromes von Arbeitskräften mit ihren Familien wurden durch ein für diese Zeit ungewöhnliches Sozialprogramm der Zeiss-Stiftung (anspruchsvolle Wohnsiedlungen durch Baugenossenschaften, Schulen, Kulturstätten und Einrichtungen städtischer Infrastruktur) im wesentlichen aufgefangen. Die andernorts aufkommenden Konfliktpotentiale solcher Migration blieben in Jena somit geringer als in den Zentren der großen Industrie, die diesen Umbruch dominierten.

Anfang des Jahrhunderts begann auch die Eingemeindung stadtnaher Dörfer (z.B. Ammerbach, Göschwitz, Winzerla-Alt, vgl. Abb. 9.13), deren historische gewachsene Strukturen noch heute deutlich erkennbar, d.h. atmosphärisch wirksam geblieben sind. Gerade um diese verbliebenen Ge-

meindekerne konnte sich durch vielfältige Aktivitäten (Vereine etc.) ein ausgewogenes soziales Klima erhalten.

Als wesentlich für die weitere Geschichte der Stadt erwiesen sich die vielfältigen und anspruchsvollen Arbeitsplätze dieses Industriestandortes sowie die vergleichsweise guten Arbeitsbedingungen. Es konnte sich ein qualifizierter, zahlenmäßig starker Facharbeiterstamm herausbilden, dessen privilegierte Stellung auch Raum – für diese Zeit noch eher ungewöhnlich – für die Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen gab. Diese Tradition konnte auch während der DDR-Zeit aufrechterhalten bleiben. Sie ist auch nach der Wende als Geist eines sprichwörtlich gewordenen „Zeissianertums“ lebendig und dürfte spürbar die heftigen Umbrüche der Gegenwart abschwächen.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund wurde der nochmalige Zuzug von etwa 34.000 Arbeitskräften am Ende der 60er Jahre recht problemlos bewältigt. 1979 erreichte Jena 100.0000 Einwohner, eine Zahl, die bis heute nur wenig überschritten wurde. Davon wohnt etwa die Hälfte in den sogenannten Neubaugebieten an der Stadtperipherie (vgl. unten). Zwar fand auf diesem Wege eine größere Trennung von Arbeiten und Wohnen statt, jedoch erreichten die räumlichen Dimensionen dieser Trennung niemals großstädtisches Niveau, wie überhaupt in Jena eine eher mittelstädtische Atmosphäre noch erhalten blieb.

Seit Beginn der 90er Jahre ist auch Jena geprägt durch die Umbruchssituation der deutschen Wiedervereinigung. Die Stadt erlebte innerhalb weniger Jahre einen intensiven Wandel, der sich vor allem durch bauliche Tätigkeiten im Stadtzentrum sichtbar zeigt. Die Existenz der großen Industriezweige – und somit die Arbeitssituation zahlreicher Bewohner – scheint nach Einschnitten vorerst gesichert zu sein.

9.4.2 Historische und soziale Strukturierung

Die Stadtstruktur Jenas ist eine Mehrkernstruktur, die sich zwar um den mittelalterlichen Stadtkern und die unmittelbar angrenzenden Stadtteile legt, jedoch in der weiteren Ausdehnung dann bestimmt ist durch historisch zugewachsene und relativ selbständig gebliebene Gemeinden. Die Stadt ist weniger organisch zu einer konzentrischen Struktur ausgewachsen, die eine gravierende Massierung von Kriminalität im Zentrum und nach außen hin eine ringförmige Abnahme vermuten ließe.

Zur kriminalgeographischen Bearbeitung wurde die Stadt in sechs Bezirke unterteilt. Diese Bezirke sind nach historisch-soziologischen Erwä-

gungen für die vorliegende Untersuchung operationalisiert worden (vgl. unten). Sie entsprechen nur annähernd der formellen Verwaltungseinteilung, die ihrerseits räumliche Gegebenheiten und Besonderheiten der Stadt weniger berücksichtigt und in den letzten Jahrzehnten auch ständigen Wechseln unterlegen ist.

Insgesamt gaben in Jena $n = 1.647$ (83,9%) der $n = 1.947$ befragten Personen „ihren“ Stadtteil im Erhebungsinstrument an (vgl. Abbildung 9.13).

Durch die Mitte des 19. Jahrhunderts beginnende Industrialisierung legten sich unmittelbar an das Zentrum (Bezirk 1, $n = 156$) und die sich dort ansiedelnde optische, feinmechanische und Glasindustrie Arbeiter- und Kleingewerbeviertel mit einer hohen Wohndichte an (Bezirk 5, $n = 331$).

Etwa seit der Jahrhundertwende besiedelten sozial höherstehende Schichten der Bevölkerung die heute noch bevorzugten Hanglagen Jenas über dem Saaletal mit Ein- bis Zweifamilien-Villen und geringer Wohndichte, begleitet vom Bau gelockerter Kleineigenheim-Siedlungen für die Angestellten und qualifizierten Facharbeiter der verschiedenen Industriezweige (Bezirk 4, $n = 129$).

Insbesondere in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts traten dann ehemals selbständige Gemeinden der Kommune Jena hinzu, die sich bis heute eine relative Eigenständigkeit ihres Lebensraumes bewahrt haben (Bezirk 3, $n = 165$).

Schließlich erweiterte sich die Stadt in der letzten Hälfte des 20. Jahrhunderts zuerst um die sozialstrukturell gemischten, dicht bebauten Wohnsiedlungen am Nordrand der Stadt (Bezirk 6, $n = 180$) sowie zuletzt seit Ende der 60er Jahre im Rahmen der Zuwanderung von etwa 34.000 Arbeitskräften (vgl. oben) um große Plattenbausiedlungen in südlichen und westlichen Randlagen (Bezirk 2, $n = 686$) mit der dann höchsten Bevölkerungsdichte (zu Beginn der 90er Jahre wohnte hier nahezu die Hälfte der Jenaer Bevölkerung, die dann insgesamt etwa 110.000 erreicht hatte).

9.4.3 Strukturmerkmale und generelle Opferbelastung

Insgesamt gaben in Jena $n = 410$ befragte Personen an, daß sie „zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“ Opfer mindestens eines der erfragten Delikte bzw. Deliktskategorien wurden. Die Opferanteile sind mit 28,8% ($n = 45$) der hier befragten Personen ($n = 156$) am höchsten im Stadtzentrum (Bezirk 1, vgl. Abb. 9.13) sowie in den südlich gelegenen neueren Plattenbausiedlungen (Bezirk 2, 28,4%, $n = 195$).

Abbildung 9.13: Opferquoten in Jena (gesamt, in %)

Verzeichnis der Stadtteile

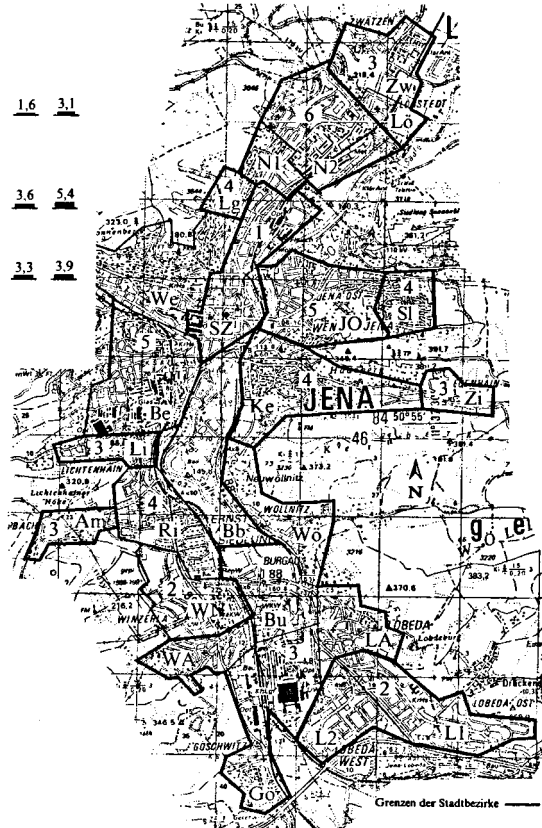
	Opfer gesamt	Nichtkontaktdelikte	Einbruchsdelikte	Kontaktdelikte
BEZIRK 1 (n=156)	28,8	21,8	5,1	8,3
SZ - Stadtzentrum				
BEZIRK 2 (n=686)	28,4	24,1	4,7	5,2
L1 - Neulobeda-Ost				
L2 - Neulobeda-West				
WN - Neubaugebiet-Winzerla				
BEZIRK 3 (n=165)	16,4	11,5	4,8	6,7
Am - Ammerbach				
Bu - Burgau				
Gö - Göschwitz				
LA - Alt-Lobeda				
Li - Lichtenhain				
Lö - Löbstedt				
WA - Winzerla-Alt				
Wö - Wöllnitz				
Zi - Ziegenhain				
Zw - Zwätzen				
BEZIRK 4 (n=129)	14,7	11,6	1,6	3,1
Ke - Kernbergviertel				
Lg - Landgrafenviertel				
Ri - Ringwiese				
Sl - Schlegelsberg				
BEZIRK 5 (n=331)	24,2	21,8	3,6	5,4
Be - Beutenberg				
JO - Jena-Ost				
We - Westviertel				
BEZIRK 6 (n=180)	24,4	20,6	3,3	3,9
N1 - Nord I				
N2 - Nord II				
Bb - Ringwiese (unbewohntes Bahn- und Industriegelände)				

Angaben in %
Mehrfachnennungen möglich

Jena (n=1647)

Opfer gesamt (n=410)
Opfer Nichtkontaktdelikte (n=342)
Opfer Einbruchsdelikte (n=67)
Opfer Kontaktdelikte (n=89)

Angabe Viktimisierung
„zu Hause oder in der Nähe“,
„im Stadtteil“



Das räumlich und nach der Bevölkerungszahl kleine Stadtzentrum ist dicht bewohnt und sozialstrukturell (zum Befragungszeitpunkt 1991/92) noch sehr gemischt. Neben Stadtviellenvierteln und den atmosphärisch stark prägenden anspruchsvollen Einrichtungen der Wirtschaft (Optik und Feinmechanik), der Bildung (hier vor allem der Universität) sowie der Kultur (insbesondere des klassischen Kulturkreises Jena/Weimar) leben in der dort konzentrierten alten und oft verfallenden Wohnsubstanz (zum Befragungszeitpunkt 1991/92) sowohl jüngere Bevölkerungsschichten, die sich in den zurückliegenden Jahren diesen preiswerten Wohnraum weitgehend selbst gestalten konnten, als auch ältere Menschen und sozial schwächere Bevölkerungsschichten. Unsere Stichprobe dieses Stadtbezirkes zeigt ein vergleichbares Bild. Nahezu 42% der befragten Personen sind jünger als 35 Jahre, ein relativ hoher Anteil der Befragten ist über 66 Jahre alt. Das Haushaltsnettoeinkommen beträgt in ca. einem Drittel der Fälle unter DM 1.500. Im Vergleich zur westdeutschen Kommune Freiburg ist der Opferanteil unter den Befragten aus dem Stadtzentrum Jenas mit 28,8% (n = 45) relativ moderat (Freiburg-Altstadt: 49,2%).

Im Bereich der Plattenbau-Großsiedlungen (Bezirk 2) zeigt sich eine dem Stadtzentrum vergleichbare Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung. In diesen reinen Wohngebieten gaben 28,4% (n = 195) der Befragten (n = 686) an, innerhalb des Erhebungszeitraumes von ca. einem Jahr Opfer zumindest eines der erfragten Delikte in „ihrem“ Stadtteil geworden zu sein. Im Vergleich zum Stadtzentrum Jenas ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Plattenbau-Großsiedlungen noch dichter bewohnt sind (mit ca. 40.000 Menschen) und angesichts ihrer monofunktionalen Gestaltung und eingengten Infrastruktur nur geringe Möglichkeiten der Freizeittätigkeit und Kommunikation, also auch einer informellen Kontrolle bieten, obwohl der Anteil jüngerer Bewohner hier insgesamt am höchsten ist.

Allerdings sind die Opferanteile in den ebenfalls dicht bewohnten ursprünglichen und neueren Arbeiter- und Angestellten-Vierteln (Bezirk 5, Bezirk 6) – die Befragten sind hier überdurchschnittlich in höherem Alter – nur wenig geringer (24,2%, n = 80 bzw. 24,4%, n = 44).

Diese Ähnlichkeiten zwischen den Stadtbezirken dürften sich hauptsächlich aus der gemischt bleibenden Sozialstruktur der Bewohner erklären, in der trotz unterschiedlicher Berufe die Einkommens- und Eigentumsunterschiede relativ gering blieben. Auch in unserer Stichprobe zeigen sich zwischen den Bewohnern dieser Stadtbezirke keine statistisch signifikanten Unterschiede bezüglich des Haushaltsnettoeinkommens. Nicht zuletzt hat-

ten die neuen Plattenbauwohnungen angesichts der verfallenden Altbau- substanz Jenas allgemein eine hohe Attraktivität. Soziale Entmischungen sind erst zur Mitte der 90er Jahre hin in Gang gekommen, bereits ausgewiesen in der Abwanderung der sozial Stärkeren und in einer Zunahme sozial Schwächerer. Umgekehrt haben intensive Sanierungsfortschritte und die zunehmende Ausbreitung von Höchstmieten im Stadtzentrum eine Entmischung in Gang gesetzt, die in Jena derzeit eine besonders deutliche Phase der sozialen Polarisierung durchmacht. Insgesamt dürfte die Charakteristik dieser Stadtteile mit relativ hohen und vergleichbaren Opferbelastungen (Bezirke 1, 2, 5 und 6) für Jena den entscheidenden Zusammenhang zur Sozialstruktur im Verhältnis zur nur sekundären Bedeutsamkeit der Baustruktur unterstreichen.

Die geringsten Opferanteile finden sich mit 14,7% (n = 19) in den bevorzugten Hanglagen und Gartensiedlungen (Bezirk 4) sowie in den alten Gemeindekernen (Bezirk 3, 16,4%, n = 27), letztere mit einem leicht erhöhten Anteil angesichts der inzwischen bereits verwischten Grenzen zu den neueren Wohngebieten (insbesondere zu den Plattenbausiedlungen bei Lobeda und Winzerla im Süden des Stadtgebietes). Für diese Stadtteile ist eine lockere Siedlungsform mit einer stabilen Einwohnerschaft und selektierten Zuwanderungen charakteristisch, also eine besonders intensive mikrosoziale Kontrolle. Dabei hebt sich in den Gemeinden ein höheres Niveau nachbarschaftlicher Integration ähnlich dem Charakter dörflicher Gemeinwesen ab, eine Kontaktdichte, die wiederum in der Deliktsstruktur aufscheint (vgl. unten).

Eine hohe Fluktuation innerhalb der Einwohnerschaft eines Stadtviertels kann zur Destabilisierung des Bezirkes und damit verbunden zu höherer Kriminalität führen. Im Erhebungsinstrument wurden die Befragten gebeten, die Wohndauer in ihrer jetzigen Wohnung anzugeben (vgl. oben). Dabei zeigen sich zwischen den Befragten der Jenaer Stadtbezirke nur geringe Unterschiede. Zumindest 80% aller Befragten der verschiedenen Stadtteile gaben an, mehr als 2 Jahre in ihrer jetzigen Wohnung zu leben – eine erhöhte Wohnmobilität konnte somit unter den befragten Personen – zumindest zum damaligen Zeitpunkt – nicht festgestellt werden.

9.4.4 Unterschiede in der Deliktsbelastung, getrennt nach den Deliktskategorien Nichtkontakt-, Einbruchs- bzw. Kontaktdelikte

Durch Kontaktdelikte betroffene Personen, die in der Befragung „ihr“ Wohnviertel angaben, nannten in n = 89 Fällen, daß der Vorfall in ihrem

näheren Wohnumfeld geschehen ist. Die Belastung der befragten Personen durch Vorfälle, die wir der Kategorie „Kontaktdelikte“ zugeordnet haben (vgl. hierzu Kapitel 8.17.2), sind dort am häufigsten, wo eine hohe Wohn-, Begegnungs- und Interaktionsdichte herrscht. Im Stadtzentrum gaben 8,3% (n = 13) der befragten Personen an, daß sie „zu Hause oder in der Nähe“ bzw. „im Stadtteil“ Opfer zumindest eines Deliktes dieser Kategorie wurden (vgl. Abb. 9.13). In den zentrumsnahen Stadtteilen (Bezirk 5) bzw. in den neuen Plattenbausiedlungen am Südrand der Stadt (Bezirk 2) führten 5,4% (n = 18) bzw. 5,2% (n = 36) der befragten Personen (n = 331 bzw. n = 686) an, Opfer von Kontaktdelikten geworden zu sein. Auch die Bewohner der alten Gemeindekerne (Bezirk 3; vgl. oben) wurden mit 6,7% (n = 11) der Befragten (n = 165) eher stärker durch Kontaktdelikte belastet. In den bevorzugten Wohngebieten der Hanglagen (Bezirk 4) sowie in den nördlichen Wohnvierteln der Stadt (Bezirk 6) gaben insgesamt mit 3,1% (n = 4) bzw. 3,9% (n = 7) nur wenige befragte Personen an, durch Kontaktdelikte betroffen gewesen zu sein.

Zweifellos ist bereits die Unterschiedlichkeit der Kontaktumfelder beachtlich. In den zentralen Lagen (Bezirk 1, Bezirk 5) dürfte die Konzentration von Gaststätten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen entscheidend sein, in den Plattenbausiedlungen (Bezirk 2) eher die Wohndichte, in den Gemeindekernen wahrscheinlich die (im doppelten Sinne) besondere Enge der Lebensbeziehungen, die allerdings auch vermuten läßt, daß hier ein sensibleres Erleben solcher Kontaktdelikte zu häufiger Mitteilung in der Befragung führte.

Die oben geschilderten erheblichen Unterschiede im Charakter dieser Stadtteile drücken sich in der Tatsache aus, daß in den zuerst genannten zentralen und zentrumsnahen Gebieten sowie den Plattenbausiedlungen zugleich auch eine hohe Belastung durch Nichtkontaktdelikte zu beobachten ist (Bezirk 1: 21,8%, n = 43; Bezirk 5: 21,8%, n = 72; Bezirk 2: 24,1%, n = 165; vgl. Abb. 9.13). Das dürfte vor allem tatsituative Gründe haben. In den zentralen Lagen der Stadt ist es die Konzentration attraktiver Objekte für Diebstahl, insbesondere von Fahrzeugen, für Beschädigungen an Fahrzeugen sowie von Betrugsgelegenheiten. In den Plattenbausiedlungen dürfte vor allem die schwache Kontrolle der Zugänge zu Häusern und Kellern ursächlich sein, ferner die für das Stadtgebiet vorfindbare Konzentration von Fahrzeugen im ruhenden Verkehr des Nachts auf der Straße.

Umgekehrt erklärt sich das geringe Niveau der Nichtkontaktdelikte in den Gemeindekernen (Bezirk 3: 11,5%, n = 19) und den bevorzugten

Hang- und Gartensiedlungen (Bezirk 4: 11,6%, n = 15) aus dem geringeren Angebot von Tatobjekten, der schwierigeren Zugänglichkeit sowie der intensiveren Kontrolle.

Ähnlich, aber modifiziert, wäre die Belastung durch Einbruchsdelikte zu interpretieren. Opfer dieser Deliktskategorie gaben in n = 67 Fällen ihr Wohnviertel an. Zwischen dem Stadtzentrum (Bezirk 1), den Wohngebieten mit Plattenbausiedlungen (Bezirk 2) und den alten Gemeindenkernen (Bezirk 3, vgl. Abb. 9.13) zeigen sich in der Belastung der Bewohner durch Einbruchsdelikte nur geringfügige Unterschiede (5,1%, n = 8; 4,7%, n = 31; 4,8%, n = 8). Am geringsten wurden Einbruchsdelikte hingegen von befragten Bewohnern der bevorzugten Wohnviertel Jenas genannt (Bezirk 4: 1,6%, n = 2). Dies ist ungewöhnlich, da gerade hier für Einbruchsdiebstahl am meisten lohnende Objekte vorhanden sein dürften. Hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse sind allerdings die geringen Fallzahlen zu berücksichtigen.

Für die Zentrumslage liegt der Hauptgrund der relativ hohen Einbruchquote möglicherweise in der dortigen Konzentration wertintensiver Einrichtungen, die insbesondere nachts nicht bewohnt sind. Es ist zu vermuten, daß solche Einrichtungen oftmals das Ziel von Einbrüchen darstellen und Einbrüche in private Wohnungen (nach denen in der Erhebung ausschließlich gefragt wurde) im Zuge einer breiten Einbruchskriminalität im Stadtzentrum nicht ausbleiben. Die neueren Entwicklungen zeigen, daß das Zentrum von immer weniger Menschen besucht wird und sich die Konzentration unbewohnter Einrichtungen noch ausweitet. In den Plattenbausiedlungen (Bezirk 2) dürfte die zunehmende Anonymität und ungenügende Kontrollfähigkeit allgemeiner Zugänge für Einbruchsdelikte verantwortlich sein. In den Gemeindenkernen dürfte vor allem die Randlage eine leichtere Zugänglichkeit von Gebäuden sowie ein verringertes Entdeckungsrisiko versprechen.

9.5 Zusammenfassung

Im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Kommunalen Kriminalprävention ab etwa Mitte der 90er Jahre wurden zunehmend kleinräumige kriminalgeographische Kriminalitätsanalysen durchgeführt, z.B. zur Erstellung von „Kriminalitätslagebildern“ zur besseren Planung kommunaler Präventionsstrategien (vgl. ausführlich *Obergfell-Fuchs* 2000). Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde auch das kleinräumig begrenzte

Wohnumfeld der Befragten (Stadtteil) erfaßt, es wurde erhoben, wo sie ggf. selbst viktimisiert wurden, so daß eine kriminalgeographische Analyse auf Stadtteilebene möglich wird.

Ein kurzer Überblick über die Stadtgeschichte Freiburgs zeigt, daß die Stadt sich nicht als Industriestandort herausbildete, sondern das Hauptgewicht schon früh im administrativen und kulturellen Bereich lag. Um die Jahrhundertwende expandierte die Stadt enorm. Bald bildeten sich Stadtviertel mit unterschiedlicher Sozialstruktur heraus. Vor etwa 100 Jahren lag das Durchschnittsalter trotz eines relativ hohen Anteils an Pensionären relativ niedrig, so daß Freiburg als „junge Stadt“ galt. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts waren die einzelnen Stadtteile schichtspezifisch noch relativ heterogen und die Bevölkerungsstruktur befand sich in ständigem Wandel.

Die Einwohnerzahl Freiburgs verdoppelte sich in der zweiten Hälfte des letzten 20. Jahrhunderts von ca. 100.000 auf etwa 200.000. Die einzelnen Stadtviertel bekamen zunehmend eine ausgeprägte spezifische Bevölkerungsstruktur. Diese zeigte sich z.B. in unterschiedlichen Bildungsschwerpunkten, in der Familiengröße oder der Berufsstruktur der Bewohner. Mitte der 70er Jahre wurde neuer Wohnraum vor allem für Einkommensschwächere gebaut. Besonders im letzten Quartal des letzten Jahrhunderts wuchs die Einwohnerzahl erheblich. Gleichzeitig nahm der Raum für gewerbliche Nutzung zu, was teilweise zu einer Verdrängung von Wohnraum führte. Auch die Pendlerströme aus den Umlandgemeinden stiegen. Die Zahl der unteren Berufspositionen verringerte sich zugunsten der gehobenen beruflichen Stellen, es erfolgte insgesamt eine Stabilisierung der einzelnen Stadtbezirke.

Vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Entwicklung gliedert sich der städtische Raum Freiburgs in relativ klar abgrenzbare Bezirke. Entsprechend den Vorgaben des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen wurde Freiburg in der vorliegenden Studie in insgesamt 27 Stadtteile aufgegliedert. Hinsichtlich des Durchschnittsalters der in den einzelnen Stadtteilen lebenden Personen läßt sich ein leichtes Ost-West-Gefälle derart feststellen, daß der Altersdurchschnitt der in den östlichen Stadtteilen Lebenden höher ist. In den westlichen Stadtteilen sowie den zentralen Stadtgebieten wohnen mehr jüngere Personen. In den zentralen Stadtteilen finden sich überdurchschnittlich viele Single-Haushalte; so lassen sich in der Freiburger Altstadt 42,1% der Haushalte als Single-Haushalte definieren. Zweipersonenhaushalte überwiegen in insgesamt 16 der 27 Freiburger Stadtteile. Auch die

Kinderzahl in den Haushalten zeigt eine deutliche räumliche Differenzierung: In den innerstädtischen Bereichen, so z.B. der Altstadt, leben in nahezu zwei Drittel der Haushalte keine Kinder. Als „familienreich“ sind insbesondere die westlichen Stadtteile zu charakterisieren. Auch was den Schulabschluß betrifft, zeigt sich ein Ost-West-Gefälle: In den östlichen Stadtteilen leben relativ mehr Befragte mit hoher Schulbildung. In den innenstadtnahen Wohngebieten finden sich viele noch in Ausbildung Befindliche (Studierende). Das Haushaltsnettoeinkommen liegt am niedrigsten in den zentralen Stadtgebieten (Studierende) bzw. im Westteil der Stadt (Arbeiter und untere Angestellte). Personen mit relativ hohem Einkommen wohnen vor allem in den östlichen sowie in den peripheren Stadtteilen. Die Verteilung des Durchschnittseinkommens entspricht weitgehend derjenigen der Bildungsabschlüsse. Was die Wohnmobilität betrifft, ist diese vor allem in den Innenstadtbereichen groß, die hohe Zahl der dort wohnenden Studierenden dürfte als ein Grund gesehen werden. Dennoch wohnen zumindest 80% der Befragten aus 10 der insgesamt 27 Freiburger Stadtteile schon über einen längeren Zeitraum in der jetzigen Wohnung bzw. in ihrem Stadtbezirk.

Was die Opferwerdung betrifft, zeigt sich, daß der Stadtteil Altstadt besonders belastet ist: Mit 49,2% gab etwa die Hälfte der Befragten an, innerhalb eines Einjahreszeitraumes in ihrem Stadtteil in einem der erfragten 14 Deliktbereiche mindestens einmal Opfer geworden zu sein. Auch im an der Altstadt angrenzenden Stadtteil Stühlinger ist die Opferquote mit 41,9% relativ hoch. Eine vergleichsweise niedrige Kriminalitätsbelastung findet sich in den eingemeindeten peripheren Stadtteilen mit einem teilweise noch funktionierenden dörflichen Ortskern und insgesamt eher ländlicher Struktur.

Was die Geschlechtsverteilung der Opfer betrifft, so fällt auf, daß jeweils 10 Stadtteile überwiegend männliche und weitere 10 Stadtteile überwiegend weibliche Opfer zeigen, ohne daß sich eine geographisch deutliche Besonderheit ausmachen läßt. Die Verteilung kann durch die Geschlechtsverteilung in den einzelnen Stadtteilen insgesamt beeinflußt werden. Die Altersverteilung der Opfer in den einzelnen Stadtteilen entspricht ebenfalls weitgehend der Altersstruktur insgesamt. In den „jungen“ Stadtgebieten finden sich entsprechend mehr junge Opfer. Generell sind jedoch auch in den Stadtteilen mit überdurchschnittlich vielen älteren Bewohnern die Opfer meist aus den unteren Altersschichten.

Auch bei Differenzierung der Delikte nach ihrer Schwere sind die Bewohner der Altstadt hinsichtlich Nichtkontaktdelikte besonders belastet.

Auch die Bewohner des an die Altstadt angrenzenden Stühlingers zeigen hinsichtlich dieser Kategorie eine erhöhte Belastung. Wiederum haben die peripheren Stadtteile eine relativ niedrige Opferbelastung. Bei den Einzeldelikten sind die Fallzahlen vielfach zu niedrig, um eine differenzierte Auswertung vornehmen zu können: Fahrraddiebstahl findet sich vor allem in der Altstadt und nahegelegenen Stadtgebieten, die alle relativ eng bebaut sind. Die Tatgelegheitsstrukturen dürften hier aufgrund reduzierter Sicherheitmöglichkeiten erhöht sein. Hier wohnen vor allem jüngere Befragte (Studierende), die das Fahrrad oft nutzen. Wiederum sind die peripheren Stadtteile wenig belastet. Hinsichtlich Diebstahl aus dem Auto bzw. von Autoteilen ist der Opferanteil in den dicht bewohnten Innenstadtbereichen erneut höher als in den Außenbezirken; relativ hoch ist die Opferbelastung zudem in dicht bewohnten Hochhausvierteln mit Tiefgaragen und wenig einsehbaren Autoabstellplätzen. Die (vorsätzliche) Beschädigung an Kraftfahrzeugen ist in Stadtteilen mit relativ hohem Kraftfahrzeugaufkommen besonders hoch und überschneidet sich mit dem vorher genannten Bereich. Die niedrigsten Opferanteile finden sich erneut in den Stadtteilen am Rande Freiburgs. Von Diebstahl persönlichen Eigentums sind die Altstadtbewohner relativ gering betroffen. Einen höheren Opferanteil zeigen Stadtteile, in denen sich Sportstätten u.ä. befinden.

Was Einbruchdelikte betrifft, dominiert wiederum die Altstadt. Relativ hohe Einbruchquoten haben Wohngebiete, in denen Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen leben und deren Häuser vor diesem Hintergrund attraktive Ziele bieten. In Stadtgebieten mit Hochhaussiedlungen ist die Einbruchquote eher gering. Einbrüche mit vermutlich relativ hohem entstandenem Schaden finden sich vorwiegend in der Altstadt sowie den „reicheren“ Wohngebieten mit gelockerter Bebauung.

Was letztlich Kontaktdelikte angeht, zeigt sich eine andere Verteilungsstruktur. Es überwiegen hier nicht die Innenstadtgebiete, sondern Stadtteile mit lockerer Bebauung und vielen Grünflächen, die entsprechende Tatgelegheiten bieten. Auch Stadtteile mit Sportstätten haben eine relativ hohe Opferbelastung. Die peripheren Stadtbezirke zeigen wiederum eine relativ niedrige Opferbelastung.

Das subjektive Sicherheitsempfinden (Verbrechensfurcht) differiert in den einzelnen Stadtteilen erheblich. 40% der Bewohner von 19 der 27 Freiburger Stadtteile fühlen sich nachts alleine auf der Straße in ihrer Wohngegend „sehr unsicher“ oder „unsicher“. Das deutet auf ein insgesamt weit verbreitetes Unsicherheitsgefühl hin. Interessanterweise fühlen sich

die Bewohner der meisten zentrumsnahen Wohngebiete relativ sicher, obwohl dort die Kriminalitätsbelastung relativ hoch ist. Relativ sicher fühlen sich die Bewohner in den dörflicher geprägten Stadtteilen im Umland Freiburgs. Die Geschlechtsunterschiede hinsichtlich des Sicherheitsgefühls sind erheblich (vgl. hierzu ausführlich unten): Männliche Befragte fühlen sich insgesamt sicherer als die weiblichen. Insbesondere in den Stadtteilen mit teilweise großer städtebaulicher Konformität, hochgeschossiger Bauweise, zahlreichen Tiefgaragen und Unterführungen ist das Unsicherheitsgefühl groß, obwohl gerade hier das Opferrisiko teilweise unterdurchschnittlich ist. Historisch gewachsene Stadtteile mit optisch ansprechender Bebauung weisen ein geringeres Unsicherheitsgefühl auf, obwohl es hier aufgrund der höheren Kriminalitätsbelastung berechtigter wäre. Die architektonische und landschaftliche Gestaltung eines Stadtviertels hat offensichtlich unabhängig von der konkreten Opfererfahrung der Bewohner einen erheblichen Einfluß auf das subjektive Sicherheitsempfinden.

Was die Stadt Emmendingen betrifft, so hatte diese in den 50er Jahren einen deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung, nachdem sich die Bevölkerungsstruktur nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise gewandelt hat. Zunehmend wurden Umlandgemeinden ländlicher Struktur eingemeindet. Heute hat Emmendingen mit ca. 20.000 Einwohnern zahlreiche Industrie- und Handwerksbetriebe. Immerhin 49,1% der Bewohner des Kernorts wurden im Befragungszeitraum mindestens einmal Opfer einer Straftat. Die ländlichen Umlandgemeinden zeigen weitgehend eine niedrigere Opferbelastung. In der Stadtmitte Emmendingens ist das durchschnittliche Haushaltseinkommen relativ hoch, die Kriminalitätsbelastung hinsichtlich einer Viktimisierung in der Wohngegend dagegen relativ niedrig. In einem in den letzten 30 Jahren erstellten Neubaugebiet wohnen vor allem Personen mit gehobenem Einkommen. Die Opferbelastung ist hier geringfügig niedriger als in den gewachsenen Innenstadtbereichen. Der geringste Opferanteil findet sich in der „Oberstadt“, in dem Befragte mit ebenfalls relativ gutem Einkommen wohnen, aber auch solche mit eher unterdurchschnittlichen finanziellen Möglichkeiten. Insgesamt ist die Opferbelastung in den einzelnen Stadtgebieten relativ ähnlich. Die Wohnmobilität ist in Emmendingen relativ niedrig.

Das Auftreten von Nichtkontaktdelikten dürfte vor allem durch Tatgelegenheitsstrukturen begünstigt werden: Fahrzeugbeschädigungen kommen vor allem im Stadtzentrum vor. Einbruchsdelikte häufen sich in den Neubaugebieten, wo „lohnende“ Objekte vorhanden sind. Auch in den einge-

meindeten Ortschaften, die attraktive Objekte bieten, sind die Einbruchsdelikte relativ hoch.

Was Löffingen betrifft, so änderte der Ort mit seinen Eingemeindungen in den letzten Jahrzehnten seine Prägung und entwickelte sich zunehmend zu einem Gewerbe- und Industrieort, allerdings mit nach wie vor ländlicher Struktur. Die Stadt expandierte deutlich. Die Opferbelastung ist insgesamt relativ niedrig, zeigt jedoch zwischen einzelnen Teilorten Unterschiede, die allerdings aufgrund der geringen Fallzahlen nicht überinterpretiert werden sollten.

Jena wurde, von großen Kriegen abgesehen, wenig von sozialen Konflikten erschüttert, woraus sich die relativ überdauernde Stabilität sozialer Strukturen erklärt. Die industrielle Entwicklung erfolgte innerhalb der Stadt auf engerem Raum, so daß starke Zuwanderungen von Arbeitskräften weitgehend unterblieben. Erst vor ca. 100 Jahren setzte eine intensivere Zuwanderungswelle ein, vor allem bedingt durch die Zeiss-Werke. Da für die Zuwanderer relativ viel getan wurde (Wohnraumbeschaffung u.ä.), blieben soziale Konflikte weitgehend aus. Die Eingemeindung stadtnaher Ortschaften beließ diesen weitgehend deren Charakter und deren Aktivitäten. Wesentlich für die Weiterentwicklung der Stadt waren die industriell qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze und die vergleichsweise guten Arbeitsbedingungen. Heute wohnt die Hälfte der ca. 110.000 Einwohner in Neubaugebieten an der Stadtperipherie. Nach der Wende begann eine rege Aufbautätigkeit im historischen Stadtzentrum. Ende der 60er Jahre wurden im Rahmen größerer Zuwanderungen Plattenbausiedlungen am Stadtrande erbaut.

Was die Opferbelastung betrifft, ist diese im Stadtzentrum sowie in den Plattenbausiedlungen am höchsten. Im Stadtzentrum lebten zum Befragungszeitpunkt vor allem jüngere Personen: 42% der Befragten sind jünger als 35 Jahre. Das Haushaltsnettoeinkommen ist relativ niedrig. Im Vergleich zu Freiburg ist der Opferanteil unter den Befragten des Stadtzentrums relativ gering (28,8% zu 49,2% in Freiburg). In den Plattenbausiedlungen gaben 28,4% an, Opfer mindestens einer der erfragten Delikte in ihrem Stadtteil geworden zu sein. Diese Siedlungen, die zu DDR Zeiten eine hohe Attraktivität hatten, sind jedoch (noch) dichter bewohnt als die Jenaer Altstadt. Der Anteil jüngerer Bewohner ist in den Plattenbausiedlungen am höchsten. Die Kriminalitätsbelastung in den neueren Arbeiter- und Angestelltenvierteln ist allerdings mit 24% nur geringfügig niedriger. Die geringsten Opferbelastungen finden sich mit ca. 15 % in den bevorzugt-

ten Hanglagen und Gartensiedlungen sowie in den alten Gemeindekernen. Die Wohnmobilität war zum Befragungszeitpunkt noch relativ niedrig.

Die Opferbelastung hinsichtlich Kontaktdelikten ist dort am deutlichsten, wo eine hohe Wohn-, Begegnungs- und Interaktionsdichte vorherrscht. Im Stadtzentrum gaben 8,3% an, im Stadtteil oder zu Hause Opfer eines Kontaktdelikts geworden zu sein, in den bevorzugten Wohngebieten waren dies lediglich 3,1%.

In den zentralen und zentrumsnahen Gebieten sowie den Plattenbausiedlungen ist auch die Opferbelastung hinsichtlich Nichtkontaktdelikten relativ hoch. Wiederum zeigen die bevorzugten Hang- und Gartensiedlungen sowie die Umlandgemeinden eine niedrigere Belastung. Auch Einbruchsdelikte wurden relativ wenig von den Bewohnern der bevorzugten Wohngebiete angegeben, wenngleich hier gehäuft „lohnende Objekte“ vorhanden sind (vgl. oben). Mit den Erwartungen dagegen übereinstimmend ist die Einbruchquote im Zentrum der Stadt relativ hoch.

KAPITEL 10

Eine problemorientierte, räumliche Differenzierung von Freiburg, Emmendingen und Löffingen

10.1 Freiburg

10.1.1 Die Stadt und ihre Wahrnehmung

Der Zustand eines Lebensumfeldes läßt sich über verschiedene Ansätze erfassen. Eine Möglichkeit liegt in einer Untersuchung der Bewertung durch seine Bewohner. Dies gilt auch für den Lebensraum „Stadt“ und seine unterschiedlichen kleinräumlichen Einheiten. In der vorliegenden Untersuchung wurden ausschließlich die westdeutschen Befragten der Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen gebeten, Probleme „ihres“ Stadtteiles zu schildern. Den Befragten aus den ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla wurde diese Frage nicht gestellt. Das Verständnis der nachfolgenden Ausführungen setzt eine gewisse Kenntnis der Entwicklungsgeschichte Freiburgs, Emmendingens und Löffingens voraus, auf die umfassend an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden soll (vgl. hierzu Kapitel 9 „Kriminalgeographie“).

Durch den alltäglichen Bezug auf die eigene Umgebung und die Angewiesenheit auf die bauliche sowie infrastrukturelle Ausstattung des näheren Wohnumfeldes von seiten der jeweiligen Bevölkerung zeigen sich in ihrer Bewertung die Vorzüge oder Mängel der kleinräumlichen Lebenswelt (Stadtbezirke), wie auch die Probleme, die das gesamte Stadtgebiet betreffen. In den Bewertungen durch die Bevölkerung offenbart sich die Lebensqualität eines vielschichtigen sozialen Nutzungsraumgefüges, wie es die Stadt darstellt.

Im folgenden geht es um eine Darstellung der Qualität des städtischen Raumes Freiburg auf der Basis solcher individueller Einschätzungen. Im Erhebungsinstrument der vorliegenden Untersuchung wurde den befragten Personen die Möglichkeit gegeben, die dringlichsten Probleme ihres jeweiligen Stadtteiles anzugeben. Aus dieser Vielzahl individuell empfundener Probleme werden komplexere Problemfelder verdichtet, die eine subjektive Wahrnehmung der Bürger ihrer Stadtteile widerspiegeln.

Aus diesen unterschiedlichen Angaben ergibt sich ein Mosaik der Stadt Freiburg. Dieses räumliche Muster soll durch seine Gewichtungen der verschiedenen Probleme dargestellt werden. Für eine Untersuchung dieser Art ist nicht allein die Häufigkeit eines genannten Problems ausschlaggebend, vielmehr müssen die Zusammenhänge der verschiedenen Problemfelder untereinander untersucht werden, auch in Hinsicht auf ihre Ursachen.

Ein Schwerpunkt bei der Analyse der Angaben zu den Problemen des jeweiligen Stadtteils ist die Frage, inwieweit diese subjektiv wahrgenommene Umwelt mit den gegebenen sozial-räumlichen Strukturen Freiburgs übereinstimmt. Neben eventuell sichtbaren materiellen Mängeln eines Raumes muß eine Einbindung der Bewohner in gesellschaftliche Veränderungen geschehen. So ist z.B., bedingt durch die größere Betonung der Freizeit, der Anspruch an die unmittelbare Wohnumgebung gestiegen. Ebenso sind die Einflüsse nicht regional begrenzter, gesellschaftlicher Diskussionen zu berücksichtigen, z.B. um eine bedrohlicher werdende Umweltbelastung. Obwohl die Betrachtung auf die innerstädtische Differenzierung gerichtet ist, wird Freiburg ebenso als städtische Einheit behandelt.

In der folgenden Darstellung können nur die wesentlichen Ergebnisse der Befragung dargestellt werden. Es handelt es sich hierbei um eine beschreibende Annäherung an die Fragestellung mit Hilfe der Ergebnisse der Angaben zu den drängendsten Problemen des jeweiligen Stadtteiles.

Die Frage im Erhebungsinstrument (Freiantwort) unterteilt sich in verschiedene Untergruppen („Nennen Sie bitte maximal drei der drängendsten Probleme ihres Stadt- oder Ortsteils“). Diese wurden getrennt nach der Reihenfolge ihrer Nennung aufgenommen. Eine Wertungsmöglichkeit bestand nicht. Die Darstellung in Tabelle 10.1 bezieht sich auf die Prozentangaben, die sich aus den gesamten Nennungen zu Fragen nach Stadtteilproblematiken ergaben. Die Anzahl beträgt 3.720 Nennungen insgesamt. Diese Zahl ergibt sich aus den Mehrfachnennungen von insgesamt $n = 1.764$ Personen, die zu diesem Punkt mindestens eine Angabe machten (75,2% aller Befragten); $n = 580$ der befragten Personen machten hierzu keine Angabe. Von den $n = 1.764$ Personen nannten $n = 487$ (27,6%) Befragte genau ein Problem, $n = 580$ (33,2%), zwei und immerhin $n = 691$ (39,1%), somit der überwiegende Teil, nahmen die Möglichkeit in Anspruch, drei Probleme ihrer Umgebung anzugeben.

Diese Zahl bezieht sich auf Angaben aus dem gesamten Stadtgebiet, wobei durch die Variable zur Angabe zur Wohngegend („In welcher Gegend Freiburgs wohnen Sie?“; vgl. hierzu Kapitel 9) die Möglichkeit gegeben

Tabelle 10.1: Dringendste Probleme des Stadtteils (maximal 3 Nennungen;
 N = 3.720)

Stadtteile	Verkehr		Infrastruktur		Wohnung		Sozialstruktur		Umwelt		Kriminalität		Wahrnehmung	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Freiburg insg.	1108	29,8	852	22,9	556	14,9	518	13,9	362	9,7	166	4,5	158	4,2
Altstadt	97	42,7	30	13,2	33	14,5	23	10,1	30	13,2	6	2,6	8	3,5
Betzenhausen	26	21,3	21	17,2	21	17,2	13	10,7	17	13,9	16	13,1	8	6,6
Bischofslinde	17	18,5	24	16,1	14	15,2	15	16,3	4	4,3	10	10,9	8	8,7
Brühl	20	34,5	16	17,6	5	8,6	11	19,0	6	10,3	-	-	3	4,9
Ebnet	36	57,1	20	31,7	2	3,2	1	1,6	3	4,8	1	1,6	-	-
Günterstal	11	27,5	21	52,5	6	15,0	1	2,5	-	-	1	2,5	-	-
Hasl.-Egerten	26	21,6	23	18,7	17	13,8	32	26,0	7	5,7	13	10,6	5	4,1
H.-Gartenst.	20	15,7	32	25,2	22	17,3	30	23,6	9	7,1	12	9,4	2	1,6
Haslach-Haid	8	13,6	16	27,1	14	23,7	12	20,3	5	8,5	4	6,8	1	1,7
H.-Weingart.	16	7,6	29	13,8	34	16,2	70	33,3	17	8,1	21	10,0	23	11,0
Herdern	91	34,6	62	23,6	42	16,0	26	9,9	29	11,0	7	2,7	6	2,3
Hochdorf	10	12,3	41	50,6	2	3,7	9	11,1	10	12,3	-	-	8	9,9
Kappel	13	25,5	14	26,9	9	17,3	3	5,8	9	17,3	1	1,9	3	5,8
Landwasser	15	10,9	46	33,6	20	14,6	29	21,2	8	5,8	5	3,5	14	10,2
Lehen	14	29,8	12	25,5	6	12,8	9	19,1	-	-	3	6,4	3	6,4
Littenweiler	81	45,5	34	19,1	18	10,1	19	10,7	14	7,9	3	1,7	9	5,1
Mooswald	19	20,7	25	27,2	7	7,6	12	13,0	17	18,5	3	3,3	9	9,8
Neuburg	12	31,6	8	21,1	10	26,3	6	15,8	1	2,6	-	-	1	2,6
Oberau	61	46,9	16	12,3	24	18,5	9	6,9	12	9,2	7	5,4	1	0,8
St. Georgen	35	19,3	85	47,0	23	12,7	12	6,6	14	7,7	4	2,2	8	4,4
Stühlinger	102	24,8	50	12,1	78	18,9	110	26,7	37	9,0	24	5,8	11	2,7
Tuniberg-St.	29	14,8	99	50,5	19	9,7	13	6,6	30	15,3	-	-	6	3,1
Waldsee	61	53,5	12	10,5	10	8,8	10	8,8	15	13,2	1	0,9	5	4,4
Oberwiehre	97	53,0	14	7,7	37	20,2	10	5,5	14	7,1	10	5,5	2	1,1
Mittelwiehre	47	52,2	12	13,3	20	22,2	1	1,1	8	8,9	2	2,2	-	-
Untervehre	83	36,4	46	20,0	41	18,0	26	11,4	19	8,3	4	1,8	9	3,9
Zähringen	60	36,6	37	22,6	21	12,8	5	3,0	28	17,1	8	4,9	5	3,0

war, eine Zuordnung der Probleme auf die jeweiligen Stadtteile vorzunehmen. Diese Angaben wurden aufbereitet und entsprechen den offiziellen Stadtteilen.

Im Erhebungsinstrument wurde diese Frage am Anfang des Instruments, im wesentlichen nach den soziodemographischen Variablen, gestellt. Dadurch sollte möglichst eine Beeinflussung der Beantwortung der Frage durch die folgenden Fragebogeninhalte vermieden werden.

Um mit dieser „offenen“ Frage arbeiten zu können, mußte eine Bündelung der Antworten vorgenommen werden. Ein „Raster“, in welchem das Spektrum der jeweiligen Antwortschwerpunkte festgelegt war, wurde entwickelt. Für die Größe der gebildeten Problemfelder ergab sich die folgende Verteilung: Vier Kategorien, die sowohl über die Stadtteile als auch über die gesamte Stadt in ihren Werten zwischen 10% bis 25% der Nennungen liegen, zwei Kategorien, welche oft gerade nur die „5%-Hürde“ überwandern, und eine Kategorie, die sich immer um die 10% bewegt.

Diese verschiedenen Kategorien lassen sich den folgenden Problemfeldern zuordnen:

1. „Verkehr“ (29,8%):

Die größte Kategorie nimmt Bezug auf die Verkehrssituation in Freiburg, die für die gesamte Stadt offensichtlich ein zentrales Moment darstellt. Diese Kategorie beinhaltet sowohl die Unzufriedenheit mit der Verkehrssituation als auch mit der konkreten Verkehrspolitik. Die Angaben beziehen sich auf zuviel Verkehr an sich, eine schlechte Straßenführung, zuwenig Parkmöglichkeiten oder auf den Wunsch nach mehr Tempo-30- bzw. verkehrsberuhigten Zonen.

2. „Infrastruktur“ (22,9%):

Unzufriedenheit mit der Infrastruktur des jeweiligen Stadtteils. Dazu gehören z.B. eine unzureichende Versorgung mit Schulen und Kindergärten und fehlende Einkaufsmöglichkeiten ebenso wie ein zu geringes Angebot an kulturellen Einrichtungen. In dieser Kategorie sind auch Probleme im Zusammenhang mit der VAG (Freiburger Verkehrs-AG: Buslinien, Straßenbahnen) enthalten (insbesondere schlechte ÖPNV-Anbindungen). Diese wurden unter diesen Punkt miteinbezogen, da die Anzahl der Nennungen zur VAG für eine eigenständige Kategorie zu gering ausfiel.

3. „Wohnsituation“ (14,9%):

Dieser Punkt bezieht sich nur insofern auf die Wohnsituation, als der Wohnraum selbst und direkt damit in Verbindung stehende Probleme

angesprochen sind: z.B. überhöhte Mietpreise, der Wunsch nach mehr Sozialwohnungen, schlechte Bausubstanz, zu kleine Wohnräume, zu wenig Wohnungen etc.

4. „Sozialstruktur“ (13,9%):

Diese Kategorie umfaßt alle Nennungen, die sich in irgendeiner Form auf die Zusammensetzung der verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen in einem Gebiet beziehen, sowie die damit in Verbindung gebrachten sozialen Probleme. Die Kategorie betrifft das soziale Klima in den verschiedenen Stadtteilen und ist somit stadtpolitisch eine „äußerst wichtige“ Kategorie.

Die Angaben beziehen sich zumeist auf gesellschaftliche Randgruppen, wie z.B. Ausländer, Asylanten, Obdachlose oder alte Menschen. Diese werden entweder selbst als Problem wahrgenommen oder die sozialen Spannungen, die sich aus mangelndem Verständnis füreinander und fehlenden Integrationsmöglichkeiten für die betreffende Randgruppe ergeben. Genannt werden von den befragten Personen als Reaktion z.B. Überfremdung, Ausländerhaß, soziale Konflikte, Isolation und Kontaktlosigkeit oder sogar „Verslumung“. Auch Nennungen zum Faktor „Anonymität“ flossen in diese Kategorie ein.

5. „Umwelt“ (9,7%):

Der Umgang mit der natürlichen Umwelt bildet eine eigenständige Kategorie. Es handelt sich um Angaben, die sich direkt auf Belastungen für den Menschen beziehen, wie die Luftqualität und Lärm, die Umweltzerstörung durch bauliche Maßnahmen oder Abholzung sowie die Müllproblematik.

Die beiden folgenden Kategorien scheinen zunächst von der absoluten Häufigkeiten ihrer Nennungen nicht sehr bedeutend, sie spielen jedoch bei der Erfassung innerstädtischer Differenzierungen eine wichtige Rolle (vgl. unten).

6. „Kriminalität“ (4,5%):

Hier handelt es sich um eine Kategorie mit Nennungen wie z.B. Bedrohung, Jugendkriminalität, Einbruch, Sachbeschädigung und Fahrraddiebstahl. Hier wird auch die Gefahr von tätlichen Angriffen als Problem gesehen und mehr Polizeipräsenz gefordert.

7. „Räumliche Wahrnehmung“ (4,2%):

Mit dieser Kategorie ist die Qualität des Raumes als Landschaft angesprochen. Sie betrifft das Wohnumfeld, die architektonische und landschaftliche Gestaltung des Raumes, wie sie sich z.B. in einer zu hohen

Verdichtung, mangelnden Grünflächen, einer sozial unverträglichen Altstadtsanierung zeigt.

Die Beschreibung der Frage nach den drängendsten Problemen und ihre Verteilung vollzieht sich unter zwei Aspekten. Zum einen durch eine Betrachtung der Stadt als Gesamtheit mit ihren wahrgenommenen Mängeln. Es gibt verschiedene Themen, die für weite Teile der Bevölkerung eine Rolle spielen und die über die räumlichen Gegebenheiten hinausreichen.

Zum andern liegt ein Schwerpunkt auf der innerstädtischen Differenzierung. Schon durch die Fragestellung, in der explizit nach den Problemen des eigenen Stadtteils gefragt wird, ist dies verdeutlicht. Die Tendenzen der kleinräumigen Unterschiede, die sich aus den Angaben abzeichnen, werden dargestellt.

Die größte Gruppe mit 1.108 Nennungen bezieht sich auf die Kategorie „Verkehr“ (vgl. Tabelle 10.1). Dies entspricht 29,8% aller Nennungen. Die Relevanz dieser Kategorie wächst noch, wenn zusätzlich der Umfang der ersten Angabemöglichkeit zur Frage nach den Stadtteilproblematiken berücksichtigt wird. So entfielen bei der ersten Angabemöglichkeit mit 20% Abstand zum nächst größeren Problemfeld 39,3% der Angaben ($n = 691$) auf die Kategorie „Verkehr“. Das Problemfeld „Verkehr“ stellt ein Thema dar, von dem sich die Gesamtheit der Stadt betroffen fühlt. Ein gemeinsamer Nenner ist der langwierige Streit um die neue/alte Bundesstraße 31 (B31), der nur das bekannteste Beispiel von straßenverkehrspolitischen Streitlagen innerhalb der Stadt ist. Seit Jahren wird in Freiburg über eine veränderte Straßenführung der Ost-/West-Achse (mit entsprechenden räumlichen Veränderungen bei neuer Straßenführung im Stadtbild) diskutiert.

Bei einer Betrachtung über die Stadtteile hinweg zeigen sich Gebiete, bei denen Nennungen zur Kategorie „Verkehr“ eine eindeutige Dominanz in den Angaben haben.

An der Spitze finden sich die im Freiburger Osten gelegenen Stadtteile Ebnet, Waldsee und Littenweiler mit jeweils 57,1%, 53,5% und 45,5% (vgl. Tabelle 10.1). Die Streit um die B31-Ost „Neu“ (neue Straßenführung) bzw. „Alt“ (keine Veränderung) ist in diesen Gebieten nicht nur abstrakte Stadtpolitik, sondern konkreter Alltag, der durch zeitweise extreme Verkehrsbelastung das Wohnumfeld entscheidend prägt oder dies im Negativen bald tun könnte. Mit ebenfalls sehr hohen Werten sind auch die Altstadt (42,7%) und andere altstadtnahe, zentrale Stadtteile vertreten, wie das gesamte Gebiet der Wiehre (Oberwiehre: 53,0%, Mittelwiehre: 52,2%, Unterwiehre: 36,4%), Oberau (46,9%) sowie Herdern (34,6%).

Ein gemeinsamer Nenner in diesen Gebieten liegt vor allem in den fehlenden Parkmöglichkeiten für die Bewohner – ein Mangel, der in den letzten Jahren durch die Umgestaltung von öffentlichen zu reinen Anwohnerparkplätzen zu beheben versucht wurde. Dennoch ist der sich daraus ergebende Verlust an öffentlichen Parkplätzen aus der Sichtweise der Anwohner eher das kleinere Übel. Parkplätze seien nach wie vor nur unzureichend vorhanden.

An zweiter Stelle der Problemfelder (vgl. Tabelle 10.1), die von den Befragten in Freiburg bemängelt werden, kommt die Unzufriedenheit mit der Infrastruktur des jeweiligen Stadtteils. Es wurde ein weites Spektrum von fehlenden Einrichtungen innerhalb des Stadtteils aufgezählt, wobei es zu einer Schwerpunktbildung beim Thema „Kinder“ kam.

Die höchsten Anteile bei den Nennungen zu dieser Kategorie („Infrastruktur“) gab es in den an der Peripherie Freiburgs gelegenen Stadtteilen Günterstal (52,5%), Hochdorf (50,6%), den Tuniberg-Stadtteilen (50,5%) sowie St. Georgen (47,0%). Bei den vier genannten Gebieten handelt es sich bei der „Infrastruktur“ um die am stärksten genannte Kategorie, und diese übertraf in den betroffenen Stadtteilen auch die Kategorie „Verkehr“. Das wird verständlich aus der typischen Situation, in der sich diese Stadtteile befinden. Zwei Prozesse bedingen die Situation: Durch die Randlage zur Stadt gestaltet sich hier ein attraktives Wohngebiet für Familien, und viele wurden dadurch angezogen. Es entstanden „kinderreiche“ Stadtgebiete an der Peripherie der Stadt. Auf der anderen Seite zeigt sich diese periphere Stellung wiederum in der „hausfrauenfeindlichen“, schlechten Ausstattung der dezentralen Gebiete. Es fehlt notwendige Infrastruktur. So war es z.B. gerade bei Planungen für den Freiburger Stadtteil Betzenhausen/Bischofslinde wichtig, das Gebiet durch die Ausstattung mit alltäglich notwendigen Einrichtungen zum Subzentrum zu machen. Offensichtlich wurde diese Problemsituation bisher unzureichend in den gesamten Stadtgebieten (besonders auf die oben genannten Stadtbezirke) beachtet.

Die „Wohnsituation“ bildet das nächste Problemfeld (vgl. Tabelle 10.1), das viele Freiburgerinnen und Freiburger offensichtlich unzufrieden macht. Absolute Höchstwerte zeigt hier der zentrale Stadtteil Neuburg mit 26,3% der stadtteilbezogenen Nennungen, gefolgt von Haslach-Haid (23,7%) und Mittel- und Oberwiehre mit jeweils 22,2% und 20,2% der Angaben. Meist handelt es sich um zentrale, bevorzugte Stadtteile, so daß hier in erster Linie die hohen Mietpreise als problematisch angesehen wurden. Auch die Bausubstanz der in diesen Stadtgebieten in der Regel älteren Gebäude ist häufiger als Problem genannt worden.

Als nächstes Problemfeld wird die Kategorie „Umwelt“ in ihrer Verteilung erläutert, obwohl damit die Reihenfolge nach der Größe der Kategorien unterbrochen wird. Doch die verbleibenden drei Kategorien „Sozialstruktur“, „Kriminalität“ sowie „Räumliche Wahrnehmung“ können in einem gemeinsamen Kontext betrachtet werden und sollen daher nicht getrennt werden.

Mit der Kategorie „Umwelt“ schließt sich ein Kreis an subjektiver Problemwahrnehmung der Freiburger Bevölkerung in ihrer Sensibilisierung für die Umweltproblematik, die mit der einleitenden Kategorie „Verkehr“ schon angedeutet wurde. Dieses Problemfeld liegt mit einem Gesamtanteil von 9,7% (vgl. Tabelle 10.1) an fünfter Stelle. Die höchsten Werte haben die Stadtteile Mooswald (18,5%), Kappel (17,3%) und Zähringen (17,1%). Im Stadtteil Mooswald ist ein entscheidendes Thema – neben der Abholzung des Mooswaldes – die Mülldeponie, ebenso wie für die Tuniberg-Stadtteile, die mit 15,3% den nächstgrößten Wert haben. Für den Stadtteil Kappel sind straßenbauliche Vorhaben (B31) das größte Umweltproblem.

In den Nennungen von Befragten aus dem nördlichen Stadtteil Zähringen werden in erster Linie die klassischen Umweltbelastungen einer Stadt angegeben, wie z.B. die verkehrsbedingte Umweltbelastung, Luftverschmutzung durch das westlich vorgelagerte Industriegebiet „Nord“ sowie Umwelterstörung durch bauliche Maßnahmen.

10.1.2 Die sozial-räumliche Differenzierung

Als nächste Kategorie und gleichzeitig die vierte der „großen“ Kategorien (vgl. Tabelle 10.1) wird das Problemfeld „Sozialstruktur“ in seiner Verteilung über Freiburg betrachtet. Beachtenswert ist dabei, daß es mit einem Prozentwert von 13,9% für die Stadt erst an vierter Stelle steht.

Die soziale Integration ist notwendigerweise ein wichtiges gesellschaftliches Thema geworden, mit dem sich jede Stadt auseinandersetzen hat. Selbst in dieser Stichprobe, bei der Probleme mit der Sozialstruktur erst an vierter Stelle der Häufigkeit der Nennungen auftreten, ändert das nichts an der Dringlichkeit dieser Problematik. Für Freiburg wird es relevanter, sobald die Kategorie in ihrer Verteilung über die Stadtteile betrachtet wird. Die Verteilung ist äußerst ungleich, das Problemfeld erscheint als ein Aspekt innerstädtischer Beziehungen, die mit einem innerstädtischen Ost-West-Gefälle beschrieben werden können.

Bei den vorliegenden Daten zeigt sich, daß in einem Großteil der Stadtgebiete aus der Struktur der Bevölkerung bzw. des Zusammenlebens heraus tatsächlich kaum Probleme entstehen. So bleibt bei einem Drittel der Stadtteile der Anteil der Nennungen von Problemen unter 10%, wobei der größte Teil davon im Osten der Stadt liegt (Ebnet, Kappel, Oberau, Waldsee, Ober-/Mittelwiehre).

Bedeutung hat die Kategorie „Sozialstruktur“ für einige wenige Gebiete. Die Stadtteile, bei denen sich die Angaben der Nennungen auf über 20% belaufen, sind der westlich gelegene Stadtteil Weingarten als „Spitzenreiter“ (33,3%), der eher zentral gelegene Stadtteil Stühlinger (26,7%) sowie die weiteren Gebiete des westlich gelegenen Stadtteiles Haslach, also Haslach-Egerten (26,0%), -Gartenstadt (23,6%) und -Haid (20,3%). Ebenfalls knapp über 20% Nennungen zu dieser Kategorie sind in Landwasser (21,2%) zu verzeichnen.

Bedeutend wird dieses Problemfeld dadurch, daß es die Trennung der Stadt in zwei sozial ungleiche Gebiete bestätigt (vgl. *Blinkert u.a.* 1992; vgl. unten). Doch diese Gliederung in einen Ost- und Westteil der Stadt ist kein neues Phänomen. Die Wurzeln dafür sind besonders in der städtischen Expansionsphase zwischen 1955 und 1970 zu sehen (vgl. hierzu Kapitel 9.1).

Durch den dauerhaften Wohnraumangel und die ungebrochenen Wachstumstendenzen dieser Zeit wurde ein Stadtplanungskonzept entwickelt, das der historisch gewachsenen Freiburger Stadtentwicklung in Nord-Süd-Richtung eine West-Ost-Entwicklung entgegensetzte. De facto wurde daraus aber eine Westentwicklung, da die topographische Lage Freiburgs nur eine flächenhafte Bebauung in diese Richtung erlaubt. Entwicklungspolitisch wurde mit dieser Westentwicklung eine Verbesserung der Infrastruktur der westlich gelegenen Stadtteile angestrebt.

Fast drei Viertel der nach 1960 gebauten Wohnungen liegen westlich der Bahnlinie. Im Zuge dieser räumlichen Ausweitung Freiburgs wurden die Freiflächen zwischen den dörflichen Vororten St. Georgen, Haslach, Betzenhausen-Bischofslinde und den älteren Wohn- bzw. Industrieanlagen Mooswald und Brühl zunehmend urban überbaut; zudem kam es zur Gründung zweier neuer Großraumsiedlungen: Weingarten und Landwasser (Mehrfamilienhäuser, Hochhäuser, nur vereinzelt Einfamilien- bzw. Reihenhäuser).

Prägend war die selektive Besiedelung der neuentstandenen Wohnkomplexe Weingarten und Landwasser. Beim Bezug der Siedlungen waren jun-

ge, kinderreiche Familien überrepräsentiert. Das Gleiche gilt für sozial belastete und einkommensschwache Gruppen, die dort immer noch stärker vertreten sind als im übrigen Freiburg. Dagegen sind die Stadtteile mit einem eher typischen hohen Ledigen- und Geschiedenenanteil im Zentrum: die gesamte Altstadt, Neuburg und die Mittelwiehre.

Werden soziale Kriterien wie die Berufs- und Einkommenssituation für eine innerstädtische Differenzierung herangezogen, so wird die Stadt durch die Bahnlinie in zwei Bereiche geteilt, die sich hinsichtlich der sozialen Situation ihrer Bewohner unterscheiden (vgl. *Heinrichsmeier* 1986). Im Westen ist der Anteil von Erwerbstätigen aus den unteren Berufs- und Einkommensgruppen durchschnittlich um einiges höher als im Osten der Stadt. In den westlichen Stadtteilen sind die Arbeiter verhältnismäßig überrepräsentiert, wohingegen der Anteil der Arbeiter in östlichen Bezirken (Waldsee, Unterwiehre-Süd, Günterstal und Herdern) weit unter dem städtischen Durchschnitt blieb. Die Gebiete mit dem höchsten Beamtenanteil liegen wiederum im Osten der Stadt, allen voran Littenweiler, Waldsee, Herdern und Zähringen. Sowohl konkrete als auch symbolische Leistungen wie die Verbindungslinie der Stadtbahnbrücke über die Rheintal-Bahnlinie konnten an dieser Kluft nicht ernsthaft etwas ändern. Allerdings muß auch betont werden, daß ein einfaches Unterteilen in einen Ost- bzw. Westteil der Stadt zu einfach ist und der Heterogenität der Stadtteile nicht gerecht wird.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, auf die beiden Kategorien „Räumliche Wahrnehmung“ und „Kriminalität“ einzugehen (vgl. oben). Zwar sind diese zwei Kategorien diejenigen, die mit jeweils 4,2% bzw. 4,5% der Nennungen insgesamt die geringsten Gesamtanteile aufzeigen, doch bieten sie zu der sozial-räumlichen Differenzierung wichtige Ergänzungen. Mit insgesamt 4,5% ist die Kategorie „Kriminalität“ nicht als prägendes Element in der individuellen Wahrnehmung des „eigenen“ Stadtteils einzuordnen. Ihre Bedeutung ergibt sich ebenso wie bei der „Räumlichen Wahrnehmung“ aus ihrer Verteilung über die Stadt.

Auffallend bei den Angaben zur Kategorie „Kriminalität“ ist die Altstadt als Zentrum. Der Widerspruch für dieses Stadtgebiet liegt in der Differenz zwischen den Ergebnissen der Viktimisierungsbefragung unserer Untersuchung (vgl. Kapitel 9.1 „Kriminalgeographie Freiburgs“ sowie Einzeldelikte Kapitel 8.2-8.15) und der Einschätzung der eigenen Sicherheit von Seiten der Bürger. Tatsächlich ist die Altstadt das städtische Gebiet, in welchem der Opferanteil insgesamt am höchsten ist (41,9%, vgl. Kapitel 9.1). In den Zahlen zur persönlichen Einschätzung des Stadtteils und seinen

Problemen ist dies jedoch nicht zu erkennen. Mit 2,6% liegt der Wert noch unter dem Gesamtdurchschnitt (vgl. Tabelle 10.1).

Die Stadtteile, in denen Befragte in der Kriminalität ein größeres Problem sehen und für diese Kategorie die höchsten Werte haben, liegen im Westteil der Stadt. Die höchsten Werte finden sich in Betzenhausen (13,1%), Bischofslinde (10,9%), Haslach-Egerten (10,6%) und Haslach-Weingarten (10,0%).

Das Gegenbild ergibt sich für den Ostteil der Stadt mit durchschnittlich niedrigeren Anteilen. Die Stadtteile Littenweiler (1,7%), Waldsee (0,9%), Kappel (1,9%) und Ebnet (1,6%) haben mit Werten unter zwei Prozent die geringsten Anteile. Die vorliegende Untersuchung erbrachte eine relativ hohe Viktimisierungsquote der Freiburger Befragten (vgl. Kapitel 8.2 „Gesamtopferquoten“ sowie Kapitel 9.1 „Kriminalgeographie Freiburgs“). Der Umfang der von den Befragten angegebenen Viktimisierungen steht in Gegensatz zum hier wiedergegebenen Problemfeld „Kriminalität“.

Möglicherweise hängen größere Sorgen der Bevölkerung mancher Stadtteile mit einem Nachlassen der sozialen Kontrolle zusammen, die wiederum mitangelegt ist in der baulichen Struktur eines Raumes. Die Anonymität, wie sie in einer verdichteten Neubaustruktur zum Ausdruck kommt, hatte ihren geschichtlichen Höhepunkt während der beschriebenen Expansionszeit in Freiburg.

An dieser Stelle kann mit dem Problemfeld der „Räumlichen Wahrnehmung“ angesetzt werden. Auch hier zeigt sich, daß eine negative Wirkung der Wohnlandschaft nur für eher wenige Stadtteile überhaupt relevant erscheint. Auffallend ist aber die Übereinstimmung der subjektiven Wahrnehmung der Bewohner mit einer vorhandenen baulichen Gestaltungsweise in Freiburg, die sich mit der oben erläuterten Westerschließung ergibt.

Dies bestätigt eine sich abzeichnende Differenzierung in Gebiete bzw. wenige Inseln in der Stadtlandschaft. Während dieses Feld für ein Drittel der Stadtteile unterhalb von ca. 4% der Nennungen bleibt und wiederum oberflächlich als unbedeutend zu vernachlässigen ist, geht die Anzahl der Nennungen für einige Stadtteile über die „5%-Marke“ hinaus. Alle Gebiete, die dies betrifft, befinden sich im Westteil der Stadt (vgl. Tabelle 10.1).

Für Weingarten (11,0%) ist bei dieser Kategorie zum zweitenmal ein negativer Höchstwert zu verzeichnen. Dicht gefolgt wird Weingarten von Landwasser (10,2%), Hochdorf (9,9%) und Bischofslinde (8,7%). Somit sind genau diese Gebiete bezeichnet, die jene verdichtete Neubaustruktur

der 60er Jahre aufweisen. Bei den beiden Frontpositionen von Weingarten und Landwasser handelt es sich um die beiden einzigen Stadtteile, die ohne „räumliches Gedächtnis“ oder vorhandene ältere Bausubstanz in einem Guß entworfen und erbaut wurden. Für sie gibt es praktisch keinen Bestand an historisch gewachsenen Stadtstrukturen.

Mit den restlichen erhöhten Werten sind jene Gebiete von Freiburg erfaßt, die ebenfalls in der Wachstumsperiode urban überbaut wurden. Somit entspricht die städtebauliche Westerweiterung mit ihrer Architektur den Negativwerten in diesem Feld.

10.1.3. Abschließende Betrachtung

Es können nur Aussagen über problemorientierte Tendenzen gemacht werden, welche sich in den Stimmungslagen von Freiburger Befragten abzeichnen.

Bemerkenswert ist die subjektiv erlebte Verkehrsdominanz in Freiburg, die sich innerhalb der gesamten Stichprobe, und somit beinahe für das gesamte Stadtgebiet widerspiegelt. Somit scheint Freiburg zumindest in der Wahrnehmung seiner Bevölkerung dem Ruf als „Umwelthauptstadt“ Deutschlands gerecht zu werden.

Hervorzuheben ist die Fähigkeit der Kategorien, eine Differenzierung innerhalb der Stadt aufzuzeigen. Eine Genese der sozialräumlichen Verteilung von unterschiedlichen städtischen Gebieten herauszuarbeiten, ist für die Stadtregierung und ihre Institutionen von Freiburg als sozialpolitisches System ebenso eine Herausforderung wie auch eine Handlungsaufforderung. Für dieses Unternehmen sind die drei Kategorien „Sozialstruktur“, „Kriminalität“ und „Räumliche Wahrnehmung“ Hilfestellungen, sowohl von der Aussage der Kategorien an sich als auch in ihrer Differenzierungsfähigkeit für die Stadt Freiburg.

Es bestehen räumliche Differenzierungen, die sich allein schon durch die Stadtgeschichte herausbilden, doch es ist wichtig, daß die Stadt einer Verschärfung der sozial räumlichen Trennungen entgegenwirkt: Schon seit vielen Jahren wird versucht, das Ost-West-Gefälle (vgl. oben) auf verschiedene Arten anzugehen. Fatalerweise wird immer wieder das Negativexempel Weingarten postuliert, das auf diese Weise auch Züge einer sich selbst im Raum manifestierenden Beschwörung annimmt.

Die Stadtregierung ist ein entscheidender Organisator des Raums, den sie strukturiert. Diese Organisation wird stark beeinflusst von der Diskussion um die Standortfrage für Freiburg. Somit wird der organisatorische Pro-

zeß zunehmend durch äußere Umstände mitgestaltet. Eine Politik der Sachzwänge des Lokalen, des Konkurrenzkampfes der Städte wird zunehmend prägend. Dies spiegelt sich in dem langwierigen Streit um das Projekt des Konzerthauses (zum Zeitpunkt der Befragung „KTS“ – Kultur- und Tagungsstätte). Im Zuge seiner Fertigstellung hat sich die Auseinandersetzung über die Kosten der Erstellung an sich auf die Kosten der Überwachung verschoben. Entscheidend für eine Kohärenz der Stadt und ihre Organisation ist, daß es nicht zu einer einseitigen städtebaulichen und architektonischen Überfrachtung einiger weniger zentraler Gebiete kommt bei gleichzeitigen De-Investitionen einer zunehmenden Peripherie.

Die Lebensbedingungen im neuen, westlichsten Freiburger Stadtteil Rieselfeld werden in wenigen Jahren beweisen, ob aus der städtebaulichen Vergangenheit Freiburgs gelernt wurde.

Abschließend muß betont werden, daß die subjektive Problematisierung des eigenen Stadtteils keineswegs städtische Horrorszenerarien wiedergibt. Es geht darum, Tendenzen herauszuarbeiten, die für eine Politik hilfreich sein können. So ist es erfreulich, daß mit der Frage im Erhebungsinstrument „Wie ist Ihre Bindung an Freiburg?“ eine weitere Variable zeigt, daß von den Befragten, die hierzu Stellung nahmen ($n = 2.299$, 98,0% der Gesamtstichprobe von $n = 2.344$), sich 86,7% ($n = 1.993$) der befragten Personen in Freiburg heimisch fühlen, lediglich 4,8% ($n = 111$) bzw. 8,5% ($n = 195$) der Befragten lieber in einem anderen Stadtteil bzw. ganz außerhalb Freiburgs (in größerer/kleinerer Stadt) wohnen – bzw. auswandern würden.

10.2 Die subjektive, problemorientierte Wahrnehmung von Emmendingen und Löffingen

Ergänzend soll ein Blick auf die beiden kleineren westdeutschen Gemeinden Emmendingen und Löffingen geworfen werden, die bei der vorliegenden Untersuchung beteiligt waren. Hierbei können sich Anregungen zur Fragestellung einer sogenannten Stadt-Land-Differenzierung ergeben.

Damit geht ein Perspektivenwechsel einher. Zuvor lag ein Schwerpunkt auf der innerstädtischen Differenzierung, die sich anhand der unterschiedlichen Verteilung bei der Problemwahrnehmung in Freiburg zeigte. Nun werden die Gemeinden Emmendingen und Löffingen als geschlossene Einheiten betrachtet. Die Bewertung des Raumes wird nur in der Gesamtheit der Bewohner untersucht. Die Gründe sind offensichtlich: Sowohl Emmendingen als auch Löffingen mit jeweils ca. 20.000 bzw. ca. 7.000 Einwoh-

nen entsprechen gemäß den stadtgeographischen Auswahlkriterien einem Mittel- und Unterzentrum. Sie besitzen weder die Größe noch Einwohnerzahl, mit denen eine stärkere funktionale Differenzierung und eine größere Heterogenität der Bevölkerung einhergeht. Es kann davon ausgegangen werden, daß daher eine innere Differenzierung nicht im notwendigen Maß vorhanden ist. Gewachsene, im Verlauf der Stadtgeschichte herausgebildete Stadtteile sind in Emmendingen und Löffingen nicht vorhanden. In Emmendingen besteht im Sprachgebrauch der Bevölkerung zwar eine Differenzierung (Stadtmitte, Ober-/Unterstadt, Neubaugebiete), deren Grenzziehung jedoch undeutlich ist und auf die hier nicht eingegangen werden kann.

Die beiden Gemeinden, die nun in ihrer Problemwahrnehmung geschlossen betrachtet werden, sollen einen Einblick bieten in ihrer Unterschiedlichkeit zu den zuvor dargestellten städtischen Problemfeldern von Freiburg.

10.2.1 Emmendingen

Auch im folgenden, wie zuvor bei Freiburg, bezieht sich die Darstellung der Prozentangaben auf die gesamten Nennungen, die zur Fragestellung nach Problemen in der Gemeinde gemacht wurden. Für Emmendingen wurden von den Befragten insgesamt 1.207 Nennungen abgegeben. Dies ist die Summe der Mehrfachnennungen von $n = 581$ Personen (70,0% der $n = 830$ Befragten), die hierzu mindestens eine Angabe machten; $n = 249$ der Befragten enthielten sich bei dieser Frage. Mit einem Mehr von ca. 5% ist der Anteil der Nichtantworter etwas höher als vergleichsweise in Freiburg.

Die Mehrfachangaben oder Einfachangaben verteilen sich wie folgt: $n = 173$ Personen (29,8%) gaben genau ein Problem an, $n = 189$ (32,5%) führten zwei Probleme an und $n = 219$ (37,7%) Personen nahmen den ihnen zur Verfügung gestellten Raum in Anspruch und nannten drei für sie relevante Probleme. Die Aufbereitung der Nennungen und die Kategorisierung erfolgte entsprechend der Aufbereitung für Freiburg (vgl. oben).

Die meisten Nennungen mit einer Anzahl von $n = 478$ entfielen auf die Kategorie „Infrastruktur“ (vgl. Tabelle 10.2). Das entspricht einem prozentualen Anteil von 39,6% und geht damit sogar über ein Drittel der Nennungen insgesamt hinaus. Die Angaben häufen sich zu einigen Punkten. So werden in erster Linie die fehlenden infrastrukturellen Einrichtungen von seiten der Stadt beklagt, z.B. mangelnde Kinderbetreuung oder fehlende

Freizeiteinrichtungen für Jugendliche. Viele Stimmen gab es zu dem unzureichenden Angebot für die Einwohner an öffentlichen Verkehrsmitteln.

Bei einer Differenz von nahezu 20% zwischen dem Oberzentrum Freiburg und Emmendingen kann die unterschiedliche Schwere bei der Wahrnehmung von infrastrukturellen Mängeln durchaus als Indikator für eine Stadt-Land-Differenzierung nützlich sein.

Tabelle 10.2: Kategorisierte Probleme Emmendingens

Kategorie	Emmendingen	
	n	%
Verkehr	326	27,0
Infrastruktur	478	39,6
Wohnung	149	12,3
Sozialstruktur	98	8,1
Umwelt	94	7,8
Kriminalität	25	2,1
Wahrnehmung des Raumes	38	3,1
Insgesamt	1208	100

An die zweite Stelle abgedrängt taucht mit 27,0% ($n = 326$) die Kategorie „Verkehr“ auf. Bemerkenswert ist dabei, daß der Unterschied bei einem Vergleich mit Freiburg gerade nur 2% bei diesem Problemfeld beträgt und immer noch eine große Bedeutung inne hat. In Emmendingen gibt es keine konkreten Problemangaben, wie dies in Freiburg durch den Bau der neuen B 31 gegeben ist (vgl. oben). Der eindeutige Schwerpunkt der Nennungen bezieht sich schlicht auf Verkehrsprobleme im allgemeinen, Verkehrslärm und allem voran zu viel Verkehr.

An dritter Stelle kommt mit entschieden weniger Angaben die Kategorie „Wohnung“. Hierauf entfielen noch 12,3% ($n = 149$). Anders als in Freiburg, wo oft zu teurerem Wohnraum beklagt wurde, findet in Emmendingen eine eindeutige Gewichtung der Nennungen hin zu einem Wohnraumangel statt. Das Feld „Soziale Probleme“, das sich an die Wohnraumproblematik anschließt, liegt mit 8,1% um einiges unter dem Wert von Freiburg. An diesem Unterschied macht sich die geringere Heterogenität der Gemeinde im Vergleich zu einer größeren Stadt bemerkbar. Es kommt nicht zu einer solch starken Entwicklung von Randgruppenbildung, und Konfliktlinien bleiben begrenzt, wobei Emmendingen als Stadt schon die Größe hat, die gewisse Freiheiten und Toleranzen mit sich bringen kann. Die in-

haltlichen Angaben entsprechen diesen Annahmen; sie stimmen mit denen für Freiburg überein und werden nur in einem viel schwächeren Maße angesprochen.

„Umwelt“ ist mit 7,8% nur geringfügig weniger im Anschluß zu nennen und fällt bei ähnlichen Nennungen etwas geringer aus als in Freiburg.

Unter der Fragestellung, welche stadtteilbezogenen Probleme für die Gemeinde relevant sind, sind die beiden letzten Kategorien nur wenig bedeutsam. Die „Wahrnehmung des Raums“ und „Kriminalität“ fallen mit Werten, die eindeutig unter 5% liegen, nicht ins Gewicht. „Räumliche Wahrnehmung“ mit 3,1% erhält dabei sogar noch einen kleinen Anteil mehr als „Kriminalität“ mit 2,1% der Nennungen. Vor allem die Neubauviertel mit ihren Randlagen, die typisch sind für wachsende Gemeinden, dürften dafür ausschlaggebend sein, daß die Kategorie „Wahrnehmung des Raums“ überhaupt Nennungen erhielt.

Das Bemerkenswerte beim letzten Problemfeld „Kriminalität“ ist, daß es im Vergleich zu Freiburg (vgl. Tabelle 10.1) um die Hälfte abnimmt. Mit 2,1% ist es das kleinste Problemfeld und erhält nur $n = 25$ Nennungen.

10.2.2 Löffingen

Abschließend sollen die Ergebnisse der Fragestellung in ihrer Verteilung über Löffingen dargestellt werden. Aufgrund des geringen Rücklaufs der Fragebögen ist die Anzahl der auswertbaren Daten insgesamt für Löffingen gering. Bei einer gesamten Teilnahme von $n = 289$ Personen haben zu dieser Fragestellung immerhin noch $n = 205$ (70,9%) Personen mindestens ein Problem ihrer Gemeinde genannt; $n = 84$ Personen haben keine Antwort gegeben. Mit 29,1 % ist die Ausfallquote zu dieser Fragestellung beinahe identisch mit jener von Emmendingen.

Für Löffingen wurden von den Befragten über die gesamte Variable insgesamt $n = 442$ Nennungen gegeben. Dies entspricht nur noch ca. einem Drittel des Gesamtumfangs von Emmendingen. Über die Möglichkeit der Mehrfachangaben ergibt sich die folgende Verteilung für Löffingen: $n = 59$ (28,7%) Probanden gaben eine Antwort, $n = 50$ (24,4%) nannten zwei Probleme und $n = 96$ (46,8%), somit die überwiegende Mehrheit, gaben drei Probleme zu ihrer Gemeinde an.

Um der geringen Anzahl nicht zuviel Bedeutung zukommen zu lassen, sollen nicht mehr jede Zahl der Tabelle vorgestellt, sondern Tendenzen, die sich in der Zusammenschau mit Emmendingen und Freiburg abzeichnen, herausgearbeitet werden.

Ins Auge fällt der hohe Wert der Kategorie „Infrastruktur“. Mit 54,3% (n = 240) sammeln sich schon über die Hälfte aller Nennungen insgesamt (n = 442) unter dieser Kategorie (vgl. Tabelle 10.3). Wie schon die Ergebnisse von Emmendingen deutlich machten, tritt für Löffingen die Bedeutung dieses Bereiches für diese kleinere Gemeinde jetzt noch stärker hervor.

Tabelle 10.3: Kategorisierte Probleme Löffingens

Kategorie	Löffingen	
	n	%
Verkehr	63	14,3
Infrastruktur	240	54,3
Wohnung	37	8,4
Sozialstruktur	48	10,9
Umwelt	47	10,6
Kriminalität	-	-
Wahrnehmung des Raumes	7	1,6
Insgesamt	442	100

Weiterhin auffällig ist das in den Prozentwerten tatsächlich deutliche Absinken der Kategorie „Verkehr“ (14,3%). Dies kann sowohl von einem Verdrängungseffekt durch die zuvor genannte Variable herrühren als auch durch die tatsächlichen Gegebenheiten, daß also Löffingen nicht so sehr von dieser Problematik berührt ist. Die Kategorien „Sozialstruktur“ sowie „Umwelt“ sind jeweils mit ca. 10% der Nennungen besetzt.

Neben dem zu vernachlässigenden Wert des Problemfeldes „Wahrnehmung des Raums“ (1,6%), der durch eine geringere Betroffenheit der negativ wirkenden Raumgestaltung, wie es für städtische Wohnviertel typisch ist, zu erklären wäre, liegt eine weitere Auffälligkeit für Löffingen in dem völligen Fehlen der Kategorie „Kriminalität“. Der Umstand, daß eine eventuelle Gefahr im eigenen näheren Stadtbereich gar nicht wahrgenommen wird, könnte mit einer stärkeren sozialen Kontrolle zusammenhängen, die in kleineren Gemeinden – „wo man sich noch kennt“ – eher funktioniert. Zudem wird Kriminalität in den verschiedensten Medien in ihrer Ursache wie in ihrem Vorkommen weitgehend als städtisches Problemfeld dargestellt, und dieser Umstand wirkt sich wiederum auf das Sicherheits- bzw. Unsicherheitsgefühl aus.

Zusammenfassend für einen Stadt-Land-Vergleich läßt sich sagen, daß die augenfälligsten Unterschiede in dem Hervorstechen der Bedeutung des

Problemfeldes „Infrastruktur“ liegen. In allen drei Befragungsorten wird zwar eine gewisse Reihenfolge der Problemnennungen bestätigt, doch durch die Bedeutung der Probleme mit infrastrukturellen Mängeln wird besonders in Löffingen den anderen Kategorien Bedeutung entzogen. Kriminalität spielt als von den Bürgern gesehenes und in der Befragung benanntes Problem in allen drei Gemeinden, wenn überhaupt, nur eine sehr untergeordnete Rolle. In Freiburg sind es immerhin 4,5% der Bürger, die dieses Problem, teilweise neben anderen, benennen, in Emmendingen gerade noch 2,1%, in Löffingen wird es gar nicht genannt, zumindest nicht unter den drei wichtigsten. Das belegt in aller Deutlichkeit, daß die Bürger andere Probleme ihres Stadtteils sehen, die als wesentlich wichtiger erachtet werden als Kriminalität. Das gilt selbst für Freiburg, eine Großstadt, die innerhalb Baden-Württembergs hinsichtlich der Gesamtkriminalitätsbelastung immerhin eine Spitzenposition neben Mannheim, Stuttgart oder Karlsruhe einnimmt. Die Bürger Freiburgs erleben diese relativ hohe Kriminalitätsbelastung, die sich auch auf die einzelnen Stadtteile niederschlagen muß, nicht in der Weise, daß dringend Handlungsbedarf bestünde. Das mag damit zusammenhängen, daß ein Großteil der Kriminalität in Freiburg Bagatellkriminalität darstellt, etwa Fahrraddiebstahl oder Ladendiebstahl, deren Beunruhigungspotential relativ gering ist. Es ist jedoch wichtig zwischen der Sichtweise des eigenen, bekannten Stadtteils und der anonymen Gesamtstadt zu unterscheiden. Während Kriminalität im eigenen engeren Lebensumfeld kaum als Problem erlebt wird, ändert sich die Sichtweise, wenn man nach der Stadt insgesamt fragt. Dort wird Kriminalität zumeist als eines der drei wichtigsten Probleme eingestuft (vgl. hierzu ausführlich *Oberfell-Fuchs 2000*).

10.3 Zusammenfassung

In den westdeutschen Gemeinden wurde im Gegensatz zu der Erhebung in Ostdeutschland danach gefragt, welches die dringendsten Probleme des Stadtteils sind, in dem die jeweiligen Befragten wohnen. Um eine Beeinflussung der Beantwortung der Frage durch den Hauptteil der Untersuchung zu vermeiden, wurde die Frage am Anfang des Inventars (nach den soziodemographischen Angaben) gestellt. Die Antworten der offenen Frage wurden nachträglich kategorisiert. In Freiburg wurden von 1.764 Befragten insgesamt 3.720 Nennungen gegeben (Mehrfachangaben waren möglich, gebeten wurde um Angabe von maximal drei der dringendsten Probleme).

Somit haben 75,2% aller Befragten Angaben zu dieser offenen Frage gemacht. 27,6% nannten ein, 33,2% zwei und immerhin 39,1% drei Probleme ihres Stadtviertels. Das deutet auf ein gewisses Bedürfnis der Befragten hin, sich zu erlebten Problemen des Stadtteiles zu äußern.

Die von den Bürgern genannten Probleme wurden nach der Häufigkeit der Nennungen folgenden sieben Kategorien zugeordnet:

1. Verkehr. Immerhin 29,8% der Nennungen entfielen auf diesen Bereich. Geäußert wurde sowohl eine Unzufriedenheit mit der Verkehrssituation als auch der Verkehrspolitik der Stadt. Vor allem wurde der Wunsch nach mehr verkehrsberuhigten Zonen geäußert.
2. Infrastruktur. 22,9% der Nennungen entfielen auf diesen Bereich. Genannt wurden vor allem eine unzureichende Versorgung mit Schulen, fehlende Einkaufsmöglichkeiten, schlechte Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr und zu wenig kulturelles Angebot.
3. Wohnsituation. 14,9% entfielen auf diese Kategorie. Geäußert wurde Kritik an den Mietpreisen aber auch an der Qualität der Wohnungen.
4. Sozialstruktur, 13,9% der Nennungen. In diese Kategorie wurden Äußerungen zur sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung in den verschiedenen Stadtteilen subsumiert. Kritische Äußerungen beziehen sich vor allem zu Ausländern, Asylanten, Obdachlosen oder anderen Randgruppen. Die Randgruppen werden entweder selbst als Problem definiert oder deren mangelnde Integration. In diesem Zusammenhang wurde von Überfremdung, sozialen Konflikten oder Isolation gesprochen.
5. Umwelt, 9,7% der Nennungen. Genannt wurde vorwiegend Luftverschmutzung, Lärmbelästigung oder allgemein Umweltprobleme.
6. Kriminalität, 4,5 % der Nennungen. Obwohl Freiburg eine vergleichsweise hohe Kriminalitätsbelastung hat, wird das Thema „Kriminalität“ von den Bürger in einer offenen Frage zu den Problemen des Stadtteils erst an sechster Stelle genannt. Hingewiesen wird sowohl auf konkrete Bedrohungssituationen als auch auf allgemeinere Themen, z.B. Jugendkriminalität.
7. Räumliche Wahrnehmung, 4,2% der Nennungen. Genannt wurden Probleme des Wohnumfeldes und dessen Gestaltung. Bemängelt wurde z.B. die zu große Wohndichte, mangelnde Grünflächen oder schlechte Altbausanierung.

Die Verkehrsproblematik spielt offensichtlich für die gesamte Stadt eine große Rolle, was auch mit der breiten Diskussion um den Ausbau einer zentralen Bundesstraße zu tun haben dürfte. Das zeigt sich, daß die von diesem Ausbau betroffenen Stadtteile das Verkehrsproblem besonders herausheben. Die von den Bewohnern des Stadtzentrums erwähnten Verkehrsprobleme dürften sich dagegen mehr auf die in allen Großstädten anzutreffenden Verkehrsverdichtungen und Parkprobleme beziehen.

Was Infrastrukturprobleme betrifft – wobei ein Großteil der Kritik sich auf fehlende Spielmöglichkeiten für Kinder bezog – kam Kritik vor allem aus den Stadtteilen an der Peripherie Freiburgs; hier wurde dieser Punkt an erster Stelle genannt. Gerade in den Randlagen Freiburgs wohnen viele kinderreiche Familien. Zudem spielen infrastrukturelle Bedingungen, wie z.B. der ÖPNV, eine wichtigere Rolle als in den Stadtteilen der Kernstadt.

Hinsichtlich der Kritik an der Wohnsituation wurden die hohen Mieten in einigen zentralen Stadtteilen bemängelt, ferner die Bausubstanz in Altstadtgebieten. Umweltprobleme wurden vor allem in Stadtteilen mit viel Verkehr kritisiert, aber auch in solchen, in denen eine Mülldeponie vorhanden bzw. in Planung ist.

In Bezug auf die Problemkategorie Sozialstruktur zeigt sich, daß in einem Großteil der Stadtteile kaum Schwierigkeiten im Zusammenleben genannt werden. Bedeutung hat die Sozialstruktur allerdings für einige wenige Gebiete: vor allem für den Stadtteil Weingarten, ferner für den an die Innenstadt anschließenden Stadtteil Stühlinger sowie einige weitere westliche Stadtgebiete. Damit deutet sich wiederum eine Untergliederung der Stadt in zwei ungleiche Problemgebiete an, einen Ost- und Westteil der Stadt (vgl. Kapitel 9). Weingarten ist neben Landwasser eine Hochhaus-siedlung, in welcher vor allem sozial belastete und einkommensschwache Gruppen wohnen und die immer wieder in die Schlagzeilen gerät.

Was die Nennung der Kriminalität als Problem betrifft, zeigt sich eine deutlich unterschiedliche Häufigkeitsverteilung über die einzelnen Stadtteile, die mit der Nennung anderer Probleme interagiert. Interessanterweise wurde in der Altstadt das Kriminalitätsproblem mit 2,6% der Nennungen unterdurchschnittlich bewertet. Tatsächlich ist in diesem Stadtteil der Opferanteil jedoch am höchsten (41,9%). Die Stadtteile, in denen das Kriminalitätsproblem besonders hervorgehoben wird, liegen im Westen; im Ostteil der Stadt wird dagegen diese Problematik als weniger wichtig eingestuft. Zwischen der Angabe der Befragten, daß Kriminalität ein großes Problem sei, und der Viktimisierungsquote läßt sich kaum ein Zusammen-

hang herstellen. Das korrespondiert mit dem Resultat, daß zwischen der von den Bürgern erlebten Verbrechensfurcht und der Kriminalitätsbelastung kaum eine substantielle Korrelation besteht (vgl. *Kury & Ferdinand* 1998). Stadtteile, in denen das Kriminalitätsproblem relativ oft genannt wurde sind gleichzeitig solche, in denen auch Kritisches zur räumlichen Wahrnehmung geäußert wurde.

Da Emmendingen und Löffingen kleinere Gemeinden sind, ist eine differenzierte Darstellung wie in Freiburg nicht möglich. In Emmendingen wurden von 581 Befragten (70,0% der Gesamtstichprobe) insgesamt 1.207 Probleme der Stadt bzw. des Wohngebietes benannt. Auch hier gaben mit 37,7% relativ viele der Bewohner drei Probleme an (29,8% nannten ein, 32,5% zwei Probleme). Die genannten Probleme wurden denselben Kategorien wie in Freiburg zugeordnet. 39,6%, damit der größte Anteil, nannten Probleme der Kategorie „Infrastruktur“ (mangelnde Kinderbetreuung, fehlende Freizeiteinrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel), 27,0% nannten den Bereich „Verkehr“ (Verkehrslärm, zu viel Verkehr), 12,3% „Wohnung“ (zu wenig Wohnungen), 8,1% „Soziale Probleme“ (Randgruppenproblematik), 7,8% „Umwelt“, 3,1% „Räumliche Wahrnehmung“ und schließlich mit dem geringsten Wert, 2,1% den Bereich „Kriminalität“.

In Löffingen haben 205 Befragte (70,9%) Angaben gemacht und 442 Probleme der Gemeinde genannt. 28,7% nannten ein Problem, 24,4% zwei und 46,8% drei Probleme. Im Vergleich zu den beiden übrigen Gemeinden fällt hier die häufige Nennung des Bereichs „Infrastruktur“ auf. Verkehrsprobleme werden dagegen in Löffingen weniger gesehen, was mit der ländlichen Struktur der Gemeinde zusammenhängen dürfte. „Kriminalität“ wurde in Löffingen als Problem überhaupt nicht genannt.

Insgesamt zeigt sich, daß „Kriminalität“ in allen drei Kommunen als von den Bürgern im eigenen Stadtteil erlebtes Problem, wenn überhaupt, nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Das trifft auch für Freiburg zu, einer Großstadt, die im Landesvergleich mit zu den kriminalitätsbelastetsten Städten gehört. Die Bürger sehen in ihrem engeren Lebensumfeld andere Probleme, die es zu lösen gilt, Kriminalität spielt nur eine marginale Rolle. Wird nach den Problemen der Stadt Freiburg insgesamt gefragt, so rückt die Kriminalität, dies konnten andere lokale Studien zeigen, deutlich nach vorn. Man fühlt sich in seinem eigenen Wohngebiet sicher, sieht dort kaum Handlungsbedarf, schätzt jedoch den Rest der Stadt teilweise als problembelasteter ein, ein Ergebnis, das sich in Opferuntersuchungen immer wieder feststellen läßt.

KAPITEL 11

Berufstätigkeit, Lebensziele, Einstellungen

Die Einstellung zu Kriminalität, das Erleben straffälligen Verhaltens bzw. einer eigenen Opferwerdung wird zweifellos mehr oder weniger deutlich beeinflusst von den eigenen Lebensbedingungen, der Einschätzung der eigenen beruflichen Tätigkeit, den Lebenszielen und dem Erleben der allgemeinen, z.B. politischen, Lebensumstände. So ist beispielsweise die erlebte und angegebene Verbrechensfurcht in aller Regel größer bei Personen mit ungünstigeren Lebens-, Wohn- und Einkommensbedingungen, also bei Befragten mit größerer empfundener Vulnerabilität. Auch die Einstellung zu Sanktionen, etwa eine punitivere Haltung, nimmt in der gleichen Weise zu. Dabei hat der Bildungsstand (Schulbildung) einen wesentlichen Einfluß. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, daß Unterschiede in der Kriminalitätseinstellung und dem Kriminalitätserleben zwischen urbanen und ländlichen Gemeinden, vor allem aber zwischen Ost- und Westdeutschland von Unterschieden in den Tätigkeitsfeldern bzw. den Lebenszielen und -einstellungen moderiert werden.

Im folgenden soll geprüft werden, wieweit solche Unterschiede bestehen. Entsprechend wurden in das Erhebungsinventar drei Fragen mit jeweils unterschiedlichen Antwortmöglichkeiten aufgenommen:

- Item 18: „Falls Sie berufstätig sind, sagen Sie uns bitte etwas über Ihre Arbeit. Wie läßt sich Ihre Tätigkeit beschreiben?“ (10 Antwortalternativen),
- Item 27: „Welche Bedeutung haben die folgenden Lebensziele für Sie?“ (17 Antwortalternativen), und
- Item 28: „Im folgenden finden Sie wieder einige Aussagen. Wir bitten Sie, Ihre Meinung dazu deutlich zu machen“ (14 Antwortalternativen).

Die erwähnten Aussagen beziehen sich auf gesellschaftliche und politische Umstände.

11.1 Erleben der eigenen Berufstätigkeit

Von den insgesamt befragten $N = 5.656$ Personen in sämtlichen fünf Gemeinden gaben $n = 3.043$ (53,8 %) an, daß sie berufstätig seien, und beant-

worteten gleichzeitig das Item V18. Hierauf beruhen die Auswertungen zu dieser Frage.

Wie aus Tabelle 11.1 hervorgeht zeigen sich Unterschiede im Erleben der eigenen Berufstätigkeit, abhängig sowohl vom Urbanisierungsgrad als auch zwischen Ost- und Westdeutschland.

So nimmt in den westdeutschen Gemeinden die Einschätzung der Berufstätigkeit als körperlich schwer mit abnehmender Urbanität zu. Das heißt, in ländlicheren Gegenden erleben die Befragten ihre Tätigkeit als schwerer, was damit zusammenhängen dürfte, daß dort mehr handwerklich und landwirtschaftlich gearbeitet wird, in Freiburg dagegen anteilmäßig mehr Bürotätigkeit verrichtet wird. Entsprechend stufen die Bewohner Freiburgs und Jenas ihre Tätigkeit als eher geistige Arbeit ein.

Deutliche Unterschiede ergeben sich zwischen den ost- und westdeutschen Gemeinden. In den ostdeutschen Gemeinden wird die berufliche Tätigkeit als körperlich anstrengender eingestuft. Bei allen übrigen Einzelitems liegen dagegen die westdeutschen Kommunen (tendenziell) höher. So wird hier die Arbeit als nervlich anstrengender beurteilt, als mehr geistige Arbeit, die mehr Eigeninitiative verlangt, die aber auch mehr die Zusammenarbeit mit Kollegen ermöglicht; diese Zusammenarbeit macht mehr Freude, es gibt mehr Kontakte zu den Kollegen über die Arbeit hinaus, die Bezahlung wird als angemessener erlebt, insgesamt wird die Arbeit als interessanter beurteilt, und entsprechend ist die Arbeitszufriedenheit größer.

Ergänzend zu obiger Beschreibung auf Einzelitemebene wurden – auch zur Reduzierung der Datenfülle – die 10 Items einer Hauptkomponentenanalyse unterzogen. Die Faktorenanalyse beruht auf den Fragebögen derjenigen Personen, die eine Berufstätigkeit angaben ($n = 3.043$).

Bereits die Korrelationsmatrix zeigt deutliche Zusammenhänge zwischen Einzelitems, die plausibel interpretierbar sind. Hierbei sollen vor allem Korrelationen mit einem Wert von größer .30 berücksichtigt werden.

Es zeigen sich vor allem Unterschiede zwischen der Art der beruflichen Tätigkeit (körperliche versus mehr geistige Arbeit) und dem Erleben dieser Arbeit. Befragte, die ihre Arbeit als „überwiegend geistig“ beschreiben, geben gleichzeitig an, daß diese weniger mit schwerer körperlicher Anstrengung verbunden ist ($r = -.41$), dagegen mehr große nervliche Anspannung mit sich bringt ($r = .31$), Eigeninitiative verlangt ($r = .31$) und als interessant erlebt wird ($r = .31$). Schwere körperliche Arbeit wird dagegen weniger als Eigeninitiative fordernd erlebt ($r = -.07$), die Zusammenarbeit mit den Kollegen macht weniger Freude ($r = -.03$), die Bezahlung wird als we-

Table 11.1: Beschreibung der eigenen Berufstätigkeit in Abhängigkeit vom Urbanisierungsgrad, getrennt für Ost- und Westdeutschland

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
Schwere körperl. Anstrengung	1,67	1,03	1,80	1,11	1,89	1,12	$F_{(2/1922)} = 5,19^{**}$
Große nervliche Anstrengung	2,91	0,99	2,94	0,99	2,84	1,00	$F_{(2/1936)} = 0,64$
Überwiegend geistige Arbeit	3,06	1,03	3,01	1,05	2,87	1,08	$F_{(2/1911)} = 2,64$
Arbeit verlangt Eigeninitiative	3,45	0,81	3,43	0,83	3,53	0,69	$F_{(2/1970)} = 1,06$
Ermöglicht Zusammenarbeit mit Kollegen	3,40	0,93	3,48	0,92	3,32	0,99	$F_{(2/1965)} = 2,22$
Zusammenarbeit macht Freude	3,41	0,83	3,40	0,84	3,37	0,83	$F_{(2/1921)} = 0,23$
Kollegenkontakte über Arbeit hinaus	2,65	1,15	2,67	1,11	2,68	1,12	$F_{(2/1914)} = 0,11$
Arbeit angemessen bezahlt	2,63	1,10	2,72	1,02	2,96	1,04	$F_{(2/1944)} = 8,17^{***}$
Arbeit interessant	3,45	0,79	3,46	0,76	3,49	0,79	$F_{(2/1983)} = 0,19$
Mit Arbeit zufrieden	3,39	0,79	3,45	0,72	3,49	0,71	$F_{(2/1998)} = 1,96$
	Jena		Kahla				Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s			
Schwere körperl. Anstrengung	1,79	0,97	2,00	0,95			$F_{(1/1306)} = 6,06^*$
Große nervliche Anstrengung	2,73	0,87	2,59	0,93			$F_{(1/1307)} = 3,19$
Überwiegend geistige Arbeit	2,84	0,95	2,56	1,10			$F_{(1/1297)} = 10,46^{**}$
Arbeit verlangt Eigeninitiative	3,26	0,73	3,17	0,78			$F_{(1/1323)} = 1,78$
Ermöglicht Zusammenarbeit mit Kollegen	3,24	0,78	3,15	0,83			$F_{(1/1335)} = 1,85$
Zusammenarbeit macht Freude	3,21	0,70	3,15	0,75			$F_{(1/1333)} = 0,95$
Kollegenkontakte über Arbeit hinaus	2,23	0,86	2,21	0,84			$F_{(1/1329)} = 0,08$
Arbeit angemessen bezahlt	2,08	0,88	2,07	0,94			$F_{(1/1330)} = 0,03$
Arbeit interessant	3,26	0,74	3,13	0,80			$F_{(1/1340)} = 3,98^*$
Mit Arbeit zufrieden	3,07	0,69	2,97	0,73			$F_{(1/1348)} = 2,93$

*p < .05

**p < .01

***p < .001

niger angemessen ($r = -.16$) und die Tätigkeit als weniger interessant erlebt ($r = -.11$), die Arbeitszufriedenheit ist eher niedrig ($r = -.10$). Verlangt die Arbeit mehr Eigeninitiative, wird sie gleichzeitig als interessanter erlebt ($r = .45$). Ermöglicht die Tätigkeit die Zusammenarbeit mit anderen Kollegen, wird diese Zusammenarbeit gleichzeitig als weitgehend befriedigend erlebt ($r = .56$), naheliegenderweise gibt es dann eher Kontakte mit den Arbeitskollegen über die Berufstätigkeit hinaus ($r = .32$). Macht die Zusammenarbeit mit Kollegen Freude, gibt es erwartungsgemäß eher Kontakte über die Berufstätigkeit hinaus ($r = .43$), ferner steigt die Arbeitszufriedenheit ($r = .34$). Die Arbeitszufriedenheit steigt weiterhin mit dem Gefühl, angemessen bezahlt zu werden ($r = .33$), vor allem aber damit, daß die Tätigkeit als interessant eingeschätzt wird ($r = .63$). Diese Korrelation zwischen Arbeitszufriedenheit und Einschätzung der Tätigkeit als interessant ist insgesamt die höchste.

Die Hauptkomponentenanalyse brachte nach Varimaxrotation optimal eine Zweifaktorenlösung, die in Tabelle 11.2 dargestellt ist. Beide Faktoren klären 44,0% der Gesamtvarianz auf (Faktor I = 28,1%; Faktor II = 15,9%), die einzelnen Items sind – mit Ausnahme von Item Nr. 8 (angemessene Bezahlung) – anhand der Faktorenladung relativ deutlich einem der beiden Faktoren zuzuordnen. Auf Faktor I laden im wesentlichen die Items, welche die Zusammenarbeit und den Kontakt mit den Arbeitskollegen erfassen, ferner die Arbeitszufriedenheit und – als zweithöchste Ladung – die Einschätzung der Arbeit als interessant. Auf Faktor II laden dagegen die Items, welche die weniger körperliche (-.49), dagegen mehr geistige/nervliche Beanspruchung, das erlebte Erfordernis von Eigeninitiative sowie die Einschätzung der Tätigkeit als interessant betonen. Faktor I hat seinen Schwerpunkt somit auf der Zusammenarbeit mit Kollegen und der Arbeitszufriedenheit, Faktor II auf der geringen körperlichen, aber geistigen Belastung und der Qualifizierung der Tätigkeit auf der Dimension „interessant“.

Für beide Faktoren wurden auf der Basis der 10 Einzelitems Itemanalysen gerechnet. Die Trennschärfen liegen bei Skala I (Faktor I) zwischen .32 und .62 und bei Skala II (Faktor II) zwischen .17 und .42. Lediglich Item 8 und Item 3 hatten einen sehr niedrigen Wert. Deshalb wurden diese beiden Items bei den weiteren Berechnungen nicht berücksichtigt. Die Werte für Cronbachs α liegen mit .67 für Skala I und .38 für Skala II in einem für Forschungsskalen befriedigenden Bereich.

Als nächstes berechneten wir die Unterschiede in den beiden Skalenergebnissen zwischen den fünf Orten. Diese Unterschiede sind relativ gering und

Tabelle 11.2: Hauptkomponentenanalyse des Variablenpools „Beschreibung der Berufstätigkeit“

V18: Beschreibung Berufstätigkeit	Faktor I	Faktor II	h ²
1 körperliche Anstrengung	.11	-.49	.25
2 nervliche Anspannung	-.05	.47	.22
3 überwiegend geistig	.01	.74	.55
4 verlangt Eigeninitiative	.19	.64	.45
5 Zusammenarbeit mit KollegInnen	.72	-.01	.52
6 Zusammenarbeit macht Freude	.82	-.01	.68
7 KollegInnen – Kontakte über Arbeit hinaus	.67	-.07	.45
8 angemessen bezahlt	.27	.25	.14
9 interessant	.46	.65	.62
10 zufrieden	.56	.44	.51
Eigenwert	2,81	1,59	
Aufgeklärte Varianz	28,1%	15,9%	44,0%

können nur als Tendenz dahingehend interpretiert werden, daß in Jena und Kahla die Zusammenarbeit mit den Kollegen und die Arbeitszufriedenheit jeweils niedriger eingeschätzt werden als in den westdeutschen Kommunen. Tendenziell wird die geistige Anstrengung und die Interessantheit der Tätigkeit niedriger eingestuft. Die obigen Ergebnisse werden somit bestätigt. Die Umfrage erfolgte relativ rasch nach der Wende, die später sich abzeichnende zunehmende Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die Probleme am Arbeitsbereich, waren damals noch nicht virulent, dürften aber ihre Schatten vorausgeworfen haben. Das könnte zur vorliegenden negativeren Einschätzung beigetragen haben. Da gerade in der früheren DDR über den Arbeitsplatz viele Kontakte bestanden und (politisch) gefördert wurden, ist die inzwischen im Vergleich zu Westdeutschland negativere Einschätzung der Kontakte am Arbeitsplatz auffallend.

Weiterhin prüften wir, wieweit die beiden gefundenen Dimensionen, getrennt für die fünf Orte, vom Geschlecht, Alter und Schulabschluß der Befragten moderiert werden. Zur Prüfung der Signifikanz der Unterschiede wurden jeweils einfaktorielle Varianzanalysen gerechnet, deren Ergebnisse sich in den Tabellen 11.3 und 11.4 finden.

Was die Dimension Zusammenarbeit mit Kollegen/Zufriedenheit (Faktor I) betrifft lassen sich lediglich für Jena für das Geschlecht sowie das Alter

statistisch bedeutsame Unterschiede finden, die allerdings relativ geringfügig sind. In Jena schätzen die weiblichen Befragten die Zusammenarbeit mit Kollegen bzw. Kolleginnen sowie die Arbeitszufriedenheit besser ein als die Männer. Das mag mit der damals noch guten Einbindung der Frauen in das Berufsleben zu tun haben, wie es für die frühere DDR typisch war.

Hinsichtlich des Zusammenhangs mit dem Lebensalter der Befragten zeigt in Jena die niedrigste (14-25 Jahre) und die höchste (66 Jahre und älter) Altersgruppe die günstigste Einschätzung der Zusammenarbeit mit Kollegen sowie die höchste Berufszufriedenheit. Der hohe Wert der ältesten Altersgruppe dürfte sich auf das Erleben der Berufstätigkeit in der früheren DDR beziehen. Es handelt sich um Personen, die zum Zeitpunkt der Wende bereits im Pensionsalter waren. Dies bestätigt die Vermutung, daß die Zusammenarbeit mit den Kollegen am Arbeitsplatz zu DDR-Zeiten gefördert und relativ intensiv war.

Die günstige Einschätzung der Zusammenarbeit und Arbeitszufriedenheit der jüngsten Altersgruppe dürfte mit dem Elan junger Menschen zu Beginn der Berufs- bzw. Arbeitstätigkeit zusammenhängen, gerade jungen Menschen fällt es leichter, aufeinander zuzugehen und mit den Arbeitskollegen Kontakte zu pflegen. Dies ist kein spezifisch ostdeutsches Phänomen, auch im Westen zeigen sich entsprechende Unterschiede.

Wesentlich deutlichere, statistisch bedeutsame Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern, Alters- bzw. Bildungsgruppen zeigen sich bei Skala II (geistige Anstrengung, Eigeninitiative, Interessantheit der Tätigkeit; vgl. Tabelle 11.4). Für Freiburg und Emmendingen zeigen die männlichen Befragten in Skala II statistisch signifikant höhere Werte als die weiblichen, auch in Löffingen gehen die Unterschiede tendenziell in dieselbe Richtung. Für Jena und Kahla zeigen sich keine bedeutsamen Unterschiede. Das bedeutet, daß in den beiden größeren westdeutschen Kommunen die Männer ihre Berufstätigkeit als weniger körperlich, mehr geistig anstrengend qualifizieren, diese als mehr eigeninitiativ und interessant schildern als die Frauen. Das dürfte damit zusammenhängen, daß Männer oft interessantere, qualifiziertere und auch besser bezahlte Berufstätigkeiten für sich „erobert“ haben, Frauen dagegen meist mit den weniger anspruchsvollen Tätigkeiten Vorlieb nehmen müssen. In Jena und Kahla scheinen diese Unterschiede nach der Wende vor dem Hintergrund der früheren Berufspolitik der DDR nicht so deutlich zu bestehen. Hier scheinen die Zugänge beider Geschlechter zu vergleichbaren beruflichen Positionen eher ausgeglichen zu sein.

Tabelle 11.3: Berufstätigkeit – Zusammenarbeit mit Kollegen (Skala I)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	663	12,94	2,49	254	13,03	2,38	102	12,81	2,42
	weibl.	557	12,85	2,71	216	13,06	2,76	74	13,07	2,91
	Sign.	$F_{(1/1218)} = 0,35$			$F_{(1/468)} = 0,02$			$F_{(1/174)} = 0,40$		
Alter (in Jahren)	14-25	206	13,12	2,69	80	13,25	2,59	43	13,05	2,39
	26-35	404	13,06	2,50	132	13,16	2,57	51	12,80	2,55
	36-45	247	12,84	2,52	106	13,30	2,31	42	13,45	2,58
	46-55	210	12,75	2,55	105	12,59	2,54	26	12,81	2,56
	56-65	87	12,59	2,72	29	13,00	2,74	8	10,75	3,01
	66 +	25	12,00	3,54	3	11,33	3,79	-	-	-
	Sign.	$F_{(5/1173)} = 1,64$			$F_{(5/449)} = 1,33$			$F_{(4/165)} = 1,98$		
Schulabschluss	HS	229	12,73	2,77	147	12,95	2,49	69	12,96	2,83
	RS	249	12,80	2,61	128	13,02	2,81	59	12,66	2,57
	GY	702	13,00	2,53	174	13,13	2,44	45	13,20	2,46
	Sign.	$F_{(2/1177)} = 1,16$			$F_{(2/446)} = 0,20$			$F_{(2/170)} = 0,54$		
		Jena			Kahla					
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s			
Geschl.	männl.	565	11,59	2,04	79	11,38	1,81			
	weibl.	591	11,93	2,05	63	11,56	2,26			
	Sign.	$F_{(1/1154)} = 8,02^{**}$			$F_{(1/140)} = 0,26$					
Alter (in Jahren)	14-25	180	12,36	2,14	15	12,00	2,73			
	26-35	304	11,84	2,12	43	11,91	1,59			
	36-45	309	11,47	1,95	48	10,98	2,08			
	46-55	292	11,60	1,98	31	11,13	1,84			
	56-65	58	11,97	2,03	2	12,00	1,41			
	66 +	2	12,50	2,12	-	-	-			
	Sign.	$F_{(5/1139)} = 4,95^{***}$			$F_{(4/134)} = 1,81$					
Schulabschluss	HS	159	11,55	1,96	29	11,17	2,21			
	RS	494	11,89	2,16	74	11,78	2,02			
	GY	471	11,65	1,95	36	11,17	1,46			
	Sign.	$F_{(2/1121)} = 2,45$			$F_{(2/136)} = 1,74$					

*p < .05

**p < .01

***p < .001

Was den Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und den Einstufungen auf Skala II betrifft, ergeben sich, mit Ausnahme Kahlas statistisch signifikante Unterschiede in jeweils dieselbe Richtung: Die Werte steigen bis zur Altersgruppe 36-45 Jahre bzw. 46-55 Jahre (Jena) an, um anschließend wieder mehr oder weniger deutlich abzufallen, teilweise nehmen sie jedoch in den höheren Altersklassen wieder zu. Das bedeutet, daß bis zu einem mittleren Alter die geistig/nervliche Anspannung der Berufstätigkeit wächst, vermehrt die Eigeninitiative betont wird, gleichzeitig aber die Berufstätigkeit auch als zunehmend interessant beschrieben wird. Im Alter zwischen 36 und 55 Jahren liegt in der Regel auch der berufliche Höhepunkt; bis Mitte 30 wird die berufliche Karriere meist ausgebaut, die Anspannung dürfte in dieser Phase größer sein als in der späteren Konsolidierungsphase. Das dürfte den Hintergrund für die gefundenen Altersunterschiede darstellen. Den hohen Werten in der höchsten Altersgruppe in Freiburg dürfte eine retrospektive Beurteilung zugrunde liegen. Wie im Rahmen der Kriminalgeographie dargestellt (vgl. Kapitel 9), ist Freiburg oft Altersruhesitz leitender Angestellter und Beamter, deren Berufsleben in erster Linie durch interessante, geistige Tätigkeit bestimmt war.

Was den Zusammenhang der Skalenwerte mit der Schulbildung (bei dieser demographischen Variablen wurden die ost- und westdeutschen Schulabschlüsse äquivalent gesetzt: 8. Kl. POS = Hauptschule; 10. Kl. POS = Realschule; EOS = Gymnasium) betrifft, zeigen sich ebenfalls deutliche, stets in dieselbe Richtung weisende Abhängigkeiten. Erwartungsgemäß nimmt die Einschätzung der geistig/nervlichen Anspannung, der verlangten Eigeninitiative aber auch der Interessantheit mit zunehmender Schulbildung zu, während die Charakterisierung der Tätigkeit als körperlich anstrengend abnimmt. Das bedeutet, daß erwartungsgemäß eine höhere Schulbildung vermehrt mit geistig fordernden Tätigkeiten anstelle körperlich schwerer Arbeit einhergeht. Lediglich Löffingen als Schwarzwaldgemeinde mit geringeren beruflichen Spezialisierungsmöglichkeiten bildet eine Ausnahme.

Der Mittelwertsvergleich zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Kommunen zeigt, daß bei beiden Faktoren die ostdeutschen Kommunen zumindest tendenziell niedrigere Werte haben. Das bedeutet, daß die Zusammenarbeit mit Arbeitskollegen, die Arbeitszufriedenheit und die Freude am Beruf negativer eingeschätzt wird als in Westdeutschland. Gleichzeitig schildern die Ostdeutschen ihre Tätigkeit als weniger geistig oder nervlich anfordernd, weniger als geistige Tätigkeit, dafür mehr als kör-

Tabelle 11.4: Berufstätigkeit – interessante, geistige Arbeit (Skala II)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	641	13,16	2,38	239	13,02	2,40	100	12,85	2,20
	weibl.	539	12,39	2,50	199	12,53	2,49	73	12,41	2,39
	Sign.	$F_{(1/1178)} = 29,0^{***}$			$F_{(1/436)} = 4,35^*$			$F_{(1/171)} = 1,56$		
Alter (in Jahren)	14-25	199	12,00	2,53	81	11,98	2,20	41	11,44	1,86
	26-35	398	12,88	2,40	128	13,16	2,35	53	2,96	2,20
	36-45	242	13,23	2,32	93	13,04	2,39	38	13,29	2,09
	46-55	200	12,81	2,52	96	12,72	2,61	27	12,85	2,70
	56-65	81	12,81	2,64	24	13,29	2,73	7	12,14	2,73
	66 +	20	13,40	2,48	3	12,33	3,51	-	-	-
	Sign.	$F_{(5/1134)} = 6,08^{***}$			$F_{(5/419)} = 2,87^*$			$F_{(4/161)} = 4,27^{**}$		
Schulabschluss	HS	222	11,95	2,57	137	12,31	2,51	63	12,83	2,39
	RS	237	12,58	2,43	117	12,90	2,34	60	12,38	2,19
	GY	682	13,26	2,30	164	13,34	2,32	47	12,87	2,32
	Sign.	$F_{(2/1138)} = 27,67^{***}$			$F_{(2/415)} = 6,93^{**}$			$F_{(2/167)} = 0,79$		
		Jena			Kahla					
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s			
Geschl.	männl.	547	12,04	2,28	73	11,38	2,63			
	weibl.	553	12,08	2,31	60	11,48	2,95			
	Sign.	$F_{(1/1098)} = 0,09$			$F_{(1/131)} = 0,04$					
Alter (in Jahren)	14-25	177	11,27	2,30	14	11,14	2,28			
	26-35	290	11,96	2,31	42	11,05	2,40			
	36-45	295	12,25	2,28	42	11,40	3,12			
	46-55	276	12,46	2,15	32	11,91	2,88			
	56-65	49	12,02	2,54	1	12,00	0,00			
	66 +	2	12,00	2,83	-	-	-			
	Sign.	$F_{(5/1083)} = 6,54^{***}$			$F_{(4/126)} = 0,48$					
Schulabschluss	HS	147	11,35	2,31	26	11,58	3,02			
	RS	475	11,53	2,26	70	10,84	2,66			
	GY	444	12,93	2,04	35	12,60	2,35			
	Sign.	$F_{(2/1063)} = 57,81^{***}$			$F_{(2/128)} = 5,12^{**}$					

*p < .05

**p < .01

***p < .001

perliche, weniger eigene Initiative erfordernd und als weniger interessant als die Westdeutschen. Verantwortlich für diese Unterschiede können teilweise die oben geschilderten Unterschiede in der Schulausbildung sein, allerdings treten die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, wie wir gezeigt haben, bei allen Schulbildungsniveaus auf.

11.2 Einschätzung der Bedeutung eigener Lebensziele

Mit Frage 27 wird versucht, mittels 17 einzelner Statements die Bedeutung verschiedener Lebensziele zu erfassen. Tabelle 11.5 zeigt zunächst eine Einschätzung der Bedeutung der einzelnen Lebensziele, getrennt nach den Befragten jeder Gemeinde. Die getrennt für die ost- und westdeutschen Gemeinden durchgeführten Varianzanalysen weisen zwischen den westdeutschen Kommunen deutliche Unterschiede auf, weniger dagegen für Jena und Kahla. Für die westdeutschen Gemeinden zeigt sich mit zunehmender Urbanität eine wachsenden Bedeutung der Einschätzung von Lebenszielen wie, das Leben genießen, öfter etwas Neues erleben und einen guten Freundeskreis zu haben.

Nur der letzte Unterschied zeigt sich ebenfalls in Jena im Vergleich zu Kahla: Auch hier messen die Bewohner der größeren Kommune Jena einem guten Freundeskreis eine größere Bedeutung zu als die Befragten in Kahla. Karriere zu machen, erscheint vor allem für Befragte der mittelgroßen Stadt Emmendingen wichtig, was auch mit dem Verhältnis zur nahegelegenen Universitätsstadt Freiburg zusammenhängen könnte.

Tabelle 11.5: Beschreibung der Lebensziele in Abhängigkeit vom Urbanisierungsgrad, getrennt für Ost- und Westdeutschland

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
hohes gesell. Ansehen	1,75	0,71	1,75	0,75	1,72	0,70	$F_{(2/3238)} = 0,17$
Karriere machen	1,83	0,82	1,91	0,85	1,84	0,83	$F_{(2/3161)} = 3,08^*$
Leben genießen	3,00	0,87	2,98	0,88	2,85	0,94	$F_{(2/3223)} = 3,66^*$
öfter Neues erleben	2,80	0,88	2,74	0,92	2,59	0,96	$F_{(2/3252)} = 7,40^{***}$
nach Mode kleiden	1,78	0,72	1,91	0,77	1,96	0,76	$F_{(2/3259)} = 13,68^{***}$
bißchen Luxus leisten	2,15	0,65	2,18	0,68	2,17	0,68	$F_{(2/3245)} = 0,61$
guten Freundeskreis haben	3,25	0,84	3,12	0,84	2,98	0,88	$F_{(2/3195)} = 17,90^{***}$

Fortsetzung Tabelle 11.5

zufriedenstellende Arbeit	3,42	0,76	3,37	0,78	3,41	0,75	$F_{(2/3089)} = 1,28$
materiell gesichert leben	3,18	0,71	3,23	0,70	3,26	0,68	$F_{(2/3336)} = 2,99$
in Parteien engagieren	1,39	0,63	1,34	0,62	1,38	0,64	$F_{(2/3252)} = 2,33$
in Berufsverbänden engagieren	1,43	0,66	1,38	0,65	1,37	0,64	$F_{(2/3217)} = 2,25$
in Interessenverbänden engagieren	2,01	0,84	1,97	0,83	2,04	0,84	$F_{(2/3234)} = 1,08$
Wünsche/Ansprüche durchsetzen	1,86	0,76	1,90	0,77	1,97	0,82	$F_{(2/3230)} = 2,66$
anderen Menschen helfen	2,76	0,76	2,75	0,77	2,81	0,74	$F_{(2/3307)} = 0,61$
für Familie sorgen	3,36	0,80	3,46	0,71	3,49	0,69	$F_{(2/3309)} = 8,16^{***}$
Familienleben pflegen	3,29	0,81	3,42	0,71	3,43	0,69	$F_{(2/3339)} = 11,40^{***}$
für Anschaffungen sparen	2,31	0,94	2,56	0,95	2,72	0,92	$F_{(2/3275)} = 38,23^{***}$
	Jena		Kahla		Varianzanalyse		
	\bar{x}	s	\bar{x}	s			
hohes gesell. Ansehen	1,70	0,76	1,69	0,78	$F_{(1/2094)} = 0,06$		
Karriere machen	1,63	0,78	1,60	0,75	$F_{(1/2080)} = 0,37$		
Leben genießen	2,67	0,85	2,72	0,87	$F_{(1/2106)} = 0,71$		
öfter Neues erleben	2,67	0,90	2,62	0,99	$F_{(1/2112)} = 0,57$		
nach Mode kleiden	2,09	0,79	2,07	0,82	$F_{(1/2113)} = 0,05$		
bißchen Luxus leisten	2,22	0,69	2,25	0,63	$F_{(1/2117)} = 0,38$		
guten Freundeskreis haben	3,03	0,87	2,82	0,92	$F_{(1/2131)} = 11,28^{***}$		
zufriedenstellende Arbeit	3,43	0,82	3,53	0,72	$F_{(1/2057)} = 3,02$		
materiell gesichert leben	3,46	0,66	3,51	0,66	$F_{(1/2146)} = 1,43$		
in Parteien engagieren	1,24	0,55	1,23	0,56	$F_{(1/2102)} = 0,13$		
in Berufsverbänden engagieren	1,53	0,69	1,54	0,70	$F_{(1/2094)} = 0,05$		
in Interessenverbänden engagieren	1,89	0,82	1,90	0,78	$F_{(1/2102)} = 0,93$		
Wünsche/Ansprüche durchsetzen	1,96	0,82	2,06	0,83	$F_{(1/2105)} = 2,80$		
anderen Menschen helfen	2,74	0,74	2,74	0,77	$F_{(1/2137)} = 0,00$		
für Familie sorgen	3,57	0,67	3,63	0,62	$F_{(1/2141)} = 1,62$		
Familienleben pflegen	3,50	0,73	3,61	0,63	$F_{(1/2148)} = 4,24^*$		
für Anschaffungen sparen	2,71	0,94	3,01	0,87	$F_{(1/2126)} = 20,18^{***}$		

*p < .05

**p < .01

***p < .001

Sich nach Mode kleiden scheint dagegen ein wichtiges Ziel für die Bewohner der ländlichen Gemeinde Löffingen zu sein. Gleichzeitig bewerten die kleineren, ländlicheren Gemeinden klassische Lebensziele wie für die Familie sorgen, ein Familienleben pflegen oder für Anschaffungen sparen höher, und zwar in West- als auch Ostdeutschland.

Was den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland betrifft, vor allem bezogen auf den Vergleich Freiburg mit Jena, zeigen sich typische Unterschiede, die im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Sozialisation und politischen Beeinflussung beider Bevölkerungsteile gesehen werden müssen. So ist es für die Freiburger im Vergleich zur Bevölkerung Jenas wichtiger, ein hohes gesellschaftliches Ansehen zu haben, Karriere zu machen, das Leben zu genießen, öfter etwas Neues zu erleben, einen guten Freundeskreis zu haben und sich in Parteien und Interessenverbänden zu engagieren. Das heißt, es wird mehr Wert gelegt auf Ansehen, Karriere, Genuß, Neues zu erleben und politisches Engagement. Für die Ostdeutschen sind bzw. waren relativ kurz nach der Wende eher traditionelle Ziele wichtig, deren Erfüllung sie sich bisher nicht bzw. nur unter enormen Aufwendungen leisten konnten, oder aber deren Erfüllung infolge der politischen Wende zunehmend in Frage gestellt wurde, wie sich nach Mode kleiden, sich ein bißchen Luxus zu leisten, materiell gesichert zu leben, sich in Berufsverbänden zu engagieren, Wünsche und Ansprüche durchzusetzen, für die Familie zu sorgen und ein Familienleben zu pflegen und schließlich für Anschaffungen zu sparen. Diese Unterschiede in den Lebenszielen haben selbstverständlich sehr viel mit den gesellschaftlichen Veränderungen aufgrund der Wende und der sich dadurch neu abzeichnenden Lebensumstände zu tun.

Die 17 Einzelitems der Frage 27 wurden wiederum miteinander korreliert und nachfolgend einer Hauptkomponentenanalyse unterzogen. Dabei wurden die Daten der fünf Städte zusammengeführt. Es zeigten sich nur wenige Korrelationen mit einem Wert $> .30$.

Deutliche Zusammenhänge ergaben sich zwischen den Variablen Karriere machen und hohes gesellschaftliches Ansehen ($r = .53$) sowie das Leben genießen ($r = .35$) und sich ein bißchen Luxus leisten ($r = .32$). Weitere bedeutsame Korrelationen traten zwischen den Variablen das Leben genießen und öfter mal was Neues erleben ($r = .54$), sich ein bißchen Luxus leisten ($r = .36$) und gute Freunde ($r = .37$) auf. Letztere Variable korrelierte mit $r = .36$ mit öfter mal was Neues erleben. Außerdem ergaben sich Korrelationen zwischen sich nach der Mode kleiden – sich ein bißchen Luxus leisten ($r =$

.47), gute Freunde – zufriedenstellende Arbeit ($r = .33$), materiell gesichert leben – sparen (für Anschaffung) ($r = .35$), sich in politischen Parteien engagieren – sich in Berufsverbänden engagieren ($r = .37$) und sich in Berufsverbänden engagieren – sich in Interessenverbänden engagieren ($r = .38$).

Im Rahmen der Faktorenanalyse ergab sich eindeutig eine Vierfaktorenlösung, deren Ergebnis bezogen auf die Gesamtstichprobe in Tabelle 11.6 dargestellt ist. Diese Vierfaktorenlösung klärt 51,8% der Gesamtvarianz auf, die einzelnen Items sind weitgehend eindeutig den Faktoren zuzuordnen; wesentliche Doppelladungen zeigen sich lediglich bei Item 9 (materiell gesichert leben), 14 (anderen Menschen helfen) und 17 (sparen für eine größere Anschaffung).

Tabelle 11.6: Hauptkomponentenanalyse des Variablenpools „Lebensziele“

V27: Lebensziele	Faktor I	Faktor II	Faktor III	Faktor IV	h^2
1 hohes gesellschaftliches Ansehen	.62	-.08	.09	.27	.48
2 Karriere machen	.67	-.12	.17	.17	.53
3 das Leben genießen	.37	-.10	.68	-.09	.62
4 öfter mal was Neues erleben	.26	-.06	.72	-.02	.59
5 sich nach der Mode kleiden	.57	.15	.18	-.12	.39
6 sich ein bißchen Luxus leisten	.67	.08	.21	-.13	.51
7 gute Freunde	.07	.02	.72	.18	.56
8 zufriedenstellende Arbeit	.24	.27	.40	.24	.33
9 materiell gesichert leben	.47	.45	-.12	-.11	.45
10 sich in politischen Parteien engagieren	.10	-.11	-.02	.72	.54
11 sich in Berufsverbänden/Gewerkschaften engagieren	.10	.06	-.04	.76	.59
12 sich in Interessenverbänden engagieren	.08	.04	.30	.66	.53
13 Wünsche, Ansprüche durchsetzen	.46	.05	.14	.09	.24
14 anderen helfen (uneigennützig)	.23	.37	.40	.36	.47
15 für Familie sorgen	.01	.88	.04	.01	.76
16 Familienleben pflegen	.00	.88	.02	-.01	.76
17 sparen (für Anschaffung)	.48	.50	-.12	-.04	.47
Eigenwert	3,45	2,17	1,91	1,28	
Aufgeklärte Varianz	20,3%	12,8%	11,2%	7,5%	51,8%

Die vier Faktoren sind inhaltlich deutlich voneinander getrennt und erfassen unterschiedliche Bereiche von Lebenszielen. So zeigt Faktor I die höchsten substantiellen Ladungen auf den Items 2 (Karriere machen), 6 (sich ein bißchen Luxus leisten), 1 (hohes gesellschaftliches Ansehen), 5 (sich nach der Mode kleiden), 9 (materiell gesichert leben) und 13 (persönliche Wünsche und Ansprüche durchsetzen unter allen Umständen). Ferner zeigt der Faktor zwar nicht die höchsten, aber relativ hohe Ladungen auf Item 17 (sparen für eine größere Anschaffung) und 3 (das Leben genießen). Item 9, das in Faktor I und II fast identisch hohe Ladungen aufweist (Faktor I: .47; Faktor II: .45) konnte in der anschließend durchgeführten Skalenanalyse deutlich Skala II (Faktor II) zugeordnet werden. Damit besteht Faktor I aus 5 Items und umschreibt die Dimension wirtschaftliche und berufliche Karriere/Luxus.

Faktor II zeigt die höchsten substantiellen Ladungen auf den Items 15 (für die Familie sorgen), 16 (familiäres Leben pflegen) und 17 (sparen für eine größere Anschaffung). Item 9 (materiell gesichert leben) wurde ebenfalls diesem Faktor zugeordnet (vgl. oben). Ferner weist der Faktor auf Item 14 (anderen uneigennützig helfen) zwar nicht auf die höchste, aber eine relativ hohe Ladung hin. Dieser Faktor umschreibt somit die klassischen Ziele eines familienorientierten, wirtschaftlich gesicherten Lebens.

Faktor III zeigt die wesentlichen Ladungen auf den Items 4 (öfter mal etwas Neues erleben, Abenteuer, Reisen), 7 (einen Kreis guter Freundinnen/Freunde haben), 3 (das Leben genießen), 8 (einer zufriedenstellenden Arbeit nachgehen) und 14 (anderen uneigennützig helfen). Dieser Faktor umschreibt somit vorrangig Lebensziele wie Geselligkeit, Genuß und Neues erleben wollen.

Faktor IV schließlich zeigt die wesentlichen Ladungen auf den Items 11 (sich in Berufsverbänden bzw. gewerkschaftlich engagieren), 10 (sich in politischen Parteien engagieren) und 12 (sich in Interessenverbänden engagieren, z. B. Umweltschutz). Damit umschreibt dieser Faktor Lebensziele wie berufliches, politisches und mitmenschliches Engagement.

Vor dem Hintergrund der faktorenanalytischen Ergebnisse wurden die Items zu den beschriebenen vier Skalen zusammengefaßt. Die einzelnen Skalen wurden einer Item- und Skalenanalyse unterzogen. Hierbei lagen die Trennschärfekoeffizienten in einem für Forschungsskalen akzeptablen Bereich (Skala I: .31 bis .51; Skala II: .38 bis .59; Skala III: .19 bis .50; Skala IV: .40 bis .47). Schlecht schnitt lediglich Item 14 (anderen uneigennützig helfen) ab (Trennschärfe: .19), was schon in der Faktorenanalyse

deutlich wurde: Das Item zeigte hier auf drei der vier Faktoren ähnlich hohe Ladungen. Auch die Werte für das Cronbach α fallen für alle vier Skalen befriedigend aus (Skala I: .67; II: .69; III: .64; IV: .61). Die weiteren Berechnungen wurden auf der Basis dieser vier Skalen durchgeführt.

Für die fünf Gemeinden wurden die jeweiligen Skalenwerte berechnet und miteinander verglichen. Was die drei westdeutschen Gemeinden betrifft, zeigen sich Unterschiede derart, daß die Bewohner der mittelgroßen Gemeinde Emmendingen und noch deutlicher der kleinen Gemeinde Löffingen mehr Wert legen auf berufliche und wirtschaftliche Karriere und Luxus. In kleineren Gemeinden, wo man sich eher gegenseitig kennt und die soziale Kontrolle größer ist, wird offensichtlich die berufliche und wirtschaftliche Karriere hinsichtlich des eigenen Ansehens als wichtiger eingeschätzt. Gleichzeitig steigt mit abnehmendem Urbanisierungsgrad die Einschätzung der Bedeutung der Familie und der wirtschaftlichen Absicherung. Das dürfte mit den eher konservativen Wertestrukturen in kleineren, ländlichen, Gemeinden zusammenhängen. Hier hat beispielsweise auch die Kirche in aller Regel noch einen größeren Einfluß als in Großstädten.

Die Einschätzung der Bedeutung der Lebensziele Geselligkeit, Genuß, Neues erleben wollen, nimmt mit zunehmendem Urbanisierungsgrad zu. Bewohner größerer Städte sind offensichtlich mehr auf Geselligkeit, Genuß und neues Erleben ausgerichtet, was vor dem Hintergrund der hier wesentlich mehr vorhandenen Möglichkeiten sowie der andersartigen großstädtischen Sozialisation plausibel ist. Die Unterschiede zwischen Jena und Kahla sind deutlich geringer ausgeprägt und deuten tendenziell in dieselbe Richtung.

Was den Vergleich der west- mit den ostdeutschen Kommunen betrifft, zeigen sich ebenfalls Unterschiede, die allerdings relativ geringfügig sind, und vermutlich auf die unterschiedliche (politische) Sozialisation beider Bevölkerungsgruppen zurückgeführt werden können. Als tendenziell wichtiger eingeschätzt wurden 1991 in Jena und Kahla ein familienbezogenes wirtschaftlich gesichertes Leben. Geselligkeit, Genuß und Neues erleben wollen wurde in Jena und Kahla im Vergleich zu Freiburg und Emmendingen als weniger wichtig erachtet. Die ostdeutschen Werte stimmen hier weitgehend mit denjenigen der kleinen Gemeinde Löffingen überein. Die größere Familienorientierung der ostdeutschen Bevölkerung hat sicherlich mit der entsprechenden Sozialisation zu tun, wo die Familie auch vor dem Hintergrund politischer Agitation mehr im Zentrum stand und entsprechend eine gezieltere Familienpolitik betrieben wurde als in Westdeutschland. Die

geringere Betonung von Geselligkeit, Genuß, Reisen und Neues erleben wollen dürfte – nach einer Phase der Euphorie und Neugier auf den Westen direkt nach der Grenzöffnung – angesichts der sich bereits abzeichnenden wirtschaftlichen Probleme einer gewissen Unsicherheit in der Bevölkerung darüber gewichen sein, wie es nun weitergeht, und man war vor diesem Hintergrund eher darauf ausgerichtet, zunächst die lebenswichtigen Sachverhalte wie Wohnung oder Arbeit zu sichern.

Weiterhin wurde anhand einfaktorieller Varianzanalysen die Abhängigkeit der vier Skalenwerte von den Variablen Geschlecht, Alter, Schulabschluß und Opferwerdung untersucht. Die Berechnungen wurden für die fünf Gemeinden getrennt durchgeführt, um Ost-West-Unterschiede bzw. den Einfluß des Urbanisierungsgrades mit zu erfassen (vgl. Tabelle 11.7 – 11.10).

Was das *Geschlecht* betrifft, sind die Ergebnisse der Signifikanzberechnungen für die Unterschiede in den 4 Skalenwerten wenig einheitlich (vgl.

Tabelle 11.7: Lebensziele – Karriere/Luxus (Skala I)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	1010	9,51	2,59	363	9,73	2,85	134	9,69	2,38
	weibl.	1069	9,24	2,28	364	9,59	2,39	129	9,74	2,45
	Sign.	$F_{(1/1901)} = 6,41^*$			$F_{(1/643)} = 0,14$			$F_{(1/239)} = 0,16$		
Alter (in Jahren)	14-25	482	10,60	2,68	158	11,42	2,88	54	11,13	2,07
	26-35	536	9,68	2,12	168	10,08	2,35	66	10,05	2,38
	36-45	307	9,36	2,43	133	9,29	2,22	54	9,00	1,72
	46-55	284	8,69	2,00	120	9,03	2,10	38	9,68	2,98
	56-65	195	8,27	1,93	70	8,34	2,37	25	8,52	2,00
	66 +	218	7,76	1,85	60	7,53	1,94	18	8,28	2,30
	Sign.	$F_{(5/1897)} = 45,48^{***}$			$F_{(5/639)} = 23,62^{***}$			$F_{(4/235)} = 6,73^{***}$		
Schul- ab- schluß	HS	414	8,70	2,39	243	9,18	2,57	117	9,37	2,37
	RS	398	9,39	2,50	171	9,88	2,57	70	10,24	2,40
	GY	1148	9,48	2,28	253	9,71	2,51	65	9,71	2,52
	Sign.	$F_{(2/1900)} = 2,39$			$F_{(2/642)} = 0,02$			$F_{(2/239)} = 1,73$		
Opfer- wer- dung	Opfer	953	9,05	2,34	377	9,23	2,46	189	9,48	2,30
	N-Op.	1132	9,65	2,49	356	10,13	2,73	75	10,32	2,59
	Sign.	$F_{(1/1901)} = 3,23$			$F_{(1/643)} = 7,31^{**}$			$F_{(1/239)} = 1,73$		

Fortsetzung Tabelle 11.7

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	S
Geschl.	männl.	841	9,61	2,54	106	9,43	2,70
	weibl.	988	9,56	2,42	103	9,88	2,69
	Sign.	$F_{(1/1643)} = 0,01$			$F_{(1/182)} = 0,42$		
Alter (in Jahren)	14-25	347	11,10	2,68	38	11,74	2,96
	26-35	391	10,16	2,33	54	9,72	2,34
	36-45	362	9,59	2,17	56	9,46	2,59
	46-55	357	8,99	2,09	38	8,76	2,33
	56-65	202	8,51	2,08	8	7,38	1,19
	66 +	153	7,61	1,96	12	7,75	1,82
	Sign.	$F_{(5/1639)} = 52,15^{***}$			$F_{(4/178)} = 4,25^{**}$		
Schulabschluss	HS	336	8,54	2,18	54	8,30	1,83
	RS	685	10,02	2,47	92	10,24	2,60
	GY	652	9,46	2,31	46	9,15	2,33
	Sign.	$F_{(2/1642)} = 1,90$			$F_{(2/181)} = 4,07^*$		
Opferwerdung	Opfer	866	9,79	2,42	91	10,12	2,46
	N-Op.	970	9,41	2,52	119	9,29	2,82
	Sign.	$F_{(1/1634)} = 4,03^*$			$F_{(1/186)} = 9,44^{**}$		

*p < .05

**p < .01

***p < .001

Tabelle 11.7-11.10). So zeigen, was die Skala wirtschaftliche und berufliche Karriere, Luxus betrifft, die Männer in Freiburg statistisch bedeutsam höhere Werte; das gilt tendenziell auch für Emmendingen und Jena, nicht aber für Löffingen und Kahla. Mit abnehmender Urbanisierung wird offensichtlich eine wirtschaftliche und berufliche Karriere und entsprechender Luxus als Lebensziel für Frauen wichtiger – und zwar in West- als auch Ostdeutschland. Dasselbe gilt für Frauen für die Skala Familienorientierung und wirtschaftliche Absicherung, nicht jedoch – für die westdeutschen Gemeinden eher umgekehrt – für Geselligkeit, Genuß und Neues erleben wollen. Ebenso gilt dies nicht für Skala IV (berufliches, politisches und mitmenschliches Engagement). Was die Familienorientierung und wirtschaftliche Absicherung betrifft haben die Männer in Jena höhere Werte. Geselligkeit, Genuß und Neues erleben wollen; wird dagegen durchgehend von den Frauen als Lebensziel wichtiger eingeschätzt als von den Männern, die Unterschiede sind allerdings nur für Emmendingen und Jena statistisch signifikant. Im Gegensatz dazu wird berufliches, politisches und mit-

menschliches Engagement durchgehend von den Männern als wichtiger angesehen; signifikant sind die Unterschiede nur in Jena.

Was die Abhängigkeit der Skalenwerte vom *Alter* betrifft, zeigen sich wesentlich markantere, meist statistisch signifikante Unterschiede (vgl. Tabelle 11.7-11.10). Die Werte der Skala I, wirtschaftliche und berufliche Karriere, Luxus nehmen in allen fünf Orten mit zunehmendem Alter statistisch signifikant, meist hochsignifikant ab. Das bedeutet, daß mit steigendem Alter vor allem die Bedeutung wirtschaftlicher und beruflicher Karriere zurückgeht. In allen Gemeinden hat die jüngste Altersgruppe (14-25 Jahre), die noch am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn steht, deutlich die höchsten Werte.

Auch die Werte der Skala II, Familienorientierung, wirtschaftliche Absicherung, zeigen deutlich eine vom Alter abhängige Entwicklung: Sie nehmen an allen fünf Orten mit zunehmendem Alter der Befragten zunächst zu, allerdings – mit Ausnahme von Freiburg und Emmendingen – nur bis zur

Tabelle 11.8: Lebensziele – Familienorientierung (Skala II)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	1026	12,15	2,36	383	12,80	2,18	137	12,93	2,10
	weibl.	1088	12,14	2,32	383	12,67	2,04	132	12,97	2,11
	Sign.	$F_{(1/1935)} = 0,01$			$F_{(1/673)} = 0,61$			$F_{(1/246)} = 0,05$		
Alter (in Jahren)	14-25	484	11,77	2,50	162	12,44	2,30	54	12,59	2,00
	26-35	533	11,78	2,37	170	12,79	2,12	68	12,93	2,01
	36-45	308	12,46	2,26	136	12,96	1,94	54	13,52	1,89
	46-55	288	12,79	2,11	128	12,80	2,02	37	13,14	2,32
	56-65	215	12,87	1,97	69	13,07	1,87	25	12,84	2,27
	66 +	229	11,86	2,27	81	12,48	2,09	23	12,17	2,37
	Sign.	$F_{(5/1931)} = 8,45^{***}$			$F_{(5/669)} = 1,91$			$F_{(4/242)} = 1,71$		
Schul- ab- schluß	HS	437	13,00	2,03	261	13,21	2,02	123	13,34	1,96
	RS	403	12,57	2,19	179	12,67	2,20	71	12,66	1,88
	GY	1152	11,64	2,37	259	12,23	2,12	65	12,42	2,49
	Sign.	$F_{(2/1931)} = 50,99^{***}$			$F_{(2/672)} = 14,77^{***}$			$F_{(2/246)} = 5,63^{**}$		
Opfer- wer- dung	Opfer	960	12,29	2,30	403	12,78	2,04	196	13,03	2,07
	N-Op.	1162	12,02	2,37	370	12,66	2,19	74	12,69	2,21
	Sign.	$F_{(1/1935)} = 1,78$			$F_{(1/673)} = 0,32$			$F_{(1/246)} = 0,40$		

Fortsetzung Tabelle 11.8

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	S
Geschl.	männl.	862	13,39	2,03	109	13,60	1,96
	weibl.	1005	13,15	2,30	106	13,98	2,06
	Sign.	$F_{(1/1678)} = 4,88^*$			$F_{(1/186)} = 0,69$		
Alter (in Jahren)	14-25	352	12,94	2,42	37	13,65	1,65
	26-35	394	13,56	2,05	54	13,80	2,25
	36-45	365	13,67	1,88	57	14,26	1,74
	46-55	364	13,63	1,73	42	13,98	1,89
	56-65	213	13,28	1,98	9	12,67	1,80
	66 +	162	11,44	2,72	12	12,42	2,71
	Sign.	$F_{(5/1674)} = 32,76^{***}$			$F_{(4/182)} = 2,50^*$		
Schulab-schluß	HS	355	13,05	2,39	55	13,64	2,18
	RS	693	13,65	2,02	95	14,37	1,73
	GY	662	13,07	2,09	47	13,11	2,14
	Sign.	$F_{(2/1677)} = 10,34^{***}$			$F_{(2/185)} = 4,59^*$		
Opfer-werdung	Opfer	886	13,35	2,10	93	14,06	1,66
	N-Op.	990	13,19	2,25	123	13,59	2,23
	Sign.	$F_{(1/1678)} = 1,21$			$F_{(1/186)} = 2,59$		

*p < .05

**p < .01

***p < .001

mittleren Altersgruppe der 36- bis 45jährigen, um dann wieder abzunehmen. In Freiburg und Emmendingen nehmen die Werte bis zur Gruppe der 56- bis 65jährigen zu. In Emmendingen und Löffingen sind die Unterschiede statistisch nicht signifikant. Die Familienorientierung und Bedeutung einer wirtschaftlichen Absicherung verliert somit in der zweiten Lebenshälfte an Bedeutung. Das ist plausibel, dürften in dieser Lebensphase, sofern Kinder vorhanden sind, diese mehr oder weniger selbständig sein und die Verantwortung für die Eltern somit abnehmen. Hinzu kommt, daß in der zweiten Lebenshälfte eine wirtschaftliche Absicherung vielfach bereits erfolgt ist. Es findet somit naheliegenderweise eine teilweise Umorientierung der Lebensziele statt.

Was die Skala III, Geselligkeit, Genuß, Neues erleben und deren Abhängigkeit vom Alter betrifft, zeigen sich in allen fünf Städten hochsignifikante einheitliche Entwicklungen derart, daß deren Werte, und damit die

Bedeutung von Geselligkeit, Genuß und das Bedürfnis, Neues zu erleben, mit zunehmendem Alter deutlich abnehmen. Dies dürfte mit einer Veränderung der Lebensumstände (eigene Familiengründung, berufliche Eingebundenheit u.ä.), ferner mit einer Verlagerung von Interessen mit steigendem Alter zusammenhängen.

Was die Abhängigkeit der Werte der Skala IV, berufliches, politisches und mitmenschliches Engagement, vom Alter betrifft, zeigt sich für die beiden großen Städte Freiburg und Jena eine statistisch hochsignifikante Abnahme der Skalenwerte mit zunehmendem Alter. Dieselben Zusammenhänge ergeben sich, wenngleich statistisch nicht bedeutsam, auch für die anderen Orte. Dieses Ergebnis dürfte mit einem allmählichen Rückzug aus dem Berufsfeld zu tun haben.

Auch hinsichtlich der Abhängigkeit der Skalenwerte von der *Schulbildung* der Befragten zeigen sich für alle fünf Gemeinden weitgehend einheitliche Ergebnisse.

So nehmen die Werte auf Skala I (wirtschaftliche und berufliche Karriere, Luxus) in Freiburg mit zunehmender Schulbildung zu, d.h. Karriere und

Tabelle 11.9: Lebensziele – Genuß/Neues erleben (Skala III)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	982	15,36	2,48	363	14,87	2,62	130	14,38	2,70
	weibl.	1029	15,41	2,68	339	15,37	2,68	120	15,03	2,80
	Sign.	$F_{(1/1842)} = 0,17$			$F_{(1/619)} = 6,96^{**}$			$F_{(1/227)} = 1,87$		
Alter (in Jahren)	14-25	485	16,93	1,90	161	16,74	1,82	55	16,67	2,23
	26-35	533	16,02	2,14	170	15,72	2,19	65	15,25	2,35
	36-45	312	15,35	2,16	129	15,14	2,31	53	14,11	2,10
	46-55	281	14,32	2,42	116	14,36	2,29	32	13,94	2,91
	56-65	171	14,01	2,52	56	13,20	2,77	22	12,82	2,36
	66 +	173	12,45	2,63	52	11,85	3,04	15	11,73	2,76
	Sign.	$F_{(5/1838)} = 99,25^{***}$			$F_{(5/615)} = 31,86^{***}$			$F_{(5/223)} = 11,88^{***}$		
Schul- ab- schluß	HS	375	14,11	2,80	226	14,11	2,83	110	13,79	2,90
	RS	382	15,12	2,76	175	15,34	2,48	68	15,49	2,2
	GY	1142	15,79	2,27	242	15,64	2,29	62	15,23	2,59
	Sign.	$F_{(2/1841)} = 14,09^{***}$			$F_{(2/618)} = 7,61^{**}$			$F_{(2/226)} = 1,92$		
Opfer- wer- dung	Opfer	901	14,94	2,70	363	14,53	2,70	178	14,37	2,80
	N-Op.	1116	15,74	2,43	345	15,73	2,47	73	15,51	2,52
	Sign.	$F_{(1/1842)} = 5,33^*$			$F_{(1/619)} = 14,88^{***}$			$F_{(1/227)} = 0,97$		

Fortsetzung Tabelle 11.9

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	S
Geschl.	männl.	835	14,41	2,60	104	14,10	2,79
	weibl.	963	14,75	2,73	98	14,90	2,87
	Sign.	$F_{(1/1614)} = 7,58^{**}$			$F_{(1/177)} = 3,30$		
Alter (in Jahren)	14-25	355	16,56	1,99	36	16,53	1,68
	26-35	391	15,42	2,18	52	15,02	2,99
	36-45	364	14,40	2,23	56	14,48	2,00
	46-55	355	13,90	2,23	40	13,43	2,40
	56-65	188	13,15	2,59	5	9,60	2,51
	66 +	128	11,25	2,85	9	10,78	3,49
	Sign.	$F_{(5/1610)} = 96,65^{***}$			$F_{(5/173)} = 10,73^{***}$		
Schulabschluß	HS	313	13,06	2,88	50	13,12	2,66
	RS	680	15,00	2,48	90	15,24	2,41
	GY	651	14,67	2,38	48	13,73	3,18
	Sign.	$F_{(2/1613)} = 5,68^{**}$			$F_{(2/176)} = 1,66$		
Opferwertung	Opfer	860	14,85	2,40	89	14,94	2,61
	N-Op.	945	14,37	2,88	114	14,11	2,97
	Sign.	$F_{(1/1614)} = 3,83^*$			$F_{(1/177)} = 5,50^*$		

*p < .05

**p < .01

***p < .001

Luxus spielen mit steigender Schulbildung eine wichtiger werdende Bedeutung. Das gilt auch für die anderen Gemeinden, allerdings mit der Einschränkung, daß die Werte lediglich von Hauptschul- bis Realschulbildung steigen, Befragte mit Gymnasialschulbildung bzw. Studium tendenziell niedrigere Werte haben, die allerdings immer noch über denjenigen der Befragten mit Hauptschulabschluß liegen. Statistisch signifikant sind die Unterschiede lediglich für Kahla (vgl. Tabelle 11.7).

Deutlichere Unterschiede ergeben sich bei den übrigen drei Skalen, vor allem bei Skala II und III. Die Werte von Skala II (Familienorientierung, wirtschaftliche Absicherung) unterscheiden sich zwischen den verschiedenen Schulabschlüssen aller fünf Gemeinden statistisch signifikant. In den drei westdeutschen Kommunen nehmen die Werte mit steigender Schulbildung ab, d.h. die Befragten sind weniger familienorientiert und auf wirtschaftliche Absicherung ausgerichtet. In Jena und Kahla nehmen die Skalenwerte mit steigender Schulbildung zunächst zu, fallen dann jedoch wie-

der ab. Das bedeutet, daß in den ostdeutschen Orten Befragte mit mittlerer Schulbildung (Realschule bzw. 10. Klasse POS) eine ausgeprägtere Familienorientierung haben als solche mit einfacherer Ausbildung, bei der höchsten Ausbildungsgruppe die Werte jedoch wiederum zurückfallen.

Auch hinsichtlich Skala III (Geselligkeit, Genuß, Neues erleben wollen) zeigen sich bei drei der fünf Gemeinden statistisch hochsignifikante Unterschiede. Im Westen, vor allem in Freiburg und Emmendingen, nehmen die Werte mit steigender Schulbildung zu; besser Ausgebildete legen mehr Wert auf Geselligkeit, Genuß und zeigen ein deutlicheres Bedürfnis nach neuem Erleben. In den ostdeutschen Gemeinden steigen die Werte bis zur mittleren Schulbildung ebenfalls an, fallen dann jedoch ab. Die höchste Bildungsgruppe liegt, trotz niedrigerer Werte, immer noch über der Gruppe mit einfacher Schulbildung.

Was letztlich die Unterschiede in Skala IV betrifft (berufliches, politisches und mitmenschliches Engagement), zeigen sich in allen fünf Gemeinden die gleichen Skalenunterschiede, wobei sie allerdings nur für Freiburg

Tabelle 11.10: Lebensziele – Engagement (Skala IV)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	1040	4,88	1,69	381	4,75	1,59	134	4,848	1,61
	weibl.	1099	4,76	1,58	378	4,61	1,52	131	4,67	1,61
	Sign.	$F_{(1/1951)} = 1,72$			$F_{(1/667)} = 1,01$			$F_{(1/242)} = 1,03$		
Alter (in Jahren)	14-25	490	5,08	1,66	164	4,93	1,54	54	5,11	1,50
	26-35	544	4,95	1,61	173	4,76	1,57	67	4,79	1,73
	36-45	316	4,94	1,64	136	4,82	1,67	54	4,57	1,30
	46-55	294	4,69	1,65	126	4,66	1,58	39	4,74	1,57
	56-65	204	4,61	1,62	68	4,38	1,51	23	4,35	1,47
	66 +	231	4,21	1,52	73	4,10	1,28	20	4,00	1,34
	Sign.	$F_{(5/1947)} = 5,54^{***}$			$F_{(5/663)} = 2,03$			$F_{(5/238)} = 0,81$		
Schul- ab- schluß	HS	424	4,47	1,61	257	4,51	1,53	119	4,50	1,63
	RS	405	4,57	1,51	179	4,55	1,57	71	4,82	1,20
	GY	1182	5,02	1,67	256	4,86	1,53	65	5,05	1,85
	Sign.	$F_{(2/1950)} = 11,60^{***}$			$F_{(2/666)} = 2,28$			$F_{(2/241)} = 1,31$		
Opfer- wer- dung	Opfer	976	4,66	1,55	396	4,52	1,51	190	4,65	1,55
	N-Op.	1169	4,95	1,69	370	4,84	1,59	76	5,03	1,72
	Sign.	$F_{(1/1951)} = 7,22^{**}$			$F_{(1/667)} = 4,30^*$			$F_{(1/242)} = 0,75$		

Fortsetzung Tabelle 11.10

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	S
Geschl.	männl.	854	4,76	1,55	108	4,69	1,64
	weibl.	1001	4,56	1,47	106	4,62	1,44
	Sign.	$F_{(1/1668)} = 8,83^{**}$			$F_{(1/187)} = 0,42$		
Alter (in Jahren)	14-25	354	4,98	1,58	38	4,87	1,42
	26-35	396	4,74	1,54	56	4,50	1,45
	36-45	363	4,51	1,35	56	5,07	1,80
	46-55	361	4,71	1,33	41	4,37	1,32
	56-65	210	4,65	1,76	7	3,71	0,76
	66 +	153	1,33	1,33	12	4,00	1,41
	Sign.	$F_{(5/1664)} = 7,33^{***}$			$F_{(5/183)} = 1,87$		
Schul- ab- schluß	HS	347	4,24	1,34	55	4,33	1,48
	RS	690	4,60	1,45	96	4,72	1,60
	GY	662	4,78	1,53	47	4,70	1,46
	Sign.	$F_{(2/1667)} = 9,66^{***}$			$F_{(2/186)} = 0,75$		
Opfer- wer- dung	Opfer	879	4,72	1,52	93	4,92	1,53
	N-Op.	983	4,59	1,50	122	4,45	1,52
	Sign.	$F_{(1/1668)} = 0,96$			$F_{(1/187)} = 4,30^*$		

*p < .05

**p < .01

***p < .001

und Jena statistisch signifikant sind (vgl. Tabelle 11.10). Mit zunehmender Schulbildung nehmen die Werte in allen Gemeinden zu, d.h. je besser die Schulbildung; um so mehr sind die Befragten beruflich, politisch und mitmenschlich engagiert.

Insgesamt ergibt sich, was den Zusammenhang zwischen Schulabschluß und Lebenszielen betrifft, folgendes Bild: Mit zunehmend besserer Schulausbildung legen die Befragten mehr Wert auf wirtschaftliche und berufliche Karriere, auf Geselligkeit, Genuß und neuem Erleben wollen, gleichzeitig sind sie stärker beruflich, politisch bzw. mitmenschlich engagiert. Die Familienorientierung und das Bedürfnis, materiell gesichert zu leben, spielt dagegen mit steigender Schulbildung eine geringere Rolle. Besonders bei Skala II sind die Zusammenhänge zwischen Schulbildung und Lebenszielen statistisch am deutlichsten abgesichert. Die beschriebenen Zusammenhänge gelten vor allem für die beiden ostdeutschen Gemeinden mit der Einschränkung, daß die höchste Ausbildungsgruppe teilweise wieder niedrigere Skalenwerte zeigt.

Abschließend soll geprüft werden, wieweit sich Unterschiede in den Lebenszielen zwischen Opfern und Nichtopfern von Straftaten zeigen. Hierbei ist zu beachten, daß als „Nichtopfer“ diejenige Gruppe von Befragten definiert wurde, die in unserer Befragung angab, im Referenzzeitraum von einem Jahr in den erfaßten Deliktsbereichen nicht viktimisiert worden zu sein. Das bedeutet nicht zwangsläufig, daß es sich hierbei um Personen handelt, die nie Opfer einer Straftat geworden sind. Allerdings kann davon ausgegangen werden, daß diese Gruppe von Befragten zumindest in der jüngeren Vergangenheit nicht Opfer einer schweren Straftat wurde (vgl. zu der Problematik *Sessar* 1992b). Von den 20 durchgeführten Signifikanztests sind immerhin 10, also die Hälfte, statistisch (hoch)signifikant.

Befragte, die angaben, im Referenzzeitraum mindestens einmal Opfer eines der erfaßten Delikte geworden zu sein, haben in den westdeutschen Gemeinden (tendenziell) niedrigere Werte in Skala I, d.h. sie legen weniger Wert auf wirtschaftliche und berufliche Karriere, Luxus, sie sind eher familienorientiert, weniger auf Geselligkeit, Genuß und neues Erleben ausgerichtet, ebenso weniger beruflich, politisch oder mitmenschlich engagiert.

In den beiden ostdeutschen Gemeinden sind die Ergebnisse zum Teil gegenläufig: Die Opfer legen mehr Wert auf Karriere und Luxus, sind stärker familienorientiert und auf wirtschaftliche Absicherung bedacht, sie betonen Geselligkeit, Genuß und neues Erleben und engagieren sich eher politisch, beruflich und mitmenschlich.

Das heißt, lediglich in der stärkeren Familienorientierung stimmen die ost- und westdeutschen Opfer überein. Es entsteht der Eindruck, daß die ostdeutschen Opfer eher der Bevölkerungsgruppe angehören, die nach der Wende stark „aufstiegsorientiert“ ist, die sich engagiert und die neuen Möglichkeiten nach den geänderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen nutzen möchte. Diese Gruppe setzt sich vor dem Hintergrund dieser Lebensziele und deren Verwirklichung eher der Gefahr einer Viktimisierung aus, so z.B. Opfer eines Betrugs zu werden, muß sie sich doch den neuen Möglichkeiten vor dem Hintergrund von wenig Erfahrungen öffnen, um neue Chancen zu nützen und vorwärts zu kommen.

Wieweit diese Einstellungsmuster auch durch die erlebte Viktimisierung (mit)geprägt wurden, kann nicht gesagt werden.

11.3 Allgemeine Lebenseinstellungen

Frage 28, die dem oben beschriebenen Kontext beruflichen Erlebens und Lebenszielen zugeordnet werden kann, erfaßt in 14 Items allgemeine Le-

benseinstellungen, beispielsweise zu Moral, Komplexität der Gesellschaft, Ausländern, Politik und Politikern, Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen, Gewalt oder Zukunft. Die Einzelitems, insbesondere zum Bereich Anomie, wurden teilweise in Anlehnung an bereits bestehende Inventare formuliert (vgl. oben).

Zunächst wurden die Einstufungen der Einzelitems durch die Befragten der fünf Gemeinden verglichen (vgl. Tabelle 11.11). Von den 14 möglichen statistischen Vergleichen sind hinsichtlich der Mittelwertunterschiede zwischen den Kommunen in Westdeutschland immerhin 12 (hoch)signifikant, in Ostdeutschland dagegen nur 6. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß einzelne Items inhaltlich nicht unabhängig voneinander sind, was sich auf die Signifikanzen auswirken wird. So wird die „Ausländerproblematik“ etwa mit den beiden Items erfaßt: „Ich kann Leute verstehen, die Ausländer aus dem Lande prügeln“ (Nr. 5) und „In der heutigen Situation dürfen keine Ausländer mehr aufgenommen werden“ (Nr.8). Wer dem erstgenannten Item zustimmt, wird das mit großer Wahrscheinlichkeiten auch bei dem zweiten tun.

Tabelle 11.11: Beschreibung der Lebensziele in Abhängigkeit vom Urbanisierungsgrad, getrennt für Ost- und Westdeutschland

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
undurchschaubare Zeit	2,42	0,97	2,51	0,95	2,56	0,93	$F_{(2/3293)} = 4,70^{**}$
schwierige Dinge	2,27	0,96	2,36	0,96	2,39	0,93	$F_{(2/3284)} = 3,69^*$
Mitmenschen	3,13	0,81	3,23	0,78	3,25	0,76	$F_{(2/3334)} = 6,76^{**}$
moral. Grundsätze	2,71	0,90	2,80	0,89	2,90	0,87	$F_{(2/3318)} = 6,91^*$
Ausländerhaß	1,33	0,73	1,41	0,78	1,46	0,83	$F_{(2/3333)} = 6,17^{**}$
Schnellebigkeit	2,25	0,97	2,43	0,96	2,48	0,95	$F_{(2/3313)} = 15,06^{***}$
Interesselosigkeit der Politiker	3,12	0,88	3,23	0,86	3,24	0,85	$F_{(2/3357)} = 6,57^{**}$
keine Ausländer	2,05	1,04	2,33	1,09	2,47	1,08	$F_{(2/3324)} = 35,06^{***}$
städtische Entscheidungsprozesse	2,93	0,95	2,70	1,03	2,78	1,00	$F_{(2/3266)} = 18,72^{***}$
politische Entscheidungen	2,74	1,02	2,42	1,06	2,42	1,03	$F_{(2/3252)} = 33,34^{***}$
Gewalt und Politik	3,54	0,91	3,50	0,91	3,41	1,01	$F_{(2/3330)} = 2,73$
Diebstahl bei wirtschaftl. Notlage	2,07	0,98	1,87	0,91	1,87	0,92	$F_{(2/3340)} = 15,91^{***}$
zuversichtliche Zukunft	2,13	0,81	2,13	0,85	2,19	0,82	$F_{(2/3309)} = 0,54$
Selbstbezogenheit	2,17	0,91	2,27	0,96	2,25	0,96	$F_{(2/3326)} = 3,96^*$

Fortsetzung Tabelle 11.11

	Jena		Kahla		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
undurchschaubare Zeit	2,53	1,03	2,52	0,96	$F_{(1/2149)} = 0,01$
schwierige Dinge	2,41	1,03	2,46	1,00	$F_{(1/2152)} = 0,60$
Mitmenschen	3,16	0,85	3,09	0,84	$F_{(1/2161)} = 1,06$
moral. Grundsätze	2,80	0,96	2,73	0,92	$F_{(1/2132)} = 1,19$
Ausländerhaß	1,44	0,83	1,62	0,97	$F_{(1/2151)} = 9,31^{**}$
Schnellebigkeit	2,61	1,04	2,79	0,99	$F_{(1/2151)} = 6,66^*$
Interesselosigkeit der Politiker	3,36	0,83	3,32	0,86	$F_{(1/2152)} = 0,54$
keine Ausländer	2,27	1,08	2,48	1,05	$F_{(1/2143)} = 8,24^{**}$
städtische Entscheidungsprozesse	2,85	1,03	2,69	0,99	$F_{(1/2135)} = 4,74^*$
politische Entscheidungen	2,40	1,07	2,23	1,03	$F_{(1/2128)} = 5,24^*$
Gewalt und Politik	3,49	0,96	3,37	1,04	$F_{(1/2128)} = 2,67$
Diebstahl bei wirtschaftl. Notlage	1,67	0,88	1,69	0,87	$F_{(1/2139)} = 0,12$
zuversichtliche Zukunft	2,54	0,96	2,71	0,94	$F_{(1/2146)} = 6,17^*$
Selbstbezogenheit	2,27	1,00	2,40	0,91	$F_{(1/2150)} = 3,18$

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

Was die drei westdeutschen Gemeinden betrifft, zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Ortsgröße und den erfaßten Lebenseinstellungen. So sind die Befragten in den ländlicheren Orten, d.h. Emmendingen und Löffingen, statistisch signifikant eher der Ansicht,

- daß man in der heutigen Zeit nicht mehr durchschaut, was eigentlich passiert,
- daß die Dinge heute so schwierig geworden sind, daß man nicht mehr weiß, was los ist,
- daß sich die meisten Menschen nicht um ihre Mitmenschen kümmern,
- daß moralische Grundsätze heute nicht mehr Gültigkeit hätten,
- daß man Leute verstehen könne, die Ausländer aus dem Lande prügeln,
- daß sich heute alles so schnell ändere, daß man oft nicht wisse, woran man sich halten solle,
- daß sich die meisten Politiker gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren würden,

- daß in der heutigen Situation keine Ausländer mehr aufgenommen werden dürften,
- daß es ihnen nicht wichtig ist, Mitwirkungsmöglichkeiten an städtischen oder auch überregionalen politischen Entscheidungsprozessen zu haben,
- daß man, auch wenn die wirtschaftliche Situation Menschen in eine Notlage gebracht hat, kein Auge zudrücken sollte, wenn sie etwas stehen, und schließlich,
- daß heute jeder so mit sich selbst beschäftigt sei, daß er nicht an morgen denken könne.

Tendenziell gilt zusätzlich, daß die ländliche Bevölkerung eher der Ansicht zustimmt, daß in der heutigen Zeit Gewalt ein taugliches Mittel sei, um politische Interessen durchzusetzen.

Was die ostdeutschen Gemeinden Jena und Kahla betrifft, sind auch hier die Bewohner des kleineren Ortes Kahla eher als die Einwohner Jenas der Ansicht,

- daß man Leute verstehen könne, die Ausländer aus dem Lande prügeln,
- daß sich heute alles sehr schnell ändere, so daß man nicht wisse, woran man sich halten sollte,
- daß man in der heutigen Zeit keine Ausländer mehr aufnehmen dürfe und
- daß ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten an städtischen und überregionalen politischen Entscheidungsprozessen unwichtig seien.

Darüber hinaus sind die Einwohner Kahlas eher der Meinung, daß man im Hinblick auf die Zukunft eigentlich sehr zuversichtlich sein könne. Es zeigen sich somit in Ost- und Westdeutschland teilweise dieselben von der Urbanität der Wohngemeinde abhängigen Einstellungsunterschiede.

Was die Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Kommunen betrifft, wollen wir uns hier auf die Differenzen zwischen Freiburg und Jena beschränken. Auch hier zeigen sich charakteristische, mit den unterschiedlichen Sozialisations- und gegenwärtigen Lebensbedingungen zusammenhängende Einstellungsunterschiede. So sind die Jenaer im Vergleich zu den Freiburger Befragten eher der Ansicht, daß

- man in der heutigen Zeit nicht mehr durchschaue, was eigentlich passiert,

- daß die Dinge heute so schwierig geworden seien, daß man nicht mehr weiß, was los ist,
- daß man Leute verstehen könne, die Ausländer aus dem Lande prügeln,
- daß sich heute alles so schnell ändere, daß man oft nicht wisse, woran man sich halten solle,
- daß sich die meisten Politiker in Wirklichkeit nicht für die Probleme der einfachen Leute interessierten,
- daß in der heutigen Zeit keine Ausländer mehr aufgenommen werden dürften,
- daß ihnen die Mitwirkungsmöglichkeiten an überregionalen politischen Entscheidungen unwichtig seien,
- daß man auch in einer wirtschaftlichen Notlage nicht nachsichtig mit Dieben sein sollte,
- daß man im Hinblick auf die Zukunft eigentlich sehr zuversichtlich sein könne und
- daß heutzutage jeder so mit sich selbst beschäftigt sei, daß er nicht an morgen denken könne.

Diese Einstellungsunterschiede sind sicherlich von den jüngeren Erfahrungen der Befragten, gerade in Jena, durch die politisch-gesellschaftliche Wende mitbedingt. Die Verunsicherung durch den enormen Einschnitt durch die Wende dürfte sich darin äußern, daß die Befragten in Jena eher der Ansicht sind, daß man die Dinge heute nicht mehr durchschaut, daß die Dinge heute so schwierig geworden sind, daß man nicht mehr weiß, was los ist, daß sich alles so schnell ändert und daß man nicht mehr weiß, woran man ist. Weiterhin sind sie eher der Ansicht, daß heutzutage jeder so sehr mit sich beschäftigt sei, daß er nicht an morgen denken könne. Gleichzeitig zeigen die Jenaer eine deutlich größere Zukunftszuversicht als die Freiburger, was mit der 1991 noch vorherrschenden Aufbruchstimmung in Ostdeutschland zu tun haben dürfte.

Das größere Verständnis in Jena für Leute, die Ausländer aus dem Land prügeln, und die Ansicht, daß in der heutigen Situation keine Ausländer mehr aufgenommen werden dürften, bezeugen die im Vergleich zum Westen ablehnendere Haltung der Ostdeutschen gegenüber Ausländern (vgl. auch *Obergfell-Fuchs & Fuchs 1997*). Der Hintergrund hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß die Ostdeutschen aufgrund der geschlossenen Grenzen

weniger Chancen hatten, mit Ausländern in Kontakt zu kommen, und daß hier insgesamt eine eher konservative Einstellungsstruktur vorherrscht, etwa auch hinsichtlich Sanktionen gegenüber Straftätern (vgl. *Kury u.a.* 2000), aber auch darin, daß im Zusammenhang mit der angespannten Arbeitsplatzsituation und der entsprechend hohen Arbeitslosenquote Ausländer als lästige Konkurrenten um die Arbeitsstellen gesehen werden.

Schließlich zeigen die Ostdeutschen eine größere Politikverdrossenheit als die Westdeutschen. Sie sind eher der Ansicht, daß sich die Politiker nicht für die Probleme des kleinen Mannes interessieren, und es ist ihnen weniger wichtig, an überregionalen politischen Entscheidungen mitzuwirken. Sie erweisen sich als punitiver, mehr an Kriminalstrafen orientiert als die Westdeutschen, was damit zu tun haben dürfte, daß zu DDR-Zeiten von staatlicher Seite stets vorgegeben wurde, daß auf Kriminalität mit harten Sanktionen reagiert werden müsse. Bei unserer Studie sprachen sie sich deutlich weniger für Nachsicht gegenüber einem in wirtschaftliche Notlage geratenen Dieb aus als die Freiburger. Da gerade die Sanktionseinstellung gegenüber (Eigentums-)Tätern auch von der eigenen wirtschaftlichen Prosperität in der Weise abhängt, daß, wer selbst in relativem Wohlstand lebt, eher bereit sein dürfte, gegenüber sozial Abweichenden tolerant zu sein, dürften die zwischen Ost- und Westdeutschen immer wieder festgestellten Unterschiede in den Sanktionseinstellungen von dem zwischen beiden Landesteilen vorherrschenden Wohlstandsgefälle moderiert werden. Hinzu kommt, daß dieses Wohlstandsgefälle, das sich auch heute noch in einem niedrigeren Lohnniveau in Ostdeutschland ausdrückt, gerade von den Ostdeutschen kritisch diskutiert und auf die Ungleichstellung immer wieder hingewiesen wird. Dies dürfte ein bereits vorhandenes Gefühl der Benachteiligung durch das wirtschaftlich mächtigere Westdeutschland schüren.

Die 14 Einzelitems wurden – zusammengefaßt über alle fünf Orte – einer Korrelationsanalyse unterzogen. Bedeutsame Korrelationskoeffizienten ($r > .30$) ergaben sich hierbei für die Variablen „Zeit ist undurchschaubar“ in Kombination mit „Dinge sind schwierig“ ($r = .79$), „moralische Grundsätze gelten nicht mehr“ ($r = .32$), „Schnelligkeit“ ($r = .58$) und „jeder ist mit sich selbst beschäftigt“ ($r = .32$). Die Variable „Dinge sind schwierig“ korrelierte substantiell mit „die meisten kümmern sich nicht um Mitmenschen“ ($r = .32$), „moralische Grundsätze gelten nicht mehr“ ($r = .34$), „Schnelligkeit“ ($r = .63$) und „jeder ist mit sich selbst beschäftigt“ ($r = .38$). Die Variable „die meisten kümmern sich nicht um Mitmenschen“ zeigte Korrelationen zu „moralische Grundsätze gelten nicht mehr“ ($r = .48$) und

„Politiker interessieren sich nicht für einfache Leute“ ($r = .32$). Die Aussage, daß moralische Grundsätze nicht mehr gelten, wies Korrelationen zu den Items „Schnellebigkeit“ ($r = .33$) und „Politiker interessieren sich nicht für einfache Leute“ ($r = .32$) auf. Die Variable „Verständnis für Leute, die Ausländer aus dem Land prügeln“, korrelierte hoch mit „keine weitere Aufnahme von Ausländern“ ($r = .49$), und das Item „Schnellebigkeit“ wies Zusammenhänge zu „Politiker interessieren sich nicht für einfache Leute“ ($r = .33$) und „jeder ist mit sich selbst beschäftigt“ ($r = .36$) auf.

Entsprechend dem Vorgehen der oben dargestellten Variablenpools wurden die Items Hauptkomponentenanalysen mit anschließender Varimax-Rotation unterzogen. Es ergab sich deutlich eine Dreifaktorenlösung, die in Tabelle 11.12 dargestellt ist. Die meisten Items lassen sich eindeutig einem dieser drei Faktoren zuordnen. Relativ hohe Ladungen auf einem zweiten Faktor zeigt lediglich das Item 8 (keine weiteren Ausländer mehr aufnehmen), wobei gleichzeitig der Unterschied in der Ladungshöhe so deutlich ist, daß eine klare Zuordnung zu einem der Faktoren möglich ist. Mit dieser Faktorenanalyse können 48,1% der Gesamtvarianz aufgeklärt werden. Die Kommunalitäten der meisten Items sind in ihrer Höhe befriedigend.

Auf Faktor I haben die folgenden acht Einzelitems jeweils die höchsten Ladungen:

- Die Dinge sind heute so schwierig geworden, daß man nicht mehr weiß, was los ist (2),
- In der heutigen Zeit schaut man nicht mehr durch, was eigentlich passiert (1),
- Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll (6),
- Moralische Grundsätze gelten heute nicht mehr (4),
- Die meisten Menschen kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht (3),
- Heute ist jeder so mit sich selbst beschäftigt, daß er nicht an morgen denken kann (14),
- Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit nicht für die Probleme der einfachen Leute (7) und
- Wenn man an die Zukunft denkt, kann man eigentlich sehr zuversichtlich sein (13). Diese Ladung ist naheliegenderweise negativ.

Tabelle 11.12: Hauptkomponentenanalyse des Variablenpools „Allgemeine Lebenseinstellungen“

V28: Allgemeine Lebenseinstellungen	Faktor I	Faktor II	Faktor III	h ²
1 man schaut nicht durch, was passiert	.79	-.12	.00	.63
2 Dinge sind so schwierig, daß man nicht weiß, was los ist	.82	-.14	.00	.69
3 meisten Menschen kümmern sich nicht um Mitmenschen	.58	.06	.04	.34
4 moralische Grundsätze gelten nicht mehr	.61	.04	.18	.39
5 Verständnis für Leute, die Ausländer aus dem Land prügeln	.19	.03	.79	.66
6 alles ändert sich so schnell, daß man nicht weiß, woran man sich halten soll	.73	-.13	.13	.56
7 Politiker interessieren sich nicht für Probleme einfacher Leute	.56	.13	.15	.34
8 es dürfen keine Ausländer mehr aufgenommen werden	.27	-.06	.77	.67
9 Mitwirkung an städtischen Entscheidungsprozessen	-.06	.88	.01	.79
10 Mitwirkung an überregionalen Entscheidungen	-.10	.88	-.07	.80
11 Gewalt als untaugliches Mittel	.03	.34	-.24	.18
12 bei wirtschaftlicher Not Auge zudrücken bei Diebstahl	.07	.22	-.32	.16
13 wenn man an Zukunft denkt, kann man zuversichtlich sein	-.33	-.11	.28	.20
14 jeder so mit sich beschäftigt, daß er nicht an morgen denkt	.57	-.07	-.02	.33
Eigenwert	3,59	1,82	1,33	
Aufgeklärte Varianz	25,7%	13,0%	9,5%	48,1%

Faktor I erfaßt somit Merkmale der Dimension Anomie, wie Überforderung durch die gegenwärtige Problematik, nicht mehr durchschauen können, schnelle, verwirrende gesellschaftliche Veränderungen, Verfall moralischer Grundsätze, Gefühl des Alleingelassenseins durch die Politiker, aber auch die Mitmenschen, Gefühl der Überforderung durch die Probleme heutzutage und schließlich eine pessimistische Zukunftsperspektive.

Faktor II zeigt auf den folgenden drei Einzelitems die jeweils höchsten Einzelladungen, wobei diese bei zwei der Items sehr prägnant sind. Hierbei

ist allerdings zu berücksichtigen, daß beide Items inhaltlich dicht beieinander liegen (Mitwirkungsmöglichkeiten auf städtischer bzw. überregionaler Ebene).

- Es ist mir wichtig, Mitwirkungsmöglichkeiten an städtischen Entscheidungsprozessen zu haben (9),
- Es ist mir wichtig, Mitwirkungsmöglichkeiten an überregionalen politischen Entscheidungen zu haben (10), und
- In der heutigen Zeit ist Gewalt ein untaugliches Mittel, um politische Interessen durchzusetzen (11).

Der Faktor beinhaltet somit politische, nicht gewaltorientierte Einflüsse auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse.

Auf Faktor III laden ebenfalls drei Items hoch, wobei zwei von ihnen inhaltliche Gemeinsamkeiten aufweisen (Verständnis für Leute, die Ausländer aus dem Lande prügeln, Stopp des Ausländerzuzugs).

- Ich kann Leute verstehen, die Ausländer aus dem Land prügeln (5),
- In der heutigen Situation dürfen keine Ausländer mehr aufgenommen werden (8), und
- Wenn die wirtschaftliche Situation Menschen in eine Notlage gebracht hat, sollte man schon einmal ein Auge zudrücken, wenn sie etwas stehen (12). Die Ladung dieses Items ist negativ, was aus inhaltlichen Gesichtspunkten naheliegend ist.

Der Faktor umschreibt somit ein deutliches, geradezu aggressives Eintreten für eine restriktive Ausländerpolitik. Neben dieser ablehnenden Haltung gegenüber Ausländern liegt auch eine deutliche Ablehnung von Straftätern, selbst wenn diese leichtere Straftaten begehen (Diebstahl) und entschuldigende Umstände bestehen (Notlage), vor. Der Faktor beschreibt somit Ausländerfeindlichkeit sowie eine deutlich punitive Einstellung.

Vor dem Hintergrund der Faktorenanalyse und deren Ergebnisse wurden die auf den drei Faktoren am höchsten ladenden Items zu Skalen zusammengefaßt. Wie die Ergebnisse der Faktorenanalyse gezeigt haben, fallen die Items 11, 12 und 13 durch relativ niedrige Faktorenladungen auf. Die Itemanalyse bestätigte das noch deutlicher: Alle drei Items tragen zu keiner der gebildeten Skalen Wesentliches bei, weshalb sie bei der Berechnung der Skalenwerte ausgeschlossen wurden. Die Trennschärfen der restlichen

Items liegen relativ hoch (Skala I: .38 bis .68; Skala II: .58 bis .60; Skala III: .23 bis .37), die Werte für das Cronbach α sind für Forschungsskalen zufriedenstellend (I: .80; II: .83; III: .64). Skala I besteht somit aus 7 Items, Skala II und III aus jeweils zwei.

Ein Vergleich der Mittelwerte der drei Skalen zwischen den fünf Orten zeigte hinsichtlich der Dimension Anomie (Skala I) bezüglich eines Stadt-Land-Gefälles nur geringfügige Unterschiede, die einen höheren Wert in ländlicheren Regionen andeuten. Was den Ost-West-Unterschied betrifft, zeigen Jena und Kahla geringfügig höhere Werte als die westdeutschen Kommunen, die – erwartungsgemäß – ein deutlicher anomisches Erleben (Anomia) der ostdeutschen Bevölkerung andeuten, was vor dem Hintergrund der Wende zu erwarten war. Daß die Unterschiede relativ geringfügig sind, mag damit zusammenhängen, daß zur damaligen Zeit (1991) diese Anomia noch durch die nach wie vor verbreitete Aufbruchstimmung und entsprechende politische Parolen überdeckt wurde.

Auch die Unterschiede hinsichtlich der Dimension politische Mitwirkung, Ablehnung von Gewalt (Skala II) sind relativ gering. Es deutet sich in Ost und West ein Stadt-Land-Gefälle derart an, daß mit zunehmender Ortsgröße politische Mitwirkung sowie eine Ablehnung von Gewalt als wichtiger erachtet wird. Was den Ost-West-Vergleich betrifft, zeigen die Ostdeutschen niedrigere Skalenwerte, d.h., daß von ihnen eine politische Mitwirkung als nicht so wichtig eingeschätzt wird wie von den Westdeutschen und daß die Ablehnung von Gewalt nicht so deutlich ausfällt. Die geringere Einschätzung der Bedeutung und des Bedürfnisses nach eigener politischer Mitwirkung bei den Ostdeutschen dürfte mit den zu DDR-Zeiten im Vergleich zu Westdeutschland reduzierten Mitwirkungsmöglichkeiten zusammenhängen. Die DDR-Bürger hatten vor dem Hintergrund des dort herrschenden politischen Systems kaum Möglichkeiten, demokratisch-politische Mitwirkungsmöglichkeiten einzuüben. Deswegen ist es naheliegend, daß sie noch relativ kurz nach der Wende, eine entsprechende Notwendigkeit weniger gewichten. Was die geringere Ablehnung von Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen durch die ehemaligen DDR-Bürger betrifft, korrespondieren unsere Ergebnisse mit damaligen bzw. später eintretenden Gewaltakten gegenüber Ausländern, die allerdings nicht nur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR auftraten, sondern ebenso in Westdeutschland. Allerdings ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß sich diese Gewaltphänomene, ausgelöst vor allem von Jugendlichen, in Ostdeutschland häuften. Hierbei dürfte die gesellschaftliche und

berufspolitisch zum Teil erheblich ungünstigere Situation der ostdeutschen Jugendlichen eine wesentliche Rolle spielen.

Die deutlichsten Unterschiede sowohl zwischen den eher städtischen und ländlichen Gemeinden als auch zwischen Ost und West zeigen sich in Skala III (Ausländerfeindlichkeit, Punitivität). Die Werte nehmen von den städtischen zu den ländlichen Gemeinden deutlich zu, d.h. die Bewohner ländlicherer Gemeinden sind gegenüber Ausländern ablehnender und gleichzeitig gegenüber Rechtsbrechern straforientierter. Das dürfte vor allem mit den insgesamt eher konservativen Einstellungsstrukturen ländlicher Bevölkerung zu tun haben. Was die Ablehnung von Ausländern betrifft kommt hinzu, daß Bewohner ländlicher Gemeinden in der Regel weniger Erfahrungen mit Ausländern haben und vor diesem Hintergrund und entsprechenden Medienberichten diese eher als bedrohlich und fremd erleben dürften. Was die Ost-West-Unterschiede betrifft, zeigen die Einwohner Je-

Tabelle 11.13: Allgemeine Lebenseinstellungen – Anomie (Skala I)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	N	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	1023	19,04	4,59	386	20,01	4,39	131	20,15	4,07
	weibl.	1091	19,51	4,55	361	20,24	4,52	126	20,85	4,43
	Sign.	$F_{(1/1941)} = 1,91$			$F_{(1/660)} = 0,55$			$F_{(1/233)} = 0,94$		
Alter (in Jahren)	14-25	477	18,35	4,02	158	19,67	4,22	54	19,96	3,36
	26-35	528	18,57	4,22	169	19,51	4,11	62	20,60	3,83
	36-45	305	18,86	4,40	131	20,19	4,10	51	19,90	4,51
	46-55	283	19,64	5,00	125	19,61	4,57	35	20,09	5,22
	56-65	205	20,96	4,78	70	21,59	4,99	25	22,04	4,40
	66 +	262	21,03	5,02	76	21,83	4,99	22	21,91	4,33
	Sign.	$F_{(5/1937)} = 5,83^{***}$			$F_{(5/656)} = 3,04^*$			$F_{(5/229)} = 1,17$		
Schul- ab- schluß	HS	440	22,09	4,75	253	21,62	4,60	116	21,51	4,30
	RS	407	20,13	4,39	171	20,29	4,23	69	19,77	3,84
	GY	1149	17,87	3,99	260	18,52	3,87	61	19,48	4,06
	Sign.	$F_{(2/1940)} = 123,0^{***}$			$F_{(2/659)} = 29,8^{***}$			$F_{(2/232)} = 5,93^{**}$		
Opfer- wer- dung	Opfer	963	19,58	4,67	386	20,36	4,56	188	20,46	4,43
	N-Op.	1159	19,06	4,51	368	19,85	4,31	70	20,57	3,72
	Sign.	$F_{(1/1941)} = 0,16$			$F_{(1/660)} = 0,03$			$F_{(1/233)} = 1,03$		

Fortsetzung Tabelle 11.13

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	855	20,49	4,79	109	20,54	4,72
	weibl.	1007	20,60	4,82	105	21,25	4,81
	Sign.	$F_{(1/1676)} = 0,06$			$F_{(1/186)} = 0,85$		
Alter (in Jahren)	14-25	347	20,21	4,11	37	20,30	4,97
	26-35	390	19,93	4,49	56	21,05	4,15
	36-45	359	19,50	4,53	54	19,80	4,40
	46-55	364	20,94	5,31	40	22,23	5,08
	56-65	212	22,17	5,17	11	23,55	4,82
	66 +	172	22,25	4,82	13	20,85	5,90
	Sign.	$F_{(5/1672)} = 5,82^{***}$			$F_{(5/182)} = 2,51^*$		
Schul- ab- schluß	HS	363	23,01	4,79	55	22,91	5,28
	RS	691	20,52	4,61	93	21,19	4,22
	GY	655	19,04	4,34	48	18,90	3,58
	Sign.	$F_{(2/1675)} = 67,59^{***}$			$F_{(2/185)} = 8,01^{***}$		
Opfer- wer- dung	Opfer	880	20,55	4,77	90	21,20	4,28
	N-Op.	991	20,56	4,83	125	20,63	5,09
	Sign.	$F_{(1/1676)} = 1,97$			$F_{(1/186)} = 0,79$		

*p < .05

**p < .01

***p < .001

nas und Kahlas im Vergleich zu den drei westdeutschen Kommunen eine deutlich höhere Ausländerfeindlichkeit und eine harschere Straftatmentalität. Das stimmt mit Ergebnissen anderer Erhebungen überein und ist vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen in den verschiedenen politischen Strukturen erklärbar.

Abschließend wurde – wie bei den anderen Variablen (vgl. oben) – die Abhängigkeit der Skalenwerte von Geschlecht, Alter, Schulbildung und Opferwerdung, getrennt für die fünf Orte, geprüft (vgl. Tabelle 11.13-11.15). Hierbei zeigte sich eine Abhängigkeit der drei Skalenwerte vor allem von den Variablen Alter und Schulbildung, weniger vom Geschlecht oder einer erfahrenen Viktimisierung.

Von den 15 durchgeführten Signifikanztests wurden hinsichtlich der Variablen Geschlecht lediglich zwei statistisch signifikant. So zeigen sich hinsichtlich der Skala Anomie in keinem der fünf Orte statistisch bedeutsame Geschlechtsunterschiede. Allerdings weisen die Frauen durchgehend höhere Werte auf. Das deutet darauf hin, daß Frauen insgesamt in unserer Ge-

sellschaft eher ein anomisches Erleben haben, eher der Ansicht sind, daß gesellschaftliche Prozesse schwer bzw. nicht mehr zu durchschauen sind, daß man sich nicht mehr um die Mitmenschen kümmert und moralische Grundsätze nicht mehr gelten. Das ist vor dem Hintergrund traditioneller Familiensozialisation und den oft vielfältigen Benachteiligungen von Frauen im gesellschaftlichen Leben plausibel.

Ebenso plausibel ist es, daß Frauen weniger Wert auf eine politische Mitwirkung in der Gesellschaft legen. Entsprechend haben sie in Skala II niedrigere Werte, allein in Jena sind die Unterschiede statistisch hochsignifikant. Die geringere Einschätzung der Bedeutung politischer Mitwirkung durch die Frauen dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß Politik in der Geschichte immer „Männersache“ war und Frauen herausgehalten wurden – bis heute, und das, obwohl sie sich in der Folge der „Frauenbewegung“ gegen diese Art von Benachteiligung zunehmend wehrten. Frauen haben „gelernt“, daß sie die Politik Männern zu überlassen haben.

Tabelle 11.14: Allgemeine Lebenseinstellungen – politische Mitwirkung, Ablehnung von Gewalt (Skala II)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	1022	5,80	1,78	385	5,29	2,00	131	5,31	1,87
	weibl.	1083	5,49	1,90	358	4,83	1,91	125	5,19	1,90
	Sign.	$F_{(1/1997)} = 1,95$			$F_{(1/674)} = 0,89$			$F_{(1/249)} = 1,08$		
Alter (in Jahren)	14-25	476	5,87	1,75	158	5,09	1,94	54	5,24	1,83
	26-35	527	6,04	1,64	168	5,24	1,84	62	5,16	2,02
	36-45	305	5,86	1,70	131	5,24	1,76	51	5,43	1,66
	46-55	282	5,53	1,89	125	4,74	1,99	35	5,57	1,80
	56-65	205	5,22	1,93	69	5,03	2,09	25	4,72	2,11
	66 +	257	4,62	2,05	74	4,69	2,16	22	4,91	1,97
	Sign.	$F_{(5/1993)} = 3,47^{**}$			$F_{(5/719)} = 1,85$			$F_{(5/245)} = 1,25$		
Schul- ab- schluß	HS	437	4,93	1,98	251	4,80	2,06	115	4,80	1,89
	RS	404	5,46	1,77	170	5,07	1,72	69	5,62	1,69
	GY	1146	6,04	1,69	260	5,42	1,92	61	5,72	1,83
	Sign.	$F_{(2/1996)} = 108,1^{***}$			$F_{(2/673)} = 30,5^{***}$			$F_{(2/248)} = 6,58^{**}$		
Opfer- wer- dung	Opfer	1002	5,51	1,90	400	4,95	2,03	195	5,09	1,84
	N-Op.	1189	5,81	1,76	72	5,29	1,84	77	5,43	2,09
	Sign.	$F_{(1/1997)} = 1,15$			$F_{(1/674)} = 0,08$			$F_{(1/253)} = 0,64$		

Fortsetzung Tabelle 11.14

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	854	5,55	1,83	109	4,97	1,78
	weibl.	1003	4,98	1,96	104	4,85	2,00
	Sign.	$F_{(1/1699)} = 37,62^{***}$			$F_{(1/193)} = 0,15$		
Alter (in Jahren)	14-25	345	5,28	1,91	37	5,00	2,08
	26-35	390	5,62	1,77	56	4,68	1,79
	36-45	358	5,30	1,79	54	5,19	1,77
	46-55	364	5,26	1,92	40	5,10	1,95
	56-65	211	5,08	2,07	11	4,36	1,96
	66 +	171	4,35	2,08	12	4,17	2,12
	Sign.	$F_{(5/1695)} = 5,62^{***}$			$F_{(5/189)} = 0,74$		
Schul- ab- schluß	HS	361	4,53	2,04	55	4,91	2,03
	RS	691	5,24	1,86	93	4,88	1,83
	GY	654	5,68	1,81	48	4,96	1,84
	Sign.	$F_{(2/1690)} = 31,05^{***}$			$F_{(2/192)} = 0,16$		
Opfer- wer- dung	Opfer	879	5,44	1,86	90	5,20	1,85
	N-Op.	987	5,06	1,95	125	4,71	1,89
	Sign.	$F_{(1/1699)} = 5,71^*$			$F_{(1/193)} = 6,24^*$		

*p < .05

**p < .01

***p < .001

Dieser Einfluß politischer Gegebenheiten auf die Einstellung der Bürger zeigt sich auch in den Unterschieden zwischen Ost und West (vgl. oben). Entsprechend den politischen Bedingungen der früheren DDR, wo die politische Mitwirkung für den Bürger nicht gegeben war bzw. auf unwichtige Umstände reduziert wurde oder gar zu einer Farce entartete, schätzen die befragten ostdeutschen Männer und Frauen im Vergleich zu den westdeutschen die Bedeutung einer politischen Mitarbeit und Mitwirkung als deutlich geringer ein (vgl. Tabelle 11.14).

Was die Dimension Ausländerfeindlichkeit und Strafmoralität betrifft (vgl. Tabelle 11.15), zeigen sich in den westdeutschen Gemeinden kaum Geschlechtsunterschiede, lediglich geringfügig höhere Werte bei den Männern im Vergleich zu den Frauen. Diese Unterschiede sind in der beschriebenen Richtung in Ostdeutschland wesentlich deutlicher ausgeprägt: In Jena zeigen die Männer eine hochsignifikant stärkere Ablehnung von Ausländern und eine erheblich ausgeprägtere Strafmoralität als die Frauen. Dasselbe gilt für Kahla, allerdings sind die Unterschiede hier statistisch

nicht signifikant. Obwohl die Frauen in den ostdeutschen Gemeinden weniger ausländerfeindlich und punitiv als die Männer sind, zeigen sie immer noch höhere Werte als die westdeutschen Frauen. Das ist im Zusammenhang mit den oben diskutierten Gesichtspunkten plausibel.

Was die Abhängigkeit der Skalenwerte vom Alter betrifft, zeigen sich – wie bereits erwähnt – deutlichere statistisch signifikante Unterschiede. Von den 15 durchgeführten Signifikanztests wurden 9 statistisch (hoch)signifikant. Die Werte auf der Anomieskala nehmen – mit Ausnahme von Löffingen – in allen Orten mit zunehmendem Alter statistisch signifikant zu. Auch in Löffingen zeigt sich diese Entwicklung, allerdings sind die Unterschiede statistisch nicht bedeutsam. Das bedeutet, daß mit zunehmendem Alter die Befragten aller Gemeinden sich durch die rasche Entwicklung eher überfordert fühlen und den Eindruck vermitteln, daß man sich nicht umeinander kümmert.

Tabelle 11.15: Allgemeine Lebenseinstellungen – Ausländerfeindlichkeit/Punitivität (Skala III)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl	1023	3,36	1,54	386	3,74	1,67	131	3,988	1,78
	weibl.	1091	3,31	1,49	361	3,72	1,56	126	3,82	1,54
	Sign.	$F_{(1/2012)} = 0,60$			$F_{(1/691)} = 0,22$			$F_{(1/249)} = 0,38$		
Alter (in Jahren)	14-25	477	3,07	1,46	158	3,83	1,72	54	4,22	1,64
	26-35	528	3,12	1,40	169	3,65	1,63	62	3,89	1,83
	36-45	305	3,28	1,45	131	3,60	1,59	51	3,67	1,45
	46-55	283	3,60	1,61	125	3,57	1,40	35	3,60	1,72
	56-65	205	3,69	1,53	70	3,96	1,66	25	4,12	1,62
	66 +	262	3,73	1,62	76	3,93	1,72	22	3,77	1,54
	Sign.	$F_{(5/2008)} = 2,92^{**}$			$F_{(5/689)} = 2,25$			$F_{(5/245)} = 1,77$		
Schul- ab- schluß	HS	440	4,19	1,73	253	4,15	1,64	116	4,21	1,69
	RS	407	3,59	1,54	171	3,80	1,71	69	3,77	1,60
	GY	1149	2,90	1,21	260	3,35	1,50	61	3,51	1,52
	Sign.	$F_{(2/2011)} = 141,0^{***}$			$F_{(2/690)} = 539,2^{***}$			$F_{(2/248)} = 4,54^*$		
Opfer- wer- dung	Opfer	1011	3,33	1,43	410	3,72	1,59	198	4,03	6,90
	N-Op.	1201	3,39	1,58	381	3,75	1,65	77	3,66	2,76
	Sign.	$F_{(1/2012)} = 1,45$			$F_{(1/691)} = 0,07$			$F_{(1/249)} = 0,98$		

Fortsetzung Tabelle 11.15

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschl.	männl.	855	3,90	1,78	109	4,24	1,79
	weibl.	1007	3,48	1,52	105	3,94	1,78
	Sign.	$F_{(1/1709)} = 45,6^{***}$			$F_{(1/192)} = 1,83$		
Alter (in Jahren)	14-25	347	4,06	1,81	37	4,65	2,06
	26-35	390	3,74	1,75	56	4,02	1,87
	36-45	359	3,48	1,55	54	4,00	1,76
	46-55	364	3,62	1,65	40	4,00	1,55
	56-65	212	3,44	1,48	11	3,38	1,41
	66 +	172	3,59	1,48	13	4,00	1,39
	Sign.	$F_{(5/1705)} = 10,8^{***}$			$F_{(5/188)} = 2,21$		
Schul- ab- schluß	HS	363	3,95	1,68	55	4,27	1,85
	RS	691	3,98	1,76	93	4,23	1,85
	GY	655	3,17	1,35	48	3,67	1,42
	Sign.	$F_{(2/1708)} = 65,7^{***}$			$F_{(2/191)} = 3,52^*$		
Opfer- wer- dung	Opfer	880	3,73	1,66	90	3,80	4,39
	N-Op.	991	3,63	1,66	125	3,88	1,75
	Sign.	$F_{(1/1709)} = 5,49^*$			$F_{(1/192)} = 1,22$		

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

Was den Wunsch nach Mitwirkungsmöglichkeiten auf regionaler und über-regionaler Ebene betrifft, zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung: Mit zunehmendem Alter nimmt in allen Gemeinden – statistisch gesichert allerdings nur in Freiburg und Jena – dieser Wunsch ab. Vor allem jüngere Menschen – weniger die jüngste Altersgruppe der 24- bis 25jährigen, mehr die 26- bis 45jährigen, also diejenigen, die im Berufsleben integriert und aufstiegsorientiert sind – sind deutlich mehr an politischen Mitwirkungsmöglichkeiten interessiert und lehnen gleichzeitig Gewalt als politisches Mittel am deutlichsten ab.

Auch die Werte der Skala Ausländerfeindlichkeit/Punitivität sind in drei der fünf Gemeinden statistisch signifikant vom Alter abhängig, die Zusammenhänge sind allerdings nicht durchweg linear. Lediglich in Freiburg nimmt die Ausländerfeindlichkeit und Strafmentalität mit zunehmendem Alter zu. In Emmendingen dagegen zeigen die jüngste Altersgruppe (14-25 Jahre) sowie die 56jährigen und älteren die höchsten Werte. In Löffingen

tritt der Effekt, daß die jungen Befragten besonders ausländerfeindlich und auf Strafe orientiert sind, noch deutlicher hervor: Diese Altersgruppe hat den höchsten Skalenwert, noch höher als die älteren Befragten. Dasselbe gilt noch ausgeprägter für die beiden ostdeutschen Kommunen. Sowohl in Jena als auch Kahla haben die 14- bis 25jährigen die höchsten Skalenwerte. Wie bereits bei anderen Vergleichen auf Skalenebene gezeigt werden konnte, sind die Werte der ostdeutschen Gemeinden denen Löffingens ähnlich. Das deutet darauf hin, daß die Einwohner Jenas, obwohl es sich hier um eine wesentlich größere Kommune mit urbanem Charakter handelt, die gleichzeitig Universitätsstadt ist, ähnliche Einstellungen und Werthaltungen haben wie ländliche, eher konservativ orientierte westdeutsche Kommunen. Es sind in diesem Falle hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit und Strafeinstellung vor allem die jungen Menschen, die Verständnis dafür zeigen, daß Ausländer aus dem Lande geprügelt werden bzw. für einen Zugzugsstopp sind, gleichzeitig gegenüber Straffälligen, auch bei leichteren Taten, eine eher harsche Strafmentalität äußern. Vor diesem Hintergrund werden auch die Ausschreitungen junger Menschen in den Neuen Bundesländern gegenüber Ausländern eher verständlich.

Die Schulbildung hat den deutlichsten Einfluß auf die Ausprägungen der drei Skalen zu den allgemeinen Lebenseinstellungen. Von den 15 durchgeführten Signifikanztests sind 14 statistisch (hoch)signifikant. Erwartungsgemäß nehmen die Werte der Anomieskala mit zunehmender Schulbildung in allen fünf Gemeinden statistisch signifikant ab. Das bedeutet, daß vor allem Befragte mit einfacherer Schulbildung sich durch die gesellschaftlichen Verhältnisse überfordert fühlen und der Meinung sind, daß man sich in unserer Gesellschaft nicht mehr umeinander kümmert bzw. daß moralische Grundsätze nicht mehr gelten. Das gilt sowohl für die ost- als auch westdeutschen Gemeinden. Was den Wunsch nach politischer Mitwirkung betrifft, nimmt dieser mit zunehmender Schulbildung ebenfalls zu. Besser Ausgebildete haben mehr Interessen, bei politischen Entscheidungen mit beteiligt zu sein. In der Regel dürften sie auch in einflußreicheren beruflichen Positionen sein als weniger gut Ausgebildete. Gleichzeitig steigt mit zunehmender Schulbildung die Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik, ein Ergebnis, daß sich in Untersuchungen immer wieder finden läßt. Mit zunehmender Schulbildung nimmt auch die Strafmentalität ab (vgl. unten, ausführlich *Kury u.a.* 2000).

Schließlich fällt mit steigender Schulbildung in allen fünf Gemeinden die Ausländerfeindlichkeit und die Punitivität deutlich, ein Ergebnis, das vor

dem Hintergrund der internationalen Literatur zu erwarten war. Ablehnung von Ausländern, das Eintreten für einen Zuzugsstopp bzw. die Ausweisung der bereits hier lebenden Ausländer und das gleichzeitige Verfechten harter Strafen gegenüber Delinquenten, findet sich vor allem bei Bevölkerungsschichten mit einfacherer Schulbildung. Diese Gruppen fühlen sich offensichtlich am ehesten, etwa im Kampf um Arbeitsplätze, von Ausländern bedroht, glauben mehr an Strafen als „Lösung“ des „Kriminalitätsproblems“ als besser Ausgebildete, die sich differenzierter informieren dürften und vor diesem Hintergrund eher die Möglichkeit haben, die komplexen Zusammenhangsstrukturen zu erkennen, die deutlich machen, daß die von der Boulevardpresse oft vertretenen Rezepte nicht greifen können.

Die Bedeutung der Variablen Opferwerdung ist relativ gering, so kann man auf keiner der drei Skalen für die westdeutschen Kommunen signifikante Mittelwertsunterschiede beobachten. Lediglich für die beiden ostdeutschen Gemeinden Jena und Kahla ergeben sich in Bezug auf die Skala II (politische Mitwirkung, Ablehnung von Gewalt) und Skala III (Ausländerfeindlichkeit/Punitivität) bedeutsame Unterschiede. So betonen in beiden Städten die Opfer deutlicher als die Nichtopfer die Relevanz politischer Mitwirkung, bzw. sie lehnen Gewalt als Mittel der Politik stärker ab. Möglicherweise versprechen sich die ostdeutschen Opfer durch eine solche Mitwirkung eine bessere Prävention vor Kriminalität, daß die Unterschiede im Westen nicht signifikant sind, mag an einer gewissen Resignation anhand der Erfahrung der „Unbeweglichkeit“ politischer Gremien in Bezug auf konkrete Präventionsmaßnahmen liegen.

Weiterhin kann man, allerdings nur in Jena, feststellen, daß Opfer in Jena höhere Werte in Bezug auf Ausländerfeindlichkeit bzw. Punitivität aufweisen. Während in Bezug auf die Bereitschaft auch Bagatelldelikte zu bestrafen das Erleben der eigenen Opferwerdung eine Rolle spielen mag, kann man im Hinblick auf die Ausländerfeindlichkeit allenfalls spekulieren. Möglicherweise werden, im Sinne einer Pauschalisierung, Straftäter, Ausländer bzw. andere Randgruppen als generelle Ursache der erfahrenen Viktimisierung gesehen. Entsprechende Zusammenhänge werden zum Teil auch durch die Medien verbreitet. Weshalb nur in Jena, nicht aber in Kahla ein solches Ergebnis zu beobachten ist, mag neben dem Faktor der von den Ostdeutschen als neu erlebten steigenden Kriminalitätsbelastung auch mit dem höheren Verbreitungsgrad entsprechender Medien, die solche Zusammenhänge postulieren, in der Stadt Jena zusammenhängen.

11.4 Zusammenfassung

Die Einstellung zu Kriminalität und das Erleben derselben wird mehr oder weniger deutlich von den eigenen Lebensbedingungen beeinflusst. Verbrechensfurcht z.B. ist in der Regel höher bei Befragten mit ungünstigen Lebens-, Wohn- und Einkommensbedingungen, also bei solchen Personen, die eine größere Verletzbarkeit (Vulnerabilität) empfinden. Da die Lebensbedingungen in Ostdeutschland sich aufgrund der Wende erheblich verändert haben und dadurch eine große Verunsicherung bei der Bevölkerung eingetreten ist, ist zu erwarten, daß sich das Erleben von Berufstätigkeit, die gesetzten Lebensziele, ferner vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Sozialisation auch die Meinungen über gesellschaftliche und politische Umstände unterscheiden. Wieweit dies der Fall ist, wurde in diesem Kapitel überprüft.

11.4.1 Beschreibung und Erleben der eigenen Berufstätigkeit

Anhand einer Frage mit 10 Items wurden die Bewohner der einzelnen Orte gebeten, ihre eigene Berufstätigkeit zu charakterisieren. Mit diesen 10 Items wurde eine Faktorenanalyse gerechnet, die zwei Faktoren ergab: Faktor I umfaßt Items, welche die Zusammenarbeit und den Kontakt mit Arbeitskollegen beschreiben, ferner Interesse an der eigenen Arbeit. Faktor II faßt Items zusammen, welche eine geringe körperliche, aber hohe geistige Anstrengung der Arbeit umschreiben, eine verlangte Eigeninitiative, ferner das Interesse an dieser Tätigkeit. Für die auf der Basis der Faktorenanalyse gebildeten Skalen wurde eine Itemanalyse gerechnet, die insgesamt zufriedenstellende Resultate brachte. Zwei Items mit relativ niedrigen Trennschärfen wurden für die weiteren Berechnungen auf Skalengrundlage ausgeschlossen, um dadurch die interne Konsistenz der Skalen zu erhöhen.

Die Skalenmittelwerte wurden über die fünf Orte miteinander verglichen. Die ostdeutschen Befragten haben in beiden Skalen (tendenziell) niedrigere Werte, das bedeutet, daß sie die Zusammenarbeit mit Kollegen und die Arbeitszufriedenheit schlechter einschätzen als die westdeutschen, ferner auch die geforderte geistige Anstrengung sowie die verlangte Eigeninitiative. Die berufliche Tätigkeit wird somit von den ostdeutschen Befragten negativer eingestuft als von den westdeutschen.

Die Überprüfung der Unterschiede der beiden Skalen zwischen den verschiedenen Orten in Abhängigkeit von den soziodemographischen Variab-

len Geschlecht, Alter und Schulabschluß zeigt für Skala I (Zusammenarbeit mit Arbeitskollegen, Zufriedenheit mit der Arbeit) lediglich für Jena und nur hinsichtlich des Geschlechts sowie des Alters statistisch signifikante Unterschiede. Frauen und die niedrigsten und höchsten Altersgruppen haben höhere Werte, d.h. sie beurteilen die Zusammenarbeit am Arbeitsplatz besser und sind zufriedener mit den Arbeitsbedingungen als die Restgruppen. Die jüngste Altersgruppe (14- bis 25-jährige) hat an allen Orten tendenziell relativ hohe Werte. Das dürfte mit dem größeren Elan junger Leute und deren in der Regel positiverer Zukunftsperspektive zusammenhängen.

Deutlicher sind die Unterschiede bei Skala II (geringe körperliche, hohe geistige Anstrengung, Eigeninitiative, Interessantheit der Tätigkeit). Hinsichtlich des Geschlechts schildern in den westdeutschen Kommunen die Männer ihre Tätigkeit als weniger körperlich, dafür eher geistig anstrengend. Das gilt nicht für die beiden ostdeutschen Kommunen und könnte auf bessere Zugangschancen der Frauen zu attraktiven beruflichen Positionen in den Neuen Bundesländern hindeuten, und zwar vor dem Hintergrund der besseren beruflichen Integration von Frauen zu DDR-Zeiten.

Hinsichtlich des Alters nehmen die Werte in Skala II bis zu einer mittleren Altersgruppe zu, um dann wieder zu sinken. Das bedeutet, daß die nervliche/geistige Anspannung bis zur mittleren Altersgruppe als ansteigend erlebt wird, um dann wieder abzunehmen. Das dürfte mit der beruflichen Laufbahn zusammenhängen, wo es erst um den Aufbau einer beruflichen Karriere geht und in der Konsolidierungsphase im mittleren Lebensalter in der Regel eine gewisse Beruhigung eintritt.

Was den Zusammenhang mit der Schulbildung betrifft, nimmt erwartungsgemäß die Charakterisierung der Tätigkeit als weniger körperlich, dafür mehr geistig/nervlich und Eigeninitiative fordernd mit steigender Schulbildung in Ost und West zu.

Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, daß bei Skala I in allen Untergruppen die ostdeutschen Befragten tendenziell niedrigere Werte haben, d.h. die Zusammenarbeit mit Kollegen und die Arbeitszufriedenheit, die Freude am Beruf ungünstiger einschätzen als die westdeutschen. Bei Skala II gilt dasselbe. Das heißt, die Ostdeutschen schildern weniger geistig-nervliche Anforderungen im Beruf, dafür mehr körperliche, es wird weniger Eigeninitiative gefordert, entsprechend wird die Tätigkeit als weniger interessant charakterisiert. Verantwortlich für diese Unterschiede könnten möglicherweise die oben geschilderten Unterschiede in der Schulbildung zwischen ost- und westdeutschen Befragten sein.

11.4.2 Einschätzung der Bedeutung eigener Lebensziele

Es ergeben sich vor allem zwischen den drei westdeutschen Kommunen deutliche Unterschiede in der Präferenz einzelner Lebensziele. Mit zunehmender Urbanität werden Lebensziele wie Genuß, Neues erleben und einen guten Freundeskreis haben als wichtiger eingeschätzt. Kleinere Gemeinden bewerten offensichtlich Lebensziele wie Familie oder Sparen für Anschaffungen als wichtig. Zwischen den beiden größeren ost- und westdeutschen Städten Jena und Freiburg zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede, die mit dem verschiedenen Sozialisationshintergrund zusammenhängen dürften. Für die Freiburger ist es offensichtlich wichtiger als für die Bewohner Jenas, gesellschaftliches Ansehen zu haben, Karriere zu machen, das Leben zu genießen, einen guten Freundeskreis zu haben und sich politisch zu engagieren. Für die Ostdeutschen sind eher traditionelle Ziele wichtig, wie materiell besser abgesichert zu sein, für die Familie zu sorgen, zu sparen und sich etwas Luxus leisten zu können.

Die mit den Einzelitems durchgeführte Faktorenanalyse ergab eine Vierfaktorenlösung. Faktor I beschreibt die Dimension wirtschaftliche und berufliche Karriere/Luxus, Faktor II familienorientiertes, wirtschaftlich gesichertes Leben, Faktor III Geselligkeit, Genuß, etwas Neues erleben wollen und Faktor IV berufliches, politisches und mitmenschliches Engagement.

Der Vergleich der Skalenwerte zwischen den einzelnen Kommunen bestätigt die auf Einzelitemebene geschilderten Resultate. Was den Einfluß der soziodemographischen Variablen Geschlecht, Alter, Schulabschluß und Opferwerdung auf die einzelnen Skalenwerte betrifft, sind die Ergebnisse hinsichtlich des Geschlechts wenig einheitlich. Männer zeigen höhere Werte was die Einschätzung der Bedeutung wirtschaftlicher und beruflicher Karriere betrifft. Mit abnehmender Urbanität wird eine wirtschaftliche und berufliche Karriere und entsprechender Luxus als Lebensziel für Frauen wichtiger. Von den Frauen wird durchgehend Geselligkeit, Genuß und Neues erleben wollen als (tendenziell) wichtiger eingeschätzt Die Männer schätzen dagegen berufliches, politisches und mitmenschliches Engagement als bedeutsamer ein. Deutliche Zusammenhänge zeigen sich zum Alter. In allen Orten nimmt mit zunehmendem Alter die wirtschaftliche und berufliche Karriere, ferner Luxus als bedeutsames Lebensziel ab. Dasselbe gilt für die Werte der Skala Geselligkeit, Genuß, Neues erleben wollen. Die Bedeutung der Familie und eine entsprechende wirtschaftliche Absicherung

nimmt bis zur mittleren Altersgruppe zu, um dann wieder zurückzugehen. Was die Werte der Skala berufliches, politisches und mitmenschliches Engagement betrifft, so nehmen diese mit zunehmendem Alter ab.

Hinsichtlich der Zusammenhänge zur Schulbildung sind die Ergebnisse ebenfalls relativ einheitlich. Die Bedeutung der wirtschaftlichen und beruflichen Karriere nimmt mit steigender Schulbildung zu. Deutlich sind die Unterschiede in der Skala Familienorientierung, wirtschaftliche Absicherung: In den westdeutschen Gemeinden zeigen sich die Befragten mit zunehmender Schulbildung weniger familienorientiert, in den ostdeutschen Gemeinden ergibt sich bei mittlerer Schulbildung eine vergleichsweise deutliche Familienorientierung. Was Geselligkeit, Genuß, Neues erleben wollen betrifft, nehmen die Werte in Westdeutschland ebenfalls mit steigender Schulbildung zu, in den ostdeutschen Gemeinden nur bis zur mittleren Schulbildung. Das berufliche, politische und mitmenschliche Engagement nimmt in allen fünf Kommunen mit steigender Schulbildung (tendenziell) zu.

Opfer von Straftaten legen in den westdeutschen Gemeinden (tendenziell) weniger Wert auf berufliche und wirtschaftliche Karriere, sind eher familienorientiert, dagegen weniger beruflich, politisch oder mitmenschlich engagiert. In den beiden ostdeutschen Gemeinden gehen die Ergebnisse zumindest teilweise in die gegensätzliche Richtung. Hier sind Opfer eher familienorientiert, legen Wert auf Karriere, betonen gleichzeitig eher Genuß und Neues erleben wollen als wichtig und sind schließlich mehr beruflich und mitmenschlich engagiert. Die Gruppe der viktimisierten Ostdeutschen scheint eher aufstiegsorientiert zu sein, entsprechend aktiv und interessiert. Hieraus könnte sich die höhere Viktimisierungswahrscheinlichkeit ableiten, derart, daß diese Befragten eher in der Gefahr sind, beispielsweise im wirtschaftlichen Bereich durch Betrüger u.ä. Straftäter viktimisiert zu werden.

11.4.3. Allgemeine Lebenseinstellungen

Hinsichtlich der allgemeinen Lebenseinstellungen zu Moral, Komplexität der Gesellschaft, Ausländern, Politik und Politikern, Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen in der Gesellschaft, Gewalt oder Zukunft unterscheiden sich die drei westdeutschen Gemeinden in 12 von 14 Items (hoch)signifikant voneinander, die zwei ostdeutschen Gemeinden in der Hälfte. In den westdeutschen Kommunen sind die Befragten in ländlicheren Regionen mehr der Ansicht, daß man heute nicht mehr durchschaut,

was eigentlich passiert, daß alles schwieriger geworden ist, daß moralische Grundsätze nicht mehr gelten, daß sich alles sehr schnell ändert, daß sich Politiker nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren, daß keine Ausländer mehr aufgenommen werden dürften, daß man gegen Straftäter härter vorgehen sollte und daß Mitwirkungsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen nicht so wichtig seien. Teilweise zeigen sich dieselben Unterschiede zwischen den beiden ostdeutschen Gemeinden. Was die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland betrifft, haben die Ostdeutschen ein weitgehend ähnliches Einstellungsprofil wie die westdeutsche ländliche Bevölkerung. Allerdings äußern sie eine deutlich größere Zukunftszuversicht. Die Ostdeutschen zeigen zudem eine größere Politikverdrossenheit als die Westdeutschen; sie sind gleichzeitig punitiver.

Die Faktorenanalyse ergab eine Dreifaktorenlösung. Der erste Faktor erfaßt Merkmale der Dimension Anomie, wie Überforderung durch die gegenwärtige gesellschaftliche Problematik, Nicht-mehr-Durchschauen-Können, schnelle und verwirrende gesellschaftliche Veränderungen, Verfall moralischer Grundsätze, Gefühl des Alleingelassenseins und der Überforderung, schließlich eine eher pessimistische Zukunftsperspektive. Faktor II beinhaltet das Interesse an politischer Mitwirkung, ferner die Ablehnung von Gewalt zur Lösung von Problemen. Faktor III schließlich beinhaltet die negativen Einstellungen gegenüber Ausländern und das Eintreten für harte Strafen.

Mit den drei faktorenanalytisch gebildeten Skalen wurden Mittelwertvergleiche zwischen den Kommunen und zwischen Ost- und Westdeutschland gerechnet. Hinsichtlich des Faktors Anomie zeigen sich nur geringfügige Stadt-Land-Unterschiede mit tendenziell höheren Werten in ländlichen Gemeinden, die ostdeutschen Gemeinden haben erwartungsgemäß höhere Anomiewerte als die westdeutschen, allerdings sind die Unterschiede nicht besonders ausgeprägt. Auch bezüglich der Dimension politische Mitwirkung, Ablehnung von Gewalt, zeigt sich ein Stadt-Land-Gefälle (höhere Werte in den Städten). In Ostdeutschland wird der politischen Mitwirkung weniger Bedeutung beigemessen, gleichzeitig wird Gewalt weniger deutlich abgelehnt als von den Westdeutschen. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich in der Dimension Ausländerfeindlichkeit, Punitivität: Ländliche Regionen sowie die beiden ostdeutschen Gemeinden haben deutlich höhere Werte als die jeweilige Vergleichsgruppe.

Was die Abhängigkeit der Skalenwerte von Geschlecht, Alter, Schulbildung und Opferwerdung betrifft, zeigen sich insbesondere Einflüsse auf die

Einstellungen von seiten des Alters und der Schulbildung. Frauen weisen höhere Anomiewerte auf als Männer, dagegen niedrigere Werte in der Dimension politische Mitwirkung. Die ostdeutschen Männer und Frauen schätzen die Bedeutung einer politischen Mitwirkung niedriger ein als die westdeutschen. Hinsichtlich der Dimension Ausländerfeindlichkeit und Strafmoralität haben in Westdeutschland die Männer geringfügig höhere Werte als die Frauen, in Ostdeutschland sind die Geschlechtsunterschiede wesentlich deutlicher ausgeprägt: In Jena zeigen die Männer eine hochsignifikant stärkere Ablehnung von Ausländern und eine erheblich ausgeprägtere Strafmoralität als Frauen. Dasselbe gilt für Kahla, wenngleich moderater. Obwohl die Frauen in Ostdeutschland weniger ausländerfeindlich und straforientiert sind als die Männer, zeigen sie dennoch höhere Werte als die westdeutschen Frauen.

Deutlichere Unterschiede ergeben sich hinsichtlich des Alters: Die Anomie-Werte steigen mit zunehmendem Alter, gleichzeitig sinkt der Wunsch nach politischen Mitwirkungsmöglichkeiten auf regionaler oder überregionaler Ebene. Was die Ausländerfeindlichkeit und Strafmoralität betrifft, sind die Ergebnisse weniger einheitlich. Teilweise nehmen die Werte mit steigendem Alter zu, teilweise hat die jüngste Altersgruppe relativ hohe Werte, vor allem in den ländlicheren westdeutschen Gemeinden. In den ostdeutschen Kommunen haben die 14- bis 25-jährigen die höchsten Werte. Die Werte der ostdeutschen Gemeinden ähneln sehr den Werten der ländlichen westdeutschen Kommunen. Die ostdeutschen jungen Befragten sind deutlich mehr für einen Zuzugsstopp für Ausländer, haben mehr Verständnis dafür, daß diese aus dem Lande geprügelt werden, und zeigen eine härtere Strafmoralität.

Den deutlichsten Einfluß auf die Ausprägung der drei Skalenwerte hat die Schulbildung. Die Werte der Anomieskala nehmen mit steigender Schulbildung in allen fünf Gemeinden statistisch signifikant ab. Andererseits nimmt der Wunsch nach politischer Mitwirkung mit der Schulbildung zu, gleichzeitig steigt mit zunehmender Schulbildung die Ablehnung von Gewalt, und die Ausländerfeindlichkeit nimmt deutlich ab. Die Schulbildung erwies sich somit als wesentlicher Faktor, der die Einstellungsstrukturen der Bürger hinsichtlich Anomie, Strafmoralität, Haltung gegenüber Ausländern und Gewalt beeinflußt, ein Ergebnis, daß international immer wieder beobachtet werden konnte.

Die Opferwerdung hat nur geringen Einfluß auf die drei Skalen und dann ausschließlich in den beiden ostdeutschen Kommunen. So sind Opfer ge-

genüber Nichtopfern stärker an politischer Mitwirkung interessiert bzw. lehnen Gewalt als Mittel der Politik deutlicher ab. Daneben sind – allerdings nur in Jena – die Opfer ausländerfeindlicher und eher darauf bedacht, daß selbst Bagatelldeliktanten ihre Strafe erhalten. Diese Unterschiede dürften einerseits auf ein stärkeres Interesse der ostdeutschen Opfer an Prävention sowie auf pauschale Deliktantenurteile zurückzuführen sein.

KAPITEL 12

Subjektive Kriminalitätseinschätzung und deren Hintergrund

Einhellig schätzt der Großteil der Bevölkerung in Opferstudien die Entwicklung der Kriminalität in der Zukunft als mehr oder weniger ansteigend ein. Diese subjektiv empfundene Kriminalitätszunahme ist in Zusammenhang mit den Informationsquellen der Bevölkerung zur Kriminalitätsentwicklung zu sehen, die nahezu ausschließlich aus Medienberichten bestehen. Medien ihrerseits berichten vor allem dann über das Kriminalitätsgeschehen, wenn es um mehr oder weniger spektakuläre Einzelfälle geht bzw. wenn es sich um das Gesamtkriminalitätslagebild handelt, wenn die Mitteilung eine interessante, die Aufmerksamkeit auf sich ziehende Nachricht darstellt. Das ist vor allem dann der Fall, wenn mehr oder weniger deutliche Änderungen der Kriminalitätslage, vor allem eine Verschlechterung, d.h. eine deutliche Zunahme, insbesondere der Gewaltkriminalität, mitgeteilt werden können. Solche Berichte wecken die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zweifellos mehr als Mitteilungen derart, daß die Kriminalitätslage konstant geblieben sei. Entsprechend wird bei der Veröffentlichung der Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik jedes Jahr sowohl von politischer Seite als auch durch die Medien vorrangig auf Zunahmen in Einzelbereichen, insbesondere der Gewaltkriminalität, hingewiesen, auch wenn diese Veränderungen etwa das Gesamtkriminalitätslagebild kaum berühren. Die Medien wissen, was die Aufmerksamkeit der Leser, Hörer oder Zuschauer auf sich zieht, und richten sich entsprechend danach, je niedriger das Niveau ist, um so mehr. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß die Öffentlichkeit bei dieser einseitigen und verzerrten Information (vgl. *Kerner & Feltes* 1980) nahezu ausschließlich von einer stetigen Zunahme der Kriminalitätsbelastung ausgeht.

12.1 Kriminalitätsanstieg und dessen Ursache

Auch in unserer Studie gaben auf die Frage, ob sie glauben, daß sich die Kriminalität in ihrer Stadt in den letzten zwei Jahren verändert hat (V31), in den westdeutschen Gemeinden immerhin 72,1% an, daß sie der Ansicht

seien, die Kriminalität habe zugenommen. Lediglich 1,5% meinten, sie habe abgenommen, 23,0% waren der Ansicht, sie sei gleichgeblieben. In Jena und Kahla meinten auf dieselbe Frage sogar 97,1%, die Kriminalität habe zugenommen, nur 0,5% gingen hier von einer Kriminalitätsabnahme und 1,8% von einem Gleichstand aus. Weit mehr ostdeutsche als westdeutsche Befragte gehen somit – bezogen auf die letzten beiden Jahre vor der Untersuchung, etwa die Zeit nach der Wende – von einem Kriminalitätsanstieg aus. Diese unterschiedliche Einschätzung des Kriminalitätsanstiegs dürfte insoweit mit der Realität übereinstimmen, als die Kriminalität in Ostdeutschland nach der Wende – nach allem, was wir wissen – tatsächlich deutlicher gestiegen ist als in Westdeutschland. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß die Ausgangswerte der Kriminalitätsbelastung verschieden waren. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse von *v. der Heide & Lautsch* (1991) bzw. *Kerner* (1997) gehen wir heute davon aus, daß die Kriminalitätsbelastung in der früheren DDR bis zur Wende zwar zugenommen hat, dennoch aber nur bei einem Drittel des Westniveaus lag (vgl. Kapitel 5). Es verwundert nicht, daß sich dieser relativ niedrige Wert, der vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Situation in der DDR zu sehen ist, nach der Wende mehr oder weniger schnell dem Westniveau annäherte, was im Vergleich zu DDR-Zeiten eine deutliche Zunahme der Straftatenbelastung mit sich brachte. Dies war für die Bürger einerseits spürbar, andererseits wurde es ihnen vor allem durch die Medien immer wieder vorgeführt. Die Unterschiede in der Einschätzung der Kriminalitätszunahme zwischen Ost und West haben somit einen realen Hintergrund.

Die Probanden dieser Untersuchung wurden nach den subjektiv gesehene Hintergründen bzw. Ursachen dieses Kriminalitätsanstiegs gefragt (V32), ferner danach, wodurch ihre Haltung zu Kriminalität und Strafe beeinflusst wird (V38). Item 32 lautete: „Wenn die Kriminalität in Ihrer Stadt schlimmer geworden ist, was meinen Sie, spielt dabei eine Rolle?“ Das halboffen formulierte Item nannte 12 Gründe, die durch weitere Nennungen ergänzt werden konnten. Hiervon wurde allerdings kaum Gebrauch gemacht, so daß die Auswertung sich auf die 12 vorgegebenen Ursachen beschränken kann.

Zunächst wurden die Mittelwertsunterschiede auf Itemebene für die einzelnen Gemeinden berechnet und die statistische Bedeutsamkeit der festgestellten Differenzen mittels Varianzanalyse (vgl. Tabelle 12.1) geprüft. Was die Gewichtung der einzelnen Nennungen betrifft – jedes Item konnte auf einer Skala von 1 (spielt keine Rolle) bis 4 (spielt eine Rolle) gewichtet

werden – nannten die Freiburger als Ursachen vor allem eine Zunahme gestörter Familienverhältnisse, die Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen, die Einnahme von Drogen, die wirtschaftlichen Verhältnisse bzw. die große Verlockung durch ein reichhaltiges Warenangebot. Als weniger bedeutsam wurde dagegen häufiger Ortswechsel der Bevölkerung, die Nachgiebigkeit der Gerichte, die mangelnden Möglichkeiten einer abwechslungsreichen Freizeitgestaltung oder ein mangelndes Durchgreifen der Polizei gesehen. Die Befragten in Emmendingen und Löffingen zeigen eine weitgehend übereinstimmende Rangreihe in der Gewichtung der einzelnen Ursachen.

Auch die Bewohner Jenas und Kahlas stimmen in ihrer jeweiligen Einschätzung weitgehend überein, unterscheiden sich jedoch in einigen Punkten von den westdeutschen Befragten. So nennen die Ostdeutschen an erster Stelle die Ausbreitung aggressiven Verhaltens, die wirtschaftlichen Verhältnisse, das mangelnde Durchgreifen der Polizei, die gestörten Familienverhältnisse und die Verlockung durch das reichhaltige Warenangebot. Weniger wichtig werden hier eingeschätzt ein häufiger Ortswechsel, die hohe Bevölkerungsdichte, die Zunahme des Ausländeranteils bzw. der Verfall der Moral.

Was die Unterschiede in der Gewichtung der einzelnen Punkte betrifft messen die Westdeutschen hinsichtlich des Kriminalitätsanstiegs gestörten Familienverhältnissen, der Einnahme von Drogen und einer hohen Bevölkerungsdichte mehr Bedeutung bei. Die Ostdeutschen sehen die Gründe dagegen mehr in einem mangelnden Durchgreifen der Polizei, in den wirtschaftlichen Verhältnissen und mangelnden Freizeitmöglichkeiten. Diese Unterschiede sind vor dem Hintergrund der Bevölkerungssituation anfangs der 90er Jahre zu sehen. Damals wie heute spielt in Westdeutschland wie in anderen westlichen Industrieländern die Drogenproblematik, vor allem festgemacht an illegalen Drogen, eine zentrale Rolle. In Ostdeutschland war das Drogenproblem, zumindest bezogen auf illegale Drogen, damals noch kein aktuelles Thema. Was die Rolle der Familienverhältnisse betrifft, so lagen zwar die Scheidungsquoten in der früheren DDR um ca. 50% höher als im Westen, da diese Quote jedoch seit Anfang der 80er Jahre weitgehend stabil war, dürften diese als Ursache einer aktuellen Zunahme der Kriminalität keine Rolle spielen.

Die Ostdeutschen haben in ihrer Sozialisation durch das DDR-Regime dagegen vor allem gelernt, daß auf Straffälligkeit und sozial abweichendes Verhalten mit Sanktionen reagiert werden müsse; die in Westdeutschland

Tabelle 12.1: Ursachen für Zunahme der Kriminalität (V32/V42)

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
Nachgiebigkeit der Gerichte	2,15	1,10	2,23	1,08	2,16	1,13	$F_{(2/2723)} = 1,27$
mangelndes Polizeidurchgreifen	2,40	1,04	2,47	1,00	2,40	1,07	$F_{(2/2753)} = 1,17$
gestörte Familien	3,52	0,65	3,52	0,64	3,36	0,81	$F_{(2/2904)} = 4,11^*$
hohe Bevölkerungsdichte	2,89	0,98	2,80	1,01	2,67	1,06	$F_{(2/2748)} = 5,13^{**}$
Verfall der Moral	2,88	0,95	2,98	0,91	3,02	0,88	$F_{(2/2850)} = 4,47^*$
Einnahme von Drogen	3,29	0,77	3,34	0,74	3,18	0,90	$F_{(2/2879)} = 2,87$
häufiger Ortswechsel	1,94	0,87	1,98	0,93	2,10	0,93	$F_{(2/2718)} = 2,47$
mangelnde Freizeitmöglichkeiten	2,26	1,01	2,34	1,03	2,57	1,05	$F_{(2/2759)} = 7,67^{***}$
wirtschaftliche Verhältnisse	3,15	0,86	3,10	0,89	3,17	0,82	$F_{(2/2838)} = 0,90$
Verlockung durch Waren	3,08	0,88	3,11	0,88	3,12	0,91	$F_{(2/2860)} = 0,59$
Ausbreitung aggressiven Verhaltens	3,50	0,69	3,43	0,72	3,27	0,84	$F_{(2/2897)} = 9,25^{***}$
Zunahme des Ausländeranteils	2,46	1,01	2,57	1,05	2,84	1,03	$F_{(2/2836)} = 12,34^{***}$
	Jena		Kahla		Varianzanalyse		
	\bar{x}	s	\bar{x}	s			
Nachgiebigkeit der Gerichte	2,45	1,18	2,46	1,13	$F_{(1/1969)} = 0,00$		
mangelndes Polizeidurchgreifen	3,53	0,75	3,46	0,74	$F_{(1/2117)} = 1,46$		
gestörte Familien	3,33	0,79	3,25	0,81	$F_{(1/2076)} = 2,38$		
hohe Bevölkerungsdichte	1,98	1,02	1,66	0,86	$F_{(1/2017)} = 17,89^{***}$		
Verfall der Moral	2,87	0,96	2,72	0,93	$F_{(1/2072)} = 4,48^*$		
Einnahme von Drogen	3,03	0,92	2,87	0,94	$F_{(1/2077)} = 6,42^*$		
häufiger Ortswechsel	1,69	0,88	1,73	0,90	$F_{(1/2017)} = 0,44$		
mangelnde Freizeitmöglichkeiten	3,02	0,95	3,25	0,84	$F_{(1/2078)} = 11,65^{***}$		
wirtschaftliche Verhältnisse	3,54	0,69	3,50	1,71	$F_{(1/2118)} = 0,43$		
Verlockung durch Waren	3,32	0,82	3,40	0,74	$F_{(1/2099)} = 1,75$		
Ausbreitung aggressiven Verhaltens	3,74	0,54	3,61	0,62	$F_{(1/2122)} = 11,69^{***}$		
Zunahme des Ausländeranteils	2,49	1,08	2,26	1,12	$F_{(1/2081)} = 8,29^{**}$		

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

und anderen westlichen Industrieländern seit Jahrzehnten geführte Diskussion um Sanktionsalternativen ging an ihnen vorbei. Daher verwundert es nicht, daß sie größeren Wert auf ein hartes Durchgreifen der Polizei legen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich im Osten nach der Wende dramatisch verändert, die bisher vermißten (West)Waren standen nun unbeschränkt zur Verfügung, dieses Übermaß an Warenangebot mußte teilweise als verführerisch und erdrückend erlebt werden.

Von den 12 durchgeführten Signifikanztests sind hinsichtlich der westdeutschen und ostdeutschen Gemeinden jeweils 6 statistisch signifikant, die sich allerdings nur teilweise auf dieselben Items beziehen. Was die westdeutschen Gemeinden betrifft, sehen die Bewohner Freiburgs im Vergleich zu den kleineren Orten die Ursachen der Kriminalitätszunahme mehr in einer Zunahme gestörter Familienverhältnisse, einer hohen Bevölkerungsdichte und einer Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die kleineren Orte, vorwiegend Löffingen, sehen die Ursachen dagegen insbesondere in einem Verfall der Moral, in mangelnden Möglichkeiten einer abwechslungsreichen Freizeitgestaltung sowie in einer Zunahme des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung.

In Ostdeutschland sehen die Befragten Jenas im Vergleich zum kleineren Kahla die Ursachen des Kriminalitätsanstiegs besonders in der hohen Bevölkerungsdichte, dem Verfall der Moral, der Einnahme von Drogen (Alkohol, Tabletten, Rauschgift), der Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen und in der Zunahme des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung. Im Vergleich dazu nennen die Einwohner Kahlas lediglich mangelnde Freizeitmöglichkeiten statistisch signifikant häufiger. Die größeren Gemeinden sehen somit die Ursachen des Kriminalitätsanstiegs in Ost und West übereinstimmend in der hohen Bevölkerungsdichte und der Ausbreitung aggressiven Verhaltens, die kleineren in den mangelnden Freizeitmöglichkeiten.

Vergleicht man die Werte zwischen Ost und West bezogen auf die Städte Freiburg und Jena, so zeigt sich, daß die Ursachen des Kriminalitätsanstiegs in Jena v.a. in einem mangelnden Durchgreifen der Polizei, zu großer Nachgiebigkeit der Gerichte, in mangelnden Freizeitmöglichkeiten, den wirtschaftlichen Verhältnissen, der großen Verlockung durch das reichhaltige Warenangebot und der Ausbreitung aggressiven Verhaltens durch bestimmte Gruppen gesehen werden. Die Freiburger dagegen sehen die Ursachen im Vergleich zu den Jenaern vermehrt in der hohen Bevölkerungsdichte, der Zunahme gestörter Familienverhältnisse, der Einnahme von Drogen sowie einem häufigen Ortswechsel der Bevölkerung.

Die Items wurden, auf der Grundlage des Gesamtdatensatzes Freiburg einschließlich Jena, wiederum miteinander korreliert. Es ergaben sich nur wenige bedeutsame Korrelationen ($r > .30$). Auffallend, wenngleich inhaltlich plausibel, ist die hohe Korrelation zwischen den Variablen Nachgiebigkeit der Gerichte und mangelndes Durchgreifen der Polizei ($r = .49$). Weitere Korrelationen ergaben sich zwischen „hohe Bevölkerungsdichte“ und „häufiger Ortswechsel“ ($r = .34$) sowie zwischen „wirtschaftliche Verhältnisse“ und „verlockendes Warenangebot“ ($r = .31$).

Die Interkorrelationsmatrix bildete die Grundlage einer Hauptkomponentenanalyse, in der sich eine Dreifaktorenlösung ergab (Tabelle 12.2), welche schlüssige Interpretationsmöglichkeiten bot. Es werden insgesamt 44,5% der Gesamtvarianz aufgeklärt (Faktor I: 19,1%; Faktor II: 14,2%; Faktor III: 11,2%).

Die einzelnen Items zeigen nahezu ausnahmslos auf einem der drei nach Varimax rotierten Faktoren eindeutige und hohe Ladungen. Eine Ausnahme bildet Item 5 (Verfall der Moral), das auf Faktor I und II nahezu gleich hohe Ladungen hat, ferner Item 12 (Zunahme des Ausländeranteils), das zwar eindeutig zuzuordnen ist, jedoch auf Faktor II eine ähnlich hohe Ladung aufweist.

Auf Faktor I zeigen folgende 6 Variablen wesentliche Ladungen:

- hohe Bevölkerungsdichte,
- häufiger Ortswechsel,
- Einnahme von Drogen,
- Zunahme gestörter Familienverhältnisse,
- Verfall der Moral und
- Zunahme des Ausländeranteils.

Dieser Faktor beschreibt somit vor allem Aspekte problematischer gesellschaftlicher Verhältnisse, die aber in Abgrenzung von Faktor III eher individuell zuschreibbar sind.

Faktor II besitzt die wesentlichen Ladungen auf den Items

- Nachgiebigkeit der Gerichte und
- Mangelndes Durchgreifen der Polizei.

Relativ hohe – aber nicht die höchsten – Ladungen auf diesem Faktor zeigen die Items Verfall der Moral und Zunahme des Ausländeranteils. Faktor II ist damit inhaltlich durch Merkmale des Bereichs Punitivität charakterisiert. Aspekte, die ebenfalls für die Zunahme der Kriminalität verantwort-

lich gemacht werden und hier relativ hoch laden, wie Verfall der Moral und Zunahme des Ausländeranteils, treten im Vergleich dazu eher in den Hintergrund.

Tabelle 12.2: Hauptkomponentenanalyse des Variablenpools „Ursachen für Kriminalitätsanstieg“

V32: Ursachen für Kriminalitätsanstieg	Faktor I	Faktor II	Faktor III	h ²
1 Nachgiebigkeit der Gerichte	.07	.82	-.04	.68
2 mangelndes Durchgreifen, Polizei	-.18	.78	.24	.70
3 Zunahme gestörter Familienverhältnisse	.50	-.06	.23	.31
4 hohe Bevölkerungsdichte	.71	-.18	-.10	.55
5 Verfall der Moral	.48	.41	.04	.40
6 Einnahme von Drogen	.59	.15	.04	.38
7 häufiger Ortswechsel	.61	-.03	.04	.38
8 mangelnde Freizeitmöglichkeiten	-.07	.00	.64	.41
9 wirtschaftliche Verhältnisse	.03	-.06	.77	.59
10 Verlockung durch Warenangebot	.19	.10	.58	.38
11 Ausbreitung aggressiven Verhaltens	.10	.26	.50	.32
12 Zunahme des Ausländeranteils	.38	.29	.07	.23
Eigenwert	2,29	1,71	1,34	
aufgeklärte Varianz	19,1%	14,2%	11,2%	44,5%

Auf Faktor III schließlich zeigen folgende Items bedeutsame Ladungen:

- wirtschaftliche Verhältnisse,
- Mangelnde Möglichkeiten einer abwechslungsreichen Freizeitgestaltung,
- Verlockung durch reichhaltiges Warenangebot und
- Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen.

Der Faktor beschreibt vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie mangelnde Freizeitangebote und die Ausbreitung aggressiven Verhaltens als Ursachen für den Kriminalitätsanstieg. Die Ursachen für die wachsende Kriminalität werden hier somit v.a. in äußeren, gesellschaftlich bedingten Verhältnissen gesehen.

Für die aufgrund der Ergebnisse der Faktorenanalyse gebildeten drei Skalen wurde wiederum eine Itemanalyse gerechnet. Die gefundenen

Trennschärfekoeffizienten liegen bei allen drei Skalen im mittleren bis unteren Bereich, sind aber für reine Forschungsskalen knapp akzeptabel (Skala I: .22 - .37; Skala II: .48 - .48; Skala III: .26 - .41). Die interne Konsistenz nach Cronbach α liegt bei den drei Skalen bei .57, .64 bzw. .51.

Anschließend wurde ein Vergleich auf Skalen(Faktoren-)Ebene für die drei westdeutschen bzw. zwei ostdeutschen Kommunen durchgeführt. Die Unterschiede zwischen den westdeutschen Gemeinden sind relativ geringfügig. Erwartungsgemäß zeigen die kleineren Gemeinden Emmendingen und Löffingen bei Skala I (Bevölkerungsdichte, Drogen, Familie / persönliche Probleme) tendenziell höhere Werte, ebenso bei Faktor II (härteres Durchgreifen von Polizei und Justiz / Punitivität), hier allerdings nur Emmendingen. Die Unterschiede zwischen den beiden ostdeutschen Kommunen sind gering.

Deutlicher sind die Mittelwertsdifferenzen bei allen drei Skalen zwischen den ost- und westdeutschen Gemeinden. So messen zum Zeitpunkt der Befragung beide ostdeutschen Gemeinden dem Faktor Bevölkerungsdichte, Drogen bzw. Familienschwierigkeiten (persönliche Probleme) hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung weniger Bedeutung zu als die westdeutschen Kommunen. Das dürfte mit den tatsächlichen unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen, zumindest zum damaligen Zeitpunkt übereinstimmen. Kurz nach der Wende waren Drogenprobleme in den neuen Bundesländern (noch) deutlich weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Außerdem hatten familiäre Spannungen aufgrund der entstehenden Langzeitarbeitslosigkeit vieler Bürger noch kein bedrohliches Ausmaß angenommen.

Was den Faktor Punitivität (härteres Durchgreifen von Polizei und Justiz) betrifft, bestätigen sich die oben beschriebenen Resultate derart, daß die ostdeutschen Befragten eine deutlich höhere Punitivität, also härtere Strafeinstellung zeigen als die westdeutschen. Weitgehend unabhängig von der Ortsgröße sind die in Jena und Kahla im Vergleich zu den in Westdeutschland befragten Bürger häufiger der Meinung, daß eine Kriminalitätszunahme durch ein zu wenig hartes Durchgreifen der Polizei und eine zu gering strafende Justiz bewirkt wurde.

Auch was den Faktor gesellschaftliche Verhältnisse (Wirtschaft, Freizeit) betrifft, zeigen sich deutliche Ost-West-Unterschiede: Die beiden ostdeutschen Kommunen messen den gesellschaftlichen Bedingungen eine größere Bedeutung hinsichtlich eines Kriminalitätsanstieges bei als die westdeutschen. Dies ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Ent-

wicklung Anfang der 90er Jahre in den neuen Bundesländern, vor allem der allseits zu beobachtenden enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen plausibel. Diese Veränderungen haben zu einer Verunsicherung geführt, die sich auch in einer größeren und damals noch deutlich steigenden Verbrechensfurcht ausgedrückt hat (vgl. *Kury 1997; Kury & Ferdinand 1996; 1998; Kury & Oberfell-Fuchs 1996; 1998*). Diese gesellschaftliche Verunsicherung wird in Zusammenhang gebracht mit der beobachteten bzw. über die Medien vermittelten steigenden Kriminalitätsbelastung.

Schließlich wurde mittels Varianzanalysen wiederum die Abhängigkeit der drei Skalenwerte, jeweils getrennt für die einzelnen Orte vom Geschlecht der Befragten, deren Alter und Schulabschluß, ferner eventuellen Viktimisierungen geprüft (vgl. Tabelle 12.3-12.5). Was die erste Skala (Bevölkerungsdichte, Drogen, Familie – persönliche Probleme) betrifft, zeigt sich in den beiden größeren Städten Freiburg und Jena ein deutlicher Geschlechtseinfluß – Frauen haben höhere Werte. Dasselbe gilt durchgehend auch für die anderen Gemeinden, allerdings sind die Mittelwertsdifferenzen statistisch nicht bedeutsam. Frauen sehen somit deutlicher als Männer die Ursachen für einen Kriminalitätsanstieg vor allem in persönlichen Problemen der Bevölkerung.

Hinsichtlich des Alters der Befragten zeigt sich für die drei westdeutschen Kommunen eine Zunahme der Skalenwerte mit zunehmendem Alter, wobei die jüngste Altersgruppe (14- bis 25jährige) ebenfalls relativ hohe Werte hat. Die Unterschiede sind jedoch nur für Freiburg statistisch signifikant. Mit zunehmendem Alter werden somit die Ursachen für einen Kriminalitätsanstieg mehr in den persönlichen Problemen und der wachsenden Bevölkerung gesehen. Für die beiden ostdeutschen Städte gilt dies jedoch nicht. Hier haben die mittleren Altersgruppen der 36- bis 45jährigen bzw. der 26- bis 35jährigen die jeweils niedrigsten Werte, d.h. jüngere sowie ältere Befragten haben tendenziell höhere Werte. Die Unterschiede sind allerdings nur für Jena statistisch bedeutsam und können dadurch bedingt sein, daß die mittleren Altersgruppen eher diejenigen sind, die von der Wende beruflich und hinsichtlich ihrer Stellung profitiert haben. Aufgrund ihres Alters haben sie relativ gute Chancen, beruflich unterzukommen. Für die jüngeren Altersgruppen dürfte die Wende und die neuen ungewohnten Anforderungen erhebliche Verunsicherungen mit sich gebracht haben; die älteren waren beruflich oft die Verlierer der Wende. Die damit verbundenen Belastungen schlagen sich in der Regel auch auf familiäre Beziehun-

gen nieder, womit dieser Aspekt für diese Befragten mit in den Vordergrund rücken dürfte.

Was den Schulabschluß betrifft, zeigt sich wiederum ein einheitliches Bild: In allen Städten nimmt die Zuschreibung der Verantwortung hinsichtlich einer Kriminalitätszunahme an Bevölkerungsdichte und persönliche Probleme mit höherem Bildungsniveau ab. Die Differenzen sind allerdings nur in den größeren Städten einschließlich Emmendingen statistisch bedeutsam. Befragte mit höherer Schulbildung sehen die Ursachen für eine Kriminalitätszunahme weniger in persönlichen Problemen der Bürger als solche mit niedrigerem Bildungsniveau. Was die Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern angeht, so sind diese nur geringfügig; ferner zeigt sich kein einheitliches Bild.

Tabelle 12.3: Gründe für steigende Kriminalität – Bevölkerungsdichte, Drogen, Familie, persönliche Probleme (Skala I)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	Männlich	876	16,52	2,89	293	16,93	3,05	71	16,66	3,21
	Weiblich	953	17,14	2,90	297	17,29	2,77	70	17,54	2,94
	Signif.	$F_{(1/1671)} = 18,97^{***}$			$F_{(1/519)} = 2,90$			$F_{(1/129)} = 3,58$		
Alter (in Jahren)	14-25	421	16,46	2,84	134	17,28	2,79	32	17,56	3,41
	26-35	462	16,42	2,70	133	16,74	2,67	42	17,29	3,36
	36-45	277	16,74	2,91	101	17,41	2,79	24	17,42	2,30
	46-55	242	17,56	3,06	97	16,76	2,53	21	15,38	2,89
	56-65	175	17,18	2,82	58	17,29	3,50	11	17,09	2,47
	66 u.ä.	202	17,63	2,97	54	17,61	3,71	7	18,29	2,75
	Signif.	$F_{(5/1667)} = 4,51^{***}$			$F_{(5/515)} = 1,15$			$F_{(5/125)} = 1,69$		
Schulabschluß ¹	HS	370	17,67	2,96	201	17,54	2,85	59	17,03	3,15
	RS	361	17,29	2,97	144	17,11	3,00	47	17,49	3,35
	Gymn.	990	16,44	2,82	193	16,62	2,87	32	16,56	2,63
	Signif.	$F_{(2/1670)} = 17,69^{***}$			$F_{(2/518)} = 4,20^*$			$F_{(2/128)} = 0,33$		
Opferwertung	Opfer	811	16,87	2,96	305	17,12	2,96	98	16,96	3,20
	Nicht-O.	1024	16,84	2,87	289	17,10	2,87	44	17,45	2,82
	Signif.	$F_{(1/1731)} = 3,81^*$			$F_{(1/519)} = 0,41$			$F_{(1/129)} = 0,23$		

Fortsetzung Tabelle 12.3

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	807	15,09	3,12	99	14,05	3,31
	weiblich	934	15,46	3,12	96	14,60	3,31
	Signif.	$F_{(1/1571)} = 6,08^*$			$F_{(1/169)} = 1,24$		
Alter (in Jahren)	14-25	338	15,48	2,81	36	15,11	2,80
	26-35	381	15,54	2,90	51	13,53	2,59
	36-45	342	14,80	3,10	52	14,02	3,39
	46-55	330	15,25	3,32	35	14,80	3,68
	56-65	193	15,39	3,43	10	16,30	6,13
	66 u.ä.	140	15,45	3,54	7	13,86	1,46
	Signif.	$F_{(5/1567)} = 2,33^*$			$F_{(5/165)} = 1,62$		
Schulabschluss ¹	HS	317	15,50	3,43	46	14,65	3,43
	RS	667	15,52	3,04	89	14,16	3,44
	Gymn.	619	14,81	3,01	43	13,88	3,12
	Signif.	$F_{(2/1570)} = 8,43^{***}$			$F_{(2/168)} = 0,14$		
Opferwerdung	Opfer	846	15,39	3,11	83	14,46	3,26
	Nicht-O.	904	15,20	3,16	112	14,22	3,37
	Signif.	$F_{(1/1571)} = 2,60$			$F_{(1/169)} = 0,43$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

Hinsichtlich Skala II (härteres Durchgreifen von Polizei und Justiz – Punitivität) ergibt sich zunächst wiederum das bekannte Bild, daß die ostdeutschen Befragten unabhängig von den jeweiligen demographischen Variablen höhere Werte aufweisen, also eher auf Sanktionen und staatliche Kontrolle hinsichtlich einer Kriminalitätsreduzierung setzen als die Westdeutschen. Die überprüften demographischen Variablen wirken sich allerdings hinsichtlich ihres Einflusses auf die Punitivität in beiden Regionen weitgehend in dieselbe Richtung aus. So haben Männer sowohl in den west- als auch ostdeutschen Kommunen höhere Werte, wenn dies auch nur bei drei

der fünf Vergleiche statistisch abgesichert werden kann (vgl. Tabelle 12.4). Männer erweisen sich somit punitiver eingestellt als Frauen.

Was das Alter betrifft, so nehmen die Punitivitätswerte sowohl in den ost- als auch westdeutschen Gemeinden mit steigendem Alter zu, wobei die Unterschiede nur für Jena und Kahla statistisch signifikant sind. Ältere Menschen sind mehr an Strafen als Reaktion auf Kriminalität orientiert, was in Verbindung mit der bei dieser Altersgruppe vielfach festgestellten höheren Verbrennungsfurcht sowie mit den ebenfalls immer wieder gefundenen konservativeren Einstellung zu sehen ist. Es ist auch zu berücksichtigen, daß ältere Befragte in einer Zeit sozialisiert wurden, d.h. aufgewachsen sind, als die punitive Gesamteinstellung der Bevölkerung noch größer war als heute. Ein zur Zeit der Befragung 60jähriger wurde ca. 1930 geboren und hat seine Kindheit und Jugend während des Zweiten Weltkriegs

Tabelle 12.4: Gründe für steigende Kriminalität – härteres Durchgreifen von Polizei und Justiz, Punitivität (Skala II)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	894	4,64	1,90	319	4,75	1,79	71	4,93	1,87
	weiblich	986	4,35	1,89	309	4,59	1,86	74	4,14	1,85
	Signif.	$F_{(1/1713)} = 8,82^{**}$			$F_{(1/519)} = 3,42$			$F_{(1/133)} = 4,55^*$		
Alter (in Jahren)	14-25	425	4,07	1,61	137	4,33	1,61	32	4,44	1,19
	26-35	469	3,76	1,69	143	4,35	1,70	43	3,95	2,02
	36-45	277	4,25	1,84	106	4,44	1,86	27	4,63	1,96
	46-55	238	4,94	1,91	101	4,85	1,89	22	4,95	2,03
	56-65	184	5,46	1,97	60	5,13	1,72	10	4,80	1,93
	66 u.ä.	235	5,69	1,74	67	5,64	1,95	7	5,86	2,34
	Signif.	$F_{(5/1709)} = 1,10$			$F_{(5/552)} = 1,65$			$F_{(5/129)} = 1,69$		
Schulabschluß ¹	HS	406	5,50	1,88	216	5,06	1,86	63	4,63	2,03
	RS	354	4,64	1,88	151	4,72	1,92	48	4,38	1,77
	Gymn.	1004	4,02	1,76	209	4,36	1,73	31	4,48	1,88
	Signif.	$F_{(2/1712)} = 14,82^{***}$			$F_{(2/555)} = 5,35^{**}$			$F_{(2/132)} = 0,03$		
Opferwerdung	Opfer	852	4,55	1,90	328	4,55	1,85	103	4,59	1,94
	Nicht-O.	1034	4,45	1,90	305	4,79	1,79	43	4,33	1,80
	Signif.	$F_{(1/1713)} = 2,82$			$F_{(1/556)} = 0,30$			$F_{(1/133)} = 0,09$		

Fortsetzung Tabelle 12.4

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	815	6,15	1,56	99	6,04	1,56
	weiblich	943	5,81	1,67	96	5,75	1,60
	Signif.	$F_{(1/1581)} = 16,40^{***}$			$F_{(1/168)} = 0,85$		
Alter (in Jahren)	14-25	335	5,47	1,59	38	5,29	1,59
	26-35	376	5,74	1,61	50	5,84	1,53
	36-45	338	5,92	1,54	51	5,96	1,52
	46-55	334	6,25	1,67	34	5,97	1,60
	56-65	198	6,49	1,51	10	7,40	0,84
	66 u.ä.	161	6,33	1,68	9	6,44	1,74
	Signif.	$F_{(5/1577)} = 11,80^{***}$			$F_{(5/164)} = 2,67^*$		
Schulabschluss ¹	HS	340	6,33	1,62	50	6,58	1,51
	RS	657	5,83	1,64	88	5,77	1,54
	Gymn.	613	5,96	1,58	42	5,74	1,53
	Signif.	$F_{(2/1580)} = 1,07$			$F_{(2/167)} = 2,77$		
Opferwerdung	Opfer	842	6,04	1,62	85	6,20	1,61
	Nicht-O.	924	5,89	1,64	112	5,60	1,54
	Signif.	$F_{(1/1581)} = 6,99^{**}$			$F_{(1/168)} = 4,50^*$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

sowie kurz danach verbracht. Dies war eine Zeit, in der harte Sanktionen für Kriminalität noch allgemein als wichtige, einzig wirksame Reaktion angesehen wurden. Als in Westdeutschland 1949 die Todesstrafe abgeschafft wurde, waren ca. 70% der Bevölkerung für deren Beibehaltung. Damals konnte man sich offensichtlich nicht vorstellen, daß eine Kontrolle der Schwermriminalität ohne diese Sanktion möglich ist.

Auch hinsichtlich des Bildungseinflusses sind die Ergebnisse relativ einheitlich: Mit zunehmender Schulbildung nimmt die Strafmoralität ab, ein Ergebnis, das international immer wieder relativ einheitlich gefunden wurde (vgl. Kury 1998; 1999). Die Unterschiede sind nur für Freiburg und Emmendingen statistisch abgesichert, die Mittelwertsunterschiede gehen jedoch auch in den anderen Gemeinden in dieselbe Richtung,

Was den Einfluß einer Viktimisierung auf die Punitivität betrifft, zeigen sich für alle Gemeinden mit Ausnahme Emmendingens bei den Opfern hö-

here Punitivitätswerte als bei den Nicht-Opfern. Die Unterschiede sind allerdings nur für die ostdeutschen Kommunen statistisch signifikant. Somit sind Befragte, die selbst schon mindestens einmal Opfer einer Straftat wurden, stärker an Strafen als Reaktion auf Kriminalität orientiert als solche, die nicht viktimisiert wurden.

Tabelle 12.5: Gründe für steigende Kriminalität – gesellschaftliche Verhältnisse, Wirtschaft, Freizeit (Skala III)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	905	11,74	2,17	311	11,71	2,33	77	11,57	2,27
	weiblich	993	12,10	2,02	313	12,18	2,10	75	12,60	2,28
	Signif.	$F_{(1/1731)} = 11,61^{***}$			$F_{(1/548)} = 2,00$			$F_{(1/140)} = 6,13^*$		
Alter (in Jahren)	14-25	432	11,75	2,09	135	11,75	2,16	33	12,42	1,79
	26-35	473	12,00	2,04	139	12,13	2,25	43	12,21	2,58
	36-45	282	12,11	2,11	109	12,46	2,11	27	12,78	1,87
	46-55	252	11,79	2,20	107	11,80	2,08	27	10,89	2,50
	56-65	183	11,98	1,99	60	11,65	2,49	11	11,55	1,86
	66 u.ä.	225	12,03	2,12	59	11,64	2,53	7	12,57	3,60
	Signif.	$F_{(5/1727)} = 2,44^*$			$F_{(5/544)} = 1,46$			$F_{(5/136)} = 2,59^*$		
Schulabschluss ¹	HS	397	11,99	2,05	210	12,26	2,11	67	12,15	2,30
	RS	373	12,17	2,05	151	11,85	2,15	48	12,04	2,57
	Gymn.	1013	11,91	2,09	208	11,81	2,24	34	11,91	2,11
	Signif.	$F_{(2/1730)} = 15,28^{***}$			$F_{(2/547)} = 2,90^*$			$F_{(2/139)} = 0,73$		
Opferwertung	Opfer	856	11,82	2,12	322	11,88	2,29	107	11,88	2,39
	Nicht-O.	1048	12,02	2,09	307	11,99	2,17	46	12,61	2,13
	Signif.	$F_{(1/1731)} = 3,80^*$			$F_{(1/548)} = 0,79$			$F_{(1/140)} = 0,29$		

Fortsetzung Tabelle 12.5

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	833	13,35	1,88	108	13,65	1,71
	weiblich	988	13,82	1,84	101	13,86	1,77
	Signif.	$F_{(1/1642)} = 26,10^{***}$			$F_{(1/182)} = 0,01$		
Alter (in Jahren)	14-25	345	13,24	1,80	37	13,51	1,69
	26-35	392	13,83	1,76	52	13,98	1,42
	36-45	358	13,73	1,79	54	13,74	1,58
	46-55	353	13,70	1,83	41	13,85	1,85
	56-65	199	13,64	2,05	12	13,42	2,87
	66 u.ä.	157	13,46	2,09	9	14,22	1,56
	Signif.	$F_{(5/1638)} = 3,90^{**}$			$F_{(5/178)} = 0,62$		
Schulabschluß ¹	HS	338	13,62	2,07	53	13,92	1,97
	RS	687	13,67	1,87	94	13,87	1,57
	Gymn.	649	13,59	1,77	46	13,33	1,71
	Signif.	$F_{(2/1641)} = 0,29$			$F_{(2/181)} = 0,78$		
Opferwerdung	Opfer	880	13,67	1,75	90	13,71	1,81
	Nicht-O.	950	13,54	1,97	120	13,77	1,69
	Signif.	$F_{(1/1642)} = 2,77$			$F_{(1/182)} = 0,01$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

Was schließlich die Abhängigkeit der dritten Skala (gesellschaftliche Verhältnisse, Wirtschaft, Freizeit) von demographischen Variablen betrifft (vgl. Tabelle 12.5), zeigt sich wiederum ein deutlicher und einheitlicher Geschlechtseinfluß: Frauen schreiben die Ursachen für steigende Kriminalität eher den gesellschaftlichen Verhältnissen zu als Männer, wobei die Unterschiede in Emmendingen und Kahla statistisch nicht signifikant sind.

Hinsichtlich des Alters zeigen die 26- bis 35jährigen sowie die 36- bis 45jährigen relativ hohe Werte, teilweise auch die 66jährigen und älteren. Bei den 26- bis 45jährigen handelt es sich um Befragte, die am Anfang

bzw. auf dem Höhepunkt ihrer beruflichen Karriere stehen und vor diesem Hintergrund den beruflichen Streß und die Verunsicherungen in diesem Bereich aufgrund der Wende am ehesten verspürt haben dürften. Angesichts dessen ist es plausibel, daß sie den wirtschaftlichen Verhältnissen eher eine Bedeutung hinsichtlich der Zunahme von Kriminalität beimessen.

Hinsichtlich des Einflusses des Bildungsniveaus sind die Resultate wenig einheitlich: Was die ostdeutschen Kommunen betrifft, deuten sich keine wesentlichen Zusammenhänge an. Bezüglich der westdeutschen Gemeinden ergibt sich ein Zusammenhang derart, daß mit sinkendem Bildungsniveau den wirtschaftlichen Verhältnissen hinsichtlich der Kriminalitätsentstehung eine wachsende Bedeutung zugeschrieben wird. Das ist insofern plausibel, als gerade Befragte mit niedrigerer Schulbildung sich eher in der Gefahr sehen, aufgrund angespannter wirtschaftlicher Verhältnisse in Schwierigkeiten zu geraten, eventuell arbeitslos zu werden. Daß dies bewirkt, daß sie gerade hierin die Hintergründe für Kriminalität sehen, ist naheliegend. Was die Unterschiede zwischen Opfern und Nichtopfern betrifft, so sind diese gering und nicht einheitlich.

12.2 Einflußfaktoren auf die Einstellung zu Kriminalität und Strafe

Die Einstellung der Bürger zu Kriminalität und Strafe wird von zahlreichen Faktoren beeinflußt, wie etwa den Massenmedien, der persönlichen Weltanschauung, eigenen Erfahrungen mit Kriminalität bzw. Gesprächen mit anderen Menschen. Wir haben die Bürger der untersuchten Kommunen danach gefragt, was sie glauben, wovon Ihre Einstellung geprägt wird. Die entsprechende Frage 38 lautete: „Was meinen Sie, wovon ist Ihre Haltung zu Kriminalität und Strafe beeinflußt?“ Vorgegeben wurden in der halboffenen Frage acht Alternativen mit der Möglichkeit, weitere hinzuzufügen. Hiervon wurde jedoch wenig Gebrauch gemacht, deshalb gingen in die Auswertung lediglich die vorgegebenen Möglichkeiten ein (vgl. Tabelle 12.6).

Die Mittelwertvergleiche zwischen den einzelnen Orten West- und Ostdeutschlands für die acht Items zeigen nur relativ wenige statistisch signifikante Differenzen. So spielen in Westdeutschland in kleineren Gemeinden Fernsehen und Nachrichten eine größere Rolle hinsichtlich der Beeinflussung der eigenen Haltung gegenüber Kriminalität und Strafe, eigene Erfahrungen und Gespräche mit anderen haben dagegen in größeren Städten offensichtlich eine wichtigere Bedeutung. In Ostdeutschland zeigen sich kei-

ne statistisch bedeutsamen Zusammenhänge zwischen Ortsgröße und den Ausprägungen der Items.

Tabelle 12.6: Einflüsse auf Haltung zu Kriminalität und Strafe (V38/48)

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
Tageszeitung	2,52	0,86	2,47	0,86	2,50	0,87	$F_{(2/3061)} = 0,80$
Zeitschriften	2,02	0,87	2,02	0,83	2,05	0,90	$F_{(2/2832)} = 0,12$
Radio	2,38	0,87	2,42	0,84	2,47	0,87	$F_{(2/2913)} = 1,30$
Fernsehen/Nachrichten	2,74	0,91	2,82	0,87	2,93	0,88	$F_{(2/3024)} = 6,41^{**}$
Kino/Video	1,60	0,89	1,63	0,91	1,60	0,94	$F_{(2/2579)} = 0,36$
eigene Erfahrungen	1,96	1,02	1,83	0,96	1,77	0,97	$F_{(2/2723)} = 5,98^{**}$
Gespräche mit anderen	2,37	0,90	2,31	0,87	2,19	0,92	$F_{(2/2811)} = 4,41^*$
persönl. Weltanschauung	2,96	0,97	2,90	0,95	2,85	1,00	$F_{(2/2895)} = 2,17$
	Jena		Kahla				Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s			
Tageszeitung	2,44	0,90	2,32	0,85			$F_{(1/2072)} = 3,20$
Zeitschriften	2,06	0,87	2,13	0,91			$F_{(1/2020)} = 1,26$
Radio	2,22	0,85	2,21	0,81			$F_{(1/2000)} = 0,01$
Fernsehen/Nachrichten	2,85	0,88	2,81	0,91			$F_{(1/2090)} = 0,27$
Kino/Video	1,61	0,90	1,62	0,90			$F_{(1/1961)} = 0,01$
eigene Erfahrungen	1,75	0,96	1,63	0,87			$F_{(1/1976)} = 2,55$
Gespräche mit anderen	2,34	0,86	2,22	0,83			$F_{(1/2032)} = 3,46$
persönl. Weltanschauung	2,75	1,06	2,62	1,09			$F_{(1/2014)} = 2,51$

* $p < .05$

** $p < .01$

*** $p < .001$

Deutlich wird, daß sowohl die Befragten aus Freiburg als auch diejenigen aus Jena ihre Einstellung zu Kriminalität und Strafe im Wesentlichen durch Fernsehen/Nachrichten beeinflußt sehen, die westdeutschen Befragten weniger als die ostdeutschen, bei denen dieses Medium an erster Stelle der Einflußfaktoren genannt wird. Bei der westdeutschen Stichprobe wird dagegen an erster Stelle die persönliche Weltanschauung genannt, von der allerdings wiederum angenommen werden muß, daß auch diese von den Medien, insbesondere dem Fernsehen, geprägt wird. Das Fernsehen und seine Berichterstattung über Kriminalität haben somit nach Ansicht der Befragten einen wesentlichen Einfluß auf die eigene Haltung zu Kriminalität und Strafe.

Die acht Items wurden miteinander korreliert, dabei konnte zwischen den Items Tageszeitung, Zeitschriften, Radio und Fernsehen/Nachrichten hohe Interkorrelationen zwischen $r = .41$ bis $r = .52$ festgestellt werden, die sich auf Informationen aus Medien generell beziehen. Weitere Iteminterkorrelationen $> .30$ ergaben sich zwischen „Zeitschriften“ und „Kino/Video“ ($r = .33$) und „eigene Erfahrungen“ – „Gespräche über eigene Erfahrungen“ ($r = .46$).

Eine Hauptkomponentenanalyse erbrachte eine eindeutige Zweifaktorenlösung, wobei beide Faktoren zusammen 49,2% der Varianz aufklären (Faktor I: 29,4%; Faktor II: 19,9%; vgl. Tabelle 12.7). Auf dem ersten Faktor laden solche Items, welche die Medien (Tageszeitung, Zeitschriften, Radio, Fernsehen/Nachrichten) als Einflußquelle hinsichtlich Kriminalität und Strafe benennen. Die Informationsquelle Kino/Video zeigt hier zwar ebenfalls die (relativ) höchste Ladung, tritt jedoch hinsichtlich der Bedeutung deutlich zurück. Dies ging bereits aus dem Mittelwertsvergleich hervor (vgl. Tabelle 12.6), der deutlich machte, daß nur relativ wenige Ost- bzw. Westdeutsche sich in ihrer Haltung hiervon beeinflusst fühlen. In allen fünf Gemeinden wird dem Einfluß von Kino/ Video die geringste Bedeutung beigemessen.

Tabelle 12.7: Hauptkomponentenanalyse des Variablenpools „Einflußfaktoren auf die persönliche Haltung zu Kriminalität und Strafe“

	Faktor I	Faktor II	h^2
Tageszeitung	.72	-.12	.53
Zeitschriften	.71	-.02	.51
Radio	.77	-.02	.59
Fernsehen/Nachrichten	.78	-.11	.62
Kino/Video	.25	.10	.07
eigene Erfahrungen	-.03	.78	.61
Gespräche über eigene Erfahrungen	.06	.82	.67
persönliche Weltanschauung	-.07	.57	.33
Eigenwert	2,35	1,59	
aufgeklärte Varianz	29,4%	19,9%	49,2%

Auf dem zweiten Faktor zeigen die restlichen drei Items, welche eigene soziale Erfahrungen (z.B. eigene Täter- oder Opferwerdung oder einen Straf-

fälligen in der Nachbarschaft), Gespräche mit anderen Menschen über deren diesbezüglichen Erfahrungen sowie die eigene persönliche Weltanschauung als Einflußfaktoren thematisieren, hohe Ladungen. Personen, die auf diesem Faktor einen hohen Wert haben, fühlen sich somit vorrangig durch selbst gemachte bzw. von Bekannten berichtete Erfahrungen und der eigenen Weltanschauung in ihrer Haltung zu Kriminalität und Strafe beeinflusst.

Die durchgeführte Itemanalyse brachte für die Items 5 (Kino/Video) und 8 (persönliche Weltanschauung) niedrige Trennschärfekoeffizienten. Die interne Konsistenz beider Skalen konnte durch Weglassen dieser Items erhöht werden, was uns veranlaßte, beide nicht in die weiteren Berechnungen einzubeziehen. Skala I beinhaltet somit ausschließlich Medien, die interne Konsistenz der Skala beträgt Cronbach $\alpha = .74$, Skala II erfaßt eigene Erfahrungen bzw. Gespräche mit anderen über deren Erfahrungen mit Kriminalität (Cronbach $\alpha = .62$).

Der Vergleich beider Skalenwerte über die fünf Gemeinden brachte plausible Ergebnisse: Was die westdeutschen Kommunen betrifft, nehmen in Skala I die Mittelwerte mit abnehmender Urbanität zu, d.h. in kleineren Gemeinden spielen offensichtlich Presse und Medien eine größere Rolle hinsichtlich der Meinungsbildung zu Kriminalität und Strafe als in Großstädten. Das ist vor dem Hintergrund der insgesamt geringeren Informationsvielfalt in ländlichen Gemeinden plausibel. Hier bekommen die Medien, vor allem das Fernsehen, eine um so größere Bedeutung, was die Information der Bürger, etwa auch zu Straffälligkeit, betrifft.

Was den Stellenwert der eigenen bzw. von Bekannten berichteten Erfahrungen mit Kriminalität anbelangt, nimmt der Skalenwert mit abnehmender Urbanität ebenfalls ab. Das ist damit erklärbar, daß einerseits in größeren Kommunen, vor allem in Freiburg, im Vergleich zu ländlicheren Gegenden die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, aufgrund des Kriminalitätsgefälles zwischen Stadt und Land größer ist, andererseits reduziert sich damit in ländlichen Gegenden die Wahrscheinlichkeit, andere Menschen zu treffen, die selbst Erfahrungen mit Kriminalität gemacht haben. In ländlichen Regionen ist das Thema Kriminalität in aller Regel weniger präsent als in städtischen. Vor diesem Hintergrund ist es plausibel, daß die Freiburger Befragten in ihrer Haltung eher durch eigene Erfahrungen bzw. Gespräche mit anderen über entsprechende Erlebnisse beeinflusst werden als die Bewohner Emmendingens oder gar Löffingens.

Schließlich prüften wir wiederum, wieweit die Skalenwerte, bezogen auf die fünf Gemeinden, von den soziodemographischen Variablen Geschlecht,

Alter und Schulabschluß sowie von der Opferwerdung abhängen (vgl. Tabelle 12.8 und 12.9). Hinsichtlich Skala I (Presse, Medien) zeigt sich ein Geschlechtseinfluß in allen fünf Kommunen derart, daß Frauen einen höheren Wert haben. Die Mittelwertsdifferenzen sind in drei der fünf Gemeinden (Freiburg, Löffingen, Jena) (hoch)signifikant, in den anderen Kommunen sind sie zwar statistisch nicht bedeutsam, gehen aber tendenziell in dieselbe Richtung. Das weist darauf hin, daß Frauen ihre Haltung hinsichtlich Kriminalität und Sanktionen deutlicher von den Massenmedien und der Presse beeinflusst erleben als Männer.

Tabelle 12.8: Einflußfaktoren auf Haltung zu Kriminalität – Medien (Skala I)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	861	9,18	2,64	318	9,46	2,70	113	9,27	2,89
	weiblich	899	9,58	2,61	304	9,61	2,31	95	10,16	2,46
	Signif.	$F_{(1/1599)} = 6,41^*$			$F_{(1/543)} = 0,38$			$F_{(1/189)} = 5,55^*$		
Alter (in Jahren)	14-25	461	9,71	2,53	155	9,41	2,30	49	9,90	2,73
	26-35	489	9,13	2,54	156	9,65	2,44	56	9,07	2,87
	36-45	252	9,42	2,78	108	9,66	2,59	41	10,22	2,42
	46-55	213	9,35	2,70	97	9,48	2,47	28	9,50	2,82
	56-65	139	9,34	2,58	46	9,57	2,74	17	8,65	2,89
	66 u.ä.	159	9,233	2,87	44	9,50	2,88	11	11,27	2,05
	Signif.	$F_{(5/1595)} = 3,15^{**}$			$F_{(5/539)} = 0,31$			$F_{(5/185)} = 2,08$		
Schulabschluß ¹	HS	315	9,77	2,70	195	9,77	2,36	90	9,50	2,65
	RS	335	9,74	2,70	149	9,30	2,56	60	9,53	2,95
	Gymn.	998	9,11	2,58	221	9,47	2,74	50	9,98	2,68
	Signif.	$F_{(2/1598)} = 13,11^{***}$			$F_{(2/542)} = 1,28$			$F_{(2/188)} = 0,38$		
Opferwerdung	Opfer	772	9,48	2,69	313	9,47	2,48	149	9,71	2,68
	Nicht-O.	994	9,31	2,58	313	9,62	2,56	60	9,57	2,85
	Signif.	$F_{(1/1599)} = 1,72$			$F_{(1/543)} = 2,22$			$F_{(1/189)} = 0,09$		

Fortsetzung Tabelle 12.8

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	833	13,35	1,88	108	13,65	1,71
	weiblich	988	13,82	1,84	101	13,86	1,77
	Signif.	$F_{(1/1575)} = 16,80^{***}$			$F_{(1/164)} = 0,07$		
Alter (in Jahren)	14-25	341	9,02	2,51	37	10,19	2,65
	26-35	379	9,49	2,72	49	9,10	2,68
	36-45	343	9,19	2,67	50	9,10	2,83
	46-55	332	9,50	2,57	35	9,34	2,76
	56-65	194	10,05	2,75	9	10,00	2,50
	66 u.ä.	149	10,38	2,66	7	9,14	1,95
	Signif.	$F_{(5/1571)} = 5,48^{***}$			$F_{(5/160)} = 0,52$		
Schulabschluss ¹	HS	322	10,03	2,62	46	8,83	2,64
	RS	655	9,53	2,70	84	9,71	2,80
	Gymn.	628	9,18	2,65	44	8,89	2,51
	Signif.	$F_{(2/1574)} = 6,11^{**}$			$F_{(2/163)} = 1,66$		
Opferwerdung	Opfer	834	9,46	2,65	84	9,45	2,69
	Nicht-O.	928	9,50	2,68	107	9,27	2,75
	Signif.	$F_{(1/1575)} = 0,12$			$F_{(1/164)} = 0,71^*$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

Was das Alter betrifft, zeigen sich auch hier in denselben drei der fünf Kommunen (signifikante) Mittelwertsunterschiede (Löffingen: $p = .07$), allerdings gehen die Unterschiede nicht so einheitlich in dieselbe Richtung: Es deutet sich an, daß die jungen Befragten, die Altersgruppe der 36- bis 45jährigen sowie die älteste Gruppe mehr von den Medien beeinflusst werden als die restlichen Altersgruppen. Was die jungen und älteren Befragten betrifft, ist das insofern plausibel, als davon ausgegangen werden kann, daß diese Gruppen verstärkt zu den Medienrezipienten gehören, im Gegensatz zu den beruflich stärker eingebundenen restlichen Altersgruppen.

Was schließlich den Einfluß des Bildungsniveaus (Schulabschluß) angeht, sind die Resultate wiederum relativ einheitlich: Mit zunehmendem Bildungsniveau nimmt der geschätzte Einfluß der Medien auf die Haltung zu Kriminalität und Strafe ab, die Unterschiede sind in den beiden großen Städten Freiburg und Jena statistisch signifikant. Vermutlich hängt dies damit zusammen, daß Befragte mit einer höheren Schulbildung eine kritischere Einstellung gegenüber den Medien haben und sich gegenüber entsprechenden Berichten unabhängiger fühlen. Hinsichtlich der Opferwerdung zeigt sich kein einheitlicher Zusammenhang. Ein knapp signifikanter Zusammenhang ergibt sich lediglich in Kahla ($p < .05$), wobei die Opfer einen geringfügig höheren Wert haben, d.h. sich eher von den Medien beeinflußt fühlen.

Was die Abhängigkeit von Skala II (eigene Erfahrungen mit Kriminalität bzw. Gespräche mit anderen über deren Erfahrungen) von den demographischen Variablen betrifft, zeigen sich keine bedeutsamen Geschlechtsunterschiede (vgl. Tabelle 12.9). Im Gegensatz dazu ergibt sich ein deutlicher Alterseffekt derart, daß mit zunehmendem Alter die eigenen Erfahrungen bzw. die Gespräche mit anderen über Kriminalität eine geringere Rolle spielen. Mit Ausnahme von Kahla sind die Mittelwertsunterschiede jeweils (hoch)signifikant. Diese Zusammenhänge korrespondieren mit dem oben beschriebenen Ergebnis, daß sich ältere Menschen offensichtlich mehr von den Medien beeinflußt fühlen. Vor allem dürften die Differenzen damit erklärbar sein, daß jüngere Menschen eine deutlich höhere Viktimisierungswahrscheinlichkeit haben als ältere. Damit dürften sich in ihrem Bekanntenkreis mehr Personen befinden, die selbst Erfahrungen mit Kriminalität gemacht haben, und somit die Wahrscheinlichkeit eines Gesprächs über dieses Thema steigt. Ältere Menschen sind wesentlich seltener Verbrechenopfer und beziehen ihre Erfahrungen vermehrt aus den Medien.

Auch bezüglich des Bildungsniveaus zeigen sich deutliche Zusammenhänge. Wurde der Einfluß von Presse und Medien auf die eigene Haltung zu Kriminalität und Strafe mit zunehmendem Bildungsniveau als niedriger eingeschätzt, ist es hinsichtlich der eigenen bzw. berichteten Erfahrungen mit Straftaten umgekehrt: Mit zunehmender Schulbildung wird deren Einfluß als bedeutsamer eingestuft. Die Mittelwertsunterschiede sind für die beiden Städte Freiburg und Jena statistisch jeweils hochsignifikant. Die Ergebnisse ergänzen und bestätigen sich somit weitgehend.

Was die Zusammenhänge mit einer Viktimisierung betrifft, ergeben sich für Ost- und Westdeutschland signifikante Unterschiede, die jedoch in ent-

gegengesetzte Richtung gehen: In Westdeutschland haben, konträr zu den Erwartungen, die Nichtopfer durchgehend höhere Werte, in Ostdeutschland ist es umgekehrt, d.h. hier haben erwartungsgemäß Opfer höhere Werte. Das bedeutet, daß in Westdeutschland die Nichtopfer ihre Einstellung zu Kriminalität und Strafe deutlicher von eigenen Erfahrungen und Gesprächen mit anderen über deren Erfahrungen beeinflusst sehen als diejenigen Befragten, die in letzter Zeit nach eigenen Angaben viktimisiert wurden. Für dieses – scheinbar paradoxe – Ergebnis sind möglicherweise sogenannte indirekte Opferwerdungen verantwortlich, d.h. Gespräche mit Personen, die über eine Viktimisierung berichten. In Ostdeutschland gehen die Mittelwertsunterschiede in die erwartete Richtung. Hier fühlen sich die Opfer von den eigenen Erfahrungen mehr beeinflusst. Die Unterschiede deuten

Tabelle 12.9: *Einflußfaktoren auf Haltung zu Kriminalität – eigene Erfahrungen, Gespräche mit anderen (Skala II)*

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	892	4,26	1,64	313	4,10	1,59	107	3,99	1,59
	weiblich	913	4,26	1,69	398	4,03	1,49	92	3,74	1,53
	Signif.	$F_{(1/1639)} = 2,78$			$F_{(1/538)} = 0,01$			$F_{(1/182)} = 1,24$		
Alter (in Jahren)	14-25	470	4,69	1,73	152	4,35	1,59	46	4,43	1,53
	26-35	497	4,52	1,66	150	4,37	1,54	54	4,31	1,70
	36-45	268	4,15	1,66	116	3,93	1,58	40	3,28	1,28
	46-55	230	3,87	1,49	101	3,69	1,47	28	3,36	1,47
	56-65	147	3,58	1,41	39	3,69	1,28	17	3,47	1,32
	66 u.ä.	143	3,56	1,45	40	3,58	1,36	10	3,10	1,20
	Signif.	$F_{(5/1635)} = 4,55^{***}$			$F_{(5/534)} = 3,42^{**}$			$F_{(5/178)} = 2,59^*$		
Schulabschluss ¹	HS	325	3,90	1,47	189	3,77	1,52	85	3,54	1,50
	RS	336	4,10	1,69	144	4,19	1,65	57	4,16	1,67
	Gymn.	1034	4,43	1,70	224	4,23	1,41	49	4,06	1,36
	Signif.	$F_{(2/1638)} = 11,12^{***}$			$F_{(2/537)} = 1,15$			$F_{(2/181)} = 0,14$		
Opferwerdung	Opfer	773	3,82	1,49	298	3,70	1,50	140	3,67	1,54
	Nicht-O.	1037	4,59	1,72	317	4,42	1,49	60	4,35	1,52
	Signif.	$F_{(1/1639)} = 4,82^*$			$F_{(1/542)} = 20,20^{***}$			$F_{(1/182)} = 1,41$		

Fortsetzung Tabelle 12.9

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	822	4,12	1,50	100	3,78	1,32
	weiblich	935	4,01	1,54	92	3,92	1,53
	Signif.	$F_{(1/1584)} = 1,54$			$F_{(1/166)} = 1,11$		
Alter (in Jahren)	14-25	346	4,58	1,60	39	4,10	1,57
	26-35	381	4,25	1,49	50	4,00	1,37
	36-45	346	3,94	1,50	50	3,54	1,15
	46-55	332	3,81	1,40	36	3,61	1,38
	56-65	193	3,81	1,49	7	4,00	2,31
	66 u.ä.	144	3,50	1,33	7	3,86	1,95
	Signif.	$F_{(5/1577)} = 8,97^{***}$			$F_{(5/162)} = 0,81$		
Schulabschluss ¹	HS	313	3,61	1,42	43	3,58	1,58
	RS	661	4,03	1,48	88	3,86	1,29
	Gymn.	633	4,22	1,51	45	3,91	1,47
	Signif.	$F_{(2/1580)} = 7,68^{***}$			$F_{(2/165)} = 0,34$		
Opferwerdung	Opfer	833	4,38	1,56	86	4,01	1,33
	Nicht-O.	930	3,78	1,43	107	3,69	1,48
	Signif.	$F_{(1/1581)} = 56,08^{***}$			$F_{(1/166)} = 2,91$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

auf die Komplexität der Zusammenhänge hin und machen deutlich, daß die Beziehungen zwischen Viktimisierung bzw. Nichtviktimisierung und Einstellungen oder auch Verbrechensfurcht bislang keineswegs überzeugend geklärt sind. So sind auch die bisherigen Resultate zur Viktimisierungsperspektive noch sehr widersprüchlich, was u.a. auch mit Meßproblemen der einzelnen Variablen zusammenhängen dürfte (vgl. *Kury & Ferdinand* 1996; 1998; *Kury* 1993; 1994; 1995; *Kury & Würger* 1992).

12.3 Zusammenfassung

In Dunkelfeld- und Opferstudien gehen die Befragten in aller Regel von einer Zunahme der Kriminalität aus, ein Ergebnis, das im Zusammenhang

mit der verzerrten Presseberichterstattung über Straftaten gesehen werden muß. Auch in unserer Untersuchung gingen auf die Frage, ob die Kriminalität in den letzten zwei Jahren zu- oder abgenommen hat, 72,1% der Westdeutschen und 97,1% der Ostdeutschen davon aus, daß die Kriminalität zugenommen hat. Lediglich 1,5% der westdeutschen bzw. 0,5% der ostdeutschen Befragten vermuteten eine Kriminalitätsabnahme, eine Einschätzung, die vor dem Hintergrund der immer wieder berichteten deutlichen Zunahme der Kriminalitätsbelastung in den Neuen Bundesländern nach der Wende allerdings keineswegs falsch ist.

Mittels einer Frage mit insgesamt 12 Items versuchten wir zu erfassen, worin die Bevölkerung die Hintergründe für die Kriminalitätszunahme in der eigenen Stadt sieht. Auf Itemebene nannten die Westdeutschen relativ einheitlich und weitgehend unabhängig von der Ortsgröße als Grund für die Kriminalitätszunahme vor allem gesellschaftliche Veränderungen, so z.B. gestörte Familienverhältnisse, die Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen, die Einnahme von Drogen und wirtschaftliche Verhältnisse. Als weniger bedeutend wurden Strafverfolgungsmaßnahmen eingeschätzt, wie die Nachgiebigkeit der Gerichte oder ein mangelndes Durchgreifen der Polizei. Die ostdeutschen Kommunen unterschieden sich ebenfalls relativ wenig, wichen jedoch in ihrer Einschätzung von den westdeutschen ab. So sahen sie die Gründe für eine steigende Kriminalität zwar auch in der Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen und in den wirtschaftlichen Verhältnissen, ferner in gestörten Familienverhältnissen, jedoch gleichzeitig auch in einem mangelnden Durchgreifen der Polizei. Als weniger wichtig wurde ein häufiger Ortswechsel, eine hohe Bevölkerungsdichte oder die Zunahme des Ausländeranteils bzw. der Verfall der Moral eingeschätzt.

Die Westdeutschen sahen in illegalen Drogen ein Problem, das Kriminalität fördert, sicherlich auch vor dem Hintergrund zunehmender Diskussionen hierüber. In Ostdeutschland waren zumindest zur Zeit der Studie illegale Drogen noch kein wesentliches Problem, genauso wie in der früheren DDR. Auch die Familienverhältnisse spielten in den neuen Bundesländern noch keine bedeutende Rolle, vielfach war die Hoffnung gegeben, daß die sich abzeichnende wirtschaftliche Krise nur ein vorübergehender Zustand sei, entsprechend waren die familiären Beziehungen noch nicht so erheblich durch z.B. Dauerarbeitslosigkeit belastet. Dagegen waren die Ostdeutschen stärker als die Westdeutschen in der Ansicht sozialisiert, daß auf Straftaten mit harten Strafen zu reagieren sei. Die im Westen seit Jahr-

zehnten geführte Diskussion um die Problematik der Sanktionen und um Alternativen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen ging beispielsweise weitgehend an der ostdeutschen Bevölkerung vorbei.

Ein Stadt-Land-Gefälle zeigte sich in den westdeutschen Gemeinden insofern, als die Bewohner Freiburgs die Gründe für die Kriminalitätszunahme statistisch signifikant häufiger in zunehmend gestörten Familienverhältnissen, der höheren Bevölkerungsdichte und der Ausbreitung aggressiven Verhaltens einzelner Gruppen sahen, während in den kleineren Kommunen besonders der Verfall der Moral, mangelnde Freizeitmöglichkeiten sowie eine Zunahme des Ausländeranteils hervorgehoben wurde. Auch die Bewohner Jenas betonten im Vergleich zur kleineren Gemeinde Kahla die hohe Bevölkerungsdichte und die Ausbreitung aggressiven Verhaltens bestimmter Gruppen. Daneben hoben sie den Verfall der Moral und die Einnahme von Drogen hervor.

Ein Vergleich zwischen den beiden größeren ost- und westdeutschen Städten Freiburg und Jena zeigte, daß die Ostdeutschen die Ursachen des Kriminalitätsanstiegs vor allem in einem zu laxen Umgang mit Straftätern, in mangelnden Freizeitmöglichkeiten, ferner in wirtschaftlichen Bedingungen sehen, die Freiburger dagegen die hohe Bevölkerungsdichte, den Verfall der Familie, das wachsende Drogenproblem sowie den häufigen Ortswechsel hervorheben.

Die 12 Items wurden miteinander korreliert, die Korrelationsmatrix bildete die Grundlage einer Faktorenanalyse, die eindeutig eine Dreifaktorenlösung ergab, welche 44,5% der Gesamtvarianz aufklärt. Faktor I beschreibt Aspekte problematisch erlebter wirtschaftlicher Verhältnisse, die zumindest teilweise individuell zuschreibbar sind, wie häufiger Ortswechsel, Einnahme von Drogen oder gestörte Familienverhältnisse. Faktor II beinhaltet Merkmale der Strafeinstellung, wie Nachgiebigkeit der Gerichte und mangelndes Durchgreifen der Polizei. Faktor III schließlich beschreibt gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse als Ursachen des Kriminalitätsanstiegs, wie mangelnde Freizeitmöglichkeiten, Verlockungen durch reichhaltiges Warenangebot oder Ausbreitung aggressiven Verhaltens einzelner Gruppen.

Die mit den drei Skalen durchgeführte Itemanalyse brachte für Forschungsskalen zufriedenstellende Ergebnisse. Die Trennschärfekoeffizienten liegen zwischen .51 und .64. Der Vergleich auf Skalenebene zwischen den drei westdeutschen und zwei ostdeutschen Kommunen zeigte nur relativ geringfügige Unterschiede. Erwartungsgemäß haben die kleineren

westdeutschen Gemeinden bei Skala I (Bevölkerungsdichte, Drogen, Familie) höhere Werte, ebenso bei Skala II (Punitivität). Deutlicher wiederum sind die Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Kommunen: So messen die westdeutschen Gemeinden dem Faktor Bevölkerungsdichte, Drogen bzw. Familienproblemen mehr Bedeutung bei als die ostdeutschen. Das dürfte die gesellschaftlichen Bedingungen zu Beginn der 90er Jahre relativ gut beschreiben. Andererseits zeigen die ostdeutschen Befragten eine deutlich höhere Punitivität (vgl. hierzu oben). Was die dritte Skala betrifft, messen die ostdeutschen Befragten den gesellschaftlichen Bedingungen (wirtschaftliche Verhältnisse, Freizeitmöglichkeiten, Warenangebot, Aggressivität einzelner Gruppen) eine deutlich größere Verantwortung für den Kriminalitätsanstieg bei als die westdeutschen.

Ergänzend prüften wir mittels Varianzanalysen die Abhängigkeit der drei Skalenwerte getrennt für die einzelnen Orte von den soziodemographischen Variablen Geschlecht, Alter, Schulabschluß und eigener Viktimisierung. Bei Skala I zeigt sich für Freiburg und Jena ein deutlicher, statistisch signifikanter Geschlechtsunterschied: Frauen messen der Bevölkerungsdichte, Drogen- und Familienproblemen größere Bedeutung für die Erklärung des Kriminalitätsanstiegs bei als Männer. Dieselben Unterschiede zeigen sich, allerdings unterhalb des Signifikanzniveaus, bei den anderen Gemeinden. Was das Alter betrifft, nehmen die Werte bei Skala I mit zunehmendem Alter in Westdeutschland zu, in Ostdeutschland haben jüngere und ältere Befragte höhere Werte als die mittleren Altersgruppen. Was den Einfluß des Bildungsniveaus betrifft, haben die unteren Bildungsschichten in allen Gemeinden (tendenziell) höhere Werte. Ein Einfluß der Variablen Viktimisierung konnte zumindest nicht einheitlich und interpretierbar gefunden werden. Es sehen somit die Ursachen für einen Kriminalitätsanstieg in der Bevölkerungsdichte, Drogen- und Familienproblemen (Skala I) vor allem Frauen, in Westdeutschland ältere Befragte, in Ostdeutschland vorwiegend die jüngeren und älteren, weniger die Befragten im mittleren Alter und schließlich Personen der unteren Bildungsschichten.

Hinsichtlich Skala II (Punitivität) haben in allen Gruppen die Ostdeutschen wiederum höhere Werte als die Westdeutschen. Die demographischen Variablen wirken sich weitgehend einheitlich auf die Punitivitätswerte aus. Höhere Werte haben Männer, ältere Befragte, solche mit niedrigerem Bildungsniveau und schließlich jene, die angeben, bereits Opfer einer Straftat geworden zu sein (v.a. ostdeutsche Befragte).

Was die Unterschiede in Skala III betrifft, zeigt sich wiederum ein deutlicher einheitlicher Geschlechtseinfluß: Frauen sehen die Ursachen für die steigende Kriminalität mehr in den gesellschaftlichen Verhältnissen als Männer. Hinsichtlich des Alters haben die 26- bis 45-jährigen relativ hohe Werte, teilweise auch die älteste Gruppe der 66-jährigen und älteren. Hinsichtlich des Einflusses des Bildungsniveaus sind die Resultate wenig einheitlich. In den westdeutschen Gemeinden wird mit sinkendem Bildungsniveau den wirtschaftlichen Verhältnissen tendenziell eine größere Bedeutung hinsichtlich der Kriminalitätsentstehung beigemessen. Ein Einfluß der Viktimisierung ist nicht einheitlich feststellbar.

Weiterhin wurde geprüft, welche Einflußfaktoren die Befragten auf ihre eigenen Einstellungen zu Kriminalität und Strafe sehen. In Westdeutschland ergab sich teilweise ein Zusammenhang der einzelnen Einflußfaktoren mit der Urbanität: So spielen in kleineren Gemeinden Fernsehen und Nachrichten offensichtlich eine größere Rolle, in größeren Gemeinden dagegen eigene Erfahrungen und Gespräche mit anderen. In Ostdeutschland ergeben sich keine entsprechenden Unterschiede. In beiden Landesteilen wird dem Fernsehen eine besondere Bedeutung beigemessen, in Westdeutschland wird sein Einfluß allerdings geringer gesehen als die persönliche Weltanschauung.

Die durchgeführte Faktorenanalyse der 8 Items klärte 49,2% der Gesamtvarianz auf und ergab eine Zweifaktorenlösung: Auf Faktor I zeigten Medien-Items (Tageszeitung, Zeitschriften, Radio, Fernsehen/Nachrichten) hohe Ladungen, auf Faktor II solche, die sich auf eigene Erfahrungen mit Straffälligkeit, Gesprächen mit anderen darüber sowie die eigene Weltanschauung beziehen. Aufgrund der Ergebnisse der Itemanalyse wurden die Items Kino/Video und persönliche Weltanschauung wegen schlechter Trennschärfen aus den weiteren Berechnungen ausgeschlossen. Skala I ist somit ein reiner Medienfaktor, Skala II beinhaltet eigene bzw. von anderen berichtete Erfahrungen mit Straffälligkeit.

Der Vergleich der Mittelwerte in den zwei Skalen zwischen den fünf Gemeinden zeigt plausible Unterschiede: Die Werte in Skala I nehmen mit sinkender Urbanität zu, d.h. in kleineren Gemeinden spielen offensichtlich Presse und die Medien eine wichtigere Rolle hinsichtlich der Meinungsbildung zu Kriminalität und Strafe. Die Werte in Skala II nehmen mit abnehmender Urbanität ebenfalls ab, d.h. in größeren Gemeinden spielen Gespräche mit anderen und eigene Erfahrungen eine wichtigere Rolle, was insofern überzeugend ist, als mit steigendem Urbanitätsgrad auch die Kriminalitätsbelastung zunimmt, was – wie oben gezeigt – gerade für Freiburg

gilt. Damit ist das Thema Kriminalität in größeren Gemeinden gegenwärtiger als in kleinen und dürfte damit eher ein Gesprächsthema unter den Bürgern sein.

Die Prüfung der Abhängigkeit der beiden Skalenwerte von den soziodemographischen Variablen Geschlecht, Alter, Schulbildung und Opferwerdung für die fünf Gemeinden brachte folgendes Ergebnis: Hinsichtlich Skala I (Presse, Medien) zeigt sich in allen fünf Gemeinden, daß Frauen einen höheren Wert haben, sie damit ihre Haltung hinsichtlich Kriminalität und Sanktionen deutlicher von den Massenmedien beeinflusst sehen als Männer. Was das Alter betrifft, sind die Resultate weniger einheitlich. Junge Befragte, die mittlere Altersgruppe sowie die älteste Gruppe sind stärker von den Medien beeinflusst als die Restgruppen. Junge und alte Befragte dürften mehr Medien rezipieren als die übrigen Altersgruppen. Hinsichtlich des Bildungsniveaus nimmt der erlebte Einfluß der Medien auf die Kriminalitätseinstellung mit steigender Schulbildung ab. Personen mit besserer Schulbildung sind offensichtlich den Medien gegenüber kritischer. Bezüglich der Opferwerdung zeigt sich kein einheitlicher Zusammenhang.

In Bezug auf Skala II (eigene, berichtete Erfahrungen über Kriminalität) ergeben sich keine bedeutsamen Geschlechtsunterschiede, dagegen ein deutlicher Alterseffekt derart, daß mit zunehmendem Alter die eigenen/berichteten Erfahrungen zu Kriminalität eine geringere Rolle spielen. Das korrespondiert mit dem obigen Ergebnis, daß sich ältere Befragte offensichtlich stärker von Medien beeinflusst fühlen. Jüngere Menschen haben eine deutlich höhere Viktimisierungswahrscheinlichkeit und dürften damit mehr Opfer kennen, was nahelegt, daß häufiger über diese Thematik gesprochen wird. Auch hinsichtlich des Bildungsniveaus zeigen sich deutliche Unterschiede: Mit zunehmender Schulbildung wird der Einfluß der eigenen/berichteten Kriminalitätserfahrungen als bedeutsamer eingestuft. Was den Zusammenhang zu Viktimisierungserfahrungen betrifft, ergeben sich für Ost- und Westdeutschland statistisch bedeutsame Unterschiede, die jedoch in unterschiedliche Richtung gehen: In Westdeutschland haben die Nichtopfer durchgehend höhere Werte, was den Erwartungen widerspricht, in Ostdeutschland ist es umgekehrt. Die Nichtopfer sehen in Westdeutschland ihre Einstellungen stärker von den eigenen/berichteten Erfahrungen geprägt als die Opfer. Das deutet einerseits auf die Komplexität der Zusammenhänge hin, eventuell auch auf Meßprobleme bei den einzelnen Einstellungsmustern, andererseits dürfte hier die indirekte Opferwerdung eine wichtige Rolle spielen.

KAPITEL 13

Verbrechensfurcht und Sicherheitsgefühl

13.1. Zum Diskussionsstand

Verbrechensfurcht wurde in den letzten Jahren, insbesondere nach der Wende, zu einem der meistdiskutierten Themen der Kriminologie, aber auch der Massenmedien. Teilweise war der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß Verbrechensfurcht zu einem wichtigeren Thema geworden war als die Kriminalitätsbelastung und deren Entwicklung selbst.

In viktimologischen Untersuchungen zählt die Erfassung der Furcht vor Straftaten von Anfang an zu einem festen Bestandteil. Bereits *Ennis* (1967, S. 73) hatte in seinem Victim Survey von 1966 erstmals ein bis heute immer wieder bestätigtes Resultat ermittelt, daß nämlich Frauen und – allerdings nur in geringerem Ausmaß – auch ältere Befragte eine höhere Verbrechensfurcht äußerten als Männer und jüngere Menschen.

Mittlerweile liegen zwar vor dem Hintergrund zahlreicher nationaler und internationaler Opferstudien umfangreiche Ergebnisse zur Verbrechensfurcht vor, diese sind jedoch keineswegs übereinstimmend. Sieht man vom bereits erwähnten Resultat ab, daß Frauen mehr Angst äußern, Opfer einer Straftat zu werden, als Männer und daß die angegebene Verbrechensfurcht mit zunehmender Urbanisierung des Wohnortes ebenfalls zunimmt, sind die gewonnenen Ergebnisse meist mehr oder weniger widersprüchlich. Auch daß z.B. ältere Menschen mehr Verbrechensangst äußern als jüngere, ist keineswegs unumstritten (vgl. *Kury & Oberfell-Fuchs* 1998). Besonders neuere Studien weisen auf die Komplexität der Zusammenhänge hin.

Dasselbe gilt für die teilweise gefundenen, jedoch nicht konsistent bestätigten Zusammenhänge zwischen einer früheren eigenen Viktimisierung und der Angst, Opfer einer Straftat zu werden. Mehr oder weniger als gesichert gilt, daß Opfer schwerer Straftaten mehr Verbrechensfurcht haben als „Nichtopfer“, wieweit sich dagegen leichtere Viktimisierungen auf die Verbrechensangst auswirken, d.h. ob diese nicht nur nicht höher, sondern evtl. sogar niedriger ist, wird nach wie vor kontrovers diskutiert (vgl. *Boers* 1991; *Kury* 1997; *Kury & Ferdinand* 1996).

Angesichts der kontroversen Ergebnisse wird zu Recht von verschiedener Seite immer wieder die Operationalisierung der Verbrechensfurcht kri-

tisiert. Verbrechensfurcht ist ein komplexes Phänomen, das – zumindest in den älteren Studien – in der Regel mit der sogenannten Standardfrage zu erfassen versucht wurde, was auf diese Weise, wie heute als gesichert gelten kann, valide nicht möglich ist. So erfaßt die Standardfrage „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie bei Dunkelheit in Ihrem Wohnviertel allein auf die Straße gehen?“, wie beispielsweise *Sessar* (1992, S. 70) betont, nur bestimmte Kriminalitätsarten, in erster Linie Straßenkriminalität. Andere, ebenfalls angstauslösende Arten von Straftaten, z.B. Einbruch, werden nicht berücksichtigt. Weiterhin weist *Sessar* darauf hin, daß mit dieser Standardfrage gar nicht auf Kriminalität Bezug genommen wird. So ist nicht auszuschließen, daß die Befragten Unsicherheitsgefühle angeben, aber nicht aus Angst vor Straftaten, sondern etwa aus Angst, einen Unfall zu erleiden. Letzteres dürfte vor allem für ältere Menschen gelten und könnte ihre mit dieser Frage teilweise gemessene höhere „Verbrechensfurcht“ erklären.

Wir haben in unserer Untersuchung mehrere Fragen gestellt, die Rückschlüsse auf das Ausmaß der Verbrechensfurcht zulassen. Im einzelnen handelt es sich um die Items 33 („Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?“), 34, das Standarditem („Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen?“), 35 („Wirkt sich das auf Ihre Lebensgewohnheiten aus?“), 113 („Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß Ihnen innerhalb der nächsten 12 Monate eine der folgenden Situationen passiert?“ Es folgt eine Aufzählung von 14 Opfersituationen) und 114 („Wie oft denken Sie daran, Opfer einer Straftat zu werden?“).

13.2. Sicherheitsgefühl

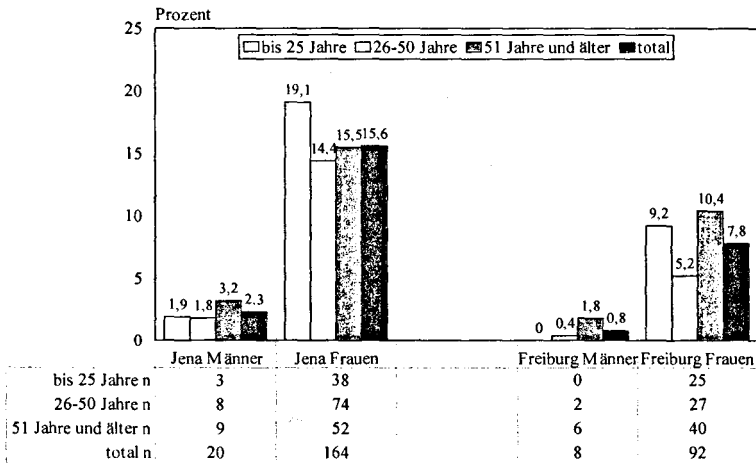
13.2.1 Unsicherheit nachts allein in der Wohnung

Das Sicherheitsgefühl (Verbrechensfurcht) der Bevölkerung wurde insbesondere durch die beiden Items „Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in der Wohnung zu sein?“ (Frage 33) und „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen?“ (Standarditem; Frage 34) erfaßt.

Betrachtet man zunächst nur die beiden Städte Freiburg und Jena, so geben auf die Frage, ob sie sich nachts alleine in der Wohnung fürchten, 4,3% der Freiburger „meistens“ (2,7%) oder „immer“ (1,6%) an. In Jena sind dies mit 9,5% (5,2% „meistens“; 4,3% „immer“) mehr als doppelt so viele.

Abbildung 13.1 zeigt die nach den beiden Geschlechtern differenzierte Häufigkeitsverteilung der Furchtwerte, geordnet nach vier Altersgruppen, jeweils getrennt für Freiburg und Jena als den beiden großen berücksichtigten Kommunen.

Abb. 13.1: Unsicherheitsgefühl nachts allein in der Wohnung: Freiburg und Jena



Ost: Männer: $\chi^2 = 1,52$; $df = 2$; $p = .47$ - Frauen: $\chi^2 = 2,44$; $df = 2$; $p = .30$
 West: Männer: $n < 5!$ - Frauen $\chi^2 = 9,36$; $df = 2$; $p < .01$

Deutlich werden die erhebliche Geschlechtsabhängigkeit der Furchtwerte, aber auch die großen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die Altersabhängigkeit. Am einflussreichsten ist der Geschlechtsfaktor: Frauen äußern in Freiburg und Jena wesentlich mehr Verbrechensfurcht als Männer, auffallend ist der erhebliche Geschlechtsunterschied vor allem in Jena. Insgesamt behaupten die Ostdeutschen mehr Verbrechensfurcht als die Westdeutschen; das gilt für beide Geschlechter. Die Werte in Ostdeutschland sind teilweise mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß unsere Erhebung relativ kurz nach der Wende durchgeführt wurde, zu einer Zeit, wo die Verunsicherung und Beunruhigung in der Bevölkerung ohnehin relativ groß war, da das alte Staatssystem zusammengebrochen und die Vertrautheit mit dem neuen noch gering war. Neben einer einsetzenden Diskussion um die Sicherheit der Arbeitsplätze, der Wohnungen oder der Renten, welche die zunächst

herrschende Euphorie allmählich überlagerte, kam die sichtbar steigende Kriminalitätsbelastung in den Neuen Bundesländern sowie die Pressebeurichterstattung hierüber hinzu.

Was die Altersabhängigkeit der Furchtwerte betrifft, haben insbesondere in Jena die jungen Frauen auffallend hohe Werte. Ein Fünftel (19,1%) der Frauen bis 25 Jahre geben an, daß sie sich nachts alleine in der Wohnung fürchten würden, damit erheblich mehr als die übrigen Altersgruppen. Auch in Freiburg haben die jungen Frauen einen relativ hohen Wert. Diese hohen Furchtwerte der jungen Frauen kann man teilweise in Zusammenhang mit der allgemein erhöhten Vulnerabilität junger Frauen in Bezug auf Sexualdelikte sehen; so schüren beispielsweise Szenen des „Reality-TV“, in denen Frauen in ihrer eigenen Wohnung vergewaltigt werden, die Ängste dieser Zielgruppe (vgl. *Kury & Oberfell-Fuchs* 1998). Dieses Ergebnis zeigt aber auch, daß die vielfach stereotyp wiederholte Behauptung, daß vor allem alte Frauen hohe Verbrechensfurcht äußern, in dieser Pauschalität nicht gilt.

Betrachtet man alle fünf Kommunen, so ergibt sich ein eindeutiges Resultat hinsichtlich des Geschlechtseinflusses: Frauen haben jeweils deutlich höhere Furchtwerte als Männer. So gaben in Freiburg nur 0,7% der Männer, aber 7,7% der Frauen an, daß sie sich nachts alleine in ihrer Wohnung meistens oder immer fürchten; in Jena waren dies 2,2% bzw. 15,6%. Die Unterschiede in den kleineren Kommunen waren entsprechend prägnant (Emmendingen: 1,7% bzw. 7,5%; Löffingen 0,0% bzw. 9,0%; Kahla 3,4% bzw. 18,6%). Die Geschlechtsunterschiede sind für alle Kommunen statistisch hochsignifikant ($p < .001$).

Die Prüfung der Altersabhängigkeit der Furchtwerte ergab nur für Freiburg signifikante Unterschiede ($p < .05$): Die Gruppe der 14- bis 25jährigen zeigt dabei relativ hohe Furchtwerte; so geben in Freiburg 5,0% (Jena: 11,5%) an, daß sie sich meistens bzw. immer nachts allein in der Wohnung fürchten. Diese Werte nehmen mit zunehmendem Alter zunächst ab, um dann in höherem Alter wiederum deutlich anzusteigen: 26-bis 35jährige: 2,4% (Jena: 9,5%), 36- bis 45jährige: 3,8% (6,7%), 46- bis 55jährige: 4,6% (8,5%), 56- bis 65-jährige: 5,2% (10,3%) und ab 66jährige: 7,1% (12,7%). Die höchsten Furchtwerte hatten jeweils die ältesten Befragten, die zweithöchsten meistens die jüngste Altersgruppe.

Ein Stadt-Land-Gefälle zeigt sich lediglich im Vergleich Jena – Kahla: Hier haben die Befragten aus Kahla tendenziell höhere Furchtwerte als diejenigen Jenas, und zwar unabhängig von der Altersgruppe.

Was die Abhängigkeit der Furchtwerte vom Familienstand betrifft, zeigen sich wiederum nur für Freiburg statistisch bedeutsame Unterschiede ($p < .001$): In Lebensgemeinschaft lebende, vor allem aber verwitwete Befragte fürchten sich häufiger nachts allein in ihrer Wohnung als ledige oder geschieden/getrennt lebende Befragte. Hier ist allerdings davon auszugehen, daß die Unterschiede aufgrund des Alterseinflusses zustande kommen. Da die Fallzahlen in den Gruppen relativ niedrig sind, war eine differenziertere Prüfung nicht möglich.

Was schließlich die Abhängigkeit der Werte von einer eigenen früheren Viktimisierung betrifft, fanden wir keine statistisch bedeutsamen Zusammenhänge. Da die meisten erfaßten Viktimisierungen Bagatellen bzw. Straftaten an eigenen Fahrzeugen waren, war nicht zu erwarten, daß sich dadurch die Furcht in der Wohnung erhöht (vgl. hierzu ausführlich *Kury 1997; Kury & Ferdinand 1998*). Lediglich in Jena und Kahla deuten sich tendenzielle Zusammenhänge zwischen eigener Viktimisierung und Verbrechensfurcht an; allerdings gehen diese Tendenzen in beiden Städten in jeweils andere Richtung: in Jena haben die Nichtopfer höhere Furchtwerte als die Opfer, in Kahla ist es umgekehrt. Eine Differenzierung nach der Schwere der Viktimisierung – besonders zwischen Einbruchs- und Nicht-Einbruchsofern – war aufgrund der kleinen Zellenbesetzungen nicht möglich.

Ergänzend berechneten wir zur Prüfung der Abhängigkeiten der einzelnen Furchtvariablen jeweils Regressionsanalysen. Hierbei wurden als Kriteriumsvariablen sowohl die einzelnen Furchtvariablen als auch ein Gesamtwert „Furcht insgesamt“, der sich aus den Variablen „Nächtliche Furcht in der Wohnung“, „Nächtliches Sicherheitsgefühl“ (Standarditem), „Wahrscheinlichkeit einer Opferwerdung“ und „Beschäftigung mit Opferwerdung“ zusammensetzt, geprüft. Prädiktoren waren Geschlecht, Alter, Lebensform (allein/zusammen lebend), Schulabschluß, Opferwerdung sowie die Skala Anomie, wie sie faktorenanalytisch von uns ermittelt wurde (vgl. oben). Ergänzend wurden für Jena, wo bei einer Teilstichprobe auch das Freiburger Persönlichkeitsinventar FPI-R (vgl. *Fahrenberg u.a. 1984*) vorgegeben wurde, auch die 12 Skalen dieses Persönlichkeitsfragebogens in die Regressionsanalyse aufgenommen. Eine Zusammenstellung dieser Variablen, die in gleicher Form auch in die im folgenden beschriebenen Regressionsanalysen eingingen, zeigt Tabelle 13.1. Dieser Tabelle sind auch die Angaben zur jeweiligen Polung der einzelnen Variablen zu entnehmen.

Tabelle 13.1: Darstellung und Polung der in die Regressionsanalysen aufgenommenen Variablen

Skala		hoher Wert	niedriger Wert
V1	Geschlecht	weiblich	männlich
V2A	Alter	ansteigend zugeordnet	
V3	Lebensform	nicht allein	allein
V5	Schulabschluß	ansteigend zugeordnet	
Opfer	Opferwerdung	Opfer	Nichtopfer
Sum037	Anomie	hohe Anomie	geringe Anomie
FPIR01	Lebenszufriedenheit	lebenszufrieden	neg. Lebenseinstellung
FPIR02	Soziale Orientierung	sozial verantwortlich	selbstbezogen
FPIR03	Leistungsorientierung	leistungsorientiert	wenig ehrgeizig
FPIR04	Gehemtheit	unsicher	selbstsicher
FPIR05	Erregbarkeit	unbeherrscht	ruhig
FPIR06	Aggressivität	aggressives Verhalten	wenig aggressiv
FPIR07	Beanspruchung	angespannt	belastbar
FPIR08	Körperl. Beschwerden	viele Beschwerden	wenige Beschwerden
FPIR09	Gesundheits Sorgen	Furcht vor Krankheit	gesundheitlich unbekümmert
FPIR10	Offenheit	ungeniert	verschlossen
FPIRE	Extraversion	extrovertiert	introvertiert
FPIRN	Emotionalität	emotional labil	selbstvertrauend
V43	Nächtliche Furcht in der Wohnung	hohe Furcht	keine Furcht
V44	Nächtl. Sicherheitsgefühl	Unsicherheit	Sicherheitsgefühl
V66	Beschäftigung mit Opferwerdung	große gedankliche Beschäftigung	keine Gedanken daran
Σ Furcht	Furcht insgesamt	hoher Wert	geringer Wert

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse mit der abhängigen Variablen „Furcht nachts alleine in der Wohnung“ – nur Jena – finden sich in Tabelle 13.2. Signifikante Zusammenhänge zur Ausprägung der Furchtvariablen ergaben sich hinsichtlich Geschlecht, Anomie, FPI08-körperliche Beschwerden, FPIE-Extraversion, Alter, FPI05-Erregbarkeit und FPI01-Emotionalität. Deutlich wird, daß das Geschlecht den weitaus höchsten Einfluß auf das Erleben von Unsicherheit in der eigenen Wohnung hat. Der T-Wert für das Alter ist negativ, das bedeutet, wie oben dargestellt, daß

jüngere Befragte einen höheren Wert in diesem Furchtitel haben als Ältere. Interessanterweise weist die Variable Anomie nach dem Geschlecht den zweithöchsten Einfluß auf das Furchtitel auf. Das bedeutet, daß Personen, die hohe anomische Zustände in der Gesellschaft erleben, auch mehr Unsicherheitserleben im engsten Nahraum äußern.

Tabelle 13.2: Regressionsanalyse – nächtliche Furcht in Wohnung

Variable	β -Wert	T-Wert	Signifikanz T
Geschlecht	.33	13.17	.00
Anomie	.11	4.48	.00
Körperl. Beschwerden (FPI)	.09	2.96	.00
Extraversion (FPI)	.08	-3.38	.00
Alter	.08	-3.07	.00
Erregbarkeit (FPI)	.07	2.45	.01
Emotionalität (FPI)	.06	1.98	.05
Schulabschluß	-.04	-1.68	.09
Gesundheitssorgen	.04	1.34	.16
Aggressivität	-.03	-1.30	.19
Leistungsorientierung	-.02	-.94	.35
Gehemmtheit	.01	.48	.63
Offenheit	-.01	-.42	.68
Lebenszufriedenheit	-.01	-.32	.75
Opfervariable	.01	.38	.71
Lebensweise	.01	.25	.80
Soziale Orientierung	.00	.23	.82
Beanspruchung	-.00	-.12	.90

$$R = .46; R^2 = .21; F_{(7/1387)} = 52,44^{***}$$

Dies weist auf die Komplexität des Phänomens Verbrechensfurcht hin, da es offensichtlich nicht nur vom Kriminalitätsgeschehen beeinflusst wird, sondern v.a. auch von gesamtgesellschaftlichen Prozessen, wie dem Empfinden anomischer Zustände. Der Zusammenhang zwischen Verbrechensfurcht und Kriminalität bzw. Kriminalitätsentwicklung darf nicht als allzu hoch angenommen werden. Das geht schon daraus hervor, daß die Bevölkerung über die Kriminalität und deren Entwicklung ohnehin nur ungenau und verzerrt informiert ist.

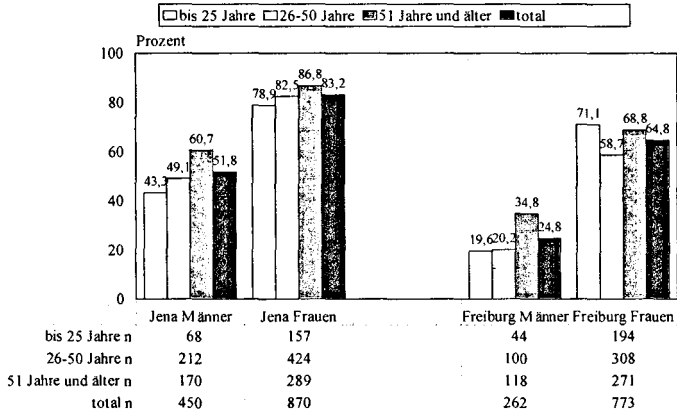
Das Erleben von Furcht und Unsicherheit hängt auch von (psychologischen) Persönlichkeitseigenschaften ab. So geben Personen, die mehr körperliche Beschwerden, ein gestörtes körperliches Allgemeinbefinden, leichte Erregbarkeit und Reizbarkeit schildern, leicht aus der Ruhe zu bringen sind, bei denen Probleme und innere Konflikte erkennbar sind, die sich eher psychisch belastet und Stimmungsschwankungen unterworfen fühlen, ein höheres Unsicherheitserleben in ihrer eigenen Wohnung an. Solche Personen sind im sozialen Umgang eher zurückhaltend, ruhig und ernst (vgl. *Fahrenberg u.a.* 1984, S. 37ff.). Verbrechensängstliche Personen fühlen sich somit eher mit Problemen belastet, sind leicht verunsicherbar und ziehen sich vor diesem Hintergrund eher zurück. Sie erleben die Probleme in der Gesellschaft eher als belastend und werden auch hier, hinsichtlich der eigenen Sicherheit in der Gesellschaft leicht verunsichert, äußern somit mehr Verbrechensangst. Das Erleben von Verbrechensangst hat daher deutlich mit einer persönlichen Komponente der Befragten zu tun (vgl. *Obergfell-Fuchs & Kury* 1996). Als nicht bedeutend erwies sich die eigene Viktimisierung.

13.2.2 Unsicherheitsgefühl nachts allein in der Wohngegend – Standarditem

Was das Sicherheitsgefühl in der Wohngegend nachts draußen alleine auf der Straße betrifft (V34), werden die oben geschilderten Ergebnisse im Wesentlichen bestätigt. In Freiburg gab mit 45,3 % nahezu die Hälfte der Bürger an, daß sie sich bei Dunkelheit in ihrer Wohngegend auf der Straße „sehr unsicher“ (11,0 %) bzw. „etwas unsicher“ (34,3 %) fühlten. Auch hier lagen die Werte in Jena mit 68,4 % („sehr unsicher“: 20,3 % bzw. „etwas unsicher“: 48,1 %) deutlich höher.

Wir berechneten auch hier die Furchtwerte getrennt für dieselben Altersgruppen (vgl. oben), beide Geschlechter sowie Freiburg und Jena (vgl. Abbildung 13.2). Es zeigt sich im Grunde dasselbe Bild wie bei der Frage nach der Unsicherheit nachts alleine in der Wohnung (vgl. Abb. 13.1). Wiederum haben die Frauen und sämtliche ostdeutschen Untergruppen deutlich höhere Furchtwerte als die Männer bzw. die Westdeutschen. Die Altersunterschiede sind sowohl bei den Männern als auch den Frauen in Jena und Freiburg jeweils (hoch)signifikant. In Jena nehmen bei beiden Geschlechtern die Furchtwerte mit steigendem Alter zu, in Westdeutschland haben die jungen Frauen den höchsten Wert.

Abb. 13.2: Unsicherheitsgefühl nachts allein in der Wohngegend (Standarditem) – Freiburg und Jena



Ost: Männer: $\chi^2 = 14,73$; $df = 2$; $p < .001$ - Frauen: $\chi^2 = 5,88$; $df = 2$; $p = .05$
 West: Männer: $\chi^2 = 27,05$; $df = 2$; $p < .001$ - Frauen $\chi^2 = 16,10$; $df = 2$; $p < .001$

In Jena geben immerhin 51,8% der Männer an, daß sie sich nachts draußen in ihrer Wohngegend „sehr unsicher“ oder „etwas unsicher“ fühlen, in Freiburg waren dies 24,8%, also weniger als die Hälfte. Bei den Frauen gaben in Jena 83,2% an, sie würden sich unsicher fühlen im Vergleich zu 64,8% in Freiburg. Den höchsten Furchtwert bei den Freiburger Frauen haben die unter 25jährigen mit 71,1%, ein Wert, der deutlich über demjenigen der 26- bis 50jährigen (58,7%), aber auch der 51jährigen und älteren (68,8%) liegt. Die Behauptung, daß es ältere Frauen sind, die die höchsten Furchtwerte haben, kann erneut nicht bestätigt werden, im Gegenteil sind es gerade die jungen Frauen, die nachts draußen Angst empfinden.

Zur Prüfung der Frage, wieweit eine vorangegangene Viktimisierung sich steigernd auf die Verbrechensfurcht auswirkt (vgl. Boers 1991; Kury & Ferdinand 1998), prüften wir die Werte des Standarditem in Abhängigkeit einer früheren Opferwerdung, wobei wir nach der Anzahl früherer Viktimisierungen unterschieden, ferner nach deren erlebter Schwere. Hierfür wurden die Opfer in drei Gruppen eingeteilt: Nichtkontaktdelikte, Einbruch- und Kontaktdelikte (vgl. oben, Kapitel 8). Da dasselbe Item auch in der ersten Deutsch-Deutschen Opferstudie 1990 gestellt wurde (vgl. Kury u.a. 1996), bietet sich ein Vergleich mit den dort gefundenen Resultaten an.

Hierdurch kann die Aussagekraft der Ergebnisse erhärtet werden, da es sich bei beiden Studien um voneinander unabhängige Untersuchungen handelt.

Tabelle 13.3: Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein auf der Straße – Häufigkeit der Opferwerdung (DD'90 – FR-J 1991/92)

	Nicht-Opfer	Opfer (Häufigkeit der Opferwerdung)			F p
		1	2	3 und mehr	
	% n	% n	% n	% n	
West-Dtschl. 1990	19,4 (1362)	27,6 (421)	37,9 (153)	37,6 (85)	17,85 .000
Ost-Dtschl. 1990	29,9 (3575)	38,4 (1010)	46,7 (285)	48,2 (110)	20,59 .000
Freiburg 1991/1992	39,8 (1983)	43,2 (827)	46,5 (400)	51,6 (223)	14,62 .000
Jena 1991/1992	67,1 (1281)	68,0 (571)	72,7 (227)	71,1 (97)	3,48 .008

Die Tabellen 13.3 und 13.4 zeigen die gefundenen Resultate. Erstaunlich ist die große Übereinstimmung beider Studien, wobei es sich einmal um eine für Deutschland repräsentative Untersuchung, das andere Mal um eine lokal begrenzte Erhebung handelt. Sowohl bei der gesamtdeutschen als auch der Freiburg-Jena Studie ergeben sich folgende statistisch hochsignifikante Resultate: Nichtopfer zeigen sowohl in Ost- als auch Westdeutschland durchgehend weniger Verbrechensfurcht als Opfer. Weiterhin steigt die Verbrechensfurcht in beiden Regionen gleichzeitig erwartungsgemäß mit zunehmender Zahl der Viktimisierungen (vgl. Tabelle 13.3).

Was die Zusammenhänge zur Schwere der Viktimisierung betrifft (vgl. Tab. 13.4), nehmen in allen Vergleichen die Werte für die Verbrechensfurcht mit zunehmender Schwere, zumindest tendenziell zu. Auch dies ist im Sinne der Erwartung. Diese Ergebnisse zeigen, daß zumindest schwerere Viktimisierungen sich steigernd auf die Kriminalitätsfurcht im eigenen Nahbereich auswirken.

Abschließend prüften wir auch bei dieser Variablen die Abhängigkeit der Furchtwerte von den oben genannten Dimensionen (vgl. Tab. 13.1) mittels einer Regressionsanalyse (vgl. Tab. 13.5). Wiederum hat das Geschlecht

mit Abstand den deutlichsten Einfluß auf die Furchtwerte (vgl. oben). Die Variable Anomie wird hier jedoch auf den dritten Platz verdrängt, einflußreicher erweist sich die Opferwerdung. Das bestätigt die oben gemachten Ausführungen. Das Alter spielt bei dieser Variablen keine signifikante Bedeutung, was unterstreicht, daß dessen Einfluß differenzierter gesehen werden muß, als dies bis in die jüngste Zeit der Fall ist.

Tabelle 13.4: Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein auf der Straße:
Schwere der Opferwerdung (DD'90 – FR-J 1991/92)

	Nicht-Opfer NO	Opfer	Opferwerdung bzgl. deren Schwere			Nicht-Opfer vs. Opfer	Nicht-Opfer vs. Opfer bzgl. der Schwere der Opferwerdung		
			Nicht-kontakt- delikt NkoO	Einbruch Eb	Kontakt- delikt KoO		NO vs. NkoO	NO vs. EbO	NO vs. KoO
	% n	% n	% n	% n	% n	F p	F p	F p	F p
West-Dtschl. 1990	19,4 (1362)	31,3 (659)	25,1 (307)	38,9 (36)	32,8 (61)	44,28 .000	8,20 .002	11,20 .001	8,16 .002
Ost-Dtschl. 1990	29,9 (3575)	40,9 (1405)	35,2 (781)	53,6 (84)	49,1 (108)	50,43 .000	9,31 .001	17,30 .000	11,79 .001
Freiburg 1991/1992	39,8 (1983)	45,4 (1450)	40,0 (593)	59,3 (145)	38,2 (89)	36,83 .000	7,17 .004	15,30 .000	1,35 .123
Jena 1991/1992	67,1 (1281)	69,5 (895)	68,7 (489)	69,8 (43)	56,4 (39)	6,98 .004	3,12 .039	0,08 .392	1,28 .129

Einen statistisch bedeutsamen Einfluß haben dagegen wiederum einige Dimensionen des Freiburger Persönlichkeitsinventars. Zum einen ist es wiederum die Dimension Emotionalität (FPIN), dazu kommen die Skalen Gesundheitssorgen (FPI9) und Gehemmtheit (FPI4). Das bedeutet, daß Befragte, die sich eher um ihre Gesundheit sorgen, Gesundheitsrisiken vermeiden, weiterhin Personen mit Problemen und inneren Konflikten, die sich leicht abgespannt und matt fühlen, schließlich als im sozialen Umgang eher gehemmt, scheu und zurückhaltend einzuschätzen sind, auch höhere

Werte bezüglich des Unsicherheitserlebens nachts allein auf der Straße aufweisen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Geschlecht, eine frühere (schwere) Viktimisierung sowie das Erleben anomischer Zustände einen höheren Einfluß haben. Allerdings ist davon auszugehen, daß das Erleben von Anomie wiederum durch die genannten Persönlichkeitseigenschaften moderiert wird.

Tabelle 13.5: Regressionsanalyse: Unsicherheitsgefühl nachts allein in Wohngegend

Variable	β -Wert	T-Wert	Signifikanz T
Geschlecht	.32	13.12	.00
Opfervariable	.16	6.41	.00
Anomie	.11	4.11	.00
Gesundheitssorgen	.10	4.29	.00
Emotionalität (FPI)	.06	2.36	.02
Gehemmtheit	.06	2.35	.02
Körperl. Beschwerden (FPI)	.04	1.67	.09
Erregbarkeit (FPI)	.03	1.21	.22
Lebenszufriedenheit	-.03	-1.21	.23
Schulabschluß	-.03	-1.36	.17
Alter	.03	1.10	.27
Lebensweise	.03	1.15	.25
Leistungsorientierung	.03	1.06	.29
Offenheit	-.03	-1.01	.31
Soziale Orientierung	-.02	-1.02	.30
Aggressivität	-.01	-.44	.66
Beanspruchung	-.00	-.19	.85
Extraversion (FPI)	-.00	-.18	.85

$R = .47$; $R^2 = .22$; $F_{(6/1388)} = 64,58^{***}$

Vor diesem Hintergrund kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Furchtwerte in den ostdeutschen Kommunen höher sind als in den westdeutschen. Die Bürger der neuen Bundesländer äußerten in den Jahren nach der Wende deutlich mehr Furcht als die westdeutsche Bevölkerung. Das konnte bereits in der Ersten deutsch-deutschen Opferstudie festgestellt werden und wird hier bestätigt (vgl. *Kury u.a.* 1996). Auch andere Opferstudien in Ost- und Westdeutschland unterstreichen diese Resultate.

13.3. Eingeschätzte Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung

Neben direkten Fragen zur Verbrechensfurcht enthielt das Inventar auch zwei Items, in welchen nach der eingeschätzten Wahrscheinlichkeit, innerhalb der nächsten 12 Monate Opfer einer Straftat zu werden (Frage 113), gefragt wurde bzw. danach, wie oft daran gedacht wird, Opfer einer Straftat zu werden (Frage 114).

Frage 113 hat insgesamt 14 Items unterschiedlicher Viktimisierungsmöglichkeiten hinsichtlich verschieden schwerer Straftaten, wie Beleidigung, Fahrraddiebstahl, Wohnungseinbruch oder Vergewaltigung. Zunächst sollen die Ergebnisse (Mittelwerte und Standardabweichungen) auf Einzelitemebene für die fünf Gemeinden dargestellt werden (vgl. Tab. 13.6). Verglichen werden zunächst die drei westdeutschen sowie zwei ostdeutschen Kommunen jeweils untereinander. Es zeigen sich sowohl für West- als auch Ostdeutschland deutliche von der Gemeindegröße abhängige Mittelwertsunterschiede. Von den 14 Vergleichen (Varianzanalyse) sind für Westdeutschland immerhin 10 (hoch)signifikant und für Ostdeutschland 7. Die signifikanten und weitgehend auch die nichtsignifikanten Unterschiede gehen in Ost- und Westdeutschland mit einer Ausnahme jeweils in dieselbe Richtung: Mit zunehmender Ortsgröße wird die Wahrscheinlichkeit, innerhalb des nächsten Jahres Opfer eines der genannten Delikte zu werden, höher eingeschätzt. Die Ausnahme bildet lediglich in Ostdeutschland die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Moped-/Motorrad-diebstahls zu werden. Hier liegt der Mittelwert für Kahla höher als für Jena. Das mag mit einer eventuell höheren Moped- bzw. Motorradichte in Kahla zusammenhängen bzw. mit entsprechenden Diebstählen im Zeitraum der Befragung.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines der genannten Delikte zu werden, in den größeren Städten höher eingeschätzt wird als in kleineren bzw. ländlichen Regionen, und zwar weitgehend unabhängig vom Delikt. Das deutet auf eine größere Verbrechensfurcht in größeren Gemeinden hin, ein Ergebnis, das im Einklang mit internationalen Resultaten steht.

Tabelle 13.6 zeigt zudem, daß die Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung hinsichtlich der genannten Delikte in den ostdeutschen Gemeinden durchweg höher eingeschätzt wird, lediglich mit der Ausnahme des Fahrraddiebstahls. Ansonsten gehen die Ostdeutschen meist mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit davon aus, möglicherweise Opfer eines der genannten Delikte zu werden, daß ihnen ein Auto gestohlen wird, daß sie auf

der Straße bestohlen werden, daß in ihre Wohnung eingebrochen wird, daß ihr Eigentum beschädigt wird, daß sie betrogen, zusammengeschlagen, mit

Tabelle 13.6: *Eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, in den kommenden 12 Monaten Opfer einer der genannten Straftaten zu werden (V113)*

	Freiburg		Emmen- dingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
Fahrraddiebstahl	2,44	0,92	2,21	0,89	1,69	0,74	$F_{(2 3073)} = 89,28^{***}$
Autodiebstahl	1,84	0,72	1,90	0,71	1,76	0,64	$F_{(2 2933)} = 3,99^*$
Moped-/Motorradiebstahl	1,38	0,71	1,38	0,71	1,39	0,63	$F_{(2 1816)} = 0,01$
Diebstahl auf der Straße	2,14	0,76	2,05	0,72	1,87	0,71	$F_{(2 3197)} = 18,05^{***}$
Wohnungseinbruch	2,05	0,69	2,07	0,70	1,99	0,67	$F_{(2 3215)} = 1,18$
Sachbeschädigung	2,39	0,78	2,41	0,76	2,21	0,74	$F_{(2 3190)} = 6,95^{***}$
Betrug	2,20	0,78	2,23	0,77	2,20	0,78	$F_{(2 3208)} = 0,34$
Körperverletzung	1,83	0,68	1,79	0,66	1,64	0,61	$F_{(2 3191)} = 9,04^{***}$
Angriff mit Waffe	1,76	0,69	1,72	0,65	1,59	0,58	$F_{(2 3186)} = 7,28^{***}$
Beleidigung	2,43	0,85	2,37	0,83	2,20	0,82	$F_{(2 3204)} = 9,30^{***}$
Vergewaltigung	1,53	0,69	1,47	0,64	1,40	0,56	$F_{(2 3132)} = 5,40^{**}$
sexuelle Belästigung	1,66	0,81	1,62	0,76	1,53	0,71	$F_{(2 3157)} = 3,52^*$
Raub	1,96	0,70	1,92	0,67	1,83	0,66	$F_{(2 3192)} = 4,29^*$
Opfer eines Verkehrsunfalls	2,75	0,74	2,74	0,72	2,77	0,77	$F_{(2 3216)} = 0,15$

	Jena		Kahla		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
Fahrraddiebstahl	1,82	0,92	1,79	0,79	$F_{(1 1912)} = 0,19$
Autodiebstahl	2,23	0,87	2,15	0,83	$F_{(1 1962)} = 1,51$
Moped-/Motorradiebstahl	1,39	0,76	1,56	0,76	$F_{(1 1479)} = 7,59^{**}$
Diebstahl auf der Straße	2,59	0,78	2,41	0,75	$F_{(1 2102)} = 11,39^{***}$
Wohnungseinbruch	2,48	0,71	2,39	0,73	$F_{(1 2118)} = 2,91$
Sachbeschädigung	2,75	0,74	2,60	0,70	$F_{(1 2111)} = 8,42^{**}$
Betrug	2,70	0,84	2,76	0,82	$F_{(1 2119)} = 0,89$
Körperverletzung	2,26	0,76	2,10	0,74	$F_{(1 2100)} = 8,74^{**}$
Angriff mit Waffe	2,25	0,78	2,14	0,73	$F_{(1 2095)} = 4,13^*$
Beleidigung	2,68	0,84	2,51	0,82	$F_{(1 2108)} = 8,22^{**}$
Vergewaltigung	1,59	0,75	1,55	0,72	$F_{(1 2063)} = 0,55$
sexuelle Belästigung	1,68	0,80	1,64	0,81	$F_{(1 2076)} = 0,36$
Raub	2,35	0,76	2,16	0,75	$F_{(1 2096)} = 12,00^{***}$
Opfer eines Verkehrsunfalls	3,08	0,76	3,01	0,79	$F_{(1 2109)} = 1,55$

* $p < .05$

** $p < .01$

*** $p < .001$

einer Waffe angegriffen, bis zur Beleidigung angepöbelt, beraubt oder Opfer eines Verkehrsunfalls werden. Dies bestätigt das immer wieder gefundene Resultat, daß zumindest nach der Wende aufgrund der politischen und gesellschaftlichen, vielfach einschneidenden Ereignisse, aber auch im Zusammenhang mit der deutlich gestiegenen und noch steigenden offiziellen Kriminalitätsbelastung, die Verunsicherung bei der ostdeutschen Bevölkerung erheblich stärker war als in Westdeutschland, was sich auch auf die Verbrechensfurcht auswirkte, die in Ostdeutschland zumindest Anfang bis Mitte der 90er Jahre deutlich ausgeprägter war als in Westdeutschland.

Tabelle 13.7: Hauptkomponentenanalyse des Variablenpools „Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung“

	Faktor I	Faktor II	h ²
Fahrraddiebstahl	.20	.19	.07
Autodiebstahl	.62	-.00	.38
Moped/Motorradiebstahl	.32	-.04	.10
Diebstahl auf der Straße	.67	.32	.55
Wohnungseinbruch	.70	.17	.52
Beschädigung von Eigentum	.74	.09	.55
Betrug	.59	.16	.38
zusammengeschlagen werden	.68	.30	.55
Angriff mit Messer, Revolver, Stock	.69	.34	.59
Anpöbelung bis Beleidigung	.58	.27	.41
Vergewaltigung	.11	.93	.88
Sexuelle Belästigung	.08	.94	.88
ausgeraubt werden	.70	.37	.62
durch rücksichtsloses Verhalten Opfer eines Verkehrsunfall werden	.61	.12	.39
Eigenwert	5,38	1,50	
aufgeklärte Varianz	38,5%	10,7%	49,2%

Da Frage 113 (Einschätzung zukünftiger Viktimisierungswahrscheinlichkeiten hinsichtlich 14 Opfersituationen) aus insgesamt 14 Einzelitems be-

steht, wurde zur Datenreduktion wiederum eine Faktorenanalyse durchgeführt. Der Verlauf der Eigenwertkurve im Scree-Test sowie die Interpretierbarkeit der Faktorenlösungen sprach für zwei Faktoren. Diese Zweifaktorenlösung klärt 49,2% der Varianz auf, die einzelnen Items zeigen auf jeweils einem der Faktoren eine eindeutige hohe Ladung, mit Ausnahme des Items Fahrraddiebstahl, das auf beiden Faktoren insgesamt niedrige und nur geringfügig unterschiedliche Ladungen aufweist (vgl. Tab. 13.7).

Auf dem nach Varimax rotierten Faktor I laden sämtliche angegebenen Delikte mit Ausnahme der Sexualstraftaten (Vergewaltigung und sexuelle Belästigung). Dieser Faktor beschreibt somit die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, Opfer einer nicht-sexuellen Straftat zu werden.

Die zwei in der Liste aufgeführten Sexualstraftaten laden eindeutig auf Faktor II. Erhöhte Ladungen zeigen auf diesem Faktor auch die Delikte: ausgeraubt werden, mit einer Waffe angegriffen werden, auf der Straße bestohlen werden und zusammengeschlagen werden. Es handelt sich hierbei um relativ schwere Straftaten, von denen angenommen werden kann, daß die Befragten davon ausgingen, daß diese in der Öffentlichkeit passieren, also um Straßenkriminalität. Obwohl Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen in aller Regel von den Opfern bekannten Männern in Wohnungen verübt werden, kann jedoch vermutet werden, daß die Befragten vor dem Hintergrund populärer Annahmen, die vor allem auch durch die Medien geprägt werden, sich Szenarien im Freien vorstellten. Geht man von dieser Annahme aus, beschreibt Faktor II persönliche (schwere) Viktimisierungen, vor allem im sexuellen Bereich im öffentlichen Raum, während Faktor I eher Straftaten gegen das Eigentum beinhaltet (Diebstahl, Beschädigung von Fahrzeugen, Wohnungseinbruch, Betrug). Da jedoch die Variablenladungen der nicht-sexuellen Gewaltdelikte eindeutig auf Faktor I höher waren, wurden sie diesem zugeschlagen.

Mit beiden, aufgrund der Faktorenanalyse gebildeten Skalen wurden Item- und Trennschärfeanalysen gerechnet. Die Trennschärfen liegen mit Ausnahme der Items Fahrraddiebstahl (.22) und Moped-/Motorradiebstahl (.25) auf einem für Forschungsskalen befriedigenden Niveau (.48 - .83). Die Interne Konsistenz (Cronbach α) ist mit .85 (Skala I) bzw. .90 (Skala II) sehr gut.

Für beide Skalen wurden Mittelwertvergleiche zwischen den fünf Gemeinden durchgeführt; dabei konnten die bereits auf der Ebene der Vergleiche der Einzelitems gefundenen Resultate hier bestätigt werden. Sowohl in West- als auch Ostdeutschland nimmt die Viktimisierungserwar-

Tabelle 13.8: *Einschätzung der Opferwahrscheinlichkeit: Delikte ohne Sexualstraftaten (Skala I)*

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	554	22,43	5,19	225	22,58	5,13	96	20,91	5,45
	weiblich	572	22,68	5,21	210	22,61	5,30	78	21,19	4,68
	Signif.	$F_{(1/1124)} = 0,66$			$F_{(1/433)} = 0,01$			$F_{(1/172)} = 0,13$		
Alter (in Jahren)	14-25	313	22,58	4,88	117	21,98	5,51	41	21,07	5,37
	26-35	369	22,94	5,18	123	23,20	5,14	51	20,92	4,59
	36-45	159	22,43	5,24	82	23,40	4,76	31	21,74	4,59
	46-55	114	22,54	5,40	63	21,68	4,97	19	18,63	6,08
	56-65	69	24,07	5,76	22	24,36	4,73	15	20,87	5,54
	66 u.ä.	77	19,84	4,93	21	20,57	5,55	11	23,55	4,72
	Signif.	$F_{(5/1095)} = 5,89^{***}$			$F_{(5/422)} = 2,64^*$			$F_{(5/162)} = 1,53$		
Schulabschluss ¹	HS	209	23,55	6,01	135	23,30	5,71	69	20,75	5,57
	RS	220	23,64	5,33	108	22,48	5,28	51	21,55	4,92
	Gymn.	625	22,00	4,64	149	22,30	4,24	47	21,15	4,75
	Signif.	$F_{(2/1051)} = 12,55^{***}$			$F_{(2/389)} = 1,51$			$F_{(2/164)} = 0,35$		
		Jena			Kahla					
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s			
Geschlecht	männlich	584	26,52	5,30	72	26,00	5,30			
	weiblich	671	26,56	5,48	82	25,78	5,97			
	Signif.	$F_{(1/1253)} = 0,12$			$F_{(1/152)} = 0,06$					
Alter (in Jahren)	14-25	273	26,43	5,14	32	25,03	5,85			
	26-35	286	26,64	5,18	41	24,66	5,38			
	36-45	244	26,66	5,16	45	26,96	5,45			
	46-55	217	27,95	5,23	25	27,76	5,90			
	56-65	120	26,68	5,75	3	25,67	8,08			
	66 u.ä.	102	23,51	6,16	4	25,00	5,42			
	Signif.	$F_{(5/1236)} = 9,76^{***}$			$F_{(5/144)} = 1,42$					
Schulabschluss ¹	HS	226	26,77	6,35	34	25,74	7,45			
	RS	485	26,91	5,20	67	26,52	4,96			
	Gymn.	436	26,30	4,89	36	26,25	3,09			
	Signif.	$F_{(2/1144)} = 1,57$			$F_{(2/134)} = 0,25$					

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

tung mit zunehmender Urbanität ebenfalls zu, wobei die Werte für Emmendingen ($0 = 22,59$) und Freiburg ($0 = 22,57$) bei Skala I (Delikte ohne Sexualstraftaten) sich nicht wesentlich unterscheiden. Bei Skala II (Sexualstraftaten) sind jedoch auch hier die Unterschiede in der erwarteten Richtung vorhanden. Weiterhin zeigen sich im Vergleich zu den westdeutschen Gemeinden deutlich höhere Mittelwerte in den beiden ostdeutschen Kommunen, vor allem in Skala I.

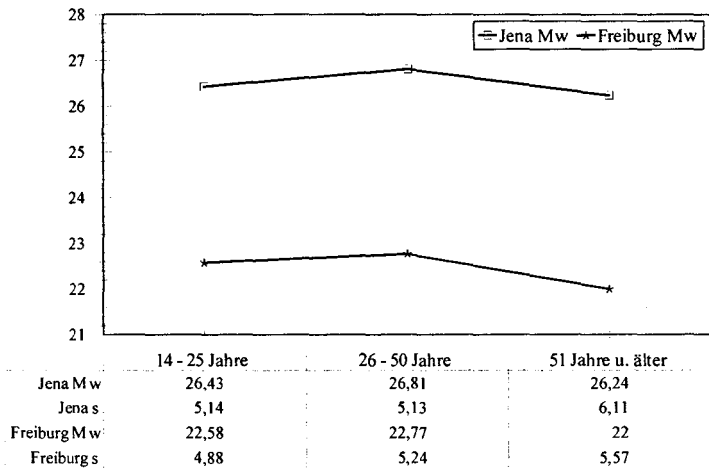
Schließlich prüften wir die Abhängigkeit der Skalenwerte auf der Ebene der einzelnen Gemeinden von den soziodemographischen Variablen Geschlecht, Alter und Schulabschluß (vgl. Tab. 13.8 und 13.9). Was Skala I (Delikte ohne Sexualstraftaten) betrifft, zeigen sich hinsichtlich der Einstufungen durch beide Geschlechter keine statistisch bedeutsamen Mittelwertsunterschiede. Tendenziell liegen die Mittelwerte bei den Frauen geringfügig höher, was mit der immer wieder gefundenen höheren Verbrechensfurcht bei Frauen übereinstimmt.

Bezüglich des Alterseinflusses sind die Mittelwertsunterschiede in den beiden Großstädten Freiburg und Jena statistisch signifikant. Mit steigendem Alter, zumindest bis zum Pensionsalter, nimmt die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden, zu. Die Mittelwerte der über 65jährigen nehmen dann wiederum deutlich ab. Das gilt auch für Emmendingen und Kahla. Die sinkenden Werte bei den über 65jährigen dürften mit dem deutlich präventiveren Verhalten älterer Menschen zu tun haben, vor dessen Hintergrund die Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden, geringer eingeschätzt wird. Abbildung 13.3 zeigt die Mittelwertsunterschiede in Skala I zwischen Freiburg und Jena und drei verschiedenen Altersgruppen. Zum einen wird der enorme Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland mit den erheblich höheren Werten für Jena deutlich, zum anderen aber der gleiche Verlauf über die Alterskategorien. Die höchste Altersgruppe zeigt in beiden Landesteilen niedrigere Werte, auffallend sind die hohen Werte der 14- bis 25-jährigen.

Hinsichtlich des Einflusses der Schulbildung zeigt sich nur für Freiburg ein statistischer Zusammenhang: Befragte mit höherer Schulbildung schätzen die Gefahr, Opfer zu werden, geringer ein. Das gilt ebenso für die anderen Gemeinden, mit Ausnahme Löffingens. Diese Einschätzung einer geringeren Viktimisierungswahrscheinlichkeit bei Personen mit höherer Schulbildung dürfte mit deren besserer Informiertheit über Kriminalitätsgefahren sowie einer rationaleren Einschätzung der eigenen Gefährdung zu tun haben. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß Personen mit mehr In-

formation über Kriminalität die von dieser ausgehenden Gefahren realer einschätzen als weniger sowie über die Medien fehlinformierte Befragte.

Abb. 13.3: Mittelwerte der Skala „Delikte ohne Sexualstraftaten“



Statistik der 2-VA: Haupteffekte: Ort ($F = 288,17$, $df = 1/2337$, $p < .001$), Alter ($F = 2,92$, $df = 2/2337$, $p = .05$)
 Interaktionseffekt: Ort x Alter ($F = 0,18$, $df = 5/2337$, $p = .84$)

Die Zusammenhänge zwischen den Werten der Skala II (Sexualstraftaten) sowie den soziodemographischen Variablen sind erwartungsgemäß wesentlich deutlicher (vgl. Tab. 13.9). Das Risiko, Opfer einer Sexualstraftat zu werden, wird erwartungsgemäß von den Frauen wesentlich größer eingeschätzt als von den Männern, daher überraschen die hochsignifikanten Mittelwertsunterschiede nicht. Was die Zusammenhänge mit dem Alter betrifft, zeigen sich in den zwei größeren Gemeinden sowie in Emmendingen wiederum hochsignifikante Unterschiede; in den beiden restlichen Gemeinden gehen diese tendenziell in dieselbe Richtung: Mit zunehmendem Alter nimmt die eingeschätzte Gefahr, Opfer einer Sexualstraftat zu werden, ab. Junge Menschen, insbesondere Frauen, erleben sich gefährdeter als ältere. Abbildung 13.4 macht diese Altersabhängigkeit der Furchtwerte hinsichtlich Sexualstraftaten nochmals deutlich. Berücksichtigt wurden hier nur weibliche Befragte. Gleichzeitig wird deutlich, daß hinsichtlich der Risikoeinschätzung der Frauen, Opfer einer Sexualstraftat zu wer-

Tabelle 13.9: Einschätzung der Opferwahrscheinlichkeit: Sexualstraftaten (Skala II)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	S	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	1010	2,35	0,76	368	2,36	0,79	125	2,32	0,74
	weiblich	1105	3,95	1,48	372	3,80	1,38	135	3,47	1,25
	Signif.	$F_{(1/2113)} = 939,25^{***}$			$F_{(1/738)} = 304,10^{***}$			$F_{(1/258)} = 79,54^{***}$		
Alter (in Jahren)	14-25	483	3,63	1,69	163	3,14	1,52	54	2,87	1,10
	26-35	536	3,29	1,45	167	3,32	1,49	67	3,04	1,33
	36-45	312	3,22	1,37	133	3,31	1,32	51	3,06	1,08
	46-55	273	3,09	1,25	124	2,98	1,12	36	2,89	1,12
	56-65	207	2,82	1,19	66	2,82	1,07	25	2,40	0,82
	66 u.ä.	244	2,54	0,92	68	2,57	1,01	20	2,80	1,01
	Signif.	$F_{(5/2049)} = 23,81^{***}$			$F_{(5/715)} = 4,51^{***}$			$F_{(5/247)} = 1,42$		
Schulabschluss ¹	HS	430	2,99	1,36	241	3,15	1,30	116	2,79	1,10
	RS	407	3,40	1,50	174	3,15	1,43	71	3,01	1,15
	Gymn.	1153	3,18	1,43	261	3,05	1,30	62	3,06	1,39
	Signif.	$F_{(2/1987)} = 8,43^{***}$			$F_{(2/673)} = 0,43$			$F_{(2/246)} = 1,33$		
		Jena			Kahla					
		n	\bar{x}	s	N	\bar{x}	s			
Geschlecht	männlich	837	2,42	0,90	108	2,44	0,84			
	weiblich	998	3,98	1,50	108	3,89	1,58			
	Signif.	$F_{(1/1833)} = 393,25^{***}$			$F_{(1/214)} = 70,23^{***}$					
Alter (in Jahren)	14-25	353	3,58	1,61	38	3,34	1,58			
	26-35	388	3,52	1,51	53	3,23	1,46			
	36-45	359	3,28	1,38	54	3,22	1,61			
	46-55	352	3,32	1,55	41	3,15	1,20			
	56-65	207	2,76	1,23	11	3,36	1,80			
	66 u.ä.	159	2,52	1,04	14	2,71	0,99			
	Signif.	$F_{(5/1812)} = 19,15^{***}$			$F_{(5/205)} = 0,42$					
Schulabschluss ¹	HS	345	3,04	1,50	53	3,26	1,55			
	RS	683	3,48	1,51	95	3,20	1,40			
	Gymn.	652	3,18	1,38	48	3,08	1,37			
	Signif.	$F_{(2/1677)} = 12,20^{***}$			$F_{(2/193)} = 0,21$					

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05

**p < .01

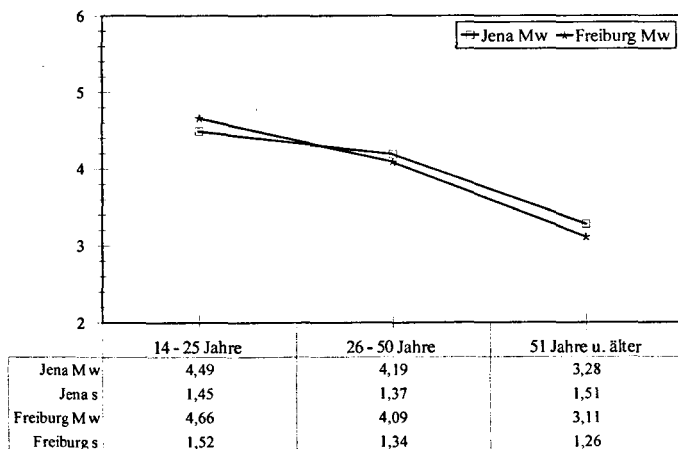
***p < .001

den, zwischen Jena und Freiburg keine statistisch bedeutsamen Unterschiede bestehen. In Ost und West wird die Gefahr relativ gleich eingeschätzt, an beiden Orten nehmen die Werte mit zunehmendem Alter deutlich ab. Das deutet darauf hin, daß dieser Kriminalitätsbereich, zumindest von den Frauen, als relativ unabhängig von den gesellschaftlichen Bedingungen, etwa im Zusammenhang mit der Wende, erlebt wird.

Was den Einfluß des Bildungsniveaus betrifft, sind die Zusammenhänge weniger einheitlich. In den beiden größeren Kommunen schätzen Befragte mit mittlerem Schulabschluß die Gefahren einer sexuellen Viktimisierung am höchsten ein. Befragte mit höherem Schulabschluß fühlen sich tendenziell weniger gefährdet, was wiederum mit der realistischeren Einschätzung der Gefahren vor dem Hintergrund einer differenzierteren Wahrnehmung des Kriminalitätsgeschehens erklärbar ist (vgl. oben).

Auf die weitergehende Frage, wie oft sie daran denken, generell Opfer einer Straftat zu werden (V114), gaben in Freiburg 7,0% „oft“ bzw. „sehr oft“ an. In Jena waren dies mit 10,2% deutlich mehr. Nimmt man die Kategorie „manchmal“ noch hinzu beläuft sich der Wert in Freiburg auf 36,8% und in Jena auf 42,9%. Erneut zeigt sich die deutlich größere Unsicherheit hinsichtlich möglicher Viktimisierungen in Ostdeutschland.

Abbildung 13.4: Mittelwerte der Skala „Sexualstraftaten“ (nur Frauen)



Statistik der 2-VA: Haupteffekte: Ort ($F = 0,26$; $df = 1/2065$; $p = .61$); Alter ($F = 144,4$; $df = 2/2065$ $p < .001$)
 Interaktionseffekt: Ort x Alter ($F = 2,09$; $df = 5/2065$; $p = .12$)

Eine Regressionsanalyse mit der Kriteriumsvariablen gedankliche Beschäftigung mit einer Opferwerdung zeigt Tabelle 13.10. Es fällt auf, daß diese eher kognitive Dimension der Risikoeinschätzung (vgl. unten) weniger deutlich mit den berücksichtigten Prädiktorvariablen zusammenhängt und daß die Reihenfolge der Variablen eine andere ist. Nicht das Geschlecht hat den deutlichsten Einfluß, sondern das Anomieerleben, ferner das Alter. Unter den demographischen Variablen folgt dann der Schulabschluß, dann erst das Geschlecht und schließlich die Lebensform und die Opfervariable (frühere eventuelle Viktimisierung). Auch hier haben wiederum einige FPI-Dimensionen eine Auswirkung auf das Unsicherheitserleben.

Tabelle 13.10: Regressionsanalyse: Gedanke an Opferwerdung

Variable	β -Wert	T-Wert	Signifikanz T
Anomie	.15	5.57	.00
Alter	-.15	-5.08	.00
Emotionalität (FPI)	.13	4.23	.00
Schulabschluß	.11	4.16	.00
Erregbarkeit (FPI)	.09	2.87	.00
Geschlecht	.09	3.28	.00
Gesundheitssorgen	.08	2.80	.00
Lebensform	.06	2.46	.00
Opfervariable	.06	2.56	.00
Lebenszufriedenheit	-.06	-1.81	.07
Gehemmtheit	.05	1.82	.07
Körperl. Beschwerden (FPI)	.04	1.19	.23
Offenheit	.02	.77	.44
Extraversion (FPI)	.02	.76	.44
Aggressivität	-.01	-.53	.59
Soziale Orientierung	.01	.51	.61
Beanspruchung	-.01	-.33	.74

$R = .36$; $R^2 = .13$; $F_{(9/1385)} = 22,40^{***}$

Insgesamt sind Personen, die öfters daran denken, Opfer einer Straftat zu werden, durch folgende Merkmale charakterisiert: sie erleben relativ hohe anomische Zustände in der Gesellschaft, sind jung, haben einen höheren

Schulabschluß, sind weiblich, leben nicht allein und wurden früher bereits Opfer. Was die psychologischen Dimensionen des FPI betrifft, sind diese Personen zusätzlich konfliktbelastet, reizbar und erregbar, gleichzeitig leicht aus der Ruhe zu bringen, können ihren Ärger weniger beherrschen, sind gesundheitsbewußt und -besorgt.

Tabelle 13.11: Regressionsanalyse: Verbrechensfurcht allgemein (Summenvariable)

Variable	β -Wert	T-Wert	Signifikanz T
Geschlecht	.32	13.03	.00
Anomie	.16	6.53	.00
Alter	-.11	-4.04	.00
Gesundheits Sorgen	.09	3.41	.00
Emotionalität (FPI)	.08	2.23	.02
Erregbarkeit (FPI)	.08	2.70	.00
Körperl. Beschwerden (FPI)	.06	2.32	.02
Lebensform	.06	2.62	.01
Opfervariable	.06	2.70	.01
Gehemtheit	.06	2.58	.01
Lebenszufriedenheit	-.06	-2.04	.04
Aggressivität	-.03	-1.32	.19
Schulabschluß	.03	1.20	.23
Offenheit	-.02	-.72	.47
Soziale Orientierung	.01	.27	.79
Beanspruchung	-.00	-.18	.86
Extraversion (FPI)	.00	.13	.90

$R = .52$; $R^2 = .27$; $F_{(11/1383)} = 46,76^{***}$

Ergänzend zu den oben berichteten Regressionsanalysen, bei denen die abhängige Variable jeweils eine der Furchtfragen darstellte, die jeweils zwangsläufig nur einzelne Aspekte der Problematik Verbrechensfurcht erfaßten, bildeten wir abschließend eine gemeinsame Dimension „Verbrechensfurcht allgemein“, bei welcher die einzelnen Furchtaspekte berücksichtigt wurden. Die Werte der Einzelitems („Furcht nachts alleine in der Wohnung“; „Sicherheit in der Wohngegend“; „Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung“; „Häufigkeit des Denkens an eine Opferwerdung“) wurden bei dem Gesamtwert berücksichtigt. Mit dem so gebildeten Furchtwert als

abhängiger Variablen wurde eine weitere Regressionsanalyse gerechnet (vgl. Tab. 13.11). Dieser Gesamtfurchtwert erwies sich als von zahlreichen Prädiktoren beeinflusst. Hiernach haben höhere Furchtwerte: Frauen, Personen mit hohen Anomiewerten, jüngere Befragte, nicht allein Lebende, solche, die früher bereits Opfer wurden, ferner Befragte, die sich im Persönlichkeitsinventar (FPI-R) charakterisieren als: gesundheitsbewußt und -besorgt, konfliktbehaftet, reizbar und erregbar, leicht aus der Ruhe zu bringen, mit schlechterem körperlichem Allgemeinbefinden, eher gehemmt im sozialen Umgang, im Hintergrund bleibend und unzufrieden mit dem Leben. Die hier gefundenen Resultate spiegeln weitgehend die oben bei den Einzelanalysen dargestellten Ergebnisse wider.

13.4. Auswirkung der Verbrechensfurcht auf die Lebensgewohnheiten

Verbrechensfurcht selbst ist für die betroffenen Bürger bereits eine psychische, emotionale Belastung, die das Lebensgefühl mehr oder weniger beeinträchtigen kann. Wirkt sich diese zusätzlich auf das alltägliche Leben derart aus, daß Lebensgewohnheiten eingeschränkt werden, kann es zu einer mehr oder weniger starken Beeinträchtigung der Lebensqualität kommen. Wir haben die Bürger in Ost und West ergänzend zum Standarditem der Verbrechensfurcht gefragt, ob sich die dort geäußerte Furcht vor einer Viktimisierung auch auf ihre Lebensgewohnheiten auswirkt und, wenn ja, wie (vgl. V 35). Aus der Analyse der Freiburger Daten – die Freiburger äußerten weniger Verbrechensfurcht als die Jenaer – geht hervor, daß lediglich knapp die Hälfte (47,9%) angaben, daß sich keine Auswirkungen auf die Lebensgewohnheiten ergäben. Der Rest gab an, daß sie sich mehr oder weniger in ihren Lebensgewohnheiten beeinträchtigt fühlten. So meinten 30,9%, sie würden zwar ausgehen, seien aber vorsichtig, 15,7%, sie würden abends nicht alleine ausgehen, 10,0%, sie würden sich beim Ausgehen auf Verteidigung einrichten und 8,2%, sie würden auch in Begleitung nur wenig ausgehen.

In Jena wirkt sich das Unsicherheitsgefühl noch deutlicher auf die Lebensgewohnheiten aus. Hier sagen lediglich ca. ein Drittel (30,8%), daß sich keine Auswirkungen des Unsicherheitsgefühls auf das Leben ergeben würden, d.h., mehr als zwei Drittel der Befragten gehen von einem solchen Einfluß aus. Immerhin 18,6% geben an, daß sie abends nicht alleine ausgehen würden, weitere 13,4% sagen, sie würden auch in Begleitung nur we-

nig ausgehen. Das Ausgehverhalten der ostdeutschen Befragten ist somit weniger ausgeprägt als das der Westdeutschen, was allerdings nicht nur mit einer dahinterstehenden Furcht, Opfer einer Straftat zu werden, in Verbindung gebracht werden muß. Dies kann auch in Verbindung mit unterschiedlichen Lebensgewohnheiten der Bürger beider früherer deutscher Staaten gesehen werden, etwa vor dem Hintergrund finanzieller Möglichkeiten bzw. einer unterschiedlich ausgeprägten Kneipen- und Gaststättenkultur in beiden Ländern.

13.5. Die Abhängigkeit der einzelnen Dimensionen der Verbrechensfurcht von demographischen, Einstellungs- und Persönlichkeitsvariablen

Weiter prüften wir die Frage, inwieweit einzelne Dimensionen der Verbrechensfurcht von demographischen, Einstellungs- und Persönlichkeitsvariablen abhängen. Zu diesem Zweck wurde untersucht, wieweit die einzelnen Furchtitems eine einheitliche Dimension „Verbrechensfurcht“ erfassen. Hierzu wurde mit den Items V33: „Furcht nachts alleine in der Wohnung“, V34: „Sicherheit in der Wohngegend“ – Standarditem, V113: „eingeschätzte Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung“ und V114: „Häufigkeit des Gedankens einer Opferwerdung“ eine Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 13.12.

Es ergibt sich eine Zweifaktorenlösung, die 46,4% der Gesamtvarianz aufklärt. Auf Faktor I laden nach Varimax-Rotation v.a. die Items der Frage 113 nach der Wahrscheinlichkeit, daß einem innerhalb der nächsten 12 Monate eine der vorgegebenen Straftaten passiert. Es handelt sich hier um eine kognitive Wahrscheinlichkeitseinschätzung des Risikos, in konkreten Deliktsbereichen Opfer zu werden. Wir nannten deshalb den Faktor „Kognitive Risikoeinschätzung“. Erwartungsgemäß eine relativ hohe, aber nicht die höchste Ladung auf diesem Faktor hat auch das Item 114 („Wie oft denken Sie daran, Opfer einer Straftat zu werden?“). Hierbei handelt es sich um eine allgemein gehaltene Risikoeinschätzung hinsichtlich einer zukünftigen Viktimisierung, die offensichtlich neben kognitiven Aspekten der Verbrechensfurcht auch emotionale beinhaltet.

Auf Faktor II zeigen die höchsten und markanten Ladungen die Items „Sicherheit nachts alleine in der Wohngegend“ (Standarditem) und „Furcht nachts alleine in der Wohnung“. Da beide Items unterschiedlich gepolt sind, haben die Ladungen unterschiedliche Vorzeichen. Eine hohe Ladung

hat auf diesem Faktor ebenfalls Item 114 („Häufigkeit des Denkens an eine Opferwerdung“; vgl. oben). Vor allem die ersten beiden genannten Items erfassen mehr emotionale Anteile der Verbrechensfurcht. Wir benannten den Faktor deshalb emotionale Furcht.

Tabelle 13.12: Hauptkomponentenanalyse der Variablen zur Verbrechensfurcht

Variable	Faktorenanalyse			Itemanalyse	
	Faktor I	Faktor II	h^2	r_{it} Skala I	r_{it} Skala II
Furcht nachts in Wohnung	-.02	.80	.64		.48
Furcht nachts in Wohngegend	-.06	-.81	.66		.50
Gedanke an Opferwerdung	.35	.55	.43		.41
Fahrraddiebstahl	.55	-.02	.31	n.a.	
Autodiebstahl	.61	.11	.39	n.a.	
Kraftraddiebstahl	.58	-.09	.34	n.a.	
auf Straße bestohlen	.57	.41	.49	.62	
Wohnungseinbruch	.55	.31	.40	.56	
Eigentumsbeschädigung	.66	.17	.46	.60	
Betrug	.55	.19	.34	.53	
Zusammengeschlagen	.69	.19	.51	.62	
Angriff mit Waffe	.70	.22	.54	.64	
Angepöbelt	.64	.14	.43	.55	
Vergewaltigung	.73	.16	.56	n.a.	
sexuelle Belästigung	.70	.14	.50	n.a.	
Raub	.67	.34	.57	.71	
Verkehrsunfall	.57	.05	.33	.46	
Eigenwert	6,36	1,52	$s^2 = 46,4\%$.86	.64

h^2 Kommunalität der Variablen

r_{it} Itemtrennschärfe

α Cronbach α ; Maß der internen Konsistenz der Skala

Skala I: kognitive Risikoeinschätzung

Skala II: emotionale Furcht

n.a. Diese Delikte wurden aufgrund ihrer Subgruppenspezifität nicht in die Skalenbildung aufgenommen

s^2 durch die Faktoren aufgeklärte Varianz (in Prozent)

Die durchgeführte Itemanalyse, deren Ergebnisse sich ebenfalls in Tabelle 13.12 finden, brachte weitgehend zufriedenstellende Trennschärfen und

Reliabilitäten. Da ein Teil der Items nur an Untergruppen der Befragten gestellt wurden, etwa die Frage nach der eingeschätzten Wahrscheinlichkeit eines Fahrraddiebstahls nur an Fahrradbesitzer, wurden die Trennschärfen und auch die interne Konsistenz der Skala nur für die Items berechnet, die an alle gestellt wurden.

Getrennt für Freiburg und Jena wurde für beide Furchtdimensionen mittels Kovarianzanalysen geprüft, wieweit sich Einflüsse von Seiten des Anomieerlebens ergeben, der gesehene politischen Mitwirkung, ferner der Ausländerfeindlichkeit. Hierbei wurden das Geschlecht, das Alter, der Schulabschluß, der Familienstand sowie die selbsterlebte Viktimisierung kontrolliert. Die Tabellen 13.13 und 13.14 enthalten die gefundenen Resultate. Was das Anomieerleben betrifft, zeigt sich für beide Städte und beide Furchtdimensionen jeweils derselbe hochsignifikante Einfluß: Mit zunehmender erlebter Anomie nimmt nicht nur die emotionale Furcht, sondern auch die kognitive Risikoeinschätzung zu. Personen, die Verbrechensfurcht bzw. Unsicherheitsgefühle angeben, erleben gleichzeitig in der Gesellschaft relativ hohe anomische Tendenzen.

Tabelle 13.13: Kovarianzanalyse der Skalen emotionale Furcht und kognitive Risikoeinschätzung bezüglich Einstellungsskalen: Freiburg

	emotionale Furcht						kognitive Furcht (Risikoeinschätzung)					
	niedrig (Md ≤ 6)			hoch (Md > 6)			niedrig (Md ≤ 19)			hoch (Md > 19)		
	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n
Anomie	17,3	4,2	1303	19,0	4,3	801	17,1	4,3	1043	18,6	4,0	915
Signifikanz	$F_{(1,1826)} = 41,86^{***}$						$F_{(1,1826)} = 31,18^{***}$					
polit.Mitwirk.	5,7	1,8	1351	5,6	1,8	813	5,6	1,9	1066	5,8	1,7	932
Signifikanz	$F_{(1,1811)} = 0,00$						$F_{(1,1811)} = 5,10^*$					
Ausl.feindl.	3,2	1,4	1347	3,5	1,6	825	3,1	1,4	1067	3,6	1,6	931
Signifikanz	$F_{(1,1811)} = 9,15^{**}$						$F_{(1,1811)} = 28,51^{***}$					

*p < .05

**p < .01

***p < .001

Hinsichtlich der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten politischer Mitwirkung zeigt sich in beiden Orten lediglich zur kognitiven Risikoeinschätzung ein statistisch signifikanter Zusammenhang: Personen mit höheren Werten in der kognitiven Risikoeinschätzung haben gleichzeitig höhere Werte in der Variablen politische Mitwirkung. Was schließlich die Ein-

stellung zu Ausländern betrifft, sind die Zusammenhänge weniger einheitlich. In Freiburg zeigen Befragte mit höheren Werten in der Dimension emotionale Furcht ebenso in der kognitiven Risikoeinschätzung gleichzeitig deutlichere ausländerfeindliche Tendenzen. In Jena läßt sich ein statistisch abgesicherter Zusammenhang lediglich hinsichtlich der kognitiven Risikoeinschätzung nachweisen. Das deutet darauf hin, daß Personen, die höhere Verbrechensangst haben, eher dazu neigen, Ausländer im eigenen Lande abzulehnen, was dahingehend plausibel ist, da Ausländer schon aufgrund ihres oft anderen Aussehens und ihrer fremden Sprache eher Unsicherheitsgefühle auslösen als vertraute Deutsche.

Tabelle 13.14: Kovarianzanalyse der Skalen emotionale Furcht und kognitive Risikoeinschätzung bezüglich Einstellungsskalen: Jena

	emotionale Furcht						kognitive Furcht (Risikoeinschätzung)					
	niedrig (Md ≤ 6)			hoch (Md > 6)			niedrig (Md ≤ 19)			hoch (Md > 19)		
	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n
Anomie	18,5	4,6	1156	20,1	4,3	620	18,2	4,6	934	20,0	4,4	823
Signifikanz	$F_{(1,1497)} = 25,48^{***}$						$F_{(1,1497)} = 21,31^{***}$					
polit.Mitwirk.	5,3	1,9	1167	5,1	1,9	626	5,2	1,9	946	5,4	1,9	837
Signifikanz	$F_{(1,1514)} = 1,96$						$F_{(1,1514)} = 4,90^*$					
Ausl.feindl.	3,7	1,7	1168	3,7	1,6	631	3,6	1,6	954	3,8	1,7	833
Signifikanz	$F_{(1,1516)} = 1,05$						$F_{(1,1516)} = 8,75^{**}$					

* $p < .05$

** $p < .01$

*** $p < .001$

13.6. Zusammenfassung

Verbrechensfurcht wurde in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts zu einem vor allem in den Medien häufig diskutierten Thema. Auch die kriminologische Forschung und Literatur beschäftigte sich intensiv mit der Thematik. Aufgrund vielfach vernachlässigter Meßprobleme sind die Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Viktimisierung und Verbrechensfurcht, aber auch zu demographischen Variablen wie z.B. Alter oft widersprüchlich. Die sogenannte Standardfrage zur Operationalisierung der Verbrechensfurcht erfaßt diese nur unzuverlässig. In unserer Untersuchung wurden mehrere Fragen gestellt, die Rückschlüsse auf die Verbrechens-

furcht zulassen. Es handelt sich hierbei um Fragen zur Kriminalitätsfurcht in der Wohnung, dem Standarditem, zur Kriminalitätseinschätzung bzw. den erlebten Gefahren, zukünftig Opfer einer Straftat zu werden, sowie zu Auswirkungen der erlebten Furcht auf die Lebensgewohnheiten.

13.6.1 Sicherheitsgefühl

Das Sicherheitsgefühl wurde durch die beiden Items „Furcht nachts alleine in der Wohnung“ sowie „Sicherheitsgefühl in der Wohngegend bei Dunkelheit alleine auf der Straße“ (Standarditem) erfaßt. Mehr als doppelt so viele der in Jena Befragten gaben an, sich nachts alleine in der Wohnung zu fürchten. Auffallend sind die hohen Furchtwerte bei den älteren, aber auch den jungen Befragten. In den neuen Bundesländern haben insbesondere die jungen Frauen herausfallend hohe Furchtwerte. Ein Fünftel der Frauen bis 25 Jahre gab an, sich nachts in der Wohnung zu fürchten.

Erheblich ist der Geschlechtseinfluß: Frauen äußern durchgehend höhere Furchtwerte als Männer. So gaben in Freiburg beispielsweise nur 0,7% der Männer, aber 7,7% der Frauen an, sich nachts alleine in der Wohnung meistens oder immer zu fürchten, in Jena waren dies 2,2% bzw. 15,6%. Die Ostdeutschen haben offensichtlich deutlich mehr Verbrechensfurcht als die Westdeutschen. Das hängt sicherlich damit zusammen, daß die Untersuchung relativ rasch nach der Wende durchgeführt wurde, als die allgemeine Unsicherheit im Ansteigen begriffen war. Ein Zusammenhang der Furchtwerte mit früheren Viktimisierungen ließ sich bei diesem Item nicht nachweisen.

Ergänzend zu den Mittelwertvergleichen wurden Regressionsanalysen berechnet, wobei die einzelnen Fragen zur Verbrechensfurcht jeweils Kriteriumsvariablen darstellten und als Prädiktoren soziodemographische Angaben berücksichtigt wurden, ferner die Werte in der Anomieskala (vgl. oben), schließlich für Jena die zwölf FPI-Skalen. Nur dort wurde der Persönlichkeitsfragebogen vorgegeben. Es zeigten sich signifikante Zusammenhänge zur Furchtvariablen „nachts alleine in der Wohnung“. Ein höheres Unsicherheitsgefühl erklärten Frauen, Personen, die mehr anomische Zustände in der Gesellschaft erleben, jüngere Befragte, solche, die im Persönlichkeitsfragebogen relativ viele körperliche Beschwerden schildern, gleichzeitig eine relativ hohe Erregbarkeit und Reizbarkeit, leicht aus der Ruhe zu bringen sind, sich psychisch belastet fühlen und im sozialen Umgang eher zurückhaltend sind. Befragte mit hoher Verbrechensangst sind somit offensichtlich insgesamt eher belastet. Eine eigene frühere Viktimi-

sierung wirkte sich erneut nicht signifikant auf die geäußerte Unsicherheit aus.

Was das „Sicherheitsgefühl nachts draußen auf der Straße“ betrifft (Standarditem), wurden die Ergebnisse im wesentlichen bestätigt. In Freiburg gab etwa die Hälfte der Befragten an, sich nachts draußen auf der Straße „sehr“ oder „etwas unsicher“ zu fühlen, in Jena waren dies gar zwei Drittel. Auch hier zeigen die Frauen und die Ostdeutschen deutlich höhere Furchtwerte. Vor allem junge Frauen wiesen erstaunlich hohe Furchtwerte auf.

Zur Prüfung der Frage der Abhängigkeit der Furchtwerte von früheren Viktimisierungen wurde nach der Schwere und Häufigkeit solcher Ereignisse unterschieden. Da dasselbe Item auch in der ersten Deutschen Opferstudie 1990 gestellt wurde, ist ein Vergleich mit den dort gefundenen Resultaten möglich. Die Ergebnisse stimmen in beiden Studien überraschend überein: Nichtopfer zeigen in Ost- und Westdeutschland durchgehend signifikant weniger Verbrechensfurcht als Opfer, weiterhin steigt die Verbrechensfurcht mit zunehmender Zahl der Viktimisierungen, ebenso – zumindest tendenziell – mit der Schwere der Opferwerdung.

Die Regressionsanalyse zeigte wiederum einen erheblichen Geschlechtseinfluß, allerdings auch einen deutlichen Einfluß der Opferwerdung auf die Furchtwerte. Insgesamt erweisen sich als ängstlicher: Frauen, Befragte, die früher schon Opfer wurden, solche die anomische Zustände in der Gesellschaft beschreiben, um ihre Gesundheit Besorgte, Befragte mit inneren Konflikten, die sich eher abgespannt und matt fühlen und im sozialen Umgang gehemmt sind.

13.6.2 Eingeschätzte Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung

Außer den direkten Fragen zur Verbrechensfurcht enthielt das Inventar auch zwei Fragen, in welchen nach der eingeschätzten Wahrscheinlichkeit, innerhalb der nächsten 12 Monate Opfer zu werden, bzw. wie oft man daran denkt, selbst Opfer einer Straftat zu werden, gefragt wurde. Die Frage nach der erlebten Viktimisierungswahrscheinlichkeit enthielt 14 Unterkategorien möglicher Delikte, die einem zustoßen könnten. Ein Mittelwertvergleich zwischen Ost- und Westdeutschland ergab in beiden Regionen, daß mit zunehmender Ortsgröße die Viktimisierungswahrscheinlichkeit höher eingeschätzt wurde. Gleichzeitig wird in den beiden ostdeutschen Kommunen die Opferwahrscheinlichkeit deutlich höher eingestuft als in den drei

westdeutschen Gemeinden. Das bestätigt die oben festgestellte größere Verunsicherung der ostdeutschen Bevölkerung.

Die Faktorenanalyse der 14 Items brachte zwei deutlich voneinander zu trennende Faktoren. Faktor I beschreibt die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, Opfer einer nicht-sexuellen Straftat zu werden, und Faktor II die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Sexualstraftat zu werden. Beide Skalen haben befriedigende Trennschärfen und eine gute Konsistenz. Die Mittelwertvergleiche auf Skalenebene für die fünf Gemeinden bestätigten die auf Itemebene beschriebenen Resultate: Was die Abhängigkeit der Skalenergebnisse von den soziodemographischen Variablen Geschlecht, Alter und Schulabschluß betrifft, zeigten sich bei Skala I (Delikte ohne Sexualstraftaten) keine statistisch bedeutsamen Geschlechtsunterschiede, hinsichtlich des Alters nehmen in Ost und West die Werte zu, wobei sie in der höchsten Altersgruppe allerdings wieder fallen. Hinsichtlich der Schulbildung zeigt sich nur für Freiburg ein statistischer Zusammenhang: Befragte mit höherer Schulbildung schätzen die Gefahr einer Viktimisierung niedriger ein.

Bei Skala II (Sexualstraftaten) zeigen sich erwartungsgemäß deutlichere Unterschiede zwischen den einzelnen soziodemographischen Gruppen. Erwartungsgemäß schätzen Frauen ihr Risiko weit höher ein als Männer. Erneut nehmen die Werte mit zunehmendem Alter ab. Hinsichtlich der Risikoeinschätzung bezüglich Sexualstraftaten zeigen sich interessanterweise keine Ost-West-Unterschiede. Die Gefahr, Opfer einer Sexualstraftat zu werden, wird somit von den Frauen relativ unabhängig von den gesellschaftlichen Bedingungen gesehen. Hinsichtlich des Schulabschlusses sind die Resultate weniger einheitlich. In den beiden größeren Städten wird die höchste Gefahr von Befragten mit mittlerem Schulabschluß gesehen.

Auf die Frage, wie oft sie daran denken, Opfer einer Straftat zu werden, gaben in Freiburg 7,0% „oft“ bzw. „sehr oft“ an, in Jena waren dies mit 10,2% wiederum deutlich mehr. Die Regressionsanalyse zeigt bei dieser Variablen zur Risikoeinschätzung eine andere Zusammenhangsstruktur: Es ergeben sich weniger signifikante Prädiktoreinflüsse, ferner ist deren Bedeutung verschoben. Das Anomieerleben und das Alter haben den deutlichsten Einfluß. Personen, die öfter daran denken, Opfer einer Straftat zu werden, zeigen folgende Merkmale: sie erleben relativ hohe anomische Zustände in der Gesellschaft, sind eher jung, haben einen höheren Schulabschluß, sind weiblich, leben nicht alleine und wurden bereits früher Opfer einer Straftat. Hinsichtlich der psychologischen Dimensionen sind sie

eher konfliktbelastet, leicht aus der Ruhe zu bringen, eher weniger selbstbeherrscht und gesundheitsbesorgt.

Abschließend wurde aus den einzelnen Furchtfragen (vgl. oben) eine gemeinsame Dimension „Verbrechensfurcht“ gebildet und deren Abhängigkeit von den soziodemographischen und Fragebogendimensionen wiederum mittels Regressionsanalyse überprüft. Es zeigten sich relativ viele statistisch signifikante Zusammenhänge. Höhere Furchtwerte haben: Frauen, Personen mit hohen Anomiewerten, jüngere Befragte, nicht allein Lebende, bereits früher Viktimisierte, solche, die sich als leicht zu beunruhigen beschreiben, mit schlechterem körperlichem Allgemeinbefinden, im sozialen Umgang eher gehemmt und eher unzufrieden mit dem Leben.

13.6.3 Auswirkungen der Verbrechensfurcht auf die Lebensgewohnheiten

Ergänzend zum Ausmaß der Verbrechensfurcht wurde erfragt, wie sich diese auf die Lebensgewohnheiten auswirkt. Lediglich 47,9% der Freiburger und nur 30,8% der Jenaer gaben an, daß sich keine Auswirkungen im Alltagsleben ergäben. Das bedeutet, daß ein hoher Anteil der Befragten in Freiburg und in Jena sich in mehr oder minder hohem Ausmaß beeinträchtigt fühlt.

13.6.4 Dimensionen der Verbrechensfurcht und Einstellungs-/ Persönlichkeitsvariablen

Abschließend prüften wir, wieweit einzelne Dimensionen der Verbrechensfurcht von demographischen, Einstellungs- oder Persönlichkeitsvariablen abhängen. Zunächst wurde die Dimensionalität der verwandten Furchtitems per Faktorenanalyse überprüft. Es ergab sich eine Zweifaktorenlösung: Faktor I faßt die Fragen zur eingeschätzten Wahrscheinlichkeit, Opfer einer konkreten Straftat zu werden, zusammen (kognitive Risikoeinschätzung), Faktor II vor allem Items, die die Sicherheit nachts in der Wohnung und die Furcht nachts alleine draußen erfassen (emotionale Furcht).

Für beide Faktoren wurde getrennt für Freiburg und Jena geprüft, wieweit sich Einflüsse durch das Anomieerleben, der erlebten politischen Mitwirkung, ferner der Ausländerfeindlichkeit zeigen. Für beide Orte und beide Furchtdimensionen gilt, daß mit zunehmendem Anomieerleben beide Furchtdimensionen zunehmen. Ein Zusammenhang zur erlebten politischen Mitwirkungsmöglichkeit zeigt sich lediglich bei der kognitiven Risikoein-

schätzung: Befragte mit höheren Furchtwerten haben gleichzeitig höhere Werte hinsichtlich politischer Mitwirkung. Hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit sind die Zusammenhänge weniger einheitlich. In Freiburg sind Verbrechensängstliche in beiden Dimensionen eher gegen Ausländer eingestellt. In Jena läßt sich das statistisch bedeutsam nur für die kognitive Risikoeinschätzung zeigen. Insgesamt neigen somit Personen mit höherer Verbrechensfurcht gleichzeitig zu höherer Ablehnung von Ausländern im eigenen Land.

KAPITEL 14

Konsequenzen einer Viktimisierung

Zur Frage der Strafeinstellungen der befragten ost- und westdeutschen Bürger wurden in dem Erhebungsinstrument zahlreiche Informationen erhoben, so vor allem in Frage 120. Aufgrund der Bedeutung und Komplexität dieser Sanktionseinstellungen werden diese Teile des Fragebogens und deren Ergebnisse in einer eigenen Publikation präsentiert (vgl. *Kury u.a.* 2000). An dieser Stelle soll lediglich Frage 115 ausgewertet werden: „Stellen Sie sich vor, Sie werden in Zukunft Opfer einer Straftat. Wie wichtig wären für Sie die folgenden Konsequenzen?“ Es folgen insgesamt acht Möglichkeiten der Reaktion auf eine Straftat bzw. des Umgangs mit dem Täter (geschlossene Frage), die Auskunft über punitive Einstellungen geben, darüber hinaus auch Bedürfnisse nach Schadenswiedergutmachung bzw. Hilfe für den Täter erfassen.

14.1 Ergebnisse zum Ost-West-Vergleich und zur Abhängigkeit von demographischen Variablen

Zunächst wurde wiederum ein Mittelwertsvergleich (Varianzanalyse) auf der Ebene der acht Items, getrennt für die drei westdeutschen sowie zwei ostdeutschen Kommunen durchgeführt (vgl. Tab. 14.1). Sechs der acht westdeutschen Vergleiche zeigen (hoch)signifikante Mittelwertsunterschiede zwischen den Kommunen. Stets haben die kleineren Gemeinden Emmendingen und Löffingen höhere Mittelwerte als Freiburg, d.h. die Bevölkerung spricht sich in den ländlicheren Kommunen mehr für Anklage und Verurteilung des Täters, für seine strenge Bestrafung, für eine materielle Wiedergutmachung und Entschuldigung durch ihn aus. Außerdem legen sie Wert auf einen Schadensausgleich durch den Staat, wenn der Täter dazu nicht in der Lage ist, und auf ein Gespräch mit dem Täter mit dem Ziel einer Wiedergutmachung. Vor diesem Hintergrund unterstützen die Bewohner kleinerer Kommunen entsprechend weniger Hilfestellen, die sich um den Täter kümmern. Das bedeutet, daß sie ein härteres Vorgehen

gegen Straftäter vertreten, in deutlicherem Maße eine Schadenswiedergutmachung und einen Schadensausgleich durch den Staat fordern.

Die höhere Punitivität bei geringerer Urbanität zeigt sich tendenziell auch beim Vergleich der beiden ostdeutschen Kommunen. Statistisch signifikant höher liegt der Wert in Kahla lediglich bei dem Item „strenge Bestrafung des Täters“, das allerdings gleichzeitig dasjenige mit dem deutlichsten Punitivitätsgehalt ist.

Tabelle 14.1: Konsequenzen einer Opferwerdung (V 115)

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
Ermittlung der Täter	3,78	0,48	3,81	0,48	3,79	0,53	$F_{(2/3321)} = 1,14$
Ankl. und Verurt. des Täters	3,56	0,69	3,68	0,61	3,63	0,69	$F_{(2/3303)} = 10,61^{***}$
strenge Bestrafung des Täters	2,98	0,96	3,23	0,89	3,22	0,88	$F_{(2/3251)} = 25,10^{***}$
mat. Wiedergutmach. d. Täter	3,52	0,69	3,62	0,63	3,62	0,62	$F_{(2/3293)} = 7,76^{***}$
Entschuldigung des Täters	2,35	1,09	2,37	1,11	2,57	1,11	$F_{(2/3228)} = 4,72^{**}$
Ausgleich durch Staat, wenn Täter nicht dazu in der Lage	3,26	0,85	3,31	0,82	3,53	0,65	$F_{(2/3285)} = 12,84^{***}$
Wiedergutmachung durch Täter	2,33	1,05	2,36	1,05	2,51	1,06	$F_{(2/3252)} = 3,50^*$
Hilfestellen, die sich um Täter kümmern	3,21	0,89	3,14	0,89	3,12	0,96	$F_{(2/3282)} = 2,56$
	Jena		Kahla				Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s			
Ermittlung der Täter	3,89	0,38	3,92	0,32			$F_{(1/2141)} = 1,67$
Ankl. und Verurt. des Täters	3,80	0,49	3,85	0,43			$F_{(1/2127)} = 2,08$
strenge Bestrafung des Täters	3,51	0,75	3,61	0,70			$F_{(1/2107)} = 3,91$
mat. Wiedergutmach. d. Täter	3,76	0,52	3,75	0,54			$F_{(1/2125)} = 0,08$
Entschuldigung des Täters	2,41	1,13	2,43	1,13			$F_{(1/2092)} = 0,03$
Ausgleich durch Staat, wenn Täter nicht dazu in der Lage	3,55	0,73	3,50	0,80			$F_{(1/2125)} = 0,89$
Wiedergutmachung durch Täter	2,19	1,05	2,15	1,09			$F_{(1/2101)} = 0,30$
Hilfestellen, die sich um Täter kümmern	3,13	0,95	3,00	0,99			$F_{(1/2115)} = 3,41$

*p < .05

**p < .01

***p < .001

Ein Vergleich der ostdeutschen und westdeutschen Ergebnisse zeigt durchgehend höhere Mittelwerte für die ostdeutschen Gemeinden, das heißt, auch hier stellen sich die ostdeutschen Befragten als deutlich straforientierter dar als die Westdeutschen. Die westdeutschen Befragten haben höhere Mittelwerte lediglich bei den beiden Unteritems „Hilfsstellen, die sich um den Täter und seine Lebensumstände kümmern“, sowie „mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen“. Die niedrigeren Mittelwerte der ostdeutschen Befragten beim erstgenannten Item bestätigen die dort härtere Strafmoralität, denn eine Hilfe für den Täter wird deutlicher als im Westen abgelehnt. Die deutlichere Ablehnung des Gesprächs mit dem Täter, auch um ihn zu einer Schadenswiedergutmachung zu motivieren, dürfte mit den geringeren Erfahrungen mit Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleichsprogrammen in Ostdeutschland zu tun haben. Die Befragten können bzw. konnten anfangs der 90er Jahre offensichtlich mit solchen Strategien der Konfliktregelung (noch) wenig anfangen.

Als nächstes wurden die einzelnen Items miteinander korreliert. Besonders hohe positive Zusammenhänge ($r \geq .51$) zeigen sich naheliegenderweise zwischen den Items „Ermittlung des Täters“ und „Anklage und Verurteilung des Täters“, ferner zwischen „Anklage und Verurteilung des Täters“ und „strenge Bestrafung“, schließlich zwischen „Entschuldigung des Täters“ und „Wiedergutmachung durch den Täter“.

Die Korrelationsmatrix bildete die Grundlage einer Faktorenanalyse. Der Verlauf der Eigenwerte und die Interpretierbarkeit der Faktorenstruktur sprechen für eine Dreifaktorenlösung, die in Tabelle 14.2 dargestellt ist. Die drei Faktoren klären 65,2% der Gesamtvarianz auf (30,5%; 23,2%; 11,5%). Die Items zeigen nach Varimax-Rotation jeweils eindeutige Ladungen auf einem der drei Faktoren.

Auf Faktor I weisen die Items Ermittlung, Anklage und Verurteilung sowie strenge Bestrafung des Täters hohe Ladungen auf. Es handelt sich hier um deutlich punitive Inhalte („Bestrafung des Täters“). Auf Faktor II zeigen die Items Entschuldigung durch den Täter, Gespräch mit ihm und Wiedergutmachung durch ihn, ferner Hilfestellung für den Täter und seine Lebensumstände hohe Ladungen. Dieser Faktor beinhaltet somit Aspekte einer psychischen Schadenswiedergutmachung und einer Hilfe für den Täter. Es werden somit vor dem Hintergrund einer Konfliktlösung Opfer- und Täteraspekte angesprochen („Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter“). Der dritte Faktor schließlich weist markante Ladungen der beiden Items

materielle Schadenswiedergutmachung durch den Täter bzw., wenn dieser dazu nicht in der Lage ist, durch den Staat auf. Es geht somit eindeutig um eine Wiedergutmachung materieller Schäden beim Opfer („materielle Schadenswiedergutmachung“).

Tabelle 14.2: Hauptkomponentenanalyse der Konsequenzen einer Opferverwundung

	Faktor I	Faktor II	Faktor III	h^2
Ermittlung der Täter	.82	.10	.02	.68
Anklage und Verurteilung des Täters	.89	-.09	.13	.81
strenge Bestrafung des Täters	.73	-.18	.30	.65
materielle Wiedergutmachung durch Täter	.32	-.01	.70	.59
Entschuldigung des Täters	.02	.74	.13	.56
Ausgleich durch Staat, wenn Täter nicht dazu in der Lage	.02	.16	.84	.74
Wiedergutmachung durch Täter	-.07	.85	.02	.73
Hilfestellung für den Täter	-.05	.67	.00	.45
Eigenwert	2,44	1,85	0,92	
aufgeklärte Varianz	30,5%	23,2%	11,5%	65,2%

Die vor dem Hintergrund der Faktorenanalyse gebildeten drei Forschungsskalen wurden wiederum einer Itemanalyse unterzogen. Die Trennschärfekoeffizienten liegen bei Skala I und II in einer für Forschungsskalen befriedigenden Größenordnung zwischen .34 und .74, bei Skala 3 waren sie mit jeweils .30 dagegen relativ niedrig. Die interne Konsistenz (Cronbach α) ist entsprechend für die beiden ersten Skalen gut, allerdings auch bei der dritten in einem noch akzeptablen Bereich (.74; .64; .45).

Für die drei Skalen wurden die Mittelwerte und Standardabweichungen pro Kommune berechnet. Was die westdeutschen Gemeinden betrifft, nehmen die Werte in allen drei Skalen mit zunehmender Urbanität (tendenziell) zu, d.h. Bewohner kleinerer Gemeinden votieren eher für eine Bestrafung des Täters, allerdings gleichzeitig für Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter sowie für eine materielle Schadenswiedergutmachung.

Was den Vergleich zwischen den ost- und westdeutschen Kommunen betrifft, plädieren die Bewohner Jenas und Kahlas (tendenziell) mehr für eine Bestrafung des Täters (Punitivität), weniger für eine (immaterielle) Schadenswiedergutmachung und Hilfe für den Täter, allerdings mehr für

eine materielle Schadenswiedergutmachung. Die ostdeutschen Befragten zeigen sich somit sanktionsorientierter, sie haben weniger Interesse an Gesprächen mit dem Täter bzw. an Hilfe für ihn und sind mehr an einer Wiedergutmachung des ihnen entstandenen materiellen Schadens interessiert als die westdeutschen.

Abschließend wurden auch hier Mittelwertvergleiche zwischen Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Opferstatus jeweils auf der Ebene der fünf Gemeinden und getrennt für die drei Faktoren durchgeführt. Die Ergebnisse finden sich in den Tabellen 14.3 bis 14.5.

Tabelle 14.3: Konsequenzen einer Opferwerdung – Bestrafung des Täters (Skala I)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	1078	10,11	1,97	398	10,64	1,82	135	10,53	1,86
	weiblich	1176	10,22	1,95	404	10,44	2,03	140	10,48	2,05
	Signif.	$F_{(1/2252)} = 1,72$			$F_{(1/800)} = 2,00$			$F_{(1/273)} = 0,054$		
Alter (in Jahren)	14-25	491	9,79	2,09	165	10,18	1,98	55	10,47	1,90
	26-35	543	9,91	1,88	173	10,49	1,89	67	10,61	1,65
	36-45	314	10,17	1,83	135	10,50	1,97	54	10,89	1,33
	46-55	301	10,52	1,84	131	10,91	1,50	38	10,55	1,72
	56-65	231	10,64	1,83	78	10,82	1,98	27	10,30	2,63
	66 u.ä.	307	10,49	2,05	98	10,83	1,96	27	9,93	2,81
	Signif.	$F_{(5/2181)} = 12,23^{***}$			$F_{(5/774)} = 3,01^*$			$F_{(5/262)} = 1,03$		
Schulabschluss ¹	HS	483	10,84	1,74	270	11,05	1,48	122	10,78	1,69
	RS	436	10,57	1,80	187	10,60	1,98	73	10,52	1,80
	Gymn.	1201	9,74	1,95	271	10,14	2,06	67	9,98	2,34
	Signif.	$F_{(2/)} = 72,48^{***}$			$F_{(2/)} = 16,70^{***}$			$F_{(2/)} = 3,65^*$		
Opferwerdung	Opfer	1225	10,45	1,85	491	10,74	1,84	207	10,66	1,81
	Nicht-O.	1037	9,83	2,03	318	10,22	2,02	70	9,94	2,43
	Signif.	$F_{(1/2260)} = 58,37^{***}$			$F_{(1/807)} = 13,93^{***}$			$F_{(1/275)} = 6,87^{**}$		

Fortsetzung Tabelle 14.3

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	872	11,04	1,55	113	11,29	1,27
	weiblich	1041	11,10	1,53	113	11,23	1,52
	Signif.	$F_{(1/1911)} = 0,83$			$F_{(1/224)} = 0,109$		
Alter (in Jahren)	14-25	351	10,81	1,63	39	11,00	1,64
	26-35	395	11,11	1,50	55	11,16	1,32
	36-45	368	11,21	1,20	57	11,51	1,00
	46-55	372	11,11	1,50	42	11,52	0,83
	56-65	215	11,23	1,52	12	12,00	0,00
	66 u.ä.	196	10,98	2,03	17	10,65	2,64
	Signif.	$F_{(5/1891)} = 3,33^{**}$			$F_{(5/216)} = 2,45^*$		
Schulabschluss ¹	HS	378	11,26	1,62	58	11,62	0,89
	RS	702	11,21	1,36	99	11,31	1,41
	Gymn.	667	10,86	1,56	49	11,08	1,35
	Signif.	$F_{(2/)} = 12,12^{***}$			$F_{(2/)} = 2,44$		
Opferwertung	Opfer	1151	11,14	1,50	138	11,10	1,52
	Nicht-O.	772	10,98	1,61	90	11,52	1,15
	Signif.	$F_{(1/1921)} = 4,84^*$			$F_{(1/226)} = 4,99^*$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

Hinsichtlich Skala I (Bestrafung des Täters; Tab. 14.3) ergeben sich in Bezug auf das Geschlecht keine statistisch signifikanten Zusammenhänge. Deutliche Unterschiede zeigen sich allerdings zwischen den ost- und westdeutschen Kommunen: Beide Geschlechter treten in Jena und Kahla deutlicher für eine Bestrafung des Täters ein als die Bewohner der westdeutschen Städte. Hinsichtlich des Alters zeigen sich in vier der fünf Gemeinden (hoch)signifikante Zusammenhänge zur Bestrafungsmentalität. Mit zunehmendem Alter nimmt auch die Unterstützung einer Bestrafung des Täters

zu, wobei die höchste Altersgruppe (66 Jahre und älter) wiederum etwas weniger Strafmoralität zeigt.

Erwartungsgemäß zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der punitiven Einstellung und der Schulbildung, und zwar in allen Gemeinden in dieselbe Richtung, wobei die Mittelwertsunterschiede in vier der fünf Gemeinden (hoch)signifikant sind: Mit zunehmender Schulbildung nimmt die Unterstützung für eine Bestrafung des Täters ab.

Opfer einer Straftat zeigen in allen Gemeinden, mit Ausnahme Kahlas, mehr Unterstützung für die Bestrafung des Täters als „Nichtopfer“. Wobei auch hier wiederum die ostdeutschen Opfer und Nichtopfer strafenorientierter sind als die westdeutschen.

Tabelle 14.4: Konsequenzen einer Opferwerdung – Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter (Skala II)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	1068	7,58	2,42	392	7,44	2,35	134	7,82	2,49
	weiblich	1167	7,93	2,32	398	7,96	2,47	139	8,32	2,46
	Signif.	$F_{(1/2233)} = 12,00^{**}$			$F_{(1/788)} = 9,49^{**}$			$F_{(1/271)} = 2,74$		
Alter (in Jahren)	14-25	490	8,08	2,39	163	7,75	2,39	55	7,87	2,40
	26-35	544	7,63	2,24	173	7,32	2,43	67	8,00	2,46
	36-45	314	7,91	2,33	136	7,60	2,42	54	8,11	2,46
	46-55	296	7,62	2,40	130	7,96	2,36	38	8,34	2,65
	56-65	224	7,55	2,25	78	7,94	2,30	28	8,21	2,63
	66 u.ä.	303	7,66	2,58	89	7,94	2,59	24	8,33	2,68
	Signif.	$F_{(5/2165)} = 3,04^*$			$F_{(5/763)} = 1,56$			$F_{(5/260)} = 0,24$		
Schulabschluss ¹	HS	477	7,61	2,57	265	7,53	2,47	123	7,90	2,56
	RS	430	7,76	2,37	183	7,63	2,46	73	8,00	2,40
	Gymn.	1198	7,79	2,29	269	7,88	2,28	65	8,17	2,37
	Signif.	$F_{(2/)} = 0,99$			$F_{(2/)} = 1,43$			$F_{(2/)} = 0,25$		
Opferwerdung	Opfer	1210	7,99	2,31	485	7,89	2,47	205	8,21	2,51
	Nicht-O.	1033	7,49	2,42	312	7,41	2,34	70	7,64	2,46
	Signif.	$F_{(1/2241)} = 25,20^{***}$			$F_{(1/795)} = 7,38^{**}$			$F_{(1/273)} = 2,74$		

Fortsetzung Tabelle 14.4

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	871	7,49	2,39	114	7,30	2,68
	weiblich	1021	7,77	2,33	113	7,63	2,33
	Signif.	$F_{(1/1890)} = 6,83^{**}$			$F_{(1/225)} = 0,981$		
Alter (in Jahren)	14-25	351	7,96	2,40	39	7,79	2,32
	26-35	393	7,40	2,24	6	7,82	2,33
	36-45	367	7,40	2,26	57	6,44	2,23
	46-55	368	7,82	2,35	42	7,86	2,36
	56-65	210	7,80	2,41	12	6,75	2,99
	66 u.ä.	187	7,60	2,63	17	9,82	2,58
	Signif.	$F_{(5/1870)} = 3,56^{**}$			$F_{(5/217)} = 6,30^{***}$		
Schulab- schluß ¹	HS	367	7,72	2,55	59	7,71	2,69
	RS	699	7,51	2,31	99	7,21	2,38
	Gymn.	661	7,61	2,24	49	7,26	2,56
	Signif.	$F_{(2/)} = 0,88$			$F_{(2/)} = 0,78$		
Opfer- werdung	Opfer	1139	7,60	2,35	139	7,63	2,54
	Nicht-O.	763	7,69	2,39	90	7,29	2,50
	Signif.	$F_{(1/1900)} = 0,664$			$F_{(1/227)} = 0,975$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

Was Skala II (Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter; Tab. 14.4) betrifft, die weniger für eine Strafmoralität, sondern mehr für immaterielle Wiedergutmachung beim Opfer und Hilfe für den Täter steht, zeigen sich deutliche, jeweils in dieselbe Richtung weisende Geschlechtsunterschiede. In allen Kommunen setzen sich Frauen mehr für Wiedergutmachung und Hilfe ein als Männer. Die Unterschiede sind in drei der fünf Gemeinden (hoch)signifikant. Was den Einfluß des Alters betrifft, zeigen sich in drei Gemeinden statistisch signifikante Zusammenhänge. Für eine Wiedergut-

machung und Hilfe für den Täter treten einerseits vor allem junge Befragte (14- bis 25jährige) ein, allerdings auch die älteste Altersgruppe (66jährige u. ältere). Die mittleren Altersklassen sind offensichtlich straforientierter.

Hinsichtlich des Schulabschlusses zeigen sich bei Skala II keine statistisch bedeutsamen Zusammenhänge. Tendenziell treten jedoch in den westdeutschen Gemeinden die Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen deutlicher für eine Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter ein als solche mit niedrigerer Schulbildung. In den beiden ostdeutschen Gemeinden gehen die Unterschiede in die entgegengesetzte Richtung.

Wie oben gesehen, sprechen sich Opfer wesentlich mehr für eine Bestrafung des Täters aus als Nichtopfer. Was die Einstellung für Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter betrifft, zeigt sich, daß vor allem in Westdeutschland die Opfer gleichzeitig auch mehr für Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter plädieren als Nichtopfer. Für die beiden ostdeutschen Kommunen sind die Resultate nicht einheitlich.

Tabelle 14.5: Konsequenzen einer Opferwerdung – materielle Schadenswiedergutmachung (Skala III)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	1073	6,75	1,27	400	6,87	1,23	135	7,22	1,03
	weiblich	1167	6,68	1,31	395	6,82	1,35	139	6,94	1,23
	Signif.	$F_{(1/2238)} = 1,80$			$F_{(1/793)} = 0,392$			$F_{(1/272)} = 4,13^*$		
Alter (in Jahren)	14-25	489	6,65	1,32	165	6,79	1,17	55	7,15	0,87
	26-35	541	6,59	1,32	172	6,64	1,30	67	7,19	0,91
	36-45	314	6,61	1,18	135	6,81	1,38	54	7,30	1,28
	46-55	298	6,83	1,27	131	6,96	1,24	38	6,92	1,02
	56-65	229	6,90	1,14	78	7,01	1,13	26	7,08	1,20
	66 u.ä.	303	6,86	1,38	94	7,19	1,37	27	6,56	1,72
	Signif.	$F_{(5/2168)} = 3,87^{**}$			$F_{(5/769)} = 2,85^*$			$F_{(5/261)} = 1,88$		
Schulabschluß ¹	HS	478	6,98	1,25	271	7,12	1,13	123	7,09	1,22
	RS	434	6,76	1,21	183	6,71	1,44	73	7,08	0,91
	Gymn.	1196	6,60	1,30	269	6,65	1,29	66	6,95	1,28
	Signif.	$F_{(2)} = 15,67^{***}$			$F_{(2)} = 10,32^{***}$			$F_{(2)} = 0,32$		
Opferwerdung	Opfer	1215	6,88	1,23	486	7,06	1,19	205	7,14	1,14
	Nicht-O.	1033	6,52	1,33	316	6,52	1,37	71	6,86	1,25
	Signif.	$F_{(1/2246)} = 44,74^{***}$			$F_{(1/800)} = 35,92^{***}$			$F_{(1/274)} = 3,10$		

Fortsetzung Tabelle 14.5

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	870	7,32	1,05	114	7,26	1,14
	weiblich	1032	7,21	1,15	113	7,13	1,14
	Signif.	$F_{(1/1900)} = 4,38^*$			$F_{(1/225)} = 0,746$		
Alter (in Jahren)	14-25	351	7,10	1,11	39	6,95	1,30
	26-35	394	7,22	1,15	56	7,13	1,19
	36-45	366	7,28	1,01	57	7,14	1,19
	46-55	370	7,36	1,05	42	7,55	0,67
	56-65	213	7,49	0,98	12	7,92	0,29
	66 u.ä.	192	7,20	1,31	17	6,88	1,41
	Signif.	$F_{(5/1880)} = 4,11^{**}$			$F_{(5/217)} = 2,54^*$		
Schulabschluss ¹	HS	373	7,43	1,06	59	7,20	1,34
	RS	699	7,24	1,13	99	7,30	0,93
	Gymn.	664	7,21	1,07	49	7,26	0,95
	Signif.	$F_{(2/)} = 4,64^*$			$F_{(2/)} = 0,16$		
Opferwerdung	Opfer	1143	7,31	1,09	139	7,08	1,16
	Nicht-O.	769	7,20	1,10	90	7,40	1,08
	Signif.	$F_{(1/1910)} = 4,60^*$			$F_{(1/227)} = 4,44^*$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

Was letztlich die Unterschiede in Bezug auf Skala III (materielle Schadenswiedergutmachung) betrifft, treten Männer tendenziell mehr für materiellen Schadensausgleich ein als Frauen. Die Unterschiede gehen in allen fünf Gemeinden in diese Richtung, sind aber nur in zwei Kommunen statistisch bedeutsam.

Deutlicher zeigt sich eine Altersabhängigkeit: In vier der fünf Städte nimmt die Forderung nach materiellem Schadensausgleich nach einer möglichen Viktimisierung mit dem Alter statistisch (hoch)signifikant zu. In den beiden ostdeutschen Kommunen nimmt diese Forderung bei der höchsten Altersgruppe der 66jährigen u. älteren wieder ab.

Auch hinsichtlich der Schulbildung zeigen sich eindeutige Zusammenhänge: In drei der fünf Gemeinden nehmen die Mittelwerte mit steigender

Schulbildung statistisch (hoch)signifikant ab, d.h. Befragte mit qualifizierterer Schulbildung legen weniger Wert auf materielle Schadenswiedergutmachung als solche mit niedrigerem Bildungsniveau. Das dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß die erste Gruppe über höhere Einkommen verfügen dürfte und deswegen ein materieller Schadensausgleich nicht die Bedeutung wie bei der anderen Gruppe hat.

Was letztlich eine frühere Opferwerdung betrifft, zeigt sich mit Ausnahme von Kahla, daß Opfer mehr Wert auf eine materielle Schadenswiedergutmachung legen als Nichtopfer.

14.2 Zusammenfassung

Die Befragten wurden gebeten, sich vorzustellen, sie würden in Zukunft Opfer einer Straftat und sollten anhand einer vorgegebenen Liste angeben, wie wichtig einzelne Konsequenzen für sie wären (Strafverfolgung, Anklage und Verurteilung des Täters, Schadenswiedergutmachung bzw. Hilfe für den Täter). Zwischen den westdeutschen Kommunen, aber auch zwischen Ost- und Westdeutschland ergaben sich jeweils statistisch bedeutsame Unterschiede. Die Bevölkerung stellt sich in den kleineren Gemeinden straforientierter dar als in Freiburg. Gleichzeitig spricht sie sich mehr für eine Wiedergutmachung und Entschuldigung durch den Täter aus bzw. für einen Schadensausgleich durch den Staat und weniger für eine Hilfe für den Täter. Zwischen den beiden ostdeutschen Kommunen zeigen sich diese Unterschiede weitgehend in derselben Weise, sind allerdings statistisch nicht signifikant, mit Ausnahme des Items „strenge Bestrafung für den Täter“, das die Bewohner Kahlas mehr bejahen. Der Vergleich zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Kommunen bestätigt erneut die deutlich höhere Punitivität der Ostdeutschen.

Die Faktorenanalyse der insgesamt acht Items ergab eine Dreifaktorenlösung (Bestrafung des Täters; Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter; materielle Schadenswiedergutmachung). Die Itemanalysen der so gebildeten drei Skalen fielen befriedigend aus. Der Vergleich der Skalenwerte für die ost- und westdeutschen Kommunen zeigt, daß in den westdeutschen Gemeinden alle drei Skalenwerte mit zunehmender Urbanität tendenziell zunehmen; das bedeutet, daß Bewohner kleinerer Gemeinden sich mehr für die Bestrafung des Täters einsetzen, gleichzeitig für Wiedergutmachung und Hilfe für ihn, schließlich auch für eine materielle Wiedergutmachung des entstandenen Schadens. Im Ost-West-Vergleich wollen die Bewohner Jenas

und Kahlas (tendenziell) mehr eine Bestrafung des Täters, weniger eine (immaterielle) Schadenswiedergutmachung und Hilfe für den Täter, allerdings gleichzeitig mehr eine materielle Schadenswiedergutmachung.

Der Ost-West-Vergleich unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Schulabschluß und Opferstatus zeigt folgende Ergebnisse: Hinsichtlich Skala I (Bestrafung des Täters) ergeben sich keine Geschlechtsunterschiede, wobei die ostdeutschen Befragten beiderlei Geschlechts sich wiederum als sanktionsorientierter darstellen als die westdeutschen. Mit zunehmendem Alter nimmt gleichzeitig die Strafmoralität zu, wobei allerdings die höchste Altersgruppe der 66jährigen und älteren wiederum etwas niedrigere Mittelwerte zeigt. Befragte mit niedrigerem Schulabschluß unterstützen eine Bestrafung des Täters mehr als solche mit höheren Schulabschlüssen. Schließlich erweisen sich Opfer einer Straftat als sanktionsorientierter als Nichtopfer. Punitiver eingestellt sind somit Ostdeutsche, ältere Menschen, Personen mit niedrigerer Schulbildung, ferner jene, die früher schon ein- oder mehrmals viktimisiert wurden.

Bei Skala II (immaterielle Schadenswiedergutmachung und Hilfe für den Täter) ergeben sich Geschlechtsunterschiede derart, daß Frauen in allen Gemeinden höhere Werte haben, wobei die Unterschiede in drei der fünf Kommunen (hoch)signifikant sind. Frauen treten somit mehr für Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter ein als Männer. Hinsichtlich des Alters votieren vor allem die jüngeren und älteren Altersgruppen für eine Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter, weniger dagegen Befragte mittleren Alters. In Bezug auf das Bildungsniveau zeigen sich keine statistisch bedeutsamen Zusammenhänge. Tendenziell sind in Westdeutschland Befragte mit höheren Schulabschlüssen mehr für Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter, in Ostdeutschland ist es umgekehrt. In Westdeutschland sind die Opfer früherer Straftaten nicht nur punitiver, wie wir oben gesehen haben, sondern treten gleichzeitig mehr für Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter ein, in Ostdeutschland zeigen sich hier keine bedeutsamen Unterschiede.

Hinsichtlich der Unterschiede in Skala III (materielle Schadenswiedergutmachung) votieren Männer mehr für einen materiellen Schadensausgleich als Frauen. Ebenso treten ältere Befragte mehr als jüngere hierfür ein, wobei die höchste Altersgruppe etwas weniger Wert auf den materiellen Schadensausgleich legt. Schließlich stimmen Personen mit besserer Schulbildung weniger für eine materielle Schadenswiedergutmachung, Opfer einer früheren Straftat legen hierauf jedoch mehr Wert als Nichtopfer.

KAPITEL 15

Aufgaben der Polizei

Im Rahmen der formellen sozialen Kontrolle sowie in der strafrechtlichen Verfolgung von Straftaten spielt die Polizei eine erhebliche Rolle. So sind es in der Regel Polizeibeamte, die als erste von einer Straftat erfahren und entsprechende Ermittlungsschritte in die Wege leiten. Auf der anderen Seite gewährleistet in der Sichtweise der Bürger die Polizei die Sicherheit auf den Straßen und steht als Ansprechpartner im Bedarfsfall zur Verfügung.

Gerade in den vergangenen Jahren wurde jedoch zunehmend öffentliche Kritik an der Polizei laut, daß sie nicht in der Lage sei, dem Kriminalitätsproblem Herr zu werden. Auch Presseberichte, daß eine schlecht ausgestattete und unterbezahlte Polizei professionellen und technisch gut ausgestatteten Banden gegenüberstünde, sorgten dafür, daß Zweifel an der Effizienz polizeilicher Arbeit gehegt wurden.

Andererseits wurden vor allem auf kommunaler Ebene neue Entwicklungen bei der Polizei deutlich, welche in Richtung des aus den USA kommenden „Community Policing“ weisen. Die Vorbeugung von Kriminalität erhält in diesem Konzept eine weitaus stärkere Rolle als die Repression auffälligen Verhaltens. So weist z.B. das „Handbuch zur Kommunalen Kriminalprävention“ (*Innenministerium Baden-Württemberg* 1996, S. 29f) darauf hin, daß Kriminalitätsvorbeugung eine originäre Aufgabe der Polizei sei und daß diese als „...‘Sensor’ für das frühzeitige Erkennen negativer Entwicklungen“ fungiere. Sicherheit wird in den vergangenen Jahren zunehmend mehr als eine Serviceleistung betrachtet, d.h. der Dienstleistungsaspekt polizeilicher Tätigkeiten rückt in den Vordergrund (vgl. *Feltes* 1994). Deutlich wird dies anhand einer im Herbst 1997 im Bundesland Bremen durchgeführten Bürgerbefragung, in welcher neben der eigentlichen Einschätzung der Polizeiarbeit auch eine Erhebung zur Dienstleistungsqualität im Sinne eines Leistungsvergleiches – eines „Benchmarking“ – erfaßt wurde (*Mix u.a.* 1998).

Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit wird auch von *Wehe* (1998) diskutiert. Bei ihm stellen Konzepte wie „Zielvereinbarung“, „Outputsteuerung“ sowie „dezentrale Ressourcenverantwortung“ (S. 13) Begriffe dar, die im

Rahmen – eines Benchmarking – auch bei der Optimierung polizeilicher Abläufe Anwendung finden sollten. Grundvoraussetzung hierzu ist allerdings eine Dezentralisierung, eine verstärkte Eigenverantwortung vor Ort sowie demokratische Entscheidungsprozesse, Prinzipien, die auch im „Community Policing“ bestimmend sind.

Als Inhalte des Community Policing arbeiten *Trojanowicz* und *Bucque-roux* (1994, S. 2) insgesamt sechs wichtige Bestimmungstücke heraus („The Big Six“, S. 2). Diese müssen zusammenkommen, um den Erfolg des Vorhabens zu gewährleisten: die Polizeidirektion, die Kommune, die gewählten Mitglieder des Stadtrates einschließlich des Bürgermeisters, Handel und Gewerbe, andere öffentliche und private Einrichtungen (z.B. Sozialverbände, Vereine u.a.) und die Medien. Sie definieren weiter die „Nine P’s of Community Policing: Community policing is a *philosophy* of full service *personalized policing*, where the same officer *patrols* and works in the same area on a *permanent* basis, from, a decentralized *place*, working in a *proactive partnership* with citizens to identify and solve *problems*“ (S. 3).

Im einzelnen heißt dies, daß die *Philosophie* des Community Policing ein Verständnis von Polizeiarbeit beinhaltet, welches neben reaktiven auch proaktive Elemente enthält, die Kommune als Partner einbezogen wird und die gemeinsamen Probleme (z.B. Kriminalitätsfurcht oder Verwahrlosungserscheinungen) gelöst werden. „*Personalized policing*“ bedeutet auf der einen Seite, den Bürgern bekannte Polizeibeamten einzusetzen, um so die Anonymität zu reduzieren, andererseits auch eine Polizeiarbeit, welche proaktiv ausgerichtet ist, dennoch aber repressive Elemente enthält. *Patrol* heißt, daß der Polizist in „seinem“ Revier so auf Streife „geht“, daß er den Kontakt zum Bürger halten kann, sei dies zu Fuß, auf dem Fahrrad oder wie neuerdings auf Rollerskates. Ein weiteres Prinzip des Community Policing ist die Dauerhaftigkeit (*permanent*) der Beziehung zwischen dem einzelnen Polizeibeamten und dem Gebiet, in welchem er eingesetzt ist, und damit eine Abkehr von einem rollierenden System des Polizeieinsatzes. Der Begriff *place* beinhaltet primär das Konzept der Dezentralisation, d.h. der lokal tätige Polizist entwickelt Expertenwissen in seinem konkreten Arbeitsumfeld, er handelt als „mini-chief“ (S. 3) in seinem Viertel. Es geht im Rahmen des Community Policing nicht um Reaktion und Abgrenzung, sondern um proaktives partnerschaftliches Handeln (*proactive partnership*) aller Beteiligten im Sinne einer Problemlösung (*problem solving*), d.h. einem Miteinander quantitativer (z.B. Zahl der Verhaftungen) und qualitativer (z.B. Problemlösung) Maßnahmen.

Skolnick und *Bayley* (1988, S. 15f) definieren Community Policing als eine gemeindebasierte Kriminalprävention (z.B. die Unterstützung von neighborhood-watch-Programmen), eine Neuorientierung der Streifen-tätigkeit (Dezentralisierung, intensiviere Kommunikation mit dem Bürger), eine erhöhte Verbindlichkeit dem Bürger gegenüber, um auch Kritik zu tolerieren und zu akzeptieren, sowie eine Dezentralisierung polizeilicher Strukturen. Ziel sollte es sein, daß die Bürger für ihre Sicherheit selbst Verantwortung tragen und der Polizei eine unterstützende Aufgabe zukommt, d.h. Kommunale Kriminalprävention ist ein Ziel des Community Policing. Im Rahmen dieser Überlegungen spielt verständlicherweise die Einstellung der Bürger zur Polizei eine zentrale Rolle. Nur wenn diese positiv ist, kann es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit kommen.

15.1 Einstellungen zu Polizei und Justiz

In der Untersuchung war den Befragten in den fünf Kommunen die Frage gestellt worden, wie sie die Polizeiarbeit in Ihrer Stadt einschätzen (V 117). Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Städten sowie zwischen Ost- und Westdeutschland. So gaben in Freiburg 11,8% der Befragten an, daß die Arbeit gut sei, 66,5% schätzten sie als überwiegend gut ein. In Emmendingen nahm die Zahl derjenigen, die die Polizeiarbeit als gut einschätzten (16,7%), zu Lasten der Kategorie „überwiegend gut“ (63,7%) deutlich zu, in Löffingen gaben sogar 21,4% an, daß die Polizeiarbeit gut sei (59,8% überwiegend gut). Dieses Ergebnis zeigt ein deutliches Stadt-Land-Gefälle derart, daß mit steigendem Urbanisierungsgrad die uneingeschränkte positive Bewertung der Polizeiarbeit abnimmt. Dies mag, wie eingangs erörtert, an der sinkenden Bekanntheit des Polizisten als Person in den Städten zu tun haben, sicherlich aber auch mit einer kritischeren Haltung der Befragten gegenüber der Polizei in der Universitätsstadt Freiburg.

In den beiden ostdeutschen Kommunen ist die Einschätzung der Polizeiarbeit zum Befragungszeitpunkt wesentlich schlechter. So geben in Jena nur 5,8% an, daß die Polizeiarbeit gut sei, überwiegend gut nennen nur 21,0% die polizeiliche Arbeit. Auffallend ist das Ergebnis auch in Kahla, 5,0% bezeichnen die Polizeiarbeit in der Stadt als gut, 15,9% als überwiegend gut. Dies mag mit der Umbruchsituation in der Polizei nach der Wiedervereinigung zu tun haben, vielfach waren Polizisten verunsichert, ob sie weiter beschäftigt werden oder nicht, was auch auf die Qualität der Arbeit

Einfluß genommen haben dürfte. Besonders in kleinen Kommunen mit wenigen Polizisten dürften die Probleme manifester gewesen sein, als in Großstädten. Um dieser Frage genauer nachzugehen, wurde eine retrospektive Einschätzung der polizeilichen Arbeit vor der Wende 1989 erhoben (nur Jena und Kahla). Hier zeigt sich, daß vor 1989 13,8% der Jenaer die Arbeit der Polizei als gut einschätzten und 39,9% als überwiegend gut; in Kahla waren es 5,4% bzw. 15,8%. Dies bestätigt die Abnahme der Zufriedenheit mit der Polizei zumindest für Jena; in Kahla wird dagegen zwischen früher und heute kaum ein Unterschied gesehen.

Es wurde weiterhin gefragt, ob die Bürger Polizisten im allgemeinen als freundlich und verständnisvoll einschätzen (V118); hier gaben in Freiburg 81,5% der Befragten an, daß sie der Aussage zustimmen („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“), in Emmendingen waren es 80,2% und in Löffingen sogar 87,7%. Das zeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Befragten in den westdeutschen Kommunen die Polizei als freundlich und verständnisvoll einschätzt. In Jena und Kahla wurde erneut zwischen den Zeiträumen bis 1989, d.h. vor der Wende, und heute (1991) unterschieden. Dabei gaben retrospektiv 39,3% der Jenaer an, daß sie die Polizei vor 1989 als freundlich und verständnisvoll ansahen, zum Zeitpunkt heute waren es 81,4%, d.h. eine deutliche Steigerung in der Einschätzung. Dies kann man auch in Kahla beobachten, für die Zeit vor 1989 stimmten der Aussage 34,4% zu, heute dagegen 79,3%. Das zeigt, daß die Bewertung der Bürger nahe der Polizei sich weitgehend den westdeutschen Ergebnissen angeglichen hat.

Parallel zur Frage polizeilicher Effizienz wurde erhoben, ob Gerichte und Staatsanwaltschaften ihren Aufgaben der Strafverfolgung gegenwärtig gerecht werden (V119). Dabei war zu erwarten, daß besonders die ostdeutschen Befragten aufgrund der zunehmenden Kriminalität, aber auch der Veränderung des Rechtssystems nach der Wiedervereinigung eine skeptische Haltung zeigen. In Freiburg waren 50,2% der Bürger der Meinung, Gerichte und Staatsanwaltschaften machten ihre Aufgaben gut bzw. überwiegend gut, in Emmendingen waren es 48,6% und in Löffingen 51,6%. Die Werte in Westdeutschland sind somit sehr ähnlich, liegen aber deutlich unter der Bewertung der Polizei. Wie zuvor gaben die ostdeutschen Befragten eine aktuelle und retrospektive Einschätzung ab: Für die Zeit vor der Wende schätzten 46,5% der Jenaer die Arbeit der Justiz als zumindest überwiegend gut ein, aktuell betrug der Anteil 21,0%, also eine deutliche Abnahme, welche die eingangs formulierte Erwartung der Unzufriedenheit

der Ostdeutschen mit der Justiz bestätigt. In Kahla sind die Ergebnisse ähnlich: Bewerteten retrospektiv 44,2% die Justizarbeit als (überwiegend) gut, sind es aktuell nur 20,8%.

15.2 Bewertung polizeilicher Aufgaben

Während das Community Policing in den USA und in Großbritannien mittlerweile eine weite Verbreitung gefunden hat, werden diese Konzepte in Deutschland erst seit kurzer Zeit diskutiert. Dabei ist von Interesse, welche Auffassungen die Bürger von solchen, eher auf soziale Vermittlung aufbauenden Konzepten haben. In die vorliegende Befragung waren insgesamt zwölf verschiedene Items zur Einschätzung der Wichtigkeit polizeilicher Aufgaben aufgenommen worden. Diese erfaßten die Spannweite einfacher Reaktionen auf Ordnungsstörungen und Eingriffe bei interpersonellen Konflikten bis hin zur Verfolgung von Straftätern. Tabelle 15.1 zeigt die Items und deren Mittelwerte in den jeweiligen Städten im Überblick. Dabei wurden jeweils die westdeutschen Kommunen Freiburg, Emmendingen und Löffingen sowie die ostdeutschen Städte Jena und Kahla untereinander anhand einfaktorieller Varianzanalysen verglichen.

Bezüglich des polizeilichen Aufgabe, „hilflose Personen unterstützen“, konnten weder im Westen noch im Osten signifikante Unterschiede festgestellt werden, die Bedeutung der Aufgabe bewegt sich in allen Kommunen zwischen „eher wichtig“ und „wichtig“. In den beiden größeren Städten Freiburg und Jena sind die Mittelwerte etwas höher als in den kleineren Kommunen, dies dürfte daran liegen, daß in Städten das Problem hilfloser Personen in der Öffentlichkeit eher zu beobachten ist als im ländlichen Raum.

Die Mittelwerte der Variablen „Betrunkene Personen in Gewahrsam nehmen“ sind in allen Städten geringer, der Wertebereich liegt zwischen „eher unwichtig“ und „eher wichtig“. Vergleichsweise hoch ist im Westen der Wert in Emmendingen; es wäre denkbar, daß in dieser Stadt das Problem gehäuft auftritt. Sowohl in Freiburg wie in Löffingen sind die Mittelwerte niedriger. Die Unterschiede sind signifikant. Zwischen den beiden ostdeutschen Städten lassen sich keine signifikanten Unterschiede feststellen, wengleich der Wert in Jena etwas höher liegt als in Kahla.

Die Werte der polizeilichen Aufgabe, „Menschen vor Gewaltangriffen zu schützen“, sind besonders hoch – bei Mittelwerten nahe am Maximalwert 4 muß man bereits mit „ceiling-Effekten“ rechnen. Im Westen sind die

Unterschiede signifikant, mit steigender Ortsgröße ist eine Zunahme der Bedeutung festzustellen. Auch in den beiden ostdeutschen Kommunen ergibt sich ein vergleichbares Bild, in Jena ist die Zustimmung etwas höher als in Kahla, wenngleich die Unterschiede nicht signifikant sind.

Bezüglich des Items „durch Streifenfahren und Fußstreifen dem Bürger das Gefühl von Sicherheit geben“ liegen die Mittelwerte in allen Kommunen zwischen 3 (eher wichtig) und 4 (wichtig), im Osten ist die Bedeutung nochmals größer als im Westen. Allerdings sind weder in den drei west- noch in den beiden ostdeutschen Kommunen die Unterschiede zwischen den Mittelwerten signifikant; auch konnte keine konsistente auf- oder absteigende Bedeutung mit zunehmender Ortsgröße beobachtet werden. Dies spricht dafür, daß die Vermittlung von Sicherheit durch die Polizei in allen Städten in gleicher Weise als bedeutend eingeschätzt wird.

„Streitigkeiten in der Öffentlichkeit schlichten“ ist eine polizeiliche Dienstleistung, die deutlich entfernt ist von der repressiven Funktion, sondern sehr viel mehr in Richtung einer Mediation, d.h. einer Befriedung der beteiligten Parteien, weist. In West- wie in Ostdeutschland liegen die Mittelwerte um ca. 3, d.h. die Befragten sehen diese Aufgabe als „eher wichtig“ an. Im Westen kann man signifikante Unterschiede zwischen den Städten feststellen; so ist die subjektive Einschätzung der Wichtigkeit in Emmendingen am größten, die Werte von Freiburg und Löffingen sind identisch. Dieses Ergebnis deckt sich mit dem oben beschriebenen Item „Betrunkene verwahren“, welches in Emmendingen ebenfalls den höchsten Wert hatte. Es ist denkbar, daß hier das Problem Betrunkener, evtl. Obdachloser, die auf der Straße in Streit geraten, besonders groß ist oder als relevant wahrgenommen wird. Auch in Ostdeutschland sind die Mittelwertsunterschiede signifikant, hier liegt jedoch der Wert der Großstadt Jena über dem Kahlas.

Im Hinblick auf die Aussage „gestohlene Gegenstände wieder auffinden“ schätzen die westdeutschen Befragten die Wichtigkeit etwas höher als „eher wichtig“ ein; in Ostdeutschland sind die Mittelwerte noch höher, was dafür spricht, daß hier der Wiederbeschaffung von Diebesgut eine bedeutende Rolle eingeräumt wird. In Westdeutschland kann man ein deutliches Stadt-Land-Gefälle feststellen; so ist die angenommene Bedeutung in der Einschätzung der Freiburger geringer als in Emmendingen und in Löffingen. Vermutlich machen die Bewohner der Stadt angesichts der höheren Zahl der Diebstähle häufiger die Erfahrung, daß die Polizei kaum in der Lage ist, der Forderung nach Wiederbeschaffung gerecht zu werden. In

Ostdeutschland sind die Unterschiede gering, Jena weist einen leicht höheren Mittelwert auf als Kahla.

Tabelle 15.1: Polizeiliche Aufgaben (V116)

	Freiburg		Emmendingen		Löffingen		Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s	
hilflose Personen unterstützen	3,32	0,82	3,29	0,85	3,22	0,81	$F_{(2/3329)} = 1,94$
betrunkene Personen verwahren	2,68	0,85	2,84	0,86	2,56	0,89	$F_{(2/3325)} = 14,21^{***}$
vor Gewaltangriffen schützen	3,81	0,42	3,78	0,47	3,73	0,55	$F_{(2/3363)} = 4,60^*$
Gefühl von Sicherheit geben	3,33	0,86	3,37	0,82	3,28	0,87	$F_{(2/3366)} = 1,25$
Streit in Öffentlichk. schlichten	3,00	0,84	3,10	0,78	3,00	0,90	$F_{(2/3324)} = 4,45^*$
gestohlene Gegenstände finden	3,16	0,75	3,21	0,73	3,27	0,72	$F_{(2/3341)} = 3,13^*$
als Helfer bereitstehen	3,39	0,77	3,50	0,68	3,51	0,68	$F_{(2/3357)} = 8,47^{***}$
Lärm beseitigen	2,64	0,93	2,75	0,84	2,64	0,85	$F_{(2/3341)} = 4,70^{**}$
nach Straftätern fahnden	3,74	0,48	3,78	0,44	3,76	0,51	$F_{(2/3359)} = 2,35$
Verkehr regeln und überwachen	3,21	0,82	3,22	0,81	3,30	0,79	$F_{(2/3355)} = 1,57$
gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten	2,91	0,82	3,02	0,81	2,90	0,86	$F_{(2/3336)} = 5,96^{**}$
Beratung zum Schutz vor Straftaten	3,45	0,69	3,52	0,65	3,53	0,66	$F_{(2/3361)} = 4,55^*$
	Jena		Kahla				Varianzanalyse
	\bar{x}	s	\bar{x}	s			
hilflose Personen unterstützen	3,36	0,82	3,26	0,83			$F_{(1/2146)} = 2,73$
betrunkene Personen verwahren	2,82	0,90	2,71	0,92			$F_{(1/2143)} = 2,93$
vor Gewaltangriffen schützen	3,92	0,30	3,86	0,43			$F_{(1/2153)} = 3,59$
Gefühl von Sicherheit geben	3,68	0,62	3,70	0,64			$F_{(1/2162)} = 0,18$
Streit in Öffentlichkeit schlichten	3,15	0,86	2,96	0,89			$F_{(1/2132)} = 9,71^{**}$
gestohlene Gegenstände finden	3,51	0,66	3,46	0,72			$F_{(1/2148)} = 0,91$
als Helfer bereitstehen	3,51	0,75	3,57	0,68			$F_{(1/2151)} = 1,53$
Lärm beseitigen	3,20	0,80	3,24	0,83			$F_{(1/2148)} = 0,64$
nach Straftätern fahnden	3,92	0,32	3,92	0,32			$F_{(1/2160)} = 0,06$
Verkehr regeln und überwachen	3,69	0,57	3,66	0,60			$F_{(1/2158)} = 0,51$
gewalttätige Familienstreiten schlichten	2,81	0,90	2,74	0,94			$F_{(1/2142)} = 1,33$
Beratung zum Schutz vor Straftaten	3,53	0,69	3,47	0,74			$F_{(1/2156)} = 1,41$

* $p < .05$

** $p < .01$

*** $p < .001$

Der Satz, die Polizei sollte „als Freund und Helfer jederzeit bereitstehen“, ist bereits in einigen Studien untersucht worden (vgl. *Kury u.a.* 1996; *Dörmann* 1996). Diese beinahe feststehende Redewendung wurde auch in die vorliegende Ost-West-Vergleichsstudie aufgenommen. Wie die Tabelle zeigt, liegen die Mittelwerte erneut deutlich über 3,0, d.h. die Befragten aller Kommunen halten diese Aufgabe für zumindest „eher wichtig“. Allerdings kann man zwischen den drei westdeutschen Kommunen hochsignifikante Unterschiede beobachten: Während in Emmendingen und Löffingen so gut wie keine Unterschiede festzustellen sind, ist der Wert in Freiburg deutlich niedriger. Das heißt, in der Großstadt wird der Rolle der Polizei als Freund und Helfer eine weit geringere Bedeutung beigemessen, die Distanz zur Polizei dürfte größer sein. Zwischen Jena und Kahla lassen sich ähnliche Unterschiede, wengleich erheblich moderater und nicht signifikant, feststellen.

Die polizeiliche Aufgabe, „ruhestörenden Lärm beseitigen“, kann eindeutig unter dem Aspekt Beseitigung von Ordnungswidrigkeiten gesehen werden, wengleich dies auch auf eine gestörte soziale Interaktion hinweist: Meist sind es die näheren Nachbarn, von denen eine Lärmbelastung ausgeht, bzw. dies als solche empfunden wird. Betrachtet man die Mittelwerte, so stellt man deutliche Unterschiede zwischen den drei westdeutschen und den beiden ostdeutschen Kommunen fest: Während im Westen die Mittelwerte zwischen 2 und 3 liegen, zwischen „eher unwichtig“ und „eher wichtig“, sind die Werte in den beiden ostdeutschen Städten erheblich höher, zwischen „eher wichtig“ und „wichtig“. Hieraus abzulesen, daß die nachbarschaftliche Kommunikation nach der Wende schwieriger geworden ist, wäre eine mögliche Hypothese, ebenfalls denkbar wäre aber z.B., daß der einsetzende Bauboom in den ostdeutschen Ländern zu erheblichen tatsächlichen Lärmbelastigungen führte. Zwischen den drei westdeutschen Kommunen kann man signifikante Mittelwertsunterschiede feststellen, während Freiburg und Löffingen identische Werte aufweisen, liegt der Mittelwert in Emmendingen deutlich höher. In den beiden ostdeutschen Städten Jena und Kahla sind die Mittelwerte nahezu identisch und – wie bereits beschrieben – deutlich höher als im Westen.

„Nach Straftätern fahnden und diese festnehmen“ gehört in der Meinung der Öffentlichkeit zu den originären Aufgaben der Polizei. Daher waren keine großen Unterschiede zwischen den Kommunen zu erwarten. Dies ist tatsächlich auch der Fall: In allen fünf Städten lagen die Werte nahe am Maximum von 4 „wichtig“. Während in Freiburg ($0 = 3,74$), Emmendingen

(0 = 3,78) und Löffingen (0 = 3,76) die Mittelwerte bereits sehr nahe beisammen lagen, unterschieden sie sich in Jena (0 = 3,92) und Kahla (0 = 3,92) überhaupt nicht und lagen nochmals über denen der westdeutschen Städte. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß nach der Wende die Kriminalität in den neuen Bundesländern erheblich zugenommen hatte und sich dem Westniveau annäherte, die Bürger die Gefahr sahen, von der Kriminalität „überrollt“ zu werden und daher besonderen Wert auf die polizeiliche Sicherungsfunktion legten.

Durch die generelle Zunahme des Verkehrs spielt die polizeiliche Aufgabe „den Straßenverkehr regeln und überwachen“ einerseits zwar eine wichtige Rolle, andererseits werden heute zahlreiche frühere Aufgaben der Verkehrspolizei durch die elektronische Verkehrsleitung ersetzt. Dennoch sehen die in den fünf Städten befragten Bürger hierin eine wichtige Aufgabe. Im Westen liegen die Mittelwert deutlich über 3 („eher wichtig“), im Osten sind sie sogar noch wesentlich höher und nahe am Maximalwert 4 („wichtig“). Dies mag damit zusammenhängen, daß nach der Wende der motorisierte Straßenverkehr in den neuen Ländern erheblich zugenommen hat und vielfach durch Überforderung der vor allem jungen Fahrer durch schnelle West-Autos die Unfallbelastung drastisch zugenommen hat. Im Einzelnen ergeben sich zwischen den westdeutschen Städten keine Unterschiede, wenngleich die Wichtigkeit dieser polizeilichen Aufgabe von den Löffingern etwas höher eingeschätzt wird als von den Freiburgern und Emmendingern. Auch zwischen Jena und Kahla kann man keine Unterschiede feststellen.

Die Rolle der Polizei bezüglich der Aufgabe „gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten“ hat gerade in sozial benachteiligten Gebieten der Städte erheblich zugenommen. Nicht selten wird die Polizei als Schlichter und Vermittler bei gravierenden sozialen Problemen der Familie zur Hilfe gerufen. Dennoch wird in keiner der befragten Städte diese Rolle als sehr bedeutsam eingeschätzt, in der Tendenz ist die Bedeutung im Westen etwas größer als im Osten, die Mittelwerte liegen jedoch fast alle unter 3 „eher wichtig“. Zwischen den drei westdeutschen Kommunen kann man signifikante Unterschiede feststellen; so wird dem Schlichten gewalttätiger Familienstreitigkeiten in Emmendingen mehr Bedeutung beigemessen als in Freiburg und Löffingen. Dieses Ergebnis überrascht, da Emmendingen von seiner Sozialstruktur nur wenig auffallend ist und ein nach oben abweichender Mittelwert eher in der Großstadt Freiburg erwartet worden wäre.

Dieses Stadt-Land-Gefälle zeigt sich in der Tendenz – wenngleich nicht signifikant – in Jena, hier liegt der Mittelwert leicht höher als in Kahla.

Eine letzte Variable erfaßt die Relevanz der Polizei hinsichtlich der Aufgabe „Bürger beraten, wie man sich vor Straftaten schützen kann“. Auch hier kann man in den fünf Städten ähnliche Mittelwerte beobachten. Dieser Aufgabe wird von allen Befragten ein hohes Maß an Bedeutung beigemessen, die Mittelwerte liegen zwischen 3 „eher wichtig“ und 4 „wichtig“. In Westdeutschland kann man signifikante Unterschiede zwischen den Orten feststellen; so geben die Freiburger der polizeilichen Beratung die geringste Wichtigkeit, es folgen Emmendingen und Löffingen mit ähnlichen Werten. D.h. in der Großstadt spielt die Beratung durch die Polizei – evtl. auch durch die größere Distanz – eine geringere Rolle als in ländlichen Gemeinden. In Ostdeutschland sind die Verhältnisse umgekehrt, wenn auch nicht signifikant. D.h. für die Jenenser ist die Beratung etwas wichtiger als für die Kahlaer.

Zur Reduktion der Variablenzahl und zur Bildung von Skalen hinsichtlich der Aufgabeneinschätzung der Polizei wurde eine Faktorenanalyse der insgesamt 12 Items durchgeführt (vgl. Tabelle 15.2). Es ergaben sich zwei Faktoren, welche insgesamt 40,7% der Varianz aufklären. Auf Faktor I laden nach Varimax-Rotation die Items „vor Gewaltangriffen schützen“, „das Gefühl von Sicherheit geben“, „gestohlene Gegenstände finden“, „ruhestörenden Lärm beseitigen“, „nach Straftätern fahnden“, „Verkehr regeln und überwachen“ und – wenngleich mit niedriger Ladung „Beratung zum Schutz vor Straftaten“. Dieser Faktor beinhaltet Items, die den Sicherungs- und Ordnungsbereich der Polizei ansprechen, d.h. es handelt sich um eher repressive Aufgaben. Auf Faktor II laden die Items „hilflose Personen unterstützen“, „betrunkene Personen verwahren“, „Streit in der Öffentlichkeit schlichten“, „als Helfer bereitstehen“ und „gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten“. Es stehen schlichtende, teils sogar soziale Funktionen der Polizeiarbeit im Vordergrund.

Die Itemanalyse ergab ein Cronbach α von .71 für Skala I und von .64 für Skala II. D.h. beide Skalen sind relativ homogen, ein Kriterium für ihre Reliabilität. Die Itemtrennschärfen liegen zwischen .32 und .55 für Skala I und zwischen .37 und .42 für Skala II. Diese Trennschärfen sind zwar nicht sonderlich hoch, dennoch akzeptabel. Die Benennung der Skalen wurde bereits anhand der Faktorenanalyse deutlich: Skala I umfaßt Sicherungs- und Ordnungsaufgaben, Skala II soziale Aufgaben der Polizei, darunter Bereiche, die dem Community Policing zuzuordnen sind.

Tabelle 15.2: Hauptkomponentenanalyse der Bewertung der Polizeiaufgaben

	Faktor 1	Faktor 2	h^2
hilflose Personen unterstützen	-.06	.75	.57
betrunkene Personen verwahren	.22	.61	.42
vor Gewaltangriffen schützen	.41	.23	.22
das Gefühl von Sicherheit geben	.64	.13	.43
Streit in der Öffentlichkeit schlichten	.39	.49	.39
gestohlene Gegenstände finden	.57	.26	.39
als Helfer bereitstehen	.41	.45	.37
ruhestörenden Lärm beseitigen	.64	.31	.51
nach Straftätern fahnden	.73	-.06	.54
Verkehr regeln und überwachen	.61	.13	.39
gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten	.14	.61	.39
Beratung zum Schutz von Straftaten	.37	.36	.27
Eigenwert	3,72	1,16	
aufgeklärte Varianz	31,0%	9,6%	40,7%

Die Verteilung der Skalen über die verschiedenen Orte zeigt, daß bezüglich der Skala I „Ordnungs- und Sicherungsaufgaben“ die Mittelwertsunterschiede zwischen den drei westdeutschen Kommunen nur gering sind, den niedrigsten Wert hat Freiburg, gefolgt von Löffingen und Emmendingen. Die Skalenwerte in den beiden ostdeutschen Kommunen sind deutlich höher, wenngleich die Unterschiede zwischen Jena und Kahla nicht sehr groß sind. Insgesamt deutet dies darauf hin, daß die ostdeutschen Befragten mehr Wert auf die Sicherungsaufgaben der Polizei legen als die westdeutschen. Dies dürfte mit dem höheren Maß an Unsicherheits erleben, nicht nur in Bezug auf die Kriminalitätslage, sondern auch hinsichtlich der massiven gesellschaftlichen Veränderungen verbunden sein.

In Bezug auf die zweite Skala „soziale Aufgaben“ sind die Mittelwertsunterschiede zwischen den Städten wesentlich geringer, zudem kann man ein Stadt-Land-Gefälle derart beobachten, daß in den Städten soziale Aufgaben der Polizei als wichtiger erachtet werden; dies gilt für den Westen wie auch für den Osten und dürfte damit zusammenhängen, daß in den großen Kommunen soziale Probleme im Stadtbild meist offensichtlicher sind und die Polizei nicht nur in einer repressiven, sondern auch in einer helfenden Rolle wahrgenommen wird.

Um der Frage nachzugehen, in welcher Weise die beiden ermittelten Skalen – je Stadt – von sozio-demographischen Variablen abhängig sind, wurden Varianzanalysen berechnet. Tabelle 15.3 zeigt die Resultate bezüglich der Skala I „Ordnungs- und Sicherungsaufgaben“. Hinsichtlich des Geschlechts ergeben sich keine signifikanten Mittelwertsunterschiede in den fünf Kommunen. Zwar halten, außer in Kahla, die Frauen die sichernden, z.T. repressiven Aufgaben der Polizei für etwas wichtiger, die Unterschiede sind jedoch vergleichsweise gering.

Anders bezüglich der Variablen Alter: In Freiburg, Emmendingen und Jena kann man hochsignifikante Unterschiede, in Kahla einen signifikanten Unterschied zwischen den Gruppen feststellen. Dabei ergibt sich in allen genannten Städten ein weitgehend kontinuierlicher Anstieg der Bedeutung von Sicherungs- und Ordnungsaufgaben der Polizei mit steigendem Alter. Dies bedeutet, daß für ältere Menschen die repressive Funktion der Polizei wichtiger ist als für jüngere. Dabei spielt in der relativen Auswirkung des Lebensalters auf diese Form der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben weder der Urbanisierungsgrad noch die Ost-West-Zugehörigkeit eine Rolle. Eine Ausnahme bildet Löffingen, wo der Maximalwert in der Altersgruppe 46 bis 55 Jahre erreicht wird, danach ein Rückgang zu beobachten ist, gefolgt von einem weiteren Anstieg. Allerdings sind hier die Unterschiede nicht signifikant. Der ebenfalls zu beobachtende niedrigere Mittelwert in der höchsten Altersgruppe in Freiburg dürfte weniger auf einen systematischen Effekt zurückgehen, als vielmehr auf die hohe Schwankungsbreite, verdeutlicht durch den Wert der Standardabweichung.

Im Hinblick auf den Schulabschluß kann man erneut in den größeren Städten Freiburg, Emmendingen und Jena signifikante Mittelwertsunterschiede feststellen. Dabei sind in nahezu allen Städten die Verteilungen ähnlich: Das höchste Maß an Zustimmung zu den repressiven Aufgaben der Polizei zeigen Befragte mit Hauptschulabschluß. Während für Personen mit Hochschulreife (Abitur) in allen Städten die Sicherungs- und Ordnungsaufgaben der Polizei am wenigsten wichtig sind, nehmen Befragte mit Mittlerer Reife als höchstem erreichten Schulabschluß eine Zwischenstellung ein. Eine Ausnahme bildet Löffingen; hier liegen die Mittelwerte der Gruppen „Hauptschulabschluß“ und Realschulabschluß“ dicht beieinander, den niedrigsten Wert weisen die Befragten mit Hochschulreife auf. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse, daß Personen mit höheren Schulabschlüssen Ordnungs- und Sicherungsaufgaben der Polizei als weniger relevant einschätzen.

Tabelle 15.3: Bewertung der Polizeiaufgaben: Ordnung und Sicherung (Skala I)

		Freiburg			Emmendingen			Löfflingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	männlich	1091	22,97	3,31	399	23,25	3,37	137	22,95	3,56
	weiblich	1206	23,13	3,49	409	23,34	3,39	142	23,38	3,84
	Signif.	$F_{(1/2087)} = 0,62$			$F_{(1/709)} = 0,52$			$F_{(1/253)} = 1,61$		
Alter (in Jahren)	14-25	493	22,03	2,89	165	22,30	3,08	54	22,43	2,50
	26-35	547	22,08	3,06	173	22,54	2,91	67	23,34	2,89
	36-45	317	23,04	2,93	138	23,32	2,89	54	23,80	2,21
	46-55	302	24,09	2,90	130	24,01	2,70	39	23,82	3,17
	56-65	234	24,71	2,71	79	24,20	4,43	29	22,66	6,10
	66 u.ä.	339	24,03	4,66	101	24,79	3,59	28	23,61	4,57
	Signif.	$F_{(5/2083)} = 23,88^{***}$			$F_{(5/705)} = 7,54^{***}$			$F_{(5/249)} = 0,83$		
Schulabschluss ¹	HS	500	24,35	3,57	75	24,48	3,16	126	23,32	4,19
	RS	441	23,72	3,12	187	22,86	3,32	73	23,38	2,59
	Gymn.	1216	22,30	3,15	274	22,73	2,99	67	22,63	3,83
	Signif.	$F_{(2/2086)} = 36,80^{***}$			$F_{(2/708)} = 12,95^{***}$			$F_{(2/252)} = 0,55$		
Opferwerdung	Opfer	1248	23,47	3,44	493	23,58	3,86	210	23,32	3,83
	Nicht-O.	1059	22,56	3,31	322	22,84	3,30	71	22,70	3,24
	Signif.	$F_{(1/2305)} = 42,06^{***}$			$F_{(1/813)} = 9,62^{**}$			$F_{(1/276)} = 1,50$		
		Jena			Kahla					
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s			
Geschlecht	männlich	878	25,21	2,44	114	25,37	2,51			
	weiblich	1052	25,35	2,67	113	25,07	2,93			
	Signif.	$F_{(1/1729)} = 2,39$			$F_{(1/194)} = 0,00$					
Alter (in Jahren)	14-25	355	24,12	2,69	39	23,62	3,54			
	26-35	397	24,86	2,43	56	24,77	2,45			
	36-45	368	25,42	2,10	57	25,68	2,17			
	46-55	373	25,88	2,46	42	25,74	2,52			
	56-65	219	25,97	2,32	12	26,42	2,54			
	66 u.ä.	201	26,16	,91	17	26,76	1,60			
	Signif.	$F_{(5/1725)} = 21,78^{***}$			$F_{(5/190)} = 2,74^*$					
Schulabschluss ¹	HS	385	26,17	2,53	59	26,24	2,15			
	RS	705	25,27	2,44	99	25,13	2,35			
	Gymn.	672	24,91	2,56	49	24,88	2,68			
	Signif.	$F_{(2/1728)} = 13,97^{***}$			$F_{(2/193)} = 1,76$					
Opferwerdung	Opfer	1158	25,34	2,60	139	25,12	2,90			
	Nicht-O.	782	25,20	2,52	90	25,41	2,42			
	Signif.	$F_{(1/1938)} = 1,57$			$F_{(1/127)} = 0,65$					

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

Was die Opferwerdung betrifft, so findet man nur in Freiburg und in Emmendingen signifikante Mittelwertsunterschiede; hier neigen die Opfer stärker als die Nichtopfer zur Befürwortung von Sicherungsaufgaben der Polizei. Auch in den anderen Städten – mit Ausnahme Kahlas – ist dieses Ergebnis festzustellen, daß Opfer eine repressivere Einstellung haben.

Im Hinblick auf die zweite Skala „soziale Funktionen der Polizei“ ergaben sich bezüglich des Geschlechts für alle Kommunen mit Ausnahme Löffingens signifikante Mittelwertsunterschiede zwischen Männern und Frauen (vgl. Tab. 15.4). Es zeigte sich deutlich, daß Frauen in höherem Maße als Männer den sozialen Aufgaben der Polizei Gewicht beimessen. Daß dies im Umkehrschluß nicht bedeutet, daß Männer stärker repressiv orientiert sind, zeigte die vorangegangene Auswertung. Es dürfte vielmehr ein nicht zuletzt durch die Sozialisation der Frauen bedingtes höheres Verständnis sozialer Problemlagen bei Frauen sein, welches diesen signifikanten Unterschieden zugrunde liegt.

Tabelle 15.4: Bewertung der Polizeiaufgaben: soziale Funktionen (Skala II)

		Freiburg			Emmendingen			Löffingen		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	Männlich	1088	14,80	2,84	399	15,30	2,77	138	14,53	3,13
	Weiblich	1202	15,28	2,86	411	15,67	2,88	143	14,92	3,54
	Signif.	$F_{(1/2087)} = 10,68^{**}$			$F_{(1/709)} = 4,90^*$			$F_{(1/253)} = 1,75$		
Alter (in Jahren)	14-25	493	14,74	2,36	165	15,16	2,61	55	14,58	3,07
	26-35	547	14,55	2,59	173	15,07	2,63	67	15,27	2,69
	36-45	317	14,69	2,66	138	15,25	2,37	54	15,04	2,75
	46-55	302	15,40	2,95	130	15,61	2,84	39	15,18	2,85
	56-65	234	15,79	3,08	79	16,25	3,22	29	13,79	4,60
	66 u.ä.	332	15,83	3,52	102	16,50	3,23	29	14,28	4,43
	Signif.	$F_{(5/2083)} = 5,76^{***}$			$F_{(5/705)} = 4,77^{***}$			$F_{(5/249)} = 1,05$		
Schulabschluss ¹	HS	497	15,81	3,16	276	16,15	2,76	127	14,74	3,45
	RS	440	15,49	2,64	187	15,21	2,84	73	15,18	2,67
	Gymn.	1214	14,55	2,71	274	14,98	2,70	68	14,07	3,76
	Signif.	$F_{(2/2086)} = 22,47^{***}$			$F_{(2/708)} = 7,70^{***}$			$F_{(2/252)} = 0,71$		
Opferwerdung	Opfer	1242	15,31	2,96	495	15,68	2,93	212	14,86	3,39
	Nicht-O.	1058	14,74	2,73	322	15,16	2,64	71	14,23	3,23
	Signif.	$F_{(1/2298)} = 22,70^{***}$			$F_{(1/815)} = 6,78^{**}$			$F_{(1/281)} = 1,93$		

Fortsetzung Tabelle 15.4

		Jena			Kahla		
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s
Geschlecht	Männlich	878	15,17	2,83	114	14,74	2,67
	Weiblich	1051	15,75	2,84	113	15,38	2,80
	Signif.	$F_{(1/1729)} = 19,23^{***}$			$F_{(1/194)} = 4,66^{**}$		
Alter (in Jahren)	14-25	355	15,20	2,43	39	14,64	2,64
	26-35	397	15,07	2,60	56	14,93	2,61
	36-45	368	14,80	2,94	57	14,61	2,71
	46-55	372	15,69	2,95	42	15,55	2,88
	56-65	219	16,19	2,84	12	16,58	2,15
	66 u.ä.	201	17,00	2,92	17	16,35	3,28
	Signif.	$F_{(5/1725)} = 15,17^{***}$			$F_{(5/190)} = 1,35$		
Schulabschluss ¹	HS	384	16,33	2,92	59	15,76	3,18
	RS	705	15,44	2,75	99	14,88	2,55
	Gymn.	672	14,95	2,85	49	14,27	2,22
	Signif.	$F_{(2/1728)} = 12,51^{***}$			$F_{(2/193)} = 1,31$		
Opferwerdung	Opfer	1157	15,69	2,82	139	15,21	2,76
	Nicht-O.	782	15,18	2,86	90	14,86	2,76
	Signif.	$F_{(1/1937)} = 14,83^{***}$			$F_{(1/227)} = 0,90$		

¹ Für Jena und Kahla gelten die Äquivalente: 8. Klasse POS = Hauptschule, 10. Klasse POS = Realschule, EOS = Gymnasium

*p < .05 **p < .01 ***p < .001

Die Mittelwertsunterschiede der Skala „soziale Funktionen“ im Hinblick auf die unabhängige Variable Lebensalter sind in den drei größeren Kommunen hochsignifikant. In Löffingen und Kahla lassen sich keine bedeutsamen Unterschiede feststellen; zudem sind die Verteilungen vergleichsweise heterogen. War bei der Skala „repressive Funktionen“ eine steigende Zustimmung mit zunehmendem Alter festgestellt worden, so findet man hier, bei den sozialen Funktionen dasselbe Bild: Erneut sind es in Freiburg, Emmendingen und Jena die Älteren, die diesen Aufgaben ein besonderes Gewicht beimessen. Damit kann man ein ähnliches Phänomen wie schon zuvor beim Geschlecht feststellen: Die Befürwortung repressiver polizeilicher Funktionen schließt die Befürwortung der Wahrnehmung sozialer Aufgaben nicht aus und umgekehrt. Vielmehr scheint es so, als bestünde gerade bei den Älteren eine „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Einstellung, d.h.

auf der einen Seite soll die Polizei Sicherungs- und Ordnungsfunktionen wahrnehmen, auf der anderen Seite aber auch bei sozialen Mißständen eingreifen. Dies bedeutet, daß die Polizei in die Rolle eines „universellen Problemlösers“ gerückt wird.

Auch die Mittelwertsunterschiede in Bezug auf den höchsten erreichten Schulabschluß sind nur in den drei größeren Kommunen signifikant. Man kann, ähnlich wie schon beim Alter feststellen, daß diejenigen, welche repressive Polizeifunktionen als wichtig ansehen, auch in höherem Maße soziale Funktionen befürworten – d.h. Personen mit niedrigen allgemeinbildenden Schulabschlüssen. Auch hier gelten die hinsichtlich des Alters getroffenen Bemerkungen; Personen mit eher niedrigem Bildungsgrad sehen die Polizei in stärkerer Weise als eine Instanz an, die generell für die Beseitigung von Problemen und Mißständen zuständig ist. Sei dies nun durch Repression oder aber durch mildere Interventionen.

Was den Einfluß der Opferwerdung betrifft, so sind die Ergebnisse in Freiburg, Emmendingen und Jena erneut statistisch bedeutsam. In allen drei Kommunen, aber auch in Löffingen und Kahla, ist für Opfer die sozial unterstützende Funktion der Polizei wichtiger als für Nichtopfer. Dies mag damit zusammenhängen, daß durch die Viktimisierung und den daraus möglicherweise entstanden Kontakt zur Polizei die soziale Interaktion mit den Beamten als wichtig angesehen wird.

15.3 Zusammenfassung

Faßt man die Ergebnisse der Untersuchung zur Rolle der Polizei zusammen, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Kommunen. Während in Freiburg, Emmendingen und Löffingen mehr als drei Viertel der befragten Bürger die Arbeit der Polizei als zumindest gut einschätzen, liegen die Anteile in Jena und Kahla bei ca. einem Viertel. Demgegenüber ist die retrospektive Einschätzung der Arbeit der Polizei für die Zeit vor der Wende weitaus besser. Ähnliches gilt für die Bewertung der Arbeit der Justiz; während im Westen ca. 50% deren Arbeit als zumindest überwiegend gut einschätzen, liegt der Anteil in Jena und Kahla bei etwa 20%. Erneut wird die Justiztätigkeit retrospektiv vor der Wende weit besser bewertet. Der Grund hierfür dürfte in der erheblichen Umgestaltung der ostdeutschen Strafverfolgungsbehörden nach der Wende liegen; so wurden zahlreiche frühere DDR-Beamte aufgrund vorhandener Stasi-Beziehungen nicht weiter beschäftigt, Ersatz mußte erst geschaffen werden, so daß zum Zeitpunkt der Befragung neben einer erheblichen Ver-

unsicherung innerhalb der staatlichen Organe über die weitere Zukunft auch eine Unterbesetzung bestand. Faktoren die sich, auch angesichts der steigenden Kriminalitätsentwicklung, erheblich auf die Effizienz der Arbeit auswirkten. Dennoch zeigte eine Frage zur Freundlichkeit der Polizeibeamten, daß die ostdeutschen Bürger zu etwa drei Viertel Polizisten als freundlich und verständnisvoll einschätzten – dies entspricht den Werten der drei westdeutschen Kommunen – für die Zeit vor der Wende war die Bewertung weitaus schlechter.

In den Fragebogen war eine Frage hinsichtlich der Bewertung 12 verschiedener polizeilicher Aufgaben aufgenommen worden; diese reichten von eher sozialen Aufgaben, wie z.B. hilflose Personen unterstützen, bis hin zu Strafverfolgungs- bzw. Präventionsmaßnahmen. Zwischen den Kommunen ergaben sich hierbei nur wenige signifikante Unterschiede; dabei fiel im Westen auf, daß besonders die Emmendinger soziale Funktionen wie Verwahrung Betrunkener und Streitschlichtung betonten, möglicherweise spielen auftretende soziale Problemgruppen in der Stadt in der Sichtweise der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Die Polizei wird hier in gewisser Weise als Problemlöser angesehen. Generell betonten die Bewohner der kleineren Kommunen stärker die Hilfsfunktionen der Polizei. Für die Freiburger war besonders der Schutz vor Gewaltangriffen wichtig. Zwischen Jena und Kahla konnte nur ein signifikantes Ergebnis festgestellt werden: So spielte die Streitschlichtung in Jena eine größere Rolle als in Kahla.

Die zwölf Items wurden einer Faktorenanalyse unterzogen; dabei ergaben sich zwei voneinander inhaltlich unterscheidbare Faktoren, zum einen ein Faktor zu Ordnungs- und Sicherungsaufgaben der Polizei, zum anderen ein Faktor zu sozialen Aufgaben. Beide Faktoren wurden in homogene Skalen überführt.

Ein Vergleich der Skalen zwischen den Orten zeigte, daß die beiden ostdeutschen Kommunen höhere Werte in Bezug auf die Skala Sicherungs- und Ordnungsaufgaben aufwiesen. Dies dürfte mit der dort anzutreffenden generell erhöhten Unsicherheit verbunden sein. In Bezug auf die Skala soziale Aufgaben ergab sich ein Stadt-Land-Gefälle derart, daß diese Aufgaben in den Städten – unabhängig von Ost- oder Westdeutschland – als etwas wichtiger angesehen wurden. Hier ist ein Zusammenhang mit den dort häufiger vorhandenen sozialen Problemlagen zu sehen.

Beide Skalen wurden im Hinblick auf ihre Zusammenhänge zu soziodemographischen Variablen untersucht. Während bei Skala I „Ordnung und

Sicherung“ keine Geschlechtsunterschiede festgestellt werden konnten, ergaben sich Altersunterschiede in allen Kommunen derart, daß mit steigendem Alter auch die Betonung der Sicherungsaufgaben der Polizei zunahm. Ebenso stimmten – im Osten wie im Westen – Personen mit niedrigeren Schulabschlüssen deutlich stärker repressiven Polizeiaufgaben zu als Befragte mit Hochschulreife. Auch neigen Opfer eher als Nichtopfer dazu, die Sicherungsaufgaben der Polizei zu betonen. Dieses Bild ist nicht überraschend, es ist vielmehr ein oft gefundenes Ergebnis kriminologischer Untersuchungen, daß Ältere, Personen mit niedrigerem Bildungsstand und Opfer repressivere Einstellungen zeigen. Dies mag mit einer generell größeren Unsicherheit zusammenhängen, welche durch konsequent verfolgte Normen eine gewisse Stabilisierung erfährt.

Bezüglich der Skala „soziale Funktionen“ zeigten sich jedoch überraschenderweise ähnliche Ergebnisse: Frauen, Ältere, Personen mit niedrigen Schulabschlüssen und Opfer legen ebenfalls Wert darauf, daß die Polizei in sozialen Problem- und Notlagen eingreift.

Die Kombination aus repressiven und sozialen polizeilichen Aufgaben stellt jedoch keinen Widerspruch in sich dar, sondern ist daher erklärbar, daß für diese Personengruppen, denen gemeinsam ist, daß sie in der Gesellschaft ein mehr oder minder hohes Maß an Benachteiligung erfahren, die Polizei einen Ansprechpartner sowohl für Kriminalitäts- als auch für soziale Problem darstellt. Dies bedeutet auf der einen Seite eine erhebliche Mehrbelastung der Polizei, da neben der Verbrechensbekämpfung und -prävention auch sozialarbeiterische Kompetenzen gefragt sind, andererseits eröffnet dies auch Chancen für gemeindenahe Polizeiarbeit bis hin zum Community Policing. Der Polizei kann somit als ein erster und nicht zuletzt auch rund um die Uhr erreichbarer Ansprechpartner fungieren.

KAPITEL 16

Erfahrungen und Einstellungen im Zusammenhang mit illegalen Rauschmitteln

16.1 Einleitung in die Problemstellung

Das Thema illegaler Drogen- und Alkoholkonsum wurde in der Zeit nach der politischen Wende in der ehemaligen DDR besonders im Zusammenhang mit der durch den Umbruch verursachten teilweisen Orientierungslosigkeit der Bevölkerung diskutiert. So beschreibt *M. Müller* (1990), daß das in der ehemaligen DDR breite und etablierte Netz von Jugend- und Freizeiteinrichtungen nach der Wende und der Übernahme marktwirtschaftlicher Maximen stark bedroht sei. Zwar habe bereits, stärker als dies noch in der „Elterngeneration“ der Fall gewesen sei, schon zu DDR-Zeiten eine zunehmende Individualisierung und Selbstbestimmung der Freizeit eingesetzt, die Jugendlichen würden jetzt aber zunehmend dem Kommerzialisierungsdruck der Freizeit allein gegenüberstehen, und die selbstbestimmte Zeit könne sich zur Gefahrenquelle für Alkohol- (der bereits zu DDR-Zeiten die Droge Nr. 1 der Jugendlichen war; *Müller* 1990, S. 74) und Drogenkonsum entwickeln.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt *R. Müller* (1991), so sieht er durch den Zusammenbruch der früheren sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht nur das Problem, daß durch innere Konflikte Flucht Tendenzen in „Scheinwelten“ (S. 47) verstärkt werden, sondern daß der Drogenhandel als gewinnbringender Wirtschaftszweig entdeckt wird. Gerade die frühere DDR sei hier einem sehr hohen Risiko ausgesetzt: So habe die DDR zwar offiziell als drogenfrei gegolten, es sei auf der anderen Seite jedoch mehr hochprozentiger Alkohol konsumiert worden als in der früheren BRD, und bereits seit langem habe eine erhebliche Nachfrage nach Rauschmitteln bestanden, wenngleich trotz Einführung der „harten“ Währung der bereits erwartete und auch befürchtete Griff nach den „harten“ Drogen weitgehend ausgeblieben sei. Daß der Konsum von Alkohol in den neuen Bundesländern 1991 erheblich höher lag als in den alten Bundesländern, zeigt eine Veröffentlichung von *Junge* (1994): So betrug der Pro-Kopf-Konsum an reinem Alkohol 1991 in den alten Bundesländern 11,9l, in den neuen Bun-

desländern dagegen 13,11 (S. 10). Dies ist im internationalen Vergleich ein absoluter „Spitzenplatz“; so liegt von weiteren ausgewählten Ländern nur noch Frankreich (11,81) und Spanien (10,91) in einer Größenordnung wie die alte Bundesrepublik, jedoch deutlich unter dem Wert der neuen Bundesländer.

Neben den legalen Drogen wie Alkohol oder Nikotin spielen jedoch vor allem in der Meinungsbildung der Öffentlichkeit die illegalen Drogen, besonders die sogenannten „harten“ Drogen (z.B. Opiate, in neuerer Zeit auch synthetische „Designerdrogen“) eine erhebliche Rolle. Daß illegale Rauschmittel in der ehemaligen DDR bereits kurz nach der Wende ein zwar viel-diskutiertes, wenngleich jedoch eher vom „Hörensagen“ als durch eigene Erfahrungen bekanntes Thema waren, darauf weisen die Resultate der Ersten Deutsch-Deutschen Opferstudie (*Kury u.a.* 1996) hin. Hier zeigen die Ergebnisse, daß in Ostdeutschland rund 11% der Befragten der Ansicht sind, daß es eher leicht ist, in ihrer Gegend an Rauschgift heranzukommen; jedoch nur 2% haben schon einmal Rauschgifthandel oder -konsum in ihrer Gegend beobachtet und 2,4% kennen persönlich eine rauschgifterfahrene Person. Dies zeigt eine erhebliche Diskrepanz zwischen persönlichen Einstellungen bzw. Befürchtungen zum Themenbereich Rauschgift und der eigenen Erfahrung hierzu.

Wenngleich in Westdeutschland 1990 ein erheblich größerer Anteil an Personen über persönliche Erfahrungen im Rauschgiftbereich verfügt – ca. 8% haben in ihrer Gegend schon einmal Konsum oder Handel beobachtet und immerhin rund 16% kennen persönlich eine rauschgifterfahrene Person –, so glauben doch nahezu 34%, daß es in ihrer Gegend leicht sei, an Rauschgift heranzukommen. Auch in einer 1994 bundesweit durchgeführten Repräsentativerhebung hinsichtlich des Gebrauchs psychoaktiver Substanzen konnte noch ein erhebliches Ost-West-Gefälle festgestellt werden (*Herbst u.a.* 1995). So gaben im Westen insgesamt 13,6% der Befragten zwischen 18 und 59 Jahren an, schon einmal im Leben eine illegale Droge genommen zu haben, im Osten waren es lediglich 2,8%. Allerdings konnten die Autoren anhand bereits früher durchgeführter Studien feststellen (vgl. *Simon u.a.* 1991; *Herbst u.a.* 1993), daß die Zunahme der sogenannten „Lifetime-Prävalenz“ in Ostdeutschland bei den 18- bis 39jährigen sich von 1990 zu 1994 – wenn auch auf niedrigem Niveau – nahezu verfünffacht hat. So stieg der Anteil der Konsumenten illegaler Drogen von 1,1% 1990 (Westdeutschland 18,4%) auf 2,9% 1992 und schließlich 5,1% im Jahre 1994 (Westen: 19,6%).

In den genannten Repräsentativerhebungen wurde auch nach der Einschätzung der Schwierigkeit der Beschaffbarkeit von Drogen innerhalb von 24 Stunden gefragt. Erneut zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Ost- und Westdeutschen. So gaben in Westdeutschland 6,7% der drogenunerfahrenen und 18,2% der drogenerfahrenen Befragten an, daß sie leicht Heroin beschaffen könnten, 79,5% der Drogenunerfahrenen und 56,6% der Drogenerfahrenen wußten dagegen nicht, wie sie an Heroin herankommen sollten. In Ostdeutschland waren die Verhältnisse noch deutlicher, wenngleich die Zahlen der drogenerfahrenen Personen (N = 13) kaum zu interpretieren sind: Nur 1,2% der Drogenunerfahrenen gaben an, daß sie innerhalb von 24 Stunden leicht Heroin beschaffen könnten, 90,2% dagegen wußten nicht, wie sie Heroin beschaffen sollten. Auch bei den leichten Drogen sind die Resultate ähnlich: Von den Westdeutschen geben 17,9% der drogenunerfahrenen und 63,4% der drogenerfahrenen Personen an, daß sie leicht Haschisch oder Marihuana beschaffen könnten, von den ostdeutschen Drogenunerfahrenen lediglich 4% (Drogenerfahrene 38,3%). Demgegenüber unterscheidet sich die Provierbereitschaft für illegale Drogen zwischen Ost- und Westdeutschland kaum; 3,6% der befragten Westdeutschen zeigen eine gewisse Provierbereitschaft für illegale Drogen, bei den Ostdeutschen sind es 3,2%.

Inwieweit die jugendlichen Ostdeutschen überhaupt schon einmal in Kontakt mit Drogen gekommen sind, hierüber gibt eine Studie der *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung* (1994) Aufschluß: Während in Westdeutschland 41% der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren schon einmal Drogen angeboten bekamen, sind es in Ostdeutschland mit 17% weniger als die Hälfte.

Betrachtet man die offiziell registrierte Rauschgiftkriminalität anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik, so wird ein weitgehend nur unzuverlässiges Bild der Häufigkeit von Drogenkriminalität dargestellt. Bei Vergehen gegen das BtmG handelt es sich nicht, wie bei einer Vielzahl anderer Straftaten, um von der Bevölkerung angezeigte Vorfälle, sondern um sogenannte „Kontrolldelikte“, d.h. die Polizei wird von sich aus aktiv und ermittelt gegen bestimmte Personen oder Gruppen, was sich letztlich auf die Aufklärungsquote von rund 95% niederschlägt (vgl. Pfeiffer 1995, S. 39).

Geht man von der Darstellung dieser Deliktsgruppe in der PKS aus, so stellt die PKS des Jahres 1991 zum ersten Mal einen gesamtdeutschen Überblick, d.h. unter Einbeziehung der fünf neuen Bundesländer, dar, wobei auf dem Gebiet der früheren DDR noch erhebliche Mängel hinsichtlich

der Erfassung der Kriminalität im Allgemeinen bestanden. So wurden 1991, dem Jahr der Durchführung der hier dargestellten Ost-West-Vergleichsstudie, insgesamt rund 116.000 Rauschgiftdelikte von der Polizei registriert, darunter entfielen mehr als 50.000 (43,5%) auf die Droge Heroin, ein ähnlicher Anteil (ca. 52.000; 44,5%) auf Cannabisprodukte. Betrachtet man die Struktur der Deliktsfälle, so kann man feststellen, daß weit mehr als 80% der Tatverdächtigen männlichen Geschlechts sind, mehr als 50% der Tatverdächtigen sind unter 25 Jahre alt, letzteres ist bei beiden Geschlechtern ähnlich verteilt. Das bedeutet, daß von der Drogenkriminalität in ganz besonderem Maße junge Männer unter 25 Jahren betroffen sind. Es zeigt sich erwartungsgemäß ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle; so wurden 55% der Fälle in Großstädten registriert, der Anteil in Kleinstädten mit weniger als 20.000 Einwohner betrug lediglich 17%. Wie sehr zu diesem Zeitpunkt noch Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern bestanden, zeigt trotz der beschriebenen Darstellungsprobleme die Häufigkeitsziffer der PKS: Während in den alten Bundesländern 180 Straftaten auf 100.000 Personen der Bevölkerung entfielen, waren es in den neuen Bundesländern 1,1.

Ähnlich stellt sich auch der Vergleich der beiden hier diskutierten Bundesländer dar: So lag die Häufigkeitsziffer in Thüringen 1991 bei 1,2 registrierten Rauschgiftdelikten je 100.000 der Bevölkerung, in Baden-Württemberg betrug sie mit 166 das nahezu 140-fache. Daß hier die Umstellung der polizeilichen Ermittlungstätigkeit und der Registriermuster in den neuen Bundesländern einen erheblichen Einfluß haben, steht außer Zweifel, dennoch deuten diese Zahlen an, daß 1991 Rauschgift auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (außer Ost-Berlin) kein Thema war. Betrachtet man die folgenden Jahre 1992 bis 1994, so zeigt sich in beiden Bundesländern ein Anstieg, der zwar in Thüringen zu einer immer noch minimalen Kriminalitätsbelastung mit Rauschgiftdelikten führt, als solcher jedoch im Vergleich zu Baden-Württemberg geradezu „dramatische“ Ausmaße annimmt. So lag die Häufigkeitsziffer in Thüringen bezogen auf Rauschgiftdelikte 1992 bei 6,9 Straftaten je 100.000 Einwohner, 1993 bei 8,5 Straftaten und 1994 bei 15,3 Straftaten. D.h., daß zwischen 1992 und 1993 die erfaßte Rauschgiftkriminalität um ca. 23% anstieg, zwischen 1993 und 1994 sogar um 80%. Dies bedeutet, daß zwischen 1992 (ab hier geht das LKA Thüringen von weitgehend zuverlässigen Daten aus; persönliche Mitteilung des LKA) und 1994, also innerhalb von zwei Jahren, die Rauschgiftkriminalität in Thüringen einen Zuwachs um 122% zeigte. Auch in Baden Württemberg

kam es zu einem Anstieg der Straftatenzahlen: Lag die Häufigkeitsziffer 1992 bei 166,2, so stieg sie zum Jahr 1993 um ca. 19% auf 197,5 und nahm im darauffolgenden Jahr 1994 nochmals um ca. 9% auf 214,3 zu (Anstieg 1992 zu 1994 ca. 29%). Jedoch auch im Jahr 1994, dem höchsten Stand in Thüringen und Baden-Württemberg, ist die Zahl der erfaßten Rauschgiftstraftaten in Baden-Württemberg 14mal höher als in Thüringen.

Da, wie oben festgestellt, eine erhebliche Variation zwischen einzelnen Ortsgrößen besteht, sollen hier die den Projektorten entsprechende Ortsgrößen Thüringens und Baden-Württembergs betrachtet werden. So liegt Jena in der Ortsgröße der Gemeinden zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern, Kahla in der Gruppe unter 10.000 Einwohner. Für diese beiden Kategorien zeigen die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistiken von 1992 bis 1994, daß die größeren Kommunen deutlich stärker mit Rauschgiftkriminalität belastet sind als die kleineren Orte. Dabei fällt auf, daß der Anstieg in den berücksichtigten drei Jahren in den Großstädten erheblich rasanter verlief als in den kleinen Orten. So lag die Häufigkeitsziffer 1992 in den Städten mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern bei 10,2, in den Orten bis 10.000 Einwohner dagegen bei 4,2, d.h. in Großstädten wurden ca. zweieinhalbmal so viele Delikte pro 100.000 Einwohner registriert. 1993 sank der Wert in den kleinen Orten sogar um ca. 17% auf 3,5, in den Großstädten Thüringens kam es zu einem Anstieg um ca. 17% auf 11,9. 1994 stieg auch in den kleinen Gemeinden der Wert um 69% auf 5,9; dies ist aber immer noch rund ein Viertel der Häufigkeitsziffer der Thüringer Großstädte, die bei 23,4 Straftaten je 100.000 Bewohner liegt und daher von 1993 auf 1994 um 97% gestiegen ist, von 1992 auf 1994 sogar um 129%.

In den baden-württembergischen Gemeinden liegen die Werte insgesamt zwar deutlich höher, auf der anderen Seite ist aber für alle Gemeindegrößenklassen kein solcher Anstieg wie in Thüringen zu verzeichnen. Insgesamt ergibt sich das bekannte Bild, daß größere Kommunen deutlich stärker durch – anhand der PKS erfaßte – Rauschgiftdelikte betroffen sind als Kleinstädte. So liegt die Häufigkeitsziffer für Kommunen bis zu 20.000 Einwohnern – in diese Größenklasse fällt der Projektort Löffingen – für das Jahr 1992 bei 76,6 registrierten Rauschgiftdelikten je 100.000 Einwohner; 1993 stieg dieser Wert um 17% auf 89,4 und 1994 nochmals um 13% (101 Delikte), d.h. innerhalb von drei Jahren ergab sich eine Zunahme der registrierten Delikte um ca. 32%. Ebenso deutliche Zunahmen der erfaßten Rauschgiftkriminalität ergeben sich in den Klein- sowie den Großstädten. So stieg die Häufigkeitsziffer in den Städten zwischen 20.000 und 100.000

Einwohnern (Kategorie Emmendingen, ca. 23.000 Einwohner) von 196,6 im Jahr 1992 um 17% auf 229,6 im Jahr 1993 und um weitere 14% auf 262,4 registrierte Straftaten im Jahr 1994; dies bedeutet einen Zuwachs zwischen 1992 und 1994 um 33%. In den baden-württembergischen Großstädten zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern (Freiburg ca. 200.000 Einwohner) stieg die Häufigkeitsziffer von 276 im Jahr 1992 auf 369,7 im Jahr 1993 (Zuwachs 34%) und 1994 auf 399,6 (Zuwachs 8%), was eine Gesamtzunahme von 1992 zu 1994 um ca. 45% bedeutet. Inwieweit es sich hierbei um „reale“ Steigerungen handelt oder die verstärkte Ermittlungstätigkeit der Polizei mehr Straftaten aufdeckte, vermag an dieser Stelle nicht beurteilt zu werden, es zeigt sich jedoch deutlich, daß trotz der eingeschränkten ökologischen Validität der Daten, Rauschgiftkriminalität in erster Linie ein Problem westdeutscher Großstädte darstellt.

Wenngleich die registrierte Kriminalität kein verlässlicher Indikator für die real auftretende Häufigkeit illegaler Drogen ist, so trägt sie durch ihre Veröffentlichung und z.T. unsachgemäße Darstellung in den Medien in erheblichem Maße zur Meinungsbildung der Bevölkerung bei und beeinflusst somit das Sicherheitsgefühl. Beobachtbarer Drogenkonsum und die in aller Regel damit einhergehende erhöhte Kriminalitätsrate, so zeigen Studien aus den USA (*Hillenbrand & Davis 1993*), erhöht die Unzufriedenheit mit der eigenen Nachbarschaft. Die Studie zeigte allerdings, daß, obwohl die untersuchten Gebiete von Seiten der Polizei als stark drogenbelastet galten, dort 75% der Befragten bislang keinen Drogenkonsum in Wohngebäuden wahrgenommen hatten und nur jeder Zweite schon einmal Drogenverkauf auf der Straße beobachtet hatte (S. 7). Eine multivariate Datenanalyse ergab, daß Drogenbelastung in einem Quartier nicht per se zur Unzufriedenheit mit der Wohngegend führt, sondern daß die hiermit in Verbindung stehenden sozialen und städtebaulichen Probleme (z.B. Schmutz auf den Straßen, verlassene Fahrzeuge u.ä., Aspekte der sogenannten „incivilities“; vgl. *Box u.a. 1988, LaGrange u.a. 1992, Boers 1991*) ein erklärungs mächtiger Faktor für die Unzufriedenheit sind.

Da die Drogenkriminalität in aller Regel ein Problem großer Städte darstellt, werden gerade in neuester Zeit, nicht selten im Zusammenhang mit Projekten zur kommunalen Kriminalprävention, Ansätze auf lokaler Ebene intensiv diskutiert. Beispiele hierfür finden sich vor allem in Frankfurt/Main, wo 1992/93 ein umfassendes Programm zum Ausbau der Drogenhilfe verabschiedet wurde, das neben Substitution auch auf Erweiterung der psycho-sozialen Betreuung Frankfurter Drogenabhängiger setzt (vgl.

Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main, o.J.). Auch in einigen baden-württembergischen Großstädten, darunter Freiburg, ist im Rahmen eines Modellversuchs die Einrichtung einer lokalen Arztpraxis zur Substitutionstherapie geplant bzw. bereits umgesetzt worden (vgl. *Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 11/1981, S. 5*).

16.2 Darstellung der Untersuchungsergebnisse

16.2.1 Vergleich der fünf Befragungsstädte Freiburg, Emmendingen, Löffingen, Jena und Kahla

In das Untersuchungsinstrument wurden nur zwei Fragenkomplexe zum Thema illegale Drogen aufgenommen. Die Beschränkung auf illegale Drogen erfolgte daher, da dieser Bereich nur einen Randaspekt der eigentlichen Fragestellungen zum Kriminalitätsvergleich erfaßt. Daher sollte hier nur der strafrechtlich relevante Anteil von Rauschmittelkonsum berücksichtigt werden, eine weiterführende Analyse bzw. die Aufnahme der Aspekte legaler Drogen hätte zu weit geführt.

Es wurde zunächst danach gefragt, was die Personen glauben, warum es für andere Menschen interessant sein könnte, einmal Rauschgift auszuprobieren. Hierbei wurden insgesamt 11 Möglichkeiten vorgegeben; aus diesen konnten die Befragten eine oder auch mehrere Antworten auswählen. Die Ergebnisse der fünf Städte im Vergleich zeigt Tabelle 16.1. In dieser Tabelle wird neben einer Prozentuierung auf die Zahl der gegebenen Nennungen auch die Prozentuierung auf die Zahl der Befragten dargestellt.

Betrachtet man die Ergebnisse, so kann man feststellen, daß in allen fünf untersuchten Kommunen die häufigste Nennung auf die Kategorie „um Probleme vergessen zu können“ entfiel. Während in den drei westdeutschen Gemeinden zwischen 15,2% und 16,6% aller Nennungen auf diese Antwortkategorie entfielen, waren es in Jena und Kahla mit 20% bzw. 21,7% noch deutlich mehr. In allen Orten gaben dabei mehr als die Hälfte der Befragten (geringster Wert: Löffingen 50,4%; höchster Wert: Jena 55,6%) diese Antwort an. Dies zeigt, daß sogenannte „eskapistische“ Motive, d.h. die Flucht vor einem vielleicht belastenden Alltag, für einen angenommenen Rauschmittelkonsum im Vordergrund stehen. In den drei westdeutschen Kommunen gibt es eine auffallende Übereinstimmung in der weiteren Häufigkeit der Nennungen der einzelnen Antwortkategorien: So folgt an zweiter Stelle die Antwort „um mitreden zu können“; dies wählen 42,1% der Freiburger (12,8% aller Nennungen), 44,4% der Emmendinger

(12,8%) und 38,1% der Löfflinger (11,5%). Es folgen mit den nächst höchsten Nennungen die Antwortmöglichkeiten „um nicht als Außenseiter zu gelten“ (in Freiburg geben 37,4% der Befragten diese Alternative an; dies entspricht 11,3% der Nennungen; Emmendingen: 38,5%; 11,1%; Löfflingen: 34,4%; 10,4%), und die „Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles Glücksgefühl zu erleben“ (Freiburg: 35,2%; 10,6%; Emmendingen: 35,5%; 10,3%; Löfflingen 32,6%; 9,8%).

Tabelle 16.1: Angenommene Gründe für einen Rauschgiftkonsum (V29)

Motive für Rauschgiftkonsum	Freiburg			Emmendingen			Löfflingen		
	Antw.	Fälle		Antw.	Fälle		Antw.	Fälle	
	n	%	%	n	%	%	n	%	%
um mitreden zu können	926	12,8	42,1	346	12,8	44,4	103	11,5	38,1
um Probleme vergessen zu können	1204	16,6	54,8	418	15,5	53,6	136	15,2	50,4
Reiz, etwas „Verbotenes“ zu tun	656	9,0	29,9	249	9,2	31,9	80	8,9	29,6
um nicht als Außenseiter zu gelten	822	11,3	37,4	300	11,1	38,5	93	10,4	34,4
aus Langeweile	511	7,0	23,3	199	7,4	25,5	60	6,7	22,2
weil man „in“ sein möchte	420	5,8	19,1	153	5,7	19,6	60	6,7	22,2
Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles Glücksgefühl zu erleben	773	10,6	35,2	277	10,3	35,5	88	9,8	32,6
aus reiner Abenteuerlust	559	7,7	25,4	193	7,2	24,7	74	8,3	27,4
Vorstellung, daß nur wenige drogenabhängig werden	503	6,9	22,9	186	6,9	23,8	70	7,8	25,9
weil Idole/Leitbilder Rauschgift nehmen	363	5,0	16,5	140	5,2	17,9	43	4,8	15,9
weil es einfach ist, an Drogen heranzukommen	522	7,2	23,8	232	8,6	29,7	89	9,9	33,0
Gesamt	7259	100,0	330,4	2693	100,0	345,3	896	100,0	331,9

Fortsetzung Tabelle 16.1

Motive für Rauschgiftkonsum	Jena			Kahla		
	Antw.	Fälle		Antw.	Fälle	
	n	%	%	n	%	%
um mitreden zu können	503	9,7	27,0	43	8,1	19,8
um Probleme vergessen zu können	1038	20,0	55,6	115	21,7	53,0
Reiz, etwas „Verbotenes“ zu tun	628	12,1	33,7	69	13,0	31,8
um nicht als Außenseiter zu gelten	433	8,4	23,2	36	6,8	16,6
aus Langeweile	323	6,2	17,3	34	6,4	15,7
weil man „in“ sein möchte	278	5,4	14,9	26	4,9	12,0
Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles Glücksgefühl zu erleben	509	9,8	27,3	57	10,7	26,3
aus reiner Abenteuerlust	619	11,9	33,2	58	10,9	26,7
Vorstellung, daß nur wenige drogenabhängig werden	410	7,9	22,0	40	7,5	18,4
weil Idole/Leitbilder Rauschgift nehmen	205	4,0	11,0	20	3,8	9,2
weil es einfach ist, an Drogen heranzukommen	239	4,6	12,8	33	6,2	15,2
Gesamt	5185	100,0	277,9	531	100,0	244,7

Eine Ausnahme bildet Löffingen; hier geben 33,0% der Befragten an, daß sie sich als Grund für den Rauschgiftkonsum vorstellen könnten, daß es „einfach ist, an Drogen heranzukommen“ (9,9% der Antworten). Diese Kategorie wird in Emmendingen (29,7% der Fälle, 8,6% der Nennungen) und vor allem in Freiburg (23,8%; 7,2%) deutlich seltener genannt und ist damit die einzige, die ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle aufweist (der Unterschied zwischen Freiburg und Löffingen beträgt, bezogen auf die Fälle, nahezu 10%). Gerade hier wird deutlich, wie sehr Einstellungen zum Rauschmittelkonsum vom „Hörensagen“ beeinflusst sind. So dürfte in der dörflichen Gemeinde Löffingen der Drogenmarkt, zumindest was illegale Rauschmittel anbelangt, eher gering sein; daher kann es sich bei den Löff-

finger Einschätzungen nur um Annahmen über einen potentiellen Drogenmarkt in einer Großstadt handeln. Demgegenüber spielt in Freiburg, das effektiv über einen Drogenmarkt verfügt, diese Antwortkategorie nur eine untergeordnete Rolle. Kaum eine Bedeutung als Grund für einen antizipierten Rauschmittelkonsum spielt die Auffassung „weil Idole/Leitbilder Rauschgift nehmen“ (Freiburg: 16,5% Fälle; 5,0% Antworten; Emmendingen: 17,9%; 5,2%; Löffingen: 15,9%; 4,8%) oder aber auch „weil man ‚in‘ sein möchte“ (Freiburg: 19,1%; 5,8%; Emmendingen: 19,6%; 5,7%; Löffingen: 22,2%; 6,7%). Bei der letztgenannten Kategorie ist zu berücksichtigen, daß 1991/92 noch nicht in dem Maße wie heute synthetische Drogen und Musikkultur (Techno-Scene – Ecstasy) miteinander einhergingen.

In den beiden ostdeutschen Kommunen liegt zwar die Kategorie „um Probleme vergessen zu können“ an der Spitze der Nennungen, anders als im Westen steht hier an zweiter Stelle der „Reiz, etwas ‚Verbotenes‘ zu tun“ (in Jena gaben 33,7% der Befragten diese Kategorie an; dies entspricht 12,1% der Nennungen; in Kahla waren es 31,8% der Personen und 13,0% der Nennungen). Es folgt, und auch hier ergeben sich Unterschiede zu den westdeutschen Kommunen, die Antwortkategorie „aus reiner Abenteuerlust“ (Jena: 33,2%; 11,9%; Kahla: 26,7%; 10,9%). Als vierthäufigste Nennung erscheint ebenfalls in beiden ostdeutschen Orten – dies ist mit dem Westen identisch – die „Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles Glücksgefühl zu erleben“ (Jena: 27,3%; 9,8%; Kahla: 26,3%; 10,7%).

Während im Westen verstärkt extrinsische Gründe für einen antizipierten Drogenkonsum im Vordergrund stehen (mitreden können, Außenseitertum vermeiden), kann man für die beiden ostdeutschen Kommunen von der Vorstellung eines Abenteuers und dem Reiz des „Verbotenen“ sprechen, Gründe die weit mehr im intrinsischen Bereich anzusiedeln sind als die eher „sozialen“ Hintergründe im Westen. Hier mag die sehr geringe, nur wenig medienvermittelte, Erfahrung der Ostdeutschen im Zusammenhang mit illegalen Rauschmitteln eine Rolle spielen. Interessant ist an dieser Stelle der Ost-West-Vergleich hinsichtlich der Aussage „weil es einfach ist, an Drogen heranzukommen“. Während im Westen zwischen 24 und 33 Prozent der Befragten diese Kategorie angeben, sind es in Jena mit 12,8% und in Kahla mit 15,2% gerade die Hälfte der westdeutschen Werte. Dies spricht für die noch geringe Verbreitung illegaler Rauschmittel zum Zeitpunkt der Befragung 1991/92.

Vergleicht man die Daten mit der bereits oben erwähnten Studie der *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)* (1994), in welcher

nach den Gründen für Rauschgiftkonsum im Ost-West-Vergleich gefragt wurde (es wurden jedoch nur drogenerfahrene Personen befragt), so zeigt sich, daß das in der baden-württembergischen/thüringischen Vergleichsstudie am häufigsten genannte Motiv „um Probleme vergessen zu können“, das in der BZgA-Studie in ähnlicher Weise formuliert war („Weil man dabei leichter den Alltag vergessen kann“), bei den Drogenerfahrenen nicht im Vordergrund steht. Nur 21% im Westen und 28% im Osten wählten diese Antwortkategorie. Eine Übereinstimmung läßt sich dagegen in Bezug auf die Variable „Glücksgefühl“ (Freiburg-Jena: „Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles Glücksgefühl zu erleben“, BZgA: „Weil sich dabei Glücksgefühle einstellen“) feststellen: So geben in den drei westdeutschen Kommunen ca. 35% der Befragten diese Antwortkategorie an, in Jena und Kahla sind es ca. 27%, in der Erhebung bei den Drogenerfahrenen (BZgA-Studie) entfallen auf den Westen 30% und auf Ostdeutschland 28%. Eine interessante Diskrepanz ergibt sich hinsichtlich der Antwortkategorie „um mitreden zu können“ (BZgA: „Weil man mitreden muß“): Während dies in Freiburg, Emmendingen und Löffingen mit 44% bis 38% erheblich häufiger angegeben wird als in Jena (27%) oder Kahla (ca. 20%), sind die Ost-West-Verhältnisse bei der Befragung der Drogenerfahrenen (BZgA-Studie) umgekehrt. Hier geben 37% der Befragten aus den neuen Bundesländern diese Antwortalternative an, dagegen aber nur 23% aus den alten Bundesländern. Dies weist darauf hin, daß als Motiv für einen faktischen Drogenkonsum in den neuen Bundesländern eher soziale Vergleichsprozesse wirksam werden, als dies die vorliegende Studie nahelegt; im Westen ist es umgekehrt.

In einem weiteren Schritt sollte erfaßt werden, inwieweit die Befragten selbst einmal Rauschgift (die Definition lag hierbei explizit auf illegalen leichten, z.B. Haschisch, oder auch harten Drogen, z.B. Heroin) konsumiert haben. Bei dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß vermutlich eine Verzerrung dahingehend besteht, daß nicht wenige Befragte zwar bereits einmal Rauschgift probiert haben, jedoch nicht bereit sind, dies im Rahmen einer Befragung zuzugeben. Bei dieser Frage wurden insgesamt drei Antwortkategorien vorgegeben, „ja“, „nein“ und „Rauschgift lehne ich prinzipiell für mich ab“. Die letztgenannte Kategorie legt zwar eine gesteigerte Form der Verneinung der Frage nahe, letztlich bedeutet sie allerdings nur, daß der Betreffende kein Rauschgift nimmt oder auch genommen hat. Vergleicht man die Verteilungen über die fünf Befragungsorte hinweg, so kann man für die drei westdeutschen Kommunen feststellen, daß in Freiburg ca. dop-

pelt so viele Befragte (14,8%) als in Emmendingen (7,5%) oder Löffingen (6,9%) bereits einmal illegale Rauschmittel probiert haben. Dieses Ergebnis geht konform mit der bereits oben anhand der PKS gemachten Feststellung, daß Großstädte deutlich stärker mit Rauschgiftdelikten belastet sind als kleinere Orte. Trotz dieses erhöhten Wertes in Freiburg muß jedoch gesagt werden, daß mehr als 80% bzw. 90% der westdeutschen Befragten bislang keine persönlichen Erfahrungen mit illegalen Rauschmitteln haben. In den beiden ostdeutschen Kommunen ist dieser Anteil der „rauschgiftunerfahrenen“ Personen noch deutlich höher: In Jena geben nur 1,7% der Befragten an, schon einmal illegale Drogen probiert zu haben, in der Kleinstadt Kahla ist dies nur eine Person (0,4%). Damit liegt der Anteil in der Großstadt Jena bei ca. einem Zehntel des Wertes für Freiburg und zeigt damit die 1991/92 noch weitgehend geringe Relevanz des Drogenproblems in Ostdeutschland.

16.2.2 Zusammenhänge zwischen Einstellungen zu und Konsum von Rauschgift und demographischen Variablen

Wie bereits oben geschildert, sind Rauschgiftdelikte v.a. ein Problem junger Menschen und Männer, so daß an dieser Stelle in erster Linie nach diesen beiden Variablen differenziert werden soll. Da die Fallzahlen der kleineren Orte Emmendingen, Löffingen und Kahla für solche spezifischen Vergleiche relativ klein sind, werden nachfolgend nur die beiden großen Städte Freiburg und Jena in die Auswertung aufgenommen.

Betrachtet man die Geschlechtsverteilung hinsichtlich der Einstellungsfrage, warum es für bestimmte Menschen interessant sein könnte, Rauschgift zu probieren, so zeigt Tabelle 16.2 für die Freiburger und die Jenaer Stichprobe, daß es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Männern und Frauen gibt. Größere Diskrepanzen finden sich in der Freiburger Stichprobe lediglich in Bezug auf die Antwortmöglichkeit „um Probleme zu vergessen“, hier wählen mit 58,5% mehr Frauen als Männer (50,6%) diese Kategorie. Ebenso glauben mehr Frauen (36,4%) als Männer (33,8%), daß die Antizipation eines „Glücksgefühls“ ein möglicher Grund für Drogenkonsum sein könnte, und sie sind auch häufiger der Ansicht (Frauen 25,0%; Männer 20,4%), daß die Annahme, daß nur wenige abhängig werden, ein Motiv zum Konsum illegaler Rauschmittel darstellt. Alle anderen Unterschiede sind zu gering, als daß sie sinnvollerweise dargestellt werden könnten.

Tabelle 16.2: Angenommene Gründe für Rauschgiftkonsum: Geschlecht

	Freiburg				Jena			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	n	%	n	%	n	%	n	%
um unter Freunden mitreden zu können	450	43,1	473	41,3	218	26,0	282	27,8
um Probleme zu vergessen	528	50,6	670	58,5	464	55,2	568	55,9
weil das Verbotene reizt	321	30,8	331	28,9	269	32,0	356	35,0
um kein Außenseiter zu sein	390	37,4	429	37,5	194	23,1	238	23,4
aus Langeweile	231	22,1	279	24,4	130	15,5	192	18,9
weil man „in“ sein möchte	199	19,1	218	19,0	131	15,6	146	14,4
weil man glaubt, ein Glücksgefühl zu erleben	353	33,8	417	36,4	216	25,7	289	28,4
aus Abenteuerlust	263	25,2	294	25,7	267	31,8	350	34,4
weil man denkt, daß nur wenige abhängig werden	213	20,4	286	25,0	180	21,4	227	22,3
weil auch Idole Rauschgift nehmen	177	17,0	185	16,2	96	11,4	107	10,5
weil es einfach ist, an Drogen heranzukommen	260	24,9	259	22,5	117	13,9	121	11,9
Gesamt N	1043		1145		840		1016	

Insgesamt betrachtet ist die Reihenfolge der Bedeutsamkeit der Motive für beide Geschlechter in Freiburg weitgehend identisch; so steht sowohl für Männer (50,6%) wie auch für Frauen (58,8%) das Motiv „um Probleme zu vergessen“ im Vordergrund, es folgt „um unter Freunden mitreden zu können“ (Männer 43,1%; Frauen 41,3%) und „um kein Außenseiter zu sein“ (37,4%; 37,5%).

In Jena sind die Geschlechtsunterschiede in der Regel noch geringer, Abweichungen von mehr als 2,5 bis 3 Prozentpunkten ergeben sich in den Kategorien „weil das Verbotene reizt“ (Männer 32,0%; Frauen 35,0%), „aus Langeweile“ (Männer 15,5%; Frauen 18,9%), „weil man glaubt ein Glücksgefühl zu erleben“ (Männer 25,7%; Frauen 28,4%) und „aus Abenteuerlust“ (Männer 31,8%; Frauen 34,4%). Durchweg stimmen bei den genannten Antwortalternativen mehr Frauen als Männer zu.

Tabelle 16.3: Angenommene Gründe für Rauschgiftkonsum – Alter
(F: Freiburg; J: Jena)

		14-25		26-35		36-45		46-55		56-65		66 u.ä.	
		n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
um unter Freunden mitreden zu können	F	242	50,0	263	48,6	125	40,2	115	39,4	67	31,6	87	30,3
	J	120	33,9	111	28,2	93	25,8	77	21,6	54	25,8	44	26,0
um Probleme zu vergessen	F	288	59,5	319	59,0	167	53,7	155	53,1	101	47,6	136	47,4
	J	218	61,6	229	58,3	188	52,2	189	52,9	122	58,4	86	50,9
weil das Verbotene reizt	F	170	35,1	182	33,6	90	28,9	72	24,7	43	20,3	73	25,4
	J	112	31,6	150	38,2	114	31,7	131	36,7	57	27,3	54	32,0
um kein Außenseiter zu sein	F	217	44,8	234	43,3	119	38,3	102	34,9	48	22,6	83	28,9
	J	126	35,6	99	25,2	79	21,9	58	16,2	35	16,7	30	17,8
aus Langeweile	F	121	25,0	139	25,7	68	21,9	69	23,6	45	21,2	57	19,9
	J	78	22,0	94	23,9	50	13,9	49	13,7	29	13,9	21	12,4
weil man „in“ sein möchte	F	99	20,5	101	18,7	53	17,0	60	20,5	38	17,9	56	19,5
	J	61	17,2	51	13,0	60	16,7	51	14,3	30	14,4	22	13,0
weil man glaubt, ein Glücksgefühl zu erleben	F	181	37,4	220	40,7	89	28,6	112	38,4	53	25,0	90	31,4
	J	147	41,5	128	32,6	78	21,7	71	19,9	49	23,4	32	18,9
aus Abenteuerlust	F	155	32,0	138	25,5	69	22,2	64	21,9	36	17,0	79	27,5
	J	113	31,9	135	34,4	132	36,7	107	30,0	65	31,1	61	36,1
weil man denkt, daß nur wenige abhängig werden	F	106	21,9	145	26,8	68	21,9	80	27,4	38	17,9	49	17,1
	J	105	29,7	95	24,2	78	21,7	54	15,1	46	22,0	28	16,6
weil auch Idole Rauschgift nehmen	F	70	14,5	101	18,7	42	13,5	54	18,5	30	14,2	51	17,8
	J	51	14,4	44	11,2	35	9,7	32	9,0	25	12,0	15	8,9
weil es einfach ist, an Drogen heranzukommen	F	94	19,4	111	20,5	75	24,1	74	25,3	60	28,3	87	30,3
	J	53	15,0	50	12,7	32	8,9	51	14,3	29	13,9	23	13,6
Gesamt N	F	484		541		311		292		212		287	
	J	354		393		360		357		209		169	

Wie schon in Freiburg so ist auch hier die Struktur im Hinblick auf die Bedeutsamkeit der einzelnen Motive zwischen den Geschlechtern identisch. Am häufigsten wird „um Probleme zu vergessen“ (Männer 55,2%; Frauen 55,9%) als mutmaßliches Motiv für Rauschmittelkonsum angegeben; es folgt in Jena „weil das Verbotene reizt“ (32,0%; 35,0%) und „aus Abenteuerlust“ (31,8%; 34,4%).

Was die Altersabhängigkeit der angenommenen Motive für einen Rauschgiftkonsum betrifft, so zeigt Tabelle 16.3, daß in Freiburg eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Häufigkeit der Nennungen der einzelnen Kategorien über die Altersgruppen hinweg besteht: So wird das Motiv „um Probleme vergessen zu können“ immer am häufigsten genannt (14-25 Jahre 59,5%; 26-35 Jahre 59,0%; 36-45 Jahre 53,7%; 46-55 Jahre 53,1%; 56-65 Jahre 47,6%; 66 Jahre und älter 47,4%), wengleich der absolute Prozentwert mit zunehmendem Alter sinkt. An zweiter Stelle der Nennungen steht mit Ausnahme bei den ältesten Befragten (30,3%) die Kategorie „um unter Freunden mitreden zu können“ (14-25 Jahre 50,0%; 26-35 Jahre 48,6%; 36-45 Jahre 40,2%; 46-55 Jahre 39,4%; 56-65 Jahre 31,6%). Während in diesen beiden häufigsten Angaben kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen in Freiburg festzustellen sind, gibt es in der nächsthäufigeren Antwortkategorie einen deutlichen Alterseffekt. Während die 14- bis 45jährigen durchweg die Antwort „um kein Außenseiter zu sein“ als dritthäufigstes Motiv für Rauschgiftkonsum annehmen (44,8%; 26-35 Jahre 43,3%; 36-45 Jahre 38,3%), sehen dies die 46- bis 55jährigen in der Antwortmöglichkeit „weil man glaubt ein Glücksgefühl zu erleben“ (38,4%) – die Probanden der Altersgruppe 66 Jahre und älter setzen diese Möglichkeit sogar an die zweite Stelle (31,4%) –, als dritthäufigsten Grund nennen sie, ebenso wie die 56- bis 65jährigen „weil es einfach ist, an Drogen heranzukommen“ (28,3%; 66 Jahre und älter 30,3%).

Auch in Jena zeigt sich ein vergleichbares Ergebnis. Wie in Freiburg, so geben auch hier alle Altersgruppen am häufigsten die Kategorie „um Probleme zu vergessen“ an (14-25 Jahre 61,6%; 26-35 Jahre 58,3%; 36-45 Jahre 52,2%; 46-55 Jahre 52,9%; 56-65 Jahre 58,4%; 66 Jahre und älter 50,9%). Während jedoch in Freiburg stärker „soziale“ Motive (um mitreden zu können, kein Außenseiter zu sein) im Vordergrund stehen, überwiegen hier bei nahezu allen Altersgruppen Gründe, die eine Beziehung zwischen Drogen und „Abenteuer“ herstellen. Eine Ausnahme bilden die jüngsten und, wie weiter unten noch gezeigt wird, „drogenerfahrensten“ Befragten; sie stellen das Motiv „weil man glaubt, ein Glücksgefühl zu er-

leben“ (41,5%) an zweite und „um kein Außenseiter zu sein“ an die dritte Stelle (35,6%). Bei allen weiteren Altersgruppen stehen entweder die Antwortkategorien „weil das Verbotene reizt“ (26-35 Jahre 38,2%; 36-45 Jahre 31,7%; 46-55 Jahre 36,7%; 56-65 Jahre 27,3%; 66 Jahre und älter 32,0%) oder aber „aus Abenteuerlust“ (26-35 Jahre 34,4%; 36-45 Jahre 36,7%; 46-55 Jahre 30,0%; 56-65 Jahre 31,1%; 66 Jahre und älter 36,1%) an zweiter oder dritter Stelle in der Häufigkeit der Nennungen.

Auf die in das Instrument aufgenommene Frage nach eigenem Rauschgiftkonsum geben erwartungsgemäß mehr Männer als Frauen an, daß sie schon einmal Haschisch, Heroin o.ä. probiert hätten. Dies trifft sowohl auf die Befragten in Freiburg (18,2% der Männer haben Rauschgifterfahrung, gegenüber 11,8% der Frauen) zu, als auch – unter vorsichtiger Berücksichtigung der kleinen Fallzahl der Drogenerfahrenen – auf Jena (2,3% Männer, 1,3% Frauen). Dieser in Freiburg statistisch hochsignifikante Unterschied zwischen Männern und Frauen ($\text{Chi}^2 = 19,5$; $p < .001$) wird v.a. durch eine deutlich stärkere, prinzipielle Ablehnung von Rauschgift durch die Frauen ausgeglichen (58,0% Männer, 64,1% Frauen).

Vor allem in Freiburg zeigt sich zudem eine erhebliche und auch statistisch hochsignifikante ($\text{Chi}^2 = 265,39$; $p < .001$) Altersabhängigkeit des Rauschgiftkonsums (vgl. Abbildung 16.1). So geben ab der Alterskategorie 46 Jahre und älter nur noch wenige Befragte an, daß sie einmal Rauschgift probiert haben. Demgegenüber sind es in der jüngsten Altersgruppe der bis 25jährigen 18,9% die schon einmal eigene Erfahrungen mit illegalen Drogen gemacht haben, in der Alterskategorie 26 bis 35 Jahre sind es sogar 27,3% und auch von den 36- bis 45jährigen hat noch ein Viertel (25,0%) eigene Drogenerfahrungen gemacht. Dieser hohe Anteil bei den Erwachsenen dürfte v.a. dadurch bedingt sein, daß diese Altersgruppen in der 70er Jahren Jugendliche waren und daher intensiv mit den Ideen der „Flower-Power“- bzw. „Hippie“-Kultur in Kontakt kamen, welche von der „bewußtseinsweiternden“ Wirkungsweise von Drogen ausgingen. Hier kommt sicherlich zum Tragen, daß ein großer Anteil der Befragten in Freiburg hochgebildet ist (vgl. Kapitel 6) und gerade in den studentischen und akademischen Kreisen diese Bewegung großen Zulauf fand. Wie schon in Bezug auf die Variable Geschlecht, so verhalten sich auch hier die Antwortkategorien „ja“ und „prinzipielle Ablehnung“ komplementär zueinander, d.h. innerhalb der Kategorie „nein“ ist die Variation zwischen den einzelnen Altersgruppen vergleichsweise gering.

Abb. 16.1: Rauschgifterfahrung und Alter: Freiburg

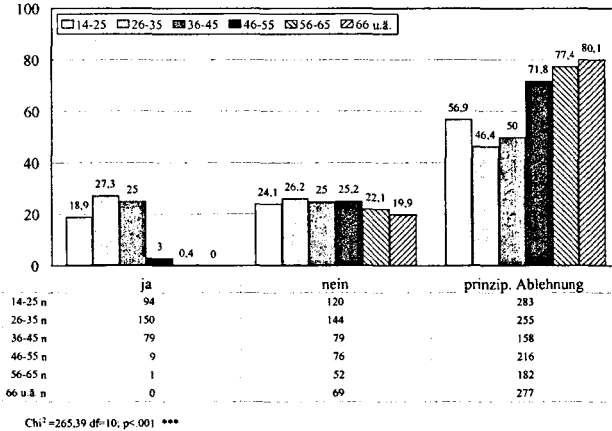
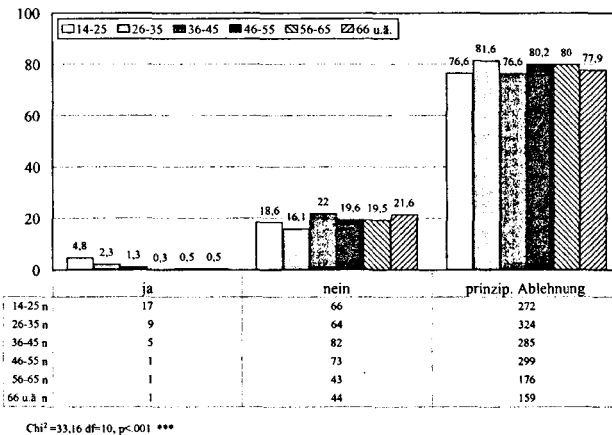


Abb. 16.2: Rauschgifterfahrung und Alter: Jena



Für die Darstellung der Jenaer Verteilungen ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der drogenerfahrenen Personen sehr gering ist, so daß eine altersabhängige Auswertung kaum interpretierbar ist und daher der gefundene

hochsignifikante χ^2 -Wert aufgrund der z.T. sehr geringen Zellenbesetzungen nicht überinterpretiert werden sollte (vgl. Abbildung 16.2). Es fällt im Gegensatz zu den Freiburger Verteilungen auf, daß in Jena vor allem die jüngste Altersgruppe der bis 25jährigen am häufigsten über eigene Drogen-erfahrungen berichtet. Die weitgehende Tolerierung weicher Drogen wie sie im Westen und damit auch in Freiburg im Zuge der Bewegungen der späten 60er und frühen 70er Jahre aufgetreten ist, fand in Ostdeutschland nie statt. Daher betritt die ehemalige DDR in puncto Rauschmittel quasi Neuland. Entsprechend spiegeln die gefundenen Daten das in der Untersuchung von *Herbst u.a.* (1994) gezeigte hohe Einstiegsrisiko der 17jährigen (Westdeutschland) wieder.

16.2.3 Zusammenhänge zwischen Einstellungen zu und Konsum von Rauschgift sowie Anomie

In einem letzten Auswertungsschritt soll geprüft werden, inwieweit das Erleben von Unsicherheit, von Orientierungslosigkeit und Entfremdung in Zusammenhang mit dem realen Rauschgiftkonsum steht, bzw. welchen Einfluß diese Variablen auf die vermuteten Motive für einen Rauschmittelkonsum haben. Die Zusammensetzung und Operationalisierung des Konstrukts Anomie wurde bereits in Kapitel 11 beschrieben, für genauere Informationen sei hierauf verwiesen. Wie zuvor, sollen nur die beiden Großstädte Freiburg und Jena betrachtet werden. Da bei Betrachtung der Variablen Anomie die sozio-demographischen Variablen Geschlecht, Alter und Schulabschluß eine erhebliche Rolle spielen und auf die Kombination zweier „weicher“ Merkmale wie Anomie und Rauschmittelkonsum bzw. Einstellungen zu Rauschmitteln einen gewissen Einfluß haben dürften, hatten wir uns zur Durchführung von Kovarianzanalysen mit den unabhängigen Variablen Konsum von bzw. Einstellungen zu Rauschmitteln, der abhängigen Variablen Anomie und den Kovariaten Geschlecht, Alter und Schulabschluß entschieden.

Betrachtet man die in Tabelle 16.4 dargestellten Mittelwerte der Freiburger Probanden unter Abhängigkeit der Angabe entsprechender Gründe für Rauschmittelkonsum, so kann man zwischen denjenigen Probanden, die einen bestimmten Grund als relevant für einen möglichen Rauschmittelkonsum betrachten, und denen, die diesen Grund nicht angeben, nur einen signifikanten Mittelwertsunterschied bezüglich der Skala Anomie beobachten. Es weisen nur die Probanden, welche als möglichen Grund für

Tabelle 16.4: Angenommene Gründe für Rauschgiftkonsum und Anomie
(F: Freiburg; J: Jena)

		keine Angabe			Angabe			Varianzanalyse
		n	\bar{x}	s	n	\bar{x}	s	
um mitreden zu können	F	1392	19,05	5,19	919	18,59	4,58	$F_{(1/1941)} = 3,75$
	J	1445	20,55	4,97	499	19,87	4,78	$F_{(1/1665)} = 0,34$
um Probleme zu vergessen	F	1115	18,65	5,23	1196	19,06	4,69	$F_{(1/1941)} = 1,73$
	J	908	20,02	4,98	1031	20,68	4,87	$F_{(1/1667)} = 15,87^{***}$
weil das Verbotene reizt	F	1662	18,93	5,05	649	18,71	4,74	$F_{(1/1941)} = 0,00$
	J	1320	20,46	5,09	625	20,22	4,57	$F_{(1/1667)} = 0,17$
um kein Außen-seiter zu sein	F	1495	18,90	5,15	816	18,80	4,59	$F_{(1/1941)} = 0,02$
	J	1513	20,57	4,97	432	19,72	4,75	$F_{(1/1665)} = 2,24$
aus Langeweile	F	1804	18,92	5,00	507	18,67	4,82	$F_{(1/1941)} = 0,03$
	J	1623	20,39	4,93	321	20,36	4,90	$F_{(1/1666)} = 1,23$
weil man „in“sein möchte	F	1892	18,83	5,02	419	19,03	4,69	$F_{(1/1941)} = 1,18$
	J	1667	20,45	4,88	277	19,95	5,17	$F_{(1/1665)} = 0,01$
um Glücksgefühl zu erleben	F	1542	18,86	5,04	769	18,87	4,80	$F_{(1/1941)} = 0,05$
	J	1433	20,47	4,96	508	20,12	4,84	$F_{(1/1667)} = 0,00$
aus Abenteuerlust	F	1756	18,86	5,03	555	18,89	4,73	$F_{(1/1941)} = 1,77$
	J	1324	20,57	4,95	616	19,97	4,87	$F_{(1/1666)} = 8,75^{**}$
weil nur wenige abhängig werden	F	1810	18,94	5,05	501	18,61	4,63	$F_{(1/1941)} = 2,90$
	J	1533	20,57	4,96	407	19,65	4,74	$F_{(1/1667)} = 0,90$
Idole nehmen auch Rauschgift	F	1950	18,85	4,97	361	18,92	4,93	$F_{(1/1941)} = 0,04$
	J	1738	20,40	4,90	205	20,26	5,22	$F_{(1/1665)} = 0,05$
einfach, an Drogen heranzukommen	F	1795	18,64	4,89	516	19,66	5,13	$F_{(1/1941)} = 5,90^*$
	J	1703	20,26	4,88	238	21,28	5,23	$F_{(1/1667)} = 7,01^{**}$

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

Rauschmittelkonsum die leichte Beschaffbarkeit angeben, einen deutlich höheren Anomiewert (19,66) auf, als diejenigen, die dies nicht als Grund angeben (18,64). Dies ist dahingehend plausibel, da gerade solche Personen die von einer leichten Beschaffbarkeit von Drogen ausgehen, ihre Umwelt wohl eher als „ungeordnet“ und wenig überschaubar wahrnehmen dürften,

gewissermaßen erwarten, daß man „an jeder Ecke“ Drogen bekommen kann.

An der Grenze statistischer Bedeutsamkeit lag der Grund „um mitreden zu können“; hier ist der Anomiewert derjenigen, die hierin eine mögliche Ursache für Rauschmittelkonsum sehen, niedriger als derjenigen, die diesen Grund nicht angeben.

Bezüglich des Haupteffektes unter Berücksichtigung der Kovariaten ergeben sich in Jena, im Vergleich zu Freiburg, mehr signifikante Ergebnisse. So weisen diejenigen, welche „um Probleme zu vergessen“ als Grund für Rauschmittelkonsum angeben, einen signifikant höheren Anomiewert (20,68) auf als die Probanden, die diese Kategorie nicht wählen (20,02). Ebenso verhält es sich mit der schon in Freiburg bedeutsamen Antwortkategorie „weil es einfach ist, an Drogen heranzukommen“ (21,28 vs. 20,26). Während für die letztgenannte Kategorie die oben erwähnte Erklärung im Hinblick auf eine schwer überschaubare Umwelt geltend gemacht werden kann, weist die Antwortkategorie „um Probleme zu vergessen“ stärker in Richtung subjektive Orientierungslosigkeit, auf ein Überwältigtwerden von Problemen, deren „Lösung“ im Konsum von Rauschmitteln gesehen wird, ein Punkt, der bereits oben in Zusammenhang mit den sogenannten „eskapistischen“ Motiven für Drogenkonsum diskutiert wurde. Es ist hierbei interessant festzustellen, daß dieses Motiv nur in der ostdeutschen Kommune Jena einen Unterschied bezüglich der Variablen Anomie aufweist. Dies deutet darauf hin, daß die Lösungsmöglichkeiten für die gegenwärtigen Problemlagen in Jena bei „anomischen“ Personen eher fatalistischer Natur sind und Ausdruck einer gewissen Hoffnungslosigkeit darstellen. Dies mag am mangelnden Vorhandensein adäquater Problemlösestrategien liegen oder aber an der faktischen Komplexität der Problemlagen selbst. Zwar muß berücksichtigt werden, daß es sich bei dieser Frage um Fremdeinschätzungen handelt, man also in der Interpretation davon ausgehen muß, daß die Befragten, die diese Kategorie wählten, aufgrund eigener Orientierungslosigkeit annehmen, daß die Problembelastung bei anderen zum Rauschmittelkonsum führt, dennoch weist die Verteilung gerade für unsichere, orientierungslose – „anomische“ – Probanden auf eine gewisse resignative Haltung hin.

Weitere signifikante Unterschiede auf der Anomie-Skala ergaben sich zwischen denen, die die Antwortkategorie „aus Abenteuerlust“ wählten. So zeigten diejenigen, die als Grund für Rauschmittelkonsum Abenteuerlust angaben, einen statistisch hochsignifikant niedrigeren Anomiewert (19,97)

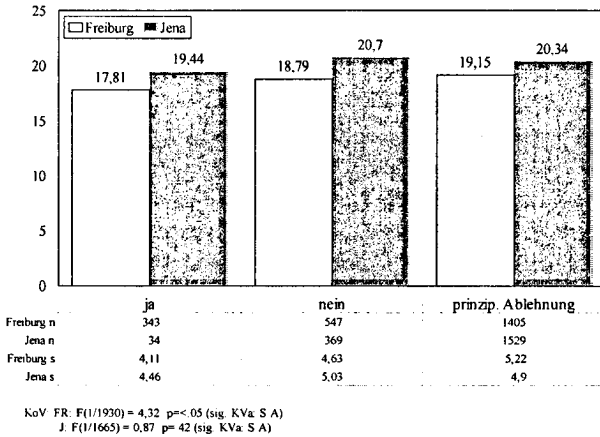
als diejenigen, die dies nicht taten (20,57). Dies mag angesichts des relativ geringen Bekanntheitsgrades illegaler Drogen in den neuen Ländern 1991 dahingehend plausibel sein, als Personen, die sich in ihrer Umwelt zurechtfinden, eher davon ausgehen, daß es für andere einfach aufregend sein könnte, einmal Rauschmittel zu probieren.

In einem weiteren Schritt soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit das Erleben von Anomie Zusammenhänge zu eigenem Drogenkonsum aufweist. Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß angesichts der eingeschätzten Motive für Rauschmittelkonsum, die vor allem im Bereich der sogenannten „eskapistischen“ Gründe zu finden sind, Personen, die dem Gefühl der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit ausgesetzt sind, eher dazu neigen, Rauschmittel zu konsumieren. Da es sich um eine sogenannte „Lifetime-Prävalenzrate“ handelt und die Wahrscheinlichkeit, daß die in der Stichprobe überrepräsentierten Hochgebildeten in ihrer Jugend schon einmal illegale Drogen konsumiert haben, vergleichsweise hoch ist und zum anderen, v.a. im Westen, Drogenkonsum eine Verhaltensweise jüngerer Bevölkerungsschichten ist, soll erneut anhand einer einfaktoriellen Kovarianzanalyse der Einfluß der Variablen Geschlecht, Alter und Schulabschluß auspartialisiert werden.

Die Ergebnisse im Vergleich Freiburg und Jena sind in Abbildung 16.3 dargestellt. Es ergeben sich nur in Freiburg signifikante Unterschiede zwischen denjenigen, die bereits einmal illegale Drogen konsumiert haben, denen, die dies bislang nicht getan haben, und denen, die dies rigoros ablehnen. Dabei überrascht, daß der Anomiescore derjenigen, die schon einmal illegale Rauschmittel probiert haben, deutlich geringer ist (17,81) als derjenigen, die noch keine Drogenerfahrungen besitzen (18,79), bzw. denen, die dies prinzipiell ablehnen (19,15). Dies widerspricht nicht nur unserer eingangs formulierten Überlegung, daß Drogenkonsum mit erhöhter Anomie einhergeht, sondern zeigt sogar das gegenteilige Resultat – die Ergebnisse aus Jena bestätigen, trotz des sehr kleinen N der Drogenkonsumenten, die Ergebnisse zumindest tendenziell (Drogenerfahren 19,44; Drogenunerfahren 20,70; prinzipielle Ablehnung 20,34); in beiden Städten sind die Kovariaten Schulabschluß und Alter hochsignifikant.

Sucht man nach den Gründen für dieses Ergebnis, so ist zum einen anzumerken, daß die Erfassung des Drogenkonsums ein breit gefächertes Spektrum aller illegaler Drogen, angefangen von Haschisch und Marihuana über Designer-Drogen bis hin zu Opiaten umfaßt. Würde eine reine Beschränkung bspw. auf Opiate stattfinden, so wäre eventuell ein anderes Ergebnis

Abb. 16.3: Rauschgifterfahrung und Anomie



zu erwarten. So jedoch legen die gefundenen Resultate die Interpretation nahe, daß der Konsum illegaler Drogen im Rahmen subkultureller Lebensweisen zu sehen ist. Hier gehört Rauschmittelkonsum zum Lebensstil; Beispiele hierfür bietet die in den vergangenen Jahren entstandene Techno- und Rave-Kultur, wo Drogen wie das bereits oben erwähnte Ecstasy quasi Bestandteil sind. Hier mag der Disco-Besuch am Samstagabend, das „Durchtanzen“ bis in den Sonntag und ein damit verbundener Drogenkonsum in gewisser Weise zwar auch eine Fluchttendenz aus dem von Montag bis Freitag andauernden Alltag sein, unter anomietheoretischen Überlegungen, gerade auch im Hinblick auf Orientierungslosigkeit im Sinne *Durkheims* (1960) oder auf Norm-Ziel-Mittel-Diskrepanzen (vgl. *Merton* 1957, 1979), spielt dies jedoch kaum eine Rolle. Zudem ist es nicht unbedingt einsichtig, weshalb gelegentliche Konsumenten legaler, auf das Erlebnisniveau ebenfalls stark eingreifender Substanzen wie bspw. Alkohol, der „Normalbevölkerung“ zugerechnet werden, wohingegen bei Konsumenten illegaler weicher Drogen davon ausgegangen wird, daß ihr Rauschmittelkonsum per se ein Indiz für „Fluchttendenzen aus dem Alltag“ oder eine labile Persönlichkeitsstruktur darstellt. Dabei muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß hier nicht vom Konsum von Opiaten wie z.B. Heroin mit starkem Abhängigkeitspotential oder auch exzessivem Alkoholkonsum und dem in aller Regel damit verbundenen sozialen Abstieg gesprochen wird, sondern von gelegentlichem Gebrauch illegaler weicher

Drogen bzw. gelegentlichem Trinken von Alkohol, einem Aspekt, der in der hier verwendeten „Lifetime-Prävalenz“ stark zum Tragen kommt.

Es zeigt sich sogar, daß die „Drogenkosumenten“ stärker als Drogenunerfahrene und -ablehnende sich in ihrer sozialen Umwelt zurechtfinden, keine Wertunsicherheit erleben (wenngleich ihnen die Illegalität ihres Handelns wohl bewußt sein mag) und sich auch nicht als orientierungslos empfinden. Vielleicht stellt hier die gemeinsame Bezugsgruppe (z.B. „Kiffer“) einen stabilisierenden Faktor dar; letztendlich sind dies jedoch aufgrund der fehlenden Datenbasis Spekulationen, die an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden sollen.

16.3 Zusammenfassung

Wie schon in der ersten Deutsch-Deutschen Opferstudie (*Kury u.a.* 1996) stehen als mögliche angegebene Gründe für einen Rauschgiftkonsum die „eskapistischen“ Motive, d.h. das Vergessen von Problemen im Vordergrund. Während sie jedoch 1990, d.h. mehr als ein Jahr vor der hier vorliegenden Untersuchung, in Westdeutschland knapp an zweiter Stelle rangierten, liegen sie 1991/92 auf dem ersten Platz. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Angaben 1990 insgesamt deutlich höher lagen. Es folgen Gründe, die im Bereich sozialer Motivationslagen anzusiedeln sind, so z.B. „um kein Außenseiter zu sein“ bzw. „um mitreden zu können“. Dies weist darauf hin, daß in den westdeutschen Kommunen neben der vielleicht fatalistischen Flucht aus Alltagsproblemen auch ein Gruppendruck als eine zentrale Ursache für Rauschmittelkonsum angesehen wird. Dies ist in den beiden ostdeutschen Kommunen anders; hier steht die Wahrnehmung von Drogen als „Abenteuer“, als „Reiz des Verbotenen“ im Vordergrund. Dies mag sicherlich damit zusammenhängen, daß in der ehemaligen DDR illegale Rauschmittel wie Cannabis oder Opiate weitgehend unbekannt waren und erst nach der Grenzöffnung quasi importiert wurden. Damit verbunden war auch der Import einer „westlichen“ Lebenskultur, die ja z.T. ebenfalls mit gewissen Mythen zum Drogenkonsum durchzogen ist (vgl. z.B. das Erfolgsbuch Christiane F. „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“).

Bezüglich eigenen Drogenkonsums konnten in Baden-Württemberg erhebliche Stadt-Land-Unterschiede festgestellt werden; so gaben in Freiburg deutlich mehr Befragte als in Emmendingen oder Löffingen an, daß sie bereits einmal illegale Rauschmittel probiert hätten, in den beiden ostdeutschen Orten war der Anteil der Drogenerfahrenen erwartungsgemäß minimal und daher kaum zu interpretieren.

Hinsichtlich der Einstellungen zu Gründen für Rauschmittelkonsum und eigenem Drogenkonsum wurden Zusammenhänge zu den demographischen Variablen Alter und Geschlecht untersucht. Dabei zeigte sich auf die Frage nach den möglichen Motiven für den Konsum illegaler Drogen in Freiburg wie auch in Jena eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Männern und Frauen; beide betonen die bereits erwähnten „eskapistischen“ Faktoren, in Freiburg ist dies bei den Frauen jedoch stärker ausgeprägt. Was die Altersstruktur der angenommenen Gründe betrifft, so stehen in Freiburg und in Jena über alle Altersgruppen hinweg das „Vergessen von Problemen“, d.h. die „eskapistischen“ Motive, im Vordergrund. In Freiburg spielen bei den jüngeren Befragten aber auch „soziale Gründe“ im Sinne eines gewissen Gruppendrucks eine Rolle, ältere stellen eher „das Erleben eines Glücksgefühls“ bzw. die leichte Beschaffbarkeit in den Vordergrund. In Jena sind es mit Ausnahme der jüngsten Gruppe v.a. Gründe, die dem Bereich „Abenteuer, Reiz des Verbotenen“ zuzuordnen sind, die einen Antwortschwerpunkt bilden; bei den Jungen werden dagegen auch „soziale Motive“ im Sinne eines Gruppendrucks stärker thematisiert.

Was den eigenen Rauschmittelkonsum anbelangt, geben erwartungsgemäß in Freiburg wie in Jena mehr Männer als Frauen an, daß sie schon einmal illegale Drogen probiert hätten; allerdings sind die Fallzahlen in Jena zu klein um eine sinnvolle Interpretation zuzulassen. Bezüglich der Altersstruktur der Drogenerfahrenen sind es in Freiburg nahezu ausschließlich die bis 45jährigen, die einmal im Laufe ihres Lebens illegale Drogen konsumiert haben („Lifetime-Prävalenz“); dabei überrascht, daß die Zahl der Konsumenten unter den Erwachsenen ab 26 Jahren deutlich höher ist als die Zahlen bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dies wurde im Zusammenhang mit den Sozialisationsbedingungen der Älteren in den 70er Jahren („Flower-Power-Bewegung“) gesehen, die stark durch die damals angenommene „bewußtseinserweiternde“ Drogenwirkung beeinflusst waren. Ein Indiz für diese Annahme ist, daß – unter Berücksichtigung der kleinen Fallzahlen – in Jena die jüngsten Befragten am häufigsten über eigene Drogenerfahrungen berichten; Ältere haben kaum Erfahrungen; dort hatte keine dem Westen vergleichbare Bewegung stattgefunden.

In einem letzten Abschnitt wurde der Frage nachgegangen, inwiefern ein Zusammenhang zwischen den angenommenen Motiven für illegalen Rauschmittelkonsum bzw. eigener Drogenerfahrung und Anomie im Sinne von Orientierungslosigkeit und Werteunsicherheit besteht. Dabei wurden unter Annahme des Einflusses der sozio-demographischen Variablen Ge-

schlecht, Alter und Schulabschluß Kovarianzanalysen mit den genannten Kovariaten durchgeführt.

Im Hinblick auf die angenommenen Gründe für einen Konsum illegaler Rauschmittel konnte in Freiburg wie auch in Jena festgestellt werden, daß die Befragten, die von einer leichten Beschaffbarkeit von Drogen ausgehen, einen erhöhten Wert auf der Anomieskala aufweisen. Dies wurde im Zusammenhang mit der Wahrnehmung einer unübersichtlichen und unsicheren Umwelt, die einen leichten Zugang zu Drogen ermöglicht, diskutiert. Während in Freiburg keine weiteren bedeutsamen Unterschiede festzustellen waren, ergaben sich in Jena weitere statistisch bedeutsame Ergebnisse dahingehend, daß Probanden die als Motiv für Rauschmittelkonsum das „Vergessen können von Problemen“ angaben, stärkere anomische Tendenzen aufwiesen, was als ein Beleg in Richtung subjektive Orientierungslosigkeit und inadäquate Lösungsstrategien interpretiert wurde. Es zeigte sich weiterhin, daß diejenigen, welche in der Abenteuerlust ein Motiv für Drogenkonsum sahen, einen niedrigeren Anomiewert aufwiesen, was mit dem geringen Bekanntheitsgrad von Drogen in der ehemaligen DDR zu erklären sein dürfte.

Ein besonders interessantes Ergebnis konnte für Freiburg im Zusammenhang von eigenem Drogenkonsum und dem Erleben von Anomie festgestellt werden: So war, entgegen der ursprünglichen Annahme, der Anomiescore der Drogenerfahrenen statistisch signifikant niedriger als der Personen, die noch nie Rauschgift konsumiert hatten bzw. dies rigoros ablehnten (in Jena konnte ein vergleichbarer, wenngleich statistisch nicht bedeutsamer, Trend festgestellt werden). Als möglicher Grund für dieses Resultat wurde neben der unspezifischen Fragestellung die Bedeutung „subkultureller“ Lebensweisen und der damit verbundenen Einbettung in feste soziale Lebensräume diskutiert. Daneben wurden generelle Überlegungen im Hinblick auf die Annahme eines erhöhten Anomiescores bei Drogenkonsumenten angestellt.

KAPITEL 17

Zusammenfassung und Diskussion

Der gesellschaftliche Umbruch in den früheren Staaten des Ostblocks und die daraus resultierende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war politisch ein herausragendes Ereignis, mit dessen Eintreten und der dann ablaufenden Geschwindigkeit Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts niemand ernsthaft rechnen konnte. Für die empirische Sozialwissenschaft war die „Wende“ eine einmalige Gelegenheit, in einer gewissermaßen experimentellen Situation die Auswirkungen plötzlicher tiefgreifender Wandlungsprozesse in einer Gesellschaft auf Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung zu untersuchen. Auch für Kriminologie und Viktimologie war der Umbruch eine hervorragende Gelegenheit, Theorien über die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Veränderungen und Kriminalitätsgeschehen zu untersuchen bzw. neue Ansätze anhand empirischer Beobachtungen zu entwickeln. Entsprechend wurden neben den Studien des Max-Planck-Instituts (vgl. *Kury u.a.* 1996) auch von verschiedenen anderen Forschungsgruppen Untersuchungen durchgeführt (vgl. etwa *Boers u.a.* 1994; 1997; *Kreuzer u.a.* 1993; *Wetzels u.a.* 1995).

Kennzeichen des politischen und sozialen Wandels sowie der Öffnung der Grenzen war, daß dies sich nicht nur auf die frühere DDR bezog, sondern mehr oder weniger auf alle ehemaligen Länder des sozialistisch-kommunistischen Ostblocks. Die frühere Sowjetunion löste sich auf, die einzelnen nach Unabhängigkeit strebenden Länder schlossen sich zu einer Gemeinschaft unabhängiger Staaten zusammen. Die Öffnung der Grenzen, vor allem nach Westen, führte zu einer enormen Wanderungsbewegung. Während die Neuen Bundesländer von Westdeutschland erheblich unterstützt wurden und nach wie vor werden, erhielten die übrigen ehemaligen Ostblockstaaten eine solche Hilfe nicht.

Durch die Rücknahme der formellen und informellen Kontrolle, die Verunsicherung der Bevölkerung durch den erheblichen gesellschaftlichen Wandel und die davon ausgehenden Beunruhigungen war mit einem Anstieg der Kriminalitätsbelastung in den ehemaligen Ländern des kommunistischen Ostblocks, darunter auch den heutigen Neuen Bundesländern, zu

rechnen. Das vor allem deshalb, weil in all diesen Ländern zumindest die offizielle Kriminalitätsbelastung deutlich unter derjenigen westlicher Industriestaaten lag. Durch die Angleichung der Lebensverhältnisse an diejenigen westeuropäischer Industriestaaten war davon auszugehen, daß sich auch die Kriminalitätsquote annähert, aufgrund der wenig konsolidierten neuen Normen diese unter Umständen sogar übertrifft. Ferner war zu erwarten, daß sich die Kriminalitätsfurcht in den osteuropäischen Staaten bzw. auch den Neuen Bundesländern deutlich erhöht, bedingt einerseits durch den Kriminalitätsanstieg, andererseits – vielleicht noch mehr – durch den Wandel in der Gesellschaft.

Die Forschungsgruppe Kriminologie des Freiburger Max-Planck-Instituts für Strafrecht versuchte, die kriminologischen Auswirkungen dieses Wandels durch verschiedene vergleichende Opferstudien empirisch zu erfassen, die ab der Wende bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre durchgeführt wurden.

Die Untersuchungen waren sowohl bezogen auf eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise (vgl. z.B. *Kury u.a.* 1996) als auch auf eine vertiefende Analyse bezogen auf einzelne Kommunen. Hier bot sich eine Zusammenarbeit mit Experten aus der früheren DDR an, um deren Hintergrundwissen mit berücksichtigen zu können. Entsprechend führten wir 1991/92 eine erste umfangreiche Opferstudie in den beiden ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla sowie den drei westdeutschen Gemeinden Freiburg, Emmendingen und Löffingen durch. Die Zusammenarbeit erfolgte mit den Kollegen aus Jena, Prof. Dr. Günther Kräupl und Prof. Dr. Heike Ludwig. Durch die Erfassung von Opferdaten aus jeweils vergleichbaren Kommunen verschiedener Größenordnung war einerseits ein Ost-West-Vergleich möglich, andererseits ein Vergleich zwischen Kommunen unterschiedlichen Urbanisierungsgrades. Erste Ergebnisse zu Jena und Kahla wurden von *Kräupl* und *Ludwig* (1992) bereits vorgelegt. Der vorliegende Band enthält die Daten zu den westdeutschen Kommunen, ferner den Vergleich mit den ostdeutschen Gemeinden Jena und Kahla. Aufgrund der Fülle der Daten können auch hier nur ausgewählte Ergebnisse vorgestellt werden, wobei wir uns schwerpunktmäßig auf den Ost-West-Vergleich konzentrieren. Da Mitte der 90er Jahre eine Wiederholungsuntersuchung durchgeführt wurde, werden in einem weiteren Band vor allem zusätzliche Verlaufsdaten veröffentlicht (vgl. *Kury u.a.* 2001).

Ein Vergleich der offiziellen Kriminalitätsbelastung (Polizeiliche Kriminalstatistik) zwischen Freiburg und Baden-Württemberg zeigt, daß die Ge-

samtkriminalitätsbelastung Freiburgs relativ hoch ist, d.h. die Stadt zählte in den letzten Jahren stets zu den Kommunen des Landes, die neben der Landeshauptstadt Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe die höchste Kriminalitätsbelastung aufwies. Allerdings geht diese Spitzenstellung in erster Linie – aber nicht nur – auf relativ leichtere Straftaten zurück, insbesondere Fahrraddiebstähle oder Ladendiebstähle.

Auch die Kriminalitätsbelastung Jenas fällt im Landesdurchschnitt Thüringens hoch aus und gleicht der Landeshauptstadt Erfurt. Daher sind beide Städte – Freiburg und Jena – als Universitätsstädte mit vergleichsweise hoher Kriminalitätsquote gut vergleichbar. Während Mitte der 90er Jahre die relative Kriminalitätsbelastung beider Städte sich weitgehend angenähert hatte, lag sie 1992, zum Zeitpunkt der Untersuchung, in Jena noch deutlich unter derjenigen Freiburgs. So betragen die Häufigkeitszahlen der offiziell (polizeilich) registrierten Straftaten insgesamt 1992 in Freiburg 11.225 und in Jena 9.157. 1995 waren die Zahlen auf 12.242 in Freiburg und 12.280 in Jena gestiegen. Innerhalb von drei Jahren war somit der zu erwartende Angleichungsprozeß hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung erfolgt, zumindest, was die offiziell registrierten Straftaten betrifft.

Die Unterschiede sind 1992 zwar deutlich, andererseits sollten die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik für die Zeit Anfang der 90er Jahre aufgrund von Umstellungsschwierigkeiten in der Erfassung der Straftaten in den Neuen Bundesländern nicht überinterpretiert werden. Es ist allerdings tatsächlich davon auszugehen, daß zu Beginn der 90er Jahre die Kriminalitätsbelastung in den Neuen Bundesländern noch mehr oder weniger deutlich unterhalb derjenigen Westdeutschlands lag; betrug sie doch zu DDR-Zeiten nach heutigen Schätzungen ca. ein Drittel bis maximal die Hälfte Westdeutschlands. Diese Zahlen machen jedoch auch deutlich, daß bereits in den wenigen Jahren von 1989 bis 1992 ein erheblicher Kriminalitätsanstieg stattgefunden haben muß, zumindest, was die Zahl der registrierten Straftaten betrifft. Selbst wenn man Ungenauigkeiten der Registrierung im Zusammenhang mit den gesellschaftlich-politischen Umbrüchen durch die Wende in Rechnung stellt, bleiben die Unterschiede so groß, daß von einem tatsächlichen Kriminalitätsanstieg ausgegangen werden muß. Zu diesem Ergebnis kommen auch die verschiedenen bundesweiten Opferstudien (vgl. *Ewald u.a.* 1994; *Gutsche* 1995; *Kury u.a.* 1996; vgl. zusammenfassend *Boers* 1996).

Die groß angelegte Opferstudie wurde zur Jahreswende 1991/92 in den Gemeinden Freiburg, Emmendingen und Löffingen einerseits und Jena und

Kahla andererseits durchgeführt (siehe auch *Kräupl & Ludwig* 1992). Der umfangreiche Fragebogen enthält neben den Opferfragen auch Items zu Verbrechensfurcht, Strafeinstellungen, Einstellungen zu Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaft, Lebenszielen, Einstellungen zu Kriminalität und Anzeigeverhalten. In Anlehnung an frühere Opferuntersuchungen und um den Vergleich mit diesen Daten zu ermöglichen, wurden Viktimisierungen zu folgenden Deliktsbereichen erfaßt: Diebstahl von PKW, von Krafträdern, von Fahrrädern, aus dem Auto oder von Autoteilen, Beschädigung des Autos, versuchter und tatsächlicher Wohnungseinbruch, Raub, Diebstahl persönlichen Eigentums, tätlicher Angriff ohne bzw. mit Waffen, sexueller Angriff/Belästigung und Vergewaltigung sowie Betrug.

In Westdeutschland wurden nahezu 10.000 und in Ostdeutschland ca. 4.500 per Zufall ausgewählte Bürger der fünf Gemeinden ab dem 14. Lebensjahr ausgewählt. Die Datenerhebung erfolgte durch postalische Zusendung der Fragebögen, mit Ausnahme einer Zufallsstichprobe aus Jena, die aus methodischen Gründen persönlich befragt wurde (vgl. hierzu *Kury* 1993). Nach Erinnerungsschreiben lagen die Rücklaufquoten in den westdeutschen Gemeinden bei 39,5% (Freiburg, N = 2.344), 32,1% (Emmendingen, N = 830) bzw. 25,7% (Löffingen, N = 289) und in den ostdeutschen bei 51,1% (Jena, N = 1.962) bzw. 42,6% (N = 231). Die Rücklaufquoten liegen somit in einem Bereich, der damals bei solchen Befragungen noch zu erreichen war. In den ostdeutschen Gemeinden war die Antwortquote noch höher, was mit der zu diesem Zeitpunkt noch geringeren „Befragungsmüdigkeit“ zu tun haben dürfte.

Wir prüften die Vergleichbarkeit der Stichproben zwischen Ost und West bzw. deren Repräsentativität ausführlich, um festzustellen, ob aufgrund der Ausfallquote mit Verzerrungen der Daten zu rechnen ist und wieweit sich diese auf die Interpretierbarkeit und Verallgemeinerbarkeit der Resultate auswirken könnte. Abweichungen zwischen Ost und West ergaben sich z.B. hinsichtlich des Familienstandes: In Ostdeutschland befinden sich weniger Ledige in der Stichprobe, dafür mehr Verheiratete im Vergleich zum Westen. Weiterhin zeigen sich Bildungsunterschiede: Ein größerer Anteil der ostdeutschen Befragten hat einen mittleren Schulabschluß (10. Klasse POS), entsprechend weniger haben im Vergleich zum Westen Abitur, EOS bzw. FHS-Reife. Das ist vor dem Hintergrund der DDR-Bildungspolitik und den eingeschränkten Möglichkeiten eines weiterführenden Schulbesuches zu sehen. Schließlich finden sich in Freiburg im Vergleich zu Jena mehr Single-Haushalte. Das dürfte mit der hier gleich-

zeitig festgestellten höheren Studentenquote zusammenhängen. Die übrigen beobachteten Unterschiede in den demographischen Variablen sind weniger ausgeprägt und dürften deshalb nicht so sehr ins Gewicht fallen. Insgesamt kann von einer weitgehenden Vergleichbarkeit der einzelnen Stichproben ausgegangen werden. Etwaige Verzerrungen durch die Verweigererquoten sind zwar zu beachten, dürften jedoch die gefundenen Resultate, wenn überhaupt, nur marginal beeinflussen.

Die erfaßten Viktimisierungen bestätigen die oben beschriebenen Unterschiede in den polizeilich registrierten Kriminalitätsbelastungen. Anfang der 90er Jahre lag offensichtlich die Kriminalitätsbelastung in den neuen Bundesländern noch unterhalb derjenigen in Westdeutschland. Während 53,2% der Freiburger angaben, innerhalb des letzten Jahres in einem der erfragten Deliktsbereiche mindestens einmal Opfer geworden zu sein, waren dies in Jena lediglich 46,5%. Allerdings ist der Unterschied in der Kriminalitätsbelastung zwischen den beiden Städten im Dunkelfeldbereich geringer als im Hellfeldbereich (vgl. die oben dargestellten PKS-Zahlen). Das dürfte auf Registrierunterschiede der Polizei bzw. auf unterschiedliches Anzeigeverhalten der Bürger zurückgehen (vgl. unten). Gleichzeitig deuten die Opferdaten – wie erwartet – ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle an. Wurde in Freiburg ca. die Hälfte der Befragten mindestens einmal Opfer, war dies in Löffingen lediglich ein gutes Viertel. Auch zwischen Jena und Kahla zeigt sich ein allerdings nur geringfügiges Stadt-Land-Gefälle. Diese Unterschiede bleiben im wesentlichen auch dann erhalten, wenn Hausaltviktimisierungen nicht berücksichtigt werden.

Da – wie weiter unten dargestellt – die Ostdeutschen vor allem angaben, Opfer eines Betrugs bzw. einer Täuschung geworden zu sein, berechneten wir die Ost-West-Unterschiede ohne diesen Deliktsbereich. Jetzt zeigen sich wesentlich deutlichere Ost-West-Differenzen. So liegt die Opferquote in Freiburg mit 51,0% kaum niedriger, in Jena fällt sie dagegen auf 37,6%. Das zeigt eine wesentlich geringere Kriminalitätsbelastung der Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen.

Betrachtet man die Einzeldelikte, so ergeben sich teilweise charakteristische Unterschiede in der Opferbelastung zwischen Ost und West, aber auch zwischen Gemeinden unterschiedlicher Urbanität. In Bezug auf die westdeutschen Kommunen kann hinsichtlich des Urbanisierungsgrades gesagt werden, daß die Opferbelastung mit abnehmender Urbanität ebenfalls deutlich fällt. Eine Ausnahme bilden Raub, tätlicher Angriff mit der Waffe, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung. Hierbei handelt es sich um rela-

tiv selten vorkommende Straftaten – mit Ausnahme der sexuellen Belästigung. Auch zwischen Jena und Kahla zeigt sich ein Stadt-Land-Gefälle, das jedoch nicht so deutlich ausfällt wie zwischen den westdeutschen Kommunen. Dies dürfte vor allem mit dem weniger ausgeprägten Stadt-Land-Unterschied in Jena und Kahla zu tun haben; beide Kommunen liegen relativ dicht beisammen, zudem ist Kahla industriell geprägt. Die Unterschiede hinsichtlich des Charakters der Gemeinden sind zwischen Freiburg und Emmendingen und vor allem zu Löffingen wesentlich deutlicher.

In den westdeutschen Kommunen liegen die Viktimisierungsquoten am höchsten bei Kraffrad-Diebstahl PKW-Beschädigung, Fahrrad-Diebstahl, PKW-Teile-Diebstahl und sonstigem, persönlichem Diebstahl. Die Bürger werden somit vor allem Opfer von Diebstahlskriminalität bzw. von Sachbeschädigung. Das stimmt im wesentlichen mit den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik überein. In Jena und Kahla ist das Bild ähnlich, mit einer wesentlichen Ausnahme: Die höchsten Viktimisierungen werden angegeben bei Betrug bzw. Täuschung. Die ehemaligen DDR-Bürger scheinen sich nach der Wende vor allem als Opfer von Betrug und Täuschung erlebt zu haben. Das ist insofern plausibel und wird durch andere Informationen gestützt, als die DDR-Bürger innerhalb ihres Staates vor solchen Viktimisierungen relativ geschützt lebten. Der Staat nahm den Bürgern viele Entscheidungen ab, die in westlichen Industriestaaten „selbstverständlich“ von den Bürgern selbst zu erledigen sind. Die relativ hohe staatliche Kontrolle in der früheren DDR schützte die Bürger vor „Fehlentscheidungen“, führte jedoch gleichzeitig zu Bevormundung und Fremdbestimmung. Nach der Grenzöffnung fielen zahlreiche dieser staatlicherseits getroffenen Entscheidungen weg, der Einzelne konnte und mußte selbst entscheiden. So mußte man sich um Versicherungen, Schutz für den Krankheitsfall, Arbeitsplatz und Ausbildungsmöglichkeiten – um nur einige Punkte zu nennen – selbst kümmern; die wenigen staatlichen Vorgaben waren weit zurückhaltender als früher. Auch der enorme Zuwachs des Warenangebots führte zu vielfachen Überforderungserscheinungen. Die im Umgang mit den Möglichkeiten und Anforderungen einer westlichen Marktwirtschaft wenig geübten Ostdeutschen boten leichte Opfer für mehr oder weniger legal vorgehende „Geschäftsleute“, gerade aus Westdeutschland. In diesem Zusammenhang wurden sicherlich viele Ostdeutsche „über den Tisch gezogen“ bzw. in für sie nachteilige Geschäfte verwickelt. Wieweit die von den Bürgern erlebten Betrügereien bzw. Täuschungen tatsächlich solche im strafrechtlichen Sinne waren, ist anhand der Untersuchung nicht festzustellen.

Die Delikte wurden je nach Schwere der vermuteten Viktimisierung zu übergeordneten Deliktsbereichen zusammengefaßt: Nichtkontaktdelikte, Einbruch und Kontaktdelikte. Da bei den Nichtkontaktdelikten kein direkter Kontakt zwischen Täter und Opfer stattfand, gehen wir davon aus, daß diese Deliktsgruppe als weniger schwer erlebt wird, im Gegensatz zu Einbruch bzw. den Kontaktdelikten. Die Verteilung der Nichtkontaktdelikte hinsichtlich des Urbanisierungsgrades bzw. Ost-West-Gefälles entspricht im wesentlichen der Häufigkeitsverteilung aller erfaßter Viktimisierungen, was insofern nicht überrascht, als die Nichtkontaktdelikte die größte Gruppe darstellen. Auch die wesentlich seltener vorkommenden Einbruchsdelikte spiegeln vor allem in Westdeutschland das bekannte Stadt-Land-Gefälle wider. Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich für die Kontaktdelikte; hier zeigt sich kein Stadt-Land-Gefälle. Die meisten dieser durch den Gewaltaspekt bestimmten Straftaten dürften im sozialen Nahraum entstanden sein, Täter und Opfer kennen einander, Beziehungstaten dürften häufig sein. Hierin ist der hauptsächliche Grund für die Gleichverteilung in städtischen und ländlichen Regionen zu sehen. Beziehungskonflikte entstehen weitgehend unabhängig vom Urbanisierungsgrad.

Was den Ort der erlebten Viktimisierung betrifft, wurden die meisten Taten im lokalen Nahraum, besonders dem eigenen Wohngebiet verübt, und zwar sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland.

Was die Reaktion auf die Opferwerdung betrifft, gab ein relativ großer Anteil der Befragten an, keine Anzeige erstattet zu haben. Am höchsten war die Anzeigequote bei PKW- bzw. Krad-Diebstahl; in den beiden größeren Städten Freiburg und Jena haben zwischen 74% und 100% Anzeige erstattet. Dies überrascht deshalb nicht, weil Versicherungen nur dann bezahlen, wenn eine Anzeige bei der Polizei erstattet wurde. Entsprechend ist die relativ niedrigere Anzeigequote für PKW-Diebstahl in Jena auffallend. Bei den übrigen Delikten liegen die Anzeigequoten teilweise erheblich niedriger. So wurden in Freiburg nur 29% und in Jena nur 28% der PKW-Beschädigungen angezeigt, nur 29% (Jena: 43%) der Raubfälle, 22% (39%) der Fälle tätlichen Angriffs ohne Waffe. Selbst wenn der Angreifer bewaffnet war, wurden nur 50% (45%) angezeigt. (Versuchte) Vergewaltigung wurde in 20% (40%) der Fälle angezeigt, sexuelle Belästigung in 8% (25%) der Fälle und Betrug bzw. Täuschung in 5% (20%) der Fälle.

Bezüglich der Anzeigeraten sind zwei Punkte zu beachten: Wieweit es sich bei den angegebenen „Straftaten“ tatsächlich um Straftaten im juristischen Sinne handelt, ist zumindest in Randbereichen unklar. Wir haben

hinsichtlich des Betrugs bzw. der Täuschung bereits darauf hingewiesen. Das gilt selbstverständlich auch für andere Handlungen, die vom Bürger vielleicht als rechtswidrig erlebt werden, dies aber in juristischem Sinne nicht sind. Zu denken ist hier insbesondere an die Sexuelle Belästigung, aber auch den tätlichen Angriff, vor allem, wenn er ohne Waffen erfolgte. Möglicherweise handelt es sich um einen verbalen Angriff, der nicht strafbar ist.

Weiterhin ist unklar, was die Bürger unter „Anzeige“ verstehen. Wir interpretieren eine Anzeige im juristischen Sinne der Art, daß die Bürger die Straftat bei der Polizei offiziell gemeldet haben und diese eine entsprechende Anzeigenaufnahme und Registrierung vornahm. Die Anzeige bewirkte somit, daß die Straftat in die PKS aufgenommen wurde. Bei einem erheblichen Teil der von uns registrierten „Anzeigenaufnahmen“ dürfte es soweit nicht gekommen sein. Das wird vor allem deutlich, wenn wir die Form der Anzeigenerstattung betrachten. So gaben etwa 20% der Freiburger und 24% der Befragten Jenas an, die Anzeige telefonisch bei der Polizei erstattet zu haben. Immerhin 7% der Freiburger gaben an, nicht bei der Polizei, sondern „bei einer anderen Stelle“ Anzeige erstattet zu haben. 64% der Freiburger berichteten, persönlich bei der Polizei oder aber „bei einem Polizisten auf der Straße“ die Anzeige aufgegeben zu haben. Es ist begründet anzunehmen, daß es sich etwa bei den telefonischen Anzeigen bzw. bei den Anzeigen bei einem Polizisten auf der Straße nicht um „wirkliche“ Anzeigen, die zu einer offiziellen Anzeigenaufnahme mit Registrierung geführt haben, handelte, sondern um mehr oder weniger formelle Gespräche, die aber letztlich nicht zu einer offiziellen Registrierung führten. Die Bürger können nach einem solchen Gespräch den Eindruck haben, sie hätten Anzeige erstattet, in Wirklichkeit erfolgte jedoch in vielen solcher Fälle keine Registrierung. Das bedeutet jedoch, daß die „tatsächliche“ Anzeigequote mehr oder weniger deutlich unterhalb der aufgrund der Angaben der Befragten errechneten liegen dürfte.

Als Gründe für eine Nichtanzeige wurden die in der internationalen Literatur immer wieder gefundenen Ursachen festgestellt (vgl. *Mayhew & van Dijk* 1997). Zirka ein Drittel der Opfer begründete eine Nichtanzeige damit, daß die Tat nicht schwerwiegend genug gewesen sei. Ein weiteres Viertel bis ein Drittel betonte, die Polizei hätte auch nichts machen können. Jeweils ca. 10 bis 15% gaben an, sie hätten es selbst geregelt, der Täter wäre ihnen bekannt gewesen bzw. die Polizei sei unnötig gewesen. Hier entsteht der Eindruck – zu einem großen Teil wird dies von den Bürgern direkt ge-

nannt –, daß eine Vielzahl der angegebenen Viktimisierungen sich entweder im Bagatellbereich bewegt, bzw. Konflikttaten im sozialen Nahraum darstellen. Die Polizei wird nicht eingeschaltet, weil die Tat zu wenig schwerwiegend war, man die Sache selbst geregelt hat, die Polizei unnötig war bzw. auch nichts hätte machen können. Berücksichtigt man, daß von allen erlittenen Straftaten, durchaus auch schwereren oder gar gravierenden Viktimisierungen, nur ein relativ geringer Teil wirklich angezeigt wird, so wird deutlich, daß einerseits ein großer Teil der Opferwerdungen Bagatellen sind, andererseits die Bürger selbst schwere Straftaten zu einem erheblichen Teil ohne Einschaltung der offiziellen Strafverfolgungsbehörden „regeln“. Der größte Teil der strafrechtlich relevanten Taten wird außerhalb des Strafverfolgungs- und Justizsystems „gelöst“. Das Hellfeld der Straftaten dürfte nicht, wie vielfach vermutet, „unterhalb 50%“ aller begangenen Straftaten liegen; es dürfte nicht so sein, daß nahezu etwa jede zweite Straftat registriert wird. Vielmehr ist davon auszugehen, daß lediglich etwa 10% aller begangenen Straftaten Eingang in die Polizeiliche Kriminalstatistik finden (vgl. hierzu ausführlich *Kury u.a.* 2000). Die Bürger erleben offensichtlich die Polizei und die von ihr „angebotene“ Strafverfolgung im weitaus größten Teil aller Viktimisierungen als das nicht geeignete Mittel einer Reaktion auf das Geschehen.

Andererseits werden als Konsequenzen auf eine Viktimisierung vielfach Strafe und Sanktionierung für den Täter gefordert, vor allem von den ostdeutschen Befragten. So wurde in Ost- und Westdeutschland als Konsequenz auf die Tat am häufigsten die Ermittlung des Täters, die materielle Schadenswiedergutmachung beim Opfer, die Anklage und Verurteilung des Täters, seine strenge Bestrafung, ferner die materielle Unterstützung des Opfers genannt. Weniger Wert wurde gelegt auf eine Entschuldigung durch den Täter bzw. auf einen Dialog mit ihm. Mehr dagegen wird wiederum die Hilfe für ihn, etwa im Sinne einer Resozialisierung unterstützt.

Erwartungsgemäß sind die punitiven Reaktionen deutlich ausgeprägter, je schwerer die Schädigung beim Opfer ist, vor allem beim Einbruch. Weniger strafend ist die Reaktion dagegen bei den Nichtkontakt delikten. Es überrascht nicht, daß die ostdeutschen Befragten insgesamt punitiver eingestellt sind. Strafeinstellungen werden deutlich von den gesellschaftlichen Bedingungen und Vorgaben mitgeprägt. Wie auf eine Straftat zu reagieren ist, um die Kriminalität unter Kontrolle zu halten und möglichst viel Sicherheit für die Bürger zu bieten, „lernen“ die Bürger in der Gesellschaft, in der sie leben, indem sie sehen, wie mit Kriminalität umgegangen wird.

Seit Urzeiten wird auf Straftaten durch Strafe reagiert, auch Kinder, die sich nicht nach dem Wunsch der Erwachsenen, z.B. der Eltern, verhalten, werden bestraft. Diese Verhaltensmuster sind wie „Naturgesetze“ im Denken verankert. Konsequenterweise muß nach der Regel „mehr desselben“ auf mehr Kriminalität mit mehr Strafe reagiert werden. Genau dies wird von den Politikern wie den Medien immer wieder vertreten und entsprechend von den Bürgern als „natürlich“ und „konsequent“ erlebt. Wenn deshalb als Reaktion auf Berichte über eine Kriminalitätszunahme an mehr Strafe gedacht wird, darf das nicht verwundern. Hinzu kommt, daß diese „Dynamik“ durch eine zunehmende Verbrechensfurcht, die meist mit Medienberichten über wachsende Kriminalitätsbelastungen einhergeht, noch angefacht wird.

Die relativ großen Stichproben, insbesondere für Freiburg und Jena, ermöglichen eine differenzierte Berechnung der Opferdaten in Bezug auf die einzelnen Stadtteile. Es zeigt sich eine deutlich unterschiedliche Opferbelastung in den einzelnen Stadtregionen, die auch von der Art der Delikte abhängt. So hat in Freiburg die Altstadt mit ihren zahlreichen Geschäften und dem entsprechend hohen Publikumsverkehr erwartungsgemäß die höchste Opferbelastung. Am anderen Ende der Belastungsskala steht der Stadtteil Kappel, ein bereits in das ländliche Umland übergehender Stadtteil.

Was andererseits das Sicherheitsgefühl der Bürger angeht, zeigt sich insgesamt das erwartete Bild, daß Männer weniger Verbrechensfurcht haben als Frauen. Auffallend ist dagegen, daß Verbrechensfurcht, wie sie von den Bürgern geäußert wird, und Kriminalitätsbelastung im Wohngebiet weitgehend unabhängig voneinander sind. So ist das Unsicherheitsgefühl nicht etwa in der Altstadt mit der hohen Kriminalitätsbelastung am höchsten – die Verbrechensangst liegt dort eher in einem mittleren Bereich –, sondern vielmehr in Haslach-Weingarten. In diesem Stadtteil war jedoch die Kriminalitätsbelastung nicht auffallend hoch, sondern „lediglich“ in einem Mittelbereich. Andererseits ist der Stadtteil Haslach-Weingarten durch eine Hochhausarchitektur geprägt mit einem relativ hohen Anteil von Ausländern bzw. sozial schwachen Familien. Auch „Verwahrlosungserscheinungen“ im Stadtbild sind hier relativ häufig zu bemerken. Das dürften die Hintergründe sein für das gesteigerte Unsicherheitsgefühl. „Incivilities“ wurden etwa auch von *Boers* (1991) als Ursachen für Unsicherheitsgefühle im kommunalen Raum genannt. Was Jena betrifft, ist die Opferbelastung im Stadtzentrum sowie in den im Stadtgebiet vorhandenen Plattenbausied-

lungen am höchsten. Allerdings sind die Unterschiede zu anderen Stadtteilen teilweise gering.

Bei der Befragung in den drei westdeutschen Kommunen wurde im Gegensatz zum ostdeutschen Projektteil nach den drei wichtigsten Problemen im eigenen Stadtteil gefragt. Das offen gestellte Item war relativ vorn im Fragebogen lokalisiert, um so eine durch nachfolgende Kriminalitätsfragen möglichst unbeeinflusste Abfrage der Problemlagen zu ermöglichen. Obwohl Freiburg eine relativ hohe offizielle Kriminalitätsbelastung aufweist, sehen die Bürger Kriminalität keineswegs als das dringendste Problem an. An erster Stelle wird vielmehr der Verkehr genannt (30% der Nennungen), an zweiter Stelle folgt die Unzufriedenheit mit der Infrastruktur, z.B. unzureichende Versorgung mit Schulen oder Kindergärten (23% der Angaben). 15% der Angaben entfallen auf die eigene Wohnsituation als vordringlichstes bzw. eines der drei wichtigsten Probleme. 14% der Nennungen beziehen sich auf die Sozialstruktur (soziales Klima im Stadtteil, Randgruppen u.ä.) und 10% auf Umweltprobleme. Erst an sechster Stelle (4,5% der Nennungen) wird Kriminalität als eines der drei wichtigsten Probleme des eigenen Stadtteils genannt. Das weist in aller Deutlichkeit auf die Relativität der vielfach von der Presse oder Politik gezeichneten Kriminalitätsprobleme hin. Die Ergebnisse hinsichtlich Emmendingens und Löffingens, wo die Kriminalitätsbelastung im Vergleich zu Freiburg noch wesentlich niedriger ist, bestätigen diese Resultate. Die Kriminalität spielt in allen drei Gemeinden im Erleben des eigenen näheren Wohnumfeldes der Bürger, wenn überhaupt, dann nur eine untergeordnete Rolle. Die Bewohner sehen im eigenen Stadtteil andere Probleme, die es vorrangig zu lösen gilt. In der Presse wird dies vielfach anders dargestellt, vor allem vor dem Hintergrund von Berichten über spektakuläre Straftaten. Solche Presseberichte gehen verständlicherweise nicht ohne Wirkung an den Bürgern vorbei; diese Wirkung dürfte jedoch vor allem in einer Verschärfung der Strafmentalität zu sehen sein (ausführlich *Kury u.a.* 2000).

Die Einstellung zu Kriminalität und deren Erleben wird entscheidend von den eigenen Lebensbedingungen moderiert. So wird beispielsweise Verbrechensfurcht naheliegenderweise in aller Regel von jenen Menschen deutlicher erlebt, die insgesamt „vulnerabler“ sind, d.h. über weniger soziale, psychische oder finanzielle Ressourcen verfügen, um die Folgen einer kriminellen Viktimisierung bewältigen zu können. Wer sich ohnehin höchst gefährdet fühlt, wird durch zusätzliche Gefahren leichter verunsichert, als wer sich sicher im Leben stehend fühlt. Das dürfte wesentlich mit dazu

beitragen, daß sich ältere Menschen und Frauen vielfach verbrechensängstlicher schildern als jüngere. Durch die erhebliche Veränderung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der politischen Wende wurde bei den Bürgern Verunsicherung ausgelöst. In welchem Ausmaß dies der Fall ist, wurde anhand einiger Fragen überprüft.

Was das Erleben der eigenen Berufstätigkeit betrifft, geben die ostdeutschen Befragten in den errechneten Skalen an, daß sie die Zusammenarbeit mit den Arbeitskollegen und die Arbeitszufriedenheit ungünstiger einschätzen als die Westdeutschen. Auch die geforderte geistige Anstrengung sowie die Eigeninitiative wird als niedriger bewertet. Frauen schildern in den westdeutschen Kommunen ihre Tätigkeit eher als körperlich und weniger geistig. Das dürfte mit dem oft noch vorhandenen unterschiedlichen Schulbildungsniveau der beiden Geschlechter zu tun haben: Je höher die angegebene Schulbildung, um so eher wird die ausgeführte Tätigkeit als geistig und weniger körperlich geschildert. Daß die ostdeutschen Befragten ihre Tätigkeit eher als körperlich beschreiben, dürfte ebenfalls mit dem oft niedrigeren Schulbildungsniveau zu tun haben bzw. auch mit den nach der Wende reduzierten Arbeitsmöglichkeiten in gehobenen Verwaltungs- und Organisationsberufen.

Hinsichtlich der angestrebten Lebensziele nehmen in den westdeutschen Kommunen mit zunehmendem Urbanisierungsgrad Ziele wie Genuß, Neues erleben wollen und einen eigenen Freundeskreis haben zu. Kleinere Gemeinden hängen demgegenüber eher „klassischen“ Lebenszielen nach, wie Familie, Sparen für Anschaffungen u.ä. Dies dürfte mit den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen zusammenhängen. Interessanterweise sind auch für die ostdeutschen Befragten diese traditionelleren Ziele wichtiger als für die westdeutschen. So gleichen die Lebensziele der Befragten in Jena denen der Bewohner der kleineren westdeutschen Kommunen mehr als denen Freiburgs. Was den Einfluß des Geschlechts betrifft, schätzen die Männer eher berufliche Ziele, Karriere und Fortkommen als wichtig ein, die Frauen dagegen mehr Geselligkeit, Genuß und Neues erleben. Die Bedeutung der Familie hängt naheliegenderweise vom Alter ab, sie nimmt bis zu einer mittleren Altersklasse zu, um dann wiederum zurückzugehen. Ein deutlicher Zusammenhang ergibt sich zur eigenen Schulbildung: Mit steigender Schulbildung spielt die eigene berufliche und wirtschaftliche Karriere eine wichtigere Rolle.

Mit abnehmender Urbanisierung sind die befragten Bürger eher der Ansicht, daß man in der komplexen Welt nicht mehr durchschaut, daß alles

schwieriger geworden ist, daß moralische Grundsätze nicht mehr gelten oder daß sich alles immer schneller ändert. In ländlichen Regionen lebende Befragte sind somit nicht nur konservativer in ihren Werthaltungen, sondern äußern auch eher Befürchtungen einer anomischen Entwicklung. Gleichzeitig sind sie zurückhaltender hinsichtlich der Ausländerpolitik und mehr an Strafen orientiert. Wiederum zeigen die ostdeutschen Befragten, auch in Jena, deutliche Ähnlichkeiten in ihren Einstellungen mit der westdeutschen ländlichen Bevölkerung. Allerdings äußerten die Ostdeutschen anfangs 1992 noch eine deutlich größere Zukunftszuversicht als die westdeutschen Landbewohner. Die Aufbruchstimmung in Ostdeutschland war damals offensichtlich noch vorhanden, während sie in den Folgejahren zurückging.

Frauen zeigen höhere Anomiewerte als Männer, sie fühlen sich somit von den gesellschaftlichen Bedingungen deutlich stärker verunsichert. Was Tendenzen der Ausländerfeindlichkeit und des Strafbedürfnisses betrifft, weisen Frauen in Westdeutschland lediglich tendenziell niedrigere Werte als Männer auf, in Ostdeutschland sind diese Unterschiede ausgeprägter. Erwartungsgemäß steigen die Anomiewerte mit zunehmendem Alter. Je älter die Befragten sind, um so negativer dürfte die Zukunftsperspektive insgesamt sein; die erlebten Möglichkeiten, etwas zu unternehmen und zu bewegen, dürften deutlich reduziert sein; man fühlt sich den neueren Entwicklungen eher ausgeliefert. Auch bei den Skalen der allgemeinen Lebenseinstellung hat die Schulbildung den deutlichsten Einfluß: Das Anomieerleben nimmt mit steigender Schulbildung ab, gleichzeitig nimmt der Wunsch nach politischer Mitwirkung mit zunehmender Schulbildung zu. Besser Gebildete lehnen Gewalt deutlicher ab und sind liberaler gegenüber Ausländern. Daß die Schulbildung einen wesentlichen Einflußfaktor der Einstellungsstrukturen der Bürger hinsichtlich Anomie, Punitivität, Haltung gegenüber Ausländern und Gewalt darstellt, ist ein Resultat, das international immer wieder gefunden wurde. Gerade vor diesem Hintergrund ist eine wirksame Bildungspolitik auch hinsichtlich einer Steigerung des friedlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft außerordentlich wichtig.

Umfragen zeigen immer wieder und über die Jahre konstant, daß die Bürger mit überwältigender Mehrheit davon ausgehen, Kriminalität habe mehr oder weniger drastisch zugenommen (vgl. *Kerner* 1980). Diese Einstellung wird sicherlich durch die völlig verzerrte Presseberichterstattung über das Kriminalitätsgeschehen geprägt. Darüber ist viel berichtet worden (vgl. etwa *Kunczik* 1998; *Kury* 2000). Auch bei unserer Studie gaben auf

die Frage, ob die Kriminalität in den letzten zwei Jahren zu- oder abgenommen hat, 72,1% der Westdeutschen und sogar 97,1% der Ostdeutschen an, sie habe zugenommen. Als Gründe für diesen Anstieg nannten die Westdeutschen vor allem gestörte Familienverhältnisse, die Ausbreitung aggressiven Verhaltens sowie Drogenprobleme. Als weniger bedeutend wurden Strafverfolgungsmaßnahmen eingestuft. Die ostdeutschen Befragten geben teilweise andere Ursachen der Kriminalitätszunahme an: Insbesondere sehen sie die Gründe für den Anstieg der Straftaten in einer laxen Sanktionspolitik. Vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen zu DDR-Zeiten ist diese Einschätzung plausibel. Damals griff die Polizei relativ harsch durch, gleichzeitig war die Kriminalitätsbelastung vergleichsweise niedrig.

Offensichtlich spielen Presse und Medien in kleineren, weniger urbanen Kommunen eine größere Rolle hinsichtlich der Sichtweise des Kriminalitätsproblems als in größeren. In größeren Städten treten dagegen eigene Erfahrungen sowie Gespräche mit anderen mehr in den Vordergrund. Ebenfalls sehen Frauen ihre Einstellung zu Kriminalität und Strafe mehr als Männer von den Massenmedien beeinflusst. Gleichzeitig nimmt der Einfluß der Medien mit steigender Schulbildung ab.

Eine breite Darstellung, vor allem in den Medien, fand in den letzten Jahren die Furcht, Opfer einer Straftat zu werden. Mehr und mehr Bürger äußerten Ende der 80er bzw. in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts in Umfragen Verbrechensfurcht. Bei aller Problematik der Messung dieses komplexen Bereichs scheint es vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion der Kriminalitätsproblematik plausibel zu sein, daß sich in den letzten Jahren häufiger Bürger wegen der Kriminalitätsentwicklung geängstigt fühlten. Hierbei muß jedoch beachtet werden, daß diese Kriminalitätsfurcht weitgehend ein „hausgemachtes“ Problem darstellt. Auch in der vorliegenden Untersuchung zeigt sich, daß Kriminalitätsfurcht weitgehend unabhängig von der „tatsächlichen“ Kriminalitätsbelastung ist. Die Bürger sind über das eigentliche Kriminalitätsgeschehen – wenn überhaupt – nur verzerrt über die Medien informiert. Diese suggerieren den Rezipienten, daß es Grund genug gibt, sich zu fürchten. Es finden sich nur wenige seriöse Darstellungen, die zumeist von denen beachtet werden, die ohnehin besser informiert sind und die Diskussion um die Verbrechensfurcht kritischer verfolgen.

In unserer Studie äußerten die ostdeutschen Befragten erheblich mehr Verbrechensfurcht als die westdeutschen, obwohl die Kriminalitätsbelas-

tung zur damaligen Zeit in Ostdeutschland noch deutlich geringer war als im Westen. Allerdings dürfte für das Sicherheitsgefühl nicht nur die absolute Kriminalitätsbelastung – wenn überhaupt – maßgeblich sein, sondern v.a. deren Veränderung über die Zeit. In Ostdeutschland hat die Kriminalitätsbelastung in den Jahren von 1989 bis 1992, dem Zeitpunkt unserer Umfrage, deutlich zugenommen. Dies dürfte den Bürgern, selbst unabhängig von der Presseberichterstattung, nicht verborgen geblieben sein. Hinzu kommt, daß vor der Wende in der früheren DDR kaum über Kriminalität berichtet wurde, plötzlich aber das Thema nun um so mehr auf die Titelseiten gerückt wurde. Das Gefühl, in einen „endlosen Prozeß des Kriminalitätsanstiegs“ verwickelt zu sein, dürfte die Bürger erheblich verunsichert haben.

Betrachtet man das Ausmaß nächtlicher Furcht in der eigenen Wohnung, so ist das Geschlecht der einflußreichste Faktor. Frauen zeigen höhere Furchtwerte als Männer. Weiterhin geben Befragte mit hohen Anomiewerten mehr Verbrechensfurcht an als solche mit niedrigeren Werten. Das bedeutet, daß Personen, die sich in der Gesellschaft verunsichert fühlen, das Gefühl haben, nicht mehr durchzublicken, sich selbst in der eigenen Wohnung ängstlicher fühlen. Überraschenderweise haben jüngere Menschen, besonders junge Frauen, mehr Verbrechensfurcht als ältere. Dies widerspricht der vielfach dargestellten Behauptung, daß es vor allem ältere Frauen sind, die besonders ängstlich sind. Das ist im Zusammenhang damit zu sehen, daß junge Frauen das höchste Risiko erleben, Opfer einer schweren Sexualstraftat zu werden. Hinzu kommen weitere, weniger auffällige gesellschaftliche Bedingungen: So sind junge Menschen, gerade junge Männer, nicht nur die Gruppe mit der höchsten Kriminalitätsbelastung, sondern gleichzeitig mit der höchsten Opferbelastung. Das überrascht vor dem Hintergrund der alten Weisheit, „wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um“, zunächst nicht. Die Begehung von Straftaten ist vielfach mit Risiko verbunden, oft bewegen sich Straftäter in einem „kriminogenen“ Milieu, in welchem die Gefahr, auch Opfer zu werden, erhöht ist. Allein aufgrund ihrer Mobilität und der erhöhten Risikobereitschaft sind v.a. junge Männer gefährdet, viktimisiert zu werden. Hinzukommt, daß sich die Lebensbedingungen für junge Menschen in den letzten Jahren deutlich verschärft haben. So hat sich die Situation am Arbeits- und Ausbildungsmarkt verschlechtert, die Arbeitsbedingungen sind härter geworden, es ist heute für jungen Menschen schwieriger als noch in der letzten Generation, einen eigenen Platz in der Gesellschaft zu finden. All dies dürfte zur Verunsicherung junger Men-

schen beitragen, die sich auch auf eine erhöhte Verbrechensfurcht auswirken dürfte.

Eine durchgeführte Regressionsanalyse zeigt weitere Zusammenhänge. So wurde bei einem Teil der Stichprobe in Jena das Freiburger Persönlichkeitsinventar FPI-R vorgegeben. Verbrechensängstliche Befragte schildern nicht nur mehr Verbrechensfurcht, sondern gleichzeitig mehr körperliche Beschwerden, sie charakterisieren sich eher als introvertiert, erregbar und emotional. Ein solches Ergebnis ist zu erwarten, wirft jedoch ein interessantes Licht auf die Verbrechensfurchtforschung. Offensichtlich erleben Personen mit einer bestimmten vulnerablen Persönlichkeitsstruktur, die durch Emotionalität, Erregbarkeit und Introversion gekennzeichnet ist, mehr Verbrechensfurcht als die Restgruppe (vgl. ausführlich *Obergfell-Fuchs & Kury* 1996).

Das bedeutet, daß das Erleben von Verbrechensfurcht vor allem eine individuelle Variable ist, die etwas über die Persönlichkeit des Befragten aussagt und nicht unbedingt etwas über die Kriminalität und/oder die Kriminalitätsbelastung. In den Medien und von politischer Seite wird jedoch in der Regel der Zusammenhang hergestellt, daß sich die Bürger zunehmend vor der Kriminalität fürchten und hierzu auch allen Grund haben, da diese ständig steigt. Würde man die Verbrechensfurcht als individuelle Variable sehen und die Zusammenhänge ebenso übertrieben einseitig darstellen, käme man zur Aussage: Die Bürger bzw. manche fürchten sich zunehmend vor der Kriminalität; dies ist ihr eigenes individuelles Problem, das durch die Kriminalitätslage überhaupt nicht begründet ist. Beide Darstellungen sind so nicht richtig. Es ist jedoch auffallend, daß die gestiegene Verbrechensfurcht durchweg mit gestiegener Kriminalität in Verbindung gebracht wird, obwohl nachweisbare Zusammenhänge, wenn überhaupt, sehr niedrig sind. Berücksichtigt man die in den letzten Jahren vermehrt diskutierten Meßprobleme hinsichtlich der Erfassung der Kriminalitätsfurcht, wird deutlich, wie wenig zuverlässig diese Problematik im Grunde untersucht ist (vgl. *Boers* 1991; *Sessar* 1992; *Bilsky u.a.* 1995). Verbrechensfurcht bzw. die vermeintlichen Unsicherheitsgefühle der Bürger werden vor allem politisch eingesetzt, etwa im Sinne einer Strafverschärfung bzw. einer „Law-and-order-Politik“.

Dieses Ergebnis wird durch die Resultate der anderen eingesetzten Furchtitems bestätigt. Auch im Standarditem (Unsicherheitsgefühl nachts draußen allein in der Wohngegend) zeigen die Jenaer Befragten deutlich höhere Werte als die Freiburger. Wiederum haben, vor allem in Freiburg,

junge Befragte, insbesondere Frauen, hohe Werte. Auch Verbrechenopfer zeigen in Freiburg und Jena höhere Furchtwerte als Nichtopfer. In einer Regressionsanalyse erwies sich die Opfervariable neben dem Geschlecht als bedeutendster Einflußfaktor auf die Furchtwerte. Wiederum zeigen Befragte mit hohen Anomiewerten mehr Verbrechensfurcht, und ebenso ergibt sich ein Zusammenhang mit den Skalen des Persönlichkeitsfragebogens. Verbrechensängstliche machen sich mehr Gesundheitsorgen, sind emotionaler und gehemmter. Zwar erweisen sich bei dieser Variablen teilweise andere Persönlichkeitsskalen als einflußreich, das Bild bleibt jedoch dasselbe: Personen, die gehemmter, introvertierter, emotional ansprechbarer und insgesamt besorgter erscheinen, äußern mehr Verbrechensfurcht. Kriminalitätsfurcht reiht sich somit nahtlos in andere Persönlichkeitscharakteristika ein, ihre Ausprägung sagt offensichtlich mehr über die befragte Person aus als über die Kriminalitätslage in der Stadt, dem Stadtviertel oder gar einem Land.

Schließlich wurde die subjektiv eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, Opfer einer oder mehrerer vorgegebener Straftaten zu werden, erhoben. Die Viktimisierungswahrscheinlichkeit wird dabei in den Großstädten höher eingeschätzt als in ländlicheren Regionen. Gleichzeitig wird sie in den ostdeutschen Gemeinden deutlich höher bewertet als in den westdeutschen. Auch wird, zumindest in Westdeutschland, die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, mit zunehmendem Bildungsniveau als geringer angesehen. Trennt man die erfaßten Delikte in solche ohne Sexualstraftaten und die Sexualstraftaten selbst, zeigt sich, daß das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, nur für die erste Gruppe in Ostdeutschland höher eingeschätzt wird, nicht aber für die Sexualstraftaten. Das bedeutet, Frauen – nur diese wurden bei den Sexualstraftaten befragt – schätzen das Risiko, Opfer einer sexuellen Belästigung bzw. gar einer Vergewaltigung zu werden, in Ost- und Westdeutschland weitgehend gleich ein. Deutliche Unterschiede ergeben sich hinsichtlich des Alters: Mit zunehmendem Alter nimmt die eingeschätzte Risikowahrscheinlichkeit deutlich ab. Das bestätigt die Vermutung, daß die erhöhte Verbrechensfurcht bei jungen Frauen vor allem auf die gesehene Gefahr zurückgeht, Opfer einer Vergewaltigung bzw. einer Sexualstraftat zu werden.

Eine Regressionsanalyse, bei der wiederum dieselben Variablen berücksichtigt wurden, zeigt ein zu den obigen Resultaten vergleichbares Ergebnis. Den deutlichsten Einfluß auf den Gedanken an eine Opferwerdung hat die Variable Anomie. Einen ebenfalls statistisch signifikanten Einfluß ha-

ben das Alter, der Schulabschluß, das Geschlecht, die Lebensform und die Opfervariable. Hinzu kommen einige FPI-Dimensionen. Personen, die eher daran denken, Opfer einer Straftat zu werden, erleben somit relativ hohe anomische Zustände in der Gesellschaft, sind jung, haben einen höheren Schulabschluß, sind weiblich, leben nicht alleine und wurden bereits früher mindestens einmal Opfer einer Straftat. Gleichzeitig schildern sie sich als eher konfliktbelastet, reizbar und erregbar, als leicht aus der Ruhe zu bringen und gesundheitsbesorgt.

Eine mit einem Gesamtwert für Verbrechensfurcht durchgeführte Regressionsanalyse bestätigte die oben dargestellten Ergebnisse weitgehend, wobei sich wiederum das Geschlecht als die weitaus stärkste Einflußvariable herausstellte, und zwar derart, daß Frauen mehr Furcht zeigen als Männer.

Sowohl in Freiburg als auch in Jena äußerten die Befragten die Meinung, daß sich die Verbrechensfurcht auf ihre Lebensgewohnheiten in einschränkender Weise auswirke, z.B. daß man abends nicht mehr bzw. nur noch in Begleitung ausgeht. Berücksichtigt man gleichzeitig, daß sich erhöhte Verbrechensfurcht, wie zahlreiche Analysen inzwischen zeigen, auch in der Weise auswirkt, daß man sich durch technische Prävention zu sichern sucht, etwa durch den Einbau von Sicherheitsschlössern oder ganzen Sicherheitsanlagen, und dafür enorme Summen ausgegeben werden, zeigt sich, daß die Diskussion um die Verbrechensfurcht konkrete wirtschaftliche Auswirkungen hat. Die Sicherheitsindustrie war einer der Wirtschaftszweige, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre mit die deutlichsten Steigerungsraten zu verzeichnen hatte (vgl. *Obergfell-Fuchs* 2000; 2000a).

In einer weiteren, differenzierteren Analyse konnten wir zeigen, daß die einzelnen erhobenen Items zur Verbrechensfurcht einerseits eine kognitive und andererseits eine emotionale Komponente erfassen. Sowohl für Freiburg als auch Jena konnte deutlich gemacht werden, daß mit zunehmendem Anomieerleben die Werte in beiden Furchtdimensionen zunehmen. Was die eingeschätzte politische Mitwirkungsmöglichkeit betrifft, zeigt sich lediglich ein Zusammenhang zur kognitiven Risikoeinschätzung: Befragte mit höheren Werten in dieser Skala weisen gleichzeitig höhere Werte hinsichtlich den eingeschätzten politischen Mitwirkungsmöglichkeiten auf. In Freiburg erwiesen sich Verbrechensängstliche beider Dimensionen zugleich als gegen Ausländer eingestellt. In Jena läßt sich dies nur für die kognitive Risikoeinschätzung zeigen.

Sanktionseinstellungen (Punitivität) sind – ähnlich wie die Verbrechensfurcht – ein außerordentlich komplexer Sachverhalt, der in aller Regel

ebenso ungenügend operationalisiert wird, so etwa mit der Frage nach dem Eintreten für die Wiedereinführung der Todesstrafe für schwere Verbrechen, die in diesem Kontext geradezu als „Standardfrage“ fungiert. Da die Strafmoralität der Bevölkerung oder das, was man nach Erhebungen in Meinungsumfragen dafür hält, auch politisch insofern eine große Rolle spielt, als der Gesetzgeber sich bei Strafverschärfungen meist auf den hohen behaupteten Sanktionswunsch der Bevölkerung beruft, ist eine möglichst genaue Erfassung der Punitivität außerordentlich wichtig. Vor diesem Hintergrund wurden mehrere Items hierzu in den Fragebogen aufgenommen, deren Ergebnisse jedoch gesondert dargestellt werden sollen (vgl. *Kury u.a.* 2000). An dieser Stelle werden lediglich die Resultate einer Frage präsentiert, welche die Reaktionswünsche nach einer Opferwerdung erfasst, damit den Bereich Punitivität tangiert. Vorgegeben wurde eine Liste mit acht Reaktionsmöglichkeiten, die von Ermittlung des Täters, Anklage und strenge Bestrafung desselben bis zu Schadenswiedergutmachung und Entschuldigung durch den Täter bzw. Hilfen für ihn reichten.

Zwischen den westdeutschen Kommunen unterschiedlicher Urbanität ergaben sich statistisch signifikante Unterschiede, insbesondere aber zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Bevölkerung stellt sich in den kleineren Gemeinden – ebenso wie in Ostdeutschland – straforientierter dar als in größeren Kommunen bzw. in Westdeutschland. Die Befragten in den westdeutschen Kleinstädten sprachen sich mehr für eine Wiedergutmachung und Entschuldigung durch den Täter aus, gleichzeitig aber weniger für eine Hilfe für ihn. Letzteres bestätigt die punitivere Einstellung der Bewohner ländlicherer Regionen.

Im Ost-West-Vergleich ergeben sich auf der Ebene der drei faktorenanalytisch gefundenen Skalen (Bestrafung des Täters; immaterielle Schadenswiedergutmachung und Hilfe für den Täter; materielle Schadenswiedergutmachung) unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Schulbildung und Opferwerdung teilweise markante Unterschiede, welche die oben beschriebenen Resultate vielfach bestätigen. Die ostdeutschen Befragten beiderlei Geschlechts stellen sich straforientierter dar als die westdeutschen. Mit zunehmendem Alter nimmt die Strafmoralität zu, wobei die höchste Altersgruppe wiederum rückläufige Tendenzen zeigt. Die Punitivität erweist sich weiterhin, was in Übereinstimmung mit internationalen Forschungsergebnissen steht, deutlich abhängig vom Bildungsstand der Befragten. Personen mit höherer Schulbildung sind weniger straforientiert als solche mit lediglich elementarer Ausbildung. Das dürfte vor allem da-

mit zusammenhängen, daß besser Gebildete die Zusammenhänge von Straffälligkeit besser durchschauen und ihnen vor diesem Hintergrund die komplexen Zusammenhangsstrukturen straffälligen Verhaltens mehr bewußt sind, die nicht nur auf den Täter, sondern auch auf gesellschaftliche Bedingungen und mehr oder weniger „zufällige“ Konstellationen verweisen. Weiterhin erweisen sich Opfer einer Straftat als sanktionsorientierter als „Nichtopfer“, letztere definiert als Befragte, die angaben, im letzten Jahr vor der Befragung nicht viktimisiert worden zu sein.

Hinsichtlich der Skala immaterielle Schadenswiedergutmachung und Hilfe für den Täter sind Frauen mehr an Schadenswiedergutmachung und Hilfe orientiert, sie treten mehr für Unterstützung von Täter und Opfer ein. Was das Alter betrifft, sprechen sich die jüngeren und älteren Befragten mehr für Wiedergutmachung und Hilfe für den Täter aus als die mittleren Altersgruppen. Bezüglich der Schulbildung zeigen sich lediglich tendenzielle Resultate, die in Westdeutschland darauf hinweisen, daß Personen mit höherer Schulbildung eher Wiedergutmachung und Hilfe unterstützen; in Ostdeutschland ist es umgekehrt. In Westdeutschland treten die Opfer nicht nur für härtere Strafen ein, sondern gleichzeitig für mehr Wiedergutmachung des Schadens durch den Täter sowie Hilfen für ihn.

Was materielle Schadenswiedergutmachung anbelangt, so treten Männer hierfür deutlicher ein als Frauen. Männern ist es offensichtlich wichtiger als Frauen, daß nach einer Opferwerdung der entstandene materielle Schaden ausgeglichen wird. Auch ältere Befragte befürworten mehr als jüngere eine materielle Schadensbegleichung; schließlich sind besser Gebildete und Nichtopfer stärker der Ansicht, daß ein materieller Schadensausgleich nicht so wichtig sei. Befragte mit weniger hohen Schulabschlüssen und Opfer einer Straftat legen somit mehr Wert auf einen materiellen Schadensausgleich.

Die Ergebnisse zeigen an verschiedenen Stellen (vgl. oben), daß Opfer einer Straftat sich von Nichtopfern in ihren Einstellungen und Haltungen – wohl aufgrund der Viktimisierung – unterscheiden; sie sind nicht nur straforientierter, sondern auch verbrechensängstlicher. Das verweist auf die strittig diskutierte „Viktimisierungshypothese“ (vgl. hierzu *Boers* 1991; *Kury & Ferdinand* 1998). Uneinig ist man sich, wieweit Opfer von Straftaten verbrechensängstlicher oder straforientierter sind. Nach unseren Ergebnissen spricht mehr für beide Annahmen als dagegen. Allerdings zeigen unsere Resultate gleichzeitig, daß – wie oben dargestellt – der weitaus größte Teil der erfaßten Viktimisierungen entweder wenig gravierend ist

oder im sozialen Nahraum geschieht. Die Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Viktimisierung und deren Auswirkungen z.B. auf die Verbrechensfurcht bzw. die Strafeinstellungen muß somit die Schwere der Opferwerdung bzw. das Erleben und die Einstufung derselben durch das Opfer berücksichtigen. Es kann nicht erwartet werden, daß sich der Großteil der Viktimisierungen, die sich im Bagatellbereich bewegen und von den Opfern oft kaum bemerkt werden, wesentlich auf die Einstellungen derselben auswirken. Die Einschätzungen der Viktimisierungen durch die Opfer selbst (vgl. oben) zeigen deutlich, daß ein Großteil als wenig beeinträchtigend erlebt wird. Soll die Frage geprüft werden, wieweit sich eine Opferwerdung auf die Einstellungen zu Strafen bzw. die Furcht vor Straftaten auswirkt, muß eine Konzentration auf solche Viktimisierungen erfolgen, die von den Betroffenen als gravierend und beeinträchtigend erlebt wurden. Diese Einschätzung wiederum ist – wie wir zeigen konnten – nicht nur vom Ereignis selbst abhängig, sondern auch von der Persönlichkeitsstruktur des bzw. der Betroffenen.

Im Rahmen der Zunahme der (offiziell registrierten) Kriminalität und vor allem der wachsenden Verbrechensfurcht wurde vermehrt die Forderung nach effizienterer Prävention geäußert, gerade etwa von seiten der Presse. In Anlehnung an die Diskussion in den USA, aber auch der kriminologischen Erkenntnis, daß ein Großteil der die Bürger beunruhigenden Kriminalität in kleinräumigen Bezügen geschieht, wurde zunehmend die Kommune selbst als Ort und Agent kriminalpräventiver Aktivitäten ausgemacht. „Community crime prevention“, „community policing“ oder „community based treatment“ wurden zu Schlagworten, die – auch in Deutschland – vielfach Aktivitäten auslösten, die allerdings oft wenig tiefgreifend waren. Gerade die Polizei bemühte sich vielfach selbst um die Initiierung solcher Aktivitäten, angeregt durch Vertreter der Politik, die im Einklang mit der Polizei deren kriminalpräventive Aufgaben wiederum mehr in den Vordergrund rückten. Es wurde vor allem die Zusammenarbeit der Polizei mit den Bürgern betont, ohne die eine Kommunale Kriminalprävention nicht realisierbar wäre. Hinsichtlich einer solchen produktiven Zusammenarbeit ist die Einstellung der Bürger zur Polizei außerordentlich wichtig.

In unserer Studie wurden die Befragten gebeten, die Polizeiarbeit in ihrer Kommune einzuschätzen. Vorgegeben wurde eine vierstufige Skala von „schlecht“ bis „gut“. Es zeigten sich deutliche Stadt-Land- sowie Ost-West-Unterschiede. So wurde im Westen in den kleineren Kommunen

Emmendingen und Löffingen die Arbeit der Polizei günstiger beurteilt als in Freiburg, ein Ergebnis, das nicht überrascht. So dürfte einerseits der Bezug der Polizeibeamten zur Bevölkerung in kleineren Gemeinden größer sein, und die Bürger dürften hier „ihre“ Polizisten kennen. Zum anderen weisen die Bürger größerer Städte, schon aufgrund der größeren Kriminalitätsprobleme (vgl. oben), eine kritischere Einstellung zur polizeilichen Arbeit auf. Hinzu kommt das insgesamt höhere Bildungsniveau in Freiburg im Vergleich zu den kleinen Kommunen. Wie wir gesehen haben, nimmt die kritische Einstellung zu Kriminalität und Strafverfolgung mit steigendem Bildungsniveau zu. All das dürfte sich darin bemerkbar machen, daß die Bürger größerer Städte den Strafverfolgungsbehörden gegenüber eine distanziertere und kritischere Einstellung aufweisen.

In den beiden ostdeutschen Kommunen Jena und Kahla ist die Einstellung zur Polizei zum Befragungszeitpunkt wesentlich schlechter als im Westen. Der Grund hierfür dürfte darin zu sehen sein, daß aufgrund der Umbruchsituation nach der Wende in der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden insgesamt eine erhebliche Beunruhigung auftrat, insbesondere wegen des Verdachts politischer Vorbelastung aufgrund einer Mitarbeit in der Stasi zu DDR-Zeiten. Viele Polizisten wußten vor diesem Hintergrund nicht, ob sie weiterhin im Polizeidienst bleiben können; in der Regel erhielten sie westdeutsche Vorgesetzte, ihre Arbeit wurde neu geordnet und teilweise völlig umstrukturiert. Dabei litt die Effizienz der Strafverfolgungstätigkeit, während gleichzeitig die Kriminalitätsbelastung stieg. Dies dürfte dazu beigetragen haben, daß das Vertrauen der Bürger in die Polizei beeinträchtigt wurde.

Um dies zu prüfen, wurden in Jena und Kahla die Bürger zusätzlich nach der Einschätzung der polizeilichen Arbeit zur Zeit vor der Wende befragt. Es zeigt sich, daß die Polizei zumindest in Jena hinsichtlich ihrer Tätigkeit vor 1989 wesentlich günstiger eingeschätzt wurde als zum aktuellen Befragungszeitpunkt. Nur in Kahla hatte sich an der ohnehin negativen Sicht der Polizei nichts geändert. Das bestätigt – zumindest für Jena – die Annahme, daß die Arbeit der Polizei zu DDR-Zeiten positiver eingeschätzt wurde als nach der Wende.

Die Bürger wurden weiterhin gefragt, wieweit sie die Polizisten als „freundlich und verständnisvoll“ einschätzen. Während in den drei westdeutschen Kommunen mehr als 80% der Aussage zustimmten, waren dies in Jena bezogen auf die Zeit 1989 lediglich 39%, bezogen auf 1991 (den Befragungszeitraum) dagegen 81%. In Kahla waren die Werte entspre-

chend. Das bedeutet, daß das Bild der Polizei hinsichtlich Freundlichkeit und Verständnis in beiden Landesteilen sehr positiv ist. In Ostdeutschland wurde die Polizei zu DDR-Zeiten offensichtlich deutlich als weniger freundlich erlebt, allerdings als effizienter als nach der Wende.

Neben der Polizei spielt insbesondere die Justiz eine wichtige Aufgabe in der Strafverfolgung. Traditionell wird die Justiz von der Bevölkerung kritischer als die Polizei beurteilt, was mit der größeren Distanz der Bürger zu diesen Einrichtungen und dem geringeren Wissen über das „was dort geschieht“, zu tun haben dürfte. Häufig besteht der Eindruck, daß die Gerichte zu milde seien und letztlich ihren Aufgaben, durch härtere Strafverfolgung die Kriminalitätsbelastung zu reduzieren, nicht nachkommen. Wir haben die Bürger gefragt, wieweit ihrer Meinung nach Gerichte und Staatsanwaltschaften ihren Aufgaben der Strafverfolgung gerecht würden. In Ostdeutschland wurde wiederum unterschieden zwischen dem aktuellen Zeitpunkt der Befragung (1991) und der Zeit vor der Wende (1989). In den drei westdeutschen Kommunen war etwa die Hälfte der Befragten der Meinung, Gerichte und Staatsanwaltschaften würden ihre Strafverfolgungsaufgaben gut erfüllen. In Ostdeutschland waren die retrospektiven Werte für die Zeit vor der Wende zwar etwas niedriger, aber vergleichbar. Was die aktuelle Situation betrifft, waren die Einschätzungen dagegen wesentlich kritischer, nur etwa 20% der Jenaer und Kahlaer bewerteten die Arbeit als gut. Das bestätigt den Eindruck, daß die Strafverfolgungsbehörden in ihrer Arbeit hinsichtlich der Kriminalitätsbekämpfung anfangs der 90er Jahre im Osten sehr schlecht und kritisch beurteilt wurden. Die Bürger erlebten bzw. wurden in der Presse mit einer permanent steigenden Kriminalität konfrontiert und schrieben dies zu einem großen Teil der nicht funktionierenden Strafverfolgung zu, was vielfach auch von seiten der Presse vorgegeben wurde.

Ergänzend zur Einschätzung der Polizei und Justiz wurden die Bürger gebeten, anhand zwölf vorgegebener Tätigkeitsbereiche die Bedeutung einzelner polizeilicher Aufgaben zu bestimmen. In den westdeutschen Kommunen wurde vor allem der Schutz von Menschen vor Gewaltangriffen, die Fahndung nach Straftätern, die Beratung von Bürgern zum Schutz vor Straftaten und das Bereitstehen der Polizei als Freund und Helfer als wichtig angesehen. In den beiden ostdeutschen Kommunen wurde am häufigsten genannt: nach Straftätern fahnden, Menschen vor Gewaltangriffen schützen, den Straßenverkehr regeln und überwachen sowie durch Streifenfahrten und Fußstreifen dem Bürger das Gefühl von Sicherheit geben. Hin-

zu kommt, daß insbesondere die Angaben nach Straftätern fahnden und Menschen vor Gewaltangriffen schützen in den ostdeutschen Kommunen wesentlich höhere Mittelwerte haben, somit häufiger als im Westen genannt wurden. Diese Unterschiede sind vor dem Hintergrund der größeren Verunsicherung und Verbrechensfurcht der ostdeutschen Befragten – zumindest zum Untersuchungszeitpunkt – zu sehen. Auch geben sie einen Hinweis auf die ausgeprägtere Strafmentalität der Ostdeutschen.

Als weniger wichtige Polizeiaufgaben wurden in Westdeutschland angesehen: ruhestörenden Lärm beseitigen, betrunkene Personen in Gewahrsam nehmen und gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten. In den ostdeutschen Gemeinden waren dies: gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten, betrunkene Personen in Gewahrsam nehmen und Streitigkeiten in der Öffentlichkeit schlichten. Mit Ausnahme der Schlichtung gewalttätiger Familienstreitigkeiten liegen die Mittelwerte der einzelnen polizeilichen Aufgaben in den ostdeutschen Kommunen höher als in den westdeutschen, was darauf hindeutet, daß der „Ruf nach der Polizei“ im Osten größer ist als im Westen. Der Polizei werden in Ostdeutschland offensichtlich in stärkerem Maße Funktionen der Kriminalitätsreduzierung und -kontrolle, aber auch Ordnungsfunktionen zugeschrieben.

Hinsichtlich der durchgeführten Stadt-Land-Vergleiche sind in Westdeutschland acht der zwölf Mittelwertvergleiche statistisch (hoch)signifikant, in Ostdeutschland dagegen nur ein einziger; so wird in Jena die Aufgabe der Polizei, Streit in der Öffentlichkeit zu schlichten, als wichtiger angesehen als in Kahla. Zwischen den drei westdeutschen Kommunen zeigen sich im wesentlichen folgende statistisch bedeutsamen Unterschiede: Betrunkene Personen in Gewahrsam zu nehmen wird vor allem in Emmendingen als wichtig angesehen, als Helfer bereitstehen wird in den kleineren Gemeinden als wichtiger eingeschätzt, ebenso gestohlene Gegenstände finden oder Beratung zum Schutz vor Straftaten.

Eine Faktorenanalyse der zwölf Items ergab zwei Skalen: Skala I umfaßt Sicherungs- und Ordnungsaufgaben, wie vor Gewaltangriffen schützen, gestohlene Gegenstände finden, nach Straftätern fahnden oder den Verkehr regeln und überwachen, Skala II dagegen stärker soziale Aufgaben der Polizei, wie hilflose Personen unterstützen, als Helfer bereitstehen oder gewalttätige Familienstreitigkeiten schlichten. In beiden Skalen liegen die Mittelwerte der beiden ostdeutschen Kommunen deutlich höher als der westdeutschen, was auf das höhere Sicherheitsbedürfnis der ostdeutschen Bevölkerung hindeutet. Hinsichtlich Skala I sind die Unterschiede zwi-

schen den westdeutschen Kommunen relativ gering, ebenso bezüglich Skala II, bei welcher sich eine Tendenz dahingehend andeutet, daß in der Großstadt soziale Aufgaben der Polizei als wichtiger erachtet werden als in kleineren Gemeinden.

Was die Abhängigkeit der Skalenwerte von Geschlecht, Alter, Schulausbildung und Opferwerdung betrifft, ergeben sich hinsichtlich Skala I (Ordnungs- und Sicherungsaufgaben) in Bezug auf das Geschlecht keine statistisch bedeutsamen Unterschiede; tendenziell haben die Frauen höhere Werte, sie halten Ordnungs- und Sicherungsaufgaben der Polizei für wichtiger als Männer. Bezüglich des Alters nehmen die Mittelwerte signifikant mit steigendem Alter zu, d.h. ältere Menschen legen mehr Wert auf die Ausübung der Ordnungs- und Sicherungsaufgaben der Polizei als jüngere. Weiterhin nehmen mit zunehmender Schulbildung die Mittelwerte ab, d.h. Befragte mit höherer Schulbildung schreiben der Polizei weniger Ordnungs- und Sicherungsaufgaben zu als solche mit niedrigerem Bildungsgrad. Was die Opferwerdung betrifft, zeigen sich nur in Freiburg und Emmendingen signifikante Mittelwertsdifferenzen: Opfer befürworten deutlicher als Nichtopfer Sicherungsaufgaben der Polizei. Auch in den anderen Städten – mit Ausnahme Kahlas – zeigen die Opfer tendenziell eine repressivere Einstellung.

Auf der zweiten Skala (soziale Funktionen der Polizei) zeigten sich deutliche Geschlechtsunterschiede: Frauen messen den sozialen Aufgaben der Polizei größeres Gewicht bei als Männer. Besonders in den größeren Kommunen konnten deutliche Altersunterschiede beobachtet werden: Ältere Menschen messen den sozialen Funktionen der Polizei ein größeres Gewicht bei. Vor dem Hintergrund des Erlebens größerer Vulnerabilität älterer Menschen, aber auch bei den Frauen, werden der Polizei sowohl mehr Kontroll- als auch mehr Schlichtungsfunktionen zugeschrieben. Der Einfluß der Schulbildung zeigt, daß Befragte mit niedrigeren Schulabschlüssen der Polizei vermehrt soziale Schlichtungsfunktionen zuschreiben als solche mit besserer Schulbildung. Das dürfte damit zusammenhängen, daß einerseits die sozialen und persönlichen Konflikte bei schlechterer Schulbildung größer, andererseits auch die Konfliktlösungsstrategien weniger ausgeprägt sein dürften. In Ermangelung anderer Lösungsmöglichkeiten kommt der Polizei und ihrer permanenten Erreichbarkeit eine wichtige Bedeutung zu. Was den Einfluß der Opferwerdung angeht, zeigen sich in den größeren Städten signifikante Mittelwertsunterschiede: Opfer gewichten die sozial unterstützende Funktion der Polizei stärker als Nichtopfer.

Dasselbe gilt tendenziell auch für die anderen Kommunen. Dies ist dahingehend plausibel, als Opfer durch ihre Viktimisierung und der damit verbundenen Schädigung von der Polizei als einer Institution des Staates (auch) Unterstützung und Hilfe erwarten.

Abschließend prüften und verglichen wir den Konsum von Alkohol- und illegalen Drogen zwischen den einzelnen Städten. Besonders Drogen spielen im Zusammenhang mit der Begehung von Straftaten sowie als Ursache für Kriminalität eine wichtige Rolle. Ein beachtlicher Teil der Straftaten, v.a. Jugendlicher, wird oft in alkoholisiertem Zustand begangen. So gaben bei einer Erhebung im Jugendstrafvollzug von 409 befragten jugendlichen und heranwachsenden Inhaftierten 59% an, daß sie ihre Straftat(en) mehr oder weniger unter Alkoholeinfluß begangen hätten, immerhin 21% meinten, daß sie stark alkoholisiert gewesen seien (*Kury* 1979).

Bereits zu DDR-Zeiten spielte Alkohol bei Jugendlichen eine wichtige Rolle und war die „Droge Nr. 1“. Der Alkoholverbrauch lag nach der Wende in den Neuen Bundesländern wesentlich höher als in den Alten Bundesländern. Auch international war der Alkoholkonsum auf dem Gebiet der früheren DDR 1991 relativ hoch. Illegale Drogen wurden dagegen nach der Wende von den Bürgern der ehemaligen DDR als Problem gesehen und die Befürchtung geäußert, daß der Konsum zunehmen könne, tatsächlich spielten diese Anfang der 90er Jahre kaum eine Rolle (vgl. *Kury u.a.* 1996). Neuere Untersuchungen belegen jedoch, daß der Gebrauch illegaler Drogen auch in Ostdeutschland stark steigende Tendenzen aufweist (vgl. *Herbst u.a.* 1995). Zwar sind die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zur Drogenkriminalität aufgrund des enormen zu vermutenden Dunkelfeldes nur wenig aussagekräftig, sie deuten aber auf zwei Tendenzen hin: Zum einen ist die Belastung in den Neuen Bundesländern deutlich niedriger als in den alten, zum anderen zeigt sich ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle, wobei die städtischen Regionen eine wesentlich höhere Belastungszahl aufweisen als die ländlichen.

Auch die Belastungszahlen für Rauschgiftkriminalität 1991 der beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Thüringen unterscheiden sich enorm. Die Häufigkeitsziffer für Baden-Württemberg lag 140fach höher als diejenige Thüringens. Jedoch nahm die polizeilich registrierte Rauschgiftkriminalität in Thüringen in den folgenden Jahren erheblich zu und näherte sich mehr und mehr derjenigen Baden-Württembergs an, wenngleich Unterschiede bis heute bestehen. Wie im Westen, so sind auch in den Neuen Bundesländern nach den Zahlen der PKS die größeren Orte erheblich stär-

ker mit Rauschgiftkriminalität belastet als die kleineren. Bundesweit kann man feststellen, daß Rauschgiftkriminalität vorwiegend ein Problem westdeutscher Großstädte ist. Hier wurden in den letzten Jahren zunehmend Konzepte Kommunaler Kriminalprävention, z.B. die Einrichtung spezieller Arztpraxen für Drogenabhängige und die Substitution durch Methadon, diskutiert. Mehr und mehr Gemeinden haben solche Einrichtungen geschaffen.

In unserer Untersuchung wurden nur zwei Aspekte des illegalen Drogenkonsums erfaßt, die in Zusammenhang mit der Entstehung von Kriminalität bzw. der Begehung von Straftaten gesehen werden können. Es wurde zunächst danach gefragt, was die Befragten glauben, warum es für manche Menschen interessant sein könnte, einmal Rauschgift zu probieren. Insgesamt elf Antwortkategorien wurden vorgegeben. In allen Kommunen wurde am häufigsten genannt, dadurch „Probleme vergessen zu können“. In den westdeutschen Städten entfielen etwa 15% der Antworten auf diese Kategorie, in den ostdeutschen ca. 20%. Die Rangfolge der weiteren Nennungen stimmt in den westdeutschen Kommunen weitgehend überein: Um mitreden zu können, um nicht als Außenseiter zu gelten, und die Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles Glücksgefühl zu erleben. Kaum eine Bedeutung als Grund für einen antizipierten Drogenkonsum spielt die Auffassung, weil Idole/Leitbilder Rauschgift nehmen oder weil man „in“ sein möchte.

In den beiden ostdeutschen Kommunen ist die Reihenfolge der Begründungen für einen Drogenkonsum anders. Zwar liegt auch hier die Kategorie „um Probleme vergessen zu können“ an der Spitze, an zweiter Stelle folgt allerdings der Reiz, etwas „Verbotenes“ zu tun und an dritter Stelle aus reiner Abenteuerlust. Während in Westdeutschland eher extrinsische Motive für einen Drogenkonsum gesehen werden, steht in den ostdeutschen Gemeinden mehr die Vorstellung eines Abenteuers bzw. der Reiz des Verbotenen im Vordergrund, d.h. eher intrinsische Motive.

Ein weiteres Item erfaßte, wie weit die Befragten selbst schon einmal illegales Rauschgift konsumiert haben. In Freiburg waren dies ca. doppelt so viele Befragte (15%) als in Emmendingen bzw. Löffingen. Dies bestätigt das Stadt-Land-Gefälle des Drogenkonsums, wie es auch die PKS zeigt. In Jena gaben dagegen lediglich 2% an, schon einmal illegale Drogen probiert zu haben, in Kahla war dies nur eine Person. Trotz der Problematik einer möglichen Verzerrung der Angaben zu der Frage kann in Übereinstimmung mit theoretischen Überlegungen und anderen Studien gesagt werden, daß

zum damaligen Zeitpunkt der illegale Drogengebrauch in den Neuen Bundesländern noch wesentlich weniger verbreitet war als in den Alten.

Für Freiburg und Jena wurde die Abhängigkeit der Angaben zum Drogenkonsum von demographischen Variablen geprüft, für die kleineren Gemeinden war dies aufgrund zu geringer Nennungen nicht möglich. Männer und Frauen beurteilen in Freiburg und Jena die Gründe für einen Drogengebrauch weitgehend einheitlich. Lediglich in Freiburg wird die Kategorie „um Probleme zu vergessen“ von den Frauen häufiger genannt als von den Männern. Ebenso glauben mehr Frauen als Männer, daß die Erwartung eines Glücksgefühls ein Grund sein könnte, ferner die Annahme, daß nur wenige abhängig werden. In Jena sind die Geschlechtsunterschiede noch geringer als in Freiburg.

Allgemein ist Rauschgiftkonsum ein Problem junger Menschen, vor allem junger Männer. Hinsichtlich der Altersabhängigkeit der angenommenen Motive für Rauschgiftkonsum zeigen sich sowohl in Freiburg als auch in Jena nur wenige Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Ältere Befragte rücken z.B. das Motiv, weil man glaubt, ein Glücksgefühl erleben zu können, mehr in den Vordergrund.

Auf die Frage nach eigenem Rauschgiftkonsum geben mehr Männer als Frauen an, schon einmal illegale Drogen konsumiert zu haben. In Freiburg führten etwa 18% der Männer, aber nur 12% der Frauen an, Rauschgift erfahrung zu haben. Frauen lehnen darüber hinaus stärker als Männer Rauschgift prinzipiell ab. Vor allem in Freiburg zeigt sich eine deutliche, zu erwartende Altersabhängigkeit: Während ein Fünftel der bis 25jährigen nach eigenen Angaben schon einmal Rauschgift probiert hat, ist es in der Alterskategorie der 26- bis 35jährigen ein Viertel, ab dem 46. Lebensjahr liegt die Quote deutlich unter 5%.

Abschließend prüften wir, wieweit das Erleben von Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und Entfremdung (Anomie) in Zusammenhang mit dem realen Rauschgiftkonsum steht bzw. welchen Einfluß diese Variablen auf die vermuteten Motive für einen Konsum haben. Es wurden Kovarianzanalysen durchgeführt unter Kontrolle von Geschlecht, Alter und Schulabschluß. Die Unterschiede sind gering: So weisen in Freiburg Befragte, welche als möglichen Grund für Rauschmittelkonsum dessen leichte Beschaffbarkeit angeben, einen höheren Anomiewert auf. In Jena zeigen sich etwas deutlichere Zusammenhänge als in Freiburg. So weisen Befragte, die als Grund für Rauschgiftkonsum angeben, um Probleme zu vergessen, ferner die Gruppe, die es als einfach ansieht, an Drogen heranzukommen, je-

weils einen signifikant höheren Anomiewert auf als die Restgruppe. Im Gegensatz dazu zeigen Probanden, die als Grund für Rauschgiftkonsum Abenteuerlust angeben, einen statistisch signifikant niedrigeren Anomiewert.

Was die Frage nach den Zusammenhängen von eigenem Anomieerleben und Drogenkonsum unter Ausparialisierung der oben genannten Kovariaten anbelangt, zeigen sich nur in Freiburg signifikante Ergebnisse: Der Anomiewert ist, entgegen unserer Erwartung, bei den Drogenkonsumenten niedriger als bei der Restgruppe. Die Ergebnisse in Jena bestätigen das Ergebnis tendenziell. Dies mag damit zusammenhängen, daß unter Drogenkonsum alle Arten von Drogen, auch leichte Rauschmittel fallen. Diese Drogen dürften in einer bestimmten Szene konsumiert werden, so z.B. in Discotheken u.ä. Hier mag der Drogenkonsum zwar auch eine „Fluchtten-
denz“ aus der Gesellschaft andeuten, jedoch weniger als Zeichen einer Orientierungslosigkeit oder Norm-Ziel-Mittel-Diskrepanz im Sinne der Anomietheorie. Gelegentliche Konsumenten leichter Drogen müssen sich keineswegs hinsichtlich ihres Anomieerlebens von Konsumenten legaler Drogen wie Alkohol unterscheiden.

Insgesamt zeigte unsere Untersuchung eine Fülle von Ergebnissen zur Opferwerdung, Kriminalität und deren gesellschaftlichen Hintergründen. Die Resultate fügen sich weitgehend zu einem konsistenten Bild zusammen. Deutlich werden auf der einen Seite die vielfach enormen Unterschiede in Kriminalität, Einstellungen und Werthaltungen zwischen Ost- und Westdeutschen, wie sie anfangs der 90er Jahre, d.h. wenige Jahre nach der politischen und gesellschaftlichen Wende, (noch) bestanden, auf der anderen Seite zeichnen sich bereits die später immer wieder festgestellten massiven Beunruhigungen in Ostdeutschland ab, die wachsende Verbrennungsfurcht, die in den folgenden Jahren noch weiter gestiegen ist, und die gleichzeitig deutlich steigende Kriminalitätsbelastung. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß der weitaus größte Teil der erfaßten und von den Befragten angegebenen Viktimisierungen sich entweder im Bagatellbereich bewegt oder Beziehungstaten darstellen. Nur ein geringer Teil der Straftaten wird angezeigt, der weitaus größte Teil von den Betroffenen selbst geregelt. Dies entschärft das gerade in der Presse und von seiten der Politik oder der Polizei teilweise gezeichnete Bild des Kriminalitätsanstiegs und der Bedrohung der Sicherheit der Bürger letztlich erheblich. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Ängste der Bürger nicht ernst zu nehmen sind, genauso wie es darauf hindeutet, daß eine solidere Information über das Kriminalitäts-

geschehen und die realistisch vorhandenen Gefahren bzw. die relative Sicherheit vor einer kriminellen Viktimisierung, in der die Bürger nach wie vor leben, gerade im Vergleich mit anderen Gefahren wichtig sind.

Literatur

- Adler, F. & Kretzschmar, A.* (1990). Der gewandelte Alltag: DDR-Lebenslagen und Sozialstrukturen im Umbruch. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7, 985-994.
- Albrecht, G.* (1993). Kriminalgeographie, Städtebau und Kriminalität. In: G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*. 3. Aufl. Heidelberg, 226-236.
- Albrecht, G. & Howe, C.-W.* (1992). Sozialschicht und Delinquenz: Verwischte Spuren oder falsche Fährte? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44, 697-730.
- Albrecht, H.-J.* (1992). Gemeinde und Kriminalität – Perspektiven kriminologischer Forschung. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, 33-54.
- Allerbeck, K., Esser, H., Mayer, K. U., Scheuch, E. K., & Tack, W. H.* (1991). Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft. Antrag an den Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf Einrichtung eines Schwerpunktprogramms. Unveröffentlichtes Manuskript. Bonn.
- Allport, G. W.* (1941). *The use of personal documents in psychological science*. New York.
- Alvazzi del Frate, A. & Goryainov, K.* (1993). *Latent crime in Russia*. UNICRI. Rome.
- Amelang, M.* (1983). Differentiell-psychologische Beiträge zur Erfassung und Erklärung abweichenden Verhaltens. In: H.-J. Kerner, H. Kury, K. Sessar (Hrsg.), *Deutsche Forschungen zur Kriminalitätsentstehung und Kriminalitätskontrolle*. Köln, 284-317.
- Amelang, M.* (1986). *Sozial abweichendes Verhalten: Entstehung, Verbreitung, Verhinderung*. Berlin.
- Amelunxen, C.* (1970). *Das Opfer der Straftat: Ein Beitrag zur Viktimologie*. Hamburg.

- Ammer, A.* (1993). Kommunale Kriminalprävention – Chancen durch kommunale Räte für Kriminalitätsverhütung. In: Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein (Hrsg.), Dokumentationsreihe Band 2. Kiel.
- Arnold, H.* (1986). Kriminelle Viktimisierung und ihre Korrelate. Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, 98, 1014-1058.
- Arnold, H.* (1992). Die deutsche Vereinigung und der Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen: zum (möglichen) Beitrag einer vergleichend orientierten viktimologischen Forschung. In: H. Kury (Hrsg.), Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle. Freiburg, 291-329.
- Babl, S. & Bässmann, J.* (1998). Kriminalprävention in Deutschland und Europa – Akteure, Modell und Projekte. 2. Aufl. Wiesbaden.
- Barnes, S., Kaase, M. u.a.* (1979). Political action: Mass participation in five western democracies. Beverly Hills, CA.
- Barsch, G.* (1989). Ist Alkoholkonsum in der DDR ein soziales Problem? Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Zentralstelle für soziologische Information und Dokumentation: Informationen zur soziologischen Forschung der DDR, 6, 11-25.
- Barsch, G.* (1994). Die Entwicklung einer bisher sozial nicht gekannten Art delinquenten Verhaltens in Ostdeutschland – illegalisierter Drogenkonsum. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Bonn, 107-122.
- Bauer, P.* (1991). Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/1991. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43, 433-452.
- Beck, U.* (1986). Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt / M.
- Biderman, A. D., Johnson, L., McIntyre, J., & Weir, A.* (1967). Report on a pilot study in the district of Columbia on victimization and attitudes toward law enforcement. Washington, D.C.
- Bidermann, A., & Lynch, J.* (1991). Understanding Crime Incidence Statistics. New York.
- Bienkowska, E.* (1994). Die wichtigsten Aspekte der Kriminalitätsentwicklung im heutigen Polen: die letzte Dekade. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Bonn, 27-33.

- Bilsky, W., Pfeiffer, C., & Wetzels, P.* (1992). Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Erhebungsinstrument der KFN-Opferbefragung 1992. Hannover.
- Bilsky, W., Wetzels, P., Mecklenburg, E., & Pfeiffer, C.* (1995). Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung. In: G. Kaiser & J.-M. Jehle (Hrsg.), *Kriminologische Opferforschung. Teilband II*. Heidelberg, 73-106.
- Birzele, F.* (1995). Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg – Von der Idee zur Umsetzung. In: T. Feltes (Hrsg.), *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg*. Holzkirchen, 3-9.
- Blankenburg, E. & Feest, J.* (1975). Über die schichtspezifische Chance kriminalisiert zu werden. In: A. Ahele, S. Mitzlaff & W. Nowack (Hrsg.), *Abweichendes Verhalten*. Stuttgart, 262-271.
- Blasius, D.* (1978). Kriminalität und Alltag. Zur Konfliktgeschichte des Alltagslebens im 19. Jahrhundert. Göttingen.
- Blinkert, B.* (1988). Kriminalität als Modernisierungsrisiko? Das „Hermes-Syndrom“ der entwickelten Industriegesellschaften. *Soziale Welt*, 39, 397-412.
- Blinkert, B., Hanmann, H. & Köser, H.* (1992). Wachstum ohne Grenzen? Freiburg in den letzten Jahrzehnten (1952-1990). In: Hanmann, H. & Schadeck, H. (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Freiburg*. Stuttgart.
- Block, C. R., & Block, R. L.* (1984). Crime definition, crime measurement, and victim surveys. *Journal of Social Issues*, 40, 137-160.
- Boers, K.* (1991). Kriminalitätsfurcht. Pfaffenweiler.
- Boers, K.* (1994). Kriminalitätseinstellungen in den neuen Bundesländern. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität. Band 2*. Bonn, 21-74.
- Boers, K.* (1996). Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 79(5), 314-337.
- Boers, K., Gutsche, G., & Sessar, K.* (Hrsg.). (1997). *Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland*. Opladen.
- Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., & Sessar, K.* (Hrsg.). (1994). *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Bonn.
- Box, S., Hale, C., & Andrews, G.* (1988). Explaining fear of crime. *British Journal of Criminology*, 28, 340-356.

- Brandenstein, M.* (1999). Viktimisierung von jugendlichen Straftätern. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Psychologisches Institut Freiburg.
- Buchholz, E.* (1987). Reasons for the Low Rate of Crime in the German Democratic Republic. *Crime and Social Justice*, 29, 26-42.
- Buikhuisen, W.* (1977). Recorded and unrecorded crime. *Research Bulletin of the Ministry of Justice*.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung* (1994). Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Wiederholungsbefragung – 1993/1994. Köln.
- Burgess, E. W.* (1925 (6. Aufl. 1970)). The growth of the city: An introduction to a research project. In: R. E. Park & E. W. Burgess (Hrsg.), *The city*. Chicago, 47-62.
- Burghard, W.* (1993). Auf der Suche nach besseren Wegen. *Kriminalistik*, 47(2), 103-104.
- Christie, N., Andenaes, J. & Skirbekk, S.* (1965). A study of self-reported crime. In: K. O. Christiansen (Hrsg.), *Scandinavian Studies in Criminology*. Bd. 1. London, 86-116.
- Clarke, R. V.* (1992). *Situational Crime prevention: Successful case studies*. New York.
- Cohen, L. E. & Felson, M.* (1979). Social change and crime rate trends: A routine activity approach. *American Sociological Review*, 44, 588-607.
- Collman, H. J.* (1973). *Internationale Kriminalstatistik*. Stuttgart.
- Council of Europe* (Hrsg.). (1983). *European Convention on the compensation of victims of violent crimes*. Strasbourg.
- Council of Europe* (Hrsg.). (1984). *Explanatory report on the European Convention on the compensation of victims of violent crimes*. Strasbourg.
- Curtis, L.* (1975). *Violence, race, and culture*. Lexington, MA.
- de Leeuw, E. D.* (1992). Data quality in mail, telephone, and face to face surveys. Amsterdam.
- de Leeuw, E. D. & van der Zouwen, J.* (1988). Data quality in telephone and face to face surveys: A comparative meta-analysis. In: R. M. Groves, P. P. Biemer, L. E. Lyberg, J. T. Massey, W. L. Nicholls II. & J. Waksberg (Hrsg.), *Telephone survey methodology*. New York, 283-299.

- Dölling, D.* (1992). Probleme und Perspektiven kriminologischer Forschung in den neuen Bundesländern: Einführung in das Thema. In: Kury, H. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, 525-528.
- Dörmann, U.* (1991). Polizeiliche Kriminalstatistik. *Kriminalstatistik*, 45, 290-296.
- Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main* (o. Jahr). Tätigkeitsbericht: 1.10.92 bis 31.12.93. Unveröffentlicht.
- Dubet, F. & Lapeyronnie, D.* (1994). *Im Aus der Vorstädte*. Stuttgart.
- Dümcke, W. & Vilmar, F.* (1995). *Kolonialisierung der DDR*. Münster.
- Durkheim, E.* (1960). Über die Anomie. In: C. W. Mills (Hrsg.), *Klassik der Soziologie*. Frankfurt/Main, 394-436.
- Durkheim, E.* (1983, Originalausgabe 1897). *Der Selbstmord* (Originaltitel „Le suicide“). Neuwied, Berlin.
- Durkheim, E.* (1988). *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. Frankfurt / M.
- Eisenberg, U.* (1995). *Kriminologie*, 4. Auflage. Köln.
- Eisner, M.* (1993). *Alltägliche Gewalt in Schweizer Städten*. Zürich.
- Eisner, M.* (1997). *Das Ende der zivilisierten Stadt?* Frankfurt, New York.
- Elias, N.* (1986). *The politics of victimization: Victims, victimology, and human rights*. New York.
- Ellenberger, H.* (1954). Psychologische Beziehungen zwischen Verbrecher und Opfer. *Zeitschrift für Psychotherapie und medizinische Psychologie*, 4, 261-280.
- Elliott, D. S. & Huizinga, D.* (1989). Improving self-reported measures of delinquency. In: M. W. Klein (Hrsg.), *Cross-national research in self-reported crime and delinquency*. Dordrecht, 155-187.
- Elmhorn, K.* (1965). Study in self-reported delinquency among school-children in Stockholm. In: K. O. Christiansen (Hrsg.), *Scandinavian Studies in Criminology*. Bd. 1. London, 17-146.
- Ennis, P. H.* (1967). *Criminal victimization in the United States: A report of a national survey (Field surveys II.)*. Washington, D.C.
- Erbslöh, B. & Koch, A.* (1988). Die Non-Response-Studie zum ALLBUS 1986: Problemstellung, Design, erste Ergebnisse. *ZUMA-Nachrichten*, 22, 29-44.

- Eser, A.* (1991). Deutsche Einheit: Übergangsprobleme im Strafrecht. *Goldammer's Archiv*, 138, 241-268.
- European Forum for Urban Safety* (1992). *Villes en sécurité: Prévention de la délinquance, des drogues et de la toxicomanie*. Paris.
- Ewald, U.* (1992). Perspektiven und Probleme kriminologischer Forschung auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. In: Kury, H. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, 529-544.
- Ewald, U.* (1993). Kriminalitätsentwicklung und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. In: G. Kaiser & J. M. Jehle (Hrsg.), *Politisch-gesellschaftlicher Umbruch: Kriminalität, Strafrechtspflege*. Heidelberg, 35-55.
- Ewald, U., Hennig, C., & Lautsch, E.* (1994). Opfererleben in den neuen Bundesländern. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Bd. 2. Bonn, 75-170.
- Fahrenberg, J., Hampel, R., & Selg, H.* (1984). *Das Freiburger Persönlichkeitsinventar*. FPI-R. 4. revidierte Auflage. Göttingen.
- Fattah, E. A.* (1971). *La victime est-elle coupable?* Montréal.
- Feltes, T.* (1994). Kriminalität, öffentliche Sicherheit und gesellschaftliche Verantwortung. *Die Polizei*, 6/94, 166-171.
- Feltes, T.* (Hrsg.). (1995). *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg*. Holzkirchen.
- Fischer, A. & Kohr, H. U.* (1980). *Politisches Verhalten und empirische Sozialforschung*. München.
- Förster, P. & Schubarth, W.* (1991). Jugend im gesellschaftlichen Umbruch: Lebensbedingungen und Einstellungen im Wandel. In: H. Gotschlich, I. Hoffmann, R. Pastille, V. Saupe, K. Starke, I. Steiner & F. D. Stolt (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche aus der DDR*. Berlin, 59-66.
- Fowler, E. P.* (1987). Street management and city design. *Social Forces*, 66, 365-389.
- Frehsee, D.* (1978). Strukturbedingungen urbaner Kriminalität. Eine Kriminalgeographie der Stadt Kiel unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität. Göttingen.
- Freiburg, A.* (1981). *Kriminalität in der DDR. Zur Phänomenologie des abweichenden Verhaltens im sozialistischen deutschen Staat*. Opladen.

- Friedrich, W.* (1990). Mentalitätswandlungen der Jugend der DDR. Aus Politik und Zeitgeschehen: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 16-17, 29.
- Friedrich, W., & Förster, P.* (1991). Ostdeutsche Jugend. Deutschland Archiv, 24, 349-360; 701-714.
- Friedrichs, J.* (1985). Kriminalität und sozio-ökonomische Struktur von Großstädten. Zeitschrift für Soziologie, 14(1), 50-63.
- Geissler, R.* (1993). Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen.
- Gibbs, J. C. & Erickson, M. L.* (1976). Crime rates of American cities in an ecological context. American Journal of Sociology, 82, 605-620.
- Giesen, B. & Leggewie, C.* (1991). Experiment Vereinigung. Berlin.
- Giesen, B. & Leggewie, C.* (1991a). Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch. In: B. Giesen & C. Leggewie (Eds.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin, 7-18.
- Göschel, A.* (1994). Gewalt und Diskurs: Reaktionen auf Vereinzelung, Abstiegsangst und verschärfte Konkurrenz. Stadt Bauwelt, 85, 1334-1337.
- Gold, M.* (1966). Undetected delinquent behavior. Journal of Research in Crime and Delinquency, 3, 27-46.
- Gold, M.* (1970). Delinquent behavior in an American city. Belmont, CA.
- Gottfredson, M.* (1984). Victims of crime: The dimensions of risk. London.
- Gottfredson, M.* (1986). Substantive contributions of victimization surveys. Crime and Justice, 6, 251-287.
- Graff, H.* (1975). Die deutsche Kriminalstatistik: Geschichte und Gegenwart. Stuttgart.
- Graham, J.* (1990). Crime prevention strategies in Europe and North America. Helsinki.
- Guerry, A. M.* (1833). Essai sur la statistique morale de la France. o. Ort.
- Gutsche, G.* (1994). Der gesellschaftliche Transformationsprozeß in Ostdeutschland aus der Sicht der kriminologischen Forschung – Gedanken zu einem Forschungsdesign. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Bonn, 171-214.

- Gutsche, G.* (1995). Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern. Resultate neuerer Opferbefragungen 1991-1993. In: G. Kaiser & J.-M. Jehle (Hrsg.), *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II.* Heidelberg, 107-126.
- Häder, M. & Nowossadek, S.* (1993). Einstellungsdynamik in Ostdeutschland: Auswertung von Wiederholungsuntersuchungen zur individuellen Bewältigung des sozialen Wandels. ZUMA. Mannheim.
- Hammerschick, W., Karazman-Morawetz, I. & Stangl, W.* (Hrsg.). (1996). *Die sichere Stadt.* Baden-Baden.
- Hanak, G.* (1996). Finstere Gassen – dunkle Gestalten: Unsicherheitserfahrungen in einem Wiener Stadtviertel. In: W. Hammerschick, I. Karazman-Morawetz, & W. Stangl (Hrsg.), *Die sichere Stadt.* Baden-Baden, 57-78.
- Harre, E.* (1990). Gedanken zur politischen Sozialisation der Ostdeutschen. Konferenzmaterialien „Gesellschaftlicher Wandel in der DDR“ – Ostdeutschland im Transformationsprozeß 'realsozialistische' Systeme Osteuropas, 98-104.
- Harrland, H., Hegner, M., Hiller, R. & Schwarz, H.* (1968). *Kriminalstatistik Leitfaden.* Berlin.
- Hartmann, H.* (1991). Für alles gerüstet? Die deutsche Vereinigung als Herausforderung für die Soziologie. In: B. Giesen & C. Leggewie (Hrsg.), *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch.* Berlin, 100-110.
- Hartmann, P. H.* (1990). Wie repräsentativ sind Bevölkerungsumfragen? Ein Vergleich des ALLBUS und des Mikrozensus. ZUMA-Nachrichten, 26, 7-30.
- Heinrichsmeier, B.* (1986). *Sozialräumliche Differenzierung in Freiburg im Breisgau.* Freiburg.
- Heinz, W.* (1975). *Kriminalstatistik: Entwicklung, Probleme und Perspektiven.* Unveröffentlicht. Freiburg.
- Heinz, W.* (1977). *Kriminalstatistiken – Indikatoren der Kriminalität und ihrer Entwicklung?* In: Bundeskriminalamt (Hrsg.), *Polizei und Justiz.* Wiesbaden, 93-110.
- Heitmann, E.* (1963). *Die Kriminalität im Amtsgerichtsbezirk Hamburg-Bergedorf in den Jahren 1957/1958.* Hamburg.

- Heitmeyer, W.* (1989). Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim, München.
- Heitmeyer, W.* (1991). Politische Orientierungen bei westdeutschen Jugendlichen und Risiken von deutsch-deutschen Vergleichsuntersuchungen. In: P. Büchner & H.-H. Krüger (Hrsg.), Aufwachen hüben und drüben. Opladen, 243-253.
- Helldörfer, H.* (1974). Nürnberg – Kriminalgeographie einer Großstadt – Ein Überblick. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Stadt und Stadtraum. Forschungsberichte des Arbeitskreises „Geschichtliche Entwicklung des Stadtraumes“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover, 151-169.
- Hellmer, J.* (1972). Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins. Ein Beitrag zur Kriminalgeographie. Wiesbaden.
- Hellmer, J.* (1974). Kriminalgeographie und Verbrechensbekämpfung. Der Kriminalist, 6, 99-103.
- Hellmer, J.* (1981). Zur Kriminalität in beiden Teilen Deutschlands. In: J. Hellmer (Hrsg.), Beiträge zur Kriminalgeographie. Berlin, 24-40.
- Herbst, K., Schumann, J., & Wiblishauser, P. M.* (1993). Repräsentativerhebung zum Konsum und Mißbrauch von illegalen Drogen, alkoholischen Getränken, Medikamenten und Tabakwaren. Untersuchung in den neuen Bundesländern 1992. Bundesministerium für Gesundheit. Bonn.
- Herbst, K., Schumann, J., & Kraus, L.* (1994). Zusatz- und Kontrolluntersuchungen im Rahmen der Bundesstudie: „Repräsentativerhebung zum Konsum und Mißbrauch von illegalen Drogen, alkoholischen Getränken, Medikamenten und Tabakwaren“. München.
- Herbst, K., Kraus, L., Scherer, K., & Schumann, J.* (1995). Repräsentativerhebung zum Gebrauch psychoaktiver Substanzen bei Erwachsenen in Deutschland. Bundesministerium für Gesundheit. Bonn.
- Herold, H.* (1968). Kriminalgeographie – Ermittlung und Untersuchung der Beziehungen zwischen Raum und Kriminalität. In: H. Schäfer (Hrsg.), Grundlagen der Kriminalistik. Band 4, Kriminalistische Akzente. Hamburg, 201-244.
- Herold, H.* (1977). Die Bedeutung der Kriminalgeographie für die polizeiliche Praxis. Kriminalistik, 31(7), 289-296.

- Hillenbrand, S. W. & Davis, R. C.* (1993). Residents' perceptions of drug activity, crime and neighborhood satisfaction. In: R. C. Davis, A. J. Lurigio, & D. P. Rosenbaum (Hrsg.), *Drugs and the community*. Springfield, IL, 5-17.
- Hindelang, M.* (1976). *Criminal victimization in eight American cities: A descriptive analysis of common theft and assault*. Cambridge, MA.
- Hindelang, M. J.* (1982). Opferbefragungen in Theorie und Forschung – Eine Einführung in das „National Crime Survey Program“. In: H. J. Schneider (Hrsg.), *Das Verbrechensopfer in der Strafrechtspflege*. Berlin, New York, 115-131.
- Hindelang, M. J., Hirschi, T. & Weis, J. G.* (1981). *Measuring Delinquency*. Beverly Hills, CA.
- Hirschi, T.* (1969). *Causes of Delinquency*. Berkeley, CA.
- Home Office* (1993). *Crime concern: A practical guide to crime prevention for local partnerships*. London.
- Hood, R., & Sparks, R.* (1970). *Kriminalität*. München.
- Hope, T. & Shaw, M.* (Hrsg.). (1988). *Communities and crime reduction*. London.
- Hough, M. & Mayhew, P.* (1983). *The British Crime Survey*. Home Office Research Study No. 76. London.
- Hradil, S.* (1992). Lebensführung im Umbruch. Zur Rekonstruktion einer soziologischen Kategorie. In: M. Thomas (Hrsg.), *Abbruch und Aufbruch: Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß*. Berlin, 183-197.
- Hunter, A.* (1978). *Symbols of incivility: Social disorder and fear of crime in urban neighbourhoods*. Eraston.
- Innenministerium Baden-Württemberg* (1996). *Kommunale Kriminalprävention*. Stuttgart.
- Irk, F.* (1994). Sozialer Umbruch in Ungarn. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Bonn, 59-94.
- Ivanov, L.* (1994). Soziale Wandlungen in der Sowjetunion und das Problem der Kriminalität (Empirische Fakten und einige Zusammenfassungen). In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Bonn, 35-43.

- Jasinski, J.* (1989). Crime pattern in Poland. An overview. In: J. Jasinski (Hrsg.), Problems of social maladjustment and crime in Poland. Wrocław, 7-34.
- Jasinski, J.* (Hrsg.). (1989a). Problems of social maladjustment and crime in Poland. Wrocław.
- Jaufmann, D. & Kistler, E.* (1991). Bestandsaufnahmen der Einstellungs-, Markt- und Meinungsforschung im vereinten Deutschland. ZA-Information, 28, 108-111.
- Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.) (1990). Anders und doch gleich: Jugendliche im Prozeß der Vereinigung. Eine erste gesamtdeutsche Schülerbefragung. Hamburg.
- Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.) (1992). Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Jung, H.* (1993). Viktimologie. In: G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), Kleines Kriminologisches Wörterbuch. 3. Aufl. Heidelberg, 582-588.
- Kaiser, G.* (1978). Jugendkriminalität. Rechtsbrüche, Rechtsbrecher und Opfersituationen im Jugendalter, 2. Aufl. Weinheim.
- Kaiser, G.* (1979). Viktimologie an der Schwelle der 80er Jahre – ein kritisches Resümee. In: G. F. Kirchhoff & K. Sessar (Hrsg.), Das Verbrechensopfer. Bochum, 481-496.
- Kaiser, G.* (1986). Victim surveys – stocktaking, needs, and prospects: A German view. In: K. Miyazawa & M. Ohya (Hrsg.), Victimology in comparative perspective. Tokyo, 133-143.
- Kaiser, G.* (1989). Kriminologie. Eine Einführung in die Grundlagen, 8. Aufl. Heidelberg.
- Kaiser, G.* (1990). „Lebensstil“ – Entwicklung und Kriminologische Bedeutung eines Konzepts. In: H. -J. Kerner, G. Kaiser (Hrsg.), Kriminalität – Persönlichkeit, Lebensgeschichte und Verhalten. Berlin u.a.
- Kaiser, G.* (1993). Kriminologie. Eine Einführung in die Grundlagen. Heidelberg.
- Kaiser, G.* (1996). Kriminologie. 3. Aufl. Heidelberg.
- Kaiser, G. & Jehle, J. M.* (1993). Politisch-gesellschaftlicher Umbruch: Kriminalität, Strafrechtspflege. Heidelberg.

- Kaiser, G., Kury, H., & Albrecht, H.-J.* (Hrsg.) (1991). *Victims and Criminal Justice*. 4 Bände. Freiburg.
- Kaiser, M.* (1992). *Die Stellung des Verletzten im Strafverfahren*. Freiburg.
- Karazman-Morawetz, I.* (1996). Was macht die Stadtbewohner unsicher? Unsicherheitserfahrungen in zwei Wiener Stadtvierteln und ihre strukturellen Hintergründe. In: W. Hammerschick, I. Karazman-Morawetz, & W. Stangl (Hrsg.), *Die sichere Stadt*. Baden-Baden, 17-37.
- Kerner, H.-J.* (1973). *Verbrechenswirklichkeit und Strafverfolgung: Erwägungen zum Aussagewert der Kriminalstatistik*. München.
- Kerner, H.-J.* (1980). *Kriminalitätseinschätzung und Innere Sicherheit*. Wiesbaden.
- Kerner, H.-J.* (1997). *Kriminologische Forschung im sozialen Umbruch. Ein Zwischenresümee nach sechs Jahren deutsch-deutscher Kooperation*. In: K. Boers, G. Gutsche & K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland*. Opladen, 331-372.
- Kerner, H.-J. & Feltes, T.* (1980). *Medien, Kriminalitätsbild und Öffentlichkeit. Einsichten und Probleme am Beispiel einer Analyse von Tageszeitungen*. In: H. Kury (Hrsg.), *Strafvollzug und Öffentlichkeit*. Freiburg, 73-112.
- Kerner, H.-J., Jehle, J.-M. & Marks, E.* (Hrsg.) (1998). *Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland: Allgemeine Trends und bereicherspezifische Perspektiven*. Mönchengladbach.
- Kerner, H.-J., Sessar, K., & Boers, K.* (1990 unpubl.). *Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in der DDR mit Blick auf die Auswirkungen auf Deutschland als Ganzes*. Unveröff. Antrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Tübingen.
- Kiefl, W. & Lamnek, S.* (1986). *Soziologie des Opfers. Theorie, Methode und Empirie der Viktimologie*. München.
- Kilchling, M.* (1995). *Opferinteressen und Strafverfolgung*. Freiburg.
- Kirchhoff, G. F. & Sessar, K.* (1979). *Beschlüsse und Empfehlungen, die auf dem 1. Internationalen Symposium über Viktimologie in Jerusalem (2. bis 6. September) gefaßt wurden*. In: G. F. Kirchhoff & K. Sessar (Hrsg.), *Das Verbrechensopfer*. Bochum, 497-499.
- Kirchhoff, G. F. & Sessar, K.* (1979a). *Einführung*. In: G. F. Kirchhoff & K. Sessar (Hrsg.), *Das Verbrechensopfer*. Bochum, 3-12.
- Koch, K.-F.* (1992). *Kriminalitätslagebilder*. Wiesbaden.

- Korfes, G.* (1994). Die Einstellung der Bürger in den neuen Bundesländern zu den Instanzen der Strafverfolgung. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Bonn, 215-250.
- Korinek, L.* (1993). Kriminalitätslage in Ungarn. In: G. Kaiser & J. M. Jehle (Hrsg.), Politisch-Gesellschaftlicher Umbruch: Kriminalität und Strafrechtspflege. Heidelberg, 69-77.
- Korinek, L.* (1994). Auswirkungen des sozialen Umbruchs auf die Kriminalität in Ungarn. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Bonn, 95-103.
- Korte, K.-R.* (1994). Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands. Frankfurt.
- Korten D. C.* (1995). Reclaiming the power of civil society. Countdown to Istanbul. Habitat II. United Nations Conference on Human Settlement, 3 (Juni 1995), 1-3.
- Kräupl, G.* (1992). Beschränkte Verhältnisse sozialer Tätigkeit und Gewalt. Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht. In: U. Ewald & K. Woweries (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht. Festschrift für John Lekschas. Bonn, 147-164.
- Kräupl, G.* (1992a). Eröffnungsansprache. In: H. Kury (Hrsg.), Gesellschaftliche Umwälzung. Freiburg, 1-2.
- Kräupl, G.* (1997). Kommunale Kriminalprävention: ein Ausblick. In: H. Kury (Hrsg.), Konzepte Kommunaler Kriminalprävention. Freiburg, 689-707.
- Kräupl, G. & Ludwig, H.* (1993). Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen. Bevölkerungsbefragung in einer städtischen Region Thüringens 1991/92 (Jenaer Kriminalitätsbefragung). Freiburg.
- Kreuzer, A.* (1975). Schülerbefragung zur Delinquenz. Recht der Jugend, 23, 229-244.
- Kreuzer, A.* (1976). Über kriminologische Dunkelfeldforschung. Kriminalistik, 30, 145-151.
- Kreuzer, A.* (1978). Über Gießener-Delinquenzbefragungen. In: O. Trifferrer & F. v. Zezorkwitz (Hrsg.), Festschrift für Walter Mallmann. Baden-Baden, 129-150.
- Kreuzer, A.* (1981). Deutsch-deutsche Jugendkriminalität. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.9.1981, 9.

- Kreuzer, A., & Schneider, H.* (1992). Dunkelfeldforschung in Jena, Potsdam und Gießen. Ziele, Erfahrungen, erste Befunde aus einem Forschungsprojekt. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg, 605-620.
- Kreuzer, A., Görgen, Th., Römer-Klees, R., & Schneider, H.* (1992). Auswirkungen unterschiedlicher methodischer Vorgehensweisen auf die Ergebnisse selbstberichteter Delinquenz. *Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 75, 91-104.
- Kreuzer, A., Görgen, Th., Krüger, R., Münch, V. & Schneider, H.* (1993). *Jugenddelinquenz in Ost und West*. Bonn.
- Kube, E.* (1987). *Systematische Kriminalprävention*. 2. Aufl. Wiesbaden.
- Kube, E.* (1993). Kriminalität in Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich. In: G. Kaiser & J. M. Jehle (Hrsg.), *Politisch-Gesellschaftlicher Umbruch: Kriminalität und Strafrechtspflege*. Heidelberg, 19-34.
- Kürzinger, J.* (1978). *Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion*. Berlin.
- Kürzinger, J.* (1996). *Kriminologie*. 2. Aufl. Stuttgart u.a.
- Kunczik, M.* (1998). *Gewalt in den Medien*. 4. Aufl. Köln & Weimar.
- Kury, H.* (1979). *Sozialstatistik der Zugänge im Jugendvollzug Baden-Württemberg*. MPI-Report 8. Freiburg.
- Kury, H.* (1992). Ergebnisse der Freiburger Opferstudie. In: SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), *Massenkriminalität und Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung*. Protokoll der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion vom 27. August 1992. Bonn, 11-13.
- Kury, H.* (Hrsg.) (1992). *Gesellschaftliche Umwälzung: Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg.
- Kury, H.* (1993). Der Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen – erläutert am Beispiel einer Opferstudie. In: G. Kaiser & H. Kury (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*. Freiburg, 321-410.
- Kury, H.* (1994). The influence of the specific formulation of questions on the results of victim studies. *European Journal on Criminal Policy and Research*, 2, 48-68.
- Kury, H.* (1994a). Zum Einfluß der Art der Datenerhebung auf die Ergebnisse von Umfragen. *Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 77, 22-33.

- Kury, H.* (1995). Urban policy and crime prevention. In: Federal Ministry of Justice (Hrsg.), Federal Republic of Germany: Prevention of crime and treatment of offenders. Ninth UN Congress in Cairo, Egypt. Bonn, 39-42.
- Kury, H.* (1995a). Wie restitativ eingestellt ist die Bevölkerung? Zum Einfluß der Frageformulierung auf die Ergebnisse von Opferstudien. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 78, 84-98.
- Kury, H.* (Hrsg.). (1997). *Konzepte Kommunaler Kriminalprävention*. Freiburg.
- Kury, H.* (1997a). The Victim's Experience and Fear of Crime. A Contribution to the Victimization Perspective. In: S. Redondo, V. Garrido, J. Pérez & R. Barberet (Hrsg.), *Advances in Psychology and Law. International Contributions*. Berlin, New York, 107-126.
- Kury, H.* (1998). Zur Sanktionseinstellung der Bevölkerung. In: H.-J. Albrecht, F. Dünkel, H.-J. Kerner, J. Kürzinger, H. Schöch, K. Sessar & B. Villmow (Hrsg.), *Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht. Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag*. Berlin, 237-267.
- Kury, H.* (1999). Zur Entwicklung der Strafmentalität (Punitivität) in Deutschland. In: L. Boguni (Hrsg.), *Księga Pamiątkowa Ku Czci Profesora Jozefa J. Wasika*. Wrocław, 167-191.
- Kury, H.* (2000). *Mediendarstellung und Kriminalität*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Kury, H. & Ferdinand T.* (1996). Recent research on victimization and the fear of crime. *Comparative Law Review*, 30, 1-138.
- Kury, H. & Ferdinand, T.* (1998). The victim's experience and fear of crime. *International Review of Victimology*, 5, 93-140.
- Kury, H., Ferdinand, T., & Oberfell-Fuchs, J.* (2001, in Vorbereitung). *Anzeigeverhalten und Dunkelziffer*.
- Kury, H. & Lerchenmüller, H.* (Hrsg.) (1981). *Diversion – Alternativen zu klassischen Sanktionsformen*. Bochum.
- Kury, H. & Oberfell-Fuchs, J.* (1995). Kriminalität Jugendlicher in Ost und West. Auswirkungen gesellschaftlicher Umwälzungen auf psychisches Erleben und Einstellungen. In: Lamnek, S. (Hrsg.), *Jugend und Gewalt. Devianz und Kriminalität in Ost und West*. Opladen, 291-314.

- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J.* (1996). Crime development and fear of crime in postcommunist societies. In: B. Szamota-Saeki & D. Wójcik (Hrsg.), *Impact of political, economic and social change on crime and its image in society*. Warsaw, 117-146.
- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J.* (1998). Fear of Crime in East and West after the Political Change. In: J. Widacki & J. Czapska (Hrsg.), *Bezpieczny obywatel – bezpieczne państwo. Safe citizens – safe state*. Lublin, 425-446.
- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J.* (1998). Kriminalitätsfurcht in Deutschland. *Kriminalistik*, 52(1), 26-36.
- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J.* (1998a). Kriminalitätsfurcht und Alter: Ergebnisse aus Ost- und Westdeutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 81(3), 198-217.
- Kury, H. & Obergfell-Fuchs, J.* (2000, in Vorbereitung). Standardinventar für Bevölkerungsbefragungen zu Kriminalität und Kriminalitätsfurcht – Ergebnisse von Pretests. In: Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (Hrsg.), *Ergebnisse der Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg*. Holzkirchen/Obb.
- Kury, H. & Würger, M.* (1993). Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht – Ein Beitrag zur Viktimisierungsperspektive. In: G. Kaiser & H. Kury (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*. Freiburg, 411-462.
- Kury, H. & Würger, M.* (1993). The Influence of the Type of Data Collection Method on the Results of the Victim Surveys. A German Research Project. In: A. Alvazzi del Frate, U. Zvekic & J. J. M. van Dijk (Hrsg.), *Understanding Crime. Experiences of Crime and Crime Control. Acts of the International Conference. Rome 18.-20. November 1992*. Rom, 137-152.
- Kury, H., Obergfell-Fuchs, J., & Würger, M.* (1994). La distribución regional del delito: Alemania, España y Francia. *Revista de Derecho Penal y Criminología*, 4, 397-489.
- Kury, H., Obergfell-Fuchs, J., & Würger, M.* (1995). Zur Regionalverteilung der Kriminalität in Deutschland. *Kriminalistik*, 49(12), 769-778.
- Kury, H., Obergfell-Fuchs, J., & Würger, M.* (2001, in Vorbereitung). *Das Strafbedürfnis der Bevölkerung*. Freiburg.

- Kury, H., Oberfell-Fuchs, J. & Würger, M.* (2001, in Vorbereitung). Gemeinde und Kriminalität – eine Verlaufsuntersuchung der Städte Jena und Freiburg. Freiburg.
- Kury, H., Dörmann, U., Richter, H., & Würger, M.* (1996). Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. 2. Auflage. Wiesbaden.
- LaGrange, R. L., Ferraro, K., & Supancic, M.* (1992). Perceived risk and fear of crime: Role of social and physical incivilities. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 29(3), 311-334.
- Lander, B.* (1954). Towards an understanding of juvenile delinquency. New York.
- Landeskriminalamt Baden-Württemberg* (Hrsg.) (1993). Neue Wege in der Kriminalitätsbekämpfung – Notwendigkeit effektiver Präventionsstrategien. Bericht über die Fachtagung 40 Jahre LKA BW. Stuttgart.
- Landtag von Baden-Württemberg* (1993). Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums. Rat für vorbeugende Verbrechensbekämpfung. Landtag von Baden-Württemberg. 11. Wahlperiode. Drucksache 11/1981 vom 28.05.93.
- Landua, D., Spellerberg, A. & Habich, R.* (1991). Der lange Weg zur Einheit: Unterschiedliche Lebensqualität in den 'alten' und 'neuen' Bundesländern. AG Sozialberichterstattung. Berlin.
- Lehnert, G. & Schumacher, H.* (1991). Kriminalitätsentwicklung in den fünf neuen Bundesländern. Versuch einer realistischen Betrachtung. *Kriminalistik*, 45, 339-341.
- Lekschas, J. & Kosewähr, E.* (1988). Kriminologie in der DDR. In: G. Kaiser, H. Kury, H.-J. Albrecht (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 80er Jahren*. Freiburg, 19-56.
- Lekschas, J., Harrland, H, Hartmann, R. & Lehmann, G.* (1983). *Kriminologie: Theoretische Grundlagen und Analysen*. Berlin.
- Lewis, D. A. & Salem, G.* (1986). *Fear of crime: Incivility and the production of a social problem*. New Brunswick, Oxford.
- Liska, A. E.* (1987). *Perspectives on deviance*. 2. Aufl. Englewood Cliffs, NJ.
- Lurigio, A. J. & Rosenbaum, D. P.* (1986). Evaluation research in community crime prevention. A critical look at the field. In: D. P. Rosenbaum

- (Hrsg.), *Community crime prevention. Does it work?* Beverly Hills u.a., 19-44.
- Lurigio, A. J., Skogan, W. G., & Davis, R. C.* (Hrsg.) (1990). *Victims of crime. Problems, policies and programs.* Newbury Park, CA.
- Mayhew, H.* (1862 (Aufl. 1967)). *London labour and the London poor.* Vol. 4. London.
- Mayhew, P. & van Dijk, J. J. M.* (1997). *Criminal victimisation in eleven industrialised countries.* Den Haag.
- McClintock, F. H.* (1969). *The dark figure.* Council of Europe. Strasbourg, 3-27.
- McClintock, F. H. & Wikström, P.O.* (1992). *The comparative study of urban violence: Criminal violence in Edinburgh and Stockholm.* *British Journal of Criminology*, 32, 505-520.
- McConville, M. & Shepherd, D.* (1992). *Watching police, watching communities.* London, New York.
- Mendelsohn, B.* (1956). *Une nouvelle branche de la science biopsychosociale: la victimologie.* *Revue Internationale de Criminologie et de Police Technique*, 10, 95-109.
- Mendelsohn, B.* (1974). *The origin of the doctrine of victimology (1963).* In: J. Drapkin & E. Viano (Hrsg.), *Victimology.* Toronto, 3-11.
- Merton, R. K.* (1957). *Social theory and social structure.* Glencoe, IL.
- Merton, R. K.* (1979). *Sozialstruktur und Anomie.* In: F. Sack & R. König (Hrsg.), *Kriminalsoziologie.* Wiesbaden, 283-313.
- Mix, U., Goritzka, U., Grote, U., & Müller, J.* (1998). *Bürgerbefragung zur Inneren Sicherheit in den Bremer Stadtteilen Gropelungen und Findorff sowie im Bremerhavener Stadtbezirk Süd.* Bremen.
- Miyazawa, K., & Ohya, M.* (Hrsg.) (1986). *Victimology in comparative perspective.* Tokyo.
- Müller, L.* (1978). *Dunkelfeldforschung – ein verlässlicher Indikator der Kriminalität?* Freiburg.
- Müller, M.* (1990). *Jugendfreizeit in der DDR.* In: G. Burkart (Hrsg.), *Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch.* 1. Beiheft 1990 der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE).

- Müller, R. (1991). Drogenkriminalität. Ein Überblick über einige aktuelle Aspekte ihrer Entwicklung und Vorbeugung. *Kriminalistik*, 45(1), 47-49.
- Mumford, L. (1963). *Die Stadt. Geschichte und Ausblick*. Köln, Berlin.
- Murphy, F. J., Shirley, M. M. & Witmer, H. L. (1946). The incidence of hidden delinquency. *American Journal of Orthopsychiatry*, 16, 686-696.
- Muszynski, B. (1991). *Deutsche Vereinigung: Probleme der Integration und der Identifikation*. Opladen.
- N'Dow, W. (1995). Editorial. Countdown to Istanbul. Habitat II. United Nations Conference on Human Settlement, 3 (Juni 1995), 2.
- National Research Council* (1993). *Understanding and preventing violence*. Washington, D.C.
- Nettler, G. (1978). *Explaining crime*. 2. Aufl. New York.
- Oba, S. (1908). *Unverbesserliche Verbrecher und ihre Behandlung*. Berlin.
- Obergfell-Fuchs, J. (2000, im Erscheinen). Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention. Kriminologische Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau. Freiburg.
- Obergfell-Fuchs, J. (2000). Privatisierung von Aufgabenfeldern der Polizei. Wiesbaden.
- Obergfell-Fuchs, J. & Fuchs, I. (1993). Einstellungsmuster von Jugendlichen. Eine vergleichende Untersuchung in Jena und Freiburg 1991/92 und 1993. In: G. Kaiser & H. Kury (Hrsg.), *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*. Bd. 2. Freiburg, 215-254.
- Obergfell-Fuchs, J. & Fuchs, I. (1997). Rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen: Bewältigungsmuster oder Überzeugung? In: D. Deter, K. Sander & B. Terjung (Hrsg.), *Die Kraft des Personenzentrierten Ansatzes*. Praxis und Anwendungsgebiete, 267-284.
- Obergfell-Fuchs, J. & Kury, H. (1996). Sicherheitsgefühl und Persönlichkeit. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 79(2), 97-113.
- Offe, C. (1991). Die deutsche Vereinigung als „natürliches Experiment“. In: B. Giesen & C. Leggewie (Hrsg.), *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*. Berlin, 77-86.
- Opp, K. D. (1968). *Zur Erklärung delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen*. München.

- Opp, K. D.* (1974). Abweichendes Verhalten und Gesellschaftsstruktur. Darmstadt.
- Organization for Economic Co-operation and Development – OECD* (1976). Data sources for social indicators of victimization suffered by individuals. With special reference to the potential of victim surveys. Paris.
- Parent-Duchâtelet, A. J. B.* (1836). De la prostitution dans la ville de Paris, considérée sous le rapport de l'hygiène publique, de la morale et de l'administration. Paris.
- Park, R. E.* (1925). Community organization and juvenile delinquency. In: R. E. Park & E. W. Burgess (Hrsg.), *The city*. 6. Aufl. 1970. Chicago, 99-112.
- Pawlik, K.* (1973). Right answers to wrong questions? A reexamination of factor analytic personality research and its contribution to personality theory. In: J. R. Royce (Hrsg.), *Multivariate analysis and psychological theory*. New York.
- Peyrefitte, A.* (1977). Réponses à la violence. Paris.
- Pfeiffer, C.* (1995). Kriminalität junger Menschen im vereinigten Deutschland. Forschungsbericht Nr. 47 des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.v (KFN). Hannover.
- Pick, D.* (1990). Faces of degeneration. A European disorder. Cambridge.
- Pilgram, A.* (1976). Kriminalität in Österreich 1953-1974, Teilbericht 1: Ein Begriff von Kriminalstatistik. Wien.
- Plate, M., Schwinges, U., & Weiß, R.* (1985). Strukturen der Kriminalität in Solingen. Wiesbaden.
- Porterfield, A. L.* (1943). Delinquency and its outcome at court and in the college. *American Journal of Sociology*, 49, 199-208.
- Porterfield, A. L.* (1946). Youth in trouble. Fort Worth, TX.
- Quetelet, A. J.* (1838). Über den Menschen und die Entwicklung seiner Fähigkeiten oder der Versuch einer Physik der Gesellschaft. Stuttgart.
- Quetelet, A. J.* (1921). Über den Menschen und die Entwicklung seiner Fähigkeiten oder der Versuch einer Physik der Gesellschaft, 2. Band. Stuttgart.
- Reichertz, J. & Misterek, W.* (1996). Subjektives Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbelastung. Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in Hamm/Westfalen 1995. Essen.

- Reiss, A. J.* (1967). Studies in crime and law enforcement in major metropolitan areas. President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice, Field Surveys III, Vol. 1. Washington, D.C.
- Rennert, H.* (1965). Untersuchungen zur Gefährdung der Jugend und zur Dunkelziffer bei sexuellen Straftaten. *Psychologie, Neurologie und medizinische Psychologie*, 361-367.
- Reuband, K.-H. & Blasius, J.* (1996). Face-to-face, telefonische und postalische Befragungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48(2), 296-318.
- Robinson, S. M.* (1936). Can delinquency be measured? New York.
- Rolinski, K.* (1981). Wohnhausarchitektur und Kriminalität. Wiesbaden.
- Sack, F.* (1993). Dunkelfeld. In: G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*. 3. Auflage. Heidelberg, 99-107.
- Scheuch, E. K.* (1953). Ein Interview über das Interview. Eine Untersuchung über die Haltung der Bevölkerung in Deutschland zum Interview. Diplomarbeit an der Universität Köln. Köln.
- Scheuch, E. K.* (1991). Perspektiven der Sozialforschung: Deutschland und Europa. In: H. Sahner (Hrsg.), *Sozialforschung im vereinten Deutschland und Europa*. München, 15-32.
- Schlör, J.* (1991). *Nachts in der großen Stadt*. München.
- Schlör, J.* (1992). Die Organisation der Stadtnacht – Eine Herausforderung für die Kommunalpolitik. AfK I, 88-102.
- Schneider, H. J.* (1979). Städteplanung und Baugestaltung. In: R. Sieverts & H. J. Schneider (Hrsg.), *Handwörterbuch der Kriminologie*. Berlin, New York, 181-197.
- Schneider, H. J.* (Hrsg.) (1982). *Das Verbrechenopfer in der Strafrechtspflege*. Berlin.
- Schneider, H. J.* (1987). *Kriminologie*. Berlin, New York.
- Schneider, H. J.* (1993). *Einführung in die Kriminologie: Studienbuch*. 3. Auflage. Berlin.
- Schneider, H. J.* (1995). *Kriminologie*. In: U. Schneider & H. J. Schneider (Hrsg.), *Übungen in Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug*. Berlin, 1-215.

- Schneider, H. J. & Bussmeyer, H. J.* (1986). Fortschritte in der Rechtsstellung des Verbrechensopfers im Strafrecht und im Strafverfahren. In: W. T. Haesler (Hrsg.), *Victimologie*. Grösch, 17-30.
- Schneider, H. & Stock, J.* (1995). Kriminalprävention vor Ort. Holzkirchen.
- Schubarth, W.* (1991). Gesellschaftlicher Umbruch und subjektive Verarbeitungsformen bei ostdeutschen Jugendlichen. *Jugendhilfe*, 29(5), 208-215.
- Schuh, J.* (1986). Viktimologie. Der fatale Zusammenhang zwischen Widerstand und Anziehung. In: W. T. Haesler (Hrsg.), *Viktimologie*. Grösch, 31-39.
- Schwind, H.-D.* (1983). Dunkelfeldforschung. In: H. J. Schneider (Hrsg.), *Kriminalität und abweichendes Verhalten: Psychologie des 20. Jahrhunderts*. Weinheim, 213-237.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., & Weiß, R.* (1978). *Empirische Kriminalgeographie*. Wiesbaden.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., & Weiß, R.* (1989). *Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/87*. Wiesbaden.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W., Eger, H. J., Jany, U., Pudel, V., & Weiß, R.* (1975). *Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973/74*. Wiesbaden.
- Seibert, K.* (1937). *Die Jugendkriminalität Münchens in den Jahren 1932 und 1935*. Leipzig.
- Šeparović, Z. P.* (1985). *Victimology: Studies of victims*. Zagreb.
- Sessar, K.* (1992). Vergleichende Opferforschung in Deutschland: Einführung in das Thema. In: H. Kury (Hrsg.), *Gesellschaftliche Umwälzung*. Freiburg, 131-139.
- Sessar, K.* (1992a). Wiedergutmachen oder Strafen: Einstellungen in der Bevölkerung und der Justiz. Pfaffenweiler.
- Sessar, K.* (1993). Crime trends before and after the end of the German Democratic Republic. In: W. Bilsky, C. Pfeiffer & P. Wetzels (Hrsg.), *Fear of crime and criminal victimization*. Stuttgart, 231-244.
- Sessar, K.* (1994). Einführungsreferat. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Vol. 2. Bonn, 9-12.
- Sessar, K.* (1994a). Strafeinstellungen in Ost und West. Reflexionen über ihre methodische und politische Genese. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J.

- Kerner, E, Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Vol. 2. Bonn, 251-285.
- Shapland, J. & Vagg, J.* (1988). Policing by the public. London, New York.
- Shaw, C. R.* (1929). Delinquency areas. A study of the geographic distribution of school truants, juvenile delinquents, and adult offenders in Chicago. Ann Arbor.
- Shaw, C. R. & McKay, H. D.* (1929). Delinquency areas. Chicago.
- Shaw, C. R. & McKay, H. D.* (1931). Social Factors in Juvenile Delinquency. Washington.
- Shaw, C. R. & McKay, H. D.* (1942). Juvenile delinquency and urban areas. Chicago.
- Shelley, L. J.* (1981). Crime and modernization. Carbondale, IL.
- Short, J. F. & Nye, F. I.* (1957). Reported behavior as a criterion of deviant behavior. *Social Problems*, 5, 207-213.
- Short, J. F. & Nye, F. I.* (1958). Extent of unrecorded juvenile delinquency. *Journal of Criminal Law, Criminology, and Police Science*, 49, 296-302.
- Simon, R. Bühringer, G., & Wiblishauser, P. M.* (1991). Repräsentativerhebung 1990 zum Konsum und Mißbrauch von illegalen Drogen, alkoholischen Getränken, Medikamenten und Tabakwaren. Bundesministerium für Gesundheit. Bonn.
- Skogan, W. G.* (1976). Citizen reporting of crime: Some national penal data. *Criminology*, 13, 535-549.
- Skogan, W. G.* (1981). Issues in the measurement of victimization. Washington, D.C.
- Skogan, W. G.* (1982). Methodological issues in the measurement of crime. In: H. J. Schneider (Hrsg.), *The victim in international perspective*. Berlin, 203-208.
- Skogan, W. G.* (1988). Disorder, crime and community decline. In: T. Hope & M. Shaw (Hrsg.), *Communities and crime reduction*. London, 48-61.
- Skogan, W. G.* (1990). Disorder and decline. New York.
- Skogan, W. G., Lurigio, A. J., & Davis, R. C.* (1990). Criminal victimization. In: A. J. Lurigio, W. G. Skogan & R. C. Davis (Hrsg.), *Victims of crime. Problems, policies and programs*. Newbury Park, CA, 7-22.

- Skolnick, J. H. & Bayley, D. H.* (1988). Theme and variation in community policing. In: M. Tonry & N. Morris (Hrsg.), *Crime and justice. A review of research*. Chicago, 1-37.
- Sparks, R. F.* (1981). Surveys of victimization – an optimistic assessment. In: M. Tonry & N. Morris (Hrsg.), *Crime and Justice – An annual review of research*. Vol. 3. Chicago, London, 1-60.
- Stangl, W.* (1996). Die Unwirtlichkeit der Stadt als Bedrohung. „Disorder“ und „Crime“ in Wien-Meidling. In: W. Hammerschick, I. Karazman-Morawetz, & W. Stangl (Hrsg.), *Die sichere Stadt*. Baden-Baden, 39-55.
- Stangl, W.* (1996a). „Wien – Sichere Stadt – Ein bewohnerzentriertes Präventionsprojekt. *Kriminologisches Journal*, 28(1), 48-68.
- Stangl, W., Karazman-Morawetz, I., & Hammerschick, W.* (1996). Kommunale Sicherheitspolitik – Über einige Schwierigkeiten ihrer Realisierung. In: W. Hammerschick, I. Karazman-Morawetz, & W. Stangl (Hrsg.), *Die sichere Stadt*. Baden-Baden, 11-16.
- Steffen, W.* (1995). Polizeilich registrierte Gewaltkriminalität Jugendlicher in Bayern. In: S. Lamnek (Hrsg.), *Jugend und Gewalt: Devianz und Kriminalität in Ost und West*. Opladen, 277-290.
- Stein-Hilbers, M.* (1975). Statistik und Kriminalität. In: R. Sieverts, H. J. Schneider (Hrsg.), *Handwörterbuch der Kriminologie*, 2. Auflage. Bd. 3. Berlin, 115-120.
- Stenson, K.* (1996). Communal security as government – the british experience. In: W. Hammerschick, I. Karazman-Morawetz & W. Stangl (Hrsg.), *Die sichere Stadt*. Baden-Baden, 103-123.
- Stephan, E.* (1976). *Die Stuttgarter Opferbefragung*. Wiesbaden.
- Sutherland, E. H. & Cressey, D. R.* (1978). *Criminology*. 10. Aufl. Philadelphia u.a.
- Sutterer, P.* (1994). Täterbefragungen als Teilbereich der Umbruchsfor- schung – Methodische Anmerkungen. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Bonn, 199-221.
- Sveri, K.* (1991). Victim surveys and police statistics. In: G. Kaiser, H. Kury & H.-J. Albrecht (Hrsg.), *Victims and Criminal Justice*. Vol. 50. Freiburg, 405-417.
- Szabo, D.* (1968). Urbanisierung und Kriminalität. In: F. Sack & R. König (Hrsg.), *Kriminalsoziologie*. Frankfurt/M, 105-120.

- Teufel, E.* (1995). Freiheit und Sicherheit – Herausforderung für Staat und Bürger. In: Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Gemeinsame Verantwortung für die Innere Sicherheit. Herausforderung für Staat und Bürger. Bericht über einen Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg am 17. November 1994 in Stuttgart. Stuttgart, 8-12.
- Title, C. R. & Meier, R. F.* (1990). Specifying the SES/delinquency relationships. *Criminology*, 28, 271-299.
- Tracy, P. Jr.* (1990). Prevalence, Incidence, Rates, and other Descriptive Measures. In: K. Kempf (Hrsg.), *Measurement Issues in Criminology*. New York et al., 21-50.
- Trojanowicz, R. & Bucqueroux, B.* (1994). *Community policing: How to get started*. Cincinnati, OH.
- Tsitsoura, A.* (1984). The European Convention of the compensation of victims of violent crimes. In: Heuni (Hrsg.), *Towards a victim policy in Europe*. Helsinki, 133-145.
- U.S. Department of Justice* (1976). *Criminal Victimization in the United States, 1973* (Report No. SD-NCP-N-4). United States Department of Justice Information and Statistics Service Reports. Washington, D.C.
- U.S. President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice* (Hrsg.) (1967). *The challenge of crime in a free society*. Washington, D.C.
- Überla, K.* (1971). *Faktorenanalyse*. Berlin u.a.
- Ulbrich, W.* (1991). Tatorteinsätze und Spurenaufkommen mit steigender Kriminalität gewachsen. Über kriminalistische Sachverständigentätigkeit und kriminaltechnische Arbeit im ehemaligen Bezirk Halle, Bundesland Sachsen-Anhalt. *Kriminalistik*, 45, 198-200.
- United Nations* (1993). *World urbanization prospects: The 1992 Revision*. UN publications, Sales No. E. 93. XIII.
- United Nations, General Assembly* (1993). *Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders – discussion guide*. New York.
- United Nations, General Assembly* (1994). *Preparations for the Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders*. New York.
- United Nations, General Assembly* (1994a). *Report of the European regional preparatory meeting for the Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders*. Wien.

- United Nations, General Assembly* (1994b). Report of western Asia regional preparatory meeting for the Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders. New York.
- United Nations, General Assembly* (1994c). Report of the Latin American and Caribbean regional preparatory meeting for the Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders. San José/Costa Rica.
- United Nations, General Assembly* (1994d). Report of the Asia and Pacific regional preparatory meeting for the Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders. Bangkok.
- United Nations, General Assembly* (1994e). Report of the African regional preparatory meeting for the Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders. Bampala/Uganda.
- United Nations, General Assembly* (1995). Crime prevention strategies, in particular as related to crimes in urban areas and juvenile and violent criminality, including the question of victims: Assessment and new perspectives. Working paper for the Ninth United Nations Congress on the prevention of crime and the treatment of offenders. Cairo.
- Válková, H. (1994). Kriminalitätsentwicklung und kriminologische Forschung. In: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch & K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität. Bonn, 15-26.
- van Dijk, J. J. M. & Mayhew, P. (1993). Criminal victimisation in the industrialised world: Key findings of the 1989 and 1992 International Crime Surveys. In: A. A. del Frate, U. Zvekic & J. J. M. van Dijk (Hrsg.), Understanding crime. Rome, 1-49.
- van Dijk, J. M. & Steinmetz, C. (1979). The Research and Dokumentation Centre victim surveys: 1974-1979. Den Haag.
- van Dijk, J. J. M., Mayhew, P., & Killias, M. (1990). Experiences of crime across the world. Key findings from the 1989 international crime survey. Deventer, Boston.
- Villmow, B. (1977). Schwereereinschätzung von Delikten: Schicht- und altersspezifische Einstellungen sowie Einstellungen von Tätern und Opfern bei 14-15jährigen männlichen Probanden einer südbadischen Kleinstadt. Berlin.
- von der Heide, F. (1993). Zur Kriminalstatistik 1991 für die neuen Bundesländer. Neue Justiz, 47, 19-21.

- von der Heide, F. & Lautsch, E.* (1991). Entwicklung der Straftaten und der Aufklärungsquote in der DDR von 1985 bis 1989. *Neue Justiz*, 45, 11-15.
- von der Heide, F. & Lautsch, E.* (1991). Entwicklung und Struktur der Tatverdächtigen in der ehemaligen DDR von 1983-1989. *Neue Justiz*, 45, 344-348.
- von Hentig, H.* (1941). Remarks of the interaction of perpetrator and victim. *Journal of Criminal Law and Criminology*, 31, 303-309.
- von Hentig, H.* (1948). *The criminal and his victim: Studies in the sociology of crime.* New Haven, CT.
- von Hentig, H.* (1964). *Die unbekannte Straftat.* Berlin.
- von Kodolitsch, P.* (1997). Grenzen kommunaler Kriminalprävention. In: H. Kury (Hrsg.), *Konzepte Kommunaler Kriminalprävention.* Freiburg, 675-688.
- Wadler, A.* (1908). *Die Verbrechensbewegung im östlichen Europa: Die Kriminalität der Balkanländer: Ein Beitrag zur internationalen Verbrechenskunde und zur Methode der Kriminalstatistik.* Bd. 1. München.
- Wahl, K.* (1989). *Die Modernisierungsfalle: Gesellschaft, Selbstbewußtsein und Gewalt.* Frankfurt/M.
- Waller, I.* (1982). Opferbefragungen als Handlungsanweisungen: Mahnungen zur Vorsicht und einige Vorschläge. In: H. J. Schneider (Hrsg.), *Das Verbrechenopfer in der Strafrechtspflege.* Berlin, New York, 132-159.
- Waller, I.* (1989). *Current trends in European crime prevention: Implications for Canada.* Ottawa.
- Waller, I.* (Übersetzung: H. Koetzsche) (1992). Einführungs-Bericht. Wie Kriminalitätsverhütung in den Blickpunkt gerückt werden kann (Putting crime on the map). Internationale Konferenz über Sicherheit in Städten, Drogen und Kriminalitätsverhütung, Paris, 18. bis 20. November 1991. In: *Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein* (Hrsg.), *Konzepte zur Kriminalitätsverhütung.* Innenministerium Schleswig-Holstein. Kiel.
- Wallerstein, J. S. & Weyle, C. J.* (1947). Our law-abiding law-breakers. *Probation*, 25, 107-118.
- Walter, M., & Fischer, W.* (1991). Deliktspezifische Selektionsprozesse bei der Strafverfolgung Jugendlicher im Ost-West-Vergleich. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 74 (3), 146-151.

- Walther, A.* (1936). *Neue Wege der Großstadtsanierung*. Stuttgart.
- Wehe, D.* (1998). Lernen von den Besten: Benchmarking in Polizeibehörden und -einrichtungen. *Die Polizei*, 1/98, 13-17.
- Weisser Ring* (1990). Risiko-Verteilung zwischen Bürger und Staat; 1. Mainzer Opferforum vom 14.-15. Oktober 1989. In: *Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern*. Mainz.
- Weisser Ring* (1993). Opferhilfe in Europa; Jahrestagung des European Forum for Victim Services vom 13.-14. Juni 1991 in Mainz. In: *Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern*. Mainz.
- Weisser Ring* (1994). Die Rolle des Verbrechensopfers in den Medien; 3. Mainzer Opferforum vom 12.-13. Oktober 1991. In: *Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern*. Mainz.
- Weisser Ring* (1996). Täterrechte – Opferrechte: Neue Gewichtung im Strafprozeß; 6. Mainzer Opferforum vom 27.-28. August 1994. In: *Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern*. Mainz.
- Wertham, F.* (1948). *The show of violence*. New York.
- Wetzels, P., Mecklenburg, F., Bilsky, W., & Pfeiffer, C.* (1995). *Kriminalität im Leben alter Menschen: eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht*. Stuttgart u.a.
- Wikström, P.-O.* (1991). *Urban Crime, criminals and victims*. New York.
- Wilson, W. J.* (1987). *The truly disadvantaged: The inner city, the underclass, and public policy*. Chicago.
- Wirth, L.* (1938). Urbanism as a way of life. *American Journal of Sociology*, 44, 1-24.
- Witte, G.* (1995). Gewalt und Kriminalität vorbeugen – eine Aufgabe der Städte? *Der Städtetag*, 11/1995, 753-759.
- Witte, G.* (1995a). *Kriminalprävention – was können die Städte beitragen? Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten der Städte. Thesen auf der Tagung des Deutschen Instituts für Urbanistik, Kriminalprävention – Was können die Städte beitragen?* Berlin.
- Wolf, P.* (1976). Victimization research and means other than crime statistics to provide data on criminality. In: Council of Europe (Hrsg.), *Means of improving information on crime. Second Criminological Colloquium*. Strasbourg, 73-93.

- Wolf, P., & Hauge, J.* (1975). Criminal violence in three Scandinavian countries. *Scandinavian Studies in Criminology*, 5, 48-72.
- Wolfgang, M. E. & Ferracuti, F.* (1967). *The subculture of violence*. London.
- Zapf, W.* (Hrsg.). (1987). *Individualisierung und Sicherheit: Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland*. München.
- Zapf, W.* (Hrsg.). (1990). *Modernisierung und Modernisierungstheorien*. AG Sozialberichtserstattung.
- Zinnecker, J.* (1992). Deutsche Jugend heute: Eine Porträtskizze. In: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.), *Jugend '92: Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*. Bd. 1. Opladen, 23-32.

Anhang

MAX-PLANCK-INSTITUT
FÜR AUSLÄNDISCHES UND INTERNATIONALES
STRAFRECHT

Direktoren: Prof. Dr. ALBIN ESER, M. C. J. · Prof. Dr. GÜNTHER KAISER

FORSCHUNGSGRUPPE KRIMINOLOGIE

D-7800 Freiburg im Breisgau
Günterstalstraße 73
Telefon (0761) 70 81-1
Telefax (0761) 70 812 94

26.11.91

Betr.: Wissenschaftliche Untersuchung zu Opfern von Straftaten

Liebe Bürgerinnen und liebe Bürger,

man hört in den Medien sehr viel zu Kriminalität. Opfer einer Straftat zu werden, ist oft eine schlimme Sache. Deshalb ist es wichtig, dem Zustandekommen von Straftaten vorzubeugen. Diese Befragung soll dazu beitragen, genauere Kenntnisse über Kriminalität in Ihrer Stadt zu liefern. Hier sind wir auf Ihre freiwillige Mithilfe angewiesen.

Die Untersuchung wird durch das Max-Planck-Institut in Freiburg i. Br. durchgeführt. Ziel der Untersuchung ist es, mit Hilfe wissenschaftlich gewonnener Ergebnisse einen Beitrag zu einer besseren Verbrechensvorbeugung in Ihrer Stadt zu leisten.

Ihre Anschrift haben wir über ein Zufallsverfahren aus den kommunalen Melderegistern erhalten. Entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen werden alle Ihre Angaben selbstverständlich anonym behandelt. Alle für diese Umfrage versendeten Fragebögen wurden mit einer fortlaufenden Nummer versehen. Diese erleichtert uns die Durchführung der Befragung, denn es wird vermieden, daß Personen doppelt angeschrieben werden. Nach Rücksendung des ausgefüllten Fragebogens werden diese Nummern entfernt, so daß eine Zuordnung der einzelnen Fragebögen zu den Personen bereits ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich ist. Alle anderen Angaben in den Fragebögen werden bei uns dann in Zahlenfolgen umgewandelt und im Computer gespeichert. Diese Daten werden danach ebenfalls mit Hilfe des Computers ausgewertet und die Ergebnisse in einem Forschungsbericht in anonymisierter Form veröffentlicht. Nach Abschluß des Forschungsprojekts werden sämtliche personenbezogene Unterlagen vernichtet.

Lassen Sie sich bitte nicht durch den Umfang des Fragebogens irritieren. Fast alle Fragen sind sehr leicht und schnell zu beantworten. Es gibt auch viele Fragen, die für Sie gar nicht zutreffen werden. Solche Fragen können Sie dann überspringen. Wie dies genau geht, wird Ihnen in der Anleitung und noch einmal bei den entsprechenden Fragen erklärt. Dadurch verringert sich die Zahl der Fragen, die Sie zu beantworten haben, ganz erheblich.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns den ausgefüllten Fragebogen innerhalb der nächsten 14 Tage in dem beigelegten Rückantwort-Umschlag verschlossen zurücksenden würden. Hierbei entstehen Ihnen keine Kosten, da wir das Porto übernehmen. Sie brauchen das Kuvert also nicht zu frankieren.

Namensangaben sind nicht erforderlich; sämtliche Informationen werden hier nur anonymisiert verarbeitet und dienen ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken. Teilnahme bzw. Nicht-Teilnahme an der Untersuchung beinhaltet für Sie keinerlei Nachteile.

Wir bitten Sie sehr herzlich, mit dem Ausfüllen des Fragebogens unsere Forschung zur Verbrechensvorbeugung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen und bestem Dank

Prof. Dr. G. Kaiser

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen des Fragebogens genau die folgenden Anleitungen:

- Um die Beantwortung der Fragen zu erleichtern, wurden meistens Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Kreuzen Sie bitte immer diejenige Antwortmöglichkeit an, von der Sie glauben, daß sie am ehesten auf Sie zutrifft: (Es gibt keine "richtigen" oder "falschen" Antworten!)
- Bei manchen Fragen sind mehrere Antworten möglich. Bitte kreuzen Sie alle an, die für Sie zutreffen. Diese Fragen sind auch mit dem Satz: **Mehrfachantworten sind möglich** gekennzeichnet. (Falls die Antwortvorgaben nicht genau passen sollten, die am ehesten zutreffenden ankreuzen.)
- Es gibt im Fragebogen einige Fragen, die jeweils gleiche Antwortmöglichkeiten bieten. Diese Fragen erscheinen dann immer untereinander und die Antwortmöglichkeiten stehen nur einmal oberhalb der Kreise zum Ankreuzen. Hinter den anderen Fragen sind dann nur noch die Kreise. Für diese gelten dann die oben genannten Antwortmöglichkeiten.

	ja	nein
z.B. Frage XY	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Frage AB	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

- Bei manchen Fragen haben Sie die Möglichkeit, Ihre persönliche Antwort selbst zu geben. Tragen Sie bitte diese auf der dafür vorgesehenen gepunkteten Linie ein (z.B. Sonstiges:)
- Damit das Ausfüllen des Fragebogens nicht so viel Zeit in Anspruch nimmt, haben wir an einigen Stellen - in Abhängigkeit von Ihrer Antwort - Bemerkungen wie z.B. "wenn Sie mit nein geantwortet haben, bitte weiter mit Frage XY" angebracht. Sie können nun, wenn Sie hier beispielsweise mit "nein" geantwortet hätten, bei Frage XY weitermachen und brauchen die Fragen dazwischen nicht zu bearbeiten.
- Da die Studie sowohl hier in den alten Bundesländern, wie auch in den neuen Bundesländern durchgeführt werden soll, sind einige Fragen (besonders bezüglich der Schulbildung) für beide Landesteile formuliert.
- Bitte füllen **nur Sie allein** den Fragebogen aus und achten Sie bitte auch darauf daß Sie beim Ausfüllen **keine Frage übersehen oder auslassen**.
- Stecken Sie bitte den Bogen nachdem Sie ihn vollständig ausgefüllt haben in das beiliegende Kuvert, kleben Sie es zu und werfen Sie es in den Briefkasten. Frankieren Sie das Kuvert **nicht**, das Rückporto wird von uns übernommen.
- Sollten Sie noch Fragen haben, so können Sie sich jederzeit an uns unter der angegebenen Adresse wenden, oder uns zu den üblichen Dienstzeiten Montag - Freitag von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr unter der Telefonnummer 0761/7081-238 oder 0761/7081-239 erreichen.

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

FRAGEBOGEN

1. Welches ist Ihr Geschlecht?

- männlich
weiblich

2. Wie alt sind Sie?

..... Jahre

3. Wie ist Ihr Familienstand?

- ledig
in Lebensgemeinschaft lebend
verheiratet
geschieden / getrennt lebend
verwitwet

4. Wieviele Kinder haben Sie?

Anzahl:

5. Welchen Schulabschluß haben Sie?

- noch in Ausbildung
keinen Abschluß/unter 8. Klasse POS
Sonderschule/Polytechnische Hilfsschule
Hauptschule/8. Klasse POS
Realschule/10. Klasse POS
Abitur / Hochschulreife/Fachhochschulreife

6. Aus wievielen Personen - Sie selbst eingerechnet - besteht Ihr Haushalt?

..... Personen

Wieviele sind davon
unter 14 Jahren?

von 14 bis unter 18 Jahre?

18 Jahre und älter?

7. Wie ist Ihre Stellung im Haushalt?

- Haushaltsvorstand (HV) = (der-/diejenige,
der/die, meistens Verträge, z.B. Kaufver-
träge, Versicherungsverträge usw. unterschreibt)
Ehefrau/Ehemann des HV/Lebensgefährte/-tin
Kind
Verwandter
sonstiger Mitbewohner

8. Wie hoch ist ungefähr das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts insgesamt (nach Abzügen, für alle Einkommen)?

- unter 500 DM
- 500 bis unter 750 DM
- 750 bis unter 1.000 DM
- 1.000 bis unter 1.500 DM
- 1.500 bis unter 2.000 DM
- 2.000 bis unter 2.500 DM
- 2.500 bis unter 3.000 DM
- 3.000 bis unter 4.000 DM
- 4.000 bis unter 5.000 DM
- über 5.000 DM

9. Wie schätzen Sie ihre finanzielle Möglichkeiten ein?

- ich habe nach Abzug der notwendigen Lebenshaltungskosten (Ernährung, Kleidung, Miete, etc.) heute einen größeren finanziellen Spielraum zur Freizeitgestaltung als vor zwei Jahren
- ich habe diesbezüglich einen genauso großen Spielraum wie vor zwei Jahren
- ich habe diesbezüglich einen genauso geringen Spielraum wie vor zwei Jahren
- ich habe diesbezüglich einen geringeren Spielraum

10. Welchen beruflichen Ausbildungsabschluß haben Sie?

- noch in Schule/Ausbildung
- keine abgeschlossene Berufsausbildung
- Lehre mit Abschluß
- Teilfacharbeiter
- Facharbeiter
- Meister
- Fachschule
- Hochschule/Universität

11. Beschreiben Sie bitte Ihre derzeitige Erwerbssituation. Falls mehreres auf Sie zutrifft, so kreuzen Sie bitte das Entsprechende an

- erwerbstätig (auch selbständig)
- arbeitslos
- Hausfrau/-mann
- Rentner / Pensionär
- Vorruhestand
- Schüler, Student
- Auszubildender
- Wehr-, Zivildienst
- sonstiges, was?

Wenn Sie nicht arbeitslos sind, machen Sie bitte weiter mit Frage 14.

12. Wenn Sie arbeitslos sind:

a) seit wann sind Sie arbeitslos?

Seit (Monat/Jahr)

b) Befinden Sie sich in Umschulung oder sonstiger Maßnahme?

ja
nein

c) Welches war Ihr zuletzt ausgeübter Beruf?

.....

13. Wenn Sie arbeitslos sind, welche Folgen beobachten Sie an sich selbst?

Mehrfachnennungen sind möglich

Minderwertigkeitsgefühle gegenüber
den Berufstätigen

Gefühl der Perspektivlosigkeit

Zukunftsangst

zunehmende eigene Aggressivität
gegenüber Mitmenschen

Gefühl verminderter Leistungsfähigkeit

Verarmung sozialer Kontakte

ich habe mein finanzielles Auskommen

Wenn Sie arbeitslos sind, machen Sie jetzt bitte weiter mit der Frage 20 !

14. In welchem Umfang sind Sie zur Zeit tätig?

- ganztags
- halbtags
- stundenweise
- als Kurzarbeiter

15. a) Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus?

.....

b) Falls Sie Auszubildender oder Student sind, welchen Ausbildungs- bzw. Studienabschluß streben Sie an?

Ausbildung zum:

16. In welcher beruflichen Stellung sind Sie zur Zeit tätig?

- Selbständiger
- mithelfendes Familienmitglied
- Arbeiter
- Angestellter
- Beamter

17. Wie schätzen Sie die Anwendbarkeit Ihrer in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in Ihrer heutigen beruflichen Tätigkeit ein?

mein Wissen und meine Fähigkeiten werden nicht ausgeschöpft

mein Wissen und meine Fähigkeiten reichen aus, um die veränderten Anforderungen zu meistern

die praktischen Fähigkeiten in meinem Arbeitsgebiet helfen mir heute, das theoretische Wissen ist unzureichend gewesen

das theoretische Wissen ist ausreichend, aber die praktischen Fähigkeiten wurden ungenügend vermittelt

meine in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sind gemessen an der heutigen Situation völlig unzureichend gewesen

ich habe meine Ausbildung völlig oder zu großen Teilen erst nach 1989 absolviert

18. Falls Sie berufstätig sind, sagen Sie uns bitte etwas über Ihre Arbeit.

Wie läßt sich Ihre Tätigkeit beschreiben?

Nehmen Sie bitte zu jeder der folgenden Aussagen anhand nachfolgender Skala Stellung!

	trifft nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft zu
meine Arbeit ist mit schwerer körperlicher Anstrengung verbunden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sie bringt große nervliche Anspannung mit sich	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sie ist überwiegend geistige Arbeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
meine Arbeit verlangt Eigeninitiative	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
meine Tätigkeit ermöglicht die Zusammenarbeit mit anderen Kollegen/Kolleginnen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen/Kolleginnen macht mir Freude	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
es gibt zwischen den Kollegen/Kolleginnen Kontakte über die Arbeit hinaus	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ich werde für meine Arbeit angemessen bezahlt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
meine Arbeit ist interessant	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
alles in allem bin ich mit meiner Arbeit zufrieden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

19. Arbeiten Sie in einer Tätigkeit,

- die Ihrem Ausbildungsabschluß entspricht
- die einen geringeren Abschluß erfordert
- die einen höheren Abschluß erfordert

Nun möchten wir gerne einige Fragen zu Ihrer Wohn- und Lebenssituation stellen.

20. Wie lange wohnen Sie ungefähr schon in Ihrer jetzigen Wohnung?

- bis 3 Monate
- bis zu 2 Jahren
- mehr als 2 Jahre
- seit meiner Geburt

21. Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Nachbarschaft?
also mit Ihren unmittelbaren Nachbarn?

- sehr unzufrieden
- etwas unzufrieden
- ziemlich zufrieden
- sehr zufrieden

22. Nehmen Sie bitte für die folgenden Kontakte, sofern sie zutreffen, Einstufungen vor.

(Mehrfachnennungen sind möglich)

		sich nur grüßen	sich besu- chen	etwas un- ternehmen	sich helfen
Eltern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Geschwister	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verwandte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Freunde	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bekannte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

23. Wie lange wohnen Sie ungefähr schon in Emmendingen?

Seit: (Monat/Jahr)

24. In welcher Gegend Emmendingens wohnen Sie?

.....

25. Wie ist Ihre Bindung an Emmendingen?

ich fühle mich in Emmendingen heimisch

ich würde lieber in einer anderen
Gegend der Stadt wohnen,

und zwar in

ich würde lieber in ein Dorf ziehen

ich würde lieber in eine kleinere
Stadt ziehen

ich würde lieber in eine größere
Stadt ziehen

ich würde lieber auswandern

26. Nennen Sie bitte maximal drei der drängendsten Probleme Ihres Stadt- oder Ortsteils.

1.....

2.....

3.....

27. Welche Bedeutung haben die folgende Lebensziele für Sie?
 Kreuzen Sie bitte in jeder Zeile das Zutreffende an!

	keine Bedeutung	etwas Bedeutung	große Bedeutung	sehr große Bedeutung
hohes gesellschaftliches Ansehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Karriere machen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
das Leben genießen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
öfter mal was Neues erleben (Abenteuer, Reisen)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sich nach der Mode kleiden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sich ein bißchen Luxus leisten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
einen Kreis guter Freundinnen/ Freunde haben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
einer zufriedenstellenden Arbeit nachgehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
materiell gesichert leben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sich in politischen Parteien engagieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sich in Berufsverbänden bzw. gewerkschaftlich engagieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sich in Interessensverbänden engagieren (z.B. Umweltschutz)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
persönliche Wünsche und Ansprüche durchsetzen unter allen Umständen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
anderen Menschen helfen (uneigennützig, d.h. ungeachtet der persönlichen Vorteile)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für die Familie sorgen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
familiäres Leben pflegen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sparen für eine größere Anschaffung (Haus, Wohnung, Auto)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

28. Im folgenden finden Sie wieder einige Aussagen. Wir bitten Sie, Ihre Meinung dazu deutlich zu machen.
 Kreuzen Sie bitte das für Sie jeweils Zutreffende an!

	lehne ab	lehne eher ab	stimme eher zu	stimme zu
In der heutigen Zeit schaut man nicht mehr durch, was eigentlich passiert.				
	○	○	○	○
Die Dinge sind heute so schwierig geworden, daß man nicht mehr weiß, was los ist.	○	○	○	○
Die meisten Menschen kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.	○	○	○	○
Moralische Grundsätze gelten heute nicht mehr.	○	○	○	○
Ich kann Leute verstehen, die Ausländer aus dem Land prügeln.	○	○	○	○
Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll.	○	○	○	○
Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.	○	○	○	○
In der heutigen Situation dürfen keine Ausländer mehr aufgenommen werden.	○	○	○	○
Es ist mir wichtig, Mitwirkungsmöglichkeiten an städtischen Entscheidungsprozessen zu haben.	○	○	○	○
Es ist mir wichtig, Mitwirkungsmöglichkeiten an überregionalen politischen Entscheidungen zu haben.	○	○	○	○
In der heutigen Zeit ist Gewalt ein untaugliches Mittel, um politische Interessen durchzusetzen.	○	○	○	○
Wenn die wirtschaftliche Situation Menschen in eine Notlage gebracht hat, sollte man schon einmal ein Auge zudrücken, wenn sie etwas stehlen.	○	○	○	○
Wenn man an die Zukunft denkt, kann man eigentlich sehr zuversichtlich sein.	○	○	○	○
Heute ist jeder so mit sich selbst beschäftigt, daß er nicht an morgen denken kann.	○	○	○	○

Nun möchten wir zu einigen Problembereichen übergehen, die im Moment in der öffentlichen Diskussion stehen.

29. Was glauben Sie, warum ist es für manche Menschen interessant, einmal Rauschgift auszuprobieren?
Kreuzen Sie bitte das für Sie Zutreffende an!

weil es Freunde und Bekannte auch tun
und man über die Erfahrung mitreden möchte

weil die Hoffnung besteht, dadurch Probleme
wenigstens für kurze Zeit vergessen zu können

wegen des Reizes etwas "Verbotenes" zu tun

weil Freunde und Bekannte es tun und man als
Außenseiter gilt, wenn man nicht mitmacht

aus Langeweile

weil man mit der Zeit gehen möchte, "In-Sein" möchte . .

wegen der Vorstellung, ein unbeschreiblich tolles
Glücksgefühl zu erleben

aus reiner Abenteuerlust

weil man denkt, daß zwar viele Rauschgift nehmen,
aber nur wenige tatsächlich drogenabhängig werden . . .

weil auch von Personen, die als Idole oder Leitbilder
gelten, bekannt ist, daß sie Rauschgift nehmen

weil es relativ einfach ist, an Drogen heranzukommen . .

30. Haben Sie schon einmal Rauschgift (Haschisch, Heroin oder ähnliches) genommen?

ja

nein

Rauschgift lehne ich prinzipiell für mich ab

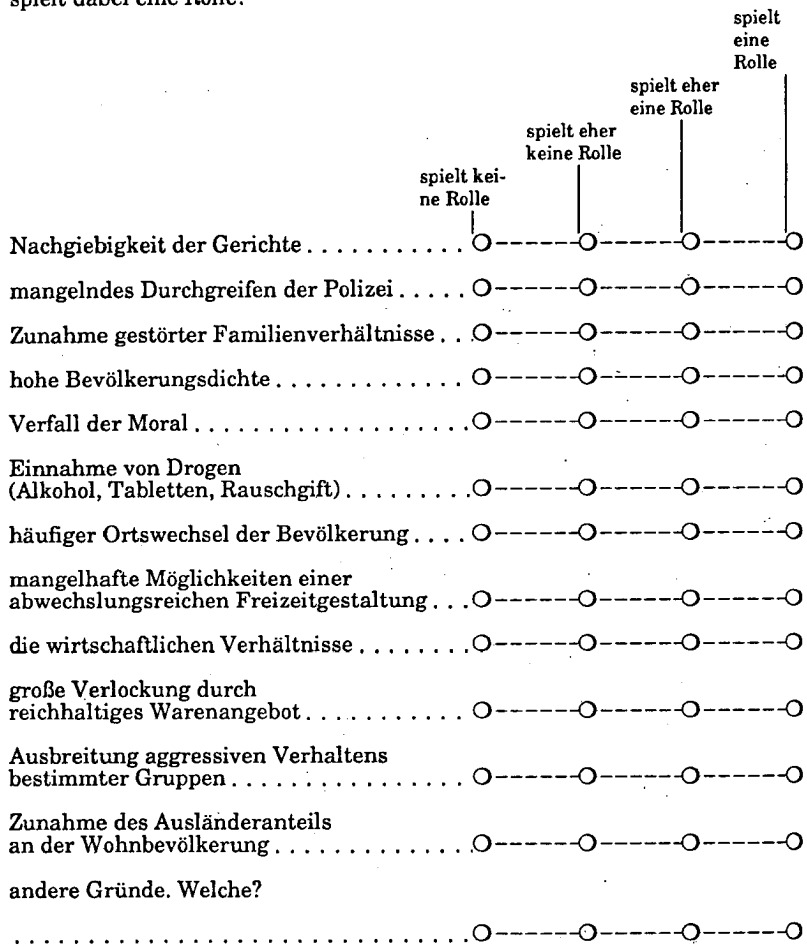
31. Glauben Sie, daß sich die Kriminalität in Ihrer Stadt in den letzten zwei Jahren verändert hat?

sie hat abgenommen

sie ist gleich geblieben

sie hat zugenommen

32. Wenn die Kriminalität in Ihrer Stadt schlimmer geworden ist, was meinen Sie, spielt dabei eine Rolle?



33. Fürchten Sie sich davor, nachts alleine in Ihrer Wohnung zu sein?

- nie ○
- manchmal ○
- meistens ○
- immer ○

34. Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen?

- sehr unsicher ○
- etwas unsicher ○
- ziemlich sicher ○
- sehr sicher ○

35. Wirkt sich das auf Ihre Lebensgewohnheiten aus?

- eigentlich gar nicht
- ich gehe abends nicht alleine aus
- auch in Begleitung gehe ich abends nur aus dem Haus, wenn es unbedingt notwendig ist
- ich gehe abends aus, bin jedoch vorsichtig in bezug auf Zeit und Weg
- ich gehe abends aus, bin aber auf meine Verteidigung im Angriffsfall eingerichtet

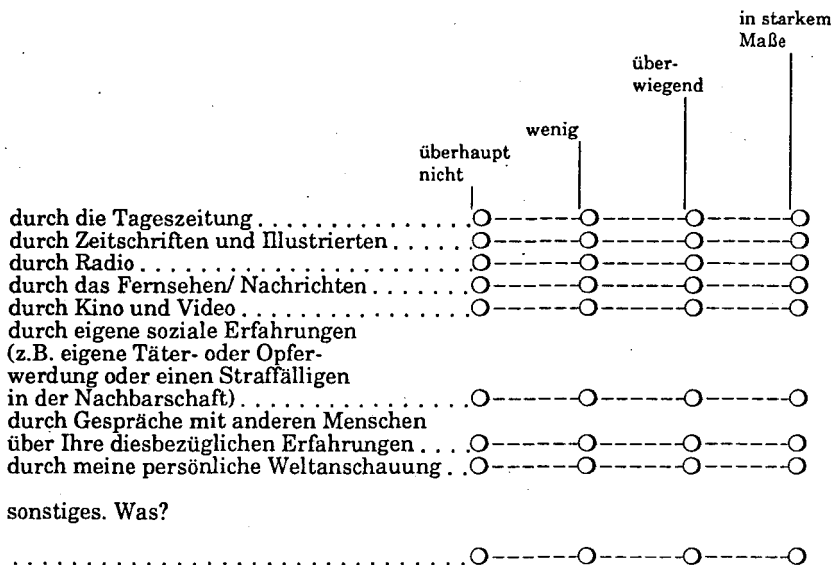
36. Wie oft besuchen Sie abends in Ihrer Freizeit Freunde oder Bekannte von Ihnen?

- nie
- selten
- mindestens einmal im Monat
- mindestens einmal die Woche
- fast jeden Tag

37. Wie oft gehen Sie abends aus (z.B in ein Lokal, Restaurant oder ins Kino)?

- nie
- selten
- mindestens einmal im Monat
- mindestens einmal die Woche
- fast jeden Tag

38. Was meinen Sie, wovon ist Ihre Haltung zu Kriminalität und Strafe beeinflusst?



Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu Straftaten stellen, von denen Sie oder jemand in Ihrem Haushalt möglicherweise während des letzten Jahres, also etwa seit November 1990 bis heute betroffen wurden.

39. Verfügen Sie oder Mitglieder Ihres Haushalts über folgende Fahrzeuge?
(Wenn Sie mehrere besitzen, geben Sie bitte jeweils die Anzahl an.)

- | | |
|----------------|----------------|
| Fahrrad | (Anzahl: |
| Moped/Motorrad | (Anzahl: |
| Auto | (Anzahl: |

40. Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts seit November 1990 ein Moped/Motorrad gestohlen worden?

- | | ist mir per-
sönlich passiert | ist einem
Haushaltsmit-
glied passiert |
|---|----------------------------------|--|
| ja, einmal | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| ja, mehrmals | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| nein, noch nie | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| kein Moped/Motorrad vorhanden | <input type="radio"/> | |

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 45

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen nur, wenn Sie persönlich das Opfer eines Moped/Motorraddiebstahls geworden sind.

Ansonsten weiter mit Frage 45

41. Wo ist Ihnen ein Moped/Motorrad gestohlen worden?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

42. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

43. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

44. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt ..	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern ..	○	○	○	○

45. Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts seit November 1990 ein Auto gestohlen worden?

	ist mir per- sönlich passiert	ist einem Haushaltsmit- glied passiert
ja, einmal	○	○
ja, mehrmals	○	○
nein, noch nie	○	○
kein Auto vorhanden	○	○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 50

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen nur, wenn Sie **persönlich** das Opfer eines Autodiebstahls geworden sind.

Ansonsten weiter mit Frage 50

46. Wo ist Ihnen ein Auto gestohlen worden?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

47. Was haben Sie anschließend getan?

mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet

bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet

persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet

versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt

bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.

gar nichts

48. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche

habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt

Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei

ich war nicht versichert

die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise

die Polizei hätte doch nichts dagegen getan

habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben

habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)

ich hatte andere Gründe. Welche?
.

49. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

		unwichtig		eher unwichtig		eher wichtig		wichtig	
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>
daß der Täter auch streng bestraft wird ;	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>

50. Ist Ihnen oder anderen Mitgliedern Ihres Haushalts seit November 1990 ein Fahrrad entwendet worden?

		ist mir per- sönlich passiert		ist einem Haushaltsmit- glied passiert
ja, einmal	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----
ja, mehrmals	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----
nein, noch nie	<input type="radio"/>	-----	<input type="radio"/>	-----
kein Fahrrad vorhanden	<input type="radio"/>		<input type="radio"/>	

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 55

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen nur, wenn Sie persönlich das Opfer eines Fahrraddiebstahls geworden sind.
Ansonsten weiter mit Frage 55

51. Wo ist Ihnen ein Fahrrad gestohlen worden?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

52. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

53. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

54. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt ..	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern ..	○	○	○	○

55. Ist Ihnen seit November 1990 etwas aus Ihrem Auto gestohlen worden oder wurden Teile davon (Seitenspiegel, Scheibenwischer, Reifen) entwendet?

	ist mir persönlich passiert	ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal	○	○
ja, mehrmals	○	○
nein, noch nie	○	○
kein Auto vorhanden	○	○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 60

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen nur, wenn Sie persönlich das Opfer eines Diebstahls aus dem Auto geworden sind.

Ansonsten weiter mit Frage 60

56. Wo ist Ihnen etwas aus dem Auto gestohlen worden?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

57. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

58. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

59. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

60. Von Diebstählen abgesehen, ist seit November 1990 ein Auto Ihres Haushalts absichtlich demoliert oder beschädigt worden?

	ist mir persönlich passiert	ist einem Haushaltsmitglied passiert
ja, einmal	○	○
ja, mehrmals	○	○
nein, noch nie	○	○
kein Auto vorhanden	○	○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 65

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen nur, wenn Sie persönlich das Opfer einer Beschädigung am Auto geworden sind.
Ansonsten weiter mit Frage 65

61. Wo ist Ihnen ein Auto beschädigt worden?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

62. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

63. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

64. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

65. Haben Sie Anzeichen bemerkt, daß jemand erfolglos versuchte, in Ihre Wohnräume einzudringen? Das heißt, haben Sie einmal bemerkt, daß ein Schloß oder eine Tür aufgebrochen, eine Fensterscheibe eingeschlagen war, oder daß die Tür um das Schloß zerkratzt war?

ja, einmal ○
ja, mehrmals ○
nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 69

66. Was haben Sie anschließend getan?

mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet

bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet

persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet

versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt

bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.

gar nichts

67. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche

habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt

Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei

ich war nicht versichert

die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise

die Polizei hätte doch nichts dagegen getan

habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben

habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)

ich hatte andere Gründe. Welche?
.

68. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

69. Ist es seit November 1990 vorgekommen, daß jemand ohne Ihre Erlaubnis in Ihre Wohnräume eingedrungen ist und dort etwas gestohlen hat, oder zu stehlen versucht hat?

- ja, einmal ○
- ja, mehrmals ○
- nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 73

70. Was haben Sie anschließend getan?
- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
 - bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
 - persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
 - versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
 - bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.....
 - gar nichts
71. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?
- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
 - habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
 - Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
 - ich war nicht versichert
 - die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
 - die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
 - habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
 - habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters).
 - ich hatte andere Gründe. Welche?
.....

74. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

75. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

76. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

77. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

78. Daneben gibt es viele Arten von Diebstahl persönlichen Eigentums, wie beispielsweise Taschendiebstahl, Diebstahl von Geldbörsen, Brieftaschen, Kleidungsstücken, Schmuck oder Sportartikel, sei es am Arbeitsplatz, in Schulen, Gastsstätten oder auf der Straße.

Sind Sie seit November 1990 Opfer eines solchen Diebstahls geworden?

- ja, einmal ○
- ja, mehrmals ○
- nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 83

79. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

80. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

81. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

82. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt ..	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern ..	○	○	○	○

83. Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand getäuscht hat, um für etwas mehr Geld zu bekommen, als der Gegenstand wert war?

- ja, einmal ○
- ja, mehrmals ○
- nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 88

84. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

85. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

86. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

87. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

88. Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand mit Fäusten oder Fußtritten, aber ohne Waffen angegriffen und dabei verletzt hat oder verletzen wollte?

- ja, einmal ○
- ja, mehrmals ○
- nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 93

89. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

90. Was haben Sie anschließend getan?

mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet

bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet

persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet

versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt

bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.

gar nichts

91. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche

habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt

Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei

ich war nicht versichert

die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise

die Polizei hätte doch nichts dagegen getan

habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben

habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)

ich hatte andere Gründe. Welche?
.

92. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

93. Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß Sie jemand mit Waffen (z.B. Schußwaffen, Messer, Stock, Werkzeug etc.) angegriffen und Sie dabei verletzt hat oder verletzen wollte?

- ja, einmal ○
- ja, mehrmals ○
- nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 98

94. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

95. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

96. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

97. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

		unwichtig		eher unwichtig		eher wichtig		wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden		○	-----	○	-----	○	-----	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird		○	-----	○	-----	○	-----	○
daß der Täter auch streng bestraft wird		○	-----	○	-----	○	-----	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht		○	-----	○	-----	○	-----	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt		○	-----	○	-----	○	-----	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist		○	-----	○	-----	○	-----	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann		○	-----	○	-----	○	-----	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern		○	-----	○	-----	○	-----	○

98. Ist es seit November 1990 vorgekommen, daß Sie jemand in sexueller Absicht auf unverschämte Art gepackt oder betastet hat?

ja, einmal ○
ja, mehrmals ○
nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 103

99. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

100. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

101. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

102. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

103. Ist es Ihnen seit November 1990 passiert, daß jemand Sie vergewaltigt hat, bzw. versucht hat, Sie zu vergewaltigen?

- ja, einmal ○
- ja, mehrmals ○
- nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 108

104. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

105. Was haben Sie anschließend getan?

mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet

bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet

persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet

versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt

bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.....

gar nichts

106. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche

habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt

Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei

ich war nicht versichert

die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise

die Polizei hätte doch nichts dagegen getan

habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben

habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)

ich hatte andere Gründe. Welche?
.....

107. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

108. Sind Sie seit November 1990 Opfer irgendeines anderen, nicht genannten Delikts geworden? Welches?

.....

- ja, einmal ○
- ja, mehrmals ○
- nein, noch nie ○

Falls nein, machen Sie bitte weiter mit Frage 113

109. Wo ist Ihnen das passiert?

Falls Ihnen dies mehrmals während des vergangenen Jahres passiert ist, beziehen Sie sich im folgenden bitte jeweils auf den letzten Vorfall.

- zu Hause oder in der Nähe
- im Stadtteil
- anderswo in der Stadt
- anderswo im Inland
- Im Ausland

110. Was haben Sie anschließend getan?

- mit einem Brief bei der Polizei
Anzeige erstattet
- bei der Polizei telefonisch
Anzeige erstattet
- persönlich bei der Polizei,
bzw. einem Polizisten auf der Straße
Anzeige erstattet
- versucht bei der Polizei Anzeige zu erstatten,
wurde aber abgewiesen oder abgewimmelt
- bei einer anderen Stelle Anzeige erstattet. Wo?
.
- gar nichts

111. Falls Sie nichts unternommen haben, was waren Ihre Gründe?

- nicht schwerwiegend genug/kein Schaden/
Kinderstreiche
- habe es selbst geregelt, Täter war mir
bekannt
- Polizei war unnötig/kein Fall für die Polizei
- ich war nicht versichert
- die Polizei hätte auch nichts machen können/
keine Beweise
- die Polizei hätte doch nichts dagegen getan
- habe Angst/Abneigung gegenüber der Polizei/
wollte nichts mit der Polizei zu tun haben
- habe mich nicht getraut
(Angst vor Vergeltung/Rache des Täters)
- ich hatte andere Gründe. Welche?
.

112. Wie wichtig sind für Sie die folgenden Konsequenzen. Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

113. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß Ihnen innerhalb der nächsten 12 Monate eine der folgenden Situationen passiert?

	sehr unwahr- scheinlich	eher unwahr- scheinlich	eher wahr- scheinlich	sehr wahr- scheinlich
daß Ihr Fahrrad gestohlen wird	○	○	○	○
daß Ihr Auto gestohlen wird	○	○	○	○
daß Ihr Moped oder Motorrad gestohlen wird	○	○	○	○
daß Sie auf der Straße bestohlen werden . . .	○	○	○	○
daß in Ihre Wohnung eingebrochen wird . . .	○	○	○	○
daß Ihr Eigentum beschädigt wird	○	○	○	○
daß Sie betrogen werden	○	○	○	○
daß Sie zusammengeschlagen werden	○	○	○	○
daß Sie mit einem Messer, einem Revolver oder einem Stock angegriffen werden	○	○	○	○
daß Sie bis zur Beleidigung angepöbelt werden	○	○	○	○
daß Sie vergewaltigt werden	○	○	○	○
daß Sie sexuell belästigt werden	○	○	○	○
daß Sie ausgeraubt werden	○	○	○	○
daß Sie durch rücksichtsloses verkehrswidriges Verhalten anderer Opfer eines Verkehrsunfalles werden	○	○	○	○
daß Sie Opfer einer anderen, noch nicht genannten Straftat werden. Welcher?	○	○	○	○

114. Wie oft denken Sie daran Opfer einer Straftat zu werden?

- nie
- selten
- manchmal
- oft
- sehr oft

115. Stellen Sie sich vor, Sie werden in Zukunft Opfer einer Straftat. Wie wichtig wären für Sie die folgenden Konsequenzen?

Bitte nehmen Sie für jede Möglichkeit eine Einstufung vor.

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
daß der oder die Täter überhaupt ermittelt werden	○	○	○	○
daß der Täter angeklagt und verurteilt wird	○	○	○	○
daß der Täter auch streng bestraft wird	○	○	○	○
daß der Täter materielle Schäden wiedergutmacht	○	○	○	○
daß der Täter sich bei Ihnen entschuldigt	○	○	○	○
daß sich der Staat um das Opfer kümmert, z.B. materielle Schäden ausgleicht, wenn der Täter nicht dazu in der Lage ist	○	○	○	○
daß ich mit dem Täter die Folgen seiner Tat besprechen und ihn zur Wiedergutmachung veranlassen kann	○	○	○	○
daß sich Hilfsstellen auch um den Täter und seine Lebensumstände kümmern	○	○	○	○

116. Im folgenden sind eine Reihe von Aufgaben der Polizei aufgeführt. Worum sollte sich die Polizei Ihrer Meinung nach hauptsächlich kümmern? Bitte kreuzen Sie an, für wie wichtig Sie die einzelnen Aufgaben halten!

	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig
hilflose Personen unterstützen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
betrunkene Personen in Gewahrsam nehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Menschen vor Gewaltangriffen schützen . . .	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
durch Streifenfahren und Fußstreifen dem Bürger das Gefühl von Sicherheit geben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Streitigkeiten in der Öffentlichkeit schlichten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
gestohlene Gegenstände wieder auffinden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
als Freund und Helfer jederzeit bereitstehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ruhestörenden Lärm beseitigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
nach Straftätern fahnden und diese festnehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
den Straßenverkehr regeln und überwachen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
gewalttätige Familien- streitigkeiten schlichten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bürger beraten, wie man sich vor Straftaten schützen kann	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

117. Wie würden Sie die derzeitige Arbeit der Polizei in Ihrer Stadt einschätzen?

schlecht

überwiegend schlecht

überwiegend gut

gut

Welche Meinung haben Sie zu den folgenden Aussagen?

118. Im allgemeinen sind die Polizisten freundlich und verständnisvoll.

- dem stimme ich überhaupt nicht zu
- dem stimme ich nicht zu
- dem stimme ich zu
- dem stimme ich voll zu

119. Wie werden Ihrer Meinung nach Gerichte und Staatsanwaltschaften gegenwärtig ihren Aufgaben der Strafverfolgung gerecht?

- schlecht
- überwiegend schlecht
- überwiegend gut
- gut

120. Im folgenden werden verschiedene Verhaltensweisen genannt. Bitte kreuzen Sie aus den möglichen staatlichen Reaktionen diejenige an, die Sie für angemessen halten.

UNTER ERHEBLICHEM ALKOHOLEINFLUSS EIN FAHRZEUG FAHREN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

OHNE FAHRKARTE EIN ÖFFENTLICHES VERKEHRSMITTEL BENUTZEN (SCHWARZFAHREN)

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und ihre Wiedergutmachung besprechen, dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden (Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINEN LADEN-/WARENHAUSDIEBSTAHL VON 500.-DM BEGEHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

DER POLIZEI WIDERSTAND LEISTEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

HASCHISCH KONSUMIEREN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

ZUM STEHLEN IN EINE WOHNUNG EINBRECHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

WÄNDE, MAUERN MIT FARBE BESPRÜHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINE ERWACHSENE PERSON SO SCHLAGEN, DAB SIE ZUM ARZT MÜB

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINEN LADEN-/WARENHAUSDIEBSTAHL VON 90.-DM BEGEHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

HEROIN KONSUMIEREN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EIN LEERSTEHENDES HAUS BESETZEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINE VERGEWALTIGUNG BEGEHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINE PERSON ZU SEXUELLEN HANDLUNGEN (KEINE VERGEWALTIGUNG) ZWINGEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINER PERSON MIT GEWALT EINE HANDTASCHE ENTREIßEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EIN AUTO STEHLEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINE PERSON MIT EINEM MESSER ODER EINEM REVOLVER VERLETZEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EIN KIND IN DER FAMILIE SO SCHLAGEN, DAB ES IN ÄRZTLICHE BEHANDLUNG MUB

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

ZUM ZWEITEN MAL EINEN EINBRUCH BEGEHEN UND DABEI EINEN FERNSEHER STEHLEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

SEINE EHEFRAU ZUM GESCHLECHTSVERKEHR ZWINGEN (VERGEWALTIGUNG IN DER EHE)

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EINE UNGEWOLLTE SCHWANGERSCHAFT ABBRECHEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

EIN ASYLANTENHEIM ÜBERFALLEN

- darauf braucht der Staat nicht reagieren
- Verwarnung mit Androhung einer Strafe
- der Täter soll nur den Schaden begleichen
- der Täter soll mit dem Opfer die Tat und
ihre Wiedergutmachung besprechen,
dann soll kein Gerichtsverfahren stattfinden
(Täter- Opfer-Ausgleich)
- gemeinnützige, soziale Arbeit (z.B. kostenlose
Arbeitsleistung zur Sauberhaltung der Stadt)
- Geldstrafe
- eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe
- Gefängnisstrafe

121. Befürworten Sie die Todesstrafe für bestimmte Straftaten?

- ja
nein

wenn ja, für welche Straftaten

(Mehrfachnennungen sind möglich)

- Mord
Vergewaltigung
Bewaffneter Raub
Brandstiftung
Hochverrat
erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme
Terrorismus
organisierter Drogenhandel (Heroin)
andere Straftaten. Welche?
.....

Wir danken Ihnen für die Mitarbeit und für Ihre Geduld beim Ausfüllen dieses Fragebogens.

KRIMINOLOGISCHE FORSCHUNGSBERICHTE

edition iuscrim, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Strafrecht, Freiburg Herausgegeben von Hans-Jörg Albrecht und Günther Kaiser

Band 79

Karl-Michael Walz:

Soziale Strafrechtspflege in Baden

Grundlagen, Entwicklung und Arbeitsweisen der badischen
Straffälligenhilfe in Geschichte und Gegenwart

Freiburg 1999, 605 Seiten. ISBN 3-86113-023-8

DM 60,00

Band 80

Matthias Rebmann:

Ausländerkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland

Eine Analyse der polizeilich registrierten Kriminalität von 1986 bis 1995

Freiburg 1998, 386 Seiten. ISBN 3-86113-024-6

DM 39,80

Band 81

Serge Brammertz:

Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit am Beispiel der Euregio Maas-Rhein

Freiburg 1999, 305 Seiten. ISBN 3-86113-025-4

DM 39,80

Band 82

Hans-Jörg Albrecht (Hrsg.):

Forschungen zu Kriminalität und Kriminalitätskontrolle am Max Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br.

Freiburg 1999, 486 Seiten. ISBN 3-86113-026-2

DM 49,80

Band 83

Hans-Jörg Albrecht, Helmut Kury (Eds.):

Research on Crime and Criminal Justice at the Max Planck Institute. Summaries

Freiburg 1998, 100 Seiten. ISBN 3-86113-027-0

DM 29,80

Band 84

Ulrich Baumann, Helmut Kury (Hrsg.):

Politisch motivierte Verfolgung: Opfer von SED-Unrecht

Freiburg 1998, 530 Seiten. ISBN 3-86113-028-9

DM 60,00

KRIMINOLOGISCHE FORSCHUNGSBERICHTE

edition iuscrim, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Strafrecht, Freiburg Herausgegeben von Hans-Jörg Albrecht und Günther Kaiser

Band 85

Markus Fritsch:

Die jugendstrafrechtliche Reformbewegung (1871-1923)

Freiburg 1999, 224 Seiten. ISBN 3-86113-029-7

DM 39,80

Band 86

Hans-Jörg Albrecht, Helmut Kury (Hrsg.):

**Kriminalität, Strafrechtsreform und Strafvollzug in Zeiten
des sozialen Umbruchs**

Beiträge zum Zweiten deutsch-chinesischen Kolloquium

Freiburg 1999, 450 Seiten. ISBN 3-86113-030-0

DM 39,80

Band 87

Lutz Gollan:

Private Sicherheitsdienste in der Risikogesellschaft

Freiburg 1999, 280 Seiten. ISBN 3-86113-031-9

DM 39,80

Band 88

Jack Derks, Anton van Kalmthout, Hans-Jörg Albrecht (Eds.):

Current and Future Drug Policy Studies in Europe

Problems, Prospects and Research Methods

Freiburg 1999, 320 Seiten. ISBN 3-86113-032-7

DM 39,80

Band 89

Rüdiger Ortmann:

Abweichendes Verhalten und Anomie

Entwicklung und Veränderung abweichenden Verhaltens im
Kontext der Anomietheorien von Durkheim und Merton

Freiburg 2000, 768 Seiten. ISBN 3-86113-033-5

DM 60,00

Band 91

Günther Kräupl, Heike Ludwig:

**Wahrnehmung von Kriminalität und Sanktionen im Kontext
gesellschaftlicher Transformation**

Theoretische Reflexion und Ergebnisse von Kriminalitäts-
befragungen in Thüringen

Freiburg 2000, 350 Seiten. ISBN 3-86113-036-X

DM 39,80